Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

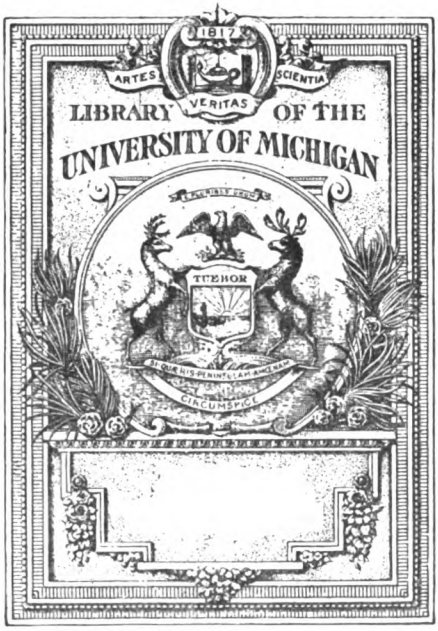
Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.

A 480426

Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.

Digitized by Google



THE GIFT OF

Rowland Myers

Digitized by Google

Mitteilungen der Kommission für

Wirtschaftspolitik der NSDAP

Heft 1 — 1. Jahrgang

Der Führer am 1. Mai 1935:

„Ich weiß nicht, was wir erreichen, aber das eine weiß ich: im nächsten Jahre werden wir den Rest [der Erwerbslosen], der noch verblieben ist, wieder angreifen — solange, bis wir endlich das Ziel erreicht haben, jedem Deutschen, der sich ehrlich sein Brot verdienen will, die Möglichkeit dazu zu geben. Denn wir sind überzeugt, daß die Millionen unseres Volkes, die bis jetzt arbeitslos waren, unter nichts mehr gelitten haben, als unter dem Zwang, um Almosen zu bitten, während sie doch nichts anderes wollten, als durch ihre Mitarbeit sich ihr tägliches Brot zu verdienen."

Inhalt:

Bernhard Köhler: Wissenschaftlich getarnte Reaktion
Bernhard Köhler: Der Kampf um Arbeit
Dr. Alf Noll: Bemerkungen zum jahreszeitlichen Arbeitsausgleich
Bernhard Köhler: Abbau der Zwecksparkassen
Otto Jung: Eine Hamsterpsychose und ihre Folgen
Kurzberichte zur Wirtschaftspolitik:
Erziehung
Wissenschaft
Kampfrichtung
Schrifttum
Arbeitsschlacht
Erzeugungsschlacht
Wehrwirtschaft
Partei
Zum ersten Heft

März 1936

Zentralverlag der NSDAP

Digitized by Google

.A1
N2

Bernhard Köhler:

Wissenschaftlich getarnte Reaktion

Die nationalsozialistische Revolution ist nicht nur eine Empörung der politischen Kraft gegen die Diktatur parlamentarischer Schwäche, sondern auch eine Empörung der Arbeit gegen die Herrschaft des Kapitals gewesen. Die nationalsozialistische Politik ist Führerpolitik und ist sozialistisch.

Das System der Entrechtung und Ausbeutung durch die Herrschaft des Kapitals hat der deutsche Arbeiter als Kapitalismus bezeichnet. Die Herrschaft des Rechts, die Freiheit vor Entrechtung und Ausbeutung, die Wiederherstellung seiner Ehre und Gleichberechtigung hat er Sozialismus genannt. Es war ihm dabei völlig gleichgültig, welche Beschreibung eine vom Volke abgekapselte Gelehrsamkeit dem Kapitalismus und dem Sozialismus gab. Denn er hatte Entrechtung und Ausbeutung täglich vor Augen und brauchte, um sie zu erleben und zu sehen, keine wissenschaftlichen Untersuchungen.

Wie aber der Sozialismus aussehen würde, das konnte ja die Wissenschaft gar nicht voraussagen. Denn die Wissenschaft beruht auf Forschung. Und die Forschung kann nur erforschen, was schon vorhanden ist. Sozialismus aber ist der lebendige Wille eines Volkes, das nach Recht und Freiheit strebt. Und wenn dieser lebendige Wille nicht stark und nicht zielsicher genug ist, um echten und vollen Sozialismus zu gestalten, dann nützt auch die schönste wissenschaftliche Theorie und Beschreibung nichts.

Jahrzehntelang hat sich eine scheinwissenschaftliche Gelehrsamkeit bemüht, dem deutschen Volke begreiflich zu machen, daß der Kapitalismus nichts als eine natürliche Begleiterscheinung moderner Wirtschaftsweise wäre. Und sie hat geglaubt, dem Marxismus Abbruch zu tun, indem sie zu beweisen suchte, daß der Kapitalismus demnach auch notwendig und unentbehrlich sei. Es ist dieser Scheinwissenschaft nicht gelungen, dem deutschen Volke den Glauben zu vermitteln, daß es sich mit dem Kapitalismus jemals befreunden könnte. Und die nationalsozialistische Revolution selbst ist ja nur der Beweis dafür, daß das deutsche Volk sozialistisch, aber nicht kapitalistisch sein will.

Wenn die Wissenschaft sich darauf versteift, eine Wirtschaft kapitalistisch zu nennen, die Kapital verwendet, Kapital bildet, Kapital einsetzt und die natürlichen Funktionen und Wirkungen des Kapitals billigt, so hat die Wissenschaft versäumt, die Eigenschaften des Kapitalismus zu untersuchen. Diese Eigenschaften sind eben nicht die Verwendung und Bildung und Einsatzmöglichkeit des Kapitals, sondern sie sind Entrechtung und Ausbeutung infolge der Herrschaft des Kapitals. Dies nennt das deutsche Volk und nennt die nationalsozialistische Bewegung Kapitalismus.

So haben auch wir zum Volk mit seiner Sprache gesprochen und sind vom Volk verstanden worden. Und wir werden weiterhin die Sprache des Volkes sprechen, weil wir selbst das Volk sind.

Die scheinwissenschaftlichen Versuche, uns den Kapitalismus als eine unentbehrliche und nützliche Einrichtung zu schildern, würden gar nicht auftreten, wenn nicht die Absicht dahinter stünde, die Meinungs- und Willens-

Digitized by Google

R. M. Myers
6-19-61

bildung des deutschen Volkes vom unverbrüchlichen und unbeirrbaren Sozialismus abzulenken. Man schildert den Kapitalismus als die bloße Zweckmäßigkeit der Verwendung von Kapital und glaubt mit der Rechtfertigung des Kapitals auch den Kapitalismus zu retten.

Das Kapital braucht nicht gerechtfertigt zu werden, denn kein ernsthafter Mensch denkt daran, das Kapital anzuklagen. Das Kapital ist weder gut noch schlecht. Aber der Aberglaube an eine besondere Kraft des Kapitals ist dumm, die Ausnützung dieses Aberglaubens zur Unterwerfung der Arbeit unter das Kapital ist schlecht und die so aufgerichtete Herrschaft des Kapitals über die Arbeit ist unerträglich. Es gibt keinen Kapitalismus, der einmal berechtigt und anständig und einmal unberechtigt und unanständig wäre, sondern wo Kapitalismus auftritt und wirksam wird, ist er unberechtigt, unanständig und zu vernichten.

Bernhard Köhler:

Der Kampf um Arbeit

Vor Abschluß des dritten Jahres im Kampfe gegen die Arbeitslosigkeit sprach der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. Pg. Bernhard Köhler am 16. Dezember über den Deutschlandsender. Wir geben im folgenden diese Ausführungen wieder. Sie zeigen die nächsten Aufgaben der Arbeitsschlacht und den nationalsozialistischen Kampf gegen die Ausbeutung und für die Befreiung der deutschen Arbeit.

Die großen Aufgaben zur Bereinigung der Arbeitslosigkeit

Der Kampf um Arbeit für das deutsche Volk und jeden Volksgenossen hat im Sommer des dritten Jahres die Arbeitslosenziffer bis auf weniger als 1¾ Millionen gesenkt.

> Drei große Aufgaben wirtschaftsgestaltender Art stehen nunmehr vor uns: Erstens muß der letzte Rest der Arbeitslosigkeit so schnell wie möglich verschwinden.

Denn es ist unerträglich für das deutsche Volk, zu wissen, daß es noch immer arbeitsfähige und arbeitswillige Volksgenossen gibt, die an der Arbeitsgemeinschaft der Deutschen keinen Anteil haben. Sie sind noch immer ausgeschlossen von der Verwirklichung ihres natürlichen Rechtes auf Daseinserhaltung und ihrer natürlichen Einheit mit dem Leben des Volkes.

Zudem aber bedeutet ihre erzwungene Untätigkeit gleichzeitig einen bedeutenden wirtschaftlichen Verlust, den sich ein reiches Volk nicht gestatten dürfte, ohne sich zugrunde zu richten, und der für ein jahrzehntelang ausgebeutetes und enteignetes Volk untragbar ist.

Es ist demnach ein Gebot unserer sittlichen Pflicht gegenüber jedem Volksgenossen, ebenso wie ein Gebot wirtschaftlicher Berechnung und Klugheit, daß wir mit dem letzten Rest der Arbeitslosigkeit so schnell wie möglich aufräumen. Wer arbeitsfähig und arbeitswillig ist, darf nicht vergeblich nach Arbeit suchen.

Digitized by Google

Ein Teil der hiezu notwendigen Maßnahmen gehört aber schon zur zweiten Aufgabe. Diese besteht in der vorsichtigen, aber weitblickenden Umgestaltung solcher gewerblicher Verhältnisse, die den unmittelbaren Einsatz verfügbarer Arbeitskräfte nicht mehr gestatten.

Es gibt eine außerordentlich große Anzahl von Betrieben, die nicht mehr zum Leben zu erwecken sind, weil Erzeugungs-, Verkehrs- oder Absatzverhältnisse sich geändert haben, oder auch weil die geeignete Betriebsführung nicht mehr vorhanden ist.

Es gibt ferner Gewerbezweige, die schwer um ihr Dasein ringen und denen doch keine bessere Zukunft versprochen werden kann, weil sie einem technischen Zustand angehören, der niemals wiederkehrt, oder weil sie auf Lebensbedürfnisse des Volkes zugeschnitten sind, die das Volk verlassen und durch andere ersetzt hat.

Und es gibt Gegenden des deutschen Vaterlandes, in denen sich die Arbeitslosigkeit hartnäckig hält, weil sich das gewerbliche Gefüge dort auf Wirtschaftsverhältnisse eingerichtet hatte, die verschwunden sind.

Alle diese Fälle verlangen eine eindringende und jedesmal der besonderen Lage angepaßte Behandlung, die um so größeren Weitblick und lebendiges wirtschaftliches Verständnis verlangt, je verwurzelter mit ihrem Boden die noch arbeitslose Arbeiterschaft ist.

Während Umschulung und Verpflanzung nach Orten, wo Arbeitskräfte gesucht werden, die verkrampfte Arbeitslosigkeit mancher Gebiete zu lockern vermag, haben wir doch keinerlei Interesse daran, etwa unsere Wald- und Gebirgsgebiete menschenarm zu machen.

Einesteils also muß Arbeitsgelegenheit, die geboten wird, Menschen an sich ziehen, andernteils muß Arbeitsgelegenheit zu Menschen gebracht werden, die bodenständig sind und bodenständig bleiben sollen.

Und dieses Verfahren wiederum führt zur dritten Aufgabe, der Neugestaltung deutscher Volkswirtschaft, nämlich zur bewußten Einschränkung der winterlichen Arbeitslosigkeit.

Man darf sich dies selbstverständlich nicht so vorstellen, als ob nun von einer Berliner Zentrale nach einem durchgehenden Schema die ganze deutsche Wirtschaft umorganisiert werden sollte. Für jede Landschaft, für jedes Gewerbe und schließlich für jeden Betrieb wird die Aufgabe anders liegen.

Was im Klima des Thüringer Waldes notwendig ist, braucht vielleicht in der Pfalz gar nicht erst erwogen zu werden. Lösungen, die in Oberbayern auf der Hand liegen, kommen in Ostpreußen gar nicht in Betracht. Die Zementindustrie wird andere Richtlinien aufstellen als die Weberei, das Baugewerbe andere als die Möbelfabrikation.

Und alles in allem kann diese Beseitigung der winterlichen Arbeitsstille und winterlichen Erwerbslosigkeit letzten Endes nur in der Rückkehr zu einem Wirtschaftsgebaren bestehen, das zwar die besten und modernsten Errungenschaften verwendet, aber sich stets der natürlichen Lebensbedingungen des deutschen Volkes in seinem Klima und in seinem Vaterland bewußt bleibt.

Digitized by Google

Das Recht jedes Volksgenossen auf Arbeit

Grundsatz bleibt für unsere Wirtschaftspolitik stets, daß keine Verhältnisse uns zwingen können, darauf zu verzichten, allen unseren Volksgenossen Arbeit zu geben. Denn das Recht jedes Volksgenossen auf Arbeit ist der Grundgedanke, von dem die Arbeitsschlacht ausgegangen ist.

> Am 5. August 1933 sagte der Führer: „Wenn wir das Problem der Arbeitslosigkeit endgültig gelöst haben werden, dann kommen wir damit zugleich auch zu einer nationalsozialistischen Auffassung der Arbeit selbst, zum nationalsozialistischen Grundsatz, daß der Staat nicht dazu da ist, Renten auszuteilen, sondern Arbeitsmöglichkeiten. Die NSDAP. wird diese entscheidende Frage anfassen und lösen, weil sie eine sittliche Verpflichtung ist."

Diese zwingende innere Verpflichtung, die der gesamten Führerschaft des deutschen Volkes obliegt, ist die unbedingte Bürgschaft dafür, daß der Kampf um die deutsche Arbeit niemals ruht, bis das Recht auf Arbeit für jeden Volksgenossen eine lebendige, täglich wirksame, unerschütterliche Wirklichkeit geworden ist.

Es ist in Wahrheit ein Kampf um die Arbeit selbst. Ein Kampf darum, wer die Arbeit besitzen soll, wer ihr gebieten soll, und wer ihren Ertrag verwalten soll: Kapitalistische Herrschaft oder das Volk selbst! Es ist ein Kampf um die Befreiung der Arbeit aus der Herrschaft des Kapitalismus, und da die Arbeit des Volkes nichts anderes als das Leben des Volkes ist, so ist es der Kampf um die Freiheit des Volkes selbst.

Das Wachstum der Arbeitslosigkeit

Für manche Leute ist die Arbeitslosigkeit erst eine Sorge und ein Problem geworden, als die sogenannte Weltkrise das vermeintliche Land vorbildlicher Wirtschaftsverfassung und wirtschaftlichen Gewinns, die Vereinigten Staaten von Nordamerika, erschütterte.

Es ist notwendig, in Deutschland hiezu auf drei Dinge hinzuweisen:

Erstens hatten wir bei Beginn der sogenannten Weltwirtschaftskrise schon 2½ Millionen Volksgenossen, die vergeblich nach Arbeit suchten. Die winterliche Arbeitslosigkeit war seit 1925 überhaupt nicht unter zwei Millionen Arbeitslose heruntergegangen. Es ist also nicht so, daß etwa die Verschlechterung der Verhältnisse außerhalb Deutschlands in jener Zeit nur auf Deutschland übergegriffen hätte, sondern es ist vielmehr so, daß Deutschland schon seit dem Kriege unter einer Unfreiheit seiner Arbeit litt, die nur während der Inflation infolge Verschleuderung des deutschen Arbeitsertrags nicht unmittelbar gerade als Arbeitslosigkeit in Erscheinung trat.

Zweitens hatte eine kapitalistische Wirtschaftsführung im deutschen Volk die nach der Inflation schnell ansteigende Arbeitslosigkeit unbeachtet gelassen. Die Verluste der deutschen Volkswirtschaft durch politische und wirtschaftliche Ausbeutung von außen wurden verstärkt durch die steigenden Verluste infolge der Arbeitslosigkeit. Die Folge war, daß diese vernachlässigte Verlustquelle der deutschen Volkswirtschaft sich immer stärker bemerkbar machen mußte, so daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland unter allen Umständen unaufhaltsam gestiegen wäre, auch wenn Amerika, England, Frankreich und alle übrigen

Digitized by Google

in Betracht kommenden Länder keinen wirtschaftlichen Niedergang erlitten hätten.

Und drittens war die politische Lage derart, daß der fortschreitenden Versklavung und Ausbeutung der deutschen Arbeit kein wirksamer Widerstand entgegengesetzt werden konnte. Die Annahme des Young-Plans bedeutete wiederum eine Fesselung und Enteignung der deutschen Arbeitskraft, die sich auch bei günstigsten weltwirtschaftlichen Verhältnissen in vermehrter Arbeitslosigkeit auswirken mußte.

Wenn manche Leute es vergessen haben, so vergessen die Nationalsozialisten und diejenigen, die wir aus der Arbeitslosigkeit und der Bedrohung durch sie errettet haben, niemals, daß wir es waren, die vor Annahme des Young-Plans warnten und erklärten: Wenn dieser neue Tribut und Enteignungsvertrag unterzeichnet wird, werden wir in einem Jahr doppelt soviel Arbeitslose haben wie heute! Dies war im Winter 1929/30 mit 2½ Millionen Arbeitslosen. Und im Winter 1930/31 stieg die Arbeitslosigkeit auf 5 Millionen Arbeitslose!

Die Entrechtung unseres Volkes

Es ist also nicht an dem, daß die Arbeitslosigkeit eine Sache wirtschaftlicher Schwankungen und ihre Beseitigung eine Aufgabe wirtschaftsbelebender Maßnahmen gewesen wäre, die notwendig wurden, weil Deutschland, wie andere Länder, unter einer wirtschaftlichen Schrumfung zu leiden hatte.

Sondern die deutsche Arbeitslosigkeit war die unmittelbare Folge seiner politischen Entrechtung und Unfreiheit, die ja die Voraussetzung für die wirtschaftliche Unfreiheit und Ausbeutung bildete. Denn eine schärfere Unterdrückung und eine schlimmere Mißachtung der Arbeit ist nicht denkbar, als diejenige, die die Arbeit selbst unmöglich macht. Dadurch erst wird Arbeit zur Sklavenarbeit.

Nur wer frei seine Arbeit einzusetzen berechtigt ist, kann sicher sein, für seine Arbeit auch die Achtung zu erzwingen, die ihr gebührt, weil sie das Leben eines freien Mannes und eines freien Volkes trägt.

Es ist doch nicht erst seit der Weltwirtschaftskrise üblich geworden, vom deutschen Volk als einem Arbeitnehmervolk zu sprechen, das gezwungen ist, die Möglichkeit zu arbeiten, aus der Hand der Weltwirtschaft und des Weltkapitals entgegenzunehmen. Sondern mit dem verlorenen Kriege war das deutsche Volk, entwaffnet und entrechtet, zum Proletarier der Weltwirtschaft und des Weltkapitals gestempelt worden.

Und eine ungeheure Kunst raffiniertester Propaganda wurde eineinhalb Jahrzehnte lang angewendet, um dem deutschen Volk einzuflüstern, daß dies naturnotwendig sei, daß dieses Schicksal das natürliche Schicksal der Arbeit sei und daß es demgegenüber nur zwei Möglichkeiten gebe: Entweder sich dieser Welt, in der das Kapital die Arbeit beherrscht, zu unterwerfen, oder diese ganze böse und ungerechte Welt in Stücke zu schlagen. Wen kann es wundern, daß Millionen ehrlicher Deutscher keinen anderen Ausweg sahen, als die Vernichtung einer Welt, in der angeblich das Unrecht eine gottgewollte Herrschaft ausübte? Wie kann dies verwunderlich sein, wenn der Glaube des deutschen Volkes durch eine Lüge irregeleitet wurde? Arbeitnehmervolk, Proletariervolk, das sollte heißen, auf Gnade und Ungnade fremden Mächten ausgeliefert.

Digitized by Google

Der Grundgedanke der nationalsozialistischen Arbeitsschlacht

Und dies ist die nationalsozialistische Revolution der deutschen Volkswirtschaft, daß die Sage von dem proletarischen Arbeitnehmertum des deutschen Volkes ebenso ausgelöscht worden ist wie die Irrlehre von dem proletarischen Arbeitnehmertum des deutschen Arbeiters.

> Das deutsche Volk ist kein Arbeitnehmervolk, das übermächtige Gewalten draußen in der Weltwirtschaft um Arbeit zu betteln hätte. Sondern es ist ein Arbeitervolk, das das unverbrüchliche Recht hat, zu arbeiten, soviel es vermag, und mit dieser seiner Arbeit sein Leben aus eigener Kraft und eigenem Recht zu erhalten.

Und der deutsche Arbeiter ist kein Arbeitnehmer und Proletarier, der jederzeit aus der Arbeitsgemeinschaft des Volkes ausgeschlossen werden könnte. Er ist kein Betriebsmittel der Wirtschaft, das man gebraucht oder beiseite stellt, je nachdem ob es benötigt wird oder nicht, sondern er ist ein freier Arbeiter, der in seinem Volke das Recht hat, jederzeit Arbeit nach seinen Kräften zu leisten und nach seiner Leistung davon zu leben.

So greift die nationalsozialistische Arbeitsschlacht einen Kampf auf, den der deutsche Arbeiter ein Jahrhundert lang vergeblich zu führen versucht hat. Sie ist durchaus nicht etwa nur eine Sammlung von Wirtschaftsmaßnahmen zur Beeinflussung der Konjunktur oder zur Verbesserung der deutschen Wirtschaftsstruktur oder zur Wiederanknüpfung von Außenhandelsbeziehungen. Sondern sie ist die Verkündung der Selbsthoheit und Freiheit der deutschen Arbeit, die Verkündung der wirtschaftlichen Gleichberechtigung Deutschlands in der Welt und der Beginn einer neuen Weltwirtschaft, die von freien, sozialistischen Völkern getragen werden wird.

Man fragt sich oft, wie es kommt, daß so einfaches, selbstverständliches und niemandem schädliches Beginnen wie die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Deutschland einer so allgemeinen Ablehnung und Verleumdung begegnen kann, wie es tatsächlich der Fall ist.

Die Erklärung ist sehr einfach: Die Arbeitsschlacht ist ja nichts anderes als die Aufkündung der Hörigkeit deutscher Arbeit unter das Weltkapital.

Die Vergangenheit behauptete: Deutschland kann nur arbeiten, wenn ihm das Weltkapital wieder Kredit gibt. Das heißt also: Deutschland kann nur leben, wenn das Weltkapital es gestattet.

Der Nationalsozialismus sagt: Deutschland hat das Recht zu leben und keine Macht der Welt kann ihm dies Recht streitig machen. Es sei denn, Deutschland verzichte selbst darauf, sein Recht zu behaupten und zu wahren. Deutschland aber ist nicht gesonnen, auf sein Recht zu verzichten.

Und darum ist seine erste Aufgabe bei der Wiederaufnahme der Arbeit gewesen: Sich dafür zu rüsten, daß es in aller Zukunft das Recht seiner Arbeit wahren kann.

Digitized by Google

Dr. Alf Noll:

Bemerkungen zum jahreszeitlichen Arbeitsausgleich

Der jahreszeitliche Arbeitsausgleich gehört zu den großen Aufgaben wirtschaftsgestaltender Art. Wie sehr unsere Wirtschaft dieses Ausgleichs bedarf, hat wiederum das starke Anschwellen der Arbeitslosigkeit in diesem Winter gezeigt. Wir müssen aus den Erfahrungen dieses Winters lernen, um einen besseren Arbeitseinsatz im nächsten Winter zu ermöglichen. Auch hier sind Sünden der Vergangenheit gut zu machen.

Es wird viel davon gesprochen, daß der erste Abschnitt der Arbeitsbeschaffung — man sollte richtiger sagen: Arbeitsschaffung — sich dem Ende nähere und daß der zweite Abschnitt sich nun mehr auf die Privatinitiative der Unternehmungen stützen müsse. Das ist nur in gewissem Sinne richtig und kann leicht mißverstanden werden. Jedenfalls wird der Einfluß des Staates auf den Stand der Arbeit nicht aufhören können, und die sogenannte private Wirtschaft wird von sich aus allein auch nicht in der Lage sein, die restliche Arbeitslosigkeit zu beseitigen und den Arbeitsstand zu halten, so wenig sie in besseren Zeiten dazu fähig gewesen ist.

Aber es ist richtig, daß nun in vergrößertem Umfange die Arbeitsreserven ausgenützt werden müssen, die sich in der Wirtschaft angesammelt haben. Und sie aufzuspüren, das wird die Hauptaufgabe sein, an der wieder eine allgemeine Mitarbeit notwendig ist. Zu dem Ergebnis der seitherigen Arbeitsbeschaffung hat gewiß beigetragen, daß sich das deutsche Volk 1933 in einem frischen Elan daran machte, in allen Ecken und Winkeln der deutschen Volkswirtschaft nach irgendwelchen Arbeitsmöglichkeiten zu suchen. Dabei ist im Übereifer nicht immer richtig verfahren worden, und eine Wiederholung der gleichen Methode empfiehlt sich nicht. Aber das Prinzip war richtig und wird wieder angewandt werden müssen, freilich sehr verfeinert, planmäßiger und mit mehr Rücksicht auf die volkswirtschaftlichen Zusammenhänge. Von selbst rollt die „Konjunktur" — in Wirklichkeit haben wir gar keine solche — nicht weiter.

Der jahreszeitliche Arbeitsrhythmus

Die vor uns liegenden Aufgaben sind: die noch vorhandenen Arbeitslosen in Arbeit zu bringen, die Beschäftigungsschwankungen durch den Neueinsatz frei werdender Arbeitskräfte auszugleichen und dann den jahreszeitlichen Beschäftigungsausgleich, das heißt die Schaffung von Winterarbeit in Angriff zu nehmen.

Auch in diesem Winter ist die übliche Arbeitsverminderung zum Ausdruck gekommen. Es hat sich eine Zunahme der Arbeitslosen um rund 800 000 ergeben.

Materiell brauchte uns dieser jahreszeitliche Rhythmus nicht zu erschrecken: die Reichsanstalt war einerseits für die zu erwartenden Mehrunterstützungen gerüstet, andererseits hatte sie den Umfang der Notstandsarbeiten im Sommer vermindert, um ihn im Winter entsprechend erhöhen zu können.

Digitized by Google

Aber grundsätzlich können wir uns künftig mit einem solchen Zustand nicht bescheiden. Der jahreszeitliche Arbeitsrhythmus ist zwar natürlich bedingt, aber wir können ihn nicht als unvermeidliches Schicksal hinnehmen. Hier ist für alle spätere Zeit ein Einsatzpunkt von äußerster Dringlichkeit, an dem auch die zuständigen Gliederungen aller Art ihren Einzelbeitrag leisten können und müssen.

Der Arbeitsausgleich im Winter

Ein Hauptteil des winterlichen Arbeitsausgleichs wird der Reichsanstalt verbleiben. Der von ihr noch vorzunehmende Ausbau muß sich aber natürlich auf ihr bekanntgemachte geeignete und volkswirtschaftlich wertschaffende Arbeiten stützen, setzt also eine allseitige Suche nach derartigen Winterbeschäftigungen voraus. Zunächst denkt man an Arbeiten in der Forstwirtschaft: Vermehrung der Zahl der Forstarbeiter überhaupt, Waldarbeitersiedlung, Rohstoffbeschaffung: Zellstoff, Holzschliff, Harz, Gerbstoff usw.

Der Reichsanstalt kann aber nicht die Sorge um die Winterarbeit allein überlassen werden. Die nächste Ergänzung ist, daß alle öffentlichen Arbeiten — in öffentlichen Betrieben, in den Städten — auf ihre Verteilbarkeit auf den Winter geprüft werden. Alle Parteivertreter haben hierbei zumeist die Möglichkeit, ihren Einfluß geltend zu machen. Die Bauarbeiten stehen hier an erster Stelle. Ein besonderes Kapitel dieser städtischen Bauarbeiten ist das übliche sommerliche „Buddeln" der Straßenbahnen, meist mitten in der Reisezeit. Die zum Teil technisch bedingten Erklärungen für die Notwendigkeit gerade einer solchen Zeiteinteilung sind immerhin nicht durchschlagend genug, daß nicht ein Teil solcher Arbeiten auch im Winter ausgeführt werden könnte. Die Wetterkunde müßte dabei insoweit zu Rate gezogen werden, als zum mindesten für eine nähere Zeit ungefähre Anhaltspunkte für die Frage einer Möglichkeit solcher Arbeiten gewonnen werden könnten.

Hinzukommen, wie sich bereits in einigen Landesteilen sehr bewährt hat, planmäßig geförderte Arbeiten auf dem Gebiet der Hausinstandsetzung (Innenarbeiten), der Installation. Auch die Arbeiten unter dem Stichwort: „Schönheit des Arbeitsplatzes" und ähnliche lassen sich in großem Umfange auf den Winter verlegen. Überhaupt alles, was an Instandsetzungsarbeiten in der Wirtschaft vorgenommen wird, sollte daraufhin geprüft werden, ob, besonders bei ohnehin starker betrieblicher Beschäftigung, diese nicht für den Winter aufgeschoben werden können. Angeschulte Kräfte, die im Sommer bei dem Mangel an Fachkräften zweckmäßigere Dienste leisten können, dürften jedenfalls nicht in dieser Zeit mit Arbeiten beschäftigt werden, die im Winter erwünscht wären. Hierbei ist ein enges Zusammenarbeiten zwischen Betriebsleitung, Gefolgschaft (Vertrauensrat) und Arbeitsamt notwendig. In diesen Zusammenhang gehört auch, daß die Arbeiten am Luftschutz zu einem Teile in den Winter verlegt werden können, zumal die Anlage von Luftschutzkellern, wobei die Frage der Kohleneinlagerung für die Zeit der Arbeiten entsprechend zu berücksichtigen wäre.

Besondere Möglichkeiten dürften in der Wiedererweckung und Förderung der verschiedensten Nebengewerbe liegen, die von der früheren Zeit her ein Teil unserer Arbeiterschaft und Landbevölkerung ausübte. Der weitaus größte Teil dieser auf handwerklichem Können beruhenden Nebengewerbe läßt sich für die Heimausgestaltung verwenden. Und hier hätte gerade die Siedlung sowie die

Digitized by Google

bessere Ausgestaltung der Arbeiterwohnungen ein sehr großes Abnahmegebiet abzugeben. Freilich ist dann notwendig, daß überlieferte Fähigkeiten nicht durch eine Art zünftlerischen Wettbewerbsneides niedergehalten werden, daß nicht handwerkliche Organisationen die Fruchtbarmachung von wertvollen Fähigkeiten unmöglich machen. Wie andererseits natürlich auch keine Störung berechtigter Berufsinteressen durch Nebenberufe erfolgen darf.

Die erste Arbeitsschlacht im Stadium des „Kleinkriegs"

Um derartige Möglichkeiten auszuwerten, müssen sie bekannt und erkannt sein. Die Betriebszählung des Statistischen Reichsamts gibt Unterlagen, muß aber noch ausgebaut und ergänzt werden. Auf Grund solcher Unterlagen können Anregungen gezogen werden, Bemühungen etwa im Zusammenhang mit dem Arbeitsamt einsetzen. Für die Förderung der nebengewerblichen Fähigkeiten können geeignete Ausstellungen dienen, die zeitlich so gelegt werden müßten, daß die Ausführung erteilter Aufträge in den Winter fällt.

Das sind nur einige Andeutungen, die nach den jeweiligen Verhältnissen zum Aufspüren, zu einer systematischeren Erfassung winterlicher Betätigungsmöglichkeiten veranlassen können, auch wenn es sich im Einzelfall um kleine und kleinste Arbeiten handelt. Aber die Arbeitsschaffung für den Rest der Arbeitslosen wird sich überhaupt aus einer Unzahl von Einzelheiten zusammensetzen müssen.

Hierbei wären auch die freien Berufe nicht zu übersehen, deren Wiedereinfügung besondere Schwierigkeiten macht. Was hier an wirklich Wertvollem der Gesamtheit nutzbar gemacht werden kann, setzt allerdings auch eine systematische Erfassung und Siebung des Vorhandenen voraus, eine im einzelnen mühsame und nicht immer dankbare Kleinarbeit. Aber die Zeit, in der man Arbeitslosenheere regimentsweise in die Arbeit zurückmarschieren lassen konnte, ist nun einmal abgelöst worden von einem „Kleinkrieg" mit der auf der ganzen Linie auf dem Rückzuge befindlichen Arbeitslosigkeit.

Bernhard Köhler:

Abbau der Zwecksparkassen

Der Abbau der Zwecksparkassen kennzeichnet mit anderen Erscheinungen die veränderte Stellung des Kredits in der deutschen Volkswirtschaft. Zu den immer wiederholten Begründungen für die Schaffung von Zwecksparkassen gehört die Behauptung, daß es notwendig wäre, gegen die kapitalistischen Monopolbestrebungen der Banken Kreditmöglichkeiten zu schaffen. Der Volksgenosse habe ein Recht auf Kredit, und dieses Recht zu befriedigen sei eine nationalsozialistische Aufgabe. Noch toller wurde die Begriffsverwirrung, als die Zwecksparkassen behaupteten, sie seien wegen der Finanzierung privaten Anschaffungsbedarfs unentbehrliche Hilfsmittel der Arbeitsbeschaffung.

Kein Mensch hat ein Recht auf Pump. Es ist im Laufe von knapp drei Jahren gelungen, den deutschen Gewerbetreibenden wieder klarzumachen, daß eigene Finanzkraft besser und billiger ist, als fremde. Es hat sich ferner gezeigt, daß das einzige Mittel zur Ermöglichung berechtigten Kredits die

Digitized by Google

Ingangsetzung der Arbeit in der deutschen Volkswirtschaft, d. h. also die Bildung neuen Kapitals war. Und allmählich ist ein Aufwachen durch das ganze Volk gegangen: die Wiederbelebung unserer Wirtschaft geht ja gar nicht vom Kredit aus, sondern von der Arbeit!

Es gehörte zu den Täuschungsmitteln, mit denen der Aberglaube des Kapitalismus aufrechterhalten wurde, daß Kredit die Seele der Wirtschaft sei. Niemand kann es den kleinen Leuten übelnehmen, die infolgedessen meinten, daß die wichtigste Aufgabe bei der Belebung der Wirtschaft die Schaffung neuer Kreditmöglichkeiten wäre. Es ist Gott sei Dank um alle solche Pläne und Gründungen still geworden.

Dabei soll nicht übersehen werden, daß tatkräftiger Einsatz sachverständiger Volksgenossen da und dort brauchbare Wege eröffnet hat, um einwandfreie Kreditmöglichkeiten zu schaffen, welche die Schwierigkeiten der Anlaufzeit überbrückten. Aber als Prinzip oder ausschlaggebende Maßnahme durfte die Schaffung von Kreditmöglichkeiten niemals angesehen werden.

Unsere besondere Aufmerksamkeit gilt gegenwärtig der volkswirtschaftlich völlig abwegigen Verbrauchsfinanzierung durch Kredit, angefangen vom Einkauf auf Borg mit nachfolgenden Kreditansprüchen des Verkäufers an seine Lieferanten oder an die Bank, bis zu den großartig aufgezogenen Konsumfinanzierungs-Unternehmungen einschließlich der Abzahlungsgeschäfte. Eine nachdrückliche und immer wieder ins einzelne gehende unermüdliche Propaganda muß mit dem Borgunwesen und dem Verbrauch auf Pump aufräumen. Es ist ein schon rechnerisch als Schwindel nachweisbarer Fehlschluß, wenn man behauptet, die Konsumfinanzierung rege die Erzeugung an. In Wirklichkeit entzieht sie einen erheblichen Teil der für Aufträge verfügbaren Summen der Produktion und leitet sie lediglich in die Kassen des Finanziers. Außerdem ist jede Produktionsbelebung durch Konsumfinanzierung eine Selbsttäuschung, da der durch Pump finanzierte Verbrauch zwecks Tilgung des Kredits ja doch wieder eingeschränkt werden muß.

Je schärfer die in der Volkswirtschaft verfügbaren Kapitalien von allen volkswirtschaftlich falschen Betätigungen abgehalten werden, desto nutzbarer können sie da gemacht werden, wo sie Brauchbares leisten können: In der Finanzierung des technischen und industriellen Fortschritts.

Das beste Mittel aber, das Kapital auf die Betätigung hinzuführen, die ihm pflichtgemäß obliegt, ist, es für keine anderen Zwecke in Anspruch zu nehmen. Die Beseitigung des Pump-, Konsumfinanzierungs- und Abzahlungsunwesens, insbesondere der *Streik des Verbrauchers gegen das Leihkapital* durch entschiedene Besserung der Zahlungssitten, ist das wirksamste Mittel, das Kapital immer mehr zum Dienste der Volkswirtschaft zu zwingen.

Wunder können in der Wirtschaft *nicht* erwartet werden, und wir wollen diese auch nicht. Die Gesundung der Wirtschaft muß und soll in *zäher Arbeit* und mit *unermüdlichem Fleiß* Schritt für Schritt errungen werden. Der Glaube an den Erfolg ist unsere schärfste Waffe; das unbegrenzte Vertrauen auf unseren Führer und das Bewußtsein unserer eigenen Kraft wird uns alle Schwierigkeiten überwinden lassen. (Wilhelm Keppler)

Digitized by Google

Otto Jung:

Eine Hamsterpsychose und ihre Folgen

Pg. Jung, der Gauwirtschaftsberater des Gaues Schwaben, hat als Leiter des Sonderausschusses für Textil- und Bekleidungswirtschaft in der Kommission für Wirtschaftspolitik und Leiter der Wirtschaftsgruppe Bekleidungsindustrie genau verfolgen können, welche Wirkungen die Hamsterpsychose auf dem Gebiet der Textilwaren gehabt hat. Ob gewisse Zeitgenossen damals Garn gehamstert haben oder in den vergangenen Monaten Fett gehamstert haben oder morgen Kohlen hamstern werden, die Folgen sind immer ähnlich.

„Mangel ist der Vater des Wuchers"

Es ist eine alte Erfahrung, daß Gegenstand und Ware, von denen es heißt, daß ein Mangel eintreten könnte, gehortet und gehamstert werden. Die Folge davon ist, daß — obwohl häufig ein Mangel in Wirklichkeit gar nicht vorhanden ist oder der Mangel schlimmstenfalls als eine Knappheit bezeichnet werden muß — die betreffenden Waren und Gegenstände vom Markt in erschreckendem Ausmaße verschwinden.

In der Hauptsache handelt es sich um die Fälle, in denen das gewohnte Mehrangebot nachgelassen hat, ohne daß — würde man für eine gerechte Verteilung sorgen — Mangel einzutreten braucht, oder aber es handelt sich um die Fälle, in denen der tatsächliche Bedarf bis etwa 80 oder 90 v. H. gedeckt werden kann, so daß bei einer allgemeinen freiwilligen Einschränkung oder vernünftigen Einteilung, die niemanden schadet, dieses geringere Angebot ohne weiteres ausgeglichen werden könnte.

„Mangel ist der Vater des Wuchers" — sagt Pg. Bernhard Köhler. Am „Mangel" haben in erster Linie geschäftstüchtige Leute ein Interesse, die aus dem Mangel ein Geschäft machen wollen, die auf mehr oder weniger krummen Wegen ihre an unnormalen Stellen gehorteten Waren und Gegenstände den warenhungrig gemachten Verbrauchern zu erpresserischen Preisen anbieten. Sie sind es, welche Mangel sogar „organisieren" und für eine öffentliche Meinung sorgen, damit sie an der Not verdienen können.

Daraus geht hervor, daß — wenn die Gesinnung entsprechend ist — auch die psychologischen Voraussetzungen für die Neigung zur Hamsterei sich wandeln können. Bei vollendeter Disziplin einer ganzen Verbraucherschaft muß der scheinbare Mangel, der durch einen Rückgang des Angebotes hervorgerufen wird oder durch eine gewisse Knappheit in ganz bestimmten Warengruppen einmal vorübergehend entstehen kann, mit Leichtigkeit und Einfachheit zu tragen sein.

Ende 1934 wurden Textilwaren gehortet . . .

Die Ende 1934 von Raffgier und Torheit hervorgezauberte Hamsterpsychose auf dem Textilwarengebiet hat eine Fülle lehrreicher Momente gebracht, die für die Erkenntnis der Notwendigkeit solcher Disziplin und ihrer Verwirklichung von großem Nutzen sein können. Ich will im einzelnen auf diese Momente eingehen:

Digitized by Google

1. Das Horten der Waren und Gegenstände übt im allgemeinen sofort einen gewissen Druck auf den regulären Verbrauch dadurch aus, daß nicht wie vorher jeder Verbrauchsgegenstand dem bestimmungsgemäßen Verbrauch zugeführt wird, sondern daß Kaufbegehren und Wünsche der Verbraucher von falschen Beweggründen geleitet, getrübt auftreten. Es tritt also eine Verwirrung im Verbrauch ein, die ungesund ist und selbstredend auch auf Handel und Fabrikation einwirken muß.

Alle Qualitätsbegriffe und speziellen Eignungsbegriffe in der produzierenden Wirtschaft geraten durcheinander. Der Leidtragende ist der Konsument, aber auf die Dauer auch jeder Wirtschafter.

2. Das Horten an illegalen und unnormalen Stellen, d. h. durch solche Leute, die normalerweise niemals sich mit den Gegenständen und Waren beschäftigt hätten, auf die sie sich jetzt stürzen, bringt in Handel und Produktion Elemente hervor, die aus der Not als solcher Nutzen zu ziehen versuchen. Auch hier handelt es sich nicht darum, daß die Not tatsächlich sein muß, aber das Auftreten solcher Elemente wirkt wie ein Signal von einer solchen Not. Der Leidtragende ist letzten Endes wiederum der Konsument, aber auch der Händler und Fabrikant, die beide die Ruhe und Übersichtlichkeit des Marktes vermissen und sich in die Rolle von Spekulanten gedrängt sehen.

3. Das Horten legt zunächst — wie der Name schon sagt — Waren fest, verhindert also den Umlauf, verlangsamt den notwendigen Umschlag des Güteraustausches. Niemand hat davon einen Vorteil, auch der Horter nicht, denn er ist ja letzten Endes ein Spekulant, der unter Umständen im Falle, daß der Mangel, von dessen Ausbeutung er lebt, plötzlich nachläßt oder gar beseitigt wird, einen Baisse-Hereinfall erlebt, während er auf Hausse spekuliert hat.

4. Horten legt aber auch Gelder fest, d. h. Betriebsmittel. Die deutsche Wirtschaft braucht ihre Betriebsmittel sehr notwendig und muß das vorhandene Betriebskapital rasch umschlagen. Dem wird durch das Horten entgegengewirkt.

5. Darunter leidet der Konsument, der — wenn eine Ware gehortet wird — größere Teile seines Einkommens für ihren Erwerb aufwenden muß, d. h. außerstand gesetzt wird, andere vielleicht ebenso notwendige Waren zu kaufen. Der Konsument wird also nicht nur auf dem Gebiete der gehorteten Ware, sondern auch auf dem Gebiet anderer Waren in Mangel und Not hineingestoßen.

6. Darunter, daß gehortete Ware Geld festlegt, leidet auch der verteilende Händler. Er beschneidet seine Liquidität unter Umständen recht fühlbar, wenn er Gelder, die er zur Bezahlung regulärer Warenschulden benutzen müßte, dazu verwendet, um neue Einkäufe, und zwar zusätzlicher Waren, zu tätigen. Er befindet sich dann in der Rolle eines Wirtschaftenden, dessen Betriebskapital zu kurz geworden ist, weil er sein Lager überspannt hat, das nun — für so kostbar er die gehorteten Waren halten möge — an seinem Vermögen zehrt, und zwar auf dem Umweg über Zinsen, über den Mangel von Ausnutzung der Skonti, über auflaufende Verzugszinsen und schließlich über die Unfähigkeit, überhaupt pünktlich bezahlen zu können.

7. Schließlich leidet auch der Produzent, der sich durch den Druck der Knappheit oder der vorgetäuschten Not wiederum unter Mobilisierung eines zu großen Teiles seines Betriebskapitals ein zu großes Lager angebaut hat.

Digitized by Google

Das Verächtliche des Hamsterns

Alle diese Dinge treten unweigerlich ein, wenn nicht der Meinung von der Not oder Knappheit entgegengetreten wird. Dieses Entgegentreten kann aber erfolgreich lediglich in der Überzeugung und im Herzen des einzelnen Volksgenossen geschehen. Lehnt er es ab, daran zu glauben, daß diese Entwicklung naturnotwendig ist, d. h., daß es unabänderlich sei, daß raffgierige Lumpen und törichte Gewerbetreibende den Ton und die Art der Wirtschaft zu bestimmen haben, dann muß auf allen Gebieten diese ganz psychologische Lawine absausen.

Es ist eine Frage des persönlichen Mutes bei allen, die mit Waren zu tun haben: beim Verbraucher, beim Händler und bei der Produktion. Sie sollen sich nicht stören lassen in ihren normalen Dispositionen. Es besteht auch gar kein Grund, die Dispositionen zu ändern, bloß weil ein bestimmtes Angebot etwas nachgelassen hat. Die Dinge werden sich, wenn der Wille besteht, nicht die durch die Hamsterei bedingten anormalen Wege zu beschreiten, von selbst in entsprechender Weise regulieren.

Der Reinfall der Hamsterer

Vielleicht ist es gut, daß sich diejenigen, die sich bei der Hamsterei für besonders klug halten, letzten Endes bei irgendeiner Gelegenheit doch bei ihrer eigenen Dummheit ertappen, indem sie als echte Spekulanten auf ihren Hortungen sitzen bleiben. Bedauerlich ist nur, daß diese Dummen mit ihrem verräterischen Tun eine Menge Volksgenossen in Aufregung versetzen, sie zum Schlangestehen zwingen, bloß weil sie bereit sind, und zwar ohne Grund, Konsumenten, Händler und Produzenten über die Tatsachen des Wirtschaftsprozesses zu täuschen; denn das tun sie damit, daß sie eine falsche Meinung auftauchen lassen, um dann sinnlos Mißbrauch mit der Ängstlichkeit des erschreckten Verbrauchers treiben zu können.

Wie wenig man auch den sogenannten „sachverständigen" Schriftgelehrten trauen darf, hat das Hamster-Unwesen in der Textilwirtschaft bewiesen. Schreiberseelen, die sich früher munter auf politischem Gebiete ausquasseln konnten, nach der Revolution aber kein Tätigkeitsfeld mehr vorfanden, krochen plötzlich aus ihren Mauselöchern hervor und wollten wieder interessant werden. Mit statistischen Zahlen aus ihrer eigenen Phantasie wurde jongliert, um nachweisen zu können, wann der letzte Anzug in Deutschland gebaut werden kann. Das Publikum sollte aus diesem Reinfall gelernt haben, daß nichts teurer ist und nichts lächerlicher macht, als auf solche Meinungs-Verkäufer zu hören.

Ich glaube nicht, daß wir in den nächsten Jahrzehnten in der Textil-Wirtschaft noch einmal eine Hamsterpsychose erleben werden; denn als Ergebnis der traurig zusammengebrochenen Hamsterei liegen vor uns einerseits ein Überangebot an Waren, überfüllte Lager und leere Kassen, traurige Verkäufer-Gesichter und manche Klugheit durch eigenen Schaden, andererseits vollgestopfte Garderobenschränke mit modisch völlig veralteten Waren, an denen nur noch die Motten Freude haben.

Folgerung: Niemand hat Nutzen — alle haben Schaden. Gegen die Dummheit lohnt sich noch zu kämpfen. Hamsterer — ganz gleichgültig in

Digitized by Google

welcher Gesellschaft sie es geworden sind — sind Volksfeinde, ob sie Juden sind oder sich jüdisch benehmen.

„Cricetus" — der Hamster, so steht's im Brehm oder im Schmeil: Kurzbeiniger, plumper Körper, scharfe Krallen, umfangreiche Backentaschen. In denen sammelt er ein, um es nach Hause zu tragen — für den Winter. Da er aber nicht so viele Vorräte sammeln kann, um den ganzen Winter davon zu leben, verschläft er diesen zum großen Teil. Ein ebenso unerfreulicher wie törichter Bursche. Sammelt und sammelt, nimmt's anderen weg und schafft doch noch nicht genug für sich, so daß er sich für Monate schlafen legen muß.

Folgt der vierbeinige Artgenosse, der Cricetus, einem nun einmal von der Natur in ihn hineingelegten Trieb, so haben Vernunft und Gemeinsinn dafür zu sorgen, daß die von den Zoologen nicht registrierte menschliche Spielart des Cricetus für immer ausstirbt. Wie den Hamsterer in der Textilwirtschaft die Motten aufgefressen haben, so mag der Fett-Hamsterer an Dickleibigkeit krepieren oder im Fett davonschwimmen. In der deutschen Volksgemeinschaft ist jedenfalls kein Platz für ihn.

Kurzberichte zur Wirtschaftspolitik

Vorbemerkung. Unter dieser Überschrift „Kurzberichte zur Wirtschaftspolitik" wird von der Schriftleitung laufend der wirtschaftspolitisch tätige Parteigenosse über die einzelnen Aufgabengebiete der Wirtschaftspolitik unterrichtet werden. Wenn man früher unter Wirtschaftspolitik nur allzu oft die Politik der Wirtschafter verstand, so ist man heute wiederum geneigt, die Wirtschaftspolitik in der staatlichen und fachlichen Führung konzentriert zu sehen.

Aber wir wissen die Irrtümer zu beseitigen, die falschen Meinungen auszurotten und den Widersachern unseres Kampfes zu begegnen. In der **Bewegung** liegt die Zukunft! Der Staat kann immer nur der Ausdruck eines zeitlichen Zustandes sein. Und darum sagen wir Nationalsozialisten: Die Politiker stellt die Partei. Die Politik bestimmt die Partei. Und auch die Wirtschaftspolitik ist eine Angelegenheit dieser politischen Führung des Volkes.

Zur Wirtschaftspolitik gehören Auslese und Einsatz: in der Erziehung, Schulung und Wissenschaft, in der Sammlung der Kämpfer und in ihrer Ausrichtung. Dazu tritt in der Propaganda die einheitliche Meinungs- und Willensbildung durch die Rede, den Rundfunk, die Presse, den Film, durch das Schrifttum.

Führung mit ihrer Truppe, mit der Erziehung, Schulung und Propaganda ermöglicht auch Arbeitslenkung. Dann können zu bestimmten Zwecken und mit bestimmten Zielen Parolen ausgegeben werden, wie es der Führer nach der Machtergreifung tat: Arbeitsschlacht, Erzeugungsschlacht, Rüstung.

Der wirtschaftspolitische Kampf geht wie der politische Kampf zwangsläufig auch über die Grenzen hinweg. Der Nationalsozialismus ist keine Internationale, sondern das politische Glaubensbekenntnis eines Volkes, das über die Erde zerstreut, auch überall auf der Erde um diesen seinen Glauben kämpfen muß. So hat dann zu ihrem Teil die Wirtschaftspolitik Volkstumsarbeit zu leisten, hat im Angriff wider den Weltfeind dessen volkszersetzende Kräfte unschädlich zu machen und wird weiterhin die Tatsache erfahren, daß ihre Erfolge studiert und ihre Maßnahmen nachgeahmt werden, weil man überall spüren wird, daß Deutschland führt.

Wir werden hierüber: über die Auslese und den Einsatz, über die Propa-

Digitized by Google

ganda, über die Arbeitslenkung und den Auslandskampf der wirtschaftspolitischen Führung in den folgenden Kurzberichten jeweils eine kleine Monatsschau geben und entsprechend den praktischen Notwendigkeiten auszubauen trachten.

Pfr.

Erziehung

Totale politische Erziehung.

Die Erziehung der Jugend wird einmal zu den Hauptstützen auch der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik gehören.

Wenn einmal eine Jugend heranwächst, die es als eine Selbstverständlichkeit erachten lernt, daß jeder Volksgenosse, der in seinem Volke arbeiten will, auch arbeiten kann, dann wird auch eine nationalsozialistische Wirtschaft in dieser Grundvoraussetzung gesichert sein.

Denn, wenn die Jugend gegen kapitalistische Krankheiten aller Art geimpft ist, dann wird sie auch nie Unrecht und Ausbeutung im Volke dulden, wenn sie später einmal das Geschick dieses Volkes zu bestimmen hat.

Die Propaganda kann Erwachsene zu Taten hinreißen und ihnen Glauben geben, damit sie wissen, wofür sie leben und wofür sie kämpfen. Die Propaganda einer Idee aber bleibt Schall und Rauch, wenn nicht die Erziehung nachstößt, wenn nicht die Jugend von Geschlecht zu Geschlecht im Sinne dieser Idee erzogen wird.

Was bisher in den vergangenen Jahrzehnten nicht getan worden ist, wir müssen nachholen und ausgestalten. Unsere Jugend muß politisch denken lernen, wenn unser Volk sich seine Existenz und sein Fortkommen erkämpfen will. Politisch denken heißt staatspolitisch denken und wehrpolitisch, außenpolitisch und kulturpolitisch, und heißt auch wirtschaftspolitisch denken.

Der Nationalsozialismus hätte als eine Bewegung unserer Zeit wenig Sinn gehabt, wenn er nur die stärksten Leidenschaften, nicht aber auch die klarsten Denker wachgerufen hätte.

Versteben wir es nicht als nationalsozialistische Partei die Jugend politisch in unserem Geiste zu erziehen, wir würden dann vielleicht einmal in 10 oder 20 Jahren ein großer Veteranenverein sein, aber nicht mehr eine Kampftruppe, die das Schicksal unseres Volkes über die Jahrhunderte hinweg zu bestimmen fähig wäre.

Politische Erziehung fordert aber totale Erziehung. Ein politisches Kämpfertum darf keine Blöße zeigen auf keinem Gebiete der Politik, also auch nicht auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik!

Pfr.

Wissenschaft

„Volkswirtschaftslehren".

Es war natürlich, daß auf eine Zeit der Überheblichkeit wissenschaftlicher Betätigung ein starker Rückschlag erfolgte. Hatten sich Wissenschaftler im Zeitalter des Liberalismus immer mehr ihrer eigentlichen Aufgabe entfremdet, die im Dienste am Leben bestand und nicht an der Wissenschaft selber, so konnten wir als Rückwirkung hierauf in den ersten Jahren nach der nationalsozialistischen Revolution eine Unterschätzung, in einzelnen Fällen sogar eine Verachtung wissenschaftlicher Betätigung feststellen.

Der Hochmut geistiger Betätigung wird ausgeschaltet werden, genau so wie auch der Hochmut ausgeschaltet werden wird, der sich über die geistige Betätigung hinwegsetzt. Der Lebenskampf der Menschen wird nicht nur mit geistigen Waffen gekämpft, aber kann auch nicht auf eine hervorragende Ausbildung dieser geistigen Waffen verzichten.

Das sei allgemein gesagt. Im besonderen haben wir es jetzt in der Wirtschaftswissenschaft noch immer mit einem Tatbestand zu tun, der mit Recht schon vor der Zeit des Umbruchs Zielscheibe gelegentlicher Angriffe unsererseits gewesen ist.

Es handelt sich um wissenschaftliche Bücher, die sich den Namen „Volkswirtschaftslehren" geben, ihrem Wesen nach aber nichts mit einer Wissenschaft von der Volkswirtschaft zu tun haben. Es sei denn, daß man nach einer gemeinschaftsentfremdeten Denkweise unter „Volk" nichts als eine unterschiedslose Masse von Menschen versteht.

Digitized by Google

Die „Volkswirtschaftslehren", wie sie auf uns überkommen sind und noch ungestört in immer neuen Auflagen weitererscheinen, pflegen deshalb auch nicht vom Leben des Volkes auszugehen, sondern von der Existenz „mechanischer" oder „dynamischer" oder marktmäßiger Beziehungen, Verhältnisse, Funktionen und Kräfte, die den Eindruck eines Eigenlebens der Wirtschaft erwecken sollen, bestenfalls aber eine konstruierte Gesellschaft voraussetzen.

Die Wissenschafter, die noch solche „Volkswirtschaftslehren" herausgeben, können sich nicht darauf berufen, daß sich dieser Begriff so eingebürgert hätte. Wir Nationalsozialisten unterscheiden sehr gut zwischen Lehren von rein wirtschaftlichen Beziehungen und Lehren, die sich mit der Volkswirtschaft befassen. Man kann nicht von „Volkswirtschaft" sprechen, wenn man darunter lediglich oder im wesentlichen doch nur die Beziehungen zwischen Wirtschaftern und zwischen Wirtschaftsbetrieben versteht.

Hier fehlt es also nicht nur an politischem Empfindungsvermögen, sondern auch an der Sauberkeit in der Verwendung von Begriffen, wie sie gerade von Wissenschaftern gefordert werden muß.

Wenn wir bisher gegenüber dieser unsauberen Verwendung des Wortes „Volkswirtschaft" noch kein entschiedeneres Eingreifen für notwendig erachtet haben, so sollte das nicht bedeuten, daß wir darauf verzichtet hätten, unter eine solche Schrifttumsgattung eines Tages einen Schlußstrich zu ziehen.

Wir verlangen keine Umarbeitung der „Volkswirtschaftslehren", sondern überlassen es den Wissenschaftern, ihre bisherigen Lehren als das zu bezeichnen, was sie sind: als „Lehren von den Marktbeziehungen", unter Umständen auch als „Wirtschaftslehren".

Volkswirtschaftslehren werden freilich auch eines Tages geschrieben werden, sie werden aber nicht umgeschrieben werden, sondern diese müßten völlig neu geschrieben werden. Sie werden nicht nur gesinnungsmäßig anders verfaßt sein, sondern werden rein sachlich einen ganz anderen Inhalt haben.

Die Wissenschafter werden dann Wirtschaft, Volkswirtschaft und Wirtschaftspolitik unterscheiden. Es bleibt ihnen überlassen unter Wahrung der Unterschiede Lehren zu veröffentlichen von der Wirtschaft, von der Volkswirtschaft oder von der Wirtschaftspolitik. Pfr.

Kampfrichtung

Warnsignale! Die Stennes und die Straßer, die Heines, die Mücke und die Röhm, es gab welche, die so hießen und andere heißen heute anders. Die Straße geht weiter, sie hat ihre Warnsignale und ihre Unglücksfälle. Die Straße hat ihre Seitenwege und Abwege, ihre Strauchritter und ihre Gestrauchelten. Die Kolonnen mit der Losung Deutschland marschieren weiter.

Wo Kampf ist, gibt es Tote. Verräter werden erschossen. Schwache und Laue werden zertreten. Und mancher alte Weggenosse macht plötzlich schlapp. Aber die Kolonnen marschieren.

Und immer wieder, Jahr für Jahr, tritt die Jugend an. Sie ist die Ablösung. Sie bleibt genau so wachsam, wie die es waren, die als erste marschiert sind. Sie läßt sich nicht die Parolen verfälschen, für die sie ausgezogen ist. Sie läßt sich nicht das Erlebnis ihrer Jugend zerreden, sondern sie wird jederzeit bereit sein, einem Sophistenspuk das Ende zu bereiten.

Man hat den deutschen Revolutionären vorgeworfen, sie wären radikal — fanatisch — kompromißlos — und sie sind stolz darauf, so zu sein.

Die Kämpfer, die die Macht im Staate erobert haben, sie werden sich auch die Macht über die Arbeit, das Recht auf Arbeit erringen. Sie folgen dem Führer, wohin der Führer marschiert.

Der Führer bestimmt die Kampfrichtung. Gefolgschaft heißt folgen. Führer sein, heißt führen. Und wo der Führer ist, sind seine Kämpfer, radikal — fanatisch — kompromißlos.

Wir greifen jeden an, der die Kampfrichtung verläßt. Denn wer heute bereit ist, etwa dem Kapitalismus eine Hand zu reichen, der wird morgen

Digitized by Google

vielleicht ebenso bereit sein, dem Marxismus oder Judentum die andere Backe zu reichen.

Die NSDAP. ist als Arbeiterbewegung entstanden.

Ihr Kampf um Arbeit ist ein Kampf um Recht, ein Kampf gegen Unrecht und Ausbeutung.

Ihr Kampf ist von Anfang an ein sozialistischer gewesen und ein antikapitalistischer.

Ihr Kampf ist von vornherein ein Kampf gewesen um die Einheit und Freiheit unseres Volkes und gegen alle, die seiner Einheit und Freiheit entgegenstehen. Pfr.

Schrifttum

Kommunismus ohne Maske.

Diese unerbittliche Abrechnung des Reichspropagandaleiters Dr. Goebbels auf dem Reichsparteitag der Freiheit 1935 bleibt jedem, der sie gehört hat, unauslöschlich in Erinnerung.

„Die Theorie des Bolschewismus verspricht das an keine Grenzen gebundene ‚Vaterland der Arbeiter und Bauern', die ‚klassenlose Gesellschaft', die durch den Staat vor Ausbeutung geschützt wird, ein Wirtschaftsprinzip, in dem ‚allen alles' gehört, und die darauf fußende Herbeiführung eines ‚wirklichen und allgemeinen Weltfriedens'. Millionen Arbeiter mit Hungerlöhnen, wie sie in Westeuropa überhaupt nicht diskutabel waren, gequälte und gepeinigte Bauernmillionen, denen man ihr Land nahm, um es durch eine dumme und jegliche Initiative lähmende Kollektivwirtschaft endgültig zu ruinieren, Hungersnöte, denen Jahr um Jahr Millionen Menschen zum Opfer fallen in einem Land, das auf Grund seines Bodenumfanges die Kornkammer ganz Europas sein könnte, die Aufrüstung einer Armee, die nach Aussprüchen aller führenden Bolschewisten der Durchsetzung der blutigsten Weltrevolution dienen soll, die brutale und erbarmungslose Beherrschung dieses vom Wahnsinn geführten Staats- und Parteiapparates durch eine kleine, terroristische, meistens jüdische Minderheit: das alles spricht allerdings eine andere Sprache, eine Sprache, die die Welt auf die Dauer nicht überhören kann, weil in ihr das namenlose Leid und die unbeschreiblichen Schmerzen und Qualen eines ganzen 160-Millionen-Volkes mitklingen."

So spricht Dr. Goebbels über den „Kommunismus in seiner ganzen verlogenen Erbärmlichkeit"!

Die oben genannte Rede des Reichspropagandaleiters ist in einer Broschüre unter dem Titel „Kommunismus ohne Maske" in erweiterter Form wiedergegeben.

Das umfassende und aufschlußreiche Material, das der Schrift zugrunde liegt, sowie die treffende und klare Herausstellung der Kampfmethoden und völkerzersetzenden Ziele des Bolschewismus machen die Broschüre zu einem unentbehrlichen Helfer im Aufklärungskampf gegen die internationale Wühl- und Hetzarbeit des Kommunismus.

Das 32seitige, vom Zentralverlag der NSDAP., Frz. Eher Nachf., München, herausgegebene Heft kostet im Einzelverkauf nur 10 Rpf.

Ni.

Sozialismus, wie ihn der Führer sieht.

„Der Führer bekannte sich zum Sozialismus". So schrieb etwas verwundert die unwissende Auslandspresse, nachdem der Führer Anfang Dezember in Nürnberg gesprochen hatte. So stellten es mit Erstaunen fest die ewigen Zweifler und so hörten es mit nicht geringem Entsetzen auch unsere jüngsten Weggenossen, die erst allmählich nationalsozialistisch denken und reden lernen.

Diesen Jüngsten können nun unsere Parteigenossen eine fleißige Zusammenstellung von Aussprüchen des Führers über den Sozialismus nennen. Das Buch heißt „Sozialismus, wie ihn der Führer sieht". Es ist im Heerschild-Verlag München erschienen und kostet 3.80 RM. Es enthält Auszüge aus „Mein Kampf" und aus Reden des Führers und ist mit einem eingehenden Stichwörter-Verzeichnis versehen, so daß es auch zum Aufsuchen von Worten des Führers zu bestimmten Gelegenheiten geeignet erscheint.

Digitized by Google

Die Zusammenstellung der Aussprüche besorgte der Schriftleiter F. Meystre, dessen frühere Schrift „Sozialpolitik im neuen Reich“ manche kennen dürften.

Pfr.

Arbeitsschlacht

Die vier Gruppen von Arbeitslosen.

Pg. Bernhard Köhler zeigte in seiner großen Berliner Rede am 5. Dezember die vier Gruppen der Arbeitslosen, die wir unterscheiden müssen. Wir entnehmen den Ausführungen Pg. Bernhard Köhlers nachstehende Sätze:

„Man hält uns entgegen, daß eine gewisse Zahl von Arbeitslosen immer vorhanden sein müßte.

Natürlich gibt es erstens immer eine Anzahl von Volksgenossen, die der voll laufende Wirtschaftsbetrieb nicht verwenden kann, weil diese Volksgenossen aus irgendwelchen Gründen, sei es infolge des Alters oder des körperlichen Zustandes, verwendungsbeschränkt sind. Sie müssen nach den heutigen Gepflogenheiten allmählich der Unterstützung und der Wohlfahrtspflege zugeführt werden.

Zweitens gibt es selbstverständlich immer eine Anzahl von Volksgenossen, die zwar arbeiten könnten, aber nicht gern arbeiten wollen. Diese als Arbeitsuchende zu zählen ist gar kein Anlaß.

Drittens gibt es natürlich immer eine Anzahl von Stellungsuchenden, das heißt, solchen, die aus einem Platz in den anderen überwechseln und eine gewisse Zeit der Untätigkeit und Erwerbslosigkeit dazwischen durchmachen. Solange diese sicher sind, neue Arbeitsplätze zu finden, hat dies auch nichts auf sich.

Erst wenn sie zur vierten Gruppe gehören, die diejenigen umfaßt, die Arbeit suchen und keine finden, erst dann kann man vom Vorhandensein einer Entrechtung und Ausbeutung im Volke sprechen.“

Schlacht- und „Arbeitsschlacht“.

Daß „Wirtschaftsführer“ von den wirtschaftlichen Fähigkeiten der „Nazis“ nichts gehalten haben, ist bekannt.

Es ist aber notwendig, diesen Satz recht oft zu wiederholen, um — angesichts der Tatsache, daß der Führer nunmehr drei Jahre lang eine höchst erfolgreiche Wirtschaftspolitik getrieben hat — die Urteilsfähigkeit jener Kreise in das rechte Licht zu setzen. Zur Zeit wird nämlich „Mangel an wirtschaftlichem Tiefblick“ bewiesen, wenn man die These vertritt, „daß der Arbeitsbeschaffungskredit sich aus sich selbst heraus ständig erneuere“.

Da diese These nach Meinung ihrer Gegner nur ein „Schlagwort“ ist, glauben sie, sich ihre Widerlegung leicht machen zu können. Sie unterstellen, daß Anhänger der These als „Wallensteine der Arbeitsschlacht“ die Meinung vertreten, daß die Arbeitsschlacht die Arbeitsschlacht ernähren muß, und glauben, darauf hinweisen zu müssen, daß der Krieg nicht nur den Krieg nährt, sondern ihn auch verzehrt.

Wir sind nun nicht einmal der Ansicht, daß der Krieg den Krieg nährt, sondern wir betonen, daß wir den Krieg — wirtschaftlich gesehen — nur für einen riesenhaften „Verzehr“ halten. Wir können uns diese Meinung leisten, ohne zur Verurteilung von Kriegen aus Rentabilitätsgründen zu kommen, weil wir den Krieg und seine Schlachten nicht ihrem Wesen nach zu den Wirtschaftsvorgängen rechnen.

Die Gegner der These von der Selbsterneuerung des Arbeitsbeschaffungskredits scheinen Worte für Tatsachen zu nehmen und aus der Bezeichnung „Arbeitsschlacht“ zu schließen, daß es sich hier um einen gigantischen Vorgang wirtschaftlichen Verzehrs handelt.

Die Arbeitsschlacht ist aber begonnen worden, um mit dem Verzehr, der die automatisch steigende Arbeitslosigkeit des deutschen Volkes verursachte, endlich Schluß zu machen.

Selbst wenn wir zugeben, daß die durch die Zunahme der Tätigkeit zusätzlich erstellten Arbeitserträge zu sehr großem Teil nicht der Bildung von Produktivvermögen gedient, sondern die Aufrüstung ermöglicht haben, so ist doch schon auf allen Gebieten eine starke Zunahme der Erzeugung von Verbrauchsgütern und Produktionsmitteln festzu-

Digitized by Google

stellen, die der Arbeitsschlacht einen auch im wirtschaftlichen Sinne durchaus produktiven Charakter geben.

Nach den Feststellungen Helfferichs hat der Gesamtweltkriegsbedarf des Deutschen Reiches bis zum 31. Dezember 1918 den Betrag von 147,3 Milliarden Mark erreicht. Die wirtschaftlichen Werte, für die dieser Betrag ein Geldausdruck ist, sind fast restlos vernichtet worden. Die Wertschöpfung, die hinter den Zahlen der Arbeitsbeschaffungskredite steht, ist zum großen Teil zum Einsatz in einer neuen Etappe der Arbeitsschlacht verfügbar.

Die Voraussetzungen für die Selbsterneuerung des Kredites auf der Güterseite sind also im zweiten Fall gegeben und im ersten Fall nicht gegeben. Das ist der grundsätzliche Unterschied zwischen Finanzierung einer Schlacht und der Arbeitsschlacht.

Be.

„Arbeitsschlacht-gewinnler"?

Als „Gewinnler" wäre allgemein der Unternehmer zu bezeichnen, dessen Gewinne auf reiner Geldsucht und nicht auf eigener Leistung begründet sind.

Die bestimmte Höhe eines in der Zeit der Arbeitsschlacht erzielten Gewinnes macht noch niemand ohne weiteres zum „Arbeitsschlacht-Gewinnler". Das ergibt sich allein schon daraus, daß die Verdiensthöhe bei dem herrschenden Wettbewerb zunächst von der Größe und von der Leistungsfähigkeit einer Unternehmung abhängig ist. Eine Unterschiedlichkeit der geschäftlichen Erträgnisse ergibt sich für verschiedene Wirtschaftszweige aus der Mehrbeschäftigung der Produktionsmittelindustrie gegenüber der Verbrauchsgüterindustrie.

Ein unberechtigter Gewinn wäre z. B. der, wenn eine durch die Rohstofflage bedingte Verknappung wichtiger Waren bzw. eine Zunahme der Nachfrage zu unangemessenen Preissteigerungen benützt würde. Deshalb sind Preisüberwachungsstellen eingesetzt worden.

Soweit Unternehmer ihre Betriebe im Leistungswettbewerb mit anderen Unternehmern führen müssen, werden am wenigsten ungerechtfertigte Gewinne vermutet.

Auf Grund der Erfahrungen während des Weltkrieges und in der nachfolgenden Zeit werden aber ungerechtfertigte Gewinne allzugern da vermutet, wo große öffentliche Aufträge an bestimmte Unternehmungen vergeben werden.

Die Ängstlichen und die Kritiker haben dabei allerdings vergessen, daß in einem nationalsozialistischen Staate für jüdische Korruptionsmethoden kein Platz ist. Außerdem wird aber bei der Vergebung der öffentlichen Aufträge, die durch die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und durch die Rüstung stark zugenommen haben, auch vermieden, daß durch diese Aufträge große Verdienste nach einigen wenigen Seiten verlagert werden.

Die Lieferungsgenossenschaften haben ebenfalls bereits in dieser Richtung gewirkt. In der Wirtschaft läßt sich natürlich ein derartiger Verteilungsgrundsatz nicht überall durchführen. Schon der Unternehmer, der öffentliche Aufträge auszuführen hat, richtet sich bei seinem Einkauf der einzelnen Bestandteile im allgemeinen allein nach Preis, Zahlungsbedingungen und nach der Leistungsfähigkeit des Anbieters.

Aber auch die Verteilung der öffentlichen Aufträge kann selbst bei gleicher Leistungsfähigkeit der Anbieter nicht schematisch vorgenommen werden. Wenn der exportfleißige Unternehmer mit der bevorzugten Zuteilung öffentlicher Aufträge belohnt werden soll, dann wird sich das auch mit Recht in einem höheren Verdienst ausdrücken.

Wenn für die Herstellung bestimmter Spezialerzeugnisse z. B. nur einige wenige Betriebe in Frage kommen, dann ist es meist so, daß eine starke Umsatzsteigerung in erhöhten Verdiensten zum Ausdruck kommt. Die Rentabilität eines Betriebes darf aber auch nicht nur nach einem vorübergehenden Beschäftigungsgrad beurteilt werden. Es kommt immer auf den durchschnittlichen Beschäftigungsgrad innerhalb eines größeren Zeitraumes an.

Bei den Unternehmern, die als „Arbeitsschlacht-Gewinnler" angesehen worden sind, handelte es sich meist um solche, die auch früher auf Grund ihrer besonderen Leistungsfähigkeit besser gestellt

Digitized by Google

waren als ihre Mitbewerber. Derartige Betriebe haben natürlich mit der allgemeinen Besserung der Wirtschaftslage ihren Vorsprung behalten.

Der Staat hat natürlich nicht deshalb öffentliche Aufträge gegeben und Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen eingeleitet, damit die Unternehmer für sich große Verdienste einstreichen. Daß diese mehr verdienen, ist eine Folge der Maßnahmen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Daß die durchschnittlichen Löhne und Gehälter nicht erhöht werden konnten, ist kein Beweis, daß eine Wirtschaftspolitik, die den Unternehmern zunächst mehr verdienen läßt, falsch ist. Während das Gesamteinkommen der deutschen Arbeiter erheblich gestiegen ist, sind die Einzeleinkommen der bisher Beschäftigten bekanntlich deshalb gleich geblieben, weil sich die neuen Einkommen durch die Schaffung neuer Arbeitsplätze auswirken.

Die langen Krisenjahre hatten die deutsche Wirtschaft in einen Zustand der finanziellen Verkrampfung versetzt. Die Wirtschaft mußte nun erst von den Krisenschlacken gereinigt und genügend gekräftigt werden, ehe eine gedeihliche Entwicklung möglich war. Die einzelnen Wirtschaftsbeziehungen mußten erst wieder in Ordnung kommen, damit an die Wirtschafter auch Anforderungen gestellt werden konnten. Erst mußten die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß sich die Privatinitiative entfalten und die Wirtschaft sich von selbst weiter entwickeln kann.

Die Unternehmer mußten deshalb verdienen, um die Betriebskapitalbildung und um mit der Rückzahlung der Schulden die Auftauung der eingefrorenen Forderungen und die Verringerung der Zinsenlast zu ermöglichen. Anschaffungen zur Verbesserung und zur Erhaltung des Betriebes waren notwendig.

Das, was also meist als Arbeitsschlacht-Gewinnlertum angesehen werden mag, hat damit gar nichts zu tun. Den Unternehmern, die Gewinn erzielen und das Betriebsvermögen vergrößern, kann aus dieser Tatsache deshalb nicht eine Bereicherung vorgeworfen werden, weil sie nur eine ihnen von der politischen Führung gestellte Aufgabe erfüllen. Die Unternehmer *sollen* ja Vermögen bilden, damit immer wieder neue Arbeitsplätze geschaffen werden können und die technische Ausrüstung der älteren Arbeitsplätze immer wieder erneuert und verbessert werden kann.

Wenn diese Unternehmer selbst diese Mittel nicht einsetzen können oder brauchen, dann besteht immer für den Staat die Möglichkeit, sich diese Mittel durch eine Anleihe nutzbar zu machen.

Ma.

Fehlleitungen

Die Fehlinvestitionen von Kapitel sind das Sorgenkind aller ängstlichen Gemüter. Das Allheilmittel, das in der Regel dagegen empfohlen wird, ist: die *zentrale Wirtschaftslenkung*. Man vergißt dabei, daß der zentrale Wirtschaftsdiktator sich bei seinen Dispositionen auch irren und Fehlinvestitionen von Riesenausmaßen verursachen kann.

Wir überlassen lieber im allgemeinen die Kapitalinvestitionen den *Unternehmern* und sind uns dabei klar, daß Fehlleitungen von Kapital nie zu vermeiden sein werden. Eine gesunde Wirtschaft wird stets die Verluste tragen können, die aus solchen Fehlleitungen entstehen; sie hält es aus, sie einfach als „Unternehmer*lehrgeld*" abzubuchen.

Kapitalinvestitionen lassen sich immer wieder abschreiben, Fehlleitungen von Menschenleben sind aber unvergleichlich schwerwiegender.

Der Statistik der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung und Arbeitsvermittlung ist zu entnehmen, daß bestimmte Berufe in außergewöhnlichem Ausmaße von der in einen Beruf eintretenden Jugend bevorzugt werden. So zeigt die Statistik z. B. bei den Autoschlossern, den Elektroinstallateuren, den Mechanikern, den Nahrungsmittelhandwerkern einen außerordentlichen Überschuß der Zahl der Berufsanwärter über die der offenen Lehrstellen. Bei den Formern, Schmieden, Drehern, Klempnern, Stellmachern, Glasern dagegen wurden mehr offene Lehrstellen angeboten als Anwärter vorhanden waren.

Es gibt nur einen einzigen Grund für diese Tatsache. Unsere arbeitsteilige Wirtschaft macht es dem jungen Volksgenossen

Digitized by Google

unmöglich, die für ihn in Betracht kommenden Berufe aus eigener Anschauung kennen zu lernen. Bei einer noch übersehbaren Arbeitsteilung erhält der junge Mensch Einblick in fast alle Berufe, und er wird den Beruf wählen, der ihn anzieht.

Jetzt ist seiner persönlichen Anschauung nur ein kleiner Ausschnitt von Berufen zugänglich. Die sogenannten „Modeberufe" fallen ihm ins Auge, der Suchende ist froh, überhaupt ein Berufsziel zu sehen und entscheidet sich für einen Beruf, für den er im Grunde gar nicht geeignet ist.

Die Berufsberatung kann hier sehr aufklärend wirken und viel helfen. Durch ihre Arbeit wird aber nur das schlimmste verhütet und das Ergebnis wird sehr oft mit Mängeln behaftet sein. Denn der junge Mensch, der sich für einen dieser Modeberufe entschieden hatte und nun vom Berufsberater hört, daß die Aussichten in diesem Beruf schlecht sind und daß er lieber einen anderen wählen sollte, wird bestimmt zumindest im Anfang seiner Lehre in dem nicht freiwillig ergriffenen Beruf der Hemmung unterliegen, daß er doch nicht an die richtige Stelle gekommen ist.

Die Aufgabe ist also, der Jugend wieder eine umfassende Berufskenntnis zu verschaffen, dem jungen Menschen wieder die Möglichkeit zu geben, durch eigene Anschauung den Beruf zu finden, zu dem er eine wahre Berufung fühlt.

Erwägungen über die Gestaltung des wirtschaftskundlichen Unterrichts dürfen an dieser Aufgabenstellung nicht vorbeigehen. Be.

„Nationalsozialistische Großtaten" Kürzlich hat der Leiter einer Wirtschaftsorganisation ein für sein Fachgebiet ergangenes Neuerrichtungs- und Erweiterungsverbot als eine „nationalsozialistische Großtat" bezeichnet. Wir sind der Meinung, daß ein solches Verbot weder „groß", noch eine „Tat", noch etwas spezifisch „nationalsozialistisches" ist. Es ist einfach eine Zweckmäßigkeitsmaßnahme.

Wenn auf die Tausende von Anträgen auf Neuerrichtungs- und Erweiterungsverbote nur etwa 50 ergangen sind, so zeigt das, wie wenig Wert die Regierung auf den billigen Lorbeer derartiger Großtaten legt.

Es ist selbstverständlich, daß man bei besonderen Verhältnissen den Zustrom zu einem Gewerbezweig hemmen und unerwünschte Ausdehnung dieses Gewerbezweiges verhindern muß. Eine solche Maßnahme kann aber immer nur eine vorübergehende sein. Die Aufgabe ist stets die: Verhältnisse zu schaffen, die der Entwicklung eine Richtung geben, die Verbote überflüssig machen. Be.

Vier Millionen Kraftwagen Der Führer sprach davon in seiner Eröffnungsrede zur Automobilausstellung 1930, daß für zwei oder drei oder vier Millionen Volksgenossen die Anschaffung und Erhaltung eines Wagens möglich sein muß.

Diese Forderung bedeutet, daß ein Personenwagen bereits einem Volksgenossen erreichbar sein muß, welcher weniger als 5000 Reichsmark Jahreseinkommen hat. Denn Volksgenossen mit einem Jahreseinkommen von mehr als 5000 Reichsmark gab es 1928 nur eineinviertel Millionen. Die Zahl dürfte sich inzwischen nicht gerade sehr erheblich geändert haben.

Sollen etwa 2—4 Millionen Personenwagen in Deutschland laufen, dann muß der Wagen so berechnet sein, daß er von einem Volksgenossen mit 3000 Reichsmark Jahreseinkommen erworben und erhalten werden kann; denn ein Jahreseinkommen von mehr als 3000 Reichsmark hatten 1928 in Deutschland nur rund 3 Millionen Volksgenossen.

Hieraus sieht man, wie groß die Anforderungen sind, die der Führer an die Rationalisierung und Fortentwicklung der Kraftwagen-Industrie stellt.

Andererseits muß aber auch jeder Volksgenosse sich die Mittel sparen und zurücklegen, die er für die Anschaffung eines Wagens braucht.

So werden wir auch das Ziel erreichen, das der Führer hier gestellt hat.

Digitized by Google

Erzeugungsschlacht

Bauer und Maschine

In der „Rheinischen Landeszeitung" — Düsseldorf veröffentlichte Pg. Bernhard Köbler einen Aufsatz über das Thema: ‚Eine ganz vordringliche Aufgabe', dem wir folgende Ausführungen entnehmen:

Die Erzeugung aus dem deutschen Boden muß gesteigert werden. Der Menschenreichtum des deutschen Volkes reicht nicht zu, um überall die gestellten Aufgaben zu bewältigen. Eine weitere Vernachlässigung der technischen Entwicklung in der Landwirtschaft würde sich furchtbar rächen. Niemand braucht zu fürchten, daß wir den Bauern seinem heiligen Werk entfremden, wenn wir ihm Maschinen zur Verfügung stellen. Niemand braucht zu fürchten, daß wir das Land entvölkern helfen, wenn wir dem Bauern höhere Leistung ermöglichen und erleichtern.

Es ist auch nicht notwendig, auf staatliche Aktionen zu warten. Entwickelt und baut nur die Maschinen, die der Bauer braucht, wenn es vielleicht auch dann keine solchen sind, die nur auf quadratkilometergroßen Feldern verwendet werden können. Bietet sie ihm zu einem Preise an, der nach dem stabilisierten Brotpreis kalkuliert ist.

Daß bei Motoren die besondere Lage Deutschlands und die Notwendigkeit unabhängiger und sicherer Brennstoffversorgung berücksichtigt werden muß, versteht sich von selbst. Aber gerade der landwirtschaftliche Motor bietet Gelegenheit, Konstruktionen zu entwickeln, die wieder dem Motorenbau für andere Zwecke die Wege weisen können.

Die Versorgung der deutschen Landwirtschaft mit technisch fortgeschrittenen Hilfsmitteln ist nur eine von vielen außerordentlich wichtigen und unübersehbar umfangreichen Aufgaben, die der deutschen Industrie im eigenen Lande gestellt sind. An ihrer Lösung sind, wie das deutsche Volk im Ganzen, auch sämtliche dem Maschinenbau dienenden Zubringergewerbe bis zum Bergbau interessiert. Sie ist aber unter allen Umständen die vordringlichste.

Die Gleichmäßigkeit der binnenwirtschaftlichen Verhältnisse, die die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik verbürgt, erlaubt hier Dispositionen in die Zukunft hinein, wie sie bisher undenkbar waren. Es wird auch in Zukunft niemand die Hände in den Schoß legen können. Soll man nicht lieber heute als morgen anfangen sie zu regen?

Wehrwirtschaft

Mobilisierung der Wirtschaft

Daß die Mobilisierung der Wirtschaft für die Aufrüstung etwas anderes bedeutet als die Mobilisierung der Wirtschaft für den Kriegsfall, dürfte so ziemlich jedem einleuchten.

Daß aber die Mobilisierung der Wirtschaft *für* den Kriegsfall und die Mobilisierung der Wirtschaft *im* Kriegsfall zweierlei ist, ist leider noch nicht überall klar genug erkannt worden. Sonst würde man den Gedanken der Mobilisierung der Wirtschaft für den Kriegsfall nicht immer wieder mit planwirtschaftlichen und Organisationsvorstellungen aller Art verbinden.

Daß die *rasche und umfassende* Umstellung der Wirtschaft von einem Friedenszustand auf einen etwaigen Kriegszustand bis ins letzte durchdacht und vorbereitet werden muß, ist eine Selbstverständlichkeit. Daß aber die Arbeit der Betriebe im Frieden schon wie im Kriegsfall vonstatten zu gehen habe, ist nicht einzusehen und als verbreitete Meinung höchst gefährlich.

In Friedenszeiten ist darauf zu sehen, daß die Wirtschaft des Volkes möglichst viel Vermögen bildet; denn schließlich stellt dieses Vermögen dann auch im Kriegsfall die Reserve dar, aus der die Anforderungen der Kriegsführung zum größten Teil bestritten werden müssen. Unter Vermögen ist dabei nicht nur Rücklage und Vorrat aller Art oder gar Geld zu verstehen, sondern vor allem auch höchste Leistungsfähigkeit aller Erzeugungsstätten.

Digitized by Google

Diese Vermögensbildung, die gleichzeitig eben auch eine Vermögensbildung für den Kriegsfall ist, ist durch den Arbeitseinsatz aller Volksgenossen und durch zweckentsprechendste Rationalisierung zu fördern und darf nicht, wie es manche wünschen möchten, durch eine Umstellung gestört werden, wie sie nur im Kriegsfall selber gerechtfertigt wäre.

Pfr.

Partei

Politik und Exekutive

Pg. Noll zeigt in einem Aufsatz im Völkischen Beobachter vom 9. 2. 1936, daß das Wesen der Partei — Bewegung ist, daß zum Wesen des Staates — die Erhaltung des Zustandsmäßigen und die Exekutive gehört.

Auch das Verhältnis auf dem Gebiet der Volkswirtschaft kann nur das sein, daß die Exekutive aller wirtschaftlich und volkswirtschaftlich notwendigen Maßnahmen getrennt ist von der wirtschaftspolitischen Truppe der Bewegung.

„Die wirtschaftspolitische Truppe der Bewegung richtet durch ihre aktivistischen Kräfte den Wirtschaftswillen des Volkes auf die den Grundelementen der Gesamtbewegung entsprechenden Ziele aus und schafft damit die Voraussetzung einer naturgemäßen, Notwendigkeiten Rechnung tragenden nationalsozialistischen Wirtschaftsexekutive."

Wie die Bewegung erst das deutsche Volk richtig erfaßt, bildet und als Volkskörper gestaltet, so hat auch die wirtschaftspolitische Truppe in der Bewegung die Aufgabe, die gesamte wirtschaftliche Betätigung des Volkes auf die letzten Notwendigkeiten des Volkswohls abzustellen, diese letzteren dem Volke selbst immer wieder zum Bewußtsein zu bringen und damit diejenigen Kräfte, Maßnahmen und Entfaltungen auszulösen, die schließlich eine Volkswirtschaft nach den Grundanschauungen der Bewegung schaffen.

Alle Kräfte wachzuhalten und neu zu wecken, die zur Arbeitsbeschaffung dienen können, ist Aufgabe dieser Truppe.

Wie die Politik ja Entfaltung und Einsatz der Volkskräfte zur Erreichung eines Nutzens für das Gemeinwesen ist.

„Die Wachhaltung des Bewegungsgeistes auch in der Wirtschaftspolitik, die ständige Ausrichtung auf die sozialistische Gesamtpolitik des Führers bestimmt die Aufgabe und die Taktik der wirtschaftspolitischen Truppe."

Zum ersten Heft

Diese Mitteilungen gehen an Parteigenossen. Es ist heute notwendig geworden, daß die Parteigenossen von der maßgebenden Stelle wirtschaftspolitische Mitteilungen erhalten. Wir wissen, daß das Erscheinen solcher Mitteilungen seit Jahren vergeblich erwartet wurde. Und wir wissen auch, daß es hier hunderte Fragen gegeben hat, für die der einzelne Parteigenosse keine befriedigende Antwort finden konnte.

Diese Mitteilungen mit ihrem zunächst bescheidenen Umfang sollen die aktiv tätigen Parteigenossen unterrichten über die wirtschaftspolitische Haltung der Partei und über die wirtschaftspolitische Lage. Ihre Aufgabe ist es nicht, reine Wirtschaftsnachrichten zu übermitteln — dazu gibt es einige tausend Zeitungen und Zeitschriften in Deutschland!

Die Wirtschaftspolitik ist nur eine Seite der Politik, doch auch sie muß beherrscht sein, wenn wir nicht durch eine Unterlassung unsere ganze Arbeit gefährden wollen. Die Richtung der Politik aber wird bestimmt und nicht diskutiert. Die Taktik, die zur Erreichung eines Kampfabschnittes notwendig ist, erfordert Disziplin. Erst dieser geschlossene Einsatz sichert den Erfolg des persönlichen Einsatzes von den tausenden und aber tausenden Kämpfern unserer Bewegung.

Man kann nicht politisch Nationalsozialist sein und dann etwa in der Wirtschaftspolitik „anderer Meinung". Die Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. sollen der einheitlichen wirtschaftspolitischen Haltung, der einheitlichen Meinungs- und Willensbildung unter den Parteigenossen dienen.

Pfr.

Verantwortlicher Schriftleiter: Udo Pfriemer, München 23, Herzog Wilhelmstr. 32 (Reichsadler) / Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, Thierschstraße 11 / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Nur durch die Dienststellen der NSDAP. / Erscheinen: Zu Beginn des Monats / Abdruck: Nur mit Genehmigung der Schriftleitung / Preis des Heftes: 20 Pfennig.

Digitized by Google

Mitteilungen der Kommission für

Wirtschaftspolitik der NSDAP

Heft 2 — 1. Jahrgang

Der Führer am 15. Februar 1936:

„Im Motor erhielt die Menschheit jene bewegliche und überall einsetzbare Kraft, die zu einer der entscheidendsten Umwälzungen geführt hat, die wir seit Beginn des menschlichen Kulturlebens feststellen können".

Inhalt:

Der Führer über Wirtschaft
Bernhard Köhler: Das Recht auf Arbeit — eine Nachkriegspsychose?
Bernhard Köhler: Wirtschaftsbelebung und Lebenshaltung
Alf Noll: „Staatskonjunktur" — „Privatkonjunktur"
Otto Kern: Wirtschaftspolitische Schulung der Jugend
Kurzberichte zur Wirtschaftspolitik:
Erziehung
Schulung
Wissenschaft
Kampfrichtung
Presse
Schrifttum
Arbeitsschlacht
Wehrwirtschaft
Stände und Verbände
Ein Aufruf

April 1936

Zentralverlag der NSDAP

Digitized by Google

Der Führer über Wirtschaft

In der folgenden Zusammenstellung bringen wir einige Auszüge aus den Reden des Führers zum Friedens-Wahlkampf im März 1936.

Wirtschaftlicher Verfall vor der Machtübernahme

„Drei Jahre geht der Kampf der nationalsozialistischen Bewegung jetzt in Deutschland. Ein beispielloses Ringen ging diesem Kampf voraus. Wir haben damals keine reiche Erbschaft übernommen, sondern einen vollkommen verfallenen Staat und eine verfallende Wirtschaft. Auf allen Gebieten ein Zusammenbruch. Niemand hatte mehr den Glauben, daß es noch einmal gelingen würde, die deutsche Wirtschaft wieder in Gang zu setzen. Allein schlimmer noch als dies war der Verfall der deutschen Arbeitskraft. Fast sieben Millionen Erwerbslose. Und noch schlimmer als das: Millionen Deutsche, die ihren Beruf nicht mehr ausüben konnten, und Millionen junger Deutscher, die heranwuchsen, ohne einen ordentlichen Beruf zu lernen.

Es war die Zeit, in der das Deutsche Volk aufhörte, ein Volk von gelernten Arbeitern zu sein, und begann, ein Volk von Hilfsarbeitern zu werden. Jeder Mensch konnte voraussehen, daß diese Entwicklung, durch drei, vier, fünf Jahre fortgesetzt, zu einer Katastrophe führen mußte."

Rede in Karlsruhe am 12. März

Das Recht auf Arbeit

„Ich will, daß die Arbeitskraft meines Volkes nicht brach liegt, sondern daß sie ausgenützt wird, um uns wieder neue Werte zu schenken. Ich will diese Arbeitskraft umsetzen in Schönheit für unser Volk, in Leben und Freude für unser Volk. Ich will dafür eintreten, daß dieses Volk ein möglichst sorgenfreies Dasein führen kann! Ich werde eintreten dafür, daß seine Lebensgüter möglichst vernünftig verteilt werden! ... Ich lebe nur dem Gedanken an die Zukunft dieses Volkes, sehe vor mir diese unzähligen Millionen Menschen, die schwer arbeiten und so wenig vom Leben besitzen, die oft so viel mit Sorgen zu ringen haben und denen das Glück so selten zuteil wird. Die nationalsozialistische Bewegung will nur diesen Menschen helfen, sie will versuchen, ihr Leben zu erleichtern, es schöner zu gestalten. Sie wird zu diesem Zweck alle Kräfte der Arbeit, der Genialität, der Organisationskunst in den Dienst dieser Lebenserhaltung stellen."

Rede in Karlsruhe am 12. März

Die wirtschaftliche Verflechtung aller Staaten und Völker

„Daß die Welt z. B. kein Verständnis aufbringen will für die Ursachen der Schwere der Lebensbehauptung des Deutschen Volkes, ist bedauerlich. Geradezu erschütternd aber ist, jeden Tag in soundso viel Presseorganen lesen zu können, mit welcher Befriedigung man die Sorgen wahrnimmt, die das Leben unseres Volkes zwangsläufig begleiten. Soweit es sich um belanglose Literaten handelt, mag dies noch hingehen. Böse aber ist es, wenn auch Staatsmänner beginnen, in den ersichtlichen oder vermeintlichen Anzeichen von

Digitized by Google

Not und Elend eines Volkes erfreuliche Momente für die Beurteilung der allgemeinen Lage und ihrer Zukunft zu sehen."

Reichstagsrede am 7. März

„Welchen Nutzen hat der französische Bauer, wenn es dem deutschen schlecht geht oder umgekehrt? Oder welch ein Vorteil bietet sich für den französischen Arbeiter etwa aus der Not des deutschen? Welchen Segen könnte es aber auch für Deutschland bringen, für den deutschen Arbeiter, den deutschen Mittelstand und das deutsche Volk überhaupt, wenn Frankreich von Unglück heimgesucht würde?"

Reichstagsrede am 7. März

Die wirtschaftliche Unvernunft der sogenannten Friedensverträge und ihrer Folgeerscheinungen

„Das war jene Unvernunft, in der man z. B. im Falle Deutschland einer 65-Millionen-Nation mit wissenschaftlicher Methodik erst alle möglichen Lebensstränge nach außen abschnitt, alle wirtschaftlichen Verbindungen raubte, alle Auslandskapitalien konfiszierte, den Handel vernichtete, dann dieses Volk mit einer unvorstellbaren astronomischen Schuld belastete, ihm endlich, um diese Schuld abtragen zu können, ausländische Kredite gab, um die Kredite verzinsen zu können, einen Export um jeden Preis heranzüchtete, endlich die Absatzmärkte vermauerte, dieses Volk somit einer furchtbaren Verarmung und Verelendung entgegentrieb und nun über mangelnde Zahlkraft oder den bösen Willen klagte."

Reichstagsrede am 7. März

Das Lebensrecht aller Völker

„Wieviel Sorgen würden der Menschheit und besonders den europäischen Völkern erspart geblieben sein, wenn man natürliche und selbstverständliche Lebensbedingungen respektiert und bei der politischen Gestaltung des europäischen Lebensraums sowohl, als auch bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit berücksichtigt haben würde."

Reichstagsrede am 7. März

Der Weg zur Freiheit und zum Frieden

„Ich habe in meinem Volke so viele Aufgaben, und sehe bei uns so viel Arbeit. Ich habe keine Zeit, mir den Kopf zu zerbrechen, was in Frankreich so sein müßte oder so. Was geht mich das an? Ich kümmere mich um Deutschland. Ich habe hier Arbeit in Hülle und Fülle, die unermeßlichste Friedensarbeit, die überhaupt vorstellbar ist. Millionen Menschen, die wohnen schlecht. Millionen Menschen, die sind nicht gut gekleidet. Viele leiden im Winter an Kälte, vielleicht sogar an Hunger. Ihnen zu helfen, das ist mein Programm. Ich muß die deutschen Menschen einander näher bringen. Da sind die Möglichkeiten des sozialen und gesellschaftlichen Ausgleichs. Die Arbeit ist uns gestellt! Wenn nur die anderen Staatsmänner auch ihre Arbeit sehen wollten, die sie in ihren Völkern haben!"

Rede in Essen am 27. März

Digitized by Google

Bernhard Köhler:

Das Recht auf Arbeit — eine Nachkriegspsychose?

Jemand, der den Dingen innerlich noch fernsteht, behauptete vor einigen Monaten:

„Die zahllosen technischen Errungenschaften haben die Produktion und die Produktionsmöglichkeiten in den Industrieländern weit über den eigenen Bedarf hinaus erhöht und den Absatz in unentwickelten Ländern förmlich erzwungen. Dadurch wurde es erst möglich, den starken Bevölkerungszuwachs der Industriestaaten zu ernähren. Das „Recht auf Arbeit" ist dank dieser Entwicklung in der Vorkriegszeit nie ein Problem im heutigen Sinne gewesen. In den 65 Jahren von 1850 bis 1914 ist die Beschäftigung in England nie unter 88% gesunken. In der Regel lag sie zwischen 92 und 97%."

Mit einer solchen Auffassung, die leider Gottes noch sehr weit verbreitet ist, wird die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik zum Experiment einer bloßen Wirtschaftslenkung innerhalb eines autoritären Staates herabgewürdigt. Ihr sozialistischer Ursprung und Wille wird verleugnet. Zugleich erscheint sie als bloße Korrektur einiger Nachkriegsfehler.

Die proletarische Arbeitslosigkeit der Vorkriegszeit unterschied sich in nichts von derjenigen, die wir heute mit der Forderung nach dem Recht auf Arbeit bekämpfen. Es war die Arbeitslosigkeit derjenigen, die aus der Arbeitsgemeinschaft des Volkes ausgestoßen waren. Das Unrecht dieser Ausstoßung und Entrechtung ist gleich groß, ob es sich um ein Zehntel Prozent des Volkes handelt oder um fünfundzwanzig Prozent.

Würde man die oben wiedergegebene Auffassung für richtig halten, so würde man sich zufrieden geben, wenn eine intensive Wirtschaftsbelebung einen Beschäftigungsgrad erreicht hätte, der die letzten Reste von Arbeitslosigkeit nicht mehr peinlich offenbar werden läßt. Es handelt sich aber nicht darum, eine Beschäftigung von 88 oder 95 oder 99% zu erreichen, sondern es handelt sich darum, dem Volksgenossen das unbedingte Recht darauf zu verschaffen, daß er unter allen Umständen von seiner Hände Arbeit leben kann. Nicht demjenigen ist das Recht auf Arbeit verwirklicht, der innerhalb einer schwankenden Beschäftigungsziffer einen Arbeitsplatz ergattert hat und ihn noch besetzen darf. Sondern das Recht auf Arbeit ist erst dann verwirklicht, wenn jeder Volksgenosse weiß, daß er niemals gehindert werden wird, zu arbeiten und also auch nicht gehindert wird, durch ehrliche Arbeit seinen Unterhalt zu verdienen.

Die Forderung nach dem Recht auf Arbeit bezieht sich keineswegs nur auf die ungeheuerliche Millionen-Arbeitslosigkeit von gestern. Sie ist keineswegs nur deswegen in den Vordergrund getreten, weil die Arbeitslosigkeit allmählich auch solchen Sorge machte, die eine 88%ige oder 95%ige Beschäftigung für vollkommen ausreichend gefunden hätten. Sondern es ist eine Forderung, die den Finger auch auf die Grundschäden des Vorkriegskapitalismus und des Vorkriegsmarxismus legt.

Der Nationalsozialismus hat durchaus nicht nur die Aufgabe, die Gewissenlosigkeit und die Zerstörung der Nachkriegszeit zu beseitigen, sondern ebensosehr auch die Gedankenlosigkeit und Volksfremdheit des Vorkriegskapitalismus.

Digitized by Google

Bernhard Köhler:

Wirtschaftsbelebung und Lebenshaltung

Daueranlagen der Volkswirtschaft

In gelehrten und ungelehrten Ausführungen begegnen wir immer wieder der erstaunten Frage, warum denn eigentlich die offensichtliche Wirtschaftsbelebung in Deutschland noch keine Auswirkung in einer stärkeren Verbrauchssteigerung der täglichen Bedarfsgüter hat. Die Frager sind offenbar der Meinung, daß die Beseitigung der Arbeitslosigkeit unmittelbar mit einer wesentlich höheren Erzeugung von Gebrauchsgütern verbunden sein müßte.

Auf die kürzeste Formel gebracht, bestand aber ja gerade die Hilflosigkeit des vergangenen Systems gegenüber der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftslähmung darin, daß man sich scheute, die nun einmal verfügbaren Arbeitskräfte in Daueranlagen der Volkswirtschaft anzusetzen.

Denn dies ist doch der natürliche und tiefe Sinn des Freiwerdens von Arbeitskräften, daß das Volk zur Erstellung von Gütern über sie verfügen kann, für die es bisher noch keine Zeit gehabt hat.

Genau wie der einzelne sich doch auch oft monate- und jahrelang danach sehnt, eine bestimmte Arbeit vornehmen zu können, etwa ein Stück Wiesenland urbar zu machen, einen Fortbildungskursus zu nehmen, ein Buch zu studieren und dergleichen, aber im anstrengenden und vollausschöpfenden Beruf nicht dazu kommt, genau so kann auch das Volk neue und schönere Leistungen, seien es neue Erfindungen, wie Rundfunk oder Fernseher, seien es neue Vermögensstücke, wie Sportplätze, Badeanlagen, schönere Wohnhäuser, Urlauberschiffe, Eisenbahnen und Autobahnen usw. nur schaffen und bauen, wenn es die hierzu nötigen Arbeitskräfte frei hat.

Verwendet es seine freien Arbeitskräfte hierzu nicht, so verzehren sie nutzlos ihr Brot. Mit ihnen werden neue Arbeitskräfte arbeitslos, da ja nun alle die Tätigkeiten überflüssig werden, die ehemals mit ihrer Arbeit in Verbindung standen. Gleichzeitig fallen alle diese neuen Arbeitslosen als Verbraucher aus, so daß weitere Arbeitslosigkeit folgen muß.

Es ist demnach gar kein Kunststück, oder, wie man oft meint, ein besonderes Wagnis, sondern die natürlichste Sache von der Welt, daß eine frei gewordene Arbeitskraft so schnell wie möglich irgendwo angesetzt wird, um wenigstens im Umlauf der bisher erzeugten Güter eingeschaltet zu bleiben.

Die wichtigste Vermögensbildung

Daß man die frei gewordene Arbeitskraft an der Arbeit ansetzt, die gerade die vordringlichste ist, versteht sich von selbst. Man wird nicht Schmuckanlagen einrichten, wenn man Straßen zu bauen hat. Und man wird nicht in Verlegenheit sein, nach dem Vordringlichen zu fragen, wenn man 18 Jahre lang die wichtigste Vermögensbildung des Volkes, die Rüstung hatte vernachlässigen müssen.

Die Vermögensverminderung in der Systemzeit

Die Erhöhung der Lebenshaltung des deutschen Volkes kann sich zunächst nur darin ausdrücken, daß mehr Volksgenossen als bisher von ihrer Arbeit

Digitized by Google

ein Leben führen können, das dem gegenwärtigen Wohlstand Deutschlands entspricht.

Hierbei muß man sich aber dessen bewußt sein, daß der heutige Wohlstand nicht nur mit dem von vor dem Kriege keinen Vergleich aushält, sondern auch das Ergebnis einer langen Reihe von Verlusten nach dem Kriege darstellt.

Reparationen, Tribute, Inflation, Schuldzinsen und Arbeitslosigkeit haben ihn so ungeheuer zerstört, daß es eine Lebensfrage für das deutsche Volk ist, ob es sich entschließt, ihn wieder aufzubauen, auch wenn es dabei zunächst mit Entbehrungen rechnen muß.

Die zugänglichen Zahlen über das deutsche Volksvermögen können hier kein klares Bild geben, denn sie enthalten zum größten Teil Bewertungen, die nicht einwandfrei sind.

Das deutsche Volksvermögen ist in der Zeit seit 1913 auf etwa ein Drittel des damaligen Standes gesunken; das heißt auf deutsch: es würde die vielfach größere Anstrengung kosten, das deutsche Volk in der damaligen Höhe der äußeren Lebenshaltung zu erhalten.

Dazu kommt die schon begründete Notwendigkeit, überhaupt zuerst Dauergüter herzustellen, das heißt also solche, deren Eintritt in das Volksvermögen der einzelne gar nicht in Verbesserung seiner privaten Lebensbedingungen spürt.

Jeder freut sich zwar, wenn er eine neue Kaserne sieht mit frischen, jungen Soldaten, aber ein fetteres Leben kann er deswegen natürlich nicht führen.

Neue Vermögensbildung durch nationalsozialistische Wirtschaftspolitik

Die Mehrleistung, die seit Beginn der Arbeitsschlacht vom deutschen Volk aufgebracht worden ist in Gestalt von 15 bis 20 Milliarden Arbeitsstunden, steckt zu einem guten Teil in den Maßnahmen, die wir für unsere Wehrfähigkeit zu treffen hatten, zu einem andern gewichtigen Teil aber auch in den Anzügen, Betten, Möbeln und Wohnhäusern, die seitdem für diejenigen hergestellt worden sind, die nun infolge neuer Arbeit auch wieder neuen Verdienst in Einkäufen anlegen konnten.

Es wäre einfach, wenn überhaupt alles, was durch die vermehrte Arbeit hergestellt wird, aus Gegenständen des täglichen Bedarfs bestünde: wenn die Sprengstoffe etwas zum Essen wären, die Flintenläufe Musikinstrumente, die Kanonenrohre Kinderspielzeug, die Flugzeuge Faltboote und die Tanks Kinderwagen.

Dann würde sich die oben geschilderte Mehrarbeit auch unweigerlich in einer reichlicheren Versorgung des ganzen Volkes mit Faltbooten, Kinderwagen, Kinderspielzeug, Musikinstrumenten und Sprengstoffpuddings auswirken.

Und da alle diese Gegenstände dann auch in den Läden liegen, verkauft und gekauft würden, würden sie auf ihrem Wege durch Erzeugung, Groß- und Kleinhandel, durch Handelsvertreter, Transportunternehmungen und Finanzierungsinstitute überall neue Einnahmen und neue Steuern erzeugen.

Wir könnten unbedenklich Steuererleichterungen auf Steuererleichterungen durchführen, wenn wir unsere Arbeit auf Verbrauchsgegenstände anstatt auf Vermögensbildung konzentrieren würden.

Und warum tun wir nun dies nicht, abgesehen von dem zwingenden Grund, daß wir zunächst die Freiheit unserer Arbeit wieder sichern müssen?

Digitized by Google

Warum stellen wir nicht Gebrauchsgegenstände her, die verlangt werden und die dann eine wirkliche Belebung der freien Wirtschaft, eine Vergrößerung des Handelsvolumens und eine Erhöhung der Lebenshaltung mit sich führen?

Erhöhung der Lebenshaltung durch Rationalisierung

Erstens, weil wir in verschiedenen Dingen, die wir zur äußerlichen und schnellen Bereicherung unserer täglichen Versorgung brauchen könnten, auf das Ausland angewiesen sind und weil wir vom Ausland nur so viel kaufen können, als wir mit dem bezahlen können, was uns das Ausland abkauft. Hier sind wir nicht in der Lage, anderen Vorschriften zu machen.

Wir können uns nur bemühen, soviel wie möglich ans Ausland zu liefern.

Zweitens aber ist naturgemäß die politische Führung nur in geringem Umfange in der Lage, die Erzeugung solcher Güter anzuregen und zu fördern, die dem Verbrauch des einzelnen dienen.

Im wesentlichen wird sie die Initiative zu Fortschritten in der Erzeugung solcher Güter vom einzelnen Unternehmer erwarten und verlangen müssen.

Der Staat kann im allgemeinen nicht neue Erzeugungen anordnen, die dem Verbrauch der Volksgenossen dienen. Er kann nur solche Vorhaben aufnehmen, die das Ganze schlechthin braucht.

Die Erhöhung der Lebenshaltung ist daher nicht Sache einer staatlichen Wirtschaftsbelebung.

Der Staat kann im allgemeinen nur Arbeit ansetzen, um Dauergüter herzustellen. Die Erweiterung der Produktion zur Erweiterung der deutschen Lebenshaltung ist dagegen Sache der freien Wirtschaft.

Hierauf zielt die immer wiederholte Aufforderung an die freie Wirtschaft, ihre Betriebe leistungsfähiger und immer leistungsfähiger zu machen.

Nur auf diesem Wege der Rationalisierung ist eine Erhöhung der deutschen Lebenshaltung möglich.

Dr. Alf Noll:

„Staatskonjunktur" — „Privatkonjunktur"

Auch die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik hat ihre ungebetenen Zaungäste, die von einer „hohen", aber auch recht wackeligen Warte versuchen, sich in die Aktionen der Wirtschaftspolitik mit falschen Losungen einzumischen. Wir werden mit den jeweils notwendigen Mitteln gegen diese Störer vorgehen.

Ein Kollege eines Juden

Wir haben offenbar an dem Unsinn der „Staatskonjunktur" noch nicht genug, denn mit der gleichen Heftigkeit beginnt nun die „Privatkonjunktur" als angebliche Ablösung der „Staatskonjunktur" Schule zu machen, leider auch an Stellen, wo man es nicht erwarten sollte. Es ist ein Beispiel für die kaum glaubliche Bedenkenlosigkeit und Oberflächlichkeit, mit der in unserer Publizistik diese sowohl nationalsozialistischer Wirtschaftsanschauung widersprechenden wie der sachlichen Berechtigung ermangelnden Begriffe mit dem Erfolg einer weiteren Verwirrung des Denkens breitgewälzt werden.

Digitized by Google

Für Nationalsozialisten sollte schon gar kein Anlaß bestehen, das von einem Juden in vier langen Artikeln Ende 1934 in einer nicht unbekannten Zeitung erstmals gelesene Kolleg über die „Staatskonjunktur" mit der Adoptierung dieses Bastardbegriffs anzuerkennen. Man sollte sich einmal sehr ernsthaft überlegen, was es für das Verständnis nationalsozialistischer Wirtschaftsauffassung und -politik bedeutet, wenn ein jüdischer Journalist damit beauftragt wird, der deutschen und Weltöffentlichkeit die Wirtschaft des Dritten Reiches zu erklären! Übrigens hat ein Schriftleiter dieser Zeitung die Instinktlosigkeit gehabt, Ende 1935 den gleichen Juden ebenfalls wieder mit dem großen wirtschaftspolitischen Rückblick zu beauftragen!

„Staatskonjunktur" unter der Lupe

Wir Nationalsozialisten sollten eigentlich auch keine Veranlassung haben, eine mit dem Verzicht des Volkes auf eine schnellere Steigerung seiner materiellen Lebenshaltung erkaufte Bildung unseres stärksten Vermögens, der Wehrhaftmachung, eine „Konjunktur" zu nennen. Es hieße die arbeitenden Volksgenossen nur wieder in marxistischen Gegensätzen erhärten, wenn man ihnen unterstellt, ihr Verzicht auf eine schnellere Hebung der Lebenshaltung bedeute nur eine Konjunktur für bestimmte Industrien. Der Nationalsozialismus erstrebt Arbeit und keine Konjunktur, und in Wirklichkeit sind wir auf allzu vielen Gebieten noch weit von einem Zustande entfernt, den man im alten Sinne „Konjunktur" nennen könnte.

Das Gerede von der „Staatskonjunktur" und ihrer bevorstehenden Ablösung durch die „Privatkonjunktur" ist aber auch sachlich falsch. Eine kürzliche Untersuchung des Statistischen Reichsamts hat klar gezeigt, daß der öffentliche Anteil an den Gesamtinvestitionen seit 1924 mit einem Jahresdurchschnitt von 62 v. H. weit über der Hälfte gelegen hat; im einzelnen betrug er

1926: 62,2 v. H.,	1929: 64,5 v. H.,	1932: 63,5 v. H.,
1927: 61,4 v. H.,	1930: 64,2 v. H.,	1933: 64,9 v. H.,
1928: 59,7 v. H.,	1931: 61,5 v. H.,	1934: 69,9 v. H.

Ob er bei einer Steigerung der Gesamtinvestitionen von 8,4 Milliarden Reichsmark im Jahre 1934 auf schätzungsweise 11 Milliarden 1935 noch darüber hinausgegangen ist, steht zunächst dahin; jedenfalls sind die privaten Investitionen 1935 nach den Bilanzausweisen ebenfalls stärker in Gang gekommen. Auf alle Fälle haben wir in der ganzen Nachkriegszeit ein Überwiegen der öffentlichen Investitionen, also im Grunde eine „Staatskonjunktur" gehabt. Dabei ist auch noch zu berücksichtigen, daß ein großer Teil der sogenannten privaten Investierungen der Reparationsjahre volkswirtschaftlich gesehen auch nur eine privatwirtschaftlich getarnte Umbuchung der wirtschaftlichen Auswirkungen eines staatspolitischen Handels waren, nämlich der Kommerzialisierung von Reparationen. Soweit daraus die Wirtschaft Investitions- und Auftragsnutzen gehabt hat, kann man ihn kaum der echten privatwirtschaftlichen „Konjunktur" zuerkennen.

Es ist eine gefährliche Beeinflussung der öffentlichen Meinung, mit dem Schlagwort von der „Ablösung der Staatskonjunktur durch die Privatkonjunktur" unberechtigte Erwartungen zu wecken. Natürlich gibt es das nicht, daß von einem bestimmten Zeitpunkt ab der Staat der Privatwirt-

Digitized by Google

schaft die weitere Sorge um die Arbeitsschaffung übergibt. Selbverständlich muß und wird die private Wirtschaft in größerem absoluten und relativen Umfang investieren; dafür hat sie ja besonders 1935 Rücklagen ansammeln können. Aber der nationalsozialistische Staat wird sich immer um die Arbeit kümmern und sich demgemäß aktiv für sie interessieren, in welchem Umfange und in welcher Form, das ist eine jeweilige Bedarfs- und Zweckmäßigkeitsfrage.

Die Auftragsreserven von Staat und Gemeinden

Übrigens: wenn das Reich mit seinen unmittelbaren Investitionen nachlassen wird, werden geradezu programmäßig andere öffentliche Stellen einspringen. Darauf läuft ja z. B. die strenge Haushaltspolitik bei den Gemeinden hinaus: ihre Investitionen sollen jetzt möglichst eingeschränkt bleiben, dagegen sollen sie Rücklagen bilden, die dann später eingesetzt werden können. Und der Nachholungsbedarf bei den Gemeinden ist gewaltig. Die Reichsbahn hat trotz der erhöhten Verkehrsaufgaben 1935 erst 1,6 Milliarden gegen 2 Milliarden im Jahre 1929 investiert. Die öffentlichen Versorgungsunternehmungen sind noch erheblich mit Ersatzinvestitionen im Rückstand und werden ebenfalls noch stärker eingesetzt werden müssen. Auf dem Gebiete des Bauwesens bestehen ebenfalls große Baureserven öffentlichen Charakters.

An dem spitzfindigen Streit zwischen öffentlicher und privater Wirtschaft hat der Nationalsozialismus kein Interesse, eine genaue Trennung ist gar nicht mehr möglich. Es zählt heute vieles formal zur privaten Wirtschaftssphäre, was im Grunde eindeutig öffentlichen Charakter hat. Ob von den Gesamtinvestitionen einige Prozent mehr oder weniger auf das Reich unmittelbar entfallen, ist belanglos gegenüber der Tatsache, daß in jedem Falle künftig die öffentlichen Investitionen wie seither den größeren Anteil behalten werden. Damit wird aber das Gerede von der „Staatskonjunktur" und ihrer Ablösung durch eine „Privatkonjunktur" sinnlos.

(Über den „Übergang zur ‚Privatkonjunktur'?" schrieb Pg. Dr. Noll am 26. März 1936 auch in der „Deutschen Bergwerkszeitung".)

Otto Kern:

Wirtschaftspolitische Schulung der Jugend

Pg. Otto Kern ist Mitarbeiter von Gebietsführer Dr. Ottokar Lorenz, dem wirtschaftspolitischen Referenten des Reichsjugendführers und Leiter eines Sonderausschusses für die wirtschaftspolitische Schulung der Jugend und Studentenschaft in der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. Pg. Lorenz leitet nun schon seit Jahren die wirtschaftspolitische Schulung in der Hitler-Jugend und viele Kameraden, die durch seine Schulungslager durchgingen, sind heute bereits in der wirtschaftspolitischen Truppe der Partei eingesetzt.

Aufgabe

Der Nationalsozialismus fordert eine wehrhafte, völkische Wirtschaft. Daraus ergibt sich die Folgerung, daß alle Handlungen der Wirtschaft in diesen Rahmen passen müssen. Die Wirtschaft ist weder für sich da, noch ist das Volk oder der Staat für die Wirtschaft da, sondern Staat wie Wirtschaft

Digitized by Google

haben dem Volk zu dienen, denn letztlich sind sie ja auf Gedeih und Verderb auf das Volk angewiesen und werden ausschließlich vom Volk getragen.

Es ist Aufgabe der wirtschaftspolitischen Schulung innerhalb der Hitler-Jugend und der Studenten, Kampf anzusagen den marxistischen und kapitalistischen Gedankengängen und klar die Haltung der Nationalsozialisten herauszuarbeiten. Eine weitere Aufgabe besteht darin, eine geeignete Auslese von Kameraden zu treffen, die dann auch später zum Einsatz zu bringen sind. Einfach und klar sind hier die Unterschiede zwischen nationalsozialistischer und marxistisch-kapitalistischer Auffassung zu zeigen. So soll diese Schulungsarbeit erreichen, daß die allereinfachsten Grundsätze des Nationalsozialismus auf wirtschaftspolitischem Gebiet fest in den Kameraden verankert werden.

Schulungslager

Wie wird nun diese große Aufgabe in Angriff genommen? Es hat sich im Laufe der Zeit herausgestellt, daß die Form der Arbeitsgemeinschaft für diesen Zweck besonders geeignet ist. Aus diesem Grunde beruft die Reichsjugendführung geeignete HJ.-Kameraden und Studenten zu wirtschaftspolitischen Schulungslagern ein und führt nach einem bewährten Plane die wirtschaftspolitische Schulung durch.

Bei den Schulungskursen werden nacheinander behandelt:

1. die nationale Unabhängigkeit unserer Wirtschaft und
2. die Lösung der sozialen Frage.

In diesen Arbeitsgemeinschaften werden die wichtigsten Gedankengänge nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik erörtert. So stellen wir das Recht auf Arbeit als Grundlage des sozialistischen Aufbaus dar, indem wir die Gedankengänge Pg. Bernhard Köhlers durchsprechen.

Im Anschluß an die Arbeitsgemeinschaften werden verschiedene besonders wichtige Themen wie: Marktordnung, Erbhofgesetz, Mehrwirtschaft, Rohstoffproblem, Siedlung, Industrieverlagerung, Arbeitsbeschaffung usw. von den besten nationalsozialistischen Fachleuten, die jeweils für dieses Gebiet zuständig sind, behandelt. Auch hierbei wird besonderes Gewicht auf die Aussprache gelegt. Dieser Aufbau ermöglicht in starkem Maße, eine Auslese zu treiben. Es geht also nicht nur darum, Aufklärung zu geben, sondern wir wollen auch geeignete junge Menschen finden, die auf wirtschaftspolitischem Gebiet eine besondere Eignung besitzen, um sie weiter zu fördern und möglichst auch zum Einsatz zu bringen. So ist es auch selbstverständlich, daß das wirtschaftspolitische Referat der Reichsjugendführung in engster Zusammenarbeit mit den anderen zuständigen Parteistellen vorgeht.

Organisation der Schulungsarbeit

Die wirtschaftspolitische Schulungsarbeit muß möglichst einfach und übersichtlich aufgezogen sein, um schlagfertig das gesteckte Ziel zu erreichen. Wir brauchen deshalb nicht einen riesigen Apparat, wir handeln nicht nach einem großen Organisationsplan. Die Hauptarbeit wird deshalb in der Reichsjugendführung erledigt. Von hier aus wird auch die gesamte Schulung vorgenommen.

Um jedoch in engstem Kontakt mit den Kameraden in den 25 Gebieten der Hitler-Jugend zu sein, ist für jedes Gebiet ein wirtschaftspolitischer Referent eingesetzt. Ihm obliegt die Aufgabe, in engster Verbindung mit der Partei,

Digitized by Google

vor allem also mit dem Gauwirtschaftsberater, die wirtschaftspolitische Schulung der Hitler-Jugend durchzuführen.

Kameraden, die auf den Schulungskursen der Reichsjugendführung waren, werden natürlich auch weiterhin beobachtet und mit Material beliefert. Hierzu dient nicht nur eine Übersicht des nationalsozialistischen Schrifttums auf wirtschaftspolitischem Gebiet, sondern vor allem sollen die Arbeitsgemeinschaften in größeren Plätzen die Kameraden wiederum zusammenfassen.

Schwierigkeiten bereitete früher das Finden geeigneter Kameraden. Heute sind wir nun so weit, bereits eine Auslese von Kameraden auf den Lagern vorzufinden. Denn es werden nur diejenigen einberufen, die sich in den örtlichen Arbeitsgemeinschaften oder auf Führerschulen oder durch Empfehlung der einzelnen Referenten in den Gebieten als befähigt erwiesen haben.

Gemeinschaftslager von HJ.-Kameraden und Hochschülern

Besonders bemerkenswert an den Schulungslagern ist die gemeinsame Erfassung von HJ.-Kameraden und Studenten. Es hat sich im Laufe der Zeit als äußerst günstig erwiesen, nicht reine studentische Lager aufzuziehen, sondern Gemeinschaftslager durchzuführen, die in gleichem Maße HJ.-Kameraden und Studenten erfassen. Man macht immer wieder die Feststellung, daß der Student nur zu leicht in den Fehler verfällt, die Dinge zu abstrakt-theoretisch zu sehen. Ausgezeichnet wirken deshalb Gemeinschaftslager, die den studentischen Kameraden zwingen, sich einfach und klar auszudrücken, damit ihn der HJ.-Kamerad ebenfalls versteht. Umgekehrt wird aber durch das größere Wissen der Studenten das Gesichtsfeld der HJ.-Kameraden günstig beeinflußt. Die rege Unterhaltung in der Freizeit ist immer wieder ein Beweis für die Richtigkeit dieser Gemeinschaftslager. Natürlich setzen sie einen vorsichtig ausgewählten Schulungsplan voraus, der beiden Teilen gerecht wird.

Bewertung und Einsatz des Nachwuchses

Die Bewertung nach Beendigung der Kurse wird ebenfalls nach besonderen Gesichtspunkten vorgenommen. Zu Beginn eines jeden Lehrgangs erzählt jeder Kamerad ausführlich seinen Lebenslauf. Dadurch ist es dem Schulungsleiter möglich, sich leichter in die Psyche des einzelnen hineinzudenken und sich vor einem ungerechten Urteil zu bewahren. Durch die Form der Arbeitsgemeinschaft wird weiterhin die Beurteilung erleichtert. Eine schriftliche Ausarbeitung soll den weniger redegewandten Kameraden gerecht werden.

Zum Abschluß eines jeden Lagers finden Einzelbesprechungen statt, das heißt, jeder Teilnehmer hat nochmals Gelegenheit, sich allein mit dem Schulungsleiter und dem Lagerleiter auszusprechen, Fragen zu stellen und Auskunft zu erhalten. Weiterhin hat jeder Kursteilnehmer die Möglichkeit, sich auch später mit Fragen an das wirtschaftspolitische Referat zu wenden.

Diese Methoden ermöglichen eine gerechte und gute Beurteilung. Die Kameraden werden in Karteien erfaßt, deren Karten je nach Eignung der Kameraden eine besondere Farbe erhalten. Wir besitzen auf diese Weise die genauen Lebensläufe und die Ausarbeitungen über wirtschaftspolitische Fragen von allen Schulungskursteilnehmern.

So ist es dem Referat möglich, nicht nur eine exakte Schulungsarbeit zu leisten, sondern jederzeit Kameraden, die besondere Befähigung auf wirtschaftspolitischem Gebiet besitzen, nennen zu können.

Digitized by Google

Kurzberichte zur Wirtschaftspolitik

Erziehung

Unternehmernaturen!

Zur Erziehung gehört auch die Achtung des Wirtschaftens und des Wirtschafters. Betrachtet man das Wirtschaften als eine verächtliche Tätigkeit, so wird es wenig Tüchtige geben, die dafür sorgen, daß wir eine gute Wirtschaft haben.

Wenn wir vom Vorrang der Politik gegenüber der Wirtschaft sprechen, so bedeutet das nicht: „Achtet die Politik, verachtet die Wirtschaft!" Es kann lediglich heißen, daß die politische Betätigung für den Bestand eines Volkes wesentlicher ist als die wirtschaftliche.

Wir Nationalsozialisten haben den Ehrgeiz, in unserem Volke nicht nur die besten Politiker, sondern auch die besten Wirtschafter heranwachsen zu lassen.

Nicht jeder wird seine Tagesarbeit in einem Bauernhof oder in einem Gewerbebetrieb verrichten. Aber jeder Deutsche, der arbeitet und verdient, soll wirtschaften, d. h. haushalten. Wirtschaftliches Handeln kann von einem, der in der Leistungsgemeinschaft des Volkes tätig ist, verlangt werden, genau so wie er als Glied der Willensgemeinschaft des Volkes politisch handeln wird.

Jedes Handwerk und jede Kunst wird in der Geschichte Vorbilder haben. Den Reichtum an großen Vorbildern, den gerade das Deutsche Volk hat, soll auch die Jugend jeder Generation dazu anregen, nach diesen Vorbildern zu handeln. Dazu gehören nicht nur Politiker und Staatsmänner, dazu gehören auch die großen Soldaten und Heerführer, die Techniker, Künstler und Wissenschafter. Dazu gehören aber auch die großen Wirtschafter, die unser Volk im Lauf der Zeiten hervorgebracht hat.

Das Leben der Hanseaten, eines Fuggers oder eines Krupp sollten Jugendliche nicht nur aus ästhetischen oder literarischen Gründen studieren, sondern mit dem Wunsch und Willen, ihnen dereinst nachzuahmen: gleiches zu leisten oder mehr zu leisten. Freilich wird sich jeder andere Vorbilder nehmen, aus der Geschichte oder aus der lebenden Generation, aus den Bekannten des Alltags oder aus den Großen der Nation. Ohne das Beispiel von Großen wird es ein Junge kaum zu etwas Größerem bringen können, denn die Arbeit einer Generation baut immer auf auf der Arbeit der vergangenen Geschlechter. Pfr.

Durchrationalisierung der Erziehung

Wenn alles in Ordnung geht, braucht der künftige Rechtsanwalt vierundzwanzig Jahre, bis er die für seinen Beruf notwendige Ausbildung sich erworben hat. Die ganze erste Hälfte seines Lebens verbringt er mit Lernen. Nicht viel anders ist es in den meisten anderen Berufen, die Hochschulbildung erfordern.

Das ist eine Tatsache, an die man nicht mehr mit kleinen Reformbestrebungen heranzukommen vermag. Dieses Beispiel zeigt uns vielmehr, daß eine völlige Durchrationalisierung unseres gesamten Schul- und Erziehungswesens erforderlich ist.

Es braucht nur daran gedacht zu werden, welche Folgen eine derartig lange Ausbildungszeit für die Entwicklung eines gesunden Familienlebens, für die rassische Entwicklung, aber auch für die Leistung des einzelnen im Rahmen der völkischen Arbeitsteilung, selbst für die Arbeitsfreude eines durch ein Dutzend und mehr Jahre von praktisch-nutzbringender Arbeit ferngehaltenen „Schülers" hat.

In der Durchrationalisierung des Schul- und Erziehungswesens liegt für die nationalsozialistische Politik eine Aufgabe, die nicht ernst genug genommen werden kann. Die Aufgabe ist von einer pädagogischen zu einer hochpolitischen geworden.

Wo soll man aber praktisch anfangen, damit eine Verkürzung der Ausbildungszeit möglich wird? Es seien hier nur zwei noch gar nicht genügend ausgewertete Möglichkeiten erwähnt: der Einsatz der modernen Technik und die prak-

Digitized by Google

tische Verwertung psychologischer Erkenntnisse. Ein Beispiel von hunderten: Welch stärkeren Eindruck hinterläßt der Film im naturwissenschaftlichen, wirtschaftlichen, erdkundlichen, geschichtlichen und politischen Unterricht. Wieviel Zeit könnte allein hierdurch gespart werden!

Außerdem soll noch eine weitere Möglichkeit hier zunächst angedeutet werden: Zur Verkürzung der Ausbildungszeit kann auch daran gedacht werden, gewisse Fächer aus dem Unterricht ganz oder teilweise herauszunehmen und die hier vermittelten Fertigkeiten lediglich künftigen Spezialisten anzulernen. Die Durchrationalisierung der Erziehung ist also mit einer Durchrationalisierung der Arbeitsteilung verbunden.

Die gestellte Aufgabe betrifft nicht nur den Erzieher, sondern auch den Wirtschafter. Es ist eine Aufgabe, die sich mit dem Haushalten menschlicher Arbeitskraft befaßt. Es ist eine Aufgabe des Arbeits- und Lebens-Einteilens, also des Wirtschaftens. Pfr.

Schulung

„Unternehmer-Schulung"

Bei besonders übereifrigen haben sich im Laufe der letzten Monate sonderbare Vorstellungen entwickelt. Übereifrige Schulmeister sind auf die Idee gekommen, Facharbeiter- und Spezialistengruppen eigens für sich nationalsozialistisch zu schulen.

Diese in ihren Anschauungen ebenso harmlosen wie in der Wirkung oft recht gefährlichen Leute glauben beispielsweise, daß, wenn sie Bildhauer nationalsozialistisch schulen würden, diese nun von dann ab in alle Zukunft echt „nationalsozialistische" Plastiken darstellen würden. Wenn ein Dürer oder ein Holbein heute noch leben würde, sie würden sicherlich von diesen Schulmeistern in ihrer Malweise „nationalsozialistisch" beeinflußt worden sein!

Hierher gehören auch die Versuche, Unternehmer schulen zu wollen. Diese Versuche müssen schon daran scheitern, weil es sich Spezialisten mit derartig ausgebildeten Fertigkeiten nur selten gefallen lassen würden, daß irgendwelche Leute sie von ihrer Spatzenwarte aus herumkommandieren. Pfr.

Wissenschaft

Dämmerung der Wissenschaft auch im Ausland

Man wird mit Aufmerksamkeit die Entwicklung wissenschaftlicher Anschauungen in anderen Ländern verfolgen, die von ganz anderen Grundlagen und Gesichtspunkten aus im wesentlichen sich dem Kerne nationalsozialistischer Auffassung von wirtschaftlichen Fragen nähern. So sei auf das neue Werk des bekannten englischen Wissenschafters J. M. Keynes, Professor an der Universität Cambridge (der nebenbei auch im Versicherungswesen praktisch tätig ist), verwiesen: „Neue Theorie von der Beschäftigung, dem Zins und dem Geld". Es nennt sich einen „Generalangriff" auf die herrschende orthodoxe Wirtschaftstheorie. Aus dem an sich schwierigen Werk interessieren uns hauptsächlich folgende Gesichtspunkte:

Keynes hält die überlieferte Zinspolitik nicht mehr für ein Mittel zur Regelung des Beschäftigungsgrades. Vielmehr habe es der Staat selbst in der Hand, durch Steuerpolitik, Zinsbeeinflussung und andere Mittel den Umfang der Wirtschaftstätigkeit zu kontrollieren.

Daraus ergibt sich weiter die Notwendigkeit einer autonomen Arbeitspolitik. Es sei Pflicht jedes einzelnen Landes, ohne Rücksicht auf andere Länder die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zum obersten Ziele zu setzen. Da der Staat Autorität in der Zinsgestaltung habe, sei er auch in der Lage, die Rentabilität von Arbeiten zu bestimmen, die nach der klassischen Theorie nicht rentabel wären. Arbeitsschwankungen dürften nicht mehr von Zinsveränderungen abhängig gemacht werden, die mit dem Währungsmechanismus zusammenhingen.

Und weiter folgert Keynes, daß jedes Land zunächst selbst seine wirtschaftlichen Kräfte voll entwickeln müsse, bevor man sehen könne, was das einzelne Land nach gesunden Grundsätzen zur Neuordnung des zwischenstaatlichen Handels zu leisten imstande sei — eine Ansicht, die uns ganz besonders vertraut ist. Man vergleiche hierzu die Reden Pg. Bernhard Köhlers zur neuen Weltwirtschaft auf den wirtschaftspolitischen Kundgebungen anläßlich der Leipziger Messe!

Digitized by Google

Keynes bezeichnet sich als Außenseiter. Aber sein Ansehen und das Gewicht seiner Meinung ist groß und hat gerade auf die englische Währungspolitik großen Einfluß gehabt. Sein Angriff auf die Wissenschafter, „die fest in ihrer Theorie-Festung verschanzt" seien, verdient besondere Beachtung. Kl.

Wirtschaft
Volkswirtschaft
Wirtschaftspolitik

Im ersten Heft der „Mitteilungen" war unter dem Kurzbericht „Wissenschaft" die Rede von dem Unterschied zwischen Wirtschaft, Volkswirtschaft und Wirtschaftspolitik.

Im folgenden sei eine kurze Zusammenstellung nach den Ausführungen Pg. Bernhard Köhlers in früheren Aufsätzen und Reden gebracht, Ausführungen, welche die Unterschiede zwischen Wirtschaft, Volkswirtschaft und Wirtschaftspolitik deutlich machen.

Wirtschaften heißt nach jedem natürlichen deutschen Sprachgebrauch: Arbeitsertrag erfassen, sammeln, ordnen, einteilen, bereitstellen und zur Verfügung halten für neue Verwendung. Aufgabe der Wirtschaft ist die Schaffung von Vermögen für neue Arbeitsmöglichkeiten.

Volkswirtschaft besteht

1. im Einsatz der Arbeit,
2. in der Bereitstellung von Versorgungsgütern,
3. in der Förderung immer neuer und besserer Erzeugungsmittel,
4. in der Bildung von Vermögen, das allen Volksgenossen nutzbar wird oder zugute kommt.

Volkswirtschaft muß sein, ehe Betriebswirtschaft möglich ist.

Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist: die Kraft des Deutschen Volkes für immer wieder neue Ziele einzusetzen und so das Volk zu immer neuen Leistungen und neuer Entfaltung seiner Größe emporzuführen.

Wirtschaft zu treiben hat der Wirtschafter. Volkswirtschaft zu treiben haben die dazu eingesetzten staatlichen Organe. Für die wirtschaftspolitische Führung ist aber wie für alle politische Führung einzig und allein die Partei verantwortlich. Sch.

Kampfrichtung

Ein Volk, das wirtschaftet

Große, noch nie in diesem Ausmaß gestellte Aufgaben stehen vor uns. Die Mittel, Arbeitskräfte, Materialien und Maschinen müssen für diese Aufgaben bereitgestellt werden. Die Wirtschaft muß diese Mittel freisetzen. Die Mittel können nur freigesetzt werden dadurch, daß alle Volksgenossen lernen, mit den Mitteln, über die sie verfügen, sparsam umzugehen — hauszuhalten.

Nur ein Volk, das als Ganzes gelernt hat zu wirtschaften, kann auch der Politik die Mittel geben, die diese braucht, um ihre Ziele zu erreichen.

Wir fordern Rationalisierung! Es ist dies die Losung der zweiten Arbeitsschlacht, wie sie der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. Bernhard Köhler zur Jahreswende verkündet hat. Die ganze Arbeitsschlacht, die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit, die Schaffung der Reichsautobahnen, die Forderung des Führers, daß in Deutschland drei bis vier Millionen Kraftwagen erspart und gebaut werden sollen, all dies ist nichts, als ein großartiger und umfassender Rationalisierungsvorgang, der auf den eindeutigen Willen des Führers, unser Volk wieder stark zu machen, zurückzuführen ist.

Wieviel und wie intensiv müssen wir arbeiten, damit jede deutsche Familie — ob Werkarbeiter- oder Bauernfamilie — ein eigenes Heim besitzt, einen Kraftwagen, einen Volksempfänger, einen Garten usw. usw.

Nur so kommen wir zu einer Leistungsgemeinschaft, die den Anforderungen der Volksgemeinschaft entspricht.

Die Wirtschaft bestimmt nicht das Schicksal eines Volkes, wie es die Materialisten der hinter uns liegenden Zeit geglaubt haben. Aber, wie der Mensch ohne das Funktionieren bestimmter Organe seines Körpers nicht leben kann, so kann auch ein Volk nicht leben ohne das Funktionieren seiner Wirtschaft.

Der Mensch lebt nicht um zu essen. Er kann aber auch nicht leben ohne zu essen. Die Wirtschaft kann weder Hirn, noch Herz eines Volkes sein, aber ohne die Vorsorge der Wirtschaft müßte ein Volk auf die Dauer zugrunde gehen. Pfr.

Digitized by Google

Gegen Primitivitätskult und für Sozialismus.

Der Materialismus und Bolschewismus hat uns u. a. auch den Primitivitätskult beschert. Es soll sogar einige Nationalsozialisten gegeben haben, die auf diesen Primitivitätskult hineingefallen sind. Es könnte sogar sein, daß einige selbst heute noch nicht davon überzeugt sind, daß Primitivitätskult und Sozialismus nicht ein und dasselbe darstellen, sondern Gegensätze.

Es hat beispielsweise mit Sozialismus überhaupt nichts zu tun, wenn jemand unsauber und unanständig gekleidet daherkommt. Das ein Beispiel.

Ein anderes Beispiel: es gibt immer noch welche, die von der Tausendmark-Gehaltsgrenze sprechen. Der Reichspropagandaleiter Dr. Goebbels sagte neulich einmal: „Die Tausendmark-Gehaltsgrenze zum Grundsatz erheben, ist ebenso bequem wie falsch."

Wir Nationalsozialisten werden uns als Vertreter einer Weltanschauung des Lebens und Kampfes immer hüten, das Leben in starre Dogmen zu fesseln.

Schließlich, warum sollte auch nicht ein großer Unternehmer, ein großer Erfinder oder ein großer Künstler in Deutschland genau soviel oder vielleicht auch mehr verdienen, als in irgendeinem anderen Land dieser Welt?

Vorausgesetzt ist, daß sonst jede ehrliche Leistung ihren gerechten Lohn findet.

Sch.

Presse

Zum wirtschaftspolitischen Schriftleiter

Die technischen Mittel der Verständigung der Volksgenossen untereinander werden von findigen Kopfarbeitern immer wieder verbessert werden. Die Zeitung in ihrer heutigen Form wird vielleicht schon in einem halben Menschenalter sich derartig äußerlich verändert haben, daß wir dann mit der Zeitungsform von jetzt schon nicht viel anzufangen werden wissen. Die Aufgaben des Tagesberichterstatters und Tagesschriftleiters können sich rasch ändern.

Eine Aufgabe wird aber der nationalsozialistische Schriftleiter immer haben, nämlich die — zuerst politischer Schriftleiter zu sein.

Auch der Wirtschaftsschriftleiter, der diese Folgerung aus der nationalsozialistischen Revolution noch nicht gezogen hat, wird sie ziehen müssen.

Auch er muß zuerst wirtschaftspolitischer Schriftleiter sein. Der Wirtschaftsteil einer Zeitung muß zuerst ein wirtschaftspolitischer Teil sein. Diese Forderung wurde gerade während des Reichstags-Wahlkampfes erstmals durchwegs erkannt. Sie gilt aber nicht nur für Aktionen. Sie gilt ebenso für die Tagesarbeit.

Der wirtschaftspolitische Schriftleiter muß sich auf den täglichen Weckruf zum Arbeiten und Wirtschaften verstehen. Er muß Verkünder sein der Losungen, welche die politische Führung den Wirtschaftern in der deutschen Leistungsgemeinschaft gibt.

Die Stellung des wirtschaftspolitischen Schriftleiters wird um so nutzbringender und verantwortlicher werden, je mehr er sich als Propagandist der wirtschaftspolitischen Truppe der Partei fühlt und sich in den Marschtritt derselben einordnet. Dazu bedarf es gar keiner Organisation!

Der wirtschaftspolitische Schriftleiter, der das Ziel kennt, wird auch nicht erst lang fragen: Ja worin liegt diese politische Aufgabe? Die Worte des Führers hören, die Losungen der wirtschaftspolitischen Truppe kennen und einen Einblick und Überblick besitzen über die Volkswirtschaft und Wirtschaft, das kann verlangt werden von einem Volksgenossen, der als Schriftleiter für den wirtschaftspolitischen Teil einer Zeitung verantwortlich zeichnet.

Ihm braucht beispielsweise nicht eigens gesagt zu werden, daß auch er mit beizutragen hat zur Verwirklichung der Forderung des Führers nach drei oder vier Millionen Kraftwagen für unser Volk. Er wird als Propagandist wissen, was er zu tun hat, die gewaltige Motorisierung vorwärtszutreiben, die der Führer verlangt.

Die Losung der zweiten Arbeitsschlacht die da lautet: Recht auf Arbeit und Rationalisierung, wird er als täglicher Kämpfer und Propagandist vorantragen. Und welche und wie große Aufgaben hat er, allein, um in dieser Zeit

Digitized by Google

mitzuhelfen an der restlosen Beseitigung der Arbeitslosigkeit und an dem Ausbau einer arbeitsteiligen, von der Vernunft beherrschten Wirtschaft.

Wirtschaftsschriftleiter sein, kann heute nur mehr heißen: bei Beherrschung der Fachkenntnisse und technischen Fertigkeiten zuerst wirtschaftspolitischer Propagandist sein, der die Seele des Volkes kennt und weiß, welche Losungen man dem Volksgenossen als Wirtschafter geben kann. Wirtschaftsschriftleiter, die nicht so sind, werden überflüssig.

Pfr.

Im ersten Maiheft der „Deutschen Volkswirtschaft" erscheint ein Aufsatz von Bernhard Köhler: „Freiheitskampf oder Konjunktur-Manipulation".

Worüber lieber geschwiegen worden wäre.

Wir lesen von „Auswüchsen des Kapitalismus", die der Nationalsozialist zu bekämpfen habe. Der Nationalsozialist bekämpft nicht die Auswüchse des Kapitalismus, sondern den Kapitalismus überhaupt!

◆

Wir lesen in einer nationalsozialistischen Zeitung ein Lobgedicht auf das neueste Werk des Wissenschafters Adolf Weber, das unter dem Titel „Kurzgefaßte Volkswirtschaftslehre und Volkswirtschaftspolitik in einem Band" erschienen ist. Der Verfasser der Besprechung schreibt u. a.: „Es ist doppelt begrüßenswert, daß Weber sich der fast unmöglichen Aufgabe unterzogen hat, zumal hier in allen Sparten nationalsozialistisches Ideengut in den Rahmen der bisherigen nationalökonomischen Lehre eingebaut ist."

In dem genannten Werk des Professors Adolf Weber steht auch folgender Satz: „Würde das kapitalistische Gewinnstreben frei gemacht werden von der mammonistischen Profitgier, dann kann in einer großen Gemeinschaft, die die ganze Welt umfaßt, die ‚berufsständische Idee' ebenso stark, wenn nicht noch stärker Wurzel schlagen wie in der engen Gemeinschaft der mittelalterlichen Zunft."

Berufsständische Idee (vergl. dazu das päpstliche Rundschreiben Quadragesimo anno!) — Weltgemeinschaft — kapitalistisches Gewinnstreben — wir sind baß erstaunt, auch hier „nationalsozialistisches Ideengut" wiederzufinden.

Zu dem Kapitel „Volkswirtschaftslehre" haben wir schon im ersten Heft der „Mitteilungen" Stellung genommen.

◆

Wir sind besonders erfreut, wenn politische Losungen „zur Diskussion" gestellt werden oder als „Probleme" behandelt werden.

◆

Mit Erstaunen hören wir auch, daß ein Redner, der über nationalsozialistische Wirtschaftsgestaltung sprach, „Natur, Arbeit, Kredit und politische Kräfte als die vier Hauptgruppen herausstellte, die den Gang der Wirtschaft beeinflussen". Der Jude David Ricardo wäre auf diese Formulierung geradezu neidisch gewesen.

◆

Als Splitter sei noch die Äußerung eines Industrie- und Handelskammerpräsidenten genannt, der „die Kammern bis hinauf zur Reichswirtschaftskammer als die Organe zur wirtschaftspolitischen Meinungsbildung" bezeichnete.

Seit wann haben Selbstverwaltungsorgane Organe wirtschaftspolitischer Meinungsbildung zu sein?

Sch.

Schrifttum

Eine neue Schrift Bernhard Köhlers

„Sklavenarbeit oder Welthandel" heißt eine neue Schrift des Leiters der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., Bernhard Köhler. Sie zeigt die Voraussetzungen zwischenstaatlicher Wirtschaftsbeziehungen. Zwischenstaatliche und zwischenvölkische Wirtschaftsbeziehungen werden nur dort ausgebaut werden können, wo gesunde Volkswirtschaften bestehen.

Der Internationalismus, wie wir ihn in der Kommunistischen Internationale erkennen, ist die gefährlichste Hemmung des Welthandels. „Die Internationale

Digitized by Google

muß vergehen, damit die Völker leben können", so schreibt Bernhard Köhler in dieser neuen Schrift, welche seine Rede auf der Kundgebung während der Frühjahrsmesse in Leipzig enthält.

Die Schrift ist im Zentralverlag der NSDAP. als Massenbroschüre erschienen und kostet je Heft 10 Pfg. Bei Abnahme größerer Mengen gibt der Zentralverlag der NSDAP. Sondervergünstigungen. Es kosten dann

100 Stück RM. 8.—
1 000 Stück RM. 70.—
10 000 Stück RM. 600.—.

Werbt für diese Broschüre!

Schickt sie Euern Bekannten im Ausland!

Gebt Sammelbestellungen auf beim Gauwirtschaftsberater Eures Gaues oder unmittelbar beim Zentralverlag der NSDAP.!

Ein Buch von Fritz Nonnenbruch.

Im Zentralverlag der NSDAP. erschien ein Buch des wirtschaftspolitischen Schriftleiters beim „Völkischen Beobachter", Dr. Fritz Nonnenbruch. Das Buch, welches den Titel „Die dynamische Wirtschaft" führt, enthält eine Reihe von wertvollen Beiträgen zur weltanschaulichen Ausrichtung der wirtschaftspolitischen Truppe der Partei.

So ist auch Pg. Nonnenbruch der erste gewesen, der die Gedanken Bernhard Köhlers über das Thema „Überflußwirtschaft" propagandistisch aufgegriffen und geistig weiterverarbeitet hat.

Der Verfasser des Buches geht ausführlich auf die Folgerungen ein, die sich mit der Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit für die Wirtschaftsgestaltung in unserem Volk ergeben.

Das Buch stellt auch deshalb eine Bereicherung unseres wirtschaftspolitischen Schrifttums dar. Sch.

Arbeitsschlacht

Die Aufgabe der Gemeinden in der Arbeitsbeschaffung

Die Hauptsorge der Arbeitsbeschaffung liegt heute bei den staatlichen Organen. Die Übertragung dieser Sorge auf die Gemeinden wird nur allmählich erfolgen können, da die Gemeinden heute noch erst mit der Mißwirtschaft aufräumen müssen, in die sie durch das vergangene System hineingetrieben worden sind.

Bernhard Köhler sagte neulich einmal auf einer Tagung, daß wir ebenso eine krisenfeste Gemeinde erstreben müssen wie den krisenfesten Betrieb.

Die Gemeinden haben darnach die Aufgabe, alle in ihrem Bereich vorhandenen Arbeitskräfte in Arbeit zu setzen. Es soll für eine Gemeinde sogar eine peinliche Tatsache sein, wenn Menschen aus ihr wegziehen und in einer anderen Gemeinde Arbeit suchen müssen.

Jede Gemeinde muß darauf achten, für alle Arbeiter innerhalb der Gemeinde stets Arbeit bereitzuhalten.

Wenn der Gauwirtschaftsberater des Gaues Württemberg der NSDAP. meldet, daß er in den einzelnen Gemeinden seines Gaues eine Leistungsgemeinschaft der Wirtschaft schafft, die sich vornimmt, auch dem letzten Arbeitslosen Arbeit zu geben, so ist das ein Anfang, der auch für die anderen Gaue beispielgebend sein wird. Sch.

Arbeit und Rationalisierung

Ein Volksgenosse, der Schlosser ist, schrieb an eine nationalsozialistische Schriftleitung einen Brief, den wir nachstehend im Auszug wiedergeben:

Dem Wort Rationalisierung hing während der deutschen Verfallszeit ein übler Beigeschmack an. Besonders der Industriearbeiter hörte ungern das Wort Rationalisierung in dem Betrieb, wo er beschäftigt war. Und der Gedanke, daß er bald überzählig seine Brotstelle verlieren würde, machte ihn mißmutig. Er erblickte in jeder technischen Verbesserung und Erfindung, die zu einer Verbilligung des betreffenden Arbeitsstücks führte, die Gefahr, daß ihm seine Brotstelle genommen werde.

Das ist jetzt anders geworden.

Wir wissen heute, wofür wir arbeiten, und aus dieser Erkenntnis müssen wir dem Führer danken, der uns als erster Arbeiter im Staate das Recht auf Arbeit wiedergegeben hat, indem wir an der Erfüllung dieser Aufgabe mithelfen.

Digitized by Google

Und dies können wir dadurch, daß auch wir jede unnötige Arbeitsverschwendung an dem herzustellenden Arbeitsstück vermeiden und jede Arbeitsweise, die zu einer Verbilligung führt, verwenden.

Es ist eine besondere Aufgabe des Vertrauensrats, die Gefolgschaft darin zu unterstützen, indem er in den Betrieben Kästen anbringen läßt, mit der Aufschrift „Für technische Verbesserungen", wo jeder Arbeitskamerad die von ihm erdachte Verbesserung auf ein Stück Papier niederschreibt und in den Kasten wirft. Die Vorschläge werden dann von dem Leiter der Abteilung oder dem Meister geprüft, und wenn sie für richtig befunden werden, angewandt. Auch wird sich der einsichtige Betriebsführer dankbar dafür zeigen. Man freut sich selbst über eine solche Anerkennung der Leitung und darüber, einen kleinen Baustein geliefert zu haben zum Aufbau unseres Vaterlandes.

Besonders wenn man praktisch tätig ist an der Herstellung von Maschinen und sonstigen Erzeugnissen und nicht mechanisch die vom Ingenieur oder Meister übertragene Arbeit ausführt, und wenn man sich mal überlegt, wie kann ich es am besten und am billigsten ausführen, so gibt es noch manche Möglichkeit, wie durch Vereinfachung der Arbeitsmethoden oder technische Verbesserung an der Maschine eine Mehrleistung erzielt werden kann.

An dieser Aufgabe mitzuhelfen, soll in diesem Jahre unser aller Bestreben sein. Dadurch erobern wir den Auslandsmarkt zurück. Wir tragen dazu bei, unseren noch arbeitslosen Kameraden wieder Arbeit und Brot zu geben.

Bz.

Bernhard Köhler:

Die zweite Arbeitsschlacht, die wir nunmehr einleiten, dient der Leistungssteigerung des deutschen Volkes zum Zwecke der Erhöhung seiner Lebenshaltung, der Erweiterung seines kulturellen Besitzes, zur Begründung der Zukunft, der Freiheit und des Wohlstands kommender Geschlechter und zur Erringung des politischen, gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ranges in der Welt, der einem stolzen Volke zukommt.

Ihre Vorbedingung war die erste Arbeitsschlacht, die den jammervollen Zustand einer verbrecherischen und irrsinnigen Arbeitslosigkeit beseitigte. Der größte Teil der für diese erste Arbeitsschlacht gestellten Aufgabe ist gelöst. Was nunmehr zu tun ist, bedarf keines neuen politischen Entschlusses und Anlaufes mehr, sondern es ist die, allerdings unerbittliche, Pflicht der Ausführungsorgane.

Die Aufgabe, jedem Arbeitssuchenden bis zum letzten ehrliche Arbeit zu bieten, die Aufgabe, auch denen wieder den Weg zu nützlicher Betätigung zu eröffnen, die im Hochleistungsbetrieb der gewerblichen Wirtschaft schwer ein Unterkommen finden, die Aufgabe, jeden immer sicherer auf den Platz zu führen, an dem er seine Kräfte am besten und daher auch froh und ertragreich regen kann — diese Aufgaben bleiben bestehen. Die erste Arbeitsschlacht ist nicht so zu Ende, daß wir nichts weiter zu tun hätten. Aber sie ist soweit geschlagen, daß wir die zweite beginnen können.

Die große Aufgabe, die der zweiten Arbeitsschlacht gestellt ist, heißt: Rationalisierung der Volkswirtschaft. Rationalisierung bedeutet Durchdringung der Wirtschaft mit zielbewußt vernunftgemäßer Ordnung, Planung, Einrichtung, Sparsamkeit und Zweckmäßigkeit. Höhere Leistung der Volkswirtschaft, die dem Recht zu höherer Lebenshaltung Genüge tun soll, ist nur möglich durch eine vernunftgemäßere Gestaltung sowohl der Volkswirtschaft selbst, als auch aller ihrer Glieder, Teile und Bezirke.

Digitized by Google

Einzelhandel und Arbeitsschlacht

Daß die Kette der Klagen über bestimmte Einzelhandelsbetriebsformen — nicht nur über Warenhäuser — nicht abreißt, zeigt, daß der Gesundungsprozeß des Einzelhandels noch nicht bis zu dem Punkte fortgeschritten ist, der das Ziel sein muß. Die Abhilfevorschläge beachteten zu wenig, daß ein wesentlicher Grund, der bestimmte Einzelhandelsbetriebsformen als unerwünscht erscheinen läßt, die Übersetzung des Einzelhandels ist.

Die Zahl der Einzelhandelsbetriebe ist von 1925 bis 1933 von 633 219 auf 843 522, also um 23,46 v. H. gestiegen, die Zahl der im Einzelhandel Beschäftigten von 1 556 849 auf 1 920 864, also um 23,38 v. H., während der Einzelhandelsumsatz im gleichen Zeitraum von 30,5 Mrd. RM. auf 21,5 Mrd. RM. zurückgegangen ist.

Diese Entwicklung zeigt, daß es eine Aufgabe der Rationalisierungsetappen der Arbeitsschlacht sein muß, die Zahl der Einzelhandelsbetriebe und der im Einzelhandel Beschäftigten abzubauen, und so eine ungesunde Entwicklung rückgängig zu machen. Eine scharfe Auslese im Leistungswettbewerb wird das Mittel sein.

Die Möglichkeit dazu hängt in weitem Maße von den Erfolgen der Arbeitsschlacht auf anderen Gebieten ab. Viele Elemente, die im Einzelhandel Unterschlupf gefunden haben und dort eine „Halb- oder Dreiviertelexistenz" führen, werden sich Gewerbezweigen zuwenden, die infolge günstigen Arbeitseinsatzes die Möglichkeit haben, ihnen bessere Existenzbedingungen zu bieten als der Einzelhandel, der für sie nur eine Art „unproduktive Erwerbslosenfürsorge" gewesen ist.

Be.

Wehrwirtschaft

Elektrifizierung der Eisenbahnen und Landesverteidigung.

Es ist naheliegend, daß der Ausbruch eines Krieges heute mit seiner gesteigerten Beweglichkeit aller Waffengattungen und insbesondere mit seinen Bombengeschwadern das Verkehrsnetz des Gegners in ganz anderem Maße behelligen kann als noch im Weltkrieg. Dadurch sind auch alle Energiequellen für den Betrieb der Eisenbahnen feindlichen Angriffen ausgesetzt.

Nun ist es leider richtig, daß Elektrizitätswerke, insbesondere Wasserkraftanlagen, sowie das nun einmal notwendige elektrische Oberleitungsnetz samt Speisenetz in erhöhtem Maße gefährdet sind.

Dampfkraftanlagen als Stromerzeuger sind als kleine Ziele vom Feind nicht übermäßig gefährdet. Anders liegt es bei den Wasserkraftanlagen, speziell bei den Niederdruckanlagen. Hier kann vom Gegner empfindlicher Schaden angerichtet werden, da der Oberwasserkanal oft in Dammstrecken verläuft und leicht zerstört werden kann. Aber größere Kraftwerke werden bewacht, ja mit aktiver Flugabwehr versehen.

Die wesentlichste Sicherung unseres elektrischen Bahnbetriebs besteht darin, daß

1. die Elektrifizierung von Bahnstrecken in Gebieten genau überprüft wird, die im Kriegsfall voraussichtlich einer erhöhten feindlichen Einwirkung unterliegen und
2. der elektrische Betrieb bis zu einem gewissen Grade durch Dampfbetrieb ersetzt werden kann.

Die Vorteile des elektrischen Zugbetriebs sind beträchtlich. Der gesamte Betrieb ist einfacher, etwas billiger, sicherer und leistungsfähiger, da die Elektro-Lokomotive im Durchschnitt schneller anfährt und steigt wie die Dampf-Lokomotive. Diese Vorteile sind gerade im Falle der Landesverteidigung geeignet, auf die Abwicklung des Aufmarsches und der sonstigen Transporte den günstigsten Einfluß auszuüben, zumal der Feind bei einer beabsichtigten Störung des Bahnbetriebs durch Vernichtung der Energiequellen sein Augenmerk dem elektrischen und dem Dampfbetrieb des Gegners zuwenden muß.

Die Fragen um die Elektrifizierung der Eisenbahnen sind ein typisches Beispiel, daß man eine Friedenswirtschaft nicht nach Gesichtspunkten der Kriegswirtschaft aufbauen kann, daß man aber sehr wohl die rascheste Umstellung auf die Landesverteidigung in allen Fällen berücksichtigen muß. Diese Umstellung wird allerdings oft in Tagen, Stunden, ja in Minuten erfolgen müssen.

Hf.

Digitized by Google

Stände und Verbände

Organisation und Organisation der gewerblichen Wirtschaft

Organisieren soll man nur, wo man muß. Zuerst müssen Aufgaben gegeben sein, die zu ihrer Erfüllung eine Organisation notwendig machen.

Die wirtschaftspolitische Truppe hat bestimmte Aufgaben und wird zur Lösung dieser Aufgaben auch eines Apparates bedürfen. Der Staat hat Volkswirtschaft zu treiben und wird dazu ebenfalls eines Apparates bedürfen.

Die Organisation des staatlichen Apparates wurde von der nationalsozialistischen Partei nach der Übernahme der Staatsgewalt bereits vorgefunden.

Ihre eigene wirtschaftspolitische Truppe wird sich die Partei entsprechend ihren Aufgaben ausbauen.

Die Organisation der gewerblichen Wirtschaft aber hat sich aus dem Umschmelzungsprozeß seit 1933 nebenbei ergeben, ohne daß man diese Organisation irgendwie als besondere Schöpfung der Partei zu bezeichnen vermag.

Selbstverwaltungsorgane sind vollkommen berechtigt. Auch Wirtschaftsgruppen können sich zusammenschließen. Ob und wie hier Organisationen geschaffen werden, ist lediglich auf Grund von Zweckmäßigkeitserwägungen zu entscheiden.

Satzungen, Schemata, Ämter, Karteien, Briefbogen und Beiträge vermögen niemals den Bestand einer Organisation zu gewährleisten. Das Recht ihres Bestandes muß sich jedwede Organisation immer wieder neu erwerben. Vergißt eine Organisation ihre Aufgabe, so wird sie überflüssig. Vermag sie ihre Aufgabe nicht zu erfüllen, so wird sie umgebaut oder ersetzt.

Die Kräfte, die in einem Volke wirken, sind immer stärker als die Formen, welcher das Alltagsleben für diesen oder jenen Zweck bedarf.

In die Organisation der gewerblichen Wirtschaft sind viele Traditionen hineingetragen worden. Ob diese Traditionen und ob die gewählte Form der Sammlung dieser Traditionen den Anforderungen der kommenden Jahre standhalten wird, wollen wir als Parteigenossen nicht vorentscheiden. Bewähren sie sich — gut. Bewähren sie sich nicht, so wird auch dafür gesorgt werden, daß die Kräfte des Aufbaues nicht in Formen zur Erstarrung hineingepreßt werden.

Sch.

Unser Mitteilungsblatt ist das Blatt, welches den aktiv tätigen Parteigenossen über die wirtschaftspolitische Haltung der Partei unterrichtet.

Sorgt dafür, daß jeder aktiv tätige Parteigenosse, daß jeder Propagandist der NSDAP. unser Blatt bekommt!

Dann helft Ihr mit zur Vereinheitlichung der wirtschaftspolitischen Haltung in unserem Volke.

Werdet Werber unseres Blattes!

Dann tragt Ihr auch bei zur Ausgestaltung seines Inhaltes.

Wir haben mit diesem Blatt viel vor.

Wir können es nicht durchführen ohne Euch!

Verantwortlicher Schriftleiter: Udo Pfriemer, München 2 M, Herzog Wilhelmstr. 32 (Reichsadler) / Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, Thierschstraße 11 / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Durch die Dienststellen der NSDAP. (Gau- u. Kreiswirtschaftsberater) / Bezugsberechtigt: Alle aktiv tätigen Parteigenossen / Erscheinen: Mitte des Monats / Abdruck: Nur mit Genehmigung der Schriftleitung / Preis des Heftes: 20 Pfennig.

Digitized by Google

Mitteilungen der Kommission für

Wirtschaftspolitik der NSDAP

Heft 3 — 1. Jahrgang

Nachdruck - auch auszugsweise - nicht gestattet!

Dies ist Nationalsozialismus:

„Ich kann mich nicht bekennen zu jener These, die sagt: Wenn es eben nicht geht, dann geht es eben nicht. Nein! Es muß gehen!"

Der Führer am 1. Mai 1936.

Inhalt:

Bernhard Köhler: Währung und Börse
Bernhard Köhler: Wirtschaftspolitische Meinungs- und Willensbildung
Max Beust: Partei und Staat
Hans Vollmann: Die Fortführung des sozialistischen Kampfes
Kurzberichte zur Wirtschaftspolitik
In eigener Sache
Vom Wirtschaftsobjekt zum Wirtschaftssubjekt
Wissenschaft
Sammlung
Kampfrichtung
Presse
Schrifttum
Arbeitsschlacht
Kampf um Rohstoffe
Wehrwirtschaft
Partei
Staat

Mai 1936

Zentralverlag der NSDAP

Digitized by Google

Bernhard Köhler:

Währung und Börse

Chawrusse der Börse

„Die Börse" ist nicht übermäßig zufrieden mit der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik.

„Die Börse" — das ist natürlich nicht der Börsenvorstand oder das dem Reichswirtschaftsminister unterstehende Institut der Börse. Es ist jene unsichtbare, nicht korporativ handelnde, aber doch streng verschworene, nicht äußerlich abgegrenzte, aber ganz einheitliche Gesellschaft, die am Auf und Ab der Kurse interessiert ist, Gerüchte, Meinungen, Stimmungen macht, grundsätzlich von der Börse und vom Verlust der Börsenkunden lebt und die ihre Glieder sowohl unter den zugelassenen Maklern, als auch in ihren Hintermännern und weiteren Geschäftsfreunden hat. Diese Gesellschaft, die sich selbst gern „die Börse" nennt, vermißt heute das rege Leben, das sonst den Börsenhandel kennzeichnete, ein spannendes, aufgeregtes Haussen- und Baissenspiel mit Werten der Volkswirtschaft, aus dessen Differenzen „die Börse" ihre Gewinne zog.

Es gehört bekanntlich durchaus nicht unter die Märchen, mit denen man unerfahrene Kinder gruseln machte, daß sich an der Börse oder in ihrem Schatten ganze Banden zu bilden pflegten, die einzelne Papiere oder ganze Gruppen hochtrieben oder stürzen ließen. Geführt und vorwiegend zusammengesetzt waren diese Banden ebenso bekanntlich von Juden, aus deren Sprache auch die Bezeichnung für solche dafür stammt: Chawrusse, das heißt Verschwörung.

Und diese Banden sind nun ihrer Daseinsberechtigung und Daseinsmöglichkeit beraubt. Ein trauriger Zustand, der sicherlich begreiflich macht, daß der Markt für Wertpapiere als eine recht dürre Weide für das jüdische Raubzeug und seine Mitläufer angesehen wird. Ebenso begreiflich aber, daß die Interessenten an einem kräftigen Auf und Ab der Kurse auf Abhilfe sinnen.

Hintertüren der Spekulation

Nun, wenn eine Wirtschaft, wie die deutsche, Schritt für Schritt mehr der Gesundung entgegengeführt wird, wenn der Terminhandel, jene fette Weide der Spekulation, untersagt ist, wenn Anlagebedürfnis und Kauflust sich in den natürlichen Grenzen halten, die durch die stabilen Wirtschaftsverhältnisse gegeben sind, wenn der Markt so eng ist, daß eben große Bewegungen gar nicht zustande kommen, wenn zudem noch die ganz großen Brocken von Wertpapierpaketen außerhalb der Börse ihre Besitzer wechseln — dann muß man eben etwas nachhelfen.

Und das beste Mittel ist natürlich, wenn man Kauflust oder Abgabeneigung doch irgendwie beeinflussen könnte, wenn man sie künstlich vergrößern könnte, denn Nachfrage steigert den Preis und Angebot wirft ihn — wer also Angebot und Nachfrage manipulieren kann, der kann sie leicht so lenken, daß Haussen und Baissen in einem undurchsichtigen Spiel immer wieder wechseln und dem Eingeweihten Gewinn bringen. Denn in der Manipulation von Angebot und Nachfrage liegt ja sowieso ein großes

Digitized by Google

Geheimnis der Wirtschaftslenkung, nur daß heute der Staat und die politische Führung sich dieser Manipulation bemächtigt hat und sie zur Erzielung fester Preise und standhafter Ordnung handhabt, während die armen Spekulanten, die an schwankenden Preisen und Unordnung interessiert sind, das Nachsehen haben.

Gerüchtemacher – Geschäftemacher

Man wird also z. B. ausſprengen, daß das Deutsche Reich baldigst seine Währung abwerten werde, ja man wird behaupten, daß es zu einer solchen Abwertung schreiten müsse, weil die Finanzlage und die Devisenlage und die Exportlage und die statistische Lage und die politische Lage und überhaupt die ganze Lage diese Abwertung gebieterisch fordern. Dann sagt sich natürlich jeder Aktienbesitzer, daß der innere Wert seiner Aktien bei einer Abwertung der Mark nur steigen kann und hält nicht nur seine Aktien fest, sondern sucht noch dazu zu kaufen. Ganz besonderen Interesses würde sich unter solchen Umständen natürlich ein Papier erfreuen, das international gehandelt wird oder gar eines, das auf fremde Währung lautet, während die armseligen Staatsrenten, Gemeindeanleihen und dergleichen festverzinsliche Papiere naturgemäß von der Abwertung erfaßt würden und infolgedessen an Wert verlieren. Und der Rentenbesitzer wird eiligst seine Papiere zu verkaufen suchen.

Na, dann hätten wir ja schon die schönste Hausse in Aktien und Baisse in Renten. Und es braucht ja gar nicht wahr zu sein, daß das Reich abwerten muß, denn nach einer gewissen Zeit will „die Börse“ ja ihre Gewinne auch realisieren und eine Hausse hat ja doch nur dann Sinn, wenn sie wieder umschlägt, und eine Baisse nur dann, wenn die billig aufgekauften Papiere wieder steigen!

Es ist also sogar sehr viel besser, wenn nach wenigen Tagen sich das Devalvationsgerücht als eine Falschmeldung herausstellt, denn nun sinken die Aktien wieder im Preis und können billiger gekauft werden als sie verkauft worden waren, während die während der Baisse still gekauften Renten nun zu guten Preisen wieder an den Mann zu bringen sind.

> Infolgedessen wird man von Zeit zu Zeit so ein hübsches kleines Gerücht vom Stapel lassen. Es gibt ja noch genug Dumme, die es glauben. Und es gibt immer noch reichlich genug Leute, die den Sinn und die Haltung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik nicht begriffen haben und zehnmal lieber auf das Flüstern „Eingeweihter“ hören als auf die eindeutigen Erklärungen des Führers und seiner Männer.

Denn die Chawrusse versteht natürlich aus jeder Blüte Honig zu saugen. Braucht sie z. B. ein Abwertungsgerücht, so kann eine maßgebende Persönlichkeit ruhig erklären, daß an eine Abwertung nicht zu denken ist; die Spekulation behauptet: Gerade, daß eine Persönlichkeit der Regierung erklärt, eine Abwertung sei nicht zu erwarten, bedeutet, daß sich die Wissenden auf eine Abwertung einzurichten haben. Und wenn dann sich herausstellt, daß der Regierungsvertreter doch die Wahrheit gesagt hat, dann sind inzwischen die einen Papiere gestiegen, die anderen gefallen, und die Regierungsverlautbarung dient somit erst recht dem Zweck der Spekulanten. Denn zu hoch bewertete Aktien sinken nun wieder und zu niedrig

Digitized by Google

bewertete Renten steigen. Oder irgendein unglückseliges Huhn befaßt sich wissenschaftlich mit der Abwertung. (Als ob die Wissenschaft der Politik Weisungen zu geben hätte!) Für die Spekulation ist das der willkommene Anlaß, zu behaupten, daß ernsthafte Kreise die Devalvation diskutieren und daß sie wieder einmal im Anzug wäre. So geht das Spiel nun schon seit Jahren hin und her. Trägt so ein wissenschaftlicher Bearbeiter noch dazu das Parteiabzeichen, so wird womöglich gleich behauptet, daß die NSDAP. im Gegensatz zum Wirtschaftsminister die Abwertung fordere!

Experimente in der Währungspolitik?

Alles kommt für die Chawrusse darauf an, die öffentliche Meinung in einem Zustand zu halten, der einen geeigneten Boden für solche Gerüchte überhaupt abgibt. Würden alle wirtschaftlich interessierten Deutschen, insbesondere alle Sparer und Wertpapierbesitzer in festem Vertrauen zum Führer auch überzeugt sein, daß die deutsche Währungspolitik niemals zu Experimenten greifen wird, die das deutsche Volksvermögen erschüttern, dann wären ja die Versuche der Stimmungs- und Meinungsmacher wirkungslos. Also hat die Chawrusse und alle ihre Mitläufer, Mittelsmänner und ahnungslosen Nachbeter die Aufgabe, dafür zu sorgen, daß Sinn und Haltung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik immer wieder verfälscht und in Zweifel gezogen wird. Jeder noch so leise Zweifel, jede Unklarheit ist eine Chance für die Spekulation!

Daher ist sie die immer rege Fabrikantin alles Krisengeschwätzes, aller Gerüchte über angebliche Absichten oder Schwierigkeiten der Regierung, die Nährerin aller Zweifel und alles Mißtrauens in der Wirtschaftsvernunft der Nazi. Man halte sich das immer vor Augen: es gibt Leute, die nicht nur auf Kosten des Deutschen Volkes verdienen, wenn die deutsche Wirtschaft wirklich gestört würde, sondern die schon dann verdienen, wenn die Deutschen meinen, sie könnte vielleicht gestört werden. Es gibt Leute, die mit allen Mitteln verhindern, daß das Deutsche Volk an die Kraft Adolf Hitlers, auch die Wirtschaft zu führen, glaubt.

Und weil es diese Leute gibt, ist es die Aufgabe der Bewegung Adolf Hitlers, unablässig nicht nur das politische, sondern auch das wirtschaftliche Vertrauen in den Führer zu stärken und unantastbar zu machen.

Bernhard Köhler:
Wirtschaftspolitische Meinungs- und Willensbildung

Vor einiger Zeit machte der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., Bernhard Köhler, auf einer Tagung verschiedene Ausführungen, die in den folgenden Abschnitten zusammengefaßt sind. Die Ausführungen sind richtungweisend für die wirtschaftspolitischen Propagandisten.

Einheitliche wirtschaftspolitische Willensbildung

Man hat in den vergangenen Jahren auf dem Gebiet der wirtschaftspolitischen Willensbildung marxistische, katholizistische und andere Theorien aller Art zusammengetragen und diese dann — nationalsozialistisch frisiert,

Digitized by Google

zugestutzt und gefärbt — als Richtschnur für die Partei- und Volksgenossen ausgegeben.

Der Nationalsozialismus ist absolut undogmatisch, undoktrinär. Er lehnt daher von vorneherein jede Suche nach einem Dogma oder einem System ab. Denn jeder einzelne soll sich immer wieder auf sich selbst besinnen, auf seinen Instinkt, seine Gefolgschaftstreue und seinen Einsatzwillen für das Volk.

Es fehlt nicht an Beispielen, wie richtungslos viele gewesen sind, die auf die allgemeine Meinungs- und Willensbildung in den vergangenen Jahren Einfluß hatten. Diese Volksgenossen dachten gar nicht daran, etwa artfremde Losungen in die nationalsozialistische Bewegung hineinzutragen. Sie haben aber auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik nicht erfaßt, worin sich eigentlich die Stellung zur Wirtschaft durch den Nationalsozialismus so grundlegend gewandelt hat, daß wir auch hier von einem entscheidenden Umbruch sprechen können.

Diese Volksgenossen versuchen — notwendigerweise vergeblich — ein nationalsozialistisches „Wirtschaftssystem" zu empfehlen und haben nicht erkannt, daß Nationalsozialismus nur immer wieder heißen kann: Politik und nochmals Politik! Politik aber heißt nichts weiter als der Kampf um das Leben des Volkes.

Man könnte fragen, was hat denn überhaupt die wirtschaftspolitische Truppe der Partei für eine Berechtigung, wenn der Nationalsozialismus kein neues „Wirtschaftssystem" zu bringen beabsichtigt.

Betriebsführer sind nicht politische Führer!

Hierzu ist zu sagen: Die wirtschaftspolitische Truppe der Partei mußte schon deshalb eingesetzt werden, weil es eben notwendig war, auf das Vorrecht der Politik vor jeder Wirtschaftsfrage hinzuweisen, und weil es notwendig war, immer wieder klar zu stellen, daß die Wirtschaft zunächst einmal eine Rechenaufgabe ist. Wirtschaften heißt nämlich Arbeitserträge sammeln, einteilen und bereitstellen zu weiterer Verwendung; Sorge der Politik dagegen muß es sein, daß die Wirtschaft diese Aufgabe erfüllen kann.

Wirtschaftspolitische Willensbildung heißt aber nicht, dafür zu sorgen, daß jeder Betriebsführer nun ein Wirtschaftspolitiker wird. Im Gegenteil, es handelt sich darum, daß der Betriebsführer wirtschaftet und dabei seine Finger von der Politik läßt. Denn es kann nicht unsere Absicht sein, den Wirtschafter zum nationalsozialistischen Wirtschaftspolitiker zu machen. Wir haben lediglich darauf zu sehen, daß auch jeder Wirtschafter ein bewußter Volksgenosse und Nationalsozialist wird.

Willensbildung im ganzen Volke

Die wirtschaftspolitische Willensbildung kann nur eine Willensbildung im ganzen Volke sein. Die wirtschaftspolitische Willensbildung geht den letzten Lohnempfänger genau so an, wie den Generaldirektor eines großen Werkes. Sie richtet sich aber nicht ausschließlich an einen bestimmten Stand oder an eine Berufsgruppe.

Die wirtschaftspolitische Willensbildung ist nichts anderes als die Ausstrahlung und Fortsetzung der allgemeinen nationalsozialistischen Willensbildung. Die politische Haltung ist auch die Grundlage für jede wirtschaftspolitische Haltung.

Digitized by Google

Eine Aufgabe der Partei

Die Willenseinheit eines Volkes kann aber nicht durch das Zusammenzählen von hundert Absichten und Interessen hergestellt werden. Der Nationalsozialismus hat vielmehr immer wieder verlangt, daß ein einheitlicher Wille über all die verschiedenen Absichten und Interessen einzelner hinaus die ganze Volksgemeinschaft erfasse.

Es ist ein ungeheurer Unterschied, ob ich aus einer Million einzelner eine Masse von einer Million zusammenbringe oder ob ich aus einer Million von Persönlichkeiten einen einheitlichen Willen wecke.

Die wirtschaftspolitische Willensbildung kann daher nie Aufgabe einer Selbstverwaltungs-Organisation der Wirtschaft sein. Die wirtschaftspolitische Willensbildung ist genau so wie die politische Willensbildung: Aufgabe der Partei.

Die wirtschaftspolitische Willensbildung ist eine Aufgabe der politischen Führung und keine Aufgabe, die darin liegt, die Berechtigung oder Nichtberechtigung des größeren oder geringeren Gewichtes verschiedenster Interessen zu untersuchen. Solche Untersuchungen der wirtschaftlichen Interessen werden zwar niemals entbehrlich sein, sie haben aber nichts mit der politischen Willensbildung zu tun.

Die wirtschaftspolitische Willensbildung hat jeden einzelnen bis zum letzten Volksgenossen auf dasselbe gemeinsame Ziel auszurichten. Es ist nicht Aufgabe der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, dafür zu sorgen, daß es etwa den Schustern oder Schneidern oder Seifensiedern nun ja nicht etwas schlechter geht als anderen Volksgenossen. Auch der Kriegsführung kommt es nicht darauf an, von obenher dafür zu sorgen, daß keine Kompanie sagen kann, wir sind acht Tage länger im Graben gelegen als die anderen.

Es ist auch unmöglich, allein durch Herstellung der Betriebsfreude und der Betriebsgemeinschaft eine wirtschaftspolitische Willensbildung herzustellen.

Vielmehr ist das ganze Volk immer wieder auf die sozialistische Forderung des Nationalsozialisums hinzuweisen. Dieses Ziel der Verwirklichung des deutschen Sozialisums muß erst noch erkämpft werden. Wir haben dabei den ungeheuren Vorteil, daß wir das Volk wieder aufrufen können zu einer Kampfgemeinschaft. Denn unsere Propaganda, die eine Propaganda für eine Idee ist, kann sich nie auf Reklame für Regierungstaten beschränken.

Wofür wir kämpfen

Wir haben Deutschland erobert, weil wir ein Ziel aufgestellt haben, für das es sich gelohnt hat zu kämpfen.

Der Kampf geht weiter. Denn der Nationalsozialismus ist eine Weltanschauung des Kampfes. Und wer Nationalsozialist ist, muß auch Kämpfer sein.

Unser Kampf aber ist heute ein Kampf um das Recht auf Arbeit. Wir müssen uns dieses Recht als Volk in der Welt erkämpfen. Wir müssen das Recht auf Arbeit verwirklichen für jeden Volksgenossen, der arbeiten kann und arbeiten will.

Digitized by Google

An diesem Kampfe können wir dann auch die Erfolge messen, die wir erringen.

Wir müssen diesen Kampf zu Ende führen. Nicht um den Kampf zu beenden, sondern um dann für neue Aufgaben sich neuerdings einzusetzen. Denn nur in stetem Kampf wird die Bewegung ewig sein.

Max Beust:

Partei und Staat

Max Beust, Sachbearbeiter in der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., versucht in diesem Aufsatz den sich überall bahnbrechenden Anschauungen in der nationalsozialistischen Bewegung über den Aufgabenbereich der Partei wie über den des Staates Ausdruck zu geben.

Heute und Einst

Daß das Verhältnis von Partei und Staat in der gleichen Weise die Gemüter erregen und Kampffronten schaffen könnte, wie etwa der Gegensatz von Staat und staatsfreier „bürgerlicher Gesellschaft" im 19. Jahrhundert, ist durch die Tatsache von vornherein ausgeschlossen, die in den Worten zum Ausdruck kommt: „Die Partei führt den Staat". Damit ist eindeutig gesagt, wo das Schwergewicht des Politischen liegt.

Die Partei führt auch das Volk. Sie benutzt nicht nur das staatliche Behörden- und Ämterwesen, also den Staatsapparat, als Mittel der Volksführung, sondern hat vielmehr eigene Organe ausgebildet, die sich in stärkerer Weise der inneren Ordnung des Volkes anpassen, als es dem Staate möglich ist bei seiner ihm vom Führer gestellten Aufgabe: „die Fortführung der historisch gewordenen und entwickelten Verwaltung der staatlichen Organisationen im Rahmen und mittels der Gesetze" zu gewährleisten. Hier liegt für die Partei die Möglichkeit zur Erreichung des ihr vom Führer gewiesenen Zieles: „das tatsächlich öffentliche Leben in Übereinstimmung zu bringen mit den Pflichten, die sich aus den Bedingungen des inneren Wesens unseres Volkes ergeben".

Nachdem der Absolutismus alle politischen Kräfte auf eine Person konzentriert hatte, die sich ihr politisches Organ im Beamtentum schuf, konnte das 19. Jahrhundert mit seiner in eine bürgerliche Gesellschaft aufgelösten Volksordnung dieses politische Monopol zwar angreifen und zu zersetzen, aber nicht zu ersetzen suchen.

Die Reste der aus diesem Monopol stammenden Autorität fielen der Revolte von 1918 zum Opfer. Die Erbschaft trat ein „unpolitisches" Bürgertum an, das im Rücken ein marxistisch verhetztes und gleichfalls zum politischen Denken unfähiges Proletariat hatte. Der Staat hatte das Monopol des Politischen verloren. „Politisch" wurden nunmehr alle Lebenserscheinungen des als „Gesellschaft" organisierten Volkes. Jede politische Autorität fehlte, eine Gruppe setzte rücksichtslos gegen die andere ihre Machtmittel ein.

Aufgabenstellung für Partei und Staat

Wenn wir Nationalsozialisten ein neues Regiment aufgerichtet haben, so wollten wir nicht das Monopol des Politischen für den Staat wieder

Digitized by Google

herstellen, sondern haben dem Volk auf eine besondere Weise eine politische Führung gegeben, indem wir die politisch fähigsten Volksgenossen ausgelesen und in der Partei zusammengefaßt haben.

Die Volks- und Staatsverbundenheit der Partei bedeutet aber nicht Verschmelzung von Volk, Partei und Staat. Partei und Staat sind zwar im inneren Verhältnis nicht voneinander getrennt, so daß etwa jede Organisation ein besonderer Wille beseelte, wohl aber durch verschiedene Aufgabenstellung unterschieden. Daher will der Führer die „Respektierung und Einhaltung der beiderseitigen Kompetenzen."

Aus der grundverschiedenen Aufgabenstellung für Partei und Staat folgt, daß die Kompetenz des Staates „im Rahmen der Gesetze" sachlich begrenzt ist. Das gleiche gilt nicht für die Partei, wenn sie auch peinlichst die Kompetenz des Staates zu achten hat.

Aufgabenstellung für die Wirtschaftspolitik

In Anwendung dieser Grundsätze hat Bernhard Köhler für die Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. festgestellt, daß ihre „Kompetenz ... sachlich unbegrenzt, formell ... selbstverständlich begrenzt nach der Aufgabenstellung, die die Partei im allgemeinen im Abstand zur Regierung hat und der Kommission durch besonderen Auftrag gegeben ist. Sachlich gehören aber alle Kräfte des Deutschen Volkes, soweit sie überhaupt zur Bestimmung der Wirtschaftsvorgänge eingesetzt sind, in das Einflußgebiet der Kommission, weil sie eine Stelle der NSDAP. ist und als solche den gleichen Totalitätsanspruch zu machen hat."

Der Staat treibt nicht Wirtschaft, die Partei treibt nicht Wirtschaft — diese negative Feststellung ist für beide gleich —, der einzelne Volksgenosse treibt Wirtschaft.

Der Staat treibt Volkswirtschaft, d. h. er schafft mittels der Gesetze und der auf Grund der Gesetze durchgeführten wirtschaftlichen Maßnahmen die Fundamente, auf denen sich erst die Wirtschaft eines jeden Volksgenossen erheben kann. Die Partei treibt mit ihrem dafür geschaffenen Organ, der Kommission für Wirtschaftspolitik, Wirtschaftspolitik.

Sie erfüllt damit eine Aufgabe, die, solange ein starker Staat das Monopol des Politischen hatte, dieser Staat selbst zu erfüllen suchte, aber nur unzulänglich erfüllen konnte, weil es dem Wesen des Staates, also eines status, also etwas Zustandsmäßigen widerspricht, lebendige Volkskräfte zu befreien, ihnen Ziele zu setzen, sie zu formen. Die Partei steht darum über dem Staat, weil wir keine Erstarrung wollen, weil wir dem Deutschen Volk eine Ordnung geben wollen, die mit dessen Kräften wächst und sich umgestaltet.

Noch viel weniger aber als der Staat waren die „Mächte" dieser Aufgabe gewachsen, die von der „Wirtschaft" selbst her und nur von Wirtschaftsinteressen geleitet, einem schwachen Staat und in sich zerrissenem Volk ihre „Wirtschaftspolitik" — und das hieß: machtmäßige Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen — aufzwang.

Anstatt Volkskräfte zu befreien, legte diese „Wirtschaftspolitik" die Arbeitskraft des Volkes in kapitalistische Fesseln und zerstörte damit die

Digitized by Google

Lebensgrundlage von Volk und Wirtschaft, von Staat und Volkswirtschaft. Sie schuf nicht nur 6 Millionen Arbeitslose, sondern lähmte den Lebensmut, den Arbeitswillen und die Unternehmungslust des Deutschen Volkes durch die Irrlehre, daß zuviel Arbeitskräfte vorhanden seien und daß dieses Zuviel Armut bedeute.

Der völlig autoritätslose Staat des Weimarer Zwischenreiches konnte keine Ansatzpunkte für eine Wirtschaftspolitik bieten. Aufgerufen werden mußten die Kräfte, die im Deutschen Volke selbst lagen. Gewiß, die vom Staat betriebene Volkswirtschaft ist die Voraussetzung für die Wirtschaft des einzelnen Volksgenossen. Sie kann aber auch nur betrieben werden, wenn das Volk als Ganzes und jeder einzelne Volksgenosse den wirtschaftspolitischen Entschluß gefaßt hat, den Bann der kapitalistischen Irrlehre durch die Tat zu brechen.

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik ist Arbeitspolitik. Sie wird immer wieder die Aufgabe haben, die lebenserhaltende Kraft des Volkes, die Arbeit, zu befreien, wachzurufen und auf Ziele auszurichten, die der Größe, Bedeutung und gesunden Entwicklung des Volkes würdig sind.

Hans Vollmann:

Die Fortführung des sozialistischen Kampfes

Hans Vollmann ist Hauptschriftleiter der Wochenzeitung „Der Ruhr-Arbeiter" in Essen; er hat es verstanden, mit seinen wirtschafts- und sozialpolitischen Mitarbeitern diesem Organ der NSBO. und Deutschen Arbeitsfront einen eigenen Charakter zu verleihen und ihm so auch einen großen, anhänglichen Leserkreis zu verschaffen.

Sozialismus als Freude an der Arbeit

Als ich einmal einen Fabrikarbeiter fragte, was verstehen Sie wirtschaftspolitisch gesehen unter Sozialismus, da antwortete er mir: Wenn ich mich meiner Arbeit freuen kann.

Diese Äußerung kann als wahrhaft nationalsozialistisch bezeichnet werden. Hier wirkt die Ethik der Mühe, denn Arbeit ist Mühe auch im Dritten Reich; hier wirkt das tiefe sozialistische Gefühl, daß die Mühe der Arbeit eine Freude sein muß; aber hier wirkt gleichzeitig, wenn auch wörtlich nicht betont, der besondere praktische Anspruch, daß die Arbeit frei sein muß von der Geißel der Ausbeutung. Denn niemand wird sich seiner Arbeit freuen können, wenn er um den materiellen Erfolg dieser Arbeit betrogen wird.

Wir sehen weiter an diesem Satze, wie dieser Arbeiter es ohne große wirtschaftspolitische Erkenntnisse versteht, der Zeit und den Fragen der Zeit einen ganz besonderen und einfachen Nenner zu geben. Und richtig ist, daß die deutsche Fabrikarbeiterschaft — und das beweist, daß sie nie marxistisch gewesen ist — immer mit dem Gemüt an die sachlichen Probleme herangeht. Denn wenn es beispielsweise gelungen ist, die Betriebsgemeinschaft in dem Maße zu verwirklichen, wie es bereits geschehen ist, so liegt das nicht allein an der sozialen Tatkraft der Unternehmer oder des Staates, sondern es liegt vielmehr an der Bereitschaft des deutschen Ar-

Digitized by Google

beiters, die nationalsozialistische Parole der Gemeinschaft anzunehmen, anzuerkennen und zu betätigen.

Die Frage der Lohntüte

Nachdem nun die Idee der Betriebsgemeinschaft im Herzen der Fabrikarbeiterschaft eine Heimstätte gefunden hat, wird diese Arbeiterschaft in den Fabriken, Gruben und Werkstätten je länger, je mehr und mit Recht fragen: *Wie steht es mit dem Inhalt der Lohntüte?* Gewiß kann man gegenüber dieser materiellen Frage einwenden, daß im Rahmen der Lohnbetrachtung auch die soziale Lage beachtet werden muß. Wir haben dem Arbeiter seine Gleichberechtigung gegeben und man denke hier an die Tätigkeit der NS.-Gemeinschaft Kraft durch Freude, an die der NSV. und anderer Stellen.

Aber schon die Deutung, daß wir ihm die Gleichberechtigung innerhalb der Leistungsgemeinschaft verschafft haben, läßt bei vielen die Frage entstehen: ist diese Gleichberechtigung nur eine moralische Tatsache oder muß sie nicht ganz bestimmte wirtschaftliche bzw. wirtschaftspolitische Voraussetzungen haben?

Es sei in diesem Zusammenhange an die Aufrufe der Treuhänder der Arbeit für Brandenburg und Westfalen erinnert, die sich sehr ernsthaft mit dem Sachverhalt auseinandersetzen mußten, daß die von ihnen erlassenen Tarifordnungen nicht dazu da sind, um die Löhne auf dieses Niveau zu pressen, sondern lediglich dazu, um eine Grundlage abzugeben für den Aufbau von Leistungslöhnen. *Tarifordnungen sind Mindestbedingungen und nicht Lohnschablonen!*

Ohne das Recht auf Arbeit keine Überwindung des Proletariats

Gewiß ist dem Arbeiter *der Sinn der Arbeitsschlacht aufgegangen*. Aber die Frage der aufgeschlossenen Arbeiter lautet: Warum stellt das Reichswirtschaftsministerium die Arbeitsschlacht nicht im sozialistischen Sinn, sondern lediglich im Sinn nationalökonomischer Erwägungen heraus? Auch ehemalige freie Gewerkschaftler erkennen heute an, daß *das Recht auf Arbeit der Hebelarm zur endgültigen Überwindung des Klassenkampfes* ist, weil durch das Recht auf Arbeit „die industrielle Reservearmee" ausgeschaltet, damit die egoistische Kapitalakkumulation zumindest eingeengt und dadurch überhaupt die letzten Reste des Proletariats ausgemerzt werden.

Bedauerlich ist vom Standpunkte aller gutwilligen Volksgenossen aber, daß dieser Gesichtspunkt *in der Propaganda so wenig in den Vordergrund gerückt* wird. Auch die Betriebsführer befassen sich viel zu wenig mit diesem sozialistischen Sinn der Arbeitsschlacht und das wird von nachdenklichen Betriebszugehörigen häufig als eine bewußte Unterlassung und damit als ein Angriff auf die sozialistische Linie unserer Wirtschaftspolitik gedeutet.

Hier brauchen wir eine echte *politische* Propaganda. Denn, wie *Bernhard Köhler* sagt, ist schließlich der größte Teil der werktätigen Volkgenossen mit *politischen* und nicht mit wirtschaftsegoistischen Zielsetzungen nationalsozialistisch geworden.

Digitized by Google

Viele haben heute noch das verhängnisvolle Empfinden, als ob der deutsche Sozialismus lediglich ein Opfer wäre. Leider hat sich in diesem Zusammenhange das Wort des Führers nicht genügend durchgesetzt, der auf dem II. Kongreß der DAF. sagte: „Ein Sozialismus um des Sozialismus willen existiert nicht. Wenn mir einer sagt: Der Sozialismus ist eine wunderbare Idee, die aber mit unerhörten Opfern verbunden ist und dem Menschen dauernd Sorgen und Nöte auferlegt, dann muß ich antworten: Dieser Sozialismus ist etwas so Schädliches, daß man ihn so schnell wie möglich beseitigen muß. Dazu braucht man weder den marxistischen Sozialismus noch den Nationalsozialismus. Gerechtfertigt wird eine revolutionäre Umwälzung nur dann, wenn sie tatsächlich im Endergebnis der besseren Selbsterhaltung und Lebenserhaltung eines Volkes dient. Das ist die einzige Rechtfertigung für den Sozialismus." Hier wird ganz massiv der Gesichtspunkt deutlich, daß Sozialismus eine durchaus produktive Angelegenheit sein muß.

Sozialisierung der Betriebe?

Die Frage, ob der Fabrik- oder Grubenarbeiter eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel, also eine Sozialisierung will, muß heute klipp und klar dahin entschieden werden, daß ihm daran gar nichts liegt. Es ist dem gesund denkenden Arbeiter eines Betriebes heute geradezu ein Greuel, an staatliche Wirtschaftsfunktionäre zu denken. Hier hat die wirtschaftsdemokratische Propaganda und Aktivität der Sozialdemokratie erkenntnismäßig und auch psychologisch sehr gute Erfolge, nämlich im Sinne einer Feindschaft gegenüber der Vergesellschaftung, gezeitigt. Auch hat es sich bei den Arbeitern herumgesprochen, daß z. B. die Tarife für Gas, Elektrizität usw., deren Bildung ja weitgehend öffentlichen und halböffentlichen Körperschaften obliegt, keineswegs konsumentenfreundlich gewesen sind.

Gelegentlich einer Unterhaltung mit Ruhrbergleuten zur Frage der Sozialisierung wurde auf eine Äußerung Bezug genommen, die vor der Sozialisierungskommission von 1919 gemacht wurde; sämtliche Anwesenden stimmten ihr restlos zu. Diese Äußerung aber lautete: Eine der schlimmsten Gefahren, die der geplanten Organisation einer Sozialisierung des Ruhrbergbaues droht, wäre die Ausschaltung der freien Initiative und der individuellen Verantwortungsbereitschaft, auf denen die Erfolge der privaten Geschäftsführung beruhen. Es kommt dann zu einem Abwälzen der Verantwortung auf die Beschlüsse der einzelnen Kollegien und auf die Zustimmung von Kontrollorganen und dann müßte jeder Entschluß das Resultat langer Beratungen und eines umständlichen Aktenweges sein. Dann gäbe es auch niemanden, der sich mit dem Erfolg jeder Maßregel identifiziert und daher auch mit ganzer Kraft dafür eintritt, dann könnte der beste Wille aller Beteiligten kaum ein völliges Stocken der wirtschaftlichen Entwicklung verhindern."

Die Bergleute stimmten der Richtigkeit dieses Satzes vollinhaltlich zu, stellten jedoch die Frage, ob die heute tätigen Bergherren genügend Wendigkeit besitzen würden, um der Ruhrkohle wieder eine überragende Stellung in der Kraftwirtschaft zu sichern. Eine Frage, die wir ja bis heute noch

Digitized by Google

nicht endgültig beantworten können, weil die Antwort von Umständen abhängt, die noch nicht zu übersehen sind. Aber klar wird an diesem Beispiel, daß diese Arbeiterschaft sich gar nichts daraus macht, ob die Produktion verstaatlicht ist oder nicht, sondern daß sie lediglich will, daß überhaupt und ausreichend produziert wird.

Sozialismus ist keine Organisationsform!

„Es gibt schlichte Gemüter, die vor kurzem entdeckt haben, daß Wirtschaftspolitik nicht ohne Sozialpolitik getrieben werden kann und die deshalb nach Organisationsformen suchen, mit Hilfe deren ein Ausgleich zwischen den wirtschaftlichen und den sozialen Forderungen gesucht und geschaffen werden soll. Diese ahnungslosen Engel leben in einer Zeit, die endgültig vorbei ist. Sie glauben immer noch, daß es Wirtschaftsgesetze oder Wirtschaftsnotwendigkeiten gäbe, die überhaupt im Gegensatz zur sozialistischen Haltung oder auch nur zu den sozialen Forderungen stehen könnten. Sie bemühen sich um die Lösung eines Problems, das überhaupt kein Problem mehr ist. Sie trauen der politischen Volksgemeinschaft so wenig Kraft zu, daß sie meinen, einen Ausgleich des alten Gegensatzes zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer eigens organisieren zu müssen."

Wenn man diesen Satz Bernhard Köhlers liest, wird einem sofort klar, was unter einer sozialistischen Ordnung der deutschen Wirtschaft zu verstehen ist. Wir alle kennen die Bestrebungen, an die Stelle des Sozialismus die Sozialorganisation zu setzen. Ja, es gibt sogar Leute, die setzen ständisch und sozialistisch vollständig gleich. Gegenüber dieser Gleichmachung muß man aber doch wohl fragen: Wenn der Führer die Bezeichnung Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei wählte und er wollte mit dieser Partei nichts anderes als eine ständische Ordnung des Volkes erreichen, warum hat er dann nicht die Partei genannt Nationalständische Deutsche Arbeiterpartei? Nun, wir wissen, warum er das nicht getan hat. Die Sozialorganisation entsprechend zweckmäßig aufzuziehen, ist selbstverständlich eine sozialistische Notwendigkeit, aber sie macht nicht das Wesen des Sozialismus schlechthin aus, sondern Sozialismus ist das „unabdingbare einklagbare Recht auf freie Betätigung".

Sozialismus ist überhaupt die Gewährleistung der Freiheit aller deutschen Entwicklung und damit alles deutschen Schaffens. Soweit dazu Organisationen aufzuziehen sind, müssen sie die Freiheit des Volkes sicherstellen, niemals aber dürfen sie diese Freiheit einengen. Und es ist so, wie kürzlich ein Handwerker sagte: „Wenn meine Rechte nur durch die Arbeitsgerichte oder durch Organisationen gewährleistet sind, so haben wir als Sozialisten im Prinzip noch nichts erreicht. Ich habe mir dagegen immer vorgestellt, daß der Sozialismus nicht durch Gesetze, sondern durch ganz bestimmte unabänderliche Tatsachen das deutsche Leben ändern muß, damit es sich endgültig frei entfalten kann." —

Der Kampf der wirtschaftspolitischen Truppe

Die wirtschaftspolitische Truppe der NSDAP. hat für den Bereich des deutschen Wirtschaftslebens immer wieder auf die Materie, auf das Sachliche,

Digitized by Google

auf das Handfeste des deutschen Sozialismus hingewiesen. „Die Forderung einer Gesamtwirtschaftsplanung übersieht, daß die große Möglichkeit, ja die Bürgschaft für die Zukunft des deutschen Volkes nicht in dem liegt, was geplant werden kann, sondern in dem, was ein unfaßbares drängendes Leben des Volkes über unsere Planung hinaus hervorbringen wird" (Bernhard Köhler). Dieser Satz ist richtungweisend und ist hineinverwoben in die Entwicklung des wirtschaftspolitischen Geschehens, die von der allgemeinen Kartellsehnsucht sich allmählich doch abzweigt zu einer Auflockerung der lediglich organisierten Preisbestimmung. Dieser Satz bricht endgültig mit jeder marxistischen, materialistischen und kartell-liberalistischen Bindung und ist gerade im Kreise der Facharbeiterschaft auf sehr großes Verständnis gestoßen.

Viele deutsche Arbeiter kommen aus dem Erlebnis des proletarischen Schicksals zum Nationalsozialismus, sie kommen also von der Seite der Wirtschaft an unsere Weltanschauung heran und über eins müssen wir uns da klar sein: wir Deutsche können duldsam und auch weichmütig sein, aber in entscheidenden Augenblicken werden wir immer entschlossen sein, radikale Entschlüsse zu treffen. Deshalb ist auch von der wirtschaftspolitischen Truppe der Partei das Schlagwort des sozialpolitischen Kapitalismus als eines Ersatzes für den deutschen Sozialismus bedingungslos abgelehnt worden.

Tatsächlich will der Arbeiter in den Gruben und Werkstätten nicht gelb, sondern nationalsozialistisch leben.

Wir konnten in der Zeit vor der Machtergreifung ganz praktisch beobachten, wie jede neue, in einem Fabrikarbeiterviertel aufgezogene Hakenkreuzfahne ein ganz unbedingter Erfolg für die Kampfkraft der nationalsozialistischen Bewegung war. Das aber verpflichtet zur radikalen Fragestellung auch in der Wirtschaftspolitik.

> Von Nietzsche stammt das Wort, daß „Ideen, die auf Tauben-Füßen kommen, die Welt regieren werden." Wenn heute die Idee des Rechtes auf Arbeit und die in ihr fälligen wirtschaftspolitischen Erkenntnisse noch nicht allgemeines Gedankengut sind, so können wir uns damit trösten, daß diese Idee eben auf Tauben-Füßen gekommen ist und daß sie deshalb eines Tages auch die wirtschaftspolitische Haltung aller Volksgenossen bestimmen wird.

Die Wirtschaftsträger aber, die heute noch die Arbeitsschlacht lediglich als ein nationalökonomisches Rechenexempel betrachten, müssen auf das Goethewort verwiesen werden, welches lautet: „Was ist das schwerste von allem? Mit den Augen zu sehen, was vor den Augen dir liegt."

Das Recht auf Arbeit zu verwirklichen, ist die entscheidendste Aufgabe unseres sozialistischen Kampfes. Denn das Recht auf Arbeit ist zugleich die Folgerung, die praktisch wirtschaftspolitisch aus der Idee des deutschen Sozialismus gezogen werden muß. Allein in dieser Idee wächst auch der Wohlstand der Deutschen Nation und schließlich will der deutsche Sozialismus nichts anderes sein als die Wirklichkeit eines nutzbringenden deutschen völkischen Lebens.

Digitized by Google

Kurzberichte zur Wirtschaftspolitik

In eigener Sache Wir haben Unternehmer, die Wirtschaft treiben. Wir haben Staatsbeamte, die Volkswirtschaft treiben. Und wir haben Politiker, die Wirtschaftspolitik treiben.

Es gibt Selbstverwaltungsorganisationen und Verbände der Wirtschaft. Es gibt Dienststellen des Staates, die sich mit Landwirtschafts-, Gewerbe-, Finanz- und Verkehrsangelegenheiten befassen. Und es gibt eine wirtschaftspolitische Truppe als Spezialtruppe der politischen Führung des Deutschen Volkes, der Partei.

Den Männern im Volke, den Facharbeitern, Organisatoren, Wissenschaftlern steht es frei, sich ihren Arbeitsabschnitt zu wählen und sich auf diesem durchzusetzen. Das gleiche gilt auch für die Schriftleiter maßgeblicher Zeitschriften: die eine wird ihr Schwergewicht auf die Mitteilung wirtschaftlicher Tatsachen legen, also dem Wirtschafter in seinem Handwerk behilflich sein. Die andere wird mehr das Gewicht auf volkswirtschaftliche Tatsachen lenken. Und die dritte Art solcher Zeitschriften wird der wirtschaftspolitischen Truppe und ihren Aufgaben unmittelbar dienen.

Die „Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP." sind ein solches wirtschaftspolitisches Organ, das sich an die Partei selbst wendet und sie in der Willensbildung der Nation unterstützt.

Die „Mitteilungen" haben daher auch nichts mit rein wirtschaftlichen oder volkswirtschaftlichen Meldungen und Aufsätzen zu tun. Sie enthalten wirtschaftspolitische Mitteilungen und sie sind überhaupt das erste Organ, das sich lediglich auf solche wirtschaftspolitische Mitteilungen beschränkt.

Sie enthalten für den Propagandisten der Partei immer neue praktische Ansatz- und Einsatzpunkte. Der Propagandist der Partei braucht sie und hat das Erscheinen solcher Mitteilungen längst erwartet.

Wer aber von uns nur verlangt, in den Mitteilungen „praktische Ansatz- und Einsatzpunkte zu Eingriffen in die Wirtschaft" zu zeigen, der sieht

1. nicht, daß nationalsozialistische Wirtschaftspolitik Politik ist, und keine Wirtschaftsbetreuung;

2. hat er nicht erkannt, daß die politischen Leiter nicht dazu da sind, Wirtschaftsbeamte oder eine Art höhere Gewerbepolizei zu sein; und

3. hat er nicht verstanden, daß die wirtschaftspolitische Truppe eine Organisation der Politik, aber niemals eine Organisation der Wirtschaft ist.

Diese Politik umfaßt freilich Agrarpolitik, Rohstoffpolitik, Gewerbepolitik, Verkehrspolitik, Handelspolitik, Finanzpolitik.

Aber wie die Rassenpolitik, Wehrpolitik, Wirtschaftspolitik, Kulturpolitik überragt und bestimmt wird durch die vorhandene umfassende Volkspolitik, so wird auch in engerem Kreise die Agrarpolitik, Rohstoffpolitik, Gewerbepolitik, Verkehrspolitik, Handelspolitik, Finanzpolitik überragt und bestimmt durch die alle diese besonderen Zweige umfassende Wirtschaftspolitik.

Was wir anzustreben haben, ist, daß es in Deutschland beispielsweise keinen Verkehrspolitiker geben darf, der bloß deshalb Verkehrspolitiker ist, weil er Verkehrsfachmann ist. Sondern auch der Verkehrspolitiker muß, um dieses Beispiel zu wiederholen, erst Politiker sein, dann muß er Wirtschaftspolitiker werden, sonst wird es ihm auch nicht möglich sein, verkehrspolitisch zu wirken.

Das Problem Fachmann oder Politiker wird übrigens nicht dadurch gelöst, daß die Fachmänner politisch geschult und so zu Politikern gemacht werden; es wird sich vielmehr in der Regel darum handeln, daß Politiker, die im Besitz besonderer Fachkenntnisse sind, auch für besondere Aufgaben der Politik abgestellt werden.

Digitized by Google

Das schließt nicht aus, daß gelegentlich ein reiner Fachmann unter politischer Kontrolle in die Exekutive eingebaut wird.

So marschiert die totale Wirtschaftspolitik vor der speziellen Wirtschaftspolitik genau so wie die totale Volkspolitik vor jeder Spezialpolitik, also auch vor der Wirtschaftspolitik marschiert.

Sch.

Vom Wirtschaftsobjekt zum Wirtschaftssubjekt

„Man kann arbeiten ohne zu wirtschaften; aber man kann nicht wirtschaften ohne zuvor gearbeitet zu haben. Arbeit ohne Wirtschaft, das ist das, was ganze Völkerstämme tun, die weder durch ihren Rassencharakter noch durch die Natur, in der sie leben, angehalten werden, vorzudenken und Wirtschaft zu treiben. Arbeiten ohne zu wirtschaften, das ist doch das, was der Kapitalismus einer Millionenzahl von Volksgenossen zugemutet hat; denn die proletarische Lebensführung ist ja dadurch gekennzeichnet, daß der Proletarier von der Hand in den Mund lebt. Er arbeitet, um sein Leben zu fristen, und fristet sein Leben nur, um wieder die nächste Arbeit zu tun. Er wirtschaftet nicht, sondern er ist zum bloßen Objekt der Wirtschaft geworden, und so ist es zu verstehen, daß schon rein gefühlsmäßig im Sprachgebrauch des Deutschen Volkes sich der „Gegensatz zwischen Arbeit und Wirtschaft" entwickelt hat zu der Auffassung: Die Wirtschaft ist dazu da, um zu wirtschaften, die Arbeit ist dazu da, um bewirtschaftet zu werden."

So haben wir in vielen Versammlungen die Auswirkung des kapitalistischen Denkens auf die Stellung des Arbeiters zum wirtschaftlichen Denken und Handeln schildern müssen. Die marxistische Verhetzung des Arbeiters war wohl verlogen und lügnerisch. Aber sie hätte nicht ihre Wirkung erzielen können, wenn sie nicht an unbestreitbare, sehr wirksame und fühlbare Erlebnisse des Arbeiters hätte anknüpfen können. Die Beseitigung aller Anlässe hiezu muß den inneren Friedensschluß im Deutschen Volke begleiten. Wie eine bloße Idee die Welt nicht umgestaltet, wenn nicht ein gestaltender Wille und eine gestaltende Kraft hinter sie tritt, so kann auch der bloße Wille zum Frieden keinen Frieden schaffen, wenn er nicht die Kraft entfaltet, die Ursachen des Unfriedens und den Stachel des Unrechts zu entfernen.

Es scheint auf den ersten Blick keine sehr an die Wurzeln gehende Angelegenheit zu sein, die in der Umstellung des Tagelohns oder Wochenlohns des Arbeiters auf den Monatslohn besteht. Aber sie rührt in Wirklichkeit doch an die innersten Dinge des sozialen Unrechtes. Gerade weil eine solche Umstellung nicht einmal eine Vergrößerung des empfangenen Einkommens für den Arbeiter bedeutet, zeigt sie, wie wenig die soziale Gleichberechtigung mit höheren Bezügen zu tun hat. Denn die Umstellung auf den Monatslohn, wie sie in einer Anzahl von Betrieben bereits durchgeführt ist und als durchführbar sich erwiesen hat, hebt mit einem Schlage nicht nur die äußerliche Trennung zwischen Angestellten und Arbeiter auf; sie löscht nicht nur etwa die äußerliche Stehkragengrenze aus, sondern sie verwirklicht ein erhebliches Stück der Loslösung des Arbeiters aus dem Zustande eines bloßen Wirtschaftsobjektes.

Der Arbeiter, der einen Monatslohn an Stelle eines Wochenlohns erhält, kann nun erst beginnen, seine Einnahmen wirtschaftlich einzuteilen. Er beginnt einen Betrag zu überblicken, der nicht groschenweise am Wochenende aufgefressen wird, sondern den es sich einzuteilen lohnt. Es bekommt Sinn, sich über die Einteilung Gedanken zu machen, einen Kauf auf einen bestimmten Tag zu planen, unter den Einkaufsmöglichkeiten zu wählen und sich für die besten zu entscheiden, es bekommt Sinn sich gegen die Ausbeutung durch den Schund und gegen die Unbehaglichkeit und Kostspieligkeit ewiger Abzahlungsverpflichtungen zu wehren. Der Arbeiter ist nicht mehr Gegenstand der Bewirtschaftung, sondern er wirtschaftet selbst: Der Arbeiter wird selbst mit zum Träger der Wirtschaft.

Wie sich das Deutsche Volk aus der Ausbeutung durch die Weltwirtschaft gelöst hat und mit seiner politischen Freiheit auch die wirtschaftliche Freiheit gewonnen hat, wie das Deutsche Volk

Digitized by Google

aus einem Gegenstand der Weltwirtschaft zum Träger der eigenen Wirtschaft geworden ist, so wird auch der deutsche Arbeiter durch die nationalsozialistische Revolution aus dem Gegenstand einer selbstherrlichen Wirtschaft zum Mitträger der Volkswirtschaft. Durch sein Bekenntnis zur Volksgemeinschaft und zur unbedingten Bindung an sie gewinnt er ein ungeheures Stück persönlicher Freiheit und Selbstbestimmung, die ihm im Kapitalismus für ewig verschlossen schien und die ihm der Marxismus noch mehr verschlossen hätte. Die Vollendung dieser Befreiung wird das Recht auf Arbeit sein. D. L.

Wissenschaft

Neue Nationalökonomie?

Im Wirtschaftsteil einer bekannten Zeitung des deutschen Südens finden wir einen Aufsatz über „Die mathematische Wirtschaftsforschung". Der Verfasser tritt stärkstens für diese Wissenschaftsrichtung ein und kommt dann zu folgender Schlußfolgerung:

„Es könnte aber sogar sein, daß es durch den Einbau des nationalsozialistischen Gedankengutes wieder zur Bildung einer neuen deutschen Schule der Nationalökonomie kommt."

Wir wollen hier nicht lang wiederholen, daß gerade dieses Beispiel zeigt, wie notwendig unsere Forderung ist, daß der Wirtschaftsschriftleiter immer mehr ein wirtschaftspolitischer Schriftleiter wird und möglichst bald alle seine speziellen wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Neigungen und Interessen fahren läßt, ganz gleich, ob er diese Neigungen und Interessen persönlich oder durch seine Mitarbeiter zum Ausdruck bringt.

Uns geht vielmehr die Tatsache besonders an, daß man daran denken kann, nationalsozialistisches Gedankengut in die alte Nationalökonomie einzubauen, daß also der neue Wein oder Geist oder wie man es nennen will, in die alten Schläuche eingefüllt werden soll.

Wir haben Mustereremplel solcher dann entstehender „Volkswirtschaftslehren" bereits erlebt; ob sie mehr oder weniger mathematisch sind, spielt dabei gar keine Rolle!

Wie die nationalsozialistischen Lehren in die Lehrbücher dann eingebaut werden, wissen wir aus diesen bereits vorliegenden Beispielen. In ihnen heißt es dann etwa: „Die neuen Anschauungen wurden befruchtet zuerst durch die Enzyklika quadragesimo anno, dann durch den Faschismus und Othmar Spann, und schließlich auch durch die allerdings weniger wissenschaftlich gehaltenen Gedankengänge des Nationalsozialismus."

Das nennt man unter den zünftigen Nationalökonomen einer überlebten Zeitepoche „Einbau".

Wenn die mathematische Wissenschaftsforschung auf gesunden Grundlagen weiter ausgebaut wird, so sehen wir keinen Grund, die Wissenschafter von diesem Vorhaben wieder abzubringen. Wir werden uns aber entschieden dagegen wehren, daß die nationalsozialistische Weltanschauung dazu benützt wird, in mathematischen Gleichungen mit Quadratwurzeln und Logarithmentafeln neben die bisherigen Bekannten und Unbekannten dieser Formeln gestellt zu werden.

Wir kennen keinen „Trend" der nationalsozialistischen Bewegung! Wir kennen keine nationalsozialistische „Konjunktur"! Wir kennen nur eine Kampfrichtung und diese bestimmt die Politik!

Unt.

Sammlung

Wirtschaftspolitische Auslese

Unter den Volksgenossen, die sich mit den Dingen der Wirtschaft befassen, werden die meisten sich als Wirtschafter in einem Betrieb der Wirtschaft betätigen wollen und auch betätigen. Dann wird es andere geben, die darnach streben, als Beamte Volkswirtschaft treiben zu dürfen. Und schließlich wird es dann einige geben, die sich als politische Kämpfer in der wirtschaftspolitischen Truppe der Partei einsetzen. Diese wird die kleinste Zahl umfassen, dafür aber auch unter ihren Gefolgsleuten die schärfste Auslese beanspruchen.

Die Germanen in der Zeit der Völkerwanderung kamen noch ohne einen Staat aus. Für die Deutschen, wenige Jahr-

Digitized by Google

hunderte später, waren der Staat und seine Einrichtungen bereits unentbehrlich geworden. Die Behauptung und der Kampf unseres Volkes in wenigen Jahrzehnten wird bereits unvorstellbar sein ohne das Vorhandensein und den Einsatz der Partei.

Die Partei sammelt daher heute mit Recht die Auslese von Volksgenossen auf allen Gebieten der Politik. Diese Auslese hat durch die Partei und in der Partei bereits fast überall in der Zeit des Kampfes um die Übernahme der Staatsgewalt eingesetzt.

Lediglich zur Ausbildung einer Truppe kam es nicht — aus Gründen, die darzulegen, wir heute keinen Anlaß haben. Als der Führer 1933 die Staatsgewalt übernahm, waren wohl die Vorbedingungen für die Entstehung einer wirtschaftspolitischen Truppe kurz zuvor geschaffen worden, aber diese stand noch nicht, war noch nicht bereit zum Einsatz.

Der Ausbau dieser wirtschaftspolitischen Truppe erfolgte aber Schritt für Schritt. Und heute ist sie bereits ein Faktor geworden, mit der die politische Führung rechnen kann.

Ein Frontabschnitt der Partei wird besetzt. Der politische Einsatz wird auch die Schlagkraft dieser Truppe erhöhen.

Sch.

Kampfrichtung

Alltagsfragen und politische Fragen

Man regt sich nicht über jeden Dreck im Fingernagel gleich auf! Man verbringt nicht wegen jedem zerbrochenen Bleistift schlaflose Nächte! Man läuft auch nicht gleich wegen eines Treppenhausklatsches zum Amtsrichter.

Aber in der Politik und ganz besonders in der Wirtschaftspolitik will man jede Frage gleich grundsätzlich oder gar weltanschaulich lösen.

Ob Kakteen nach Deutschland eingeführt werden sollen oder nicht, wird für Volksgenossen mit solcher Veranlagung zum wirtschaftspolitischen Problem. Man bespricht sich am Stammtisch. Dann geht man zum Ortsgruppenleiter. Dann verfaßt man eine Denkschrift. Dann reicht man diese Denkschrift bei einer maßgebenden Stelle ein, lieber noch bei sechs verschiedenen auf einmal. Dann schreibt man einen Aufsatz, weil man auf diese Denkschrift keine befriedigenden Antworten bekommen hat. Dann schickt man diesen Aufsatz an irgendeine Zeitung, um andere höhere Stellen auf dieses „lebenswichtige" und vom Verfasser grundlegend gelöste Problem aufmerksam zu machen.

Es ist nicht zweckmäßig, zu allem immer Stellung zu nehmen. Gerade die politische Führung wird immer darauf bedacht sein müssen, ihre Kräfte auf eine oder doch wenige Aufgaben zu konzentrieren.

Man kann nicht jede Alltagsfrage zu einer politischen Frage machen! Man kann sich nicht hunderte Ziele setzen, wenn man ein großes Ziel erfüllen will. Man darf sich nicht mit jedem Kläffer herumschlagen, wenn man einen großen Gegner besiegen will.

Man darf sich aber auch nicht in der Wirtschaftspolitik dies und das und jenes und dazu noch etwas anderes und nebenbei vielleicht auch noch manches vornehmen. Wirtschaftspolitiker mit so viel Zielen und Bestrebungen erreichen nicht viel.

Je stärker die Konzentration auf einige wenige, dafür aber um so wesentlichere Aufgaben ist, um so eher wird man dann diese Aufgaben zu bewältigen vermögen.

Pfr.

Kampf dem Kapitalismus aller Art!

Kapitalismus sei ein Hilfsmittel technischer Art. Kapitalismus sei zwar nicht angenehm, aber man brauche ihn. Ohne Kapitalismus gäbe es keine Wirtschaft. Man müsse lediglich die Auswüchse des Kapitalismus beseitigen. Es sei notwendig, den nützlichen vom schädlichen Kapitalismus zu scheiden.

Solchen und ähnlichen Ansichten begegnen wir auch heute noch immer wieder. Hier heißt es Klarheit zu schaffen und reinen Tisch zu machen.

Bernhard Köhler hat in verschiedenen Reden auch über den Kapitalismus gesprochen.

„Der Kapitalismus besteht nicht darin, wie Marx erklärt hat, daß Eigentümer,

Digitized by Google

private Verfügungsberechtigte mit Hilfe ihres Vermögens, ihres Eigentums die besitzlosen Klassen auszubeuten in der Lage sind, sondern in der Irrlehre der naturgesetzlichen Abhängigkeit des lebendigen und schaffenden Menschen und seiner Arbeit vom Kapital."

„Kapitalismus besteht nicht darin, daß einer Eigentum hat. Auch nicht darin, daß der eine bei der Arbeit befehlen kann und der andere gehorchen muß, nicht darin, daß der eine ein acht Meter langes Auto fährt, der andere ein Zweirad strampelt. Nicht einmal darin besteht der Kapitalismus, daß ein Vorgesetzter den Arbeiter, der bei ihm tätig ist, schlecht und unwürdig behandelt. Dies ist nur eine Folge des Kapitalismus, allerdings eine gefährliche und unsittliche Folge, die zu allererst ausgemerzt werden muß bei allen, die sich zur Volksgemeinschaft bekennen.

Aber in all diesen Dingen besteht der Kapitalismus nicht. Kapitalismus bedeutet nicht, daß es ein Kapital gibt, daß mit Kapital gerechnet wird, daß die Grundsätze beachtet werden müssen, die aus der Tatsache Kapital für die Wirtschaftsrechnung sich ergeben."

Kapitalismus bedeutet vielmehr „in jedem vernünftigen Zusammenhang weiter nichts, als daß die Herrschaft des Kapitals über das Leben, die Arbeit und die Kultur des Volkes schädlich und unsittlich ist. Nicht die Tatsache, daß Kapital besteht, wohl aber die Tatsache, daß Kapital herrscht, bedeutet Kapitalismus. Und niemals wird das Wort Kapitalismus anders gebraucht, als in dem Zusammenhang, daß eine solche Herrschaft unsittlich und unrecht ist."

Daß Kapital im Geschäft investiert ist, daß dieses Kapital richtig und nutzbringend angewandt wird, daß mit diesem Kapital wirtschaftlich gerechnet wird, bedeutet also noch lange keinen Kapitalismus.

„Kapital schafft Arbeit", das war der Irrglaube des Kapitalismus. Wir haben demgegenüber nur die Vernunft wieder auf ihre Beine gestellt, wenn wir sagen, daß man arbeiten muß, um Kapital zu schaffen; denn bevor Vermögen gebildet, bevor auch Kapital gebildet werden kann, muß immer gearbeitet werden.

Wohin aber dieser Irrglaube des Kapitalismus führt, zeigt die Tatsache, daß es „als geistvollste und modernste Lehre angesehen wurde, daß das Volk (da man nur so viel arbeiten dürfe, als das Kapital gestatte) eben seine Zahl und sein Wachstum auf dieses Kapital abzustimmen hätte. Es war ja schon so weit, daß alle Welt glaubte, wir dürften gar nicht mehr wachsen, da es nicht sicher sei, daß wir auf dem Raum der Erde als Deutsches Volk unseren Arbeitsplatz finden würden, und es nicht sicher sei, daß der einzelne, der noch nachkäme, in diesem übervölkerten Land einen Arbeitsplatz fände. Man glaubte, wir dürften uns gar nicht mehr vermehren, wir müßten sehen, daß wir die Geburten genau im gleichen Tempo hielten, wie die Kapitalvermehrung fortschreitet, das heißt: Wir sollten das Leben des Volkes unterwerfen der Macht des Kapitals".

Das war Kapitalismus. Das verstehen wir unter Kapitalismus! Darum ist der Kapitalismus für uns ein politischer Begriff geworden. Und weil wir den Kapitalismus nicht dulden können, wenn wir unser Volk aufbauen wollen, darum bekämpfen wir ihn in jeder Erscheinungsform! Ni.

„Führernaturen" Du sollst den Namen „Führer" nicht unnütz gebrauchen!

In einer Stadt, die man früher aus naheliegenden Gründen „das goldene Herz Europas" nannte, erscheint eine Zeitung, die kürzlich folgende kräftig gleichgeschaltete Anzeige brachte:

Detail-Herrenkonfektionshaus
sucht ausgesprochene
Führernatur

mit nachweisbaren Erfolgen in der Branche. Organisator, Ein- u. Verkaufsgröße, repräs. Erscheing., nicht über 40 Jahre alt, Strebernatur, der befähigt ist, renommiertes großes Spezialhaus selbständig zu leiten. . .

Digitized by Google

Wenn eine „Führernatur" dadurch gekennzeichnet sein soll, daß sie eine „Strebernatur" ist, so läßt dies vermuten, daß der Betriebsinhaber eigentlich eine Radfahrernatur sucht (nach oben buckeln und nach unten treten). Aufschlußreicher über die Gemüts- und Geistesverfassung, die Leuten eigen ist, die den Namen „Führer" so gern mißbrauchen, ist die Tatsache, daß der Verfasser der Anzeige überhaupt meint, einen Führer könne man sich kurzerhand vom Stellenmarkt weg engagieren.

So ähnlich dachte sich nämlich auch eine gewisse „Wirtschaft" die Rolle des politischen Führers: Er wird von der Wirtschaft dafür bezahlt — denn „der Politiker lebt ja von den Gewinnen der Wirtschaft" — daß er den Staat in Ordnung hält, dessen sich die Wirtschaft zu ihrem Nutzen und nach Belieben bedienen kann. — Ungefähr so wollte die feudalistische wie die kapitalistische Reaktion Adolf Hitler und die nationalsozialistische Bewegung gern dulden.

Ein Dichter, der vor 187 Jahren in der gleichen Stadt geboren wurde, drückte die ihm wohlvertraute Auffassung seiner jüdischen Mitbürger durch den Mund des Mephistopheles so aus:

„Wenn ich sechs Pferde zahlen kann,
sind ihre Kräfte nicht die meine?
Ich renne zu und bin ein rechter Mann,
als hätt' ich vierundzwanzig Beine!"

Heute würde er seinen Mephistopheles wohl sagen lassen:

„Wenn ich nen „Führer" zahlen kann,
sind seine Kräfte nicht die meine?
Ich kauf ihn mir und bin ein rechter
Mann
und was er schafft, gehört dann mir
alleine!"

Dietrich Eckart aber pflegte zu sagen:
„Am Ende ist der Teufel doch immer der Dumme."

K. K.

3 — 4 Millionen Kraftwagen!

Die logischen Überlegungen, die zwingend zur Forderung führen, für drei bis vier Millionen Kraftwagenbesitzer in Deutschland die geeigneten Fahrzeuge zu entwickeln und herzustellen, hat der Führer in seiner Rede zur Eröffnung der Automobilausstellung dargelegt. Es ist nun Aufgabe derjenigen, die die Verantwortung für die richtige Verwendung und Entfaltung des deutschen Produktionsapparates tragen, diese Erkenntnis in die Wirklichkeit umzusetzen.

Natürlich ist auch hier wieder Gelegenheit zu der Beobachtung, daß Unselbständigkeit, Kleinmut und Rückständigkeit der Betroffenen durch die wirtschaftspolitische Führung erst niedergetrommelt und überwunden werden müssen, ehe das berühmte „Nicht möglich!" zum Schweigen gebracht ist. Wir haben in Heft 1 dieser „Mitteilungen" eine kleine überschlägige Rechnung aufgemacht, um zu zeigen, für welche Kaufkraft der Führer die Bereitstellung von Kraftwagen fordert, und diese Rechnung hat selbstverständlich das übliche Hohngelächter ausgelöst. „Für den Mann mit 3000 RM. Jahreseinkommen den Kraftwagen zu schaffen, den er aus diesem Einkommen anschaffen, unterhalten, betreiben, abschreiben kann — das ist einfach ausgeschlossen!"

Adolf Hitler hat auf diesen typisch reaktionären Einwand bereits am 16. Februar 1936 geantwortet, indem er sagte:

„Ich zweifle nicht, daß es der Genialität des damit betrauten Konstrukteurs, sowie des späteren Produzenten in Verbindung mit höchst nationalwirtschaftlicher Einsicht aller der daran Beteilig-

Digitized by Google

ten gelingen wird, die Anschaffungs-, Betriebs- und Erhaltungskosten dieses Wagens in ein tragbares Verhältnis zum Einkommen dieser breiten Masse unseres Volkes zu bringen, wie wir dies in Amerika an einem so glanzvollen Beispiel bereits als gelungen sehen können."

Und wir dürfen ruhig hinzusetzen: Und wenn Amerika noch nicht alles das, was wir wollen, geleistet hat, dann ist nicht einzusehen, warum es nicht gerade deswegen in Deutschland geleistet werden sollte!

Dabei ist es ganz selbstverständlich, daß die drei bis vier Millionen Automobile weder von heute auf morgen hergestellt, noch in einem einzigen großen Schwung auf den Markt gebracht werden können. Es sind eine ganze Anzahl von Voraussetzungen zu schaffen, damit die Erzeugung möglich wird und die Aufnahme dieser Erzeugung durch den Käufer zwanglos erfolgen kann. Zu diesen Voraussetzungen gehören ebensosehr tiefgreifende Umgestaltungen in der Erzeugung der zugehörigen Rohstoffe, nicht zum wenigsten auch Umgestaltungen markt- und verbandspolitischer Art, wie Ausgestaltung und Umstellung der eigentlichen Herstellungsanlagen und eine zweckdienliche Vorbereitung des Absatzes. Und da diese Voraussetzungen nicht da sind, wird man eben die Ausführung des Führerbefehls damit beginnen, daß man diese Voraussetzungen schafft!

Die technischen Schwierigkeiten, die sich der Schaffung der Voraussetzungen entgegenstellen, sind ja gleichzeitig auch natürliche Bremsen gegen die haltlose Überschwemmung eines unvorbereiteten Marktes mit billigen Kraftwagen. Die wirtschaftsorganisatorischen Voraussetzungen, die geschaffen werden müssen, werden gleichzeitig die Erfüllung mancher Forderungen bedeuten, die schon längst von nationalsozialistischer Seite im Interesse der Gesundung unserer Werkstoffversorgung erhoben werden. Die Vorbereitung der Käufer auf die Aufnahme der schrittweise konstruktiv und in durchdachten Fertigungsmethoden eroberten Modelle wird gleichzeitig den Anschauungen Rechnung tragen, die sich gegenwärtig über die Absatzfinanzierung durchzusetzen beginnen: Es ist tausendmal richtiger, eine Sache zu kaufen, wenn man sie aus eigenen Mitteln kaufen kann, als wenn sie mit fremdem Geld finanziert wird. Es ist durchaus nicht ungünstig, daß heute schon die künftigen Käufer des billigen Wagens auf den Erwerb ihres eigenen Fahrzeuges hin sparen und auf diese Weise jetzt schon sich mit den wirtschaftlichen Überlegungen vertraut machen, die sie beim Erwerb und bei der Benutzung ihres Wagens vor Augen haben müssen.

Der Wert der Aufgabe, die der Führer mit der Forderung nach drei bis vier Millionen Kraftwagen gestellt hat, liegt also nicht darin, daß von heute auf morgen eine neue, gleichsam selbsttätige Erweiterung der Lebenshaltung des Deutschen Volkes auf den Plan tritt, sondern darin, daß sie lebendige, tätigkeitsbereite Wirtschaftskräfte weckt und an sich zieht. Sie dient damit gleichzeitig dem immer wieder geforderten Prozeß der Auslese wirklich führender, aktivistischer, vorwärtsdrängender, das heißt nationalsozialistischer Unternehmer. Denn der Nationalsozialismus hat seine Truppen niemals mit dem geworben, was er schon getan hat, sondern immer nur mit der höheren Leistung, zu der er die Besten der Volksgemeinschaft aufgerufen hat. dr.

Digitized by Google

Presse

Neugestaltung des Wirtschaftsteils

Der Wirtschaftsteil dürfte bei den meisten Tageszeitungen der am wenigsten gelesene Teil der Zeitung sein. Daran hat sich auch nicht sehr viel geändert, daß wir allmählich vom „Handelsteil" zum „Wirtschaftsteil" gekommen sind.

Hatten doch die kapitalistisch-bürgerlichen Auffassungen der vergangenen Zeit unter Wirtschaften nur Gewinnmachen und Handeltreiben verstanden. Es war deshalb auch folgerichtig, daß diese — zudem stark verjudete — Presse über ihren Wirtschaftsteil einfach „Handelsteil" schrieben. Daß es außer dem Handel noch eine Landwirtschaft, eine Rohstoffwirtschaft, ein Gewerbe und Handwerk gab, schien den Börsenjournalisten dieser Blätter ziemlich nebensächlich.

Erst nach dem Siege der nationalsozialistischen Führung und damit auch des gesunden Menschenverstandes, setzte sich bei vielen Zeitungen an Stelle des Handelsteils der Wirtschaftsteil durch.

Der Parteigenosse Hans Barth schrieb 1934 in einer Schrift „Nationalsozialistischer Geist im Wirtschaftsteil" über diesen Weg vom Handelsteil zum Wirtschaftsteil. Der Parteigenosse Leo Schäfer, Schriftleiter im Westdeutschen Beobachter, sprach im gleichen Jahr über das gleiche Thema an der Universität Köln.

Mit der Umwandlung des Handelsteils in einen Wirtschaftsteil sind wir zwar einen Schritt vorwärts gekommen; trotzdem können wir nicht behaupten, daß damit schon eine völlig befriedigende Neugestaltung des Wirtschaftsteils verbunden gewesen wäre. Abgesehen davon besaßen schon eine ganze Reihe von Zeitungen „Wirtschaftsteile", die sich nicht nur auf die Behandlung von Handels- Bank- und Börsenangelegenheiten beschränkten.

Der Wirtschaftsteil gewann zwar an Lesern gegenüber dem Handelsteil, aber er konnte so lange nicht jeden Volksgenossen zum Lesen reizen, als er nicht zu einem politischen wurde. Und dieser Weg vom Wirtschaftsteil zum wirtschaftspolitischen Teil soll jetzt allmählich, aber systematisch beschritten werden.

Wir freuen uns, wenn Pg. Leo Schäfer uns mitteilt, daß er bereits im Sommer 1934 davon gesprochen hat, daß der „Wirtschaftsschriftleiter vor allen Dingen in der Lage sein muß, jede wirtschaftliche Entwicklung und Maßnahme zu allererst unter politischen und dann erst unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu beurteilen, um eine entsprechende Kommentierung vorzunehmen".

Die politische Anschauung ist zwangsläufig eine höhere; sie stellt freilich auch höhere Anforderungen; sie wird sich aber auch in dem Teil der Tageszeitungen durchsetzen, welcher die wirtschaftlichen Angelegenheiten zu behandeln hat.

Wie aus dem Volke die politische Führung wuchs und auf dem Sektor Wirtschaft sich eine wirtschaftspolitische Truppe formte, so wird auch in der Presse als einem Instrument der Politik sich mehr und mehr derjenige Schriftleiter durchsetzen, der ein politischer Schriftleiter ist.

Jeder Volksgenosse, der Arbeiter ist, wird auch Wirtschafter sein; für ihn in der Presse zu schreiben, muß sich der wirtschaftspolitische Schriftleiter berufen fühlen. Pfr.

Schrifttum

Die Vorträge auf dem Schulungskurs der Kommission

Mitte Mai erscheint eine Zusammenstellung von Vorträgen, die auf dem Schulungskurs der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. zu Beginn dieses Jahres in München abgehalten wurden.

Diese Schrift enthält auch Auszüge aus den Vorträgen des Leiters der Kommission Bernhard Köhler. Ferner enthält sie die Grundgedanken aus den Vorträgen der Parteigenossen Willi Börger, Otto Jung, Alf Moll, Achim Holtz, Max Beust, Udo Pfriemer, u. a.

Die Schrift umfaßt gegen 50 Seiten in der Größe der „Mitteilungen". Die Schrift wird voraussichtlich zum Preis von 30 Rpf. abgegeben werden. Bestellungen sind den Geschäftsstellen der Kreis- bzw. Gauwirtschaftsberater zuzuleiten.

Die Schrift enthält besonders auch für den Propagandisten wertvolles Material. Si.

Digitized by Google

Arbeitsschlacht

Die Erweiterung unseres Lebensraumes

Der wirtschaftspolitischen Umschau, die seit einiger Zeit wöchentlich im „SA.-Mann" erscheint, entnehmen wir folgenden Abschnitt über die Erweiterung unseres Lebensraumes:

Unser Lebensraum ist eng. Wir Deutsche besitzen nicht jene ausgedehnten und schwach besiedelten Räume wie etwa das russische Volk. Unser Boden hat auch nicht die Fruchtbarkeit südlicher Landstriche. Unsere Kolonien werden uns als Mandatsgebiete vorenthalten. Und selbst die Möglichkeit des Handelsaustausches wird durch die wirtschaftliche Unvernunft gehemmt, die sich seit dem Versailler Diktat unter den Völkern breit gemacht hat.

Aber die Lösung der Frage unseres Lebensraumes ist die deutsche Frage, wie sie der Führer bezeichnet hat.

Wir haben in den vergangenen Jahren nach der nationalsozialistischen Revolution versucht, zu tun, was hier in dieser Zeit nur möglich war. Wir haben versucht, den Lebensraum durch den Arbeitsraum unseres Volkes zu vermehren.

Die sittliche Verpflichtung, jedem Arbeiter Arbeit zu geben, wurde so ergänzt und bestätigt durch die Überlegung der Vernunft, daß wir mehr Arbeitserträge liefern können, wenn mehr Volksgenossen arbeiten. Die Arbeitsschlacht sollte auch aufräumen mit der sinnlosen Verschwendung deutscher Arbeitskraft.

Die Erzeugungsschlacht hatte die Aufgabe, unsere Ernährungsbasis zu erweitern. Gleichzeitig mit diesem Bemühen des Reichsleiters und Reichsbauernführers R. Walther Darré erkennen wir auch die ersten Früchte der stilleren Tätigkeit eines anderen Gefolgsmannes des Führers: Der Beauftragte des Führers für Wirtschaftsfragen Wilhelm Keppler hat in dieser Zeit unermüdlich dafür gesorgt, auch unsere Rohstoffbasis durch neue und bessere Werkstoffe zu vergrößern.

Noch ist die deutsche Frage lange nicht gelöst. Darum trägt auch die wirtschaftspolitische Truppe der Partei von ihrer Seite zur Lösung dieser Frage bei, was im Rahmen ihrer Möglichkeiten steht. Auf allen Gebieten der Wirtschaft fordert sie Rationalisierung, also Verbesserung und Erweiterung unseres Arbeitsraumes.

Kampf um Rohstoffe

Rohstoff-Weltenwende

Ähnlich wie die großen technischen Erfindungen haben auch Wandlungen in der Versorgung mit Rohstoffen seit jeher die größten Umwälzungen mit sich gebracht.

Den Älteren unter uns sind die letzten Wellen der Revolution noch recht deutlich in Erinnerung, die sich an das Vordringen der Baumwolle knüpfte. Dem allgemeinen Bewußtsein näher sind die Umwälzungen, die die Ausbreitung des Zements gebracht hat. Die Veränderungen, die sich an die Kunst knüpften, das Petroleum und den Kautschuk zu verwenden, stehen ebenfalls vor aller Augen.

Auf dem Gebiete der Bekleidung sind derartige Wandlungen immer besonders einschneidend gewesen. Es gibt seit Jahrtausenden Kämpfe zwischen Wolle und Flachs, Baumwolle und Seide, und zwar sind dies durchaus nicht Kämpfe der größeren oder geringeren Bevorzugung gewesen, sondern Kämpfe, die ganz einfach aus der nackten Notwendigkeit hervorgingen, die Menschen zu bekleiden. Im Grunde sind es Eroberungszüge des menschlichen Geistes zur Gewinnung von Stoffen, die zur Bekleidung einer immer größeren Zahl von Menschen notwendig sind.

Unter diesem Gesichtspunkt muß das Aufkommen der neuen Spinnfasern angesehen werden. Weit über die sichtbare Auswirkung der Störungen des internationalen Warenaustausches nach dem Kriege hinaus geht die weltgeschichtliche Bedeutung des Vorstoßes in ein neues Gebiet zur Deckung eines Bedarfes, der auf die bisherige Weise ganz einfach nicht mehr zu befriedigen ist.

So ist die Kunst, aus Zellstoff (Zellulose) Kunstseide und die heute schon sehr lange Reihe neuer Spinnstoffe (Vistra, Wolstra, Cuprama, Aceta, usw.) herzustellen, buchstäblich das Kennzeichen einer Weltenwende. Und niemand

Digitized by Google

ist kurzsichtiger gewesen, als diejenigen, die die Gewinnung solcher neuen Spinnstoffe als eine behelfsmäßige Ersatzmaßnahme angesehen haben. Als ich vor wenigen Monaten erklärte, daß es eine in absehbarer Zeit zu lösende Aufgabe sei, unsere neuen Spinnstoffe besser und billiger zu machen als die Baumwolle, begegnete diese beiläufige Bemerkung erstauntem Kopfschütteln, überlegenem Lächeln und entschiedenem Widerspruch.

Heute zeigt sich schon, daß die chemischen und technischen Eigenschaften der neuen Spinnfasern die von der Natur gebotenen zu übertreffen beginnen. Preislich aber sind die neuen Stoffe zum mindesten schon so weit wettbewerbungsfähig, daß es sich nicht mehr lohnt, für die Einfuhr ausländischer Rohstoffe besondere Opfer zu bringen.

Dies ist einer Entwicklung zu verdanken, die — genau genommen — nur wenige Monate in Anspruch genommen hat. Welche Ergebnisse zu erwarten sind, wenn auf diesem Gebiet erst einmal ein echter und nachdrücklicher Wettbewerb einsetzt, kann man sich leicht ausmalen, ohne daß man hiezu einen besonderen Optimismus nötig hat.

Denn die Notwendigkeit, den arbeitenden Menschen mit zweckmäßiger, guter und billiger Kleidung zu versorgen, ist eben mit den bisherigen Mitteln nicht mehr zu erfüllen. Sie erfordert Fortschritte der Technik und der Gewerbe, die unaufschiebbar sind. klr.

Wehrwirtschaft

Wohnbauten — Wehrbauten

Wenn wir den Entschluß gefaßt haben, unseren Lebensraum, soweit dies überhaupt möglich ist, durch eine strengere und vordenklichere Wirtschaft zu erweitern, wenn wir aus dem gleichen Boden mehr herausholen wollen, dann müssen wir auch darauf bedacht sein, daß diese Arbeit nicht durch böse Nachbarn gestört wird.

Der Führer hat dem Kampf unseres Volkes um sein Dasein denselben „legalen Weg" gewiesen, den er auch der nationalsozialistischen Bewegung bis zur Übernahme der Staatsgewalt gewiesen hat.

Wie aber der Führer den Kampf um die Macht im Staate nur führen konnte gestützt auf seine jederzeit einsetzbaren Sturmabteilungen, so kann auch heute der Führer seinen Kampf um Recht und Freiheit unseres Volkes nur kämpfen gestützt auf eine jederzeit einsetzbare Wehrmacht.

Mußte aber einst über die Sturmabteilungen hinaus die ganze Partei zielbewußt handeln, um das Kampfziel der Machtübernahme zu erreichen, so muß heute über die Wehrmacht hinaus das ganze Volk darnach streben, sein Recht auf Arbeit und seine Freiheit zur Leistung zu erringen.

Aber wie in der Zeit vor der Übernahme der Staatsgewalt die Partei stets darauf gefaßt sein mußte, daß plötzlich ein kommunistischer Umsturz erfolgen konnte, so muß heute das ganze Volk darauf gefaßt sein, sich seiner Haut wehren zu müssen.

Dieses Wehren würde jedoch nicht bloß bedeuten, daß nun der Volksgenosse zu den Waffen eilt und an die Grenze seines Landes geschickt wird. Die moderne Luftwaffe würde vielmehr das ganze Land zur Front verwandeln.

Es müßten nicht nur die Fabriken und großen Staatsbauten, es müßten auch die Versorgungsbetriebe der Städte, ja selbst die Wohnbauten der Volksgenossen und damit diese Volksgenossen selber vor Angriffen geschützt werden.

Wie in Urzeiten wird so der Wohnbau wieder zum Wehrbau, wird die Wohnstätte wieder zur Schutzstätte und es wird nötig sein, bei der Neuanlage dieser Bauten hieran zu denken.

Arbeitsaufgaben ungeheuerlichsten Ausmaßes stehen auf dem Gebiete der Wehrwirtschaft uns bevor.

Ist uns erst einmal die organisatorische Leistung gelungen, die vorhandenen Arbeitslosen restlos wieder in Arbeit zu bringen, wir werden dann nie in Verlegenheit kommen, deutschen Arbeitern nicht Arbeitsgelegenheit bieten zu können.

Wenn die in diesen Jahren neugeborenen Kinder einmal groß sein werden, werden sie nicht verstehen, wie es in Deutschland überhaupt je eine Zeit hat geben können, in der man verlegen war, Arbeiten für die schaffenden Hände zu finden. Pfr.

Digitized by Google

Partei

Ein politischer Kämpfer ist mehr als ein Beamter

Politisches Denken und Handeln fordern wir von jedem Volksgenossen; denn wir gehören nicht zu denen, die vermeinen, daß solches Denken und Handeln eine Angelegenheit von einigen Parlamentariern oder Staatsbeamten wäre.

Wir verstehen unter Politik den Kampf um unser Volk. In diesem Kampf hat jeder Volksgenosse seinen Posten. Jeder Volksgenosse ist Mitkämpfer und jeder Volksgenosse hat darum auch politisch zu denken und zu handeln, nicht nur allgemein volkspolitisch, sondern auch im besonderen rassenpolitisch, wehrpolitisch, kulturpolitisch und — auch wirtschaftspolitisch!

Während wir so verlangen, daß jeder Volksgenosse mitkämpft für sein Volk, verlangen wir darüber hinaus, daß es nur eine politische Führung im Volke geben darf, nämlich die Partei. Und die Partei wird immer die politische Führung des Volkes stellen, wenn die Partei es versteht, in sich die Führernaturen des Volkes zu erfassen.

Diese politische Führung des Volkes wird, wie ihr Name sagt, das Volk politisch führen, im Krieg wie im Frieden, und wir können uns nicht den Fall denken, daß dies einmal „der Feldherr" tun soll. Denn die Zeit, da ein Finanzmagnat oder ein olympischer Dichter, ein großer General oder ein Hauptmann sich berufen fühlen konnte, der politische Führer unseres Volkes zu werden, ist vorbei. Das Volk kennt heute nur einen Führer: den Führer und nur eine Truppe, die auf die Verkündung und Vollstreckung seines Weltbildes verschworen ist: die Partei.

Wie das Leben unseres Volkes erst die Existenz seines Staates ermöglicht, so hat auch die Politik Vorrang vor der staatlichen Exekutive, die Partei vor dem Staatsapparat und der politische Kämpfer vor dem Staatsbeamten.

Darum bedeutet in Deutschland ein Reichsleiter mehr als ein Reichsminister, der Gauleiter mehr als der Ministerpräsident eines Landes. Sch.

Staat

Richter und „arische" Unternehmen.

Ein Richter kann das Gesetz anwenden, d. h. Sachverhalte auf ihre Subsumierbarkeit unter eine Norm prüfen. Darin sollte sich in der vergangenen Epoche sein Tun erschöpfen. Ein Richter kann ferner bestehende Gesetze mit dem Geiste eines neuen Rechtsempfindens erfüllen und Gesetzeslücken schließen.

Er kann also rechtsschöpferisch tätig sein, so im Rahmen der „Generalklauseln".

Soll es ihm aber erlaubt sein, einen schlechten Sprachgebrauch zu einem rechtlichen Begriff fortzubilden?

Der Gesetzgeber hat mit Recht bisher die Festlegung eines Begriffes arisches oder deutsches oder jüdisches Unternehmen vermieden, weil nur natürliche Personen und nie juristische Personen, Gesellschaften, Gemeinschaften zur gesamten Hand, Darlehens-Lieferungsverträge, Anlagen, Lager usw. diese Eigenschaften haben können.

Wir haben es nun erlebt, daß ordentliche Gerichte festgestellt haben, ein bestimmtes Unternehmen sei kein jüdisches, sondern ein arisches, deutsches.

Es hätte unserer Meinung nach in diesen Fällen vollständig genügt, wenn das Gericht konkrete Tatsachen festgestellt hätte, wenn es also gesagt hätte, daß der Inhaber oder sonst maßgebliche Personen Arier oder Nicht-Arier im Sinne der Nürnberger Gesetze sind, daß die Gefolgschaft aus Ariern besteht usw. Es fördert aber nur die Unklarheit, wenn einem Unternehmen die wesentlichen Merkmale eines „Begriffes" zugesprochen werden, den zu prägen der Gesetzgeber sicher nicht ohne Absicht unterlassen hat. Beust.

Verantwortlicher Schriftleiter: Udo Pfriemer, München 2 M, Herzog Wilhelmstr. 32 (Reichsadler) / Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, Thierschstraße 11 / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Durch die Dienststellen der NSDAP. (Gau- u. Kreiswirtschaftsberater) / Bezugsberechtigt: Nur Parteigenossen / Erscheinen: Mitte des Monats / Preis des Heftes: 20 Pfennig.

Digitized by Google

Mitteilungen der Kommission für

Wirtschaftspolitik der NSDAP

Heft 4 — 1. Jahrgang

Nachdruck - auch auszugsweise - nicht gestattet!

„Wir versprechen Euch keine goldenen Berge, von denen Ihr Euch die Taschen füllen könntet und wenn Ihr in der Nähe dieser Berge seid, so sinkt Ihr vor Erschöpfung und Enttäuschung zu Boden, weil die glänzenden Berge, die Euch von weitem gezeigt wurden, faule leuchtende Holzhaufen waren. Wir sagen Euch: Dem Arbeiter kann es nur in einem Staate gut gehen, dem es selbst gut geht, der blüht und gedeiht und für dessen Schutz sich das Volk, der Arbeiter einsetzt. Darum wollen wir National-Sozialisten sein. Wir sagen ferner: Wer nicht von und bis zu einem bestimmten Lebensalter geistig oder körperlich arbeitet, hat keinen Anteil an den Lebensgütern der Nation! Jedes arbeitslose, auf Kosten anderer geführte Leben muß unmöglich gemacht werden."

(Aus dem ersten Flugblatt der NSDAP., 1920.)

Inhalt:

Bernhard Köhler: Aufgaben! Aufgaben!

Karl Albach: Die zweite Arbeitsschlacht

Bernhard Köhler: „Sozialpolitik" und Sozialismus

Werner Scheunemann: NS-Programm und Wirtschaftspolitik: Arbeits- und mühelose Einkommen

Kurzberichte zur Wirtschaftspolitik

Juni 1936

Zentralverlag der NSDAP

Digitized by Google

Bernhard Köhler:

Aufgaben! Aufgaben!

„Und wenn mancher die Frage erhebt: Warum stellen Sie die Aufgaben so groß? — Weil ich glaube, daß man ein großes Volk nur dann mit einem seiner würdigen Lebenssinn erfüllen kann, wenn man ihm auch große Aufgaben stellt!“

So sprach Adolf Hitler am 1. Mai. Er hat damit den Sinn und den Umfang nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik völlig umrissen.

Politische Wirtschaftsführung

Aufgaben! Nicht Fragen, an deren Lösung Dutzende von Konferenzen und Ausschüssen oder Generationen von Broschürenschreibern sich versuchen. Aufgaben, das sind Befehle der politischen Führung an die Wirtschaft.

Aus diesen Aufgaben ergibt sich:

Erstens die Richtung und die Auswahl der staatlichen Wirtschaftslenkung.

Zweitens die Gestaltung, die Entfaltung und das Verhalten der gewerblichen Unternehmungen.

Drittens die Organisation wirtschaftlicher Gebilde.

Durch keine langatmige Begriffsbestimmung konnte die politische Führung der Wirtschaft genauer erläutert werden als durch das Bekenntnis des Führers zu seinem Willen zur Aufgabenstellung. Die Aufgabe an seinen Staatsapparat, die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, die Aufgabe Autobahnen zu bauen, die Aufgabe Spinnstoffe, Treibstoffe, Kautschuk zu entwickeln, die Aufgabe Kraftwagen für eine vielfach größere Zahl von Benutzern zu bauen als ihn heute gebrauchen können, die Aufgabe Kasernen, Flugzeuge, Waffen zu entwerfen und herzustellen — diese Aufgaben sind die eigentliche politische Wirtschaftsführung.

Unbegrenzter Arbeitsvorrat

Und gerade bei dieser Gelegenheit läßt sich darauf hinweisen, daß unsere Aufgaben unendlich sind und daß vor ihrer Größe niemand zurückzuschrecken braucht, der die Arbeitskraft des Deutschen Volkes kennt, sie richtig einzuschätzen und einzusetzen weiß.

Als wir der Hilf- und Ratlosigkeit des alten Systems die Forderung auf restlose Beseitigung der Arbeitslosigkeit entgegensetzten, war es nichts als Kleinmut und Feigheit, die es nicht wagten, sich Aufgaben zu stellen. Ihnen

Digitized by Google

warfen wir unseren Kampfruf entgegen: „Arbeitsbeschaffung kein Problem, sondern eine Aufgabe!“

Aus der gleichen kleinlichen und kleinmütigen Auffassung, die den Sinn und die Unwiderstehlichkeit politischer Aufgaben nicht verstehen will, kommt auch das Wort vom „Arbeitsvorrat“, unter dem man sich eine begrenzte Zahl ängstlich bemessener Bedarfsdeckungsnotwendigkeiten vorstellt, deren Erschöpfung man mit Furcht und Zittern herannahen sieht. Der Arbeitsvorrat des Deutschen Volkes ist unbegrenzt!

Wir konnten in der Kampfzeit und noch lange danach nicht auf die höchst vordringliche Aufgabe der Rüstung hinweisen. Politische Einsicht und Disziplin verschlossen uns den Mund. Es kam und es kommt aber auch gar nicht darauf an, aufzuzählen, was alles zu tun ist. Denn hier liegt gerade die wirtschaftspolitische Entscheidung, welche von den unzähligen Aufgaben die lebenswichtigste für das Volk und daher die vordringlichste ist.

Volkswirtschaftliche Rationalisierung

Aus der Größe der Aufgaben aber und aus der Erkenntnis, daß sie nur durch den stärksten Leistungseinsatz bewältigt werden können, ergibt sich Richtung und Ausmaß der industriellen Entwicklung. Ihre Grenzen sind lediglich in der Arbeitskraft des Volkes gegeben, und zwar in jeder Hinsicht: Sowohl in der Bereitstellung der notwendigen Kapitalien — was hier Arbeitsüberschuß der Gemeinschaftsleistung bedeutet — als auch im Zeitmaß der Inangriffnahme selbst. Mehr als mit allen Kräften arbeiten kann das Volk nicht. Weniger zu arbeiten als mit allen Kräften möglich ist, darf es aber sich niemals begnügen.

Die Leistungssteigerung der deutschen Arbeit wird bestimmt durch ihre Ausrichtung auf Aufgaben, die der Größe und Würde des Deutschen Volkes angemessen sind. Hier liegt der Sinn der volkswirtschaftlichen Rationalisierung, die eine ungeheuerliche und für den Augenblick beinahe unübersehbare Zahl von Einzelaufgaben umfaßt. Von der Leistungssteigerung im Betriebe, und zwar nicht nur in der Berufsausübung des Werkmannes, sondern vor allem in der zweckmäßigen Betriebsgestaltung über die Verlustverhütung in allen Sparten der Wirtschaft bis zur Vereinfachung und Verbilligung aller privaten und öffentlichen Verwaltungstätigkeiten gibt es hier nichts, was nicht zum Zwecke der Lösung großer Aufgaben gebessert werden müßte.

Die Organisation der Wirtschaft

Und diese Aufgaben wiederum sind es, die auch organisatorische Zusammenfassung und Gliederung der Gewerbe bestimmen. Die Organisation der Wirtschaft kann keine politischen Ziele haben, denn die politische Organisation und Zusammenfassung ist Sache der NSDAP. mit ihren Ausstrahlungen, insbesondere der Deutschen Arbeitsfront, deren eigentliche Bedeutung nach gewerkschaftlichen oder sonstwie interessierten Mißverständnissen man-

Digitized by Google

chem nur allmählich klar geworden ist. Die Organisation der Wirtschaft aber kann nur den Sinn einer Leistungssteigerung haben, die zur Erfüllung der politisch gestellten Aufgaben notwendig ist.

Eine Organisation, die nicht eindeutig durch ihre Aufgabe bestimmt, getragen und gestaltet wird, geht bald an Sinnlosigkeit und Lebensfremdheit zugrunde. In einer Zeit, in der man das Organisieren um seiner selbst willen so gut gelernt hatte (oder auch das Organisieren zum Verhüllen uneingestandener Ziele), ist es vielleicht manchem nicht immer leicht, sich scharf auf eine politisch gestellte Aufgabe einzustellen und alles auszuscheiden, was dieser Aufgabe nicht dient. Es ist vielleicht auch nicht immer bequem, die unerbittlich gestellte Aufgabe als einziges Organisationsgesetz anzuerkennen, denn die Vergangenheit hat allzuoft gelehrt, daß man Organisationen, wenn sie einmal bestehen, vorzüglich zur Ausbreitung und Aufrichtung angenehmer oder schmeichelhafter Machtansprüche verwenden kann.

Wir haben solchen Irrtümern häufig und scharf entgegentreten müssen. Die starke Unterstreichung der Aufgaben, ihrer Größe und des unerschütterlichen Willens zu ihrer Lösung durch den Führer ist erwünschter Anlaß, auch hier wieder zu betonen: Nicht eine Organisation der Wirtschaft ist abzulehnen; wohl aber sind abzulehnen Organisationen, die nicht wissen was sie sollen und Organisationen, die den Aufgaben fremd sind, die dem betreffenden Organ des Deutschen Volkes zu stellen sind. Eine politische Organisation dient der politischen Führung. Eine Wirtschaftsorganisation dient der wirtschaftlichen Leistung. Hienach wird rechtzeitig zu handeln sein.

Karl Albach:

Die zweite Arbeitsschlacht

Wirtschafter alten Schlages können immer noch nicht begreifen, daß es sich bei der zweiten Arbeitsschlacht um eine nationalsozialistische Rationalisierung entgegen der höchst unvernünftigen Rationalisierungswelle in den Jahren 1925/26 handelt. Die praktische Notwendigkeit dieser Rationalisierung wird hier an einem Beispiel aus dem Ruhrbergbau geschildert, welches bisher der Öffentlichkeit unbekannte Feststellungen enthält.

In dem Bewußtsein, daß es in der ersten Arbeitsschlacht allein darum ging, die Arbeitslosigkeit durch Arbeit zu bekämpfen, ist der Nationalsozialismus von vornherein allen Bestrebungen der Wirtschafter nach Preiserhöhungen mit berechtigter Schärfe entgegengetreten.

Wir waren der Auffassung, daß durch die Steigerung der Arbeit und die dadurch bedingte Erhöhung der Erzeugung etwaige bisherige Betriebsverluste ganz von selbst zum Verschwinden gebracht würden.

An einer Niedrighaltung des Preisstandes, insbesondere für die industriellen Verbrauchsgüter des täglichen Lebens, waren wir schon mit Rücksicht auf die außerordentlich geschwächte Kaufkraft des Volkes interessiert, wenn wir der ersten Arbeitsschlacht zum Erfolg verhelfen wollten.

Digitized by Google

Ausgleich zwischen den Preisen für industrielle und landwirtschaftliche Produkte

Trotz der Krisenwirkung war die Lage so, daß die industriellen Preise infolge weitgehender Kartellierung der Industrie im Gegensatz zu den Preisen für landwirtschaftliche Produkte auf einem verhältnismäßig hohen Stand gehalten worden waren, so daß die Preisschere zwischen Industrie und Landwirtschaft weit geöffnet war. Bei teilweise halben Vorkriegspreisen für landwirtschaftliche Erzeugnisse, wie z. B. für Vieh, mußte es bei der Bedeutung des Bauerntums für das Deutsche Volk also auch unser vorzugsweises Bestreben sein, die Preise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse bis zum Ausgleich mit denen für industrielle Güter zu heben, um so dem Verfall des Bauerntums zu begegnen und damit zugleich das Schicksal des Deutschen Volkes endgültig zu wenden.

Es war dies also keine einseitige Maßnahme zugunsten des deutschen Bauerntums, sondern sie stand im Dienst großzügiger Volkspolitik und zugleich der Arbeitsbeschaffung in damals noch ungeahntem Ausmaß. Die landwirtschaftliche Erzeugungsschlacht mit ihrem doppelten Programm der Nahrungsfreiheit und der industriellen Rohstoffversorgung hat das inzwischen allgemeinverständlich werden lassen. Ursprünglich argumentierte aber die gewerbliche Wirtschaft so, daß das, was dem Bauern recht wäre, auch der Industrie billig sein müsse. Soweit es noch nicht geschehen war, gründete sie jetzt Fachschaften mit der Funktion der Kartelle, die Preise festzusetzen und leider — zu erhöhen.

Der Ausgleich zwischen landwirtschaftlichen und industriellen Preisen wäre damit nie im Sinne der ersten Arbeitsschlacht zustande gekommen. Das gegenseitige Hochschrauben der Preise hätte vielmehr zu einer allgemeinen Verteuerung der Lebenshaltung geführt und damit schließlich die Durchführung der Arbeitsschlacht in Frage gestellt.

Der Führer selbst war es, der auf die Gefahr der Schraube ohne Ende mit ihrer letztlichen Rückwirkung auf die Währung in einer öffentlichen Rede hinwies und drastische Maßnahmen gegen die volksverderbliche Preistreiberei ankündigte.

Die Industrie selbst mußte ja auch das größte Interesse daran haben, daß die Landwirtschaft dem Ziele der Erzeugungsschlacht entsprechend vorwärtskam, weil sich das gerade bei ihr in Arbeit und Steigerung der Arbeit durch Eingliederung von Erwerbslosen in den Erzeugungsprozeß umsetzte.

Recht auf Arbeit und Rationalisierung

Im wesentlichen ist heute das Ziel der ersten Arbeitsschlacht, die Arbeitslosigkeit durch die Arbeit selbst zu bekämpfen, erreicht worden.

Für die zweite Arbeitsschlacht hat Bernhard Köhler als Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. die Schaffung krisenfester Betriebe und zugleich die Rationalisierung der Volkswirtschaft als allgemeinverständliches Ziel aufgestellt.

Digitized by Google

In denjenigen Kreisen der Wirtschaft, die dem Nationalsozialismus innerlich noch nicht nahe genug stehen, ist diese Zielsetzung Bernhard Köhlers für die zweite Arbeitsschlacht gelegentlich nicht verstanden worden. Sie verharren im kapitalistischen Denken und glauben, daß die Wirtschaft in bester Ordnung sei, wenn nur die Betriebe wieder Überschüsse abwerfen. Sie übersehen den Rest der Erwerbslosigkeit vielleicht nicht, aber er bildet für sie nicht den Gegenstand ernster Sorge wie für uns, die wir wissen, daß ein Erwerbsloser immer weitere nach sich zieht und das unabdingbare Recht auf Arbeit solange nicht verwirklicht ist, als überhaupt noch Erwerbslosigkeit besteht.

Ein Beispiel aus dem Ruhrbergbau

Wie eminent praktisch die Aufforderung Bernhard Köhlers zur Rationalisierung ist, soll an einem Beispiel des Ruhrbergbaues näher erläutert werden.

Durch fachmännische Untersuchungen ist festgestellt worden, bis zu welcher Teufe der Abbau der Kohlenflöze durchgeführt werden kann, ohne das ganze Gebiet durch die Senkung der Erdoberfläche als Begleiterscheinung des Bergbaues in Gefahr zu bringen. Nur wenigen innerhalb und außerhalb des Ruhrgebietes wird ja überhaupt bekannt sein, daß das Gebiet, vor allem am Niederrhein, schon heute durch hohe Dämme und durch Pumpwerke vor dem Wasser geschützt werden muß.

Durch diese Untersuchungen gelangte man zunächst zu einer wesentlichen Korrektur unserer verwertbaren Steinkohlenvorräte, die danach weder für 2000, noch für 1000 Jahre, sondern nur noch für etwa 350 Jahre vorhalten.

Raubbau an Fettkohle

Sodann wurden die Kohlenvorräte nach Kohle-Arten, wie beispielsweise Fettkohle, Gas- und Gasflammkohle sowie Magerkohle untersucht. Die so gefundenen Vorratsmengen der einzelnen Kohle-Arten setzte man alsdann in Beziehung zu der gegenwärtigen Förderung. Dabei stellte sich heraus, daß zur Zeit mit etwa 70 Prozent der Gesamtförderung des Ruhrgebietes ein außergewöhnlicher Raubbau an unserer wertvollsten Substanz, nämlich der Fettkohle, getrieben wird, deren Anteil an der gesamten abbaufähigen Substanz knapp 50 Prozent beträgt.

Die Fettkohle ist deshalb so wichtig für uns, weil daraus im Hochtemperaturverfahren der Koks für unsere Hüttenindustrie, also praktisch für die Stahlerzeugung und auch für die vielfältigen Gießereizwecke, gewonnen wird.

Es sind in den vergangenen Jahren aber darüber hinaus die größten Anstrengungen gemacht worden, diesen Hochtemperaturkoks auch im Hausbrand, insonderheit für Zentralheizungen, einzuführen, was auch jährlich in einem Umfang von mindestens 5 Millionen Tonnen gelungen ist.

Digitized by Google

Der aus der Fettkohle gewonnene Koks wird außerdem auch ausgeführt. Da aber der Koks nicht unbeschränkt lagerfähig ist, wobei sich die winterlichen Witterungseinflüsse, wie Regen und nachheriger Frost, sehr nachteilig auf die Qualität auswirken, so ist es in der Vergangenheit tatsächlich vorgekommen, daß man den Koks zu einem Viertel des Inlandspreises ans Ausland lieferte.

Nun liegt aber die Gas- und Gasflammkohle, abgesehen vom südlichen Randgebiet, am nächsten der Erdoberfläche, die Fettkohle in der mittleren Teufe, während die Magerkohlenflöze in der größten Teufe zu finden sind. Wirtschaftlich gesprochen hat also die Fettkohle die höheren Förderkosten, so daß denn auch bei ihrer Verschleuderung die größten Verluste entstehen.

Gebot der Vernunft: Sparsamkeit

Es ist demnach einfach ein Gebot der Vernunft, unsere Fettkohlenvorräte zu schonen und weder diese Kokskohle noch den Koks selbst zu verschleudern, noch dazu, wenn der Verlustausgleich nicht im Bergbau selbst erfolgt, sondern durch die Allgemeinheit in Form von erhöhten Inlandspreisen und durch Sonderzuwendungen aus der allgemeinen Export-Ausgleichskasse bewerkstelligt werden muß.

Der Raubbau an unserer Fettkohle, die übrigens weder an der Saar noch in Oberschlesien oder sonstwo in Deutschland ansteht, verteuert die Selbstkosten des Ruhrbergbaues auch noch dadurch, daß an den Abbaubetriebspunkten unter Tage vielfach um die mitanstehende Gas- und Gasflammkohle herumgegangen werden muß, um später beim Abbau der Gas- und Gasflammkohle den Betrieb von neuem an diesen Punkten zu eröffnen.

Rationalisierungsmöglichkeiten im Kohlenbergbau

Würde man auf den Absatz an Hochtemperaturkoks aus der Fettkohle für den Hausbrand verzichten, dann könnte man statt dessen 5 Millionen Tonnen Gas- und Gasflammkohle fördern. Sofort wäre der reine Bergbaubetrieb in sich durch diese einfache kostenmindernde Rationalisierungsmaßnahme wirtschaftlicher; denn die Förderkosten für Gas- und Gasflammkohle sind niedriger als die für Fettkohle. Würde man außerdem die Gas- und Gasflammkohle dem Veredelungsprozeß der Schwelung unterwerfen, so könnten wir hier neben Benzin auch Dieselöl gewinnen, das wir bisher nahezu ausschließlich aus dem Ausland beziehen müssen.

So kann, wie das gegebene Beispiel zeigt, durch die volkswirtschaftlich gebotene Schonung der Ruhr-Fettkohle und durch den gleichzeitig stärkeren Abbau der Gas- und Gasflammkohle allein schon der Förderbetrieb rationeller also billiger gestaltet werden. Es handelt sich bei der Rationalisierung nicht um utopische Vorstellungen, wie dieser oder jener Wirtschafter meint, dem die falschen Rationalisierungsmaßnahmen mit ihren verheerenden Wirkungen während der Systemzeit noch die Gedanken verwirren. Wir wissen, daß die zweite Arbeitsschlacht den Einsatz wesentlich feinerer Mittel und eine gediegenere Auswahl derselben bedingt, um sie zum bleibenden Erfolg zu führen. Indem wir aber dauernd bestrebt bleiben, das Recht auf Arbeit zu verwirklichen, sowie das Volk von Entrechtung und Ausbeutung durch kapitalistische Willkür zu befreien, kann uns derselbe nicht versagt bleiben.

Digitized by Google

Bernhard Köhler:

„Sozialpolitik" und Sozialismus

Sozialpolitische und sozialistische Forderungen werden oft verwechselt. Wir müssen aber immer wieder den Unterschied zwischen Sozialpolitik und sozialistischer Politik betonen. Die nachstehende Darstellung befaßt sich mit diesem Thema, und ist einem Vortrag Bernhard Köhlers entnommen, dessen Text lediglich in einer Kurzfassung verbreitet wurde.

Nicht Schutz, sondern Recht!

Wer annimmt, daß der deutsche Arbeiter eines eigenen Schutzes bedarf, um nicht ausgebeutet zu werden, wer annimmt, daß der Sozialismus verwirklicht ist, wenn ein Gesetzessystem ausgebaut ist, das den deutschen Arbeiter vor Unrecht schützt, der nimmt an, daß auf ewig das Deutsche Volk in zwei Klassen geteilt ist, von denen die eine sich nicht selbst schützen kann und infolgedessen des Schutzes bedarf, während die andere des Schutzes nicht bedarf, weil sie Vorrechte genießt.

Es gehört zu den Aufgaben jedes einzelnen Parteigenossen, sich immer und immer wieder klar zu machen, daß ein solcher Schutz des Menschen deswegen nicht Aufgabe des Sozialismus ist, weil der Sozialismus gar nicht zugeben kann, daß es Volksgenossen gibt, die von Natur aus zu schwach sind, daß sie eines eigenen Schutzes bedürfen.

Das ist ebenso, wie wenn ein Volk eines besonderen Schutzes bedarf, weil es sich selbst nicht schützen kann.

Der Arbeiter ist nicht von Natur aus unterlegen, sondern er ist in einer gewissen Weise gefesselt. Die Befreiung von einer Fessel, das ist die Sehnsucht unserer Arbeiter.

Man kann nicht sagen, wenn soundso viel Prozent Freiheit erfüllt sind, kommen wieder soundso viel Prozent Bindung. Nein! Freiheit, die keine hundertprozentige ist, ist keine Freiheit!

Das meint der Arbeiter, wenn er frei sein will, daß er nicht gebunden ist im Daseinskampf. Vor dem Daseinskampf selber scheut er sich nicht; den ist er oft besser gewöhnt als andere Volksgenossen!

Es handelt sich nicht darum, denjenigen, der sich nicht wehren kann, zu schützen, sondern es handelt sich darum, dafür zu sorgen, daß jeder sich wehren kann.

Das Tüchtige kann man nicht durch Fürsorge halten. Das Tüchtige wird sogar untüchtig, wenn man ihm allzuviel Fürsorge angedeihen läßt.

Schutz nur Schutzbedürftigen!

Schutzbedürftige Volksgenossen sind solche, die sich nicht selbst im Daseinskampf regen können. Schutzbedürftige sind Kinder, Kranke, Verletzte, Greise.

Das deutsche Volk empfindet darüber hinaus auch die Pflicht, eben weil es ein mannhaftes Volk ist, die Hand über die Frau zu halten, immer

Digitized by Google

wieder einen ritterlichen Schutz für sie zu stellen. Die Frau geborgen zu wissen, ist die beste Vorsorge für die Sicherung und Gesundheit der kommenden Geschlechter.

Hier wird die politische Führung immer wieder „Sozialpolitik" treiben müssen, wenn man dieses Wort überhaupt beibehalten will.

Sozialpolitik heißt nicht: die Fürsorge für den Arbeiter!

Wer unter Sozialpolitik die Fürsorge für den Arbeiter versteht, verrät noch immer, daß er in Klassen denkt.

Solche Sozialpolitik ist das Eingeständnis, daß wir den Sozialismus noch nicht haben.

Man kann nicht irgendeinen Volksteil mit Fürsorge abspeisen, sondern man kann ihm nur gleiches Recht geben. Und selbst wenn uns die Durchführung umfassendster „sozialpolitischer" Maßnahmen gelingt, so sind wir um nicht einen Schritt dem Sozialismus näher gekommen.

Sozialismus ist die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit. Jeder deutsche Arbeiter, der Arbeit sucht, muß Arbeit finden. Dann wird auch jeder deutsche Arbeiter erst wehrhaft für den Lebenskampf.

Keine noch so ausgeklügelte Sozialpolitik wird dem Arbeiter das Gefühl geben können, daß er einen gerechten Lohn empfängt, wenn es nicht in seiner Hand liegt, den Lohn sich zu erringen, den er mit seiner Leistung erringen kann. Wer soll ihm denn das garantieren, daß er einen gerechten Lohn bekommt? Etwa ein dickes Lexikon mit soundso viel Erklärungen und Berechnungen, die vorschreiben, wie jede einzelne Tätigkeit zu bewerten ist, vielleicht gar mit Wurzeln und Integral.

So geht es nicht. Denn dann könnte der arme Teufel, der die höhere Mathematik nicht gelernt hat, sich nicht einmal ausrechnen, was er zu verdienen hat. Die Sicherheit kann und muß ich jedem Volksgenossen geben, daß er niemals gezwungen ist, einen ihm nicht zusagenden Arbeitsplatz einzunehmen, die Sicherheit, daß er einmal unter anständigen Verhältnissen seine Arbeitskraft wenigstens so anwenden kann, daß er den schlichtesten in der Volkswirtschaft in Betracht kommenden Lohn verdient, den schlichtesten, weil ich auch nur schlichteste Arbeit immer bereithalten kann. Nur wenn dies gesichert ist, ist auch echter Leistungslohn höherer Stufen möglich.

Sozialpolitik und sozialistische Wirtschaft

Ein sozialistische Wirtschaft, die auf der wirtschaftlichen Freiheit jedes Volksgenossen, also vor allem auch des Lohnarbeiters, aufgebaut ist, ist auch eine Wirtschaft, die keine Arbeitskraft im Volke unausgenützt läßt.

Solange eine sozialistische Wirtschaft noch nicht restlos durchgeführt ist, wird eine ausgleichende Sozialpolitik noch eintreten müssen, um Ungerechtigkeiten auszumerzen. Niemand soll sich aber einbilden, daß diese sozialpolitischen Maßnahmen sozialistische Taten wären!

Digitized by Google

Werner Scheunemann:

NS-Programm und Wirtschaftspolitik: Abschaffung des arbeits- und müheloſen Einkommens

Während die verjagten Syſtemregierungen ebenſo wie in der Politik auch in der Wirtſchaftspolitik tatenlos dem Wellenſpiel der „Konjunkturen“ verfallen waren und in ihm mitſamt dem Deutſchen Volke faſt ertranken, ſtreiften die Männer des Dritten Reiches ſofort die Ärmel hoch und packten an.

Allerdings konnten ſie nicht ſo vorgehen, daß ſie das Parteiprogramm zur Hand nahmen und beſchloſſen, nunmehr der Reihe nach einen Punkt des Programms nach dem andern zu verwirklichen. Hätte man für jeden Punkt etwa ſechs Wochen Zeit gelaſſen, ſo wäre das geſamte Parteiprogramm „automatiſch“ innerhalb reichlich drei Jahren verwirklicht worden.

So ging es natürlich nicht. Dazu hatte ſich der Nationalſozialismus viel zu weit geſteckte Ziele geſetzt. Außerdem brannte dem Deutſchen Volke die Not auf den Nägeln.

Es konnte alſo nicht ſtur damit begonnen werden, Punkt für Punkt das Parteiprogramm und die in der Zeit vor der Übernahme der Staatsgewalt erhobenen Forderungen zu verwirklichen; der Anfang war: das nackte Leben unſeres Volkes zu ſichern. Dennoch lohnt ſich ſchon jetzt eine Unterſuchung, wie weit innerhalb dieſer praktiſchen Arbeit Forderungen des Programms der NSDAP. erfüllt ſind. Wir beginnen beim erſten Abſatz des Punktes 11: „Abſchaffung des arbeits- und müheloſen Einkommens“.

Drohnenleben

Grundſätzlich darf wohl geſagt werden, daß im Deutſchland Adolf Hitlers, Menſchen, die ihr Leben als Drohnen friſten, kein Anſehen genießen. Der ernſte, fleißig für ſeine Exiſtenz arbeitende Volksgenoſſe gilt mehr, als der Sohn reicher Eltern, deſſen einzige Aufgabe darin beſteht, das Geld ſeines Vaters auszugeben, ſich auf Tennisplätzen, in Weltbädern und Nachtlokalen zu zeigen, ohne ſeine Arbeitskraft der Geſamtheit zur Verfügung zu ſtellen. (Adolf Hitler: „Ich bin lieber der letzte ſchaffende Volksgenoſſe unter Euch, als König wo anders.“)

Die Börſenjobber

Abgeſehen von dieſer grundſätzlichen Verachtung der Faulenzer ſind aber bereits ſtaatliche Maßnahmen gegen arbeits- und müheloſes Einkommen getroffen worden.

Im letzten Heft dieſer Mitteilungen hat ſich Bernhard Köhler näher mit der Börſe und den Spekulationstendenzen an der Börſe beſchäftigt.

Digitized by Google

Wir haben an der Börse bzw. ihrer Benutzung durch die Börsenbesucher noch allerhand auszusetzen. Gerüchtebildungen und Spekulationen, reines Hin- und Herhandeln von Effekten durch Kulissiers und ähnliches gibt es auch jetzt noch. Dagegen wäre z. B. bereits undenkbar, daß großkapitalistische Juden Pakete verschiedener Aktiengesellschaften zusammenkaufen und nun kraft ihres Aktienbesitzes die Gesellschaften auch rechtlich zwingen, miteinander zu gehen, nur damit sie persönlich entweder hohe Zwischengewinne beim Weiterverkauf der Pakete einstecken oder ertragreiche Verwaltungsposten beziehen. Eine Vergewaltigung von Produktionsinteressen durch von außen her erfolgende Finanztransaktionen ist nicht mehr möglich.

Die Sammler von Aufsichtsratsmandaten

Blickte man früher in die Spalten eines Handbuches der Aufsichtsräte, so entdeckte man wahre Rekorde im Zusammentragen von Aufsichtsratsmandaten. Weit über hundert, ja zweihundert Mandate in einer Hand waren an der Tagesordnung. Daß ein solcher „Aufsichtsrat" nicht in der Lage ist, mit den von ihm „beaufsichtigten" Gesellschaften enge Fühlung zu halten, liegt auf der Hand. Noch unmöglicher war aber, daß solche Aufsichtsräte nähere Kenntnis über das Unternehmen besaßen, von dem sie einbringliche mühelose Einnahmen bezogen.

Ein Generaldirektor einer großen Fabrik, die u. a. auch Schreibmaschinen erzeugt, weiß davon zu berichten, daß ihm früher ein Aufsichtsratsmitglied von dem Ankauf zahlreicher Schreibmaschinen erzählt hätte; leider habe er jedoch nicht die Marke des Unternehmens, sondern die Marke X gekauft. Der famose Aufsichtsrat geriet in Erstaunen, als der Generaldirektor ihm mitteilte, daß gerade diese Marke X die Marke seiner Gesellschaft sei, die in der ganzen Welt als Erzeugnis dieses Unternehmens Achtung und Ansehen genieße! — Es handelt sich um ein bekanntes sächsisches Unternehmen, dessen neuestes Erzeugnis auf dem Schreibmaschinengebiet sogar als besonders hochwertiger Exportartikel seinen Weg macht!

So weit konnte in einer kapitalistischen Zeit die Entpersönlichung der Wirtschaft vorschreiten. Heute ist die Zahl der Aufsichtsratsposten, die in einer Hand vereinigt werden können, bereits beschränkt. Aufsichtsratsmandate sind nicht mehr Quellen arbeits- und mühelosen Einkommens, sondern Verpflichtungen gegenüber dem Unternehmen, die bei Vernachlässigung der Pflicht unter Umständen höchst einschneidende Wirkungen für die pflichtvergessenen Aufsichtsratsmitglieder haben können.

Die Boden- und Nährgut-Spekulanten

Noch wichtiger als diese Frage der Aufsichtsratsmandate ist jedoch für das Deutsche Volk die Abschaffung der Spekulation mit der deutschen Scholle. Es war erschreckend, welcher Anteil deutschen Bodens bei der Machtübernahme im Besitz des internationalen Judentums lag und welch weiterer Anteil kurz vor dem Schicksal stand, aus den Händen deutscher Bauern ebenfalls in die Kontrolle der jüdischen Ausbeuter überzugehen. Reichsleiter Hans Frank hat es als ein geschichtliches Verdienst des Na-

Digitized by Google

tionalsozialismus bezeichnet, daß er diesen uns allen heiligen deutschen Boden den Verstrickungen des Börsenverkehrs und des liberalistischen Handels entzogen hat und daß er im Erbhof eine Heimstätte des deutschen Bauern schuf, wie sie zur Zeit einzig in der Welt dasteht.

Der Boden ist Ernährungsgrundlage und Lebensraum des Volkes — und nicht nur ein privates Eigentum, dessen Summierung die zufälligen Staatsgrenzen ausmacht. Grund und Boden sind im heutigen Deutschland nicht Gegenstand privater Spekulation, sondern durch ihre völkische Funktion gebunden. Die nationalsozialistischen Rechtswahrer sorgen dafür, daß kein Stück deutschen Bodens mehr in jüdische Hände fällt. Damit wird dem Judentum allmählich die mühelose Bereicherung am deutschen Boden genommen.

Der logische weitere Schritt war, die mühelose Spekulation mit Nahrungsmitteln des Deutschen Volkes zu beseitigen. Bieten die Aktienbörsen jetzt schon ein kümmerliches Bild, gemessen an ihren Hochzeiten vor sieben bis zehn Jahren, so die früheren „Getreidebörsen", heutigen Großmärkte, noch mehr. Termingeschäfte in Getreide und anderen lebenswichtigen Nahrungsmitteln gibt es nicht mehr. Die jüdische Spekulation auf Kosten des Bauern als Erzeuger und des Arbeiters als Verbraucher ist abgeschafft. An ihre Stelle sind Festpreise getreten, die die natürliche Ergänzung zur gesetzlichen Sicherung des bäuerlichen Besitzes bedeuten. Das mühelose Einkommen aus spekulativem Handel mit Nahrungsgütern gehört der Vergangenheit an.

Die industrielle Reservearmee und ihre Nutznießer

Von welcher Bedeutung ist aber gegenüber all diesen einzelnen Maßnahmen der großartige Umschwung, den wir durch den Arbeitseinsatz hervorrufen konnten.

Einen Arbeitsmarkt gibt es nicht mehr. Der deutsche Arbeiter hat es nicht mehr nötig, seine Arbeitskraft wie eine Ware auf den Markt zu bringen und dort um den Preis dieser Ware zu handeln bzw. ihn von dem mächtigeren Unternehmer vorschreiben zu lassen.

Bernhard Köhler kennzeichnete den tiefen inneren Umschwung: „Vor der Wirtschaft steht als wirklicher lebendiger Ausdruck des Volksdaseins die Arbeit. Die Wirtschaft ist nur dazu da, die Arbeit immer wieder zu ermöglichen, immer wieder neue Arbeitsleistung und Lebenserhaltung zu sichern." Und weiter: „Alle Bemühungen sowohl einer sozialen Gesetzgebung wie einer sozial gesonnenen Unternehmerschaft bleiben wirkungslos, solange nicht über die Wirtschaftsrechnung das große lebendige Recht im Volk getreten ist. Mit dem Recht auf Arbeit hört die Abhängigkeit der Arbeit auf. Die Arbeit wird das Grundmaß jeder Wirtschaftsrechnung und bestimmt diese, anstatt daß sie von ihr bestimmt wird. Wenn der Arbeiter nicht mehr zu fürchten braucht, daß er dem nackten Hunger und der Vernichtung seiner Familie preisgegeben wird, falls er seinen Arbeitsplatz verliert oder unangemessene Bedingungen nicht anzunehmen gewillt ist, dann ergibt sich eine Verhandlung zwischen Unternehmer und Arbeiter, die auf gleicher Ebene stattfindet."

Es ist heute nicht mehr denkbar, daß Unternehmer sich dadurch leichte Gewinnmöglichkeiten verschaffen, daß sie gewissenlos das Lohnkonto kürzen,

Digitized by Google

indem sie auf eine „industrielle Reservearmee" unbeschäftigter proletarischer Arbeitermassen zurückgreifen und diese gegen etwaige Lohnansprüche der beschäftigten Arbeiter ausspielen. Proletarier darf es im Dritten Reich nicht geben. Wir haben ein Arbeitertum, das schafft und stolz darauf ist, am Wiederaufbau unseres Reiches mitwirken zu können. Der Kapitalismus wird mit dem Arbeitseinsatz und der Einsetzung des Rechtes auf Arbeit in Deutschland überwunden und damit auch die müheloſe Bereicherung auf Kosten ärmerer Volksgenossen.

Praktisch bedeutet das allerdings für manchen Unternehmer größeres Kopfzerbrechen als früher, ebenso wie manchem Bankleiter und Bankier die Lenkung des Geldes in wirklich produktive Kanäle statt in reine Spekulationsgeschäfte mehr Gedankenarbeit kosten mag. Das schadet aber nichts, denn Nachdenken ist, wie Bernhard Köhler einmal sagte, der billigste Betriebsstoff.

Den früheren Einziehern arbeits- und müheloſen Einkommens gefällt es aber in Deutschland nicht mehr und wir freuen uns, daß sie in hellen Scharen ihre Zelte abbrechen, um zu versuchen, sich anderen Völkern aufzudrängen — solange das geht!

Auslese – Erziehung – Kampfrichtung

Weltanschauung und Kampfrichtung

Großartig und mannigfach ist die Natur, unendlich in ihrer Größe, unendlich in ihrer Kleinheit. Wir atmen den Duft der Blumen und lauschen dem Singen der Vögel. Wir sehen die Farben und Formen. Wir erfassen eine Welt der Körper: die Sterne am Himmel und Atome im Stoff. Und wir fühlen das Andersein eines So-Gestern und eines So-Heute.

So schauten und schauen wir die Welt, erleben Geschichte, erleben einen Führer, erleben das Erwachen eines Volkes. Wir hören Worte, die Zukunft künden. Wir sehen an uns vorüberziehen die Kolonnen der Jugend und wir blicken auf das Zeichen unseres Zeitalters das Hakenkreuz.

Daß wir so schauen, alles erleben und erfassen, nennen wir Weltanschauung. Wie wir die Dinge schauen, das ist unsere Weltanschauung.

Kampfrichtung ist mehr. Kämpfer sein mehr als Schauer. Der Kampf gilt mehr auf dieser Erde als noch so große Schau. Der Einfluß mehr als aller Überfluß. Die Wirkung mehr als alle Form.

Das Kämpfertum des Weltkriegs schuf die Kampfgemeinschaft unseres Volkes. Der nationalsozialistische Kämpfer wurde zum Propagandisten einer Volksidee.

Unsere Haltung ist Kampfhaltung. Unsere Losung heißt Angriff. Unsere Freude heißt Sieg. Pfr.

Mißbrauch des Wortes Arbeitseinsatz.

Das Wort „Arbeitseinsatz" ist nicht gleichbedeutend mit dem Wort „Arbeitsmarkt".

Die Verwendung des Wortes „Arbeitseinsatz" geht zurück auf einen Vorschlag von Wilhelm Mayer-Günther und stützt sich auf die Forderung des Rechtes auf Arbeit!

Dem Vorschlag liegt folgender Gedankengang zugrunde: Wenn im soziali-

Digitized by Google

stischen Staat jeder Volksgenosse das Recht auf Arbeit besitzt, dann kann es einen Arbeitsmarkt im bisherigen Sinn nicht mehr geben. Die Arbeitskraft ist dann für dauernd aus dem Markt genommen, infolgedessen wird sie auf einem sogenannten Markt überhaupt nicht mehr in Erscheinung treten.

Der Staat als der natürliche und verfassungsmäßige Bürge des Rechtes auf Arbeit wird Arbeitsgelegenheiten für alle Arbeitssuchenden bereit halten.

Heute müssen wir aber noch das Heer der Arbeitslosen in Arbeit setzen, die das vergangene System uns als traurige Erbschaft hinterlassen hat. So begannen wir vom Arbeitseinsatz zu sprechen.

Dieser Arbeitseinsatz wird auch in Zukunft erfolgen, wenn Arbeitssuchende zu den Organen des Staates oder der Gemeinden kommen und Arbeit fordern. Denn der Staat und in der Regel schon die Gemeinde wird dafür bürgen, daß für alle Arbeitssuchenden Arbeit, schlichteste Arbeit bereit gehalten wird.

Es ist demnach vollkommen unlogisch und widerspricht jeder vernünftigen Überlegung, von „Erschütterungen des Arbeitseinsatzes" oder von „einer schwierigen Lage des Arbeitseinsatzes" zu sprechen.

Diese Begriffsklitterungen zeigen, daß der, der so redet, noch immer in der Arbeit eine Marktware sieht.

Leistung kann sich aushandeln. Leistung kann in einer freien Wirtschaft auf den Markt treten. Die Arbeit darf aber in einem sozialistischen Staate nie mehr gezwungen sein, sich anbieten zu müssen.

Arbeit muß immer gefragt sein. Arbeit muß immer bereit gehalten werden. Wer Arbeit will, muß auch in einen Arbeitsplatz eingesetzt werden können.

Sonst ist das Recht auf Arbeit nicht verwirklicht. Sonst ist die sozialistische Wirtschaft nicht verwirklicht. Sonst ist der Sozialismus nicht verwirklicht.

Es gibt daher für uns keinen „Arbeitsmarkt"! Und auch keine Neuübersetzung, die „Arbeitseinsatz" lautet. Das sollten sich alle Redner, Schriftsteller, Schriftleiter und Propagandisten merken.

Mer.

Wissen Sie, was Kosten sind?

„Echte primäre Kosten sind jene primären Güter, die geopfert werden und jene Übel, insbesondere Arbeitsleid, die übernommen werden, um Werte zu verwirklichen." Dieser Satz stammt aus einer hochwissenschaftlichen Wirtschaftszeitschrift, Jahrgang 1935.

Wir sind gewiß sehr froh, wenn die Wissenschaft alte Ladenhüter nicht mit dem Schild „N.S." beklebt. Wir wollen keine Tarnung. Wir wollen aber, daß sich die Wissenschaft mit den Fragen beschäftigt, die unsere Zeit aufwirft.

Kosten = Arbeitsleid! Ich verstehe nicht, warum der sonst zitierfreudige Skribent nicht die erste Fundstelle dieser „Theorie" angegeben hat, die sich irgendwo im 1. Buch Moses befindet. Denn diese jüdische Theorie kann er nicht der Wirklichkeit entnommen haben.

Was würde der Volksgenosse, der fünf Jahre lang arbeitslos auf der Straße gelegen hat, zu diesem Unsinn sagen? —

Wie anders klingen doch die Worte Lorenz von Steins, also eines deutschen Wissenschafters: „Arbeit ist Leben, alles Persönliche arbeitet, weil es lebt. Der Tod ist das Aufhören der Arbeit" oder „ich bin, was ich durch Arbeit errungen habe".

Der sittliche Sinn der Arbeitsschlacht sollte allmählich ein „wissenschaftlich beachtliches Phänomen" werden! Be.

Existenzminimum oder Mindestleistungslohn.

Existenzminimum bezeichnet die geringsten Lebensbedingungen, die unterste Grenze materieller Bedürfnisse, um noch sein Leben fristen zu können, d. h., um nicht verhungern zu müssen. Es bedeutet das Aberkennen jeder geistigen und kulturellen Ansprüche des Arbeiters.

Existenzminimum ist Ausdruck für die Entrechtung der Arbeit, die nicht nach ihrem Wert innerhalb der Volksgemeinschaft bemessen wird, sondern die der Willkür eines Brotgebers ausgeliefert ist.

Der Gedanke an ein Existenzminimum konnte nur entstehen in einer Zeit, in der das Kapital über die Arbeit triumphierte, in der der Arbeiter nicht fordern konnte, sondern sich seine Lebensbedingungen vorschreiben lassen mußte. Wurde in dieser

Digitized by Google

Zeit die Geschäftsentwicklung schlechter, so wurden die Löhne gesenkt. Das sogenannte Existenzminimum wurde kleiner und kleiner. Die allgemeine Not kam diesen Bestrebungen entgegen, denn es gab genug überschüssige Arbeitskräfte, die, um nur noch vegetieren zu können, sich gegenseitig unterboten.

So wuchs das Proletariat, die Masse der Entrechteten und Enteigneten, die Masse derer, die in ihren Lebensbedingungen bis auf ein „Existenzminimum" beschnitten wurden. Man sprach schließlich auch in der Sozialpolitik vom Existenzminimum, bezeichnete damit die Grenze des Einkommens, die der Staat der fortgesetzten Ausbeutung gegenüber zu sichern habe. So wurde die Ausbeutung unter der Herrschaft des Kapitalismus sogar staatlich anerkannt!

Ein Staat, der das Recht auf Arbeit proklamiert und die Freiheit der Leistung wieder einsetzt, kennt kein Existenzminimum, dessen Schraube immer enger gezogen werden muß.

Wo Einer Arbeit findet, weil man ihn benötigt, kann er auch fordern.

Die mindeste Leistung des voll arbeitsfähigen Menschen muß eine Entlohnung finden, die ein menschenwürdiges Leben ermöglicht, das also der kulturellen Leistung des Volkes entspricht.

Der Staat als Bürge für das Recht auf Arbeit wird auch den Lohn für die schlichteste Arbeit bestimmen, die er zur Verfügung stellt, den Grund- oder Mindestleistungslohn.

Bernhard Köhler fordert, daß der für die Ernährung angesetzte Teil des Mindestleistungslohnes dem prozentuellen Aufwand der Arbeitskraft des Volkes für die Ernährung entspricht.

Auf dieser Grundlage ist es auch möglich, daß jeder Arbeiter an den kulturellen Leistungen der Nation Anteil nehmen kann, wenn sie ihren Arbeitsraum erweitert.

Der Mindestleistungslohn ist die kommende Erfüllung einer Forderung, die der Führer bereits in „Mein Kampf" an die Bewegung gestellt hat, nämlich, von einer Zeit zu künden, „die dem einzelnen das geben wird, was er zum Leben braucht, aber dabei den Grundsatz hochhält, daß der Mensch nicht ausschließlich um materieller Genüsse willen lebt. Dies soll dereinst seinen Ausdruck in einer weise beschränkten Staffelung der Verdienste finden, die auch dem letzten redlich Arbeitenden auf alle Fälle ein ehrliches, ordentliches Dasein als Volksgenosse und Mensch ermöglicht."

Daher ist der Mindestleistungslohn auch der Ausgangspunkt für die weitere Lohngestaltung und damit gleichzeitig das Bekenntnis zum Leistungsprinzip. Denn indem ich nach oben keine Beschränkung auferlege, wird das Streben nach höherer Leistung als der treibende Faktor jeder menschlichen Entwicklung gefördert, zumal das Recht auf Arbeit und der für eine bestimmte Mindestleistung immer erhältliche Mindestleistungslohn gleiche „Startbedingungen" schaffen. Unt.

Rede - Funk - Presse - Film - Schrifttum

Wirtschaftspolitische Propagandisten voran!

Es gibt Forderungen, die wie Mauerblümchen bescheiden im Hintergrunde sitzen bleiben. Diese Forderungen haben ein besonders langes Leben — weil sie nie verwirklicht werden. Eine Idee, zu der man sich bekannt hat, darf man nicht wie ein Mauerblümchen behandeln.

Forderungen Einzelner werden uns auch nur in Einzelfällen politisch bekümmern. Forderungen, die zur Tatsache oder zum Recht im Volke werden sollen, müssen auch Forderungen des Volkes werden.

Forderungen, die im Herzen des Volkes schlummern, in die Sprache des Volkes zu bringen, ist eine Aufgabe der Propaganda.

Digitized by Google

Die Entwicklung von Jahrhunderten kann durch die Propaganda zur Entwicklung von wenigen Jahrzehnten komprimiert werden. Um diese strategische Bedeutung der Propaganda wissen nur wenige. Die strategischen Möglichkeiten der Propaganda auf allen Gebieten des Lebens auszunützen, ist als Notwendigkeit erkannt, aber noch lange nicht zur Selbstverständlichkeit geworden.

Die Partei muß auf wehrpolitischem wie auf außenpolitischem, auf kulturpolitischem wie auf wirtschaftspolitischem Gebiet in noch stärkerem Maße die einheitliche Ausrichtung finden, die sie als Propagandatruppe einer Gemeinschaft braucht.

Propaganda auf irgend einem Lebensgebiet kann nur geführt werden, wenn sie einheitlich geführt wird. Man kann beispielsweise nicht wirtschaftspolitische Propaganda treiben, in dem man einmal da und einmal dort ansetzt.

Die Propaganda ist kein Eiertanz, sondern hat sich nach der politischen Führung, also der Partei, zu richten, die auch politisch für bestimmte Aufgaben bestimmte Menschen verantwortlich einsetzen wird.

Die Propaganda fordert Propagandisten. Jeder Parteigenosse hat Propagandist zu sein. Er wird sich auf dem Lebensgebiet als Propagandist einsetzen, auf dem er zu wirken vermag. Pfr.

Keynes und die Auslandspropaganda

Die Schriftleitung der „Mitteilungen" hat (vergleiche Heft 2!) das neue Werk des englischen Wissenschafters John Maynard Keynes, das in der ganzen Welt Aufsehen erregt hat, besprechen lassen.

Wir können, wie bereits gesagt, vielen der darin geäußerten Gedanken zustimmen. Wir haben auch allen Grund Keynes als Menschen zu achten, denn er war einer der ersten, die klar die verheerenden Wirkungen des Versailler Diktates erkannt und vor ihnen gewarnt haben.

Wir müssen aber auch feststellen, daß ein großer Teil der Ansichten, die Keynes und seine Anhänger als Offenbarung einer neuen Theorie bezeichnen, nicht nur schon immer nationalsozialistisches Gedankengut darstellten, sondern bereits seit drei Jahren im neuen Deutschland Wirklichkeit geworden sind.

Nationalsozialistische Wirtschaftspolitik war stets darauf gerichtet, die Arbeitslosigkeit im Rahmen unserer Volkswirtschaft und mit unseren eigenen Kräften zu beseitigen. Diese Frage steht im Mittelpunkt unseres Denkens und Handelns. Wenn wir schon vor Jahren das Recht auf Arbeit verkündet haben, so war damit unser vornehmstes Wirtschaftsprinzip formuliert.

Zur Erreichung dieser Forderung haben die vielen Arbeitsbeschaffungs-Maßnahmen gedient. Die erste Arbeitsschlacht war darauf ausgerichtet. Auch die zweite wird es sein.

Die beherrschende Stellung des Kredits in der Wirtschaft wurde gebrochen. Der Zinsfuß wieder nach der Wirtschaft ausgerichtet. Nicht umgekehrt.

Der Erfolg dieser Politik war die Eingliederung von 4 Millionen Volksgenossen in den Arbeitsprozeß.

Von Keynes spricht die internationale Presse, von dem Aufbauwerk des Nationalsozialismus, das nicht im Gehirn eines Gelehrten, sondern in der Wirklichkeit durchgesetzt wurde, spricht sie nicht.

Wir kennen aus der Zeit der Bewegung die Mittel unserer Feinde. Dieselben Mittel propagandistischer Taktik, welche unsere innenpolitischen Gegner von Einst gebrauchten, wir erkennen sie heute bei unseren Gegnern im Ausland.

Wir arbeiten. Manches fliegt in den Müllkasten. Die Propaganda unserer Gegner sieht nicht die Arbeit. Sie schweigt das Aufbauwerk des Führers tot.

Aber sie wühlt in den Müllkästen. Sie holt sich da die faulen Äpfel heraus, stellt sie in die Auslagen der internationalen Propaganda. Und dann ruft sie entrüstet: Seht! Diese faulen Äpfel stammen aus der deutschen Werkstatt!

Wir kennen heute unsere Gegner. Wir kennen ihre Propaganda. Und wir kennen auch die Methoden dieser Propaganda.

Mögen sie die Tatsache totschweigen, daß wir vier Millionen Menschen in den Arbeitsprozeß eingegliedert haben. Die Dankbarkeit der Millionen, die bei uns Arbeit gefunden haben, wiegt schwerer als die Meinung der Welt. Kr.

Digitized by Google

Ideengeschichte der öffentlichen Arbeitsbeschaffung

Einen wertvollen Überblick „Zur Ideengeschichte der öffentlichen Arbeitsbeschaffung" hat Leo Hilberath im Jahrbuch für Kommunalwissenschaft veröffentlicht. Die Arbeit ist auch als Sonderdruck erschienen.

Leo Hilberath zeigt die verschiedenen Versuche, die wir in den europäischen Ländern im Laufe der Zeiten an Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen feststellen können.

Der Verfasser stellt rein wissenschaftlich zusammen, wie weit von einem Recht auf Arbeit bereits in früherer Zeit die Rede war. Wir werden bei passender Gelegenheit noch auf die Arbeit Hilberaths zurückkommen. Si.

Aufgabenstellung für die Wirtschafter

Kohlen werden knapp!

Manchem wird es schon aufgefallen sein, manchem vielleicht auch noch nicht (denn bei manchem dauert es eben etwas lange), daß jedes Jahr regelmäßig im Laufe des Sommers ein leises Vorspiel beginnt, das die öffentliche Stimmung auf eine neue Psychose vorzubereiten hat. Und prompt kommt dann zu einer Zeit, in der die Urheber von Mangelgerüchten oder sonstigen Schreckensmären sich einen möglichst großen Erfolg in der Störung der nationalsozialistischen Politik versprechen, eine brausende Woge der Aufregung, der Angstkäufe und aller sonstigen lieblichen Nebenerscheinungen gelungener Massenpsychosen. Bald sind es Inflationsgerüchte, bald muß man sich mit Nähfaden eindecken, bald kaufen auch solche Leute zentnerweise Seife, deren Begeisterung für diesen Gebrauchsartikel sonst gar nicht so lebendig ist — eigentlich sind wir diese Psychosen schon gewöhnt und fragen uns nur, welcher Artikel das nächstemal dran kommt.

Die ernste Seite der Sache bleibe heute einmal außer Betracht. Dagegen sei unseren Lesern ein Beitrag vermittelt, den die sehr lesenswerte Zeitung „Der Ruhrarbeiter" im vergangenen Herbst gelegentlich der letzten Warenpsychose gebracht hat. Sie gibt das Gespräch zweier Ruhrkumpels wieder, die sich in der Waschkaue, in der Zeit des Umkleidens vor oder nach der Arbeit untertage, unterhalten:

„Du hast dir ja schon deine Strickweste wieder aus der Einmottkiste herausgefummelt, Hannes!

Es wird früh kalt in diesem Herbst, Pitter. Letzte Nacht sind mir die letzten Astern in meinem Garten erfroren.

Du bist aber doch keine Aster, Hannes.

Nein, ich bin eine deutsche Eiche, aber deshalb ziehe ich mir doch meine Strickweste an, nur damit es mehr nach Winter aussieht.

Ach so: du schwärmst für den Wintersport?

Siehst du, darauf spekuliere ich ja nur, daß andere auch so dämlich fragen wie du. Wenn sie auf meine schwarze Strickweste zeigen, dann rede ich von ganz strengem Winter und von Kohlenverknappung.

Gibt es denn eine Kohlenverknappung, Hannes?

Und was für eine, sage ich dir! Das kannst du auch nur ruhig überall weitererzählen. In diesem Winter wird man sich in den begüterten Kreisen um Kohlen reißen. Die Zentralheizung werden die Kohlenfuhrleute auf der Straße anhalten: „Was wollen Sie für die Karre Kohlen oder die Karre Koks haben?" Wenn in den Kohlenkeller nichts mehr hineingeht, werden sie sich das Heizmaterial in die Automobilgaragen kippen lassen und das Auto in die verschneite Gartenlaube stellen. Ich glaube, Hannes, daß du trotz der Strickweste schwer erkältet bist.

Digitized by Google

Wieso?

Du phantasierst schon!

Du bist ein oller Dussel, Pitter. Warum sollen die netten Zeitgenossen, die es sich leisten können, immer nur Angstkäufe in Fettigkeiten und sonstigen Sachen machen? Warum nicht mal in Kohlen und Koks? Dann gibt es keine Feierschichten mehr. Dann kriegen wir vor Weihnachten wahrscheinlich noch eine ganze Reihe von Überschichten ausgezahlt!

Mensch, du hast gute Ideen!

Geht dir eine Wetterlampe auf?

Bestimmt, Hannes! Wir quasseln jetzt nur noch von Kohlenverknappung!

Du hast es begriffen, Pitter. Und dann mußt du noch dabei sagen, daß die Bezeichnungen „Knappe", „Bergknappe" und „Knappschaft" bloß von der Knappheit herkommen, von der Kohlenknappheit nämlich.

Meinst du, daß die Kohlenverbraucher das glauben?

Wenn du ihnen das richtig beibringst, glauben sie es schon. Denn alles Gerede und jedes Geschwätz von Verknappung beruht ja letzten Endes auf einer Verknappung der geistigen Substanz im Oberstübchen. Das bleibt auch vorläufig so, denn Angstkäufe in geistiger Substanz und Vernunft kann niemand wornehmen.

Nein, dazu sind die Bestände zu knapp, Hannes." Be.

Kaufkraft-Mystik. In den Durchschnittsdenkschriften mit Vorschlägen zur Reform der Wirtschaft trifft man immer wieder auf die Feststellung, daß die Wirtschaftslähmung durch den Mangel an Kaufkraft hervorgerufen sei. Als Generalrezept für die Behandlung der Lähmung werden stets entweder Währungsexperimente oder die zwangsweise Verlagerung der Kaufkraft höherer Einkommen auf niedrigere Einkommensschichten empfohlen.

Die „Rezeptschreiber" scheinen sich über Entstehung und Wesen der Kaufkraft nicht im klaren zu sein; sie halten sie anscheinend für eine Größe, die der Staat aus den Tiefen seiner Allgewalt schöpft.

Die Reformatoren sollten diesem Schöpfungsgeheimnis einmal auf den Grund gehen. Sie würden dann finden, daß Kaufkraft nichts anderes ist als ein Wort, eine andere Bezeichnung für „L e i s t u n g". Treten zwei Leistungen einander gegenüber, um sich auszutauschen, so ist der vollzogene Austausch darauf zurückzuführen, daß die Kaufkraft der ersten Leistung gegenüber der zweiten ebenso stark gewesen ist wie die Kaufkraft der zweiten Leistung gegenüber der ersten. Aus diesem Grunde kann Stärkung der Kaufkraft immer nur durch Leistungssteigerung hervorgerufen werden. Be.

Für oder gegen Genossenschaften? Für uns gibt es keine „Genossenschaft an sich", auch keine „Genossenschaft als Voraussetzung der Volksgemeinschaft". Ob ein Betrieb oder Unternehmen in der juristischen Form einer Genossenschaft gebildet wird oder nicht, ist keine Frage der Weltanschauung, sondern der Zweckmäßigkeit.

In einem Falle wird eine Genossenschaft zweckmäßig sein, in einem anderen Falle nicht. Ein weltanschauliches Für oder Wider gibt es hier nicht für uns. Denn die moderne Genossenschaft ist nur Wirtschaftsgenossenschaft. Diese Wirtschaftsgenossenschaften sind deshalb auch reine wirtschaftliche Zweckgebilde und sind nicht etwa zu vergleichen mit Gemeinschaftsbildungen; mit dem Entstehen oder dem Aufbau der Volksgemeinschaft haben diese Genossenschaften ihrem Wesen nach nichts zu tun.

Die heutigen Genossenschaften sind Organisationen der Wirtschaft und nicht der Politik. Es gibt darum unter ihnen auch keine „NS.-Genossenschaften". Genau wie dieser Name nicht möglich sein kann, kann auch eine Werbung nicht möglich sein, die aus diesen genossenschaftlichen Zusammenschlüssen eine weltanschauliche oder weltanschaulich gefärbte Haltung ableiten will.

Daß solche Versuche von einigen Genossenschaften unternommen worden sind, ist bedauerlich, besonders dann, wenn man so tat, als ob die Genossenschaft im Gegensatz zum Privatunternehmen den Gemeinnutzen vertreten würde gegenüber

Digitized by Google

dem Eigennutzen dieses privaten Unternehmers.

Man hat damit bloß erreicht, daß ein sittlicher Grundsatz recht eigennützig zu Reklamezwecken mißbraucht worden ist. Schließlich konnten ja dann auch die Aktionäre einer Aktiengesellschaft mit derselben Berechtigung auf die Gemeinnützigkeit ihres Unternehmens gegenüber dem Privatunternehmen eines einzelnen hinweisen!

Je mehr sich daher die heutigen Wirtschaftsgenossenschaften in ihrer Werbung bewußt werden, daß sie nur kaufmännische Reklame treiben können, aber keine weltanschauliche Propaganda zu machen haben, um so besser werden sie auch ihren Zwecken dienen können. Sch.

Beiträge zur Brechung der Zinsknechtschaft.

Vielerorts hat man noch recht unklare Vorstellungen von der Brechung der Zinsknechtschaft und da man die Zeit einer normalen Entwicklung nicht abwarten will, bietet man Allheilmittel an, die sämtlich ohne Ausnahme „unfehlbare" Wirkungskraft auszeichnen soll.

Vergeudete Zeit wäre es, wollte man alle diesbezüglichen Vorschläge im einzelnen widerlegen. Im wesentlichen empfehlen sie alle konstruktive Maßnahmen, nach denen im Wirtschaftsorganismus die angenommene schadhafte Stelle operativ herausgeschnitten und das entstandene Loch mit totem Füllmaterial wieder unsichtbar gemacht wird. Die Widersinnigkeit derartiger Vorstellungen lehrt jede Lebenserfahrung.

Ihre Urheber täten unvergleichlich besser, wenn sie durch Bekämpfung des Borgunwesens und damit durch Zurückdrängung der Vorherrschaft des Kapitals praktisch zur Brechung der Zinsknechtschaft beitragen würden. Es kann nicht häufig genug auf die unverantwortliche Pumpwirtschaft hingewiesen werden.

Pumpen ist unvernünftig! Pumpen ist unwirtschaftlich! Pumpen ist schädlich!

Der säumige Zinszahler kann auch im Dritten Reich verklagt werden. Brechung der Zinsknechtschaft hieß nie: „Zahl keine Zinsen!".

Aber jeder schlichte Volksgenosse sollte wissen, daß er zur Brechung der Zinsknechtschaft beiträgt, wenn er keine Schulden macht. Mach keine Schulden, dann brauchst Du auch keine Zinsen zu zahlen! Ha.

Mahnworte

Verzicht auf Rationalisierung würde in unserer heutigen Lage bedeuten:

Widerspruch zur politischen Zielsetzung.

Verzicht auf Ausdehnung des Arbeits- und damit des Lebensraumes.

Verzicht auf Besserung der Lebenshaltung und Befriedigung anderer Bedürfnisse.

Beeinträchtigung der aktiven Bevölkerungspolitik, statt diese wirtschaftlich zu stützen.

Verringerung des Güterumsatzvolumens und damit der Beschäftigungsmöglichkeiten.

Rückgang der Ausfuhr, weil keine Anpassung an die Kostenbedingungen der ausländischen Lieferanten erfolgt.

Rückständigkeit gegenüber anderen Ländern.

Verkümmerung des Leistungs- und Kampfwillens.

Beeinträchtigung der Erhaltung von Lebenskraft und Volksgesundheit.

Verschwendung menschlicher Energie. Ma.

Ein Sonderheft „Rationalisierung".

Die Gesellschaft für Organisation (Berlin W 30, Motzstr. 5) hat ein Sonderheft über „Rationalisierung" herausgegeben, das bemerkenswerte Aufsätze enthält.

Der Hauptschriftleiter Peter A. Schlenzka zeigt in einem Aufsatz, wie durch planmäßige Führung die Stoßkraft eines Betriebes gesteigert werden kann. Betriebswirtschaftliche Erfahrungen sind dabei in großem Maße verwertet.

Weiterhin trugen u. a. der Leiter des Amtes für Arbeitsführung und Berufserziehung in der DAF. Dr. Ing. Karl Arnhold, der Gauwirtschaftsberater des Gaues Schwaben der NSDAP. Otto Jung und Dr. Schweigart (Reichs-

Digitized by Google

nährstand) durch aufschlußreiche Ausführungen bei, diese Sondernummer besonders lehrreich zu gestalten.

Folgende Themen werden dabei behandelt:

Die wirtschaftspolitische Inhaltgebung der Wirtschaftlichkeitsförderung / Wer hat für die Förderung der Wirtschaftlichkeit zu sorgen? / Maßstäbe, Bedingungen und Schrittmaß der Wirtschaftlichkeitsförderung / Fehlerermittlung und Fehlerbeseitigung / Wo wird am meisten gegen die Wirtschaftlichkeit gesündigt? / Rationalisierung vom Menschen aus? / Großbetrieb wiederholt den 100-Tage-Kampf gegen Materialvergeudung / Tätigkeit der industriellen Gruppenorganisation im Dienste der Wirtschaftlichkeitsförderung / Rationalisierung als Gemeinschaftsaufgabe der Bekleidungswirtschaft / Leistungsprinzip und Arbeitseinsatz in der Ernährungswirtschaft / Wirtschaftlicher Vertrieb tut not!

Der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., Bernhard Köhler veröffentlicht in dem Sonderheft einen Aufsatz über die nationalsozialistische Rationalisierung. Einige bis zu den letzten Schlußfolgerungen durchdachte Gesichtspunkte wie „Rationalisierung der Volkswirtschaft", Kapitalistisches und marxistisches Mißverständnis", „Neue Rationalisierungswelle?", „Sozialistische Wirtschaft", „Fehler von 1926", „Keine Verletzung des Rechtes auf Arbeit", „Das Gesetz der Erhaltung der Kraft", usw. lassen die Ziele erkennen, auf deren Verwirklichung es der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik bei der Durchführung der zweiten Arbeitsschlacht ankommt. Si.

Zum ersparten Eigenheim.

Auch um eine Verbilligung des Eigenheimbaues herbeizuführen, muß man rationalisieren. Rationalisieren erfordert zuerst Nachdenken. Einzelne Volkswirtschafter und Wirtschafter haben die in ihren Betrieben notwendige Rationalisierung bereits durchzuführen begonnen.

Wenn die anderen dann in einem Jahr nicht mehr mitkommen, so ist es nicht die Schuld der Wirtschaftspolitiker. Es liegt an den Volkswirtschaftern und Wirtschaftern die von der Wirtschaftspolitik bereits gegebenen Richtlinien praktisch auszuwerten.

Oft noch mehr als bei der Altstadtsanierung oder beim ausgesprochenen Städtebau hat es heute die Bauwirtschaft im Eigenheimbau in der Hand, durch eine weitestgehende Rationalisierung merkbare Kostenherabsetzungen vorzunehmen.

Durch Typisierung des Baumaterials ist man in letzter Zeit bereits ein gutes Stück vorangekommen. Wenn wir fordern, den beschrittenen Weg zu Ende zu gehen, dann ist nicht im entferntesten an öde Streichholzschachtelbauten gedacht, deren „Konjunktur" in Deutschland jedenfalls ein für allemal vorüber ist.

Eine hier einsetzende Rationalisierung ermöglicht eine Kalkulation mit niedrigen Preisen. Der zunehmende Absatz in der Bauwirtschaft würde zu einer weiteren Belebung des Baumarktes führen, die die herabgesetzten Kosten für Material und Bauausführung mehr als rechtfertigt.

Neuerungen, Verbesserungen und Vereinfachungen können zielbewußt angewandt werden. Entschlüsse müssen gefaßt werden, wo Entschlüsse nötig sind.

Bernhard Köhler sagte auf dem Bauvereinstag in Duisburg:

> „Es muß möglich sein und ist eine gebieterische Aufgabe, die die politische Führung dem Bauwesen stellt, Wohnungen zu erstellen, die für eine monatliche Miete von 20 RM. einer kleinen Familie eine ordentliche und gesunde Unterkunft gewähren.
>
> Und ebenso muß es möglich sein, und dies steht ja sicherlich der Verwirklichung schon näher, Heimstätten zu bauen, bei denen eine ebenso niedrige Tilgung den Besitzer in absehbarer Zeit zum Eigentümer macht."

Auch diese Forderung wird erfüllt werden.

(Die genannte Rede liegt übrigens vervielfältigt vor. Sie kann über die Schriftleitung der „Mitteilungen" gegen Voreinsendung von 60 Pfennig Spesenersatz geliefert werden!) Ha.

Digitized by Google

Vorratswirtschaft und Kapitalbildung.

„Dauergüter vermehren den Bestand des Volksvermögens. Über kurz oder lang verbessern sie auch die Lebenshaltung, den möglichen Verzehr in irgendeiner Weise. Was der Vater gearbeitet hat, kommt dem Sohne, was die Voreltern geleistet haben, den späteren Geschlechtern, was die Gemeinschaft wirkt, dem Volk in der ganzen Zukunft zugute. ‚Wirtschaft' ist immer Vorratswirtschaft." (Recht auf Arbeit, Sonderdruck 2 der NS.-Monatshefte, Zentralverlag der NSDAP., München, 1932.)

Diese Erkenntnis ist heute im Begriff Gemeingut zu werden, wie auch die Werbung des Reichsnährstandes für die Vorratswirtschaft zeigt.

Einen ausführlichen Aufsatz über „Sinnvolle Vorratswirtschaft" veröffentlicht Dr. Alf Noll in der Zeitschrift „Wirtschaftswinke", Heft 181. Pg. Noll kommt in seinem Aufsatz zu folgendem Ergebnis:

„Vorratswirtschaft verursacht zweifellos Kosten. Die betrieblichen Lagerkosten ergeben sich auch in der Volkswirtschaft: Kosten für Aufbewahrung, Sicherung, Abschreibung auf vernichtete und wertverminderte Vorräte. Diese Kosten müssen sich im nationalen Preisstand auswirken, genau so, wie eine umfangreiche Vorratsbildung zur Sicherung der landwirtschaftlichen Marktordnung durch die Preise für landwirtschaftliche Güter getragen werden muß. Man kann diesen Preiszuschlag als Prämie für die Sicherung der Bedarfsdeckung bzw. der nationalen Existenz ansehen.

Vorratswirtschaft bedeutet auch eine erhebliche Investition und muß daher im Einklang mit dem Umfang der nationalen Überschußbildung stehen. Sie bedeutet aber gleichzeitig auch eine Arbeitsbeschaffung großen Umfanges und trägt damit zur Vermehrung des nationalen Arbeitsertrages bei. Das heißt: zu einem Teile finanziert sich, insgesamt gesehen, eine sinnvolle und vernünftige Vorratswirtschaft aus sich selbst, zumal wenn man ihren Versicherungscharakter berücksichtigt." Sch.

Firmenwahrheit

Der Grundsatz der Firmenwahrheit besagt, daß die Firmenbezeichnung den Namen des Firmeninhabers enthalten soll. Dieser Rechtsgedanke wird im geltenden Recht nur zum Teil verwirklicht. Das Handelsgesetzbuch sieht nämlich vor, daß bei Fortführung eines Unternehmens durch den Neuerwerber die ursprüngliche Firmenbezeichnung beibehalten werden kann. Der augenblickliche Geschäftsinhaber ist daher aus dem Firmennamen oft nicht mehr zu ersehen.

Es widerspricht dem Volksempfinden, wenn Juden daraus Nutzen ziehen, indem sie die Firmenbezeichnung eines arischen Rechtsvorgängers weiterführen und mit dessen Namen ihre Geschäfte machen.

Es ist von einem deutschen Gericht bereits ausgesprochen worden, daß ein Vertrag, durch den ein Jude ein Handelsgeschäft eines Ariers nur zu dem Zweck kauft, um es unter dessen Namen weiterführen zu können, gegen die guten Sitten verstößt und nichtig ist.

Diese Rechtsauffassung sollte auch dann Anwendung finden, wenn sich der Rechtsübergang bereits vor längerer Zeit vollzogen hat. Denn es besteht auch in diesen Fällen die dauernde Gefahr, daß die Allgemeinheit über die Person des Firmeninhabers getäuscht wird.

Hier sollte daher der Registerrichter den Grundsatz der Firmenwahrheit auch dann zur Anwendung bringen, wenn die formalen Vorschriften des Handelsgesetzbuches, die unter anders gearteten weltanschaulichen Voraussetzungen erlassen wurden, an sich die Weiterführung des Firmennamens gestatten.

Das Gesetz darf nicht dazu mißbraucht werden, die Tarnung jüdischer Kaufleute zu erleichtern. Auch das Handelsrecht kann nur aus der nationalsozialistischen Weltanschauung heraus verstanden werden und niemals kann etwas Recht sein, was dem Volke schadet. Kr.

Digitized by Google

Wirtschaftspolitik und Ausland

Roosevelts Programme

Die Präsidentschaftswahlen in den USA. werfen ihre Schatten voraus und es scheint, als ob die Parole, unter der diesmal der Wahlkampf um den höchsten Posten des Landes geführt wird, die Frage der bestmöglichen Lösung des Problems der Arbeitslosigkeit sein wird. Roosevelt hat in einer kürzlich gehaltenen öffentlichen Wahlrede seine Ansichten darüber dargelegt. Er bekannte sich zu einer Mittelstellung „zwischen denen, die nichts und den anderen, die zuviel tun wollen" und rückte deutlich von den Stabilisierungsbestrebungen und ähnlichen „Universal-Heilmitteln" ab. Das tatsächliche Programm ist jedoch recht mager: Beschränkung der Berufstätigkeit aller Arbeitenden auf die Zeit vom 18. bis zum 65. Lebensjahr, Verkürzung der Arbeitszeit und Festsetzung von Mindestlöhnen. Dabei hat Roosevelt früher einmal die Lage der Vereinigten Staaten ganz anders — und nach unserer Meinung richtiger — gesehen, als er 1933 in seinem Buche „Blick vorwärts" (Looking forward) u. a. sagt:

> „Wir haben einen Überfluß an Rohstoffen, einen Überfluß an Maschinen, um diese Stoffe zu den Gütern zu verarbeiten, die wir brauchen; einen Überfluß an Transportmitteln und Handelsapparaten, um sie für alle, die sie brauchen, erreichbar zu machen. Ein großer Teil unserer Maschinen steht still, während Millionen arbeitsfähiger und intelligenter Menschen in bitterer Not nach Arbeitsgelegenheit schreien. Unsere Fähigkeit, den Wirtschafts-Apparat, den wir selber geschaffen haben, zu leiten, ist in Frage gestellt."

Roosevelt forderte damals den „Mut der Jugend" für die Verbesserung der Fehler des amerikanischen Wirtschaftssystems. An Experimenten hat es seither nicht gefehlt. Aber der wirklich großzügig geplante Vorstoß gegen die Arbeitslosigkeit mit Hilfe eines Milliarden-Programms öffentlicher Arbeiten zersplitterte an den Redereien der Parteien und Parlamente. Roosevelt ist heute bescheidener geworden, aber das alte, ausgefahrene Gleis, auf das er geraten ist, führt nicht ins Freie. Mit der Beschränkung des Arbeitsalters auf 18 bis 65 Jahre ist — wirtschaftlich gesehen — nicht viel getan. Denn die Ersetzung der wegen Erreichung der Altersgrenze Ausscheidenden würde ja in erster Linie durch die jungen Jahrgänge, die zu niedrigeren Löhnen arbeiten müssen, erfolgen.

Eine allgemein durchgeführte Verkürzung der Arbeitszeit würde sich dagegen sogar recht verhängnisvoll auswirken. Besonders, wenn sie in dem schon vor Jahren von den amerikanischen Gewerkschaften geforderten Umfang (30-Stunden-Woche) durchgeführt werden sollte.

Diese Tendenzen machen die grundsätzliche Abkehr von dem mit dem „Mut der Jugend" geplanten positiven Arbeitsbeschaffungsprogramm deutlich.

Nicht der Mensch und sein Anspruch auf Arbeit, zu dessen Erfüllung alle Möglichkeiten gesucht oder neu erschlossen werden müssen, steht heute in den Vereinigten Staaten mehr im Vordergrunde. Vielmehr scheint Roosevelt wieder das alte Rezept anwenden zu wollen, die vorhandene, schon geschrumpfte Arbeit zu strecken und neu zu verteilen. Es nutzt dabei wenig, wenn er verspricht, auf die Industrie einzuwirken, daß sie Mindestlöhne festsetzt, wenn gleichzeitig die tägliche Arbeitszeit verkürzt wird.

Die neuen Vorschläge Roosevelts sind jedenfalls ein Schulbeispiel dafür, wie schnell in einem Parteien-Staat die schöpferische Initiative einer Führerpersönlichkeit gelähmt wird. Auch die besten Ideen sind zum Versanden verurteilt, wenn die Cliquen der parteipolitisch oder wirtschaftlich Interessierten dem Handelnden in den Arm fallen. Rau.

Digitized by Google

Jüdische Auslandsvertreter deutscher Kaufleute

Für den Fall, daß es noch aktive Parteigenossen geben sollte, die den „Stürmer" nicht lesen, und zur Unterstützung derer, die ahnungslosen Zeitgenossen die Augen über die „Unentbehrlichkeit bewährter jüdischer Vertreter" öffnen müssen, sei hier folgendes bezeichnende Gaunerstückchen abgedruckt, das der „Stürmer" in seiner Nummer 19 vom Mai 1936 mitteilt:

„Wie der Jude deutsche Firmen im Ausland betrügt.

Der Jude N. hat es fertig gebracht die Vertretung einer Hamburger Exportfirma zu erhalten. Die ersten Bestellungen wahren Ursprungs wurden prompt abgenommen, weil Interessenten da waren, die die Sachen tatsächlich bestellt hatten. So hatte sich der Jude das Vertrauen der Firma erworben. Diese auf reeller Geschäftsbasis abgewickelten Aufträge gestatteten dem Juden natürlich kein Luxusleben und er konnte sich seinen Trieben nicht freiweg hingeben. Der Jude kam aber auf einen „genialen" Gedanken. Er stellte selbst Bestellungen aus, versah sie mit seiner Unterschrift und setzte den Namen eines Kunden ein, damit die Sache möglichst ehrlich aussah. Die Waren wurden von der Hamburger Firma in gutem Glauben abgesandt. Als dann die Waren bei dem jüdischen Vertreter in Buenos Aires ankamen, sandte er ein Telegramm ungefähr folgenden Wortlautes: „Kunde soundso verweigert Annahme der Ware, erbitte Bescheid." Die Firma bat dann um Verkauf an einen anderen Kunden. Der Jude telegraphierte dann: „Kunde X. bietet für Übernahme der Ware 50 Prozent des Fakturenbetrages, drahtet Bank Abänderung Trattenbetrag."

Das ganze Manöver hatte folgenden Zweck: Der Jude N. versuchte die Ware zum halben Preis an sich zu bringen, um sie dann von sich aus zu verkaufen. In vielen Fällen dürfte ihm das geglückt sein, da ja die Ware nicht mehr zurückgesandt werden konnte, weil die darauf liegenden Spesen ungefähr gleich sind und die Umstände größer. Es sind Fälle vorgekommen, wo diese Sendungen dem Juden konsignationsweise zur Verfügung gestellt werden mußten. Eine Abrechnung sandte er der Firma nicht, sondern verschwand mit dem Erlös in ein anderes Land und machte von dort aus mit einer anderen deutschen Firma das gleiche Manöver.

Beim Lesen dieser Zeilen werden manchem Exporteur und manchem Fabrikanten Erinnerungen kommen. Es wird ihnen wie Schuppen von den Augen fallen und sie werden zu der Überzeugung kommen, daß es besser und anständiger ist einem ehrlichen Deutschen die Vertretung zu geben." Ph.

Brücken über die Westgrenze.

Wunsch und Wille des Führers ist es, sich mit Frankreich zu verständigen. Es liegt nicht am Deutschen Volk und seiner Führung, auch nicht am Französischen Volk, daß diese Verständigung immer wieder sabotiert wird. Wir wundern uns darüber nicht. Denn wir kennen die Tätigkeit der Internationalen, der Komintern, des Freimaurertums, des Judentums.

Es sollten aber die Sprecher des Volkes hüben und drüben sich mehr und mehr bemühen, Aufgaben herauszustellen, welche beide Nationen zu einem gemeinsamen Vorgehen verbinden können.

In einem Aufruf, den 4 Millionen französische Frontkämpfer neulich an die deutschen Frontkämpfer gerichtet haben, steht geschrieben: „Wir haben gemeinschaftlich gleiche Achtung vor der Arbeit, die dem Menschen das Leben sichert und seine Würde hebt."

Die bitteren Erfahrungen der Vergangenheit haben nicht nur unserem Volk, sondern auch dem Französischen Volk gezeigt, daß die Voraussetzung für den Frieden nur die gegenseitige Achtung des Lebensrechtes der Völker untereinander sein kann, das Recht der Völker auf ihre Arbeit.

Wir erkennen in dem genannten Aufruf, die Bereitwilligkeit, das Lebensrecht anderer Nationen zu achten. Und wir wollen, wenn wir an die Zukunft der deutsch-französischen Beziehungen denken, hier anknüpfen und nicht bei den Haßreden tyrannisierender „Demokraten" oder der Hetzpropaganda jüdisch geführter Presseorgane.

Digitized by Google

Die Achtung der Arbeit und Leistung wird wie kaum eine andere Idee imstande sein, Brücken zu schlagen zwischen dem Deutschen und Französischen Volke.

Es sind nun 1000 Jahre, daß sich Deutsche und Franzosen unter der Führung und mit dem Blute germanischer Stämme auch zu Völkern formten. Für beide Völker wurden die Elemente der antiken Kultur, der römischen Staatsgedanken wie der kirchlichen Institutionen Grundlagen ihrer Verfassung.

Wir haben nicht zu untersuchen, ob die vielen Kriege zwischen Deutschland und Frankreich in den vergangenen 1000 Jahren zwangsläufig kommen mußten oder ob man sie hätte vermeiden können. Vor uns liegt ein neues Zeitalter, das der Führer im Begriffe ist, für die Völker Europas herbeizuführen. Unsere Aufgabe ist es, hier dem Führer Gefolgschaft zu leisten.

Die gegenseitige Achtung des Volkstums und der Arbeit beider Völker und ihrer Kultur wird auch einen dauerhaften Frieden herbeiführen können. Sch.

Die Politiker Frankreichs.

Ein spannendes Büchlein über Frankreich liegt vor. Sein Verfasser ist André Germain, der es versteht, die großen und kleinen Politiker seines Landes trefflich zu charakterisieren. Auch die Parteien und Machtgruppen des heutigen Frankreichs lernen wir kennen.

„... Der Krieg hätte mehrere Monate, wahrscheinlich sogar ein Jahr weniger gedauert, wenn Herr De Wendel nicht mächtiger als Frankreich gewesen wäre.

Ein Gegenstück zu Herrn De Wendel ist Herr Schneider-Creuzot. Auch er besitzt einige politische Männer und mehrere Zeitungen. Die angesehenste, die offiziellste Zeitung Frankreichs, „Le Temps", gehört zu 50 Prozent dem Comitè des Forges, zu 50 Prozent dem Comitè des Houillères. Diese Herren der Schwerindustrie zusammen mit dem einzigen, sehr mächtigen Bankier Finaly und den Besitzern der „Agence Havas" sind die ungekrönten Könige Frankreichs. Sie entscheiden über Krieg und Frieden. Auf ihr Geld gestützt, bedeuten sie dasselbe wie vor 45 Jahren die drei anderen ungekrönten Könige Clémenceau, Joseph Reinach und Ranc, die sich hauptsächlich auf okkulte, beinahe mystische Kräfte stützen."

Das Büchlein ist unter dem Titel „Der Weg zur Verständigung" im Deutschen Verlag für Politik und Wirtschaft erschienen. Si.

Verantwortlicher Schriftleiter: Udo Pfriemer, München 2 M, Herzog Wilhelmstr. 32 (Reichsadler) / Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, Thierschstraße 11 / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Durch die Dienststellen der NSDAP. (Gau- u. Kreiswirtschaftsberater) / Bezugsberechtigt: Nur Parteigenossen / Erscheinen: Mitte des Monats / Preis des Heftes: 20 Pfennig.

Digitized by Google

Mitteilungen der Kommission für

Wirtschaftspolitik der NSDAP

Heft 5 Jahrgang 1

Nachdruck - auch auszugsweise - nicht gestattet!

Der Führer am 9. Oktober 1935:

Es ist natürlich, daß sich die Führung [des Volkes] der höchsten wirtschaftlichen Einsicht bedient und an die Mitarbeit aller jener von wirklich wirtschaftlichen Fähigkeiten erfüllten Männer appelliert, die auch ihrerseits unabhängig sind und sich ihrem Volk nur allein verpflichtet fühlen.

Diese Führung besteht heute!

Die nationalsozialistische Bewegung hat sich bewußt nicht auf einzelnen Wirtschaftsorganisationen aufgebaut, sondern sie suchte nach einer **Synthese des Deutschen Volkes** und seinen Lebensnotwendigkeiten, seinen Lebensvoraussetzungen und seinen Lebensbedingungen.

Aus dem Inhalt:

Bernhard Köhler: Klassenkampf und Lebenshaltung

Edgar Bissinger: Moderne Handwerksmeister!

Bernhard Köhler: Rationalisierung der Volkswirtschaft

Werner Scheunemann: NS.-Programm und Wirtschaftspolitik: Brechung der Zinsknechtschaft

Wirtschaftswahn

Führer der Wirtschaft?

Verein oder Truppe

Kämpfer und Träumer

Erfinder gesucht!

Auch Hochhäuser!

Die in Weltanschauung verpackte Wurst

Spuk um die 40-Stunden-Woche

Juli 1936

Zentralverlag der NSDAP

Digitized by Google

Bernhard Köhler:

Klassenkampf und Lebenshaltung

Der Kriegsschauplatz der französischen Wirtschaft

Die französische Wirtschaft ist nun zu einem offenen Kriegsschauplatz geworden. Bei den streikenden Parteien, der Arbeiterschaft auf der einen und der Unternehmerschaft auf der anderen Seite geht es zu wie in Heerlagern. Die Lohnerhöhung, die bezahlten Urlaube und die 40-Stundenwoche werden als eine gelungene Offensive der Arbeiterschaft gewertet, und die Unternehmerschaft ist fieberhaft bemüht, gegen den empfangenen Schlag Maßnahmen zu treffen.

Die Mehrbelastung der Lohnkonten soll für die gesamte französische Industrie zwischen 40 und 50% betragen. Die Regierung lehnt den Ausgleich der Mehrbelastung in Preissteigerungen nicht rundweg ab, will jedoch nur „gerechtfertigte" Preissteigerungen zulassen. Herr Blum denkt sich offenbar, die innere Geldentwertung, die durch den politisch begünstigten Streik erzwungen worden ist, sich dadurch auswuchten zu lassen, daß die Schraubengänge von Lohnerhöhung zu Preiserhöhung, zu neuer Lohnerhöhung und wieder Preissteigerung nach oben zu immer enger werden, so daß — theoretisch — das ganze Niveau bei etwa 150% der alten Lohn-Preis-Parität zur Ruhe kommt.

Eine starke Regierung hätte selbstverständlich mannigfache Möglichkeiten, die nachteiligen Wirkungen einer falsch begonnenen Manipulation abzufangen. Immerhin wäre auch dafür die Voraussetzung, daß die ewig gültigen Zusammenhänge einer Volkswirtschaft richtig verstanden sind. Zunächst sieht dies nicht so aus. Die Regierung Blum manipuliert die französische Volkswirtschaft, indem sie von Größen ausgeht, die an und für sich gar keine festen Größen der Volkswirtschaft sind. Die Wirkung auf die französische Landwirtschaft wird bald die Mängel des theoretisch scheinbar so einleuchtenden Kaufkraftexperimentes zeigen.

Der Lohn muß in fester Beziehung zum Brotpreis stehen!

Der Lohn ist nur dann eine feste Größe, wenn er in fester Beziehung zum Brot steht. Man kann von einem Marxisten die Einsicht in diese Erkenntnis nicht verlangen, die allerdings, wenn man sie einmal erfaßt hat, so einfach erscheint, daß man gar nicht mehr glauben kann, je anders gedacht zu haben. Die Notwendigkeit, in Deutschland die gesamte Wirtschaftspolitik auf einer gradlinigen und zielbewußten Nährstandspolitik aufzubauen, wird bei dieser Überlegung wieder stärkstens offenbar.

Herr Blum hat erklärt, daß er nicht die Rolle eines Kerenski zu spielen beabsichtige. Ob dies den beruhigenden Sinn haben soll, daß er den Bolschewismus im Zaum zu halten wissen werde, steht dahin. Ebensogut kann er gemeint haben, daß er notfalls auch selbst die Bolschewisierung durchführen wird.

Digitized by Google

Das Lohnniveau des französischen Arbeiters

Die Erschwerungen, die der französischen Volkswirtschaft nach innen wie nach außen durch das Streikergebnis entstehen, sind so groß, daß auf keinen Fall die französische Arbeiterschaft sich auf die Dauer ihres Sieges wird freuen können. An sich hätten wir ja alle Ursache, den französischen Arbeitern die Verbesserung ihrer Einkünfte und Arbeitsbedingungen zu gönnen, denn unsere deutschen Arbeiter sind längst über das Niveau hinaus, das die französischen sich erst auf dem Wege des Klassenkampfes zu erkämpfen suchen.

Mit der Lohnerhöhung erreicht der französische Arbeiter erst eine äußere Lebenshaltung, die etwa 80 v. H. von der seines deutschen Kollegen ausmacht!

In der Durchsetzung des bezahlten Urlaubs können wir sogar eine unmittelbare Wirkung des nationalsozialistischen Vorbilds nach außen erkennen.

Die 40-Stundenwoche dagegen ist lediglich eine Erschwerung der französischen Volkswirtschaft, das heißt also auch kein Vorteil für ihre Arbeiterschaft, denn durch weniger arbeiten und trotzdem mehr verzehren ist noch kein Volk reicher geworden.

Der Lebensstand des deutschen Arbeiters

Die propagandistische Wirkung nationalsozialistischer Errungenschaften auf die Außenwelt und auf die Arbeiterschaft anderer Länder kann nicht leicht überschätzt werden. Auch die englischen, französischen, amerikanischen, italienischen, polnischen usw. Arbeiter sind ja durchaus keine gleichmäßig marxistische Masse, sondern haben in ihrem besten Teil Persönlichkeiten und Eigenschaften, die den unseren oft nahe verwandt sind. Und trotz strenger Zensur durch die jüdischen Berichterstatter und Nachrichtenbüros sickert eben doch bald dies, bald jenes von der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erhöhung der deutschen Arbeiterschaft ins Ausland durch.

Der Freizeitkongreß der Deutschen Arbeitsfront wird eine gewaltige Bresche in die Voreingenommenheit des Auslands gegen die nationalsozialistische Sozialpolitik schlagen.

Wirtschaftspolitisch sind die großartigen Leistungen der Deutschen Arbeitsfront in der Freizeitgestaltung, insbesondere in den Unternehmungen der NS.-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" deshalb bemerkenswert, weil sie großzügig und mit bestem Gelingen organisierte Unternehmungen sind, die einen an sich nur individuellen Bedarf vieler einzelner durch Zusammenfassung zur Befriedigung bringen. Dr. Ley hat hier Möglichkeiten wirtschaftlichen Verhaltens entdeckt, die sehr großzügige Unternehmer hätten reizen können, wenn sie darauf gekommen wären. Der Volkswirtschaft ist damit ein neues Gebiet erschlossen, das zu ihrer Gesundheit unentbehrlich ist.

Die deutschfeindliche Hetze

Die sozialen und politischen Wirkungen dieser Unternehmungen interessieren naturgemäß unsere Gegner besonders, und es nimmt nicht wunder, daß die gesamte jüdische Internationale unter Führung des Sowjet-Kommunismus darauf sinnt, ihnen das Wasser abzugraben. Sie rechnen damit, daß gewisse Erinnerungen und Rückstände aus der marxistisch-kapitalistischen Spaltung

Digitized by Google

des Deutschen Volkes noch immer spuken, und versuchen, mit ihrer Gegenpropaganda daran anzuknüpfen.

Die Spitzen, die die neue Sowjet-Verfassung und ihre Auslegung im Moskauer Sender gegen den Nationalsozialismus enthält, sind deutlich. Ebenso sind die Forderungen der Streikenden in Frankreich, in Belgien, in Spanien oder die Forderungen der Kommunisten für die amerikanische Präsidentschaftswahl auch propagandistisch zu verstehen.

Die Gegner wissen auch ganz genau, daß das Deutsche Volk nur zu verderben ist, wenn es uneins ist, und sie geben die Hoffnung nicht auf, daß alte Klassenkampfregungen und Klassenkampfgedanken doch einmal wieder zum Leben zu erwecken wären.

So müssen die merkwürdigen Stimmungs- und Verstimmungswellen verstanden werden, die von Zeit zu Zeit durch Deutschland laufen: Das Schimpfen über die Preise, das Gemecker über die Deutsche Arbeitsfront, die Hamsterpsychosen in Stoffen, Nähfaden, Seife usw., die Aufregung über Unternehmergewinne und Spitzengehälter, der Ruf nach der Tausendmarkgrenze und ähnliche. Solche Wellen entstehen nicht von selber. Es ist nicht schwer auf denjenigen zu tippen, der den Stein ins Wasser geschmissen hat, um die Wellen zu erzeugen.

Die Frage der Unternehmergewinne

Demjenigen, der die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik versteht und der weiß, nicht nur wie sie gemacht wird, sondern auch, wohin sie läuft, braucht man nicht erst zu sagen, daß selbst die größten Unternehmergewinne heute eine völlig andere Wirkung und Bedeutung haben, als es in der kapitalistischen Zeit der Fall gewesen wäre. Der Gewinn eines Unternehmens, einschließlich der endgültig an die Beteiligten ausgezahlten Gewinne, ist in einer sozialistischen Wirtschaft nichts weiter als eine Art Kredit, den die Volkswirtschaft dem Empfänger gewährt in der Erwartung, daß er das Richtige und Gemeinnützige damit anzufangen verstehen werde.

Nur platte Marxisten müssen sich die politische Lenkung dieser Einkünfte in Form von staatlichen Beschlagnahmen, Besteuerungen und anderen Eingriffen vorstellen. Die Sehnsucht nach solchen äußerlich erkennbaren Eingriffen riecht häufig recht stark nach Klassenhaß und Klassenkampf; manche Leute haben sich noch immer nicht über den Wunsch erheben können, daß es den Unternehmern doch einmal kräftig und fühlbar eingetränkt werden möchte!

Du lieber Gott, als ob die Unternehmer in einer nationalsozialistischen Wirtschaft ein bequemes Leben führen könnten! Die Anforderungen, die wir an einen Unternehmer stellen, sind so hoch, und die Bereitschaft ihn zu unterstützen, wenn er diese Forderungen nicht zu erfüllen vermag, ist so gering, daß die Auslese unter ihnen nur immer schärfer wird und von einem Ausbeuterleben auf Kosten des Volkes oder eines Volksteiles nicht mehr die Rede sein kann. Für eine wirklich sozialistische Betrachtung der Volkswirtschaft sind nicht einmal die Beschränkungen und Eingriffe so wichtig, die gegenwärtig vorgenommen werden müssen. Viel wichtiger und einschneidender ist die Umkehrung des politischen Verhältnisses zwischen Kapital und Arbeit, die den Unternehmer zwingt, sich rückhaltlos auf die Seite der Arbeit zu stellen.

Digitized by Google

Daß es Leute gibt, die das nicht wahrhaben wollen und verbissen an der Vorstellung festhalten, es bliebe so oder würde wieder so, wie es war, das ist kein so großes Unglück. Selbst wenn sie sich bemüßigt fühlen, ihr Unverständnis, ihre Kurzsichtigkeit und ihren mangelnden Tatsachensinn öffentlich zur Schau zu stellen, brauchen wir das nicht besonders tragisch zu nehmen. Man weist nötigenfalls auf den Irrtum hin und überläßt im übrigen seinen Urheber der verdienten Lächerlichkeit.

Hohe Facharbeiterlöhne

Viel bedeutsamer ist jedoch die Tatsache, daß sowohl die qualifizierte Leistung als auch die Arbeitskraft als solche verschiedentlich schon die hohe Bewertung genießt, die mit einer lebhaften Nachfrage verbunden ist. Wenn der Ruf nach Facharbeitern nicht verstummt und qualifizierte Leistungen heute mit Löhnen bezahlt werden, die früher ein akademisches Studium und eine lange Reihe von Dienstjahren voraussetzten, so hat sich doch eine wirtschaftliche Auswirkung der sozialistischen Revolution bereits durchgesetzt, wie sie erfreulicher gar nicht sein kann. Es ist durchaus abwegig, solche lohnmäßige Bewertungen der Arbeit als bloße Konjunkturerscheinung zu betrachten. Wir denken nicht daran, die hohen Löhne, die zum Beispiel für Kaltwalzer bezahlt werden, als „ungesund" zu bezeichnen. Unserer Meinung nach ist diese Entwicklung sogar sehr gesund und sie entspricht vollkommen den Absichten und der Voraussicht, die mit der Arbeitsschlacht verbunden sind.

Der Mindestleistungslohn auf der Autobahn

Ebenso ist es nur in der Ordnung, wenn aus Gewerben, in denen aus alter Überlieferung nur geringe Löhne bezahlt wurden, die Arbeiter abwandern und Arbeitsgelegenheiten suchen, die besser bezahlt werden. Es ist eine geradezu planmäßig eingetretene Wirkung des Baues der Autobahnen, wenn Arbeiter aus Steinbrüchen, Ziegeleien usw. dorthin abwandern, weil der auf der Autobahn bezahlte Standardlohn besser ist als der, den sie bisher empfangen haben.

Dies entspricht genau den Folgerungen, die aus einem praktisch wirksamen Recht auf Arbeit zu ziehen sind, indem der auf der Autobahn bezahlte Lohn als Normalleistungslohn wirkt, an dem sich alle anderen Löhne ausrichten. Wollen die Betriebe ihre Arbeiter behalten, so müssen sie eben die entsprechenden Löhne bezahlen. Dabei werden sie selbstverständlich gezwungen sein, die Mehrbelastung durch höhere Betriebsleistung und bessere Betriebsorganisation auszugleichen. Und daraus ergibt sich ein einfaches und klares Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter, indem diese beiden sich im Betrieb mit einem durchaus gleichen Gewicht von Rechten und Pflichten gegenüberstehen.

Kaufkrafterhöhung durch die zweite Arbeitsschlacht

Von hier aus aber entspringt dann auch der volkswirtschaftliche und sozialistische Zwang zur Rationalisierung, das heißt zu einer Betriebsgestaltung, die jeden unnützen Aufwand vermeidet und unter anderem auch keine unnützen und daher schlecht bezahlten Arbeiter im Betrieb erfordert.

Digitized by Google

Nur auf diesem Wege aber ist auch die Erhöhung der Kaufkraft der geringen Einkommen möglich. Ich habe nun schon vielfach dargelegt, warum die niedrigsten Einkommensstufen nicht ohne weiteres und in großem Maßstabe schon heute die Erhöhung der Volksleistung in Gestalt einer Erhöhung ihrer Lebenshaltung spüren können. Will man die Dinge richtig sehen, so muß man die Maßnahmen, die beim Volksempfänger naturgemäß nur versuchsweise und nur für eine noch unbegrenzte Käuferschicht getroffen werden konnten, einmal als ein Prinzip der gesamten gewerblichen Wirtschaft verstehen. Was beim Volksempfänger mit Hilfe eines besonderen Wunsches der Regierung gelungen ist und was beim Volkskraftwagen ebenfalls auf einen sehr bestimmten Befehl des Führers hin geschehen wird, wird sich immer mehr als ein Planungs- und Unternehmungsprinzip der freien Wirtschaft entwickeln.

Die freie Wirtschaft kann nämlich gar nicht anders als sich hierauf einzurichten, wenn sie nicht unter die Räder kommen will. Und die Folge muß sein, daß nicht nur solche Objekte wie Volksempfänger und Volkskraftwagen, die sich besonders gut zur Einleitung einer solchen Entwicklung durch die politische Führung eigneten, sondern auch die ganze Reihe der Gegenstände des täglichen Bedarfs dieser Entwicklung unterworfen werden. Das bedeutet aber, daß die niedrigeren Lohnschichten geldmäßig gar nicht geändert zu werden brauchen, daß aber eine fortschreitende Verbilligung die Kaufkraft dieser Löhne und Einkünfte steigern wird.

Die Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus ist hier so einfach und so zielsicher, daß der Erfolg mit Bestimmtheit vorausgesagt werden kann; mit derselben Bestimmtheit, mit der wir vor der Machtergreifung schon aussagen konnten, daß durch unsere Politik aus Arbeitslosigkeit Arbeitermangel werden würde.

Es ist gar nicht notwendig, zu versuchen, diese Entwicklung durch Ungeduld und Ermahnungen an die Regierung zu beschleunigen. Schneller, als sie in Wirklichkeit geschieht, ist sie gar nicht durchzuführen, und jeder Versuch zu Eingriffen, etwa in Form von Kaufkraftexperimenten, würde sie nur aufhalten.

Freiheit ist mehr als üppige Lebenshaltung!

Gerade die Fragen der Einkünfte und der Lebenshaltung finden wir immer wieder durch unklare Vorstellungen und falsche Ausrichtungen verwirrt. Dies ist begreiflich, denn hundert Jahre lang hat man das Volk gelehrt, materialistisch zu denken und außerdem ist nun einmal das Einkommen der sichtbare Ausdruck der Bewertung, die die eigene Leistung in den Augen der Volksgemeinschaft erfährt.

Infolgedessen gehört es zum Begriff des Sozialismus, daß seine wirtschaftlichen Auswirkungen auch der gesellschaftlichen Erhöhung derjenigen entsprechen, die vorher entrechtet gewesen sind.

Wir müssen zwei Dinge immer wieder betonen und immer wieder aufzeigen, daß sie eng zusammengehören:

Digitized by Google

Wichtiger als die üppigste Lebenshaltung ist die Freiheit des Volkes, das ungekränkte Recht und die ungekränkte Ehre jedes Volksgenossen und die Bürgschaft der Volksgemeinschaft für den Raum, auf dem jeder einzelne seine Leistung entfalten kann.

Unaufhaltsam aber sind gleichzeitig die wirtschaftlichen Auswirkungen einer Gesellschaftsordnung, in der Recht, Freiheit und Gemeinnutz herrschen.

So wenig also die äußere Lebenshaltung der Inbegriff des Sozialismus oder das Ziel der sozialistischen Forderung ist, so sicher und unaufhaltsam wird sie durch die sozialistische Wirtschaftspolitik als wirtschaftliche Folge des Sozialismus geschaffen.

Edgar Bissinger:

Moderne Handwerksmeister!

Im Heft 4 der „Mitteilungen" zeigte Pg. Karl Albach Rationalisierungsmöglichkeiten im Bergbau. Im folgenden Beitrag erkennen wir die Notwendigkeit der Rationalisierung im Handwerk. Sein Verfasser, Edgar Bissinger, ist gleichzeitig im Hauptamt Handwerk und Handel der NSDAP. wie in der Deutschen Arbeitsfront. Er ist als Schriftleiter der Zeitschrift „Aufbau" bekannt geworden.

Es geht kaum eine größere oder kleinere Zusammenkunft von Handwerkern vorüber, ohne daß nicht in irgendeiner Weise ein Rückblick auf die große Vergangenheit ihres Standes geworfen wird. Während dies früher mit einer gewissen hoffnungslosen Wehmut geschah, hat sich dies jetzt zu einem Stolz gewandelt, der die große Verpflichtung dieser Tradition fühlen läßt.

Freilich ist auch heute noch der Blick in die Vergangenheit meist recht einseitig. Man sieht vornehmlich den festgefügten Bau der Zünfte und Innungen, die mit drakonischen Strafen jedes Außenseitertum, sei es in der Qualität oder in der Preisgestaltung, unterbanden. Man sieht auch die großen Leistungen, die das deutsche Handwerk in jenen Jahrhunderten zusammenschloß, aber welche Ursachen es zu diesen Leistungen befähigten, wird meist nicht in den Kreis der Betrachtungen einbezogen, oder aber ganz einfach auf die Vorteile der Zunftordnungen zurückgeführt.

Tradition handwerklichen Könnens

Diese Betrachtungsweise jedoch ist absolut falsch. Wohl haben die Zünfte mit ihren strengen Bestimmungen über Ehre, Blut und Gut der einzelnen Meister und Gesellen einen großen Anteil an diesen Dingen. Nicht minder wichtig jedoch ist die Tatsache, daß hinter diesen Zunftmauern, wie man sie wohl bezeichnen kann, auch ein wirtschaftlich und vor allem auch technisch hochstehendes Handwerk geborgen wurde. Man darf in den Zünften niemals vorwiegend den Schutz der Schwachen sehen, sondern im Gegenteil drückt sich in ihnen der Angriffswille der Starken und Vorwärtsstrebenden zumindest in ihrer Entwicklungs- und Blütezeit aus.

Digitized by Google

Die großen Fortschritte, die die Technik und die Zivilisation machte, die großen Denkmäler der deutschen Kultur, sie alle sind in diesen Zeiten aus dem Können und dem Leistungswillen des Handwerks entstanden. Diese Kräfte sind noch lange über die Einführung der Gewerbefreiheit hinaus lebendig geblieben, so daß auch zahlreiche, große Industrieunternehmungen der heutigen Zeit wie Adam Opel, Gottlieb Daimler, Friedrich Krupp aus handwerklichen Anfängen und auf handwerklicher Grundlage entstanden sind. Dies kam aber daher, daß das Handwerk damals in seinen Arbeitsmethoden, seinem technischen Können, in der wirtschaftlichen Einrichtung seiner Betriebe vorbildlich dastand und insbesondere ist es damals, was leider allzuoft vergessen wird, von den Anfängen der Industrie, den Fabriken und Manufakturen, die erst noch nach wirklich rationellen Verfahren und Methoden suchten, weit voraus gewesen ist. Wir dürfen nicht allein die künstlerische Leistung eines Veit Stoß, eines Albrecht Dürer, Peter Henlein oder eines Peter Parler bewundern, sondern wir müssen, wie dies ihre Zeitgenossen auch getan haben, unsere Anerkennung auch ihrer handwerklichen Fähigkeit, ihrem technischen Wissen und Können zollen, denn sie waren vielfach ihrer Zeit nicht nur im Ausdrucksvermögen, sondern auch in diesen Dingen um Generationen voraus.

Der Verfall des Handwerks

Heute hat sich dieses Verhältnis durch das Zurückbleiben des Handwerks hinter der Entwicklung der Arbeitsmethodik und der Anwendung der Technik in das Gegenteil verwandelt. Die grundlegenden Erfindungen entstehen heute in den Riesenlaboratorien und Versuchswerkstätten der großen Firmen oder entspringen der Phantasie begabter Laien und werden dann von der Großindustrie vervollkommnet und ausgebaut. So bitter diese Tatsache an sich ist, das Handwerk ist trotz hervorragender Einzelleistungen in seiner großen Gesamtheit am Fortschritt unserer Technik und Wirtschaft nicht mehr beteiligt.

Rationalisierung der Handwerksbetriebe!

Wie wir aber oben gesehen haben, ist das wirtschaftliche und technische Können die Voraussetzung für den starken Aufbau der Zünfte gewesen. Auch heute wird das Innungswesen, das in moderner Form im neuen Reich wieder auferstanden ist, niemals dem Handwerk seinen Lebensraum durch einen Ausbau seiner Organisation erkämpfen können, sondern nur durch die Modernisierung und Rationalisierung der Betriebe, durch Hebung der Arbeitsmethoden und der technischen Leistung seiner Angehörigen.

An der Anschauung, daß die Zeit über das Handwerk hinweggehe, ist zum großen Teil die Apathie der Handwerker selbst schuld, denn wo die technischen Fortschritte es dem Laien ermöglicht haben, sich bei einigem Geschick selbst mit handwerklichen Leistungen zu versorgen, dann muß sich das entsprechende Handwerk durch Vervollkommnung seiner Arbeitsmethoden und Umstellung seiner Betriebe wieder die Führung sichern. Mit der Bewahrung handwerklicher Arbeitsmethoden vor der Einsicht durch Unberufene ist nichts geholfen.

Digitized by Google

Es muß sich stets an die Spitze der Entwicklung stellen. Diese Forderung ist insbesondere heute geboten, da es ja durch die Elektrizitätswirtschaft wieder möglich ist, an Stelle der großen konzentrierten Produktionsstätten, die rentabler als die dezentralisierten waren, den Kleinbetrieb auch wirtschaftlich wieder absolut konkurrenzfähig zu machen und er im Gegenteil durch sein schöpferisches Vermögen, durch sein Verbundensein mit dem ganzen Werkstück gegenüber dem Großbetrieb wesentliche Vorteile, auch wirtschaftlicher Natur, aufweist.

Fortschritt und Handwerk

Wenn nun aber die Modernisierung und Technisierung des Handwerks, wie auch der Reichshandwerksmeister erkannt hat, die Kardinalfrage für die Zukunft des deutschen Handwerks sein wird, so muß jeder Verantwortliche es als seine Hauptaufgabe sehen, hier alle Wege, die vorwärts weisen könnten, zu beschreiten. Dazu gehört zuerst die dauernde kräftige Zuführung jungen Blutes in das Handwerk, dessen Betriebe zum großen Teil überaltert sind. Auch sind junge Meister gegenüber neuen Arbeitsmethoden und technischen Fortschritten wesentlich aufgeschlossener. Dazu ist es notwendig, daß die Meister-Vorbereitungskurse, bei denen es heute den Anschein hat, als sollten sie im wesentlichen den Begüterten und Meistersöhnen offen stehen, verbilligt und finanziell erleichtert werden. So schön es an sich ist, daß Meistersöhne wieder Meister werden und das Handwerk ihrer Vorväter über Generationen hinweg weiterführen, so bedarf doch jeder Stand und jeder Beruf dauernd frischen Blutes.

Der größte Wert ist auf die Erziehung des Nachwuchses und hierbei vor allem auch auf die Fortbildung der Gesellen und Meister jeden Lebensalters zu legen. So wichtig die Bestimmung bei den Meisterprüfungen ist, daß derjenige, der sich zur Prüfung meldet, in soundso viel Betrieben soundso lange gearbeitet haben muß, so notwendig erscheint es auch späterhin, ihn nicht nur durch Schulungskurse der DAF. fortzubilden, sondern ihm vielleicht auf dem Wege über wirtschaftskundliche Studienfahrten die Arbeitsverhältnisse in der am gleichen Werkstoff beschäftigten Industrie zu zeigen oder vorbildliche Betriebe seines Handwerks kennen lernen zu lassen.

Weiterhin erscheint es dringend notwendig, das Handwerk mit der Leipziger Messe, die als ungeheure Anregung gerade in der Verbesserung der technischen Ausstattung der Betriebe gelten darf, näherzubringen. Jede Kreishandwerkerschaft müßte ihren Stolz darein setzen, mit einem Sonderzug mindestens einmal im Jahre zur Leipziger Messe zu fahren.

Darüber hinaus ließen sich noch Hunderte von weiteren Wegen gehen, die günstig und aussichtsreich erscheinen, um die Technisierung und Rationalisierung des Handwerks bis zu der Stufe durchzuführen, auf der es der Leistungsgemeinschaft des Deutschen Volkes und dem technischen Stand unserer Zeit entspricht.

Auf dieser Grundlage allein wird für das Handwerk eine neue wirtschaftliche Blüte einsetzen, denn die Blüte im Mittelalter beruhte darauf, daß das Handwerk der technisch fortgeschrittenste Stand war und die kommende Blüte wird ebenso aus dieser Wurzel sprießen müssen.

Digitized by Google

Bernhard Köhler:

Rationalisierung der Volkswirtschaft

Wer das nationalsozialistische Schrifttum wirklich kennt, der weiß, daß die Forderungen, die wir unter dem Begriff „Rationalisierung der deutschen Volkswirtschaft" zusammenfassen, seit jeher eine gewichtige Rolle für uns gespielt haben.

Rationalisierung, das heißt: Durchdenken, Durchplanen, Durchordnen der wirtschaftlichen Tätigkeit im Deutschen Volke, der Gütererzeugung und der Güterverwendung zur Erzielung eines möglichst großen Nutzeffekts für das Volk, ist durchaus nicht etwa auf technische Verbesserungen, Maschinenaufstellung, Ersparnis an menschlicher Arbeitskraft beschränkt. Das Rationalisierungsprogramm der deutschen Volkswirtschaft umfaßt die Beseitigung aller Verlustquellen, wo sie nur auftreten.

Die wichtigste und gefährlichste Verlustquelle allerdings bleibt immer die Arbeitslosigkeit. Ein Volksgenosse, der Arbeit leisten kann und Arbeit leisten will und der vergeblich nach Arbeit sucht, ist wirtschaftlich ein unerträglicher Verlust und außerdem ein Zeuge dafür, daß das Unrecht und der Irrsinn des Kapitalismus noch nicht völlig ausgemerzt sind. Daher ist das Recht auf Arbeit für jeden Volksgenossen gleichzeitig die Grundforderung für die Rationalisierung der deutschen Volkswirtschaft.

Aber auf diesem Grundsatz, und von ihm aus gesehen erst in die richtige Beleuchtung gerückt, türmt sich ein beinahe unübersehbares Gebäude von Notwendigkeiten besserer Wirtschaftlichkeit auf. Gütererzeugung, Güterverteilung, Güterverwendung, Aufstellung, Pflege und Erneuerung von Produktionsmitteln, Wohn-, Verkehrs- und Kreditwesen, Betriebsverwaltung und öffentliche Verwaltung — sie alle weisen peinliche Verlustquellen auf, die beseitigt werden müssen.

Von der Bekämpfung der Schädlinge für unsere Nutzpflanzen über die Beseitigung der Verluste bei der Gewinnung und Einbringung der Ernte, über die Lagerung, den Versand, die Verteilung und schließlich den Verbrauch der Lebensmittel geht eine Linie wichtigster Rationalisierungsmöglichkeiten, die wir in der Kampfzeit schon mit eindringlichen Zahlenbeispielen dargestellt haben und die heute der Reichsnährstand mit großzügigen und sehr zweckentsprechenden Aktionen verfolgt.

Die Gewinnung von fruchtbarem Neuland aus Ödländereien, der Schutz gefährdeter Gebiete vor Überschwemmung, die Entwässerung nasser und Bewässerung trockener Ländereien, die Ertragssteigerung durch sorgfältige, sachverständig abgemessene Düngung, die Auslese und Züchtung hervorragender Sorten und die Verbesserung vorhandener: Das sind teils wiederum Aufgaben des Reichsnährstandes, teils des Arbeitsdienstes oder der öffentlichen Verwaltung.

Die gesamte Wasserwirtschaft des Deutschen Reiches befindet sich heute noch kaum in den ersten Anfängen vernünftiger Planung und Ordnung. Eng mit ihr hängt die Bekämpfung von Brandschäden zusammen, die wiederum

Digitized by Google

auf das große Gebiet der Verlustverhütung an Anlagen und Gebäuden hinweist.

Die Verhütung oder die Sammlung und Verwertung von Abfällen macht ebenfalls rüstige Fortschritte, sowohl im Haushalt, als auch im gesamten Gewerbe.

Erst hier fügt sich die technische Rationalisierung der Betriebe ein, die auf manchen Gebieten noch in den Kinderschuhen steckt und die entschieden vorwärts getrieben werden muß, wenn wir nicht in verhältnismäßig kurzer Zeit aus Mangel an Arbeitskräften unsere Lebenshaltung und unsere Wehrfähigkeit einschränken sollen.

Auch die organisatorische Durchbildung der Betriebe, bessere Betriebsübersicht gehört hieher. Sie wird gleichzeitig erlauben, bessere Leistungen hervorzubringen und an Stelle von Schund grundsätzlich dauerhafte Waren zu setzen. Schund ist eine der abscheulichsten Verlustquellen der Volkswirtschaft. Er stiehlt dem Käufer das Geld aus der Tasche und verhindert den Wohlstand des Volkes.

Tilgung alter Schulden und Vermeidung von Schuldenmachen ist eine weitere wichtige und außerordentlich nützliche Aufgabe der volkswirtschaftlichen Rationalisierung. Es gibt wenige, die darin nicht teilnehmen und nicht unmittelbaren Nutzen für sich selbst haben können.

Verbesserung der Bauweise und Gesundung der Wohnverhältnisse führt dann auf das große Gebiet der volkswirtschaftlichen Rationalisierung, die sich auf der Erhaltung der Volksgesundheit aufbaut.

Hierher gehört weiter die Verbesserung der Arbeitsplätze und der gesundheitlichen Verhältnisse in den Betrieben, die Unfallverhütung und die richtige Verlegung und Gestaltung der Freizeit.

Alle diese Maßnahmen wirken sich in einer sehr nützlichen und wünschenswerten Vereinfachung der verschiedenen Verwaltungszweige aus. Sowohl die Betriebsverwaltungen wie die Verwaltung des Kreditapparats, ebenso die Verwaltung der Versicherungen und der öffentlichen Verwaltung werden einen großen Nutzen davon haben und billiger gestaltet werden können. Die so gewonnenen Ersparnisse können unmittelbar neuer Leistung und Lebenserhöhung des Volkes durch neue Arbeit nutzbar gemacht werden.

Fügen wir noch hinzu die Verbesserung, Beschleunigung, Verbilligung und Regelung des Verkehrs, die nicht nur unmittelbare wirtschaftliche Vorteile bringen, sondern auch mittelbar durch Unfallverhütung menschliche und wirtschaftliche Werte erhält, unnütze Zerstörungen verhütet und Arbeitskräfte lieber für Neuerstellungen als für verfrühte Reparatur und Ersatzbeschaffung bereitstellt, so haben wir ein ungefähres Bild von dem, was unter dem Namen „Rationalisierung der Volkswirtschaft" zu verstehen ist.

In Heft 5 der „Zeitschrift für Organisation", das Peter A. Schlenzka zusammengestellt hat, sind einige dieser Zweige näher geschildert.

Die Forderung nach Rationalsierung der Volkswirtschaft ist, wie alles Lebensnotwendige und Vernünftige, an sich nichts neu Erfundenes, was in keinem Teile bisher gedacht worden wäre. Aber es kommt darauf an, zu begreifen, daß alle diese vielen verschiedenen einzelnen Aktionen, deren jede ihren sachkundigen und begeisterten Träger finden muß, als das Streben nach einem großen Ziele verstanden werden, das mit der Aufgabe der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik völlig zusammenfällt.

Digitized by Google

Werner Scheunemann:

NS-Programm und Wirtschaftspolitik: Brechung der Zinsknechtschaft

Zu den Forderungen des Nationalsozialismus, die erbittertste Gegner auf den Plan gebracht haben, gehört Punkt 11, Satz 2 des Parteiprogramms: „Brechung der Zinsknechtschaft." Das war für den Nationalsozialismus bester Beweis, daß er in ein Wespennest gestochen hatte und sein Stich ganzen Haufen von Interessenten heftigste Schmerzen bereitete. Also mußte diese Forderung nicht nur richtig, sondern sogar unerbittlich notwendig sein; sie mußte ohne Kompromiß durchgekämpft und schließlich einmal durchgesetzt werden. Nachdem wir uns im letzten Heft mit dem Stand der Abschaffung des arbeits- und müheloſen Einkommens beschäftigten, sei die Frage angeschlossen: Ist die Zinsknechtschaft bereits gebrochen?

Die Herrschaft des internationalen Kapitals

Was ist überhaupt Zinsknechtschaft? Ist es ein Schuldverhältnis, das Zinsverpflichtungen begründet; ist es die Höhe dieser Zinsverpflichtung; die Rigorosität ihrer Eintreibung?

Unter Zinsknechtschaft ist zu verstehen die zinspflichtige Verschuldung von Staat und Volk gegenüber den überstaatlichen Geldmächten. „Die Knechtschaft unter der Herrschaft des Geldes ist fürchterlicher und brutaler als jemals eine Herrschaftsform unter absoluten Fürsten war, weil sie unpersönlich ausgeübt wird, ohne irgendwelches menschliches Gefühl, nur von unersättlichem Ausbreitungs- und Vergrößerungstrieb besessen, von einem Machthunger ohnegleichen." Auf dem Wege über alle möglichen „Rechtsansprüche", Schuldverschreibungen, Hypotheken, Aktien usw. hat das internationale Leihkapital die ganze Welt sich zinspflichtig gemacht. Eigentum, Wohn- und Arbeitsstätten, Grund und Boden schaffender Völker wurden durch Abstrahierung unter die Verfügungsgewalt der internationalen Finanzmächte gebracht. Ganze Völker sind einer Handvoll Bank- und Börsenmagnaten mit ihrer Arbeit zinspflichtig geworden. Das drückte sich beim Kapitalismus in dem „Ziel der Rentabilität" der zinspflichtigen Körperschaften aus, mit anderen Worten: der Unterstellung rein produktionspolitischer und sozialer Aufgaben unter die Zinseintreibung für das Leihkapital. Alles andere mußte zurückstehen. Der Mensch im Betriebe, das Erzeugnis des Betriebes — alles diente einem: der Aufbringung des Zinsendienstes. Immer gründlicher wurden so die Grundlagen einer wahrhaft volksnützlichen Wirtschaft zerstört.

Adolf Hitler führt in „Mein Kampf" aus, daß der Jude sich auf dem Umweg über die Aktie (und über mannigfache andere Schuldverpflichtungen) in den Kreislauf der nationalen Produktion einschob, diese zum käuflichen, besser handelbaren Schacherobjekt machte und damit den Betrieben die Grundlage einer persönlichen Besitzerschaft raubte. Außerdem wuchs die jüdische Einflußnahme auf wirtschaftlichem Gebiet, so erklärt der Führer weiter,

Digitized by Google

über die Börse unheimlich schnell an. Der Jude wurde zum Besitzer oder doch zum Kontrolleur der nationalen Arbeitskraft.

Die Börse begann zu triumphieren und schickte sich an, langsam aber sicher, das Leben der Nation in ihre Obhut und Kontrolle zu nehmen. Dem vereinigten Angriff des gierigen Finanzkapitals gelang es, die deutsche Wirtschaft schließlich zu internationalisieren. Erinnern wir uns daran, daß man nach dem Kriege, um an Finanztransaktionen zu verdienen und selbst hier Mitbestimmung zu erlangen, sogar die Reichsbank und die Deutsche Reichsbahn zu Aktiengesellschaften machte! Soweit ging das Herrschergelüste des internationalen Finanzkapitals, das zur Ausübung seiner Herrschergewalt keiner staatlichen Grenzen bedarf. Deutschland war finanzpolitisch und damit auch politisch restlos unter die Knechtschaft des Weltjudentums geraten. Die Zinsknechtschaft feierte Triumphe.

Brechung der Zinsknechtschaft als politische Forderung

Brechung der Zinsknechtschaft war eine politische Forderung. Für den Nationalsozialismus mußte selbstverständlich sein, daß er den Kampf gegen diese gigantische Weltmacht aufnahm. Die Arbeit des deutschen Menschen soll der bestmöglichen Versorgung unseres Volkes mit Gütern seines Bedarfes dienen, nicht aber Fronarbeit zur Bereicherung dunkler Geldmächte sein. Brechung der Zinsknechtschaft folgert sich deshalb auch aus der Befreiung der Arbeit vom Joch tributpflichtiger Ausbeutung. Die Schaffung des Rechtes auf Arbeit und freie Leistung, sowie natürlich auf freie Verfügung über den Ertrag dieser Leistung enthalten auch die Brechung der Zinsknechtschaft.

Brechung der Zinsknechtschaft ist eine in höchstem Maße sozialistische Forderung. Sie ist auch keine Utopie. Das war sie nur in den Augen derjenigen, deren finanzpolitischer Machtanspruch durch diese aus urwüchsigem deutschem Selbsterhaltungswillen entstandene Forderung aufgehoben werden sollte.

Das Kapital soll nicht herrschen, sondern dienen!

Das Leihkapital hat in Deutschland nicht mehr die oberste Herrschaft, die es selbst über den Staat hatte, der im Nachkriegsdeutschland zu Bankjuden betteln ging, um Gelder für die Auszahlung der Beamtengehälter zu bekommen; der sich von einem Spekulanten seltenen Formats, Ivar Kreuger, eine Anleihe vermitteln ließ, weil sein eigener Kredit nicht mehr groß genug war; der sich im Vorkriegsdeutschland nicht schämte, neben den Schwertadel den Finanzadel zu setzen (worin Sünden früherer Fürstengenerationen nachklingen).

Unser Staat hat seine konsequente Haltung von Anfang an eingenommen: Mit Beginn des Dritten Reiches wurde den überstaatlichen Finanzgewalten klar, daß ein unerschrockener Kampf auf wirtschaftlichem Gebiet zur Befreiung von Volk und Staat aus goldenen Netzen beginnen würde.

Der Führer nannte dies den „wichtigsten Programmpunkt der deutschen Nation um ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit und Freiheit".

Hatte früher keine Regierung gewagt, gegen das Profitinteresse der Finanzwelt einschneidende Maßnahmen zu treffen, so zögerte der Nationalsozialismus nach seiner Machtergreifung keinen Tag, das Kapital zur Dienerin statt Herrscherin des Volkes und seiner Wirtschaft zu machen.

Digitized by Google

Auch im nationalsozialistischen Staat gibt es Banken und andere Geldinstitute; aber sie sind nicht mehr die Herren der Wirtschaft oder gar des Staates, sondern ihre Helfer. Das Geld ist auf seine ursprüngliche und eigentliche Funktion zurückgeführt, Hilfsmittel für den Austausch der Güter zu sein. Früher wurde nicht in erster Linie erzeugt, was notwendig war, sondern was sich „rentierte". Eine Sache, die nicht genügend Zinsen und Dividende abzuwerfen versprach, wurde nicht in Angriff genommen. Heute werden, namentlich auf dem Gebiet der Rohstofferzeugung, Werke größten Ausmaßes errichtet, obwohl vom reinen Rentabilitätsstandpunkt aus mancher Schlaukopf Einwendungen erhebt.

Das Lebens- und Versorgungsinteresse unserer Nation in guten und schlechten Zeiten ist aber maßgebend, nicht die vorteilhafteste Kapitalverwertung (lies finanzielle Ausplünderung des Volkes). Öffentliche Arbeiten gewaltigsten Ausmaßes wurden eingeleitet und u. a. mit Bankhilfe finanziert, bei denen überhaupt keine Rentabilitätsmaßstäbe anzulegen sind (Autobahnen, Rüstung). Das Bankwesen wurde hier wirklich in eine dienende Funktion gebracht. Es hat sich allerdings keineswegs selbst hineingedrängt. Es steht innerlich teilweise noch heute seiner neuen Rolle verständnislos, um nicht zu sagen fassungslos, gegenüber. Aber es fügt sich, und einsichtige, d. h. kluge Bankleiter erkennen mehr und mehr, daß in dem neuen Kurs auch der rein privatwirtschaftliche Vorteil für das Bankwesen selbst liegt. Wie sich überhaupt in der Wirtschaft mehr und mehr die Erkenntnis durchsetzt, daß allein in einem Staat, welcher totalen politischen Führungsanspruch erhebt, die Wirtschaft gedeihen kann; denn nun kann sie sich ihren besonderen Aufgaben zuwenden, die wahrhaft groß und tüchtiger Männer würdig sind.

Beseitigung der Einzelschäden

Die politische Forderung einer Brechung der Zinsknechtschaft ist also eindeutig durchgesetzt. Das allein ist eine geschichtliche Leistung.

Weniger revolutionär kann dagegen bei der Beseitigung der Einzelschäden vorgegangen werden, die der jahrhundertelange Mißbrauch des Kapitals hervorgerufen hat. Hier ist behutsame Beobachtung der wirtschaftlichen Vorgänge nötig, um nicht noch größere Zerstörung herbeizuführen.

Deshalb ist an die rein praktische Maßnahme der Senkung des Gesamtzinsniveaus mit genauester Überlegung und großer Vorsicht herangegangen worden. Der Erfolg ist allgemein bekannt. Reichsbankdiskont im August 1931 noch 15%, jetzt 4%, Reichsbanklombard damals 20%, jetzt 5%. Sollzinsen der Kreditinstitute August 1931 fast 13,5%, nunmehr 5%. Die organische Zinskonversion am Markt der festverzinslichen Werte hat dort die Renditen von 6,25—7,50% auf 4,70—4,85% gesenkt. Einwirkungen auf alle übrigen Zinsarten blieben nicht aus. Eine besonders wertvolle Begleiterscheinung und Illustration zum Kapitel Brechung der Zinsknechtschaft ist, daß damit auch der Staat seinen großen Anleihebedarf zu 4½% Zinsen — und unter Berücksichtigung der Anleiheausgabe unter pari zu weniger als 4,70% Gesamtkosten (Rendite) — decken kann.

Allerdings liegt in der Beeinflussung der mannigfachen unkontrollierten Zinsen noch eine große Aufgabe. Wir brauchen nur das Stichwort Privat-

Digitized by Google

hypotheken zu nennen, um ein Gebiet bedauerlicher Zinsmißstände zu erwähnen, zu deren Beseitigung erst durch die jüngsten Bestimmungen eine Handhabe geschaffen wurde.

Der Kleinkampf gegen überhöhte Zinsen muß weitergehen. Er hat eine gute Operationsbasis in Gestalt der erwähnten sichtbaren Fortschritte im Zinsabbau auf den großen Gebieten des organisierten Kapitalverkehrs. Die weiteren Angriffe werden bereits vorgetragen. Jeder Volksgenosse kann hier durch Aufmerksamkeit und Wachsamkeit helfen. Der Zinswucher muß auch überall dort, wo er noch als vereinzelte Erscheinung auftritt, ausgebrannt werden.

(Es ist beabsichtigt, die Brechung der Zinsknechtschaft noch in weiteren Aufsätzen zu behandeln. Die Schriftleitung.)

Auslese - Erziehung - Kampfrichtung

Wirtschaftswahn

„Die Politik dient der Wirtschaft...", dieser Wahn, daß letzten Endes die Wirtschaft das Leben eines Volkes ausmache und daher die Politik nichts anderes zu tun habe, um seine Wirtschaft zu ermöglichen, stirbt nicht aus.

Es möchte ja noch hingehen, wenn jemand unter „Wirtschaft" wirklich nichts anderes als die materielle Lebenserhaltung des Volkes verstünde. Meist aber wird nichts anderes darunter verstanden als der bloße Markt, der Güterumlauf und Güteraustausch, also eine recht jüdische Auffassung, die uns während des ganzen 19. Jahrhunderts viel zu schaffen gemacht und der materialistischen Weltanschauung erst ihre Wendung zum Glaubensbekenntnis der Krämer gegeben hat.

„Ich weiß nicht", so sagte eine sehr prominente Persönlichkeit kürzlich zu Journalisten, die diese Weisheit schleunigst in alle Winde kabeln, „was das Ziel der internationalen Politik sein soll, wenn nicht, daß wir wieder zu einem geregelten Warenaustausch kommen, der letzten Endes das einzige Mittel ist, um den Lebensstandard der einzelnen Völker zu steigern und zu bessern. Nur dadurch, daß wir versuchen, die Lebenshaltung der Völker zu verbessern durch Belebung des Welthandels, nur dadurch können wir das Gespenst des Bolschewismus bannen."

Das heißt auf deutsch: erstens, die Völker treiben internationale Politik, um den internationalen Handel zu fördern. Die Politik ist für die Wirtschaft da und wenn sie dies nicht fertig bringt, dann findet sie besser gar nicht statt.

Das heißt zweitens: der Lebensstandard der Völker hängt davon ab, daß sie mit anderen in Austausch treten können. Maßgebend für den Lebensstandard ist also nicht etwa die geistige, seelische, künstlerische und sittliche Kultur eines Volkes, sondern die Menge von Kakao, Bananen, Lippenstiften, Kupfer und Gummi, die sie von anderen beziehen können!

Und das heißt drittens: der internationale Handel überwindet den Bolschewismus. Wie ein böser Traum wird die bolschewistische Bedrohung verschwinden, wenn die Politik der Völker sich eifrig angelegen sein läßt, den internationalen Handel zu fördern.

Und das heißt endlich: ich weiß gar nicht, was die Nationalsozialisten immer mit ihrer ewigen „Politik" wollen. Es gibt kein höheres Ziel als geregelte Geschäfte!

Wirtschaftswahn! Dr.

Digitized by Google

Führer der Wirtschaft?

Jede Umwälzung, die neue Wertvorstellungen entwickelt, unterliegt der Gefahr, daß sich ihr die plötzlich „Erwachten" mit offenen Armen entgegenwerfen — sich an dem Zeitgemäßen überstürzen und überschlagen. Wir stehen vor einer Inflation von Begriffen. Wenn früher viele danach strebten, Vertreter der „würdigen" Parteien zu sein, so bemühen sie sich nun, ihrer Führerstellung gewahr zu werden und entdecken dabei gleichzeitig nur verschüttete „Führereigenschaften".

Der wahre Führer drängt aus eigener Machtvollkommenheit auf ein Ziel hin, ist sachergeben, opferbereit, einsatzmutig, leidenschaftlich und als Bester aus dem Kampf hervorgegangen. Ideale und sittliche Gründe bestimmen sein Handeln. — Führer ist ein politischer Begriff.

An diesem Maßstab gemessen, erkennen wir, daß nicht jeder Unternehmer oder gar Leiter einer Wirtschaftsorganisation Führer in diesem Sinn sein kann. In der Wirtschaft wirken materielle Kräfte, der einzelne hat sie entweder zu entwickeln oder verwaltungsmäßig zu betreuen. Die Gefolgschaft stößt zu ihm nicht aus Idealismus, sondern aus materiellen Gründen.

Die Führer der Organisationen sind nicht aus „opfervollen Kämpfen" hervorgegangen, sondern sind „zum Teil nur nach längerem dringenden Zuspruch ernannt worden", wie Bernhard Köhler sagt. „Autorität entsteht aber nicht durch Autorisation." Wohl hat ein Unternehmer zu wagen und Verantwortung zu tragen, aber „die Verantwortung endet praktisch da, wo sein Vermögen endet".

Kein „Wirtschaftsführer" wird imstande sein, nach Zusammenbruch seines Unternehmens die Gefolgschaft noch weiter auf ein Ziel hinlenken zu können. Sie zerstreut sich, sucht neue Arbeitsgelegenheiten. Der echte Führer bleibt in Zeiten der Not mit seinen Mannen auf das engste verbunden und führt den Kampf weiter um einer Idee willen.

Es bedeutet durchaus keine Entwürdigung der verantwortungsvollen Leiter der Wirtschaft, wenn wir als Führertum nur politisches Führertum anerkennen können; denn „Politik gestaltet das Leben des Volkes selbst und damit auch seine Wirtschaft. Wir brauchen keine besondere Wirtschaftsführung, wenn wir eine Führung des Volkes haben". Unt.

Verein oder Truppe?

Die deutsche Geselligkeit der vergangenen Geschlechter hat sich in den hunderttausenden Vereinen ausgetobt, die es in Deutschland gegeben hat und zum Teil noch gibt. Den typischen Vereinsmeiern dieser Zeit schien der Verein wichtiger als etwa die Gemeinde oder die Familie, ja in manchen Fällen das Volk. Gegenüber dem Vereinsleben war das Gemeinde- und Familienleben verblaßt.

Die Vereinsmeierei ist auch heute nicht überwunden. Aber wenn man von irgend etwas sagen kann, daß es die nachwachsende Generation überwindet, so wissen wir, daß die Hitler-Jugend nur wenig Verständnis hat für die Tabakklubs, Bierabende und Kommerse von Spießern und ihren Spießgesellen.

Uns ist auch lieber, es sterben die Aquarianer aus, als die Fische, die infolge der Abwässer von Fabriken in vielen deutschen Flüssen nicht leben können. Uns ist auch lieber, es sterben die Terrarianer und Büchsenbotaniker aus, als die Blumen, die unsere Wiesen und Haine schmücken und gerade durch ihre Seltenheit uns erfreuen.

Das deutsche Heim, die Plätze und Hallen der Gemeinde, die Versammlungsbauten unserer Formationen nehmen heute schon einen größeren Raum im Leben der jungen Generation ein als das Wirtshausleben.

Die Jugend schart sich in den Stoßtrupps und Kolonnen der nationalsozialistischen Bewegung, in der Partei, ihren Gliederungen und der Wehrmacht.

Das sind die Truppen, die für die Freiheit und Größe unseres Volkes kämpfen. Vereine bleiben Vereine. Aber diese Truppen bauen am Reich. Pfr.

Digitized by Google

Mode und Propaganda

Der Nationalsozialismus hat keineswegs die Absicht eine deutsche Einheitstracht propagieren zu wollen, die für den Bereich innerhalb der Grenzen eine Art Uniform schafft, sondern was wir wollen, ist das restlose Freimachen und Selbständigmachen unserer deutschen Mode.

Wenn dieser Tage eine Pariser Firma ein Frauenkleid als „dernier cri" herausbrachte, das in merkwürdiger Anlehnung an die bayerische kurze Wichs, Hosen mit ornamentaler Verzierung vorsieht, dann dürfte die These sich nicht mehr länger halten lassen, daß der Name Paris in jedem Falle eine Art Schutzmarke und Kennmarke für guten Geschmack und Modekultur bedeute.

Mit wieviel Verständnis haben deutsche Fachleute der bodenständigen Mode (wie sie in der Tracht zum Ausdruck kommt) verschiedene Momente entlehnt.

Das Dirndlkleid ist vom Sommerfrischenkleid zum sommerlichen Tageskleid entwickelt worden und wird bei geschickter Führung durch das Deutsche Modeinstitut während der Olympischen Wochen die ganze Welt anziehen.

Die deutsche Damenbekleidungsindustrie hat nach Angaben des Gauwirtschaftsberaters der NSDAP. Otto Jung als modische Industrie auf dem Weltmarkt sich Anerkennung errungen:

1. Auf Grund der guten Qualität der deutschen Ware,
2. weil Deutschland gründlich ausgebildete und solide Facharbeiter einsetzt,
3. weil Deutschland über die nötige Kultur und soliden Geschmack verfügt,
4. weil die deutschen Praktiker sich in den internationalen Geschmack einzufühlen vermögen, ohne irgendwelche Extravaganzen zu dulden.

Die letzten großen Exportmodeschauen zeitigten erfreuliche Erfolge.

Völker und Einzelmenschen kann man, wie Prof. Hunke sagt, entweder durch Werbung oder durch Zwang beeinflussen. Im Bereich fremder Mächte kommt nur das Mittel der Werbung in Frage, die so gut und geschickt sein muß, daß sie sogar einem möglicherweise angewandten Zwang überlegen sein könnte.

Die Propagandamittel, die wir auf dem Gebiet der Mode einzusetzen haben, lauten:

1. erlesener Geschmack und Originalität,
2. beste Qualität, auch wenn der Preis dadurch höher werden sollte, Kampf dem Schund und Umsatzfimmel (Jung: „Nur Qualitätsware verdient und erwirbt sich auf die Dauer die Bevorzugung in fremden Ländern. Qualität ist aber in der Modewirtschaft an die Originalität gebunden"),
3. Werber (Persönlichkeiten), die ihre Ware genau kennen,
4. Einfühlungsvermögen in die Mentalität anderer Völker,
5. Herausgabe gewisser Modeparolen: was heute beispielsweise Luxus ist, kann morgen so gefälliges und begehrtes Gebrauchsgut für das ganze Volk werden. Der gute Geschmack der deutschen Frau wird das Bestreben unterstützen, das Deutsche Volk zu einem Volk zu machen, das gut und geschmackvoll gekleidet ist (Jung: „Überwindung der Dressur auf ausländische Tradition zwecks guter Geschäfte bestimmter Interessengruppen"),
6. übliche Fachwerbung durch Modeschauen und Rationalisierung zum Zwecke der Schaffung günstiger und zweckmäßiger Einkaufbedingungen, sowie zur Vermeidung von Verlusten.

Daß es Deutschland heute bereits gelungen ist, sich durchzusetzen, und daß sein Weg richtig war, beweisen die Ausführungen der Journée Industrielle (führende Tageszeitung der französischen Industrie): „Die Deutschen ... achten peinlich darauf, daß sie dem Ausland nur tadellose Ware liefern (Ils apportent la plus grande attention à ne livrer à l'étranger que des marchandises irréprochables ...), sie wissen sich dem Geschmack des Kunden anzupassen, sie bemühen sich, ihn vollständig zufrieden zu stellen, sie sind ausgezeichnet über die Struktur und Bedürfnisse der

Digitized by Google

Märkte unterrichtet, die sie beliefern wollen."

Die aufmerksame Beobachtung der ausländischen Presse spricht für die Richtigkeit unseres Weges. Im übrigen ist nach Bernhard Köhler Nachdenken der billigste Betriebsstoff, ein Betriebsstoff, der uns Deutschen nie ausgeht, überall verwendbar ist und uns auch fortbringen wird. Rog.

Kämpfer und Träumer

Auf der Reichstagung der NS.-Kulturgemeinde in München kam das Schauspiel „Kämpfer und Träumer" von Walter Gottfried Klucke zur Aufführung. Die Bedeutung dieses Stückes erschöpft sich nicht in seinem künstlerischen Wert. Der Dichter versetzt uns in die Zeit von 1849, als dem Preußischen König Friedrich Wilhelm IV. die deutsche Kaiserkrone von der ganzen Nation angeboten wurde und er sie ausschlug, weil sie nicht von Gottes Gnaden, sondern vom Volke kam.

Der geschichtliche Vorgang ist für den Dichter nur der Rahmen, nur Anlaß und Ausklang des Stückes. Ihm kommt es darauf an, den politischen und wirtschaftlichen Hintergrund der deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts zu enthüllen. Wir erleben die Ideen, die das deutsche Volk damals zutiefst bewegt haben, dieselben Ideen, die uns heute erfüllen. Wir empfinden die Tragik jener Zeit, die für ihren politischen und sozialen Inhalt die Form nicht finden konnte.

Im Deutschen Volk war 1849 das gemeinsame Erlebnis der Befreiungskriege noch wach, wie magnetisch wurde es von der Vorstellung eines einigen Deutschen Kaiserreiches angezogen. Die Nation wollte diesen Weg gehen, obwohl es ihr wahrlich nicht leicht gemacht wurde. In diese Zeit fällt die entscheidende wirtschaftliche Umwälzung, die Industrialisierung Deutschlands, das Heraufkommen des „Proletariats", eines „vierten Standes", der nicht nur um sein Brot, sondern vor allem auch um seine Anerkennung als Teil der Gemeinschaft kämpfen mußte.

Die Verzweiflung des Arbeiters jener Tage findet ihren Ausdruck in der Gestalt des Heinrich Lebrecht, der für eine ideale Welt kämpft, nicht um seines Vorteils willen, sondern aus Überzeugung. „Er verlangt nicht viel, nur etwas". Er will nur das Notwendigste, um nicht hungern zu müssen, er will, daß man ihn nicht einfach vergißt, wenn er seine Stellung verloren hat. Er will nicht als Mann von geringerer Ehre gelten. Er fordert das Recht auf Arbeit. Er ist Sozialist und national. Er lebt für die Gemeinschaft. Er ist Kämpfer aus Leidenschaft, nicht aus Berechnung, Revolutionär aus Not, nicht aus Haß.

Im Gegensatz zu ihm steht der volksfremde Parteiführer und Proletarier Jacoby, der die Not und den Idealismus des deutschen Arbeiters für seine Parteizwecke mißbrauchen will. Er als Marxist benützt die „soziale Frage" nur als Vorwand und gefährliche Waffe für seinen volkszerstörenden Kampf. Der Dichter zeigt uns, wie sich der Marxismus nur auf dem Boden einer Geisteshaltung entwickeln konnte, für die die Arbeit eine Ware bedeutete, die ihren Preis wie jede andere hat, die in dem Arbeiter nur ein Produktionsmittel sah. Wir empfinden den tiefen Unterschied zwischen dem Marxismus, der alle Bindungen lösen will, und dem preußischen und deutschen Sozialismus, der die Welt der Tradition anerkennt, der vom Volke ausgeht und zum Volke hinführt.

Wir erkennen, wie in dem preußischen Offizier und Staatsmann Graf Brandenburg sich die innere Umwandlung vollzieht, die ihn an die Notwendigkeit eines politisch geeinten Deutschlands und an eine Beseitigung der Not des Arbeiterstandes glauben läßt, da er fühlt, daß das eine oder das andere nicht von Dauer sein wird.

1849 war der Versuch, den König von dem Umbruch der Zeit und seinen notwendigen Folgen zu überzeugen, mißlungen. Der soziale und politische Ausgleich war nicht vollzogen worden. Erst dieser Ausgleich hätte der äußerlich glänzenden Entwicklung des Deutschen Kaiserreiches von 1871 jene innere Kraft gegeben, die den Zusammenbruch von 1918 verhindert hätte. Die Unterlassungssünde Königs Friedrich Wilhelm IV. hat das Deutsche Volk tief enttäuscht. Die innerliche Einheit zwischen Volk und König war nicht hergestellt worden. Dieser Fehler wirkt auch

Digitized by Google

noch nach 1871 fort als Gegensatz zwischen dem „nationalen" Bürgertum und der Arbeiterschaft, die der marxistischen Propaganda preisgegeben wurde.

Erst der Nationalsozialismus verwirklichte die Ziele völlig, für die das Deutsche Volk seit mehr als 100 Jahren gekämpft hat, die politische Einheit der Nation und die soziale Ehre des letzten Volksgenossen.

Kn.

Ein Wegweiser durch den Handel

„Der deutsche Handel" heißt eine Neuerscheinung, die Edgar Bissinger im Verlag Forkel & Co. herausgegeben hat. Auch dieses Buch zeichnet sich, wie wir es in dem genannten Verlag gewohnt sind, durch besonders gediegene Verarbeitung und Ausstattung aus.

Das Werk enthält eine große Zahl von Beiträgen führender Persönlichkeiten im deutschen Handel. Diese Beiträge geben zusammen ein ziemlich geschlossenes Bild über die Organisationen des deutschen Handels und über die Aufgaben, welche den deutschen Handel heute beschäftigen.

Die übersichtliche Anlage des Buches macht es zu einem geeigneten Nachschlagewerk. Durch die beigegebenen Photos und Lebensdaten lernen wir auch die Verfasser der einzelnen Beiträge näher kennen.

Pfr.

Sklavenarbeit oder Welthandel?

„Ohne Freiheit ist kein Friede möglich", sagt Bernhard Köhler in der Schrift „Sklavenarbeit oder Welthandel?"

Die Schrift muß jeder lesen, der sich über die nationalsozialistische Auffassung der Außenhandelspolitik unterrichten will.

Die Schrift ist im Zentralverlag der NSDAP. erschienen und kostet bei Abnahme

von einem Stück 10 Pfennig
von 100 Stück 8 Pfennig
von 1000 Stück 7 Pfennig
von 10000 Stück 6 Pfennig

Bestellt sie beim Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, Thierschstr. 11!

Aufgabenstellung für die Wirtschafter

Nochmals: 3 bis 4 Millionen Kraftwagen

Der Führer hat gefordert, daß die Kraftwagenindustrie den Wagen schafft, der einer großen Zahl von Volksgenossen seinen Erwerb und seinen Betrieb ermöglicht, die bisher dazu noch nicht in der Lage waren.

Das heißt, der Führer hat befohlen, daß mindestens dreimal mehr Kraftwagen in Deutschland laufen, als bisher. Also, wo heute ein Kraftwagen fährt, werden dann drei oder vier laufen.

Mit anderen Worten: das Bild des Verkehrs wird völlig umgestaltet werden. Nicht nur die alten Straßen werden ungenügend sein, an deren Stelle die Autobahnen treten. Sondern auch die Verkehrsverhältnisse in den Städten werden völlig umgestaltet.

Diese Umgestaltungen aber sind gleichzeitig Arbeitsaufgaben. Man wird einreißen und neu bauen, verbreitern, anders pflastern, umlegen müssen. Man muß für Parkplätze sorgen. Garagen müssen angelegt werden für drei- bis viermal soviel Wagen, als heute da sind. Bahnen müssen verschwinden oder über andere Wege laufen. Ganze Stadtviertel werden umgestaltet und verfallen dabei auch gleichzeitig einer Erneuerung und Verbesserung nach volksgesundheitlichen Grundsätzen.

Industrieunternehmungen werden möglich an Orten, an denen sie bisher nicht möglich waren. Die Strukturwandlung, von der so viel geredet und an der so wenig getan wurde, wird Tatsache.

Die Kraftwagenindustrie, die Eisenindustrie, die Hüttenwerke müssen sich auf die Aufgabe einstellen. Neue Einrichtungen, neue Maschinen, neue Werkstätten

Digitized by Google

müssen entstehen. Die Erzeugung und der Ersatz der Wagen, der Motore, der Zubehörteile braucht immer neue Arbeitskräfte, d. h. die Aufnahmefähigkeit, richtiger: das Aufnahmebedürfnis der Kraftwageninduſtrie und aller Zubringer- und Hilfsinduſtrien für Arbeitskräfte iſt nicht etwa in Gefahr zu ſinken, ſondern wird ſteigen.

Und da fragen die Leute, was denn nach der „Rüſtungskonjunktur“ kommen werde!

Deutlicher als es der Führer geſagt hat, kann es ja nicht geſagt werden: wir haben immer ſoviel zu tun, daß eine politiſche Richtungsweiſung notwendig iſt, um nur immer rechtzeitig das Vordringliche zu bezeichnen.

Die politiſche Führung macht Wirtſchaftspolitik, indem ſie Aufgaben ſtellt. Dr.

Erfinder geſucht

Noch im letzten Jahr vor der Machtergreifung wurden wir ausgelacht, wenn wir erklärten, daß Arbeiter eines Tages geſucht werden würden. Heute iſt dies ſchon Tatſache geworden, und es gibt Leute, die dieſen Zuſtand durchaus nicht als ſehr erwünſcht anſehen, weil dadurch das frühere Verhältnis der unbedingten Abhängigkeit des Arbeiters vom Unternehmer aufgehoben, ja ſogar zum Teil ſchon umgekehrt worden iſt.

Ebenſo wie die lebendige Arbeit zum Schaden des Deutſchen Volkes und zum Schaden ſeiner Wirtſchaft in Abhängigkeit vom Kapital gehalten wurde, war aber auch die Erfindungskraft ſchöpferiſcher Naturen von der Macht des Kapitals völlig abhängig geworden. Es iſt reizvoll, die Zeugniſſe zu beobachten, die auch hier die Umkehrung der Verhältniſſe kennzeichnen.

Wer die Anzeigenteile der Zeitungen in den letzten 15 Jahren verfolgt hat, weiß, daß ſie ein ſcharf zeichnender Spiegel der wirtſchaftlichen und ſozialen Verhältniſſe ſind. Was in Leitartikeln oder Börſenberichten niemals zum Ausdruck kommt oder nur ſehr unvollkommen geſchildert und häufig ſehr ſchief gedeutet wird, das zeigt ſich im Anzeigenteil ganz unmittelbar und mit einer unbeſtechlichen Wahrhaftigkeit. Stellengeſuche zum Beiſpiel ſind heute faſt völlig verſchwunden. Dagegen ſind Stellenangebote ganz allgemein in einer Größe und Form aufgemacht, wie ſie früher vielleicht einmal vorkam, wenn eine ganz große und hervorragende Kanone geſucht wurde.

Und ſo geht es auch mit den Erfindern. Fähige Erfinder ſind immer eine ſeltene Frucht geweſen. Dies hat aber die kapitaliſtiſche Wirtſchaft nicht gehindert, dieſe Männer zu behandeln, als wenn ſie läſtige Bittſteller wären und ihre Erfindungen eigentlich nur zur Störung des ruhigen Ablaufs der Geſchäfte machten. Ebenſo jedoch wie die lebendige Arbeit, iſt die Erfindungskraft allerkoſtbarſtes Gut eines Volkes. Und die Aufgabenſtellung, die die politiſche Führung der Wirtſchaft immer wieder vor Augen hält, zwingt dieſe nun, ſich auch nach wirklich fähigen Kräften umzuſehen.

So müſſen manche Zeitungsanzeigen betrachtet werden, die heute ſchon erſcheinen. Unternehmungen, die vor beſtimmte Aufgaben geſtellt werden, ſuchen heute, teils unmittelbar, teils in Form von Preisausſchreiben, Männer, deren Erfindungsgabe ihnen bei der Löſung dieſer Aufgaben behilflich ſein kann.

Dieſe Revolution iſt viel einſchneidender als äußere Formänderungen der Wirtſchaft. Sie ſtellt die lebendige Kraft des Volkes wieder an die Spitze alles wirtſchaftlichen Denkens, Planens und Handelns. Arbeiter, Erfinder und Unternehmer ſind ſo wieder in ihre natürliche Geltung im Volke eingeſetzt worden.

Dr.

„Durch Rationaliſierung und Modernisierung der Welt voran“

Unter dieſem Leitſatz ſtand die dritte Reichstagung der Bekleidungsinduſtrie, die vom 12. bis 15. Juni in Berlin ſtattfand.

Es iſt die erſte Wirtſchaftsgruppe, welche die „Rationaliſierung“, das Loſungswort der zweiten Arbeitsſchlacht in den Mittelpunkt einer Tagung ſtellte. Sie hat durch dieſe Tagung einen poſitiven Beitrag zur neuen Wirtſchaftsgeſtaltung geliefert, indem ſie eine Forderung der Wirtſchaftspolitik aufgriff und ihrer zukünftigen Arbeit zugrunde legte. Hierin liegt der Unterſchied

Digitized by Google

zu den vornationalsozialistischen Gepflogenheiten, wo es die Aufgabe solcher Tagungen zu sein schien, selbst „Forderungen" aufzustellen, sie auf dem Wege durch die Öffentlichkeit der Regierung zuzuleiten, um sie dann „durchdrücken" zu können.

Diese Tagung war in ihrer Gestaltung und Sinngebung ein Beispiel, wie die Organisationen der Wirtschaft die Verwirklichung politischer Forderungen zu unterstützen vermögen, um durch Gleichrichtung der Kräfte den größtmöglichen Erfolg für die Gesamtheit zu sichern.

Unt.

Die in Weltanschauung verpackte Wurst

Bernhard Köhler hat auf der Sondertagung der Kommission für Wirtschaftspolitik während des Reichsparteitages 1935 einmal gesagt, man solle nicht bei jedem Stück Wurst, das über den Ladentisch verkauft wird, nachsehen, ob es in Weltanschauung eingewickelt sei. Diese Bemerkung schuf Klarheit. Die Beobachtungen aus der täglichen Wirtschaftspraxis zeigen aber auch die Notwendigkeit, nachdrücklicher dagegen Stellung zu nehmen, daß tatsächlich Wurst in Weltanschauung eingewickelt wird, um bei diesem Bilde zu bleiben.

In den Geschäftsberichten mancher Gesellschaften aus den Jahren 1933 und 1934 versucht man sich in breiten Tiraden eine „nationalsozialistische Legitimation" zu verschaffen. Jene Erscheinungen entsprangen im Grunde genommen der Angst. Heute versucht man meistens seine Gewinnsucht durch ein Blatt Weltanschauung kümmerlich zu verhüllen. Am schlimmsten liegen die Dinge, wenn sie mit Parteiabzeichen selbst getrieben werden.

Was soll man etwa zu der im vorigen Jahre bei einer Frankfurter Maschinenbau-Aktiengesellschaft im „klassischen" Stile der Finanzartistik und mit allen Requisiten des Stimmrechtszaubers und des öffentlichen Wäschewaschens persönlicher Verhältnisse unter Hauptbeteiligung eines Parteigenossen durchgeführten frisch-fröhlichen Überfremdung sagen, bei welcher der Vertreter der neuen Mehrheitsbesitzer die hier erfolgte „Bildung eines Familienunternehmens" als im Sinne der neuen Anschauungen liegend bezeichnete? Die höchst unerfreulichen Einzelheiten und Begleitumstände dieser wohl um einige Jahre verirrten Transaktion seien nicht nochmals aufgerührt. Am erstaunlichsten war die „Selbstsicherheit", mit der das alles weltanschaulich verbrämt wurde, betrüblich die verhältnismäßig geringe Kritik (auch die publizistische) an dieser Methode, in Nationalsozialismus anfechtbare Privatgeschäfte zu machen.

Auch auf dem Gebiete der Energiewirtschaft wird viel mit Weltanschauung gearbeitet. Es ergibt sich dann etwa die groteske Situation, daß die feindlichen Fronten „Ferngas" und „Gruppengas" jede für sich die Übereinstimmung mit den nationalsozialistischen Grundsätzen in Anspruch nehmen. Man soll sich nicht hinter Weltanschauung verstecken, wenn man Geschäfte machen will, gleichgültig, ob der Geschäftemacher ein Privater, eine private Unternehmung, ein Konzern, eine Gemeinde oder ein öffentlicher Verband ist.

Es ist bedenklich, einen geschäftlichen Geist so zu deuten, daß man ihn in besondere Übereinstimmung mit nationalsozialistischen Anschauungen bringt. Damit soll nicht gesagt sein, daß dieser geschäftliche Geist nicht diese Übereinstimmung haben sollte bzw. im Einzelfall hat. Aber dies zu entscheiden, geschieht am besten nicht als Richter in eigener Sache.

Wenn anläßlich der Tagung eines Genossenschaftsverbandes in einem Aufsatz des Verbandsdirektors zu lesen war: „Die ... Genossenschaften sind schon Jahrzehnte im Sinne der nationalsozialistischen Gedankengänge tätig", so liegt darin mindestens ein gehöriger Druckfehler. Man soll „nationalsozialistische Gedankengänge" nicht vordatieren, es gäbe einen unübersehbaren Andrang von „Vorläufern". Man wird sich auch mit der Deutung nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik auf der gleichen Tagung nicht abfinden, wenn der Anwalt des Gesamtverbandes in ausgedehnten Ausführungen darunter die Wandlung zur Wehrwirtschaft verstehen wollte. Abgesehen davon, daß recht viel Konjunktur in „Wehrwirtschaft" ist, entsteht in den

Digitized by Google

Köpfen der Hörer erhebliche Verwirrung bei solcher Gleichsetzung. Die Legitimation, über nationalsozialistische Wirtschaftspolitik zu reden, ist durch die Suche nach aktuellen Stoffen nicht erbracht. Kl.

Auch Hochhäuser!

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstand jene Serie von Wohn- und Zweckbauten, die das Gesicht vieler deutscher Großstädte heute noch bestimmen und sie zu „Steinwüsten werden lassen, die den Nachteil einer Menschen- und Verkehrsmassierung haben und in wohnbaulicher Beziehung alle Rückstände kleinstädtischer Gewohnheit in sich vereinen. Straßen mit mehrstöckigen Häusern wurden alle nach dem gleichen Schema erbaut, als lägen bei ihnen die gleichen Verkehrsbedingungen vor."

Der Nationalsozialismus versucht eine Verstädterung dadurch für die Zukunft zu verhindern, daß er am Rande der Großstadt Siedlungen mit möglichst viel Grünland entstehen läßt.

Die bereits vorhandene Massierung von Bauten soll durch Abbruch abbruchreifer Gebäude eine Auflockerung finden. Kurz gesagt, Kampf gegen die Verstädterung durch Auflockerung oder Dezentralisation.

Es ist selbstverständlich, daß an Verkehrsschlagadern oder Knotenpunkten immer wieder eine Zusammenballung stattfinden wird. In diesem Falle gilt es eine Lösung zu finden, die sowohl dem nationalsozialistischen Prinzip, als auch den gegebenen Tatsachen Rechnung trägt.

Wenn man die Grundfläche des zu bebauenden Geländes klein halten will, um auf der anderen Seite Raum genug für Grünflächen und Verkehrswege zu behalten, dann gibt es nur den einen Ausweg: in die Höhe bauen. Nur so ist man in der Lage, Licht, Luft und Sonne allen Wohnungen zu sichern.

Der nationalsozialistische Baumeister wird darüber hinaus bestimmt Wege finden, um den geplanten Hochhäusern die Nüchternheit sowjetrussischer Kollektivbauten oder amerikanischer Geschäftshochhäuser von vornherein zu nehmen und sie zu „stillen" Häusern zu machen (Einbau von Abdämpfmaterial), die in ästhetischer und hygienischer Beziehung allen Ansprüchen genügen. Rog.

Wirtschaftspolitik und Ausland

Spuk um die 40-Stunden-Woche

Noch immer tanzt das Gespenst der „Weltkrise" auf den Diplomatentischen der parlamentarisch regierten Völker. Die Trommeln der roten Internationale sind die nie verstummende Schauermusik. Die Haßgesänge der Parteien sind die Einlagen. Die Arbeitslosigkeit sorgt für proletarische Massenauftritte. Der Bolschewik spielt den Kassier. Und der Jude freut sich über sein Geschäft.

Das Ganze könnten wir internationales Kabarett nennen, wenn wir nicht das Traurige und den Ernst dieser Situation erkennen würden und wenn uns nicht der Ekel schon im Halse stecken würde.

Die neueste Revue, welche die politischen Regisseure unserer westlichen Nachbarstaaten im roten Rampenlichte aufführen, heißt: 40-Stunden-Woche.

Man kann unsertwegen auch zur 30-, 20-, 10- und 5-Stunden-Woche übergehen. Man soll aber nicht mit solchen Revueprogrammen vor anderen Völkern herumstolzieren oder ein Völkerbundsprogramm daraus machen.

Wir haben zu arbeiten. Uns wird nichts geschenkt. Wir haben weder den Reichtum, noch die Anspruchslosigkeit südlicher Länder. Wir haben keine Äcker, auf denen man drei- oder viermal ernten kann. Wir haben keine Goldbergwerke. In unsere Taschen sind auch nicht durch zwei Jahrzehnte die Tribute vom Schweiße anderer Völker geflossen.

Wir müssen arbeiten. Und wir wollen arbeiten. Und wir wissen kein Recht höher zu schätzen als das, welches uns Arbeit gibt.

Darum hat der Führer 1933 die Losung zur Arbeitsschlacht ausgegeben. Unsere Programme dienen andern Zwecken

Digitized by Google

als die Programme internationaler Ansager.

Wenn wir Freiheit wollen, mögen diese nach weiterer Freizeit suchen. Wenn wir für den Unterhalt unseres Volkes sorgen, mögen diese ihren Völkern Unterhaltung bieten. Während wir nach Größe und Selbstbeherrschung streben, mögen jene ihre Blöße und Schwäche dem Blitzstrahl der Kommunistischen Internationale zeigen. Pfr.

Eisenbahn und Autostraße USA. - Rußland?

Wenn alle Pläne, die im Laufe der letzten Jahre aufgetaucht sind, Verwirklichung finden würden, dann bräuchten sich die Wirtschaftspolitiker aller Länder nicht mehr ihre Köpfe über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu zerbrechen. Leider sind aber die großen Pläne nur zu oft Pläne geblieben und wir sind daher skeptisch geworden, insbesondere, wenn die Pläne gar zu gigantische Ausmaße annehmen, wie etwa der Plan einer unmittelbaren Eisenbahn- und Straßenverbindung zwischen den Vereinigten Staaten von Nordamerika und Rußland.

Die geplante Verkehrsverbindung soll über Kanada und Alaska an die Beringstraße führen; die Beringstraße soll dann durch ein Unterseetunnel überwunden werden und dann soll die Bahn zunächst bis an die Kamtschatka und später dann nach Ochotsk weitergehen. 500 Millionen Dollar erscheinen uns dafür nicht einmal viel. Immerhin, ein Pappenstiel sind auch 500 Millionen abgewertete Dollar nicht. Wer soll die zahlen? Man spricht von einem amerikanischen Finanzkonsortium unter Führung von Bernard Baruch.

Baruch war doch der Jude, der die Anerkennung des bolschewistischen Rußlands durch die Vereinigten Staaten durchgesetzt hat! Was will Baruch mit dieser Verkehrsverbindung?

Straßen sind Tauschwege. Vielleicht könnten eines Tages in die eine Richtung die Goldbarren, in die andere rote Propagandamittel geliefert werden. Ist es doch ein Geist, der die rote und die goldene Internationale beherrscht. Auch hieran werden wir denken müssen! Ge.

Dem Bolschewiken keinen Profit!

Deutschland ist eine Insel des Friedens geworden mitten in einer Welt, die voller innerer Streitigkeiten ist. Streiks und Aussperrungen erschüttern den Arbeitsfrieden der anderen; wenn dann die Arbeitsstreitigkeiten beendet sind, ergibt die nüchterne Betrachtung der Tatsachen, daß weder Arbeiter, noch Unternehmer dabei gewonnen haben, daß aber die eigene Volkswirtschaft unermeßlichen Schaden erlitten hat. So hat die dänische Zeitung „Politiken" den der dänischen Volkswirtschaft durch die letzte große fünfwöchige Aussperrung erwachsenen Schaden auf hundert Millionen Kronen geschätzt!

Wirklich ein teurer Spaß, bei dem nur einer grinsen kann, teuflisch grinsen, das ist der Bolschewik. Was mögen da wohl die letzten Streiks in Frankreich und Belgien kosten, ganz abgesehen vom politischen Prestigeverlust! Noch vor den großen Streiks dort hat die französische Zeitung „L'Usine" — wie in einer Vorahnung kommenden Unheils — neidvoll auf die Millionen hingewiesen, die die deutsche Wirtschaft, und hier vor allem wieder die deutschen Arbeiter, durch das deutsche Streik- und Aussperrungsverbot erspart haben.

Da muß denn schließlich auch in anderen Völkern der Wunsch auftauchen, sich die Vorteile einer solchen Regelung zu sichern. In der Tat hat sich auch die griechische Regierung mit dem Plan einer staatlichen Zwangsschlichtung beschäftigt, ein Plan, der sowohl auf seiten der Arbeitgeber wie der Arbeitnehmer heftigsten Widerspruch hervorgerufen hat! Wir können dies einfach nicht mehr begreifen. Das bei uns entschwundene Zeitalter der Arbeitsstreitigkeiten, das doch erst 1933 sein Leben lassen mußte, das berührt uns wie das ferne Mittelalter, wo das Faustrecht galt und Fehde über Fehde die innere Kraft des Landes schwächten, da keine Macht über den Streitenden war, die Recht setzen und gesetztes Recht verwirklichen konnte.

Freuen wir uns denn, daß diesmal wir zuerst uns einten und auf dem Weg zum Arbeitsfrieden als ganzes Volk vorangegangen sind. Ge.

Digitized by Google

Zellwolle bei den Andern

Unsere Rohstoffknappheit hat uns bekanntlich dazu gezwungen, statt Baumwolle und Wolle in steigendem Maße Zellwolle zu verwenden. Da die Zellwolle uns diese Devisen fressenden Rohstoffe ersetzt, so folgern gewisse Leute daraus, daß Zellwolle ein Ersatzstoff ist, so wie es im Krieg unzählige gegeben hat. Diese Kriegsersatzstoffe haben allerdings nicht das beste Andenken hinterlassen. Und da sagen nun die Leute, Zellwolle, das ist sicher auch so ein Zeug, das nichts taugt.

Diesen Leuten diene nun zur Kenntnis, daß nicht etwa nur Länder mit unzureichenden Rohstoffquellen, wie etwa Deutschland, Italien und Japan, sondern auch Länder, die selbst, oder deren Kolonien, Baumwolle und Schafwolle im Überfluß erzeugen, sich mit der Zellwollproduktion befassen.

Dem „Manchester Guardian Commercial" entnehmen wir, daß in England sogar ein Mangel an Stapelfaservorräten geherrscht hat, trotz steigender Erzeugung. So hat denn auch die Courtauld Ltd. vor einiger Zeit die Errichtung einer neuen Zellwoll-Fabrik in North-Wales beschlossen.

Schließlich erzeugen sogar die Vereinigten Staaten Zellwolle in steigendem Umfange. Hier kann man gewiß nicht mehr von „Ersatz"stoffen sprechen, denn es ist ja schließlich weltbekannt, daß die Vereinigten Staaten nicht einmal wissen, was sie mit ihrer Baumwolle anfangen können. So sind 1933 rund 10,5 Millionen Acres Baumwoll-Land unter den Pflug genommen worden, eine Fläche, die rund 4 Millionen Ballen Baumwolle erzeugt hätte.

Wenn also selbst die Amerikaner, die in ihrer Baumwolle zu ersticken drohen, Zellwolle verwenden, dann muß die Zellwolle doch wohl bestimmte neuartige Eigenschaften aufweisen können, sonst würde sie dort nicht den alten Spinnstoffen Wolle und Baumwolle vorgezogen werden. Ge.

Ein Sonderheft über die Juden!

Achtung!

Wir weisen schon jetzt alle Leser der „Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP." darauf hin, daß Heft 6 als Sonderheft über den Einfluß der Juden in der Wirtschaft erscheint.

Das Heft wird besondere Aufmerksamkeit erregen!

Mitteilungen nur für Parteigenossen!

Es ist notwendig geworden, darauf hinzuweisen, daß die „Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik" nur für Parteigenossen bestimmt sind.

Die Parteigenossen haben dann die Aufgabe, durch ihre vorbildliche Haltung auf die außerhalb der Partei stehenden Volksgenossen einzuwirken.

Infolgedessen ist auch der Abdruck von Aufsätzen oder die Bezugnahme auf die „Mitteilungen" verboten.

Die „Mitteilungen" sind kein Zeitungsdienst. Sie dienen der Verbindung und Ausrichtung der Parteigenossen, nicht aber der allgemeinen Unterrichtung der Öffentlichkeit. Sie müssen unter allen Umständen diesen Charakter behalten, wenn ihr Zweck und ihre Wirkung nicht gefährdet sein sollen. Sch.

Verantwortlicher Schriftleiter: Udo Pfriemer, München 2 M, Herzog Wilhelmstr. 32 (Reichsadler) / Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, Thierschstraße 11 / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Durch die Dienststellen der NSDAP. (Gau- u. Kreiswirtschaftsberater) / Die Besteller haben anzugeben, welcher Partei-Ortsgruppe sie zugehören, da nur Parteigenossen bezugsberechtigt sind / Erscheinen: Mitte des Monats / Preis des Heftes: 20 Pfennig.

Digitized by Google

Mitteilungen der Kommission für

Wirtschaftspolitik der NSDAP

Heft 6 Jahrgang 1

Nachdruck – auch auszugsweise – nicht gestattet!

Der Führer in „Mein Kampf":

Der Jude ist und bleibt der typische Parasit, ein Schmarotzer, der wie ein schädlicher Bazillus sich immer mehr ausbreitet, sowie nur ein günstiger Nährboden dazu einlädt. Die Wirkung seines Daseins aber gleicht ebenfalls der von Schmarotzern: wo er auftritt, stirbt das Wirtsvolk nach kürzerer oder längerer Zeit ab.

Juden-Stürmer!

Aus dem Inhalt:

Bernhard Köhler: Jüdische Wirtschaft

Karl Albach: „Geldoperationen gelingen leichter als Schlachten"

Von jüdischer Wirtschaftspolitik

Die Rolle der Juden an der Getreide- und Mehlbörse

Industriespekulant oder verantwortungsvoller Unternehmer?

Die berufliche Schichtung der Glaubensjuden

Der Jude kriminell

„Kann ein Jude Nationalsozialist sein?"

Jüdische „Türmer"

Nicht auf Gesetze warten!

August 1936

Zentralverlag der NSDAP

Digitized by Google

Bernhard Köhler:

Jüdische Wirtschaft

Die folgenden Ausführungen geben Gedankengänge der Rede wieder, die der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. Bernhard Köhler in der Sondertagung der Kommission auf dem Reichsparteitag 1935 gehalten hat.

Es ist eine sehr enge und niedrige Auffassung, wenn man Herrschaft und Macht der Juden im Deutschen Volke als eine Folge ihres Reichtums, ihrer Besetzung wirtschaftlicher Positionen und überhaupt ihrer geschäftlichen Tätigkeit ansieht. Eine solche Auffassung ist nicht nur kleinlich und krämerhaft, sondern sie ist auch politisch unwirksam und unfruchtbar, weil sie selbst schon blind und dumm auf den jüdischen Dreh hineingefallen ist.

Wer glaubt, daß die Wirtschaftsmacht der Juden die Ursache ihres ehemaligen politischen Einflusses war, huldigt der gleichen Auffassung wie der Jude selbst, der mit Marx und Rathenau die wirtschaftlichen Bedingungen als bestimmend für das Leben der Menschen ansieht.

Es ist keineswegs eine „neue Theorie" des Nationalsozialismus, sondern nur die tiefere Erkenntnis des Lebens gegenüber dem oberflächlichen und artzerstörenden Materialismus der Juden, wenn wir immer wieder leidenschaftlich die Auffassung vertreten, daß Wirtschaftsmacht nur auf Grund politischer Macht aufgebaut werden kann und daß der größte Reichtum keine Macht bedeutet, wenn er sich der politischen Kräfte nicht bedienen kann.

Die Politik der Juden

Die politischen Kräfte aber sind, und das hat Adolf Hitler der Welt wieder vor Augen geführt, nicht etwa nur die Machtmittel des Staates. Die stärkste politische Kraft ist der Selbsterhaltungswille eines Volkes. Ohne daß dieser lebendig und zur Wirksamkeit entschlossen ist, sind auch die stärksten Machtmittel eines Staates hohle und zerbrechliche Waffen.

Aus diesem Grunde steht für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei die politische Führung, die Erweckung, Gestaltung und Zielweisung des Volkswillens durch den Führer des Volkes als Aufgabe stets über allen anderen. Dies ist auch der ewige Berechtigungsnachweis für ihren Bestand und ihre Arbeit; hätte sie diese Aufgabe nicht, so könnte sie nach Inbesitznahme der staatlichen Gewalt ruhig in den Regierungs- und Verwaltungskörper des Staates übergehen.

Die Wirtschaftsmacht der Juden war nur möglich, weil sie sich auf einer rücksichtslos gehandhabten politischen Machtstellung aufbaute. Und diese politische Machtstellung beruhte auf einer Lenkung des deutschen Volkswillens, die den jüdischen Zwecken dienlich war.

Nachdem es dem Juden gelungen war, über den jüdischen Charakter, über das Wesen des jüdischen Volkes, ja sogar über das Dasein eines jüdischen

Digitized by Google

Volkes einen Nebel der Täuschung und Verhüllung zu breiten, nachdem er erreicht hatte, daß das Deutsche Volk das jüdische Denken als maßgebend, richtig und naturnotwendig ansah, war es ihm eine Leichtigkeit, seine wirtschaftlichen Machtstellungen auszubauen und ihnen die politische Unterstützung nicht durch die öffentliche Meinung, sondern auch durch gesellschaftliche Ordnung und schließlich durch staatliche Machtmittel zu verschaffen.

Noch heute kämpft die nationalsozialistische Bewegung einen schweren, in ungezählten Einzelgefechten immer wieder aufflackernden Kampf mit den jüdischen Irrlehren um die öffentliche Meinung und um den Willen des Deutschen Volkes. Denn die öffentliche Meinung, die bewußte oder unbewußte Überzeugung des Volksgenossen von dem, was für das Deutsche Volk am besten ist, ist ja eine der allerwichtigsten politischen Kräfte, und der Jude hatte es vorzüglich verstanden, die Beeinflussung und Lenkung, nötigenfalls Terrorisierung der öffentlichen Meinung in seine Hand zu bringen und nach seinem Willen zu benutzen.

> Die wirtschaftliche Macht des Juden hätte sich niemals so ausbreiten können, wie sie es in Wirklichkeit getan hat, wenn nicht die geistige und seelische Fremdherrschaft des Judentums vom Deutschen Volk Besitz ergriffen hätte.

Solange das Judentum besteht, wird es stets die Belange des jüdischen Volkes vertreten müssen. Der wichtigste Belang des jüdischen Volkes aber ist, genau wie für jedes andere Volk, seine Selbsterhaltung. Solange also das Judentum besteht, wird es um Erhaltung und Behauptung des jüdischen Volkes kämpfen müssen.

Der Jude aller Völker Feind

Kein Volk kann in Umständen leben, die seinem Wesen zuwider sind. Genau wie der einzelne Mensch mit seiner Geburt die Aufgabe mit sich bringt, sich einen Raum in der Welt zu schaffen, auf dem er seine Fähigkeiten am stärksten und besten entfalten kann, und genau wie der einzelne Mensch sich unglücklich, entrechtet, geschwächt und gefesselt fühlt, ja sogar zugrunde geht, wenn er unter Bedingungen leben soll, die seinem Wesen nicht entsprechen, genau so ist auch das Volk in die Welt gesetzt mit der Sendung, sich einen Raum zu schaffen, in dem es nach seinem eigenen Wesen leben kann.

Einen solchen Raum aber kann das Volk nur haben, wenn es ihn beherrscht. Nur wenn es Herr in seinem Hause ist, nur wenn es sein Vaterland und alle gemeinschaftlichen und gesellschaftlichen Beziehungen im Volke so gestalten kann, wie sein Wesen, seine sittlichen Ansprüche es verlangen, nur wenn es durch keine Fremdherrschaft an der eigenen Gestaltung seines Lebensraums gehindert und gestört wird, kann es sein Leben so entfalten, wie es ihm am besten ist.

Solange das Judentum besteht, wird es also danach streben müssen, einen Raum zu haben, den es nach seinem Willen und zu seinem eigenen Besten gestaltet.

Digitized by Google

Solange das Judentum unter anderen Völkern lebt, wird es stets danach streben müssen, das Leben dieser anderen Völker so zu gestalten, wie es den Juden am günstigsten ist.

Die Selbsterhaltung des jüdischen Volkes zwingt die Juden Feind aller anderen Völker zu sein.

Und wenn das jüdische Volk aus lauter ehrbaren Kaufleuten bestünde, so würde es doch nichts von seinem feindlichen und schädlichen Wesen verlieren. Solange es in den anderen Völkern lebt, muß es zur Weltherrschaft streben. Nur wenn es die anderen Völker beherrscht, kann es das Leben der Wirtsvölker so gestalten, wie es dies zu seiner eigenen Erhaltung braucht. Dies muß erkannt werden, damit man die Grundsätzlichkeit des Kampfes mit dem Juden versteht.

Juden tarnen sich

Wenn dies erkannt ist, ist man auch sicher, auf die mancherlei jüdischen Tarnungen, freundlichen Versicherungen und scheinbar harmlosen Manöver oder gar „Reformbestrebungen" der Juden nicht hineinzufallen. Ebenso aber ist man auch sicher, daß man den Kampf nicht mit stumpfen und unwirksamen Waffen führt.

Es gibt Leute, die in dem immer stärkeren Hervortreten einer imperialistischen sowjetrussischen Außenpolitik eine Schwächung des jüdisch-bolschewistischen Weltherrschaftsanspruchs oder gar der jüdischen Weltverschwörung sehen. Sie glauben, daß dies ein Zeichen der Umkehr oder der Besinnung auf natürliche politische Gegebenheiten sei und bilden sich ein, die Sowjetjuden machten keine jüdische Weltpolitik mehr, sondern nationale russische Politik. Ein ungeheuerer Irrtum!

Der Bestand der jüdischen Sowjet-Herrschaft hängt ja davon ab, daß sich über die Grenzen des Sowjetreiches hinaus und eines Tages über die gesamte bewohnte Welt der jüdische Wille und die jüdische Weltauffassung als die herrschende und alleingültige verbreitet. Ein nationalsozialistisches Deutschland ist lebensfähig, in sich und seiner völkischen Notwendigkeit fest gegründet, gleichgültig, ob andere Völker in ihrer Art nationalsozialistisch sind oder nicht. Abgesehen davon, daß wir mit einem selbstbewußten, seinen natürlichen Belangen und Bedürfnissen zugewandten Volk uns leichter, besser und für beide Teile nützlicher verstehen als mit einem unter getarnter Fremdherrschaft befindlichen oder mit einem Volke, das seiner Eigenart und seiner natürlichen Notwendigkeiten nicht bewußt ist — abgesehen hievon, ist es uns völlig gleichgültig, welche Verfassung, welche staatliche Ordnung, welche Welt- und Gottesanschauung in anderen Völkern herrscht. Zu unserer Selbsterhaltung gehört nichts als die Freiheit, unser Leben selbst zu gestalten und der Wille, diese Freiheit zu behaupten und zu nutzen.

Der Jude aber muß, auch um ein kleines, unter seiner Herrschaft befindliches Staatsgebilde aufrecht erhalten zu können, nach internationaler Ausbreitung seiner Weltanschauung streben. Denn nur wenn die anderen Völker dasselbe glauben wie er, nur wenn sie sich seinen Lehren und seinem System der Menschheitsgestaltung unterwerfen, kann er die widersinnigen und widernatürlichen Konstruktionen aufrecht erhalten, die er für seine Herrschaft braucht.

Digitized by Google

Judenherrschaft bedeutet Verfallzeit

> Denn das Lebensgesetz eines Volkes ist Freiheit. Freie Völker aber dulden den Juden nicht. Freie Völker leben, schaffen und handeln zu ihrem Besten, der Jude aber will und muß wollen, daß sie zu seinem Besten leben, schaffen und handeln. Dies kann er nur erreichen, wenn die Völker ihren Willen zur eigenen Art und zur eigenen Erhaltung aufgeben. Unmöglich aber kann dies geschehen, solange das Blut der Völker eine kräftige und vornehmliche Sprache spricht, das heißt, solange es das Bewußtsein vom eigenen Besten hat. Deshalb muß der Jude danach streben, die Völker zur Entartung zu bringen, das heißt, sie zum Aufgeben ihres Willens zum eigenen Bestand und zur Selbsterhaltung zu veranlassen.

Führen in einem Volk die Menschen unverdorbenen, echten Blutes, so wird auch der Wille das Volk beherrschen, sein Leben zu erhalten. Also muß der Jude danach streben, die Führung des reinen und arteigenen Blutes auszuschalten und die Herrschaft der Entarteten an ihre Stelle zu setzen. Je stärker die Schicht derjenigen ist, die den Lebensbedingungen des eigenen Volkes verständnislos oder gewissenlos gegenüberstehen, desto leichter ist es dem Juden, mit Hilfe dieser Entarteten seine Herrschaft zu begründen und durch Wirtschaftsmacht zu befestigen.

Deshalb predigt er in allen Tonarten die Herrschaft der wirtschaftlichen Kräfte und die Führung des Lebens durch die Wirtschaft. Daher pflegt er den Materialismus und verseucht Glauben und Wissenschaft des Volkes mit erlogenen Behauptungen und künstlich verschlungenen Beweisführungen, um seiner materialistischen Auffassung, das heißt der Auffassung von der Herrschaft der Umwelt über den Menschen, Geltung zu verschaffen.

Jüdische Wirtschaftsmacht und Wirtschaftszerstörung

Erst wenn ihm dies gelungen ist, ist die Bahn für die Errichtung der Wirtschaftsmacht frei. Ist es aber einmal soweit, dann ist auch eine nahezu unaufhaltsame Ausbreitung dieser Wirtschaftsmacht gesichert. Einen nach dem andern von den Angehörigen des Wirtsvolks erledigt er durch die vielfachen Kniffe und Pfiffe, die seiner Wirtschaftsweise eigentümlich sind. Denn dies ist der Unterschied zwischen der nationalsozialistischen Wirtschaft und jener, in der wir vor unserer Revolution zu leben gezwungen werden sollten: daß die nationalsozialistische Wirtschaft deutsch und die andere jüdisch ist.

Es ist vergeblich, wirtschaftliche Theorien aufzubauen und einander gegenüberzustellen, von denen die eine die „falsche, liberalistische", und die andere die „richtige, nationalsozialistische" ist. Was an scheinwissenschaftlichem und unwissenschaftlichem Unsinn in den Wirtschaftslehren der Vergangenheit aufgetreten ist, ist nur das Verlegenheitsprodukt eines instinktlosen Wissenschaftsbetriebs, der den vergeblichen Versuch machte, die jüdische Wirtschaft in ein logisches und verständliches System zu bringen. Die Ursache der irrsinnigen

Digitized by Google

und volkzerstörenden Wirtschaft der Vergangenheit war nicht eine falsche Theorie, kein Ismus links oder Ismus rechts, sondern kurz und bündig: Der Jude.

Diese Dinge sind so sonnenklar, daß man lediglich den erschreckenden Grad der Entartung feststellen kann, wenn man beobachtet, wieviel krampfhafte Versuche gemacht werden, das Versagen der vergangenen Wirtschaft mit irrigen Systemen oder mehr oder weniger unvollkommenen Ismen zu begründen. Zur annähernden Entschuldigung, wenn auch nicht Rechtfertigung, mag dienen, daß der Jude es tatsächlich verstanden hatte, das ganze Volk zu benebeln und zu verseuchen. Und es ist eine der herrlichsten Erkenntnisse, die die Revolution Adolf Hitlers hervorgebracht hat, daß die Verdummung und Verführung um so weniger tief in Köpfe und Herzen eingedrungen war, je näher der Volksgenosse an der lebendigen, selbst- und volkerhaltenden Arbeit steht. Denn immer ist der Wurzelboden für Zukunft, Kraft und Leistungen des Volkes jene breite Schicht derer, die täglich mit ihrer ganzen Kraft um die Erhaltung ihres Daseins und das Leben ihrer Nachkommen ringen müssen. Wäre das Deutsche Volk für seine Erhaltung auf die Schicht der „Gebildeten" angewiesen — es stünde nicht nur schlecht, sondern verzweifelt um seine Zukunft!

Jüdische Wirtschaft unser Schicksal?

Es war nicht Wirtschaft schlechthin, sondern jüdische Wirtschaft, die uns als unser „Schicksal" anempfohlen wurde! Der hohnvolle Doppelsinn des Rathenau-Wortes wollte sagen, daß die jüdische Wirtschaft bereits unser Schicksal geworden war. Es war die Wirtschaft, die sich in allen Dingen, kleinen und großen, von dem unterschied, was der Deutsche zu seiner eigenen und zu seines Volkes leiblicher Erhaltung als Wirtschaft brauchte.

Es war der Betrug, der unlautere Wettbewerb, die Übervorteilung, das Abdingen und Abspenstigmachen, die geschwätzige Überredung und Marktschreierei, die spekulative Erzeugung von Überangebot oder Übernachfrage, das Börsenspiel, die Verlagerung des wirtschaftlichen Gewichts von der Arbeit auf den Kredit, die finanzielle Beherrschung der Arbeit, die Pflege des Leihkapitals, die Entpersönlichung, das heißt Enteignung der Unternehmungen, der Wucher mit Brot, der Wucher mit Geld, der Wucher mit jeder erreichbaren Ware, die Entrechtung, Enteignung und Ausbeutung der Arbeit, die Haltung einer industriellen Reservearmee von Arbeitslosen, Streik und Aussperrung, die Irreführung der öffentlichen Meinung über die Ursachen wirtschaftlicher Vorgänge, die Pflege des Aberglaubens an das Kapital, der Umsatzfimmel, die Verschleuderung des Volksvermögens, die Währungsspekulationen in Verbindung mit verrückten Währungsirrlehren, die kein Mensch begriff — kurzum das ganze Gebäude von Lüge und Widernatürlichkeit, in dem kein deutscher Kaufmann, kein deutscher Unternehmer, kein deutscher Hausvater, kein Bauer und kein Arbeiter sich zurechtfinden und den Lohn für seine Arbeit finden konnte.

Vom kleinen Hausierjuden und Trödler über den jüdischen Agenten, Makler, den Advokaten, den Richter, den Syndikus, den Parlamentarier, den jüdischen Universitätslehrer, den Bankier und den Großbeherrscher fremder Vermögen — sie alle schufen gleichsam durch ihre rassische und wirtschaftliche

Digitized by Google

Ausdünstung schon einen jüdischen Raum, in dem das Judentum lebte und gedieh, das Deutsche Volk und der deutsche Volksgenosse aber verkommen und zugrunde gehen mußte.

Der „anständige" Jude

Es ist dabei gar nicht notwendig, darüber zu streiten, wieviele jüdische Geschäftsleute oder jüdische Vertreter „anständig" gewesen sind. Abgesehen davon, daß es stets zum Wesen des jüdischen Schwindels gehört hat, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, daß man dem Urheber nichts beweisen kann — und sei es auch nur durch Meineid seiner Rassengenossen —, abgesehen ferner von der Tatsache, daß mancher jüdische Ehrenmann und Wohltäter eines Tages als Halsabschneider, Fälscher und Ausbeuter entlarvt wurde, ferner abgesehen davon, daß im Notfall auch der „anständigste" und vorsichtigste Jude zum anderen Juden halten mußte, bietet die jüdische Verdrehung der Wirtschaft so unzählige Möglichkeiten der Übervorteilung und Ausbeutung, daß es oft der einzelnen Gesetzwidrigkeit gar nicht bedurfte, um den Deutschen in wirtschaftlichen Nachteil zu bringen. Es genügt, daß der Jude das Denken des Wirtsvolkes beherrscht, dann wird auch die Wirtschaft jüdisch, und der ahnungslose Deutsche kann zuweilen beim besten Willen nicht merken, wie ihm das Fell über die Ohren gezogen wird.

Er wundert sich nur, daß er nicht besser vorwärts kommt. Er macht bald dieses, bald jenes, bald den Unternehmer, bald den Arbeiter, bald die Politik, bald den einen oder anderen Minister, bald geheimnisvolle Konjunkturen der Weltwirtschaft, bald unerforschliche Wirtschaftsgesetze für seine Einbußen verantwortlich und merkt gar nicht, daß, wo einer verliert, auch immer einer ist, der gewinnt. Und er fragt sich noch, woher der jüdische Reichtum und die jüdische Wirtschaftsmacht kommt, anstatt einmal die Verluste zusammenzuzählen, die seine Volkswirtschaft unter der jüdischen Wirtschaft erleidet, wobei er dann leicht berechnen kann, wohin das deutsche und woher das jüdische Geld gekommen ist.

Judenaktionen?

So ist es nun notwendig, zu wissen, wie aus einer jüdischen Wirtschaft eine deutsche Wirtschaft wird. Und wir erkennen, daß es längst nicht so sehr darauf ankommt, den einzelnen kleinen oder großen Juden zu zwicken oder ihn zu verjagen, sondern daß es viel wichtiger ist, daß das Deutsche Volk Herr in seinem Vaterlande, Herr seines Willens und Herr seines Schicksals ist.

Weiß das Deutsche Volk, daß die jüdische Wirtschaft nicht auf der Herrschaft natürlicher Wirtschaftsgesetze, sondern auf der Entartung des Volkes und der Herrschaft des Juden beruht, dann begreift es auch, daß mit den Nürnberger Gesetzen unendlich vielmehr zur Beseitigung des Juden aus der deutschen Wirtschaft getan worden ist, als mit allen unmittelbaren Bemühungen zur Brechung der jüdischen Wirtschaftsmacht. Dann weiß es auch, daß für eine den Deutschen nützliche Wirtschaft die Errichtung einer deutschen Volkswirtschaft viel, viel wichtiger ist, als alles Geschimpfe und Geschnatter über jüdischen Reichtum oder Reste jüdischer Positionen. Und endlich weiß es dann, daß eine solche nützliche und wohlstandbringende deutsche Wirtschaft nur möglich ist, wenn sich das Volk auf die Lebensbedingungen besinnt, die

Digitized by Google

seinem Charakter eigentümlich sind und mit Entschiedenheit alle Kniffe und Manipulationen ablehnt, die einer jüdischen Wirtschaft würdig wären, aber nicht einer deutschen. *Nur wenn das Deutsche Volk sich selbst treu ist, wird es auch eine deutsche Wirtschaft haben, in der deutsche Menschen leben und glücklich sein können.*

Das heißt: Die deutsche Wirtschaft, die nützliche Wirtschaft, die gute Wirtschaft *fängt bei Dir selber an!*

Wenn Du glaubst, daß die nationalsozialistische Revolution gekommen ist, damit Du selbst jüdische Kniffe, ohne die Konkurrenz der Juden zu befürchten, anwenden kannst, dann irrst Du Dich. Die nationalsozialistische Revolution ist gekommen, um jüdische Kniffe überhaupt unmöglich zu machen, auch wenn sie nicht von Juden ausgeführt werden.

Wenn Du glaubst, daß die Partei dafür da ist, um Dir Deinen eigenen Einsatz abzunehmen, dann irrst Du Dich erst recht. Die Partei ist dazu da, um von Grund auf eine deutsche Wirtschaft aufzubauen, nicht aber dazu, ihre Macht und ihr Ansehen zum Besten *Deines* Geschäftes einzusetzen.

> Wenn Du nicht willst, daß Deine Kunden zu Juden laufen, dann geh zunächst einmal selbst mit dem guten Beispiel voran. Es hat gar keinen Sinn, den Staat und die Partei um neue Judenaktionen zu bestürmen. Es ist viel wichtiger, daß der Volksgenossen immer mehr werden, die sich der strengsten Zurückhaltung gegenüber jeder jüdischen Verbindung befleißigen. Und der Parteigenosse muß seinen Volksgenossen mit gutem Beispiel vorangehen, sonst nützen die lautesten und radikalsten Aktionen nichts.

Wie werden wir die Juden los?

Eine deutsche Wirtschaft kann nur entstehen, wenn das Deutsche Volk in jedem Ding dem jüdischen Denken, dem jüdischen Aberglauben abschwört.

Was die *Partei* zur *Führung* und der nationalsozialistische *Staat* zur *Ausführung* des deutschen Willens zu tun hat, dies geschieht alles zu seiner Zeit.

Es braucht niemand zu befürchten, daß wir versäumen, Erzeugung und Markt, Gesellschaft und Recht nach den Lebensgesetzen des Deutschen Volkes zu gestalten und zu ordnen.

Wir sind dazu da, den deutschen Lebensraum so einzurichten, daß das Deutsche Volk nach seiner Natur und zu seinem Besten sich darin wohlfühlen, betätigen und darin wirtschaften kann. Je mehr dies geschieht, desto weniger wohl fühlt sich der Jude bei uns. Und wenn er zwanzigmal glaubt, durch die *Hintertür* wieder hereinkommen zu können, so wird er beim einundzwanzigstenmal sogar von selber draußen bleiben, weil er bei uns nichts mehr zu schnabulieren findet.

Es nützt Dir aber nichts, wenn nur der Staat *Gesetze* gibt, die nunmehr deutsch und nicht mehr jüdisch sind. Es nützt Dir nur dann etwas, wenn auch Du selbst wieder gelernt hast, mit deutschen Augen zu sehen und mit deutschem Hirn zu denken.

Überlaß es dem Führer, welche Gesetze er zu schaffen für richtig findet. Sorg aber selbst dafür, daß das Deutsche Volk immer deutscher wird. So werden wir den Juden am sichersten los.

Digitized by Google

Karl Albach:

„Geldoperationen gelingen leichter als Schlachten"

Bismarck war kein Judenfreund. Seine Duldsamkeit gegenüber dem jüdischen Einfluß hatte jedoch verhängnisvolle Folgen, die insbesondere Franz Fürchtegott Perrot frühzeitig aufdeckte. Wir sehen aus diesem Aufsatz, daß der Jude sich bereits in der Zeit vor dem Weltkrieg überall breit gemacht hatte.

Diese Feststellung trifft schon Franz Perrot, der zu Lebzeiten Bismarcks die falsche Wirtschafts- und Finanzpolitik erkannte und in seinen berühmt gewordenen fünf Aera-Artikeln aus höchstem Verantwortungsgefühl gegenüber Volk und Staat schonungslos den Finger auf die Wunde legte.

Wir müssen bis in die Mitte des vorigen Jahrhunderts zurückgreifen, wenn wir die Gründe erkennen wollen, die zu dem geistigen und materiellen Verfall bis zur Machtergreifung durch den Nationalsozialismus geführt haben. Auf die Frage, wer waren die Weichensteller, die verschuldet haben, daß ein falscher Weg eingeschlagen wurde, der für unser Deutsches Volk so verhängnisvoll war, bleiben uns die Geschichtsbücher die Antwort schuldig. Es werden zwar die Zustände, die sich im Zweiten Reich herausgebildet haben, beklagt, aber um die wahre Ursache gehen sie herum, wie die Katze um den heißen Brei. Diejenigen, die die Wahrheit zu fürchten hatten, haben es verstanden, sie dem Bewußtsein des Volkes vorzuenthalten. Sie sind darum auch nicht davor zurückgeschreckt, den ersten Warner und Wecker, sowie seine Freunde und Nachfolger totzuschweigen, zu verleumden, wirtschaftlich zu schädigen oder niederzuhalten, genau die gleiche Methode, die bis vor drei Jahren gegenüber dem Nationalsozialismus und seinen Führern angewandt worden ist.

Bleichröder — der Vermögensverwalter Bismarcks

> Es steht jedenfalls fest, daß Bismarck die Rassenfrage in ihrer politischen und historischen Bedeutung für die Entwicklung des Deutschen Volkes nicht klar genug erkannt hat. So kam es, daß er 1869 das Werk Hardenbergs vollendete und die Emanzipation der Juden in Deutschland vervollständigte.

Der Schlüssel hierfür liegt darin, daß der Vermögensverwalter Bismarcks der Jude Gerson von Bleichröder war, der, wie alle seine Rassengenossen, die menschliche Schwäche meisterhaft, ja raffiniert auszunutzen verstand. Nun war dieser Gerson von Bleichröder auch noch der Agent des Londoner Bankhauses Rothschild in Berlin. Perrot schildert die neuen alten Methoden, wie eine Sache von den Juden „gefingert" wird. Seine Feststellung, daß die Einführung der Goldwährung und die Finanzverfassung des Zweiten Reiches auf diesen jüdischen Einfluß zurückzuführen war, wird so ganz selbstverständlich.

Das schlimmste Geschenk war aber das Aktiengesetz, weil es die Voraussetzung für den nochmaligen Raubzug und die Ausbeutung des Volkes schuf. Franz Perrot, der Direktionssekretär der Rheinischen Eisenbahngesellschaft

Digitized by Google

war, sprach damals kurz vor dem siebziger Krieg von „einer kleinen, aber mächtigen und gewissenlosen Clique, die bei uns ein durch und durch unmoralisches Aktiengesetz zur Ausbeutung von Land und Leuten ausgeheckt habe, welches die persönliche Verantwortung aufhebt und alle Erfahrungen, die England, Frankreich und die Vereinigten Staaten schon seit mehr als hundert Jahren auf dem Gebiete des Aktienwesens gemacht haben, in den Wind schlägt". — „Wenn dieses Aktiengesetz, so wie vorgeschlagen, genehmigt wird, werden wir bestimmt eine kurze tolle Schwindelära erleben, die unfehlbar in wenigen Jahren zu einer schrecklichen Finanz- und Wirtschaftskrise führen muß und unser Vaterland vom Bürodiener bis zum Minister durch und durch korrumpiert."

Wie recht er mit seiner Voraussage und seinem Urteil hatte, weiß beispielsweise die rheinisch-westfälische Industrie sehr genau. Es war eben niemand da, der die wahren Absichten und die Zielsetzung der einflußreichen jüdischen Clique und ihrer Mitläufer durchschaute. Manche Denkschrift über die Gründerära im rheinisch-westfälischen Industriegebiet und die ihr auf dem Fuß folgende schwere Finanz- und Wirtschaftskrise ist bekannt geworden. Alle Verfasser suchen zu beschreiben und zu erklären, bleiben dabei aber vermutlich aus irgendwelcher Rücksichtnahme an der Oberfläche, denn es kann nicht angenommen werden, daß ihnen bei ihrer Forschertätigkeit die Schriften von Perrot unbekannt geblieben sind. Wir können es uns nicht anders erklären, als daß ein gewisser Personenkultus der Hinderungsgrund dafür gewesen ist, die wahren Ursachen der festgehaltenen schweren Krankheit unseres Volks- und Wirtschaftskörpers festzustellen.

Juden als Kriegsgewinnler 1870/71

Franz Fürchtegott Perrot setzte aber selbst im Kriege 1870/71, den er als Führer einer Munitionskolonne mitmachte, „den Kampf gegen die Ausbeutung des Publikums durch den Banknotenschwindel und die Papierpest" fort. Auf die Frage seines Bruders, ob man damit nicht warten könne, bis der Krieg zu Ende sei, erwiderte er: „Nein, die Franzosen fürchte ich nicht, die schießen wir zusammen; aber Juden und Judengenossen, die, während wir fürs Vaterland im Felde stehen, den Boden unterwühlen und alles bei uns korrumpieren, denen kann ich nicht mit groben Geschützen beikommen."

Seine Denkschrift, die er nach Beendigung des Krieges noch vor dem Frankfurter Friedensschluß mit dem Vorschlag einreichte, mit den fünf Milliarden Kriegsentschädigung die deutschen und luxemburgischen Privatbahnen von Staats wegen anzukaufen, um dem Volk dieses gewaltige Kapital zu erhalten, fand keine Beachtung. Es siegte wieder der Einfluß der internationalen Hochfinanz, als deren Berliner Agent Gerson von Bleichröder gelten mußte.

Die fünf Aera-Artikel

Alle Anstrengungen Perrots, die Wirtschafts- und Finanzpolitik den allgemeinen Interessen des Volkes mehr dienstbar zu machen, waren bis dahin fehlgeschlagen, doch den Kampf selbst gab er damit nicht auf.

Digitized by Google

Es erschienen fünf Ära-Artikel in der „Neuen Preußischen Zeitung", die damals ungeheueres Aufsehen erregten und auch heute noch staunen machen können, weil sie bis zum 30. Januar 1933 ihre volle aktuelle Bedeutung behalten haben.

Von insgesamt 642 Bankiers in Preußen waren damals nicht weniger als 550 Juden, und wenn in einem Lande so bedeutende Wandlungen vor sich gehen, wie 1866 und 1871 in Deutschland — und man darf hinzufügen, wie auch nach 1914/18 —, dann pflegen die Kreise der hohen Finanz solchen Wandlungen nicht nur passiv mit dem gespanntesten Interesse zu folgen, sondern sie suchen auch aktiv ihren Einfluß soweit als möglich geltend zu machen.

So entstanden Privilegien, die, wie die Dinge damals und bis zur letzten Gegenwartskrise lagen, praktisch Judenprivilegien waren, und es liegt auf der Hand, daß diese Privilegien nicht nur von den Privilegierten mit allen Mitteln zu schützen und zu erhalten gesucht werden, sondern es liefert auch das Privilegium selbst den Privilegierten reichlich die Mittel, den Kampf, in dem sie den Gesamtinteressen des Volkes gegenüberstehen, mit Übermacht zu führen.

Die Nutznießer der „Gründerjahre"

Wenn Perrot schon 1875 feststellte: „Bank-, Aktien- und Börsenprivilegien sind, wie die Sachen praktisch liegen, Judenprivilegien, sie werden daher von der jüdischen Presse, den jüdischen Gelehrten und den jüdischen Volksvertretern mit allen Kräften geschützt und gefördert", so hat ihm die Ausbeutung des Volkes in der Nachkriegszeit zusammen mit der Inflation der jüdischen Presse- und Druckerzeugnisse mehr als recht gegeben. Wir selbst sind ja alle Zeugen dieser Ausbeutung und Vernichtung des Deutschen Volkes durch die jüdische Invasion gewesen.

Die schlimmste Frucht des Finanz- und Aktienschwindels war aber die korrumpierende Wirkung auf das geschäftliche Denken unseres Volkes, auf die Geschäftsmoral im allgemeinen, die ihre Wirkung selbst bis in unsere Rechtsprechung hinein ausgedehnt hat. In einem solchen Ausmaße hatte selbst die schwärzeste Furcht Perrots die Wirkung nicht vorausgesehen und voraussehen können.

In den „Gründerjahren" wußten fast nur die Juden mit den neuen Finanzgesetzen umzugehen und Nutzen daraus zu ziehen.

Züchtung des „weißen Juden"

Allmählich aber breitete sich die jüdische Unmoral aus. Treu und Glaube verschwanden immer mehr. Es entstand der „Weiße Jude".

Wir brauchen nur noch einmal das von den Systemregierungen verbotene Buch „Gefesselte Justiz" von Gottfried Zarnow zur Hand zu nehmen und all die jüdischen Schieber und Betrüger wie die Sklarz, Barmats, Kutisker, Michael usw. usw. zusammen mit ihren „ministeriellen Freunden" an unserem geistigen Auge vorüberziehen zu lassen, um zu ermessen, wie tief wir in Deutschland durch das Überwuchern des jüdisch-materialistischen Geistes gesunken waren.

Digitized by Google

Das Inflationsverbrechen, die jüdische Geld- und Anleihepolitik, die Schiebereien en gros, bilden Meilensteine dieser Entwicklung. Rassejuden und weiße Juden fanden sich in ihrem Ziel der rigorosen Ausbeutung.

> Die Archive über diese glorreiche Zeit der Judenherrschaft in Deutschland mit ihrer geradezu verheerenden Wirkung auf die Wirtschafts- und Finanzpolitik des Reiches sind noch keineswegs geschlossen und vergessen. Sie ruhen, weil wir andere, dringlichere Aufgaben zur Zeit zu erfüllen haben.

Noch sind uns die Dinge nahe genug, und das Erleben der Skandale und Verbrechen mit ihren menschenvernichtenden Begleiterscheinungen hat sich so tief in unsere Seelen eingegraben, daß unsere Generation nie mehr etwaigen Phraseologien erliegen wird. Vergessen wir aber nie, daß es sich auch insoweit mehr oder weniger nur um die Kämpfer der Bewegung handelt, während die große Zahl nach all den Jahren des Kampfes die nationalsozialistische Revolution nicht einmal als solche erlebte.

Unterschätzen wir auch weiterhin nicht, daß die Juden in Deutschland kaum weniger geworden sind und daß sie auch in der Wirtschaft, wo sie ungeschoren blieben, teilweise unter geschickter Tarnung durch weiße Juden, erst recht volle Tätigkeit entfalten konnten.

Von jüdischer Wirtschaftspolitik

Solang wir als Deutsches Volk noch das jüdische Volk unter uns dulden, solang wird das jüdische Volk versuchen, Politik zu treiben. Es liegt an uns, ob wir es verstehen, unser Volk gegen den politischen Einfluß des Judentums in jeder Beziehung, auch in wirtschaftspolitischer, gefeit zu machen.

Das Vermögen der Juden in Deutschland

Als Reichsleiter und Reichsminister Frick sich im Oktober vergangenen Jahres in einer Rede über die kommenden Ausführungsbestimmungen der Nürnberger Gesetze verbreitete und dabei eine gewisse Beschränkung der wirtschaftlichen Bewegungsfreiheit der Juden ankündigte, fühlte sich die „Frankfurter Zeitung" aus traditionellen Gründen bemüßigt, in einem längeren Artikel zu dem Thema „Jüdische Geschäftsverkäufe", als Folgeerscheinung der allgemeinen Beunruhigung, Stellung zu nehmen.

Die Ausführungen, die von den Gefahren des großen Angebotes an Geschäften sprachen, dem Mangel an kapitalkräftigen Käufern, sowie an fachlich tüchtigen Leuten und der drohenden Unsicherheit, die die gesamte Wirtschaft angesichts dieser antisemitischen Einstellung erfassen wird, gipfelten in der Forderung: „Die Geschäftsübertragungen, soweit sie unvermeidlich sind, von Staats wegen zu unterstützen und zu erleichtern."

Wir kennen diese Methode. Mit ihr erschlichen sich die Juden bereits die Schutzgesetze der Fürsten im Mittelalter.

Wie groß noch der jüdische Einfluß in Deutschland ist, erkennen wir, wenn die „Frankfurter Zeitung" meint, daß das Ausscheiden der Juden in unserer Wirtschaft Unsicherheit hervorbringen könne.

Digitized by Google

Nach einer im „Weltjudentum" veröffentlichten Schätzung beträgt das Vermögen der Juden in Deutschland noch immer 20 Milliarden RM.! Juda hat also noch immer ein Zehntel des Gesamtvermögens im Reiche in seiner Hand.

Die Beteiligung der Juden am auslandsdeutschen Besitz und der jüdische Einfluß auf diesen dürfte dabei noch größer sein!

Propaganda und Organisation als Mittel jüdischer Politik

Als „harmloser" Handels- und Finanzmann kam der Jude in alle Länder. Aber die „harmlosen" Geschäfte waren Politik.

Der Jude beherrschte auf Grund seiner besonderen Veranlagung bereits früh die Gesetze der psychologischen Massenbeeinflussung. Er wußte früh, zur Steigerung seines Einflusses, die Mittel der Propaganda und Organisation zu verwenden.

Er wußte auch, daß das wichtigste Mittel der Propaganda die unmittelbare Beeinflussung war und für ihn insbesondere das Reden. Reden war ja nahezu seine einzige Handarbeit!

Er wußte aber auch das Mittel der Organisation anzuwenden, freilich auch nach seiner Art; denn Organisation und Geschäft waren für ihn meist ein und dasselbe. Seine Organisationsapparate waren seit je Handels- und Finanzgesellschaften.

Vom Bauchladen zum Wirtschaftsministerium

Wir wissen jetzt doch, wie das zuging. Erst kamen die Juden mit ihren Bauchläden und verkitschten ihren Trödelkram — so vagabundieren sie noch heute an unseren östlichen Grenzen herum. Dann tauchten sie auf den Märkten auf und feilschten hier mit ihren Lausekämmen und Tipfelbändchen. Hatte man sich an sie gewöhnt, so nutzten sie die Gastfreundschaft und siedelten sich an.

Aus dem Bauchladen wurde der Trödelladen. Aus dem Trödelladen wurde das Eckgeschäft. Aus dem Eckgeschäft wurde das Warenhaus. Mit dem Warenhaus kamen die Filialgeschäfte. Dann kam der Konzern. Schließlich die internationale Interessengemeinschaft.

„Auf das Geldverdienen kommt es an", sagte der Jude, propagierte er durch die Presse, flüsterte er jedem geheimnisvoll ins Ohr. „Wer leben will, braucht Geld!" „Wer arbeiten will, braucht Geld!" „Das Geld regiert die Welt!"

Nur so konnte er seine Macht steigern; denn im Geldverdienen kannte er sich aus, das hatte er los. Konnte er die Nichtjuden veranlassen, an die Allmacht des Geldes zu glauben, so stieg auch sein Einfluß.

War dieser groß genug, war er auch gerne begehrt bei den parlamentarisch-artvergessenen Parteien. Er kam dann auf die Liste der Parlamentskandidaten. Er kam dann vielleicht in den Wirtschaftsausschuß der Partei. Er wurde schließlich Sachverständiger dieser Partei für Wirtschaftsfragen. Sachverständige werden immer gebraucht. Die Regierungen wechseln sehr in parlamentarischen Staaten und Minister sollen Sachverständige sein.

Das war der Weg des Handelsjuden zum Wirtschaftsminister. Ganz ähnlich setzte sich der Geldjude durch. Vom einfachen Geldwechsler über

Digitized by Google

den Geldverleiher zum Bankier und Finanzier und schließlich zum Finanzminister und Schatzmeister seiner Regierung. Und ein Jude zog den anderen Juden nach.

Auch der Jude hat seine Wirtschaftspolitik

Die Politik des Juden ist in starkem Maße Wirtschaftspolitik. Überall und unentwegt propagiert er seine besondere Wirtschaftsauffassung. Und es ist kein Zufall, daß die Weltanschauung des Juden Marx im wesentlichen eine Wirtschaftsanschauung enthält.

Nach dieser Wirtschaftsanschauung oder besser wirtschaftspolitischen Propaganda sollte die Wirtschaft das Schicksal der Völker sein. Und es ist dasselbe, ob Rathenau sagte, die Wirtschaft sei unser Schicksal, oder Marx: die Geschichte der menschlichen Gesellschaft sei die Geschichte von Klassenkämpfen.

„Hat der jüdische Propagandist seine Leser oder Hörer erst einmal dazu gebracht, den ersten entscheidenden Unsinn anzunehmen, so ergibt sich alles andere im Sinn der jüdischen Verführung von selbst" (Bernhard Köhler auf dem Sommerschulungskurs der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., 1935).

> So kann auch die Wirtschaftsmacht der Juden nur als politische Macht verstanden werden. Es ist deshalb auch falsch, den Juden nur als Wirtschafter zu bekämpfen. Der Jude ist eine politische Macht und kann deshalb auch nur mit politischen Mitteln bekämpft werden.

Der Jude stört uns in der Wirtschaft nicht, weil er wirtschaftet, denn das Wirtschaften ist ja nur ein Handwerk. Der Jude stört uns, weil er unter dem Schein der Wirtschaft das Vermögen des Volkes verwirtschaftet und weil er mit den Mitteln der Wirtschaft seine politische Zersetzungsarbeit vortreibt.

Die Rolle des Juden an der Getreide- und Mehlbörse

Mindestleistungslohn und Brotpreis müssen immer in einem festen Verhältnis stehen. Dann sind auch nicht Spekulationen möglich, wie sie in dem folgenden Aufsatz geschildert werden.

Die Getreide- und Mehlbörsen waren, wie ja fast alle anderen Börsen, seitdem diese Institute Bedeutung hatten, ausschließlich Domänen der Juden. War schon der größte Teil der Getreidehändler auf dem Lande jüdisch, so waren die Hauptplätze, wo die großen Umsätze erzielt wurden, wo die Preise bestimmt wurden, wo Hausseen und Baissen inszeniert wurden, ausgesprochen jüdische Tummelplätze.

Die Juden hielten diese Schlüsselstellungen fest in ihrer Hand und ließen niemand zu, der ihnen nicht rassisch verbunden oder sonst zünftig schien.

Digitized by Google

Spekulationen mit der Nahrung

War es nicht ein Wahnsinn, z. B. Brot, Getreide und Mehl, das doch gewiß kein Modeartikel war, fast täglich einen anderen Wert zu geben? Jeder Mensch verzehrt ziemlich die gleiche Menge, im Sommer wie im Winter, und wenn sich wirklich hierbei ein Unterschied zeigt, dann ist das so gering, gemessen am Gesamtkonsum, daß das gar nicht so sehr ins Gewicht fällt. Jedenfalls hat es niemals die enormen Schwankungen auf den Börsen hervorrufen können.

Wir haben aber an besonders bewegten Börsentagen oft erlebt, daß der Sack Mehl (100 kg) am Vormittag um drei bis vier Mark höher notierte als am Nachmittag und umgekehrt.

Wie wurden nun diese Haussen und Baissen hervorgerufen? Eigentlich nur durch Gerüchte. Es genügt, den Blick auf die bedeutendsten Börsenplätze der Welt zu richten: Berlin, London, Amsterdam, New York. Alle diese Plätze waren miteinander verbunden, an allen Plätzen waren die gleichen Spekulanten interessiert und unterstützten sich gegenseitig mit allerhand Tendenzen, um bald hier, bald dort eine Hausse oder Baisse zu inszenieren. Preissteigerungen kamen in den seltensten Fällen aus dem Konsum, sie wurden stets künstlich gezüchtet.

Die Flotte aus Amerika

War z. B. in Berlin eine Flaute, also auf deutsch gesagt „nichts los", so mußte Stimmung in die Börse gebracht werden. Es kam dann also plötzlich aus New York die Meldung, daß eine Flotte mit Getreideladungen auslaufe, die nach Hamburg steuern würde.

Sofort sank der Wert des betreffenden Getreides in Deutschland. Denn man sagte sich mit Recht, wenn diese Unmengen Getreide hier ankommen, dann ist großes Angebot und das Getreide ist dann billig. Folglich wurde also viel angeboten. Der Preis sank. Die Börsianer unterstützten natürlich dieses Gerücht und zogen sich ganz vom Kaufe zurück, um dadurch den Anbietenden, und das war die ahnungslose Provinz, mit den Terminangeboten immer mehr in den Preisen zu drücken.

War nun ein Tiefstand erreicht, von dem man glaubte, daß unter diesem nicht mehr angeboten würde, — man hatte ja hierfür das feine Gefühl — dann war man so freundlich und kaufte aus lauter Gefälligkeit und Menschenfreundlichkeit.

Waren nun die interessierten Kreise — das Ausland kaufte natürlich auch mit — genügend vollgesaugt, dann hieß es mit einem Male, daß die Flotte nicht mehr nach Hamburg komme, sondern nach London abgedreht sei. Nun begann die Baisse in London und Berlin stieg wieder, stieg solange, bis die vollgesaugten, interessierten Kreise meinten, daß es genug sei. Dann verkauften sie wieder ihre Schlußscheine und die Differenz war verdient. Gehandelt wurde ja nur auf Schlußscheine und auf Ware, die nicht greifbar war, sonst hätte man ja Geld gebraucht. Gehandelt wurde Ware, die erst in einigen Monaten auf dem Markte erscheinen sollte. So wurde Getreide, das im April—Mai noch auf dem Felde stand, schon per September und später gehandelt. In dieser Zeit lief das überhaupt noch nicht vorhandene Getreide die Preisskala herauf und herunter.

Digitized by Google

Spekulationen nach dem Barometerstand

Sonne und Regen waren in der Zwischenzeit sehr willkommene Helfer, um den Preis jeweils zu ändern. Erst wurde ein Blick zum Himmel getan, um zu sehen, wie das Wetter war, dann wurde der Preis genannt.

Letzten Endes stellte sich dann überhaupt heraus, daß die Flotte aus einem ganz kleinen Schiff bestand oder überhaupt gar nicht existiert hat. Dann kam wieder die alljährlich bekannte Dürremeldung aus Amerika, dann die Sturmwetterverheerungen usw. Kurz man half sich so gegenseitig über den ganzen Erdball mit allerhand Gerüchten aus, um überall Bewegung und ein Herauf und Herunter zu inszenieren. Man war ja überall zu Hause und interessiert.

Der Betrogene war immer der Abgeber beim niedrigsten und der Käufer beim höchsten Preise, denn der Außenstehende wußte ja nie, wann ist der höchste und wann der niedrigste Punkt erreicht.

> So ging der Spielball die Reihe herum. Gearbeitet wurde auf diesen Börsenplätzen nicht, es wurde nur mit dem Produkt aus dem Schweiße anderer und mit dem wichtigsten Volksernährungsmittel grausam spekuliert. Was das Volk für sein tägliches Brot bezahlen mußte, war völlig gleichgültig, die Hauptsache war, daß auf der Börse stets etwas „los" war.

Vor allen Dingen durften niemals klare Verhältnisse geschaffen werden, denn da hätte man ja rechnen können und vorsorgen. Je unklarer die Verhältnisse waren, um so besser war es, desto eher konnte man ins Bockshorn jagen. Es war ja nie zu prüfen, ob es wirklich richtig oder falsch war. Schlimmsten Falles hatte man sich eben geirrt.

Mit diesem groben Unfug ist nun, Gott sei Dank, aufgeräumt. Endlich sind klare Verhältnisse geschaffen. Die Preise für das Brot unseres Volkes liegen fest und der Landwirt, Müller oder Bäcker kann für das ganze Jahr seine Arbeit und die Erträge seiner Arbeit einteilen, er kann wirtschaften.

Industriespekulant oder verantwortungsvoller Unternehmer?

Ein typisches Beispiel, wie eine ganze deutsche Industrie das Opfer einer jüdischen Spekulation geworden ist, gibt die Linoleum-Industrie ab. Die nachstehenden Enthüllungen sind uns aus zuverlässiger Quelle zugegangen.

Vom Leinöl zum Linoleum

In den 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts bemerkte ein Engländer namens Walton, der einen Topf mit Leinöl längere Zeit hatte stehen lassen, daß sich auf dem Leinöl eine feste Haut gebildet hatte. Damit kam er auf den Gedanken, dieses eingedickte Leinöl als Bindemittel zu verwenden, und so entstand das Linoleum. An der alten Herstellungsweise hat sich im Laufe der

Digitized by Google

Jahre nichts geändert. Das Leinöl wird genau so wie früher eingedickt, dann mit Kork oder Sägemehl vermischt, auf Jute aufgewalzt und getrocknet. Die ersten Leinölfabriken entstanden in England, und die deutsche Linoleumindustrie ist von Engländern begründet worden: die Schlüsselwerke, Anker- und Hansawerke in Delmenhorst, die Germaniawerke in Bietigheim b. Stuttgart.

Diese deutschen Linoleumwerke, zu denen dann noch drei Werke im Laufe der Zeit hinzukamen, bekämpften und verstanden sich schlecht und recht. Sie gründeten, wie das damals üblich war, einen Verein, der vor allem die Aufgabe hatte, die Preise hochzuhalten, weniger mit Rücksicht auf die Baulustigen, die einen billigen Bodenbelag haben wollten, als mit Rücksicht auf eine angenehme Dividenden- und Tantiemenpolitik, so daß innerhalb der Linoleumindustrie, wenigstens nach liberalistischen Auffassungen, alles, wie man sagt, in bester Butter war. Auf dem Exportmarkt strengte man sich nicht weiter an, den überließ man den Engländern und war froh, daß diese nicht in die Preisregelung innerhalb Deutschlands hineinspukten. Der Schimmer einer Verpflichtung, für ihre rein ausländischen Rohstoffe die entsprechenden Devisenmengen hereinzuholen, war dieser Industrie noch nicht aufgegangen.

Die Erfindung des Triolins

Da wurde dieses wohlgefügte Gebäude einer rein kapitalistischen Interessenpolitik plötzlich gewaltsam erschüttert durch einen Stoß, der von den Pulverfabriken Köln-Rottweil A. G. ausging. Diese Gesellschaft, die früher in Geld schwamm, war arm geworden durch die Folgen des Versailler Diktats. Sie mußte sich umstellen und hatte es u. a. fertig gebracht, einen ausgezeichneten Bodenbelag herzustellen, der nach unparteiischem Urteil dem Linoleum durchaus gleichwertig war. Dazu bestand dieser Bodenbelag, Triolin genannt, mit Ausnahme der Juteunterlage aus rein deutschen Rohstoffen und, was das Entscheidende war und den Herren von der Linoleumindustrie so stark auf die Nerven fiel: das Triolin konnte von einem auf den anderen Tag fix und fertig gewalzt und versandreif hergestellt werden. Dadurch wurde ein langwieriger Trockenprozeß (das Linoleum hängt drei bis sechs Wochen in großen Speichern bei 70° Hitze zum Trocknen) und eine ausgedehnte kostspielige Lagerhaltung vermieden.

Der Jude Heilner wittert eine Spekulation

Der Mann, der diese ungeheure Gefahr für den Bestand und die Rentabilität der alten Linoleumfabriken rechtzeitig und in voller Schärfe erkannte, war der Generaldirektor der Germania-Linoleumwerke A. G., der Jude Richard Heilner, ein sehr kluger Kopf, mit allen Merkmalen seiner Rasse, verschlagen, rücksichtslos, von ungeheurer Gier nach Geld und Macht, aber nicht behindert durch jüdisch-orthodoxe Beengungen, denn er hatte zur äußeren Politur seines gesellschaftlichen Standpunkts die Nichte des früheren Ministers von Loebell geheiratet.

Digitized by Google

Der Kampf gegen das Triolin

Heilner sah seine Stunde gekommen. Die anderen Linoleumfabrikanten traten ihm willig die Führung ab in dem Kampf gegen das unerwünschte Triolin, und Heilner nahm diesen Kampf mit einer Zähigkeit und Verschlagenheit auf, für die man keine andere Erklärung findet, als daß sie rassisch bedingt sind.

Eine Welle schmutzigster Propaganda ergoß sich über Deutschland gegen Triolin. Geld spielte keine Rolle, jedes Mittel war recht. Nur ein Beispiel: als Staatssekretär Helfferich bei dem Eisenbahnunglück in Bellinzona zu Tode kam, konnte man am nächsten Tag schon in den Zeitungen lesen, daß Schuld an seinem Tode die Blausäuredämpfe gewesen seien, die sich beim Verbrennen von Triolin entwickelt hätten. Als Köln-Rottweil nach Wochen beim Eisenbahnzentralamt festgestellt hatte, daß die betreffenden Wagen gar nicht mit Triolin, sondern mit Linoleum ausgelegt waren, hatte die erste Meldung bereits ihre Wirkung getan, und das Dementi verpuffte.

Diesen jüdischen Kniffen, Praktiken und Mitteln war Köln-Rottweil nicht gewachsen. Es mußte kapitulieren und wurde durch einen Vertrag mit den Germania-Linoleumwerken A. G. durch Heilner derart gefesselt, daß es ohne die Genehmigung von Germania seinen Bodenbelag nicht herstellen durfte. Natürlich gab Germania nie diese Genehmigung, so daß der hochentwickelte, aus rein deutschen Rohstoffen hergestellte und mit Linoleum durchaus konkurrenzfähige neue Bodenbelag unter den Tisch fiel. Ein Aufatmen ging damit durch die beengte Brust der Herren von der deutschen Linoleumindustrie, aber sie sahen nicht die Schlinge, die sie sich selbst gelegt hatten. Denn durch den Vertrag mit Köln-Rottweil hatte Heilner die anderen deutschen Linoleumfabriken an der Kandare.

Heilner wird Beherrscher der Linoleumindustrie

Mit freundlicher Unterstützung der Banken, die sich dem neuen Machthaber bereitwillig zur Hilfeleistung zur Verfügung stellten, verschob Heilner die Majoritäten, die bis dahin bei den Schlüsselwerken in Delmenhorst lagen, so, daß diese Majoritäten nunmehr bei Germania lagen, welches er selbst mit seiner Gruppe beherrschte.

Und damit setzte der erste Akt ausgleichender Gerechtigkeit ein. Die leitenden Herren der Linoleumindustrie wurden von Heilner entthront, noch nicht einmal ihre Söhne fanden eine Bleibe in dem neuen Konzern, denn der Jude fragte nicht nach Tradition und Anstand. Dafür warf er sich mit aller Entschiedenheit, absolut treu der internationalen jüdischen Expansion, auf die ausländischen Konkurrenten, zog die holländische, schwedische, schweizerische und französische Linoleumindustrie auf seine Leimrute, gründete in der Schweiz die internationale Holding-Gesellschaft für seine Linoleuminteressen und stand damit auf dem Gipfel seiner Macht.

Das Ergebnis der jüdischen Spekulation

Doch hier setzte der zweite Akt ausgleichender Gerechtigkeit ein. Heilner hatte mit Bankgeld Aktien seines Konzerns gekauft. Mit dem bekannten schwarzen Freitag im Jahre 1927 stürzten auch die Linoleumaktien. Die

Digitized by Google

Aktien Heilners wurden zunächst mit etwa 90 v. H. lombardiert (Gestehungskurs etwa 350 v. H.) und dann mit etwa 70 v. H. verkauft.

So kam die Majorität der Deutschen Linoleum-Werke A. G., die fünf stolze deutsche Werke aufgenommen hatten, an das Ausland, in holländischen Besitz, weil deutsche Unternehmer keinen Abstand zu einem fremdrassigen Spekulanten gefunden und weil sie die Gefahren grenzenloser jüdischer Expansionspolitik nicht rechtzeitig erkannt hatten.

Nur die Rheinischen Linoleumwerke A. G., Bedburg b. Köln, sind heute noch selbständig.

Die berufliche Schichtung der Glaubensjuden.

Unbestechliche Zahlen umreißen genau die Stellung des Juden in unserer Wirtschaft und die von dem errungenen Ausgangsstellungen. Die wirklichen Machtpositionen sind natürlich größer, denn diese oder jene Fäden und Querverbindungen in der Industrie werden nur dem Eingeweihten sichtbar. Außerdem sind in den gegebenen Zahlen nur die Glaubensjuden erfaßt worden.

Am 16. Juni 1933 wurde eine Berufszählung vorgenommen, die folgendes Bild ergab: Es waren tätig 240 487 Juden, davon arbeiteten 147 314 Juden (in- und ausländische Juden) oder 61,3 v. H. in der Gruppe Handel und Verkehr (einschließlich Gast- und Schankwirtschaft). Von der erwerbstätigen Gesamtbevölkerung waren es nur 18,4 v. H. In der Gruppe Landwirtschaft waren 28 v. H. aller deutschen Erwerbstätigen beschäftigt, gegen nur 1,7 v. H. der berufstätigen Juden. In der Gruppe Industrie und Handwerk haben sich fast 25 v. H. aller deutschen berufstätigen Juden eingenistet. In der öffentlichen Verwaltung (Verwaltung, Rechtspflege, Heer und Marine, Kirche, Gottesdienst, Gesundheitswesen, hygienisches Gewerbe, Wohlfahrtspflege) übertreffen die Juden den Anteil der bodenständigen Bevölkerung um 4,1 v. H. (siehe Dr. Oskar Liskowsky: „Die Geißel der Welt"). In der gewerblichen Erzeugung in Industrie und Handwerk arbeiten auf jüdischer Seite nur 23,1 v. H. mit, gegenüber 40,4 v. H. auf Seiten der Deutschen und bei den „häuslichen Diensten" lauten die Zahlen 1,4 v. H. gegen 3,9 v. H. Im Warenhandel betätigten sich 114 659 Juden, das heißt fünfmal soviel Juden wie ihrem Bevölkerungsanteil entsprochen hätte.

Wesentlich erscheint uns die Tatsache, daß die Zahl der erwerbslosen Juden 1933 nur 14 v. H. betrug, gegen 18 v. H. der deutschen Bevölkerung und die Zahl der Rentner und Pensionäre 12,2 v. H., gegen nur 8,9 v. H. der nichtjüdischen Bevölkerung. Von hundert berufslosen alten Leuten waren gesichert (sorgenfrei) 33 v. H., während die Zahl bei den Nichtjuden nur 5 v. H. lautet. Besonders stark wurden nach wie vor gewisse geistige Berufe bevorzugt.

Die folgende Statistik wurde gekürzt dem 2. November-Heft von „Wirtschaft und Statistik" (herausgegeben vom Statistischen Reichsamt) entnommen:

Digitized by Google

Der Jude in den einzelnen Wirtschaftszweigen

Wirtschaftszweige mit mehr als 0,77 v. H. jüdischen Erwerbspersonen am 16. Juni 1933	Jüd. Erwerbspersonen insgesamt	Von je 100 sämtl. Erwerbspers. des Reiches waren Juden
Immobilienhandel, Vermittlung usw.	17 100	9,48
Kürschnerei	1 735	5,28
Warenhandel	114 059	4,21
Hausier- und Straßenhandel	2 190	3,99
Bildende Kunst, freie schriftstellerische und wissenschaftliche Betätigung	907	3,88
Rechts- und Wirtschaftsberatung usw.	6 249	3,27
Putzmacherei	1 962	2,65
Apotheken	706	2,50
Krankenpflege, Heilanstalten usw.	9 105	2,27
Wohngewerbe (Hausverwaltung) usw.	1 478	2,19
Bank- und Börsenwesen	4 035	2,05
Theater, Film, Rundfunk usw.	3 018	1,85
Private Versicherung	1 908	1,77
Schneiderei	14 823	1,71
Fleischerei und Fischindustrie	5 966	1,57
Architektur- und Vermessungsbüros usw.	436	1,37
Verlagsgewerbe	1 831	1,44
Wohlfahrtspflege	1 307	1,28
Kirche, Anstalten für religiöse Zwecke	1 792	1,09
Spedition, Markt- und Messewesen	1 262	0,93

Zwar mit weniger als 0,77 v. H. der Erwerbspersonen, aber mit mehr als 2000 Erwerbspersonen im ganzen sind die Juden noch vertreten in den Wirtschaftszweigen:

Gast- und Schankwirtschaftsgewerbe	3 000	Erwerbsperf. oder	0,39	v. H.
Bildung, Erziehung, Unterricht	2 585	„ „	0,66	„
Hoch- und Tiefbau, Baunebengewerbe	2 291	„ „	0,12	„
Schuhmacherei und Schuhindustrie	2 262	„ „	0,62	„
Chemische Industrie	2 223	„ „	0,61	„

Der Jude in den einzelnen Berufen

Die jüdischen Erwerbspersonen nach Berufen am 16. Juni 1933	Jüd. Erwerbspersonen insgesamt	Von je 100 sämtl. Erwerbspers. des Reiches waren Juden
Berufe mit mehr als 0,77 v. H. jüdischen Erwerbspersonen		
Rechtsanwälte und Notare	3 030	16,25
Makler und Kommissionäre	1 722	15,05
Patentanwälte	79	13,28
Ärzte	5 557	10,88
Reisende, Vertreter, Agenten	24 380	9,20
Zahnärzte	1 041	8,59
Hausverwalter	297	8,53
Kürschner	1 198	6,33
Regisseure und Spielleiter	60	5,61

Digitized by Google

Die jüdischen Erwerbspersonen nach Berufen am 16. Juni 1933	Jüd. Erwerbspersonen insgesamt	Von je 100 sämtl. Erwerbspers. des Reiches waren Juden
Rechtskonsulenten	165	5,40
Nicht näher bezeichnete Eigentümer und Pächter	66 891	5,05
Redakteure und Schriftsteller	872	5,05
Privatlehrer	461	4,30
Buchmacher	35	4,25
Abteilungsleiter, Prokuristen	3 083	3,87
Apotheker	657	3,61
Bücherrevisoren, Treuhänder usw.	515	3,00
Tänzer, Schauspieler, Artisten	703	3,00
Richter und Staatsanwälte	286	2,76
Hochschullehrer	192	2,64
Buchhändler	361	2,50
Referendare	367	2,50
Bildende Künstler	360	2,44
Verkäufer	12 835	2,39
Berufe der chemischen Industrie	715	2,31
Nicht näher bezeichnete kaufmännische und Büroangestellte	30 167	2,26
Putzmacherinnen	841	2,16
Dentisten und Zahntechniker	653	2,11
Musiker, Sänger usw.	1 915	2,04
Nicht näher bezeichnete sonstige Angestellte	5 605	1,76
Hutmacher, Mützenmacher	186	1,74
Buchhalter, Korrespondenten, Stenotypisten usw.	11 205	1,73
Photographen und Filmoperateure	335	1,61
Tierärzte	98	1,55
Fleischer und Wurstmacher	3 566	1,47
Optiker, Uhrmacher	484	1,32
Rabbiner	434	1,08[1]
Glaser	223	0,92
Schneider und Näher	6 939	0,84
Tapezierer, Polsterer, Dekorateure	439	0,81
Heimarbeiter	1 273	0,80
Berufe mit mehr als 1000, aber weniger als 0,77 v. H.		
Nicht näher bezeichnete sonstige Arbeiter	4 019	0,11
Hausangestellte	2 903	0,24
Nicht näher bezeichnete Berufe der Verwaltung usw.	1 472	0,31
Ingenieure und Techniker	1 443	0,71
Volks-, Mittelschullehrer, Fachlehrer usw.	1 323	0,53
Klempner, Monteure, Mechaniker	1 010	0,17
Sonstige ausgewählte Berufe		
Maurer, Zimmerleute	95	0,01
Kupferschmiede, Schmiede usw.	65	0,02
Berufe des Bergbaus	52	0,01
Modelltischler, Drechsler, Stellmacher	32	0,02
Müller	19	0,05

[1] v. H. sämtlicher Geistlicher, Missionare usw. aller Bekenntnisse.

Digitized by Google

Auffällig ist die Tatsache, daß die Zahl der Schmiede, Bergarbeiter, Drechsler, Stellmacher, Arbeiter usw. derart verschwindend ist, daß der Prozentsatz hier zwischen 0,01 und 0,02 schwankt, während die Juden anteilsmäßig mindestens 0,77 v. H. in diesen Berufen stellen müßten. Der Jude scheut also Handarbeit und bevorzugt Berufe, in denen nicht Fleiß, sondern Berechnung den Verdienst begründen.

„Körperliche Arbeit ist nur Gewohnheitssache"

Wie der Jude Arbeit wertet, dafür nachstehend ein Beispiel. Rabbiner M. Hoffmann, Berlin, schreibt in seinem Buch „Judentum und Kapitalismus", eine kritische Würdigung von Werner Sombarts „Die Juden und das Wirtschaftsleben", 1912, Druck und Verlag Itzkowsky, auf Seite 133/135:

„Ich will mich mit Sombarts Behauptung, daß unsere europäische Judenschaft nicht gern und mit Vorliebe körperliche Arbeit leistet, nicht des weiteren auseinandersetzen: Das ist ja so die allgemeine Meinung, er teilt sie und äußert sie ohne weiteres, versucht sie auch ein wenig zu begründen. Der Satz ist vollkommen richtig und begründet, wenn er noch ein wenig erweitert und verallgemeinert wird: kein Mensch und auch kein Germane, Slave oder Romane wird gern und mit Vorliebe schwere körperliche Arbeit leisten, wenn er nicht durch die Not dazu gezwungen ist, oder aus Gewohnheit es nichts anders weiß. Sombart schränkt ja auch für die moderne Zeit seinen Satz ein, indem er ihn nur auf die europäische Judenschaft bezogen wissen will. Daß diese sich nicht in größerem Umfange dem körperlich schwer arbeitenden Beruf widmete, ist ja durch die historische Entwicklung begründet."

Der Rabbiner fährt fort:

„Stellen wir einmal einander gegenüber. Einen Kleinbauern in einer katholischen Gegend Süddeutschlands und einen jüdischen Hausierer. Der Bauer hat gewiß acht Monate des Jahres von März bis November schwer zu arbeiten. Aber wie arbeitet er? Er hält, mag die Arbeit auch noch so dringend sein, gemächlich seine fünf täglichen Mahlzeiten: so daß er je nach drei Stunden Arbeit eine halbe oder ganze Stunde Pause hat. An den vielen Halbfeiertagen und Gedenktagen seiner Religion wird er überhaupt nicht arbeiten. Auch die vier Wintermonate von November bis März sind eine Ausruhezeit für ihn, in welcher außer der Besorgung des Haushaltes und des Viehes nur gelegentlich Arbeit geleistet wird.

Der arme jüdische Hausierer muß oft schlecht gekleidet und beschuht in Sommersglut und Winterkälte, in Regen, Sturm und Schnee, den schweren Packen auf dem Rücken, nur dürftige und unregelmäßige Nahrung genießend, Jahr aus Jahr ein von Dorf zu Dorf wandern, um sich des Lebens Notdurft zu erwerben. Diese Arbeit ist gewiß anderer Art, aber darum doch nicht weniger schwer, auch körperlich anstrengender und aufreibender.

Wenn aber doch in unserer Zeit ein großer Teil der Juden in verhältnismäßig leichterer Weise durch die Leitung von Handel und Industriebetrieben sich sein Brot verdient, so beruht das durchaus nicht etwa auf angeborener Abneigung gegen schwere körperliche Arbeit; die größere oder geringere Wertschätzung der Arbeit beruht überhaupt nicht auf irgendeiner angeborenen

Digitized by Google

Eigenart, sondern sie ist ein Produkt sehr mannigfacher Faktoren. Sie ist bedingt durch das Klima und den Reichtum der Natur, durch die Höhe der Kultur und Besonderheit der sozialen Gliederung."

Kommentar überflüssig!

Der Jude kriminell

Der Anteil der jüdischen Rasse an Verbrechen aller Art ist in Deutschland, wie auch im Auslande, ungeheuer hoch und würde noch größer sein, hätte man in der Statistik die Verbrecher nicht nach der Konfession, sondern der Rasse nach erfaßt.

General der Polizei Daluege gibt in einem Artikel „Der Jude kriminell" (Neues Volk, Berlin 1935, 3. Jahrgang Nr. 12, Seite 22) einen Überblick über das Material, welches ihm in diesem Zusammenhang während seiner Amtstätigkeit übergeben werden konnte. In den einleitenden Worten sagt er, daß es dem Nationalsozialismus bereits gelungen sei, das ausgesprochene Berufsverbrechertum zu kontrollieren und einen Rückgang der Kriminalität zu erzwingen. Unter diesen Umständen bleibt mehr Zeit, sich mit gewissen Fragen gründlicher beschäftigen zu können. Ein ausführliches Gebiet widmet der Verfasser in seinem Aufsatz dem Rauschgifthandel, dem Taschendiebstahl und dem Falschspiel und kennzeichnet diese Verbrechen und Vergehen als zur jüdischen Eigenart gehörig.

General Daluege schließt seinen Aufsatz mit der Feststellung (Seite 26): „Wenn man sich überlegt, daß nach den neuesten statistischen Erhebungen auf 10000 Deutsche 76 Juden kommen und daß der Jude mit 80 v. H. in einzelnen Verbrechensarten an der Spitze steht, und in anderen wieder mindestens ein Viertel aller abgestraften Fälle stellt, so könnte man wirklich froh sein, daß das Deutsche Volk von einem Großteil dieses Übels erlöst ist.

Die „unschuldigen Juden"

Wie stellt sich der Jude selbst zu der gegen ihn erhobenen Beschuldigung, daß er in erster Linie am Verbrechertum beteiligt sei? Selbstverständlich versucht er amtliche Statistiken umzubiegen bzw. in seinem Sinne auszuwerten, indem er behauptet, daß allein die berufliche Schichtung innerhalb des Judentums dieses für bestimmte Verbrechen prädestiniere. In dem Nachschlagewerk „Anti Anti" (Tatsachen zur Judenfrage, herausgegeben vom Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, 6. völlig neu bearbeitete Auflage, Berlin, Philo-Verlag, 27. bis 28. Tausend) lesen wir im Kapitel Antisemitismus Abschnitt 1 („Der Jude als Sündenbock"): „Die Juden, die stets als völkische Minderheit innerhalb der Bevölkerung lebten, mußten es in der Geschichte oft erleben, daß man ihnen bequemer Weise die Schuld am allgemeinen Unrecht zuschob. Das gilt für die Jetztzeit ... Beispiel: Ist ein Nichtjude Massenmörder, zum Beispiel Haarmann, Denke, Kürten, so wagt es keiner, dafür die Gesamtheit, der diese entstammen, verantwortlich zu machen. Wenn aber ein

Digitized by Google

Verbrecher auch nur einen jüdisch klingenden Namen hat, so sind an dieser Tatsache die Juden schuld. Dies zeigte sich zum Beispiel als der Name des Eisenbahnattentäters von Leiferde (1926) Schlesinger bekannt wurde. Schlesinger entstammt in Wirklichkeit einer katholischen Familie."

Der „Christ" sei schuld, wenn der Jude wuchert

Angefangen vom Rabbiner Dr. M. Hoffmann bis zu dem, vom rassischen Standpunkt aus gesehen, dem Judentum sehr nahestehenden Graf Coudenhove-Kalergi wird von den Verteidigern des Judentums die These von der stärkeren Teilnahme des Juden am Verbrecherwesen mehr oder weniger stark geleugnet, ja, man geht sogar soweit, den „Christen" alle Schuld in die Schuhe zu schieben. Im „Anti Anti" liest man wörtlich, daß die Juden hohe Zinsen nehmen mußten, weil sie von den Fürsten dazu gezwungen wurden und fast der gleiche Satz taucht bei Kalergi wieder auf (Das Wesen des Antisemitismus, von Graf Coudenhove-Kalergi, 1929, Paneuropaverlag, Seite 209) „Die Christen waren es, welche die Juden gezwungen haben, Wucher zu treiben ... (Seite 208) „Es ist nicht wahr, daß die Thora den Juden den Wucher gestattet. Der berühmte Satz im 23. Kapitel des 5. Buch Moses, Vers 19 und 20, sagt bloß, daß das Nehmen von Zinsen überhaupt von seinem Bruder, das heißt von Juden, verboten, das Zinsennehmen von Fremden jedoch gestattet ist ... Es ist ein großer Unterschied zwischen Zinsennehmen und Wuchern ... (Seite 238). Die Juden bilden heute noch in einigen Ländern einen verhältnismäßig größeren Prozentsatz von Wucherern, Kupplern, als die Christen. Heute noch! — Das ist eine Tatsache, die niemand leugnen kann und die einfach als wahr hingestellt werden muß. Morgen vielleicht nicht mehr! Diese Tatsache ist eine notwendige Folge der Stellung, in welche die Christen die Juden hineingedrängt haben."

Kuppler, Taschendiebe und Ganoven

Bei dieser jüdischen Rabulistik kommen wir „Christen" nicht mehr mit. Wir verstehen den feinen Unterschied nicht zwischen Zinsennehmen und Wucher, wenn wir an Hand von Urkunden feststellen müssen, daß zum Beispiel im Mittelalter schon die Juden bis zu 180 v. H. Zinsen nahmen.

Wieweit wir die Juden zu ihrer Rolle als Kuppler gezwungen haben sollen, ist unerfindlich. Immerhin gibt sogar Kalergi zu, daß die Juden an den Verbrechen der Kuppelei und des Wuchers stärker vertreten sind als die Christen.

Von besonderem Wert ist der Hinweis des „Anti Anti", um nur dieses Beispiel herauszugreifen, daß der Eisenbahnattentäter von Leiferde in Wirklichkeit aus katholischer Familie stammt. Bis jetzt ist bei der Straffälligkeit nie genau nachgeprüft worden, ob der betreffende Verbrecher nicht doch rein jüdischer Abstammung war, wie es zum Beispiel bei Schlesinger oder Ali Höbler, dem Mörder Horst Wessels, tatsächlich der Fall war. Daraus folgt, daß bei sämtlichen Statistiken der vergangenen Jahre und Jahrzehnte „Protestanten" und „Katholiken" viele Verbrechen zugeschrieben worden sind, die in Wirklichkeit noch dem Judentum zukommen.

Digitized by Google

In dem Buch „Die Juden in Deutschland", herausgegeben vom Institut zum Studium der Judenfrage, 3. Auflage 1936, Zentralverlag der NSDAP., werden eine Reihe von jüdischen „Untersuchungen" im 9. Kapitel aufgeführt. Alle diese Untersuchungen können die Tatsache nicht verwischen, daß die Juden in höherem Maße straffällig wurden als die Christen. Dabei ist, wie schon betont, die rassische Scheidung nicht in Betracht gezogen worden. Für den Durchschnitt der Jahre 1910 bis 1914 wurden an Angehörigen der jüdischen Konfession im Deutschen Reich im Vergleich zur nichtjüdischen Bevölkerung bestraft:

Wegen	Verletzung der Wehrpflicht	1,2 mal so oft
„	Verletzung der Eidespflicht	1,3 „ „
„	Kuppelei und Zuhälterei	1,3 „ „
„	Verfälschung von Nahrungs- und Genußmitteln	1,7 „ „
„	Hoch- und Landesverrat	1,8 „ „
„	Verbreitung unzüchtiger Schriften	1,8 „ „
„	Urkundenfälschung	2,3 „ „
„	Untreue	3,2 „ „
„	Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern sowie von Kindern	6,7 „ „
„	Vergehen in bezug auf das geistige Eigentum	7,8 „ „
„	Wucher	12,3 „ „
„	Bankrott	13,6 „ „
„	Taschendiebstählen, so könnten wir z. B. die Liste in neuester Zeit (1932) ergänzen	52 „ „

Wenn man bedenkt, daß die Juden etwa 0,7 bis 0,8 %, also noch nicht 1 % der deutschen Gesamtbevölkerung ausmachen, dann drücken vorgenannte Zahlen die ungeheuere Gefahr des jüdischen „Fermentes der Dekomposition" aus. „Man kann nicht mehr von Zufälligkeiten der Statistik reden, sondern es zeigt sich offensichtlich die spezifisch rassische Veranlagung des Juden."

Auslese - Erziehung - Kampfrichtung

Jude, wir kennen dich

Ein gut Teil der Entwicklung, welche unsere Ahnen in den vergangenen Jahrtausenden miterlebt haben, ein gut Teil der sogenannten Weltgeschichte besteht aus dem Kampf, welcher zwischen Blut und Blut, zwischen Seele und Seele geführt wird von Menschen, die nach Volk und Rasse verschieden geartet sind. Neben Erbmassen, welche einen Aufbauwillen in sich enthalten, sehen wir solche, die einen Zerstörungswillen in sich enthalten. Eine Art neigt der Erhöhung zu, die andere der Erniedrigung, die eine der Vollendung, die andere dem Chaos.

So liegt es im Blut des Juden, alles zu zersetzen, was nicht jüdisch ist, alles herunterzureißen, was höher geartet ist, und gleichzeitig Vorschub zu leisten den niedersten Bastardinstinkten sich selbstentwertender Weltstädte. Im Blut des Juden liegt es, alles skrupellos zu bekämpfen, was völkisch echt ist und was rassisch wertvoll ist. Andererseits wird er immer Strömungen unterstützen, welche diesem

Digitized by Google

seinem Verderben-bringen-wollen dienlich sind, dem Verderben-bringen jenem Volke, das ihn blind unter sich geduldet hat.

Seine Kampfesweise ist, sich einer Sache zu bemächtigen, um sie dann im Innersten zu vernichten. Er schändet Frauen seiner Wirtsvölker, um diese so mit der Zeit zu Bastardvölkern zu erniedrigen. Er jagt mit Wucherzinsen den Bauern von der Scholle und läßt den Boden verwirtschaften. Er wirft sich auf zum Gassenpolitiker und setzt sich in Ministerstühle, um Schacher zu treiben mit Staat und Volk. Er bemächtigt sich der Künste der Völker, um sie dann ihres Inhalts zu berauben. Und er dringt in die Wissenschaft ein, um sie gegen die Völker zu mißbrauchen.

Der Jude ist von Natur aus kein Schöpfer, sondern höchstens Vermittler, nie Schaffender, sondern immer Raffender. Und es ist kein Zufall, daß wir in der ganzen Welt keinen jüdischen Bauern in unserem Sinn antreffen, weil eben der Jude nie „Bauer" sein kann, nie „bauen" kann, sondern nur zerstören und leben von anderer Arbeit Schweiß.

Pfr.

„Kann ein Jude Nationalsozialist sein?"

Die in Prag erscheinende kommunistische AIZ. hat in einer ihrer letzten Ausgaben (in einer Zeichnung) zum Ausdruck zu bringen versucht, daß bei den Olympischen Spielen in Berlin Juden wohl starten dürften, aber vorher in Ketten gelegt würden. Zufällig hat im gleichen Prag der tschechoslowakische Schwimmverband die jüdischen Verbände mit Strafen belegen müssen, weil sie sich geweigert hatten, angeforderte Mitglieder abzustellen.

Die Juden sind es also selbst, die sich zu Märtyrern zu stempeln versuchen. Der ahnungslose Ausländer, der sich gern die Olympischen Spiele angesehen hätte, erfährt nur die Tatsache, daß der jüdische Sportler in Berlin nicht am Start sein wird. Vielleicht wurde ihm vor seiner Abreise sogar das berüchtigte Wurfblatt der Antinaziliga zur Erkämpfung der Menschenrechte „Visit Germany and see" in die Hand gedrückt, in der stillen Hoffnung, daß er von dieser Reise im letzten Augenblick doch noch Abstand nehmen und damit Registermark und vielleicht auch Devisen von Deutschland fernhalten würde.

Der gleiche Ausländer ist dann um so überraschter, in Deutschland keinerlei Pogrome vorzufinden. Er wird der „Nazipresse" mehr und mehr zugänglich und schließlich vielleicht sogar feststellen: „In den und den Berufen gab es um x-Prozent mehr Juden, als ihnen zukam, die Juden beherrschten Eure ganzen Ministerien, Eure Wirtschaft ... Dagegen wehrt Ihr Euch ... well ... aber in vielen Berufen und auch in der Wirtschaft laßt Ihr jetzt noch mehr Juden sitzen als ihnen anteilmäßig zukäme. Warum das?"

Er übersieht dabei die Tatsache, daß es dem Nationalsozialismus nicht darauf ankommt durch wirtschaftliche Manipulationen, sagen wir den Juden aus seiner Vormachtsstellung in der Wirtschaft herauszudrängen, geschweige denn durch blutigen Terror. Schon im Mai 1934 äußerte der Vorkämpfer der Bewegung Gauleiter Julius Streicher englischen Journalisten gegenüber: „Wir haben nun die Vorherrschaft der Juden gebrochen. Wir glauben auch nicht daran, daß die Judenfrage damit gelöst wird, daß man die Juden totschlägt ... In Deutschland hatte der Jude nicht nur die Führung in der Wirtschaft und im kulturellen Leben an sich gebracht, sondern auch die politische Macht an sich gerissen".

Nicht wirtschaftliche Bedingungen bestimmen das Leben, sondern die Politik und Politik macht in Deutschland nur der Führer. Auf diese Weise ist der Jude nicht mehr in der Lage sich die Bedingungen zu schaffen, die er als Wirtschaftsschmarotzer zum Leben braucht.

Die Bedeutung der Führung in der Politik hat er schon vor der Machtübernahme erkannt. Deshalb wurde in der C.V.-Zeitung — als man von der Regierungsübernahme durch Hitler munkelte — die Frage aufgeworfen und bejaht (!): „Kann ein Jude Nationalsozialist sein?"

Die Politik ist der Angelpunkt auch in der „Judenfrage". Rog.

Digitized by Google

Jüdische „Türmer"

Den Herren Rubinstein und Torczaner, Berlin, wird der Boden in Deutschland im Juni 1936 zu heiß. Sie beschließen, sich in England häuslich niederzulassen. Dazu ist Geld notwendig. Eine Summe, wie die Herren Rubinstein und Torczaner zum „standesgemäßen" Lebensunterhalt brauchen, besitzen sie aber nicht. Also muß Geld mit Hilfe des Geschäftes strupellos „gemacht" werden.

Herr Rubinstein kauft tüchtig bei seinen Vorlieferanten Ware auf Kredit, läßt sie sofort verarbeiten und setzt sie zu „fabelhaften Schleuderpreisen" an Konzerne in Deutschland ab.

Da er einen „enormen Ordereingang" hat und dringend „Bargeld zur Bezahlung seiner Arbeiter und Angestellten" benötigt, finden sich einige seiner Großabnehmer auch sofort bereit, Zahlung längst vor Fälligkeit der Rechnung zu leisten.

Was tut ein geschäftiger Einkäufer nicht alles, wenn er von einem Juden die Ehre erhält, so „preiswert" bedient zu werden! Gibt doch Herr Rubinstein z. B. einen Mantel, dessen Normalverkaufspreis RM. 36,— beträgt, für RM. 21,— ab. Ein einziger Konzern gibt ihm innerhalb dreier Wochen bare 40 000,— RM. zum „Türmen"!

Herr Rubinstein weiß aber noch andere Wege, um sich „unauffällig" mit Bargeld einzudecken. Er eröffnet neben seinem bisherigen Bankkonto bei einer zweiten Bank ein neues Konto. Ordereingangs- und Verkaufsbuch werden vorgelegt. Fabelhaftes Geschäft. Wer glaubt in der deutschen Bankwelt nicht an die „Tüchtigkeit" der Juden in der „Wirtschaft"? Am Lohntage hebt er von jedem Konto die gesamte, angeblich zur Lohnzahlung benötigte Summe ab. Da eine Bank von der anderen nichts weiß, gelingt es ihm, in Kürze auch auf diese Weise ein nettes Sümmchen in die Tasche zu bekommen.

Herr Rubinstein will aber für die geplante „Reise" noch viel mehr Geld. Er zahlt daher seine Zwischenmeister nicht voll aus, sondern bringt sie dazu, sich mit Ratenzahlungen zu begnügen, denn „ihre Arbeitsplätze sollen doch erhalten werden; dies ist aber nur möglich, wenn die Vorlieferanten prompt bezahlt werden, sonst liefern sie keine Ware mehr".

Nach dem Verschwinden des Herrn Rubinstein ergibt sich, daß ein Zwischenmeister allein RM. 8 000,— an Lohn von seiner Firma noch zu erhalten hat. Andere melden Rückstände an Löhnen in Höhe von RM. 6 000,—, RM. 4 000,— und darunter an.

Um auch im Betrieb jeden Verdacht zu vermeiden, wird die Buchhalterin 14 Tage vor der Flucht in Urlaub geschickt. Herr Rubinstein schreibt sich seine Schecks selbst aus. Nur vergißt er jeweils bei der Verbuchung seiner Abhebungen die letzte Null einzutragen. Für RM. 7 500,—, die er bei der Bank holt, schreibt er nur RM. 750,— in die Bücher ein.

Und als ein Sümmchen von RM. 140 000,— in bar beisammen ist — nach einer „Arbeit" von knapp zwei Monaten — da verschwindet mit ihm Herr Rubinstein bei Nacht und Nebel nach England.

Sein Geschäft aber geht in Konkurs. Zehntausende von ehrlich verdienten Mark stiehlt der Jude seinen Gefolgschaften weg. Fast 100 000,— RM. Lieferanten-Schulden. Das kommt davon, wenn „Arier" in der Einbildung leben, solange doch an Juden verkaufen zu müssen, bis hier „Ausführungsbestimmungen" erlassen sind.

Auch Herr Gutmann, Berlin, hat sich England als neue „Heimat" auserkoren. Er beschafft sich ein Kapital im Ausland in anderer Weise, aber nicht weniger raffiniert:

Er führt einige große Exportaufträge an einen englischen Rassegenossen aus. Die Aufträge gehen formell in Ordnung; sie halten sich auch im Rahmen der üblichen Exportgeschäfte seiner Firma.

Eines Tages verreist Herr Gutmann wieder einmal „für einige Tage" geschäftlich nach England. In 3 bis 4 Tagen will er wieder zurück sein. Doch statt seiner kommt ein Brief: „Ich bin ein ruinierter Mann, mein englischer Geschäftsfreund war mit meinen Lieferungen nicht zufrieden. Er hat die Aufträge anulliert und mir die gesamte Ware — ihr Wert belief sich auf rund 100 000,— Reichsmark, in London zur Verfügung gestellt. Ich weiß nicht mehr ein noch

Digitized by Google

aus, ich kann „vorläufig“ nicht mehr nach Deutschland zurückkehren“.

Auch diese Firma ging in Konkurs. Die Zwischenmeister und Angestellten verloren tausende von Mark. Die Lieferanten hatten ebenfalls zum größten Teil das Nachsehen. Selbst die Wohnungseinrichtung war mit Ausnahme einiger großer Stücke, die unauffällig nicht veräußert werden konnten, zu Geld gemacht worden.

Jg.

Der Jude in der Wirtschaftswissenschaft

Durch den jüdischen Einfluß war es in der Wissenschaft soweit gekommen, daß unter Heilwissenschaftern der menschliche Leib zum Versuchsgegenstand wurde; daß unter Staatswissenschaftern der Staat als etwas von jeder Gemeinschaft Gelöstes, als ein Irrgebilde zwischen Zeit und Raum betrachtet werden konnte; daß unter Sprachwissenschaftern lediglich eine äußere Form- und Zielbetrachtung zur Herrschaft gelangte; daß unter Philosophen sich eine pharisäerhafte Begriffsspalterei breitmachte.

Brauchen wir uns da zu wundern, daß die jüdischen Wirtschaftswissenschafter der Wirtschaft ein Eigenleben zuschrieben, daß sie in der Wirtschaftsentwicklung eine dämonische Entwicklung außerhalb und unabhängig vom Leben der Völker sahen?

Jüdische Wirtschaftsschriftsteller schrieben die Bücher für die Hochschulen des Reiches. Jüdische Wirtschaftsjournalisten sorgten für die Verbreitung dieser Bücher.

Jüdische Professoren beherrschten wirtschaftswissenschaftliche Fakultäten. Juden wie David Ricardo oder Karl Marx wurden als Klassiker der Nationalökonomie in hunderten Auflagen verbreitet und in allen Leitfäden und Lehrbüchern der Wirtschaftswissenschaft hundertmal zitiert.

Noch vor hundert Jahren war es ein unerhörter Fall, wenn ein Jude Professor an einer Hochschule wurde. Es gab fast keine Fakultät, die es gewagt hätte, damals Juden überhaupt als Dozenten zuzulassen. In den vergangenen Jahrzehnten aber konnten wir es erleben, wie Fakultäten an den Hochschulen zu ein Drittel oder noch stärker von jüdischen Hochschullehrern besetzt wurden.

Verjudet waren die Seminare und wirtschaftswissenschaftlichen Institute. Verjudet waren die Mitarbeiter an den großen Nachschlagewerken der Wirtschaftswissenschaften.

Der Jude David Ricardo brachte ein rein mechanisches Marktdenken in die Wissenschaft; er war es, der eine von allen völkischen Notwendigkeiten befreite internationale Arbeitsteilung befürwortete; und wurde somit der geistige Urheber der Tatsache, daß sich hundert Jahre später weder England noch Deutschland aus ihrem eigenen Boden ernähren konnten, weil sie ihre Landwirtschaft vernachlässigt hatten.

Endlos ist die Reihe der Juden, welche in der Wirtschaftswissenschaft als Klassenkampf-Theoretiker oder Bauernfeinde, als kapitalistische Blender oder marxistische Zersetzer auftraten: Adler, Bernstein, Goldschmidt, Hilferding, Kautsky, Landauer, Lederer, Liebknecht, Luxemburg, Naphtali, Rathenau.

Schon mehrfach wurde von nordischen Völkern eine klare und nüchterne, eine arteigene und brauchbare Wissenschaft geschaffen und bis zu einem hohen Grade der Vollendung emporgeführt. Ein markantes Beispiel ist die griechische Wissenschaft. Sie entartete und verfiel. Untersuchen wir aber ihren inneren Zusammenbruch in der Zeit des Hellenismus, wir werden schon da als eine letzte Ursache finden: das Eindringen vorderasiatischer Menschen und Anschauungen. In den Kulturen aller nordischen Völker, wo sich Juden breitmachen konnten, übten sie ihren verhängnisvollen Einfluß aus.

Seit der Französischen Revolution kommen die Juden nun wieder zum Durchbruch. Sie haben ihre Ghettofesseln abgestreift und wollten nun zum letzten Schlage ausholen. Noch vor einigen Menschenaltern sah man sie geduckt in winkeligen Gassen mit langem Gewand und gelbem Fleck herumschleichen. Und nun saßen sie plötzlich in den Kultusministerien und auf bevorzugten Lehrstühlen der hohen Schulen, und bestimmten über das Schicksal ihres Wirtsvolkes.

Die Geschichte soll uns eine Warnerin sein.

Pfr.

Digitized by Google

Rede - Funk - Presse - Film - Schrifttum

Jüdische Mordhetze in der Schweiz

Viele Deutsche können sich nicht erklären, warum die Schweiz, die überwiegend von Deutschen bewohnt ist, eine ziemlich ablehnende Stellung uns gegenüber einnimmt. Die Tatsache, daß schon seit Jahren Juden und Marxisten aus Deutschland nach der Schweiz ausgewandert sind, dürfte diese Stellungnahme der Schweizer Bevölkerung allein nicht erklären.

Die Erklärung finden wir aber, wenn wir zum Beispiel den Fall Gustloff genau verfolgen. Der Jude hat es mit seinen Propagandamitteln fertig gebracht, den Schweizer Bürger solange in seinem Sinn zu beeinflussen, bis dieser den Parolen der Schreiber folgte und den Boykott deutscher Waren nicht nur als vaterländische, sondern auch als „sittliche und moralische Pflicht" ansah.

Der Kampf gegen das neue Deutschland blieb bei einer derartig zügellosen Hetzpropaganda nicht nur auf Boykottmaßnahmen beschränkt — die Mordtat des Juden Frankfurter ist ja der beste Beweis dafür.

Im Zentral-Verlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., ist eine Zusammenstellung von Schweizer Hetzartikeln von Wolfgang Diewerge herausgegeben worden („Der Fall Gustloff, 1936), die auf der einen Seite einen guten Einblick in die augenblicklichen Schweizer Presseverhältnisse gibt und auf der anderen Seite einen bewußten Appell an die wahrheitsliebenden Schweizer darstellt. Si.

Blut und Geld im Judentum

Unter diesem Titel hat H. Schroer im Hoheneichenverlag, München den ersten Band eines Werkes herausgegeben, in welchem die Übersetzung und eine Erläuterung des Schulchan aruch enthalten ist.

Der Schulchan aruch ist heute noch der Rechtskodex der orthodoxen Juden und dürfte von acht Zehntel der Gesamtjudenschaft nach wie vor befolgt werden.

Die Rechtsauffassungen des Juden gehen aus diesem Gesetzeswerk eindeutig hervor, auch seine Wirtschaftsauffassungen.

So lesen wir: Bei Konflikt zwischen jüdischen und nicht jüdischem Gesetz gilt das für den Juden vorteilhaftere. Erlaubnis des Betrugs von Nichtjuden. Einen Nichtjuden kann man übervorteilen; hat aber ein Nichtjude einen Juden übervorteilt, so muß er dies nach jüdischen Gesetzen erstatten. Erlaubter Meineid in Streitigkeiten mit Nichtjuden. Doppelt kassiertes Geld gleicht einer gefundenen Sache. Si.

Aufgabenstellung für die Wirtschafter

Nicht auf Gesetze warten!

Die Gesetze des nationalsozialistischen Staates werden stets nur eine Mindestforderung sein. Wer allein nur nach dem Buchstaben des Gesetzes handelt oder nicht handelt, weil der Buchstabe noch nicht gesetzt ist, bestätigt sich und seiner Umwelt, daß er als Volksgenosse nur die Mindestforderungen der Gemeinschaft zu erfüllen gewillt ist.

Im Deutschen Volke ist die Kameradschaft der Herzen proklamiert. Es gibt aber nur eine Art von Kameradschaft. Wer im öffentlichen Leben das Prinzip der Kameradschaft anerkennt, kann es im beruflichen Leben nicht leugnen!

Diese Kameradschaft verlangt aber, daß sich deutsche Kaufleute klar werden und daß die Propagandisten der Partei die

Digitized by Google

Wirtschafter immer wieder erkennen lassen, daß sie gegenseitig nicht nur Geschäfte miteinander zu machen, sondern gemeinsam Dienst am Deutschen Volke zu leisten haben.

Da das Volk aber vor aller Welt laut und einmütig bekannt hat, daß es nationalsozialistisch ist und nur so sein will, hat es ein Anrecht darauf, auch von seinem Kaufmann so behandelt zu werden, daß es in seinem politischen Bekenntnis nicht getäuscht und angeschwindelt wird.

Jeder Deutsche hat in seinem Volke und im Raume dieses Volkes eine politische Sendung zu erfüllen. Die Wirtschaft hat die Aufgaben, die die Politik stellt, zu erfüllen. Wenn wir die politische Mission erkennen und jeden Deutschen erkennen lassen, dann braucht niemand auf Gesetze und Ausführungsbestimmungen über die Tätigkeit der Juden in der deutschen Wirtschaft zu warten: die gerade Haltung und das nationalsozialistische Gewissen sind wirksamer als Verordnungen. Im öffentlichen, im wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben können wir immer nur eine einzige Befehls-Stelle für unser Handeln anerkennen:

Die Weltanschauung des Nationalsozialismus. Jg.

Wirtschaftspolitik und Ausland

Zentralisierung des Juden-Boykotts?

In aller Welt hetzt der Jude unter der Begleitmusik der Komintern zum Boykott deutscher Waren und Leistungen. Bekannt ist ja das Wirken des berüchtigten Juden Untermeyer in den Vereinigten Staaten. Selbstverständlich ist es den Juden völlig gleichgültig, ob durch ihre Boykotthetze der Außenhandel ihrer Gastvölker geschädigt wird oder nicht. Sie wollen ihre Machtansprüche durchdrücken — und alles andere ist für sie belanglos.

Sie sind nun allerdings mit ihren Erfolgen nicht ganz zufrieden; denn die deutsche Wirtschaft besteht immer noch, sie blüht und gedeiht — trotz ihres Boykottes.

Ein im August nach Genf einberufener jüdischer Weltkongreß soll nach dem Willen seiner Veranstalter eine ständige Einrichtung, sozusagen ein alljüdisches Parlament werden. Die Abgeordneten dieses Kongresses sollen in Zukunft aus Wahlen der Juden in den einzelnen Ländern hervorgehen. Und — nun kommt die Hauptsache — dieser Kongreß bestimmt aus sich heraus die Exekutive, die für die Durchführung seiner Beschlüsse Sorge zu tragen hat.

Wir können uns also auf eine neue Boykotthetze gefaßt machen. Wir betrachten es allerdings als schlechtes Vorzeichen — für die Juden — daß der Kongreß in Genf tagen soll, noch dazu in den Räumen der alten Völkerbundsversammlung. Vielleicht wählte man Genf deshalb, weil dann gewisse Delegierte des anderen Genf gleich zur Stelle sind (von den acht sowjetrussischen Delegierten in Genf sind ja bekanntlich sieben Juden!)

Ge.

Keine jüdischen Auslandsvertreter!

Wenn wir den vorherrschenden Einfluß der Juden in unserem Volk immer mehr zurückdrängen, so können wir es nicht dulden, daß sich diese im Ausland als Vertreter deutscher Firmen präsentieren. Es ist für uns geradezu beschämend, daß es noch viele deutsche Unternehmen gibt, die ihre Auslandsgeschäfte Juden überantworten.

Das Geschäftsinteresse der einzelnen deutschen Firma wird hier ebenso geschädigt wie die Interessen unseres Volkes überhaupt. Die Vertretung deutscher Industrien durch Juden bedeutet, diesen Juden selbst Waffen in die Hand zu drücken. Bei einem einsetzenden Boykott, wie er bereits vor allem in Amerika unter Führung des be-

Digitized by Google

rüchtigten Untermeyer durchgeführt wurde und wie er immer noch versucht wird, können die Juden Beziehungen zu unseren Kunden, die sie ja in ihren Händen haben, unterbrechen und wissen am besten Bescheid, wie sie uns am sichersten treffen.

Auf der anderen Seite begegnen uns die berechtigten Vorwürfe der betreffenden Völker, die Abnehmer unserer Waren sind. Sie könnten erwarten, wenn sie schon einmal unsere Käufer sind, diese wenigstens durch Vermittlung ihrer eigenen Volksgenossen zu erhalten, nicht erst aus den Händen der Fremdrassigen, die es verstehen, sich überall einzuschieben.

Außerdem können wir die Erbitterung der Auslandsdeutschen verstehen, die wegen ihrer antisemitischen Einstellung oft den stärksten Anfeindungen ausgesetzt sind, sich aber im Rücken angegriffen fühlen müssen, wenn die Juden, die in großangelegten Boykottbewegungen und Pressefeldzügen ihre Heimat begeifern und herabwürdigen, auf der anderen Seite aber deutsche Wertwaren anpreisen und ihre Geschäfte machen. Viele Auslandsdeutschen, die schwer um ihre Existenz ringen, würden hier oft dieselben fachlichen Fähigkeiten entwickeln, zudem sie meist auf Grund langjähriger Erfahrung die besten Kenner des betreffenden Landes sind, während der Jude oft sogar erst die Sprache erlernen muß und solange gezwungen ist, selbst wieder Vertreter zu werben und einzusetzen.

„Deutschland muß diese Opferwilligkeit aufbringen um seiner eigenen Zukunft willen, seines Lebens willen. Es ist gezwungen, diese Umwälzung zu machen, indem es die mehr oder weniger großen Schäden ins Auge faßt, ohne Furcht, ohne zu zittern," wie Milli Jurijäp, eine türkische Zeitung unter dem Hinweis, daß 90 v. H. der deutschen Vertretungen sich in jüdischen Händen befinden, bereits 1934 schrieb. Die Verwirklichung dieser Forderung wird uns die volle Handlungsfreiheit wiedergeben. Unt.

Ich bestelle hiermit ein Exemplar der

„Mitteilungen der Komission für Wirtschaftspolitik der NSDAP."

zur laufenden Lieferung ab Monat für ein halbes Jahr

(Der Preis beträgt je Heft 20 Rpf.; also RM. 1.20 für ein halbes Jahr)

Name Wohnort

Straße und Hausnummer Mitglied welcher Ortsgruppe der NSDAP.

Senden Sie diesen Abschnitt an den zuständigen Kreis- oder Gauwirtschaftsberater der NSDAP., zur Weiterleitung an den Zentralverlag der NSDAP., Frz. Eher Nachf., München.

Digitized by Google

Jeder Leser der „Mitteilungen" ein Werber für sie!

Gebt „Die Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP" auch Kameraden und Mitarbeitern zum lesen! Werbt für das Mitteilungsblatt, aber achtet darauf: es ist nur für Parteigenossen bestimmt!

Die Zahl der Besteller und Leser des Mitteilungsblattes ist jetzt von Monat zu Monat um viele Tausend gestiegen.

Das vorliegende Heft 6 ist in einer Auflage von 50000 Stück gedruckt worden.

Aber es gibt noch immer viele Parteigenossen, die das Mitteilungsblatt nicht kennen, und viele, die es vielleicht gesehen haben, aber nicht wissen, wo und bei wem sie es bestellen sollen.

Der Leser der „Mitteilungen" soll auch ihr Werber sein! Zum neuen Leser werben soll er die Propagandisten der Partei. Denn der Propagandist der Partei — eigentlich müßte dies jeder Parteigenosse sein — muß die Grundhaltung und Stellungnahme der Partei zu allen Fragen der Politik kennen, also auch zu den Fragen der Wirtschaftspolitik.

Im Mitteilungsblatt erhält der Propagandist sein wirtschaftspolitisches Rüstzeug. Aber wie wollte der Propagandist dem Deutschen Volke eine einheitliche wirtschaftspolitische Ausrichtung geben, wenn er sie nicht selber besitzt?

Darum heißt die Losung für jeden Gau, für jeden Kreis, für jede Ortsgruppe, für jede Zelle: die „Mitteilunngen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP." gehören in die Hand der nationalsozialistischen Propagandisten!

Sch.

Nunmehr sind auch Sammelmappen, in ähnlicher Aufmachung wie bei den Schulungsbriefen und bei „Unser Wille und Weg" zum Preise von RM. 1,20 lieferbar.

Bestellungen sind an den Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., GmbH., München 2 NO, zu richten.

Sondertagung der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. während des Reichsparteitages 1936.

Die Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. veranstaltet zum Reichsparteitag wieder eine Sondertagung. Diese findet statt

am Montag, den 14. September, 9 Uhr morgens im Saal des Kulturvereinshauses in Nürnberg.

Es spricht der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.

Bernhard Köhler

über

„Wirtschaftsregierung und Wirtschaftsführung".

Parteigenossen können Karten durch den Gauwirtschaftsberater ihres Gaues bestellen!

Verantwortlicher Schriftleiter: Udo Pfriemer, München 2 M, Herzog Wilhelmstr. 32 (Reichsadler) / Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, Thierschstraße 11 / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Durch die Dienststellen der NSDAP. (Gau- u. Kreiswirtschaftsberater) / Die Besteller haben anzugeben, welcher Partei-Ortsgruppe sie zugehören, da nur Parteigenossen bezugsberechtigt sind / Erscheinen: Mitte des Monats / Preis des Heftes: 20 Pfennig.

Digitized by Google

Mitteilungen der Kommission für

Wirtschaftspolitik der NSDAP

Heft 7 Jahrgang 1

Nachdruck - auch auszugsweise - nicht gestattet!

Der Führer am 21. März 1934:

Wir waren weiter entschlossen, grundsätzlich an die Wirtschaft keine Geschenke mehr auszuteilen, sondern alle verfügbaren Mittel nur für die praktische und produktive Arbeitsbeschaffung zu verwenden. Der intelligente, tüchtige und ordentliche Wirtschafter wird sich dabei betätigen können; der faule, unintelligente oder gar unordentliche und unehrenhafte soll zugrunde gehen. Entscheidend ist, daß man die Mittel, die der Staat mobil zu machen vermag, nicht als Geschenk verteilt, sondern als praktische Befruchtung für die Produktion einsetzt und damit nützlich anlegt.

Aus dem Inhalt:

Bernhard Köbler: Das Recht auf Arbeit und die Reaktion

Walter Trautmann: Beiträge zur Rationalisierung der Volkswirtschaft

Werner Scheunemann: NS.-Programm und Agrarpolitik

Erwin Rogalski: Auf ein Wort — Volksgenosse!

Brauch und Recht im Frankfurter Jargon

Zweijährige Wehrdienstpflicht und Ausbildungszeit

NS. Presse führt

Zur organisatorischen Lage in der Organisation der gewerblichen Wirtschaft

September 1936

Zentralverlag der NSDAP

Digitized by Google

Bernhard Köhler:

Das Recht auf Arbeit und die Reaktion

Ein politisches Ziel verfolgen heißt eine Vorstellung von etwas haben, was noch nicht da ist, und entschlossen sein, diese Vorstellung zu verwirklichen.

Es ist also gar kein Wunder, wenn die ewig Unpolitischen auch ewige Reaktionäre sind. Denn sie können immer nur sehen, was da ist, aber niemals im eigenen Herzen schon gestalten, was sein soll und kommen muß. So ist es nur natürlich, daß die Vielzuvielen ratlos und verständnislos vor der Forderung nach dem wirklichen, unmittelbar greifbaren und wirksamen Recht auf Arbeit stehen.

Da sie sich eine andere Welt als diejenige, in der sie aufgewachsen sind und die ihnen Dasein und Brot gegeben hat, nicht vorstellen können, kann ihnen auch nicht die umfassende Bedeutung und grundstürzende Wirkung offenbar werden, die sich an die Verwirklichung des Rechts da knüpft, wo vorher Unrecht war. Sie sind gewöhnt, das Unrecht als eine unvermeidliche Begleiterscheinung des menschlichen Lebens anzusehen. Sie sind überzeugt, daß die Welt auf jeden Fall schlecht und unvollkommen geschaffen ist und sie halten jeden für einen Phantasten, der behauptet, daß diese Schlechtigkeit und Unvollkommenheit durchaus kein natürlicher Zustand ist, sondern die unmittelbare Folge von menschlichen Verirrungen, die ausgemerzt werden können, wenn der Mensch sich auf sein Wesen und seine Aufgabe in der Welt besinnt.

Marxistische Fata Morgana

Jedes politische Wollen muß sich ebensosehr gegen die Schwärmer unter seinen Anhängern, wie gegen seine Feinde wehren. Die jüdische Verführung hat sehr wohl gewußt, wie klug sie tat, wenn sie die Sehnsucht entrechteter und ausgebeuteter Menschen auf den Irrweg paradiesischer Vorstellungen von einem ewigen Leben in ungestörtem Daseinsgenuß lenkte. Sie vergiftete damit die Kraft zu politischem Wollen und Handeln schon im Keim und durfte sicher sein, daß keine noch so gewaltige Empörung der Völker gegen die Entrechtung und Ausbeutung jemals einen greifbaren politischen Erfolg haben würde. Stets würden die irregeleiteten Massen wieder in die Hand ihrer Ausbeuter fallen, wenn man sie aufgepeitscht hatte zur Sehnsucht nach Dingen, die niemals zu verwirklichen sind, wenn man sie durch Blut und Tränen, Not und Verwirrung geschleift hatte und wenn sie dann ratlos, führerlos und kraftlos froh sein durften, nur irgendeine, und sei es die ärmste, Daseinsmöglichkeit wieder zu finden.

Hier liegt die teuflische Berechnung des Marxismus und seines bekannten Zukunftsstaates: Unwahres predigen, Unmögliches fordern, ein unnatürliches Ideal aufstellen und damit alle Kräfte, die der Befreiung dienen könnten, wieder in die Unfreiheit und Sklaverei ablenken.

Unsere Politik ist lebensvertraut

Ein nicht geringer Teil der nationalsozialistischen Arbeit hat seit jeher darauf verwendet werden müssen, Schwärmer und Doktrinäre, also verrannte

Digitized by Google

Theoretiker, abzuwehren. Mit unbeirrbarer Sicherheit ging der Führer seinen Weg, den Blick auf eine neue Welt gerichtet, aber keinen Augenblick den festen Boden verlassend, auf dem diese Welt zu verwirklichen war.

Wie neu und von der alten Welt verschieden dieses nationalsozialistische Leben ist, erkennt man aber daran am besten, daß ungezählte Zeitgenossen überhaupt noch gar nicht merken, was eigentlich los ist. Die unbeirrbare Wirklichkeitsnähe und Lebensvertrautheit der nationalsozialistischen Politik verwechseln sie mit der Aufrechterhaltung dessen, was sie schon immer gekannt haben. Sie spüren noch immer nicht, daß Kräfte vernichtet sind, die sie ehemals genährt haben, und daß Kräfte aufgestanden und wirksam sind, die ehemals verirrt, verführt, geschwächt, vergiftet oder unerweckt lagen. Und sie wollen es nicht glauben, daß diese ehemals unwirksamen, in keinem geschlossenen politischen Willen zusammengefaßten Kräfte des Rechtswillens, des sittlichen Willens, der sittlichen Gestaltung des Volkslebens heute das Schicksal des Deutschen Volkes bestimmen. Sie glauben noch immer diesen Kräften gegenübertreten zu können mit dem überlegenen Lächeln des abgründig Gelehrten, der aus tausend Schriften sich den Beweis zusammengelesen hat, daß das nicht sein kann, was noch nicht gewesen ist. Ihnen ist der Unterschied zwischen wiedertäuferischer oder bilderstürmerischer Schwärmerei und einem fest auf der Erde stehenden, aber kraftvoll bewegten politischen Willen noch heute nicht aufgegangen. Zu ihnen gehört auch jener Gelehrte, der nach der Machtergreifung Adolf Hitlers erklärte: „Das hätte ich auch gekonnt, wenn ich nur Zeit dazu gehabt hätte".

Sie wissen heute noch nicht, daß politisches Wollen eben in der Verwirklichung von etwas besteht, was noch nicht da war. In der Verwirklichung von etwas, was das Volk braucht und was also sich das Volk verschaffen muß, wenn es nicht zugrunde gehen will. Sie ahnen nicht, daß ihre Bescheidung mit dem, was schon da ist, nicht etwa nüchterner Tatsachensinn, sondern Sklavensinn und Unterwerfung ist.

Papierrecht?

Aber eines ahnen sie, und sie ahnen es mit einem steigenden Mißbehagen: daß die neue Welt des Nationalsozialismus ihren gewohnten Ansprüchen ungünstig ist. Weder ihre gesellschaftliche Geltung, noch die wirtschaftliche Bewertung ihrer Leistungen hat Aussicht, so zu bleiben, wie sie ehemals war.

Der Wurm krümmt sich, wenn er getreten wird, und diese Würmchen versuchen natürlich auch auf ihre Weise den Protest gegen das politische Wollen des Nationalsozialismus zum Ausdruck zu bringen. Es sind keine Nashörner, die mit Wucht gegen etwas anstürmen, was ihren Zorn erregt hat. Es sind Würmchen, und ihr Protest besteht darin, daß sie sich winden und drehen, und versuchen, irgendwie aus der Zwangslage der neuen Welt herauszukommen.

Die einen versuchen das Recht auf Arbeit zu bagatellisieren. „Nun ja", sagen sie, „freilich, das wissen wir schon lange, daß der Mensch eigentlich ein Recht auf Arbeit hat. Aber das kann natürlich nur gelten, solange die Möglichkeit besteht Arbeit zu geben. Es ist nur ein sittliches Recht, kein wirkliches Recht, kein Anspruch".

Andere sagen: „Freilich, freilich, haben wir das Recht auf Arbeit. Aber darauf kommt es gar nicht an. Das ist nur so eine allgemeine Redensart,

Digitized by Google

die ganz gut zur nationalsozialistischen Propaganda paßt und über die wir schnellstens hinausgehen müssen, damit die Menschen nicht glauben, sie hätten damit etwas Wirkliches und Greifbares zwischen den Fingern. Man muß ihnen andere Dinge geben!".

Wieder andere stellen sich, als hätten sie gar nicht gemerkt, daß der Nationalsozialismus aus einem leeren theoretischen Begriff eine politische Zielsetzung gemacht hat; daß er gar nicht darauf aus ist zu fragen, ob das Recht auf Arbeit irgendwo in der Geistesgeschichte schon vorgekommen ist, ebensowenig wie er danach gefragt hat, ob die Einigkeit des Deutschen Volkes und seine Ehre und Freiheit schon einmal in Büchern oder Liedern gefeiert worden ist. Er hat sich damit begnügt, diese Einigkeit und die Ehre und die Freiheit zu verwirklichen.

Und ebenso wird er auch das Recht auf Arbeit verwirklichen. Er braucht dabei gar nicht danach zu fragen, ob die verschiedenen Schriftgelehrten und Reformkonstrukteure, denen das Recht auf Arbeit immerhin ein Begriff war, bereits praktische Lösungen angegeben haben. Er braucht auch gar nicht danach zu fragen, ob eine verfassungsmäßige und gesetzliche Formulierung im gegenwärtigen Zustand so gefunden werden kann, daß die organisatorische und buchstäblich allgegenwärtige Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit vor aller Augen tritt. Er begnügt sich damit, unablässig daran zu arbeiten, dieses Recht zur politischen Zielsetzung des Deutschen Volkes zu machen und seiner greifbaren Verwirklichung Schritt für Schritt näher zu kommen.

◆

Denn es ist nicht zu leugnen, daß das Recht auf Arbeit eine grundstürzende Umwandlung der gesellschaftlichen und damit auch der wirtschaftlichen Verhältnisse hervorbringt, die man wohl als eine Revolution bezeichnen kann. Wenn der Führer die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Umwälzungen im Gefolge der politischen Revolution des Nationalsozialismus auf den Weg natürlicher Entwicklung verweist und revolutionäre Methoden ablehnt und verurteilt, so hat er damit eindeutig den Weg gewiesen, auf dem das Deutsche Volk künftig unter der Bürgschaft seiner Führung diejenigen Ziele zu verfolgen hat, die ihm als politische Ziele seiner inneren Gestaltung vorschweben. Aber er hat keineswegs sagen wollen, daß solche Umwälzungen auszubleiben hätten.

„Die nationalsozialistische Revolution ist beendet; die nationalsozialistische Bewegung geht weiter". Dieser Satz, für den mich die Auslandspresse bei der Reichsregierung denunzierte und freundlicherweise auch gleich zur Exekution durch einen Strick oder eine Kugel empfahl, ist freilich eine unbequeme Überzeugung. Er wird aber stehen bleiben und noch Geltung haben, wenn die heutigen Reaktionäre und alle ihre gleichgesinnten Nachfahren samt und sonders eines friedlichen Strohtodes gestorben sind.

Das Recht auf Arbeit lebt im Herzen des Volkes

Das Geheimnis eines politischen Willens liegt darin, daß dasjenige, was er zu verwirklichen entschlossen ist, als sittliche Wirklichkeit schon im Herzen des Volkes lebt. Es ist eine Beleidigung des Deutschen Volkes und ein ärmlicher Irrtum über das Wesen und die Kraft der nationalsozialistischen Bewegung, wenn man glaubt, das Recht auf Arbeit werde ewig ein Begriff des Druckpapiers und akademischer Erörterungen bleiben.

Digitized by Google

Genau wie wir dem Deutschen Volk nicht erst zu sagen brauchten, daß Einigkeit und Recht und Freiheit lebensnotwendig sind, sondern ihm nur sagen mußten, daß Einigkeit und Recht und Freiheit erkämpft werden müssen, dann aber auch, wenn sie erkämpft werden, sieghaft gewonnen werden — genau so brauchen wir dem Deutschen Volk gar nicht erst zu sagen, daß das Recht auf Arbeit ein innerlichstes, unentbehrliches, unbestreitbares und unabdingbares Recht ist, sondern wir brauchen ihm nur zu sagen, daß wir entschlossen sind, es zu verwirklichen.

Es lebt längst im Herzen des Volkes. Und seine Verwirklichung wird nicht aufgehalten dadurch, daß Begriffsklitterer und Reaktionäre nachzuweisen suchen, es sei „nur ein sittliches", „nur ein subjektives" Recht und könne nicht beanspruchen, ein „positives" Recht zu werden.

Nein, damit kommt ihr uns nicht. Daß es „nur" ein sittliches Recht sei, das war ja eben die Auffassung der Vergangenheit. Und die Vergangenheit ist vorbei ebenso wie die Weimarer Verfassung, die von jenen Reaktionären so gern herangezogen wird als Beweis dafür, daß die Nationalsozialisten das Recht auf Arbeit nicht erfunden haben.

Natürlich haben wir es nicht erfunden. Wir haben auch die Einigkeit und die Ehre des Deutschen Volkes nicht erfunden. Aber wir haben gewußt, daß das Deutsche Volk einig und ehrlich und frei sein *will*. Und wir haben gar nicht geleugnet, daß das auch andere schon gespürt und ausgesprochen haben.

Ebenso wissen wir, daß das Deutsche Volk dem *Recht* bei sich eine Stätte schaffen will. Wir wissen, daß es das Unrecht und alle die Folgen des Unrechts, die Ausbeutung, die Entwürdigung, die Unterdrückung, die Zerstörung der Volksgesundheit, die Verminderung der Lebensfreude, die Verringerung der Volkszahl und schließlich den Volkstod nicht dulden und an seine Stelle Recht, Ehre, Freiheit, Kraft, Freude und Sieg des Volkes setzen will.

Und alle, die es angeht, wollen sich merken: Gerade weil das Recht auf Arbeit bisher „nur" ein sittliches Recht war, gerade deshalb werden wir ihm im Deutschen Volk eine Stätte der Wirklichkeit und allgegenwärtigen Wirksamkeit schaffen.

Walter Trautmann:

Beiträge zur Rationalisierung der Volkswirtschaft

Als Bernhard Köhler im Zusammenhang mit der Arbeitsschlacht einen Facharbeitermangel voraussagte und stärkste Rationalisierung forderte, gab es noch viele Wirtschafter, die sich auf diese Forderung nicht einstellen wollten. Heute gibt es bereits Unternehmungen, die deswegen binnen weniger Monate in eine unangenehme Lage gekommen sind. Die täglich einlaufenden Meldungen und Berichte sind die beste Bestätigung für die zielbewußte wirtschaftspolitische Führung der Partei.

Im Frühjahr dieses Jahres sagte Pg. Bernhard Köhler, der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., zu Vertretern der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau in Berlin folgendes: „Ein weitsichtiger Betriebsführer wird sogar sehr darauf sehen, daß er sich rechtzeitig eine anhängliche

Digitized by Google

und sehr gut ausgebildete, bei ihm eingewöhnte und eingearbeitete Belegschaft erhält, denn eines Tages kommt der Tag — die, die jetzt lächeln, bitte ich, sich den Tag zu merken, es ist heute der 14. 2. 1936. Es wird der Tag kommen, und zwar nicht in allzu ferner Zeit, wo nicht nur Facharbeiter, sondern Arbeitskräfte überhaupt selten und kostbar werden; und ich freue mich schon von Herzen auf den Tag, an dem dann kurzsichtige Betriebsführer dafür bestraft werden, daß sie geglaubt haben, auf anhängliche Belegschaftsmitglieder ohne weiteres verzichten zu können, weil sie einmal am Lohnkonto etwas sparen konnten." Pg. Bernhard Köhler hat mit diesen Worten gleichzeitig auf die verfehlten Rationalisierungsmaßnahmen im alten Sinne anspielen wollen. Der Tag, an dem sich ein Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften zeigen würde, ist schon jetzt eingetreten. Und nun beginnt die wirkliche Rationalisierung, der die Aufgabe zufällt, Arbeitskräfte frei zu machen, um in absehbarer Zeit den Facharbeitermangel ausgleichen zu können.

Im Braunkohlenbergbau

Der Braunkohlenbergbau in Mitteldeutschland ist vorwiegend auf Tagebau eingestellt. Während sich der Tagebau bereits vor Jahren sehr stark modernisiert hat, ist der hier und dort noch vorhandene Tiefbau weitgehend auf Handarbeit eingestellt. So auch bei Halle. Dort werden je Tag etwa 6000 t Rohbraunkohlen gefördert. Die Arbeitsschlacht hat seit 1933 eine Steigerung der Förderung von bis zu 1000 t je Tag gebracht. Während in Tagebauen und erst recht in Großtagebauen die Förderleistungen bis zu 70 t je Mann und Schicht betrugen und daher zusätzliche Fördermengen von etwa 1000 t je Tag ohne wesentliche Gefolgschaftsmehrung bisher glatt übernommen werden konnten, mußte der Tiefbaubetrieb mit seiner reinen Handarbeit bei einer Leistung von bis zu 0,5 t je Mann und Schicht unbedingt ein Mehr von 153 Gefolgschaftsmitgliedern in genanntem Falle einstellen, um den Mehrbedarf im Oberröblinger Revier leisten zu können. Bis vor kurzer Zeit war nun der Ersatz der Tiefbau-Spezialarbeiter aus dem Erwerbslosenheer noch möglich.

Facharbeitermangel erzwingt die Rationalisierung

Heute tritt der Mangel an Facharbeitern immer stärker in Erscheinung, so daß er sich bei der Steigerung des Kohlenabbaues lähmend auswirken mußte. Angesichts der Scheu, unter Tage zu arbeiten und des stetig steigenden Abrufes von Arbeitskräften für den Wirtschaftsaufbau in Mitteldeutschland, hat sich die Verwaltung des erwähnten Tiefbaubetriebes bei Halle entschlossen, dem Facharbeitermangel durch kleine Maschinen — sogenannte Kosag-Förderbänder — abzubelfen. Mit vier Bändern ist ein Versuch gemacht worden, der vollen Erfolg hat. Die Leistung von vier Kameradschaften ist um mehr als ein Drittel gestiegen, während auf der anderen Seite der Aufwand an Körperkraft wesentlich geringer geworden ist. Die Entlohnung der Kameradschaften wurde zum Teil besser, die Arbeit erheblich leichter.

> So wurde durch den Facharbeitermangel eine Maschinisierung erzwungen, die eine höhere, zumindest aber gleiche Entlohnung gewährleistet, bei wesentlich geringerem Kraftaufwand.

Digitized by Google

Arbeitskräfte wurden durch diesen Ausgleich nicht frei. Die Bandlieferfabrikanten bekommen Zusatzarbeit. Da ferner zu erwarten steht, daß die Bänder gegenüber der Handarbeit eine bessere Wirtschaftlichkeit aufweisen werden, wird sich die Konkurrenzlage der Tiefbaubetriebe gegenüber den Großtagebaubetrieben etwas verbessern. Damit ist ein Beweis für die Notwendigkeit einer echten Rationalisierung gegeben.

Ein Fall von Maschinenstürmerei!

In dem Betriebe einer Kupferverhüttungsanlage mußte vor einiger Zeit wegen Überalterung und Einsturzgefahr ein Raffinierofen mit einer täglichen Leistung von rund 20000 t abgebrochen werden. Die Leistung des Ofens entsprach aufwands- und ertragsmäßig nicht mehr den modernen technischen Fortschritten. Der erfolgte Neubau eines modernen Kupfer-Raffinierofens wurde dennoch mit dem größten Mißtrauen verfolgt. Obwohl offensichtlich die technischen Neuerungen in Leistung und Qualität gute Erfolge brachten und die Leistung körperlicher Arbeitskraft zum Teil vertauscht wurde mit der Leistung geistiger Arbeit in Form der Bedienung technischer Einrichtungen, richtete sich die Stimmung gegen die Betriebsführung. Die erhöhte Leistung von 20000 bis 35000 t wurde deshalb als unsozial angesehen, weil durch sie fünf Leute erübrigt wurden, die jedoch einer anderen Arbeit zugeführt werden konnten.

Hier liegt ein Fall von Maschinenstürmerei vor, der damit begründet wurde, daß die anderweitig beschäftigten fünf Arbeiter finanziell schlechter gestellt worden seien. Nun ist in den Betrieben dieser Gegend ein ständiger Wechsel von Arbeitern an der Tagesordnung, weil die Betriebe sich täglich auf neue Umstände einstellen müssen und die Gefolgschaftsstärke in bestimmten Einteilungen an die Verarbeitung und Leistung gebunden ist. Man wollte daher die nunmehr geringerwertige Arbeit der fünf an anderer Stelle eingesetzten Arbeiter so entlohnen wie bisher an dem alten Raffinierofen. Als sich der Betriebsführer dagegen wehrte, wurde ihm unsoziale Betriebsführung vorgeworfen.

Mehr Einsicht und weniger Gewerkschaftlermethoden!

Zu diesem Fall ist festzustellen, daß mit dem Bau des Ofens die Leistung des Werkes stand und fiel; also die gesamte Belegschaft geschädigt worden wäre, wenn sich das Werk nicht den modernen Verhältnissen angepaßt hätte.

> Es ist auch nicht einzusehen, warum nicht arbeitssparende Verfahren zur Anwendung kommen sollen, wenn im Zuge der gleichen Maßnahme eine anderweitige Verwendung der freiwerdenden Arbeitskräfte gegeben ist. Es wird niemals möglich sein, von vornherein einem schaffenden Menschen auf alle Zeit hinaus einen bestimmten Lohn zu garantieren, sondern stets wird die Entlohnung abhängen müssen von dem Werte, welchen die Leistung für die Gesamtheit hat.

In diesem Falle hat sich der Wert der Leistung der fünf verringert, so daß auch eine geringere Entlohnung notwendig ist, und zwar auch dann,

Digitized by Google

wenn die Versetzung ohne Zutun der fünf Gefolgschaftsmitglieder erfolgte, aber aus gesamtwirtschaftlichen Gründen erfolgen mußte. Die Arbeitsmöglichkeiten in Mitteldeutschland sind so groß, daß diese Kräfte eine anderweitige Beschäftigung dann annehmen können, wenn sie mit ihrem Los nicht zufrieden sind.

Wir wollen keine Kurzarbeit!

Wohin die falschen Auffassungen der Vergangenheit führen, kann man aus der Haltung eines Mannes erkennen, der in der Belegschaft eine gewisse Rolle spielte und glaubte, die Arbeitsbeschaffung aus eigener Initiative vorwärts treiben zu müssen. Das Werk, um das es sich im soeben geschilderten Fall handelt, hat eine Belegschaft von rund 138 Mann. Es mußten früher oft Feierschichten eingelegt werden, um die Belegschaftsstärke nicht zu vermindern.

Heute hat der Betriebsführer erreicht, daß die Belegschaft wieder voll arbeitet, ohne daß Entlassungen vorgenommen worden sind. Die genannte Person versuchte der Belegschaft anläßlich des oben erwähnten Umbaues klarzumachen, daß in diesem Werk „viel zu viel" gearbeitet würde. Der Gefolgschaftsführer solle mehr Leute einstellen, bestimmte Arbeitsgruppen sollten weniger (!) arbeiten, um so die Möglichkeit der Mehreinstellung zu schaffen. Dieses Verhalten ist gerade in Mitteldeutschland nicht zu billigen.

Es ist weder einzusehen, daß es gesamtwirtschaftlich in diesem Raum noch tragbar ist, Unternehmer zur Neueinstellung überflüssiger Arbeitskräfte zu zwingen, noch ist die Verringerung der Arbeitszeit zum Zwecke von Neueinstellungen in diesem Raume heute noch zu billigen.

Werner Scheunemann:

NS.-Programm und Agrarpolitik

Zum Thema „NS.-Programm und Wirtschaftspolitik" hat Pg. Werner Scheunemann bereits wertvolle Beiträge geliefert. Wir haben sie in Heft 4 und 5 der „Mitteilungen" veröffentlicht. Pg. Scheunemann behandelte in seinem ersten Beitrag die Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, in seinem zweiten die Brechung der Zinsknechtschaft; im vorliegenden dritten Beitrag geht Pg. Scheunemann auf die agrarpolitischen Forderungen des NS.-Programms ein.

Das Programm der NSDAP. geht auf die Kernfragen der Bodenbewirtschaftung in Punkt 17 ein: „Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeltlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke. Abschaffung des Bodenzinses und Verhinderung jeder Bodenspekulation."

Digitized by Google

Judenspekulation beseitigt

Auch dieser Programmpunkt ist ebenso wie die Forderung nach Brechung der Zinsknechtschaft von unseren Gegnern oft verlogen ausgelegt worden. Deshalb hat bereits 1928 der Führer sich veranlaßt gesehen, eine namentlich unterzeichnete Erläuterung zu geben, die heute von besonderer Bedeutung ist. Der Führer erklärte, daß der Passus „unentgeltliche Enteignung" nur auf die Schaffung gesetzlicher Möglichkeiten Bezug habe, Boden, der auf unrechtmäßige Weise erworben wurde oder nicht nach dem Gesichtspunkte des Volkswohles verwaltet wurde, wenn nötig, zu enteignen. Dies richte sich in erster Linie gegen die jüdischen Grundstücksspekulations-Gesellschaften.

Man braucht nicht viel Worte zu verlieren, um die Erfüllung dieser Forderung darzustellen. Wo können heute jüdische Grundstücksspekulanten Boden aufkaufen, wenn vermutet werden kann, daß der Staat gerade an diesem Boden in Kürze Interesse haben könnte (weil dort etwa eine Straße, ein öffentlicher Bau oder ähnliches entstehen soll)! In früheren Zeiten war es in Deutschland durchaus üblich, daß öffentliche Bauvorhaben vor ihrer Verwirklichung jüdischen Grundstücksspekulanten bekannt wurden, ja, daß Beamte diesen Schiebern geradezu Material in die Hand spielten, damit sie rechtzeitig das Grundstück erwarben und nun zu hohem Preise an die öffentliche Hand verkauften. Geschädigt war der Staat, d. h. die Allgemeinheit, unberechtigten Nutzen zog der jüdische Spekulant und mitunter der untreue Beamte.

In unserem Staat ist so etwas nicht mehr denkbar. Derartige Spekulationsmanöver würden für die Beteiligten nicht mit Gewinn, sondern mit einer Erholungsreise ins Konzentrationslager enden. Weder für den Reichsautostraßenbau noch für die vielen anderen öffentlichen Bauten sind Grundstücks-Überpreise angelegt worden. Hätten sich die bisherigen Besitzer dieser für öffentliche Zwecke benötigten Grundstücke den gemeinnützigen Anforderungen verschlossen, so würde hier die staatliche Macht eingesetzt worden sein. Da der Nationalsozialismus auf dem Boden des Privateigentums steht, ist niemand, der Boden für öffentliche Aufgaben hergab, enteignet worden. Dieser Teil des Punktes 17 ist als Abwehrmaßnahme gegen jüdische Spekulationsgesellschaften bestehen geblieben.

Was wir forderten . . .

Von größerer praktischer Bedeutung sind jedoch die anderen Teile des Punktes 17, die durch spätere parteiamtliche Erklärungen noch erläutert worden sind. Am 6. März 1930 wurde vom Führer eine parteiamtliche Stellungnahme zur Haltung der NSDAP. gegenüber dem Landvolk und der Landwirtschaft bekannt gegeben. Dort wurde darauf hingewiesen, daß Deutschland in seiner Nahrungsversorgung nicht vom Ausland abhängig sein darf, wenn das Deutsche Volk sich im wesentlichen vom eigenen Grund und Boden ernähren kann.

„Die Steigerung der Leistung der heimischen Landwirtschaft ist deshalb eine Lebensfrage für das Deutsche Volk geworden. Ein wirtschaftlich gesundes, kaufkräftiges Landvolk ist aber auch für den Absatz unserer in Zukunft immer mehr auf den Binnenmarkt verwiesenen Industrie von entscheidender

Digitized by Google

Bedeutung. Wir erkennen nicht nur die überragende Bedeutung des Reichsnährstandes für unser Volk, sondern sehen im Landvolk auch den Hauptträger volklicher Erbgesundheit, den Jungbrunnen des Volkes und das Rückgrat der Wehrkraft. Die Erhaltung eines leistungsfähigen, im Verhältnis zur wachsenden Gesamtvolkszahl auch zahlenmäßig entsprechenden starken Bauernstandes bildet einen Grundpfeiler der nationalsozialistischen Politik."

Soweit jene parteiamtliche Kundgebung, die ein deutsches Bodenrecht und die Hebung der Landwirtschaft in wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht forderte.

Nach der Machtübernahme fügte der Führer selbst in seiner Regierungserklärung vom 23. März 1933 hinzu: „Die Rettung des deutschen Bauern muß unter allen Umständen durchgeführt werden. Die Vernichtung dieses Standes in unserem Volk würde zu den denkbar schwersten Konsequenzen führen. Die Wiederherstellung der Rentabilität der landwirtschaftlichen Betriebe mag für den Konsumenten hart sein, das Schicksal aber, das das ganze Volk träfe, wenn der Bauer zugrunde ginge, wäre mit dieser Härte gar nicht zu vergleichen. Was die Gesamtwirtschaft einschließlich unserer Exportindustrie dem gesunden Sinn des deutschen Bauern verdankt, kann überhaupt durch keine Opfer geschäftlicher Art irgendwie abgegolten werden."

. . . und was geschafft ist

Zur praktischen Durchsetzung dieser Ziele ist seitdem gewaltige gesetzgeberische, organisatorische und aufklärende Arbeit geleistet worden. Wir können heute mit tiefer innerer Befriedigung feststellen, daß die landwirtschaftliche Arbeit sich für den Bauern wieder lohnt und der Bauer nicht nur fleißig ist, um mit Mühe und Not seine Gläubiger zu befriedigen, damit er ja nicht vom Hofe vertrieben wird.

Die Preisgestaltung für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse ist der börsenmäßigen Spekulation entzogen und die Ausbeutung der Landwirte durch den (oft jüdischen) Großhandel unterbunden worden.

Man darf heute sagen, daß nie in der deutschen Agrargeschichte die gleichen Energien entfaltet wurden, wie seit der Berufung von R. Walther Darré am 29. Juni 1933 zum Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft. Seit diesem Zeitpunkt wurden die maßgebenden Gesetzgebungsakten erlassen, die der weiteren Agrarpolitik als Grundlage dienten.

Einst: der Bauer wurde ausgeplündert

Man muß bedenken, daß bei der Machtübernahme etwa die Hälfte des deutschen Bauerntums vor dem Schicksal der Zwangsversteigerung des Hofes stand. Die landwirtschaftliche Neuverschuldung seit 1924 hatte bis zu jener Zeit rund 12 Milliarden RM. erreicht! Im gleichen Zeitraum sah sich die Landwirtschaft vor einen völligen Zusammenbruch der landwirtschaftlichen Preise gestellt. Wurden noch im Jahre 1928/29 aus der landwirtschaftlichen Arbeit des deutschen Bauern 10 Milliarden RM. Gesamterlös vereinnahmt, waren es 1932/33 nur noch 6,4 Milliarden. Die für die landwirtschaftliche Erzeugung aufgewendeten Kosten wurden nicht mehr gedeckt, die Verschuldung der Bauern stieg zwangsläufig, der Zusammenbruch unserer Ernäh-

Digitized by Google

rungswirtschaft und die fast völlige Abhängigkeit unserer Versorgung vom guten Willen des Auslandes standen vor der Tür.

Jetzt: gerechte Preise!

Das darf nicht vergessen werden, wenn man die bewußte Herbeiführung von Preisverbesserungen für Ernährungsgüter durch den Nationalsozialismus beurteilt. Ebenso wie der Arbeiter gerettet werden mußte, mußte der Bauer gerettet werden. Beide sind auf Gedeih und Verderb aufeinander angewiesen. Wie die gewerblichen Arbeiter seit 1933 insgesamt eine bedeutende Steigerung ihrer Einnahmen verzeichnen, sind die landwirtschaftlichen Erlöse 1933/34 auf 7,5 Milliarden und 1934/35 auf 8,2 Milliarden Reichsmark gehoben worden. Dies bedeutet gegenüber dem Tiefstand des Jahres 1932/33 eine Besserung um rund 28%.

Die Preissteigerung wurde jedoch nur in einem Ausmaß zugelassen, das zur Fundierung der landwirtschaftlichen Betriebe unbedingt erforderlich war. Man hat versucht, „gerechte Preise" zu schaffen. Diese sollen einerseits hoch genug sein, um dem Erzeuger eine Deckung der Produktionskosten oder dem Verteiler eine Deckung der Verteilerkosten zuzüglich eines angemessenen Verdienstes zu gewährleisten und andererseits wieder niedrig genug sein, um die Lebenshaltung der Städter nicht mehr als unbedingt notwendig zu belasten.

Die Festpreise sichern die landwirtschaftliche Kalkulationsgrundlage, so daß eine zweckmäßige und geordnete Fruchtfolge eingehalten werden kann. Gleichzeitig wird durch das Festpreissystem die Spekulation (mit unerwünschten Preisschwankungen) vermieden.

Der Sinn war, auf die Kaufkraft des Verbrauchers Rücksicht zu nehmen und andererseits Vorsorge zu treffen, daß dem Landwirt nicht erneut die Existenzgrundlage unter den Füßen fortgezogen wird.

Hierzu sind außer den Maßnahmen zur Preissicherung noch andere grundsätzliche Schritte erfolgt. Man kann das ordnende Eingreifen auf wenige grundsätzliche Überlegungen zurückführen:

1. Bodenordnung,
2. Marktordnung.

Gesicherter Bodenbesitz

Um den Boden für die im Programm erwähnten nationalen Bedürfnisse verfügbar zu machen (zu verhindern, daß der Bodenzins die landwirtschaftliche Ernährungsbasis des Deutschen Volkes bedroht und das gleiche durch Bodenspekulation geschieht), sind schon im Jahre 1933 schnell wirksame Eingriffe erfolgt. Die aus der Überschuldung der Landwirtschaft drohenden zahlreichen Zwangsvollstreckungen wurden durch einen umfassenden Vollstreckungsschutz verhindert. Eine weitreichende Pächter-Schutz-Gesetzgebung unterstützte diesen Schritt.

Zur Sicherung der deutschen Scholle für alle Zukunft dient die Erbhof-Gesetzgebung, die den landwirtschaftlichen Boden grundsätzlich aus den Verflechtungen der kapitalistischen Wirtschaft herauslöst. Ein Erbhof kann dem ihn bewirtschaftenden Bauern von keinem Kapitalisten genommen werden, weil etwa Schuldraten nicht oder ungenügend vom Bauern bezahlt

Digitized by Google

werden. Der Erbhofbauer, der seinen Hof landwirtschaftlich richtig bewirtschaftet und auch sonst ein ordentliches Leben führt, kann von seiner Scholle niemals vertrieben werden. Die Erbhof-Gesetzgebung erfaßt etwa die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche in Deutschland. Man kann mit rund 700 000 deutschen Erbhöfen rechnen.

Außer dieser Erhaltung des Bauerntums sind energische Schritte zur Schaffung von neuen Bauernstellen unternommen worden (Siedlungspolitik). Unter Abkehr von früheren Vernachlässigungssünden werden so die Voraussetzungen für die wirkliche Nutzbarmachung des deutschen Bodens zur Sicherung unserer Ernährung wieder geschaffen.

Weshalb Marktordnung?

Um eine Grundlage für eine umfassende Marktordnung zu besitzen, wurde durch Reichsgesetz vom 13. September 1933 der Reichsnährstand geschaffen. Die Bodenordnung wird durch die Marktordnung ergänzt, die in die Hand des Reichsnährstandes gelegt ist. Der Reichsnährstand schließt alle am landwirtschaftlichen Gesamtgüterkreislauf beteiligten Wirtschaftsgruppen, denen in ihrer Gesamtheit die Aufgabe der deutschen Volksernährung obliegt, zusammen (Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Gartenbau, Fischerei, Jagd, Landhandel, Be- und Verarbeitung landwirtschaftlicher Erzeugnisse). Praktisch ist für das ganze Gebiet der deutschen Ernährungswirtschaft die Marktorganisation durchgeführt. Die Marktordnung beschränkt sich nicht etwa auf die Festsetzung der schon erwähnten Preisregelungen, sondern will darüber hinaus die ausreichende Bereitstellung von Nahrungsmitteln herbeiführen. Sie erstreckt sich deshalb auch auf die Erzeugungs-, Absatz- und Versorgungsmöglichkeiten.

Eine Versorgungslücke von etwa 20 v. H.!

Wie ungeheuer wichtig diese systematische Untersuchung und Lenkung fast aller landwirtschaftlicher Märkte ist, mag daraus hervorgehen, daß Deutschland selbst im Jahre 1935 noch einen Einfuhrüberschuß an landwirtschaftlichen Erzeugnissen in Höhe von rund 2,4 Milliarden RM. aufwies! In dieser Höhe war die Sicherung unserer Ernährung noch vom Auslande abhängig! Mit anderen Worten, es besteht, wenn man Futtermittel hinzurechnet, die auf dem Umweg über das Tier auch zum Nahrungsmittel werden, noch jetzt eine Versorgungslücke von etwa 20 v. H. Die übrigen 80 v. H. unseres Ernährungsbedarfes decken wir aus deutschem Boden, wobei die Lücke am stärksten beim Fett ist; deshalb ist die Versorgung mit Fett und Futtermitteln, die der Fetterzeugung dienen, zur Zeit das Hauptproblem unserer Ernährungswirtschaft.

Schon diese Feststellung zeigt, wie notwendig das Streben ist, die Erzeugung unserer Landwirtschaft laufend zu steigern. Diesem Ziele dient die Arbeit des Reichsnährstandes und seiner Marktordnung. Angesichts der Größe der Aufgabe ist es selbstverständlich, daß nicht auf jedem Teilgebiet sofort der volle Erfolg zu erzielen ist. Außerdem haben wir ja in Deutschland nur eine Ernte im Jahr und nicht, wie in südlichen Ländern, zwei und mehr Ernten.

Deshalb muß immer wieder Verständnis aufgebracht werden, wenn den auf dem Nährstandsgebiet aufgewendeten Energien nur schrittweise Erfolg

Digitized by Google

beschieden ist. Dieser Erfolg ist jedoch schon heute so sichtbar, daß wir feststellen können, auch hier auf dem richtigen Wege zu sein. Wir haben nicht nur die Lage der Landwirtschaft auf eine gesunde Basis gestellt, sondern den Bauern als kaufkräftigen Faktor dem Binnenmarkt für gewerbliche Erzeugnisse wiedergegeben.

Die mengenmäßige Steigerung der Erzeugung schreitet rüstig fort und bei allem ist die erforderliche Rücksicht auf die Interessen der Verbraucher genommen worden. Überdies sind nicht nur Ernährungsgüter, sondern auch gewisse Rohstoffe in vermehrtem Umfange in den Kreis der landwirtschaftlichen Erzeugung gerückt (wir erinnern an die vermehrte Schafhaltung, den verstärkten Anbau von Spinnfaserpflanzen — Flachs und Hanf —, von Ölfrüchten, Futterpflanzen, usw.). All das führte dazu, daß heute trotz des erwähnten Einfuhrbedarfes nur noch jeder fünfte Deutsche durch eingeführte Nahrungsmittel ernährt werden muß, während es vor einigen Jahren noch jeder dritte Deutsche war.

Handelspolitische Schlagkraft

Dadurch, daß die gesamte Marktordnung im Reichsnährstand wie durch eine große Klammer zusammengefaßt ist, ermöglicht sie eine außerordentliche Stoßkraft der nationalsozialistischen Wirtschaftsführung. Das ist u. a. auch für handelspolitische Aufgaben wichtig. Während sich früher Landwirtschaft und Industrie bei Handelsvertragsfragen heftig bekämpften und oft sogar dem Auslande Material in die Hand spielten, wird heute beim Abschluß von Handelsverträgen den gesamtdeutschen Interessen Rechnung getragen. Da wir eine gewisse Industrieausfuhr zur Herbeischaffung von Rohstoffen brauchen, müssen wir von landwirtschaftlichen Ländern eine Einfuhrspitze landwirtschaftlicher Erzeugnisse mit hereinnehmen, so daß schon aus diesem Grunde zunächst eine völlige Autarkie innerhalb der deutschen Ernährungswirtschaft — selbst wenn die hier angeführten Lücken behoben wären — nicht möglich ist. Die Erzeugungssteigerung in der Landwirtschaft macht deshalb vorläufig keineswegs die landwirtschaftliche Einfuhr gegenstandslos. Allerdings kann Rücksicht auf die deutschen landwirtschaftlichen Bedürfnisse genommen werden. Für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse sind Zentralstellen für die Ein- und Ausfuhr geschaffen, damit die Ordnung nicht durch den landwirtschaftlichen Außenhandel durchbrochen werden kann.

Wir schaffen weiter!

Dies sind die heute bereits sichtbaren Verwirklichungen einer den nationalen Bedürfnissen angepaßten Bodenreform auf dem Gebiete der Ernährungswirtschaft. Sie wird auch noch auf andere, ebenso wichtige Gebiete übergreifen. Schon diese Stichworte aber zeigen, daß tatsächlich eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform geschaffen wird, daß die Knechtschaft des Bauern unter das Kapital durch Bodenverschuldung und zerrüttete Märkte behoben ist, und daß es eine Bodenspekulation auf Kosten der deutschen Ernährungsbasis nicht mehr gibt.

Digitized by Google

Daß der nationalsozialistischen Führung nicht allein die Erhöhung unserer Selbstversorgung, die Devisenersparnis, die Besserung der landwirtschaftlichen Einnahmen und damit die vermehrte Kaufkraft der Landwirtschaft für industrielle Erzeugnisse aller Art am Herzen liegt (kurzum die Schaffung eines Grundpfeilers unserer Wirtschaft aus einem früheren Krisenherd), sondern, daß nicht zuletzt alle diese Dinge auch die Erhaltung des Bauerntums als dauernde Quelle für das Wachstum und die Gesundheit der Nation sichern sollen, gilt für den Nationalsozialisten als Selbstverständlichkeit.

Erwin Rogalski:

Auf ein Wort — Volksgenosse!

Die Wirren in Spanien sind für uns „kein Experiment, dessen Studium wir allen Proletariern empfehlen", sondern wir sagen auf gut deutsch: „Sieh hin, deutscher Volksgenosse — Du warst aus Überzeugung Marxist —, erkennst Du jetzt den ganzen Irrsinn, der einst so verfochtenen Lehre?"

Herbst 1930. In einem Hörsaal einer Universität in X-Stadt sitzen Studenten und Studentinnen über ihre Kollegshefte gebeugt und schreiben eifrig die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Grundsätze nieder, die ihnen ein würdig aussehender ältlicher Dozent in gleichförmigem Singsang angibt. Im Grund genommen versteht dieser oder jener SA.-Mann, der sich unter den Studenten befindet, nicht, warum dem Thünen'schen Lohngesetz eigentlich eine derartige Bedeutung beizumessen ist, ihm ist es auch gleich, ob man vier, fünf oder zehn Richtungen des Vor- und Nachmarxismus unterscheidet. Er hat nur das Gefühl, ich muß diese eben gehörten Stellungnahmen aufschreiben, denn ich brauche das beim Examen. An und für sich erscheinen ihm diese oder jene Theorien einleuchtend, nur fühlt er, daß an irgendeiner Stelle, wo, das will er bei der überragenden Bedeutung des Dozenten gar nicht zu ergründen versuchen, die verfochtene Theorie ein Loch haben muß.

Glaube ist stärker als alle Theorie

Am Abend geht er zum SA.-Dienst, kommt mit marxistischen Arbeitern zusammen, verteilt Flugblätter, wird angepöbelt, in Diskussionen verwickelt und muß Rede und Antwort stehen und da zeigt es sich oft, es braucht dies keine Schwäche zu sein, daß der Marxist schon beim zweiten Satz mit irgendeiner, auch an der Universität gelehrten Behauptung kommt, die Unabänderlichkeit und Richtigkeit der Kapitalkonzentration zu verfechten sucht, bis der SA.-Mann vielleicht sogar gezwungen ist, zu sagen: „wie wir das später machen sollen, weiß ich nicht. Ich weiß nur, daß unser Führer für Ordnung sorgen wird, und er wird schon das Richtige finden". Der SA.-Mann hat also unbewußt daran geglaubt, daß der Führer der Anständigkeit und dem sittlichen Gesetz im Deutschen Volke wieder zum Recht verhelfen wird und nach diesem Gesichtspunkt auch die Aufgaben der Wirtschaft bestimmen würde.

Der Bürger wieder versuchte von seinem Standpunkt aus, Wirtschaftsfragen anzuschneiden, er sah ebenfalls die Transparente der Marxisten bei Demonstrationsumzügen mit den Aufschriften „Proletarier aller Länder vereinigt euch!" — „Eigentum ist Diebstahl!" — „Enteignet die Enteigner!"

Digitized by Google

usw. Seine Erklärungen und die Darstellungen der Lage gipfelten in den Worten: „Ja mein Gott, die Weltkrise! . . . Wenn erst das Volk wieder Arbeit hat, dann gibt es keine Kommunisten mehr.“ Und ohne daß er's merkte, steckt auch in seiner völlig falschen Auffassung ein Körnchen Wahrheit: „Wenn erst das ganze Volk Arbeit hat.“

Jeder Volksgenosse in Deutschland ist heute bereits in der Lage, das Wollen nationalsozialistischer Wirtschaftsauffassung zu erkennen. Es ist durchaus nicht mehr so, daß Volkswirtschaft nur etwas für „Geschulte“ ist, sondern die Grundsätze der NSDAP. auf wirtschaftspolitischem Gebiet sind auch dem einfachen Arbeiter klar geworden, weil wir im Gegensatz zu früher deutsch zu reden und zu handeln gewohnt sind. Um so mehr aber schaut der Arbeiter über die Grenzen hinaus, um zu vergleichen, wie weit sind meine früheren Klassengenossen mit der Verfechtung ihrer klassenkämpferischen Ideen und Ziele gekommen: „Ich fühle mich nicht mehr als Proletarier. Ich fühle mich als vollendetes Glied des Deutschen Volkes. Ich weiß, daß der Führer die sozialistische Wirtschaft erkämpfen wird. Ich habe wieder Arbeit und Brot. Wie konnte ich nur Marxist sein.“ Und dann sieht er die Nichtigkeit und Hohlheit aller jener Theorien, die er einst unter Führung marxistischer Gewerkschaften für das einzig Wahre gehalten hatte.

Arbeiter als Kanonenfutter

Die Internationale „erkämpft das Menschenrecht!“, „Proletarier aller Länder vereinigt Euch!“ In Spanien plündern und rauben die Anhänger der Frente populare, dafür hat der deutsche Arbeiter kein Verständnis mehr. Er vermag eine sinnlose Zerstörung von Werten nicht mehr zu billigen. Vielleicht wird ein ehemaliger Gewerkschaftler noch stolz darauf sein, daß Arbeiter aus Frankreich, aus der Tschechoslowakei, aus Österreich oder sonstwoher bereit sind, mit ihren spanischen Brüdern zu kämpfen. Aber er wird das Gefühl nicht mehr los, daß Idealisten mit Gesindel zusammen streiten und fallen, als gewöhnliches Kanonenfutter für irgendwelche Drahtzieher. Er sieht hinüber nach Frankreich, sieht dort Streik und Streik und nochmals Streik, mehrfache Erhöhung des Brotpreises innerhalb weniger Wochen und sieht, wie die eben errungenen Vorteile durch Preisverteuerungen und Unsicherheiten innerhalb der Wirtschaft verloren gehen und sieht weiter, daß der französische Arbeiter in Stellung der Frage: wie kommt es, daß mir diese Kämpfe nichts eingebracht haben, die Forderung zu verfechten beginnt: „Zunächst einmal hinaus mit den polnischen Arbeitern!“

Internationale mit Fehlzündung

Die internationale Solidarität hat also hier schon einen Sprung bekommen. Der gleiche ehemalige Gewerkschaftler erinnert sich weiterhin der Tatsache, daß die deutschen Gewerkschaften in jahrzehntelangem Kampfe keinerlei nennenswerten Vorteile durchzudrücken vermocht hatten, wenn man von einzelnen Vorteilen bestimmter Berufsgruppen absieht, die letzten Endes andere Berufsgruppen dafür belastend trafen. Früher hatte man ihm gesagt, international muß die Organisation sein, wenn ich das internationale Kapital bekämpfen will. Rußland ist aus der Einflußsphäre von internationalen Finanzgewalten nicht herausgezogen worden. Dafür aber hat ausgerechnet das national und

Digitized by Google

sozialistisch eingestellte Deutschland bei allen Vertretern der Hochfinanz Entrüstungsstürme durch seine wirtschaftspolitischen Maßnahmen entfesselt. „Also", so sagt sich der denkende Volksgenosse „muß hier ein neuer Weg beschritten worden sein, der den Vertretern des kapitalistischen Systems nicht genehm ist." Früher hat man ihm u. a. als eine zu fordernde Errungenschaft die 40-Stundenwoche proklamiert. In Frankreich hat die Regierung Blum die Einführung der 40-Stundenwoche gebilligt, durchgeführt wird sie nicht. In Spanien versucht man dafür den 10-Stundentag einzuführen.

Es sind Störungen eingetreten, es klappt nicht so, wie man es sich gedacht hat. Die Herren Marxisten hätten bloß im nationalsozialistischen Schrifttum zu blättern brauchen, da sagt nämlich Bernhard Köhler, daß die 40-Stundenwoche nur die Arbeitslosigkeit auf mehr Schultern abwälze, daß gegen sie nichts einzuwenden wäre, wenn man gegebene wirtschaftliche und soziale Verhältnisse berücksichtige. Daß er sich aber dagegen wehren müsse, die 40-Stundenwoche als Lösung anzusehen, denn ein Volk habe die Aufgabe zu wachsen, und eine Wirtschaft Vermögen zu bilden und dafür zu sorgen, daß das Volk an der Bildung dieses Vermögens auch wirklich mitarbeitet.

Auf dem Weg zur Raubwirtschaft

Die Parole, die von den spanischen „Regierungstruppen" vertreten wird, „Raubt das Geraubte", „Enteignet die Enteigner", hat zunächst etwas Bestechendes. Die Kirche hat in Enzykliken eine Agrarreform gefordert, aber nicht durchgeführt. Auf der einen Seite stehen Latifundienbesitzer, reiche Orden und Industrieunternehmer. Vier Fünftel des gesamten Grund und Bodens müssen diesen Vertretern zugeschrieben werden, auf der anderen Seite steht der enteignete, rechtlose, schaffende Mensch, der „Proletarier". Die radikalsten marxistischen Vertreter sagen: „Die Herrschaften sind auf unsere Kosten reich geworden, nehmen wir ihnen ihren Reichtum!" Sie gehen hin und hissen über den Betrieben ein rotes Tuch mit Hammer und Sichel. Sie fordern den Unternehmer auf, innerhalb der und der Zeit für die Volksregierung Dienst zu tun, andernfalls man seinen Betrieb beschlagnahme. Sie erschlagen das Vieh des Bauern und besetzen dessen Gehöfte. Und doch muß diese Rechnung irgendwie nicht aufgehen, denn viele Unternehmer und es sind nicht immer die schlechtesten gewesen, haben lange vor Beginn der Wirren ihre Unternehmen den Arbeitern zur Verfügung gestellt, weil sie die Einmischung der Gewerkschaften und die staatlich aufgebürdeten Lasten (auf Grund marxistischer Vorstellung) nicht auf die Dauer ertragen konnten.

Und schließlich wird der gleiche deutsche Volksgenosse hinübersehen nach Rußland, wird feststellen, daß eine „Beseitigung der Arbeitslosigkeit" durch Schaffung von Lagern mit vielen Millionen Gefangenen, nämlich jährlich rund fünf Millionen eingesperrten Menschen, die bei Sklavenarbeit zugrunde gehen, sich nicht vergleichen läßt mit dem sittlichen Wert der deutschen Arbeitsschlacht. In Deutschland macht ihn das Recht auf Arbeit frei, das mit der Arbeitsschlacht, mit dem Einsatz von Millionen Arbeitslosen in Arbeit, mehr und mehr seiner Verwirklichung entgegengeht. In Rußland hat er nicht einmal die Freiheit, Wohnung und Wohnungsort zu bestimmen.

Wäre der „Marxist von früher" nicht durch die nationalsozialistische Aufklärung und Aufbauarbeit bekehrt worden, so würde der Kampf in Spanien, Rußland oder Frankreich ihm endgültig die Begeisterung für den marxistischen Gedanken genommen haben.

Digitized by Google

Brauch und Recht im Frankfurter Jargon

Darf ein Richter bei seinem Urteil bodenständige Bräuche berücksichtigen?

Für den Parteigenossen ist das keine Frage. Die nationalsozialistische Bewegung hat in hundert Fällen schon halbvergessenes Brauchtum wieder erneuert und hat auch neues Brauchtum geschaffen.

Anders scheint allerdings ein Frankfurter Journalist zu denken. Er schreibt in seinem Blatte, daß die „Nachgiebigkeit staatlicher Rechtsordnung gegenüber alten Bräuchen — so bodenständig sie auch sein mögen — doch nicht zeitgemäß" sei.

Von diesem Frankfurter Journalisten werden Brauchtum, Bodenständigkeit und Volkstümlichkeit verächtlich als „irrationale Kräfte" abgetan.

Wir Nationalsozialisten wollen ein lebendiges Recht und kein Papierrecht. Zum lebendigen Recht gehört aber auch ein lebendiges Brauchtum.

Wir sind in den letzten Jahrhunderten mit Gesetzesparagraphen wahrhaftig überfüttert worden, gerade auf dem Gebiete der Wirtschaft. Wir sind darum auch gegenteiliger Meinung als der oben zitierte Frankfurter Journalist.

Wir wollen uns nicht an Paragraphen klammern und nach Gesetzen schreien.

Otto der Große, den wir heute als den ersten und wohl auch größten deutschen Kaiser bezeichnen können, — er ist auch der einzige Kaiser, dem unser Volk den Beinamen „der Große" gegeben hat — dieser Kaiser hat 36 Jahre in Deutschland regiert und hat das Deutsche Reich über alle Staaten unseres Erdteiles als Macht emporgehoben. Er schuf ein Reich von vorbildlicher Ordnung für seine Zeit. Aber wir kennen nicht ein einziges Gesetz, das er erlassen hätte. —

Es kommt nicht auf Gesetze und Paragraphen an, wenn ein Volk leben will. Führung und Gefolgschaft, Brauch und Sitte haben für die Lebenshaltung eines Volkes immer schon mehr bedeutet.

Die Rechtsordnung, welche wir für das Volk erstreben, muß eine Ordnung sein, die im Volke wurzelt; das Staatsrecht, soweit überhaupt solches als nötig empfunden wird, muß zuerst Volksrecht sein.

Auch das Wirtschaftsrecht wird sich aufbauen auf den Ehrauffassungen, Gepflogenheiten und Sitten der deutschen Wirtschafter. Das Gesetz ist nicht dazu da, die Rechtsordnung zu schaffen, sondern kann nur Ausdruck dieser Rechtsordnung sein.

Papierrecht und Paragraphenrecht, das wir lange Zeit als römisches Recht bezeichnet haben, ist für uns nichts als jüdisches Recht. Das Leben eines Volkes von Paragraphen und Gesetzen ableiten wollen, bedeutet nichts anderes, als eine typisch-jüdisch-freche Spitzfindigkeit. Pfr.

Eine Einführung in die Wirtschaftswissenschaft

Pg. Hans Merkel (Reichsnährstand) hat eine Einführung in die wirtschaftswissenschaftlichen Grundlagen veröffentlicht unter dem Titel „Nationalsozialistische Wirtschaftsgestaltung" (Verlag W. Kohlhammer).

Das Buch ist lehrreich für Wirtschaftswissenschafter; es erläutert die Grundbegriffe der Wirtschaftswissenschaft in schlichter und klarer Sprache, ist wohltuend frei von Fremdworten und streng, aber nicht störend systematisch aufgebaut. Es vermittelt eine zuverlässige Anschauung von den Grundgedanken, nach denen insbesondere der Reichsnährstand seine Aufgaben der Nährgutbewirtschaftung aufgebaut hat und ist geeignet, manche längst als unzulänglich erwiesene Erscheinung des wirtschaftswissenschaftlichen Schrifttums überflüssig zu machen.

Das Ordnungsprinzip wird in diesem Buch mit Recht stark unterstrichen. Wir dürfen dabei natürlich nicht den Fehler begehen, dieses Ordnungsprinzip als einziges für die Wirtschaft gültiges Prinzip anzusehen. Die Ordnung ist eines der

Digitized by Google

wichtigsten Mittel des Wirtschaftens, so wichtig, daß jede Wirtschaft, auch eine kapitalistische oder marxistische, ihrer nicht entraten kann. Bernhard Köhler sagt: „Wirtschaften heißt Arbeitserträge erfassen, sammeln, ordnen, bereitstellen für neue Arbeit." Über den beherrschenden Grundsatz der nationalsozialistischen Wirtschaft sagt der Hinweis auf die Ordnung noch nichts.

Das Recht auf Arbeit wird in der Schrift leider nur beiläufig behandelt, wo es dem kapitalistischen System gegenübergestellt wird. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß dieses Buch sich sehr verdienstlich zur Aufgabe gesetzt hat, den sehr zeitgemäßen und notwendigen Kampf um die Begriffe der Wirtschaftswissenschaft zu führen, aber nicht diejenige, Grundzüge der Wirtschaftspolitik darzulegen. Sch.

Recht auf Ausbildung

Der Nationalsozialismus hat das Recht auf Arbeit wieder zum Grundrecht jedes Deutschen erhoben. Voraussetzung für die restlose Verwirklichung dieses Rechtes ist die völlige Beseitigung der Arbeitslosigkeit. Um dieses Ziel wird in der zweiten Arbeitsschlacht gekämpft.

Jeder Deutsche hat das Recht, sich durch seine eigene Arbeit seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Dieses Recht ist unabdingbar. Der Staat ist Bürge dafür, daß für jeden Arbeitsuchenden stets Arbeitsgelegenheit bereitgehalten wird. Verbürgt wird jedoch nur das Recht auf Arbeit, nicht aber das Recht auf eine bestimmte Betätigung.

Im gleichen Maße, in dem das Recht auf Arbeit für den Erwachsenen gilt, hat die Jugend einen natürlichen Rechtsanspruch auf Ausbildung.

Recht auf Ausbildung: ein neuer Begriff in der Erziehung unseres Nachwuchses, der zum Ziele hat, den „Ungelernten" endgültig aus dem Arbeits- und Wirtschaftsleben zu beseitigen. Es bedeutet nicht, daß nun jeder eine hoch qualifizierte Facharbeiter-Ausbildung erhalten wird. Für die Berufe, in denen bisher nur ein kurzfristiges Anlernen des jugendlichen Arbeiters üblich war, werden geregelte Ausbildungsverhältnisse angestrebt.

Das Recht auf Ausbildung ist nicht nur aus sozialpolitischen Gründen zu begrüßen, sondern es ist auch wirtschaftlich richtig und dringend notwendig. Wie sollten wir sonst unseren Erzeugungsapparat zur Höchstleistung entwickeln, als dadurch, daß wir zunächst den Nachwuchs befähigen, selbst Höchstleistungen zu vollbringen. Die beste Maschine ist wert- und nutzlos, wenn niemand da ist, der sie bedienen kann.

Besonders eindringlich wird die Notwendigkeit einer gründlichen Berufsausbildung dadurch vor Augen geführt, daß die Zahl der Schulentlassenen in den nächsten zehn Jahren im Verhältnis zu den 1936 Entlassenen um 40 v. H. absinken wird. Zudem stehen dieser Zahl noch die überaus hohen Abgänge durch Arbeitsunfähigkeit und Sterblichkeit in den nächsten Jahren gegenüber. Der Grund hierfür liegt in der Überalterung unserer Erwerbstätigen.

Wir müssen also mit weniger Arbeitskräften mehr leisten! Nun werden wohl auch manche verstehen, die bisher noch nicht begriffen haben, warum wir so nachdrücklich für eine Rationalisierung und damit eine Leistungssteigerung der Betriebe eintreten und warum die Forderung nach bestmöglicher Berufsausbildung der Jugend so dringend erhoben wird.

Daß eine Verbesserung der Berufsausbildung gleichzeitig mit einer Verkürzung der Ausbildungszeit verbunden sein muß, ergibt sich jetzt insbesondere durch die zeitliche Inanspruchnahme der Jugendlichen im Arbeitsdienst und in der Wehrmacht.

Das Recht auf Arbeit ist also keine schlechtere Wirtschaftsrechnung zugunsten der Menschlichkeit und auch kein Experiment, sondern enthält eine durchaus nüchterne Überlegung. Ni.

Zweijährige Wehrdienstpflicht und Ausbildungszeit

Durch die Einführung der zweijährigen Dienstpflicht in der Wehrmacht wird die Frage und Forderung nach einer Verkürzung der Ausbildungszeit aktuell, insbesondere bei den Mittel- und Hochschulen. Die Verkürzung

Digitized by Google

der Unterrichtszeit wird dabei Hand in Hand gehen mit einer Änderung des Unterrichtsstoffes.

Wichtig ist, daß wir uns frei machen von der Vorstellung, daß der wesentliche Inhalt des jetzigen Unterrichtsstoffes für alle Zeiten gleich bleiben müsse. Insbesondere wird der Hauptangriff bei der Neuerung und Neugestaltung des Unterrichtes an den Mittelschulen den Fremdsprachen gelten. Was der Führer über den höchst zweifelhaften Wert dieser Fremdsprachen für unsere Zeit denkt, kann jeder in „Mein Kampf" S. 465/66 nachlesen!

Es ist müßig vertrödelte Zeit, in jahrelangen Untersuchungen festzustellen, wie ein zeitgemäßer nationalsozialistischer Unterricht und eine entsprechende Erziehung an den Mittelschulen zu erfolgen habe. Man muß vielmehr die Hauptschäden erkennen und die möglichen Angriffspunkte bei der Beseitigung eines überkommenen, aber veralteten Schulsystems. Dann wird man auch wissen, was man von Fall zu Fall zu tun hat.

Freilich wird auch der Abbau der Fremdsprachen nicht innerhalb weniger Jahre zu einer restlosen Beseitigung derselben im Pflichtunterricht der Mittelschulen führen. Aber der Abbau dieses fremdsprachlichen Unterrichtes kann Schritt für Schritt mit einer Verkürzung der Ausbildungszeit an diesen Schulen erfolgen.

Abbau des Sprachunterrichtes bedeutet nicht gleichzeitig Abbau der Sprachkenntnisse dort, wo sie notwendig sind. Einmal wird man immer die Möglichkeit haben, durch besonderen Unterricht oder Spezialkurse sich Fremdsprachen anzueignen. Diese Möglichkeit wird natürlich mit dem Abbau des Sprachunterrichtes als Pflichtunterricht immer stärker gefördert werden und auch auf Sprachen ausgedehnt werden, die heute nur verhältnismäßig wenige Volksgenossen beherrschen, wie Japanisch, Chinesisch oder Polnisch, Sprachen, die mit der Erweiterung unserer Außenbeziehungen immer mehr gekonnt werden müssen, dann aber auch Russisch, eine Sprache, die heute die Hauptsprache einer Organisation geworden ist, die sich die Bekämpfung aller selbstbewußten Völker, insbesondere aber des Deutschen Volkes, zum Ziel gesetzt hat.

Außerdem wird der Beruf des Dolmetschers und Sprachkenners mehr und mehr an Bedeutung gewinnen; denn wir fordern heute weniger halbe Kenntnisse, als eingehende und nutzbringend anwendbare, solche sind aber meist nur bei vollkommener Durchbildung zu erwarten. Diese kann in einer besonderen Fachausbildung gegeben werden. Der Sprachkenner wird, ähnlich wie der Arzt oder Rechtsanwalt, einmal ein in der Arbeitsteilung des Volkes unentbehrliches Glied sein und ebenso selbständig wie als Angestellter von Organisationen und Unternehmungen arbeiten.

Unser Ziel ist ja die Leistung unseres Volkes zu steigern, daß wir dabei alle Rationalisierungsmöglichkeiten auch im Aufbau unseres ganzen geistigen Lebens erkennen und ausschöpfen müssen, bedeutet für uns eine unabdingbare Forderung. Pfr.

Rede - Funk - Presse - Film - Schrifttum

Die NS.-Presse führt

Anläßlich des 10jährigen Bestehens gab das Institut für Konjunkturforschung eine Festschrift heraus, die in vielen bedeutenden Zeitungen und Wirtschaftszeitschriften eingehend besprochen und beurteilt wurde.

Die starke Anteilnahme hat gezeigt, daß es sich hier um mehr als eine bloße Würdigung einer Einrichtung handelt, die ihr Jubiläum feiert, sondern daß sich damit gleichzeitig grundsätzliche Anschauungen verknüpfen, die eine eindeutige Stellungnahme erfordern. Daher war diese Schrift auch besonders geeignet, eine „Scheidung der Geister" herbeizuführen.

Über die rein sachlichen Leistungen, insbesondere über die sorgfältige Bearbeitung des herangezogenen Zahlenmate-

Digitized by Google

rials und die Aktivität des Institutes, waren sich alle einig. Es galt sich aber vor allem mit den Konjunkturauffassungen dieses Instituts auseinanderzusetzen; denn das Institut glaubte seine Aufgabe darin zu sehen, daß es dem Unternehmer, aber auch dem Staat auf Grund seiner statistischen Berechnungen kommende Haussen oder Baissen in der Wirtschaft voraussagte oder den an- bzw. absteigenden Trend aufzeigte und damit Hoffnungen in Enttäuschungen oder Enttäuschungen in Hoffnungen umwandelte.

Wir haben unserem wirtschaftspolitischen Denken eine ganz neue Richtung gegeben und verbitten uns, daß noch veraltete Auffassungen, dadurch, daß sie immer wieder neu aufgewärmt werden, die Maßnahmen der politischen Führung beeinträchtigen. Denn es ist klar, daß sich von einem Begriff, den man krampfhaft aufrecht zu erhalten versucht, auch nur Folgerungen ableiten lassen, die den gleichen geistigen Moderduft einer überwundenen Epoche in sich tragen. Hiervon ist bedauerlicherweise auch in den einleitenden Ausführungen der Festschrift manches zu verspüren.

Es soll hier nicht näher auf Widersprüche eingegangen werden, die sich aus solchen Ausführungen zum nationalsozialistischen wirtschaftspolitischen Denken ergeben. Bernhard Köhler hat zum öfteren, zuletzt in einem Aufsatz in Nr. 13 der „Deutschen Volkswirtschaft", seine Auffassung über die Konjunkturpolitik eindeutig zum Ausdruck gebracht.

Für uns ist nach der Herausgabe der Festschrift die Feststellung besonders erfreulich, daß die nationalsozialistische Presse zu dieser Veröffentlichung lebhaftest Stellung nahm und erkannt hatte, daß es sich um eine grundsätzliche Anschauung handelt.

So haben denn auch unsere maßgebenden wirtschaftspolitischen Propagandisten die Gelegenheit wahrgenommen, um in sachlichen Angriffen das Wesen unserer Wirtschaftspolitik aufzuzeigen, das zu einer Konjunkturpolitik, wie sie hier dargestellt wird, in Gegensatz treten muß. Sie versäumten dabei aber nicht, auf die weiteren positiven Arbeitsmöglichkeiten hinzuweisen, die sich für das Institut für Konjunkturforschung trotz der geänderten Verhältnisse ergeben, zumal es ja selbst schon „neue Aufgaben tastend erkennt".

Die nationalsozialistische Presse hat durch ihren einheitlichen und forschen Angriff auch auf wirtschaftspolitischem Gebiete ihre besondere Aufgabe und ihre Schlagkraft gezeigt. Es hat sich wiederum bewiesen, daß allein aus der Idee heraus die Stellungnahme zu grundsätzlichen Angelegenheiten immer richtig sein muß, wie der Führer in der Kampfzeit in einer Unterredung betonte, als die noch kleine NS.-Presse ohne jegliche Anweisungen ein wichtiges politisches Ereignis richtig beurteilt hatte und demgemäß ihr Verhalten einstellte.

Wir konnten bei dieser Gelegenheit feststellen, daß sich die wirtschaftspolitische Propaganda im ständigen Vormarsch befindet, daß die NS.-Presse dabei wertvollste Arbeit leistet und zu leisten imstande ist. Unt.

Gedanken zum wirtschaftspolitischen Film

In Tausenden von Lichtspieltheatern sehen heute Millionen von Volksgenossen alle möglichen Filme, Spiel- und Unterhaltungsfilme, Lehr-, Kultur- und Reklamefilme.

Wir sehen aber auch bereits den Film im Dienste der nationalsozialistischen Bewegung: Reichsparteitagfilm, Filme, die der Wahlpropaganda dienen, Filme des Winterhilfswerkes, sowie der Deutschen Arbeitsfront (so vom Amt für „Schönheit der Arbeit"!); sie alle vermitteln den deutschen Volksgenossen nationalsozialistisches Gedankengut; sie alle werben für die großen Ideen unseres Führers.

Jedoch ein wirtschaftspolitischer Film? Die Spießer werden mitleidig lächeln über solche „Novitäten" und werden etwas von herausgeschmissenem Geld und Zeitvergeudung in ihre mehr oder weniger umfangreichen Bärte murmeln.

Auch dieses Propagandamittel wird aber in den Dienst der Wirtschaftspolitik gestellt werden. Die Privatfirmen werben für ihre Erzeugnisse durch Kurzfilme; mit wieviel mehr Recht kann die nationalsozialistische Bewegung ihre wirtschaftspolitischen Ziele durch den Film

Digitized by Google

unzähligen Volksgenossen nahebringen. Und das Wissen um die wirtschaftspolitische Zielsetzung ist für jeden Wirtschafter notwendig — und wer wäre das nicht?

Die Gesellschaft für Organisation hatte vor Jahresfrist zu einem Kampf gegen die Materialvergeudung — besonders im Hinblick auf die ungünstige Entwicklung der Devisenlage — aufgerufen und hierzu auch einen sehr anschaulichen Film herausgebracht. Neuerdings sind in der Aktion „Kampf dem Verderb" ebenfalls Filme geschaffen worden. Hier haben wir bereits einen Anfang. Sa.

Arbeitsglaube und Goldwahn

Vom Segen der Arbeit und vom Zauber des Goldes handelt der neue Trenkerfilm „Kaiser von Kalifornien".

Luis Trenker hat hier das Geschick eines Deutschen gestaltet, der einst nach Kalifornien gewandert war, der durch Arbeit Einöden in fruchtbare Landstriche verwandelte, aber zugrundeging, weil seine Mithelfer und Kolonisten, vom Goldwahn befallen, ihn im Stich ließen.

Der Glaube an die Arbeit und der Aberglaube an das Kapital, hier in Gestalt des Goldes, sind in diesem Film gegenübergestellt. Luis Trenker, uns bereits bekannt durch die Filme „Berge in Flammen", „Der Rebell", „Der verlorene Sohn", hat nun mit Meisterhand an einem Beispiel der Geschichte eine Entscheidungsfrage der Gegenwart gezeigt.

Glaube bringt Heil, Aberglaube Unheil, das muß auch „Der Kaiser von Kalifornien" erfahren. Si.

„Laßt mir das Leben frei!"

Pg. Achim Holtz, Mitarbeiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., hat eine Broschüre geschrieben, die unter dem obengenannten Titel im Verlag Karl Zeleny & Co., München N 23, erschienen ist und die Gedanken des Leiters der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., Bernhard Köhler, über die sozialistische Weltauffassung wiedergibt.

Das vierzigseitige Heft enthält folgende Abschnitte: Proletenlos auf dieser Jammerwelt — Verfluchter Seelenmörder Marxismus — Ausbeutung und Entrechtung des Proletariers — Kapitalismus: Irrsinniger Aberglaube oder bewußter Völkermord — Was kostet Arbeitslosigkeit? — Brechung von Kapitalismus und Zinsknechtschaft nur durch Arbeit — Beseitigung der Arbeitslosigkeit für immer — Das Recht zum Leben — Sinn aller Wirtschaft — Unsere Weltanschauung.

Der Verlag kann die Schrift zu folgenden Preisen abgeben:

Bei Abnahme

von einzelnen Stücken	je	RM. —,15
von mehr als 10 Stück	je	RM. —,14
„ „ „ 100 Stück	je	RM. —,13
„ „ „ 300 Stück	je	RM. —,12
„ „ „ 1000 Stück	je	RM. —,11
„ „ „ 5000 Stück	je	RM. —,10

Die Broschüre ist insbesondere als Hilfsmittel für die wirtschaftspolitische Schulung und Propaganda geeignet. Ni.

Aufgabenstellung für die Wirtschafter

Reaktionäre Denkfehler

Der Vorrang der Politik gegenüber der Wirtschaft scheint selbst heute nach langjähriger Aufklärung noch nicht Allgemeingut geworden zu sein. Sonst würden wir nicht in einem Berliner Anzeiger den Satz lesen: „Es wäre erfreulich, wenn auf dem Wege über die Wirtschaft, bzw. über Führer der Wirtschaft eine günstige Beeinflussung der Politik im Sinne einer Befriedung Europas erzielt werden könnte."

Für den Frieden Europas sind die Politiker und nicht Wirtschafter verantwortlich. Der Nationalsozialismus hat schon längst den Wirtschaftern andere, d. h. ihre eigentlichen Aufgaben zugewiesen. Mit der Wirtschaftspolitik in dem Sinne, daß die Wirtschafter die Politik

Digitized by Google

beeinflussen, ist es ein für allemal in Deutschland vorbei. Wir kennen nur mehr eine Wirtschaftspolitik, die einen Teil der Gesamtpolitik darstellt und die auch nur von der politischen Führung, also der Partei, betrieben werden kann.

Der Wirtschafter soll wirtschaften, das ist seine Aufgabe; als Volksgenosse soll er politisch denken und handeln. Politische Aufgaben kann der Volksgenosse von der Partei erhalten. Die Leitung eines Unternehmens oder Betriebes aber kann und wird nie in einem nationalsozialistischen Staat als politische Stellung angesehen werden können. Wer daraus politische Aufgaben der Wirtschafter ableitet, befindet sich in einem ganz gehörigen Irrtum. Sch.

Erhöhte Körperschaftssteuer

Wenn der Staat die Körperschaftssteuer erhöht und damit einen Teil der Gewinne erfaßt, so wäre es nun abwegig, zu glauben, daß hier ein grundsätzlicher Angriff gegen hohe Gewinne eingeleitet wird. Denn damit würden wir uns auf den Standpunkt stellen, daß die nationalsozialistische Wirtschaftsführung an sich nicht besser als eine kapitalistische sei und sich nur auf eine äußerliche Korrektur in Gestalt solcher Steuern beschränkte.

Wir müssen vielmehr in dieser Besteuerung ein Muster echter Kapitalslenkung sehen. Der Staat hat durch seine Arbeitsbeschaffungspolitik in hohem Maße dazu beigetragen, die Erträgnisse der Wirtschaft zu steigern. Daher beschafft er sich die finanziellen Mittel „zur Erfüllung der großen, dem Reich obliegenden Aufgaben" nach dem Grundsatz der steuerlichen Gerechtigkeit aus den Wirtschaftszweigen, denen seine Maßnahmen am meisten zugute gekommen sind und für die diese Besteuerung keine allzu schwere Belastung darstellt.

Gleichzeitig treibt der Staat damit eine gesunde Finanzpolitik, indem er dadurch wieder Vorgriffe auf künftige Einnahmen durch laufende Einnahmen deckt und so die kommende Generation entlastet.

Die weitere Bedeutung des Gesetzes liegt auch darin, daß es wichtigen nationalsozialistischen wirtschaftspolitischen Grundsätzen zum Durchbruch verhilft. Es unterbindet vor allem die unerwünschte Umwandlung von Personalgesellschaften in anonyme Kapitalgesellschaften, die bislang durch die Steuergesetzgebung mittelbar unterstützt wurde. Dies bedeutet eine Förderung der persönlichen Verantwortung, die im Wirtschaftsleben immer mehr Ausdruck finden soll. Sch.

Wirtschaftspolitik und Ausland

Streik als Mittel zur Geschäftsbelebung für amerikanische Gewerkschaften.

In Amerika gibt es kein „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" und Streiks zur Verbesserung von Arbeitsbedingungen mögen dort vielleicht oft berechtigt sein. Reichlich merkwürdig mutet uns ein Streik an, dessen tatsächlicher Zweck die Mitgliederwerbung für eine Gewerkschaft ist. Die Lewis-Gruppe der amerikanischen Gewerkschaften benützt die derzeit günstige Lage der amerikanischen Stahlindustrie zu neuen Arbeitskämpfen. Daß es dieser Gruppe aber nicht eigentlich um Lohnerhöhungen für die Arbeiterschaft zu tun ist, geht daraus hervor, daß die Lohnsumme der Industrie sowieso in dauerndem Steigen begriffen ist. Die Lewis-Gruppe setzt Streiks schließlich auch dann fort, wenn sie Lohnerhöhungen durchgesetzt hat. Ihr ist es in erster Linie darum zu tun, daß sie die Arbeitermassen in ihrer Organisation zusammenfassen kann.

So sieht man, daß auch im Ausland die Gewerkschaften unter Vorspiegelung sozialer Vorteile mehr und mehr zu politischen Kampforganisationen werden. Wenn die Organisation zum Selbstzweck geworden ist, wenn Forderungen nach

Digitized by Google

besseren Arbeitsbedingungen nur mehr ein Mittel darstellen, um das Dasein einer Organisation zu fristen, so zeigt es sich wieder, daß diese Organisationen nicht geschaffen wurden und nicht dazu geeignet sind, den Arbeitsfrieden herzustellen, sondern bloß Unfrieden zu stiften.

Unzufriedenheit zu spüren ist schließlich kein allzu großes Kunststück. Jeder Mensch hat in sich das Streben nach mehr. Dieses Streben ist die Grundlage für jede Fortentwicklung der Menschheit. Wenn man dieses Streben jedoch nur für eigensüchtige Zwecke ausnützt, dann hilft man nicht der Arbeiterschaft, sondern besorgt nur die Geschäfte des Bolschewismus. Ge.

Stimmen jenseits der Grenze

Der Bericht des englischen Wirtschaftsattachés bei der Botschaft in Berlin hat in der ausländischen Presse bedeutendes Interesse erregt und ist besonders von uns zu begrüßen, da er sich aufrichtig bemüht, unseren Anstrengungen und den erreichten Erfolgen gerecht zu werden. Es wird festgestellt, daß sich die Aufgabenstellung für die Wirtschafter gewandelt hat und daß sich „die Geschäftsinteressen deshalb in Deutschland als untergeordnet gegenüber der allgemeinen Politik betrachten müssen".

Neben eingehender Behandlung und Beurteilung der Arbeitsbeschaffung und der Handelspolitik befaßt sich der Bericht vornehmlich mit dem Lebensstandard und bringt den tatsächlichen Gegebenheiten ein überraschendes Verständnis entgegen. So heißt es u. a.: „Lohn- und Gehaltstabellen, wie sie in statistischen Aufstellungen gezeigt werden, gewähren einen unzuverlässigen Einblick in die wahren sozialen Bedingungen in Deutschland, seitdem der einzelne von dem Staat viele Dinge und Dienste empfängt, welche in anderen Ländern von den Löhnen und Gehältern bestritten werden müssen." Diese klare und sachliche Beurteilung könnte so manchem Volksgenossen, der diese Tatsache gerne übersehen möchte, entgegengehalten werden.

Neben diesem Bericht ist noch die Veröffentlichung eines Buches „Die Wirtschaft des Nationalsozialismus", das den jungen jugoslawischen Politiker und Juristen Dr. Danilo Gregoritsch zum Verfasser hat, von Bedeutung. Das Buch setzt sich vor allem mit der nationalsozialistischen Weltanschauung auseinander, auf der sich die Wirtschaftsauffassung gründet. Der Verfasser würdigt die Zusammenfassung der beiden großen Prinzipien, nämlich des Gemeinschaftsgeistes, dem die Vorrangstellung eingeräumt ist, und der wirtschaftlichen Selbstverantwortlichkeit, der es zu danken ist, daß die wirklichen Kräfte mobil gemacht und an der richtigen Stelle eingesetzt werden. Über diese Betrachtung hinaus kommt Dr. Gregoritsch zu der allgemeinen Auffassung, daß sich überall, wie die jüngsten Ereignisse zeigen, die Menschen gegen den übersteigerten wirtschaftlichen Eigennutz und die Unverantwortlichkeit von Organisationen und vielköpfigen Führergremien auflehnen.

Diese Urteile bedeutender Ausländer zeigen das ständige Anwachsen des Verständnisses für unsere Maßnahmen, die bereits beispielgebend für die Wirtschaftspolitik anderer Länder geworden sind. Unt.

Echt Pariser Mode aus Wien?

In der letzten Sitzung der französischen Kammer erklärte Ministerpräsident Blum, daß nunmehr alle Versprechungen erfüllt seien. — Also kann jetzt der ständige Kreislauf: Lohnerhöhung — Preiserhöhung — Kaufkraftminderung — Arbeitslosigkeit auf Touren kommen. Hinzu treten die sich immer mehr verstärkenden Exportschwierigkeiten, die den französischen Staat bereits zwingen, Millionen für Ausfuhrförderungen auszuwerfen.

Wohl versucht die Regierung, durch Gesetze den unerwünschten Folgen ihrer Maßnahmen, insbesondere der Preissteigerung, entgegenzutreten. Doch ist die Industrie durchaus nicht gewillt, alle Lasten auf sich zu nehmen.

Die Lohnsteigung verteuert natürlich das fertige Erzeugnis, so daß z. B. in manchen Zweigen der Seidenindustrie mit Preiserhöhungen bis zu 5 v. H. gerechnet werden müßte.

Die französische Modeindustrie hat eine starke Ausfuhr, die ihre Preise der ausländischen Konkurrenz an-

Digitized by Google

passen muß. Die Preissteigerung in Frankreich beeinträchtigte natürlich die Ausfuhr dieser Industrie. Sie beabsichtigt daher, einen Großteil ihrer Erzeugung nach Wien zu verlegen. Wien soll zum eigentlichen Produktionszentrum werden; und zwar sollen auch in weitgehendem Maße österreichische Rohmaterialien Verwendung finden.

Damit würde die zu teuer gewordene französische Erzeugung durch die neu erstandene, aus ihren eigenen Kreisen hervorgegangene österreichische Konkurrenz mehr und mehr ausgeschaltet; denn es ist sehr fraglich, ob sich die Anhänglichkeit der Damenwelt nur auf Moden, die unmittelbar aus Paris kommen, beschränkt und ob das nötige Verständnis aufgebracht wird, für die Unterstützung der französischen „Sozialpolitik" den doppelten Preis wie vorher zu zahlen. Unt.

Partei - Staat - Stände und Verbände

Zur organisatorischen Lage in der Organisation der gewerblichen Wirtschaft

Gelegentlich einer Unterredung, die der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., Bernhard Köhler, kürzlich dem Wirtschaftsschriftleiter des „Mitteldeutschen" gewährte, antwortete er auf verschiedene Fragen, die in der Praxis immer wieder auftauchen und die deshalb einer Klarstellung bedürfen. So sagte Bernhard Köhler über die Organisation der gewerblichen Wirtschaft u. a.:

„Der wirtschaftspolitische Arbeitskörper der Partei, dessen praktisch am meisten hervortretende Organe die Gauwirtschaftsberater sind, hat so vollkommen andere Aufgaben als die Organisation der gewerblichen Wirtschaft, daß diese niemals zu fürchten braucht, ihre natürlichen Pflichten könnten durch unsere Tätigkeit geschmälert werden. Ebensowenig kann naturgemäß das Zweckgebilde der Organisation der gewerblichen Wirtschaft die politischen Funktionen übernehmen, die dem wirtschaftspolitischen Arbeitskörper der Partei obliegen. Eine immer stärkere Anpassung der Organisation der gewerblichen Wirtschaft an die wirklichen Bedürfnisse des Volkes ist notwendig und niemand wird die Fortschritte in ihrer Gestaltung und ihrer Arbeitsfähigkeit mehr begrüßen, als die Kommission für Wirtschaftspolitik.

Etwaige Tendenzen der Organisation der gewerblichen Wirtschaft, sich als ein politisches Machtinstrument zu gebärden, wären nach der ganzen Struktur des nationalsozialistischen Staates und gegenüber dem natürlichen Führerrecht der nationalsozialistischen Bewegung sowieso zur Aussichtslosigkeit verurteilt.

Dagegen erwarten wir von der Organisation der gewerblichen Wirtschaft noch eine sehr gewichtige Förderung der wirtschaftlichen Leistung zum Besten des Volkes."

Dem gleichen Gedankengang gab Bernhard Köhler bereits 1934 auf dem Reichsparteitag Ausdruck:

„In einer Verblendung, die gleichzeitig über jeden politischen Anspruch der Wirtschaft das Urteil spricht, hat die Wirtschaft selbst durch die Unterwerfung des Staates unter ihre Macht den Staat ausgehöhlt und ihn damit unfähig gemacht, wirkliche Politik zu treiben.

In einem starken Staate aber braucht die Wirtschaft keine politische Organisation. Was sie braucht und was ihr mit Recht werden wird, das ist eine Koalition zur Vertretung der Berufsangelegenheiten ihrer Zweige." (Vergl. „Des Führers Wirtschaftspolitik", Zentralverlag der NSDAP., München.)

Was die Wirtschaftspolitik betrifft, so kann diese nur von der politischen Führung betrieben werden, also von der Partei. Ni.

Verantwortlicher Schriftleiter: Udo Pfriemer, München 2 M, Herzog Wilhelmstr. 32 (Reichsadler) / Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, Thierschstraße 11 / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Durch die Dienststellen der NSDAP. (Gau- u. Kreiswirtschaftsberater) / Die Besteller haben anzugeben, welcher Partei-Ortsgruppe sie zugehören, da nur Parteigenossen bezugsberechtigt sind / Erscheinen: Mitte des Monats / Preis des Heftes: 20 Pfennig.

Digitized by Google

Mitteilungen der Kommission für

Wirtschaftspolitik der NSDAP

Heft 8 Jahrgang 1

Nachdruck - auch auszugsweise - nicht gestattet!

Der Führer

auf dem Reichsparteitag der Ehre:

Die nationalsozialistische Idee und die sie tragende und fördernde Bewegung wird nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und kulturell die Führung der Nation übernehmen. Sie stellt die Aufgaben und sie bestimmt die Tendenz ihrer Erfüllung. Niemand verfügt über mehr Berechtigung als sie, niemand aber auch über eine größere innere Voraussetzung.

Aus dem Inhalt:

Der Führer eröffnet die zweite Arbeitsschlacht

Bernhard Köhler: Politische Wirtschaftsführung

Bernhard Köhler: Währungsklärung

Bernhard Köhler: Ersatzstoffe?

Reaktion hinter Paragraphengittern

Die knallroten Herzchen des Sally Cohn

„Konjunktur" in „Konjunkturen"

Mietpreis 20.— Mark

Der Führer zur Lohnfrage

Werbeprämien

Oktober 1936

Zentralverlag der NSDAP

Digitized by Google

Der Führer eröffnet die zweite Arbeitsschlacht

Auf dem Reichsparteitag der Ehre proklamierte der Führer das Programm für die zweite Arbeitsschlacht, dessen Durchführung „mit nationalsozialistischer Energie und Tatkraft" vorgenommen werden wird.

Das Programm:

Gänzliche Unabhängigkeit Deutschlands vom Ausland innerhalb von vier Jahren in allen jenen Stoffen, die in Deutschland selbst beschafft werden können

durch die deutsche Fähigkeit,
durch unsere Chemie und Maschinenindustrie,
durch unseren Bergbau.

Unberührt davon bleibt der Rechtsanspruch unseres Volkes auf Kolonien.

Die Durchführung dieses Programms:

1. Neuaufbau einer großen deutschen Rohstoffindustrie,
2. Einsatz der nach Abschluß der Aufrüstung freiwerdenden Arbeitskräfte,
3. Steigerung der nationalen Produktion auf vielen Gebieten und zwar im inneren Kreislauf unserer Wirtschaft,
4. Verwendung der aus unserem Export stammenden Eingänge in erster Linie für die Lebensmittelversorgung bzw. für die Versorgung mit den uns dann noch fehlenden Rohstoffen.

Die Voraussetzungen dieser zweiten Arbeitsschlacht:

1. der soziale Friede im Inneren, garantiert durch die nationalsozialistische Partei,
2. der geschlossene Einsatz der deutschen Willens- und Arbeitskraft, fundiert in unserer Bewegung.

Die innenpolitische Bedeutung der zweiten Arbeitsschlacht:

1. die Vorsorge, daß kein deutscher Arbeiter jemals wieder arbeitslos wird,
2. Steigerung der Lebenshaltung durch Steigerung der Leistung.

Die außenpolitische Bedeutung der zweiten Arbeitsschlacht:

1. Sicherung der Ernährung und damit des Lebens und der Unabhängigkeit unserer Nation,
2. Beteiligung an der Weltwirtschaft nach Gesundung der eigenen Wirtschaft.

Die Aufgabe der zweiten Arbeitsschlacht:

Aufgabe ist die vermehrte Erzeugung von Umlaufgütern, das heißt die Beseitigung der Armut des Deutschen Volkes.

Digitized by Google

Der Zweck der zweiten Arbeitsschlacht:

Zweck der zweiten Arbeitsschlacht ist, die eigenen Möglichkeiten der wirtschaftlichen Erhaltung unseres Volkes so gut als möglich auszunützen.

Das Ziel der zweiten Arbeitsschlacht:

Ziel ist die Freiheit der deutschen Arbeit.

Der Sinn der zweiten Arbeitsschlacht:

Wir sind nicht willens, eine Beschränkung der Volkszahl in unserem Staate vorzunehmen, sondern im Gegenteil entschlossen, diese natürlichste Fruchtbarkeit der Nation zu steigern.

Deshalb werden wir alle Maßnahmen ergreifen, um die Zukunft unserer Nation sicherzustellen.

Bernhard Köhler:

Politische Wirtschaftsführung

„Die nationalsozialistische Idee und die sie tragende und fördernde Bewegung wird nicht nur politisch, sondern auch wirtschaftlich und kulturell die Führung der Nation übernehmen. Sie stellt die Aufgaben und sie bestimmt die Tendenz ihrer Erfüllung".

(Der Führer am 8. September 1936)

Aufgaben!

„Und wenn mancher die Frage erhebt: Warum stellen Sie die Aufgaben so groß? — Weil ich glaube, daß man ein großes Volk nur dann mit einem seiner würdigen Lebenssinn erfüllen kann, wenn man ihm auch große Aufgaben stellt!"

(Der Führer am 1. Mai 1936)

„Es wird die ewige Aufgabe der Wirtschaftspolitik sein, die der Führer treiben wird und diejenigen, die ihm folgen: Der Kraft des Deutschen Volkes immer wieder neue Ziele zu setzen und so das Volk zu immer neuen Leistungen und neuer Entfaltung seiner Größe emporzuführen."

(Sondertagung der Kommission für Wirtschaftspolitik auf dem Reichsparteitag 8. 9. 1934)

Und wieder Aufgaben!

„Wenn der Führer befiehlt, daß siebentausend Kilometer Autobahnen gebaut werden, so ist das eine stärkere und eingreifendere Wirtschaftslenkung, als was jemals mit allen Künsten der Diskontpolitik, der Kreditausweitung, der industriellen Planung, Marktregelung und sonstigen Versuchen durchgeführt werden kann.

Digitized by Google

Wenn der Führer verlangt, daß die Automobilindustrie für drei bis vier Millionen Deutsche den Kraftwagen schafft, dessen Erwerb, Betrieb und Unterhaltung ihren Einkünften angemessen ist, so ist dies eine wahrhafte Wirtschaftslenkung und eine Kaufkraftsteigerung, die alles im Schatten lassen wird, was jemals durch manipulierte Währungen oder durch Preis- und Lohnexperimente erreicht werden könnte."

(„Sklavenarbeit oder Welthandel"
Leipziger Frühjahrsmesse 1936)

„Durch keine langatmige Begriffsbestimmung konnte die politische Führung der Wirtschaft genauer erläutert werden als durch das Bekenntnis des Führers zu seinem Willen zur Aufgabenstellung. Die Aufgabe an seinen Staatsapparat: die Arbeitslosigkeit zu beseitigen; die Aufgabe: Autobahnen zu bauen; die Aufgabe: Spinnstoffe, Treibstoffe, Kautschuk zu entwickeln, die Aufgabe: Kraftwagen für eine vielfach größere Zahl von Benutzern zu bauen als ihn heute gebrauchen können; die Aufgabe: Kasernen, Flugzeuge, Waffen zu entwerfen und herzustellen — diese Aufgaben sind die eigentliche politische Wirtschaftsführung."

(„Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik"
Juni 1936)

„Wirtschaftspolitik macht nicht der, der Wirtschaft treibt oder Wirtschaftskörper einrichtet, umgestaltet oder organisiert. Sondern Wirtschaftspolitik macht derjenige, der Politik macht."

(Sondertagung der Kommission für Wirtschaftspolitik
auf dem Reichsparteitag 8. 9. 1934)

Der politische Führer ist auch der Wirtschaftsführer

Mit seiner Proklamation auf dem Reichsparteitag der Ehre und mit den Ausführungen, die er am selben Tage auf der Kulturtagung machte, hat der Führer die immer wiederholte Stellung der Kommission für Wirtschaftspolitik so ausdrücklich bestätigt, wie wir es uns nur wünschen konnten.

Er hat gegenüber allen Versuchen, eine von seiner Person getrennte „Wirtschaftsdiktatur" zu errichten, gegenüber allen Bestrebungen, die Manipulation wirtschaftlicher Angelegenheiten als „Wirtschaftspolitik" auszugeben, eindeutig das ausschließliche Recht des Führers zur Wirtschaftsführung in Anspruch genommen.

Der politische Führer ist auch der Wirtschaftsführer. Er stellt die Aufgaben, denn nur er kann die Aufgaben erkennen, wählen und abgrenzen, die nicht nur wirtschaftliche Fragen lösen, sondern auch im eigentlichen Sinne politischer Natur sind.

Wirtschaftspolitische Aufgaben sind politische Aufgaben

Eine wirtschaftspolitische Aufgabe ist keine Aufgabe zur Wirtschaftsbelebung oder Wirtschaftspflege, sondern sie ist eine Aufgabe, die um des Lebens und der Freiheit des Volkes willen gestellt werden muß. Sie wird also immer zuerst aus der sittlichen Zielsetzung, das heißt aus dem Willen des Volkes zur Erhaltung seines Lebens und seiner geistigen und seelischen

Digitized by Google

Eigenart empfunden sein und erst in zweiter Linie die Wege bezeichnen, die die deutsche Volkswirtschaft zu gehen hat, um diese Ziele verwirklichen zu helfen.

Und erst im gebührenden Abstand davon kommen dann die Aufgaben und Fragen, die die Gewerbe, den Unternehmungsgeist, die technischen Mittel zur Bewältigung der Aufgabe betreffen. Hiebei aber sind wir schon auf dem Gebiete der Wirtschaftshandhabung. Was hier geschieht, ist alles durch die politische Aufgabe bereits vorbestimmt, so sehr, daß auch Versuche zum Ausbrechen, zum Verdrehen oder gar zur mutwilligen Störung letzten Endes wirkungslos bleiben müssen.

Was unter dem Primat der Politik vor der Wirtschaft zu verstehen ist und was wir als Sinn dieser Forderung immer wieder betont haben — nicht immer zum restlosen Vergnügen aller Betroffenen — das hat der Führer nunmehr über jeden Zweifel erhaben herausgestellt.

Bernhard Köhler:

Währungsklärung

Frankreich hat einen einseitigen Zwangsvergleich mit sämtlichen Gläubigern seines Staates und seiner Volkswirtschaft geschlossen. Forderungen in französischen Franken sind nur noch 70 v. H. ihres bisherigen Wertes wert.

Es verbilligt damit seine Ausfuhr und verteuert seine Einfuhr: Die Ausfuhr wird erleichtert und die Einfuhr erschwert.

Amerika und England haben erklärt, daß sie die französische Abwertung nicht durch neue eigene Abwertung zu unterbieten gedenken. Ohne sich die hochtrabenden Redensarten der amtlichen Veröffentlichungen in den beteiligten Ländern zu eigen zu machen, kann man wohl sagen, daß dies ein Schritt zur Verständigung nach langjährigen Währungskämpfen ist. Man soll uns jedoch lieber nicht sagen, daß man diesen Schritt „um des Weltfriedens willen" getan habe.

Das Bollwerk des Goldblockes gefallen

Eine Art Friedensschluß bedeutet es allerdings zwischen Frankreich und der Londoner City, die bekanntlich durchaus nicht gleichbedeutend mit Großbritannien und seiner Politik ist. Seit langem erfolgen schon die wütenden Angriffe der Goldinteressenten auf die Länder des sogenannten Goldblocks. Das große Bollwerk des Goldblocks, das heißt derjenigen, die sich mit der Verteuerung des Goldes gegenüber der Arbeit nicht abfinden wollen, ist mit dem französischen Franken gefallen. Nicht nur die letzten übrigen Goldwährungen, sondern auch andere sind in Fluß geraten.

Deutschland hat niemals zum Goldblock gehört. Leute, die das behauptet haben, stellten damit lediglich ihre völlige Unkenntnis unter Beweis. Deutschland hat zwar ebensowenig wie andere Völker ein eigenes Interesse daran, einen höheren Preis für die Ware Gold zu bezahlen als er bisher gegolten hat. Die deutsche Währung hat jedoch mit dem Gold so wenig zu tun, daß man weder von einer gleichen Lage noch gar von gleichen Interessen mit den Ländern des ehemaligen Goldblocks sprechen kann.

Digitized by Google

Vereinbarungen über die Spurweite zwischenstaatlichen Verrechnungsverkehrs

Deutschlands Stellung zu der Sache habe ich in der gebotenen Kürze gelegentlich umrissen:

„Wo wären wir aber heute, wenn wir den aufgeregten Ermahnungen und Ratschlägen jener gefolgt wären, die in Übereinstimmung mit der jüdischen Weltpresse die Unumgänglichkeit einer Devalvation der deutschen Mark uns zu beweisen suchten!

Allein die Tatsache, daß diese Vorschläge von einer so verdächtigen Seite propagiert worden sind, müßte uns doch mißtrauisch machen.

Und welches Interesse haben wir, die jüdische Weltspekulation auf ein Wettrennen um die niedrigste Währung zu unterstützen?

Welches Interesse haben wir auch an einer Angleichung internationaler Rechnungsmaßstäbe, solange wir mit Schulden belastet sind, deren Umwandlung aus politischen in private Verpflichtungen die vergangenen Regierungen instinktlos genug zugelassen und gefördert haben.

Internationale Vereinbarungen über einen gemeinsamen Verrechnungsfuß sind andererseits in keiner Weise der Währungshoheit des eigenen Landes abträglich.

Auch sie werden eines Tages kommen, denn sie bedeuten ja schließlich nichts anderes, als *eine Vereinbarung über die Spurweite*, auf der der internationale Verrechnungsverkehr glatter und unbeschwerlicher läuft als heutzutage; aber zunächst ist unser Interesse an einer solchen Angleichung der Währungen gering."

(„Des Führers Wirtschaftspolitik" 8. 9. 1934)

Die deutsche Währung eine autonome Leistungswährung

„Die deutsche Währunng hat als eine *autonome Leistungswährung* eine Sonderstellung unter den Währungen der Welthandelsländer, und sie wird diese Eigenart auch dann behalten, wenn die Zeit für internationale Vereinbarungen gekommen ist, die wir ebenso herbeiwünschen, wie jedes vernünftige andere Volk. Erfreulicherweise reift ja bei den Praktikern internationale: Währungsbeziehungen die Erkenntnis, daß die Stabilität dieser Beziehungen größere Bedeutung hat und vorteilhafter ist, als die künstliche Manipulation von Preisgefällen, bei der letzten Endes alle Partner Verlierende sind. So können wir auf eine bald anbrechende Zeit hoffen, in der das Devalvationsgerede und die Diskussionen über Handelspolitik mit Hilfe von Valutaänderungen der Vergangenheit angehören und in ihrer Beschränktheit, Einseitigkeit und Bedeutungslosigkeit erkannt werden."

(Tagung der Wirtschaftsgruppe „Industrie" der Rheinpfalz und des Saarlandes, 24. 5. 1935)

Entthronung des Goldes

„Man hat von einer „*Entthronung der Devise*" gesprochen, als die Verhältnisse zu unmittelbaren Tausch- und Ausgleichsgeschäften drängten.

Diese Erscheinung ist kein Wunder, da eben die Devise nur so lange herrschen konnte, als die Güter in der Welt umliefen, die sie repräsentierte.

Digitized by Google

Im übrigen läuft ihre Entthronung ja parallel mit der Enthronung des Goldes, dessen für den internationalen Handel so wertvolle Eigenschaften nutzlos und verkannt in den Kellern von Hortungsinstituten verkümmern.

Seiner natürlichen Bestimmung, Standardware im Verkehr zu sein, wird es entzogen und dient lediglich als Streitobjekt in internationalen Währungskämpfen.

Die Arbeit der Völker kann aber nicht richtig angewandt sein, wenn sie eingesetzt wird, nur um das Gold von einer Hand in die andere zu bringen."

(„Neue Weltwirtschaft" 27. 8. 1935)

Festes Verhältnis zwischen Arbeit und Brot

„Wenn wir nicht mehr kaufen als wir bezahlen können, so muß dies Verfahren doch jedem anständigen Kaufmann in der Welt lieber sein als jenes, bei dem wir von Jahr zu Jahr tiefer in Schulden verstrickt wurden.

Und wenn wir es abgelehnt haben, unsere Währung abzuwerten, als andere Völker unter ganz anderen Bedingungen eine Abwertung vorgenommen haben, so kann man uns durchaus doch nicht den Vorwurf machen, daß wir die Belebung des Welthandels damit sabotiert hätten.

Es ist selbstverständlich, und wir haben es seit Jahren immer wieder als notwendig bezeichnet, daß neue Vereinbarungen über feste internationale Verhältnisse der Währungen eines Tages getroffen werden.

Aber nicht wir sind es doch, die den festen Boden eines stabilen Goldpreises verlassen haben, und also haben diejenigen den Vortritt, die sich seinerzeit auf den schwankenden Boden einer manipulierten Währung begeben haben.

Es ist für uns auch nicht von lebenswichtiger Bedeutung, ob eine solche Vereinbarung früher oder später kommt. Sie ist erwünscht, sie wird eines Tages kommen, aber es ist für uns kein politisches Glaubensbekenntnis, daß sie zu der und der Zeit kommen müßte.

Es ist eine nüchterne Rechnung, die uns sagen wird, wieviel Arbeitsstunden wir für ein Kilo Gold zu zahlen uns bereitfinden lassen werden, das heißt also wie viel uns der Erwerb einer an sich recht vorteilhaft brauchbaren Goldreserve wert ist. Über diese Erwägung hinaus gehen unsere Interessen nicht, und wir sehen den kommenden Dingen entgegen ohne Leidenschaft, ohne Spannung und kühl bis ins Herz hinein.

Das feste Verhältnis zwischen Arbeit und Brot, das im festen Brotpreis und in den stabilen Löhnen zum Ausdruck kommt, ist im Zusammenhang mit dem „Neuen Plan" durchaus genügend zur Sicherung unserer Währung und ist allein schon Gold wert. Auch wenn neue Vereinbarungen über die Goldbewertung an der Zeit sind, wird sich an dem festen Verhältnis von Arbeit und Brot, das heißt also an der inneren Kaufkraft des Geldes nichts ändern.

Jeder Versuch, uns zum Verlassen dieses Standpunktes zu veranlassen oder gar zu zwingen, wird auf den entschlossenen Widerstand des Deutschen Volkes und seiner Regierung stoßen.

Digitized by Google

Es ist uns bitter genug, daß wir im Aufbau unserer Arbeit durch eine Zeit hindurch müssen, in der nicht jeder von seinem Lohne die gewohnten oder oft lange entbehrten Bedürfnisse befriedigen kann.

Wir werden niemals zulassen, daß die Ersparnisse, die auf diese Weise entstehen und die den Lohn ehrlicher Arbeit darstellen, durch Währungsschwankungen entwertet werden."

(„Sklavenarbeit oder Welthandel?" 2. 3. 1936)

Gold kann nützlich sein, aber nicht unentbehrlich

Man wird dem Kern der Sache gar nicht gerecht, wenn man Währungsfragen unter dem Gesichtspunkt der Förderung des Außenhandels betrachtet. Das Deutsche Volk hat jedenfalls durch Nichtabwertung viele Milliarden verdient. Das Vierjahres-Programm des Führers erledigt Gott sei Dank alle die ABC-Schützen der Währungstheorie, die unsere Entschlüsse unter die Bedingungen des Weltmarkts stellen wollten.

> Es ist für uns keine Weltanschauungsfrage, wie hoch wir ein Kilo Gold bezahlen. Es ist für uns aber wohl eine Weltanschauungsfrage, ob wir eine an sich recht brauchbare und im internationalen Handelsverkehr sehr nützliche Sache, das Gold, als die unentbehrliche Voraussetzung für unsere eigene Wirtschaft ansehen wollen oder nicht. Verhandeln wir über den Preis, den wir für Gold anzulegen bereit sind, so sind wir freie Kaufleute. Richten wir unsere Wirtschaftsentschlüsse auf die Unentbehrlichkeit des Goldes aus, das wir mangels eigener Produktion von anderen kaufen müssen, so machen wir uns abhängig und zu Wirtschaftssklaven der Goldproduzenten, die wohl als die zentralen Interessenten einer einheitlichen „Weltwirtschaft" angesehen werden können.

Natürlich wird eines Tages auch zwischen uns und ihnen über den Goldpreis zu verhandeln sein. Wir werden aber in der Lage sein so zu verhandeln, daß die etwaige Bewilligung eines höheren Goldpreises keine Rückwirkung auf die eigene Wirtschaft und Wirtschaftspolitik hat.

Deutschlands Arbeitswährung

Die deutsche Währung ist auf die deutsche Arbeit gegründet. Dies ist sie in so buchstäblichem Sinn, daß man sie als die neueste, modernste Form einer Währung, als Arbeitswährung, bezeichnen muß. Diejenigen, die glauben, die deutsche Währung durch eine theoretische Unabhängigkeitserklärung vom Golde abhängen zu müssen, haben dies trotz vieler Semester eifrigen Universitätsstudiums oder langjähriger Erfahrungen auf den Börsen und Märkten der ganzen Welt eben noch nicht begriffen.

Mit erfreulicher Entschiedenheit und Pünktlichkeit ist seitens der deutschen Reichsregierung bereits die Erklärung erfolgt, daß sie gar nicht daran denkt, sich zu einer Nachfolge in den Spuren Frankreichs gezwungen zu sehen. Sie wird etwaige kommende Verhandlungen unter eigenen Voraussetzungen führen und hat das Gesetz des Handelns dabei selbst in der Hand.

Digitized by Google

Welchen Dienst der Führer durch die Festigkeit der deutschen Währung und durch die Proklamation des Vierjahres-Programmes auch der Stabilisierung weltwirtschaftlicher Verhältnisse geleistet hat, kann heute öffentlich noch gar nicht dargelegt werden.

Aufwertung, nicht Abwertung unserer Arbeit!

Es wäre nicht schwer einige Bedingungen aufzuzählen, die wir als Gegenleistung zu erhalten haben, wenn wir den Goldproduzenten für das Kilo Gold mehr zu bezahlen gesonnen sein sollen als bisher. Jeder, der von den Dingen wirklich etwas versteht, kann sich diese Bedingungen selbst denken. Wer nichts von ihnen versteht, braucht sie nicht zu wissen, denn er hat ja auch nicht mitzureden.

Es genügt völlig zu wissen, daß die nationalsozialistische Regierung

erstens sich unter keinen Umständen unter Druck setzen lassen wird,
zweitens sehr wohl weiß, daß die Erhöhung des Goldpreises für die Interessenten viel wichtiger ist als für uns,
drittens für den Aufbau und Ausbau unserer Wirtschaft einschließlich des Außenhandels ganz andere Wege weiß als die ausgetretenen der Währungsexperimente und Abwertung und viertens in der Lage ist, jede Störung, jede Entwertung der deutschen Arbeit, der deutschen Vermögen und der deutschen Ersparnisse zu verhindern.

Wenn andere Völker sich nur helfen zu können glauben, indem sie zugunsten der goldenen Internationale Lasten auf sich nehmen, so weiß die nationalsozialistische Regierung Mittel und Wege, mit denen die deutsche Arbeit nicht abgewertet, sondern aufgewertet wird.

Bernhard Köhler:

Ersatzstoffe?

Kommt ein Großstädter in einen Urwald, sieht er überall Giftschlangen hängen. Kommt ein Urwaldbewohner in den Großstadtverkehr, jagt ihn die Angst, er könnte überfahren werden.

Neues und Unkenntnis verwirrt. So stemmen sich denn auch rückständige Menschen gegen jeden Fortschritt. Und nur so ließ sich die Ersatzstoff-Psychose im vergangenen Jahr erklären.

Das ist natürlich die große Frage aller Schwachköpfe und Armleuchter: Bilden wir uns denn ein mit Ersatzstoffen den Wettbewerb mit Naturstoffen aufnehmen zu können?

Als ob nicht schon oft genug in der Menschheitsgeschichte neue Stoffe an Stelle von alten getreten wären! Und zwar immer dann, wenn die bisher gebrauchten Stoffe nicht mehr in genügender Zahl zu beschaffen waren oder wenn die sogenannten Naturstoffe an Bearbeitbarkeit und Brauchbarkeit neuen Stoffen unterlegen waren!

Digitized by Google

Auch Wolle, Leinen und Baumwolle sind „Ersatzprodukte"!

Eines Tages war es eben nicht mehr möglich, sich mit Tierfellen zu bekleiden, weil so viel Tierfelle nicht zu beschaffen waren, wie nötig gewesen wären. Eines Tages mußte also gesponnene und gewebte Wolle oder anderer „Fell-Ersatz" eingeführt werden. Und wahrscheinlich haben sich damals die verkalkten Köpfe genau so gewundert wie heute, auf was für gotteslästerliche Ideen die neuerungssüchtigen Bekleidungskünstler kamen. Eines Tages war für das Abendland auch die Möglichkeit erschöpft, sich ausreichend in Wolle und Leinen zu kleiden. Die Baumwolle trat auf den Plan und hielt einige Zeit später im 19. Jahrhundert einen großen Siegeszug über die ganze Welt, insbesondere aber in Europa, wo das Wachstum der Bevölkerung eine Bekleidung ohne Hilfe der Baumwolle einfach unmöglich gemacht hätte. Und so sind wir eben wieder an einem solchen Wendepunkt angelangt: Die vorhandenen Naturfasern sind einfach nicht mehr imstande den tatsächlichen Bedarf zu decken. Das sehen manche Leute noch nicht, weil sie an dem unbestreitbaren Mangel verdienen. Wir aber sehen den Mangel und sind entschlossen ihn zu beseitigen.

Eines Tages trat ja auch der Ziegel an die Stelle des Bruchsteins. Eines Tages „ersetzte" der Betonblock den Steinblock. Eines Tages überspannten Brücken aus Eisenkonstruktion oder aus armiertem Beton Täler, Schluchten, Ströme und Meeresarme, die mit den früheren Mitteln niemals zu überwinden gewesen wären. Eines Tages verfertigte sich ein Mann eine Trinkschale aus Holz, weil ihm die vom lieben Gott persönlich zum Wasserschöpfen verliehene hohle Hand unpraktisch erschien. Und eines anderen Tages formte er sich eine Trinkschale aus Ton, weil er kein Holz hatte oder weil das Formen schneller ging als das Schnitzen. Warum soll denn nun auf einmal der Fortschritt von der Woll- oder Baumwollfaser zur synthetischen Faser so gewagt sein?

Nicht Rückschritt — sondern Fortschritt!

Wo steht es denn geschrieben, außer vielleicht in alten theologischen Scharteken, daß der liebe Gott dem Schaf die Wolle hat wachsen lassen, damit der Mensch sich darein kleide? Dann würde man ja mit eben derselben Sicherheit schließen können, daß der liebe Gott die Deutschen erschaffen hat, damit die Juden an ihnen Geld verdienen! Wer will, wenn man einmal so blöd zu denken angefangen hat, den Gegenbeweis führen?

Nun, und was für die Spinnstoffe gilt, das gilt natürlich ebenso für die Treibstoffe, für synthetischen Kautschuk und für die ganze Reihe anderer schon vorhandener oder noch zu verwertender Möglichkeiten. Daß Zelluloid, Galalith, Kunstharz schon das Elfenbein, Holz, Metall, Bernstein, Glas und viele andere Stoffe aus alten Anwendungsgebieten verdrängt haben, ist anscheinend auch noch nicht bekannt geworden. Daß das Indigo, ohne daß die Weltwirtschaft daran zugrunde gegangen wäre, nicht mehr aus Asien zu kommen braucht, sondern als künstliches Indigo in deutschen Retorten hergestellt wird, hat man wohl schon wieder vergessen. Daß Kunstseide vor dem Kriege ein etwas anrüchiger Begriff war, während sie heute eine Weltmacht darstellt, wissen die Kritiker und Zweifler offenbar auch nicht.

Digitized by Google

Daß Japan entschlossen ist zunächst 30 v. H. seines Spinnstoffbedarfs synthetisch zu erzeugen, daß England, das weltumspannende England!, große Anlagen zur Erzeugung synthetischen Treibstoffs errichtet, ist anscheinend bei den so gewaltigen Wirtschaftskennern auch noch unbekannt. Diejenigen, die uns so gern, insbesondere bezüglich der Devalvation oder bezüglich der Kulilöhne auf fremde Beispiele verweisen, sollten auch dann einmal an ihre geliebten Vorbilder denken, wenn es sich um Dinge handelt, die dem Deutschen Volk nützlich sind!

Bessere und billigere Arbeitserzeugnisse

„Wir haben nicht das geringste Interesse daran, die Aufnahme ausländischer Waren zu verweigern, die die Natur oder die Fertigkeit anderer günstiger herstellt, als sie bei uns hergestellt werden können. Wir sind durchaus gewillt, uns aller brauchbaren Leistungen anderer zu bedienen, solange sie uns ohne wirtschaftliche Übervorteilung und mit der Sicherheit ungestörten Bezugs geboten werden. Geschieht dies jedoch nicht, so sind wir zur Lebenserhaltung unseres Volkes entschlossen, uns auf jede Weise zu helfen und wir werden damit enden, daß die Produkte, die man uns verweigert, nicht durch geringere und teurere, sondern durch bessere und billigere ersetzt werden, die wir selbst herstellen... Wir waren uns völlig darüber klar, daß wir als gewichtiger Verbraucher dem Weltmarkt gegenüberzutreten imstande sind, wenn wir unsere Volksgenossen in Arbeit und Verdienst bringen. Je länger uns das aber erschwert wird, um so stärker muß unser Bestreben sein, uns durch Umstellung der technischen oder Lebensgewohnheiten durch eigene Erzeugung vor Mangel zu schützen."

Wirklich billiger? Kann denn der Mensch billiger arbeiten als die Natur? Muß nicht Baumwolle, die der tropische Boden und die tropische Sonne hervorbringen, muß nicht die Wolle, die den Schafen in Australien oder am Kap der guten Hoffnung von selber wächst, billiger sein als die Erzeugnisse unserer Maschinen und unserer Hände?

Warum billiger?

Wieso denn! Erstens wächst ja weder die Baumwolle noch die Schafwolle so in unsere Hand, daß keine Arbeit dazu zu leisten wäre. Der Einwand erinnert an die Behauptung, daß dem Bauern das Korn und das Vieh auch ohne Arbeit zuwachsen und er daher nichts dafür zu bekommen brauche.

Und zweitens: Hätte die Kunstseide den Wettbewerb mit der Naturseide, das Alpacasilber den Wettbewerb mit dem Silber, der Zementblock den Wettbewerb mit dem Steinblock, die Tonschale den Wettbewerb mit der Holzschale, das Kunstharz den Wettbewerb mit dem Bernstein, jemals aufnehmen können, wenn sie nicht billiger gewesen wäre? Die Erzeugung von Wolle und Baumwolle und die Verarbeitung bis zum Garn sind an so viele unabänderliche Voraussetzungen gebunden, daß ihre Verbilligung notwendig an bestimmte Grenzen stoßen muß.

Die Erzeugung der synthetischen Faser ist in viel, viel höherem Grade der fortschreitenden technischen Verbesserung und Vereinfachung, insbesondere einem nahezu unbegrenzten Konzentrationsvorgang zugänglich, der die Gren-

Digitized by Google

zen ihrer Verbilligung kaum absehen läßt. Diesen Wettbewerb kann sich die Kunstspinnfaser sehr wohl zutrauen, ebenso wie den der Überlegenheit ihrer technischen und Gebrauchseigenschaften.

Und wenn es einmal scheinen sollte, als ob wir für einen selbsterzeugten Stoff mehr bezahlen als derjenige Stoff auf dem Weltmarkt kostet, für den er eintreten soll, so wollen wir immer daran denken, daß er niemals so teuer werden kann, wie er werden muß, wenn wir uns dem Wucher unterwerfen oder aus mangelnder Vorsorge einen Krieg verlieren.

(„Sklavenarbeit oder Welthandel"
Leipziger Frühjahrsmesse 1936)

Auslese - Erziehung - Kampfrichtung

Reaktion hinter Paragraphengittern

Ein Grundsatz unseres Wettbewerbsrechtes bestimmt, daß derjenige gegen die guten Sitten handelt, der auf Unterlassung und Schadenersatz in Anspruch genommen werden kann. In diesem Zusammenhang stellen wir folgende Tatsache fest:

> Eine Firma, die bei ihrer Werbung darauf hinweist, daß ein mit ihr im Wettbewerb befindliches Unternehmen sich in Händen von Ausländern und Juden befindet, soll nach Anschauungen von Rechtsgelehrten und teilweise auch nach der Rechtsprechung gegen die guten Sitten verstoßen.

Eine derartige „unpolitische" Auffassung dürfte nicht mit dem Volksempfinden übereinstimmen.

Wenn ein deutscher Unternehmer gelegentlich auf die der Wahrheit entsprechende Tatsache hinweist, daß sein Mitbewerber am deutschen Markt Ausländer ist, so kann er unserer Auffassung nach mindestens nicht „sittenwidrig" handeln.

Es dürfte bekannt sein, daß im Ausland gegen die deutschen Waren ein zum Teil politisch begründeter Propagandafeldzug eingesetzt hat, daß eine Reihe von Ländern eine wirkungsvolle Werbung für den Ersatz ausländischer Waren durch eigene geführt haben, die in ihrer Wirkung den gelegentlichen (!) Hinweis auf die Ausländereigenschaften eines Mitbewerbers um ein Vielfaches übertrifft.

Wenn ein deutscher Unternehmer, der uns im Hinblick auf den Arbeitseinsatz wesentlich wichtiger ist als die ausländische Konkurrenz, einmal einen derartigen Hinweis machte, so handelt er sogar zum Nutzen unserer Volkswirtschaft und keineswegs „sittenwidrig".

Derartige Hinweise dürfen selbstverständlich nicht dazu dienen, für minderwertige eigene Erzeugnisse in Deutschland Absatz zu sichern. Auch darf sich keinesfalls die Werbung eines Unternehmers auf solche Motive aufbauen.

Unter diesen Voraussetzungen kann ein Hinweis auf die Tatsache, daß sich ein Unternehmen in jüdischen Händen befindet, nicht dazu dienen, einen Verstoß gegen die guten Sitten zu begründen.

Der jüdische Einfluß im Wirtschaftsleben, der sich für Deutschland als unheilvoll erwiesen hat, muß bekämpft werden. Dieser Kampf wird dadurch erschwert, daß der Jude in dieser seiner Eigenschaft oft nicht erkennbar hervortritt.

Der Hinweis darauf, daß ein Betriebsinhaber Jude ist, bedeutet nichts weiter als eine Klarstellung dieses Verhältnisses, dient also dem allgemeinen Interesse selbst dann, wenn er gleich-

Digitized by Google

zeitig im eigenen Interesse des Wettbewerbes liegt.

Eine Entscheidung, die derartige Bestrebungen, die in der Regel dem Schutze unserer nationalen Wirtschaft dienen, grundsätzlich als sittenwidrig bezeichnet, dürfte im nationalsozialistischen Deutschland nicht verstanden werden. Kn.

Ist der Papst auch als Wirtschaftspolitiker unfehlbar?

Der Nationalsozialismus hat dem Bolschewismus rücksichtslosen Kampf angesagt. Um so befremdender erscheint die Stellungnahme des Papstes Pius XI. anläßlich eines Empfanges von vertriebenen spanischen Volksgenossen. Er behauptete u. a., daß das einzige Bollwerk gegen den Bolschewismus allein die katholische Kirche darstelle und lehnte in diesem Zusammenhang jede „Unterscheidung zwischen katholischer Religion und politischer Religion" ab.

Eine Weltanschauung erfaßt bekanntlich auch die gesamte Wirtschaftspolitik. Wenn Deutschland dem Bolschewismus den rücksichtslosen Kampf ansagt, dann wird und will es den Bolschewismus auf allen Gebieten vernichten. Bei diesem Kampf gibt es keine Kompromisse und keine Ähnlichkeiten in der Weltanschauung.

In Spanien hat die katholische Weltanschauung Einfluß ausgeübt auf alle Funktionsgebiete des Lebens, vom Schulwesen angefangen bis zur Wirtschaftspolitik. Und doch waren Mißstände da. Und doch konnte sich der Bolschewismus in diesem Bollwerk der Kirche einnisten und breit machen.

Wenn das politische Christentum Bollwerk gewesen wäre, dann hätte der Führer der katholischen Partei, Gil Robles, nicht schon in den ersten Tagen in das Ausland fliehen dürfen.

Aus der katholischen Weltanschauung heraus entstand das Rerum Novarum Leo's XIII. und darauf fußend die Enzyklika des Papstes Pius XI. In dieser Enzyklika ist ausdrücklich betont worden, daß die Kirche die Dinge reiflich erwogen habe, daß die ersten Berater herangezogen worden seien, daß man die Äußerungen Leo's XIII. mit Begeisterung aufgenommen habe. Und wir fragen entsprechend: wo bleiben die Auswirkungen?

Wenn in der Enzyklika betont wird, daß die Masse der Enterbten des Schutzes bedürfe, die besitzende Klasse stark genug sei, sich selbst zu schützen, daß unter Umständen Katholiken die Zugehörigkeit zu gemischten Gewerkschaften gestattet sei, daß den besitzenden Klassen die strenge Pflicht der Mildtätigkeit immer wieder einzuschärfen sei, daß die Arbeit ohne das Kapital so wenig bestehen könne, wie das Kapital ohne Arbeit, daß bei Nichteinigung von sich streitenden Teilen die Behörde zu schlichten habe und dies eine brauchbare Regelung sei usw., dann sehen wir hierin einen Wust von Anschauungen, die wohl dem Klerus im Prinzip passen können, niemals aber den Nationalsozialisten.

Billige ich dem Staate das Schlichtungsrecht zu, dann betrachte ich ihn als Polizisten und anerkenne damit einen Kampf zwischen Arbeitnehmern hier und Arbeitgebern dort.

Der deutsche Arbeiter bedarf nicht des „Schutzes", um nicht ausgebeutet zu werden. Was er will, ist nicht Schutz der Arbeit, sondern das Recht auf Arbeit! „Anerkennung eines Schutzbedürfnisses des deutschen Arbeiters ist gleichbedeutend mit dem Eingeständnis, daß wir wahren Sozialismus nicht haben und auch nie durchführen können" (Bernhard Köhler).

Wenn Arbeit ohne Kapital unmöglich ist, dann widerspricht diese Anschauung sogar der Bibel. An keiner Stelle der Schrift werden wir nämlich einen Anhalt dafür finden, daß man dem ersten Menschenpaar erst eine Hypothekenbank hingebaut hat, damit es arbeiten könne.

Wir möchten daher sehr bezweifeln, ob dieses „einzige Bollwerk" der katholischen Kirche dem Ansturm des Bolschewismus im Ernstfalle wird standhalten können, insbesondere wenn wir feststellen müssen, daß auch die wirtschaftspolitischen Anschauungen des Vatikans nicht ganz frei sind von palästinensischen bzw. marxverwandten Einflüssen. Rog.

Digitized by Google

Verkürzung der Schulausbildungszeit beschlossen

Schneller als man sich gedacht hat, ist nun der erste Schritt zur Verkürzung der Schulausbildungszeit getan worden.

Reichsminister Rust verkündete in den letzten Septembertagen, daß die Ausbildungszeit an den Schulen ab nächste Ostern herabgesetzt werde.

Wir hatten bereits einen Monat früher auf die Notwendigkeit dieser Verkürzung der Ausbildungszeit hingewiesen; ohne die Verkürzung der Ausbildungszeit hätte sich nämlich die zweijährige Wehrdienstpflicht bevölkerungspolitisch ungünstig ausgewirkt, denn die praktische Heiratsmöglichkeit der jungen Leute wäre wiederum um ein weiteres Jahr hinausgeschoben worden. (Vgl. den zugehörigen Beitrag in Heft 7 der „Mitteilungen"!)

Konzentration des Unterrichtes, Umgestaltung des Lehrprogramms und weitere Verkürzung der Schulzeit werden so gemeinsam durchgeführt werden, bis ein Stand unseres Unterrichtes erreicht ist, der sich nach den modernen Lebensverhältnissen unseres Volkes ausgerichtet hat.

Gleichzeitig soll aber auch der Weg zur allgemeinen Berufsschulpflicht beschritten werden, so daß jeder Gelegenheit haben wird, sich eine Fachausbildung anzueignen. Damit werden auch die Grundlagen für das Recht auf Ausbildung gegeben sein. Sch.

Jüdische Privatsekretärin gesucht!

Was würden Sie dazu sagen, wenn Sie ein Geschäft beträten, das im Schaufenster durch ein entsprechendes Schild ausdrücklich als „deutsches Unternehmen" gekennzeichnet ist, und sich dann Ihnen mit liebenswürdiger Verbeugung ein schwarzgelockter Jüngling des rassisch „auserwählten" Volkes näherte, der sich mit dem liebenswürdigsten Lächeln nach Ihrem Wunsch und Begehr zu erkundigen beliebte.

Sie würden ihn bestimmt fassungslos anschauen, weil es unmöglich ist, innerhalb weniger Sekunden eine Verbindung zwischen der Plakataufschrift „deutsches Geschäft" und der jüdischen Person des Verkäufers herzustellen. Die Sache dürfte damit enden, daß der überzeugte Nationalsozialist auf dem Absatz eine stramme Kehrtwendung macht und dann seiner Pflicht Genüge tut, indem er den befremdenden Tatbestand dem nächsten Politischen Leiter meldet.

Nun entdeckten wir in der Inseratenplantage eines südwestdeutschen Blattes eine Anzeige, in der es u. a. heißt: „Privatsekretärin, Jüdin... gegen gutes Gehalt von dem jüdischen Mitinhaber eines deutschen Textilunternehmens gesucht", wobei die Worte „jüdischer Mitinhaber eines deutschen Textilunternehmens" durch Fettdruck hervorgehoben wurden.

Wir haben nichts dagegen, daß ein jüdischer Mitinhaber eine jüdische Sekretärin sucht, wahrscheinlich, um nicht Gefahr zu laufen, mit Ausführungsbestimmungen zu den Nürnberger Gesetzen Bekanntschaft machen zu müssen.

Merkwürdig mutet uns lediglich der Satz an: „Mitinhaber eines deutschen Textilunternehmens".

Wir sind nämlich nicht der Meinung, daß man deutsche Geschäfte nach Hundertsätzen feststellt. Wir kennen die Rechnung zur Genüge: 99 v. H. — arisch, 1 v. H. (Besitzer und Direktor) — nichtarisch, also der Gesamtbetrieb rund 100 v. H. arisch und deutsch!

Wir wollen auch möglichst wenig von arischen und nichtarischen, deutschen und nichtdeutschen Firmen und Unternehmungen reden. Arisch oder nichtarisch, deutsch oder nichtdeutsch können nur Personen sein! Rog.

Die knallroten Herzchen des Sally Cohn.

Sally Cohn ist gewiß kein schöner Name für das deutsche Ohr. Aber er hält, was er verspricht: fabriziert Schund, malt auf Leib und Hinterteil von Kleidern knallrote Herzchen und bringt sonst noch an allen unpassenden Stellen aufgeputzten Kitsch an. Das ist zwar verteufelt geschmacklos — aber es ist „mehr dran". Und das laffige Modewesen kreiert „Neuheiten". Dem Publikum wird damit das Geld aus der Tasche gestohlen. „Schund" ist nach Bernhard Köhler „eine der abscheulichsten Verlustquellen der Volkswirt-

Digitized by Google

schaft". Der Jude ist sein Erfinder und Verdiener.

Herr Kaufmann Taugenichts in der Provinz ist dumm und untüchtig genug, sich solche Ware vom Juden aufschwätzen zu lassen. Und so billig! Ohne daß man selbst etwas dazu tun muß!

Nun hat Herr Taugenichts aber schon mal was von der Judenfrage gehört. Das würde seine Geschäftigkeit nicht weiter stören. Aber seine Kundschaft läuft ihm davon, weil sie Sally Cohn nicht tragen will. Der Postbote, der Cohn's Pakete austragen muß, macht ein böses Gesicht. Herr Taugenichts merkt etwas. Der Jude hört davon. Schon vereinbaren sie folgendes:

Cohn hat einen Buchhalter; der hört auf den Namen „Müller". Für die Nichthebräer ein wohlklingenderer Laut wie Cohn. Also ist von nun ab „Müller" Cohn's Absender auf Paket-Adressen und Fakturen.

Obwohl das Publikum den Kauf beim Juden ablehnt, obwohl das Publikum die Judenfrage in der Wirtschaft durch saubere und gerade Haltung, aus Charakter und Instinkt, für sich gelöst hat: Herr Taugenichts verkauft Judenkram und kann ungestraft sein Publikum beschwindeln.

Wir brauchen keine Taugenichtse! Wir brauchen rassisch wertvolle Kräfte. Diese müssen im Vordergrund stehen. Das will der Instinkt und der nationalsozialistische Geist des Deutschen Volkes. Jg.

Rede - Funk - Presse - Film - Schrifttum

Propaganda für eine Idee - Propaganda für ein Ziel

Die politische Führung wird der Wirtschaft immer wieder neue Aufgaben stellen. Jede neue Aufgabe aber bedarf der ständigen Mithilfe des ganzen Volkes, die allein durch eine unermüdliche Propaganda, welche Klarheit, Erkenntnis und den Willen zur Lösung der Aufgaben vermittelt, gesichert wird; denn „es kommt eben nicht nur darauf an, daß man das Richtige tut, sondern auch darauf, daß das Volk versteht, daß das Richtige richtig ist", wie Dr. Goebbels sagt.

Die wirtschaftspolitische Truppe der Partei trägt die Verantwortung für die wirtschaftspolitische Meinungs- und Willensbildung des gesamten Volkes, denn „die wirtschaftspolitische Willensbildung geht den letzten Lohnempfänger genau so an wie den Generaldirektor eines großen Werkes", erklärte Bernhard Köhler und legte damit die umfassende Aufgabe dar, welche die Partei hat.

Es gehört zum Wesen einer erfolgreichen Propaganda, daß sie mit Zähigkeit und Verbissenheit die politische Erkenntnis dem Volke in mannigfachen Variationen einhämmert.

So hat der wirtschaftspolitische Propagandist immer wieder auf den Vorrang der Politik hinzuweisen, denn wenn der Wahn einer das Leben alleingestaltenden Wirtschaft gebrochen ist, kann der Kampf gegen den Glauben an das Kapital erfolgreich durchgeführt werden und kann die Arbeit aus den Klauen des Kapitalismus befreit und damit die Voraussetzung zur Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit geschaffen werden.

Der Nationalsozialismus hatte zwar nach der Übernahme der Staatsgewalt wenig Zeit, eine propagandistische Welle nach der anderen vorzuschicken. Es mußte sofort gehandelt werden. Zuverlässige Fachleute wurden insbesondere in den Staatsstellen notwendig. So war es erklärlich, daß die Zahl der Propagandisten, die nunmehr der Partei zur Verfügung standen, sich plötzlich stark verminderte.

Die Erfolge unserer Maßnahmen haben aber bereits inzwischen die Richtigkeit der Forderungen unserer Propaganda bestätigt. Es konnte dabei nicht oft genug darauf hingewiesen werden, daß die gesamte Aufbauarbeit allein der Tatkraft der nationalsozialistischen Bewegung zu verdanken ist; denn wir erleben das ständige Bemühen aller jener Kreise, die so gern von einer „Konjunktur" sprechen, diese Tatsache zu entkräften.

Digitized by Google

Je mehr sich der einzelne Volksgenosse über die Erfüllung aller Forderungen, die unsere Propaganda herausstellte, bewußt wird, um so größer ist das Vertrauen, das in die Bewegung gesetzt wird, um so größer der unbedingte Wille zur Mitarbeit bei der Lösung der kommenden Aufgaben. Daher konnte sich auch beispielsweise in erstaunlich kurzer Zeit die Erkenntnis von der Notwendigkeit der „Rationalisierung unserer Volkswirtschaft" durchsetzen, die doch einst mit der Vorstellung arbeitslos gewordener Volksgenossen verknüpft war.

Die wirtschaftspolitische Propaganda darf aber niemals vergessen, immer wieder zu erklären, daß dies alles nur Aufgaben sind, die der Verwirklichung einer Idee: des Rechtes auf Arbeit dienen.

Wenn es unserer Tatkraft bereits gelungen ist, die Arbeitslosigkeit bis auf wenige Reste zu beheben und damit der Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit in unserem Volke entscheidend nahezukommen, so ist es jetzt unsere Aufgabe, uns dieses Recht auch als Volk in der Welt zu erkämpfen.

Alle Maßnahmen der wirtschaftspolitischen Führung dienen diesem einen Ziel. Sei es, daß wir den Arbeiter seine Arbeitsstätte durch eine schlagkräftige Armee schützen, daß wir die Ernährungsbasis soweit als möglich vergrößern, daß wir durch die Rationalisierung der Volkswirtschaft jeden unnötigen Verlust vermeiden, wobei der Kampf dem Verderb wiederum nur ein Teilausschnitt innerhalb dieses Rahmens darstellt, oder daß wir durch die vom Führer eröffnete zweite Arbeitsschlacht, die Unabhängigkeit unserer Arbeit gegenüber dem Ausland durchsetzen. Unt.

Kampf dem Verderb

Der Reichsnährstand hat für den Kampf gegen den Verderb zehn Gebote erlassen, die eine ganz besonders glückliche propagandistische Zusammenfassung der Mittel sind, mit denen der einzelne eine volkswirtschaftliche Pflicht erfüllen kann. Insbesondere ist der notwendige Appell an die Hausfrau in einer hervorragend zweckmäßigen und einprägsamen Weise auf wenig Worte zusammengedrängt.

Die zehn Gebote für den Kampf gegen den Verderb sollen nicht nur gerade jetzt, sondern dauernd wiederholt werden. Die Ausschaltung jedes vermeidbaren Verlustes an Nährgut gehört zu den ersten Forderungen, die wir zum Zwecke einer wirklichen Rationalisierung der Volkswirtschaft erhoben haben. Bereits 1931 nahm sie den ihr gebührenden Platz auch in den öffentlichen Darlegungen zur Wirtschaftspolitik ein.

Die Aufgaben, die durch den Kampf gegen den Verderb gestellt sind, können gar nicht ernst genug genommen werden.

Dr.

Eine neue Schrift Bernhard Köhlers

Die Rede des Leiters der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.

Bernhard Köhler

auf dem Reichsparteitag der Ehre zu Nürnberg 1936 über „Wirtschaftsregierung und Wirtschaftsführung" erscheint demnächst in erweiterter Form als Broschüre unter dem Titel:

Die zweite Arbeitsschlacht

Bestellungen auf die Schrift werden vom Zentralverlag der NSDAP., München 2 NO, Thierschstraße 11, bereits jetzt entgegengenommen.

Preis voraussichtlich 50 Pfennig.

Digitized by Google

Ein Handbuch der Weltpresse

Wie stellt sich die Auslandspresse ein? Das fragen wir oft. Andererseits fehlt uns häufig die Kenntnis über die Organisation, die Herausgeber, die Schriftleiter, die Geldgeber oder über den Verbreitungskreis von Auslandszeitungen.

Hierüber erfahren wir vieles im „Handbuch der Weltpresse", so z. B. auch über die Vertrustung des englischen Zeitungswesens (Rothermere, Berry, Beaverbrook). Dieses Nachschlagewerk wird demnächst in dritter Auflage vom Deutschen Institut für Zeitungskunde herausgegeben. Si.

Ricardoschüler als Wirtschaftsschriftleiter?

Bei der Arbeit, die Forderungen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik Schriftleitern ehemals bürgerlicher Blätter klarzumachen, kommt der temperamentvollste Propagandist einmal auf einen toten Punkt.

Gewiß, man mag zumeist mit höflichen Leuten zu tun haben, die zugänglich sind. Die melden sich manchmal von ganz allein, und man kann mit ihnen durchaus über die Notwendigkeit einer schärferen politischen Ausrichtung ihrer Schriftleitung sprechen. Beharrlichkeit bringt Erfolg.

Aber es gibt auch Wirtschaftsschriftleiter mit Doktorwürde, die einem auseinanderzusetzen versuchen, daß ihr Blatt infolge seiner Leserzusammensetzung in erster Linie Börsennachrichten bringen müsse, die Kurse zu deuten und die weltwirtschaftliche Phänomene zu erklären habe; ihre ganze schriftleiterische Arbeit wäre politisch „neutral", sie wäre „nationalökonomisch richtig", mit wirtschaftspolitischer Propaganda hätte sie nicht viel zu tun.

Freilich, wer mit allen Wassern jüdischer Nationalökonomen in Seminaren und Übungen gewaschen wurde, dessen theoretische Anschauungen aus internationalen Konjunkturinstituten stammen und dessen Arbeitsauffassung in Börsenhallen entstanden ist, wird schwer die Anforderungen der wirtschaftspolitischen Propaganda begreifen.

Aber die zweite Arbeitsschlacht ist im Gange, öffentliche Arbeitsvorhaben werden den letzten Arbeitslosen beschäftigen, neues Vermögen wird gebildet, das dem Volke Arbeitsraum, Wachstum und Kultur gewährleistet und eines Tages werden wir ganz nebenbei feststellen können, daß der letzte gelehrige Nationalökonom von der Schule des David Ricardo, vor Gram nicht mehr beachtet zu werden, verstorben ist. Ski.

Die Arbeitsfront-Presse

In der Arbeitsfront-Presse müssen wir infolge ihrer Verbreitung unter den schaffenden Volksgenossen ein wichtiges politisches Führungsmittel sehen.

Gerhard Starcke schildert in der Schrift „Die Presse der Deutschen Arbeitsfront" (Universitätsverlag von Robert Noske, Leipzig) die Entstehung, Entwicklung und Neugestaltung der Arbeitsfront-Presse und würdigt vor allem ihre politische Bedeutung.

Die Auflage der Arbeitsfront-Presse beträgt neun Millionen; die Auflageziffer ist in den vergangenen Monaten gestiegen, obwohl seit der Neuordnung dieser Presse 1935 bewußt der Weg der Pflichtbelieferung verlassen wurde. Es ist somit jedem Mitglied der DAF. freigestellt, eines oder mehrere der achtzig fachlichen Schulungsblätter zu bestellen. Hierbei wurden merkwürdige Feststellungen gemacht, aus denen sich auch Schlüsse auf die Berufsneigung folgern ließen. So liefen für manche Blätter mehr Bestellungen ein, als es überhaupt Berufsangehörige gibt. Man könnte daraus entnehmen, daß noch eine große Anzahl Volksgenossen Berufen nachgeht, die ihren Neigungen nicht entsprechen.

Einige Blätter, wie das „Arbeitertum" (Hauptschriftleiter: Biallas) oder „Der Aufbau" haben mehr allgemeinen Charakter. Der Hauptschriftleiter der letztgenannten Zeitschrift — Edgar Bissinger — ist unseren Lesern bereits bekannt.

Neben dieser „offiziellen" Presse mißt die Arbeitsfront noch eine besondere Bedeutung den Werkzeitungen zu, die bis jetzt eine Auflage von 1,2 Millionen

Digitized by Google

verzeichnen und vor allem der Vertiefung des Gedankens der Betriebsgemeinschaft dienen. Diese Zeitungen sollen im Einvernehmen zwischen Betriebsführung und Gefolgschaft gegründet und vom Unternehmer finanziert werden. Man erwartet, daß sich ihr Inhalt fast ausschließlich auf den Betrieb selbst bezieht und daß gerade die Beiträge besonderen Anklang finden, die verstehen, die großen Probleme unter den Blickwinkel des Werkes zu behandeln. Unt.

Aufgabenstellung für die Wirtschafter

Schafft Winterarbeit!

Umschulung, örtlicher Ausgleich der Spannung zwischen Nachfrage nach Arbeitskräften und Angebot von solchen sowie der jahreszeitliche Arbeitsausgleich bleiben auch künftig Daueraufgaben des Arbeitseinsatzes.

Die Überwindung des jahreszeitlichen Arbeitsrhythmus zumal ist nicht nur eine Frage von sozialer und wirtschaftlicher, sondern vor allem auch grundsätzlicher Bedeutung. Denn so wenig grundsätzlich zugegeben werden kann, daß ein einziger Volksgenosse keine Arbeit findet, so wenig kann eine Auffassung zu Recht bestehen, daß infolge unabänderlicher jahreszeitlicher Verhältnisse ein Teil der Arbeitskräfte nur während einer bestimmten Zeit des Jahres arbeiten dürfe. Auf die Dauer gesehen bleibt daher der jahreszeitliche Ausgleich eine auch grundsätzlich zu lösende Aufgabe.

Praktisch hat die Häufung der Arbeitsaufgaben ganz von selbst eine zweckmäßigere Verteilung unter Benutzung der stilleren Jahreszeit eingeleitet.

Aus vielfachen Beobachtungen, die im Laufe dieses Jahres zu machen waren, geht vor allem hervor, daß bei den Behörden jeder Art ein besonders reiches Feld für eine bessere Auftragsverteilung vorliegt. Das liegt einmal an bürokratischen Verhältnissen schlechthin, zum anderen an Hemmungen, die aus haushaltsrechtlichen und haushaltstechnischen Umständen entstehen. So hatte z. B. die Ungewißheit bezüglich der Schlußüberweisungen an die Gemeinden Verzögerungen in der Auftragserteilung zur Folge. Ähnliche finanzpolitische Rücksichten mögen mitgesprochen haben, daß beispielsweise aus der Industrie der Steine und Erden im ersten Jahresviertel eine Auftragsverzögerung bei der Reichsbahn beklagt wurde. Die Neuordnung des Finanzausgleichs, wie die erhebliche Besserung der Reichsbahnfinanzen sollte erwarten lassen, daß solche Gründe für eine Auftragsverzögerung nicht mehr bestehen, so daß gerade von diesen beiden öffentlichen Bereichen her eine planmäßigere Verlegung von Aufträgen in die stille Jahreszeit erwartet werden könnte. Eine ständige Kontrolle in dieser Hinsicht dürfte sich allerdings nicht erübrigen.

Für die Wirtschaft allgemein müssen alle Bestrebungen unterstützt werden, die Wiederaufnahme der Frühjahrsarbeit so weit wie möglich vorzuverlegen, weil gerade davon eine sehr starke Wirkung in die Breite und Tiefe ausgeht. Die Beschränkung der stillen Zeit auf die Monate Januar und Februar sollte ein mögliches Nahziel sein. Der nächste frühe Ostertermin (28. März) dürfte dem diesmaligen Spätwinter zugute kommen. Auf dem Gebiete des Wohnungsbaus besteht u. a. eine Hemmung dadurch, daß sich notwendige Behördenentscheidungen, auch bezüglich der Emissionen bzw. Kredite von Realkreditinstituten, im Frühjahr so verzögern, daß damit überhaupt Bauvorhaben aufgegeben werden. Nl.

„Konjunktur" in „Konjunkturen"?

Als Bernhard Köhler das Recht auf Arbeit proklamierte und dabei immer wieder erklärte, daß Deutschland in Zukunft keine Arbeitskraft brach liegen lassen werde, erhoben sich im In- wie Ausland zahlreiche Stimmen, die stets glaubten betonen zu müssen, daß Deutschland schließlich doch bald die nötigen Aufträge für die Wirtschaft fehlen würden, daß

Digitized by Google

die „Konjunktur“ ihren Höhepunkt schnell erreicht haben würde.

Nach Inangriffnahme des großen Straßenbau-Programms wurde mit der Aufrüstung begonnen. Die Konjunkturbedingt-Gelehrten sahen darin eine Verlegenheitsmaßnahme und warteten nur auf das Ende der Rüstungskonjunktur. Einstweilen verkündete bereits die Deutsche Arbeitsfront das gewaltige Siedlungswerk, das für Jahrzehnte gedacht ist. Da kam unerwartet, durch die politischen Verhältnisse gezwungen, die Verkündung der zweijährigen Wehrdienstpflicht. Natürlich war das wieder eine Maßnahme zur künstlichen Erhaltung der Konjunktur“.

Wie sollte denn die Wirtschaft ohne weitere Staatsaufträge bestehen können?! So und ähnlich flüsterte man beim konjunkturbedingten Kaffeeklatsch. Der Reichsparteitag versetzte diesen einen weiteren Schlag, obwohl man bereits auf ein neues Ereignis gefaßt war und glaubte, gewisse Anhaltspunkte für eine Deutung gefunden zu haben, so war die gewaltige Aufgabenstellung des Führers in seiner Proklamation, die den Aufbau einer neuen Rohstoff-Industrie forderte und bereits das zeitliche Ziel streckte, doch zu unerwartet und zu umfassend, so daß sie nun wohl einsehen müssen, daß wir uns trotz Boykott und Devisenschwierigkeit in unserer Arbeit durchaus nicht stören lassen.

Aufgaben haben wir zur Genüge. Es gilt ja nicht nur mit Anstrengung aller Kräfte den Vermögensverlust wieder auszugleichen, den wir durch den Kapitalismus vor dem Weltkrieg, durch den Weltkrieg, durch die Inflation, durch die Reparationen und die Arbeitslosigkeit erlitten haben. Es gilt darüber hinaus auch an die Steigerung unserer Lebenshaltung und die Schaffung neuer Kulturwerte zu denken.

Vor uns stehen Aufgaben in so überreichem Maße, daß sich konjunkturbedingte Propheten nicht die Köpfe darüber zu zerbrechen brauchen, welche neuen Maßnahmen nunmehr von der politischen Führung ergriffen werden sollen, um den ständigen Auftrieb erhalten zu können. Es handelt sich heute nicht darum, welche Aufgaben neu gestellt werden konnten, sondern welche Aufgaben sind am vordringlichsten zu lösen und hier trifft die politische Führung selbst die Entscheidung.

Bei der Lösung der kommenden Aufgaben wird sich wiederum die deutsche Arbeitsgemeinschaft beweisen, die in jedem Volksgenossen nur den Arbeitsbeauftragten des Volkes sieht. Die zweite Arbeitsschlacht wird so recht zeigen, daß der Arbeiter der Stirn und der Faust unlöslich miteinander verbunden sind. Was unser schöpferischer Geist erfindet, werden Millionen deutscher Arbeiter zum Wohl der Gesamtheit verwerten.

An großen Aufgaben erzieht sich ein Volk, findet sich zusammen zu einem stahlharten Block, der Wunder zu leisten vermag, das haben die vergangenen vier Jahre bewiesen. In weiteren vier Jahren wird der Führer der aufhorchenden Welt das Ergebnis unserer Gemeinschaftsarbeit zeigen — und zu neuen Aufgaben schreiten.

Unt.

Der Führer zur Lohnfrage

Der Führer erklärte in der Proklamation am Reichsparteitag wiederum, daß es das Ziel der deutschen Wirtschaftspolitik sei, „den Lebensstandard des breiten Volkes zu verbessern“. Er wies aber gleichzeitig darauf hin, daß nicht der Lohn oder die Lohnerhöhung das Entscheidende sind, sondern die Produktion und damit jener Anteil, „der auf den Lohnkontrahenten am Wirtschaftsprozeß trifft“.

„Es wäre dem Staat und der Wirtschaftsführung ohne weiteres möglich gewesen, die Löhne um 20, um 40 oder um 50% zu erhöhen.

Allein die Lohnerhöhung ohne eine Produktionssteigerung ist ein Selbstbetrug, den das Deutsche Volk schon einmal durchgemacht hat.

Es ist nach nationalsozialistischer Wirtschaftsauffassung ein Wahnsinn, die Löhne zu erhöhen und dabei, wenn möglich, die Arbeitszeit zu verkürzen, das heißt, die Produktion zu beschränken. Denn das Gesamtlohneinkommen des Volkes verteilt sich auf die Gesamtproduktion, die konsumiert werden kann.

Wir sehen den letzten Beweggrund inflationistischer Entwicklung in einem sich steigernden Mißverhältnis zwischen dem Gesamtlohneinkommen eines Volkes, das

Digitized by Google

anwächst, und der Gesamtproduktion eines Volkes, die sinkt."

Damit wendet sich der Führer in deutlichster Form gegen Experimente, wie sie z. B. unser westlicher Nachbar so „erfolgreich" durchführt.

Die Stellungnahme des Führers zur Lohnfrage ist, seitdem er den Kampf um die Freiheit des Volkes führt, unverändert geblieben. Er weist immer wieder darauf hin, daß ohne Schaffung der unbedingt notwendigen Voraussetzungen, d. h. einer Zurückgewinnung der vollen Freiheit und einer Steigerung der Produktion, Lohnerhöhung nahezu Wahnsinn bedeutet.

So wendet sich der Führer im Neujahraufruf 1928 wiederum gegen die utopischen Versprechungen von Lohnerhöhungen:

„Allein, so wie vor fünf Jahren, sind wir heute auch gezwungen, schärfstens Stellung zu nehmen gegen jene Betrüger der öffentlichen Meinung, die einem versklavten Volk versprechen, durch höhere Löhne auch ein höheres Auskommen zu verschaffen. Während in Wahrheit nur dieselbe Jagd beginnen wird, die im Jahre 1923 endlich bei Millionen-, ja Milliardenlöhnen ihren Abschluß fand, ohne daß die Menschen dafür mehr als nur ein Stück Brot hätten erhalten können.

Diesen Betrugsversuchen müssen wir, wenn auch augenblicklich tausendmal von Unpopularität verfolgt, unerschütterlich die Wahrheit gegenüberstellen, daß das Leben eines in Sklavendienste gepreßten Volkes nicht gebessert wird durch höhere papierene Löhne, sondern durch die Wiedergewinnung einer Freiheit, die gestattet, den Schweiß eines Volkes der eignen Arbeit zugute kommen zu lassen, und die endlich einem Volke das an Grundwerten und -schätzen von dieser Erde gibt, was es auf Grund seiner Zahl und seiner kulturellen Bedeutung im höchsten Sinne des Wortes verdient und demgemäß auch verficht."

Der Führer verkennt dabei durchaus nicht die berechtigten Lohnansprüche und tritt auch für berechtigte Lohnforderungen ein, sobald ihre Verwirklichung möglich ist. Er wendet sich aber scharf gegen Scheinerfolge.

Millionen von Arbeitern würden „es begrüßen, wenn wir ihnen sagen wollten, wir erhöhen jetzt die Löhne. Und es würden Millionen Bauern vielleicht jubeln, wenn wir ihnen mitteilen würden, wir erhöhen die landwirtschaftlichen Preise. Aber schon nach wenigen Monaten würden uns beide gemeinsam verdammen, denn beide würden erkennen, daß das nur die endlose Schraube war, die Deutschland schon einmal durchmachen mußte. Der höhere Lohn führt zu höheren Preisen. Der höhere Preis führt zu höheren Löhnen. Beide führen zur Entwertung unserer Mark, beide führen zur Entwertung unserer Sparguthaben, beide zur Erschütterung unserer Wirtschaft. Beide führen damit zur Vernichtung unseres Daseins und unserer Existenz." (Eröffnungsrede zum Winterhilfswerk 1935.)

Aus diesen Äußerungen des Führers erkennen wir seine zielbewußte Wirtschaftspolitik und wie er in zäher Arbeit die Grundlagen für eine weitere gesunde wirtschaftliche Entwicklung schafft und dabei bewußt vermeidet, durch ständige Versprechungen und übereilte Maßnahmen, die wohl sehr populär erscheinen möchten, das Aufbauwerk zu gefährden.

Mietpreis 20,— Mark

Elbing in Ostpreußen ist ein aufstrebender Industrieort, der in seinen Stadtmauern die großen Werke Büssing, Komnick, Schichau-Elbing und die Zigarrenfabrik Loeser & Wolf birgt. Diese großen Betriebe prägen der Stadt den Stempel auf. Noch vor wenigen Monaten war es nicht leicht, die letzten Arbeitslosen von den Arbeitsämtern fortzubringen. Die nationalsozialistische Parole des Gauleiters Erich Koch „zunächst jedem eine Arbeit, dann jedem seine Arbeit" hat vollen Erfolg gehabt und heute geht man daran, Werte zu schaffen, die beständig sind, also die Vermögensbildung fördern helfen, die aber gleichzeitig mit dazu beitragen, die Lebenshaltung der Volksgenossen zu heben.

Die Lebenshaltung kann man verbessern durch zweckmäßiges Bauen. In seiner Rede auf dem Bauvereinstag 1936 hat der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., Bernhard Köhler, am 27. 5. 1936 Ausführungen über „vernünftigen Wohnungsbau" ge-

Digitized by Google

macht. Bernhard Köhler forderte u. a. den Bau von Wohnungen, die so gebaut seien, daß „Menschen, die Wohnungen brauchen, diese Wohnungen auch haben könnten"; d. h., solange eine unzureichende Wohnung für eine Familie noch 60, 70 und mehr Reichsmark kostet, solange könne von einem sachlichen Bauen nicht die Rede sein. „Es muß möglich sein, und ist eine gebieterische Aufgabe, die die politische Führung dem Bauwesen stellt, Wohnungen zu erstellen, die für eine monatliche Miete von RM. 20,— einer kleinen Familie eine ordentliche und gesunde Unterkunft gewähren."

Diese Forderung, Wohnungen zu einem Mietpreis von 20,— RM. zu erstellen, mag von vielen Volksgenossen als wünschenswert, leider aber undurchführbar bezeichnet worden sein. Die ostpreußische Industriestadt Elbing hat gezeigt, daß diese Forderung sich auch in die Tat umsetzen läßt.

Vor den Toren der Stadt wurde in ausgesucht schöner Lage eine Siedlung für alte Kämpfer geschaffen, die mustergültig ist. Die Monatsmiete für ein Haus mit drei Zimmern, Küche und Bad, wozu noch 1000 Quadratmeter Gartenland kommen, beträgt RM. 29,80. Bei der Durchführung dieses Siedlungsplanes hat Gauleiter Koch Sorge getragen, jegliches verzinsliche Kapital auszuschalten.

Weiterhin ist bei einer Selbsthilfesiedlung der Bau von Häusern vorgesehen: mit ebenfalls drei Zimmern, Küche und Bad, sowie 1000 Quadratmeter Land; hier soll die Monatsmiete sogar nur RM. 20,— betragen.

Die Schichau-Werft hat von sich aus den Siedlungsgedanken zu verwirklichen gesucht. Ein großer Teil der Gefolgschaft wohnt bereits in Siedlungen und als bei dem Mangel an Wohnungen 110 verheiratete Arbeitskameraden ohne eigene Wohnungen gemeldet wurden, ging man daran, und zwar im Mai dieses Jahres, den Bau von Siedlungen durchzusetzen. Es werden 71 Siedlungen mit einer Grundstücksfläche von je 600—700 Quadratmeter errichtet. Es ist selbstverständlich, daß auch hier der Mietpreis in einer Höhe gehalten wird, daß der Arbeiter auch tatsächlich billig zu wohnen in der Lage ist.

Denjenigen, die sich bei den nationalsozialistischen Forderungen als zaghafte Gemüter noch immer an das Wort „unmöglich" klammern, muß obiges Beispiel zeigen, daß auch ein Mietpreis von 20,— RM. durchaus nicht unmöglich ist. Schließlich darf aber auch nicht übersehen werden, daß mit der Typisierung der Bauteile auch die Verbilligung des Bauens und damit der Wohnungen noch weiter fortschreiten wird. Rog.

Nicht gleichförmige Bauten, aber genormte Bauteile!

Der Bau von Siedlungen hat durch die weitgehende Förderung von seiten des Staates, der Parteiorganisation und gemeinnütziger Genossenschaften, insbesondere aber durch Reichsleiter Dr. Robert Ley und die Oberste SA.-Führung, einen starken Aufschwung erhalten.

Der Wunsch jedes Volksgenossen, eine eigene Heimstätte zu besitzen, wird überall dort, wo die Voraussetzungen dazu geschaffen werden können, verwirklicht. Es liegt doch der tiefere Sinn des Siedlungsgedanken in dem Bestreben, den einzelnen aus dem Massengefühl zu lösen, in das er durch die Not und das Elend einer kapitalistischen Zeit geworfen wurde, „damit er aus der Persönlichkeit heraus die Gemeinschaft zu bejahen vermag" wie Bernhard Köhler sagt.

Dieses Bestreben muß aber auch wenigstens nach außen hin in der Bauanordnung zum Ausdruck kommen; denn es ist eben nicht nur ein guter Witz, sondern gleichzeitig auch das Eingeständnis des Mangels mancher Siedlungen, wenn man in Siedlerkreisen davon spricht, daß man erst angesichts der betreffenden Frau merke, ob man in sein eigenes oder in ein fremdes Haus geraten sei.

Kleine Heimstätten, denen ein entsprechend kleines Gartenland zugewiesen ist, erwecken oftmals durch die enge Aneinanderreihung von gleichförmigen Bauten ähnlich trostlosen Eindruck wie Mietskasernen.

Wenn der einzelne Volksgenosse durch die eigene Siedlung mit dem Boden verwurzelt werden soll, so kann das nicht dadurch geschehen, daß man eintönige Reihen von Heimstätten schafft.

Digitized by Google

Selbstverständlich kann man nicht von einem Original-Siedlungsbau, der durch einen Monatsbetrag von 20 Reichsmark getilgt werden soll, verlangen, daß er nach Entwürfen namhafter Baukünstler gebaut worden ist.

Aber es wird immerhin möglich sein, jede Heimstätte für sich mit Liebe und Verständnis in die Siedlung und in die Landschaft passend einzufügen.

Zur Verbilligung des Bauens wird ja wesentlich die Normung der Bauteile beitragen. Gegen die Normung dieser Bauteile ist nichts einzuwenden, im Gegenteil, jeder hier erzielte Fortschritt in der Vereinheitlichung wird zu begrüßen sein.

Bei der Normung wird man ebenso die Erfordernisse der Zweckmäßigkeit, wie die des Geschmackes und der Schönheit berücksichtigen. Man braucht nur an die Bauernhäuser in Franken oder in Niedersachsen zu denken, die bereits seit Jahrhunderten genormte Bauteile besitzen; wir werden aber kaum sagen können, daß deswegen diese Bauten etwa häßlich wirken.

Unt.

Wirtschaftspolitik und Ausland

Vermehrte Kaffeevernichtung in Brasilien

Die Kaffeevernichtung in Brasilien, die auf 52 018 Sack gesunken war, stieg im Monat Juli auf 603 046 Sack an und im August erreichte sie die enorme Höhe von 859 872 Sack.

Zur selben Zeit, in der diese Zahlen bekanntgegeben werden, verkündet der Führer das neue Rohstoffprogramm. Unter tropischer Sonnenglut gedeihen im Süden die Rohstoffe im Überfluß, die Pflanzer wissen nicht mehr, was sie damit anfangen sollen; sie fürchten abgleitende Preise — und vernichten den ihnen zu reichlich dünkenden Segen der Natur.

Indes geht Deutschland, dessem kargen Boden jede Frucht in harter Arbeit abgerungen werden muß, das übervölkerte Deutschland daran, sich eine eigene Rohstoffindustrie aufzubauen, um seine nationale Unabhängigkeit zu sichern.

Die Natur hat ihre Gaben ungleich verteilt: was sie an den einen im Überfluß verschenkt, das enthält sie launisch dem anderen vor. Um so härter jedoch ist unser Wille geworden im täglich neuen Kampf um unser Dasein. So hart ist unser Wille geworden, daß es für uns kein „Unmöglich" mehr gibt. So werden denn in Deutschland neue Fabriken entstehen, die Deutschland in allen lebenswichtigen Rohstoffen unabhängig machen werden.

Wir geben damit jedoch unsere Ansprüche auf Kolonialland nicht auf, wir haben gezeigt, was wir aus unserem kargen Boden herausholen können, wir werden erst recht im tropischen Überfluß wirtschaften können. Wir haben schon Verwendung für den Überfluß. Unser Volk wächst wieder und im übrigen sind wir der Meinung, daß die Lebenshaltung unseres Volkes gar nicht hoch genug sein kann.

Ge.

Zum Aufsatz von Werner Scheunemann in Heft 7

Im letzten Heft der „Mitteilungen" hat sich beim Aufsatz von Pg. Scheunemann auf Seite 12 ein Fehler eingeschlichen. Der Einfuhrüberschuß landwirtschaftlicher Erzeugnisse (Lebens-, Genuß- und Futtermittel) betrug 1935 nicht 2,4, sondern 1,4 Milliarden Reichsmark.

Bei dieser Gelegenheit möchten wir auf die kürzlich erschienene Schrift „Deines Volkes Nahrungssorgen" aufmerksam machen. Die Verfasser Dr. H. Korte und Dr. H. Herrmann bringen wertvolle Unterlagen über unsere Ernährungslage. Die Schrift ist in der Reichsnährstand-Verlags-Ges. m. b. H., Berlin SW 11, erschienen.

Sch.

Digitized by Google

Partei - Staat - Stände und Verbände

Wohin gehört eine Standesorganisation?

Parteigenosse Gottfried Neesse, weiteren Parteikreisen bereits bekannt durch seinen Kampf gegen den halbjüdischen Professor Nawiasky an der Universität München 1931, hat eine beachtenswerte Schrift unter dem Titel „Partei und Staat" veröffentlicht. (Hamburg, Hanseatische Verlagsanstalt, 1936, 102 Seiten, RM. 2,—.)

Die Schrift ist ein erster Versuch, das, was an Bedeutendem über das Verhältnis von Partei und Staat, von Führung und Ausführung gesagt worden ist, in klarer und begrifflich sauberer Weise zusammenzufassen. Dabei nimmt der Verfasser in einzelnen Fragen eine Stellung ein, die sich wesentlich von grundlegenden Auffassungen bekannter Staatsrechtler unterscheidet.

Während z. B. in der üblich gewordenen Unterscheidung von Staat, Bewegung und Volk die Berufs- und Standes-Organisationen in die Ordnungsreihe „Volk" eingegliedert werden, hält Neesse das „Volk" für in keine organisatorische Ordnung einfügbar, sondern er faßt es als „Urgrund unseres Gemeinwesens" auf, der die „Bewegung" und über deren Organisation die „Partei", den „Staat" trägt.

„Das Volk ist ganz Wesen, der Staat ist ganz Ordnung — die NSDAP. ist Wesen und Ordnung, Organismus und Organisation zugleich. Sie ist „in Bewegung" innerhalb des Gemeinwesens: sie wächst aus dem Volke heraus und drängt zum Staate. Sie ist nicht Staat und auch nicht Volk, ja, sie darf es nicht sein, weil sie eigene Aufgaben zu erfüllen hat. Aber ebenso wenig gehört sie etwa einem staats- und volksfremden Bereiche an. Sie kommt vom Volke, ohne nur Volk zu bleiben, und drängt zum Staate, ohne je ganz Staat zu werden."

Die Neigung, „Volk" als eine Ordnungsreihe anzusehen, die sich in Organisationen wie denen der kommunal- und beruflich-ständischen Selbstverwaltung ausdrückt, läßt die Annahme zu, daß in diesem Fall das Volk nicht als eine „Ganzheit überpersönlichen und gemeinschaftlichen Lebens" angesehen wird, sondern als eine Summe von Individuen, die zur Herstellung der Einheit der Organisation dieser Individuen bedarf.

Wohin gehören nun die Berufs- und Standesorganisationen?

Neesse will sie in die Ordnungsreihe „Partei" eingliedern. Das kann ihm bei der DAF. — die ja ein angeschlossener Verband der NSDAP. ist — gelingen, hat aber schon beim Reichsnährstand Schwierigkeiten und scheitert bei der Organisation der gewerblichen Wirtschaft.

Uns erscheint es auch nicht nötig, die berufliche und ständische „Selbstverwaltung" entweder in die Ordnungsreihe „Partei" oder „Staat" zu pressen. Sie hat je nach der Aufgabenstellung entweder mehr partei- oder staatlichen Charakter, steht also, wenn wir bei dem Schema Partei und Staat bleiben wollen, zwischen diesen beiden Ordnungsreihen, es sei denn, daß man die „Selbstverwaltung" überhaupt als besondere Ordnungsreihe ansieht.

Denn die Selbstverwaltungskörper sind Einrichtungen besonderer Art. Ihr Verhältnis zur politischen Führung ist dem der Führung zum Staat ähnlich. Soweit die Partei unmittelbar auf sie einwirkt, setzt sich sogar bei ihnen die politische Führung leichter durch als im Staat, der zum Teil noch von Hemmungen durchsetzt ist, die aus einer zwar verdienstvollen, aber nunmehr überwundenen Staatsauffassung stammen. Be.

Digitized by Google

Werbeprämien zu Weihnachten

Trotz der manchmal nicht recht verstandenen Bedingung, daß nur Parteigenossen Bezieher des Mitteilungsblattes werden können, ist die Auflage der „Mitteilungen" von Monat zu Monat gestiegen. Sie hat heute — nach knapp sieben Monaten — 17 500 Stück überschritten. Wir können uns jedoch selbst mit diesem schönen Erfolg nicht zufrieden geben.

Um den Lesern einen besonderen Anreiz zur Werbung für das Mitteilungsblatt zu bieten, hat sich der Zentralverlag der NSDAP. dazu bereit erklärt, an alle erfolgreichen Werber Werbeprämien auszugeben. Dies gilt für alle Neubestellungen, die bis zum 1. Dezember 1936 aufgegeben sind und spätestens am 5. Dezember 1936 beim Zentralverlag der NSDAP. vorliegen. Die Neubestellungen müssen persönlich geworben sein und mit dem Namen und der vollständigen Anschrift des Werbers versehen werden. Als Neubestellungen gelten nur Bestellungen auf mindestens sechs Monate. Als Werbeprämien werden vergeben:

Bei 5 Neubestellungen:
Zwei Broschüren von Bernhard Köhler: „Des Führers Wirtschaftspolitik" und „Die zweite Arbeitsschlacht".

Bei 10 Neubestellungen:
Das NS.-Jahrbuch 1937 und die Broschüre „Des Führers Wirtschaftspolitik".

Bei 15 Neubestellungen:
Ein Buch: Dr. Dietrich, „Mit Hitler in die Macht".

Bei 20 Neubestellungen:
Ein Buch: Hadamovsky, „Hitler kämpft um den Frieden Europas" oder Dr. Nonnenbruch, „Die dynamische Wirtschaft" (Leinen).

Bei 50 Neubestellungen:
Ein Buch: Adolf Hitler, „Mein Kampf" (Leinen), oder Zöberlein, „Der Glaube an Deutschland".

Die Werbeprämien werden vor Weihnachten vom Zentralverlag der NSDAP. versandt.

Die Schriften Bernhard Köhlers

sind das unentbehrliche Arbeitsmaterial für den wirtschaftspolitischen Propagandisten.
Von besonderer Bedeutung für das Verständnis der aktuellen Wirtschaftspolitik sind folgende:

Des Führers Wirtschaftspolitik
im Zentralverlag der NSDAP., München 2 NO
30. Tausend — Preis: 40 Pfennig

Wirtschaft und Sozialismus
im Deutschen Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin W 50
40. Tausend — Preis: 20 Pfennig

Sklavenarbeit oder Welthandel?
im Zentralverlag der NSDAP., München 2 NO
51. — 60. Tausend — Preis: 10 Pfennig

Bestellungen nehmen auch die Gau- und Kreiswirtschaftsberater der NSDAP. entgegen.

Verantwortlicher Schriftleiter: Udo Pfriemer, München 28, Herzog Wilhelmstr. 32 (Reichsadler) / Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, Thierschstraße 11 / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Nur durch die Dienststellen der NSDAP. / Erscheinen: Zu Beginn des Monats / Abdruck: Nur mit Genehmigung der Schriftleitung / Preis des Heftes: 20 Pfennig.

Digitized by Google

Mitteilungen der Kommission für

Wirtschaftspolitik der NSDAP

Heft 9 Jahrgang 1

Nachdruck - auch auszugsweise - nicht gestattet!

Der Führer

auf dem Reichsparteitag der Ehre:

Je mehr wir die Größe der Aufgaben, die uns gestellt sind, erkennen und erfassen, um so klarer wird uns die Notwendigkeit des restlosen und geschlossenen Einsatzes aller schaffenden deutschen Menschen zur Erfüllung dieser Aufgabe.

Aus dem Inhalt:

Die Maßnahmen zur Durchführung des neuen Vierjahresplanes

Bernhard Köhler: Rationalisierung des Außenhandels

Udo Pfriemer: Die Planung für das neue Vierjahresprogramm

Alf Noll: Kapitalismus und Brechung der Zinsknechtschaft

Von den Sorgen dieser Jahre

Sind die Banken Lenker des Kapitaleinsatzes?

Plan oder Planlosigkeit?

Neugliederung der Arbeitslosenstatistik

November 1936

Zentralverlag der NSDAP

Digitized by Google

Die ersten Maßnahmen zur Durchführung des neuen Vierjahresplanes

„Wir sind nun einmal in einer Festung" sagte der Beauftragte für den Vierjahresplan. Darum wird auch die Durchführung der zweiten Arbeitsschlacht „unter Kriegsgesetzen stehen" (Bernhard Köhler auf dem Reichsparteitag der Ehre).

Ereignisfolge

Zur Jahreswende 1935/36 beginnt die wirtschaftspolitische Truppe der NSDAP. den Boden für die zweite Arbeitsschlacht zu bereiten.

Zum Reichsparteitag der Ehre proklamiert der Führer den zweiten Vierjahresplan und eröffnet damit die zweite Arbeitsschlacht.

Am 18. Oktober wird durch eine Verordnung des Führers Ministerpräsident Generaloberst Hermann Göring mit der Durchführung des neuen Vierjahresplanes beauftragt.

Am 23. Oktober wird der erste Erlaß des Beauftragten für den Vierjahresplan veröffentlicht.

Am 28. Oktober spricht der Beauftragte für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generaloberst Hermann Göring, vom Berliner Sportpalast über alle Sender zum deutschen Volke.

Die Rede des Beauftragten für den Vierjahresplan

In der großen Kundgebung vom Berliner Sportpalast sprach der Beauftragte für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Hermann Göring:

1. Über die außenpolitische Notwendigkeit des neuen Vierjahresplanes,
2. über die weitere Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung und Sicherung unserer Ernährung durch den neuen Vierjahresplan,
3. über die Erweiterung unserer Rohstoffbasis durch den neuen Vierjahresplan,
4. über die Saboteure, mit denen wir zu rechnen haben bei der Durchführung dieses Planes,
5. über den Einsatz der Kräfte unseres Volkes für den Plan.

Die außenpolitische Notwendigkeit des neuen Vierjahresplanes

1. Wir haben nicht genügend Raum, um unser Volk auf eigenem Boden zu ernähren. Den Lebensmittelbedarf von 136 Menschen auf einem Quadratkilometer deutschen Landes können wir nicht befriedigen.

2. Wir haben auch nicht genügend Rohstoffe im eigenen Lande, mit denen wir unabhängig vom Auslande die Produktion unserer gewerblichen Wirtschaft sicherstellen könnten.

3. Wir haben auch keine Kolonien, von denen wir uns Rohstoffe beschaffen könnten.

Digitized by Google

4. Unsere Arbeit und Wirtschaft wurde aber noch weiter abhängig durch die Enteignung und kapitalistische Ausbeutung, die insbesondere die Versailler Verträge dem deutschen Volke gebracht haben.

6. Die Welt soll dankbar sein, daß wir versuchen, auf friedlichem Wege das auszugleichen, was man uns vorenthalten hat.

Weitere Steigerung der landwirtschaftlichen Erzeugung und weitere Sicherung unserer Ernährung

1. Wir werden versuchen, die Ausnutzung des deutschen Bodens noch weiter zu steigern.

2. Wir werden versuchen, die Erzeugung zu steigern dadurch, daß wir den an sich schon ausgedorrten und ausgepowerten deutschen Kulturboden neu verbessern und durch Dung neu stärken.

3. Wir werden versuchen, weitere Grundlagen für die Züchtung von mehr Vieh zu schaffen.

4. Die Organisation, die Güter vom Erzeuger zum Verbraucher immer rascher und ohne Verderb gelangen zu lassen, wird verbessert werden.

5. Die deutsche Hochseefischereiflotte wird verstärkt werden.

6. Auf dem Gebiet des Fettes ist eine erhebliche Einschränkung im Verbrauch notwendig; wir werden auch hier die Erzeugung stärken.

7. Unter allen Umständen müssen für Minderbemittelte billige und ausreichende Fette bereitstehen. Wenn jeder Volksgenosse genug Vernunft annimmt, kann das in einer Bezugsorganisation ohne Karten erreicht werden.

8. Abfälle dürfen nicht beiseite geworfen werden, sondern werden insbesondere in den großen Mästereien der Städte Verwertung finden.

9. Die deutschen Hausfrauen werden aufgerufen, diejenigen Speisen auf ihren Speisezettel zu setzen, die jahreszeitlich bedingt sind, die vorhanden sind und die die eigene deutsche Erzeugung im Augenblick hervorbringt.

10. Eine rechtzeitige Aufklärung über die Versorgungslage wird dazu beitragen, daß die Hausfrauen jeweils Bescheid wissen, welche Lebensmittel ausreichend vorhanden sind.

Erweiterung unserer Rohstoffbasis

1. In Weiterführung der Arbeit insbesondere des bisherigen Wirtschaftsbeauftragten des Führers und nunmehrigen Generalsachverständigen für den Aufbau der deutschen Roh- und Werkstoffe, Wilhelm Keppler, werden neue Fabriken entstehen, besonders für die Herstellung von Gummi, Zellstoffasern, Treibstoffen und Ölen.

2. Kohle, Holz und deutsche Erze werden die Grundlage sein, auf der in Zukunft die Fabriken entstehen, die unsere eigenen Roh- und Werkstoffe erzeugen.

Digitized by Google

3. Die geophysikalische Untersuchung des deutschen Bodens, insbesondere auf Erzvorkommen, wird neu und umfassender als bisher vorgenommen werden.

4. Auf dem Gebiete der Leichtmetalle steht uns eine unerschöpfliche Basis zur Verfügung.

5. Wir müssen stolz sein auf unsere eigenen und neuen Erzeugnisse aus eigenen und neuen Rohstoffen.

Die Saboteure, mit denen wir bei der Durchführung des Vierjahresplanes zu rechnen haben

1. Die Seuche der Hamsterei soll mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden.

2. Gegen Preistreiber wird mit drakonischen Maßnahmen eingeschritten.

3. Ebenso gegen Schwarzhändler.

4. Ebenso gegen alle, die sofort die Waren anhalten, wenn Fest- und Höchstpreise kommen.

Der Einsatz der Kräfte unseres Volkes für den neuen Vierjahresplan

1. Der Vierjahresplan braucht die restlose Mitarbeit von Erfindern und Wissenschaftern.

2. Die Unternehmer und Industriellen sollen nicht darauf warten, was der Staat anregt und fordert, sondern sollen von sich allein aus Mittel und Wege suchen und keine Anstrengungen scheuen, um das Aufbauwerk zu unterstützen. Sie sollen nicht an ihre Profite denken, sondern an eine starke, unabhängige deutsche Wirtschaft.

3. Vor allem hängt das Gelingen des Planes von der deutschen Arbeiterschaft ab. In den Betrieben muß der Arbeitsfrieden, muß Freude und Schaffenslust herrschen.

4. Die Bauern tragen die Verantwortung für die Ernährung des Volkes.

5. Die Hausfrauen sollen ihren Lebensmittelbedarf nach der Versorgungslage richten.

6. Von der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei wird die höchste Einsatzbereitschaft erwartet.

Die organisatorische Verbundenheit der Bewegung mit diesem Aufbauwerk wird durch den Hauptamtsleiter im Stabe des Stellvertreters des Führers, Wilhelm Keppler, hergestellt, der zugleich als Generalsachverständiger für den Aufbau der deutschen Roh- und Werkstoffe im Stabe des Beauftragten für den Vierjahresplan tätig ist. Er sichert die Verbindung zwischen diesem Beauftragten und dem Stellvertreter des Führers und damit der Partei und den ihr angeschlossenen Verbänden bis zur Arbeitsfront.

7. Jeder Volksgenosse wird aufgerufen, an jedem Tag zu prüfen, was er selbst tun kann und was er beitragen kann zu dem Gelingen des Werkes.

Digitized by Google

Weihnachtsgeschenke,
die nichts kosten –

und mit denen Sie Freude bereiten können!

Eine Reihe der bekanntesten Bücher wartet darauf, von Ihnen gegen Neuwerbungen für die „Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP." eingetauscht zu werden.

Wie Sie zu diesen Neuwerbungen kommen?

Denken Sie einmal an Ihre Mitarbeiter, an Ihre Sturmkameraden, an die Mitglieder Ihrer Ortsgruppe, an Ihre sonstigen Bekannten, die für wirtschaftspolitische Fragen besonderes Interesse haben und – das ist Bedingung! – die Parteigenossen sind, denn die Mitteilungen sind ein parteiinternes Organ!

Für den Anfang Ihrer Werbetätigkeit finden Sie auf den Rückseiten dieses Blattes vier Bestellscheine. Der zuständige Gau- oder Kreiswirtschaftsberater der NSDAP. schickt Ihnen aber auf Anforderung gern weitere Scheine zu.

Digitized by Google

Ich beſtelle hiermit ein Exemplar der

Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.

zur laufenden Lieferung ab Monat ..... für ein halbes Jahr. (Wenn bis Ablauf kein Widerruf erfolgt, gilt die Bestellung für ein weiteres halbes Jahr.) Der Bezugspreis beträgt RM. 1,80 für ein halbes Jahr.

....

Name | Wohnort

....

Straße und Hausnummer | Mitglied welcher Ortsgruppe der NSDAP.

.....

Name und genaue Anschrift des Werbers

Senden Sie diese Karte an den zuständigen Kreis- oder Gauwirtschaftsberater der NSDAP. zur Weiterleitung an den Zentralverlag der NSDAP., Frz. Eher Nachf., München.

Ich beſtelle hiermit ein Exemplar der

Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.

zur laufenden Lieferung ab Monat ..... für ein halbes Jahr. (Wenn bis Ablauf kein Widerruf erfolgt, gilt die Bestellung für ein weiteres halbes Jahr.) Der Bezugspreis beträgt RM. 1,80 für ein halbes Jahr.

Name | Wohnort

Straße und Hausnummer | Mitglied welcher Ortsgruppe der NSDAP.

Name und genaue Anschrift des Werbers

Senden Sie diese Karte an den zuständigen Kreis- oder Gauwirtschaftsberater der NSDAP. zur Weiterleitung an den Zentralverlag der NSDAP., Frz. Eher Nachf., München.

Digitized by Google

Bernhard Köhler:

Rationalisierung des Außenhandels

Die Verwirklichung der wirtschaftlichen Freiheit unseres Volkes wird notwendigerweise unseren Außenhandel verlagern. Die wirtschaftliche Freiheit als programmatische Forderung der zweiten Arbeitsschlacht soll jedoch keineswegs das Aufgeben oder auch nur die Einschränkung unserer außenwirtschaftlichen Beziehungen bedeuten.

Vernünftiger Wettbewerb!

Es ist kein gutes Geschäft, wenn ich mit meiner Arbeit im Wettbewerb liege zu Leistungen anderer, die gewillt sind, sich ihre Leistungen billiger bezahlen zu lassen als ich. Manche meinen, dann müßten wir uns eben einschränken. Wir sind der Meinung, daß das deutsche Volk sich nur soweit einschränken soll, als es dies zu seinem eigenen Besten muß, nicht aber zur Vergrößerung des Geschäfts, das andere machen wollen.

Wir sind also nicht der Meinung, daß das deutsche Volk seine Lebenshaltung senken muß, um auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig zu bleiben. Es entspricht nicht der Auffassung des deutschen Volkes von seiner Würde und dem Wert seiner Arbeit, wenn es in den Wettbewerb der Billigkeit, das heißt der niedrigen Lebenshaltung eintritt, anstatt in den der Leistung.

„Wir haben soviel für uns selbst zu tun, wir können unsere Arbeit so nutzbringend für uns selbst anwenden, daß wir es nicht notwendig haben, sie auf dem Weltmarkt zu Schleuderpreisen anzubieten."

„Wenn der Welthandel Sinn haben soll, dann muß er darin bestehen, daß jedes Volk das beste, was es zu bieten hat, den anderen Völkern bringt, nicht aber darin, daß alle das gleiche herstellen und in einer ungeheuerlichen Überproduktion keiner das nehmen will, was den anderen fördert, weil er sonst seine eigene Wirtschaft selbst zerstört."

(„Sklavenarbeit oder Welthandel?", Leipziger Frühjahrsmesse 1936).

Alles Draufzahlen hat einmal ein Ende

Daher kommen weder Währungsexperimente noch Lohnexperimente zur Steigerung unserer Wettbewerbsfähigkeit auf dem Weltmarkt in Frage, sondern nur solide Steigerung unserer Leistung. Diese Leistungssteigerung kann sich ebenso in überlegenem Wert unserer Erzeugnisse wie auch in wettbewerbsfähigen Preisen auswirken. Die Prüfung des im Außenhandel erzielten volkswirtschaftlichen Nutzens kann aber auch zu der Erkenntnis führen, daß das Geschäft trotzdem noch schlecht ist.

Der schönste Umsatz nützt uns doch nichts, wenn in ihm Verluste verborgen sind. Alles Draufzahlen hat einmal ein Ende, und selbst wenn es ohne Geschäftszerstörung getragen werden kann, so widerspricht es doch einer gesunden kaufmännischen Überlegung, draufzuzahlen, wenn es zu vermeiden ist.

Man hat uns als einzigen Ausweg empfohlen, um den deutschen Spinnern und Webern Arbeit zu schaffen, unsere Arbeit so billig auf dem Weltmarkt anzubieten, daß sie andere Arbeit verdrängt und uns in den Stand setzt, genügend Rohstoffe einzukaufen. Man hat also behauptet, daß wir unsere Arbeit verschleudern müßten, damit wir allen Volksgenossen Brot geben können. Man hat damit nichts anderes behauptet, als daß das Deutsche Volk Sklavenarbeit leisten müsse, um nicht zu verhungern.

Digitized by Google

Sklavenarbeit zerstört den Welthandel

„Sklavenarbeit ist billig. Sklavenarbeit muß in der ganzen Welt die Arbeit freier Männer unterbieten. Sklavenarbeit muß in aller Welt die Märkte zerstören, die Berechnungen über den Haufen werfen, die Industrien lahmlegen, die Unternehmer enteignen und die Arbeiter entrechten.

Dies ist der Sinn der bolschewistischen Versklavung, die dem bedauernswerten russischen Volk auferlegt ist, und der als zweites das deutsche Volk anheimfallen sollte. Am Ende dieses Prozesses hätte die Bolschewisierung Deutschlands gestanden, die den internationalen Volkszerstörern ein neues Instrument zum Kampfe gegen die noch gesunden Völker in die Hand gegeben hätte.

Wäre der Plan gelungen, so hätte auch in Deutschland eine Stachanoff-Bewegung Produktionsbedingungen hergestellt, mit denen kein Volk der Erde in Wettbewerb treten konnte, es sei denn, es verzichtete auf jede Kultur und jede höhere Lebenshaltung. Der Wettbewerb im Welthandel mußte auf diesem Wege schließlich nichts anderes werden als ein Rennen um die niedrigste Währung, um die geringsten Kulturansprüche, um die Bereitschaft zur rücksichtslosesten Ausbeutung in den Völkern."

(„Sklavenarbeit oder Welthandel?", Leipziger Frühjahrsmesse 1936).

Zur Versklavung tritt die Ausbeutung

Abgesehen von der Unwürdigkeit eines solchen Verfahrens ist es eben auch wirtschaftlich falsch. Es durchzuhalten kostet mit jedem Menschen, der im Vaterland sein Brot finden will, mehr. Der Druck einer auch nur langsam steigenden Volkszahl würde jedesmal zu einer Verschärfung der Bedingungen führen, unter denen das deutsche Volk zu arbeiten hat. Es würde gezwungen, auf seine Vermehrung zu verzichten, weil es unter den Umständen der Sklaverei gar nicht soviel leisten kann, um seine Kinder zu ernähren.

Das Natürliche ist doch, daß ein Volk um so besser lebt, je mehr Arbeitskräfte in ihm tätig sind. *Ein freies Volk ist um so reicher, je zahlreicher es ist. Ein Sklavenvolk wird um so ärmer, je mehr Münder gestopft werden müssen.*

Wenn die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik hier nicht wagte, völlig neue Wege zu gehen, würde die Sklaverei niemals ein Ende haben. Wenn der Führer nicht besser zu rechnen verstünde als die großen Devalvationstheoretiker und Lohnsenkungspropheten, dann würden wir keine nationalsozialistische, sondern eine kapitalistische Wirtschaftspolitik treiben.

Schluß mit den Verlustgeschäften unseres Volkes!

Solange der Korb mit dem Garn in fremder Hand ist, ist es ebenso schlimm, wie wenn der Brotkorb in fremder Hand ist. Denn auch jener kann uns dann so hoch gehängt werden, daß wir ihn kaum mehr erreichen können. *Solange wir nur dann arbeiten können, wenn uns die Weltwirtschaft dies gestattet, müssen wir auf irgendeinem Wege, mag er noch so gut verborgen sein, einen Tribut für diese Abhängigkeit bezahlen.*

Digitized by Google

Es ist jetzt nicht an der Zeit, wird aber in vier Jahren richtig sein, die Punkte zu bezeichnen, an denen wir draufgezahlt haben.

Es ist nicht notwendig, aller Welt auf die Nase zu binden, wo und wie wir bessere Geschäfte zu machen gedenken. Es genügt für den Augenblick völlig, wenn wir erklären, daß wir Verlustgeschäfte des deutschen Volkes für unsinnig und unwürdig halten und daß wir sie mit eben derselben Zielsicherheit ausmerzen werden, wie wir die Abhängigkeit der Arbeit vom Weltkapital ausgemerzt haben.

Udo Pfriemer:

Die Planung für das neue Vierjahresprogramm

Zum Beauftragten für den Vierjahresplan hat der Führer den Ministerpräsidenten Generaloberst Göring ernannt. Damit ist die Zusammenfassung aller Kräfte zur Ausführung des Führerbefehls gegeben. Die Konzentration dieser Kräfte, die im einzelnen die verschiedensten Aufgaben zu erledigen haben, konnte für eine bestimmte Aufgabe auch nur durch die Beauftragung eines einzigen Mannes vorgenommen werden, der über alle sonst vorhandenen Zuständigkeiten den notwendigen Einsatz für das große Programm des Führers sicherstellt und veranlaßt.

Bei jedem neuen Startbefehl des Führers und der nationalsozialistischen Bewegung pflegen aber Leute aufzukreuzen, die dann versuchen, den Lauf der Ereignisse in eine ihnen genehme, aber für das Volksganze verhängnisvolle Bahn zu lenken. Diese Leute streuen dann falsche Meinungen aus und versuchen dabei den Anschein zu erwecken, als ob sie besonders unterrichtet wären und als ob sie es wären, die klar erkannt hätten, was nun eigentlich mit dem neuen Startbefehl gemeint sei.

Das Zwischenspiel der Patentökonomen

Es war zu erwarten, daß nach der Verkündung des neuen Vierjahresprogramms noch immer einige der alten Patentökonomen im In- und Auslande auftraten und mit ihrer ganzen marxistischen Rückständigkeit herumsalbaderten. Sie munkelten sofort, daß nun der Augenblick gekommen sei, von dem ab die nationalsozialistische Führung sich eines besonderen Systems bedienen würde, um „die Wirtschaft" nationalsozialistisch zu machen und sie nach nationalsozialistischen Grundsätzen zu „ordnen". Sie freuten sich schon über die einsetzende „Verstaatlichung der Großbetriebe" und über das Gesicht, das dann die Unternehmer machen würden.

„Endlich beginnt die lang ersehnte straffe nationalsozialistische Wirtschaftsführung einzusetzen", so hieß es unter diesen Leuten.

Nun, wir sind für eine Eigentumswirtschaft und nicht für eine Enteignungswirtschaft; wir sehen auch in der Wirtschaft kein selbständiges Gebilde, das noch ein besonderes nationalsozialistisches System erhalten müsse; und wir knebeln auch nicht den Unternehmer, sondern rufen gerade den wirklichen Unternehmer auf zur tätigen Mitarbeit am neuen Werke.

Digitized by Google

Die Patentökonomen haben sich wieder mal geirrt, schon deshalb, weil es ihnen, wie üblich, an einer klaren Vorstellung von der nationalsozialistischen Kampfrichtung und Kampfweise fehlte.

Erlaß und Auftrag des Führers

Der Erlaß des Führers zur Durchführung des Vierjahresplanes war ein Akt der Wirtschaftsführung. Die Ausführung des Vierjahresplans ist eine Aufgabe der Exekutive, eine gewaltige technische Aufgabe, die unter Einsatz aller Mittel gelöst werden muß, welche der Verwirklichung des Vierjahresplanes dienen.

Ein so umfassender Plan wäre auch ohne eine vorausschauende und überlegene Planung und ohne die straffste Erfassung aller Hilfskräfte und Hilfsmittel gar nicht durchzuführen.

Wirtschaftsführung war die Vorbereitung der zweiten Arbeitsschlacht. Wirtschaftsführung war die Verkündung und Eröffnung der zweiten Arbeitsschlacht. Die erforderlichen Maßnahmen, um das Programm der zweiten Arbeitsschlacht zu verwirklichen, hat nun der Beauftragte der Führung vorzunehmen. Und wir sind stolz, daß der Führer seinen alten Mitkämpfer und unseren Parteigenossen Hermann Göring dazu bestimmt hat.

Eingriffe durch den neuen Vierjahresplan

Die Durchführungsbestimmungen des neuen Vierjahresplanes werden zweifellos Eingriffe bringen, die von den Betroffenen auch als recht einschneidende Beschränkungen ihrer bisherigen Unbekümmertheit angesehen werden. Der Beauftragte für den Vierjahresplan hat bereits die schärfsten Maßnahmen gegen Hamsterer und Preistreiber, Schwarzhändler und Spekulanten angekündigt.

In der Durchführung des Führerbefehls liegt auch der Zwang zu einer straffen Befehlsorganisation. Die notwendigen Anordnungen sind restlos zu befolgen.

Es ist aber hierbei wesentlich, festzustellen, daß die „Eingriffe als solche und die unmittelbare Einwirkung auf Wirtschaftsvorgänge keineswegs das Kennzeichen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik sind". (Bernhard Köhler am 7. Juni 1935 im „Wirtschaftsblatt", Berlin.) Es ist der Irrtum und eine Krankheit der genannten Patentökonomen, im Planen oder in Eingriffen das Wesen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik zu sehen.

Bernhard Köhler hat in „Des Führers Wirtschaftspolitik" (Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, 1934) klar und deutlich zwischen diesen ideologischen Planungsbestrebungen unterschieden und „der notwendigen Planung für bestimmte klar umrissene Aufgaben, deren einzelne Teile wohl zu übersehen und zu berechnen sind".

Durch veränderten Arbeitseinsatz auch neue Formgebung!

Der Vierjahresplan ist eine gründliche Zurückweisung all jener Bestrebungen, die die Neuordnung der deutschen Volkswirtschaft aus theoretischen Erwägungen heraus vornehmen wollen, die also beispielsweise das Bankwesen oder das Kreditwesen, das Geldwesen oder das Genossenschaftswesen nach angeblich nationalsozialistischen Rezepten umzubauen suchen.

Digitized by Google

Selbstverständlich ist auf diesen Gebieten mancherlei reformbedürftig. Diese notwendigen Reformen sind aber selten grundlegender Art, sondern bestehen vielmehr in den meisten Fällen in der Abstellung von Mißbräuchen, die in einer Zeit einreißen konnten, in der unser Volk von einer schwachen Regierung und von falschen, gemeinschaftsfremden Auffassungen geleitet wurde.

Wir haben darum auch nicht nach der Machtübernahme an den übernommenen Einrichtungen und Organen der Volkswirtschaft herumgedoktert, sondern die praktische Arbeitsbeschaffung und Arbeitspolitik für vordringlicher gehalten. Denn nur diese allein ist imstande, eine sozialistische Wirtschaft zu begründen.

Aus der praktischen Arbeit ergeben sich dann notwendig jene Einrichtungen und Organe und deren Formen, so, wie sie die Volkswirtschaft braucht.

Daß durch das Rohstoffprogramm insbesondere die Rohstofferzeugung in ihrer Arbeitsweise Veränderungen erfahren wird, ist ebenso klar, wie die Notwendigkeit, daß die vorhandenen Organisationsformen der Werke und Betriebe hinsichtlich ihrer Zweckmäßigkeit von Fall zu Fall überprüft werden.

Die Umgestaltungen werden sich aber auch hier aus der Arbeit ergeben und nicht etwa durch Umkonstruktionen nach vorgefaßten Meinungen von fanatisierten Patentökonomen.

Das Programm des Führers ist ein Programm der Arbeit. Und auch die Planung bezieht sich auf die Arbeitseinteilung, sie wird aber nicht nach den ästhetischen Entwürfen eines ideologischen Schematikers, sondern nach den Aufgaben und den Erwägungen des zweckmäßigen Einsatzes vorgenommen.

Unserer Wirtschaftspolitik schwebt nicht das Ideal von starren Formen vor, sondern die Freiheit des Lebens von aller ideologischen oder bürokratischen Einengung. Und das neue Programm des Führers würde sich nicht verwirklichen lassen, wenn man die Kräfte, welche es durchzuführen hätten, von vornherein in ein System von Bindungen ketten würde, die nichts unmittelbar mit der Arbeit und dem Aufbauwerk zu tun haben.

Alf Noll:

Kapitalismus und Brechung der Zinsknechtschaft

Was praktisch seit 1933 zur Brechung der Zinsknechtschaft geschehen ist, hat Werner Scheunemann in seinem Aufsatz (Heft 5 der „Mitteilungen") gezeigt. Was grundsätzlich aber zur Brechung der Zinsknechtschaft heute hinzuzufügen ist, geschieht im folgenden durch den Parteigenossen Dr. Alf Noll.

Kapitalismus ist die Abhängigkeit der Arbeit vom Kapital schlechthin, mag diese Abhängigkeit materiell oder glaubensmäßig sein. Zinsknechtschaft dagegen setzt eine solche Abhängigkeit voraus; sie bedeutet nicht das Zahlen von Zinsen, sondern die Knechtschaft für den Zins.

Darum ist auch die Brechung der Zinsknechtschaft eine antikapitalistische und somit eine sozialistische Forderung.

Zinsknechtschaft ist der unmittelbare Abkömmling des Kapitalismus. Bei aller engen Verwandtschaft — beide sind typisch jüdisch — besteht ein Unter-

Digitized by Google

schied. Denn man kann sich durchaus denken, daß die Zinsknechtschaft in einem Volke längst überwunden ist, aber noch keineswegs der Kapitalismus.

„Wir haben immer wieder erklärt", führte Bernhard Köhler auf dem Sommerlehrgang der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. 1935 aus: „Was wir unter Zinsknechtschaft verstehen, ist nicht das Zahlen von Zinsen, sondern die Enteignung des Arbeitsertrages durch den Zins; diese tritt dann ein, wenn das Leihkapital sich der Herrschaft über die Arbeit bemächtigt hat, also unter der Voraussetzung des Kapitalismus. So kann mit Recht die Brechung der Zinsknechtschaft als Kernstück des Sozialismus bezeichnet werden."

Zinsknechtschaft herrscht also, wenn Arbeitserträge durch den Zins enteignet werden, wenn die Arbeit vom Kapital ausgebeutet wird. Wird die Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital beseitigt, so wird auch die Zinsknechtschaft gebrochen.

Zinszahlung heißt nicht Zinsknechtschaft

Zinsen zahlen und Zinsen fordern ist weder schlecht, noch sittenwidrig.

Spart man, so kann man sich für die Ersparnisse etwas erwerben; verzichtet man vorläufig auf diesen Erwerb, so bildet man Kaufkraft, deren Ausnutzung man anderen zur Verfügung stellen kann. Wenn andere diese Kaufkraft leihweise in Anspruch nehmen, um damit Vorteile zu erzielen, die sie sonst nicht erzielen könnten, kann auch der Leihgeber eine Gebühr oder einen Anteil an dem erzielten Vorteil verlangen.

Es gibt vernünftigerweise keine Begründung dafür, daß jemand Güter oder Werte eines anderen ohne Gegenleistung ausschließlich zum eigenen Vorteil in Anspruch nimmt.

Die Beseitigung des Wuchers

Sparen, d. h. Überschüsse bilden, gehört aber zu den Voraussetzungen der Volkswirtschaft und es hat nur einen Sinn, wenn für das Spargut auch volkswirtschaftlich fruchtbringende Verwendungsmöglichkeiten gegeben sind.

Das Sparen von Geld und die Verleihung dieses Geldes als Kapital wird aber im nationalsozialistischen Staate schon deshalb gefordert, um damit einen Überschuß an Kapital hervorzubringen. Je mehr wir nämlich sparen, um so größer wird dann das Angebot an Kapital, um so mehr sinkt der Mangel an Kapital und damit auch die Möglichkeit, mit einem solchen Mangel Wucher zu treiben.

Diesen Wucher auszuschließen, gehört zu den Aufgaben der Brechung der Zinsknechtschaft.

Sowie aber keine Notlage durch das Nehmen von Zinsen ausgenutzt wird, sondern dieses Zinsnehmen auf Grund freier Verhandlungen und Entschließungen vereinbart wird, kann auch keine Knechtschaft und kein Zinswucher gegeben sein. Denn Wucher ist nur, wo Mangel ist, und Mangel ist nur, wo Abhängigkeit vorhanden ist.

Digitized by Google

Auch Tributknechtschaft ist Zinsknechtschaft!

Zinsknechtschaft bleibt Zinsknechtschaft, gleich, ob sie bei einem einzelnen, bei einem Unternehmen oder bei einem ganzen Volke eintritt. Auch das deutsche Volk geriet durch den Kapitalismus in die Tributhörigkeit des Weltkapitals.

Der Nationalsozialismus hat Deutschland in den ersten vier Jahren nach der Machtübernahme und Aufnahme der Arbeit „von dem Druck des Weltkapitals befreit". (Bernhard Köhler, Die zweite Arbeitsschlacht, Zentralverlag der NSDAP., München, 1936). Diese Befreiung war ein wesentlicher Schritt zur Brechung der Zinsknechtschaft, die das internationale Weltkapital und die dieses Kapital beherrschende internationale Hochfinanz über unser Volk ausübte.

Dadurch, daß sich unser Volk als Ganzes gegenüber den anderen Völkern sein Recht auf Arbeit erkämpft, befreit es sich auch aus den Schlingen des internationalen Weltkapitalismus.

Mit der Beseitigung unserer Rohstoffnotlage wird ein weiterer und nunmehr entscheidender Schritt zur wirtschaftlichen Freiheit unseres Volkes getan. So wird auch die zweite Arbeitsschlacht beitragen zur endgültigen Brechung der Zinsknechtschaft für unser Volk.

Die Brechung der Zinsknechtschaft eine sittliche Forderung

Die Brechung der Zinsknechtschaft ist keine bloße Entschuldungsaktion, sondern eine sittliche Forderung.

Sie bedeutet nicht Schwächung, sondern Stärkung der Schuldnermoral.

Sie bedeutet die Beschränkung der Kreditwirtschaft auf ihr natürliches Gebiet der wirtschaftlichen Bedürfnisse, denn der unmittelbare Lebensbedarf gehört nicht in den Bereich der Kapital- und Kreditwirtschaft, ebenso wie die zur Lebenshaltung erforderliche Arbeitskraft frei sein muß von jeder Zinshörigkeit.

Die Brechung der Zinsknechtschaft — eine Aufgabe der Politik

Die Brechung der Zinsknechtschaft ist in erster Linie eine politische Aufgabe. Die Politik muß den Zustand einer freien Arbeit schaffen. Die dabei erforderlichen technischen Maßnahmen verstehen sich lediglich auf Grund eines politischen Auftrages oder aus der politischen Zielsetzung.

Hat die Politik grundsätzlich für alle das gleiche Recht auf Arbeit hergestellt und die Ausbeutung beseitigt, dann trägt jeder Volksgenosse für sich die Verantwortung, ob er in Zinsknechtschaft gerät.

Entschuldungsaktionen, wie sie in verschiedenster Form nach dem Zusammenbruch der kapitalistischen Wirtschaft notwendig geworden sind, können für uns nur einmalig bleiben und sind kein dauernder Bestandteil nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik.

In der sozialistischen Wirtschaft ist die Kreditwirtschaft geordnet auf den Wirtschaftsbereich beschränkt, ist Leben und Arbeit vom Kapital unabhängig gemacht und die Bildung von Überschuß auf die vorwiegende Bildung von Eigenvermögen, statt auf die vorwiegende Bildung von Schuldbeziehungen

Digitized by Google

ausgerichtet. Wie sich der einzelne Volksgenosse innerhalb dieser ihm gegebenen Voraussetzungen verhält, bleibt seiner persönlichen Verantwortung überlassen. Das ist der Sinn des nur aus Gedankenlosigkeit mißverstandenen Wortes von Bernhard Köhler: Brechung der Zinsknechtschaft heiße vorerst: mache keine Schulden!

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik sichert dem Volksgenossen in unserer Wirtschaft freie Arbeit und freies Leben. Aber sie sichert ihm nicht die Straflosigkeit für Dummheiten und Leichtsinn!

Brechung der Zinsknechtschaft und Entlastung des Einzelschuldners verhalten sich genau so zueinander wie Recht auf Arbeit und das Besorgen einer zusagenden Berufsstellung.

Brechung der Zinsknechtschaft braucht kein besonderes Geldsystem

Da Brechung der Zinsknechtschaft eine politische Aufgabe ist, kann sie auch nicht in einem besonders konstruierten Geldsystem gesehen werden, wie es neuerdings wieder eine sogenannte „Güteraustauschlehre" als bloße Auffrischung Gesell'scher Ideen will.

„Wir sind nicht verpflichtet auf Währungsreformen, Geldschöpfungen oder gewaltsame Änderung der Schuldverhältnisse. Wir sind und bleiben aber auf die Brechung der Zinsknechtschaft verpflichtet, auch wenn sich die bisher gemachten konstruktiven Vorschläge dazu als unbrauchbar erweisen. Es ist dabei ebenso falsch wie kurzsichtig, wenn man Zinssenkungsmaßnahmen als Verwirklichung der Brechung der Zinsknechtschaft bezeichnet.

Die Brechung der Zinsknechtschaft ist ein politisches und sittliches Ziel und wirkt sich in der Wirtschaft ebenso wie im kulturellen und völkischen Leben umfassend aus. Sie wird die zwangsläufige Folge der Wiederherstellung des Rechtes jedes Volksgenossen auf Arbeit sein." (Bernhard Köhler, Des Führers Wirtschaftspolitik, München, 1934.)

Auslese - Erziehung - Kampfrichtung

Von den Sorgen dieser Jahre

Die früheren Politiker in Deutschland hatten es nur verstanden, ihre privaten Sorgen zu Sorgen des Volkes zu machen, ihre eigene Minderwertigkeit der breiten Masse einzureden und ihr persönliches Versagen auf „eiserne Gesetze geschichtlicher Entwicklung" zurückzuführen.

Unsere Politiker sind nicht unbekümmert und sorglos geworden, aber sie wissen, daß man nicht die Sorgen dadurch beseitigt, indem man ständig und nur von ihnen spricht. Sie sehen Aufgaben vor sich, für die sie sich einsetzen müssen und die sie nur zu lösen vermögen, wenn sie sich über die Schwierigkeiten des Alltags hinweg die großen Ziele vor Augen halten.

Unsere Politiker sind nicht Künder von Sorgen gewesen, sondern die Künder einer Idee, und sie haben auch nicht die Sorgen verallgemeinert, sondern nur den Willen, sich vom Drucke solcher Sorgen zu befreien. Sie haben ihren Willen zum Willen des Volkes gemacht und auch ihren Einsatz zum Einsatz des Volkes.

Wenn in Deutschland eine Mangellage aufgetreten wäre, die Politiker früherer Zeit hätten sich auf diesen Mangel eingestellt, hätten dem Volke erklärt, warum

Digitized by Google

der Mangel eingetreten sei und warum es nicht möglich sei, ihn zu beseitigen, und hätten ihren Jammer zum Jammer des Volkes werden lassen.

In unseren Tagen ist nun wieder eine Mangellage in Deutschland eingetreten — als Folge dieser jämmerlichen und feigen Haltung derer, die ehedem die Verantwortung und somit die Führung in Deutschland besaßen.

Wir haben aber den aufgetretenen Mangelzustand nicht hingenommen wie die früheren Politiker ihn hingenommen hätten, sondern haben bereits die Maßnahmen getroffen, die zur Beseitigung dieses Mangelzustandes führen müssen. Wir haben keine Erklärung des Bedauerns über den Mangelzustand abgegeben, sondern bei uns hat der Führer durch seine Proklamation ein Programm verkündet, dessen Verwirklichung auch die Überwindung der Mangellage bringen wird. Pfr.

Verkappte Klassenkampfvorstellungen

Mehrere meinen in diesen Tagen, „Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik müssen zusammengeführt werden, um widerstrebende materielle Interessen zusammenzubringen".

Ein Irrtum! Denn nationalsozialistische Wirtschaftspolitik und nationalsozialistische Sozialpolitik brauchen nicht erst von dritter Seite zusammengeführt werden!

Da sie von Natur aus nicht auseinanderstreben, wohl aber sich ergänzen, bedarf es nicht einer „Zusammenführung". Was wir tun müssen: eine Irrlehre ausrotten, die uns sagt, sie seien Gegensätze.

Oder meinen etwa die, die so wie oben sprechen, daß Sozialpolitik die Politik für die Arbeitnehmer und Wirtschaftspolitik die Politik für die Arbeitgeber sei? Ist das nicht die gleiche Anschauung, welche jene hatten, die sowohl Gewerkschaften wie Unternehmerverbände anerkannten mit der Erklärung, es müsse nur für den Ausgleich der beiderseitigen Interessen gesorgt werden!

Sozialpolitik ist nicht die „Fürsorge für den Arbeiter" schlechthin. Die Sozialpolitik umfaßt vielmehr nur den Schutz für wirklich Schutzbedürftige. Ein großer Volksteil oder eine ganze Berufsschicht kann aber niemals für schutzbedürftig erklärt werden, wenn allen Schaffenden das gleiche Recht auf Arbeit gesichert wird! Rei.

Das ist Wirtschaftsliberalismus!

„Liberalismus" und „liberalistisch" wird in der politischen Polemik etwas reichlich angewandt. Je mehr man sich bei der Verwendung dieser Schlagworte auf Fälle beschränkt, wo das Liberalistische unbedingt klar erkennbar ist, desto wirkungsvoller ist die Kennzeichnung.

Eine bekannte Zeitung, die in Deutschland erscheint, aber hauptsächlich von Nichtdeutschen gelesen wird, gibt eine solche Gelegenheit in ihrer „Umschau" vom 28. September d. J., die sich mit den Abwertungen befaßt und für „bewährte Methoden" auf dem Gebiete der internationalen Währungspolitik eintritt.

Es ist dort die Rede von „besonders krassen Beispielen eines Primats der Konjunktur- gegenüber der Währungspolitik", die offenbar als „Verstöße schwerer Art" angesehen werden.

Dann heißt es: „Es wird nicht leicht sein, währungspolitischen Gesichtspunkten wieder einen größeren Respekt zu verschaffen. Und eine nahezu unerläßliche Voraussetzung hierfür scheint es zu sein, daß wieder ein besserer Gleichschritt in die internationale Konjunkturentwicklung kommt, d. h., daß die wirtschaftlich bedeutenden Länder ungefähr gleichzeitig und gleichartig konjunkturellen An- und Abstieg durchmachen. Das würde allerdings hier und da zeitweilig wahrscheinlich recht entschiedene Unterordnung der Konjunktur- unter die Währungspolitik erfordern."

Zu deutsch: der nationale Beschäftigungsstand hätte sich nach den „Spielregeln internationalen Zusammenwirkens auf dem Währungsgebiet" zu richten, die Arbeit der „Valuta" unterzuordnen.

Dies ist eine typisch „klassische" Anschauung, die von nationalsozialistischer Arbeitspolitik keine Ahnung hat! Kl.

Digitized by Google

Zeitungen unterrichten über die Lebenshaltung

Die gesunde wirtschaftliche Entwicklung, die vor allem in den günstigen Abschlüssen zahlreicher Industrieunternehmungen zum Ausdruck kam, ließ in vielen Kreisen die Vermutung auftauchen, daß es nunmehr an der Zeit sei, eine Erhöhung der Löhne durchzusetzen.

Hier hatten die Zeitungen die Aufgabe, sofort die Bevölkerung zu unterrichten; und viele Zeitungen haben auch jene wirklichkeitsfernen Forderungen abgewiesen, die das Wichtigste im Nominallohn zu sehen glaubten, ohne das Hauptgewicht auf den Reallohn, d. h. auf die Preisfrage zu legen.

In dem letzten Mitteilungsblatt haben wir gezeigt, daß die Stellungnahme des Führers zur Lohnfrage von jeher unverändert geblieben ist und daß er immer wieder betonte, daß die Erhöhung der Produktion eine Voraussetzung zur Erhöhung des Reallohnes sei. Wir haben zwar zur Zeit eine Produktionsziffer erreicht, die der von 1929 nicht nachsteht, dürfen dabei aber durchaus nicht unbeachtet lassen, daß gleichlaufend mit dieser Produktionssteigerung der zusätzliche Bedarf von Millionen Volksgenossen gedeckt wird, die früher arbeitslos waren. Auch darf nicht vergessen werden, daß die Produktionserhöhung im wesentlichen die Bildung eines Volksvermögens (Rüstung und Straßenbau!) umfaßt, von dem der einzelne zunächst unmittelbar nicht viel spürt.

Die grundsätzlichen Ausführungen des Führers zur Lohnfrage in Nürnberg und der Volksbetrug, der sich in Frankreich durch den ständigen Wechsel von Lohn- und Preiserhöhungen vollzieht, haben inzwischen bewirkt, daß die deutsche Presse zur Lohnfrage eine viel einheitlichere und entschiedenere Stellung einnehmen kann als noch vor wenigen Monaten. Sie hat nunmehr das größte Augenmerk auf die Preise gelenkt, die für die Kaufkraft der Lohntüte entscheidend sind.

Der Preiskommissar wird schärfstens darüber wachen, daß jede vermeidbare Preissteigerung unterbunden wird. Diese Bestrebungen unterstützen bereits manche Fachgruppen (z. B. Metallhandel), indem sie eine Höchstpreisverordnung ankündigen und ihre Mitglieder auffordern, ihnen Preistreibereien mit den nötigen Unterlagen zuzuleiten, und in schwereren Fällen Schließung des betreffenden Betriebes durchsetzen wollen.

Der Reichsnährstand beabsichtigt, in Zukunft durch regelmäßige Veröffentlichungen in der Presse die Verbraucherschaft über die Nahrungsmittelpreise zu unterrichten, damit man diese Preistreibereien sofort den zuständigen Stellen melden kann.

Jede Erhöhung, die etwa durch die Herstellungskosten einzelner neuer Rohstoffe eintreten sollte, wird wieder durch Rationalisierungsmaßnahmen auszugleichen sein, welche in der Wirtschaft vorgenommen werden und welche Preissenkungen ermöglichen sollen.

Den jeweiligen Stand und die Entwicklung des wirtschaftlichen Wiederaufbaues sollte jeder Volksgenosse leicht überblicken können, der sich hierüber unterrichten will.

Gerade der wirtschaftspolitische Schriftleiter hat hier eine Aufgabe, die er nicht nur für einige wenige Fachleute, sondern für die breite Masse des Volkes erfüllen kann. Wird der deutsche Arbeiter von seiner Zeitung sachlich und klar unterrichtet, dann bewahrt er auch das sichere Bewußtsein, daß der Kampf um Deutschlands Freiheit ein Kampf für den deutschen Arbeiter ist und daß wir auch materiell die Voraussetzungen schaffen, die ihm die gebührende Lebenshaltung sichern. Denn „wir werden dafür sorgen, daß der deutsche Arbeiter einst der bestbezahlte Arbeiter der Welt sein wird gemäß seiner Leistung, denn der deutsche Arbeiter ist auch der beste Arbeiter der Welt" (Der Stellvertreter des Führers in Hof). Unt.

Digitized by Google

Sowjetrussische Film-Propaganda

Im Universitätsverlag von Robert Noske, Leipzig C 1, ist ein Werk über Sowjetrußland („Hier spricht Rußland! — Selbstbekenntnisse der Sowjetpresse, Verfasser W. Andrejew") erschienen, das jedem vom Schriftleiter bis zum Wirtschaftspolitiker brauchbares Material zur Hand gibt. Die Zusammenstellung von Karrikaturen und Artikeln, Ausschnitten aus Sowjetzeitungen, erfaßt noch das Jahr 1933. Wir entnehmen dem interessanten Werk nachstehenden Abschnitt über sowjetrussische Filmpropaganda:

„Zerrissene Schuhe"

Ein Hetzfilm gegen Deutschland wird in Sowjetrußland aufgeführt.

In einem längeren Artikel empfiehlt die „Prawda" (vom 10. Dezember 1933) einen scheußlichen, von Lügen strotzenden Film. Dieser ist nach Meinung der Zeitung ganz besonders für Kinder (!) geeignet und muß deshalb in allen Sowjetschulen vorgeführt werden.

Der Film „Zerrissene Schuhe" — schreibt der jüdische Sowjetkritiker „Genosse" Ginsburg — ist eine packende Erzählung vom tatsächlichen Leben der Proletarierkinder in Deutschland: Über einer baufälligen Scheune hängt ein Schild:

Aktiengesellschaft Putzke und Sohn

Als Arbeiter werden nur Kinder unter 10 und Greise über 60 Jahre angenommen. Alle anderen werden gebeten, sich nicht zu bemühen.

So lautet das Schild einer „soliden" kapitalistischen Firma „Putzke und Sohn" — Schuttverwertungsfabrik, welche eine städtische Müllabladestelle „ausbeutet". Ihre Belegschaft besteht aus Greisen, Invaliden und kleinen Kindern. Diesen Schutzlosen braucht man doch für viele Stunden einer Zuchthausarbeit nur ein bis zwei Pfennige zu bezahlen (d. h. ½ bis 1 Kopeke). Auf dem Schuttabladeplatz arbeitet der dreijährige (!) Bubi, eine der Hauptrollen des Films, Sohn eines Arbeitslosen. Sein zehnjähriger Bruder, „Spatz" genannt, muß indessen zu Hause sitzen, denn die ganze Familie besitzt nur ein Paar Kinderschuhe, die überdies zerrissen sind."

In diesem Sinn geht der Film weiter. Hier wird nach der „Prawda" (= „Wahrheit"!) geschildert, „Wie sich der Klassenkampf innerhalb der grauen Mauern einer preußischen Schulkaserne in der Kinderseele widerspiegelt". Sie bringt sogar zwei Abbildungen aus diesem Film, welcher nach ihrem Urteil „unserer Zeit würdig ist": Oben: zwei verwahrloste „deutsche" Kinder, unten: ein Schüler wird vom Lehrer mit einem Lineal verhauen, ein Jungkommunist ballt seine Fäuste, ein größerer Junge mit (mißglückter) Hakenkreuzbinde sieht der Exekution ruhig zu.

Der jüdische Kritiker hat seinem Lob auch etwas Tadel hinzugefügt: „Es müßten vor allem die Typen der faschistischen Pfadfinder viel schroffer in ihrer Gefährlichkeit dargestellt werden."

So werden in Sowjetrußland Hetzfilme voll Lüge und Schmutz über Deutschland auf Staatskosten gedreht, durch die Staatspresse propagiert und durch Behörden verbreitet. Man bezweckt hiermit zweierlei:

1. die tatsächlichen Elendsverhältnisse im Sowjetparadies den Massen schmackhafter erscheinen zu lassen und

2. die Haß- und Hetzinstinkte gegen den sogenannten inneren und äußeren „Klassenfeind" im Volke wachzuhalten. Und der an allerhand Grausamkeit gewohnte Sowjetbürger nimmt diese grotesk übertriebene Lügenmache für bare Münze: „So sieht es in dem jetzt so verhaßten Deutschland aus!"

In diesem „interessanten Kulturfilm" (?) hat sich die schmutzige Phantasie der Filmleiterin Barskaja ausgetobt. Die „verdienstvolle" Frau ließ sich von ihrem lügnerischen Machwerk selbst dann wohl kaum abhalten, wenn sie die Kinderliebe, Reinlichkeit und musterhafte Ordnung überall in Deutschland mit eigenen Augen gesehen hätte.

Solche Hetzfilme gehen durch sämtliche Sowjetkinos. Rog.

Digitized by Google

Ein bildstatistischer Tatsachenbericht —

so nennt sich das Buch von Dr. Paul Blankenburg und Max Dreyer „Der nationalsozialistische Wirtschaftsaufbau und seine Grundlagen" mit Recht.

Es ist eine umfassende Zusammenstellung statistischen Materials über alle Gebiete des öffentlichen Lebens. Das Erfreuliche daran ist, daß nicht mit langweiligen Kurven und Säulen gearbeitet wird, sondern mit 420 anschaulich gezeichneten Zahlenbildern, die das Material für jeden verständlich und lesbar machen.

Durch diese glückliche Art der Darstellung, sowie durch den sorgfältig bearbeiteten Textteil ist das Buch ein nützliches Hilfsmittel für den wirtschaftspolitischen Propagandisten.

Hervorzuheben ist noch, daß bei den Kapiteln, die sich mit wirtschaftspolitischen Dingen befassen, in manchmal seitenlangen Auszügen aus Vorträgen oder Schriften die Einstellung der wirtschaftspolitischen Truppe des Führers gezeigt wird. Ni.

Wohnungsbau als wirtschaftspolitische Aufgabe

Die Rede, die der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. auf dem diesjährigen Deutschen Bauvereinstag in Duisburg gehalten hat, ist als Broschüre unter dem Titel:

„Wohnungsbau als wirtschaftspolitische Aufgabe"

erschienen und kann zum Preise von RM. —,20 vom Hauptverband Deutscher Wohnungsunternehmen e. V., Berlin W 35, Großadmiral-von-Koester-Ufer 59 bezogen werden.

Großer Lehrgang der Kommission für Wirtschaftspolitik

Der große Jahreslehrgang der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., findet vom 25. bis 31. Januar 1937 in München statt.

Aufgabenstellung für die Wirtschafter

Sind die Banken Lenker des Kapitaleinsatzes?

Eine Tageszeitung berichtet über eine Rede des Leiters der Kommission für Wirtschaftspolitik bei der Reichsbetriebsgemeinschaft Banken und Versicherungen mit der Überschrift „Banken sind Lenker des Kapitaleinsatzes". Diese Ausdrucksweise ist irreführend. Sie erinnert allzu deutlich an die Vorstellungen von der volkswirtschaftlichen Aufgabe der Banken, wie man sie in der vornationalsozialistischen Zeit und unter der Herrschaft des Kapitalismus hatte.

Diese Auffassung ging dahin, daß die Banken das bewegliche Kapital an diejenigen Stellen zu lenken hätten, an denen es notwendig sei. Die Meinungen waren nur darüber geteilt, ob diese Notwendigkeit durch den zu erwartenden Vermittlungsgewinn der Banken, durch die Rente des angelegten Kapitals oder durch das Kreditbedürfnis der betreffenden volkswirtschaftlichen Bezirke gegeben sein müsse. Aus der Vorstellung, daß das Kreditbedürfnis von Erzeugungs- oder Handelsaufgaben den volkswirtschaftlich höchsten Rang einnehme, entwickelte sich die Auffassung, daß zur vollkommenen Berücksichtigung dieses Bedürfnisses im volkswirtschaftlichen Sinn eine möglichst zentrale Lenkung des Kapitaleinsatzes notwendig sei. Und hier standen sich nur noch zwei Meinungen gegenüber, von denen die eine die selbständige Disposition der Banken forderte, die nach und nach in einer Dachorganisation zu einer zentralen Zusammenfassung zu gelangen hätte, während die andere der Auffassung war, daß diese zentrale Zusammenfassung und Kapitallenkung durch

Digitized by Google

den Staat zu erfolgen habe. Es ist diejenige Auffassung, die gerne mit dem Gedanken einer Verstaatlichung der Banken spielte, deren Zweck eben die staatliche Beaufsichtigung und Lenkung des Kapitaleinsatzes sein sollte.

Diesen Vorstellungen ist der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik immer wieder entgegengetreten, indem er darauf hinwies, daß die Versorgung der Volkswirtschaft mit Kapitalkredit längst nicht so wichtig ist, wie man unter der Meinungs- und Willensbildung des Kapitalismus angenommen hat.

Der Kapitalkredit ist nur ein verhältnismäßig unbedeutender Teil der Volkswirtschaft und bildet vor allen Dingen nicht ihre Grundlage, wie dies der Kapitalismus in wohlverstandenem Eigeninteresse behauptete.

Infolgedessen ist eine zentrale Lenkung des beweglichen Kapitals nach den Gebieten vordringlichen Kreditbedarfs durchaus keine so beherrschende Aufgabe der volkswirtschaftlichen Führung und bedarf auf jeden Fall keiner besonderen Organisation.

Wo die wirtschaftspolitische Führung gelegentlich eine solche Lenkung für notwendig hält, führt sie diese auf dem Wege über Besteuerung oder Anleihebegebung oder aber durch unmittelbare Einflußnahme auf die Finanzierung öffentlich wichtiger Vorhaben durch. Sie betrachtet daher die Banken, weder in ihren einzelnen Instituten, noch in einer verbandsmäßigen oder gar bis zur straffsten Konzentration durchgeführten Zusammenfassung, durchaus nicht als die unentbehrlichen Organe staatlicher Kapitallenkung.

Sie könnte diese Institute zum Zwecke einer zentralen Kapitallenkung durchaus entbehren und sich sogar zum Zwecke der Kapitalsammlung jederzeit anderer Einrichtungen bedienen. Die Beflissenheit, mit der die Banken immer wieder als unentbehrliche Organe der staatlichen Kapitallenkung empfohlen werden, kennzeichnet sich so vielmehr als das Zeugnis einer inneren Unsicherheit, die bereit ist, vor marxistischen Gedankengängen zu kapitulieren, wenn nur die Institute selbst und ihre Arbeitsplätze, insbesondere die obersten, erhalten bleiben. Gerade um solchen Gedankengängen entgegenzutreten, haben wir dahin Aufklärung zu verbreiten gesucht, daß für die Banken, und hier nicht zum wenigsten für den Privatbankier, sehr gewichtige und wertvolle Aufgaben zu erfüllen sind, die sich jedoch in bezug auf ihre volkswirtschaftliche Bedeutung kaum von dem reellen Kundendienst jedes anderen Geschäftsmanns unterscheiden. Die zentrale Bedeutung des Kapitalkredits für die Volkswirtschaft ist eben nicht mehr vorhanden, denn die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik arbeitet nicht mit Kapitaleinsatz, sondern mit Arbeitseinsatz. In der kapitalistischen Welt folgt der Arbeitseinsatz dem Kapitaleinsatz, in der sozialistischen Wirtschaft folgt der Kapitaleinsatz dem Arbeitseinsatz.

Die Vorstellung von einer zentralen Kapitallenkung, die in manchen marxistisch angehauchten Sozialistengehirnen noch spukt, muß endlich der Anschauung von der Arbeitslenkung weichen. Desgleichen muß die Vorstellung endlich einmal verschwinden, als ob die politische Arbeitslenkung (die also auch die zentrale Kapitallenkung in sich schließt, soweit sie notwendig ist) das gesamte wirtschaftliche Leben des Volkes ausmache. Diese Vorstellung ist zuletzt marxistisch und geht von der Auffassung aus, daß die geschäftliche Tätigkeit des einzelnen notwendig in einem naturgegebenen Gegensatz zu den Belangen des Gemeinnutzes stünde: einer sehr engen, subalternen und oberflächlichen Einbildung. Aus ihr stammt die Vorstellung, daß eine Wirtschaft um so sozialistischer sei, je verstaatlichter sie wäre.

Der politische Arbeitseinsatz eines echten Sozialismus, d. h. also eines Nationalsozialismus, bildet den undurchbrechbaren Rahmen für jede wirtschaftliche Tätigkeit und jeden wirtschaftlichen Vorgang im Volke. Innerhalb dieses Rahmens findet eine große Zahl von Bewegungen, Entschlüssen, Tätigkeiten, Verantwortungen statt, die durchaus der Personenleistung zugewiesen sind und die in diesem Sinne

Digitized by Google

auch durchaus als „frei“ bezeichnet werden können.

Nur eine kapitalistische oder marxistische Auffassung kann sich vorstellen, daß außer dem durch den politischen Arbeitseinsatz gelenkten Kapital kein weiteres bewegliches Kapital vorkomme. In Wirklichkeit kann der Bedarf an Kapital in einer sozialistischen Volkswirtschaft für den staatlichen Arbeitseinsatz nur sehr gering sein, und zwar um so geringer, je weiter ihr sozialistisches Wachstum gediehen ist.

Die Vorfinanzierung der Aufgaben in der ersten Arbeitsschlacht deutet schon an, eine wie geringe Rolle das Kapital in der sozialistischen Arbeitslenkung spielt.

Die sozialistische Wirtschaft hat jedoch gar kein Interesse daran, freie Bewegungen des beweglichen Kapitals zu hindern oder sich im einzelnen mit ihrer Beaufsichtigung zu belasten. Sie hat, wenn sie praktisch richtig geführt wird, ganz andere Mittel in der Hand, unerwünschte Bewegungen zu unterdrücken oder auf die rechte Bahn zu weisen.

Die Aufnahme und Anlage dieses, innerhalb der sozialistischen Volkswirtschaft nicht selbständigen aber beweglichen Kapitals ist nun allerdings Sache der Banken. Die politische Bedeutung des Bankwesens ist damit endgültig verneint; seine geschäftlichen Pflichten sind auf ihr richtiges Maß geführt und seine volkswirtschaftliche Bewährung hängt ganz einfach von der zulänglichen und ehrbaren Erfüllung dieser geschäftlichen Pflichten ab.

Die Banken haben also nicht den Kapitaleinsatz schlechthin zu lenken, wohl aber haben sie die Anlage beweglichen Kapitals zu vermitteln. Tun sie das, indem sie das Wachstum ihres Einflusses und ihres Geschäftsbereiches nur ihrem Dienst an ihren Kunden verdanken wollen, dann erfüllen sie ihre volkswirtschaftlichen Aufgaben in einer Weise, die Erörterungen über ihre Zukunft, ihre Zulässigkeit und ihren Wert überflüssig macht. Dr.

Der vorsichtige Meyer

Herr Meyer gehört zu den Volksgenossen, die das Gras wachsen hören. Am Vormittag des 30. Januar 1933 tippte er auf eine Machtübernahme der Hitler-Partei und, als dieselbe tatsächlich eingetreten war, trug er den neuen Verhältnissen Rechnung und stellte seine wertvolle Arbeitskraft einer Nebenorganisation der Partei zur Verfügung.

Allerdings mit gewissen Vorbehalten. Wenn ihm z. B. von einer der führenden nationalsozialistischen Persönlichkeiten im Rundfunk versichert wird, daß die wichtigsten Lebensmittel in Zukunft gesichert seien und man bei Einkauf dieser oder jener Erzeugnisse sich ein klein wenig umstellen müßte, dann hat Meyer nichts Besseres zu tun, als prompt so und so viel Butter einzuschlagen oder Eier einzulegen, und da überdies nach seiner Ansicht die Mark vielleicht nicht ganz feststehen werde, in die nötigen Sachwerte zu flüchten.

England hat früher einmal abgewertet, jetzt hat es Frankreich und Italien getan und sogar die so „sichere“ Schweiz — wie kann da die Mark als einzige Währung stabil bleiben? Also denkt der schlaue Meyer, und weil er gerade keine anderen Sachwerte erwerben kann, als da sind 70 Trauringe auf einmal aus Gold, muß er sich eben Möbel anschaffen.

Der gute Meyer weiß zwar vorläufig noch nicht, was er mit seinen vier Küchenschränken, fünf Standuhren und mehreren Tischen anfangen soll und wird wahrscheinlich notgedrungen wieder die Feuerversicherungs-Police erhöhen müssen.

In einem Punkte allerdings hat Meyer zugelernt. Die Feuerversicherung wird er bestimmt mit einem deutschen Versicherungsunternehmen abschließen; die Lebensversicherung hatte er in fremder Währung abgeschlossen und durch die Abwertung der verschiedenen Länder schon einen fühlbaren Verlust erlitten. Also muß sich Herr Meyer in diesem Punkte umstellen. Aber im übrigen — Herr Meyer hört das Gras wachsen, und damit fängt für den Leser die Geschichte von vorn an. Nur die Erfahrungen dürften für den „vorsichtigen“ Meyer nächstens wieder andere sein! Rog.

Digitized by Google

Vierjahresprogramm und Hauswirtschaft

In seinen richtungweisenden Ausführungen zum neuen Vierjahresprogramm des Führers hat Ministerpräsident Göring sich in eindringlichen Worten auch an die deutschen Hausfrauen gewandt. Er hat in humorvoller Form ganz nebenbei darauf hingewiesen, daß die Erzeugung gewisser landwirtschaftlicher Güter jahreszeitlich bedingt sei. Es sei eben ein Naturgesetz, daß die Hühner zu gewissen Zeiten mehr Eier legen, und man muß nicht ausgerechnet zu einem Zeitpunkt bestimmte Lebensmittel verlangen wollen, zu dem sie gerade saisonmäßig bedingt knapper sind.

In diesem Zusammenhange sei darauf hingewiesen, daß die steigende Zahl der in Arbeit Stehenden naturgemäß eine stärkere Inanspruchnahme der Ernährungsbasis zur Folge hat. In Deutschland wurden nach dem Bericht des Institutes für Konjunkturforschung vom 28. 10. 36 der Menge nach um 10 v. H. mehr Fleisch, um 11 v. H. mehr Zucker, um 15 v. H. mehr Kaffee, um 23 v. H. mehr Bier und, was Genußmittel anbetrifft, um 16 v. H. mehr Zigaretten, um 40 v. H. mehr Zigarren als 1933 verbraucht.

Wenn nun alle Volksgenossen, die auf eine Verfeinerung und Steigerung ihrer Lebenshaltung Wert legen, den Fehler begehen würden, zu einem falschen Zeitpunkt auf den Erwerb bestimmter Nahrungsmittel bestehen zu wollen, dann können natürlich in der Versorgung mit Nahrungs- und Genußmitteln gewisse Störungen auftreten.

Deutschland hat durch den Reichsnährstand auf vielen Gebieten die Nahrungsmittelproduktion völlig sichergestellt. In diesem Jahre z. B. haben wir an Kartoffeln, Rüben und Zucker einen Überfluß. Kohl, Kartoffeln, Fische kann man reichlich kaufen und, nebenbei gesagt, ist gerade Fisch nachweislich besonders nahrhaft.

In manchen Zeiten wird man morgens zum Frühstück das Brot mit einer schmackhaften Marmelade bestreichen statt mit Butter. Es ist kaum anzunehmen, daß der Marmelade essende Volksgenosse plötzlich an Darmverschlingung zugrundegehen muß. So mancher wohlsituierte Volksgenosse wird vielleicht, um ein anderes Beispiel zu nennen, entdecken, daß auch ein Bückling gut schmeckt.

Auch in Zukunft soll nicht etwa daran gedacht werden, den Verzehr und Verbrauch an Ernährungsgütern einzuschränken, sondern lediglich daran, durch vernünftiges Einkaufen und gewisse Verlagerung von vornherein Störungen zu vermeiden. Rog.

Millionen, die gespart werden können

Der Rost frißt jährlich 120 Millionen Mark. An Eisenbahnoberbauten vernichtet er Werte für 14 Millionen Mark, bei Hoch- und Brückenbauten für 31 Millionen Mark, an Walzdrähten (Drahtzäune) wird der Verlust auf 26 Millionen Mark geschätzt.

Diese Rostverluste werden von Jahr zu Jahr durch Schutzfarben, Einbauten und erhöhte Kontrolle herabgemindert.

15 Millionen Zentner Kohl warten auf Käufer! Das nasse Jahr hat unseren Weißkohl in kaum geahnter Weise gedeihen lassen. Die Nachfrage aber ist gering, weil der Gartenbau vielfach den Bedarf schon deckt.

In den größten Anbaugebieten, in Schleswig-Holstein, Ostfriesland und am Niederrhein, warten die Kohlbauern auf Käufer. Die Sauerkrautfabriken sind zwar angewiesen, soviel Weißkohl zu verarbeiten wie möglich, gleichwohl werden Unmengen verderben müssen, wenn nicht die Nachfrage steigt.

Sehr viele landwirtschaftliche Erzeugnisse werden in Säcken verfrachtet. Diese Säcke werden zum größten Teil aus Jute hergestellt, die wir einführen müssen. Sie erfordern auf dem Konto der Landwirtschaft jährlich einen Wert von 12,5 Millionen Mark.

Die Erfahrung hat gezeigt, daß 30 v. H. des in der Landwirtschaft verwendeten Sackmaterials völlig verlorengeht, weil die Säcke unzweckmäßig und unsorgsam behandelt werden.

Auch hier können durch sorgfältigere Behandlung der Säcke Material und Devisen gespart werden. Rei.

Digitized by Google

HJ. im Einsatz

Die Erfüllung der Anforderungen an die deutsche Landwirtschaft, die im Rahmen des neuen Vierjahresplanes wiederum herausgestellt wurden, ist neben der intensivsten Bewirtschaftung des Bodens vor allem eine Frage der Sicherung der nötigen Arbeitskräfte. Es genügt nicht allein, der noch bestehenden Landflucht entgegenzuwirken, es müssen vielmehr in steigendem Maße Volksgenossen wieder in die landwirtschaftliche Arbeit zurückgeführt werden.

Der Landdienst der HJ. sieht seine wesentliche Aufgabe darin, schon in den jungen Kameraden aus den Städten die Liebe zur Scholle zu wecken und sie zu bewegen, sich der landwirtschaftlichen Tätigkeit zuzuwenden. Er hat hierbei an die Bestrebungen der Artamanen angeknüpft, die sich schon 1924 bemühten, die Jugend, die bereit ist, sich auf dem Lande eine neue Existenz zu gründen, um sich zu scharen. Die HJ. richtet nunmehr ihre Aufmerksamkeit auf eine ständige soziale Hebung des Landarbeiterstandes in fruchtbarer Zusammenarbeit mit dem Reichsnährstand. Den Titel Landarbeiter wird in Zukunft nur der führen können, der in vierjähriger Ausbildungszeit den Befähigungsnachweis erbracht hat. Damit ist eine wichtige Grundlage geschaffen, welche die Errichtung von Neubauernstellen mit ermöglicht.

Wer weiß, welch liebevoller Hingabe es bedarf, um Menschen, die in den Städten aufgewachsen sind, wieder auf das Land zurückzuführen, wird erst die Arbeit der Landdienstgruppen zu schätzen wissen. Wenn zur Zeit auch nur 6000 Jungens und Mädchen im Einsatz stehen, so wird sich diese Zahl ständig ergänzen und vergrößern aus der Millionengefolgschaft der HJ.

Die Teilnahme des Reichsjugendführers an dem Reichstreffen der Landdienstgruppenführer in Tilsit hat die Bedeutung dieses Einsatzes der Hitlerjugend im Dienste an der Scholle klar zum Ausdruck gebracht. Unt.

Wirtschaftspolitik und Ausland

Sozialer Friede in Frankreich?

Es ist kein gutes Zeichen, wenn eine Regierung einer fragwürdigen politischen Entwicklung durch wirtschaftliche Maßnahmen zu steuern versucht. Wenn die innere Festigkeit nicht gewährleistet ist, werden Wirtschaftsmaßnahmen immer den Charakter von Experimenten tragen, da eine Arbeit auf große Sicht unter solchen Umständen aussichtslos ist. Ist dieser Weg einmal beschritten, müssen weitere Experimente folgen.

Dem französischen Versuch, von der Seite des Verbrauches her die Ankurbelung der Wirtschaft vorzunehmen, folgte die plötzliche Abwertung des Franc. Dabei hat die Regierung diese Möglichkeit vor wenigen Monaten — während des Wahlkampfes — weit von sich gewiesen.

Was nützt es, eine Abwertung durchzuführen, die den Außenhandel beleben soll, wenn zur gleichen Zeit die Erzeugung sinkt. Welchen Sinn hat diese Abwertung — von einer Regierung vorgenommen, deren Vertrauen erschüttert ist — wenn große Teile der Bevölkerung, die in der Abwertung eine Entwertung ihres Geldes sehen, ihre Ersparnisse in Sachwerten anlegen und dadurch das Preisgebäude infolge der starken Nachfrage ins Wanken bringen? Zeugt es von einer zukunftsvollen Entwicklung, wenn der Londoner Versicherungsmarkt von französischen Angeboten überschwemmt wird? Sieht es so am „Vorabend einer allgemeinen sozialen Befriedung" aus?

Der Führer Deutschlands hat der Nation wiederholt vor Augen geführt, daß die hohen Ziele des Nationalsozialismus nur dann erreicht werden, wenn hinter die Entschlossenheit der Führung der einheitliche Wille der Nation tritt. „Niemals darf in Deutschland die innere Ordnung — die Voraussetzung unseres Lebens — eine Störung erfahren, weder politisch, noch wirtschaftlich! Wir sind nicht in der Lage, es dem einzelnen freizustellen, zu tun, was er tun will." Unt.

Digitized by Google

Tut ihnen die Abwertung schon wieder leid?

Die jüngst vergangene Abwertung europäischer Staaten veranlaßte das Ausland, sich in weitestem Maße mit der Möglichkeit und den Aussichten einer deutschen Abwertung zu befassen.

Wir erinnern uns an die ausländischen Pressestimmen dieses Frühjahres zum selben Thema. Jede Veröffentlichung zu dieser Frage in den deutschen Zeitungen, jede Äußerung eines deutschen Wirtschafters wurde genauestens unter die Lupe genommen. So kam man zu dem Ergebnis: es müsse in Deutschland Anhänger und Gegner einer Abwertung geben. Zu den Erstgenannten wurden die „radikalen" Nationalsozialisten gezählt, während die Gegner der Devalvation sich angeblich unter der Führung des Reichsbankpräsidenten Dr. Schacht sammelten.

Diese Gerüchte sind so schnell wieder verschwunden, wie sie entstanden waren. Das Ausland wandte sein Interesse anderen Dingen zu.

Plötzlich — die Zeitungsleute scheinen ein sehr kurzes Gedächtnis zu haben — lesen wir wieder in den Spalten derselben Auslandspresse, daß Dr. Schacht schon wieder abwerten wolle, die Nationalsozialisten aber aus demagogischen Gründen sich verzweifelt dagegen wehren.

Man hat sich anscheinend in der Ansicht geeinigt, daß in wirtschaftspolitischen Dingen zwischen Dr. Schacht und der Partei grundsätzlich Gegnerschaft besteht.

Moskau jedoch ist den Dingen in alter Gründlichkeit bis auf den letzten Grund gegangen: dieser Gegensatz zwischen Dr. Schacht und den Nationalsozialisten besteht ja in Wirklichkeit gar nicht, Dr. Schacht, dieser Komödiant, gaukelt diese vermeintliche Gegnerschaft nur dem Auslande vor, um weitere Zugeständnisse zu erpressen.

Die Auslandspresse beschäftigt sich etwas zu auffallend mit unseren Angelegenheiten. Ihr Interesse für die deutsche Abwertung ist verdächtig. Haben sie sich vielleicht gar in uns getäuscht?

Tut ihnen die Abwertung schon wieder leid? Ge.

Geschmackvolle Sammelmappen

für den Jahrgang 1936/37 der „Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP." sind vom Zentralverlag der NSDAP. zum Preise von RM. 1,20 herausgebracht worden.

Die Sammelmappen sind in hellem graubraunem Ganzleinen-Einband mit dunkelbraunem Aufdruck hergestellt und mit einer neuartigen Einhängevorrichtung ausgestattet, die ein schnelles und gleichmäßiges Einordnen der einzelnen Hefte ermöglicht.

Bestellungen sind an den Zentralverlag der NSDAP., München 2 NO, Thierschstraße 11, zu richten. Ni.

„Die zweite Arbeitsschlacht"

Die Rede des Leiters der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. Bernhard Köhler auf dem Reichsparteitag der Ehre zu Nürnberg 1936 ist inzwischen als Broschüre im Zentralverlag der NSDAP. erschienen.

Der Preis der Broschüre beträgt RM. -.50

Bei Bestellung einer größeren Stückzahl ermäßigt sich der Preis wie folgt:

Bei Abnahme von

50 Stück	**je Stück RM. -.44**
100 Stück	**je Stück RM. -.40**
1000 Stück	**je Stück RM. -.36**
10000 Stück	**je Stück RM. -.32**

Die Schrift kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden oder durch den Zentralverlag der NSDAP., München 2 NO, Thierschstraße 11.

Die Schrift gibt dem Propagandisten die grundlegenden Ausführungen des Leiters der wirtschaftspolitischen Truppe der NSDAP. zum zweiten Vierjahresplan!

Digitized by Google

Plan oder Planlosigkeit?

Die Einstellung der Auslandspresse zur deutschen Wirtschaftspolitik war schon immer etwas eigenartig. Sie sah die Dinge immer mit ganz anderen Augen wie wir im Inlande. Immerhin ist es nicht gerade alltäglich, wenn die Dinge direkt auf den Kopf gestellt werden. Die „Wiener Wirtschaftswoche" (vom 23. 9. 1936) kann für sich in Anspruch nehmen, auf dem Gebiet der Tatsachenverdrehung Bahnbrechendes geleistet zu haben, wenn sie schreibt, die Vierjahrespläne seien nur aufgestellt worden, um die deutsche Planlosigkeit zu verdecken.

Wollte der Verfasser durch diese paradoxe Gegenüberstellung von Plan und Planlosigkeit besonders „geistreich" sein oder wollte er damit objektive Erkenntnisse, nach bestem subjektivem Können natürlich, wiedergeben?

Nun, der zweite Vierjahresplan wird ebenso erfüllt werden wie der erste; dafür bürgt uns schon die Person des Beauftragten für diesen Vierjahresplan. Der Verfasser will ja allerdings auch den ersten Vierjahresplan als Teil der allgemeinen Planlosigkeit bezeichnen; da dürfen wir ihn vielleicht auf einen Aufsatz in der in Paris erscheinenden „Revue d'Economie Politique" (Juli/August 1936) verweisen, in dem nach eingehender Prüfung und Kritik der deutschen Wirtschaftsverhältnisse der Verfasser zu dem Ergebnis kommt, daß nach Beendigung des ersten Vierjahresplanes die deutsche Wirtschaft sich in unendlich besseren Verhältnissen als 1933 befinde. Zu demselben Ergebnis muß jeder kommen, der sein Urteil auf genaue Tatsachenkenntnis stützt.

Etwas anderes ist es natürlich, wenn ein Ausländer die Zukunft des zweiten Vierjahresplanes beurteilen will. Es fehlt ihm das glaubensstarke Vertrauen in die nationalsozialistische Tatkraft, es fehlt ihm der Glaube an die unerhörten Fähigkeiten des deutschen Menschen. Hier können wir es daher eher verstehen, wenn Zweifel an der Durchführbarkeit des zweiten Planes geäußert werden. Es ist aber festzustellen, daß die kritischen Betrachtungen über den Plan viel weniger auf dem fehlenden Glauben an die deutsche Wirtschaftspolitik als vielmehr auf einer äußerst lückenhaften Erkenntnis des Warum und Wozu dieses Planes beruhen.

Der alte Glaube des Auslandes an doktrinäre Wirtschaftsansichten des Nationalsozialismus verleitet viele ausländische Zeitungen dazu, in dem Plan ein Bekenntnis zum schrankenlosen Autarkiegedanken zu sehen. Sie sprechen von einer selbst gewählten Isolierung der deutschen Wirtschaft und übersehen dabei geflissentlich, daß ihre Staaten die trennenden Schranken errichtet haben. Deutschland hat nur die notwendigen Schlußfolgerungen gezogen aus einer bereits bestehenden Isolierung, aus dem Schrumpfen des Außenhandelsvolumens. Deutschland will sich wirtschaftliche Waffen schaffen, um am wirtschaftlichen Verhandlungstisch der Völker entsprechend auftreten zu können. Deutschland hat einmal vor Versailles seine Waffen abgeliefert im Glauben an die Ehrlichkeit unserer Gegner. Deutschland wird dies niemals wiederholen!

Und das ist der eigentliche Sinn des Vierjahresplanes, uns wirtschaftlich wieder verhandlungsfähig zu machen, wie wir es politisch durch den Aufbau unserer Wehrmacht geworden sind. Die Verwirklichung unseres Rechtes auf Arbeit soll nicht vom guten oder schlechten Willen des Auslandes abhängig sein!

Ge.

Dahin führt Verstaatlichung!

In der „DJZ Moskau" befindet sich eine Anzeige des Volkskommissariats für Innenhandel der UdSSR (!): „10-Tagewoche der Krawatte vom 6.— 15. Oktober in Geschäft Nr. 1. Jeder muß die 10-Tagewoche besuchen! Große Auswahl von Krawatten neuester Mode! Reiches Lager in Kragen, Krawattenhaltern, Kragen- und Manschettenknöpfen!"

Die Ankündigung zwingt uns zu einem Vergleich. In Deutschland würde nämlich eine entsprechende Anzeige lauten: „Kommt und schaut! Heute Hosenknöpfe, Näh- und Stecknadeln auf Lager! Das Reichswirtschaftsministerium. gez. Dr. Schacht."

Rog.

Digitized by Google

Gummipflanzer befürchten die Konkurrenz des Buna

Nach einer Meldung der „India Rubber World" zwingt die Furcht vor der Konkurrenz des deutschen Buna die Kautschukpflanzer auf den Sundainseln zu besonderen Abwehrmaßnahmen.

Wir alle wissen, daß die Kohleverflüssigung zur Gewinnung von Treibstoffen schon seit Jahren erprobt ist. Preßstoffe ersetzen in steigendem Umfange Metalle, Zellwolle verdrängt die Baumwolle nicht nur bei uns, sondern auch in Italien, Japan und — was besonders bemerkenswert ist — auch in den Vereinigten Staaten und in England.

Wichtige Rohstoffe können also im eigenen Lande künstlich hergestellt werden, nicht als Ersatz, sondern als gleichwertige, oft als verbesserte Rohstoffe, die für immer an die Stelle der alten treten.

Wenn die Gummipflanzer die Konkurrenz des Buna fürchten, dann nicht nur, weil unser Erzeugnis ein gleichwertiger Ersatz ist, wohl aber deshalb, weil Buna — oder genauer die verschiedenen Sorten von Buna und Budatien — für viel mehr Verwendungszwecke geeignet ist, als der Plantagengummi. Der Preis für Buna liegt heute noch etwas höher als der für Plantagengummi. Dieser Mehrpreis macht sich aber schon jetzt für viele Verwendungszwecke bezahlt. Und es ist zu erwarten, daß Buna bald den bisher verwendeten Gummi auch im Preis eingeholt haben wird.

Die Ängste der Kautschukpflanzer sind für uns wieder ein Beweis, daß wir mit dem Vierjahresplan auf dem richtigen Wege sind. Ge.

Partei - Staat - Stände und Verbände

Neugliederung der Arbeitslosenstatistik

Wir können uns Statistiken aus dem öffentlichen Leben nicht mehr fortdenken. Sie sind für uns Erfolgmesser oder Warnsignal.

Während der letzten Arbeitsschlacht war es vor allem eine Kurve, der mehr als unser Interesse, ja unsere Sorge galt: die der Arbeitslosigkeit.

Heute weist die Arbeitslosenstatistik noch über eine Million Arbeitslose auf. Vor kurzem haben wir aus berufenem Munde gehört, daß sie Arbeitslose enthalte, die in keinem Land der Erde als Arbeitslose angesehen würden. Es sei zwar nicht genau zu schätzen, wie groß der Anteil der „echten Arbeitslosen" an der Gesamtziffer (von damals 1,17 Millionen) sei. Bei vorsichtiger Schätzung dürfe man aber 400 000 vorübergehende Arbeitslose und 300 000 Arbeitslose rechnen, die für eine Vermittlung nicht mehr in Frage kämen. Der Rest — rund 500 000 seien die wirklichen Arbeitslosen, die noch in der Wirtschaft unterzubringen seien.

Bernhard Köhler hat diese Reform der Arbeitslosenzählung in seiner Rede vom 5. Dezember vorigen Jahres („Partei und Wirtschaft") gefordert. Nun wird die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung erstmals ab Oktober 1936 die Arbeitslosenstatistik neu gliedern nach der Einsatzfähigkeit der Arbeitsuchenden.

Die Entwicklung des Arbeitseinsatzes in Deutschland wird heute ja nicht mehr so sehr dadurch gekennzeichnet, daß noch eine Million Arbeitsloser in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden muß, sondern vielmehr schon dadurch, daß in beachtlichen Erwerbszweigen (Metallindustrie, Baugewerbe, Landwirtschaft) ein ausgesprochener Mangel an Facharbeitern herrscht. Die statistisch noch existierende Million von Arbeitlosen muß deshalb kritisch untersucht werden, um alle tatsächlich vorhandenen Reserven an voll einsetzbaren Arbeitskräften örtlich und fachlich festzustellen.

Digitized by Google

Diesem Zwecke dient die neue Aufgliederung der Statistik, die für den Monat Oktober aus der Vereinigung der Vermittlungs-, Versicherungs- und Unterstützungsstatistik erwartet wird. Darüber hinaus schafft die Aufgliederung der Statistik zugleich Unterlagen für den zwischenbezirklichen Ausgleich und für die Umschulung.

Der Vierjahresplan zwingt uns, alle Möglichkeiten des Arbeitseinsatzes auszuschöpfen, um die hohen Ziele zu erreichen. So gibt auch die Reform der Arbeitslosenstatistik wiederum die Voraussetzung für weitere Maßnahmen.

Ni.

Großkundgebung der Kommission in Berlin

Am 4. Dezember 1936 abends findet in Berlin eine Großkundgebung des Gauwirtschaftsberaters des Gaues Berlin der NSDAP. statt. Es spricht der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. Bernhard Köhler über „Die Beseitigung der Armut".

Für nur 30 Pfennig

erhalten Sie ab Januar 1937 die „Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP."

zweimal monatlich

im Gesamtumfang von 40 – 48 Seiten zugestellt. Die damit gebotene Leistung ist gegenüber der bisherigen doppelt so groß, während sich der Preis um nur 10 Pfennig, also um die Hälfte erhöht.

Bei der bisherigen monatlichen Erscheinungsweise sind aktuelle Fragen oft zu kurz gekommen. Aus diesem Grund haben wir uns entschlossen, die „Mitteilungen" ab 1. Januar 1937 zweimal im Monat herauszugeben; denn diese Erscheinungsweise ermöglicht es uns erst, den Inhalt der „Mitteilungen" auf die besondere Aufgabe eines zuverlässigen Beraters und unentbehrlichen Hilfsmittels für den wirtschaftspolitisch tätigen Parteigenossen und den Propagandisten der Partei abzustellen; auch die dadurch bedingten Erfordernisse, hinsichtlich der Aktualität, Vielseitigkeit und Reichhaltigkeit können dann erfüllt werden.

Wir werden dann auch gelegentlich durch Sonderaummern wichtige Zeitfragen ausführlich behandeln. So ist bereits eine

Sondernummer über die neuen Rohstoffe

geplant, deren Inhalt und Termin wir Ihnen noch bekannt geben werden. Die „Mitteilungen" werden Sie überhaupt ständig über den Fortgang der zweiten Arbeitsschlacht und die Verwirklichung des Rohstoffprogrammes unterrichten.

Durch diese Ausgestaltung der „Mitteilungen" werden außerdem noch weitere Kreise der Partei erfaßt und wirtschaftspolitisch ausgerichtet werden.

Verantwortlicher Schriftleiter: Udo Pfriemer, München 23, Herzog Wilhelmstr. 32 (Reichsadler) Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, Thierschstraße 11 / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Nur durch die Dienststellen der NSDAP. / Erscheinen: Zu Beginn des Monats / Abdruck: Nur mit Genehmigung der Schriftleitung / Preis des Heftes: 20 Pfennig.

Digitized by Google

Mitteilungen der Kommission für

Wirtschaftspolitik der NSDAP

Heft 10 Jahrgang 1

Nachdruck - auch auszugsweise - nicht gestattet!

Der Führer
auf dem Reichsparteitag 1933:

Es hat niemand ein moralisches Recht zu fordern, daß andere tätig sind, um selbst nicht tätig sein zu brauchen, sondern es hat jeder nur das Recht zu verlangen, daß die staatliche Organisation eines Volkes Mittel und Wege findet, um jedem Arbeit zukommen zu lassen.

Aus dem Inhalt:

Bernhard Köbler:
Weltwirtschaftliche Abhängigkeit der deutschen Wirtschaftspolitik?

Edgar Bissinger:
Gedanken zum Rohstoffkampf im Handwerk

Alf Noll:
Nationalsozialistische Wirtschaftspublizistik

Fritz Reipert:
Wirtschaftspolitik und Presse

Ohne das Recht auf Arbeit kein Arbeitsfrieden

Die unsterbliche „Konjunktur"

Vierjahresplan der Landwirtschaft

Das Recht auf Arbeit und die Sowjetunion

Zur Beaufsichtigung der Kartelle

Dezember 1936

Zentralverlag der NSDAP

Digitized by Google

Bernhard Köhler:

Weltwirtschaftliche Abhängigkeit der deutschen Wirtschaftspolitik?

Zur rechten Zeit entlarven sich die Bremsklötze und Widerhaken gegen das Vordringen nationalsozialistischen Bewußtseins immer wieder selbst. Das ist noch ein Glück, denn sonst könnte es zuweilen scheinen, als ob wir mit unserer unablässigen Verfolgung mehr oder weniger getarnter reaktionärer Anschauungen gegen nur eingebildete Gegner losgingen, vielleicht um der süßen Gewohnheit rednerischer oder schriftstellerischer Angriffe aus der Kampfzeit nicht entraten zu müssen. Leider Gottes aber legen uns viele Zeitungsblätter Zeugnisse auf den Tisch, wie notwendig es ist, auch nur die allerprimitivsten Voraussetzungen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik aufzuklären.

hängt unsere Arbeit vom Export ab?

In einer sonst sehr guten und vor allem in bester Absicht geführten und geschriebenen Zeitschrift ist in einer Betrachtung über das „Ausmaß der aktiven Konjunkturpolitik des Staates" zu lesen, daß sich

> „die übrige Welt mit den Mitteln überhüllter Zollmauern, der Einfuhrkontingente und der Einfuhrverbote gegen einen größeren Güteraustausch abgeschlossen habe und daß infolgedessen die Rohstoffzufuhr Deutschlands stark eingeschränkt sei."

An diese an sich richtige Bemerkung schließt sich nun folgender Satz:

> „Das Ausmaß der aktiven Konjunkturpolitik des Staates muß auf alle diese Gegebenheiten der Weltwirtschaft Rücksicht nehmen, denn täte sie es nicht, so würde sich bei einem noch weiter gesteigerten Beschäftigungsgrade der Wirtschaft sehr bald ein solcher Rohstoffmangel bemerkbar machen, daß allgemeine Preissteigerungen in der Wirtschaft unausbleiblich wären . . . Soll also dem Arbeiter der jetzige Lebensstandard erhalten bleiben, so ist der aktiven Konjunkturpolitik des Staates und damit auch seiner jeweiligen Verschuldung die Grenze durch das Ausmaß gesetzt, in welchem durch eine aktive Exportpolitik die für die Einfuhr der Rohstoffe erforderlichen Devisen beschafft werden können."

Diese Ausführungen bilden die Antwort auf eine Frage, die eine Spalte vorher aufgeworfen war:

> „Wenn nun der Staat durch seine aktive Konjunkturpolitik bisher arbeitslose Menschen wieder in den Arbeitsprozeß zurückführen kann, so fragt es sich, warum sich die aktive, auf die Beseitigung der Arbeitslosigkeit gerichtete Konjunktur des Staates nicht bis zu einem Ausmaße steigern läßt, durch das auch der letzte Arbeitslose vom Arbeitsmarkt verschwindet."

Digitized by Google

Der Verfasser will also sagen: die eingeschränkte Rohstoffversorgung infolge des gehemmten Exports ist die Ursache davon, daß bis heute noch nicht sämtliche Arbeitslosen bis zum letzten verschwunden sind. Das heißt also auf deutsch, die Möglichkeit für den deutschen Arbeiter, von seiner Arbeit zu leben, hängt davon ab, daß das Ausland die nötigen Bestellungen bei uns macht. Und wenn es dies nicht tut, so muß das deutsche Volk eben die Hände in den Schoß legen oder aber seine Arbeit zu solchen Bedingungen anbieten, die das Ausland uns diktiert, damit das Ausland sich zu Aufträgen an uns entschließen kann.

Zufällig ist nun der Verfasser ein Parteigenosse, dessen guter Glaube, guter Wille und saubere Überzeugung außer Zweifel steht. Um so größer ist die Notwendigkeit, klarzumachen, daß seine Feststellungen sachlich falsch und politisch geradezu verheerend sind.

Zum Sachlichen: Wo steht geschrieben, daß wir die noch anzusetzenden Arbeiter durchaus in Gewerben beschäftigen müßten, in denen fremde Rohstoffe gebraucht werden? Wo steht ferner geschrieben, daß der auftauchende Mehrverbrauch an Gütern, die diese Arbeiter für ihren nunmehr wieder verdienten Lohn kaufen, durchaus in solchen bestehen müßten, die bisher mit ausländischen Rohstoffen hergestellt worden sind?

Vernünftigere Rohstoffbewirtschaftung!

Es unterliegt doch keinem Zweifel, daß es eine, wenn vielleicht auch mit Mühe, aber doch jedenfalls bei festem Willen zu bewältigende Aufgabe ist, den vermehrten Bedarf an Verbrauchsgütern der nunmehr wieder erwerbsfähigen Volksgenossen ohne Steigerung der Einfuhr zu decken. Das mag im einzelnen allerhand Nachdenken und verzweifelte Kämpfe zwischen den verschiedenen Ressorts kosten. Aber hiezu sind ja die Ressorts da, um solche Aufgaben zu lösen und auch bei gegensätzlichen Motiven eine einheitliche Lösung zu finden. Ferner besteht doch gar kein Zweifel darüber, daß wir außer Erzeugung von Gütern, zu denen wir ausländische Rohstoffe brauchen, auch noch eine ganze Anzahl von Vorhaben ausführen könnten, zu denen wir solche nicht brauchen. Infolgedessen ist es einfach nicht richtig, wenn man grundsätzlich den Mangel an Rohstoffen für die bisher noch verbliebene Arbeitslosigkeit verantwortlich macht. Man verwechselt dabei einen grundsätzlichen Tatbestand mit einem durch die besonders vordringlichen Aufgaben des Reiches und die bisherige Struktur der deutschen Wirtschaft augenblicklich gegebenen Sachverhalt. Selbstverständlich wäre es eine außerordentliche Erleichterung für uns, wenn wir die gewohnten Rohstoffe in beliebiger Menge beziehen und infolgedessen Kupferleitungen, Nickellegierungen, Automobilreifen, baumwollene Wäsche- und Kleiderstoffe usf. usf. ebenso beliebig herstellen könnten. Denn wir würden dann ein Erzeugungsprogramm aufstellen und durchführen können, als wenn wir die benötigten Rohstoffe im eigenen Lande zur freien Verfügung hätten. Wir würden dann schmerzliche Bewirtschaftungsmaßnahmen, Kurzarbeit und verschiedene andere unbequeme Erscheinungen nicht auf uns nehmen müssen und würden selbstverständlich auch manchen Mann und manche Frau bei jenen Produktionen verwenden können, die unter den gegebenen Umständen in ihren gewohnten Beruf wieder eingesetzt werden könnten.

Digitized by Google

Nicht „Arbeitslosigkeit" ist die Frage — Mangel an gelernten Arbeitern!

Dies heißt aber doch nicht, daß diese selben Volksgenossen überhaupt nichts anderes tun könnten und daß wir überhaupt keine Arbeit für sie hätten. Vielleicht hat es sich noch nicht genügend herumgesprochen, daß gerade in einigen Gewerben, in denen sehr scharfe Rohstoffzuteilungen vorgenommen werden müssen, der Bedarf an Arbeitskräften sogar besonders groß ist und daß viele zur Ausfüllung von Arbeitsplätzen in diesen Gewerben erst angelernt oder umgeschult werden mußten. In noch recht vielen Fällen würde die Darbietung von Umschulungsmöglichkeiten noch manchen Arbeitslosen schnell in Arbeit bringen!

Ein sachlicher Grund dafür, daß scheinbar noch immer eine recht erhebliche Anzahl von Arbeitslosen vorhanden ist, liegt darin, daß es in vielen Fällen sehr schwer ist, den ansässigen Arbeitslosen zu einem Ort zu führen, an dem Arbeit zu leisten wäre, ferner, daß eine große Anzahl von Arbeitslosen noch gar nicht begriffen hat, wie wenig Aussicht ihnen der bisherige Beruf überhaupt noch bieten kann und auch darin, daß die statistisch gezählten Arbeitslosen auch eine große Zahl von nur beschränkt Erwerbsfähigen in sich fassen. Wir könnten eine ganze Anzahl von Vorhaben ausführen und würden es tun, wenn wir da, wo wir sie brauchen, auch die entsprechenden Arbeiter zur Verfügung hätten. Grundsätzlich ist die Finanzierung einer neuen Arbeit solange möglich, solange ich einen Mann mit den nötigen Arbeitsmitteln zusammenbringen kann!

Praktisch bedeutet dies, daß wir solange in der Finanzierung neuer Arbeit fortfahren können, solange wir für jeden Volksgenossen genügend Brot im Lande haben. Die einzige Einschränkung einer selbstbestimmten Wirtschaftspolitik zur Beseitigung auch des letzten Arbeitslosen würde der tatsächliche Hunger bedeuten. Solange wir aber nicht ausgehungert werden können, solange können wir auch Arbeit schaffen — wenn dies auch vielleicht gelegentlich zur Störung des Wohlbefindens solcher führt, die auf einen gewissen höheren Lebenszuschnitt nicht gern verzichten!

Ist unsere Wirtschaftspolitik denn eine „Aktive Konjunkturpolitik"?

Viel gewichtiger als der sachliche Irrtum ist jedoch der politische, den der Verfasser begeht. Und nur weil er diesem politischen Irrtum verfallen ist, hat er nicht vermocht, die Sachfrage bis zu Ende zu bekommen. Bei dieser Gelegenheit wird gleichzeitig offenbar, welches Unheil das gerade angerichtet hat, die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik sei gekennzeichnet als „aktive Konjunkturpolitik". Ist es denn nationalsozialistische Politik, der ihre Grenze durch das Ausmaß gesetzt ist, in dem das Ausland unsere Waren abnimmt oder in dem wir die Bedingungen des Auslands zu erfüllen bereit sind?

Wir haben niemals behauptet, auf einer Insel zu sitzen oder mit dem Kopf durch die Wand rennen zu können — wenn auch gelegentlich schon ganze Wände von Dummheit nachgegeben haben und eingestürzt sind, wenn wir dagegen anrannten. Wir wissen sehr wohl, daß wir über die Grenzen unseres Reiches hinaus nichts zu befehlen haben und daß wir infolgedessen beim internationalen Warenaustausch auch stets auf die Bereitwilligkeit unseres

Digitized by Google

ausländischen Geschäftspartners angewiesen sind. Ist er nicht willig, so kommt eben das Geschäft nicht zustande. Aber gerade deshalb muß die politische Führung des Volkes ihre Zielsetzung so wählen, daß sie sicher ist, unter allen Umständen ihr Vorhaben durchzuführen. Geht sie von diesem Grundsatz ab, so überantwortet sie den politischen Befehl an das Ausland. Sie macht ihre Volksgenossen und deren Lebenserhaltung von dem guten Willen des Auslandes abhängig. Und so gern wir durch gesteigerten Export feiernde Arbeitskräfte unterbringen würden: Daß dies *nur* durch den Export möglich wäre und daß wir also vom guten Willen des Auslandes *abhängig* wären, dies ist nicht der Fall.

Die Lebenserhaltung unseres Volkes liegt in der eigenen Kraft

Denn wie oben sachlich dargelegt, könnten wir die restlose Beseitigung der Arbeitslosigkeit aus eigener Kraft vollenden, wenn diese Beseitigung der Arbeitslosigkeit gegenwärtig überhaupt noch mit den Methoden durchführbar wäre, die wir anwenden konnten, als wir aus dem Vollen schöpften. Politisch aber darf unter gar keinen Umständen der Glaube wieder aufkommen, der die Vergangenheit beseelt hat, daß wir teils auf den guten Willen des Auslandes, teils auf unser Wohlverhalten ihm gegenüber unsere Politik gründen könnten.

Das dürfen wir gar nicht. Es heißt mit dem nationalsozialistischen Entschluß und dem strategischen Grundsatz aller nationalsozialistischen Politik brechen, wenn man sie in ihren eigentlichen Entschlüssen abhängig sieht von „Gegebenheiten der Weltwirtschaft". Wir haben selbstverständlich im Einzelfalle unsere Maßnahmen an der Tatsache auszurichten, daß ein erheblicher Teil unserer Wirtschaft auf den internationalen Warenaustausch abgestellt ist. Wir haben uns mit den Schwierigkeiten, die daraus entstehen, immer wieder auseinanderzusetzen, wir haben zu suchen, daß wir sie überwinden, wir haben uns, wenn dies nicht geht, damit abzufinden, aber wir haben niemals die Hände in den Schoß zu legen und zu sagen: Weil das Ausland nicht will, ist es bis hierher gegangen, und weiter geht es nicht.

Denn wenn dies wahr wäre, würden alle jene recht behalten, die glauben, daß der Nationalsozialismus mit seiner Verkündung des Rechtes auf Arbeit für jeden Volksgenossen ein gefährliches, romantisches und letztlich undurchführbares Experiment begangen hätte. Jene würden recht behalten, die behaupten, daß die Lebenserhaltung eines Volkes nicht in seiner eigenen Kraft und in seinem eigenen Willen liegt, sondern von der Duldung, der Gnade und der Genehmigung der Weltwirtschaft abhängt. Und jene würden recht behalten, die mit teuflischem Grinsen den Augenblick herbeisehnen (und ihn deswegen immer als unausweichlich propagieren, damit er leichter herbeikommen möchte), in dem das deutsche Volk, weil es keinen anderen Ausweg weiß, sich aufs neue in die Fesseln des internationalen Kapitalismus begibt.

Das ist der letzte Hintergrund aller jener Beweisführungen, die auf die Abhängigkeit von der Weltwirtschaft hinweisen und die technischen Schwierigkeiten, denen unser Freiheitskampf begegnet, dazu benutzen, um sie als grundsätzliche Gegebenheiten aufzufrisieren. Der Kampf geht ganz einfach darum, ob das deutsche Volk recht hat, wenn es die sozialistische Freiheit seiner Arbeit verkündet hat, oder ob der internationale Kapitalismus recht hat,

Digitized by Google

der behauptet, die deutsche Arbeit sei auf ewig ihm zur Sklaverei überantwortet.

Hier darf es kein Vertuschen und keine Brechung der geraden Linie geben. Um Wirtschaftsbelebung im Benehmen mit der Weltwirtschaft durchzuführen, hätten wir keine nationalsozialistische Revolution gebraucht. Wir haben aber eine nationalsozialistische Revolution gemacht, weil wir die Freiheit des deutschen Volkes zu erkämpfen hatten.

Edgar Bissinger:

Gedanken zum Rohstoffkampf im Handwerk

Die Arbeitsmethoden des Handwerks sind vielfach veraltet. Der Maschineneinsatz im Handwerk wurde vielfach vernachlässigt. Heute muß sich das Handwerk doppelt anstrengen, wenn es in einigen seiner Betriebszweige nicht ganz ins Hintertreffen kommen will. Es wird sich nämlich nicht nur modernisieren müssen, sondern es muß sich auch den Anforderungen des neuen Vierjahresplanes gewachsen zeigen. Dieser wird dem fortschrittlich denkenden Handwerksmeister allerdings auch neue Entwicklungsmöglichkeiten erschließen.

Es ist zweifellos richtig, daß sich die Entscheidung in unserer Rohstoffversorgung, insbesondere auf den Gebieten der Faserstoffe, mineralischen Öle und des Kautschuks, nicht auf dem Abschnitte des Handwerks abspielen wird, sondern daß sie in der Großindustrie fallen wird. Trotzdem aber sind die Probleme, die der Vierjahresplan in seinen Rohstoffbeschaffungs-, Verarbeitungs- und Verteilungsaufgaben dem Handwerk stellt, durchaus nicht zweitrangiger Natur.

Im Gegenteil, die Volks- und Lebensnähe der Millionenzahl der Handwerksbetriebe hat hier eine Aufgabe als technischer und vor allem psychologischer Schrittmacher der Großproduktion und des Massenverbrauchs zu erfüllen, die alle Handwerksangehörigen mit ihrer ganzen Arbeitskraft erfassen wird.

Es soll in diesem Zusammenhang weniger die psychologische Seite der Vorbereitung und Durchführung des Einsatzes irgendeines neuen deutschen Werkstoffes besprochen werden, obwohl gerade hier der Handwerksmeister durch sein fachmännisches Beispiel und Ansehen ungeheuer in Breite und Tiefe bei der Verbrauchsbeeinflussung wirken kann. Schon die Nennung eines Teilgebietes, wie die Verarbeitung unserer aus Stapelfasern hergestellten Stoffe im Bekleidungshandwerk, zeigt Bedeutung und Möglichkeiten genugsam auf. Würde jeder Handwerksmeister das Gerede von „Rein Wolle“ oder „Rein Baumwolle“ = Qualitätsstoff, unterlassen und dafür auf das Beispiel der Parteiuniformen, die seit Jahr und Tag hochprozentige eigene Faserstoffmischungen sind, verweisen und die jedermann bekannte Strapazier-, Wärm- und Tragfähigkeit dieser Stoffe ins Gedächtnis zurückrufen, wäre ein guter Schritt zur Bekämpfung des albernen Mißtrauens gegen die neuen Stoffe getan.

Digitized by Google

Umstellung der handwerklichen Schulung

Ebenso wird für den Verbraucher auch in allen anderen Handwerkszweigen das gute Beispiel Wunder wirken. Der Klempner oder Schlosser, der bestimmte Werkstücke dem Kunden gleich von vornherein in den vielfältigen Verwendungsmöglichkeiten neuer deutscher Rohstoffe anfertigt, vollbringt eine volkswirtschaftliche Mission; vor allem, wenn er sich stets vor Augen hält, daß er als „Fachmann" mit seinem Urteil die Meinung seiner gesamten Umgebung und seiner Abnehmer weitgehendst bestimmt.

Da vielfach jedoch gewisse Veränderungen in der Verarbeitung und Behandlung von Werkstücken aus neuen Stoffen nötig sind, ist es wichtig, daß er sein persönliches Wissen entsprechend erweitert. Einmal, um seiner eigenen Arbeit Dauerhaftigkeit zu verleihen und zum zweiten, um unmittelbare Verluste oder mittelbare Schädigungen durch vorzeitigen Verschleiß infolge falscher Behandlung zu vermeiden.

Zu dieser Schulung können jedoch keinesfalls die „Gebrauchsanweisungen" oder „Prospekte" der Großhandels- bzw. der Herstellungsfirmen als ausreichend betrachtet werden. Hier erwächst vor allem den Meister- und Gesellenfortbildungskursen eine besondere Aufgabe, in ihren Lehrplänen als vordringlichstes Problem diese Fragen zu berücksichtigen. Daß sich die Prüfungen in dieser Richtung umzustellen haben, ist eine Selbstverständlichkeit. Die Hauptaufgabe jedoch fällt hierbei der Fachpresse zu, deren umfassender und vielfältiger Aktionsradius am schnellsten auch den Letzten im Lande erreicht und deren Bedeutung im Hinblick auf diese Aufgabe kaum noch mehr herausgehoben werden kann. Im übrigen gelten diese Grundsätze ebenso für den Handwerkshandel, wie für den gesamten Handel.

Der Export des Handwerks

Ein Blick sei in diesem Zusammenhang auf den Handwerksexport und seine Förderung geworfen. Der deutschen Volkswirtschaft ist nur mit einem Export gedient, der Waren ins Ausland verbringt, die entweder ganz aus eigenen Rohstoffen und eigener Arbeit entstanden sind, oder bei denen die Veredelungstätigkeit den Kostenanteil des benötigten ausländischen Rohstoffes um ein Vielfaches übersteigt. Der Handwerksexport liegt bei dieser Einstufung der Bedeutung an guter Position, da hier von vornherein der Anteil der handwerklichen Eigenarbeit sehr hoch ist.

Damit ergeht aber erneut an alle Handwerksbetriebe, die hier in Betracht kommen, der Ruf, sich dieser Aufforderung nicht zu entziehen und nicht auf Grund der günstigen inländischen Absatzentwicklung die schwierigere Auslandskundschaft zu vernachlässigen.

Steuererleichterung bei Betriebsinvestitionen

Gleichzeitig damit müssen die ganzen Fragen der Technisierung der Handwerksbetriebe erneut aufgerollt werden. Die Verarbeitung der neuen Rohstoffe erfordert zum Teil neue Methoden und Maschinen, die von vornherein unter dem Gesichtswinkel der Leistungssteigerung bemessen werden müssen. In planvoller Weise werden sich insbesondere die Gewerbeförderungsstellen

Digitized by Google

dieser Investitionen annehmen müssen. Eine gute Hilfe in diesem Zusammenhang dürften die besonders bei den Kleinhandwerkern noch zu wenig beachteten und gekannten Reinhardt'schen Steuererleichterungen für solche Betriebsinvestitionen bilden.

Eine echte volkswirtschaftliche Rationalisierung

Vorausschauend darf nicht übersehen werden, daß diese Umstellung eine echte Rationalisierung im Sinne der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik darstellt. Alle früheren Rationalisierungen in der deutschen Wirtschaft und damit auch im Handwerk waren ausschließlich von rein kapitalistisch-egoistischen Gesichtspunkten bestimmt. Diese Rationalisierungen gingen also etwa so vor sich: Waren die Arbeitskräfte billig, wurden die Investitionskosten für Maschinen und Anlagen gespart, war die Arbeitskraft teuer, stellte man menschensparende Fließbandsysteme auf; waren ausländische Rohstoffe leicht heranzuführen und valutagünstig, zog man sie den weniger frachtgünstigen deutschen Rohstoffen vor. Jede Veränderung der Kalkulationsgrundlagen durch äußere Einflüsse konnte dementsprechend ganze Wirtschaftszweige bis zum Zusammenbruch erschüttern.

Im Rahmen dieses Aufsatzes können selbstverständlich nur einige große Linien der anzustrebenden Entwicklung im Handwerk angedeutet werden. Ihre genauere Behandlung in Einzelfragen muß den Fachleuten der entsprechenden Gebiete und auch den Erfahrungen der nächsten Monate überlassen bleiben. Wichtig ist jedoch, daß rechtzeitig gerade im Handwerk die zukunftweisenden Möglichkeiten des Vierjahresplanes von Anfang an erkannt und auch unter Opfern genutzt werden. Die Bereitschaft hierzu dürfte um so leichter sein, als jeder die Gewißheit haben kann, daß keine Anstrengung und kein Opfer umsonst ist, sondern im Gegenteil tausendfältige Frucht für die Volksgemeinschaft tragen wird.

Alf Noll:

Nationalsozialistische Wirtschaftspubliziſtik

Eine Reihe von Wirtschaftsschriftleitern sind am Werke, einen Wirtschaftsteil im nationalsozialistischen Sinne zu gestalten: Pg. Albach in der „Essener Nationalzeitung", Pg. Trautmann und Pg. Koch in der „Mitteldeutschen Nationalzeitung", Pg. Scheunemann bei der „Rheinischen Landeszeitung", Pg. Schäfer im „Westdeutschen Beobachter" und andere mehr. Im folgenden macht einer unserer rührigsten Wirtschaftspubliziſten den Fachgenossen einige Vorschläge.

Die im Juli von der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. veranstaltete Aussprache mit den Wirtschaftsschriftleitern der NS.-Presse gab Gelegenheit, allgemein die Frage aufzuwerfen, welche grundsätzliche Bedeutung die publizistische Behandlung des Wirtschaftlichen für die Bewegung hat. Es sind auch hier Klärungen notwendig und Folgerungen zu ziehen, um auf einem wichtigen Gebiete der Volkserziehung und der Erkämpfung der nationalsozialistischen Ziele ein Höchstmaß an Wirksamkeit zu erreichen.

Digitized by Google

Ganz allgemein muß gesagt werden, daß die publizistische Behandlung des Wirtschaftlichen noch nicht die ihr zukommende Bewertung unter den grundsätzlichen Gesichtspunkten der nationalsozialistischen Bewegung findet. Das hat verschiedene Gründe. Das Wirken der alten Wirtschaftspresse ist von zwei Seiten her bestritten: einmal infolge ihrer vorzugsweisen Befassung mit der „Publizität" im engeren Sinne, die im Grunde nur eine einseitige Publizität für bestimmte Kapitalinteressen war und zu Entartungserscheinungen geführt hat; zum anderen infolge der sich ständig ergebenden Reibungen zwischen den tatsächlichen und vermeintlichen Forderungen nach Publizität und dem Widerstand dagegen, teils aus begründeten Rücksichten auf Belange des Volkes oder auf sachliche Belange der Wirtschaft selbst, teils aus der Absicht einer Verschleierung privater Interessen.

Nach dem Umbruch hat sich als Tatsache ergeben: der ganz besonders starke jüdische Anteil an der Wirtschaftspublizistik ist verschwunden, damit auch eine gewisse Art Journalistik überhaupt; nationalpolitische und nationalwirtschaftliche Belange haben in verstärktem Maße Disziplin in der Öffentlichmachung der Wirtschaft erfordert; die Wirtschaftsinteressen haben dagegen eine größere Neigung gezeigt, sich möglichst unsichtbar zu machen. Praktisch ist es so, daß aus einer Auswirkung dieser Gründe heraus die allgemeine Bewertung der Wirtschaftspublizistik nicht so ist, wie sie grundsätzlich sein müßte.

Aufgabenstellung für die wirtschaftspolitischen Schriftleiter

Denn auf der anderen Seite ist gerade von der Bewegung her eine außerordentlich tiefe Wandlung in der Aufgabenstellung der Presse vor sich gegangen. Diese letztere hat aus den Grundlagen der Bewegung heraus und durch das Schriftleitergesetz auch formalgesetzlich eine öffentliche Beauftragung erhalten.

Für die Wirtschaftspresse bedeutet das:

1. Vermittler des wirtschaftspolitischen Ideengutes der Bewegung an das Volk und im besonderen an die Wirtschaft zu sein;

2. als Treuhänder des Volkes im Rahmen des im nationalen Interesse Zulässigen seine Wirtschaftsangelegenheiten öffentlich zu machen und damit dem Volke eine Kontrolle über seine Wirtschaft — als eine seiner Lebensäußerungen — zu ermöglichen;

3. dem Volksgenossen als Wirtschafter sachliche Unterrichtung im notwendigen Ausmaße zu bieten.

Das grundsätzlich Neue ist also die öffentliche Bestellung der Wirtschaftspresse zum „publizistischen Gewissen des Volkes" (nach einem Worte des Reichspressechefs der NSDAP. Dr. Otto Dietrich), die Beauftragung mit einer Rechtswahrung für das Volk selbst. Und dieses Recht ist ein tatsächliches, grundsätzlich und formell festgelegtes Recht, eine Folgerung, die offenbar noch gar nicht genügend begriffen worden ist. Inwieweit die Presse im einzelnen wirtschaftliche Dinge behandelt und zu behandeln hat, wird durch besondere Voraussetzungen, Notwendigkeiten und Umstände bestimmt; aber

Digitized by Google

das Recht auf Öffentlichmachung der Wirtschaftsangelegenheiten als ein Kontrollauftrag des Volkes besteht für die Presse des nationalsozialistischen Volkes, und es ist eine lächerliche, allerdings tatsächlich vorhandene Vorstellung, daß dieses Kontrollorgan des Volkes bei der Wirtschaft um Information zu bitten hätte. Man muß sich einmal dieses Wesentliche ganz klar machen. Dann ergeben sich die Folgerungen von selbst:

1. Die Aufgabe der Wirtschaftspresse: eine Öffentlichmachung der Wirtschaftsangelegenheiten ist ein notwendiger Teil der Wirtschaftspolitik selbst. Der Umfang dieser Öffentlichmachung hat so weitgehend wie möglich zu sein, er wird lediglich begrenzt durch die höheren Interessen des Volkes selbst, die je nach den Umständen wechseln können und damit eine Erweiterung oder Beschränkung der Öffentlichmachung der Wirtschaft bedingen.

2. Das Instrument „Wirtschaftspresse" muß in allen seinen Teilen fähig sein und fähig gemacht werden, diese wichtige Aufgabe zu erfüllen.

Überwachung durch die Presse

Zu 1. Die Presse ist nur eine, nicht die Möglichkeit zur Kontrolle der Wirtschaft. Sie ist auch keine unabhängige Entscheidungsinstanz, wie es eine liberalistisch-jüdisch-„objektive" Wirtschaftspresse für sich beanspruchte. Die Kontrolle der Wirtschaft wird auch auf anderen Wegen durchgeführt. Aber es zeigt sich praktisch sehr drastisch, daß es keine ausreichende „interne" Kontrolle gibt ohne die ausgiebige publizistische Unterstützung. Jede interne Kontrolle bedarf der Ergänzung durch die weitergespannte, in ihren Einzelheiten und in ihren Zusammenfassungen erst das Bild der Wirtschaft abrundende öffentliche Arbeit der Presse. Keine internen Berichte, Denkschriften und sonstigen Überwachungsformen können die notwendige Kenntnis von der Gesamtwirtschaft des Volkes sichern ohne die ergänzende Mitarbeit des publizistischen Organs. Beide gehören zusammen, beide haben ihre verschiedenen Aufgaben, und der ideale Zustand wäre eben auch das enge und verständnisvolle verantwortungsbewußte Zusammenarbeiten. Dann würde sich vieles von selbst erledigen, was heute auf der einen Seite als Beanstandung einer Unzulänglichkeit der Presse, auf der anderen Seite als die Empfindung ungenügenden Verständnisses für ihre Aufgaben erscheint.

Zu 2. Die nationalsozialistische Presse hat entsprechend den Grundsätzen der Bewegung die Forderung zu erheben und als Aufgabe durchzuführen, daß sie die Totalität des völkischen Lebens im Rahmen der vom völkischen Gesamtinteresse gezogenen Grenzen publizistisch behandelt. Das heißt aber, daß sie als Wirtschaftspresse sich allen drei genannten Aufgaben zu widmen hat. Es ist grundsätzlich undenkbar, daß etwa der Standpunkt vertreten werden könnte, die Befassung mit den praktischen Wirtschaftsfragen könne der übrigen, der „Handelspresse" überlassen bleiben. Wie in jedem Einzelfall die Dinge gehandhabt werden, entscheidet sich nach den jeweiligen Verhältnissen und Voraussetzungen. Aber das Prinzip ist gebieterisch und verpflichtend und verlangt von Verlagen und Schriftleitungen die entsprechenden Bemühungen, den gestellten Aufgaben gerecht zu werden.

Digitized by Google

Publizisten und Propagandisten müssen Nationalsozialisten sein!

Dies schließt nicht aus, daß jede fähige und willige Kraft, die sich überzeugt zur Verfügung stellt, mitarbeiten kann. Aber auf die Dauer kann maßgeblich nationalsozialistische Wirtschaftspolitik nur auch im nationalsozialistischen Sinne interpretiert werden, und es ist ganz eindeutig festzustellen, daß es nicht für alle Zeit möglich sein wird, die wirtschaftliche Arbeit des nationalsozialistischen Deutschland vor der Weltöffentlichkeit darzustellen, ohne daß eine wirkliche Kenntnis ihrer Grundlagen und Ziele und eine innere Übereinstimmung mit ihnen vorhanden ist. Diese Sicherung zu schaffen ist eine ganz konkrete Aufgabe.

Die Kenntnis der Aufgabenstellung für die Wirtschaftspresse im nationalsozialistischen Volk muß auch ganz von selbst zu einer höheren Einschätzung der mit dieser Aufgabe betrauten und für ihre Erfüllung befähigten Persönlichkeiten zur Folge haben. Gerade der tüchtige Wirtschaftspublizist ist dank dem weiten Blick, den er aus seiner Tätigkeit über die engeren wirtschaftsbetrieblichen Auffassungen hinaus gewinnt, geeignet, über den Rahmen des Papieres hinaus je nach Umständen und Anlagen zu wirken. Es war kein Zufall, daß aus der Presse eine große Anzahl führender Persönlichkeiten hervorgegangen sind. Dieses Reservoir an völkischer Leistungskraft soll gewiß im nationalsozialistischen Volk nicht minder ausgeschöpft werden.

Aber dann ergeben sich vor allem zwei Folgerungen: Auch die materielle Bewertung innerhalb der Presse muß auf eine Höhe gebracht werden, die einer Leistung entspricht und die ihrerseits wieder zu höheren Leistungen anspornt. Und zum anderen gewinnt die Nachwuchsfrage gerade in der Wirtschaftspresse eine Aktualität, die nur mit Sorge gesehen werden kann. Denn es handelt sich hier nicht allein darum, tüchtige Journalisten zu erziehen, sondern auch tüchtige Kenner der Wirtschaft zum publizistischen Wirken gelangen zu lassen.

Fritz Reipert:

Wirtschaftspolitik und Presse

Im folgenden ergänzen wir die mehr allgemeinen Vorschläge Pg. Nolls durch einen Aufsatz, der uns verschiedene praktische Möglichkeiten zeigt, die zum Teil von den Tageszeitungen bereits weitgehend berücksichtigt werden. Der Verfasser hat nicht nur als Schriftleiter, sondern auch als Mitarbeiter des pressepolitischen Apparates der Partei und des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda umfangreiche Erfahrungen gesammelt.

Durch die Neugestaltung des deutschen Zeitungswesens wurde die Presse im nationalsozialistischen Staat zu einem Träger öffentlicher, staatspolitisch wichtiger Aufgaben erhoben. Aus einem Geschäftsobjekt, dessen Wirken sich in einer bloßen Nachrichtenübermittlung und in der Vertretung privater

Digitized by Google

Wünsche oder der Bestrebungen zahlloser Parteien und Interessengruppen erschöpfte, ist die deutsche Presse zu einem der erfolgreichsten Instrumente der geistigen Einwirkung auf die Masse des Volkes geworden. So muß die Zeitungsarbeit heute in erster Linie in der Erfüllung volkserzieherischer Aufgaben gesehen werden. Die Presse ist lebendiger Mittler zum Volk; durch sie finden die Bestrebungen auf allen Gebieten des nationalen Lebens ständige Beobachtung, gesunde Anregung und tatkräftige Förderung.

Sieht man die Zeitungsarbeit unter dieser neuen Zielsetzung, so ist es augenscheinlich, daß auch die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik der weitgehenden Unterstützung durch die Presse bedarf. Es ist Tatsache, daß dem Großteil des Volkes der Begriff „Wirtschaft" auch heute noch ein Buch mit sieben Siegeln ist, von dem der Durchschnittsmensch eine meist unklare Auffassung besitzt und einen weiten Abstand zu haben glaubt. Obwohl jeder Mensch von Jugend auf in verschiedenster Hinsicht an wirtschaftlichen Dingen interessiert ist, fehlt ihm doch oft hiervon das Bewußtsein, da äußerliche und ihm zumeist nicht geläufige Bezeichnungen wie Börsenkurse, Devisennotierungen, Kompensationen, Transfer usw. für ihn den starren Begriff „Wirtschaft" ausmachen.

Vertrauen zur wirtschaftspolitischen Führung

Aus dieser mangelhaften Kenntnis der Masse des Volkes von dem tatsächlichen Wesen der Wirtschaft ergibt sich die Notwendigkeit einer umfassenden Aufklärung aller Volksteile über alle Einrichtungen und Vorgänge des täglichen Lebens, die in unmittelbarer Beziehung zur deutschen Volkswirtschaft stehen und daher die Gesamtheit des Volkes angehen. Mit dieser Erläuterung der Grundfragen der Wirtschaft muß eine Darstellung und Verständlichmachung der wirtschaftspolitischen Maßnahmen der nationalsozialistischen Führung gemeinsam gehen. Eine gesunde Weiterentwicklung der deutschen Volkswirtschaft bedarf der Bejahung und verständnisvollen Mitarbeit des Volkes, dessen Gesamtwohl ja Zielsetzung jeder wirtschaftspolitischen Maßnahme ist, mag sie oftmals auch noch so unpopulär erscheinen. Hierzu ist die Schaffung des vollen Vertrauens zur wirtschaftspolitischen Führung erforderlich.

Diese wichtige aufklärende und erzieherische Arbeit der Presse im Dienste der Wirtschaftspolitik kann naturgemäß nicht auf den mehr oder weniger gepflegten Wirtschaftsteil der Tageszeitungen beschränkt bleiben. Mögen diese täglich erscheinenden Wirtschaftsseiten auch den Ansprüchen des „Fachmannes" oder des sonstwie unmittelbar Interessierten genügen; der Masse der Leserschaft können Börsenstimmungsbilder, Kurszettel und Berichte über Industriegesellschaften kaum etwas sagen. Der größte Teil der Leser sieht über den Wirtschaftsteil hinweg oder beachtet flüchtig die Überschriften. Ein lebendig und volkstümlich gestaltetes Wirtschaftsfeuilleton, das unter Verwendung eines Mindestmaßes von Fachausdrücken zum Leser über alle wirtschaftlichen Dinge spricht, die ihn mittelbar oder unmittelbar berühren, wird ihm am besten wirtschaftliche Vorgänge, Zusammenhänge und Notwendigkeiten nahezubringen vermögen. Es ist daher erfreulich, feststellen zu können, daß eine Reihe von Tageszeitungen bereits besonderen Wert auf die Pflege eines Wirtschaftsfeuilletons legt.

Digitized by Google

Aber es ist nicht nur der Wirtschaftsteil der Tageszeitungen, der die oben gezeichneten Aufgaben zu erfüllen hat. Auch der lokale Teil kann aufklärend wirken, da er täglich alle Dinge widerspiegelt, die die Bevölkerung unmittelbar angehen und daher vielleicht die eingehendste Lektüre erfährt.

Aufklärungsarbeit für die Hauswirtschaft

Bei der erzieherischen Beeinflussung der Hausfrau, durch deren Hände ein gewaltiger Teil des Familieneinkommens geht, beginnt bereits die Aufklärungsarbeit. Gesunde und praktische Hauswirtschaft, größtmögliche Ausnutzung der Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände und weitgehendes Verständnis beim Einkauf sind volkswirtschaftliche Notwendigkeiten, zu deren Erfüllung eine stetige erzieherische Einwirkung beitragen muß. Die Aktion „Kampf dem Verderb" zeigt Beispiele dieser Einsatzmöglichkeiten der Presse, in noch viel größerem Maße tut dies jetzt der Vierjahresplan.

Besondere Erwähnung verdient auch die Mitarbeit der Presse im Hinblick auf die Lenkung der Volksstimmung zu Zeiten einer vorübergehenden Knappheit einzelner Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände. Schlagworte wie Butter- und Fleischknappheit u. a. waren ja bereits wiederholt geeignet, eine gewisse Psychose in der Bevölkerung hervorzurufen, Angstkäufe und „Hamstern" herbeizuführen und neben diesen, für den gesunden Wirtschaftsablauf schädlichen Auswirkungen auch rein stimmungsmäßig durch unbegründete Vermutungen und Befürchtungen Schaden anzurichten, dessen Verhütung umfassende Aufklärungsarbeit und Einflußnahme höchster Stellen erforderlich machte. Welche Bedeutung gerade in dieser Hinsicht einer verständnisvollen Mitarbeit der Presse zukommt, hat sich in mehreren Fällen klar erwiesen. Wenn die Öffentlichkeit durch eine stetige Aufklärung und Interessierung für die einfachsten volkswirtschaftlichen Vorgänge, Ursachen und Wirkungen schon rechtzeitig unterrichtet worden wäre, hätte es eines so geballten Einsatzes der publizistischen Führungsmittel nicht bedurft.

Eine ähnliche erzieherische Arbeit der Tageszeitung ist erforderlich zur Anregung einer größtmöglichen Spartätigkeit. An der Festigung des Vertrauens zur deutschen Währungspolitik und Finanzpolitik hat die Presse keinen geringen Anteil; denn die immer wiederkehrenden Erörterungen und Kommentierungen der wachsenden Steueraufkommen, der Steigerungen im Güterverkehr der Reichsbahn und der Schiffahrt, der Berichte über die sich ständig verbessernde Lage auf dem Arbeitsmarkt, der gesteigerten Erzeugungsziffern in den verschiedenen Industriezweigen usw. tragen neben der sonstigen Betonung der Erfolge der nationalsozialistischen Regierung zur Schaffung einer festen Zuversicht und des notwendigen Vertrauens in starkem Maße bei.

Die Presse im Dienste der Beschaffung von Arbeit und Brot

Im Dienste der Arbeitsbeschaffung leiht die Presse der Volkswirtschaft gleichfalls wertvolle Mitarbeit. Es seien nur die in verschiedenster Hinsicht gegebenen Anregungen an die Unternehmerschaft durch Hinweise auf bestehende Möglichkeiten, Notwendigkeiten und Bedürfnisse unter Erwähnung

Digitized by Google

erreichbarer Steuererleichterungen usw. angeführt, weiterhin die Veröffentlichungen mit dem Ziel der Unterstützung aller Maßnahmen zur Bindung von Arbeitskräften in Landwirtschaft (Landhilfe) und Hauswirtschaft, die Propaganda für die Arbeitsbeschaffungslotterien u. v. a.

Die Maßnahmen zur Wiedergesundung der Landwirtschaft konnten ebenfalls nicht auf die verständnisvolle Mitarbeit der Presse verzichten. Der Erfolg der Erzeugungsschlacht hatte eine stete geistige Einwirkung auf den Bauern, eine umfassende Aufklärung und ständige Anregung zur Voraussetzung. Weiterhin mußte Verständnis für die Marktordnung und alle anderen agrarpolitischen Maßnahmen geschaffen werden.

Weitere Aufgaben erwuchsen der Presse bei der Mitarbeit an der Gesundung des gewerblichen Mittelstandes, durch die Hebung des Ansehens der Handwerkerarbeit, die wieder volkstümlich gemacht werden mußte: Förderung des Siedlungswesens, Steigerung des Exportwillens, Herausstellung bodenständiger Erzeugnisse volkstümlicher Art, alles sind weitere Beispiele der Mitarbeit der deutschen Tageszeitungen an der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, die sich in vielfältiger Hinsicht noch erweitern lassen.

Presse und wirtschaftspolitische Truppe der Partei

So wird es verständlich erscheinen, daß die Zeitungsarbeit auf dem Gebiet der deutschen Volkswirtschaft nicht auf eine bloße Informierung des Lesers durch den „Wirtschaftsteil" beschränkt bleibt, sondern zum Nachdenken und Handeln anregt und hierbei der Wirtschaft wertvolle Dienste leistet, die sich naturgemäß niemals auf die Förderung wirtschaftlicher Einzelinteressen beziehen können, vielmehr dem Gesamtinteresse dienlich sein müssen. Von einer von nationalsozialistischem Geist durchdrungenen Wirtschaft wird die Presse andererseits gern Anregungen entgegennehmen. Wenn man bisher in einem Teil der Presse jedoch noch nicht den Weg aus der eingangs gezeigten Starrheit der Zeitungsarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik gegangen ist, so liegt die Ursache hierfür nicht zuletzt in der Tatsache begründet, daß noch manches an der erforderlichen Zusammenarbeit mit den zuständigen Wirtschaftsstellen fehlt.

Demgegenüber kann jedoch festgestellt werden, daß durch das Verständnis und die Initiative der Gau- und Kreiswirtschaftsberater der NSDAP. in einzelnen Gauen bereits geeignete Wege zu einer solchen engen Zusammenarbeit beschritten wurden, indem durch die Fühlungnahme mit den Gaupresseämtern der NSDAP. bzw. den Pressereferenten der Landesstellen des Reichsministeriums für Volksaufklärung und Propaganda die Verbindung mit der Presse hergestellt wurde. Nahezu in jedem Gau gibt das Gaupresseamt einen NS.-Gaudienst heraus, der sämtlichen in dem jeweiligen Dienstbereich erscheinenden Tageszeitungen täglich Material über die Bestrebungen und die Arbeit der Parteigliederungen und angeschlossenen Verbände zur Auswertung übermittelt. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, über die Kreispresseämter der NSDAP. auch eine den besonderen örtlichen Verhältnissen entsprechende Behandlung wirtschaftspolitischer Fragen in den einzelnen Lokalzeitungen herbeizuführen, wofür wiederum eine enge Zusammenarbeit zwischen Kreiswirtschaftsberater und Kreispresseamtsleiter die Voraussetzung bildet.

Digitized by Google

Ohne das Recht auf Arbeit kein Arbeitsfrieden

Mit Keulen jagte der Mensch durch die Wälder und erlegte sich seine Beute. Er zwang Tiere in seinen Gehorsam und weidete sie in Gehegen. Er setzte in Gärten fruchttragende Bäume ein. Er entdeckte das Korn und das Brot, er erfand den Pflug und die Bearbeitung des Bodens. Aber was er brauchte für seinen Lebensunterhalt, erarbeite er sich selbst.

Arbeiten hieß damals kämpfen, totschlagen und vernichten, um sich am Leben zu erhalten und durchzusetzen.

Jahrtausende sind vergangen und der Menschen sind inzwischen mehr geworden auf einem Raum. Und wenn sich diese Menschen nicht gegenseitig ständig bis auf's Messer bekämpfen und erschlagen, so deshalb, weil sie gelernt haben, durch gemeinsame Arbeit mehr zu leisten, weil sie eine Arbeitsteilung haben, in der sie aufeinander angewiesen sind.

Es ist in eng besiedelten Gebieten, wie dem unseres Volkes nicht mehr möglich, daß Volksgenossen unabhängig von anderen sich ihre Arbeit einteilen können, sich selbst ernähren können, sich ihren Arbeitsraum schaffen können.

Der Boden ist verteilt. Der Besitz des einen grenzt an den Besitz des anderen. Und dazwischen ist kein Raum für solche, die sich auf diesem Raume selbst ernähren wollten.

Millionen Volksgenossen, die ihren Lebensunterhalt erwerben wollen, müssen in die Fabriken gehen, um hier einen Arbeitslohn zu empfangen, mit dem sie sich auf Grund der Arbeitsteilung das Brot beschaffen können.

Millionen Volksgenossen könnten nicht leben ohne diese Arbeitsteilung. Und Millionen Volksgenossen müßten verhungern, wenn sie in ihrer Volkswirtschaft nicht einen Arbeitsplatz erhielten, durch den sie in den Prozeß der Arbeitsteilung eingeschaltet sind.

Vor Jahrtausenden waren alle Menschen, bis auf einige wenige Schutzbedürftige, ihre eigenen Ernährer. Sie brauchten kein Recht auf Arbeit. Sie brauchten nur zu arbeiten, sich Beute zu erlegen, um leben zu können. Und wer nicht arbeitete, ging zugrunde und das war damals recht so, denn nur die Tüchtigen sollten fortleben und weiterzeugen. Und die Tüchtigen konnten sich durchsetzen, denn der Mensch war stärker als die Tiere; und die Pflanzen und das erlegte Wild boten ihm reichlich Nahrung.

Heute ist es anders. Heute herrscht eine Arbeitsteilung. Und nur durch ständig fortschreitende Verbesserung und Erweiterung dieser Arbeitsteilung kann eine Volkswirtschaft wie die unsere ein wachsendes Volk ernähren und ausstatten, mit den Waffen der Selbstbehauptung.

Es muß reinlich geschieden werden zwischen denen, die arbeiten können und wollen, und denen, welche für die Volkswirtschaft nur eine Belastung darstellen, weil sie geborene Nicht-Arbeiter sind.

Jeder Arbeitslose ist eine Belastung für die Volkswirtschaft, doch mit dem Unterschied, daß die einen eben geborene Nicht-Arbeiter sind und die anderen ohne eigene Schuld arbeitslos wurden, weil nämlich die Führung des Volkes versagte.

Wenn ein Volk eine Arbeitsteilung hat in seiner Volkswirtschaft, so gehört es zu den ersten Aufgaben dieser Führung, dafür zu sorgen, daß alle Volksgenossen in diese Arbeitsteilung einbezogen werden.

Dann wird auch der Arbeitsfrieden hergestellt. Solange aber arbeitsfähige Volksgenossen von dieser Arbeitsteilung ausgeschlossen bleiben, zwingt sie schon ihr gesundes Empfinden, sich aufzubäumen gegen eine Ordnung, die sie ausgeschlossen hat, und gegen eine Führerschaft, die es nicht versteht, ihnen in der Arbeitsteilung eine Arbeitsstätte zu geben.

Wo Not ist an landwirtschaftlichen Nutzungsflächen und wo eine Arbeitsteilung herrscht, muß auch das Recht auf Arbeit herrschen, denn sonst gibt es in dem betreffenden Volke nur Aufruhr und Empörung, Revolten und Revolutionen, aber keinen Arbeitsfrieden.

Digitized by Google

Wer die Arbeitsteilung will (und daß jemand eine leitende Stelle hat, zeigt schon, daß eine Arbeitsteilung vorhanden ist), der muß auch für den Arbeitsfrieden innerhalb seines Kreises sorgen.

Wir sprachen von einer großen Zahl von Jahren und verglichen lang zurückliegende Zeiten der Menschengeschichte mit der heutigen. Wir Nationalsozialisten wissen, warum wir immer wieder mit Jahrtausenden rechnen. Denn wer in Erkenntnis des Laufes der Geschichte n i c h t in Jahrtausenden rechnet, und ein Volk, das dieses nicht tut, dem würde es ganz recht geschehen, wenn es bereits nach drei oder vier Geschlechterfolgen zugrundegehen müßte. Pfr.

Die unsterbliche „Konjunktur"

Sie gehört offenbar zu den „ewigen Wahrheiten", die „Konjunktur" mit ihrem gewaltigen Rattenschwanz „konjunkturreller" Ableitungen. Es gibt wohl kein Land, in dem so viel von „Konjunktur" die Rede ist wie bei uns. Allerdings eignet sich dieses Fremdwort auch ausgezeichnet dazu, sich vielsinnig auszudrücken und etwas verwickelt zu machen, was an sich wesentlich einfacher ist. Wieviel Nimbus würde die „Konjunktur" verlieren, wenn nach englischem Sprachgebrauch nur von der „Beschäftigung" die Rede wäre, von einem Wechsel des Beschäftigungsgrades und ähnlichem! Aber es hört sich nun einmal besser an, von der „Konjunktur" zu sprechen.

Was der Nationalsozialismus zur „Konjunktur" zu sagen hat, ist inzwischen ganz eindeutig und reichlich gesagt worden: Beschäftigungsschwankungen wird es immer geben, aber den aus dem Wesen der kapitalistischen Wirtschaft entstehenden „Konjunkturkreislauf" lehnen wir deshalb ab, weil die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik die kapitalistischen Vorbedingungen des „Konjunkturkreislaufs" nicht mehr zuläßt.

Das ist ganz selbstverständlich, und man sollte meinen, unsere Wirtschaftspublizistik würde dieser durch die praktische Wirtschaftspolitik erhärteten logischen Denkfolge Rechnung tragen. Das ist aber durchaus nicht der Fall. Es wird nicht nur unvermindert und reichlich, als ob nichts geschehen sei, von der „Konjunktur" im Sinne des kapitalistischen Konjunkturwechsels geschrieben, sondern auch noch heute unterstellt, daß sich die Volkswirtschaft dem internationalen Konjunkturgleichklang unterzuordnen habe.

Im letzten Heft der „Mitteilungen" wurde ein solches Beispiel aus einer anspruchsvollen Wirtschaftszeitung angeführt („Das ist Wirtschaftsliberalismus", Heft 9). In einer größeren neuen Veröffentlichung, die sich mit dem gesamten Gebiet der Wirtschaft als Inhalt des „Handelsteils" befaßt, wird das gleiche Konjunkturthema in diesem Sinne breit erörtert. Man muß sich wirklich fragen: will man bewußt Wesentliches des nationalsozialistischen Gedankengutes übersehen und Theorien weiter vertreten, denen unsere Weltanschauung völlig ablehnend gegenübersteht, oder geschieht es, weil man von ihrem wirklichen Gedankengut noch keine rechte Vorstellung hat und sich auch nicht um eine solche bemüht?

Die „Staatskonjunktur", die aus ähnlichen veralteten Ideen heraus in der deutschen Wirtschaftspublizistik mit ganz besonderer jüdischer Unterstützung breitgetreten worden war, geht inzwischen ihrem natürlichen Ende entgegen. Denn, wenn es sich nun herausstellt, daß sich auf absehbare Zeit an der aktiven Volkswirtschaftspolitik nichts ändert, dann verliert es jeden Sinn, noch von einer besonderen „Staatskonjunktur" im Gegensatz zu einer anderen „Konjunktur" zu reden.

Und so wird wohl auch die „Konjunktur" selbst eines natürlichen Todes sterben. Aber es ist nicht gerade ein Beweis für geistige Führung, wenn man öffentliche Meinung lenken will von einem morschen Ast aus, dessen Abbrechen nur noch eine Frage der Zeit ist. Noll.

Nationaler Kapitalismus?

Kapitalismus ist ein politischer Begriff und bedeutet den Einsatz eines wirtschaftlichen Mittels als politisches Machtmittel, d. h. Herrschaft des Kapitals über die Arbeit. Diese Auffassung ist nicht zuletzt durch die propagandistische Arbeit der wirtschaftspolitischen Truppe der Partei zum Gemeingut des Volkes geworden.

Digitized by Google

Um so verwunderlicher ist es, wenn wir noch dieser Tage hören: „Die heutige Wirtschaftsweise erfordert infolge ihrer Technisierung derartig große Kapitalinvestierungen, die nur durch ein kapitalistisches System aufgebracht werden können. Allerdings darf das nur ein nationaler Kapitalismus sein, dessen auf Selbstverantwortlichkeit beruhende Tätigkeit den internationalen Beziehungen und der gesamten Politik des autoritären Staates ein- und untergeordnet ist."

Solche Gedankengänge lassen erkennen, daß von dem Vorhandensein von Kapital auf Kapitalismus geschlossen wird, eine Folgerung, die einer materialistischen Geschichtsauffassung nahe kommt. Wiederholt hat Bernhard Köhler klar ausgesprochen: „Nicht die Tatsache, daß Kapital besteht, wohl aber die Tatsache, daß Kapital herrscht, bedeutet Kapitalismus".

Der Kampf für eine sozialistische Wirtschaft, in der das Recht auf Arbeit verwirklicht wird, gilt jeder Art von Kapitalismus. Wir kennen keine Kompromisse. Es handelt sich nicht etwa darum, die Auswüchse des Kapitalismus zu beseitigen, oder ihn „mit nationalsozialistischen Methoden zu zähmen", sondern es handelt sich vielmehr um seine vollständige Beseitigung, auch wenn die Herrschaft von einem „nationalen Kapitalismus" ausgeübt werden sollte. Unt.

Rede - Funk - Presse - Film - Schrifttum

„Handel und Wirtschaft"

Nationalsozialistisch denken bedeutet nicht zum wenigsten, den Worten wieder ihren natürlichen Sinn geben, Sinnlosigkeiten, die sich in die Sprache und das Denken eingenistet haben, auszumerzen. Manche Sinnlosigkeiten haben aber anscheinend ein recht zähes Leben. So zum Beispiel die in der Wirtschaftspresse nicht selten anzutreffende Bezeichnung des Wirtschaftsteils mit „Handel und Wirtschaft". Sie bedeutet für jeden nachdenkenden Menschen, daß „Handel" und „Wirtschaft" zwei verschiedene Dinge sind bzw. als solche angesehen werden.

Wie man heute noch eine derartige Begriffstrennung begründen will, ist unerfindlich. Offenbar liegt der Überschrift „Handel und Wirtschaft" auch gar keine Überlegung zugrunde, sondern eine Gewohnheit. Früher gab es nur den „Handelsteil" kurz „Handel" genannt. Es ist nicht nur pressegeschichtlich interessant, daß der Wirtschaftsjournalismus sich vom Handelsmäßigen her entwickelt hat. Im Laufe der Zeit genügte aber der „Handel" nicht mehr zur Überschreibung des journalistisch erfaßten Wirtschaftsgebietes, und da sich die „Wirtschaft" als Begriff vorwiegend des Industriemäßigen schlagwortartig gebildet hatte, fand sich die Ergänzung des erweiterten „Handelsteils" sozusagen von selbst.

Nachdem auch noch der Nationalsozialismus das alte Handelsdenken als überholt erwiesen hatte, war es erst recht nötig, noch vorhandenen „Handel" zeitgemäß zu ergänzen. Man konnte solche Beobachtungen machen, daß dann aus dem „Handel" „Handel und Wirtschaft" wurde.

Nachdem dieser Fortschritt glücklich erreicht wurde, ist zu hoffen, daß eines Tages auch weitere Erkenntnisse gewonnen werden, vielleicht auch die, daß sich die Wirtschaftspresse mehr mit der „Deutschen Volkswirtschaft" beschäftigt bzw. beschäftigen sollte. Noll.

Unerwünschte Rechenkünste

Im Zusammenhang mit „Kampf dem Verderb" und Vierjahresplan fühlen sich einige Volksgenossen wieder einmal veranlaßt, unaufgefordert mit „Berechnungen" und „Erhebungen" in der Presse aufzutauchen.

In einer Fachversammlung von Seidenraupenzüchtern werden beispielsweise aufschlußreiche Angaben gemacht. Trotz des Ersuchens des Vorsitzenden, hierüber nichts zu veröffentlichen, hat ein Berichterstatter nichts Besseres zu tun, als

Digitized by Google

diesen „Stoff“ für seine Zeitung auszuschlachten. Er hat nämlich gehört, eine Seidenraupe verbrauche jährlich soundsoviel an Nahrung und liefere dafür die und die Anzahl von Kokons. Diese Zahlen erscheinen dem Schreiber zu nichtssagend. Kurz entschlossen vervielfältigt er also — frei nach Adam Riese — und erklärt: Wenn eine Seidenraupe die und die Menge frißt, dann fressen eine Million Seidenraupen soundsoviel, eine Milliarde Seidenraupen soundsoviel. Um Deutschland ganz mit Seide versorgen zu können, braucht es nur soundsoviel Millionen Kilogramm Seidenraupenfutter.

Mit dieser lächerlichen Methode errechnet er ein völlig falsches Ergebnis. Trotz einer wunderschönen Überschrift, wie „Es raunt wie im Ruhstall“, kann ein solcher Aufsatz nur dazu angetan sein, falsche Vorstellungen, ja sogar Unruhe in die Leserschaft zu bringen.

Ein anderes Beispiel: Ein Berliner Professor hat festgestellt, daß pro Kopf der Einwohnerschaft im Jahre rund 18 g Fett durch Abwässer verloren gehen. Diese 18 g Fett in der Kloake bedeuten — umgerechnet auf die 4,3 Millionen Einwohner Berlins — im Jahre einen Verlust von 28 000 t. 100 000 t ergeben sich — sagt der Herr Professor —, wenn man diese Verhältnisse auf das ganze Reich überträgt. Zum Schluß stellt der tüchtige Rechenmeister die Forderung auf, man solle bei großen Städten in Häusern mit hohem Fettverbrauch Fettfänger in die Abflußrohre einbauen, um das aufgefangene Fett wieder der Industrie dienstbar machen zu können. Denn 440 000 t Fett würden durch den Spülausguß gejagt — und der gesamte deutsche Butterverbrauch betrage nur 500 000 t.

Abgesehen davon, daß dieser Vergleich denkbar unglücklich gewählt ist, wird er der ausländischen Presse wieder einmal genügend Material zu gehässigen Glossen und verzerrenden Kommentaren liefern. Darüber hinaus ist diese ganze Berechnung überflüssig, weil bekanntlich die Abwässer bereits seit Jahren insbesondere für Düngezwecke ausgewertet werden.

Wir möchten darauf hinweisen, daß derartige Zahlenkünste allein der Verbrämung des eigenen Ichs, des professoralen Könnens dienen, aber für unseren Kampf um die deutsche Freiheit nicht nur nutzlos sind, sondern als geschmacklose Entgleisungen sogar Schaden anrichten können. Rog.

Eine Schrift schreit

Eine Schrift „Der Schrei nach Brot“ liegt vor uns. Der Verfasser behauptet im Vorwort: „Ich habe mich streng an die praktische Seite des Lebens gehalten, um aus dem derzeitigen Chaos einen Weg zu weisen, der in Jahrhunderten noch genau so gültig ist wie heute.“

Es gibt Volksgenossen, die sich unter den Begriffen „Wirtschaft“ und „Politik“ nichts als Bauklötze vorstellen, die man einmal dahin und das andere Mal dorthin stellen kann; so auch der Verfasser:

„Die Wirtschaft, von der letzten Endes alle leben, darf nicht der Politik über- oder unterstellt sein, sondern Politik und Wirtschaft müssen gemeinsam zusammenarbeiten mit dem Ziel, die primitivsten Notwendigkeiten aller Völker langsam aber sicher zu befriedigen.“

Es gibt auch Volksgenossen, die noch an weltwirtschaftliche Konjunkturen glauben, in welche alle Volkswirtschaften eingespannt sind; hierher gehört auch der Verfasser:

„Die Entwicklung der Nationalwirtschaft geht immer parallel mit der Weltwirtschaft, und die Weltwirtschaft geht immer parallel mit der Entwicklung der Nationalwirtschaft.“ (!)

Es gibt schließlich Volksgenossen, die für jede Regierung ganz besonders praktische Vorschläge in ihrem Schreibtisch griffbereit haben. Auch hierzu gehört der Verfasser:

„Die Reichsaußenhändler.

Bedingung für die Ernennung zum Reichsaußenhändler ist folgendes:

a) für Deutschland: rein arische Abstammung,

b) Sachkenntnis auf dem Gebiete des Importes wie auch auf dem Gebiete des Exportes ...

Der Reichsaußenhändler ist gebunden nur an seinen Eid ...:

„Ich schwöre meinem Vaterlande die Treue und verpflichte mich:

Digitized by Google

1. nur soviel zu exportieren, als ich importiere,
2. keine Vermögenswerte zu verschieben,
3. dem Reichsminister für den Außenhandel nach Maßgabe besonderer Bestimmungen über die von mir getätigten Tauschgeschäfte regelmäßig Bericht zu erstatten." (Nach Angabe des Verfassers ist dies „der Extrakt einer zehnjährigen Untersuchung".)

„Der Schrei nach Brot" endet im Lautsprecherton:

„Wir rufen die Kaufleute der Welt: Vereinigt Euch!
Wir rufen die Kaufleute der Welt: Schafft ein Bild des Friedens, ein Bild der Ruhe und der Sicherheit!
Wir rufen die Kaufleute der Welt: Tauscht Eure Ware aus!
Wir rufen die Kaufleute der Welt: Fangt endlich an!"

Daß diese verworrenen Gedanken sich außerdem noch widersprechen, teils sind sie kapitalistisches, teils nationalsozialistisches Gedankengut, ist für den Verfasser, der „einen Weg zur Ruhe, Frieden und Sicherheit weist, der in 500 oder gar 1000 Jahren noch genau so gültig ist wie heute" nicht wesentlich. Rei.

Aufgabenstellung für die Wirtschafter

Vierjahresplan der Landwirtschaft

Der Staatssekretär im Reichsernährungsministerium, Herbert Backe, Leiter der Geschäftsgruppe Ernährung bei dem Beauftragten für den Vierjahresplan, sprach in Goslar auf dem vierten Reichsbauerntag vor dem Führerkorps des Reichsnährstandes; er zeigte die Aufgaben der Landwirtschaft im Vierjahresplan und führte aus:

Die erste Aufgabengruppe innerhalb der Erzeugungsschlacht enthält die Maßnahmen, die geeignet sind, die landwirtschaftliche Nutzungsfläche zu erweitern:

1. Meliorationen,
2. Flurbereinigung,
3. Umwandlung eines Teiles von Wiesen in Ackerland.

Hierher gehört auch die Verwertung der städtischen Abwässer zu Berieselungszwecken und die landwirtschaftliche Nutzbarmachung von Gelände, das bisher z. B. als brachliegender Bauplatz oder Industriegelände der landwirtschaftlichen Erzeugung verloren ging.

Die zweite Aufgabengruppe umfaßt alle Maßnahmen der Erzeugungssteigerung durch Steigerung der Intensität.

1. Die künstliche Düngung muß noch zweckmäßiger durchgeführt werden,
2. Ausdehnung des Zwischenfruchtbaues und Bau von Grünfutterbehältern zur Verwertung der anfallenden Grünfuttermassen,
3. Bessere Pflege und weitere Ausnützung des Grünlandes,
4. Verstärkung des Obst- und Gemüsebaues,
5. Anbau von Ölfrüchten.

Die dritte Aufgabengruppe umfaßt alle jene Maßnahmen, die durch sparsamere Verwendung des Erzeugten eine Leistungssteigerung bewirken.

1. Mit weniger Futter dieselbe oder gar eine höhere Leistung in der Tierzucht.
2. Durch Schulung und Beratung eine rationelle Fütterung.
3. Förderung der Kleintierzucht.

Für den Arbeitseinsatz in der Landwirtschaft ist vorgesehen:

1. Einsatzbereitschaft des Arbeitsdienstes in der Erntezeit.
2. Ausbau des weiblichen Arbeitsdienstes zur Unterstützung der überlasteten Bauersfrauen.
3. Verstärkter Bau von Landarbeiterwohnungen. Rei.

Digitized by Google

Keine Modelle jüdischer Firmen!

In Deutschland hat auf dem Gebiet der Bekleidung und Heimgestaltung der gute Geschmack in Verbindung mit sauberer hochwertiger Arbeit über den jüdischen „Putz und Kitsch" gesiegt. Ein neuer Stil beginnt sich Bahn zu brechen.

Es besteht daher kein Bedürfnis mehr, die Modelle der jüdischen Firmen in deutschen Zeitungen und Fachzeitschriften hervorzuheben und ihnen eine günstige Kritik zu widmen. Die heute noch in zahlreichen Zeitschriften gezeigten Modelle jüdischer Firmen tragen in mehrfacher Hinsicht artfremde Merkmale. (Nach einer Erklärung der Wirtschaftsgruppe Bekleidungsindustrie.) Sch.

Die Rationalisierung marschiert

Wie stark im übrigen an der Rationalisierung in den Betrieben gearbeitet wird, zeigt folgendes Beispiel:

In einem mitteldeutschen Metallverarbeitungswerk, das vorwiegend Flanschen, Preß- und Ziehteile sowie Gesenkschmiedestücke herstellt, wurden früher die Schmiedeöfen mit Koks beheizt, der aus Westfalen bezogen wurde. Zur Bedienung des Ofens waren eine Menge Handgriffe notwendig.

Um diese einzusparen und gleichzeitig eine Leistungssteigerung zu erzielen, wurden die Öfen auf Braunkohlenteeröl umgestellt. Dieses ist ein Erzeugnis des Standortgebietes der betreffenden Fabrik, so daß niedrige Frachtkosten entstehen.

Die Leistungssteigerung durch diese Umstellung betrug bereits 15 bis 20 v.H. Als durch die Aufrüstung das Öl verhältnismäßig verknappt wurde, ergab sich die Notwendigkeit einer weiteren Rationalisierung. Man stellte sich um von Öl auf Staub, zumal Braunkohlenstaub ein Erzeugnis des Standortgebietes dieser Fabrik ist.

Der Erfolg dieser Umstellung ist eine Senkung der Brennstoffkosten je Fertigstunde von 0,80 auf 0,44 RM., also um die Hälfte der früheren Kosten.

Durch diese Rationalisierungsmaßnahmen wurden in dieser mittleren Fabrik monatlich rund 2500,— RM. Kosten erspart.

Die Auswirkung für die Gesamtgefolgschaft lag in einer durch die Leistungssteigerung erzielten erheblich höheren Lohnsumme, und zwar erhöhte sich der Lohn der Schmiede von RM. 0,71 auf RM. 0,91 je Stunde. Trt.

Wirtschaftspolitik und Ausland

Roosevelt's AAA.

Wenn auch die Methoden der Roosevelt'schen Wirtschaftspolitik der deutschen Wirtschaftspolitik zum Teil ähnlich sind, so ist doch ihr Inhalt oft dem der deutschen Maßnahmen entgegengesetzt.

Der Führer hat auf dem Reichsparteitag der Ehre erklärt, daß es unsinnig sei, die Löhne zu erhöhen und, wenn möglich, auch noch die Arbeitszeit zu verkürzen, wenn man nicht auch gleichzeitig die Produktion erhöhen könne, da der erhöhten Kaufkraft der Bevölkerung keine erhöhte Produktion gegenüberstünde.

Die amerikanische Zeitung „Sunday News" greift diese Äußerung des Führers auf und schreibt dazu, die Ansicht des Führers laufe auf „die alte Anschauung" hinaus, daß die Erzeugung von wirklichem Reichtum — Schweine, Weizen, Automobile, Stahl usw. — das sei, was allein zähle, daß aber die Verringerung der Produktion durch Verkürzung der Arbeitszeit und die Erhöhung der Löhne, um die Preise zu erhöhen, gleichbedeutend mit Währungsmanipulationen sei und nur zur Inflation führen könne.

Es ist nun ja bekannt, daß Roosevelt sich bei seiner AAA. (Agricultural Adjustment Act; Abkürzung für die gesetzlichen Maßnahmen Roosevelt's auf dem Gebiete der Landwirtschaft) nicht von den Ideen dieser „alten" Anschauung leiten ließ. Roosevelt hat die landwirtschaftliche Produktion eingeschränkt deshalb, weil die amerikanische Landwirtschaft jähr-

Digitized by Google

lich eine gewaltige Überproduktion hervorbrachte. Die Amerikaner sind mit dem Ergebnis dieser Politik wohl auch einverstanden, denn sie haben Roosevelt mit starker Mehrheit wiedergewählt.

Aber eines paßt nicht für alle, und was sich in Amerika als gut erwiesen hat, braucht deshalb noch lange nicht auch für Deutschland geeignet sein. Deutschland fehlt es an Rohstoffen, Amerika hat Überfluß daran; Deutschland ist übervölkert, Amerika ist untervölkert.

Trotzdem die „Sunday News" selbst diese Tatsachen feststellt, kommt sie zu dem uns unverständlichen Schluß, daß die deutsche Wirtschaftspolitik auf die Dauer nur dann erfolgreich sein könne, wenn sie sich die amerikanischen Grundsätze zu eigen mache.

Wir kennen nur das Problem, wie dem bestehenden Mangel abzuhelfen sei; das „glückliche" Amerika aber muß sich damit beschäftigen, wie es mit seinem Überfluß fertig werden kann. Unsere Landwirtschaft kann ihre Erzeugung nicht einschränken, sondern sie wird zur Erzeugungsschlacht aufgerufen. Wir wollen mehr erzeugen und immer mehr. Wir wollen unseren Erzeugungsapparat so restlos rationalisieren, daß er zu qualitativen und quantitativen Höchstleistungen befähigt ist. Denn dann — und nur dann —, wenn wir mehr erzeugen, kann der einzelne Arbeiter mehr erhalten! Nie aber kann seine Lebenshaltung — bei uns wenigstens — dadurch verbessert werden, daß wir einfach die Löhne erhöhen. Wohin das führt, können wir ja an Frankreich sehen.

Wieweit umgekehrt diese für uns gültigen Grundsätze auch für amerikanische Verhältnisse Geltung haben, mag dahin gestellt bleiben. Einschränkung der Produktion wird auch in den Vereinigten Staaten eben nur dann vorteilhaft sein, wenn von etwas zu viel erzeugt wird.

Wenn aber Arbeit für einen bestimmten Zweck notwendig ist, dann wird ihre Unterlassung auch in den Vereinigten Staaten kaum nützlich sein. Wir denken hier an den amerikanischen Schiffahrtsstreik, dessen Schaden von Engländern auf einhunderttausend Pfund täglich geschätzt worden ist.

Nun, solche Verlustquellen kennt die deutsche Volkswirtschaft nicht mehr. Wir gehen unseren Weg weiter, mögen die anderen abwerten, mögen sie streiken oder mögen sie ihre Produktion verringern. Unsere Losung heißt: Aufbau. Ge.

Das Recht auf Arbeit und die Sowjetunion

In Heft 12, Jahrgang 1936, der Zeitschrift „Sowjetwirtschaft und Außenhandel" finden wir folgende Angaben über Rechte und Pflichten der Sowjetbürger:

„Der Verfassungsentwurf enthält ein besonderes Kapitel, das den Grundrechten und Pflichten der Staatsbürger gewidmet ist. Bereits im ersten Kapitel, das den gesellschaftlichen Aufbau der UdSSR. behandelt, wird bestimmt: „Die Arbeit ist in der UdSSR. Pflicht eines jeden arbeitsfähigen Staatsbürgers nach dem Grundsatz: Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen.' In Übereinstimmung mit diesem Grundsatz gewährt der Entwurf allen Staatsbürgern der UdSSR. das Recht auf Arbeit, das Recht auf gesicherte Arbeit mit Entlohnung gemäß ihrer Qualität und Quantität. Dieses Recht auf Arbeit wird gesichert durch die sozialistische Organisation der Volkswirtschaft durch die unaufhörliche Entwicklung der Produktivkräfte der Sowjetgesellschaft, durch das Nichtvorhandensein von Wirtschaftskrisen und durch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit."

Des weiteren wird vom Recht des „vollbezahlten Urlaubs", dem Recht „auf Erholung", dem „Recht auf materielle Versorgung" gesprochen und schließlich von dem „Recht auf Bildung".

Die Bolschewiken proklamieren „Recht auf Erholung", während Millionen Hungers sterben und nach Abschaffung der Sonn- und Feiertage die Folge der Arbeitstage kaum noch eine Unterbrechung findet, sie betonen das „Recht auf Bildung" und übersehen bewußt die vielen Millionen von Analphabeten.

Sie sprechen von „Recht auf Arbeit" und vollbezahltem Urlaub, weil sie fühlen, daß damit durch die „Nazifaschisten" eine gefährliche Waffe geschaffen wurde und so glauben die Roten durch bloße Übernahme der Begriffe im Ausland wirken zu können.

Es wirkt wie ein Treppenwitz, wenn man „dauernde Beschäftigung" und Si-

Digitized by Google

cherung der Arbeit verspricht und nur erreicht, daß der Arbeiter bei schwerster Arbeit so gestellt ist, wie bei uns in seltenen Fällen ein arbeitsloser Unterstützungsempfänger.

Die Sowjetrussen haben sich den Gedanken des Rechtes auf Arbeit angeeignet, durchführen können sie das Recht auf Arbeit nie, weil sie seine Sicherung in dem bolschewistischen Wirtschaftssystem sehen. Damit ist das Recht auf Arbeit nicht von wahrhafter politischer Führung, sondern von dem Erfolg des wirtschaftlichen Systems abhängig gemacht. „Wer 150 Millionen Menschen in einem mit allen Hilfsmitteln des Bodens und des Klimas, der Fruchtbarkeit, der Bodenschätze, der Bewässerung ausgestatteten Lande nicht einmal so anzusetzen vermag, daß ein wirtschaftlicher Erfolg dabei erzielt wird, der soll nicht vom Recht auf Arbeit sprechen, sondern höchstens von Zwangsarbeit ... Man kann nicht das Recht auf Arbeit proklamieren, wenn man nicht gleichzeitig für das Brot sorgt, das diese Arbeit erhalten soll." (Bernhard Köhler, am 4. Dezember in Berlin.) Rog.

Unser Speisezettel in ausländischer Beleuchtung

Es ist anregend, festzustellen, wie in der Auslandspresse die in Deutschland zeitweise eingetretenen Verknappungen an bestimmten Lebensmitteln aufgenommen worden sind.

So schreiben die „Basler Nachrichten" (Nr. 269):

> „In Wirklichkeit handelt es sich mehr um ärgerliche Störungen als um echte Not. Man darf sich also nicht vorstellen, daß im heutigen Zeitpunkt so etwas wie eine Hungerpanik das deutsche Volk ergriffen habe, noch viel weniger, daß man sich nicht satt essen könnte."

Es geistern aber auch die absonderlichsten Vorstellungen über die deutsche Lebensmittelversorgung in den Köpfen von Zeitungsschreibern. Wenn wir von einem Winter mit „Sauerampfer, Brennesseln und Löwenzahn, Walfleisch und Runkelrüben an Festtagen" (The New English Weekly vom 22. 10. 30) lesen, da erfaßt uns tiefes Mitleid; allerdings nicht mit uns selbst, die wir doch so schrecklichen Zeiten entgegensehen, sondern mit diesem „wohlunterrichteten" Schreiber. Wahrscheinlich bezieht er seine Informationen aus Emigrantenblättern, von denen eines auch über Walfischfleisch und Buckeckern schreibt und daran die höhnische Bemerkung knüpft: „Da es solcher Art nicht an Lebensmitteln fehlt, besteht kein Grund, Butter, Eier und Fleisch aus dem Ausland einzuführen."

Ja, diese kühnen Zukunftsträume der Emigranten kennen wir schon längst. Das könnte ihnen so passen; aber es sind eben leider nur — Träume. Ge.

Austritt aus der Menschheit

An schwungvollen Worten ist in der Redaktion der „Neuen Weltbühne" anscheinend kein Mangel. So hieß es in einer der letzten Nummern des Emigrantenblattes in bezug auf Deutschland: „Autarkie, Selbstverstümmelung, Austritt aus der Menschheit". Für gewöhnlich pflegt man ja allerdings nur aus einem Verein auszutreten, für die „Neue Weltbühne" ist eben die Menschheit auch nichts anderes als nur ein Verein.

Diese Emigranten-Blätter sind es denn auch, die mit beharrlicher Bosheit im Ausland immer wieder das Gerücht verbreiten, Deutschland strebe eine Autarkie an. So liest man „Die deutschen Nationalökonomen haben das Schlagwort von der Autarkie erfunden".

Wie fest eingewurzelt dieser ausländische Aberglaube ist — der natürlich durch den zweiten Vierjahresplan neue Nahrung erhalten hat — mag eine Äußerung des „De Telegraaf", Amsterdam, veranschaulichen. Diese Zeitung stellt die deutsche Erklärung, anläßlich des neuen deutsch-französischen Handelsvertrages, daß eine beiderseitige Erhöhung des Gesamtumsatzes notwendig sei, dem zweiten Vierjahresplan als widersprechend gegenüber.

Nach Meinung des Auslandes bliebe uns nur die Wahl: entweder einen Vierjahresplan, der mit dem „Reiz asketischer klösterlicher Einsamkeit" ausgestattet ist — oder Außenhandel. Was sagt demgegenüber Bernhard Köhler: „Wir haben nicht die Absicht, die Produktionen fremder Völker zu stören oder gar zu zerstören. Sie können uns

Digitized by Google

immer noch so viel von ihren Produkten verkaufen, wie sie uns verkaufen wollen, wenn sie unsere eigenen Waren dafür in Zahlung nehmen".

Wir wollen also keinen „Austritt aus der Menschheit", wenn wir es auch verstehen können, daß gewisse Herrschaften uns nur zu gerne außerhalb ihrer „Menschheit" sehen würden. Ge.

Partei - Staat - Stände und Verbände

Zur Beaufsichtigung der Kartelle

Durch den Erlaß des Reichswirtschaftsministers vom 12. November sollen mit Rücksicht auf die Durchführung des Vierjahresplanes die Kartelle in die Gesamtwirtschaft eingeordnet werden.

Die nationalsozialistische Führung und Regierung denkt nicht daran, die bestehenden Kartelle einfach aufzulösen, sie wird allerdings „Zustände zu schaffen suchen, in denen Kartelle nicht nötig sind" (Bernhard Köhler). Solange jedoch zur Überwindung von Schwierigkeiten oder zur Erreichung wirtschaftlicher Ziele die Zweckgebilde der Kartelle erforderlich sind, werden sie auch im nationalsozialistischen Staat unbedenklich verwendet werden können.

Wesentlich ist aber, daß sie in die Gesamtwirtschaft zweckmäßig eingeordnet sind. Diese Einordnung der Kartelle wird nunmehr Aufgabe der Organisation der gewerblichen Wirtschaft sein.

Im Zusammenhang damit steht zunächst eine erzieherische Aufgabe, die Förderung von Gemeinschaftsarbeiten auf dem Gebiete der Buchhaltung und der Kalkulation. Das Ziel ist eine Erhöhung der Wirtschaftlichkeit, eine Kosten- und Preissenkung.

Zu dieser Verpflichtung der Kammern und Gruppen, zu prüfen, inwieweit „Vorstellungen, die von vermeintlichen privatwirtschaftlichen Rentabilitätsgrundsätzen bestimmt waren", heute noch gerechtfertigt sind, tritt die Aufgabe eines zusätzlichen Aufsichtsrechts über die Kartelle, das auf Grund einer Reihe von Kontroll- und Überwachungsbefugnissen ausgeübt werden wird und für dessen Erfolg eine personelle Trennung der Organisation der gewerblichen Wirtschaft und der Kartelle wesentlich ist.

Der neue Erlaß beschreitet einen Weg, der ebenso einer planwirtschaftlichen Durchkartellierung der Wirtschaft entgegengesetzt ist, wie der Duldung eines ungerechtfertigten individuellen Gewinnstrebens, dessen gemeinschaftsschädigender Charakter durch Kartellierung nicht aufgehoben wird. Damit sind die Einflußmöglichkeiten gewachsen, die der Staat auf die Marktverbände nehmen wird, ohne daß ein neuer bürokratischer Apparat erforderlich ist.

Auf diese Weise hat eine Entwicklung ihren gesetzlichen Ausdruck gefunden, die auch die wirtschaftspolitische Truppe der Partei von Anfang an als notwendig angesehen und propagandistisch vorbereitet hat.

Wie Bernhard Köhler u. a. auf dem Reichsparteitag 1936 ausführte, besteht die Aufgabe der zweiten Arbeitsschlacht darin, die Armut im deutschen Volke zu beseitigen. Dieses Ziel wird auf dem Weg über eine nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgerichtete Rationalisierung und über Preisverbilligungen erreicht werden. Da aber die Kartelle auf die Preisgestaltung wesentlichen Einfluß haben, macht es die neue Regelung möglich, auf die kartellgebundenen Preise und damit auf die Gesamtpreisentwicklung leichter einzuwirken.

Für den Wert der neuen Regelung ist von Bedeutung, inwieweit die leitenden Personen in der Organisation der gewerblichen Wirtschaft die Fähigkeit besitzen, ihren neuen Aufgaben gerecht zu werden. Entscheidend bleibt jedoch immer der Wille der nationalsozialistischen Wirtschaftsführung, die Verwirklichung eigensüchtiger Bestrebungen unter allen Umständen zu verhindern und jenen Einklang zwischen Erzeuger und Verbraucher herbeizuführen, der die Interessen des Verbrauchers ebenso berücksichtigt, wie die des Erzeugers. Kn.

Digitized by Google

Auflagensteigerung um 15 von Hundert!

Die Zahl der festen Bezieher des Mitteilungsblattes hat sich allein im Monat November um 2764 = 15¼ v. H. erhöht. Außerdem erhalten wir aus den verschiedensten Kreisgebieten Zuschriften, daß „weitere Bestellungen in Kürze" folgen würden.

„Die Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP." haben eine besondere Aufgabe zu erfüllen: Sie sollen der wirtschaftspolitischen Ausrichtung der nationalsozialistischen Propagandisten dienen. Wir haben ursprünglich die Bezugsberechtigung lediglich auf Parteigenossen beschränkt und nur bei HJ.-Führern und NSDStB.-Kameraden Ausnahmen gemacht. Nachdem nun sowieso die SA.-, SS.- und NSKK.-Männer nach und nach in die Partei aufgenommen werden sollen, wollen wir auch diesen den Bezug der „Mitteilungen" ermöglichen.

Auch SA.-, SS.- und NSKK.-Männer können künftig die „Mitteilungen" beziehen.

Es ist deshalb ab sofort gestattet, außer Parteigenossen auch Kameraden aus den vorgenannten Gliederungen als Leser für die „Mitteilungen" zu werben. Auf die außerordentlich günstigen Werbemöglichkeiten, die sich hierdurch ergeben, brauchen wir unsere Leser ja nicht besonders aufmerksam zu machen.

Bei der Aufgabe der Bestellungen mußte bisher immer die Ortsgruppe angegeben werden, zu der der Besteller gehört. Für die Parteigenossen gilt dies auch weiterhin. Die Nicht-Parteigenossen (HJ.-Führer, NSDStB.-Mitglieder, SA.-, SS.-, NSKK.-Männer), die die „Mitteilungen" bestellen, geben an Stelle der Ortsgruppe ihre Gefolgschaft (Bann), ihre Studentenbundsgruppe, ihren Sturm (Standarte) an.

Mit der Erhöhung der Auflage geht Hand in Hand die redaktionelle Ausgestaltung der „Mitteilungen".

Ab 1. Januar 1937 erscheinen die „Mitteilungen" zweimal im Monat! Es beträgt dann für das einzelne Heft der „Mitteilungen"

der Preis nur mehr 15 Pfennig.

Der Bezugspreis für ein halbes Jahr beträgt somit ab 1. Januar 1937 (für 12 Hefte) RM. 1.80.

Die „Mitteilungen" werden Sie als Organ der wirtschaftspolitischen Truppe der Partei ständig über die wirtschaftspolitische Haltung und Stellungnahme der Partei unterrichten und Ihnen insbesondere Unterlagen über den Fortgang der zweiten Arbeitsschlacht geben. So werden wir als zweites Januarheft eine

Rohstoff-Sondernummer

herausgeben. Wir haben aber auch schon weitere Sondernummern für das nächste Jahr geplant.

Verantwortlicher Schriftleiter: Udo Pfriemer, München 23, Herzog Wilhelmstr. 32 (Reichsadler) Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, Thierschstraße 11 / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Nur durch die Dienststellen der NSDAP. / Erscheinen: Zu Beginn des Monats / Abdruck: Nur mit Genehmigung der Schriftleitung / Preis des Heftes: 20 Pfennig.

Digitized by Google

Mitteilungen der Kommission für

Wirtschaftspolitik der NSDAP

Heft 1 Jahrgang 2

Nachdruck - auch auszugsweise - nicht gestattet!

Der Führer bei der Eröffnung des Winterhilfswerkes 1935:

Wenn wir nicht als eine treueste Einheit, miteinander verbunden auf Sein oder Nichtsein, unserer Arbeit nachgehen, dann werden wir in unserem Lebenskampf, der immer hart war und hart sein wird, nicht bestehen können gegenüber den Völkern, die vom Schicksal gesegneter sind als wir.

Aus dem Inhalt:

Bernhard Köhler:
Die „Mitteilungen" nur für Parteigenossen?

Die Aufgaben der Preisbildung

Alf Noll:
Politik und Wirtschaftsrechnung

Hanns Czekalla:
Altersaufbau und krisensichere Betriebe

Betriebstreue — falsch verstanden!

Stalins Kampf gegen die Kulaken

Märchen von heute

Januar 1937

Zentralverlag der NSDAP

Digitized by Google

Bernhard Köhler:

Die „Mitteilungen" nur für Parteigenossen?

Zum neuen Jahrgang schreibt der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., Bernhard Köhler, einige Leitworte über die Aufgabe der „Mitteilungen".

Unsere „Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik" werden bekanntlich nur an Parteigenossen sowie an Führer und Mitglieder derjenigen Gliederungen und angeschlossenen Verbände ausgeliefert, die hiezu namentlich ermächtigt sind. Desgleichen ist der Abdruck von Aufsätzen und anderen Beiträgen aus den „Mitteilungen" verboten.

Wir sind schon oft gefragt worden, warum diese Vorschrift besteht. Wir plauderten ja doch keine Geheimnisse aus, und vielen Nichtparteigenossen wäre es noch viel nötiger zu wissen, was in den „Mitteilungen" steht, als den Parteigenossen. Außerdem würden wir ja eine viel größere Leserzahl gewinnen können.

Es hat aber doch seinen sehr guten Grund, daß wir eine äußere Abgrenzung für den Kreis treffen, dem unsere „Mitteilungen" zugänglich sind. Die Kommission für Wirtschaftspolitik ist ein reines Parteiorgan und wendet sich daher mit ihrer Arbeit unmittelbar an die Parteigenossen. Die „Mitteilungen" sind zunächst nichts weiter als das Werkzeug der dauernden, lebendigen Verbindung zwischen all denen, die in der Partei, ihren Gliederungen und in den angeschlossenen Verbänden mithelfen, die Arbeit der Kommission für Wirtschaftspolitik zu tun.

Man kann aber nicht soundso viel Dinge auf einmal tun. Wenn wir eine Zeitschrift brauchen, die unsere Mitarbeiter zusammenfaßt und auf dem Laufenden hält, so können wir nicht gleichzeitig mit denselben Kräften eine Zeitschrift machen, die eine größere Öffentlichkeit unterrichtet und beeinflußt. Und wir haben uns daher lieber entschlossen die erste, anscheinend kleinere Aufgabe, mit allem Nachdruck zu verfolgen, anstatt auf zwei Aufgaben zugleich hinschielen zu müssen.

Der Erfolg zeigt ja, daß unser Vorgehen richtig ist. Denn das Anwachsen der Bezieherzahl der „Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik" auf mehr als 20000 innerhalb von zehn Monaten ist der Beweis, daß die Aufgabe zur Schaffung eines solchen Mitteilungsblattes nur für Parteigenossen dringend genug war. Wir sind auch noch längst nicht an dem Punkte angelangt, an dem wir eine Verlangsamung des Aufstiegs erwarten müßten. Und so haben wir das Gefühl, daß wir für die Partei schon gerade genug zu tun haben und uns gar nicht danach umsehen müssen, ob wir nicht wo anders noch etwas zu tun fänden.

Außer der Unterrichtung der Parteigenossen hat aber unsere Zeitschrift ja noch eine besondere Aufgabe. Sie soll ihre Leser immer wieder daran erinnern, daß auch sie sehr bestimmte und sehr dringende Pflichten haben. Jeder, der einmal zur Partei getreten ist, hat auch heute noch die Verpflichtung lebendiger und tätiger Mitarbeit. Er muß Träger eines bestimmten Zielbewußtseins, eines klaren po-

Digitized by Google

litiſchen Willens und einer wachſamen Entſchloſſenheit zu ſeiner Verwirklichung ſein. Und darüber hinaus hat er ſeinen Willen und ſeine Haltung auf alle diejenigen zu übertragen, mit denen er in Berührung kommt.

Um das ganze Volk mit einer notwendigen Haltung, Aufklärung, Zielſetzung und Willensbildung zu durchdringen, muß die Partei ſich zuerſt ſelbſt damit voll durchdrungen haben. Die Parteigenoſſen ſind nicht für ſich alleine da, ſondern um zu führen, den anderen voranzugehen und, jeder in ſeinem Kreiſe, Tonart und Haltung der anderen zu beſtimmen. Daran ſoll ihn das Heft der „Mitteilungen" immer wieder erinnern, daß ihm niemand ſeine Pflicht abnimmt.

Wenn der Leſer auf jedem Heft den Vermerk findet: „Nachdruck — auch auszugsweiſe — nicht geſtattet", ſo ſoll dies heißen: Denk nicht, daß Du genug getan haſt, wenn Du die „Mitteilungen" geleſen und Dich vielleicht auch am einen oder anderen Beitrag erfreut haſt. Denk auch nicht, daß Du Deine Pflicht ſchon getan haſt, wenn Du der Zeitſchrift jeden Monat einen neuen Dauerleſer aus dem Kreiſe der Parteigenoſſen, der SA., SS., der HJ.-Führer uſw. zuführſt. Sondern täglich bleibt die Aufgabe beſtehen: Für den nationalſozialiſtiſchen Gedanken der Wirtſchaftsführung, für die Beſeitigung der Ausbeutung, für die Befreiung der Arbeit durch die nationalſozialiſtiſche Wirtſchaftspolitik Vertrauen zu gewinnen, aufzuklären, Irrtümer zu beſeitigen, den Mut zur Verantwortung zu ſtärken und immer wieder den Nachweis zu führen, daß die nationalſozialiſtiſche Wirtſchaftspolitik beſſer rechnen kann und daher auch für Volk und Volksgenoſſen vorteilhafter ſein muß als jede marxiſtiſche oder kapitaliſtiſche.

Tuſt Du dies, beſinnſt Du Dich wieder auch auf dem Gebiete der wirtſchaftspolitiſchen Meinungsbildung auf Deine Pflicht zum täglichen nationalſozialiſtiſchen Einſatz, dann wirſt Du bald an Dir ſelbſt verſpüren, warum die „Mitteilungen" nur für Parteigenoſſen beſtimmt ſind: Weil auch ſie das ewige Gebot des Nationalſozialismus zu erfüllen haben, Ausleſe zu treffen unter den vielen nach ſolchen, die bloß mitzulaufen, und nach ſolchen, die ſich einzuſetzen entſchloſſen ſind.

Die Aufgaben der Preisbildung

Während im Mittelpunkt des Vierjahresplanes das große Rohſtoffprogramm des Führers ſteht, wird jedoch die Durchführung des Vierjahresplanes alle Gebiete der Wirtſchaft in ihren Einflußbereich ziehen. Der Arbeitseinſatz muß gelenkt werden. Ebenſo aber auch beiſpielsweiſe die Preisbildung.

Zu letztgenanntem Zwecke hat der Beauftragte für den Vierjahresplan auch einen eigenen Reichskommiſſar für Preisbildung beſtimmt, es iſt der Gauleiter der NSDAP. Joſeph Wagner.

Der Reichskommiſſar für Preisbildung hat ſich ſchon mehrfach in ſeinen Reden und Verordnungen über die Aufgaben der Preisbildung geäußert.

Digitized by Google

Die soziale Seite der Preisbildung

Darnach stellt die Preisbildung den Hebel dar für die Beziehungen zwischen Gesamtwirtschaft, Ergebnis, Beteiligung des einzelnen auf Grund seiner Arbeit und seiner sozialen Stellung an diesem Ergebnis und seinen allgemeinen Lebensbedingungen. Das soziale Problem ist mithin ebenso stark wirksam wie das wirtschaftlich-kaufmännische im Preis.

1. Die Preise müssen den Alltagsbedürfnissen breitester Volkskreise entsprechen im Verhältnis zu ihren Einkommen.

2. Mittel dazu sind: einmal das Verbot jeglicher Preiserhöhungen ohne Erlaubnis des Reichskommissars für Preisbildung; zum zweiten die Rationalisierung in der Wirtschaft mit dem Ziel der Preisermiedrigung bei gleichzeitiger Stabilität der Löhne (Kaufkrafterhöhung).

3. Die entstehenden Sonderlasten oder Opfer sollen aber nicht nur auf die Schultern des Staates, das ist der Allgemeinheit abgewälzt werden, sondern müssen auch von Einzelpersönlichkeiten oder weiten Kreisen wirtschaftlich starker Träger übernommen werden.

Einsatzmöglichkeiten des Reichskommissars für Preisbildung

Um die Preisbildung wirksam zu gestalten, stehen dem Reichskommissar folgende Einsatzmöglichkeiten zur Verfügung:

1. Die sittlichen Kräfte in der Wirtschaft. Hiermit verbindet sich der Appell an die Anständigkeit und Ehrlichkeit des Wollens im deutschen Bauerntum, wie an die Bereitwilligkeit, wirklich Deutschland zu dienen in unserer gesamten gewerblichen Wirtschaft.

Der Reichskommissar muß mit den natürlichen, im Menschen schlummernden Kräften bei allen wirtschaftlichen Vorgängen und Maßnahmen rechnen.

2. Die NSDAP. stellt mit ihren Gliederungen die ideelle, geistige und willensmäßige Führung der Menschen dar. Sie hat in unermüdlicher Erziehungsarbeit dem deutschen Menschen immer wieder die höheren Gesetze der Gesamtheit nahezubringen und den einzelnen an seine Pflicht gegen das Volk zu erinnern.

Die Einwirkungs- und Erziehungsarbeit der Partei ist nicht nur eine politische, sie ist zugleich eine wirtschafts- und sozialpolitische, denn sie bestimmt entscheidend die geistige und seelische Einstellung des einzelnen zu den täglichen Vorgängen des Lebens.

Je stärker die Partei die Gesamthaltung und Anschauung der Nation in diesen Fragen gestaltet und damit eine öffentliche Moral des wirtschaftlichen und sozialpolitischen Handelns entstehen läßt, um so nachhaltiger ist diese Wirkung in der Praxis des Wirtschaftens jeglicher Art.

3. Gegen jeden undisziplinierten Ausbruch wird der Reichskommissar einschreiten, und falls es sich aus den Gesamtumständen als notwendig erweist, letzte Konsequenzen gegen jedermann ziehen, dem der eigene Geldbeutel höher steht als die deutsche Freiheit.

Er hat ganz entschieden zugunsten der breiten Öffentlichkeit dort einzugreifen, wo Unvernunft und Gewinnsucht sowie Verantwortungslosigkeit einzelner oder gewisser Kreise Schaden für Nation und Staat heraufbeschwören könnten.

Digitized by Google

Zuwiderhandlungen gegen die Maßnahmen des Reichskommissars werden mit Gefängnis- und Geldstrafen, letztere in unbegrenzter Höhe, oder mit einer dieser Strafen geahndet.

Die Technik der Preisbildung

Die Tätigkeit des Reichskommissars für Preisbildung ist nicht bloß eine überwachende, er hat nicht die Rolle eines Schutzmannes zu spielen. Er heißt auch nicht Reichskommissar für Preisüberwachung, sondern für Preisbildung.

1. Als solcher hat er zunächst die gesamtwirtschaftlichen Zusammenhänge zu erfassen und so die Voraussetzung für eine Einflußnahme auf die Preise zu schaffen.

2. Alsdann wird er in der Preisbildung kontrollierend, fördernd, ordnend, sichernd, aufspürend und weisend handeln.

Sein Handeln entspringt nicht einem starren Systemdenken, sondern richtet sich nach den jeweils geänderten Umständen. Die Preisbildung muß ein organischer Vorgang sein. Das Verbot von Preiserhöhungen schließt nicht ein Dogma der Preisstarrheit in sich.

3. Organisatorisch wird die Arbeit des Reichskommissars durchgeführt mit Hilfe der aus dem staatlichen Recht gewordenen und werdenden Amtsstellen, dann aber auch insbesondere mit Hilfe der NSDAP. und ihren Gliederungen als den ideellen Trägern unseres gesamten Gedankengutes, schließlich aber auch mit allen Kräften, die in der Wirtschaft selber vorhanden sind.

Die bisherigen Verlautbarungen zur Preisbildung

Richtungweisend für die Gestaltung der Preisbildung sind nachfolgende Reden:

1. Die Rede des Beauftragten für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generaloberst Hermann Göring, am 28. Oktober 1936 in Berlin.

2. Die programmatische Rede des Reichskommissars für Preisbildung, Gauleiter Joseph Wagner, am 13. November 1936 in Weimar.

3. Die Erklärung des Reichskommissars für Preisbildung vor Pressevertretern am 1. Dezember 1936 in Berlin.

Ferner erschienen von der Einsetzung des Reichskommissars an folgende Verordnungen:

1. Am 29. Oktober 1936: das Gesetz zur Durchführung des Vierjahresplanes — Bestellung des Reichskommissars für die Preisbildung (Reichsgesetzblatt Nr. 103 S. 927).

2. Am 26. November 1936: die Überleitungsverordnung zum Gesetz zur Durchführung des Vierjahresplanes — Bestellung eines Reichskommissars für die Preisbildung (Reichsgesetzblatt Nr. 110 S. 955).

3. Am 26. November 1936: Die Verordnung über das Verbot von Preiserhöhungen (Reichsgesetzblatt Nr. 110 S. 955).

4. Am 30. November 1936: Erste Ausführungsverordnung über das Verbot von Preiserhöhungen (Reichsgesetzblatt Nr. 110 S. 956).

Digitized by Google

5. Am 12. Dezember 1936: Erste Anordnung über die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse des Reichskommissars für die Preisbildung (Reichsanzeiger Nr. 291).

Die Bedeutung des Reichskommissars für Preisbildung.

Mit der Einsetzung eines Reichskommissars für Preisbildung ist gleichzeitig ein währungspolitischer Schritt erfolgt.

Bernhard Köhler äußerte sich auf der großen Berliner Kundgebung am 4. Dezember 1936 hierüber: „Die Sicherheit unserer Währung, die nicht nur für den Sparer, sondern auch für jeden arbeitenden Menschen äußerst wichtig ist, beruht — wie wir seit Jahren immer wieder darlegen — auf dem festen Verhältnis von Arbeit und Brot, d. h. also von Lohn und Preis. Der Kommissar für Preisbildung ist der eigentliche Währungskommissar."

Alf Noll:

Politik und Wirtschaftsrechnung

Wie Bernhard Köhler immer ausgeführt hat, folgt der politischen Abhängigkeit die wirtschaftliche, der politischen Bedeutungslosigkeit die wirtschaftliche Ohnmacht. Der Führungsanspruch der Politik wird aber selbst in unseren Tagen oftmals nicht als notwendig angesehen.
Unser Mitarbeiter, der Wirtschaftspublizist Dr. Alf Noll, weist in seiner Arbeit nach, daß man die Erfolge der nationalsozialistischen Politik und Wirtschaft nachträglich nicht als „natürliche Gesetzmäßigkeiten" ansprechen kann.

„Wirtschaft und Wirtschaftspolitik sind zwei deutlich getrennte Bereiche. Die Wirtschaft hat ihre Eigengesetzlichkeit . . ." So ist in einer neuerlichen Veröffentlichung aus der alten liberalwirtschaftlichen Schule zu lesen, die heute noch für sich in Anspruch nimmt, die „vernünftige" Wirtschaftsmeinung zu haben. Der harmlose Leser versteht ganz wörtlich: „Wirtschaft und Wirtschaftspolitik sind zwei deutlich getrennte Bereiche." Das ist ja eben die Grundanschauung der liberalen Wirtschaft gewesen: diese Trennung möglichst deutlich zu machen. „Die Wirtschaft" war im Besitze der praktischen Wirtschaftsvernunft, sie war „eigengesetzlich", d. h. sie wollte nicht hineingeredet haben; die Wirtschaftspolitik war angeblich nur dazu da, der Wirtschaft alle Schwierigkeiten auszuräumen. Wirtschaftliche Dinge waren nach dieser Anschauung nur wirtschaftlich zu sehen, nur mit der praktischen Wirtschaftsvernunft zu erfassen, und wirtschaftliche Rechnungen könnten darnach nur mit betriebswirtschaftlichen Methoden aufgemacht werden. Politik und politische Überlegungen konnten in solchen Rechenmethoden nur als Störung und als Fremdkörper empfunden werden.

Und doch kann seitens der praktischen Wirtschaft nicht bestritten werden, daß die bloße sog. praktische Wirtschaftsvernunft im kleinen wie im großen

Digitized by Google

sich oft außerordentlich verrechnet hat. Die ganze Weltwirtschaftskrise ist nichts anderes als ein solches Verrechnen.

Das meinte der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik, Pg. Bernhard Köhler, als er auf dem diesjährigen Reichsparteitag sagte: „Es ist heute erwiesen, daß Politiker besser rechnen können als Kaufleute und Wissenschaftler." Selbstverständlich sind hier nur wirkliche Politiker gemeint, nicht aber Politikaster und politische Kinder, die glauben, große Politiker zu sein, wenn sie politische Phrasen im Munde führen. Wir haben wieder zu unterscheiden gelernt zwischen Politik und Wirtschaft, zwischen Wirtschaftspolitik und politisierender Wirtschaft. Wir unterscheiden auch zwischen der Rechnung des wahren Politikers und unzulässigen Versuchen, Wirtschaft nach bloßen Schlagworten zu treiben.

23 Milliarden für Arbeitslosenunterstützung!

Eine der größten und richtigsten Rechnungen, die die Politik des Nationalsozialismus angestellt hat, war, wie Bernhard Köhler es ausdrückte, „der Nachweis, daß arbeiten billiger ist als nichtarbeiten, und daß also auch die Finanzierung kein Zauberkunststück und kein besonderes Währungssystem voraussetzt, sondern nichts als nüchterne Rechnung und technische Manipulation", d. h. Durchführung nach den Zweckmäßigkeiten der Praxis. Diese Rechnung ergab bekanntlich, daß nichtarbeiten gewaltige volkswirtschaftliche Verluste verursachte. Allein eine Zusammenstellung der seit 1924 gezahlten Arbeitslosenunterstützungen ergibt die ungeheuere Summe von 23½ Milliarden RM., und doch ist das nur ein Teilbetrag dessen, was alle Nichtbeschäftigten auf Kosten der Beschäftigten verzehrt und verbraucht haben. Die politische Rechnung des Nationalsozialismus besagte nun: wenn derartige gewaltige Summen da sind und ausgegeben werden, weil und obwohl nicht gearbeitet wird, dann sind sie auch da, damit gearbeitet werden kann. Die Grundlage der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung war dann eben die Umwandlung von Unterstützungen, die auf Kosten der Gesamtheit gingen, in Löhne, die der Gesamtheit zugutekamen. Das war das Arbeitsbeschaffungsrezept der nationalsozialistischen Politik, während die angebliche Wirtschaftsvernunft behauptete, es sei kein oder nicht genügend Kapital vorhanden. Wer richtig gerechnet hat, das ist inzwischen nur allzu einleuchtend bewiesen worden.

Daß die richtige politische Rechnung vielen nicht ins Konzept paßte, kann man verstehen. Mit allen möglichen „natürlichen" Gesetzmäßigkeiten versucht man hinterher die Wiederbeschäftigung von mehr als 6 Millionen Menschen zu erklären und damit das Verdienst der nationalsozialistischen Arbeitspolitik zu schmälern. Aber es läßt sich nun einmal nicht aus der Welt schaffen, daß die nationalsozialistische Politik überhaupt erst wieder auf manchen wichtigen Gebieten das Funktionieren natürlicher Wirtschaftsgesetzmäßigkeiten ermöglicht hat. So ist dem Nationalsozialismus gelungen, was in der ganzen Nachkriegszeit nicht gelungen war: den deutschen Staatskredit zum besten Kredit des Landes zu machen, wie es die natürliche Ordnung ist. Und so hat der antikapitalistische Nationalsozialismus eine Fruchtbarmachung des Kapitals und eine Zinsverbilligung erreicht, wie sie in der Nachkriegszeit noch nicht da war.

Digitized by Google

Nicht Belastung der breiten Masse — Steigerung der Kaufkraft

Mit Unbelehrbaren zu rechten, hat keinen Zweck. Da brachte es vor einiger Zeit eine der bedeutendsten ausländischen Zeitungen fertig, zu behaupten, die breite Masse des deutschen Volkes habe die Kosten der deutschen Arbeitsbeschaffung tragen müssen. Wer so etwas sagt, ist blind oder bösartig. Das Einkommen aus Lohn und Gehalt war 1935 um 8,77 Milliarden Reichsmark höher als 1932. Nicht nur sind über sechs Millionen Volksgenossen neu in Arbeit gekommen, es hat sich auch die durchschnittliche Arbeitszeit in der Industrie um rund eine Stunde erhöht, was eine entsprechende Erhöhung der Einzelverdienste bedeutet. Zudem sind die Facharbeiterlöhne gestiegen, die sozialen Leistungen seitens der Unternehmen und der Deutschen Arbeitsfront wurden außerordentlich erweitert. Daß von 1933 bis 1936 die Einzelhandelsumsätze in Beleuchtungs- und Elektrowaren um 57 v. H., die Einnahmen der Lichtspieltheater um 42 v. H., die Ausgaben für Zigarren um 27 v. H., die Einzelhandelsumsätze in Kaffee, Tee, Schokolade und Süßwaren um 25 v. H. gestiegen sind, kann durch gar nichts anderes als durch eine höhere Massenkaufkraft bewirkt worden sein.

Politische und wirtschaftliche Abhängigkeit drückte die Kaufkraft

Eine große politische Wirtschaftsrechnung war auch, daß uns unsere Abhängigkeit auf vielen Gebieten des nationalen Lebens ungeheure Opfer gekostet hat. Diese Abhängigkeit bestand vor allem in der Tributleistung durch Reparationen, die wir ohne Entgelt durchführen mußten. Sie bestand in der Auslieferung unserer Landwirtschaft an die internationalen Getreidespekulanten und die Launen einer internationalen Getreideindustrie; die Rechnung haben wir mit der Zerrüttung unserer Landwirtschaft bezahlen müssen, mit der Versteigerung landwirtschaftlicher Flächen, die die Größe eines Landes erreichten. Wir haben die Abhängigkeit vom internationalen Kapital zu fühlen bekommen, das uns nicht nur einen überdurchschnittlich hohen, sogenannten Risikozins abforderte, sondern ohne Rücksicht auf die Folgen für unsere Wirtschaft eines Tages abzuwandern suchte. Milliarden hat uns diese Erfahrung gekostet. Wir haben die Abhängigkeit auf dem Rohstoffgebiet zu spüren bekommen, die Abhängigkeit in einem internationalen Währungssystem, das die anderen nach Belieben ändern zu dürfen glauben. Immer kostete uns diese Abhängigkeit entweder umsonst getane Arbeit in ungeheuren Summen, oder sie machte unsere Arbeit unmöglich und beraubte uns dadurch des Ertrags der Arbeit. Die politische Rechnung war also: wenn Abhängigkeit so außerordentlich teuer und nachteilig ist, dann muß Unabhängigkeit, durch die nationale Arbeit ermöglicht und ihr Ertrag erhalten wird, vorteilhaft und im Grunde billiger sein. Drückt Abhängigkeit die Kaufkraft, dann muß Unabhängigkeit sie erhöhen.

Und aus dieser politischen Rechnung ist der Vierjahresplan entstanden. Wenn man nun auch wieder hiergegen die sogenannte praktische Wirtschaftsvernunft ins Feld führt, so wird sie sich ebenso verrechnen, wie sie sich in der Krise und hinsichtlich der Krisenbekämpfung verrechnet hat. Natürlich bedeutet der Vierjahresplan nicht, daß nun etwa jeder Phantast seine tausendmal abgelehnte angeblich todsichere Erfindung zur Rettung Deutschlands auf

Digitized by Google

öffentliche Kosten anbringen kann. Im übrigen hat sich die Rechnung der Wirtschaftsvernunft darauf zu erstrecken, den politischen Auftrag mit den besten Mitteln und mit dem besten Ergebnis auszuführen. Die Politik aber tut das ihre dazu, um diese Rechnungen überhaupt erst zu ermöglichen.

Ist die Wirtschaft auf Grund der politischen Rechnung des Rechtes auf Arbeit gut gefahren, so wird sie auch mit der politischen Rechnung der Unabhängigkeit besser fahren als mit einer angeblichen Wirtschaftsvernunft, die glaubte, aus Tributleistungen Geschäfte machen zu können.

Hanns Czekalla:

Altersaufbau und krisensichere Betriebe

Das Ziel der ersten Arbeitsschlacht war Beseitigung der Arbeitslosigkeit um jeden Preis.
Aus der Aufgabenstellung der zweiten Arbeitsschlacht, der Beseitigung der Armut, ist die Verpflichtung abzuleiten: Jeder Betrieb muß durch Rationalisierung seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit erhöhen!

Die verringerte Geburtenzahl und die verminderte Sterblichkeit haben in Deutschland einen unnatürlich veränderten Altersaufbau der Bevölkerung gezeitigt. Es fehlt zur Zeit die heranwachsende Jugend; die oberen Altersschichten nehmen stark zu. Bleibt diese Entwicklung, dann tritt allmählich eine Überalterung (Vergreisung) des Gesamtbestandes der Erwerbstätigen ein, der wegen Mangels an Nachwuchs eine Schrumpfung unseres produktiven Volkskörpers nach Zahl und Leistungsfähigkeit folgt.

Dieser von der Bevölkerungsstatistik nachgewiesenen Entwicklung mit ihren auch für die Volkswirtschaft schweren Folgen hat der Nationalsozialismus zielbewußt Einhalt geboten; er hat den völkischen Lebenswillen des deutschen Volkes wieder geweckt. Die wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die getroffen wurden und die ihre volkspolitische Ergänzung finden, sind zu bekannt, als daß hier darauf eingegangen zu werden braucht. Hingewiesen sei nur darauf, daß die gesamte Wirtschaftspolitik in den Dienst der Arbeitsbeschaffung gestellt worden ist, um die restlose Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die volle Ausschöpfung der Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu erreichen. Die Frucht hieraus, nämlich die wechselseitige Wirkung von ansteigender Wirtschaftsbelebung und Geburtenzunahme braucht hier nur erwähnt zu sein.

Durch Rationalisierung zur Überflußwirtschaft

Die Wirtschaftspolitik der nationalsozialistischen Regierung hat die Betriebsführungen in hohem Grade in den Stand gesetzt, ihre Betriebe wieder auf finanziell gesunde Grundlagen zu stellen, ihre Einrichtungen zu verbessern, ihren Apparat zu erneuern und eine Betriebsführung aufzunehmen, die nicht nur an den Augenblick, sondern auch an die Zukunft denkt (Bernhard Köhler). Der Nationalsozialismus hat die Wege geebnet für den krisensicheren Betrieb. Krisensicher ist ein Betrieb dann, wenn er allen Anforderungen, die die Sorge um das allgemeine Wohl, um die Lebenserhaltung des Volkes an ihn stellen läßt, gerecht wird.

Digitized by Google

Es ist Sache der Betriebsleiter, der Unternehmer, die Entwicklung zum krisenfesten Betrieb in ihre Planungen und Berechnungen einzubeziehen. Und was gehört dazu?

Der Betrieb muß seine wirtschaftliche Leistungsfähigkeit und Wendigkeit erhöhen, um den Schwankungen der Wirtschaftslage erfolgreich begegnen zu können. Besonders die Erzeugung im eigenen Wirtschaftsraum muß höchste Leistungen vollbringen; die Ersatzstoffwirtschaft und die Erschließung neuer Rohstoffquellen verdienen dabei große Beachtung. Die Verwertung der Alt- und Abfallstoffe verbreitert die Rohstoffgrundlage. Die höchsten Fähigkeiten der einzelnen Volksgenossen sind auf allen Gebieten zum wirkungsvollsten Einsatz zu bringen. Der Berufsnachwuchs ist sicherzustellen, da die Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in hohem Maße von dem ausgezeichneten beruflichen und fachlichen Können abhängt. Weitgehender Ersatz der Handarbeit durch Maschinen, fortschreitende planmäßige und organische Mechanisierung der Arbeitsvorgänge durch arbeitssparende Vorrichtungen ermöglichen Höchstleistungen bei sparsamstem Einsatz menschlicher Arbeitskraft. Die Überflußwirtschaft muß gefördert werden, und zwar so, daß nicht nur der laufende Bedarf sichergestellt wird, sondern auch ein Überfluß, der zu der normalen Lagerhaltung der nationalen Wirtschaft hinzutritt, um jahreszeitliche oder unvorhergesehene Bedarfsspitzen zu decken, Ausfälle von Erzeugerbetrieben bis zum Anlaufen von Ersatzbetrieben und manches andere mehr zu überbrücken oder zu ermöglichen.

Die Überflußwirtschaft erst erspart uns Kräfte, erspart uns Leistungsenergien, die wir anderswo ansetzen können. Erst die Überflußwirtschaft schafft nationales Vermögen, nationales Kapital. Hier liegt der Anteil, den die krisensicheren Betriebe, die krisenfeste Wirtschaft am Wachstum und an der sozialen Gestaltung des deutschen Volkes nehmen können.

Lücken im Altersaufbau

Und stehen wir einmal vor der Notwendigkeit, einen Krieg führen zu müssen — und dieser Krieg würde nicht mehr mit der Waffe allein entschieden werden, sondern das ganze Volk und damit auch die gesamte Wirtschaft in die Kriegshandlungen verwickeln —, so haben wir im nationalen Vermögen, im volkswirtschaftlichen Kapital jene Reserven, die wir für die Lebenserhaltung des Volkes in dieser harten Zeit brauchen.

In den nächsten Jahrzehnten klaffen zweifellos Lücken im Altersaufbau des deutschen Volkes, wenn wir an die Einsatzfähigkeit unserer 70 Millionen Volksgenossen im Kriegsfall denken. Ein immer stärker werdender Bevölkerungsanteil an Jungen und Alten wird von einer verhältnismäßig dünnen Schicht der Waffenträger geschützt werden müssen. Diese Waffenträger sind aber gleichzeitig die wertvollsten Arbeitssoldaten der Wirtschaft in Frieden und im Kriegsfall. Der Gefahr, die in dieser Tatsache liegt, kann die Wirtschaftspolitik nur begegnen, wenn sie die gesamte Wirtschaft zu weitgehender Krisensicherheit erzieht. Hierzu gehört im Kriegsfall, daß die Betriebe so durchrationalisiert sind, daß jene nichtwaffentragenden Volksschichten ohne ernstbafte Einbuße für den Rohertrag der Wirtschaft in den Betrieben in großem Umfange eingesetzt werden können. Braucht die Umstellung der Friedenswirtschaft auf die Kriegswirtschaft eine

Digitized by Google

Anlaufszeit, so muß ein so großer Bedarfsmittelvorrat angesammelt sein, daß der Übergang kurzfristig überwunden wird, aber auch das Existenzminimum aller Volksgenossen gesichert bleibt. Haben wir weitgehendst hochqualifizierte, arbeitssparende Maschinen, so machen wir Kräfte für die Volkswirtschaft und Kämpfer für die Front frei.

Politik des gesunden Menschenverstandes

Der Altersaufbau des deutschen Volkes birgt Gefahren in sich für die nächste Zukunft. Die Gefahr erkennen, heißt, sie auch bannen. Die Leiter der Betriebe in der deutschen Wirtschaft müssen wirklichkeitsnahe, auch dieser Gefahr ins Auge schauende Männer der Tat sein. Was die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik bisher forderte, ist niemals graue Theorie oder wirklichkeitsfremde Romantik gewesen. Sie wird dies auch in alle Zukunft nicht sein. Die Probleme der Wirklichkeit zu sehen, sie anzupacken und zu lösen, das ist der klare Weg, den der gesunde Menschenverstand weist. Der Nationalsozialismus kann unter Beweis stellen, daß er diesen Weg gegangen ist und geht. Die deutsche Wirtschaft muß und wird den Beweis antreten, daß sie auch unter dem hier dargestellten Gesichtspunkt nationalsozialistischer Führung zu folgen bereit ist, um von dem deutschen Volke letzte und höchste Gefahren abzuwenden.

Auslese - Erziehung - Kampfrichtung

In der Not frißt der Teufel Fliegen!

Daß eine Anleihe überzeichnet wird, ist gelegentlich schon vorgekommen, auch daß Zuteilungen repartiert werden mußten. Daß aber eine Anleihe so stark überzeichnet wurde, daß ihr Betrag gleich um 20 Prozent erhöht werden konnte, das ist wohl noch nicht vorgekommen. Die letzte Reichsanleihe darf sich rühmen, hier Neuland betreten zu haben, als sie von 500 auf 600 Millionen Mark erweitert wurde.

Die Wirkungen unabläßiger Arbeit zeichnen sich immer deutlicher ab. Wenn ein Volk arbeitet, so entstehen in ihm auch Rücklagen. Und wenn es die Arbeit immer weiter treibt, so wird aus den Rücklagen anlagesuchendes Kapital. Und wenn man diesem anlagesuchenden Kapital die Wege versperrt, auf denen es früher — meistens sogar zum eigenen Schaden — sich im Ausland, an der Börse, in Spekulationen aller Art betätigt hat, dann bietet es sich der Arbeit im eigenen Lande an. In der Not frißt der Teufel Fliegen, oder, wie es französisch für diesen Fall vielleicht noch treffender heißt: Faute de mieux on couche avec sa femme!

Hand in Hand mit dieser wiedergefundenen Tugend geht eine erfreuliche Bescheidenheit in den Zinsansprüchen. Und wir werden noch den Tag erleben, wo 4½prozentige Anleihen zu den teueren gehören, denen modernere Typen mit geringerem Zinssatz gegenüberstehen. Dr.

„Das mißverstandene Dritte Reich"

Das Wort „Konfektion" gibt es auf Wunsch des Reichswirtschaftsministeriums nicht mehr im deutschen Sprachschatz, und zwar hat es laut Anweisung des Leiters der Wirtschaftsgruppe Bekleidungsindustrie bis zum 20. 12. 1930 von Firmenschildern, Firmenbriefbogen zu verschwinden, soweit es sich um arische Firmen handelt.

Digitized by Google

Firmen, die die Bezeichnung „Konfektion" weiterführen, nehmen es damit auf sich, im Publikum als jüdische Firmen zu gelten.

Dieses wollte die Firma F. in Berlin nun doch nicht. Sie entsandte deshalb ihren künstlerischen Berater mit einem Anliegen an die für die Ausrottung der jüdischen „Konfektion" zuständige Stelle.

Der Werberat der deutschen Wirtschaft müsse das nicht sein, meinte der künstlerische Berater der Firma F., denn der habe ihn an die Wirtschaftsgruppe Bekleidungsindustrie verwiesen als an diejenige Stelle, die die Anregung zur Ausrottung des Wortes gegeben habe.

Die Wirtschaftsgruppe Bekleidungsindustrie bekannte sich dazu gern. Sie bat den künstlerischen Berater, der übrigens einen amüsanten ausländischen Akzent hatte, — aber kein Jude war — das Anliegen seiner Firma vorzutragen, und es entspann sich folgendes sicherlich einiger Komik nicht entbehrende Gespräch:

Der künstlerische Berater: Das Wort „Konfektion" müsse nun ja wohl bis zum 20. 12. 1936 verschwinden.

Die Wirtschaftsgruppe: Ja, das müsse es.

— Seine Firma habe in großen Lichtbuchstaben zweimal auf den Dachkanten das Wort „Konfektionshaus" angebracht. Das müsse dann ja wohl auch verschwinden?

— Ja, das müsse dann auch verschwinden, falls seine Firma nicht vom Publikum als jüdische Firma betrachtet werden wolle.

— Nein, das wolle seine Firma nicht gern.

— Das sei ja auch verständlich.

— Ja, nun bringe aber die Änderung der Lichtbuchstaben „Konfektionshaus" einige Schwierigkeiten mit sich.

— Wieso: „Bekleidungshaus" sei doch sehr einfach und unmißverständlich für die Kunden und viel schöner als „Konfektionshaus".

— Ja, das wohl, aber die Änderung der großen Lichtbuchstaben „Konfektionshaus" in „Bekleidungshaus" koste etwa 4000 Mark, und nun lasse seine Firma anfragen, ob es nicht einen staatlichen Fonds gebe, aus dem die Kosten für die Umänderung bestritten würden?

— Nein, einen staatlichen Fonds, sozusagen also einen „Staatlichen Konfektionsfond" gebe es nun nicht, und die Kosten für die Änderung müsse wohl jede Firma aus eigener Tasche bestreiten.

— Ja, seiner Firma fiele das aber sehr schwer, und man müsse immerhin bedenken, daß sie etwa 200 arische Angestellte beschäftige.

— Arische Angestellte?

— Ja, lauter Arier!

— Ja, aber die „Firma" selbst sei doch wohl auch arisch?

— Nein, das sei sie nicht. Seine „Firma" sei eine „nichtarische".

Wir haben uns lange überlegt, ob wir an Stelle des „Mißverstandenen Dritten Reiches" als Titel dieses kleinen Skizzenberichtes nicht lieber hätten wählen sollen: „Heilige Einfalt — oder bodenlose Frechheit?"... Es wäre doch wohl noch passender gewesen. Jg.

Betriebstreue — falsch verstanden!

Die Welt ist voll von Brand und Blut und Tränen. Die Schürer der Friedlosigkeit sind jedem politisch aktiven Deutschen bekannt. Und doch laufen noch Träumer durch die Gassen, die erst aufwachen, wenn sie die Faust an der Gurgel spüren. Seit jeher ist es dem Juden gelungen, über den jüdischen Charakter den dicken Nebel der Täuschung zu breiten, wobei er es ausgezeichnet versteht, jede Beeinflussung ihm unterstellter Menschen, nötigenfalls mit Terror nach seinem Willen zu lenken. Dabei ist ihm dann oft das „Märchen" vom „anständigen" Juden recht nützlich.

Einer von jenen ahnungslosen Träumern war wohl auch der Einkäufer einer Herforder Wäschefabrik, der seine Bereitwilligkeit und Gutgläubigkeit dem Juden gegenüber schwer büßte. Unsichtbar dem gewöhnlichen Sterblichen zieht hier auch heute noch ein Jude die Strippen hinter der Bühne. Da es schon immer das Wesen jedes jüdischen Schwindels gewesen ist, ihn so einzufädeln, daß man dem Urheber nichts beweisen kann, nimmt es nicht wunder, wenn der Einkäufer

Digitized by Google

eines Tages vorm Richter stand und wegen Kopierens fremder Muster in einer billigeren Qualität mit einigen Tausend Mark Strafe als „der" Verbrecher angeprangert wurde.

Es durfte ihm nur ein schmerzlicher Trost gewesen sein, wenn der Richter dem Herforder Juden bescheinigte, daß er unzweifelhaft zu jener Gattung „anständiger" Juden gehöre, die den von ihnen verführten Opfern durch eine miserable Entlohnung und damit durch Übervorteilung und Ausbeutung vollends den Hals abdrehen. Nirgendwo in der Welt sind solche Methoden unter Spießgesellen üblich! Der Jude hat danach die Bezahlung der Strafe und eine Erholungsreise für sein „Opfer" festen aber blutenden Herzens" auf sich genommen. Welch eine soziale Tat!

Die Geschichte lehrt:

Kameradschaft, die aus der Gemeinschaft wächst — ja, und immer wieder ja! Aber nie und nimmer mit Juden!

Jg.

Altmaterialsammlung — keine Notmaßnahme!

Wir haben bereits in den „Mitteilungen" mehrmals darauf hingewiesen, daß es falsch ist, von „Ersatzstoffen" zu sprechen, da es sich meist um Neustoffe handelt, die den entsprechenden Naturprodukten an Güte und Vielseitigkeit der Verwertung überlegen sind. So wissen wir, daß Zellwolle, die statt Wolle und Baumwolle Verwendung findet, in Ländern, wie England und Amerika, die gewiß nicht über Rohstoffmangel zu klagen haben, in steigendem Maße erzeugt wird.

Ähnlichen falschen Gedankengängen begegnen wir wiederum, nachdem im Rahmen des Vierjahresplanes zur Altmaterialsammlung aufgerufen wurde.

Die meisten Volksgenossen sind sich gar nicht bewußt, daß mehrere Staaten schon lange denselben Weg beschritten haben und zahlreiche Stoffe der Wiederverwertung zuführen, um nicht kostbares Volksvermögen ungenützt zu lassen.

So ist z. B. nach Angabe der Deutschen Bergwerkszeitung die Rückgewinnung von Altkupfer in Amerika größer als die Neugewinnung. Bei dem Verbrauch von Blei und Zinn wird die gleiche Menge bzw. die Hälfte durch Rückgewinnung aus bereits verwertetem Material gedeckt. Ein Viertel des hergestellten Kautschuks wird durch Verarbeitung von Altgummi gewonnen. Ebenfalls in Amerika wird seit Jahren die Erzeugung von Massenfertigkleidung aus Alttextilien durchgeführt.

Auch die von der nationalsozialistischen Politik angestrebte Überflußwirtschaft schließt Sparmaßnahmen dieser Art nicht aus.

Unt.

Wieder mehr jüdische Hausierer

Der Anteil der Juden an neuausgestellten Wandergewerbescheinen beträgt in manchen Gauen heute über 10 v. H. Dieser Zustrom der Juden zum Wandergewerbe ist bedenklich.

Ein Fall aus der jüngsten Praxis beweist die Dringlichkeit der Frage: Vom Regierungspräsidenten war einem Juden mit der Begründung politischer Unzuverlässigkeit der Wandergewerbeschein versagt worden. Der Jude erhob Klage gegen den Regierungspräsidenten.

Das Bezirksverwaltungsgericht hat sich den Ausführungen des Klägers angeschlossen und „daher die behauptete Unzuverlässigkeit des Klägers in politischer Hinsicht nicht für erwiesen erachtet. Da auch andere Gründe, welche die Versagung des beantragten Wandergewerbescheines rechtfertigen könnten, nicht nachgewiesen sind, so mußte der beantragte Wandergewerbeschein erteilt werden".

Zu diesem Urteil, das dem gesunden politischen Empfinden einen Schlag versetzt, schreibt ein Rechtsanwalt: Nach meiner Ansicht steht das Urteil nicht im Einklang mit der heutigen allgemeinen Einstellung in der Judenfrage. Es ist hier zu berücksichtigen, daß der Inhaber eines Wandergewerbescheines in außergewöhnlichem Umfange mit der Bevölkerung in Berührung kommt und dadurch die Möglichkeit besitzt, gegen Partei und Staat zu wirken. Bei einem Juden muß mit Ausnutzung dieser Möglichkeit zumindest gerechnet werden.

Rei.

Digitized by Google

Wie kommt man zu Geld?

In der Werkzeitung einer großen deutschen Hypothekenbank kramt der glückliche Gewinner eines Lotterietreffers folgende proletarische Weisheit aus:

Kauf Dir ein Los! Sei es noch so klein!
Es braucht nicht mehr als ein Achtel zu sein.
Spiele freudig und halte aus!
Kommt auch zunächst nur ein Freilos raus,
Halte durch mit verbissener Energie!
So kommst Du zu Gelde! Anders nie!"

Kleiner Mann, das ist eine recht gefährliche Behauptung! Wenn das Dein Chef gesagt hätte, hätten wir ihn scharf zurückweisen müssen. Aber auch Dir stünde es besser an, Deine Dummheit nicht an die große Glocke zu hängen. Dr.

Großer Lehrgang der Kommission für Wirtschaftspolitik

Vom 25. bis 31. Januar 1937 findet in München ein großer Schulungslehrgang der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. statt.

Täglich von 8 bis 13 Uhr finden Vorträge führender Männer von Staat, Partei und Wirtschaft statt.

In der Reihe der Vorträge sprechen:

Der Beauftragte des Führers für die Überwachung der gesamten geistigen und weltanschaulichen Erziehung der NSDAP., Reichsleiter Alfred Rosenberg

Gauleiter Julius Streicher

Der Reichskommissar für Preisbildung, Gauleiter Josef Wagner

Der Generalsachverständige für den Aufbau der deutschen Roh- und Werkstoffe, Hauptamtsleiter SS.-Gruppenführer Wilhelm Keppler

Der Beauftragte für die Rohstoffverteilung, Ministerpräsident Walther Roehler

Der Treuhänder der Arbeit für das Wirtschaftsgebiet Rheinland, Staatsrat Professor Willi Börger

Hauptamtsleiter SS.-Brigadeführer Dr. Hermann Reischle

Gauwirtschaftsberater Otto Jung

Gauwirtschaftsberater Professor Dr. Heinrich Hunke

Reichssendeleiter Eugen Hadamovsky

Der Leiter der Wirtschaftsgruppe Maschinenbau und Leiter der Bezirksgruppe Sachsen der Reichsgruppe Industrie, Pg. Otto Sack

Hauptschriftleiter Hans Vollmann

Hauptschriftleiter Dr. Walter Trautmann

Gebietsführer Dr. Ottokar Lorenz

Der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., Bernhard Köhler, wird im Laufe der Gesamtveranstaltung vier große Vorträge halten.

Außer den Vorträgen sind an den Nachmittagen über 60 Arbeitsgemeinschaftssitzungen und einige Sonderveranstaltungen für verschiedene Sachbearbeitergruppen vorgesehen. Sch.

Rede - Funk - Presse - Film - Schrifttum

Die sozialen Leistungen im Geschäftsbericht

Der Nationalsozialismus sieht im Unternehmer in erster Linie einen Verwalter vom Volksvermögen, einen Arbeitsbeauftragten der Nation, dessen Pflichtenkreis auf Grund seiner Stellung als Betriebsleiter weit über den eines Privatmannes hinausgeht. Für die in der Betriebsgemeinschaft zusammengeschlossenen Menschen ist er der Volksgemeinschaft gegenüber verantwortlich; denn der wertschaffende Mensch ist ihr kostbarstes Gut.

Daraus erklärt sich die Forderung, die immer stärker erhoben wird, in den Geschäftsberichten, die dem Außenstehenden fast den einzigen Einblick in die Gestaltung des Unternehmens gewährt, mehr als bisher die Gefolgschaft und die sozialen Leistungen des Betriebes mit einzubeziehen. Der Geschäftsbericht soll die Verantwortlichkeit des Unternehmers der

Digitized by Google

Gemeinschaft gegenüber zum Ausdruck bringen. Er soll sich nicht allein auf Gewinn und Verlust und die Verdienste einiger Aktionäre beschränken.

Die Novemberfolge der Monatshefte für NS.-Sozialpolitik bringt eine aufschlußreiche Zusammenstellung über mehr als 350 Geschäftsberichte. Wenn nur 20 v. H. dieser Berichte die Stärke der Gefolgschaft angeben, aber die Zusammensetzung und der Gesundheitszustand der Gefolgschaft, sowie Betriebsunfälle in keinem einzigen Bericht Erwähnung finden, so zeigt dies, wie wenig diese den Verpflichtungen nachgekommen sind. Wenn aber Geschäftsberichte in dieser kargen Form dargereicht werden, so darf es nicht wundernehmen, wenn die Vermutung auftaucht, daß das betreffende Unternehmen allen Grund hat, von den sozialen Leistungen kein Aufhebens zu machen.

Wenn der Einwand erhoben wird, daß es bisher nicht Sitte war, Geschäftsberichte in der geforderten ausführlichen Form zu veröffentlichen, so dürfte doch die Auffassung Platz gegriffen haben, daß ein Unternehmer, der hier mit gutem Beispiel vorangeht, zweifellos Sympathien erringen würde. Vor kurzer Zeit berichteten die Zeitungen mit Genugtuung, daß eine Wollkämmerei in Sachsen zum ersten Male ihren Geschäftsbericht nach den Forderungen der DAF. gestaltet hat.

Mit diesen Forderungen ist natürlich nicht in Einklang zu bringen, daß eine große Anzahl von Unternehmen nicht einmal ihrer eigenen Belegschaft einen Geschäftsbericht unterbreiten, wie es z. B. der Fall ist, wenn sich die Geschäftsanteile in den Händen von Familienmitgliedern befinden. So sehr wir das persönliche Besitzrecht, das innerhalb der Familie noch am stärksten gewahrt wird, befürworten, kann dies doch nicht von der Verpflichtung entheben, ebenfalls einen Rechenschaftsbericht abzulegen.

Die nationalsozialistische Betriebsgemeinschaft wird erst vertieft, wenn jedes Gefolgschaftsmitglied einen klaren Einblick in die Leistungen seines Betriebes erhält. Diese Gemeinsamkeit soll aber auch im Geschäftsbericht nach außen zum Ausdruck kommen, indem er über die Leistungen der Gefolgschaft Aufschluß gibt.

Unt.

Anilin

In seinem neuen Buch „Anilin" (Verlag Zeitgeschichte, Berlin) versuchte Schenzinger der deutschen Chemie ein Denkmal zu setzen. Vor unseren Augen rollt die Entwicklung der deutschen Farbenindustrie, das Geschehen eines ganzen Jahrhunderts ab. Ein gewaltiger Bogen spannt sich von Runge und seiner Entdeckung des Anilins im Steinkohlenteer bis zu den „J.G. Farben" mit ihrem künstlichen Benzin und dem synthetischen Gummi. Die größten deutschen Chemiker und ihre Leistungen sind hineinverwoben in dieses Geschehen. Ein Forscher übernimmt die Erfahrungen und Erfolge seines Vorgängers, alle ringen mit Fanatismus und hingebender Selbstaufopferung um die Geheimnisse der Natur. Schritt für Schritt stoßen sie in Neuland vor und erkämpfen die Weltgeltung deutscher Chemie.

In diesem neuen Werk Schenzingers sehen wir ein Bekenntnis des Schriftstellers, der selbst Apotheker und Arzt war, zur Chemie, die ihm Leben bedeutet. Die Gegenwartsnähe des Stoffes und die eigene Technik des Erzählens wird das Interesse vieler Volksgenossen, die einen großen Überblick über eine der gewaltigsten Leistungen deutschen Geistes gewinnen wollen, erwecken und dem Buch viele Freunde zuführen.

Unt.

Film als wirtschaftspolitisches Schulungsmittel

Der Film ist mehr als jedes andere Schulungsmittel geeignet, zu unterrichten. Leider wird er immer noch selten zu Schulungszwecken verwendet. Man redet sich vor, daß die Kosten zu hoch sind oder daß man die Geräte nicht beliebig transportieren kann und was dergleichen Entschuldigungen mehr sind.

Diese Mängel, die dem Normalfilm anhaften, gleicht der Schmalfilm heute restlos aus. Hier ein paar Einsatzmöglichkeiten, die für den wirtschaftspolitischen Propagandisten von besonderer Bedeutung sind, weil gerade jetzt bei Beginn des neuen Vierjahresplanes alle Mittel eingesetzt werden müs-

Digitized by Google

sen, um die Leistung aller Schaffenden zur höchsten Entfaltung zu bringen.

So haben z. B. verschiedene deutsche Werke bereits Schmalfilmgeräte in Betrieb, um ihre Lehrlinge und ungelernten Arbeiter zu schulen. Der Facharbeitermangel, der sich gerade im Baugewerbe besonders bemerkbar macht, hat erst vor einigen Tagen eine Firma dazu veranlaßt, Schmalfilmgeräte zu beschaffen und im eigenen Betrieb Arbeitsaufnahmen zu machen, die einzelne Handgriffe oder ganze Fertigungsvorgänge mit allen technischen Möglichkeiten des Films (Zeitlupe, Zeitraffer, Trickfilm usw.) zeigen. Eine deutsche Autofirma hat schon im vergangenen Jahr 3000 Schmalfilmvorführgeräte gekauft, die in den einzelnen Zweigniederlassungen zur Schulung der Facharbeiter und zur Unterstützung des Kundendienstes eingesetzt wurden. Es handelte sich um eine Sonderanfertigung, die zu einem verhältnismäßig geringen Preis hergestellt wurde.

Schmalfilme werden übrigens auch von Vermittlungsstellen gegen geringe Gebühren ausgeliehen.

Die Einsatzmöglichkeiten des Films in der Propaganda und Schulung sind noch sehr wenig genutzt. Hier liegt noch ein ungeheuer weites, unbeackertes Feld für den Filmschaffenden. Ni.

Aufgabenstellung für die Wirtschafter

Textilwirtschaft im Kriegsfall

In der Reihe der „Schriften zur kriegswirtschaftlichen Forschung und Schulung" ist aus der Feder von Dr. Dr. Otto Sperlich das Heft „Deutsche Kriegstextilwirtschaft" erschienen.

Der Verfasser bemüht sich, einen möglichst geschlossenen Überblick über die Verhältnisse in der deutschen Textilwirtschaft zu Beginn des großen Krieges und über die Entwicklung während des Krieges zu geben. Zwar zeigen seine Darstellungen einerseits, welche gewaltigen Anstrengungen die, wie offensichtlich wird, auf nichts vorbereitete Zivil- und Militärverwaltung zwecks Sicherstellung des gesamten Textilbedarfs im Rahmen des Gesamtbedarfs im Kriege gemacht haben, doch wird mit gewaltiger Deutlichkeit andererseits klar, daß diese Organisationen und die Fülle der Maßnahmen nicht mehr aus der Improvisation heraus zu einem klaren System entwickelt werden konnten. Als Erklärung dafür ist eben die Erkenntnis zu buchen, daß vor dem großen Kriege weder auf militärischem noch auf wirtschaftlichem Gebiet die weitschauenden Geister emporgestiegen sind, die die „Totalität des Krieges" kommen sahen, und wenn sie diese Entwickelung gesehen haben, dann sind sie nicht verstanden worden.

Die gewaltigen Anstrengungen kriegswirtschaftlicher Art, die das deutsche Volk getan und erduldet hat, waren — das geht deutlich aus Sperlichs Schrift hervor — zu Beginn ihrer Organisation bereits nicht mehr in der Lage, bei einem länger dauernden Kriege die fehlende Vorbereitung in der Friedenszeit auch nur in bescheidenem Maße aufzuholen. Gerade dadurch, daß hier mit der Nüchternheit allersachlichster wirtschaftlicher Tatsachen Zustände und Entwicklungen beschrieben werden ohne einen Versuch der Anknüpfung an den moralischen Unterbau der Volkskraft, wirkt Sperlichs Buch wie eine erschütternde Musikbegleitung zu dem unvergleichlichen Heldenlied, das die Leistungen des deutschen Menschen im Kriege nun einmal sind: was hat der deutsche Soldat im Felde und die deutsche Frau im Hunger der großen Städte auch in bezug auf Bekleidung an Bescheidenheit und Überwindung geradezu Riesenhaftes leisten müssen im Vergleich mit unseren Gegnern, für die größtenteils diese Probleme gar nicht vorhanden waren.

Der Verfasser zieht dann in entschlossener Konsequenz aus diesen bitteren Tatsachen die Lehren, was zur Vermeidung solcher Katastrophen vorausschauend ein Staat für das Volk zu tun hat. Ungewollt weisen diese Lehren auf das hin, was in hohem Maße die nationalsozialistische Tatkraft des neuen Deutschland bereits zu verwirklichen im Begriff steht: nämlich einmal die Vorbereitung der deutschen Wirtschaft auf ihre Wehrpflicht

Digitized by Google

im Kriege und zum andern die Unabhängigmachung der deutschen Erzeugung vom ausländischen Rohstoff, vor allem aber — und das lehren die dargestellten Unterlassungen der deutschen Kriegswirtschaft am deutlichsten — sinnvolle Einheit und Zusammenarbeit aller Kräfte, also auch der wirtschaftlichen, für die Verteidigung des Landes. Gerade die Rohstofflage Deutschlands in bezug auf Spinnstoffe zeigt, was zur Wehrhaftmachung des Deutschen Reiches noch alles gehört. Kolossal sind die Leistungen, die hier noch vollbracht werden müssen, wenn es künftig nicht in das Belieben irgend eines Angreifers gestellt sein soll, unserem Volk die Rohstoffe für die unentbehrliche Kleidung und andere Unentbehrlichkeiten wegzunehmen und vorzuenthalten.

Wenn man erkennt, wie dies das Buch Sperlichs vermittelt, daß es für Deutschland eigentlich nur eine „Wehrwirtschaft" und sonst nichts gibt, so erkennt man auch, daß vor dem großen Kriege einfach die moralischen Voraussetzungen für die wirtschaftliche Vorbereitung, die ebenso eng mit der seelischen verknüpft ist, wie die kriegerische, gefehlt haben, und daß heute diese Voraussetzungen durch die Leistungen des Nationalsozialismus erweckt worden sind, und man erkennt ferner, daß die Rohstoffrage auch die Notwendigkeit der kolonialen Forderung bedingt, damit die große Lebens- und Verteidigungsstellung unseres Volkes innerlich und äußerlich eine starke Einheit sei. Jg.

Sicherung des Facharbeiternachwuchses

Mit der fortschreitenden Beseitigung der Arbeitslosigkeit ist überall in Deutschland ein Facharbeitermangel aufgetreten. Diese Tatsache war zu erwarten und wurde bereits von den wirtschaftspolitischen Sachverständigen der Partei vorausgesagt. Bernhard Köhler hat als erster schon vor der Machtübernahme diese Folgeerscheinung nationalsozialistischer Arbeitspolitik gekennzeichnet (vgl. Bernhard Köhler, „Recht auf Arbeit", Sonderdruck der NS.-Monatshefte, 1932, S. 14).

Um dem drohenden Facharbeitermangel zu begegnen, setzte um die Jahreswende 1935/1936 eine intensive Werbung der wirtschaftspolitischen Truppe der NSDAP. für die Rationalisierung unserer Volkswirtschaft ein. Viele Organisationen und Betriebsführer folgten dieser Parole. Der Facharbeitermangel hätte sich auch im Sommer dieses Jahres sicher unangenehmer geltend gemacht, hätte hier die wirtschaftspolitische Führung nicht schon vorher entscheidend eingegriffen.

Unsere Arbeitsaufgaben werden aber immer größer und die Wahrscheinlichkeit wird ebenfalls größer, daß ohne eine durchgreifende Rationalisierung unserer gesamten Volkswirtschaft der Facharbeitermangel von Jahr zu Jahr steigen muß.

Hinzu tritt aber auch die Notwendigkeit, für einen ausgebildeten Nachwuchs zu sorgen. Die Hitlerjugend vertritt deshalb das Recht auf Ausbildung, nach welchem jedem jungen Menschen die Möglichkeit gegeben werden muß, sich auf seinen Beruf vorzubereiten.

Der Beauftragte für den Vierjahresplan Ministerpräsident Generaloberst Göring hat am 7. November in einer Anordnung zur Durchführung des Vierjahresplanes bestimmt, daß der Facharbeiternachwuchs gesichert werden müsse. Private und öffentliche Betriebe der Metallwirtschaft und des Baugewerbes mit 10 und mehr Beschäftigten werden verpflichtet, eine angemessene Anzahl von Lehrlingen einzustellen.

Es wird nun nicht mehr vorkommen, daß die einen Betriebe, erfüllt von sozialer Verantwortung, Musterlehrwerkstätten einrichten und sich einen tüchtigen Facharbeiternachwuchs heranziehen, während sich andere Unternehmer an dieser Verpflichtung vorbeidrücken und es vorteilhafter finden, durch augenblickliche bessere Bezahlung anderen Betrieben diese Facharbeiter zu entziehen. Aus diesem Grunde bestimmt die Anordnung u. a., daß Betriebe, die keine Lehrlinge einstellen, eine Ablösung zu zahlen haben.

Gleichzeitig mit dieser Anordnung des Ministerpräsidenten Göring werden auch andere Berufszweige, die davon noch nicht erfaßt sind, nachhaltig an ihre Pflicht gemahnt, von sich aus ebenfalls entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.

Digitized by Google

Bernhard Köhler hat zum wiederholten Male betont, daß allein der vorausschauende Unternehmer sich im Wirtschaftsleben weiterhin behaupten wird, und daß derjenige unterliegt, der die gegenwärtigen Aufgaben nicht erkennt.

Wer die Voraussetzung für die Ausbildung eines tüchtigen Facharbeiternachwuchses schafft, dient seinem eigenen Unternehmen und gleichzeitig der deutschen Qualitätsarbeit. Unt.

Maschinen der Zukunft

Es ist ruhig geworden um die Abwertung. Deutschland hat nicht mitgemacht. Unsere Gegner haben das mit Bedauern und Wut feststellen müssen. Sie wollten uns gerade in dem Augenblick hereinlegen, als wir begannen, die zweite Arbeitsschlacht durchzuführen. Es ist ihnen aber nicht gelungen.

Dann kamen die anderen Erklärungen: Deutschland werde nie in der Lage sein, Benzin, Gummi oder Öle zu erschwinglichen Preisen und in großen Mengen herzustellen. Man erörterte die Haltbarkeit der Zellwollstoffe, bezeichnet sie als unzulänglich — und baute heimlich große eigene Fabriken zur Herstellung dieses scheinbar doch nicht so ganz unzulänglichen Produktes.

So wird es bei der Entwicklung chemischer Verfahren sein und ebenso bei der Herstellung neuartiger, arbeitsparender Maschinen.

Wir stehen in einer neuen Epoche der technischen Entwicklung, denn wir brauchen die Maschinen zur Selbstbehauptung unserer Nation und zur Erhöhung unserer Lebenshaltung. Als Land, dem die Natur nur wenige ihrer Rohstoffe zu geben vermag, werden wir viel mehr als jedes andere Volk darauf bedacht sein müssen, durch unsere Erfindungsgabe und durch die Entwicklung technischer und chemischer Verfahren das gleiche und noch mehr zu leisten als andere Völker mit dem Reichtum ihres Bodens zu leisten vermögen.

Dem Techniker und Chemiker, dem Unternehmer und Organisator sind hier gewaltige Aufgaben gestellt.

Die Maschinen werden unsere Freunde sein. Wir sehen in ihnen nicht, nach jüdischer Art, Roboter, welche den Menschen von seinem Arbeitsplatz verdrängen. Wir brauchen nicht diese Schauermärchen aus der Ghettowelt, etwa das vom Golem, der sich frei machte und zum Feinde des Menschen wird.

Juden brachten diesen Roboter in Verbindung mit dem Märchen vom Golem. Roboter sollen Krieg führen, Roboter sollen Kohlen abbauen, Roboter sollen den Menschen ersetzen.

Die Maschinen der Zukunft werden sicherlich noch mehr durchkonstruiert sein. Wo die Maschinen der Zukunft aufgestellt werden, werden Dutzende und Hunderte Arbeiter frei. Sie werden aber nicht überflüssig, wie im kapitalistischen System, sondern sie werden frei für wichtigere und dringendere Aufgaben und sie werden es dem Einsatz von Maschinen danken, daß sie ihnen auch eine andere und höhere Lebenshaltung ermöglichen helfen.

Wir sind nicht Feinde der Maschinen, sondern ihre Freunde. Wir haben 1933 die Maschinenproduktion nicht abgestoppt, sondern sie erst wieder in Gang gebracht. Und wir haben den Fortschritt der Technik nicht abgeschlossen, sondern ihm nur neue unbekannte Gebiete zur Erschließung aufgetragen.

Darum behindern wir auch nicht den Einsatz der Maschinen, sondern fördern ihn. Die Regierung gibt Steuerermäßigungen und wirtschaftliche Erleichterungen aller Art, wenn Betriebsführer ihre Betriebe modernisieren. Sie werden nicht dazu gezwungen, aber der Geist der nationalsozialistischen Revolution und ihrer Propaganda treibt sie zu immer neuem Handeln. Sch.

Urlaubsregelungen überprüfen!

Die Gewährung ausreichender Ausspannungs- und Erholungsmöglichkeiten sind gerade für den Jugendlichen von größter Bedeutung. Es ist deshalb kein Zufall, wenn unsere Jugend über das Jahr verteilt Ferien erhält, die insgesamt etwa 3 Monate ausmachen. In schroffem Gegensatz hierzu stand die Tatsache, daß dem Lehrling, wenn er in das Berufsleben trat, im ersten Lehrjahre entweder kein oder nur 6 Arbeitstage Urlaub gewährt wurden. Seit der Machtübernahme ist hierin insofern ein erfreulicher Wan-

Digitized by Google

del eingetreten, als die Tarifordnungen allgemein einen Urlaub von mindestens 12 Arbeitstagen im ersten Lehrjahre vorsehen. Weniger erfreulich ist es, daß dieser Urlaub gewöhnlich für die folgenden Lehrjahre nach unten gestaffelt ist. So liegt eine Tarifordnung vor, in der für jugendliche Gefolgschaftsmitglieder folgende Urlaubszeiten festgelegt sind:

bis zum vollendeten:	
15. Lebensjahr	12 Arbeitstage
16. „	10 „
17. „	8 „
18. „	6 „

Diese Urlaubsregelung ist typisch für die meisten Tarifordnungen. Es kann aber in keiner Weise eingesehen werden, warum ein 18jähriger Jugendlicher weniger erholungsbedürftig sein soll als ein 15jähriger, denn auch im 18. Lebensjahre ist die körperliche Entwicklung noch nicht abgeschlossen.

Auch die für Erwachsene vorgesehenen Urlaubsstaffeln werden den sozialen Erfordernissen meistens noch nicht hinlänglich gerecht. Sie beginnen mit 6 Tagen im ersten Jahr der Betriebszugehörigkeit und erreichen häufig erst nach zehnjähriger Betriebszugehörigkeit eine zwölftägige Urlaubszeit. Diese Urlaubsregelungen tragen noch allzu sehr den Stempel eines Kompromisses zwischen sozialer Notwendigkeit und betriebswirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

Ein ausreichender Urlaub kommt den Betrieben auch unmittelbar wieder zugute, da er die Gesundheit kräftigt und damit die Leistungsfähigkeit der Gefolgschaftsmitglieder steigert. Volkswirtschaftlich gesehen ist es wirtschaftlicher, durch ausreichende Erholungsmöglichkeiten Krankheiten vorzubeugen, als die sozialen Lasten aus diesen zu tragen. Wol.

heimische Natursteine!

In steigendem Umfange dienen heute die Steine bei Hoch- und Brückenbauten nur mehr als Füllmaterial. Man kann hier nicht mehr von tragenden Mauern sprechen, da Stahlskelette diese Funktion erfüllen.

Eisen ist in der Tat zu einem wichtigen Baustoff geworden, so daß ein ganz erheblicher Anteil des Eisenverbrauches auf das Baugewerbe entfällt. Nun haben wir aber in Deutschland zu wenig Eisen. Das Versailler Diktat hat uns nur einen kläglichen Rest unserer einstigen Eisenerze belassen. Unsere Volkswirtschaft muß daher sparsam mit dem verfügbaren Eisen umgehen.

Man kann schon Eisen sparen, wenn man an Stelle der Stahlskelette Eisenbeton verwendet. In vielen Fällen wird man aber auch wieder unsere schönen heimischen Natursteine für Bauzwecke verwenden. An solchen Natursteinen haben wir in Deutschland keinen Mangel. Schließlich wollen wir ja auch möglichst die Stoffe verwenden, die wir im Inland erzeugen. Ge.

„Die zweite Arbeitsschlacht"

Die Rede des Leiters der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. Bernhard Köhler auf dem Reichsparteitag der Ehre zu Nürnberg 1936 ist inzwischen als Broschüre im Zentralverlag der NSDAP. erschienen.

Der Preis der Broschüre beträgt RM. -.50

Bei Bestellung einer größeren Stückzahl ermäßigt sich der Preis wie folgt:

Bei Abnahme von

50 Stück	je Stück RM. -.44
100 Stück	je Stück RM. -.40
1000 Stück	je Stück RM. -.36
10000 Stück	je Stück RM. -.32

Die Schrift kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden oder durch den Zentralverlag der NSDAP., München 2 NO, Thierschstraße 11.

Die Schrift gibt dem Propagandisten die grundlegenden Ausführungen des Leiters der wirtschaftspolitischen Truppe der NSDAP. zum zweiten Vierjahresplan!

Digitized by Google

Volksempfänger noch billiger!

Als auf Anregung unseres Führers der Bau von Volksempfängern durchgeführt wurde, gab es eine Reihe von Stimmen, die nicht umhin konnten, Bedenken dagegen zu erheben. Sie prophezeiten: Der minderwertige Volksempfänger wird nach einem ungeschriebenen Wirtschaftsgesetz die hochwertige Ware vom Markte verdrängen. Die gute Ware wird immer dem Schund unterliegen.

Inzwischen hat es sich gezeigt, daß der Volksempfänger in Wirklichkeit in der Rundfunkindustrie anregend gewirkt hat. Aber dennoch gibt es hier noch viel zu tun. Ein Blick nach Amerika zeigt, daß dort, was Preis und Qualität anbetrifft, nicht nur ein einziger Apparat existiert, der unserem Volksempfänger entspräche, sondern mehrere. Diese Apparate, mit 3, 4 und 5 Röhren ausgestattet, können zu einem Preise erstanden werden, der mitunter sogar dem Wochenlohn einer Arbeiterin entspricht. Der Erfolg ist der, daß in einzelnen Haushalten nicht nur ein, sondern mehrere Apparate sind.

Trotz des Rohstoffreichtums kann es sich aber selbst Amerika nicht leisten, durch die Ausschaltung veralteter Apparate Rohstoffe zu verlieren. Der amerikanische Durchschnittsapparat ist leicht. Gewichte von 3,5 Kilogramm stehen solchen von rund 9 Kilogramm in Deutschland gegenüber.

Der amerikanische Apparat ist so billig, daß der Arbeiter ihn mühelos erstehen kann. Also kein hoher Verdienst am Einzelstück, wie das in Deutschland der Fall ist, sondern Verdienst durch großen Umsatz. Diese billigen Apparate sind sehr verbreitet — so werden sich genügend Leute finden, die in der Wahl der Apparate anspruchsvoller werden.

Wir können uns eine Rohstoffverschleuderung noch weniger leisten als Amerika. In vielen Ländern wird die Menge der einzuführenden Rundfunkgeräte nach dem Gewicht bestimmt. Der deutsche Händler muß oft feststellen, daß er infolge des hohen Gewichtes der deutschen Rundfunkgeräte dort oft nur ein Geschäft abschließen kann, wo der Ausländer zwei oder drei Apparate absetzt.

Die anerkannten Vorzüge der deutschen Geräte allein genügen nicht, diese Mängel zu beheben.

Die deutsche Rundfunkindustrie wird in absehbarer Zeit einer Forderung gerecht werden, die der Leiter der Komission für Wirtschaftspolitik, Bernhard Köhler, am 4. vergangenen Monats in Berlin erhob:

„Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik wird unaufhaltsam den Zustand schaffen, in dem nur derjenige Unternehmer wird bestehen können, der die höchsten Leistungen vollbringt, und die wichtigste dieser Leistungen ist eben die fortschreitende Verbilligung seiner Erzeugnisse."

Rog.

Wirtschaftspolitik und Ausland

Stalins Kampf gegen die Kulaken

Neulich hat Stalin bei einer großen „Verfassungs"-rede folgendes Bild entworfen:

„Es ist Tatsache, daß die Großagrarier weggefegt worden sind; aber auf der anderen Seite bildete (1924) die Klasse der landwirtschaftlichen Kapitalisten, die Kulakenklasse, noch eine ziemlich bedeutende Macht. Die Landwirtschaft als Ganzes genommen glich zu jener Zeit einem uferlosen Ozean von kleinen bäuerlichen Einzelbesitzen mit ihrer rückständigen, mittelalterlichen Technik. Weiterhin gab es in Gestalt isolierter Punkte und kleiner Inseln innerhalb dieses Ozeans Kollektiv- und Staatsgüter, welche, genau genommen, noch ohne jede wirklich ernsthafte Bedeutung in unserer Nationalwirtschaft waren. Die Kollektiv- und Staatsgüter waren schwach, während die Kulaken noch in ihrer Stärke dastanden. Zu jener Zeit kümmerten wir uns nicht um die Liquidierung der Kulaken, sondern um ihre Zurückdrängung."

Digitized by Google

Stalin stellte weiter im Verlauf der Rede fest, daß die Klasse der Kulaken heute (1936) endgültig liquidiert sei. Damit ist der Zustand eingetreten, den das Judentum zur unumschränkten Herrschaft braucht. Ein gesundes Bauerntum erhält das Volkstum aufrecht. Es läßt sich nicht unter das Joch einer fremden Herrschaft beugen. Will der Jude seinen Willen durchsetzen, dann muß er das von ihm geführte Volk beherrschen und in seinen besten Teilen vernichten. Diesen Schritt sind die Sowjets gegangen. Aus der freiwilligen Zugehörigkeit zu den Kolchos ist Zwang geworden. Dank des Einsatzes der „Stoßbrigaden" ist das letzte freie Bauerntum zerschlagen worden. Die Antwort der Sowjets auf die Nürnberger Reden gipfelte letzten Endes darin, daß Antisemitismus gleichbedeutend mit Barbarismus und daher mit dem Tode zu bestrafen sei. Diese Stellungnahme der jüdischen Machthaber war gar nicht nötig, um Sowjetrußland als Judenstaat zu kennzeichnen. Die Maßnahmen der Sowjets auf wirtschaftlichem Gebiet genügen allein zur Erhellung dieses Tatbestandes. Rog.

Ein dänischer Journalist schreibt über Deutschlands Wirtschaftspolitik

Vor einiger Zeit fand eine Unterredung Bernhard Köhler's mit dem dänischen Journalisten Hans Lützhöft statt. Im Mittelpunkt stand die Frage der Mittelstandspolitik.

In „Det nye Danmark" erscheint hierüber ein sehr ausführlicher Bericht. Neben Zitaten von Bernhard Köhler sind die eigenen Äußerungen des dänischen Journalisten bemerkenswert.

So schreibt er u. a.: Der Ausgangspunkt Bernhard Köhler's bei der Erörterung war das Recht auf Arbeit und die Forderung eines Lohnes, der im gerechten Verhältnis zum wirtschaftlichen Wert der Arbeitsleistung für das Volk steht ... Die Lösung des Beschäftigungsproblems ist die wichtigste aller politischen Angelegenheiten. Wenn jeder Deutsche zur Versorgung für sich und seine Familie ungehindert Zutritt hat, so ist ihm hierdurch eine Chance gegeben, durch Sparsamkeit Vermögen zu erwerben, und die Freiheit, selbst seine Beschäftigung zu wählen.

Zu einem Zitat von Bernhard Köhler über die Frage, was geschehen wird, wenn der Staat die dringlichen Aufgaben, nämlich Aufrüstung und Bau der Reichsautobahnen, vollendet hat, wird bemerkt: Die Äußerungen Bernhard Köhler's, daß der nationalsozialistische Staat prinzipiell keine Arbeitslosigkeit dulden wird und daß er sich imstande fühlt, deren Entstehung zu verhindern, sind deshalb charakteristisch, weil sie die realpolitische Seite des Nationalsozialismus beleuchten.

Der dänische Journalist streift sodann die Organisation der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.

Zum Schluß spricht der Aufsatz von Eindrücken, die der Berichterstatter sammelte, als er im Anschluß an die ihm gewährte Unterredung einen Teil des Mitteldeutschen Industriegebietes besuchte.

Er hebt hervor, was zur Erkenntnis der deutschen Arbeitsmarktlage wesentlich ist, daß der Rest der örtlichen Arbeitslosen eigentlich wegen mangelnder Arbeitsfähigkeit der kommunalen Versorgung zugewiesen werden müßte. Rei.

„Es gibt kein Proletariat in Rußland!"

Als der rote Zar von Sowjetrußland, der „große Genius" Genosse Stalin, 24. Mitglied in der Liste des Präsidiums des außerordentlichen achten Union-Sowjet-Kongresses auf der Tribüne erschien, wurde er nach der DDZ. Moskau (Nr. 271, Jahrgang 11/1936) mit den Rufen begrüßt: „Rot Front! Ruhm dem Genossen Stalin! Dem großen Genius Genossen Stalin ein Hurra! Vivat!" und Genosse Stalin hub an zu sprechen und erklärte nach langen Einleitungssätzen u. a. folgendes:

„Nehmen wir z. B. die Arbeiterklasse der UDSSR. Man nennt sie oftmals nach altem Brauch das Proletariat. Aber

Digitized by Google

was ist das Proletariat? Das Proletariat ist die Klasse, die in dem Wirtschaftssystem keine Produktionsmittel besitzt, wo die Produktionsmittel den Kapitalisten gehören und wo die Kapitalistenklasse das Proletariat ausbeutet. Das Proletariat ist die Klasse, die von den Kapitalisten ausgebeutet wird. Die Klasse der Kapitalisten ist bei uns aber bekanntlich schon liquidiert, die Produktionsmittel sind den Kapitalisten weggenommen und dem Staat übergeben worden, dessen führende Kraft die Arbeiterklasse ist. Es gibt also keine Kapitalistenklasse mehr, welche die Arbeiterklasse ausbeuten könnte. Unsere Arbeiterklasse ist also nicht nur der Produktionsmittel nicht beraubt, sondern im Gegenteil, sie besitzt sie gemeinsam mit dem ganzen Volke. Sobald sie sie aber besitzt und die Klasse der Kapitalisten liquidiert ist, ist jede Möglichkeit der Ausbeutung der Arbeiterklasse ausgeschlossen. Kann man danach unsere Arbeiterklasse Proletariat nennen? Es ist klar, daß man sie nicht so nennen kann."

Stalin behauptet allen Ernstes, daß es in Sowjetrußland kein Proletariat mehr gäbe, behauptet dies angesichts der über 160 000 000 Millionen Russen, die so hundsmiserabel gelöhnt oder gestellt sind, daß sie gar nicht in die Lage kommen, im kleinen Rahmen zu wirtschaften. Man hat sie enteignet, zu Proletariern gemacht. Sie bilden die große Klasse der Entrechteten und ihnen gegenüber steht die Klasse der Bevorzugten Sowjetmagnaten.

Im September dieses Jahres heiratete die Tochter des verstorbenen Sowjetfinanzkommissars Krassin den Herzog La Roche Foucauld in Südfrankreich und brachte diesem eine Mitgift von 20 Millionen Goldrubel mit. Es gibt keine Kapitalisten mehr in Sowjetrußland! Und es gibt auch kein Proletariat!

Wenn laut „Prawda" vom 11. Juli 1932 Arbeiter mit eigenen Ersparnissen ein halb verfallenes Haus wieder aufbauen, vertragsmäßig jahrzehntelang Miet- und Wohnungsrecht für dieses Haus erhalten, und dann einfach auf die Straße geworfen werden von Vertretern der „zwischenbehördlichen Kommission", dann ist dies typisch für die Behandlung von „Genossen".

Wenn laut „Prawda" vom 22. Febr. 1933 Arbeiter nicht nur auf ihren Lohn verzichten müssen, sondern sogar auf den Fraß der Speiseanstalten, dann bedeutet dies nicht Ausbeutung von Proletariern, sondern wiederum anständige Behandlung von „Genossen".

Laut „Prawda" vom 16. Juni 1935 befanden sich im Hause Radischtschew für Vollinvaliden in Moskau 350 „Invaliden der Arbeit", die „durch eine richtige Pflege wiederhergestellt werden könnten": aber von Spezialärzten wird dieses Haus nur selten besucht". Der Bericht gibt weiter zu, daß die Bedauernswerten jahrelang im Schmutz und drangvoller Enge bei schlechtester Verpflegung verkommen müssen. So behandelt man „Invaliden der Arbeit". Aber es gibt keine Kapitalisten mehr, die ausbeuten könnten, und daher auch kein Proletariat, sagt der Genosse Stalin.

Und so lassen sich bis zum heutigen Tage aus sowjetrussischen Selbstkritiken Beispiele an Beispiele reihen, die beweisen, daß das russische Volk restlos zu Boden liegt und von den Machthabern in kaum glaublicher Weise ausgebeutet wird. Die Produktionsmittel gehören den Arbeitern, sagt Genosse Stalin. Wieso denn? Vermögen, Kapital, Ersparnisse sind nur in ganz verschwindender Größe gestattet und vom Anfassen der Maschine oder davon, daß man die Maschine mit einem Namen belegt oder das Werk, die ganze Fabrikanlage, hat der Arbeiter nichts.

Dem Arbeiter geht es wie dem Bauern und die Lage des schaffenden Menschen, der sich im Besitz der Produktionsmittel sieht, hat die „Prawda" 1934 einmal ungewollt gekennzeichnet (Bericht über die Kommune Schaumian, Nordkaukasus): „Jegliches persönliches Eigentum wurde überhaupt gänzlich untersagt. Selbst als einer von den besten Stallknechten als Prämie ein Kalb erhielt, hat er damit nur das Recht erworben, daß eines von den kommunalen Kälbern unter seinem Namen geführt wurde. Er konnte somit lediglich, falls es ihm Spaß machte, eines von den Kälbern anfassen und verkünden: Dieses Kalb wird als mein Kalb bezeichnet." Das nennt man „im Besitz der Produktionsmittel oder Produktionsgüter stehen." Rog.

Digitized by Google

Schweinemangel in England

Aus England hören wir, daß auf Grund eines zu geringen Schweinebestandes alle Verträge zwischen Züchtern und Pöklern für das Jahre 1937 gelöst wurden. Das Speckhandelsamt meldet, daß die Speckindustrie nicht auf der bisherigen Basis weiterarbeiten kann.

Wir erwähnen diese Tatsache nicht, um uns unsererseits über englische Ernährungssorgen zu freuen. Aber wie wenig angebracht war es doch, daß die englische Presse unsere Schwierigkeiten gehässig kommentierte, als bei uns vor einiger Zeit ein vorübergehender Mangel an Schweinefleisch bemerkbar war!

Ge.

Partei - Staat - Stände und Verbände

Bestimmungen aus dem neuen Strafgesetz

Ein Großteil der neuen Strafrechtsbestimmungen ist ausgefüllt mit den Bestimmungen des neuen Wirtschaftsstrafrechtes. Der Grundgedanke dieses Rechtes ist, daß alle solche Maßnahmen und Handlungen strafbar sein müssen, die sich gegen die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit richten und die den Einsatz aller Kräfte für den Neuaufbau des Reiches und der Wirtschaft gefährden können (Strafandrohung gegen Aussperrungen und Streiks, Boykott und Verfemung, Verdrängung vom Arbeitsplatz).

Vom Gesichtspunkt des Volksganzen aus gesehen, begeht der ein weit schwereres Delikt, der die geordnete Bedarfsdeckung gefährdet, als der, der sich etwa an fremdem Eigentum vergreift. Es sind insbesondere die folgenden drei Gruppen von Delikten besonders bezeichnend für die Einstellung des neuen Strafrechtes: Werkspionage, böswillig herbeigeführte Verknappung von Waren, Mißbrauch von Führermachtbefugnissen.

Rei.

Gesetz gegen Wirtschaftssabotage

Wenn infolge Reichsgesetzes vom Dezember 1936 Vermögensverschiebung ins Ausland aus grobem Eigennutz oder aus anderen niedrigen Beweggründen, also Wirtschaftssabotage, jetzt mit Verhängung der Todesstrafe und Einziehung des Vermögens geahndet wird, so bedeutet dies weiter nichts anderes als die buchstäbliche Verwirklichung der Punkte 10 und 18 des Parteiprogramms vom 25. Febr. 1920.

Dort heißt es:

„Erste Pflicht jedes Staatsbürgers muß sein, geistig oder körperlich zu schaffen. Die Tätigkeit des Einzelnen darf nicht gegen die Interessen der Allgemeinheit verstoßen, sondern muß im Rahmen des Gesamten und zum Nutzen aller erfolgen." — „Wir fordern den rücksichtslosen Kampf gegen diejenigen, die durch ihre Tätigkeit das Gesamtinteresse schädigen. Gemeine Volksverbrecher, Wucherer, Schieber usw. sind mit dem Tode zu bestrafen, ohne Rücksichtnahme auf Konfession und Rasse."

Wir sind nicht Dogmatiker. Aber der Geist, aus dem die nationalsozialistische Führung 1920 dieses Programm schuf, bestimmt auch heute die Maßnahmen der nationalsozialistischen Führung des deutschen Volkes.

Rog.

Märchen von heute

Es war einmal und es existiert auch heute ein Staatsbank in einem Staate, der unter Führung einer antisemitischen Partei steht.

Es war nun einmal und das ist nicht sehr lang her und es könnte auch heute noch so sein, daß diese Staatsbank einen Juden entsendet, um die Angehörigen der betreffenden antisemitischen Partei auf ihre Vertrauenswürdigkeit zu prüfen. Nicht nur Parteigenossen. Soweit geht

Digitized by Google

unser Märchen nicht. Vermutlich auch alle anderen Staatsangehörigen. Aber immerhin — auch die Parteigenossen.

Der Parteigenosse, von dem dieses Märchen erzählt, wurde von der geheimen Kreditabteilung der Staatsbank aufgefordert, seine Vermögensverhältnisse klarzulegen, weil seine Unterschrift im Wechselverkehr der Staatsbank vorkam. Das ist verständlich, berechtigt, ja in diesem Staate sogar gesetzlich begründet und vorgeschrieben.

Unser Parteigenosse kam der an ihn ergangenen Aufforderung sofort und in vollem Umfange persönlich nach, stellte sich als Parteigenosse vor und erklärte sich, falls noch irgendeine Unklarheit bestehe, zu jeder weiteren Auskunft bereit.

Als wenige Tage später besagter Jude als Vertrauensmann der Staatsbank mit dem Auftrage erschien, er habe namens derselben über die Firma, deren Unternehmer unser Parteigenosse ist, Auskunft einzuholen, glaubte der Parteigenosse es zunächst mit einem Hochstapler zu tun zu haben. Doch die Legitimation war in der Hand des Juden.

Er wunderte sich, weil er es unverständlich, unberechtigt und gesetzlich nirgends begründet und vorgeschrieben fand, daß ein Jude über die Zuverlässigkeit eines Angehörigen dieser antisemitischen Partei zu wachen habe. Er wunderte sich, weil sich seiner plötzlich das unbestimmte Gefühl bemächtigte, er habe doch einen wunderschönen Traum gehabt, in der die Wirtschaft dieses Staates von jüdischem Geiste bereits gesäubert sei . . .

Ja — und wir, die wir dies hören, wundern uns mit und sagen: Das kann auch nur ein Märchen sein. Jg.

Wie hebe ich die Hefte der „Mitteilungen" auf?

Jeder Leser der „Mitteilungen" kann die bisher erschienenen Hefte wie ein Buch in seine Bibliothek stellen. Er braucht dazu lediglich eine Sammelmappe, in welche die einzelnen Nummern mit wenigen Griffen und ohne Handwerkszeug eingeheftet werden können.

Nachdem jetzt der erste Jahrgang abgeschlossen ist, empfiehlt es sich, die betreffende Sammelmappe beim Zentralverlag der NSDAP. zu bestellen. Die hübschen graubraunen Sammelmappen kosten je Stück RM. 1,20, zuzüglich Porto und Verpackung. Die Hefte des ersten Jahrgangs haben darin bequem Platz. Wer anläßlich der Anschaffung dieser Sammelmappe den Jahrgang vervollständigen will, kann einzelne Hefte noch beim Zentralverlag der NSDAP. nachbestellen.

Die Bestellungen für die Sammelmappen sind ebenfalls an den Zentralverlag der NSDAP., München 2 NO, Thierschstr. 11, zu richten.

Die Anschaffung wird jedem eine Freude bereiten.

Eine Sondernummer

Das zweite Heft des neuen Jahrgangs der „Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP." erscheint Ende Januar 1937 als Sondernummer über

Rohstoffe

Das Heft enthält eine Reihe von Aufsätzen und Zusammenstellungen zum Rohstoffprogramm des Führers und wird jedem Parteigenossen wertvolle Unterlagen für seine Aufklärungsarbeit vermitteln.

Verantwortlicher Schriftleiter: Udo Pfriemer, München 23, Herzog Wilhelmstr. 32 (Reichsadler) / Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, Thierschstraße 11 / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Nur durch die Dienststellen der NSDAP. / Erscheinen: Zweimal im Monat / Preis des Heftes: 15 Pfennig

Digitized by Google

Mitteilungen der Kommission für

Wirtschaftspolitik der NSDAP

Heft 2 Jahrgang 2

Nachdruck - auch auszugsweise - nicht gestattet!

Der Führer am 1. Mai 1934:

Nur wenn es uns gelingt, die eminenten, schöpferischen, persönlichen Werte Aller zum Einsatz zu bringen und ausleben zu lassen, wird die Gesamtsumme unserer Nationalfähigkeiten zur Auswirkung kommen.

Rohstoff-Räume!

Aus dem Inhalt:

Bernhard Köhler:
Über- und Unterschätzung des Kapitalmarktes

Udo Pfriemer:
Die neuen Rohstoffindustrien

Karl Albach:
Unser Bergbau in der zweiten Arbeitsschlacht

Peter Schlenzka:
Sparsame Stoffverbrauchswirtschaft

Ilse Buresch-Riebe:
Rohstoffoptimismus der deutschen Hausfrauen

Rohstoffpolitik Friedrich des Großen
Parole: Verbilligung
Die Entwicklung von Rohstoffpreisen
Rohstoffnöte bei den anderen
Erfassung der Abwertungsgewinne

Januar 1937

Zentralverlag der NSDAP

Digitized by Google

Bernhard Köhler:

Über- und Unterschätzung des Kapitalmarktes

Der Erfolg der ersten Arbeitsschlacht hat gezeigt, daß die nationalsozialistische Forderung, zum Aufbau der Wirtschaft gehöre in erster Linie nicht das Kapital, sondern die Arbeit, keine Utopie ist. Auch im Kampf um die deutsche Rohstoffreiheit wird die Arbeit des gesamten Volkes die Entscheidung bringen.

Der Kapitalmarkt hat in der ganzen Vergangenheit, insbesondere aber in der Zeit zwischen dem Zusammenbruch und der nationalsozialistischen Machtergreifung, eine erhebliche Überschätzung erfahren. Ihn richtig zu manipulieren und gegebenenfalls für wirtschaftspolitische Zwecke zu mobilisieren, erschien als die höchste aller wirtschaftspolitischen Künste.

Die Ursache dieser Überschätzung liegt in der kapitalistischen Auffassung, daß das Kapital die Arbeit bestimme, daß ohne Kapital keine Arbeit möglich sei, und daß nur soviel Arbeit getan werden könne, als Kapital zur Verfügung gestellt werde. Huldigt man diesem Aberglauben, so ist es selbstverständlich, daß die Ergiebigkeit, die Stimmung und überhaupt die gesamten Verhältnisse des Kapitalmarktes als entscheidend für das Wirtschaftsleben des einzelnen, einer Nation und der ganzen Welt gelten.

An der Aufrechterhaltung dieses Aberglaubens sind nicht nur die Inhaber und Nutznießer kapitalistischer Macht interessiert, sondern natürlich auch ihre sämtlichen gewerblichen, publizistischen und wissenschaftlichen Mitläufer. So kommt es, daß wir selbst heute noch gelegentlich die Finanzierungsfragen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik unter dem Gesichtspunkt behandelt finden, als ob die richtige Pflege und Behandlung des Kapitalmarktes — und vor allem seine Geneigtheit, seine gute Stimmung, sein Vertrauen — von entscheidender Bedeutung für unsere Wirtschaftsführung wäre.

Daß die Öffentlichkeit dies glaubt, liegt natürlich auch im Interesse derjenigen, deren Aufgabe es ist, den Kapitalmarkt zu manipulieren und gegebenenfalls für staatliche Zwecke heranzuziehen; denn je schwieriger ihre Aufgabe erscheint, desto größer erscheint auch ihre Leistung, desto größer ist auch ihr Ansehen und ihr Ruhm. Es mag sogar tatsächlich Menschen geben, die noch nicht gemerkt haben, daß eine neue Zeit heraufgekommen ist und die entscheidende Bedeutung des Kapitalmarktes beseitigt hat, die sowieso nur auf einer Lüge und auf einer Entrechtung der Arbeit beruhte.

Mit der nationalsozialistischen Machtergreifung ist das Verhältnis zwischen Kapital und Arbeit wieder völlig umgekehrt, d. h. richtiggestellt worden:

> Nicht das Kapital bestimmt das Schicksal der Arbeit, sondern die Arbeit bestimmt das Schicksal des Kapitals.

Wenn unsere Zeitgenossen mehr vom Wesen des Kapitals, von Politik, Sozialismus und Wirtschaftspolitik verstünden, als es tatsächlich der Fall ist — obwohl sie unendlich viel darüber reden — so wäre die weltgeschichtliche Tat der nationalsozialistischen Arbeitsschlacht als Durchbruchsschlacht des So-

Digitized by Google

zialismus auch der breitesten Öffentlichkeit schon längst klar geworden. Denn ihr Beginn war eben nichts anderes als die Kündigung der Hörigkeit gegenüber dem Kapital schlechthin. Nicht nur dem internationalen Leihkapital und nicht nur einigen jüdischen Bankdirektoren gegenüber, sondern ganz allgemein und grundsätzlich: dem Kapital überhaupt. Wobei sich für vernünftig Denkende der Vorteil ergab, daß wir dieses eben entthronte Kapital nun nicht etwa in irgendeiner seiner Erscheinungsformen zu vernichten brauchten, da wir es ja zu unterwerfen und nach unserem Willen einzusetzen — nötigenfalls auch zu zwingen — im Begriffe waren.

Wozu Anleihen?

Daß die nationalsozialistische Regierung zur Festschreibung der Vorschüsse, die sie der Volkswirtschaft zwischen Einkommen und Leistung vermittelt hat, anlagefähiges Privatkapital heranzog, hat mit dem früher üblichen Appell an den Kapitalmarkt zum Zwecke der Finanzierung von Staatsaufgaben gar nichts zu tun. Angenommen, wir hätten dieses Verfahren aus irgendeinem Grunde für bedenklich oder unzweckmäßig gehalten, so wären wir durchaus nicht in Verlegenheit gewesen, auf welche Weise die genommenen Vorschüsse zu decken seien.

In Wirklichkeit bedeuten die Reichsanleihen ja weiter nichts als ausgedehnte Wechselprolongationen, wobei der zwar nicht sehr niedrige, aber auch nicht übermäßig hohe Zins ein durchaus erträgliches und nur äußerliches Übel ist (1 Milliarde Reichsanleihe kostet jährlich 45 Millionen Steuergelder. Hierüber kann im „Manifest zur Brechung der Zinsknechtschaft" nachgelesen werden). Wichtiger als diese äußere Form der Festschreibung durch Anleihen ist die Tatsache, daß die Beteiligung des anlagefähigen Privatkapitals an ihnen durchaus kein Gnadenbeweis oder eine besondere politische Kundgebung ist. Jeder Versuch, die Anleihen so zu deuten, wäre ein Rückfall in kapitalistische Denkweise.

Es ist selbstverständlich, daß ein Mann, der kein Vertrauen hat, nicht zeichnet. Aber ebenso selbstverständlich ist, daß die nationalsozialistische Wirtschaftsführung dem Kapitalbesitzer nicht so gegenübersteht, daß sie ihn um sein Vertrauen zu bitten hätte und daß sie auf sein Vertrauen angewiesen wäre. Denn wenn es so wäre, hätte eben der Kapitalbesitzer durch Zeichnung oder Nichtzeichnung seines Kapitals die Macht, nationalsozialistische Wirtschaftsführung zu fördern oder zu hindern. Und dies darf nicht nur nicht sein, sondern ist auch nicht so.

Das Kapital muß warten, bis die Arbeit nach ihm fragt

Wie oben gesagt, besteht natürlich an verschiedenen Stellen ein Interesse, es so darzustellen, als wäre es noch so, wie es eben früher gewesen ist:

> Auf der einen Seite die Riesenschlange Kapital und auf der anderen Seite das Kaninchen Staat, das gebannt mit starren Augen wartet, was die Riesenschlange wohl mit ihm tun werde.

Digitized by Google

Wenn jemand hier das Kaninchen ist, dann ist es das Kapital — nicht gerade, daß es gefressen wird, aber immerhin doch so, daß es warten muß, was mit ihm geschieht.

Diesen Zustand des Wartenmüssens, was mit ihm geschehe, hat das Kapital ja sehr eindringlich schon durchgelebt, als das nationalsozialistische Reich die Beseitigung der Arbeitslosigkeit in Angriff nahm, ohne nach ihm, dem Kapital, zu fragen.

Mit der geradlinigen und zielbewußten Arbeitspolitik (an Stelle von Kapital-Politik) waren verbunden eine ganze Reihe von Maßnahmen, die die Bewegungsfreiheit des Kapitals einschränkten:

> Die Emissionssperre und das Festhalten an einer verhältnismäßig hohen Liquiditätsgrenze bei den Sparkassen, die Verhinderung von Kapitalflucht, die Devisengesetzgebung, die unter freundlichem Druck stattfindenden Aufwendungen für Schaffung von Arbeitsplätzen, für Investitionen zur Verbesserung der Arbeitsverhältnisse, für Schaffung neuer und vom Staate gewünschter Werke, die Anmeldepflicht der Valutapapiere, die Bändigung und Neuordnung der Börse usf.

Die wichtigste Maßnahme aber, die das Kapital endgültig in die Rolle des Kaninchens gebracht hat, war eben die Beseitigung der Arbeitslosigkeit selbst. Denn indem wir arbeiteten, begannen wir wieder Einkünfte zu haben, indem wir Einkünfte hatten, begannen wir unsere Schulden zu bezahlen. Als wir unsere Schulden bezahlt hatten, fingen wir an, erst eine Kleinigkeit und dann mehr und immer mehr zurückzulegen. Und als diese Rücklagen eine gewisse Höhe erreicht hatten, drängten sie sich nach Anlage. Das heißt, es war flüssiges Kapital vorhanden, das in der Volkswirtschaft eingesetzt werden konnte. Arbeit hatte Kapital geschaffen!

Wir haben diese Entwicklung als die zwangsläufige Folge unserer zielbewußten Arbeitspolitik vorausgesagt und haben auch ihre einzelnen Phasen schon während der Kampfzeit häufig genug vorweg geschildert. Daß sie auch von gewichtigen „Fachleuten" gern übersehen und verschwiegen wird, ändert nichts daran, daß sie als Tatsache besteht.

Der Beweis für die Richtigkeit unserer Voraussagen begann sich schon im Jahre 1933 anzukündigen, indem noch vor Abschluß des ersten Jahres nationalsozialistischer Verantwortung flüssige Mittel aus dem Versicherungswesen sich anzubieten begannen. Natürlich machte diese Schwalbe noch keinen Sommer, und es war in jedem Sinne richtig, daß wir das Anwachsen anlagefähigen Kapitals ruhig abwarteten und uns auch durch lebhafte Klagen kapitalbedürftiger Kreise — insbesondere des Mittelstandes — in unserer Politik nicht beirren ließen.

Im Laufe der Zeit stieg der Druck, unter dem sich das anlagesuchende Kapital befand, immer mehr: Eine ganze Anzahl der gewohnten Wege war ihm versperrt, und es blieb ihm also nichts anderes übrig, als diejenigen Anlagen zu wählen, die noch offenstanden, z. B. Pfandbriefe. Die Folge dieses Zustandes war die Möglichkeit, den Zinsfuß der Pfandbriefe zu senken und die Möglichkeit, bei der Festschreibung staatlicher Vorschüsse einen Zinsfuß von 4½% zu wählen.

Digitized by Google

Reichsanleihe überzeichnet

Bei der letzten Anleihe des Deutschen Reiches zeigte sich nun, daß die Ergiebigkeit des Kapitalmarktes und der Anlagedruck des Kapitals größer war, als er eingeschätzt wurde. Die Anleihe war auf 500 Millionen RM. begrenzt und ergab eine Überzeichnung, die erlaubte, sie auf 600 Millionen RM. zu erweitern. Das heißt, aus demselben Grunde, aus dem die Bedeutung des Kapitalmarktes überschätzt wurde, wurde seine Ergiebigkeit unterschätzt. Daß diese Erscheinung nicht zufällig war, beweist u. a. auch der Umtausch der Kruppschen Obligationen, die als erste auf 4½% abgestellt wurden, während andere Werke weniger als 5% zu bieten nicht gewagt hatten.

Diese Tatsachen zeigen aber auch, daß Besorgnisse, ob wir für die Bewältigung der Arbeiten des Vierjahresplanes genügend Kapital haben, nur aus mangelhaftem Sachverstand entstehen können. Es ist selbstverständlich, daß die Mobilisierung anlagefähigen Kapitals für volkswirtschaftliche Aufgaben gute Kenntnisse volkswirtschaftlicher Verhältnisse und eine zweckmäßige Wirtschaftsführung voraussetzt. Aber ebenso selbstverständlich ist es, daß diese „Pflege des Kapitalmarktes" nicht mehr in einer auf die Interessen des Kapitals ausgerichteten Politik, sondern in einer Politik der Arbeit besteht und daß zwangsläufig aus einer Politik, die auf Arbeit aufbaut und auf Arbeit gerichtet ist, auch das nötige Kapital sich bilden muß.

Unsere Wirtschaftspolitik ist nicht mehr abhängig von der Menge und der Pflege verfügbaren Kapitals, sondern nur noch von der Menge und dem Einsatz verfügbarer Arbeitskräfte. Und soweit das Kapital hier dienend eingesetzt werden soll, wird es stets zur Verfügung stehen.

Udo Pfriemer:

Die neuen Rohstoffindustrien

Wenn wir heute von Fortschritt sprechen, so sind wir dagegen gefeit, mit den Fortschrittsaposteln der vergangenen Zeit verwechselt zu werden. Für jene bedeutete Fortschritt der Aberglaube, daß der Mensch lebe, um zu entdecken und zu erfinden und um sich an den Ergebnissen dieser seiner Tätigkeit zu berauschen. Für uns bedeutet Forschritt, daß wir — im Glauben an unsere Kraft — alle Mittel einsetzen, um den Bestand und die Zukunft des deutschen Volkes zu sichern.

Wundergleich und groß waren die technischen Errungenschaften des vorigen Jahrhunderts. Politisch bedeutungsvoller und noch mehr entscheidend für die Völkerentwicklung müssen aber die technischen Errungenschaften des Jahrhunderts unserer Arbeit sein.

Unsere Rohstoffbasis

Aus Heimwerkstätten wurden Handwerkstätten. Aus Handwerkstätten wurden Maschinenwerkstätten. Und aus der Spezialisierung der Maschinenwerkstätten ergab sich die arbeitsteilige Wirtschaft des Volkes. Aber neben den

Digitized by Google

Fabriken entwickelt sich auch das Handwerk und neben dem Handwerk entwickelt sich auch noch die Werkstatt im eigenen Heim oder Betrieb. Das Neue muß nicht immer das Alte verdrängen, sondern zeigt nur der Wirtschaft und der Kultur bisher nicht betretene Wege.

So verlief auch die Geschichte der Rohstoffgewinnung. Einstens gewann man die Rohstoffe im Tagebau. Dazu trat dann der Bergbau. Dazu kamen später die Plantagenprodukte. Und heute beginnt man Rohstoffe synthetisch herzustellen in umfangreichen Werkstätten über der Erde und im eigenen Raume des Volkes.

Die Möglichkeiten des Tagebaues sind für die meisten Produkte erschöpft. Über Plantagen in tropischen oder subtropischen Ländern verfügen wir heute nicht. Also haben unsere Gewerbe nur zwei eigene Rohstoffgrundlagen: Bergbau und Rohstoffindustrie.

Unsere Rohstoffbilanz

Die Natur hat uns nur mit geringen Rohstoffvorkommen bedacht. Sie können nicht mit den großen Lagerstätten von Rohstoffen im Raum des Britischen Reiches, der Vereinigten Staaten oder Sowjetrußlands verglichen werden. Lebenswichtige Lagerstätten wurden uns weiterhin durch den Versailler Vertrag genommen. Auch unsere Kolonien wurden dem Hoheitsbereich des deutschen Volkes entzogen.

Gleichzeitig erschöpften sich manche Bergwerke. Sie mußten aufgegeben werden. Bei anderen wurde der Ertrag dürftiger und dürftiger.

Die Industrieproduktion stieg indessen. Es mußten Neu- und Ersatzinvestitionen gemacht werden. Der ungeheure Auftrieb der gewerblichen Wirtschaft durch die nationalsozialistische Regierung erforderte weitere Rohstoffmengen.

Die Aussichtslosigkeit, das deutsche Volk aus eigener Scholle zu ernähren, zwingt uns, die deutsche Exportindustrie mit allen Mitteln zu erhalten und zu fördern. Aber auch diese braucht Rohstoffe.

Schließlich will aber unser Volk wachsen und seinen Kindern Arbeitsstätten schaffen. Und darum müssen wir nicht bloß daran denken, den vorhandenen Rohstoffbedarf zu decken, sondern darüber hinaus auch eine ständige Steigerung der Nachfrage nach Rohstoffen erwarten. Auch müssen wir imstande sein, notfalls den Auslandsdeutschen eine Heimstatt zu geben, wenn sie vertrieben durch die jüdisch-kommunistische Wühlarbeit in Deutschland Schutz und Arbeit suchen.

Wir sind durch den Kapitalismus, den Weltkrieg, den Versailler Vertrag, durch die Reparationen und die Arbeitslosigkeit, ungerechnet die Inflation, die Kapitalverschiebungen, die Machenschaften der internationalen Hochfinanz usw. ein armes Volk geworden. Wenn wir diese Armut beseitigen wollen und wenn wir schließlich, was unser Recht ist, Ansprüche auf höhere Lebenshaltung geltend machen, so hängt diese Aufbauarbeit wieder ab von der Beschaffung zahlloser Rohmaterialien, die uns bisher Bergbau und Plantagen fremder Länder geliefert haben.

Wir sind aber auch, und das ist das Entscheidende, abhängig in unseren politischen Entschlüssen, wenn nicht ebenfalls in wirtschaftlicher Hinsicht die Hoheit und Freiheit des Reiches fest gegründet ist. Wir müssen die Unfreiheit in der Versorgung mit Rohstoffen beseitigen, damit es der kommunistischen

Digitized by Google

Internationale und ihren Trabanten nicht einfallen möge, Deutschland anzugreifen.

Darum und aus den vorher genannten Gründen sind wir daran gegangen, uns unabhängig zu machen in allen jenen Rohstoffen, welche durch die deutsche Fähigkeit, den deutschen Bergbau und die chemische Industrie in Deutschland selber geliefert werden können. Das ist das Ergebnis unserer Rohstoffbilanz.

Auf Umwegen produktiver

Früher wurden Rohstoffe durch Anbau (in Plantagen) und Abbau (in Bergwerken) gewonnen. Wir sind darangegangen, sie herzustellen auf Grund des Ausbaues wissenschaftlicher Verfahren.

Schon die Analyse schenkte uns die Kenntnis neuer Rohstoffe, indem wir durch sie Elemente, Metalle und Urprodukte entdeckten. Die Synthese schafft uns heute Erzeugnisse mannigfachster Verwendung. Die Entdeckungen der Vergangenheit ermöglichen die Erfindungen der Gegenwart.

Freilich werden mit der Analyse Produktionsumwege gegeben. Aber was bedeutet für unsere arbeitsteilige Wirtschaft ein Produktionsumweg, wenn dadurch volkswirtschaftlich und oft schon innerhalb von Betrieben feststellbar: Kosten- und Zeitersparnisse eintreten und kulturelle Ansprüche befriedigt werden können, die vorher nicht bestanden.

Kunststoffe — wir können auf sie stolz sein

Es gibt Menschen, die durch Gewohnheiten stumpf, durch Bequemlichkeiten träge und von üblen Erfahrungen mißtrauisch geworden sind. Wir können verstehen, daß sie die neuen Rohstoffe bemängeln, bevor sie diese noch kennen gelernt haben, fluchen, wenn sie dieses „Teufelszeug" zu verwenden haben, und meckern, wenn sie die altgewohnten Erzeugnisse nicht mehr bekommen. Wir verstehen das, wir wissen aber auch, daß diese Menschen uns nicht verstehen, wenn wir sie mitleidig und spöttisch betrachten.

Wir sind nämlich stolz auf unsere neuen Erzeugnisse, stolz auf unsere neue Kunst und stolz auf den Erfindergeist, der diese Werkstoffe in technischen Konstruktionsbüros und chemischen Laboratorien erdacht oder hergestellt hat.

Es ist nicht so, daß die Kunst die Natur ersetzt — sie ergründet diese und macht Vorgänge und Gesetze der Natur dem menschlichen Willen dienstbar.

Ist denn unser Getreide ein Naturprodukt? Hat es denn nicht einstmals Menschen gegeben, die mit der künstlichen Anpflanzung von Getreide begonnen haben? Hat es denn nicht einstmals Menschen gegeben, die begonnen haben das Wild einzufangen und sich Haustiere zu zähmen? Können wir deshalb heute noch sagen, daß Brot und Fleisch Produkte seien, die uns die Natur schenkt?

Die Kunst ist seit je ein Mittel des Menschen gewesen, sich durchzusetzen und höher zu entwickeln. Und Kunst ist auch das Wirtschaften gewesen. Und warum soll denn nicht ein ganzes Volk wirtschaften können und durch seine Arbeitsteilung Produkte höherer Kunst zu liefern vermögen?

Auch das erste Getreide hat eine Umwälzung bedeutet, ebenso wie die Einführung der Zucht von Tieren, wie später die Einführung des Handwerks, des Bergbaues, der Maschinen.

Digitized by Google

Nachher ist die Menschheit immer stolz gewesen auf die Erfinder, Erneuerer und die Völker, denen diese Erfinder und Erneuerer zugehörten. Wenn technische Verfahren aber früher im Laufe von Jahrzehnten und Jahrhunderten allmählich ausreifen konnten, so ist diese Zeit heute für die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung notwendigerweise auf Jahre komprimiert.

Nur ständig neue Leistungen halten uns wettbewerbsfähig auf dem Weltmarkt. Nur ungeheure Anstrengungen vermögen unsere Lebenshaltung im Vergleich zur Lebenshaltung anderer Völker höher zu schrauben. Nur eine selbstsichere und überlegene Willensgemeinschaft vermag das deutsche Volk in seiner Freiheit und Unabhängigkeit zu sichern.

Das Rohstoffprogramm des Führers wird so zu einem Programm deutschen Geistes, deutschen Willens und deutscher Tat.

Karl Albach:

Unser Bergbau in der zweiten Arbeitsschlacht

Wenn auch an erster Stelle der zweiten Arbeitsschlacht die Spinnstoffversorgung Deutschlands genannt wird, so besteht doch kein Zweifel, daß unserem Bergbau im umfassenden Sinne die Hauptaufgabe gestellt ist. Es gibt keine Lösung des Rohstoffproblems ohne die Beteiligung des Bergbaues. Kohle ist die wichtigste Wärmequelle, und die Errichtung neuer Fabriken ist nicht ohne Stahl und Eisen durchführbar. Der Kohlen- und der Eisenerzbergbau sind die Grundlagen unserer Wehrhaftigkeit. Auf der Kohle baut sich auch unser nationales Öl- und Treibstoffversorgungsprogramm auf, wie es in früheren „Mitteilungen" in seinen grundsätzlichen Zügen schon dargestellt worden ist.

Bohrungen — Bohrungen

Wenn wir nun auch dabei sind, neben Benzin auch Dieselöl und Schmieröl auf synthetischem Wege aus der Kohle zu gewinnen, so ist doch für uns der Erdölbergbau nicht unwichtig geworden. Das Naturprodukt ist billiger zu gewinnen und in seinen natürlichen Eigenschaften ergiebiger im Verbrauch. Die synthetische Gewinnung von Benzin und Dieselöl in den von uns benötigten Mengen aus Stein- und Braunkohlen ist nach Klärung der wissenschaftlichen Probleme und nach Abschluß der praktischen Versuche lediglich noch eine Frage des Arbeitseinsatzes und seiner Finanzierung. Unser großer Schmiermittelverbrauch, der durch die Technisierung und Maschinisierung unserer Arbeit dauernd wächst, bleibt auf die Ergiebigkeit des deutschen Erdölbergbaues gestellt.

Es handelt sich also in der zweiten Arbeitsschlacht darum, unseren Erdölbergbau durch Neuaufschluß in den bekannten vier erdölhöffigen Gebieten zu steigern. Das ist nach Ansicht der Sachverständigen deshalb möglich, weil die bisherigen Bohrungen in niedrigen Teufen aus geologischen Gründen nur Zufallstreffer sein konnten, während die Bohrungen bis 1000 und 1200 Meter

Digitized by Google

Teufe die Zufälligkeiten des Bohrungsansatzes mehr oder weniger ausschließen. Seit mehr als zehn Jahren ist aber auch das geophysikalische Verfahren der Aufsuchung von Salzdomen und zur Feststellung geeigneter Bohrpunkte mittels der Drehwaage bekannt, durch deren Anwendung die bisherigen großen Verluste an Volksvermögen infolge Fehlbohrungen vermieden werden können. Wenn weder Terrainbesitzer noch die zahlreich vorhandenen Vermittler usw. Interesse an solchen wissenschaftlichen Aufschlüssen besitzen, dann sprechen hier höchst eigennützige Beweggründe.

Die üblen Spekulationen auf diesem sehr wichtigen Bergbaugebiet werden noch auszuschließen sein. Es kann übrigens in diesem Zusammenhang angenommen werden, daß nicht weniger als 14 v. H. des deutschen Erdölbergbaues an ausländische Olinteressen gebunden sind.

Nun kann zwar auf Grund des vom Beauftragten für den Vierjahresplan, Ministerpräsident Generaloberst Göring, erlassenen Gesetzes der Bergbau-Aufschluß erzwungen werden, das Mutungsrecht aufgehoben und das Gelände gegebenenfalls enteignet werden. Es muß aber auch erreicht werden, daß zukünftig solche Elemente ausgeschlossen werden, die sich im Geiste internationaler Trusts auf Grund ihrer Vermittlereigenschaft als gleichberechtigte Partner einzuschalten gewohnt sind, ohne das geringste Risiko zu übernehmen. Um den weiteren Ausbau und die Eingliederung dieses wichtigen Wirtschaftszweiges in die deutsche Gesamtwirtschaft organisch zu gestalten, wird ein Naphtabuch vorgeschlagen, das — wie in Österreich und Polen — über alle für Erdölzwecke gemuteten Felder und öffentlich auf Grund von notariellen Verträgen, Felderkarten usw. geführt wird.

Nicht unwichtig erscheint auch die Heranbildung von Bohrmeistern und Betriebsleitern auf entsprechenden Fachschulen. So erst wird es möglich sein, den deutschen Erdölbergbau mit einer regelmäßigen mehrfachen Produktion gegenüber heute, die nach den Gutachten ausländischer im Interesse der Oltrusts tätig gewesenen Sachverständigen leicht möglich ist, zu einem ins Gewicht fallenden Faktor der deutschen Mineralöl- und Treibstoffwirtschaft zu machen. Dann aber auch wird es bei stärkstem Einsatz der Steinkohlenschwelung gelingen, die Preisbildung auf diesem weiten Gebiet und damit auch die Erzeugungskosten der synthetischen Herstellungsverfahren im Sinne der Verbraucher zu beeinflussen.

Die Unterlassungssünden in den Nachkriegsjahren

Ein weiteres Kapitel, das heute nicht minder stark im Vordergrund steht, ist das der nationalen Eisenversorgung, nachdem uns die lothringischen Lagerstätten mit einer Jahresförderung von 25 bis 30 Millionen Tonnen bei einem mittleren Eisengehalt von 35 Prozent durch den Versailler Vertrag verloren gegangen sind. Nach diesem Verlust hätte es auf Grund der Kriegserfahrungen ohne weiteres als selbstverständlich gelten müssen, Ersatz im Inland dafür zu schaffen, soweit nur irgendeine Möglichkeit dazu bestand, denn man kann doch einen solch kriegswichtigen Industriezweig wie die Stahl- und Eisenindustrie ebensowenig wie die Nahrungsgrundlage des Volkes auf ausländische Beine stellen. Niemand hat in den Systemjahren an diese Notwendigkeit gedacht. Ganz im Gegenteil, der uns verbliebene Erzbergbau wurde der Einfuhr des billigeren Auslandserzes geopfert. Erst

Digitized by Google

mit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus wendet sich das Blatt. Aber es ist noch ein weiter Weg bis zur nationalen Versorgung mit Eisenerz, denn der schnellen Steigerung der Roheisen- und Rohstahlerzeugung vermag der Aufschluß neuer Eisenerzbergbaugebiete nicht in dem gleichen Tempo zu folgen, ganz abgesehen davon, daß man immer wieder auf Widerstand persönlicher Natur stößt und auch noch Schwierigkeiten technischer Art, wie beispielsweise hinsichtlich der Aufbereitung im Großbetrieb, zu überwinden sind.

Daß wir aber unseren Bedarf aus unseren eigenen, hinlänglich bekannten Vorkommen gut zu decken vermögen, hat die Geschäftsführung der Fachgruppe Bergbau des ehemaligen Reichsverbandes der Deutschen Industrie in dem bei Reimar Hobbing, Berlin, im Jahre 1928 herausgegebenen Werk „Die deutsche Bergwirtschaft der Gegenwart" in allen Einzelheiten errechnet. Darauf sollte bei abweichenden Meinungsäußerungen und bei den sich heute aus den gleichen Kreisen zeigenden Widerständen gegen die Zielsetzung der restlosen Eigenversorgung mit allem Nachdruck hingewiesen werden. Schwierigkeiten, die sich bei der Gewinnung, der Aufbereitung und der Verfrachtung, sowie auch bei der Verhüttung ergeben, können und müssen überwunden werden.

Alte und neue Gruben

Während in den vergangenen Jahrhunderten in vielen Gebieten Deutschlands eine lebhafte Bergbautätigkeit auf Metallerze herrschte, ist in der liberalkapitalistischen Wirtschaftsepoche dieser deutsche Wirtschaftszweig vollkommen vernachlässigt worden. Für die Weltwirtschaftsapostel war das eben eine Notwendigkeit oder auch Selbstverständlichkeit, denn die Metallpreise waren so tief gesunken, daß sich der deutsche Metallerzbergbau einfach nicht mehr „lohnte".

Festgestellt werden muß aber auch, daß wir auf dem Gebiete des Zink- und Bleierzbergbaues durch die erzwungene Abtretung von Eupen-Malmedy und von Oberschlesien zwei Drittel der Zinkerz- und über ein Drittel der Bleierzproduktion verloren haben, und es ist als ein glücklicher Zufall zu bezeichnen, daß wir durch Schürfen auf westoberschlesischem Gebiet nahe der neuen Grenze den Zinkerzverlust zum Teil wieder ausgleichen konnten. Nachdem wir die uns in Ostoberschlesien ebenfalls verloren gegangenen Zinkverhüttungsanlagen durch Neu- und Erweiterungsbauten ersetzt haben, ist wenigstens auf diesem Gebiet eine grundsätzliche Wendung in dem Sinne zu verzeichnen, daß wir Zinksorgen nicht zu hegen brauchen.

Im Bleierzbau liegen die Verhältnisse bei weitem nicht so günstig. Infolge der Überalterung sind hier die greifbaren Erzvorräte schon weitgehend abgebaut. Reine Bleierzgruben gibt es heute eigentlich nur noch in der Eifel. Hier wird in neuen Bergwerksanlagen bald wieder größeres Leben erstehen. Reich sind noch die Erzgruben an der Lahn, und große Hoffnungen bringt man den neuen Aufschlüssen im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier entgegen. Hier wie auch in den übrigen Bergbaubezirken tritt übrigens das Bleierz nicht für sich allein auf, sondern mehr oder weniger stark vergesellschaftet mit dem Zinkerz, das nach der Teufe meist zunimmt.

Viele alte Gruben im Oberharz, wo man bis zu einer Teufe von mehr als 1000 Meter vorgedrungen war, sind, wie in anderen alten Bergbaurevieren,

Digitized by Google

seit längerer oder kürzerer Zeit erschöpft. Um so mehr müssen die betriebenen Gruben herhalten.

Eine Sonderstellung nimmt hier der tausendjährige Bergbau im Rammelsberg bei Goslar ein, dank einer glücklichen Fügung der Natur, welche hier große, aber bis in die jüngste Zeit äußerst schwierig zu verarbeitende Erzvorräte schuf.

Auch Westoberschlesien liefert neben Zink ständig erhebliche Mengen von Bleierzen. Darüber hinaus gibt es hier und da noch kleinere Vorkommen, welche in gewissem Umfange zur Erfüllung des Vierjahresplanes ebenfalls beitragen können.

Deutsches Blei aus deutschem Erz wird aber immer ein selteneres Metall bleiben, als man es nach dem üblichen Handelswert annehmen könnte. Für unsere nationale Wirtschaft ist es eigentlich wertvoller als Gold. Immerhin wird es demnächst wohl gelingen, wenigstens die Hälfte des inländischen Bedarfs damit zu decken.

Unser Hauptkupfergebiet ist Mansfeld, aber bisher vermochten wir nur einen Bruchteil unseres Bedarfs aus eigener Kupfererzförderung zu decken. Nun wird aber auch im Siegerland in Verbindung mit dem manganhaltigen Spateisenstein Kupfererz gewonnen. Die für die zweite Arbeitsschlacht gestellte Aufgabe zwingt uns aber auch dazu, die Kupfererzgruben, die früher im Bergischen, im Siegerland, an der Wied, im Diemel-Eder-Kupfererzbezirk, am Süd- und Nordrand des Harzes, am Kyffhäuser, am Rand des Thüringer Waldes, in Niederschlesien und an vielen Orten betrieben wurden, wieder zu neuem Leben zu erwecken. Viel wird davon abhängen, ob wir geeignete Aufbereitungs- und Anreicherungsverfahren bereitzustellen vermögen. Ein billiges, mit geringen Metallverlusten arbeitendes Aufbereitungsverfahren könnte gegebenenfalls auch den Zinnerzbergbau im Erzgebirge wieder durchaus lebensfähig machen.

Damit ist der Metallerzbergbau nicht erschöpft, denn auch Gold, Silber, Nickel, Wolfram, Kobalt usw. sind wichtige Bedarfsstoffe. Vieles aber wird heute durch Aluminium ersetzt, das uns in jedem Falle über das Gewinnungsverfahren aus Tonerde in jeder Menge zur Verfügung steht.

Und selbst der Kalibergbau, der sich wie der Kohlenbergbau mehr und mehr zur chemischen Verarbeitungsindustrie entwickelt, stellt unserer Metallwirtschaft ein Leichtmetall zur Verfügung, wodurch unsere Versorgungslage in Verbindung mit der Werkstoff-Umstellung unter Einbeziehung der Kunstpreßstoffe wesentlich erleichtert und zuletzt zweifellos gesichert werden kann.

Reform der Bergbauverwaltung und des Bergrechtes

Sicher hat England nicht ohne Grund einen selbständigen Bergbauminister. Und wenn wir auch nicht der unbedingten Nachahmung zu verfallen brauchen, so ist doch die Bestellung eines selbständigen Staatssekretärs innerhalb des Reichswirtschaftsministeriums zu erwägen. Innerhalb dieses Staatssekretariats könnte ein Dezernat für Bergpolizei, ein weiteres für Wirtschaftsfragen, ein drittes für Handelsfragen und ein viertes für Rohstofffragen errichtet werden.

Digitized by Google

In Verbindung damit brauchen wir aber auch ein einheitliches Reichsberggesetz, das die unterschiedlichen Berggesetze der Länder außer Kraft setzt und nicht minder ein neues Kohlenwirtschaftsgesetz, das in wenigen Paragraphen die Grundsätzlichkeiten klärt und die wirtschaftspolitischen Richtlinien sicherstellt. Dann wird es möglich sein, Reibungen und Leerlauf zu verhindern, alle seelischen und willensmäßigen Kräfte des deutschen Volkes in Erfüllung der uns gestellten Aufgabe wirksam einzusetzen.

Peter Schlenzka:

Sparsame Stoffverbrauchswirtschaft

Es hat lange genug gedauert, bis sich in Deutschland herumgesprochen hat, daß die wirtschaftlichen Grundsätze, die frühere Politiker und eine jüdisch infizierte Wissenschaft vorgesetzt haben, doch wohl nicht ganz stimmen konnten. Wir haben uns von dem Irrglauben an die gottgewollte Macht des Kapitalismus freigemacht und die Arbeit wieder auf den Platz gestellt, der ihr gebührt. Es mag schwer für einen großen Teil der Volksgenossen sein, besonders wenn sie von Kindheit an mit diesem Gift der verfälschten Vorstellungen großgezogen sind, sich von diesem frei zu machen. Wir sehen dann ja auch heute immer wieder, daß man diese und jene Maßnahme und Äußerung einfach nicht versteht.

Nicht „Profite" — wohl aber Leistungen

Alle Einrichtungen in den Betrieben sind ja nun einmal in einer Zeit entstanden, deren ganzes Denken verjudet war, materialistisch und profitgierig. Es ist erstaunlich, daß man mit derartigen Apparaten, die man treu und brav beibehält, nun heute die sozialistische Wirtschaft betreiben will. Wenn ein Unternehmen seinen Ertrag nicht aus seiner wirklichen Unternehmensleistung, sondern nebenbei aus Hausbesitz, Spekulationen, Kreditgeschäften und ähnlichen Dingen gewinnt, so ist es ihm oft gleichgültig, ob in dem Betrieb wirklich vernünftig gewirtschaftet wird. Wenn Ende des Jahres bei der Vorführung des Schleiertanzes der Bilanz ein Profit erscheint, kümmerte es früher niemand, wie dieser entstanden war. Es hat niemand daran gedacht, schon den Begriff der Buchhaltung so aufzufassen, daß er nicht nur mit Kapital, sondern auch mit der Leistung sich befaßte.

Die sozialistische Aufgabe der wirtschaftspolitischen Führung besteht darin, dafür zu sorgen, daß es dem deutschen Volk besser gehe. So muß auch die Forderung nach der vernünftigsten Bewirtschaftung auch der kleinsten Einheit gestellt werden. Jede Vergeudung von Arbeit, von Material, von Zeit ist ein Verzicht auf die Bildung von Volksvermögen. Diese Verschwendung beeinflußt aber die Preisbildung. Sie verhindert die Senkung der Preise und damit die Erhöhung der Kaufkraft des Lohnes. In jedem Falle ist sie also ein Diebstahl am Volksvermögen und deshalb ein Verbrechen am Volke.

Digitized by Google

Kein Raum für „Sonderdasein"!

Die geistige Haltung, die zur Betriebsführung und zur Arbeit in einem Betrieb einer nationalsozialistischen Wirtschaft notwendig ist, ist ein so grundlegendes Fundament für jede Tätigkeit im Betrieb, daß selbst die entferntesten Sachen, technische Fragen und Maßstäbe anders werden müssen. Die meisten Dozenten der Betriebswirtschaftslehre sollten sich hierüber einmal klar werden und nicht behaupten, daß die Betriebswissenschaft ein fachliches und „streng wissenschaftliches" Sonderleben führe.

Die immer wieder angesetzten Vorstöße der Bewegung und in diesem Zusammenhang auch einmal beinahe in gutem Sinne die Rohstofflage haben manchen aufhorchen lassen. Die Sammlung von Material ist nicht allein eine vorübergehende Aktion, die aufhören wird, wenn die Befreiung vom internationalen Versuch, auf dem Umweg über die Rohstoffe den Nationalsozialismus niederzukämpfen, durchgeführt ist. Sie ist eine Frage der geistigen Haltung, eine Frage sozialistischer Wirtschaft, denn es handelt sich darum, daß diese Materialverluste *immer* Verluste des Volkes bedeutet haben und bedeuten werden.

Da man seinen Profit brauchte und an Geld, Geld und abermals Geld dachte, mußte man verkaufen und kam jedes Jahr mit einem neuen Automodell heraus, selbst wenn nur die Kotflügel eine andere Form hatten, man brauchte „Nouveautés", man schaffte „Moden" und überschwemmte das Volk mit Ramsch. Wer etwas vom Vorjahr hatte, das nicht „streng modern" und dernier cri war, wurde über die Achsel angesehen, lächerlich gemacht, und da ja das Geld zum Maßstab der Bewertung des Menschen geworden war, mißachtet, weil er ja die äußeren Erscheinungsformen des Reichtums, das „Allerneueste" nicht aufwies. So wurde das Denken des Volkes bewußt und systematisch vergiftet. Es kam weniger auf das *Sein* an als auf den *Schein*. Eigener Profit stand höher als eine wirkliche, volkswirtschaftliche Leistung.

Man scheffelte mehr Geld, wenn man mit veralteter Betriebseinrichtung und Gewinnaufschlag immer denselben Schund in anderer Form, jedes Jahr neu, dem Volk aufhalste, als wenn man seinen Betrieb leistungsfähiger machte und Güter herstellte, die dem wirtschaftlichen Fortschritt, besseren und billigeren Fertigungsmethoden dienen würden.

Das materialistische Denken schuf eine geistige Stumpfheit

Und weshalb hat man sich eigentlich in früherer Zeit die geistige Blöße gegeben und immer nur das Material, das tatsächlich da war, bewirtschaftet? Sind die damals in der Wirtschaft Tätigen geistig so arm gewesen, daß sie nicht neue Stoffe schaffen konnten? Oder stand der Kapitalismus diesem hindernd entgegen?

Man ließ nicht nur in den Betrieben Material verkommen, sondern war zu träge, seine Vergeudung zu verhüten. Man konnte diese „Unkosten" ja einkalkulieren und sie vom Käufer bezahlen lassen. Wenn wirklich einmal ein Betrieb so wirtschaftete, daß er billiger produzierte als ähnliche Betriebe seines Wirtschaftszweiges, so schloß man sich zusammen, traf ein Preisabkommen zugunsten dessen, der die höchsten Gestehungskosten hatte, legte

Digitized by Google

dessen Preise für den Verkauf zugrunde und steckte die Differenz, mit der man die Ware hätte verbilligen können, in die Tasche.

Bei diesem Denken konnte die Wirtschaftsvernunft in den Betrieben nicht zum Durchbruch kommen, und es lohnte sich gar nicht, Anstrengungen zu machen, jeden Verlust zu vermeiden. Der Konstrukteur dachte nicht daran, wie der beste Nutzungsgrad des Materials erreicht würde. Aus alter, lieber Gewohnheit ließ er ein Stück drehen, anstatt es in spanloser, abfalloser Formung herzustellen. Er verwandte Kupfer, wo verkupfertes Metall denselben Dienst leistet. Der Einkäufer kaufte Material in sogenannten „handelsüblichen" Abmessungen, selbst wenn es sich um Riesenabschlüsse handelte. An der Materialausgabe holte sich der Arbeiter, wenn er einige Schrauben brauchte, eine Hand voll.

Für manche Arbeitsverfahren fehlen überhaupt Forschungsergebnisse. Man arbeitete nach Faustregeln oder probierte, statt aus der planmäßigen Untersuchung Nutzen zu ziehen und korrekt einzuteilen.

Es gilt heute so viele Verlustquellen auszumerzen, bei denen mangelnder Einsatz von Geist den Verlust von Stoffen und die Entstehung unnötiger Kosten verursacht. Verfolgt man auch in den mittleren und kleinen Betrieben die Fortschritte der Werkstoffkunde und der Festigkeitslehre, so hätten wir bald bessere und billigere Konstruktionen. Man würde in vielen Werken gut daran tun, alle älteren Konstruktionen einmal zu überprüfen. Es gibt viele Spezialfirmen, die ohne Konkurrenz auf einem Gebiet es bis heute gar nicht „nötig hatten", ihre alten Bauformen durch wirtschaftlichere und stoffsparende zu ersetzen.

Wo der Zusammenbau mit vielen Einzelteilen zu tun hat, hat man bisher selten versucht, auch immer die material- und kostensparende Seite zu beachten. Ein praktischer Fall in der Automobilindustrie ergab durch besser durchdachte Anordnung der Teile unter der Haube nennenswerte Ersparnisse an Rohr und Kabelleitungen.

Kampf gegen das geistige Beharrungsvermögen

Eine planmäßige Untersuchung des Ausschusses, der Fehler und ihrer Gründe läßt immer an der Entstehungsstelle das Arbeitsverfahren ändern und erspart Material. Selbst eine Inspektion nach jeder Arbeitsstufe ist besser als die Prüfung am Schluß, die dazu zwingt, Arbeit und Material, welche noch nach Auftreten des Fehlers dazu gekommen sind, zu vernichten.

Der Typenwahn, das Bestreben, dauernd etwas Neues herauszubringen, schuf Unmengen von Ladenhütern. Die mangelnden Einrichtungen der Betriebskontrolle ließen nicht einmal erkennen, bei welchen Mengen die günstigste Preisgrenze der Fertigung lag, welche Mengen im Lager verrotteten und nicht durch den Vertrieb zur rechten Zeit abgesetzt wurden.

Man wollte sich mit Gewalt von anderen Fabrikaten unterscheiden, so daß nicht ein Rest, sondern zwanzig Reste verloren gingen.

Wenn jetzt am Jahresbeginn die Inventurlisten aufgestellt sind, die auch den unbedeutendsten Werkstoff enthalten, ist die beste Gelegenheit, einmal systematisch die Stoffwirtschaft des Betriebes zu prüfen. Stellt man dann die Fragen: Wie wird er verarbeitet? Entsteht Abfall? Wie wird dieser erfaßt? Ist er zu ersetzen? Gibt es geeigneteres Material oder bessere Bearbeitungsverfahren? Wird der Werkstoff in genau zugemessenen Mengen ausgegeben? usw. usw., so wird man erkennen, was bisher vernachlässigt

Digitized by Google

wurde. Tausende von Verlustquellen können beseitigt werden, wenn man sie beseitigen will!

Wer materialistisch denkt, sieht auch heute nur das Stück Material. Er glaubt, daß wir es jetzt sammeln müßten, nur weil wir eine Rohstoffknappheit haben. Daß es sich dabei aber, selbst wenn man nur an Material denkt, um Fragen der Erhöhung der Kaufkraft, des Lohnes, des Sozialismus, ja der Kultur handelt, erkennen wenige.

Hier genügt es nicht, mit dem bestehenden Apparat weiter zu wirtschaften und vielleicht so liebenswürdig zu sein und „Abfälle" zu sammeln, sondern es handelt sich darum, aus der geistigen Haltung aller in der Wirtschaft Stehenden heraus auch den Mechanismus jedes einzelnen Geschäftes so zu gestalten, daß für die Wirtschaft des Volkes der Erfolg eintrifft. Hier richtet sich der Kampf nicht nur gegen den bösen Willen, sondern auch gegen das geistige Beharrungsvermögen! Die Mittel und Wege können kein Problem sein, wenn die Schaffung des nationalsozialistischen Betriebsdenkens die Aufgabe ist!

Ilse Buresch-Riebe:

Rohstoffoptimismus der deutschen Hausfrauen

Nicht ohne Grund spielt die Frage der neuen deutschen Rohstoffe gerade im Haushalt eine große Rolle. Wir Frauen sind uns darüber klar, daß es nicht nur auf den Erfindergeist der Männer, der Technik und Industrie allein ankommt, wenn wir uns weitgehend von der Einfuhr ausländischer Rohstoffe unabhängig machen wollen, sondern auch auf die vertrauensvolle und fördernde Mitarbeit der Verbraucher und das sind in erster Linie die Frauen. Die Frauen von heute sind die gewichtigste Kundschaft der hochentwickelten Industrie und Landwirtschaft unseres Landes. Nicht weniger als 80 v. H. des Volkseinkommens geht durch unsere Hand. Unsere Frauengeneration hat begreifen gelernt, daß eine gedeihliche Entwicklung des Volkshaushalts weitgehend von ihrem eigenen Verhalten im Einzelhaushalt abhängig ist.

Das muß die Hausfrau heute nahezu täglich beweisen. Der neue deutsche Rohstoff hat sich rascher und nachhaltiger bei ihr eingestellt als sie vermuten konnte. Was bedeuten denn beispielsweise ein paar Jahre verglichen mit dem Tempo und dem Umfang in der Verbreitung der deutschen Kunstseide, die schon längst in den Augen der deutschen Hausfrau nicht „Kunst"-Produkt im wertmindernden Sinne, sondern ein „Kunstwerk" der schaffenden deutschen Industrie geworden ist: ein Rohstoff von vorzüglichster, verwendungsfähigster Art und Güte.

Diese Entwicklung der Kunstseide zu einem in jeder Hinsicht vollwertigen Rohstoff, der aus dem deutschen Haushalt heute nicht mehr wegzudenken ist, mag ein Beispiel sein, wie erst das Zusammenwirken des Pioniers der Technik mit der Praktikerin Hausfrau es ermöglicht, einem künstlichen Erzeugnis Eigenschaften zu verleihen, die es in der Brauchbarkeit sogar in mancher Hin-

Digitized by Google

sicht noch über das Naturprodukt gestellt haben. Die Knitterfreiheit, der Mattglanz, die Form- und Farbtreue, ein unbegrenztes Anfärbvermögen und nicht zuletzt die Naßfestigkeit, alles dies sind Eigenschaften, die der Kunstseide verliehen wurden, um den Wünschen der Verbraucherin gerecht zu werden.

Was hier von der Kunstseide gesagt wurde, gilt in gleicher Weise von ihrer jüngeren und noch hoffnungsvolleren Schwester, der Zellwolle, deren vielversprechende Eigenschaften heute schon weite Hausfrauenkreise mit Aufmerksamkeit beachten und der eine große Zukunft im Haushalt versprochen werden kann.

Preßstoffe

Ein ähnlich überzeugendes Beispiel von der Güte der neuen Rohstoffe und von ihrer Wirtschaftlichkeit im Hausgebrauch bietet der neue Kunstharzpreßstoff, der heute bereits eine nahezu unbegrenzte Verwendungsfähigkeit im Haushalt hat. Am bekanntesten ist dieser Kunstharzpreßstoff der Hausfrau in der Verarbeitung als Eßgeschirr in jenen ansprechenden farbigen Tassen, Bechern, Schälchen, die sie als „fast unzerbrechlich" gern verwendet. Er begegnet uns in verschiedenen Fabrikaten als Kunsthorn, Bakelit, Pollopas, Trolitan u. a. Häufig tritt uns dieser Kunststoff inkognito entgegen, so etwa in den geschmackvollen Türklinken, in Beschlägen der neuen Wohnungen, in dem schön gemaserten, einem Edelholz in nichts nachstehenden Gehäuse eines Rundfunkapparates, in Lampenfassungen, Steckdosen, Bürstengriffen, Flaschenstöpseln, Untersetzern, Hülsen, bei Schuhlöffeln, Schalen, Nähkasten, Kannendeckeln, Uhrgehäusen usw. Die Schmuckindustrie verarbeitet ihn zu Armreifen, Bilderrahmen, Gürtelschnallen, Knöpfen, Broschen u. a. Schnell wird die Hausfrau lernen, in diesem vielseitigen und schönen Werkstoff den Nachfolger für eine ganze Anzahl von fremdländischen Metallen zu erkennen und wird darauf halten, daß bei ihr die Handwerker sich dieses neuen Werkstoffes bei Neuanlagen und Instandsetzungen bedienen.

Sogar als Vertreter der Ölfarbe, mit der wir aus fettwirtschaftlichen Gründen sparsam umgehen müssen, wird Kunstharz als widerstandsfähiger Lackanstrich aufgetragen, ebenso wie er die Erbschaft von Metallanstrichen etwa bei Eisschränken antritt, dort, wo sie mit Lebensmitteln in Berührung kommen. Gegenwärtig werden Versuche gemacht, Konservendosen innen anstatt mit Zinn mit Kunstharzlack zu überziehen.

Die deutsche Rohstoffschlacht ist in vollem Gang. Auf nahezu allen Gebieten laufen Versuche, fremde Erzeugnisse durch eigene zu ersetzen.

Erfolge besserer Leistung

So kann die Hausfrau heute an Stelle von Leder Kunstleder verwenden. Die deutsche Porzellanindustrie bringt ein neues Hartporzellan, das für Leitungsrohre einen unübertrefflichen und sehr schönen Werkstoff darstellt. Auch kochfest ist dieses Porzellan, so daß es unserer Kaffeemaschine aus Nickel und anderen metallenen Kochgeräten den Wettbewerb ansagen kann.

Alle diese neuen Rohstoffe rechtfertigen deshalb in vollem Maße das Vertrauen der Hausfrau, weil sie eine lange Reihe von Eignungs- und Qualitätsprüfungen zu bestehen haben, die sich bei solchen, die unmit-

Digitized by Google

telbar mit Lebensmitteln in Berührung kommen oder selbst Lebensmittel sind, auch auf die gesundheitliche Zuträglichkeit richten. Hier spricht das Reichsgesundheitsamt ein gewichtiges Wort mit.

Verbesserte heimische Ernährung

Ein Betätigungsfeld für die Hausfrau, das in der Rohstoffschlacht schier unbegrenzte Möglichkeiten bietet, ist das der Ernährung. Wir Hausfrauen sind bereits mitten darin, diese Möglichkeiten auszuschöpfen. Handelt es sich doch dabei nicht allein um die weise Einteilung vorhandener alter, sondern auch um die Entdeckung und Auswertung neuer Stoffe, an denen wir bisher unwissend oder achtlos vorübergegangen sind.

So wird beispielsweise heute die früher als nutzlos erachtete Bierhefe als Nährhefe verarbeitet und dient auch als Rohstoff zur Erzeugung von Hefeextrakt. An ein Wunder grenzt die Gewinnung von Pektinen aus Obstabfällen, die heute zum wichtigsten Konservierungsmittel bei der Haltbarmachung von Obst, bei der Herstellung von Marmeladen und Puddings aller Art geworden ist, und uns von der Einfuhr von Agar-Agar völlig freigemacht hat.

Ein interessantes Kapitel ist die Neuzüchtung oder Umzüchtung von eiweißhaltigen und ölreichen Pfanzen, wie etwa der süßen Lupine oder der Sojabohne. Beide Pflanzen haben als Ölfrucht und als Viehfutter große Bedeutung. Soja hat nicht nur den Vorzug eines hohen Eiweißgehaltes, es hat u. a. auch seines Öles wegen große Bedeutung für die Margarineherstellung.

Eine ganze Reihe von Getreidearten, die früher in Deutschland stärker angebaut wurden und später durch Einfuhr ausländischer Erzeugnisse — hauptsächlich Reis — verdrängt wurden, kommen im Haushalt wieder zur Geltung: Haferflocken, Hirse, Grünkern, Gerste, Raps und Leinsamen, auch Sonnenblumensamen. An Stelle der Südfrüchte treten mehr und mehr deutsche Obstarten. Nüsse ersetzen Mandeln und deutsche Gemüsekonserven machen ausländisches Frühgemüse entbehrlich.

Auch Wildfrüchte und Feldkräuter treten heute wieder als Rohstoffe in ihre Rechte: Vogelbeere und Hagebutte bereichern ebenso den Tisch wie Brunnenkresse, Sauerampfer und Hopfensprößlinge.

Eine unbestrittene — allerdings nicht einmal eine ganz neue — Rohstoffquelle ist der Gewürzgarten der Hausfrau, wenn sie das Glück hat, ein Stückchen eigenes Land bestellen zu können. Neben bekannteren einheimischen Gewürzen kommen Waldmeister, Mauerpfeffer, Schwarzkümmel und Pimpernelle zu neuen Ehren. Teespender sind die Blätter der Erdbeere, ebenso Hollunder, Linde und Kamille. Aus Birkensaft läßt sich gar ein alkoholisches Getränk bereiten und der Ahorn liefert uns ein syrupartiges Harz, den Ahornzucker, der sich in Teilen von Nordamerika schon seit der ersten Besiedelung gegenüber dem Rohrzucker behauptet hat.

Es konnte nicht Aufgabe dieser gedrängten Übersicht sein, das weite Gebiet der neuen Rohstoffe in ihrer Bedeutung für den Haushalt auszuschöpfen. Der Zweck dieses Aufsatzes ist, zu zeigen, daß überall dort, wo sich der deutsche Mann voll Wagemut und Erfindergeist neue Ziele steckt, die deutsche Frau gewillt ist, ihm voll Optimismus und Tatkraft zur Seite zu stehen.

Digitized by Google

Befreiung von der Diktatur der Rohstoffmonopole

In der „Zweiten Arbeitsschlacht" (erschienen im Zentralverlag der NSDAP., München, 1936) schreibt Bernhard Köhler:

„Wir haben den Völkern in klaren Worten angekündigt, daß wir jederzeit eine Erweiterung unserer Handelsbeziehungen wünschen und bereit sind, ihnen die Erzeugnisse abzunehmen, an denen sie ersticken.

Wir haben aber dazu gesagt, daß wir nicht daran denken, uns den diktatorischen Monopolen der Gummi-, Baumwoll- oder anderer Erzeuger zu unterwerfen, weil wir der Meinung sind, daß ehrliche Geschäfte nur solche sind, an denen beide Teile Vorteil haben, und weil wir nicht gesonnen sind, zuzustimmen, daß andere an unserer Zwangslage verdienen.

Es widerspricht den Lebensbedingungen der deutschen Volkswirtschaft, also der Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus, daß sie dem Wucher internationaler Monopole ausgeliefert ist, auch dann, wenn diese ihren Sitz im Inland haben sollten.

Es handelt sich nicht darum, Kunststoffe zu erfinden, die die einzelnen Rohstoffe ersetzen. Wir streben nicht danach, ein Patentkupfer oder eine Patentbaumwolle oder eine Patentkunstwolle oder ähnliches herzustellen. Sondern wir stellen solche Stoffe her, die für den jeweiligen Zweck die besten Eigenschaften haben, die für Fertigung und Gebrauch von ihnen erwartet werden können.

Wir sind also entschlossen, uns nicht mehr mit den Rohstoffen zu behelfen, die uns der Zufall in die Hand drückt, sondern wir schaffen uns diejenigen Werkstoffe, die wir brauchen.

Unser Vorhaben bedeutet also auch nicht etwa das Begnügen mit Ersatz für Dinge, welche wir nicht kriegen, keinen Verzicht und keine Bescheidung, sondern es bedeutet eine Ausweitung des von unserem Können beherrschten Raums und ungeahnte technische Möglichkeiten."

Die Rohstoffpolitik Friedrich des Großen

„Der erste Grundsatz, der allgemeinste und wahrste ist der, daß die wahre Kraft des Staates in einer hohen Volkszahl liegt ... Um diesen Grundsatz in die Praxis zu übertragen, gibt es zwei Mittel: Erstens alle anbaufähigen Länder urbar zu machen und Kolonisten anzusetzen, zweitens die Manufaktur zu vermehren."

Damit hat der große König in seinem Testament die Aufgabe der Wirtschaftspolitik umrissen und gleichzeitig die wirtschaftlichen Maßnahmen zu ihrer Erfüllung aufgezeigt.

Wir wissen, daß er keine Kosten und Mittel scheute, um den Warthe-, Oder- und Netzebruch zu kolonisieren und daß er auf die intensivste Ausnutzung des Bodens drängte (soweit es unter den damaligen Verhältnissen möglich war), um den Ackerbau zu fördern. Wo dies nicht möglich war, wie z. B. in Sandgegenden, ließ er Fichten anpflanzen, um das Brennholz für die Bevölkerung zu gewinnen, während das Bauholz aus den Forsten ausgeführt werden konnte.

Seine besondere Aufmerksamkeit wendete Friedrich der Große dem Ausbau der Seidenraupenzucht zu. Es gelang ihm, den größten Teil des Seidenbedarfs Preußens im Lande selbst zu decken. Er hatte dabei keineswegs die Absicht, Seide auszuführen. Es ist bedauerlich, daß die Seidenraupenzucht, ehe sie zur vollen Blüte kam, wieder verfiel, so daß Deutschland auf diesem Gebiete später wieder in Abhängigkeit vom Auslande geriet. Dies konnte nur geschehen, weil die Wirtschaftspolitik der Nachfolger des großen Königs nicht mehr an dem Grundsatz festhielt, die Bevölkerung auf eigenem Boden zu ernähren, sondern

Digitized by Google

eher dazu beitrug, die „überschüssige" Bevölkerung abzustoßen und ihre Auswanderung zu begünstigen. Gleichzeitig mit dem Menschen wurden aber auch die Erfahrungen auf dem Gebiete des Seidenbaues hinausgetragen und damit ein Werk dem Verfall anheimgegeben, das dazu hätte beitragen können, unsere Rohstoffbasis zu vergrößern.

Die starke Förderung der Schafzucht durch die Regierung Friedrichs des Großen diente vor allem dazu, den Wollmanufakturen, die zur Blüte zahlreicher Städte führten, die nötigen Rohstoffe zur Verfügung zu stellen, um neue Arbeitskräfte ansetzen zu können. Durch Züchtung hochwertiger Tiere in seinen Domänen, die dann den Bauern überlassen wurden, erreichte der König, daß nur beste Wolle zur Verwertung kam und damit die ausländische Konkurrenz auch hinsichtlich der Güte ausgeschaltet wurde. Sein Bestreben war darauf gerichtet, keine ausländische Wolle in das preußische Wirtschaftsgebiet hineinzulassen. Deshalb gründete der König auch zahlreiche Baumwollspinnereien, Barchentwebereien und Spitzenfabriken.

Bekanntlich ist ferner der Anbau der Kartoffel, dem anfänglich von der Bevölkerung größter Widerstand entgegengesetzt wurde, auf die Veranlassung des Königs zurückzuführen. Ebenso nötigte er die Bauern zur Anpflanzung von Obstbäumen und siedelte vor allem pfälzische Kolonisten an, die auf diesem Gebiete besondere Kenntnisse mitbrachten.

Wenn wir freilich manche Maßnahmen, wie z. B. die Einsetzung von Kaffeekommissionen, in der Gegenwart etwas anders beurteilen, so vermögen sie doch nicht unsere Bewunderung für den König zu schmälern, zeigen doch alle wirtschaftlichen Unternehmen Friedrichs des Großen seinen klaren Blick für die Notwendigkeiten und Voraussetzungen einer gesunden Wirtschaft und den unbeugsamen Willen, seine Erkenntnisse gegen alle Widerstände durchzusetzen. Unt.

Rede - Funk - Presse - Film - Schrifttum

Vistra — das weiße Gold Deutschlands

Im Verlag Koehler und Amelang ist ein neues Buch „Vistra" von Hans Dominik erschienen, das einen wertvollen Beitrag zu den gegenwärtigen wirtschaftlichen Fragen darstellt.

Das Buch erzählt uns, wie aus dem, was der Zerstörungswille des Feindes von der Pulverfabrik Premnitz übriggelassen hat, die erste Vistraforschungsanstalt entstanden ist. 1919 wird dort mit den Arbeiten begonnen. Somit kann die Zellwolle schon auf mehr als 1½ Jahrzehnt Geschichte zurückblicken. Wir können also unsere Maßnahmen zur Sicherung der Rohstoffunabhängigkeit auf diese langen Erfahrungen aufbauen.

Zögernd und voll Mißtrauen sind anfangs die deutschen Spinner an diesen neuen Stoff herangegangen. Eine Ersatzstoffpsychose hinderte die deutschen Verbraucher, die wertvollen Eigenschaften des neuen Werkstoffes unvoreingenommen zu betrachten. Erst das wachsende Interesse des Auslandes veranlaßte die deutschen Spinner, mehr und mehr diesen neuen Rohstoff zu verwenden.

Das Buch enthält auch einen Abriß über 40 000 Jahre Tertilgeschichte. Wir erfahren manche weniger bekannte Tatsache, auch aus der Tertilverarbeitung unserer Vorfahren. Als beispielsweise die ersten Römer nach Germanien kamen, waren die germanischen Frauen bereits des Spinnens und Webens kundig; sie betrieben sogar Maßschneiderei.

Hans Dominik gibt uns hier also keinen phantastischen Roman, sondern zeigt sich als Chronist insbesondere der deutschen chemischen Industrie, wobei wir auch ein Auge zudrücken, wenn der Verfasser sich allzusehr mit den Forschungsergebnissen eines bestimmten Großunternehmens beschäftigt. Sch.

Digitized by Google

Parole: Verbilligung

Die Propagandisten der wirtschaftspolitischen Truppe der Partei helfen den Boden bereiten für die notwendigen Maßnahmen, die die Sicherung des völkischen Lebens auch in wirtschaftlicher Hinsicht gewährleisten und eine Steigerung der Lebenshaltung unseres Volkes ermöglichen. Der Weg der wirtschaftspolitischen Propaganda, die sich die Forderungen der Politik an die Wirtschaft zu eigen gemacht hat, führt über verschiedene Etappen, ehe er das Ziel erreicht.

Bernhard Köhler hat zur Befreiung der Arbeit das Recht auf Arbeit für jeden arbeitsfähigen Volksgenossen proklamiert. Der gewaltige Erfolg der ersten Arbeitsschlacht hat diese Forderung in hohem Maße erfüllt und den vorausgesagten Wirtschaftsaufschwung noch übertroffen.

Ehe die erste Arbeitsschlacht zu Ende geführt wurde, gab der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik Anfang 1936 die Parole: Rationalisierung! Diese Parole zog die Folgerungen aus der vorausgegangenen Entwicklung und forderte den zweckmäßigsten Einsatz aller verfügbaren Arbeitskräfte wie auch Produktionsmittel. Der auftretende Facharbeitermangel hatte bald bewiesen, wie berechtigt diese Forderung gewesen war, und mancher Unternehmer, der glaubte, ihr teilnahmslos gegenüberstehen zu können, und sich nunmehr in den stärksten Wettbewerb hineingestellt sieht, hat längst bereut, diesem Ruf nicht schon eher Folge geleistet zu haben.

Für die kommende Zeit hat Bernhard Köhler die Parole ausgegeben: Verbilligung der Produktion. Es ist dies wiederum die klare Folgerung, die aus der fortlaufenden Entwicklung gezogen werden mußte. Ihr werden sich die verantwortlichen Kreise insbesondere im Zusammenhang mit der Durchführung des Rohstoffprogrammes in Zukunft kaum entziehen können.

Wie schnell und in welcher Form sich das ganze Volk diese Parole zu eigen machen wird, hängt zu einem großen Teil von der Propaganda ab. Es ist daher ihre Aufgabe:

1. bei allen Volkskreisen das Verständnis zu erwecken, daß eine Steigerung der Lebenshaltung bei gleichbleibenden Geldwerten von Arbeit und Brot nur durch eine Verbilligung der Produktion herbeigeführt werden kann,

2. dem Unternehmer, bei dem entscheidend die Initiative liegt, klar vor Augen zu führen, daß die Verbilligung nicht auf Kosten der Wirtschaftlichkeit vor sich gehen darf. Der Staat sichert durch die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit eine gleichbleibende Kaufkraft der Bevölkerung, die jedoch keineswegs die Wettbewerbsbedingungen verringert. Es ist die Aufgabe des Unternehmers, durch beste Ausnutzung der Arbeitsmittel, rationelle Großerzeugung und Verwendung synthetischer Werkstoffe, die zur Vereinfachung der Arbeitsgänge führen, die Erzeugung zu rationalisieren, was sich dann in einer Gütesteigerung und Verbilligung der Waren auswirkt,

3. den Verbraucher zu erziehen, seine Nachfrage hauptsächlich auf solche Dinge zu richten, die die Volkswirtschaft reichlich zur Verfügung stellen kann, und weiterhin den Güteerzeugnissen den Vorzug vor Ramschwaren zu geben. Die Immunisierung gegen etwa auftretende — völlig unberechtigte — „Ersatzstoffpsychosen" wird ebenso notwendig sein wie die Vertiefung der Erkenntnis, daß bei Ausnutzung einer Mangellage durch unverantwortliche Elemente die zuständigen Stellen nicht zurückscheuen werden, fühlbare Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Auch die wirtschaftspolitische Propaganda hat Erziehungsarbeit am Volk zu leisten. Denn sie trägt in ihrer Auswirkung als Führungsmittel wesentlich bei zur Erhöhung der Lebenshaltung unseres Volkes und damit zur Beseitigung der Armut. Unt.

Digitized by Google

Aufgabenstellung für die Wirtschafter

Die Entwicklung von Rohstoffpreisen

Nach langjährigen Versuchen gelang es der deutschen Technik und Wirtschaft, einheimische Farbstoffe, syntbetisches Benzin, künstliches Glas, Leder aus Harz, Seide aus deutschem Holz, Stoffe aus deutschen Fasern zu erzeugen. Anfangs waren diese neugewonnenen Rohstoffe meist recht kostspielig, erst allmählich wurden mit der Entwicklung der Produktionsverfahren die Preise niedriger. Das lehrt uns die Geschichte.

So galten für Palmöl in den einzelnen Jahren nachstehende Preise (diese wie die folgenden Zahlenaufstellungen sind auf den Preisdurchschnitt von 1913 = 100 bezogen!)

1855	:	150
1870	:	130
1913	:	100
1925	:	131
1930	:	80
1934	:	29

Die Zahlen für Baumwollgarn lauten:

1792	:	363
1801	:	246
1820	:	127

(Vgl. Sonderheft 37 des Instituts für Konjunkturforschung!)

Rohseide zeigt die Preisentwicklung:

1800	:	227
1880	:	136
1900	:	102
1913	:	100
1931	:	74
1934	:	45

Der Zuckerpreis nimmt folgenden Verlauf:

1800	:	308

1810/11 : 2245, und zwar infolge der napoleonischen Kriege und der Kontinentalsperre. Eine ungeheure Verknappung der eingeführten Lebensmittel führte zu unerschwinglichen Preisen für Kolonialwaren, zu denen der Rohrzucker gehörte. Mit dem Ende der Kriege trat denn auch sofort eine merkliche Erleichterung ein:

1830	:	341
1840	:	287

In der zweiten Hälfte der 30iger Jahre kam dann in Deutschland die Erzeugung von Zucker aus Zuckerrüben auf. Nach anfänglichen Schwierigkeiten machte sich die Unabhängigkeit vom Zuckerrohr im Preis folgendermaßen bemerkbar:

1880	:	201
1890	:	144
1913	:	100
1933/34	:	108 (Besteuerung!)

Selbstverständlich wuchs mit der Verbilligung der Verbrauch, und die Verbrauchssteigerung ermöglichte wiederum eine Verbilligung. 1934/35 kamen in Deutschland auf den Kopf der Bevölkerung etwa 23 Kilogramm Zucker, also das 30fache von 1810. 1825 war der Verbrauch (bei einem Berliner Preis von 80 Pfennig für das Kilogramm) auf 2,7 Kilogramm für den Kopf gestiegen, 1913 waren es 20,2 Kilogramm. Die Rübenzuckergewinnung war allein von 1836/37 bis 1841/42 von 25 000 Zentner auf 250 000 Zentner gestiegen, hatte sich somit mehr als verzehnfacht.

Etwa seit 1890 ist die Aluminiumproduktion in einer glänzenden Entwicklung begriffen. 1890 kostete die Herstellung von einem Kilogramm Aluminium 25 Goldmark, 1900 noch 3 Goldmark, 1910 nur noch etwa 1½ Goldmark. Die Weltproduktion betrug 1890 etwa 175 Tonnen, 1900 etwa 7300 Tonnen und 1914 schon 85 500 Tonnen. Der Anteil Deutschlands an der letztgenannten Zahl betrug 15 000 Tonnen.

1913 betrug Deutschlands Anteil an der Weltgewinnung von Aluminium 1,5 v. H., 1933 waren es mit 18 500 Tonnen bereits 12,9 v. H., 1934 war die Produktion auf 33 000 Tonnen gestiegen, 1935 auf über 50 000 Tonnen. Somit ist Deutschland heute das führende Land in der Aluminiumindustrie. Unsere Ausfuhrbeteiligung mit über 45 v. H. steht an erster Stelle der Aluminiumexportländer. Vor drei Generationen hat ein einziges Kilogramm Aluminium noch einige Tausend Mark gekostet. Heute bekommt man zu dem gleichen Preis, den früher ein Kilogramm gekostet hat, ein paar Tausend Kilogramm. Dgl.

Digitized by Google

Noch mehr Treibhäuser in Deutschland

Nachdem man Jahrhunderte das Glas nur als Werkstoff für Fenster benutzt hatte, lag es nahe, dazu überzugehen, Häuser aus Glas zu bauen. Der sog. „Wintergarten" — um die Jahrhundertwende die Attraktion der Luxusvilla — war der Vorgänger dieser heutigen, oft angewandten Bauweise. Es geht uns hier aber nicht so sehr diese Bauweise zum Zwecke neuartiger menschlicher Wohnweise an, als vielmehr der Bau von Treibhäusern für die Gärtnereibetriebe.

Es wird unbekannt sein, daß vor den Toren Berlins in kilometerlangen Treibhäusern der städtischen Güter ein Großteil der in Berlin verbrauchten grünen Gurken und eine erhebliche Anzahl des im Winter auf den Markt gelieferten Kopfsalates gezüchtet werden.

Mit diesen Glashäusern ist auch eine unangenehme Erinnerung verbunden. Einmal die Reparationslieferungen auf Grund des Versailler Diktates und dann die Lieferungen während der Inflationszeiten, als die holländischen Gemüsebauern die wirtschaftliche Lage Deutschlands ausnutzten, indem sie für geringe Beträge quadratkilometerweise Glasdächer aus Deutschland bezogen, um damit einen vorher nie dagewesenen Besitzstand an Treibhäusern aufzubauen. Für Holland wurde das aber auch in weiterer Hinsicht ein glänzendes Geschäft: auf Jahre hinaus wurde Deutschland der Hauptabnehmer der in den aus Deutschland gelieferten Glashäusern gezüchteten Waren.

Das holländische Beispiel hat die deutschen Gärtner klüger gemacht. Der Aufbau von Treibhäusern in Deutschland hat denn auch in den letztvergangenen Jahren einen großen Fortschritt gemacht. Er kann auch heute noch wesentlich weiterentwickelt werden. Die in diesem Zusammenhang auftretenden betriebswirtschaftlichen Fragen zu lösen, wird nicht schwer sein, vor allem nicht im Hinblick auf die ernährungswirtschaftliche Bedeutung einer solchen großzügigen Gemüse-Anbauweise.

Rei.

Wirtschaftspolitik und Ausland

Wie das Ausland über die deutsche Zellwolle denkt

Wir haben bereits früher einmal geschrieben, daß selbst in England und den Vereinigten Staaten, die beide doch gewiß nicht rohstoffarm sind, in steigendem Umfange Zellwolle erzeugt wird. Das ist eigentlich der sichtbarste Ausdruck für die Wertschätzung der Zellwolle im Ausland. Dennoch wird gerade in diesen Ländern der Erfolg des Vierjahresplanes von der Presse immer wieder bezweifelt, allerdings nicht ohne Ausnahme.

So schreibt z. B. die amerikanische Zeitung *The Cotton Trade Journal*, New-Orleans vom 26. 10. 1936:

Möge man der deutschen Regierung Sympathie oder Antipathie entgegenbringen, niemand könne leugnen, daß alle bisherigen Pläne der deutschen Regierung in einem weit größeren Maße durchgeführt seien, als man bei ihrer Ankündigung annahm. Den amerikanischen Statistikern könne nur empfohlen werden, bei ihren Schätzungen bezüglich des zukünftigen deutschen Baumwollverbrauchs sehr vorsichtig zu Werke zu gehen, denn Deutschland mache die größten Anstrengungen, ohne Baumwolle auszukommen.

Die englische Zeitung *Silk & Rayon*, Manchester, Dezember 1936, schreibt:

Es dürfe wohl gesagt werden, daß das Problem der Spinnfaserverarbeitung in Deutschland in jeder Weise befriedigend gelöst worden sei.

Dies sind die Äußerungen zweier Textilblätter, die man als sachverständig bezeichnen kann. Es ist nicht anzunehmen, daß sie schlechter unterrichtet sind, als die Blätter, die einen Mißerfolg des Vierjahresplanes nur deshalb voraussagen — weil sie das gar so sehnlich herbeiwünschen.

Ge.

Digitized by Google

Rohstoffnöte bei den anderen

Immer wieder schreiben ausländische Zeitungen, daß Deutschland sich mit seinem Vierjahresplan außerhalb der Weltwirtschaft gestellt und damit gewissermaßen eine weltwirtschaftliche Todsünde begangen habe.

Diesen Äußerungen gegenüber stellt jedoch die dänische Zeitung „*Dansk Söfarts Tidende*" fest, daß sich überall in der Weltwirtschaft Isolierungstendenzen zeigen, wenn sie auch nur von den wenigsten Staaten offen zugegeben werden.

Diese ausländischen Selbstversorgungsbestrebungen sind so umfassend, daß die Wirtschaftsnachrichten aus dem Auslande ständig davon berichten können. Die folgenden Ausführungen stellen einen kurzen Abriß dieser Bestrebungen dar, so wie sie sich aus ausländischen Zeitungsmeldungen eines einzigen Monats ergeben.

Die künstliche Treibstoffgewinnung aus Kohle, die ja bekanntlich immer noch teurer ist als die Gewinnung des natürlichen Treibstoffes, wird auch von solchen Staaten betrieben, die nicht durch Devisenschwierigkeiten dazu gezwungen werden. So stellt auch Frankreich synthetisches Benzin her (monatlich zur Zeit etwa 6000 Tonnen).

Auch Chile plant, die im Süden des Landes liegenden reichen Kohlevorkommen für die synthetische Treibstoffgewinnung zu verwerten.

In Südslawien ist dem Ministerium für Bergbau und Forsten ein Fachausschuß zur Förderung der Verwendung von Holzgas angegliedert worden.

Die Tschechoslowakei verfügt über eine „Kommission für die Frage der Kautschukgewinnung tschechoslowakischen Ursprungs". Für die synthetische Kautschukgewinnung kommt nach Ansicht dieser Kommission nur das Verfahren in Frage, das als Ausgangsstoff Spiritus verwendet.

In den Vereinigten Staaten hat der du Pont-Konzern den Handelsnamen seines synthetischen Gummis in „Neoprene" umgewandelt.

In Finnland ist eine Zellwollfabrik gegründet worden, deren Erzeugnisse bereits 1938 auf den Markt gebracht werden sollen. Die Jahreserzeugung soll 450 Tonnen Zellwolle betragen.

In Polen beschäftigt man sich weniger mit der Zellwollfrage; die große Eigenerzeugung von Flachs und Hanf soll vielmehr die Grundlage für die Textilversorgung bilden. Der „Ausschuß für Rohstoffragen der Textilindustrie" hat sich daher mit der Frage der Kottonisierung von Flachs und Hanf befaßt (ähnlich wie in Italien). Daneben soll auch die synthetische Spinnstoffherstellung in Angriff genommen werden.

Kohle gehört zu den wenigen Rohstoffen, über die Deutschland ausgiebig verfügt. Anderen Ländern bereitet aber die Beschaffung dieses Rohstoffes Schwierigkeiten. In Griechenland ist die Braunkohlenförderung von 197 454 Tonnen im Jahre 1920 auf 85 110 Tonnen 1935 gefallen. Der Staat will die Erzeugung heben durch Steuerbefreiung, Gewährung von Frachtvorteilen und Prämien.

In Belgien gefährdet die derzeitige Kohlenknappheit die Beschäftigung in der Textilindustrie. Sie wird noch verstärkt durch Streiks der Bergarbeiter. In diesem Lande geht man auch daran, alle vorhandenen Erzvorkommen auszubeuten. So hat man mit dem Abbau der Brabanter Eisenerze bei Celrode begonnen.

In der Tschechoslowakei sind in der Prager Handelskammer heftige Auseinandersetzungen über die Errichtung einer Aluminiumfabrik geführt worden. Die Aluminiumverbraucher nahmen scharf Stellung gegen den beantragten Schutzzoll auf Aluminium.

In der Schweiz fand eine Beratung des Volkswirtschafts- und des Finanzdepartements über eine stärkere Brotausmahlung statt. Man plant eine 80prozentige Ausmahlung des Getreides.

Dieser kurze Abriß mag genügen, um ein Bild davon zu geben, wie sehr auch die übrige Welt bestrebt ist, sich selbst zu versorgen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß diese Länder sich meist nur wenige Rohstoffe beschaffen müssen und daß sie einen besseren Start haben als Deutschland, das Millionen an die ehemaligen Feindmächte zahlen mußte. Ge.

Digitized by Google

Erfassung der Abwertungsgewinne

Das Gesetz zur Erfassung der Abwertungsgewinne läßt zunächst eine Wirkung ins Auge springen:

Es verhindert die Entstehung arbeits- und mühelosen Gewinns bei den deutschen Schuldnern von Gläubigern, die in Abwertungsländern ihren Sitz haben.

Ein solcher deutscher Schuldner zahlt seine in abgewerteter Währung zu begleichende Schuld mit einem wesentlich geringeren Markbetrag zurück, als er sie aufgenommen hat. Der Unterschied zwischen dem ursprünglichen Reichsmark-Wert der eingegangenen Verpflichtung und dem zu zahlenden Reichsmark-Betrag nach der Abwertung wird durch das Gesetz erfaßt und dem Staatssäckel zugeführt.

Über die Genugtuung hinaus, daß solchen Schuldnern ausländischer Gläubiger keine unverdienten Gewinne in den Schoß fallen, ist von größerer Bedeutung, daß damit das Reich in den Stand gesetzt wird, Verluste hereinzubringen, die durch den Abwertungsvorgang sowieso entstanden sind. Denn die Forderungen deutscher Gläubiger an ausländische Schuldner, die in abgewerteter Währung bezahlt werden, bringen sehr erhebliche Verluste der deutschen Volkswirtschaft mit sich, und es ist nur gerecht, wenn auf der anderen Seite die mühelosen Gewinne Deutscher aus ausländischen Abwertungen dem allgemeinen Wohl nutzbar gemacht werden.

Seine eigentliche und grundsätzliche Bedeutung offenbart jedoch das Gesetz zur Erfassung der Abwertungsgewinne erst im Zusammenhang mit der ihm vorangegangenen Anordnung, nach der es den deutschen Schuldnern von Abwertungsgläubigern verboten ist, die Forderungen dieser ausländischen Gläubiger von sich aus aufzuwerten und etwa den vollen ursprünglichen Markbetrag dafür zu zahlen. Die Verordnung geht sogar soweit, die Anerkennung von Goldklauseln zu verbieten, die ja sonst den inländischen Schuldner zwingen würden, den vollen Reichsmarkbetrag für die abgewertete ausländische Forderung aufzuwenden.

Die durch das Gesetz zu erfassenden Abwertungsgewinne sind naturgemäß zum Teil erst durch jene Verordnung entstanden. Schuldner im Inlande, die sonst den vollen, ursprünglichen geschuldeten Reichsmarkbetrag hätten aufbringen müssen, brauchen nunmehr nur den der abgewerteten Forderung entsprechenden Betrag aufzubringen, und es ist ganz selbstverständlich, daß der so erzielte Gewinn nicht dem bisherigen privaten Schuldner, sondern der deutschen Volkswirtschaft — in diesem Falle also dem Reich — gehört.

Damit hat das nationalsozialistische Reich zum Ausdruck gebracht, daß es für das Inland die Gesetze von Treu und Glauben, von Rechts- und Währungssicherheit unter allen Umständen aufrecht erhalten will. Der Schuldner zahlt unter allen Umständen den geschuldeten Betrag, auch wenn er infolge der Währungs-Manipulationen des Auslandes einen geringeren Betrag zahlen könnte.

Diese Tendenz der neuesten Gesetzgebung ist von allergrößter Wichtigkeit für das Vertrauen des deutschen Sparers und des deutschen Verbrauchers in die Festigkeit und Klarheit der deutschen Währungsverhältnisse. Sondergewinne aus Entwertung von Arbeitsertrag und Spargeld werden in Deutschland nicht zugelassen.

Eine sehr gewichtige Bedeutung hat diese Gesetzgebung noch dadurch, daß hier zum ersten Male die deutsche Wirtschaftshoheit über die Grenzen des Reiches hinaus auf die Verhältnisse im Auslande einwirkt. Die Tatsache, daß das Deutsche Reich die Anerkennung von Goldklauseln und die Aufwertung von Auslandsforderungen verbieten kann, heißt nichts anderes, als daß ausländische Gläubiger gezwungen werden, sich nach der Rechtsauffassung des Deutschen Reiches zu richten.

Wer hätte noch vor ein oder zwei Jahren eine solche souveräne Gestaltung deutscher Wirtschaftsbeziehungen zum Ausland auch nur für denkbar gehalten! Sie ist ein Zeugnis für das Wachstum unserer Macht, mit der wir unser Recht gegen jede Ausbeutung verteidigen können. Dr.

Verantwortlicher Schriftleiter: Udo Pfriemer, München 23, Herzog Wilhelmstr. 32 (Reichsadler) Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, Thierschstraße 11 / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Nur durch die Dienststellen der NSDAP. / Erscheinen: Zweimal im Monat / Preis des Heftes: 15 Pfennig

Digitized by Google

Mitteilungen der Kommission für

Wirtschaftspolitik der NSDAP

Heft 3 Jahrgang 2

Nachdruck - auch auszugsweise - nicht gestattet!

Der Führer am 30. Januar 1937:

Die Rettung unseres Volkes ist nicht ein Problem der Finanzen, sondern ausschließlich ein Problem der Verwendung und des Einsatzes unserer vorhandenen Arbeitskraft einerseits und der Ausnutzung des vorhandenen Bodens und der Bodenschätze andererseits.

Aus dem Inhalt:

Der Führer
am vierten Jahrestag der Machtübernahme

Bernhard Köhler:
Die Partei als Trägerin der Wirtschaftspolitik

Erwin Rogalski:
Die Verarmung Deutschlands

Edgar Bissinger:
Ist eine Handelsspanne berechtigt?

Arbeitsaufgabe statt „Konjunktur"!

Parteigenosse Dr. Schacht

Die Eisenindustrie im Vierjahresplan

Neues von der deutschen Aufrüstung

Was die Ausländer am Vierjahresplan auszusetzen haben.

Februar 1937

Zentralverlag der NSDAP

Digitized by Google

Der Führer

am vierten Jahrestag der Machtübernahme

Am 30. Januar sprach der Führer eingehend über seine Wirtschaftspolitik. Die folgende Zusammenstellung enthält die Grundgedanken dieser Ausführungen zur Wirtschaftspolitik.

Zur Frage Volk und Wirtschaft

In den Beziehungen zwischen Wirtschaft und Volk gibt es nur etwas Unveränderliches, und dies ist das Volk.

Wirtschaftsbetätigung ist nie ein Dogma.

Entscheidend ist der Wille, der Wirtschaft stets die dienende Rolle dem Volke gegenüber zuzuweisen und dem Kapital die dienende Rolle gegenüber der Wirtschaft.

Eine ausschließlich sich selbst überlassene Wirtschaft kann es heute nicht mehr geben, nicht nur, daß dies etwa politisch untragbar wäre, nein, auch wirtschaftlich würden unmögliche Zustände die Folge sein.

Zum Recht auf Arbeit

Der Arbeitskraft muß durch alle vorhandenen Maßnahmen die Möglichkeit einer Produktion und produktiven Betätigung gegeben werden. Wenn die Gesamtsumme der Unternehmer dies aus Eigenem nicht fertigbringt, ist die Volksgemeinschaft, d. h. in diesem Falle der Staat, verpflichtet, ihrerseits für den Einsatz der vorhandenen Arbeitskräfte zum Zwecke einer nützlichen Produktion Sorge zu tragen.

Auch der neue Staat wird und will nicht Unternehmer sein.

Er will nur den Einsatz der Arbeitskraft der Nation insoweit regeln, als es zum Nutzen aller notwendig ist. Und er wird den Arbeitsprozeß nur soweit beaufsichtigen, als es im Interesse aller Beteiligten sein muß.

Zu unserer Währungspolitik

Die Volksgemeinschaft lebt von der realen Produktion und nicht von dem fiktiven Wert des Geldes. Es dürfen nicht Millionen Arbeitsstunden Jahr für Jahr einfach verloren gehen.

Diese Produktion ist die Deckung einer Währung und nicht eine Ware oder ein Tresor voll Gold.

Das Einkommen wird größer, wenn die Produktion gesteigert wird, und das Einkommen vermindert sich, wenn sie gesenkt wird.

Zum neuen Vierjahresplan

Deutschland betreibt keine Isolierungspolitik. Die wirtschaftlichen internationalen Beziehungen sind auf die Dauer allein durch den Umfang des gegenseitigen Warenaustausches bedingt. Kreditmanipulationen können höchstens Augenblickswirkungen ausüben.

Digitized by Google

Durch den neuen Vierjahresplan wird besonders für die aus der Rüstungsindustrie einst wieder zurückströmenden Massen der deutschen Arbeiterschaft eine dauernde Beschäftigung im inneren Kreislauf unserer Wirtschaft sichergestellt.

Der Entschluß, diesen Vierjahresplan durchzuführen, läßt keine Änderung zu.

Das deutsche Volk braucht Arbeit und Brot, und zwar nicht vorübergehend durch die Gewährung von Krediten, sondern durch einen soliden dauernden Produktionsprozeß.

Die Zukunft der deutschen Nation kann nicht aufgebaut werden auf den Versicherungen eines ausländischen Staatsmannes über irgendeine internationale Hilfe, sondern nur auf den realen Grundlagen einer laufenden Produktion.

Zur Vernunft in der Wirtschaft

In einer Sphäre solcher Auffassungen können weder Streiks noch Aussperrungen geduldet werden. Der nationalsozialistische Staat kennt kein wirtschaftliches Faustrecht. Über den Interessen aller Kontrahenten steht das Gesamtinteresse der Nation, d. h. unseres Volkes.

Während in anderen Ländern fortgesetzt Streiks oder Aussperrungen die Stetigkeit der nationalen Produktion erschüttern, arbeitet in unserem Volke die Millionenmasse aller Schaffenden nach dem höchsten Gesetz, das es für sie auf dieser Welt geben kann, *nach dem Gesetz der Vernunft*.

Bernhard Köhler:

Die Partei als Trägerin der Wirtschaftspolitik

Den Ausführungen Bernhard Köhlers auf dem großen Schulungslehrgang der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. entnehmen wir einen Abschnitt, der die wirtschaftspolitischen Aufgaben der Partei behandelt.

Die Proklamation des Führers ist in ihrer politisch-staatsrechtlichen sowohl wie in ihrer wirtschaftspolitischen Bedeutung die von höchster Stelle erfolgende Rechtfertigung der Haltung der Kommission für Wirtschaftspolitik gegenüber der Frage nach dem Verhältnis der Wirtschaft zu Volk, Staat und Politik.

Denn wir haben es uns immer wieder angelegen sein lassen, vor allem in der Partei, aber auch darüber hinaus klarzustellen, daß Wirtschaftspolitik nichts anderes ist als Politik schlechthin, daß es also nicht nur keine eigene Wirtschaftspolitik neben oder gar gegenüber der völkischen und staatlichen Politik gibt, sondern daß überhaupt Wirtschaftspolitik nur von demjenigen getrieben werden kann, der selbst Politik macht, mit anderen Worten:

Die wirtschaftspolitische Verantwortung und der wirtschaftspolitische Befehl liegt eindeutig und unverrückbar beim *Führer* selbst.

Es gibt keine Verantwortung gegenüber der Wirtschaft, sondern es gibt nur eine Verantwortung gegenüber der Politik.

Digitized by Google

Beseitigung alter Vorstellungen

Es ist natürlich nicht leicht einem so viel gebrauchten und mißbrauchten Wort gegenüber, wie es die Wirtschaftspolitik ist, einen neuen, besseren, reineren und höheren Sinn durchzusetzen.

Wirtschaftspolitik zu treiben schien ehemals die Aufgabe der hierzu eingesetzten Reichs- und Länderministerien zu sein. Wirtschaftspolitik zu treiben war aber auch der Anspruch der Wirtschaftsvertretungen, sowohl der regionalen Kammern als auch der Interessentenverbände. Wirtschaftspolitik trieb ferner nicht nur jeder Verbandssyndikus, sondern auch jeder Konzerndirektor, jedes Syndikat, jedes Kartell und schließlich jedes größere Unternehmen.

Wirtschaftspolitik aber trieben auch die Arbeitervertretungen, die sich schon deswegen hierzu befugt sahen, weil sie ja nicht mit Unrecht darauf hinweisen konnten, daß ihre Mitglieder an Ursache und Erfolg aller Wirtschaftsvorgänge beteiligt seien.

Wirtschaftspolitik trieben ferner auch Zeitungsmänner durch eine planmäßige Meinungsmache, Börsenberichterstatter durch geschickte Stimmungsbeeinflussungen.

Wirtschaftspolitik trieben die Börsianer selbst, Wirtschaftspolitik trieben die Banken, trieben die Sparkassen, die Genossenschaften und sogar die Professoren.

Und wenn wir unbefangen in die öffentliche Meinung nach 1933 hineinschauen, bemerken wir, daß diese Auffassung von Wirtschaftspolitik noch längst nicht mit der nationalsozialistischen Machtergreifung zu Grabe getragen worden ist.

Es waren dieselben Gruppen und zum Teil sogar dieselben Leute wie vorher, die beanspruchten, wirtschaftspolitische Aufgaben zu lösen.

Wir sind dem Irrtum, daß dies alles den Namen Wirtschaftspolitik verdient, stets entgegengetreten, weil wir eben diesen Namen nur für das Handeln und den Befehl des Führers brauchen können und weil wir der Auffassung sind, daß niemand befugt ist, einen Einfluß auf die Wirtschaftspolitik des Führers zu organisieren oder auch nur anzustreben.

Die Partei dient dem Führer

Und diese Auffassung, mit der wir bis zum Reichsparteitag der Ehre beinahe allein standen und die von manchem geradezu als eine Beleidigung seiner eigenen Geltungsansprüche empfunden wurde, hat der Führer durch seine Befehlsgebung im Vierjahresplan im vollen Umfange bestätigt. Wir haben uns nicht, wie mancher meinte, einer ideologischen und romantischen Überspitzung des Führergedankens schuldig gemacht, sondern wir haben auch in diesem Punkte entgegen einer zum Teil feindseligen und überheblichen öffentlichen Meinung eine Realität bezeichnet, die nunmehr vor aller Augen steht.

Digitized by Google

Die Aufrichtung des Führertums aber und das Bekenntnis zum Führer ist eine ewige Notwendigkeit des Volkes und hier liegt die besondere und bleibende Aufgabe der Partei. Sie ist und bleibt die unmittelbare Leibwache und Kerntruppe des Führers, seiner Führung und seiner Befehle.

Die Stellung der wirtschaftspolitischen Truppe

Ich sehe auch in dem immer größeren Verständnis für die Arbeit, die insbesondere in der Kommission für Wirtschaftspolitik geleistet worden ist, ein Zeichen für die immer schärfere Erkenntnis von dem eigentlichen, mit nichts vergleichbaren, durch nichts auszutauschenden oder zu ersetzenden Leben der Partei. Die Kommission für Wirtschaftspolitik hat vielleicht aus sehr natürlichen Gründen von Anfang an mit der größten Genauigkeit diese eine Linie für ihr Verhalten und ihren Aufbau innehalten müssen; denn sie befand sich ja schon bei ihrer Schaffung durch den Führer in der sonderbaren Lage, daß sie ihre Arbeit erst in dem Augenblick begann, in dem der Kampf um die Macht durch den revolutionären Sieg beendet war. Sie durfte sich daher gar nicht erst auf einen Einsatz einstellen, wie er in den Verhältnissen vor der Machtergreifung begründet war, sondern sie mußten von Anfang an nach der bleibenden Aufgabe suchen, die sie als Parteiorgan haben würde.

Und es beweist nur den Mangel an politischem Verstand sowohl wie an Sachkenntnis, wenn nahezu vier Jahre lang, nämlich bis zur Proklamation des Vierjahresplanes immer wieder gefragt wurde: wo bleibt denn nun eigentlich die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik?

Diese nationalsozialistische Wirtschaftspolitik war in dem Augenblick aufgerichtet und ein für allemal begründet, in dem der Führer die Beseitigung der Arbeitslosigkeit befohlen hatte. Denn nur durch Wiederaufnahme der Arbeit konnte überhaupt die Grundlage dafür geschaffen werden, daß wieder Wirtschaft zu treiben möglich war.

Wir haben uns naturgemäß mit der steten Wiederholung dieser Behauptungen häufig genug dem Vorwurf ausgesetzt, daß wir an den praktischen Notwendigkeiten vorbeigingen. Man glaubte unsere Beweisführungen und Verkündungen mit den Worten abtun zu können, daß dies ja bis zu einem gewissen Grade ganz schöne, allgemeine weltanschauliche Gesichtspunkte seien, daß sie aber doch die Verbindung zur realen Wirtschaftspolitik vermissen ließen.

Alle Versuche sind vergeblich, die Wesen und Erscheinungen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik aus wirtschaftlichen Tatbeständen, wirtschaftlichen Vorgängen, wirtschaftlichen Begriffen, wirtschaftlichen Beobachtungen und Handlungen schildern und ableiten wollen.

Wirtschaftsmaßnahmen sind Zweckmäßigkeitshandlungen; sie werden gewählt nach der vorgefundenen Lage, nach den vorhandenen Mitteln und zu einem bestimmten Zwecke. Wenn wir aber von einer politischen Aufgabe sprechen, so ist für uns diese Aufgabe so hoch, daß der allerhöchste Ehrgeiz sich gerade diese Aufgabe stellen kann.

Heißt aber Politik treiben: den Kampf des Volkes um sein Leben führen, dann kann Wirtschaftspolitik auch nur der gleiche Kampf sein und nicht, wie es früher geschehen ist, das mehr oder weniger große Geschick, Wirtschaftsvorgänge zu beeinflussen.

Digitized by Google

Erwin Kogalski:

Die Verarmung Deutschlands

Die Rohstoffbasis und der Versailler Vertrag

Deutschland versucht mittels des neuen Vierjahresplanes einer Rohstoffknappheit Herr zu werden, die weniger eine Folge der gesteigerten Anforderung der Industrie ist, als vielmehr durch Rohstoffverluste hervorgerufen wurde, welche Deutschland durch den Versailler Vertrag erlitten hat.

Durch diesen Vertrag verlor Deutschland an Kali 4 v. H., an Bleierz 8 v. H., an Steinkohle 28 v. H., an Eisen- und Zinkerzen je 75 v. H. und beträchtliche Vorkommen an Kupfer, Zinn und anderen Rohstoffen.

Trotz dieser Schmälerung der Rohstoffbasis mußte das ausgeblutete Deutschland für die Feindmächte Fronarbeit leisten. Es hatte in den ersten fünf Jahren jährlich 40—45 Millionen Tonnen, in weiteren fünf Jahren 33 Millionen Tonnen Kohle zu liefern, obwohl die Franzosen im Saargebiet sich das Nutzungsrecht für Kohle auf Jahre hinaus sicherten. Drei Jahre lang mußten jedes Jahr 35 000 Tonnen Benzol, 50 000 Tonnen Steinkohlenteer und 30 000 Tonnen Ammoniak abgegeben werden. Die Hälfte der bei Friedensschluß in Deutschland befindlichen Vorräte an Farbstoffen und chemisch-pharmazeutischen Erzeugnissen wurden uns genommen und darüber hinaus eine weitere Lieferung von 25 v. H. dieser Erzeugnisse für eine Dauer von fünf Jahren befohlen.

Die Enteignung des deutschen Bauerntums

Auch die landwirtschaftliche Nutzfläche und die Erzeugung an agrarischen Rohprodukten wurde rücksichtslos geschmälert. Trotzdem Deutschland durch die Hungerblockade zum Zusammenbruch gedrängt worden war, entrissen ihm die Feinde durch die Wegnahme von Land von der jährlichen Ernte an Kartoffeln 20 v. H., an Roggen 18 v. H., an Gerste 17 v. H., an Weizen 13 v. H., an Hafer 10 v. H.

Das genügte den triumphierenden Gegnern nicht: die deutschen Bauern mußten 700 Zuchthengste, 40 000 Stuten, 4000 Stiere, 140 000 Milchkühe, 40 000 Fersen, 1200 Böcke, 120 000 Schafe, 10 000 Ziegen, 15 000 Mutterschweine abliefern.

Aber auch das sollten nicht die einzigen Leistungen der Bauernschaft bleiben. Sie mußten weiterhin 400 Dampfpfluggruppen abgeben, sowie 6500 Sämaschinen, 6500 Düngerstreumaschinen, 13 000 Pflüge, 19 000 Eggen, 2500 Grasmähmaschinen, 2500 Heuwender, 2500 Croßkill, 3000 Bindemäher.

Auf allen Gebieten wurde ganze Arbeit geleistet: vom Pflug bis zur Schnellzuglokomotive, vom Tankdampfer bis zum Flugzeug wurden namhafte Bestände genommen. Sogar die Lieferung von Bauziegeln, Mörtel und Zement wurde festgesetzt.

Digitized by Google

So konnte ein englischer Politiker wohl sagen, Deutschland habe den entscheidenden Schlag erhalten und werde sich wirtschaftlich oder politisch nie mehr erholen.

Zur Ausbeutung von außen noch Mißwirtschaft im Innern

Zu dieser furchtbaren Ausbeutung nach dem verlorenen Krieg trat die Mißwirtschaft eines liberalistisch-marxistischen Systems.

Hierzu hat der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik in manchen Reden Stellung genommen:

> „Wenn es eine stumpfsinnige, ältere Generation nicht wahrhaben will, so soll jeder junge Deutsche es eingehämmert erhalten, daß die Zeit der Entrechtung und Ausbeutung Deutschlands uns eine Leistungsminderung gekostet hat, die dem Werte von zwei vollen Arbeitsjahren des ganzen deutschen Volkes gleichkommt ... Nach dem heutigen Geldwert berechnet, bedeutet dies ein Mindereinkommen des deutschen Volkes von 120 Milliarden RM. und eine Vermögensverminderung von mehr als 30 Milliarden Reichsmark."

„Durchaus nicht alles, was dem Volke heute fehlt, ist uns durch Tribute und wirtschaftliche Ausbeutung genommen worden. Ein guter Teil besteht in Verlusten, die die Volkswirtschaft erlitten hat, weil sie die Leistungen der Volksgenossen nicht zu entfalten vermochte ... Der Verlust durch schlechte Wirtschaft des kapitalistischen Systems ist nicht geringer als derjenige durch Ausbeutung."

In „Wirtschaft und Sozialismus" (Zentralverlag der NSDAP.) lesen wir: „Wir haben in der Zeit der Arbeitslosigkeit dadurch, daß wir nichts getan haben, rund 90 Milliarden Goldmark verloren. Ich sage Goldmark deswegen, um festzustellen, daß es nicht etwa irgendwelches Papiergeld der damaligen Inflationszeit ist, sondern voll ausgerechnet nach der heutigen Reichsmark. Diese 90 Milliarden sind dieselbe Summe, mit der unsere Wirtschaft in der gleichen Zeit verschuldet ist."

Geschlagen — aber nicht zerschlagen

Nur das deutsche Volk vermag derartige Schläge zu überwinden. Nur für ein Volk wie das deutsche konnte der Führer den Satz prägen: „Das Wort unmöglich gibt es für uns heute nicht mehr."

Der Führer wird dafür sorgen, daß Deutschland nach Erringung seiner Freiheit und Erkämpfung des ihm passenden Raumes wieder zu den reichen Völkern der Welt gehört.

So wird die zweite Arbeitsschlacht die Beseitigung der Armut unseres Volkes bringen, wie die erste Arbeitsschlacht die Beseitigung von der Geißel der Arbeitslosigkeit gebracht hat.

Digitized by Google

Edgar Bissinger:

Ist eine Handelsspanne berechtigt?

Der Nationalsozialismus hat nicht die Absicht, in seinen Wirtschaftsformen zu den Methoden der Primitiven zurückzukehren. Er bejaht durchaus die arbeitsteilige Wirtschaft, in der jedes Glied mit einer bestimmten Aufgabe betraut und für sie spezialisiert ist. Logischerweise muß er dementsprechend auch jedem Glied zur Durchführung der ihm im Rahmen der Volkswirtschaft gestellten Aufgaben die notwendigen Lebensräume und -möglichkeiten zubilligen.

> Dem Handel in allen seinen Zweigen und Branchen ist die Aufgabe gestellt, die räumliche und zeitliche Trennung zwischen Erzeugung und Verbrauch zu überbrücken.

Diese Aufgabe kann er infolge der ständig wechselnden Verhältnisse, Neigungen und Bedürfnisse des Verbrauchers nicht als ein mechanischer Umschlagapparat lösen, wie sich dies z. B. der Marxismus eingebildet hat, er muß ihn als ein vielfältig gegliedertes, selbstverantwortliches und schöpferisches Wirtschaftsglied erledigen.

Seine Aufgabe schließt also genau so ein Risiko für ihn ein wie jede andere selbständig wirtschaftende Tätigkeit. Sie verdient dementsprechend für ihre volkswirtschaftliche Dienstleistung auch eine entsprechend gerechte Entlohnung.

Eine Entlohnung ist enthalten in der Handelsspanne, d. h. in dem Differenzbetrag, der sich zwischen dem Ein- und Verkaufspreis der umgesetzten Güter ergiebt. Aus dieser Differenz muß der Handel seine Unkosten, Abgaben, Löhne usw. decken, bis ihm zum Schluß als eigentliche Entlohnung ein Teil, den man auch die Nutzenspanne nennt, verbleibt.

An dieser ganz einfachen Darstellung sehen wir bereits, daß dem Handel sein Arbeitsgebiet nicht dadurch gewährleistet wird, daß ihm bei allen Gütern eine bestimmte Handelsspanne, die ja nach Umschlagsgeschwindigkeit und Kosten festgesetzt wird, vorbehalten wird, sondern daß der Nutzen, den er erzielt, im wesentlichen auf der Tüchtigkeit und Arbeitskraft des Einzelkaufmannes beruht, dem es gelingt, seine Unkosten im richtigen Verhältnis zu seinen Umsätzen zu gestalten.

Daß es heute nicht in allen Zweigen des Handels gelingt, dieses richtige Verhältnis herzustellen, liegt zum allergrößten Teil an der starken Übersetzung und Überfremdung mit berufsfremden Elementen.

Im Rahmen dieser Betrachtungen soll jedoch nicht auf die Möglichkeiten, hier Wandel und Ordnung zu schaffen, eingegangen werden, sondern lediglich die Notwendigkeit und die Bedeutung der Handelsspanne für die Arbeit des Handels selbst erläutert werden.

Digitized by Google

Verteilungsorganisation als marxistischer Schwindel

> Der Weg des Marxismus, durch ein staatliches Organisations- und Verteilungssystem den Handel auszuschalten und hierdurch sozusagen eine Rationalisierung der Volkswirtschaft, die Abschaffung eines überflüssigen Gliedes vorzunehmen, hat sich als ein verhängnisvoller Irrtum erwiesen.

Ganz abgesehen von den ungeheuren Verlusten, die falsche Dispositionen und übermäßige Bürokratie durch das Verschieben der Verantwortung von einer Stelle zur anderen hervorrufen, haben amtliche Sowjetstatistiken sehr rasch ergeben, daß ein Durchschnittsunkostensatz auf diesem Wege (dabei sind Verluste und Schäden durch Fehldispositionen nicht berücksichtigt) von mindestens 18 v. H. angesetzt wird. Bereits während des ersten Aufbaujahres der staatlichen Verteilungsorganisation in der Sowjetunion, 1929, waren fast 500 000 Aufsichtsräte und Vorstandsmitglieder in dieser Organisation tätig. Leider ist diese Statistik nicht fortgeführt worden, man kann jedoch annehmen, daß heute eine Millionenzahl von Beamten hier tätig ist, nachdem damals nur etwa 25 bis 30 v. H. der Verbraucher von diesem System erfaßt waren.

Auch die Beschränkung auf die hauptsächlichsten, gängigsten Warentypen jeder Gattung, um Verluste durch Liegenbleiben, Verderb usw. zu vermeiden, sowie eine straffe Abnehmerorganisation, die mit modernsten Mitteln der Propaganda herangezogen wird, hat es nicht vermocht, irgendwie nur nennenswerte Vorteile gegenüber dem Einzelhandel zu erreichen, weder in der Preisgestaltung noch in anderer Hinsicht, wobei von der schädlichen Nivellierung des Verbrauchs mit ihren Folgen für Geschmack, Bildung, Kultur usw. durch eine solche Standardisierung der Waren gar nicht gesprochen werden soll.

Kapitalistische Wuchertendenzen

Auf der anderen Seite bestehen Anschauungen vom Handel, die ihn nicht in den Rahmen der Gesamtwirtschaft und ihre Aufgaben einordnen wollen, die ihn, wie Prof. Dr. Thieß in seiner Schrift „Höchstpreispolitik" bei Reimar Hobbing, Berlin 1916, ausführt, zum Verdienen allein geschaffen sehen. Der Nationalsozialismus vertritt hierbei genau die Ansicht, die von Herrn Thieß als rückständig abgelehnt wird.

Aus diesen Anschauungen, die die kapitalistischen Hochschullehrer und Wirtschaftskapitäne vertreten, entwickelten sich jedoch jene Zustände, die den Handel diskreditiert haben in den Augen weiter Bevölkerungskreise und die der Handelsspanne jenen anrüchigen Beigeschmack verliehen. Aus ihnen wuchsen jene üblen Sumpf- und Giftblüten der Kriegs- und Inflationsjahre wie der Inseraten- und Preislistenhandel, der Kettenhandel, die wir unter verschiedenen Bezeichnungen damals erlebt haben. Die praktischen Folgen dieser Ansichten über die „Aufgaben des freien Handels" zeigt folgende Handelskette. (Nach „Beiträge zur Kriegswirtschaft, Heft 3 — Der Kettenhandel als Kriegserscheinung".)

Digitized by Google

„Ein Importeur bezieht etwa 600 Zentner Rindfleisch aus Dänemark. Die Ware wird in Leipzig zu 1,25 Mark für das Pfund an einen Metzgermeister A. verkauft; dieser hat ein Gesellschaftsverhältnis mit einem Engrosschlächter B. in Mitteldeutschland, der seinerseits aus eigenen Schlachtungen noch 200 Zentner hinzufügt, die Ware einpökelt und hiervon 500 Zentner zu 1,35 Mark das Pfund verkauft. Binnen vier Tagen — vom 1. bis 5. Mai — durchläuft das Fleisch folgende Kette:

Der Verkauf erfolgt zunächst an zwei Kaufleute D. und E., von denen einer früher mit Teppichen und Gardinen gehandelt hatte. Vermittelt wurde er durch einen Küchenunteroffizier C., der früher Hotelbetriebsdirektor gewesen sein soll.

A. und B. bekamen	91 300,—	
Unteroffizier C. erhält für die Vermittlung	1 200,—	
Ein Pfund des Fleisches kostet jetzt		1,35
D. und E. verkaufen an Großschlächter F., sie verdienen am Pfund 1 3¾ Pfg., also	6 875,—	
Jetzt kostet das Fleisch		1,93¾
F. verkauft an einen früheren Kunsthändler G. zu 2,30 Mark je Pfund. Vermittelt wurde durch einen Agenten H., dessen Arbeit darin bestand, daß er dem G., der mit ihm auf einem Geschäftshaus-Korridor wohnte, das Fleisch anbot. Agent H. erhielt 1 % der Verkaufssumme	1 150,—	
Verkauft wurde zu 2,30 Mark, für G. blieben also	14 475,—	
Das Fleisch kostet nun schon		2,30
Zu diesem Preis erwarb es die Gesellschaft J., aber nicht für eigene Rechnung allein. Sie hatte mit einem früheren Koch und Konditor K. einen Gesellschaftsvertrag abgeschlossen, der dem K. die Leitung der Nahrungsmittelabteilung übertrug und ihn an deren Ertrag mit 20 v. H. beteiligte.		
Hier erfolgt zum ersten Male Abrechnung.		
Die Gesellschaft verteilt den auf gestiegenen Betrag, indem sie die Ware vom Verkäufer A. übernimmt, diesem 92 500,— Mark (von der ersten Provision C. weiß sie nichts) und den anderen Beteiligten die Differenz zahlt.	115 000,—	
Die Gesellschaft J. verkauft die Ware durch den Agenten L., der dafür an Provision erhält, an einen Agenten M. für 130 000,— Mark.	5 000,—	

Digitized by Google

Es gewinnt also die Gesellschaft J.	8 000,—	
ihr Geschäftsführer und Teilhaber K.	2 000,—	
Das Fleisch kostet jetzt schon	130 000,—	2,60
Agent M. verdient	6 500,—	
beim telegraphischen Verkauf an Großschlächter N., der in einer norddeutschen Stadt wohnt.		
Das Fleisch lagert noch immer in Mitteldeutschland, es kostet jetzt aber nicht mehr 1,25 Mark je Pfund, sondern		2,75
Großschlächter N. verkauft an Agenten in Kiel und verdient daran	13 500,—	
so daß der Pfundpreis jetzt steigt auf		3,—
Agent O. endlich verkauft das Fleisch ans Lebensmittelamt der Stadt C., er verdient	7 500,—	
Das Fleisch kostet jetzt	157 000,—	3,15

Vom 1. bis zum 4. Mai wechselt die Ware (also während das Fleisch im Kühlhause lagert) elfmal den Besitzer. Der Gesamtpreis steigt von 91 300,— Mark auf 157 500,— Mark, der Pfundpreis von 1,25 Mark auf 3,15 Mark. Dann erst erreicht das Fleisch die Stadt, die es durch Groß- und Kleinhandel dem Verbraucher zuführt."

Dieses Beispiel zeigt, daß die kapitalistische Wirtschaft ebenso wie die bolschewistische nur Abarten jüdischer Wirtschaftsweise sind. Der ehrliche und anständige deutsche Kaufmann verabscheut diese.

Kampfrichtung und Propaganda

Rückblick auf den großen Schulungslehrgang der Kommission

Die starke Beteiligung an dem diesjährigen großen Schulungslehrgang war schon allein ein Beweis, in welch hohem Maße sich die wirtschaftspolitische Truppe der Partei bereits durchgesetzt hat. Waren doch die 1400 Teilnehmer fast durchwegs Mitarbeiter des wirtschaftspolitischen Arbeitskörpers in den einzelnen Gauen und Kreisen. Andererseits zeigte die Vortragsreihe, für die sich der Reichsleiter Rosenberg, die Gauleiter Streicher und Josef Wagner, Ministerpräsident Walther Koehler, Staatsrat Börger, Reichsärzteführer Wagner sowie bewährte enge Mitarbeiter der Kommission zur Verfügung gestellt hatten, die Bedeutung, die der jüngsten Truppe der Partei zugemessen wird.

Wenn der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. Bernhard Köhler die wirtschaftspolitisch tätigen Parteigenossen zu diesem Schulungskurs zusammengerufen hat, so geschah dies, um den Parteigenossen erneut die Zielsetzung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik einzuschärfen. Der einzelne wird durch die täglichen Aufgaben, die an ihn herantreten, derart mit Fachproblemen beschäftigt, daß es unbedingt notwendig erscheint, ihm von Zeit zu Zeit wieder die Kampfrichtung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik vor Au-

Digitized by Google

gen zu halten. Denn ein Parteigenosse, der an verantwortlicher Stelle steht, darf nie den politischen Instinkt und Weitblick bei seinen Entscheidungen verlieren zugunsten eines regelgebundenen Fachwissens.

Der Lehrgang stärkte fernerhin die Geschlossenheit der wirtschaftspolitischen Truppe. Wenn Bernhard Köhler in einer seiner Reden u. a. erklärte, daß man den Forderungen der wirtschaftspolitischen Truppe meist noch mit demselben Unverständnis wie einst der Partei vor der Machtübernahme gegenübertritt und daß sie deshalb stolz darauf sein kann, den kämpferischen Geist auch in dieser Zeit erhalten zu müssen, so hat der starke Beifall bewiesen, daß damit eine Tatsache ausgesprochen wurde, die ihre Aufgabenstellung noch erhöht. Schließlich haben die Arbeitsgemeinschaftssitzungen, von denen insgesamt über hundert stattfanden, den Parteigenossen Gelegenheit gegeben, die Einstellung der wirtschaftspolitischen Truppe zu aktuellen Fragen kennenzulernen.

Diese erfolgreiche Veranstaltung, die ohne Übertreibung als die bisher größte wirtschaftspolitische Veranstaltung der Partei gewertet werden muß, konnte keinen schöneren und eindrucksvolleren Abschluß finden als durch die Übertragung der Rede des Führers zum vierten Jahrestag der Machtübernahme. Unt.

Arbeitsaufgabe statt Konjunktur!

Der Notwendigkeit einer den Zielen des Vierjahresplans entsprechenden Meinungsbildung beim Verbraucher entspricht auch eine allgemein geistige Ausrichtung auf diese Arbeitsaufgabe. Allmählich wird ja immer mehr begriffen, welchen starken, unmittelbaren Einfluß eine Denk- und Anschauungsweise auf das praktische Wirtschaften hat. In dieser Beziehung stellt sich sehr dringlich die Frage, ob mit solch notwendiger geistiger Ausrichtung das scheinbar von manchen systematisch betriebene Konjunkturgerede vereinbar ist.

Wenn es erforderlich war und ist, gegen die „Konjunktur" zu Felde zu ziehen, dann nicht aus Verbohrtheit, Kleinlichkeit, Wortklauberei, sondern weil nationalsozialistische Arbeitspolitik unvereinbar ist mit den üblichen Konjunkturvorstellungen.

Nichts kann besser die Berechtigung einer energischen Ablehnung des Konjunkturgeredes in bezug auf unsere Wirtschaftspolitik rechtfertigen als der betonte Nachdruck, mit dem manche Kreise ihre „Konjunkturstellung" zu behaupten suchen.

Natürlich handelt es sich gar nicht darum, mit fanatischer Engstirnigkeit das Wort „Konjunktur" zum Verschwinden zu bringen — obwohl es gar nicht schwer fallen würde, sich auf gut deutsch noch verständlicher auszudrücken (der „Arbeitsmarkt" ist ja auch ziemlich verschwunden, wobei es interessant ist, festzustellen, daß es immer den gleichen Kreisen schwer fällt, sich sprachlich „umzuschalten").

Aber es geht um mehr, nämlich darum, ob nach nun fast vierjähriger Herrschaft des Nationalsozialismus gewisse Kreise — publizistische Kreise — mit dem ausgesprochenen Anspruch auf „wirtschaftspolitische Meinungsbildung" beliebig fortfahren können, die nationalsozialistische Arbeitspolitik in eine „Konjunkturpolitik" zu verdrehen, und zwar unter zugegebener Fortführung einer „bewährten" jüdischen Tradition. Kleinigkeiten, die dem einfachen Leser gar nicht auffallen, sind dabei äußerst aufschlußreich. So konnte man, unmittelbar nachdem den bewußten Kreisen einiges Deutliche zu ihrer „Konjunkturpolitik" gesagt worden war, das in der Rede eines Ministers zufällig vorgekommene Wort „Konjunktur" im Druck hervorgehoben sehen, obwohl sinngemäß keine besondere Veranlassung dazu vorlag. Das sind kleine Raffinements einer großen Unverschämtheit. Wie systematisch alles geschieht, dafür wird zu gelegener Zeit noch einiges Material geboten werden.

Als Anfang 1932 ein bekannter (nichtnationalsozialistischer) Bankmann (die Nationalsozialisten wurden ohnehin nicht ernst genommen) wagte, die Notwendigkeit einer nationalen Wirtschaftspolitik zu betonen, da wurde es von dem gleichen Kreise als Wunder empfunden, „daß sich ein anspruchsvoller Vertreter des deutschen Bankgewerbes zu solch einer primitiven Wirtschaftstheorie bekenne"; seine Empfehlung wurde als „simple Roßkur" bezeichnet, die jeder klaren geistigen Direktive und Führereigenschaft entbehre.

Digitized by Google

Heute glauben die gleichen Kreise, führend in der Erklärung der deutschen Wirtschaftspolitik zu sein. Wie das geschieht, dafür ein bezeichnendes Beispiel: ganz eindeutig heißt es da, „in einer sozialistischen Wirtschaft sei der Staat der einzige Unternehmer". Daß alle maßgeblichen Autoritäten des Nationalsozialismus leidenschaftlich für ihn diese Folgerung abgelehnt haben und auch die praktische Wirtschaftspolitik diese Behauptung nicht stützt, wird nicht einmal zur Kenntnis genommen.

Es ist nicht gleichgültig, welche Meinung von der deutschen Wirtschaftspolitik gerade bei unmittelbar befaßten Volkskreisen gebildet wird; erst recht ist nicht gleichgültig, wenn mit dem Anspruch einer angeblichen Vertretung der wirtschaftlichen Vernunft der tiefere Inhalt des Vierjahresplans verfälscht wird.

Nl.

Reichsberufswettkampf 1937

Das verflossene System hatte die intensive fachliche und berufliche Ausbildung der Jugend vernachlässigt. Wir leiden heute auch unter diesen Folgen einer gewissenlosen Nachlässigkeit: der Mangel an Facharbeitern liegt darin mitbegründet. Diesen Fehler werden wir nur ausgleichen können durch große Anstrengungen.

Die berufliche Selbsterziehung ist heute zu einer unumgänglichen Forderung geworden. Wenn nun bekannt wird, daß sich mehr als 90 v. H. aller erfaßbaren Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen, sowie ein fast ebenso hoher Hundertsatz der Studentenschaft zur Teilnahme am Reichsberufswettkampf 1937 gemeldet haben, so erkennen wir auch hieraus, daß der Wille zur Steigerung der Leistung heute wieder in der Jugend lebendig geworden ist.

Der Unternehmer wird mehr und mehr erkennen, daß eine gediegene fachliche Ausbildung seiner Lehrlinge sich am Ende nur zugunsten seines Betriebes auswirken wird. Das Recht auf Arbeit wird den Facharbeiter in Zukunft zu der meist gesuchten Kraft machen und die Betriebsführer veranlassen, sich einen Stamm geschulter Fachkräfte von allem Anfang an zu sichern, um die gestellten Aufgaben überhaupt bewältigen zu können.

Die Steigerung der Leistung der Jugend, das sinnfällige Ergebnis jeder beruflichen Erziehung, nicht zuletzt des Reichsberufswettkampfes, kann in uns daß Bewußtsein stärken, daß wir imstande sein werden, durch Leistung die Armut unseres Volkes zu beseitigen.

Unt.

Auf Preisverbilligung einstellen!

Erörterungen über Lohnerhöhungen sind heute glücklicherweise als zwecklos beiseite gestellt worden. Arbeit und Brot stehen im nationalsozialistischen Staat in einem festen Verhältnis zueinander. Wie kann unter diesen Umständen eine Steigerung der Lebenshaltung durchgeführt werden? Nur dann, wenn gegenüber den gleichbleibenden Werten von Mindestleistungslohn und Brotpreis die Erzeugnisse im Preis sinken, d. h. wenn gegenüber der festen Währung die Erzeugnisse billiger werden.

Diese Wirkungen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik werden im großen allerdings erst nach siegreicher Beendigung der zweiten Arbeitsschlacht hervortreten.

Das erste allen erkennbare Anzeichen einer Steigerung der Kaufkraft war bereits die Einführung des Volksempfängers. Ein weiteres wird die Herausstellung eines für Millionen erschwinglichen Volkswagens sein, der ja auch schon seit geraumer Zeit angekündigt ist.

„Jeder Unternehmer, kleiner oder größer, möge sich darüber klar sein, daß er alle Ursache hat, sich rechtzeitig aus freien Stücken und mit größter Gewissenhaftigkeit auf die Fortsetzung des volkswirtschaftlichen Verbilligungsvorgangs einzurichten." (Bernhard Köhler in der „Deutschen Volkswirtschaft", 1. Januarheft 1937).

Die wirtschaftspolitische Meinung wird im Volke die Erwartung einer allmählich eintretenden Verbilligung hervorrufen — mit Nachdruck wird aber gleichzeitig darauf hinzuweisen sein, daß es zwecklos ist, jede Woche eine gewaltige Preissenkung zu erwarten. Wohl aber sind die Käufer

Digitized by Google

der breiten Masse als auch die Verkäufer darauf aufmerksam zu machen, die ihnen gemachten Preise ständig abzuwägen und von überhasteten Käufen Abstand zu nehmen.

„Wenn in der Folge Bedarfsdeckungen zögernder vorgenommen werden, als es den theoretisch vorschriftsmäßigen Hochkonjunkturgewohnheiten entspräche, so sind ja die Interessenten durch vorstehende Zeilen rechtzeitig darauf aufmerksam gemacht worden. Es ist keinem verwehrt, sich durch Steigerung in der Güte seiner Erzeugnisse auf den für ihn unvermeidlichen und für das Volk erwünschten Wettbewerb einzurichten". (Bernhard Köhler in dem oben angegebenen Aufsatz.)

Sch.

Broschüre über den Lehrgang der Kommission

Die Reden und Vorträge auf dem großen Lehrgang der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. (25. bis 30. Januar 1937) werden auch dieses Mal wieder zu einer Broschüre zusammengefaßt und in wenigen Wochen erscheinen. Das Heft wird einen Umfang von ungefähr 100 Seiten erhalten und 60 Pfg. kosten. Bestellungen für diese Schrift nehmen die Gau- und Kreiswirtschaftsberater der NSDAP. entgegen. Die Auslieferung erfolgt nur über die Gauwirtschaftsberater.

Wir wollen keine klausnerische Askese

Die Essener National-Zeitung hat zum 30. Januar 1937 eine Sondernummer unter dem Titel „Die zweite Arbeitsschlacht" erscheinen lassen.

Wirksam bebilderten größeren Aufsätzen, die sich mit den einzelnen Arbeitsgebieten des neuen Vierjahresplans auseinandersetzen, so z. B. mit den umfassenden Aufgaben des Steinkohlebergbaus, der Entthronung der Baumwolle in der Bekleidungsindustrie, den Aussichten und Aufgaben der Kupfergewinnung, der Fabrikation der Zellwolle, „dem textilen Massenprodukt der Zukunft", den großen Möglichkeiten der Treibstoffumstellung, und die auch auf die besonderen Verpflichtungen der Landwirtschaft und auf die Leistungen der letzten vier Jahre hinweisen, steht ein Aufsatz von Bernhard Köhler voran „Arbeitsheimat aller Deutschen", der den Übergang von der ersten zur zweiten Arbeitsschlacht klar macht.

Diesem Leitaufsatz entnehmen wir die folgende Stellungnahme zur wirtschaftlichen Selbstbestimmung:

„Es handelt sich nicht um „Selbstbeschränkung" und nicht um Verzicht auf die Grundstoffe einer modernen und hochentwickelten Volkswirtschaft, nicht um klausnerische Askese zugunsten einer Theorie und zum Schaden des Volkes, sondern um die Erweiterung und Bereicherung des wirtschaftlichen Lebensraumes aus eigener Kraft, um die Unabhängigkeit eines Volkes, das auf keinen Vorteil zu verzichten gedenkt, den ihm die entwickelteste Technik und die großartigste Entfaltung seiner gewerblichen Einrichtungen bieten kann.

So bildet die zweite Arbeitsschlacht gleichzeitig ein Bekenntnis zu der bleibenden sozialistischen Ausrichtung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik.

Der Vierjahresplan des Führers bedeutet, daß das deutsche Volk niemals darauf verzichten wird, alle seine Kräfte zu seinem eigenen Besten einzusetzen. Er bedeutet, daß wir uns nicht darauf beschränken, für dieses Mal die Arbeitslosigkeit zu beseitigen, um ihr dann ein andermal wieder sorgenvoll gegenüberzustehen, sondern daß wir grundsätzlich und ein- für allemal die Entrechtung des Volksgenossen beseitigen, die in seiner Arbeitslosigkeit liegen würde.

Er bedeutet, daß kein Volksgenosse jemals wieder fürchten muß, durch Ar-

Digitized by Google

beitslosigkeit aus der Arbeitsgemeinschaft seines Volkes ausgeschlossen zu sein, und daß die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik ein- für allemal erkannt hat, daß sie den Wohlstand ihres Volkes nur durch Einsatz aller Arbeitskräfte aufbauen kann. Er bedeutet, daß auf Grund des unerschütterlichen Willens zur vollen Arbeitsleistung des Volkes auch die Lebenshaltung steigen muß, da diese ja aus nichts anderem gesteigert werden kann als durch neue und bessere Arbeit.

Er bedeutet die Erkenntnis des deutschen Volkes, daß es nicht zuviel, sondern eher zuwenig Arbeitskräfte hat, und daß daher sowohl die kommende Generation als auch alle nachfolgenden wissen werden, daß das Deutsche Reich die Arbeitsheimat jedes Volksgenossen ist." Rei.

Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsordnung

Internationale Bindungen fallen

Der Führer hat die Deutsche Reichsbank und die Deutsche Reichsbahn wieder unter die gesetzgeberische Hoheit des Deutschen Reiches gestellt.

Die Deutsche Reichsbank entstand in ihrer neuen Form nach den Richtlinien des Dawes-Plans. Damals wurde von den Gläubigern sogar die Überführung des Goldbestandes der Reichsbank ins Ausland angestrebt. Reichsbankpräsident Dr. Schacht wehrte sich erfolgreich gegen diese anmaßende Forderung. Von all dem, was die Gläubiger mit Nachdruck verlangt hatten, ist nur der stark vom Ausland beeinflußte Generalrat übriggeblieben. Er fand seine Erledigung durch die Novelle zum Reichsbankgesetz vom 27. 10. 1933.

Bei den späteren Verhandlungen zum Young-Plan setzten sich die Gläubiger allerdings entscheidender durch. So wurde u. a. bestimmt, daß der Reichsbankpräsident Mitglied der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich in Basel sein müsse.

Mit dem 30. Januar 1937 sind nun alle diese Bestimmungen, die den Zweck hatten, die Deutsche Reichsbank weitgehendst ausländischem Einfluß und internationaler Kontrolle zu unterwerfen, außer Kraft gesetzt worden.

Dasselbe gilt jetzt auch von der Deutschen Reichsbahn, die im hohen Maße an den Reparationsleistungen Deutschlands bis zu deren Einstellung 1932 beteiligt war. Als ein Ergebnis der Dawes-Verhandlungen wurde sie auf Grund des Reichsbahngesetzes 1924 umgebildet und glich fortan in ihrem finanziellen Aufbau einer Aktiengesellschaft. Er erinnert uns auch heute noch an die Zeit, da die Deutsche Reichsbahngesellschaft für die Young-Gläubiger zum Mittel geworden war, Milliardenbeträge aus der deutschen Volkswirtschaft herauszupressen. Auch diese äußeren Merkmale einer trüben Entstehungsgeschichte werden wohl jetzt bald endgültig verschwunden sein. Rei.

Parteigenosse Dr. Schacht

Es ist bei der öffentlichen Behandlung wirtschaftspolitischer Maßnahmen seit der Machtergreifung fast durchweg versäumt worden, darauf hinzuweisen, daß kaum eine der von Parteigenossen Dr. Schacht angewandten Lösungen nicht schon von nationalsozialistischer Seite während der Kampfzeit gefordert worden war. Bei der weit verbreiteten Unkenntnis über den eigentlichen Inhalt der wirtschaftspolitischen Anschauungen und Forderungen der NSDAP. ist es daher kein Wunder, daß die von Dr. Schacht getroffenen Maßnahmen als dem Nationalsozialismus fremd oder gar widersprechend aufgefaßt und geschildert wurden. Eine raffiniert arbeitende Clique suchte den scheinbaren Gegensatz noch zu vertiefen, um im Ausland den Eindruck zu erwecken, als ob die „Wirtschaftsvernunft" des Reichsbankpräsidenten im Gegensatz zur „wirtschaftlichen Unvernunft der NSDAP." stünde.

Digitized by Google

Der Reichsbankpräsident hat in völliger Übereinstimmung mit der öffentlich immer wieder vorgetragenen Auffassung der Kommission für Wirtschaftspolitik sich ausdrücklich dazu bekannt, daß der Hüter der wirtschaftlichen Vernunft in Deutschland nicht er, sondern der Führer sei.

Dem immer wiederholten Versuch des Auslandes Gegensätze zu konstruieren, wo keine sind, Empfindlichkeiten zu wecken und auszunützen, wo nur langwierige Auseinandersetzungen Aufklärung schaffen könnten, hat der Führer durch die Aufnahme des Reichsbankpräsidenten in die Partei und durch die Verleihung des Goldenen Ehrenzeichens die Spitze abgebrochen. Sch.

Die Eisenindustrie im Vierjahresplan

Die Eisenindustrie gehört zu den größten Verbrauchern und Erzeugern innerhalb der Volkswirtschaft. Die wichtigsten Aufgaben, welche die Eisenindustrie auf Grund der Ergebnisse des letzten Eisenhüttentages hat, sind in der folgenden Übersicht zusammengefaßt.

Die deutsche Eisenindustrie hat, als Verbraucher gesehen, folgende Möglichkeiten, um zur wirtschaftlichen Unabhängigkeit des deutschen Volkes beizutragen:

1. die ausländischen Rohstoffe durch vorhandene oder neu zu schaffende Heimstoffe zu ersetzen,
2. unentbehrliche, stark devisenbelastete Rohstoffe gegen weniger devisenbelastete auszutauschen,
3. den Verbrauch unentbehrlicher Auslandsstoffe oder wertvoller Heimstoffe durch rationellste Bearbeitungsmethoden auf das Mindestmaß herabzudrücken.

Die folgenden Beispiele zeigen, welche Umstellungen möglich sind, ohne dabei zu Notlösungen zu greifen, die die Güte der Erzeugnisse beeinträchtigen.

Von unserer Zinneinfuhr werden annähernd 25 v. H. zur Herstellung von Lagermetallen verwendet. In vielen Fällen können diese durch Kunstharzpreßmassen ersetzt werden, die eine bessere Gleiteigenschaft und wesentlich höhere Lebensdauer als Bronze aufweisen. Ebenfalls kann auch Gußeisen, sowie Bleibronze verwendet werden, wie dies bereits seit längerer Zeit in Amerika geschieht. Aluminium, das bereits immer mehr Kupfer verdrängt, wird auch bei der Herstellung von Kabeln Verwendung finden können.

Zinkgußlegierungen bilden im Armaturenbau wertvolle Austauschstoffe für Messing. Gummi und Baumwollgewebe, die zur Herstellung von Transportbändern verwendet werden, können durch Stahltransportbänder ersetzt werden. Für Jute kommen in zahlreichen Fällen heimische Faserstoffe in Frage.

Schutzanstriche, die mittels Kunstharzen hergestellt wurden, haben schon weitgehendst zur Ausschaltung ausländischer Rohstoffe beigetragen.

All diesen neuen Lösungsmöglichkeiten stehen nun auch äußerst vielgestaltige Aufgaben auf erzeugungstechnischem Gebiet gegenüber.

1. Schaffung neuer Verfahren zur verstärkten Verarbeitung einheimischer Erze,
2. Vervollkommnung der Arbeitsverfahren zwecks erhöhter Ausnutzung ausländischer und inländischer Rohstoffe,
3. Gütesteigerung bei gleichzeitiger Verbilligung der Erzeugung.

Eine verstärkte Entwicklung der Aufbereitungsverfahren muß dazu beitragen, unsere Erzgrundlage zu vergrößern. Es gilt so, besonders manganreiche Schlacken dem Hochofen wieder als künstliches Manganerz zuzuführen. Eine wesentliche Rolle spielt dabei auch die Entschwefelung. Überhaupt ist es wichtig, den durch vermehrte Verhüttung deutscher Erze bedingten größeren Schlackenanfall durch eine verstärkte Verwertung der Hochofenschlacke auszugleichen.

Aus all den technischen Lösungsmöglichkeiten sind die wirtschaftlichsten auszuwählen, die bei rationellster betrieblicher Arbeit auch zu einer Verbilligung der Erzeugnisse führen. Die Lösung dieser umfassenden Aufgaben erfordert die stärkste Zusammenarbeit des Wissenschaftlers, wie des Praktikers, wie des Propagandisten.

Unt.

Digitized by Google

Reserven der Arbeitskraft

Veröffentlichungen zur Frage des Mangels an Arbeitskräften kamen zu dem Schluß, daß die Zahl der einsatzfähigen Arbeitslosen im Jahre 1937 auf 300 000 sinken werde.

Aber im Volke selbst sind genügend Arbeitskraftreserven vorhanden, die für die Produktion mobilisiert werden können.

In den 50 Jahren seit 1882 ist in Deutschland eine Verdoppelung der Zahl der Arbeiter und Angestellten eingetreten, obwohl sich die Bevölkerungszahl im gleichen Zeitraum nur um 64 v. H. erhöht hat. Ein erheblicher Hundertsatz zusätzlicher Arbeitskräfte konnte also aus der vorhandenen Volksmenge gewonnen werden.

Ob wir heute noch weitere Arbeitskräfte zur Mitarbeit an der nationalen Produktion heranziehen können, lassen wir zunächst dahingestellt. Wir wollen uns nicht mit der Gedankenspielerei befassen, daß jedes Prozent, um welches wir die Beschäftigungsziffer vermehren, 650 000 Arbeitskräfte bedeutet.

Andererseits haben wir aber Reserven an Arbeitskraft, die wir zum Einsatz bringen können durch einen verbesserten Ausgleich der saisonbedingten Arbeitslosigkeit, durch Konzentration der Ausbildungszeit besonders an den höheren Schulen, sowie durch Ausschaltung von Kurzarbeit. Rei.

Vermehrung unserer Fischfangflotte

Der Beauftragte für den Vierjahresplan, Hermann Göring, hat für 1937 den Bau von 40 Fischdampfern vorgesehen. Für das Jahr 1936 liegt noch kein endgültiger Abschlußbericht vor, jedoch steht fest, daß bereits die ersten zehn Monate des Jahres im Vergleich zu 1935 eine Steigerung des Gesamterlöses um 13 Millionen RM. brachten.

Im Kampf um die Nahrungsmittelfreiheit sind durch die Fischwirtschaft große Erfolge zu erringen. Eine Steigerung der Fangergebnisse wird Deutschland in die Lage versetzen, Fischkonserven und Frischfische aus eigenem Fang zu decken, und es ist nur noch eine Frage der Angewöhnung, daß in jedem deutschen Haushalt mehr Fischgerichte auf den Tisch kommen. Je stärker die deutsche Hochseefischerei den deutschen Markt beliefert, um so mehr wird die devisenfordernde Einfuhr anderer Nahrungsmittel entbehrlich und umso reichhaltiger wird der Speisezettel des deutschen Volkes. Rog.

Zur Aktienrechtsreform

Mit der Einführung eines neuen deutschen Aktiengesetzes wurde die nationalsozialistische Rechtserneuerung auf einem Gebiet der Wirtschaft vollendet, das sich bisher einer weitgehenden „Selbständigkeit" erfreute.

Das neue Gesetz trägt der besonderen Stellung der Aktiengesellschaft im Wirtschaftsleben Rechnung. Diese Unternehmungsform ist ihrer Natur nach nur zur Erfüllung größerer Wirtschaftsaufgaben geeignet. Sie beansprucht daher in höherem Grad öffentliches Interesse. Die Bildung von Aktiengesellschaften mußte eine wesentliche Begrenzung erfahren.

Das Gesetz bringt eine klare Abgrenzung der Verantwortung, die insbesondere in einer stärkeren Stellung des Vorstandes zum Ausdruck kommt. Die Anonymität der Aktiengesellschaft wird eingeschränkt, die Machtkämpfe zwischen Interessentengruppen und die Quertreibereien einzelner werden zum Verschwinden gebracht.

Es ist nunmehr die gesetzliche Grundlage geschaffen, daß die Aktiengesellschaft nicht mehr länger als bevorzugtes Objekt der Spekulation und eines rücksichtslosen privaten Gewinnstrebens dient. Kn.

Bauen mit heimischem Material!

Zum Bauen mit heimischem Material äußerte sich Bernhard Köhler im Sommer vergangenen Jahres:

„Auch wenn der Bezug ausländischer Steine, an deren Stelle ebensogut einheimische verwendet werden könnten, einmal unbedenklich sein wird, weil unsere Ausfuhr dann die nötigen Mittel zur Be-

Digitized by Google

zahlung dieser ausländischen Ware bereitstellen kann, wird die Pflege der heimischen Materialien immer eine Aufgabe der Baukunst bleiben, weil es zu den unentbehrlichen Momenten der Heimatliebe und des Heimatstolzes gehört, das, was die Heimat bietet, vom Volk anerkannt und verwendet zu sehen. Im gegenwärtigen Augenblick aber zwingt die Notwendigkeit, die Erträge unserer Ausfuhr für die Beschaffung unentbehrlicher Stoffe zu verwenden, erst recht dazu, jede entbehrliche Einfuhr zu vermeiden."

Wir haben in Deutschland noch eine ganze Anzahl von Steinbrüchen, die ausbaufähig sind. Ja manche sind trotz der gestiegenen Bautätigkeit noch gar nicht zum vollen Einsatz gekommen. Bauherren, Architekten, Behörden, Unternehmer, sie alle können dazu beitragen, daß unsere schönen, oft gar nicht genügend bekannten Natursteine verwendet werden. Sch.

Wirtschaftspolitik und Ausland

Vierjahresplan und Staatssozialismus

Viele Ausländer verstehen den Begriff Sozialismus nur vom Marxismus her. Im marxistischen „Sozialismus" sollen aber die Produktionsmittel „sozialisiert" werden, d. h., daß es an diesen kein Privateigentum geben soll. An die Stelle der einzelnen selbstverantwortlichen Unternehmer tritt der Staat als einziger Unternehmer (Staatssozialismus). Darin erschöpft sich der marxistische „Sozialismus". Das aber versteht das Ausland in seiner überwiegenden Mehrheit heute noch unter „Sozialismus".

Wenn der Vierjahresplan Anordnungen des Staates mit sich bringt, die eine Zusammenfassung der Kräfte verbürgen oder den einzelnen Wirtschaftern ein bestimmtes Handeln vorschreiben, so liegt darin kein Bekenntnis zum Staatssozialismus. Wirtschaftslenkung ist heute notwendig und wir können darauf nicht verzichten. Der Führer hat am 30. Januar gesagt: „Eine freie, d. h. eine ausschließlich sich selbst überlassene Wirtschaft kann es heute nicht mehr geben. Nicht nur, daß dies etwa politisch untragbar wäre, nein, auch wirtschaftlich würden unmögliche Zustände die Folge sein."

Man kann daher nur dann von Staatssozialismus sprechen, wenn alle Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet als Dauerzustand bzw. als Einleitung einer endgültigen Sozialisierung gedacht sind. Und nach der Meinung des Auslandes sind sie das. Das Ausland setzt bei uns diesen Willen zur „Sozialisierung" voraus und wertet die deutschen Maßnahmen dementsprechend.

Ja, aus dieser Einstellung heraus entsteht gar die Ansicht, daß das eigentliche Ziel des Vierjahresplanes die Sozialisierung sei.

So schreibt die französische Zeitung *„L'Information"* wörtlich:

> *Die Durchführung des Vierjahresplanes wird daher nicht zu einer vollständigen Autarkie des Reiches führen, die nicht zu verwirklichen ist, sondern zu einer Verstaatlichung der großen Industrieunternehmen, die mit der Herstellung der wichtigsten Erzeugnisse beauftragt sind.*

Und *„The Stock Exchange Gazette"* spricht davon, daß die Industriellen im steigenden Maße zu schlecht bezahlten Angestellten würden.

Wenn sich dieser Teil der Auslandspresse, der so über den Nationalsozialismus orakelt, einmal die Mühe machen würde, sich etwas gründlicher mit den nationalsozialistischen Gedanken über Wirtschaftspolitik zu beschäftigen, dann könnte er wohl nicht zu solchen Schlüssen kommen.

Bernhard Köbler hat immer wieder betont, daß Sozialismus, wie wir ihn verstehen, keine Angelegenheit wirtschaftlicher Theorien ist, daß Sozialismus nicht gleich Sozialisierung ist. „Sozialismus kann man nicht durch Verstaatlichung und Enteignung machen." (Das Recht auf Arbeit.)

Digitized by Google

Diese Äußerungen des Leiters der Kommission für Wirtschaftspolitik werden unterstrichen durch das, was der Führer jetzt in seiner großen Rede sagte: „Auch der neue Staat wird und will nicht Unternehmer sein."

Diese klaren Stellungnahmen zu einem im Ausland vielfach unklaren Begriff scheinen aber dort immer noch nicht überall bekannt geworden zu sein. Ge.

Neues von der deutschen Aufrüstung

Die deutsche Aufrüstung ist in gewissen Kreisen des Auslandes zu einem Schreckgespenst geworden, zu einem „schwarzen Mann", mit dem man die Kinder älteren Jahrganges erschrecken will. Deutschland kennt danach überhaupt nur mehr ein einziges Ziel: die Vorbereitung zum Kriege. Deshalb hat es auch den Vierjahresplan aufgestellt.

„*The New Statesman and Nation*", die englische Wochenschrift, bei der Salonbolschewismus und Deutschenhaß sich vereinen, schreibt vor einem Monat:

> „*Die Deutschen pflegen immer zu erklären, daß sie den letzten Krieg nicht auf dem Schlachtfelde verloren haben, sondern daß der Hunger und die Revolution die Niederlage verursachten Aus Furcht, daß dies noch einmal geschehen könnte, sind die Naziführer anscheinend entschlossen, das Volk an den „Halbhunger" zu gewöhnen, noch bevor der nächste Krieg beginnt,*"

Wir können also nun bestimmt damit rechnen, daß in nächster Zeit nicht nur Verdunkelungsübungen, sondern auch allgemeine Hungerübungen angesetzt werden. Es ist zu erwarten, daß dieser Teil der Wehrhaftmachung nicht der Wehrmacht übertragen wird, denn ein militärisches Kommando: „Antreten zum Hungern!" würde doch eigenartig klingen. Es ist wahrscheinlicher, daß die katholische Kirche auf Grund ihrer jahrhundertelangen Erfahrung in Fastenangelegenheiten mit dieser Aufgabe betraut wird.

Darüber hinaus wird es angebracht sein, die Bewohner der englischen Elendsquartiere um Ratschläge anzugehen. Ge.

Ausschuß — nichts als Ausschuß

In der „DZZ.-Moskau" Nr. 290 (Dezember 1936) wird festgestellt, daß der Betrieb Kommunar in Saporoschje sich mit dem Problem der Metallbewirtschaftung beschäftigt hat und folgende Sparmaßnahmen durchführt:

1. Verminderung der Materialzugabe bei kalter Bearbeitung der Metalle,
2. Ersetzen der Nieten und Schraubverbindungen durch elektrisches Schweißen,
3. Ausnutzung der Metallabfälle zur Herstellung kleiner Maschinenteile,
4. Kampf gegen „Ausschuß".

> „*Alle diese Maßnahmen spielen eine ausschlaggebende Rolle bei dem ökonomischen Umgang mit den Metallen. Die größte Aufmerksamkeit muß jedoch der Verringerung des Ausschusses geschenkt werden Bis in die letzte Zeit hatte der Apparat der technischen Kontrolle noch nicht seinen Aufgaben entsprochen. Obwohl er das Hauptorgan zur Beseitigung und Verringerung des Ausschusses darstellt, unternahm er wenig, die Ursachen desselben zu ermitteln und beseitigen zu helfen. Er war faktisch nur ein Büro zur Feststellung des Ausschusses. Infolgedessen war zu verzeichnen, daß manchmal Teile von ungenügender Qualität (!) auf das große Fließband gelangten, wo dann bei der Montierung Störungen entstanden.*"

Das steht wörtlich in einer sowjetrussischen Zeitung der letzten Dezembertage des Jahres 1936.

Die Parole „Kampf dem Ausschuß" dürfte in Sowjetrußland undurchführbar sein, denn der „Ausschuß" beginnt bei der Qualität der Facharbeiter und führt zur schlecht konstruierten und schlecht bedienten Maschine. Ausschußware liefern die Papierfabriken, Ausschußstoffe liefern die Textilwerke. Traktoren sind nicht verwendungsfähig — Ausschuß von der Nähnadel bis zum Hosenknopf. Rog.

Digitized by Google

Verwertung von Altstoffen im Ausland

Es ist nun einmal eine leidige deutsche Angewohnheit, dem Ausländischen eine besondere Beachtung zu schenken. Was vielfach als Übel erscheint, kann nun auch einmal vorteilhaft sein und propagandistisch ausgenutzt werden.

Zweifellos muß es bei der Wertschätzung des Ausländischen sehr eindrucksvoll und überzeugend sein, wenn sich ergibt, daß die Verwertung von Neustoffen und Altmaterial ganz und gar nicht eine aus der Not geborene Sondermaßnahme Deutschlands ist, die nach Möglichkeit ehestens wieder aufgegeben würde, sondern daß uns darin gerade reiche Länder schon voraus sind. Wenn Zellwolle im Lande der Wolle, England, im Baumwollland Vereinigte Staaten von Amerika, im Seidenland Japan in steigendem Umfang erzeugt und verbraucht wird, so kann alles andere als Mangel Ursache sein.

Die Ersetzung altgewohnter Werkstoffe durch andere Materialien ist beileibe keine deutsche Noterfindung. Leider, so müssen wir sagen, ist uns auf manchen Gebieten das Ausland auch hier voraus. Wenn in dem Kupferland Vereinigte Staaten von Amerika Kabel aus Aluminium seit langem überwiegen, so haben die praktischen und sehr wirtschaftlich rechnenden Amerikaner ganz gewiß ihre triftigen Gründe dafür gehabt. Wenn bei uns die Verwendung der Kunstpreßstoffe z. B. für Kugellager verschiedentlich als bloße Folge einer Rohstoffknappheit betrachtet wird, so steht dem gegenüber, daß England und Amerika in solcher Verwendung bereits führend sind. Sie muß sich also aus besonderen Vorteilen des Werkstoffes ergeben, die tatsächlich bestehen.

Auch die Meinung, die Altmaterialverwendung sei eine besondere Wirkung der deutschen Rohstoffknappheit, muß sich einige Berichtigungen gefallen lassen. Eine so reiche Volkswirtschaft wie die der Vereinigten Staaten hat bereits lange vor uns die Rückgewinnung von Altstoffen energisch ausgebaut. (Vgl. Heft 1 der „Die Beilage" S. 13.)

Man könnte die Beispiele noch vermehren. Jedenfalls zeigen sie, daß wir überhaupt erst einmal Unterlassungen der Nachkriegszeit gutmachen, wenn wir auf eine möglichste Wiederverwertung der Stoffe bedacht sind, und daß wir zum Teil nur Erfahrungen des Auslands uns zunutze machen, wenn wir zum umfangreicheren Gebrauch von neuen Werkstoffen übergehen. Daß wir dann mit deutschem Geist und deutscher Gründlichkeit an eine Weiterentwicklung derselben gehen, kann nur ein Beweis dafür sein, daß wir uns die auf diesem Gebiete liegenden Möglichkeiten im weitesten Ausmaße zu sichern bemühen.

Es ist billig, über unsere nationale Selbsthilfe zu witzeln; wir können es ertragen im Bewußtsein der außerordentlichen Leistung, die wir damit vollbringen und die noch einmal der Welt andere Urteile abringen wird als ein teils schadenfrohes, teils mitleidiges Lächeln über unsere „Selbstgenügsamkeit". Denn in Wirklichkeit sind wir nicht genügsam, sondern anspruchsvoll. Wir wollen nicht bescheiden sein, sondern unabhängig und stark werden. Al.

Was die Ausländer am Vierjahresplan auszusetzen haben

Als der Vierjahresplan verkündet wurde, war sich das Ausland zunächst nicht ganz klar über seine Bedeutung. Die einen versuchten, ihn damit abzutun, daß sie sagten, er sei undurchführbar, während die anderen es immerhin für möglich hielten, daß er gelingen würde, sich aber damit begnügten, diese Tatsache zu verzeichnen. Im Grunde genommen glaubte der überwiegende Teil des Auslandes nicht daran, daß der Plan tatsächlich in Angriff genommen würde.

Inzwischen aber hat das Ausland gemerkt, daß es Deutschland ernst ist mit seinem Plan. Er nimmt allmählich greifbare Gestalt an. Man bezweifelt nicht mehr so recht den Erfolg dieses gigantischen Planes — man fürchtet nun, daß er gelingen würde.

Man schreibt über die Vergewaltigung der Wirtschaft, man schreibt über die

Digitized by Google

Abschaffung des Rentabilitätsgrundsatzes, man schreibt aber nunmehr nur ganz selten, daß der Plan undurchführbar sei. Im Gegenteil, man rechnet mit dem Erfolg des Planes — und fordert nun Deutschland auf, doch schnellstens diesen Plan aufzugeben. Man bietet Deutschland großzügig wirtschaftliche Hilfe an, Kredite, Rohstoffvereinbarungen — und alles dafür, daß Deutschland einen Plan aufgibt, den man als undurchführbar bezeichnet hat. — Warum?

Es sind zwei Gruppen, die Deutschland vom Vierjahresplan abbringen möchten. Die erste Gruppe glaubt, daß Deutschland sich isolieren wolle, daß es — einem verschrobenen Ideal fröhnend — sich aus dem Welthandel ausschalten wolle. Wir haben schon früher einmal darauf hingewiesen, wie weit verbreitet im Auslande die Meinung ist, daß Deutschland die Autarkie anstrebe, daß dieser Meinung aber jede tatsächliche Unterlage fehlt. Wir wollen uns daher diesmal mit der anderen Gruppe befassen. — Diese Leute wissen oder ahnen wenigstens, um was es hier geht. Sie wissen, daß Deutschland frei sein will, daß Deutschland selbstherrlich über seine Arbeit bestimmen will — und das ist es, was sie im tiefsten Herzen empört. Daß Deutschland wieder aufgerüstet hat, war diesen Herrschaften unangenehm, daß Deutschland aber wirklich gänzlich unabhängig werden will, erscheint ihnen unerträglich. Bis jetzt hat man sich in der Hoffnung gewiegt, Deutschland durch eine Blockade jederzeit niederzwingen zu können. Und damit soll es nun aus sein?

Ja, wirklich ganz und gar aus. Der Führer hat darüber auch nicht den geringsten Zweifel aufkommen lassen; Deutschland wird den Vierjahresplan durchführen, weil es den Frieden will. Es kann aber nur zum Hort des Friedens werden, wenn es in seinen Entschlüssen unabhängig ist, d. h. wenn es den neuen Vierjahresplan durchgeführt hat.

Bernhard Köhler sagte einmal: „Friede wird für Deutschland erst sein, wenn niemand mehr eine Möglichkeit der Ausbeutung und Aushungerung des deutschen Volkes sieht." Ge.

Sowjetrussische Eisenbahnen

Über den Maschinisten Ognjew, Träger des Leninordens, der mit seiner großen Hochleistungslokomotive „Felix Dzierzynski" einen neuen Rekord aufgestellt hatte, war kürzlich in einer Moskauer Zeitung zu lesen:

Einen Tag nach der Auszeichnung unternimmt Ognjew mit seiner Brigade eine Probefahrt. In 24 Stunden legen sie 593 km zurück, 145 km über die Norm.

Diese sowjetrussische Norm beträgt also 448 Kilometer in 24 Stunden oder knapp 20 Kilometer in einer Stunde. Ein Radfahrer kann also eine Zeitlang mit einer sowjetrussischen Lokomotive mithalten. Entweder taugen dort die Maschinen nichts, oder aber, und das ist das Wahrscheinlichere, Unterbau und Gleise sind verludert.

Hierzu liefert uns die gleiche Zeitung einige Tage später einen anderen Beitrag. Unter der Überschrift *„Eine mutige Tat"* wird gemeldet, daß der Rangierer Genosse Butkow bei der Eisenbahnstation Poltawa ein Eisenbahnunglück verhindert habe.

Beim Einfahren eines Zuges in die Station bemerkte er, daß eine Schiene gebrochen war. Unter Lebensgefahr sprang er auf einen Waggon und brachte den Zug mit der Handbremse zum Stehen.

Poltawa in der Ukraine ist bekanntlich eine Stadt mit fast 100 000 Einwohnern. Wenn beim Einfahren in diese Station gebrochene Schienen entdeckt werden, dann kann man sich vorstellen, wie das sowjetrussische Eisenbahnwesen beschaffen ist.

Der Appell an die Eisenbahner, Punkt 19 der Losungen des ZK. der KPdSU. *Arbeiter des Verkehrswesens! Machen wir das Verkehrswesen zu einem musterhaften Zweig der Volkswirtschaft!* klingt unter solchen Umständen nicht wie eine Losung, sondern eher wie ein Hilfeschrei.

Sonst würde nicht Kaganowitsch in seinem letzten Bericht zugegeben haben, daß sich in Sowjetrußland täglich über hundert Eisenbahnunfälle ereignen. Rog.

Digitized by Google

Um den deutschen Baumwollmarkt

Allmählich kommen manche Leute in den Vereinigten Staaten zu der Erkenntnis, daß Deutschland doch ein sehr guter Kunde für Amerika wieder werden könnte. „*The Nautical Gazette*" schreibt, es sei eine Vogel-Strauß-Politik, den Verlust eines Marktes mit der nichtssagenden Phrase „aus technischen Gründen" abzutun, während der wahre Grund „das Geld" sei.

Baumwolle sei das Hauptausfuhrprodukt der Vereinigten Staaten, die Südstaaten seien vom Ergebnis der Baumwollernte abhängig und Deutschland habe Baumwolle nötig. Im kommenden Jahre würden voraussichtlich 8 Millionen Ballen Baumwolle unverkauft bleiben. Man müsse daher versuchen, den deutschen Baumwollmarkt wieder zurückzugewinnen. Es sei dabei notwendig, daß der Finanzierungsmechanismus ausgeschaltet werde, wenn man das Endziel — einen Handelsvertrag auf Gegenseitigkeit — erreichen wolle.

Es ist ja bekannt, daß Deutschland seine sehr bedeutende Baumwolleinfuhr, die es früher zu etwa 80 v. H. aus den Vereinigten Staaten bezogen hat, auf andere Staaten, hauptsächlich Südamerika, umgelagert hat. Wenn Amerika uns Baumwolle verkaufen will, dann muß es aber das als Zahlung annehmen, was wir ihm bieten können, und das sind die Erzeugnisse unserer deutschen Arbeit. Wir werden uns aber nie mehr in die Abhängigkeit von Rohstoffmonopolbesitzern begeben, welche die Freiheit unserer Arbeit gefährden könnten. Ge.

Warum haben wir keine Rohstoffe?

„*The Glasgow Chamber of Commerce Monthly Journal*" berichtet über eine Rede von Mr. Arthur Chamberlain.

Mr. Chamberlain hat über den „ehrenhaften Handelsverkehr" gesprochen. Er stellte die kühne Behauptung auf, daß Deutschland auf dem Wege eines „ehrenhaften Handelsverkehrs" die Möglichkeit hätte, über die Reichtümer der ganzen Welt zu verfügen, daß aber die deutsche Bevölkerung jetzt von der Teilnahme hieran ausgeschlossen sei, daß ihre Kaufkraft dem Staat ausgeliefert worden sei; das sei aber gleichbedeutend mit wirtschaftlicher Sklaverei.

Nach Mr. Chamberlain ist also die deutsche Rohstoffknappheit lediglich das Ergebnis einer unbegreiflichen Boshaftigkeit der deutschen Regierung. Wir könnten Rohstoffe haben, wenn wir wollten.

Wir wollen zur Beantwortung eine andere ausländische Zeitung zu Worte kommen lassen. Die schwedische Zeitung „*Aftonbladet*" vom 14. 1. 1937 schreibt:

> *Wenn Engländer den legitimen Weg des internationalen Handels als die Lösung des deutschen Rohstoffproblems bezeichnen, so vergessen sie dabei, daß Deutschland in der Lage sein müsse, seine Rohstoffe in eigener Währung zu bezahlen. Voraussetzung des internationalen Friedens sei die Lösung des Kolonialproblems. Internationale Gesellschaften oder Clearinginstitute zur Versorgung Deutschlands mit Rohstoffen seien Halbheiten.*

Diese Antwort kann genügen. Ge.

Querschnitt durch das Schrifttum

Die Lebenserinnerungen eines Unternehmers

Heinrich Ehrhardt, Hammerschläge. 70 Jahre deutscher Arbeiter und Erfinder. Mit einem Bildnis Ehrhardts. 200 S. (Kochler-Reihe). Kochler & Amelang Verlag, Leipzig 1936. Ganzleinen 2,85 RM.

Es ist uns selten vergönnt, daß ein großer Unternehmer selbst zur Feder greift und eine Rückschau auf sein Schaffen gibt.

Heinrich Ehrhardt hat uns durch seine Erinnerungen das Beispiel von der Lebensarbeit eines Unternehmers gegeben. Dieses Buch, das er 82jährig zur Zeit der deutschen Erniedrigung 1922 geschrieben hat, ist wert, daß es heute

Digitized by Google

bekannter werde als es seinerzeit werden konnte.

Heinrich Ehrhardt ist Arbeiter, Techniker, Erfinder, Wirtschafter — Unternehmer; er vereinigt in sich Fähigkeiten, die unsere besten Unternehmer ausgezeichnet haben. Sein Aufstieg vom Schlosserlehrling zum Großindustriellen wird uns durch seine Lebenserinnerungen anschaulich.

Hart und klar ist auch sein Urteil über die Politiker der Revolutionsjahre: „Wenn im Geschäftsleben jemand so dilettantenhaft Verhandlungen führen und Abschlüsse machen würde, wie es die durch die Revolution an das Ruder Gekommenen gemacht haben, so würde man ihnen sofort die Prokura entziehen und sie für den Schaden, den sie angerichtet haben, persönlich haftbar machen."

Wer sich „nur von Arbeit und immer wieder von harter und schwerringender, wenn auch schließlich erfolgreicher Arbeit" eines deutschen Unternehmers erzählen lassen will, dem sei dieses flott geschriebene Büchlein zum Lesen empfohlen. Pfr.

Ein Versuch einer Neuauflage

Dr. Harald Braeutigam, Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus (Probleme neuzeitlicher Wirtschaftsgestaltung); dritte, neubearbeitete und erweiterte Auflage; Haude & Spenersche Buchhandlung Max Paschke, Verlag für Wirtschaftswissenschaft, Berlin 1936, 153 S., kart. RM. 4,30.

Der Grundgedanke dieser Arbeit ist, daß das monopolistisch organisierte Gewinnstreben und die „Zinsknechtschaft" die einzig wichtige Funktion des Kapitals, die Vermittlung von Arbeit und Arbeitseinkommen nicht zur vollen Geltung kommen lasse und daher eine wesentliche Ursache der Massenarbeitslosigkeit darstelle.

Die Richtigkeit dieses Gedankens sucht der Verfasser durch eine Kritik der kapitalistischen Wirtschaftsordnung darzulegen, der er das Schema einer sozialistischen Verkehrs- und Tauschwirtschaft gegenüberstellt, das es in dem theoretischen Teil des Buches ausführlich entwickelt.

In einem „praktischen Teil" fordert er die notwendigen Maßnahmen zur Verwirklichung dieses Schemas, die neben einer systematischen Förderung des Konkurrenzgedankens vor allem die Bekämpfung des Monopolkapitalismus und der damit verbundenen Zinsknechtschaft durch eine Verstaatlichung der Monopole dort vorsehen, „wo man auf eine andere Weise erfolgreich nicht zum Ziele kommen kann".

Dieses Buch, das bereits 1932 erschien, soll „eine Diskussionsgrundlage für die wichtigsten Probleme nationalsozialistischer Wirtschaftsauffassung geben". Dieser Aufgabe versucht es dadurch gerecht zu werden, daß es neben der Brechung der Zinsknechtschaft die bedeutendsten wirtschaftspolitischen Forderungen des Parteiprogramms herausstellt und ihre Verwirklichungsmöglichkeiten ins Auge faßt.

Wir müssen jedoch feststellen, daß der Verfasser, nachdem „die niedergelegten Gedanken das Ergebnis einer mehrjährigen Beschäftigung mit dem Problem der Arbeitslosigkeit darstellen", nicht auf die grundlegende Forderung des Nationalsozialismus nach dem „Recht auf Arbeit" gestoßen ist. Es mag sein, daß die Auseinandersetzung mit ausgesprochen wissenschaftlichen Kapazitäten dazu beigetragen hat, diese zu übersehen.

Überhaupt will es uns scheinen, als ob in diesem Buch mehr System als politische Anschauung liegt. Dafür ist schon kennzeichnend, daß sich das Buch „Wirtschaftssystem des Nationalsozialismus" nennt. Das Systemdenken auf dem Gebiete der Wirtschaft will uns nicht gerade angebracht erscheinen. Unt.

Der Film in Staat und Partei

Curt Belling, Hauptstellenleiter der Reichspropagandaleitung der NSDAP. Der Film in Partei und Staat, 143 S. Verlag „Der Film" G. m. b. H., Berlin 1936, brosch. RM. 2,80.

Die Bedeutung des Films als Propagandamittel der Partei war in den letzten Reichstagswahlkämpfen am stärksten zum Ausdruck gekommen. Bis in die kleinsten Dörfer fuhren die Filmwagen der Gaufilmstellen und vermittelten den

Digitized by Google

Volksgenossen einen tiefen Eindruck von dem gewaltigen Geschehen unserer Tage. Neben staatspolitischen Aufklärungs- und Propagandafilmen, die bei besonderen Aktionen verstärkt eingesetzt werden, laufen ständig auch künstlerisch wertvolle und volksbildende Filme der Privatindustrie, die in Dorfgemeinschaftsabenden für die Volksgenossen zum Erlebnis werden.

Allein 22 Millionen Volksgenossen auf dem Land sahen im vergangenen Jahr in mehr als 121 000 Vorstellungen die Filme der Parteifilmstellen. Ein gewaltiger Apparat ist entstanden, der es sich zur Aufgabe stellt, an die 50 000 Gemeinden, die kein festes Filmtheater besitzen, zu erfassen.

Das neu erschienene Buch „Der Film in Staat und Partei" (Verlag „Der Film" G. m. b. H., Berlin SW 68) von Curt Belling, Hauptstellenleiter der Reichspropagandaleitung der NSDAP. vermittelt einen Einblick in die Filmarbeit der Partei, ihre ersten Anfänge, den jetzigen organisatorischen Aufbau der Amtsleitung Film sowie der Gaufilmstellen und deren Leistungen und Erfahrungen.

Ein klarer Aufriß der Entwicklung des deutschen Films in der Nachkriegszeit unter dem vorherrschenden jüdischen Einfluß läßt so recht erkennen, welchen Fortschritt das Filmschaffen, seit es unter der Obhut von Reichsminister Dr. Goebbels steht, zu verzeichnen hat. Ein kurzer Überblick unterrichtet über die Filmarbeit anderer Länder, die in ihr bereits zum großen Teil ein Mittel der Auslandspropaganda sehen und beträchtliche Summen zu ihrer Förderung bereitstellen.

Jedem Propagandisten, der mit dem Film zu tun hat, wird dieses Buch, das auch alle Verordnungen über das deutsche Filmwesen enthält, ein wertvolles „Lehrmittel und Nachschlagewerk" sein. Unt.

Die Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.

veranstaltet am 1. März 1937, abends um 19.30 Uhr anläßlich der Leipziger Frühjahrsmesse wie alljährlich eine

Messekundgebung

Die Kundgebung wird im Zeichen des Vierjahresplanes stehen und auf die diesbezüglichen Fragen der Wirtschaftspolitik u. des Außenhandels eingehen.

Es sprechen:

Botschafter von Ribbentrop

und der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.

Bernhard Köhler

Die Kundgebung findet in der Albert-Halle des Kristallpalastes zu Leipzig statt.

Eintrittskarten sind, soweit vorrätig, zum Preise von RM. 5.- beim Gauwirtschaftsberater des Gaues Sachsen, Dresden A 1, Bürgerwiese 24 zu erhalten.

Verantwortlicher Schriftleiter: Udo Pfriemer, München 23, Herzog Wilhelmstr. 32 (Reichsadler) Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, Thierschstraße 11 / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Nur durch die Dienststellen der NSDAP. / Erscheinen: Zweimal im Monat / Preis des Heftes: 15 Pfennig

Digitized by Google

Mitteilungen der Kommission für

Wirtschaftspolitik der NSDAP

Heft 4 Jahrgang 2

Nachdruck - auch auszugsweise - nicht gestattet!

Programm

der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (24. Februar 1920)

Punkt 2: Wir fordern die Gleichberechtigung des deutschen Volkes gegenüber den anderen Nationen, Aufhebung der Friedensverträge von Versailles und St. Germain.

Aus dem Inhalt:

Bernhard Köhler:
Das Deutsche Reich als Arbeitsheimat aller Deutschen

Rothhaupt:
Die Aktiengesellschaften im Spiegel ihrer Geschäftsberichte

Erwin Rogalski:
Zum Ausbau unserer Großstädte

Paul Bertelmann:
Die Deutsche Reichsbahn seit der Dawesierung

Politische Begriffsverwechslungen

Der Kampf um den letzten Arbeitslosen

Ist England gegen die rote Pest immun?

Der Economist als kapitalistische Wetterwarte

Februar 1937

Zentralverlag der NSDAP

Digitized by Google

Bernhard Köhler:

Das Deutsche Reich als Arbeitsheimat aller Deutschen

Als zur Völkerwanderungszeit Germanen auszogen, um sich in den Ländern am Mittelmeer anzusiedeln, da zog mit ihnen der Gedanke an die Möglichkeit, eines Tages zurückzukehren in ihre alte Heimat; und die Daheimgebliebenen verteidigten die Stätten der Fortgezogenen; sie sollten diesen bewahrt bleiben, falls sie wieder heimkehrten. Wir kennen alle die Sage vom Land Thule. Das Land Thule ist Wirklichkeit geworden; denn das Deutsche Reich beginnt, die Heimat des Rechtes und der Arbeit für das ganze große deutsche Volk zu werden.

Seitdem der Nationalsozialismus die Tatsache des gemeinsamen Blutes, der gemeinsamen Ehre und der gemeinsamen Pflicht wieder zur Lebensgrundlage des Heimatvolkes und zum Ausgangspunkt allen politischen Verhaltens gemacht hat, ist für das gesamte Deutschtum der Erde auch wieder ein sichtbares Zeichen dieser Einheit geschaffen worden: das Reich Adolf Hitlers, das jedem Deutschen Heimat ist und Heimat bleibt. Auch wenn er noch solange im fremden Staatsverband lebt und seinem deutschen Charakter gemäß die Treue zur Wahlheimat und zu ihrem Volk und Staate hält, ist das deutsche Vaterland die Heimat seines Wesens und seines Geschlechts, zu der die innige und lebendige Verbindung nie abreißen darf. Ein neues Band schlingt sich um alle Deutschen der Erde und insbesondere um diejenigen, die selbst oder deren Vorfahren zu irgendeiner Zeit das Heimatland verlassen haben. Die Worte: deutsche Heimat, deutsche Sitte, deutsches Blut, deutsches Volk haben wieder Sinn und Inhalt bekommen. Sie sind aus Begriffen wieder Gewißheiten und lebendige Wirklichkeit geworden, Wirklichkeit, d. h. sie wirken. Es sind lebendige Tatsachen, die jeden einzelnen angehen und das Dasein jedes einzelnen mitbestimmen und um so stärker, je mehr er sich seines Deutschtums bewußt ist.

Das Schicksal der Heimat — Schicksal der Auswanderer

Unausweichlich gewinnt dieses Bewußtsein auch seinen Einfluß auf den Alltag und das wirtschaftliche Denken und Handeln des einzelnen. Die Gründe und Umstände seiner Auswanderung treten ihm wieder vor die Erinnerung, und ihm wird deutlich, wie sehr sein persönliches Schicksal mit dem politischen Schicksal seines Volkes verknüpft ist. Ob es nun Bauern waren aus Schwaben oder Sachsen, die eine neue Heimat suchten, ob es Alemannen oder Pfälzer oder Hessen oder Franken, Friesen, Westfalen oder Pommern waren, ob der Ahn in der Zeit der romantischen Sehnsucht nach einem neuen Reich vor hundert Jahren zum Revolutionär geworden war und flüchten mußte, ob Landesherren über das Schicksal ihrer Bauern verfügten und sie verpflanzten wie man Bäume in einen anderen Boden verpflanzt, ob es die lockende Weite war, die um die Mitte des 19. Jahrhunderts die Enge der Heimat zu verlassen anreizte, und ob schließlich die Not nach dem verlorenen Weltkrieg deutsche Handwerker, Arbeiter und Bauernsöhne zur Auswanderung trieb:

Digitized by Google

immer wieder wird ihnen das Schicksal der Heimat vor Augen stehen wie es war, als sie sie verließen und immer wieder wird ihnen deutlich sein, daß ein glückliches und reicheres Deutschland sie vielleicht hätte zu halten vermögen.

Das Recht auf Arbeit als volksdeutsches Recht

Alle die Millionen Außendeutsche, die unter fremden Völkern ihr Dasein wieder aufgebaut haben, sind abgegliederte Sprossen nicht nur der Volkszahl, sondern auch der Wirtschaftskraft der deutschen Heimat. Bei manchen hatte der Auswanderungsagent gewiß leichtes Spiel, wenn er ihnen wirtschaftliche Bewegungsfreiheit und Aufstieg im Auslande vorstellte. Deutsche Wirker, deutsche Glasmacher, deutsche Spielzeugmacher, deutsche Feinmechaniker und viele andere wertvolle Kräfte haben wir erst in der traurigen Zeit zwischen 1919 und 1932 noch in großer Anzahl verloren, weil sie daheim in einem entrechteten Vaterland kein Brot mehr fanden. Sie schauen mit freudigem Staunen auf das neue Leben, das sich im Vaterland entfaltet: auf das neue Recht auf Arbeit, das das Dritte Reich jedem Volksgenossen sichert und mit dem es ihm auch gleichzeitig die Gewißheit gibt, sein Brot zu finden. Sie sehen besser als mancher Binnendeutsche die unaufhaltsame Wachstumskraft eines Wirtschaftslebens, das unter sicherer politischer Führung der Arbeit freie Bahn geschaffen und damit sich selbst die stärkste Kraft freigemacht hat.

Gerade die sozialistische Gestaltung der deutschen Wirtschaft durch das Recht auf Arbeit und ihr Aufbau im Recht auf Arbeit für jeden deutschen Volksgenossen sagen dem Außendeutschen, wie die deutsche Wirtschaft nunmehr wirklich deutsch geworden ist.

Erst heute können wir mit Stolz von einer deutschen Volkswirtschaft sprechen, nachdem wir zu einem Volk geworden sind, das Hoheitsrecht über seine Wirtschaft besitzt.

Die Arbeitsheimat aller Volksdeutschen

Das Deutsche Reich ist das Reich der deutschen Art, ist das Reich, von dem der Deutsche weiß, daß hier das Recht herrscht, das er als Recht empfindet.

Der Führer hat es innerhalb von vier Jahren dahin gebracht, daß an Stelle des angeblichen Überflusses von Arbeitskräften im Volke ein empfindlicher Mangel eingetreten ist; denn es fehlen nicht nur Facharbeiter, sondern an vielen Stellen bereits die einfachsten Arbeitskräfte.

Wenn wir in den nächsten Zeiten schon sehen, daß Volksgenossen aus dem Ausland uns bei unserer Arbeit im Deutschen Reiche helfen und wir ihnen das Lebensrecht gewähren, das ihnen draußen abgestritten wurde, so sind wir dessen eingedenk, daß das Deutsche Reich, die Heimat des deutschen Rechts, nunmehr auch die Arbeitsheimat aller Deutschen auf der Erde geworden ist. Das Deutsche Reich wird allen Volksgenossen das Recht gewähren, das ihnen unter fremden Völkern bestritten wird.

(Die Ausführungen sind verschiedenen Aufsätzen und Reden des Leiters der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., Bernhard Köhler, entnommen.)

Digitized by Google

Rothhaupt:

Aktiengesellschaften im Spiegel ihrer Geschäftsberichte

Die Forderung der nationalsozialistischen Wirtschaftsführung, die Aktiengesellschaften mögen in ihren Geschäftsberichten auch die sozialen Leistungen mit der ihnen zukommenden Ausführlichkeit behandeln, wird von den kapitalkontrollierenden Verwaltungen vielfach noch als ein ungerechtfertigter Einbruch in ihre Geschäftspolitik empfunden. Und gelegentlich wird auch wohl betont, daß von deutschen Kapitalgesellschaften ja früher schon sehr beachtliche Einrichtungen auf sozialem Gebiet unter Aufwendung beträchtlicher Mittel erhalten wurden, wiewohl keine besondere Berichterstattung darüber Auskunft gegeben habe.

Es ist zweifellos richtig, daß in einzelnen Großbetrieben und anderen Unternehmungen auch früher schon soziale Bestrebungen bestanden haben, und es wäre traurig, wenn hier auf eine gegenteilige Tatsache hingewiesen werden müßte. Der Nationalsozialismus begnügt sich aber nicht damit, für den Arbeiter diese oder jene Annehmlichkeit in dem ihn beschäftigenden Betrieb sicherzustellen. Die Arbeit ist ihm, wo immer sie in deutschen Landen Hände und Hirne beschäftigt, nationales Volksgut, sie soll mehr als nur Mittel zum Kapitalgewinn — soll ein Segen sein und mit Freude und Liebe getan werden. Der Arbeiter erwartet von jedem verantwortungsbewußten Betriebsführer, daß er in seinem Werk mehr als nur einen persönlichen Besitzwert sieht, daß er in ihm gleichsam ein von der Nation empfangenes Lehen betreut, dem er dienen muß, wie all die anderen, die er zur Mitarbeit gerufen. Und jene seiner Führung sich freiwillig unterordnenden Volksgenossen fordern von ihm über ihren Lohn hinaus Achtung und Anerkennung und sehen in ihren Arbeitsstätten nicht nur Verdienstplätze, sondern auch ein Stück Heimat.

Der deutsche Arbeiter sorgt mit

Wenn nun von beauftragten Stellen die Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften auf ihre sozialistische Haltung hin untersucht werden, so wird damit eine Beobachtung angestellt, in welchem Umfange den bestimmten Erwartungen der nationalsozialistischen wirtschaftspolitischen Führung nachgekommen wurde. Da sie ihren Arbeitszielen nicht im Schneckentempo zuzumarschieren gedenkt, mußte sie auch den Kapitalgesellschaften entsprechende mahnende Anregungen geben, und sie kann eine weiterhin aufscheinende mangelhafte Behandlung der sozialen Betriebspflichten in den Geschäftsberichten nicht ohne ernste Bedenken hinnehmen. Denn wer die während der Monate Oktober bis einschließlich Dezember vorigen Jahres einer Untersuchung zugeführten Geschäftsberichte von insgesamt 509 Aktiengesellschaften einer gegenwartsverbundenen Betrachtung unterzieht, der könnte zur Meinung kommen, die ausschlaggebenden werteschaffenden „Kräfte" des Wirtschaftslebens seien das Kapital und die Maschine, und nebenher — sozusagen als notwendiges Übel — auch noch der Arbeiter.

Digitized by Google

Diese befremdende Verkennung des tatsächlichen Kräftespieles läßt sich nicht allein mit einem Mangel an Wirklichkeitssinn erklären, sondern scheint vielfach auch der Ausdruck einer beharrenden Absichtlichkeit zu sein, die sich nur mit zögerndem Mißtrauen der neuen deutschen Zeit angleichen will. Die Vertreter des Aktienkapitals vermögen sich augenscheinlich noch immer nicht ganz von der Vorstellung freizumachen, einer ihnen feindlich gesinnten und feindlich fordernden Arbeiterschaft gegenüber zu stehen, sie glauben ihren Gewinn also wie ehedem verteidigen zu müssen, und sie können anscheinend nur schwer erkennen, daß der Arbeiter der Systemzeit inzwischen längst ein national fühlender, mitsorgender Volksgenosse geworden ist. Wäre es sonst begreiflich, daß drei Jahre nach der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus von den oben erwähnten 509 Geschäftsberichten verschiedener Industriezweige nur 10,2 bzw. 9,8 v. H. über den Stand der Gefolgschaften oder Veränderungen innerhalb derselben berichten!

Jedem Nationalsozialisten, und ganz besonders dem, der selbst einen Betrieb leitet, ist die hier zutage tretende Vernachlässigung des deutschen Arbeiters unverständlich, sieht er doch hinter der Milliardensumme des Aktienkapitals die Millionenzahl seiner arbeitenden Volksgenossen.

Aufwendungen für Gefolgschaftsmitglieder

Die Dürftigkeit der Geschäftsberichte tritt auch überall dort in Erscheinung, wo es sich um Leistungen für eine besondere Betreuung der Gefolgschaft handelt.

Es zeigen z. B. die beiden Konten „Pensionsfonds“ und „Unterstützungsfonds“, die vornehmlich die wertvolle traditionelle Wohltätigkeit erfassen, mit 25,5 und 27,3 v. H. eine recht ansehnliche Beteiligung. Über Aufwendungen aber, die eine eingehendere Anteilnahme am Ergehen der Gefolgschaft im Betrieb selbst erfordern, berichten mit Angabe der aufgebrachten Mittel bezeichnenderweise nur 8,2 v. H., und zwar 4,3 über „Schönheit der Arbeit“ und „Kraft durch Freude“, und 3,9 über „Wohnung und Siedlung“. Für „Freiwillige soziale Leistungen“ — über die vorwiegend zahlenmäßig berichtet wurde — haben 18 v. H., für „Gratifikationen und Prämien“ 6,9 v. H. Aufwendungen gemacht. Hingegen konnten sich zu Mitteilungen über eine Gewinnbeteiligung ihrer Gefolgschaft in den Geschäftsberichten nur 2 v. H. der Firmen entschließen. Nähere Angaben über Einrichtungen und Leistungen auf anderen Gebieten der „Sozialen Betreuung und Fürsorge“ enthielten 7,5 v. H. der Berichte.

Soziale Sonderleistungen

Bei der Unzulänglichkeit, mit der die Berichterstattung von der Mehrheit der Kapitalgesellschaften gehandhabt wird, kann eine verläßliche Schlußfolgerung auf das wirkliche Ausmaß der sozialen Gesamtleistungen nicht gemacht werden. So weisen besagte 509 Geschäftsberichte nur eine Beteiligung von 1,9 v. H. an der „Winterhilfe“ auf, obwohl zweifelsfrei feststeht, daß sich kein deutsches Unternehmen, und sei es das kleinste, von diesem größten sozialen Hilfswerk der Menschheitsgeschichte ausschließt. Die Aufwendungen hierfür sind eben über „Sonstige Ausgaben“ oder „Freiwillige soziale Lei-

Digitized by Google

stungen" geleitet worden, was insofern bedauerlich ist, als schon mit Rücksicht auf eine spätere Zeit in keinem geschäftlichen Druckwerk diese Ehrengabe an das deutsche Volk fehlen sollte. — Das gilt ebenfalls von vielen anderen Aufwendungen, die für ganz bestimmte soziale Sonderwerke Verwendung finden.

Nicht Andeutungen, sondern Tatsachenmaterial!

Aber neben der Neigung zur Vereinfachung der Buchungsmethoden ist auch eine solche zur Flüchtigkeit bei Behandlung der sozialen Belange festzustellen. Aufwendungen, deren sozialer Wert, sowohl nach Ausmaß wie Verwendung, eine zahlenmäßige und erklärende Mitteilung verdient, werden mit nur textlichen, ja oft nur andeutenden Hinweisen abgetan. Gewiß werden in den meisten Fällen die Spender, geleitet von einer an und für sich verständlichen Bescheidenheit, auf die Nennung von Zahlen und eine ausführliche Darlegung des Geleisteten verzichtet haben. Aber mit bloßen Hinweisen auf soziale Taten weiß die breite Öffentlichkeit nichts rechtes anzufangen, sie finden daher eine skeptische Aufnahme, und damit ist der Sache selbst nicht gedient. Auch werden wertvolle Leistungen, wenn unbestimmt bekanntgegeben, leicht mit Unzulänglichem in einen Topf geworfen; das aber beeinträchtigt den Wert der Gesamtleistung. So wurden z. B. die Aufwendungen für „Freiwillige soziale Leistungen" — „Prämien und Gratifikationen" mit folgenden Hinweisen belegt:

„Es sind Leistungen verschiedener Art durchgeführt worden" — Soweit es in unseren Kräften stand, haben wir uns an Unterstützungen, Beihilfen und sonstigen Zuwendungen im Interesse unserer Gefolgschaft beteiligt" — „Die Weihnachtsgaben wurden durch Zulagen an die Familien weiter ausgebaut" — „Es erfolgten Zuweisungen aus dem Reingewinn" — „Für treue Mitarbeit erhielten drei Gefolgschaftsmitglieder größere Geldbeträge" — „Drei Gefolgschaftsmitglieder erhielten anläßlich ihrer Jubiläen Sonderzuwendungen".

Zu den ersten vier dieser Hinweise wäre zu bemerken, daß überall dort, wo es sich um getätigte Leistungen handelt, der Geschäftsbericht von der kaufmännischen Regel, Zahlen zu nennen, nicht abgehen sollte; die textlichen Ausführungen sollen ja vorwiegend Erläuterungen dienen. Unbedingt abzulehnen sind Hinweise, die auch textlich nichtssagend sind.

Was aber die Hinweise 5 und 6 angeht, so gibt es dazu nur einen Kommentar und der heißt: Namen nennen! — Die „Bielefelder A.G. für mechanische Weberei" hat z. B. in dem den vorjährigen Jubilaren gewidmeten Teil ihres Geschäftsberichtes vorbildlich gezeigt, daß das bei einigem guten Willen geschehen kann. Wenn ein Gefolgschaftsmitglied nach jahrzehntelangem Mühen seinen Jubiläumstag feiert, dann sollte seine Firma sich eine Ehre daraus machen, ihn auch namentlich in ihrem Geschäftsbericht zu erwähnen, und ihn nicht einfach als „namenlosen" Arbeiter mit einem Geldbetrag abfinden.

Dankesworte für Mitarbeiter

Was nun dem lebenden Arbeitskameraden gebührt, gilt als selbstverständliche Ehrung auch für die Toten des Betriebes. Jeder Nationalsozialist wird ein Gefühl der Genugtuung und des Dankes empfinden, wenn er einen Geschäftsbericht durchblättert, in dem nicht nur die soziale Fürsorge

Digitized by Google

für die noch Schaffenden ausführlich dargelegt und belegt, sondern auch den Toten des Arbeitsjahres ein Blatt zum Gedenken gewidmet ist.

Unverständlich ist es dagegen, wenn eine Großbank in ihrem Geschäftsbericht einem Aufsichtsratsmitglied einen gewiß verdienten längeren, ehrenden Nachruf hält, für ein paar Dankesworte an die Gefolgschaft, oder auch nur eine Erwähnung derselben, aber nicht eine Zeile erübrigt. Ein Dankeswort, und wenn es noch so einfach ist, sollte eigentlich für den schaffenden Volksgenossen in jedem Geschäftsbericht Platz finden. Dieser so freundlichen Pflicht sind von den 325 Firmen, die im November und Dezember vorigen Jahres ihre Geschäftsberichte überreichten, etwa 14 v. H. nachgekommen und zwar — das verdient besondere Erwähnung — erfolgte dieser Dank meist als gesteigerte Anerkennung neben den verschiedenen sozialen Leistungen.

Aus dieser Firmengruppe betonten aber auch zwei Unternehmungen ihre Mühewaltung für die „Soziale Betreuung und Fürsorge" ihrer Gefolgschaft mit den billigen Hinweisen: „Unterstützungen wurden wie bisher aus den entsprechenden Rücklagen getätigt" und „Wir verweisen auf gegen das Vorjahr gesteigerte soziale Leistungen". — Ist damit überhaupt etwas gesagt?

Eine einem dritten Geschäftsbericht entnommene Textprobe schreit förmlich nach ein paar ehrlichen, greifbaren Zahlen: „Es wurde mit Hingebung gearbeitet, ein Zeichen, daß unsere seit Jahren verfolgte Sozialpolitik Anerkennung findet!"

Nichtssagendes — Vielsagendes

Die wörtlich sehr sparsame Mitteilung einer anderen Aktiengesellschaft verkündet mit um so lebhafterem Ausdruck, daß das „K.d.F.-Werk" in „großzügigster" Weise gefördert wurde. Wenn in einem Geschäftsbericht schon Superlative Verwendung finden, dann aber doch wenigstens unter Beifügung einiger, wenn noch so bescheidener Ziffern.

Eine besondere Beachtung kommt dem im Geschäftsbericht der „Westerwaldbrüche Aktiengesellschaft" der Gefolgschaft für treues und tapferes Durchhalten ausgesprochenen warmen Dank zu. Das Unternehmen, das wegen schwieriger Abbauverhältnisse vorübergehend ernste Betriebsverluste hatte, konnte nur von Entlassungen Abstand nehmen, weil die gesamte Belegschaft, um allen Arbeitskameraden die Brotstelle zu erhalten, freiwillig eine Lohnkürzung auf sich nahm.

Prüft man, um eine möglichst gerechte und richtige Einstellung zu dem die sozialen Leistungen behandelnden Teil der Geschäftsberichte zu gewinnen, deren Angaben über die erzielten Umsätze und den jeweils erreichten Beschäftigungsgrad nach, so wiederholt sich auch hier die Beobachtung des allgemeinen Aufstiegs der deutschen Wirtschaft. So haben von der eingangs genannten Firmengruppe 99 v. H. meist ausführlich über ihre Geschäftsentwicklung berichtet und — mit Ausnahme einiger weniger Unternehmungen, die durch außergewöhnliche Umstände behindert waren — die Feststellung gemacht, daß ihre Umsätze sich mengenmäßig und wertmäßig dank den staatlichen Wirtschaftsmaßnahmen gehoben haben. Einen nicht weniger günstigen Verlauf nahmen der Auftragseinlauf und die Beschäftigung. Nach den Aufschlüssen, die 78,6 v. H. in den Geschäftsberichten darüber gaben, waren sowohl die Beschäftigung der Betriebe, als auch der Auftragseingang fast überall ansteigend und für Monate ausreichend.

Digitized by Google

Verbesserung der Lebenshaltung der Gefolgschaft

Mit Rücksicht auf lang aufgeschobene, ausreichende Abschreibungen und die Auffüllung erschöpfter Reserven, sowie Errichtung notwendig gewordener Neuanlagen sind die ausgewiesenen Reingewinne verhältnismäßig niedrig, und es ist auch bei der Ausschüttung von Dividenden eine merkbare Zurückhaltung geübt worden. Es würde daher ein Vergleich der sozialen Gesamtleistungen mit diesen Ergebnissen kein richtiges Verhältnis erbringen. Überdies ist ja der weitaus größere Teil der sozialen Leistungen (siehe „Winterhilfe") in den Konten „Sonstige Ausgaben"/„Allgemeine Unkosten" enthalten und somit für einen Vergleich nicht erreichbar. Dagegen ergibt sich, stellt man die Summe der sozialen Leistungen, einschließlich der den Pensions- und Unterstützungsfonds zugeführten Beträge, der Gesamtsumme der gezahlten Löhne und Gehälter gegenüber, eine weit anschaulichere Beobachtung. Eine solche Untersuchung der in den Monaten Oktober und November 1936 eingelaufenen Geschäftsberichte stellte bei einer Lohn- und Gehaltssumme, die von rund 400 Aktiengesellschaften im Gesamtbetrage von 1 284 314 000 RM. ausgezahlt wurde, die sozialen Aufwendungen (ohne gesetzliche) mit 5,12 v. H. fest. — Diese Leistungen bedeuten eine fühlbare Verbesserung der Lebensbedingungen der Gefolgschaft.

— und auch der Unternehmer

In diesem Zusammenhange möge aber auch auf die Verbesserung der Lebensbedingungen hingewiesen werden, die die Mehrheit der Betriebsführer erfahren hat. Von den im letzten Quartal 1936 mit ihren vorjährigen Ausgaben in Vergleich gebrachten Geschäftsberichten wiesen 70 v. H. Erhöhungen der Vorstandsbezüge auf, die im Gesamtdurchschnitt 33 v. H. betrugen.

Diese Verdienstverbesserungen der leitenden Angestellten sind ansehnlich und es dürfte gegen sie kaum etwas einzuwenden sein, wenn bei der Einkommensteigerung die Gefolgschaft einen entsprechenden Anteil hat. Da, wo die soziale Sorge für die wertvollste und wichtigste Betriebskraft aber unzureichend ausgeübt oder vernachlässigt wird, müssen auffallende Einkommensverbesserungen von Einzelpersonen berechtigtes Befremden auslösen. Die deutsche Arbeiterschaft ist die unversiegbare Kraftquelle der nationalsozialistischen Wirtschaft und die Leistungen dieser Arbeiterschaft werden nicht wie ehemals nach den Gefallen internationaler Industriekapitäne mittels Peitsche und Zuckerbrot gefördert, sondern durch die vom Führer geschaffene Arbeitsfreiheit und Arbeitsordnung.

Es muß daher gefordert werden, daß die Geschäftsberichte der Aktiengesellschaften weit mehr nach nationalsozialistischen Gedankengängen abgefaßt werden, und es sei eindeutig darauf hingewiesen, daß der Nationalsozialismus die so eifrig verteidigte nüchterne, kühle Rechnungslegung nicht nur nicht ausschließt, sondern gerade als unerläßlich erachtet. Aber — und hier beginnt der grundlegende Unterschied — er baut seine besonnene Rechnung in weitsichtiger Überlegung auf den einzig sicheren Garanten aller Wirtschaftszahlen, nämlich auf ein zufriedenes, gesund fühlendes, treu denkendes Volk auf. Und dieses Denken muß die Grundanschauung jedes deutschen Betriebes sein.

Digitized by Google

Erwin Rogalski:

Zum Ausbau unserer Großstädte

Am 30. Januar gab der Führer ein neues Programm bekannt, für dessen Durchführung er zwanzig Jahre berechnete. „Als äußeres Zeugnis für diese große Epoche der Wiederauferstehung unseres Volkes aber soll nunmehr der planmäßige Ausbau einiger großer Städte des Reiches treten."

München, Berlin, Nürnberg und Hamburg sollen nach dem Willen des Führers ein neues Gesicht erhalten — eine Aufgabe, die gewaltige Leistungen erheischt, stellen doch unsere Großstädte zufolge der unorganischen Bauweise der letzten Jahrzehnte vielfach eine planlose Anhäufung von Steinmassen dar. Die Entstehung des Großstadtproletariates, die Entwurzelung des deutschen Menschen, wurde durch die Großstädte der letzten Jahrzehnte gefördert; Gründe dafür waren:

1. Der Anspruch auf eine gesunde und anständige Wohnung wurde oft nicht genügend beachtet, denn bei der Erstellung von Wohnungen wurde, um herkömmlicher Anschauungen willen, die Häuserfront oft wirklich nur zur „Fassade" gemacht und angefangen von der Speisekammer bis zur Raumaufteilung, Kanalisation, Boden- und Kellereinteilung trotz aller Pläne letzten Endes planlos gebaut.

„Man braucht sich nur einmal eine beliebige Straße aus der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts bis in die neueste Zeit hinein anzusehen, um sofort zu erkennen, daß hier Häuser gebaut worden sind, die ihre Herkunft aus der kleinstädtischen Bauweise noch nicht vergessen konnten. Die Folge dieser gedankenlosen Übertragung kleinstädtischer Gewohnheiten und Natürlichkeiten ist, daß unsere Großstadthäuser sehr häufig eine höchst unbehagliche und falsche Einteilung aufweisen." (Bernhard Köhler am 27. Mai 1936 in seiner Rede über Wohnungsbau als wirtschaftspolitische Aufgabe.)

2. Der Aufbau großer Werke in Großstädten oder deren Nähe führte zu einer Bevölkerungsdichte, die bei gutausgeführten Wohnbauten erträglich geblieben wäre, die aber durch den Bau trostloser Mietskasernen niederdrückend wirkte.

„Hierzu kommt die unglückselige Entwicklung von Quergebäuden und Hinterhäusern mit licht- und luftlosen Höfen und ebenso licht- und luftlosen Wohnungen: Wiederum die Folge einer Bauweise, die gedankenlos in die Großstadt übertragen hat, was in der Kleinstadt natürlich war und gar nicht zu einer so gefährlichen Mißbildung führen konnte." (Bernhard Köhler.)

Man kann freilich heute nicht ganze Stadtviertel einfach abreißen, ohne daß gleichzeitig eine entsprechende Zahl sorgfältigst geplanter Neubauwohnungen errichtet wird. Man wird Baudenkmäler und Zeugnisse völkischer Kultur schonen und bewahren müssen. Aber der Umbau der deutschen Großstädte wird systematisch unter nationalsozialistischer Führung vorgenommen werden. Einmal werden dann unsere großen Städte nicht mehr dumpfe und erdrückende Steinmassen darstellen, sondern sich der Sonne und Luft erschlossen haben.

Digitized by Google

Dann wird auch hier das Wirklichkeit geworden sein, was Bernhard Köhler auf dem Bauvereinstag 1936 vorausgesagt hat:

„Eines Tages wird manches Großstadtviertel einer neuen Gestaltung zu weichen haben und sehr breite, von Grünstreifen gesäumte Aus- und Einfallstraßen werden die Großstadt in Bezirke teilen, die abseits des dichten Verkehrs gleichsam Städte für sich bilden. Wo wir den Menschen nicht in Luft und Sonne hinausbringen können, müssen wir Luft und Sonne zu ihm in die Stadt bringen... Wir wollen ein wachsendes Volk sein, und keine Erscheinung unseres völkischen Lebens kann von vornherein dazu verurteilt sein aufzuhören. Infolgedessen werden auch die Großstädte nicht verschwinden. Aber sie müssen anders aussehen... Wir müssen also mit dem zur Verfügung stehenden Raum in der Nähe der zusammengeballten Arbeitsstätten sparsamer umgehen und können uns nicht mehr erlauben, eine Bauweise zu pflegen, wie sie bisher üblich war. Es bedeutet noch längst keine Verschlimmerung der Verstädterungsgefahr, wenn an Stelle öder und häßlicher Häuserzeilen Hochhausblöcke entstehen, die die gleiche Zahl von Einwohnern beherbergen, dafür aber Raum für Grünflächen und für die Lüftung der Stadt schaffen und von vornherein so gebaut sind, daß auch jeder Wohnung Luft und Licht in ausreichendem Maße zugutekommt."

Umgestaltung der Großstädte bedeutet eine Sicherstellung von *Arbeitsmöglichkeiten für die schlichteste Arbeit* auf Jahre hinaus und damit wieder einen Schritt weiter zur Verwirklichung des Rechts auf Arbeit. In Deutschland wird es nie einen Mangel an Arbeit oder Arbeitsmöglichkeiten geben — wir werden imme *mehr* Arbeitsmöglichkeiten schaffen, als Arbeitskräfte vorhanden sind. Das Städtebauprogramm ist einer von den gewaltigen Aufträgen des Führers, die die Sicherung der Arbeitsgelegenheiten für die schlichteste Arbeitsleistung gewährleisten.

„Man sieht heute noch viel zu wenig, was es bedeutet, daß der Führer wenige Monate nach der Verkündung des Vierjahresplanes den Befehl gegeben hat, an den großzügigen Umbau der deutschen Städte zu gehen, d. h. daß für die schlichteste Arbeitsleistung immer Arbeitsgelegenheit da ist, daß also das deutsche Volk immer wieder nach Arbeitskräften ruft." (Bernhard Köhler am 13. Februar 1937 in der Münchener Universität.)

Paul Bertelmann:

Die Deutsche Reichsbahn seit der Daweserung

Mit der Erklärung des Führers in der Reichstagssitzung vom 30. Januar 1937 und dem Gesetz vom 12. Februar 1937 ist für die deutschen Eisenbahnen eine Periode abgeschlossen worden, die ohne Zweifel zu den schwersten ihrer nunmehr hundertjährigen Geschichte zählt. Denn diese Periode brachte nicht nur außerordentliche wirtschaftliche Schwierigkeiten mit sich, sondern sie war vor allem dadurch gekennzeichnet, daß ihr die Souveränität des deutschen Volkes über seine Eisenbahnen in einer Weise beeinträchtigt war, die in der Geschichte der europäischen Völker ohne Beispiel ist.

Nach Artikel 248 des Diktates von Versailles haftete der gesamte Besitz des deutschen Reiches für die Bezahlung der ihm auferlegten Reparationen. Mit dieser Bestimmung war die Reichsbahn von vornherein in den Mittel-

Digitized by Google

punkt aller Erörterungen über das Tributproblem gerückt; denn das Eisenbahnvermögen stellte nicht nur den wertvollsten, sondern auch einen verhältnismäßig leicht auszubeutenden Teil des Reichsbesitzes dar.

Es hat an Versuchen, die Reichsbahn den Reparationsansprüchen der Alliierten dienstbar zu machen, auch vor der Annahme des Dawesplanes nicht gefehlt. Die französisch-belgische Eisenbahnregie der Jahre 1923/24 ist hierfür ein Beispiel.

Der Dawesplan beseitigt Hoheitsrecht des Reiches

Aber erst der Dawesplan und das auf ihm beruhende Gesetz vom 30. August 1924 haben das deutsche Eisenbahnvermögen endgültig in den Reparationsmechanismus eingegliedert. Denn nunmehr wurde die Reichsbahn nicht nur mit einer hypothekarisch gesicherten Schuldverschreibung von elf Milliarden Goldmark belastet, sondern sie mußte außerdem auch noch den weitaus größten Teil der Beförderungssteuer an die Alliierten abführen. Die Gesamthöhe der sich auf diese Weise ergebenden Schuldverpflichtungen belief sich auf etwa eine Milliarde Goldmark im Jahr.

Um die Ansprüche der Reparationsgläubiger unter allen Umständen sicher zu stellen, griff das Gesetz tief in die Hoheitsrechte des Reiches ein. Es wandelte die deutsche Reichsbahn in ein Unternehmen um, das in den Formen einer Gesellschaft lebte, seinen Betrieb nach kaufmännischen Grundsätzen führte und außerdem von einem Verwaltungsrat geleitet wurde, der stark mit ausländischen Mitgliedern durchsetzt war.

Die Geschäftsführung der Reichsbahn-Gesellschaft wurde durch das Gesetz unter die ständige Aufsicht eines ausländischen Kommissars gestellt. Dieser Kommissar hatte aber nicht nur außerordentlich weitgehende Kontrollbefugnisse, sondern er war auch bevollmächtigt, im Falle eines Zahlungsverzuges Zwangsmaßnahmen gegen die Gesellschaft zu ergreifen. So konnte er die Ausgaben senken, die Tarife erhöhen sowie den Generaldirektor der Gesellschaft vom Verwaltungsrate abberufen und ersetzen lassen. Blieb der Erfolg auch dann noch aus, so war der Kommissar berechtigt, die Reichsbahn seiner eigenen Verwaltung und Bewirtschaftung zu unterstellen. Im äußersten Falle durfte er den Bahnbetrieb sogar verpachten, doch war diese Maßnahme wenigstens an die Zustimmung eines neutralen Schiedsrichters gebunden.

Aber auch die Wirtschafts- und Finanzgebarung der Gesellschaft war dem Einfluß der Reichspolitik großenteils entzogen. Zwar blieb dem Reich ein starkes Aufsichtsrecht erhalten, doch war dieses Recht aufs stärkste eingeschränkt durch die Bestimmung, daß seine Geltendmachung die Gesellschaft nicht verhindern dürfte, die Lasten aus dem Dawesplan zu tragen. Ergaben sich in dieser Hinsicht Streitigkeiten, so sollte ein besonderes, beim Reichsgericht gebildetes Gericht entscheiden. Sein Urteil konnte nur mit der Begründung angefochten werden, daß es die Daweszahlungen gefährde.

Vom Youngplan zum Hooverplan

Fünf Jahre blieb der Dawesplan in Kraft; dann wurde er durch die sogenannte endgültige Regelung des Youngplanes abgelöst. Der Youngplan brachte der Reichsbahngesellschaft keinerlei Erleichterungen in finanzieller Beziehung, sondern nur auf dem Gebiete der Pfänder und Kontrollen.

Digitized by Google

Außerdem fielen der Kommissar sowie die ausländischen Mitglieder des Verwaltungsrates fort. Auch die Reparationshypothek blieb in ihrer bisherigen Form nicht erhalten. An ihre Stelle trat ein Dokument, das die Reichsbahn-Gesellschaft bei der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich hinterlegen mußte und welches ihre Zahlungspflicht erneut bestätigte. Im übrigen hielt auch der Youngplan an dem unabhängigen Charakter der Gesellschaft fest; ohne die ausdrückliche Genehmigung der Gläubigernationen durften wesentliche Änderungen des Reichsbahngesetzes nicht vollzogen werden.

Schon Mitte 1931 stellte sich heraus, daß sich die Enteignungs- und Ausbeutungsmöglichkeiten zu erschöpfen begannen. Unter dem Eindruck dieser Tatsache kam zunächst der Hooverplan zustande, der einen einjährigen Zahlungsaufschub für alle politischen Schulden brachte. Noch vor Beendigung dieses Moratoriums trat die Lausanner Konferenz zusammen, die Deutschland und damit auch die Reichsbahn in allen wesentlichen Punkten von den Reparationslasten befreite.

Aber auch Lausanne hatte immer noch einige, insbesondere auf die Reichsbahn bezügliche Fragen offen gelassen. Diese Fragen hat der Führer jetzt bereinigt. Er hat die deutschen Eisenbahnen wieder unter die volle Souveränität des Reiches gestellt und damit den Weg für eine wahrhaft nationalsozialistische Verkehrspolitik frei gemacht. Diese Politik aber wird ihre Aufgabe nicht im Kampfe der einzelnen Verkehrsträger gegeneinander, sondern in der Zusammenarbeit aller zum Wohle der Gesamtheit sehen.

Kampfrichtung und Propaganda

Wille zum Welthandel

Gleichzeitig mit der Leipziger Frühjahrsmesse 1937 findet auch heuer wieder die Frühjahrs-Kundgebung der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. statt. Diese Kundgebung ist bereits Tradition geworden. Die Tatsache, daß sie die außenhandelspolitische Kundgebung des Jahres ist, welche die Kommission veranstaltet, wird gerade dadurch, daß Botschafter von Ribbentrop auf der Kundgebung spricht, erhärtet.

„Wille zum Welthandel" lautet das Thema der Kundgebung. Der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., Bernhard Köhler, hat auf der letzten Frühjahrs-Kundgebung unter anderem gesagt: „Die neue Weltwirtschaft wird im Recht auf Arbeit und in der Freiheit zur Leistung begründet sein." Dieses Wort ist von grundlegender Bedeutung und es erscheint notwendig, das allen am Außenhandel Interessierten, besonders aber dem Ausland, zum wiederholten Male vor Augen zu führen.

Das Kennzeichen einer sozialistischen Wirtschaft ist nicht, die Betätigungsmöglichkeit des Unternehmers oder des Arbeiters zu hemmen oder zu fesseln. Im Gegenteil: Jeder Deutsche soll seine besten Kräfte einsetzen! Dies nennen wir Freiheit! Auf dieser Freiheit zur Leistung, die anderen Völkern wohl kaum als Freiheitsbegriff erscheinen wird, beruht die wirklich sozialistische Wirtschaft.

Ein in diesem freiheitlichen Geist erzogenes und geführtes Volk wird sich nie in weltwirtschaftliche Abhängigkeit begeben, sondern stets nur als gleichberechtigter Partner auftreten.

Diese grundsätzliche Haltung wird auch auf der diesjährigen Kundgebung dem Ausland wieder dargelegt werden. Deutschland will sich nicht abkapseln; es strebt keine Autarkie an; ein auf

Digitized by Google

gefunden und natürlichen Grundlagen aufgebauter Welthandel ist ihm ein besonderer Wunsch; es will auch von anderen Ländern deren Erzeugnisse kaufen, vorausgesetzt, daß es den Kaufpreis in eigener Leistung bezahlen kann. Allen gegenteiligen Behauptungen setzen wir, wie es der Führer selbst schon wiederholt getan hat, unseren ehrlichen Willen und unsere Bereitschaft zur Beteiligung am Welthandel entgegen.

Wenn diese einfachen Gedankengänge, die wir von Bernhard Köhler immer wieder hörten, bei den in großer Zahl nach Leipzig geladenen ausländischen Wirtschaftsführern und Diplomaten auf Verständnis stoßen, dann ist der Zweck dieser Frühjahrskundgebung voll erfüllt.

Ni.

Der Kampf um den letzten Arbeitslosen

„Es hat niemand ein moralisches Recht zu fordern, daß andere tätig sind, um selbst nicht tätig sein zu brauchen; sondern es hat jeder nur das Recht zu verlangen, daß die staatliche Organisation eines Volkes Mittel und Wege findet, um jedem Arbeit zukommen zu lassen."

Mit diesen Worten hat der Führer deutlich das Recht auf Arbeit für jeden einsatzfähigen Volksgenossen ausgesprochen.

Die Zahl der Arbeitslosen ist seit 1933 Jahr um Jahr vermindert worden. Diese Tatsache darf uns aber nie übersehen lassen, daß trotzdem noch hunderttausende Arbeitslose nach Arbeit suchen.

Wir wollen nicht vergessen, daß das Recht auf Arbeit als Idee vertreten wird und daß eine Idee wertlos erscheint, wenn nicht auf ihre restlose Durchsetzung gedrungen wird. Daher kann sich der Nationalsozialismus nicht damit begnügen, den jetzigen Zustand zu halten, sondern wird auch weiterhin den Kampf bis zur restlosen Ausmerzung der Arbeitslosigkeit führen.

Es gibt keine „normale Arbeitslosigkeit"; es sei denn, daß man unter einer schiefen Anwendung dieses Begriffes beschränkt Einsatzfähige oder die lediglich Stellungsuchenden versteht. Aber es darf nicht sein, daß es auch nur einen einzigen schaffenden Volksgenossen gibt, der zum Arbeitsamt geht und dort keine Arbeit vermittelt erhält. Wer arbeiten kann und will, muß auch jederzeit einen, wenn auch schlichten, Arbeitsplatz erhalten können.

Wo sich ein fanatischer Wille einsetzt, wird der Erfolg auf die Dauer nicht ausbleiben können. Der Kampf um das Recht auf Arbeit ist kein Kampf um ein unerfüllbares Ideal, sondern der Kampf um die Erreichung und Erhaltung eines ganz bestimmten wirtschaftspolitischen Zustandes im Reiche.

Wir erinnern uns der Worte des Führers am Tag der nationalen Arbeit 1935. Sie sind uns Richtschnur unseres Denkens und Handelns. „Ich weiß nicht, was wir erreichen, aber das eine weiß ich: Im nächsten Jahr werden wir den Rest (der Arbeitslosen), der noch verblieben ist, wieder angreifen — solange, bis wir endlich das Ziel erreicht haben, jedem Deutschen, der sich ehrlich sein Brot verdienen will, die Möglichkeit dazu zu geben."

Unt.

Aufwertung der Arbeit durch Nachfrage nach Arbeit

Der Führer hat bereits in seinem Werk „Mein Kampf" und zuletzt auf dem Reichsparteitag 1936 erklärt, daß es weder Arbeitgeber noch Arbeitnehmer vor den höchsten Interessen der Nation gibt, sondern nur Arbeitsbeauftragte des ganzen Volkes.

Diese beiden Begriffe, die nunmehr der Vergangenheit angehören sollen, haben ein einseitiges Abhängigkeitsverhältnis zum Ausdruck gebracht, daß auf der kapitalistischen Auffassung von der Abhängigkeit der Arbeit vom Kapital fußt. Die marxistische Verhetzung trug dazu bei, im Unternehmer nur den Kapitalisten zu sehen, d. h. den Menschen, der den arbeitsuchenden Volksgenossen arbeiten läßt. Man war sich dabei gar nicht mehr der Tatsache bewußt, wie sehr die Volkswirtschaft selbst schon in Abhängigkeit geraten war und wie dadurch auch der Unternehmer mehr und mehr

Digitized by Google

vom Druck des Weltkapitals abhängig wurde.

Nachdem nun die Fesseln des Kapitalismus gefallen sind und wir wieder die Arbeit als Voraussetzung unseres Wirtschaftslebens ansehen, müssen auch die Begriffe „Arbeitgeber" und „Arbeitnehmer" verschwinden.

Diese Begriffe wirken nicht nur politisch zersetzend; auch wirtschaftlich sind sie nicht vernünftig. Schließlich ist auch der Betriebsführer Arbeitnehmer, denn er kann ja seinen Betrieb nur aufrecht erhalten, wenn er vom Volke Aufträge erhält. Das Volk ist also sein Auftraggeber und Arbeitgeber.

Im inneren Kreislauf der Wirtschaft ist also nicht zu bestimmen, wer Arbeitnehmer des anderen ist, denn das Volk lebt von der gemeinsamen Arbeit aller. Es handelt sich nur darum, eine dauernde Beschäftigung sicherzustellen, so daß immer Arbeitsleistungen ausgetauscht werden können. Und das ist die Aufgabe der wirtschaftspolitischen Führung.

Die Suche nach Facharbeitern hat in letzter Zeit schon gezeigt, wie wertvoll Arbeitskräfte den Unternehmern geworden sind. Auch der Führer hat zu dieser Tatsache in seiner großen Reichstagsrede am vierten Jahrestag der Machtübernahme gesprochen:

„Es ist ein Zeichen dieser gewaltigsten wirtschaftlichen Entwicklung unseres Volkes, daß wir heute auf vielen Gebieten nur sehr schwer gelernte Arbeiter zu bekommen vermögen. Ich begrüße dies besonders aus dem Grunde, weil dadurch mitgeholfen wird, die Bedeutung des Arbeiters als Mensch und als Arbeitskraft in das richtige Licht zu setzen und weil dadurch — wenn auch aus anderen Motiven heraus — die soziale Tätigkeit der Partei und ihrer Verbände auf leichteres Verständnis stößt und eine stärkere und willigere Unterstützung erfährt."

Wir sehen damit, wie die Verwirklichung des Sozialismus durch das Recht auf Arbeit zu einer ständigen Aufwertung der Arbeit führt, weil die Arbeit des Volkes — d. h. auch jedes einzelnen Volksgenossen — aus dem Zustand ewigen Angebotes in den Stand einer bleibenden Nachfrage gekommen ist, wie Bernhard Köhler unter anderem in dem Aufsatz „Aufwertung der Arbeit" (1. Januarheft der Deutschen Volkswirtschaft) ausführte. Diese bleibende Nachfrage nach Arbeitskräften steigert so auch die Achtung vor dem schaffenden Menschen.

Unt.

Politische Begriffsverwechslungen

Anscheinend hat Deutschlands Kampf gegen den Bolschewismus doch weitere Kreise in England beeindruckt, als gemeinhin angenommen wird. Dies kann man wenigstens der „*National Review*", London (Januar 1937), entnehmen, die fürchtet, daß die englischen Kapitalisten (sie meint damit anscheinend Leute, die über größere Gelder verfügen) von der deutschen Propaganda gegen den Bolschewismus angesteckt werden könnten. Dem will dieses Presseorgan vorbeugen, und zwar dadurch, daß es ausführt, Kommunismus und „Nazismus" wären im Wesen das gleiche. Es beruft sich zur Unterstützung seiner Ansicht auf einen Aufsatz im „*Economist*" vom 12. Dezember 1936: *Deutscher Angriff auf das Kapital.*

Dieser Aufsatz arbeitet mit ganz plumpen Begriffsvermengungen. Es heißt darin:

Die offizielle und Parteihaltung dem Kapital gegenüber bleibt zweideutig. Der Direktor der Nazikommission für Wirtschaftspolitik, Herr Köhler, hat einen scharfen Angriff auf den Kapitalismus unternommen, indem er erklärte, daß es kein schlechteres und schädlicheres System geben könnte.

Also auch der „*Economist*", der sonst in allem Bescheid zu wissen glaubt, vermag Kapital und Kapitalismus nicht zu unterscheiden, und unser Kampf gegen den Kapitalismus wird so in einem völlig widersinnigen Kampf gegen das Kapital umgefälscht.

Das Kapital ist für uns weder gut noch schlecht. Bernhard Köhler sagte darüber:

„Das Kapital an sich kann ja nichts Unsittliches sein, da es aus der Arbeit kommt, und die Arbeit ja nichts Unsittliches ist. Wenn die Arbeit sittlich ist, wenn die Arbeit das Beste und

Digitized by Google

Höchste ist, was wir in unserem leiblichen Leben tun können, dann kann das Ergebnis dieser Arbeit nicht schlechthin schlecht und unsittlich sein, genau so wenig wie ein Schwert an sich schlecht und unsittlich ist, denn es ist ja dazu da, ein Recht zu verteidigen. Erst wenn es mißbraucht würde, wäre es unsittlich. Dann ist aber nicht das Schwert daran schuld und auch nicht das Kapital, sondern der Mißbrauch; dann muß man nicht das Kapital oder das Schwert beseitigen, dann muß man nicht Marxismus predigen oder Pazifismus, sondern dann muß man dafür sorgen, daß die Macht in der Hand ist, die für das Recht einzutreten gesonnen und fähig ist."

Kapitalismus ist für uns also nicht mit dem Vorhandensein von Kapital gegeben, nicht damit, daß eine Wirtschaft Kapital verwendet; Kapitalismus ist für uns vielmehr ein Zustand „der Entrechtung und Ausbeutung infolge der Herrschaft des Kapitals".

Wir kennen diese Fälschermethoden zu genau aus unserem Kampf um die Macht in Deutschland. Nur zu oft haben unsere Feinde in verleumderischer Absicht versucht, uns als Gegner des Eigentums hinzustellen, obwohl wir immer klar betont haben, daß wir das Eigentum anerkennen.

Die jetzt draußen gegen uns hetzen, haben von unseren damaligen inneren Feinden — soweit sie nicht personengleich mit ihnen sind — gelernt und wollen das Spiel fortsetzen. Auch sie werden auf die Dauer keinen Erfolg haben.

Ge.

Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsordnung

Einsatz der Parteiverwaltung für den Vierjahresplan

Die Partei stellt mit ihren angeschlossenen Gliederungen und Verbänden die größte Organisation innerhalb des Volkes dar. Sie spielt daher in der deutschen Volkswirtschaft als Auftraggeber eine bedeutende Rolle. Wir denken dabei nur an die Parteibauten und die geplanten Bauvorhaben, an die Aufträge der Reichszeugmeisterei, die die Uniformierung und vollständige Ausrüstung aller Gliederungen durchzuführen hat, für die Industrie, die Ausrüstung der motorisierten Einheiten usw.

Die Ausrichtung der gesamten Wirtschaft auf den Vierjahresplan des Führers machte es daher notwendig, innerhalb der Partei alle wirtschaftlichen Aufgaben, die mit diesem Vierjahresplan in Zusammenhang stehen, von einer zentralen Stelle aus zu regeln. Denn gerade die Partei als Führungsorgan des Volkes muß hier vorangehen und ihre Verwaltungsmaßnahmen den Gegebenheiten der deutschen Wirtschaft innerhalb des Vierjahresplanes anpassen.

Dementsprechend wurde bei dem Reichsschatzmeister, Reichsleiter Schwarz, „eine Reichszentralstelle für die Durchführung des Vierjahresplanes bei der NSDAP., ihren Gliederungen und angeschlossenen Verbänden" geschaffen. Die Zentralstelle gliedert sich in eine Prüfungsstelle für bedarfsscheinpflichtige Rohstoffe, der insbesondere noch die Aufgabe obliegt, den Schriftwechsel aller Dienststellen der Partei, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände mit den zuständigen Staatsbehörden in Vierjahresplanfragen durchzuführen, sowie in eine Prüfungsstelle für Bauvorhaben.

Unt.

Juda spukt im Anzeigenteil

Wenn der Zentralverlag der Partei Anzeigen von Judenfirmen übernehmen würde — der Anzeigenteil des „V.B." wäre sehr schnell eine „koschere" Sache. So eine Chance ließe sich die „Judenheit" nicht entgehen. Es ist gewiß schade, daß hieran nicht zu denken ist. Der Weg zur Parteipresse ist ihr verbaut, nicht aber zu vielen anderen deutschen Zeitungen und Zeitschriften.

Digitized by Google

Der Jude nützt diese Gelegenheit auch weidlich aus. Wenn es aber vorkommt, daß beispielsweise in die politische Rede eines führenden Parteigenossen eine Judenanzeige hineingeknallt wird, so ist das weder mit „Versehen" noch „Unwissenheit" zu entschuldigen. Das ist Instinktlosigkeit.

Früher hieß es: Mit dem Schlußstrich des redaktionellen Teiles hört die Gesinnung auf und fängt das Geschäft an. Wir hatten uns der kühnen Erwartung hingegeben, daß auch das sich heute geändert hätte. Leider ist das aber nicht überall so. Manchen Herren von der Zeitung werden nicht nur die Knie, sondern auch die Charaktere weich, wenn sie das Geld des Kunden auf dem Tische klimpern hören.

Die Ziffer 8 der „Allgemeinen Geschäftsbedingungen für das Anzeigenwesen" lautet: „Die Annahme eines Anzeigen- oder Beilagenauftrages wird nur nach einheitlichen Grundsätzen wegen des Inhalts, der Herkunft oder der technischen Form abgelehnt." Damit hat jeder Verleger freie Hand, die einheitlichen Grundsätze für seinen Betrieb selbst festzulegen. Diesem Recht zur Ablehnung von Anzeigenaufträgen entspricht die Pflicht zur Ablehnung, wenn die Anzeige verbotenen oder mit den Richtlinien des Werberates nicht zu vereinbarenden Inhalt hat. Eine entsprechende Vorschrift zur Ablehnung von Juden-Anzeigen besteht natürlich nicht und so können Judenfirmen immer noch ihre Großanzeigen unterbringen, die in der reißerischen Art jüdischer Werbung (immer hart an den Paragraphen vorbei) auch in unseren Tagen noch auf viele Volksgenossen einen so starken Einfluß ausüben, daß sie immer wieder glauben, der ach so spottbilligen Waren nicht entraten zu können.

Der Anzeigenteil mancher Zeitung stellt in der Tat eine Fundgrube für den „Sammler" dar; es gibt eben Verlage, die bei der Arisierung ihrer Redaktionen vergessen haben, auch den Anzeigenteil auf Rassereinheit zu polieren.

Es ist eine alte Erfahrung der Zeitungsleute, daß einmal gewonnene Zeitungsleser treu sind, und diese bleiben auch den Anzeigenkunden treu, denn die treuen Leser dieser Zeitungen sind wiederum treue Kunden dieser jüdischen Läden, und der Jude ist auch treu, nämlich der ihrer „Tradition" treuen Zeitung, kurzum der ganze Laden hält „in Treue fest" zusammen.

Nicht auftragstechnische Gründe machen es schwer, die liebgewordene, alte Gewohnheit zu lassen, sondern es ist der „alte, gute Geschäftsgeist", der eine entschiedene Haltung, die wir besitzen, nicht kennt und der in einer runden Summe den Sinn seiner Aufgabe sieht. Ni.

Ein noch schöneres Märchen

In Heft 1 des neuen Jahrganges brachten wir ein „Märchen von heute". Es stand in diesem Märchen, daß die Staatsbank eines antisemitischen Staates mit Hilfe eines Juden die Vertrauenswürdigkeit eines antisemitischen Parteigenossen überprüft hat. Wir schlossen unsere Erzählung mit den Worten: „Das kann auch nur ein Märchen sein!" Aber auch der, der uns damals dieses Märchen erzählte, wußte nicht, daß es ein noch schöneres Märchen gibt.

Wir wollen unseren Lesern dieses nicht vorenthalten:

In einem antisemitischen Reich gibt es einen Parteigenossen, der meldete einmal in höchster Empörung, daß ein Jude zur Auskunft über seine Kreditverhältnisse herangezogen worden sei. Er regte sich dabei ungeheuer über die Bank auf, welche diesen Juden befragte. Der Parteigenosse erzählte es anderen Parteigenossen, und diese schoben die Schuld auf die eben erwähnte Bank. Eines Tages aber erfuhr man, daß der empörte Parteigenosse selbst noch 1934, also nach der Machtübernahme, den Juden als Referenz für seine wirtschaftlichen Verhältnisse aufgegeben hat . . .

Das klingt nun wieder wie ein Märchen, und wir hätten Grund, zu wünschen, daß dieses Märchen nun tatsächlich ein Märchen wäre. Sch.

Digitized by Google

Ist England gegen die rote Pest immun?

Der englische Außenminister Mr. Eden erklärte neulich im Unterhaus:

Das Objekt jeder ehrlichen politischen Bemühung in allen Ländern muß sein, den Lebensstandard zu heben. Wir sind sicher, daß uns die heutige Wissenschaft die Möglichkeit gibt, dieses Ziel zu erreichen, wenn sich die Arbeit daran in einer Atmosphäre des Friedens und des gegenseitigen Vertrauens vollzieht.

Schon glauben wir, in diesen Worten ein einsichtiges Zugeständnis zum neuen Vierjahresplan zu hören, aber Mr. Eden setzt mit einem kühnen Gedankensprung hinzu:

Wenn wir uns mit dieser Aufgabe befassen, so gibt es gewisse Dinge, die wir nicht hinnehmen können. Wir nehmen es nicht hin — und lassen Sie mich das ganz klar sagen — daß Demokratien der Nährboden des Kommunismus sind. Wir betrachten sie eher als Gegengift.

Es soll ja nun gar nicht von Mr. Eden verlangt werden, über die Grenzen Merry Old Englands hinauszuspähen, um die Ereignisse in aller Welt zu beobachten. Doch wäre anzunehmen, daß Mr. Eden die Geschehnisse in England selbst aufmerksam verfolgte.

Wie steht es aber mit dem Marxismus und Kommunismus in England? Sabotageakte häufen sich bei der Marine und in den Arsenalen, Londoner Straßen werden vom jüdisch-marxistischen Mob beherrscht. Rote Hetzblätter vermehren sich ständig. Die Bevölkerung klagt über die marxistische Rundfunkpropaganda. Die Vorgänge in den kommunistischen Studentenparlamenten der alten Reichsuniversitäten Oxford und Cambridge geben zu denken.

Dazu kommt der Klassenkampf. Die kommunistischen Propagandazentralen trumpfen mit ihren Streikerfolgen. Es streikten in England:

im Jahre 1934	135 000	Arbeiter
im Jahre 1935	271 000	Arbeiter
im Jahre 1936	367 000	Arbeiter

Und die Anzahl der Streiks weist im Jahre 1936 folgende Entwicklung auf:

im 1. Vierteljahr	150	Streiks
im 2. Vierteljahr	176	Streiks
im 3. Vierteljahr	202	Streiks
im 4. Vierteljahr	231	Streiks

England verlor allein im Jahre 1936 durch Streiks 1,34 Millionen Arbeitstage.

Worin besteht da das Gegengift der Demokratie, etwa in der Unterhaltung der industriellen Reservearmee? Hier Streik und dort Arbeitslosigkeit, genau so wie wir es in Deutschland zu Zeiten des Klassenkampfes und der Demokratie hatten! Rog.

Ein Film aus dem sowjetrussischen Alltag

Vor einigen Monaten wurde vom obersten Gericht der UdSSR. festgestellt, daß während der anderthalbjährigen Tätigkeit des Trustleiters und des künstlerischen Leiters der Gesellschaft „Wostokfilm" von zehn vorgesehenen Filmen nur fünf fertiggestellt wurden und von diesen fünf wiederum nur einer zufriedenstellend war.

In finanzieller Beziehung herrschte im Trust die größte Mißwirtschaft. Der Angeklagte Mariamow z. B. schloß mit verschiedenen Personen Verträge auf die Lieferung von insgesamt 64 Drehbüchern ab, für die 408 000 Rubel bezahlt wurden. 30 von diesen waren so schlecht, daß ihre Verwendung nicht einmal in Erwägung gezogen wurde. Für Drehbücher, die laut Urteil von Sachverständigen unter aller Kritik waren, oft ganz sinnloses Zeug enthielten, wurden den Autoren 3000 und auch 5000 Rubel gezahlt. In der Regel wurden sie ohne gründliche Bearbeitung und ohne Plan der Produktion übergeben. Die Aufnahmen erfolgten ohne Vorbereitung und ohne festgelegte Budgets.

Durch diese Mißwirtschaft erlitt der Trust einen Verlust von 2,5 Millionen

Digitized by Google

Rubel. Die Trustleiter legten aber den Regierungsinstanzen gefälschte Berichte vor, denen zufolge die Arbeit erfolgreich verläuft und der Trust „Wostokfilm" sich stürmisch entwickelt.

Wenn man keinen Film machen kann, macht man ein Theater um den Film. Wenn man keinen Erfolg hat, dann klatscht man sich selber Beifall. Auch das sind wesensentsprechende Sowjetmethoden. Rog.

Der „Economist" als kapitalistische Wetterwarte

In Deutschland ist es auf Grund des publizistischen Angriffes auf die „Konjunktur" gelungen, diesen Begriff zurückzudrängen, so daß wir heute schon von einem „Abgesang" der Konjunktur sprechen können. Dieser Angriff war nötig, um von vornherein die Möglichkeit auszuschließen, daß durch Verwendung überholter Begriffe falsche Vorstellungen über das Wesen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik verbreitet wurden.

Wie sehr „Konjunktur" mit dem Gedanken des „Konjunkturabschwunges" verbunden wird, bestätigen erneut zahlreiche Zuschriften bekannter englischer Volkswirtschaftler an den Londoner „*Economist*". Es wird aufgefordert, schon jetzt die nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um dem zu erwartenden Rückschlag nach der gegenwärtigen „Hochkonjunktur" entgegenzuwirken. So warnt Professor Robbins vor einer weiteren Kreditausdehnung, Sir Arthur Salter empfiehlt eine Preiskontrolle und eine Verlangsamung der öffentlichen Bautätigkeit und Professor Gregory sieht gar eine Gefahr in der Aufrechterhaltung niedriger Zinssätze. Besonders ängstliche Kreise fordern bereits eine erhöhte Rücklage für die Arbeitslosenversicherung.

Diese „Vorbeugungsmaßnahmen" erscheinen uns verständlicher, wenn wir bedenken, daß trotz der Aufrüstung der Stand der Arbeitslosen in England im Sommer 1936 1,6 Millionen nicht unterschritten hat, anderseits aber der Produktionsindex der Industrie sich dem Stande von 1928/29 beträchtlich genähert hat.

Hierin erkennen wir wiederum den Unterschied gegenüber unserer Wirtschaftspolitik mit ihrem Einsatz aller verfügbaren Arbeitskräfte, die einen Zustand schafft, der kapitalistische Krisen, denen man in England und anderswo mit Bangen entgegensieht, nicht kennt.

Um so erfreulicher wirkt eine neuerliche Stellungnahme des englischen Nationalökonomen Keynes, die sich auffallend nationalsozialistischem Wirtschaftsdenken nähert. In der „*Times*" nimmt Keynes Stellung zur „Hochkonjunktur" und wendet sich gegen „teures Geld", d. h. gegen die Heraufsetzung der Zinssätze und betrachtet die Schaffung einer zentralen Stelle für öffentliche Investitionen für nötig, die die Aufgabe hat, Arbeitsprojekte vorzubereiten, um eine stete Entwicklung herbeizuführen und zu gewährleisten. Wenn er schließlich erklärt: „Wenn wir wissen, welche Zinsrate erforderlich ist, um eine Reihe neuer Projekte lohnend zu machen, so haben wir die Macht, diese Rate zur gültigen am Markt zu machen", so ist es dasselbe, was die wirtschaftspolitische Führung des Nationalsozialismus seit Jahren verficht und durch die Tat beweist: daß sich bei einer richtigen Arbeitspolitik der Kapitalmarkt den Gegebenheiten anzupassen hat und nicht umgekehrt. Unt.

Eine Besänftigungsanleihe?

Es herrschen im Ausland oft sehr naive Ansichten über Deutschland. Was sich aber jüngst ein amerikanisches Blatt — „*Daily Mirror*" vom 28. 1. 1937 — geleistet hat, stellt immerhin einen Höhepunkt dar.

Die Zeitung schreibt zum Besuch des britischen Ministers Runciman in Amerika, daß er nur deshalb nach Amerika gekommen sei, um für Deutschland eine Anleihe in Höhe von einer Milliarde zu erhalten. Der naive Leser kann sich vielleicht nicht recht vorstellen, wieso ein englischer Minister dazu käme, in Amerika für Deutschland um eine Anleihe nachzusuchen.

„*Daily Mirror*" weiß aber auch den tieferen Grund dafür anzugeben: Runciman ersuchte um Hilfe für Deutschland,

Digitized by Google

um den Ausbruch des Krieges solange zu verzögern, bis England sein Rüstungsprogramm beendet hat.

Deutschland ist also ein wildes Raubtier, das man nur dadurch — und auch nur vorübergehend — besänftigen kann, wenn man in seinen unersättlichen Rachen einen möglichst großen Happen stopft.

Durch solche Beiträge zur Verständigung der Völker wird das allgemeine Einvernehmen zweifellos ganz erheblich gefördert. Ge.

Drei Pfund Wurst im Jahr

Die DAZ.-Moskau beschäftigte sich vor einiger Zeit in einem Leitartikel mit der Ernährungslage in Rußland und mit der Erfüllung des Planes der Nahrungsmittelindustrie. Der Verfasser erklärt stolz, daß die Nahrungsmittelindustrie einen außerordentlich hohen Stand erreicht habe und der Überfluß in der Erzeugung der Kollektivwirtschaft zu verdanken sei. So sei auch 1935 die Lebensmittelkarte abgeschafft worden und die 1936 von der Nahrungsmittelindustrie auf den Markt gebrachten Erzeugnisse seien bei der Bevölkerung außerordentlich beliebt.

Wörtlich ist in dieser Zeitung zu lesen:

In elf Monaten brachte die Nahrungsmittelindustrie der Sowjetunion über 7 Millionen Tonnen Brot und Gebäck in ungefähr 200 Sorten, über 225000 Tonnen Wurst und Räucherwaren, mehr als 1300000 Tonnen Fische, 1500000 Tonnen Kristallzucker und 925000 Tonnen Stückzucker, 465000 Tonnen Seife, 930000 Tonnen Büchsen verschiedener Konserven und vieles andere auf den Markt. Dieses alles spricht vom organisatorischen Erfolg der Stalinschen Politik und von der Industrialisierung unseres Landes.

Wir wollen einmal annehmen, daß die Angaben der Wahrheit entsprechen, dann bedeutet das aber — auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet — einen Jahreseinkauf

an Brot und Gebäck	von 9½	Pfund,
an Zucker	von 3,2	„
an Fischen	von 1,7	„
an Wurst von weniger als	3	„

Was für „Konserven" in diesen 930 Millionen Stück enthalten sind, wird leider nicht gesagt, und was Seife mit der Nahrungsmittelindustrie bzw. mit der Ernährung zu tun hat, bleibt uns unergründlich. Rog.

Japans Rohstoffpolitik in Südamerika

Neben Deutschland und Italien gehört Japan zu den Staaten, deren heimischer Boden für die Bedürfnisse ihrer Nationen nicht ausreicht. Japan hat sich zwar in Nordchina stark festgesetzt, aber die außerordentlich aufstrebende japanische Wirtschaft hat dort ihre Rohstoffbasis nicht finden können. Japan verlangt nach subtropischen und tropischen Gebieten, aus wirtschaftlichen und bevölkerungspolitischen Gründen, denn die Japaner fühlen sich im Norden nun einmal nicht wohl, und so steigt denn auch in Japan die Bevölkerungsdichte immer mehr an, wenn man von Nordjapan nach Südjapan kommt.

Da nun Japan die gewünschten Landgebiete nicht erhält, versucht es, sich wirtschaftlich in tropischen und subtropischen Gebieten festzusetzen. So mußte auch der „*Daily Telegraph*" bedauernd feststellen, daß die japanische Ausfuhr nach Niederländisch-Indien — im Gegensatz zur englischen Ausfuhr dorthin — ganz außerordentlich gewachsen ist. Das Hauptziel japanischer Wirtschaftsexpansion ist jedoch Südamerika und hier wieder Brasilien geworden.

Trotzdem die Japaner nur etwa rund ½ v. H. der brasilianischen Bevölkerung ausmachen, haben sie schon großen wirtschaftlichen Einfluß erworben. Im Staate Sao Paulo soll ihnen rund ⅓ des gesamten Baumwoll-Landes gehören (!). Die brasilianische Regierung hatte nun allerdings die japanische Einwanderung auf 2849 im Jahr eingeschränkt. Inzwischen haben aber die Freunde der ja-

Digitized by Google

panischen Einwanderung es durchgesetzt, daß die Einwanderungssperrbestimmungen so ausgelegt wurden, daß 1936 rund 5000 Japaner einwandern können. Auch das ist nicht viel, denn der Bundespräsident Vargas selbst (!) hat vor dem Kongreß erklärt, daß allein der Staat Sao Paulo einen zusätzlichen Bedarf von 40 000 japanischen Einwanderern habe. Die Japaner sollen dort in der Baumwollkultur besonders tüchtig sein.

Ganz allgemein jedoch wird für und gegen die japanische Einwanderung vor allem der Arbeitseifer und das Organisationstalent der Japaner geltend gemacht. Die einen erwarten sich davon eine Belebung der Wirtschaft, die andern einen scharfen Konkurrenzkampf.

Die Japaner haben also in Brasilien schon fest Fuß gefaßt. Freilich setzt sich auch Japan selber kräftig in Südamerika ein. So schickte Japan 1935 eine Wirtschaftsmission unter dem Kultusminister Hirao nach Brasilien, und einige Zeit später unternahm eine Gruppe von Absolventen der höheren Kolonialschule in Osaka eine Studienreise nach Brasilien. Brasilien hat nun seinerseits auch eine Wirtschaftsmission nach Japan geschickt, um den gegenseitigen Handel, der schon stark angewachsen ist, noch mehr zu erhöhen.

Uns geht diese Frage deshalb an, weil wir in letzter Zeit unsere Handelsbeziehungen gerade zu Südamerika stärker ausgebaut haben. Ge.

Querschnitt durch das Schrifttum

Ein umfassendes Kartenwerk

Velhagen & Klasings Großer Volks-Atlas, Verlag Velhagen & Klasing, Bielefeld und Leipzig 1935. 39 Seiten Text, 92 Seiten farbige Karten, 112 Seiten Namenverzeichnis. Ganzleinen RM. 13,50.

Dieser für den Hausgebrauch bestimmte Atlas bietet Länderkarten, die große, landschaftlich einheitliche Räume zusammenfassen. Kurze textliche Erläuterungen und statistische Übersichten gewähren einen Einblick in den sozialen und wirtschaftlichen Aufbau der einzelnen Länder. Völker-, Straßen- und Rassenkarten, Angaben über die Bevölkerungsdichte und die Geburtenbewegung vervollständigen das Bild.

Der dem Kartenteil voranstehende Text bringt das wichtigste erdkundliche Wissen insbesondere auch anschauliche Übersichten für den wirtschaftlich Interessierten.

Neben dem umfassenden Namenverzeichnis, mit dessen Hilfe auch kleine Ortschaften rasch auffindbar sind, enthält dieser Volksatlas ein Schlagwortverzeichnis, das eine kartenmäßige Übersicht unterstützt. Rei.

Die Folgen der Entrechtung Deutscher im Ausland

Kurt Vorbach, 200 000 Sudetendeutsche zuviel!, Deutscher Volksverlag G. m. b. H., München 1936, 384 Seiten (mit Photos, Karten, Tabellen), in Leinen geb. RM. 6,—.

Endlich besitzen wir eine gründliche Darstellung jener ungeheuerlichen Vorgänge, die sich jenseits der Grenzen in der tschechoslowakischen Republik abspielen. Seit dem Versailler Vertrag wird dort ein systematischer Vernichtungskampf gegen 3,5 Millionen Deutsche geführt, entgegen allen Verträgen und Abkommen.

Der Verfasser gibt zunächst einen Überblick über das geschichtliche Erbe der österreichisch-ungarischen Monarchie, das die CSR. bei ihrer Konstitution im Jahre 1918 antrat. 80 v. H. der gesamten Industrie der Doppelmonarchie lag im Gebiet der Sudetendeutschen, einem Volksschlag, der in vielhundertjähriger Entwicklung sich seine Grundlagen zu Wohlstand und kultureller Blüte geschaffen hatte. Reger Fleiß, erfinderischer Geist,

Digitized by Google

Strebsamkeit und wirtschaftliche Begabung bauten dieses „Manchester der Doppelmonarchie“ und brachten es zu blühendem Handel und Export. Die dichteste Industriebevölkerung Europas lebt in diesem Gebiet: 54 v. H. aller Berufstätigen waren 1913 in Industrie und Gewerbe beschäftigt (in England 46 v. H.). 15 v. H. der gesamten Zuckererzeugung, eine hochentwickelte Industrie — Eisen-, Porzellan-, Glas- und Holzindustrie — sieht auf manches Jahrzehnt fruchtbarster Produktion zurück.

Als 1918 die Sudetendeutschen in die tschechoslowakische Republik einbezogen wurden, trat schlagartig die Änderung ein. Obwohl vier Fünftel des Steueraufkommens der ČSR. von den Sudetendeutschen aufgebracht wurden, erhielten sie keine Staatsaufträge, wurden sie aus den Betrieben gedrängt und ihre Industrie sabotiert durch neue Industrieanlagen, die mit Hilfe des Staates im tschechischen Sprachgebiet errichtet wurden. Der Staat erbaute tschechische Schulen im deutschen Gebiet und schickte kinderreiche tschechische Beamte hin. Den 3,5 Millionen wurde sogar der Gebrauch ihrer Sprache verboten. Das Ziel ist, den sudetendeutschen Siedlungsraum den Händen der Deutschen zu entringen und die gesamte Industrie in tschechische Hände zu bringen. Der Verfasser zeigt, wie heute unmittelbar an der deutschen Grenze, unter unseren Augen, ein deutscher Volksteil planmäßig entrechtet und vernichtet wird.

Vor Jahren schon tat der tschechische Ministerpräsident Malypetr den Ausspruch, daß 200 000 Menschen nie mehr auf ihren Arbeitsplatz zurückkehren werden. Kurt Vorbach beweist, daß Malypetr die Sudetendeutschen im Auge hatte.

Diese Volksgruppe ist unterernährt, durch die lange Arbeitslosigkeit verarmt; der Gesundheitszustand ist zerrüttet. Ungefähr 80 v. H. der schulpflichtigen Jugend ist krank; Rachitis und Tuberkulose wüten unter ihnen. In Trinkseifen im Erzgebirge wohnen z. B. in den fünf Räumen des dortigen Armenhauses 40 Menschen. Wie groß der Mangel an Nahrungsmitteln ist, zeigt der Ausspruch eines Kindes, das in Gegenwart eines Arztes zu seiner Mutter sagte: „Mutter, ich bin so hungrig, gib mir Wasser!“

Seit 1918 haben über 30 000 Menschen in Sudetendeutschland aus Verzweiflung ihrem Leben ein Ende gemacht.

Das alles ist nicht die Folge einer Wirtschaftskrise, sondern erwiesenermaßen das traurige Ergebnis eines haßerfüllten, chauvinistischen Wirtschaftspolitik, deren Ziel die Vernichtung der Deutschen im Sudetenlande ist.

So vermittelt uns das Buch einen erschütternden Einblick in diesen Kampf einer unserer Volksgruppen um ihre Existenz.

Neben Presseberichten aller Parteien werden außer sudetendeutschen Quellen hauptsächlich auch die Zeugnisse tschechischer und marxistischer Politiker angeführt, wodurch ein Quellenwerk entstand, das zur erschütternden Anklage wird. Dgl.

„Die zweite Arbeitsschlacht“

Diese Schrift des Leiters der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. Bernhard Köhler gibt dem Propagandisten die grundlegenden Ausführungen des Leiters der wirtschaftspolitischen Truppe der NSDAP. zum zweiten Vierjahresplan!

Der Preis der Broschüre beträgt RM. -.50

Bei Bestellung einer größeren Stückzahl ermäßigt sich der Preis wie folgt:

Bei Abnahme von

50 Stück je Stück RM. -.44
100 Stück je Stück RM. -.40
1000 Stück je Stück RM. -.36
10000 Stück je Stück RM. -.32

Die Schrift kann durch alle Buchhandlungen bezogen werden oder durch den Zentralverlag der NSDAP., München 2 NO, Thierschstraße 11.

Digitized by Google

Die „Nationalökonomie der Zukunft" ist da!!

In einem der letzten Hefte des Jahrganges 1936 mußten wir uns schon einmal mit einer zweifellos wohlgemeinten „Anleitung zur Verbesserung unserer Wirtschaftslage" auseinandersetzen.

Damals war es eine Weltwirtschaftslehre, für die wir leider nicht das nötige Verständnis aufbringen konnten, heute ist es gar eine Totale Staatswirtschaft, „ein Programm und eine Grundlehre der Nationalökonomie der Zukunft". Der gütige Verfasser, der seine Arbeit als „Richtlinie für eine neue Weltwirtschaftsordnung, nach der schon seit Jahrtausenden gesucht wird", betrachtet, gestattet uns eingangs ausdrücklich, uns mit seiner „wissenschaftlich, sachlich und folgerichtig entwickelten Staatswirtschaft" zu befassen: „Ich stelle meine und meiner Mitarbeiter Arbeit gern unter jede staatliche und staatlich anerkannte Parteikontrolle".

Der geschickte Schreiber versichert, daß seine Lehre mit ihren 80 Punkten vom Bolschewismus weit entfernt sei (wie „Kultur von der Barbarei"!), er hätte aber den schier paradiesischen Charakter seiner Schöpfung noch besser herausheben sollen. Nach Durchführung der Totalen Staatswirtschaft werden unter anderem „nicht mehr geduldet":

> Steuern und Zölle, Privatbanken, Leihhäuser, Staats- und Wohltätigkeitslotterien, Gerichtsvollzieher, Offenbarungseide,
> Sammler für wohltätige Zwecke (ha, jetzt hat er's dem WHW. gegeben!),
> Hausierer, Straßenhändler.

Die auch sonst in dieser Schrift enthaltenen zeitfremden Auffassungen dienen mehr der Erheiterung als einer ernsthaften Betrachtung. Wir möchten wünschen, daß das Abfassen von geistigen Produkten nach Art der „Nationalökonomie der Zukunft" bald der Vergangenheit angehört. Rei.

Gegen NS.-Scheinheilige in der Wissenschaft

Dr. Ottokar Lorenz. Um eine neue Wirtschaftswissenschaft (2 Reden und 12 Thesen); Schriften des Instituts für angewandte Wirtschaftswissenschaft: Verlag für Sozialpolitik, Wirtschaft und Statistik, Paul Schmidt, Berlin 1936, 42 S. kart. RM. 1,20.

Gebietsführer Dr. Ottokar Lorenz, wirtschaftspolitischer Referent der Reichsjugendführung, befaßt sich in zwei Reden, die jetzt gedruckt vorliegen, unter anderem mit der sogenannten „Voraussetzungslosigkeit" einer gewissen Wirtschaftswissenschaft. Unsere wirtschaftliche Betrachtung, in deren Mittelpunkt das Volk steht, kommt zu ganz neuen Wertungen, bei denen einer sogenannten Weltwirtschaft oder Markt- und Preisvorgängen keine entscheidende Rolle mehr zugemessen werden kann.

Den Vorträgen entnehmen wir mit besonderem Interesse die Feststellung, daß in einer echten Volkswirtschaft der Haushaltsgedanke im Vordergrund zu stehen hat und daß den qualitativen Unterschieden der wirtschaftlichen Güter, wie Produktionsdauer, Gebrauchsdauer, Lagerfähigkeit, Ersetzbarkeit usw., eine besondere Bedeutung zukommt, die früher vollkommen zugunsten der Quantität zurückgedrängt wurde.

Es ist sehr wesentlich, daß der weitverbreiteten Auffassung, die Aufgabe der Wirtschaft sei Bedarfsdeckung, die zu einer immer stärkeren Einschränkung der Bedürfnisse und schließlich zur totalen Planwirtschaft führen müßte, entgegenzutreten versucht wird.

Es ist besonders begrüßenswert, daß sich diese Schrift eindeutig gegen Versuche wendet, kapitalistische Tendenzen und Auffassungen möglichst unversehrt in das nationalsozialistische Wirtschaftsdenken einzuschmuggeln.

Die 12 Thesen zu einer neuen Wirtschaftswissenschaft am Ende der Schrift fassen Gesichtspunkte der beiden Vorträge zusammen. Unt.

Digitized by Google

Es sind nicht die Werbeprämien

die den „eigentlichen Anstoß" dazu geben, daß sich die Bezieherzahl der „Mitteilungen" ständig erhöht.
Die Werbeprämienaktion, die während der Monate Oktober und November 1936 durchgeführt wurde, konnte mit der erfreulichen Zahl von 3422 Neubestellungen abgeschlossen werden.
Im Laufe des Januar 1937 wurden nun so viele neue Bezieher gemeldet, daß bis Anfang Februar 1937 ein Bezieherstand von 23350 erreicht war. Das bedeutet allein im Monat Januar eine Steigerung um

2152

Und das ohne Werbeprämien! Es wurde ohne die „anfeuernde" Aussicht auf ein Buch oder eine andere wertvolle Prämie geworben. Das erst macht den erzielten Erfolg noch wertvoller. Damit ist aber auch bewiesen, daß unsere Leser sich aus Überzeugung für die Werbung neuer Bezieher eingesetzt haben.
Gerade jetzt, bei Beginn des Vierjahresplanes ist dieser geschlossene Einsatz um so mehr notwendig, als ja die Durchführung der neuen großen Arbeitsaufgaben, die der Führer dem deutschen Volk gestellt hat, hohe Anforderungen negativer und positiver Art an die wirtschaftspolitische Propaganda und Aufklärung stellen werden.
Die „Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP." waren von vornherein

für den Propagandisten der Bewegung

bestimmt und in der gesamten Gestaltung des Inhalts auf seine besonderen Bedürfnisse abgestellt. Sie werden ihn auch in Zukunft mit „Material" für seine Aufklärungsarbeit versehen.
Nachdem jetzt auch Angehörige der Gliederungen der Partei (SA., SS., NSKK., HJ., NSDStB.) die „Mitteilungen" erhalten können, sind die Möglichkeiten zur Vergrößerung des Leserkreises so groß, daß jeder Leser der „Mitteilungen"

monatlich einen neuen Leser

werben könnte.

Die Kommission zieht um

Die Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. bezieht Anfang März ein eigenes Dienstgebäude in der Nähe des Braunen Hauses. Die Anschrift lautet künftig: Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., München, Karlstraße 24. Fernsprechnummer: 57134, 57135, 54010, 54070.

Digitized by Google

Wie bereits bekanntgegeben, veranstaltet die

Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.

am 1. März 1937, abends 19^{30} Uhr, gleichzeitig mit der Leipziger Frühjahrsmesse die bereits Tradition gewordene

Frühjahrskundgebung

Das Thema dieser Kundgebung lautet:

„Wille zum Welthandel"

Es sprechen:

Der Gauwirtschaftsberater des Gaues Sachsen der NSDAP., Staatsminister

Georg Lenk

Der Außerordentliche und Bevollmächtigte Botschafter des Deutschen Reiches

Hans Joachim von Ribbentrop

und der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.

Bernhard Köhler

Die Kundgebung findet in der Albert-Halle des Kristallpalastes zu Leipzig statt.

Eintrittskarten sind, soweit noch vorrätig, zum Preise von RM. 5,—, im Büro des Gauwirtschaftsberaters des Gaues Sachsen, Dresden A 1, Bürgerwiese 24, zu erhalten.

Verantwortlicher Schriftleiter: Udo Pfriemer, München 23, Herzog Wilhelmstr. 32 (Reichsadler) Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, Thierschstraße 11 / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Nur durch die Dienststellen der NSDAP. / Erscheinen: Zweimal im Monat / Preis des Heftes: 18 Pfennig

Digitized by Google

Mitteilungen der Kommission für

Wirtschaftspolitik der NSDAP

Heft 6 Jahrgang 2

Nachdruck - auch auszugsweise - nicht gestattet!

Der Führer auf dem Bückeberg 1936:

Sehen Sie in mir, meine Volksgenossen, den Mann, der mit rücksichtsloser Entschlossenheit die höheren, gemeinsamen, in der Vernunft und der Wirklichkeit begründeten Interessen der Nation wahrnehmen wird gegenüber dem Egoismus der einzelnen.

Ich werde nicht dulden, daß irgendeiner kommt und sagt: Den Preis für meine Ware oder den Lohn für meine Arbeit bestimme ich mir selbst. Mein lieber Freund! Wenn Dich dieser Wahnsinn aber selbst bedroht, beschützt Du Dich dann auch selbst? Dann wird Dir [illegible] einmal die Notwendigkeit [illegible] daß über Dir eine starke Autorität [illegible] auch Dich in ihren Schutz [illegible]

Unentbehrlich zum Wirtschaftsverständnis

Aus dem Inhalt:

Udo Pfriemer: Streiflichter zum Wirtschaftskleinkrieg

Edgar Bissinger: Schädigung des deutschen Volksvermögens durch Herstellung von Schund

Hanns Czekalla: Im Kampf gegen jüdischen Dreh!

Alf Noll: Das Ende einer „Sachwert"hausse

Erwin Rogalski: Die gesprochene Zeitung

Die Idee siegt weiter ...

Ein Blick in die Rüstkammern der Katholischen Aktion

März 1937

Zentralverlag der NSDAP

Digitized by Google

Bernhard Köhler:

... Allerdings ist die Entschiedenheit, mit der wir unsere Wirtschaft gegen die Eingriffe internationaler Spekulantengruppen verteidigen, ein wesentlicher Bestandteil der Politik, die einen dauernden, völligen Arbeitseinsatz und eine steigende Lebenshaltung des Volkes zu verbürgen hat.

Udo Pfriemer:

Streiflichter zum Wirtschaftskleinkrieg

Eine große Schlacht besteht aus einer Unzahl von Einzelgefechten. Die Arbeitsschlacht des deutschen Volkes ist ebenfalls ein Kampf, der jahrelang und an abertausend Stellen durchgefochten werden mußte und noch heute nicht allerorts beendet ist. Dieser Kleinkrieg gehört zur Wirtschaftspolitik wie zu jeder Arbeit und jedem Einsatz.

Während die Führung ihren Willen zum Welthandel erklärt und mühsam den Handelsverkehr zwischen den Staaten in Gang zu bringen versucht, gibt es Zeitgenossen, welche nicht einmal die vorhandenen Exportmöglichkeiten auszunützen gedenken. Während zu einer sorgsamen Überwachung des gesamten Devisenverkehrs eine Devisenbewirtschaftung eingerichtet werden muß, versuchen Angehörige gewisser Organisationen auf allerhand krummen Wegen Devisen doch ins Ausland zu bringen. Während bessere Qualitäten gefordert werden, werden von einzelnen Wirtschaftern nach wie vor übelste Schundwaren hergestellt und vertrieben. Während die Wirtschaftslage in Deutschland heute die Tendenz einer allgemeinen Verbilligung zeigt, versuchen Einzelgänger Gründe und Mittel ausfindig zu machen, um immer wieder höhere Preise zu verlangen. Während auf eine zweckmäßige Verteilung der Rohstoffe gesehen wird, versuchen einzelne Firmen mit ihren Kontingenten Kuhhandel zu treiben. Während überall der härteste Kampf der nationalsozialistischen Front gegen das Judentum stattfindet, glaubt die oder jene Firma, bei ihren Juden besondere Fähigkeiten entdecken zu dürfen und sie gegenüber deutschen Volksgenossen sogar zu bevorzugen.

Wir finden bei diesen Saboteuren unserer Arbeit meist noch Reste marxistischen oder kapitalistischen, reaktionären oder spießerischen Denkens. Wir werden aber auch diese Gegner durch unseren stetigen Angriff aus ihren Stellungen jagen und mögen diese scheinbar noch so gesichert und getarnt sein.

Im vorliegenden Heft unserer Zeitschrift „Wirtschaftspolitik der NSDAP." haben wir einige Streiflichter aus diesem Wirtschaftskleinkrieg gebracht.

Als Nationalsozialisten werden wir nie in die Gefahr kommen, uns in diesem Kleinkrieg zu verzetteln, aber auch der Kleinkrieg muß durchgefochten sein, sollen die großen Schlachten unserer Erneuerungsbewegung gewonnen werden.

Digitized by Google

Gift
P. M. Myers
6-19-61

Edgar Bissinger:

Schädigung des deutschen Volksvermögens durch Herstellung von Schund

Anfang dieses Jahres sagte Bernhard Köhler: „Glänzender Schund ist weniger vorteilhaft und weniger vornehm als würdiges Dauergut." Der Kampf gegen den Schund ist ebenfalls ein Kampf um eine bessere Wirtschaft. Ihn täglich zu führen gehört mit zu den Aufgaben wirtschaftspolitischer Wirksamkeit.

In jedem Gut, das im Produktionsgang unserer Wirtschaft hergestellt wird, möge es nun seiner Gattung nach zu den Verbrauchs- oder Investitionsgütern gehören, steckt nicht nur Arbeit, sondern steckt auch ein Teil unserer Rohstoffe drin. Es ist dabei zunächst gleichgültig, ob es sich um eine Ware handelt, die aus deutschen oder aus gegen Devisen aus dem Ausland bezogenen Rohstoffen hergestellt wurde. An irgendeinem Punkt tritt der Rohstoffverbrauch für ihre Herstellung in unserer Rohstoffbilanz auf.

Auch ein Abschnitt unseres Wirtschaftskleinkrieges

Es ist heute wohl allen deutschen Volksgenossen bekannt, daß wir die größten Anstrengungen machen, um die Knappheit vieler Rohstoffe zu beseitigen, und daß heute diese Frage durchaus nicht nur von dem Gesichtspunkt des Austausches ausländischer gegen deutsche Rohstoffe (Treibstofferzeugung, Buna, Kunstharze usw.) aus betrachtet wird, sondern daß sie auch von dem Gesichtspunkt der zweckmäßigen Verwendung der zur Verfügung stehenden Rohstoffmengen bestimmt werden muß.

Schund ist und bleibt minderwertige Ware, ganz gleich, ob sie nun etwa in unserer Bekleidungswirtschaft oder in irgendeinem anderen Wirtschaftszweig hergestellt wurde. Als die Hauptkennzeichen des Schundes sind zu nennen: Nicht zweckentsprechende Herstellung und Verarbeitung des betreffenden Gutes, wodurch die Verbrauchsdauer bzw. die Verbrauchseignung herabgemindert wird. Um es an einem praktischen Beispiel zu nennen: Ein Gewebe, das aus den Fasern besteht, die in der Fabrikation nicht richtig aufgeschlossen wurden, wird einen Ersatz innerhalb kurzer Zeit notwendig machen. Bei materialgerechter und sorgfältiger Verarbeitung hätte man mit dem gleichen Rohstoffaufwand, mit dem man ein minderwertiges Stück herstellte, ein dauerhaftes schaffen können. Ein Ersatz hätte sich erübrigt und während in solchen Fällen Rohstoffe für mehrere Gewebe verbraucht werden, wäre man mit einem einmaligen Aufwand ausgekommen.

Man kann also wohl sagen, daß unsere Rohstoffeinteilung empfindlich durch die Herstellung von Schund geschädigt wird, denn diese Beispiele ließen sich beliebig vermehren. Sie gelten genau so etwa für die Verwendung von teuren Rohstoffen in den der Mode unterworfenen Gegenständen, die bei jedem Modenwechsel, ohne daß ein wirklicher Verbrauch stattgefunden hätte, in den Abfall kommen und von dort erst mühsam durch Altstoffsammlung und Wiederaufbereitung neu verwendungsfähig gemacht werden müssen.

Digitized by Google

Schund bedeutet Schaden

Wenn aber dieses Problem, von der Produktionsseite aus betrachtet, in angespannten Wirtschaftszeiten, wie wir sie heute durchleben, sehr dringlich ist, ist diese Frage von der Verbraucherseite aus als noch brennender zu betrachten.

Für den Verbraucher kommt nämlich bei der Verwendung von Schund ein fühlbarer Schaden heraus, denn wenn auch die minderwertige Ware vielleicht um einige Hundertteile billiger als das wirklich zweckentsprechende Produkt ist, so wird die Gesamtausgabe für den gleichen Zweck im gleichen Zeitraum erheblich höher sein und dementsprechend das Einkommen des Verbrauchers mehr belasten. Es ist weder produktionstechnisch gesehen, noch von der Verbraucherseite her betrachtet, richtig — als Beispiel genommen — in zwei Jahren vier Bekleidungsstücke zu verschleißen, als zwei wirklich Gebrauchsfähige zu tragen.

Man wird vielleicht einwenden, daß für den Verbraucher die augenblickliche Ausgabe für den hochwertigen Gegenstand zu groß sei und er daher gezwungen wäre, sich zu seinem eigenen Schaden immer wieder dem billigen Schund zuzuwenden.

Wir wissen auch, daß Juden mit Hilfe gewisser Wirtschaftsformen diesen Zug zum Schund bewußt gefördert haben, weil ihre Verdienstmöglichkeiten durch den öfteren Warenumschlag viel größer waren. Aber gerade deshalb muß das Bestreben, volkswirtschaftlich richtig zu handeln, um so schärfer durchgesetzt werden. Die Mittel hierzu sind einmal Beeinflussung der Produktion durch entsprechende Anweisungen, und zum anderen durch zielbewußte Nachfragelenkung, die einmal durch Aufklärung der Verbraucher über die Unvorteilhaftigkeit der Schundeinkäufe erfolgt und die dann weiterhin den Handel der verschiedenen Branchen wieder zu einem zuverlässigen Berater seiner Kunden macht.

Handel verlangt Anstand

Gerade auf diesem Gebiet können sämtliche Zweige des Handels eine große Mission erfüllen und ihren volkswirtschaftlichen Wert besser als durch alles andere beweisen. Hierzu ist aber notwendig, daß insbesondere dem Nachwuchs wiederum eine gründliche Warenkenntnis vermittelt wird, die ihn in den Stand setzt, die Gebrauchsfähigkeit und Haltbarkeitsdauer der einzelnen Waren richtig zu beurteilen.

Man darf die Beeinflussungsmöglichkeit, die allein schon in der Verkaufsauswahl, Lagerzusammenstellung und vor allem in der mündlichen Einzelempfehlung des Kaufmannes an seinen Kunden zum Ausdruck kommt, nicht unterschätzen. Wenn die Hersteller von Schund und deren Vertreter abgewiesen werden, wird dieses volkswirtschaftliche Übel schnell eingedämmt sein.

Wie wirksam eine derartige Erziehung ist, haben wir im vergangenen Sommer auf dem Gebiet des kulturellen Schundes gesehen, wo durch die zielbewußte Propaganda vor allem der Parteipresse der weitaus überwiegende Teil des Handels sich schämte, den angeprangerten Kitsch und Schund noch auszustellen bzw. zum Verkauf anzupreisen.

Digitized by Google

Bei dem Schund, der als Folge schlechter Verarbeitung oder schlechten Materials entsteht, wird die Erziehungsarbeit freilich wesentlich schwieriger sein, weil hier einmal dem Laien der Unterschied nicht so ohne weiteres ins Auge fällt und außerdem auch finanzielle Augenblickserwägungen des einzelnen eine erhebliche Rolle spielen. Wenn aber alle beteiligten Stellen zusammenarbeiten, so wird auch die Mühe auf diesem Gebiet nicht vergeblich bleiben.

Hanns Czekalla:

Im Kampf gegen jüdischen Dreh!

Judenspiegel

Es gab einmal ein Märchen, das Märchen vom anständigen Juden, das in tausend Variationen in Deutschland umherspukte. Endlich hat man erfaßt, daß es wirklich nur ein Märchen war. Der Jude bleibt immer der alte: ein ewiger Schmarotzer.

Der Jude Karl Marx hat einmal über seine Stammesgenossen folgendes geschrieben: „Welches ist der weltliche Zug des Judentums? Das praktische Bedürfnis, der Eigennutz. Welches ist der weltliche Kultus der Juden? Der Schacher. Welches ist sein weltlicher Gott? Das Geld." Von dieser Zeichnung des jüdischen Charakters brauchen wir nichts abzustreichen; sie entspricht ganz und gar dem, was wir vom jüdischen Wesen kennen und kennengelernt haben. Dazu kommt, daß der Jude in der Wahl der Mittel, die ihn zum Ziele führen, durchaus nicht peinlich ist; er geht über Leichen. Und daß er darüber hinaus gleichgültig ist gegenüber Qualitätswerten, daß er unfähig ist, das Persönliche und Lebendige zu würdigen, vervollständigt nur das Bild, das wir von ihm haben.

Wir wissen, daß der Jude sich stets um den Handel, Geld- und Warenhandel, besonders gekümmert hat, und daß er hier seine skrupellose Sucht nach Geld ehestens befriedigen konnte und kann. Auch heute, nach der nationalsozialistischen Revolution — wohl gerade deshalb —, herrscht in jüdischen Kreisen ein außerordentlich starker Geldhunger, herrscht die Gier, von diesem soviel wie nur irgend möglich in Besitz zu bekommen. Daß das dem Juden heutigentags nicht mehr so ganz gelingt, mögen die folgenden Beispiele kurz zeigen:

Die Arier-GmbH. des Judenkonzerns

Es besteht ein jüdischer Konzern, der vor der nationalsozialistischen Revolution etwa fünfzig einbringliche Filialen hatte, die über ganz Deutschland unter fremder Firmenbezeichnung — der Konzern trat also nicht nach außen in Erscheinung — verstreut waren. Diese Filialen bekamen Kapitalien mit der Auflage, sie zu verzinsen, die Wareneinkäufe über den Konzern bzw. die Konzernfirmen zu tätigen und den halben oder ganzen Jahresgewinn, je nach Vereinbarung, abzuführen.

Bei Ausbruch der Revolution und unmittelbar nachher sickerte aber die starke finanzielle und warenmäßige Bindung der Filialen mit dem jüdischen Konzern durch. Die Konzernjuden sahen sich genötigt, eine noch

Digitized by Google

bessere Tarnung ihres Filialbetriebes durchzuführen. Sie gründeten zu diesem Zwecke eine GmbH., setzten dort als Geschäftsführer und Gesellschafter arische Angestellte des Konzerns ein, nachdem sie ihnen die Forderungsansprüche des Konzerns an die in der Provinz liegenden Firmen zum reinen Nennwert der Forderungen verkauft hatten. Diese Forderungsansprüche brachten die Arier kapitalmäßig in die GmbH. ein.

Die Gesellschafter haben die in die GmbH. eingebrachten Forderungen aber nicht mit eigenen Mitteln gekauft; sie schulden die Kaufpreise dem Konzern zinslos bis auf weiteres. Der Konzern hat sich wegen der Zinslosigkeit der Darlehen mit einer prozentualen Beteiligung am Umsatz gesichert. Nachträglich hat die GmbH. dem Konzern noch ein Nachforderungsrecht auf die Kaufsummen freiwillig zugebilligt.

Die Gesellschafter der GmbH. sind darüber hinaus selbst Inhaber von mehreren Geschäften, die sie ebenfalls von dem Konzern gekauft haben. Diesen Kaufverträgen ist die GmbH. beigetreten, indem sie die Ablösung der Kaufsumme gegenüber dem Konzern übernahm und nun die Gesellschafter in ein Schuldverhältnis zur GmbH. traten.

Alle diese Abmachungen lassen klar erkennen, daß der ganze Verkauf an die Arier nur eine äußere Form darstellt, schon deshalb, weil die Arier überhaupt kein Risiko durch den Kauf übernommen haben. Überdies werden die Geschäftsverluste der Filialen auf Grund von Sonderverträgen von der GmbH. getragen, die Jahresgewinne dagegen dem Konzern durch die nachträgliche Anerkennung eines Kaufpreisnachforderungsrechtes zugeführt. Die Arier sind nur als Treuhänder zwischengeschaltet. Die GmbH. ist aber nichts anderes als eine Sicherung des jüdischen Großeinkommens und wird als solche gewertet.

Der Fall ist ein Musterbeispiel dafür, wie jüdische Unternehmer es verstehen, aus der Öffentlichkeit als Unternehmer von Betrieben zu verschwinden und doch die Nutznießer dieser Unternehmungen zu bleiben und sich sogar die letzte Entscheidung in allen geschäftlichen Angelegenheiten zu sichern.

Ein Beispiel von Steuerbetrug

In den Außenständen einer Aktiengesellschaft befanden sich Forderungen an die beiden jüdischen Vorstandsmitglieder, die gleichzeitig alleinige Aktionäre der Gesellschaft waren, im Betrage von zusammen 200 000 Reichsmark. Das entsprach etwa 30 v. H. des Grundkapitals. Diesen Betrag schuldeten die Vorstandsmitglieder der Aktiengesellschaft für Warenentnahmen, Geldabhebungen, kurz für reine Privatentnahmen, die im Laufe der Jahre auf diese Summe angewachsen waren.

Um diese ihre Schulden abzudecken, verkauften die beiden Aktionäre = Vorstandsmitglieder nom. RM. 200 000 Aktien für 200 000 RM. an die Aktiengesellschaft. Die Aktiengesellschaft setzte das Grundkapital um diesen Betrag herab und verwandte den Buchgewinn aus der Kapitalherabsetzung zur Abschreibung der Vorstands- und Aktionärschulden.

Die Herabsetzung des Grundkapitals sollte lediglich einen Weg bieten, den Gewinn von 200 000 RM. einkommensteuerfrei auszuschütten.

Das Manöver der Juden gegen die Steuerpolitik des nationalsozialistischen Staates ist natürlich fehlgeschlagen, weil der wirtschaftliche Verkehr zwischen

Digitized by Google

den Aktionären und der Aktiengesellschaft und zwischen Aufrichtsrat — die Ehefrauen der Juden waren der Aufsichtsrat der AG.! — und Vorstand sich in einer Weise abspielte, der mit den Erfahrungen des Lebens nicht im Einklang stand. Zum anderen waren Zahlungsfähigkeit und Flüssigkeit des Unternehmens gut und die Herabsetzung des Grundkapitals aus betriebsinneren Gründen durchaus nicht notwendig.

Diese Beispiele bestätigen eine uns heute selbstverständlich gewordene Erkenntnis: Der Jude lebt nur mit und durch Betrug, er lebt nur mit und durch die Lüge. Man hat bis zum Ausbruch der nationalsozialistischen Revolution diesem Treiben mit Verständnis und Empfänglichkeit für fremde Eigenart zugesehen. Man hat nicht die Folgerungen aus dieser Handlungsweise gezogen, weil wir keinen Staat hatten, der uns mit Stolz zu erfüllen vermocht hätte; der Staat selbst war ein Instrument jüdischer Machtgier. Er zwang uns zur Bescheidenheit und Unterwürfigkeit gegenüber einer Rasse, die uns völkisch und wirtschaftlich töten wollte, um selbst herrschen zu können.

Die Judenherrschaft ist gebrochen! Wir treiben heute die Wirtschaftspolitik, die nicht der jüdischen Rasse, sondern ausschließlich dem deutschen Volke zugute kommt.

Alf Noll:

Das Ende einer „Sachwert"hausse

Es kommt vor, daß das Kapital nach Anlage sucht. Das ist eine ganz natürliche und sehr begrüßenswerte Tatsache, dafür gibt es ja Reichsanleihen usw. Es kommt aber vor, daß sich das Kapital weniger erfreulich betätigt. Immer wieder passiert es, daß Juden und ein paar Dummköpfe, die ihnen nachlaufen, nach „besonderer Betätigung" suchen.

Im Herbst 1936 hat sich nochmals ein Stück Kapital- und Börsengeschichte nach typisch kapitalistischem Muster abgespielt. Es war ein richtiges jüdisches Gerenne. Recht erhebliche, vorwiegend natürlich jüdische Gelder versuchten nämlich, durch das vermeintliche Hintertürchen der Auslandswerte heimlich und schnell dem Hoheitsbereich der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik zu entkommen.

Der Kapitalexport aus Deutschland hat schon vor dem Weltkrieg meist wenig außenhandelspolitischen Instinkt gezeigt. Wurden doch wahllos fremde Staatsanleihen gezeichnet, merikanische, österreich-ungarische und schweizerische Eisenbahnen finanziert. Der nicht unerhebliche Besitz an Auslandswerten wurde dann systematisch enteignet. Dafür sorgte das Versailler System. Dafür sorgten die Abtretungen auf Verlangen der Reparationskommission. Immerhin verblieb aber noch ein Teil des Besitzes an Auslandswerten, auch als die Devisenbewirtschaftung eingeführt wurde.

Geheimnisvolle Kursüberhöhungen

Eine recht komplizierte Verbindung von Waren- und Finanzgeschäften im Außenhandel führte dazu, daß sich — übereinstimmend mit der sogenannten

Digitized by Google

Exportvaluta — eine Kursüberhöhung gegenüber den ausländischen Kursen der gleichen Werte herausbildete. Diese Geschäfte wurden nun mehr und mehr kontrolliert und eingeschränkt; schließlich wurden sie nur noch mit ganz besonderer Genehmigung zugelassen. Damit mußte jedermann annehmen, daß der Zusammenhang zwischen inländischem Kursstand der ausländischen Wertpapiere und Exportvaluta aufgehoben sei.

Die Kurse stiegen aber nach wie vor. Ja die Kursbewegung beschleunigte sich im Tempo und weitete sich auch umsatzmäßig stark aus.

Die nähere Beobachtung zeigte, daß sich vor allem Gelder, die aus der Übertragung jüdischer Geschäfte und Unternehmungen flüssig geworden waren, diesem Anlagegebiet zuwandten, und diese Gelder waren recht umfangreich.

Jauberei mit Auslandswerten

Die Bevorzugung der ausländischen Wertpapiere erfolgte ganz eindeutig aus zwei gründen: Einmal erblickte man in diesen Anlagen die Möglichkeit einer irgendwie und irgendwann einmal ohne weitere größere Einbuße zu erreichenden Vermögenstransferierung (oder deutlicher gesagt: Kapitalflucht), zum anderen galt die Anlage als „wertsicher".

Mehr und mehr breitete sich auch die Beteiligung an dem Spiel aus, ein unaufhaltsames Steigen der Kurse galt als unvermeidbar, weil sich angeblich darin die „Entwertung der Mark" ausdrücke. Die Spekulation war also „todsicher".

Die Dinge nahmen höchst unerfreuliche Formen an, die deutschen Märkte wurden, so im September, völlig vernachlässigt, deutsche Wertpapiere zum Teil verkauft, „Ausländer" hatten Hausse. Unbekannte „Werte" wurden von geschäftstüchtigen Vermittlern „an den Markt" gebracht". Trotz schon erfolgter Erschwerung der Hereinnahme neuer ausländischer Titel haben gerade jüdische Firmen damals den deutschen Markt mit höchst fragwürdigen Phantasiepapieren „bereichert" und dabei erhebliche Zwischengewinne gemacht; es entwickelte sich großes Geschäft beispielsweise in sogenannten „Eisenbahnquoten" der aufgeteilten österreichischen Bahnen, in Tiroler Vorkriegspfandbriefen, natürlich in „Russen", wie überhaupt in einem Rattenschwanz östlicher Titel, mit denen die Phantasie und Spekulation angeregt wurde.

Eins ist Zwei und Zwei ist Drei

Die an sich sehr niedrigen Kurse, vielfach nur wenige Prozent oder Bruchteile davon betragend, verdoppelten, verdreifachten, vervielfachten sich sehr rasch und ließen den geschäftlich ebenso gerissenen wie hinsichtlich der Beachtung deutscher Interessen skrupellosen Zwischenhändlern einen erklecklichen Nutzen.

Die üble Erscheinung einer Angestelltenspekulation zeigte dem Kenner den genauen Barometerstand der Ausschreitung an. Die Börsenleitungen versagten. Von keiner amtlichen Börsenstelle ist damals eine eindeutige Erklä-

Digitized by Google

rung, daß eine solche Entwicklung mit den deutschen Interessen und mit nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik unvereinbar sei, abgegeben worden. Als man sich vorsichtig äußerte, war es bereits zu spät, es half nur die Radikalkur.

Das Ende des Zaubers

Dann griff das Reichswirtschaftsministerium ein. In mehreren Verordnungen wurde ein weiterer Tausch von Valutawerten mit dem Ausland fast ganz unterbunden; der größte Teil wurde einem Depotzwang unterworfen und schließlich eine Umsatzgenehmigungspflicht mit Streichung der Börsenkurse eingeführt.

Diese Maßnahmen, über die natürlich die Börse sehr „verstimmt" war (was nicht hinderte, daß die gleichzeitig aufgelegte Reichsanleihe um 100 Millionen überzeichnet wurde), genügten, um mit dem ganzen Spuk vollständig aufzuräumen. Von den Geldern, die sich in den letzten Wochen und Monaten so lebhaft zu den neuen deutschen Anlagemöglichkeiten gedrängt haben, kam ein erheblicher Teil von den Resten des Valutenmarktes. Empfindliche Vermögensverluste, eine Reihe von Zusammenbrüchen jüdischer Bankfirmen bezeichnen die verunglückte Kapitalexpedition nach Valutaland — eine drastische Lehre, daß die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik jeden Versuch des Kapitals, „eigengesetzliche" Wege zu gehen, unerbittlich vereitelt.

Nachträgliches Jammern hätten sich die Mitläufer ersparen können, wenn sie sich sehr eingehend weniger mit den Chancen einer Spekulation als mit dem Wesen und den Zielen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik bekannt gemacht hätten: das Kapital hat der Politik zu gehorchen und gehorcht ihr.

Erwin Rogalski:

Die gesprochene Zeitung

In der Redaktion der „Flüsterzeitung" arbeiten drei Sorten von Menschen: die bewußten Lügner, die irgendeine Lüge verzapfen, weil sie dafür bezahlt werden oder sich am Nationalsozialismus rächen wollen, die Meckerer, die jeden Unsinn aufgreifen und maßlos übertreiben, und als dritte Kategorie die Stumpfsinnigen, die jedes Gerücht gedankenlos so schnell wie möglich weitererzählen. Der Kampf gegen Lüge, Übertreibung und Dummheit ist eines der wichtigsten Momente unseres Wirtschaftskleinkriegs.

Von einer Zeitung im üblichen Sinne erwartet man, daß sie als periodische Druckschrift erscheint, gegen Bezahlung abgegeben wird und sich an einen bestimmten Leserkreis wendet.

Der Agent einer uns feindlichen Propaganda weiß ganz genau, daß es ihm heute unmöglich ist, Druckschriften herauszugeben, bei denen derartige Bedingungen erfüllbar sind. Anderseits wird er zäh und beharrlich alle Möglichkeiten ausnützen, um durch falsche Parolen den Boden für eine bestimmte

Digitized by Google

Propaganda aufzulockern oder doch zumindest Unruhe in die Bevölkerung zu tragen. An die Stelle der geschriebenen Zeitung tritt die gesprochene, die Flüsterzeitung!

Der tüchtige Agent spielt den „Redakteur", die Rolle der Werber übernimmt uneigennützig das sensationslustige Publikum, und die Leitartikel „unseres Sonderberichterstatters" funken liebenswürdigerweise der Moskauer oder der Straßburger Sender.

Gerüchte werden gemacht

Der Redakteur der gesprochenen Zeitung hat es leichter als seine Kollegen von der Weltpresse. Er läßt irgendeine Meldung vom Stapel, für deren Richtigkeit er nicht verantwortlich zu zeichnen braucht, denn er selbst bleibt vorsichtig im Dunkeln sitzen. Faßt er außerdem diese Falschmeldung in entsprechend geschickter Form ab, dann kann er sicher sein, daß sich eine Reihe von „Hilfsredakteuren" einschaltet, die durch eigenmächtige Ausschmückung und Übersteigerung der eben gehörten Meldung sozusagen für die „schönen Schlagzeilen" sorgt!

Wenn heute irgendwo in Deutschland ein Schriftleiter in Nichtachtung seiner hohen Verantwortung sein Amt mißbraucht, dann wird er zur Rechenschaft gezogen, denn er ist für die Bildung der öffentlichen Meinung verantwortlich. Um wieviel härter müßte ein Gerüchteverbreiter belangt werden, der sich den Einfluß auf die öffentliche Meinungs- und Willensbildung anmaßt und als Meinungsmacher Staat und Partei heimtückisch angreift. Diejenigen aber, die aus Gedankenlosigkeit an der Verbreitung von Falschmeldungen mithelfen, vergessen, daß es im Weltkriege unzählige Beispiele dafür gab, wo falsche Gerüchte den Schwung und die Stoßkraft ganzer Offensiven zerschlugen...

Wenn der Jude oder der bolschewistische Agent einsieht, daß er mit den gewöhnlichen Kampfmitteln seinen Gegner nicht zu Boden zwingen kann, dann greift er zu dem Mittel der Flüsterzeitung. Wenn in der Zeit vor der Machtübernahme die Marxisten feststellen mußten, daß die SA. trotz des blutigsten Terrors nicht zu beugen war, dann konnte man sicher sein, daß bald darauf sich dunkle Elemente in die Reihen der Braunhemden einzuschmuggeln versuchten. Und nach einiger Zeit schrieben die Gazetten triumphierend: „Meutereien in der SA." ... „Die Hitlerpartei zerfällt!" ... „Disziplinlosigkeit der braunen Mordbanditen!" Das war immer so. In der Etappe wurde die Flüsterzeitung für die Frontknochen fabriziert. Während der Kampfzeit wurde auch eine ganze Flut von Lügenmeldungen in die Welt gesetzt. Heute sind es die internationalen Dunkelmänner und jüdische Bolschewisten, die daran interessiert sind, immer wieder Meldungen auftauchen zu lassen vom Zusammenbruch des Hitler-Systems, von der Entwertung der Reichsmark, von der unvermeidlichen Inflation usw.

Stetes Lügen fördert die Wahrheit

Steter Tropfen höhlt den Stein, aber stetes Lügen fördert die Wahrheit. Das haben auch unsere Gegner erkennen müssen. Sie wenden daher eine neue Taktik an. Sie sagen sich: Wenn in Deutschland selbst Gerüchte von irgend-

Digitized by Google

welchen Mängeln oder Schwierigkeiten im Umlauf sind, dann fällt es uns im Auslande leichter, die schweren Pressegeschütze aufzufahren.

Der Kampf gegen den Vierjahresplan bietet ein Schulbeispiel für den Massenauftritt derartiger Methoden. Als der Führer den Vierjahresplan verkündete, war die Antwort zunächst die: „Deutschland will eine völlige Autarkie erreichen!" Obwohl Deutschland derartige Kommentierungen auf das schärfste ablehnte, wurde von uns nicht wohlgesinnten Gazetten diese Anschauung hartnäckig verfochten. Die Folge war, daß selbst die ausländische Diplomatie einer nochmaligen Aufklärung bedurfte. So kam es, daß der Führer es für notwendig empfand, dem englischen Außenminister klar und deutlich zu verstehen zu geben, daß er auf jeden Fall an der Durchführung des Planes festhalten werde, denn er werde immer dafür sorgen, den deutschen Arbeitern ihre Arbeitsplätze sicherzustellen. Deutschlands Wille zum Welthandel wurde vom Führer ausdrücklich erklärt.

Auch auf der letzten großen Kundgebung der Kommission für Wirtschaftspolitik in Leipzig wurde den anwesenden ausländischen Wirtschaftsführern und Wirtschaftspublizisten ausdrücklich erklärt, daß Deutschland den Austausch von Leistungen ehrlicher und anständiger Völker will und befürwortet. Deutschland will durch Arbeit reich werden und durch den Austausch seiner besten Leistungen mit den besten Leistungen anderer Völker, denn es gehört zu den Aufgaben seiner Wirtschaftspolitik, dem Volke eine hohe Lebenshaltung zu verschaffen.

Aufklärung gegen Flüsterzeitung

Der Jude und sein Büttel, der Bolschewik, wissen aber, daß derartige Bestrebungen zur Wiederherstellung anständiger wirtschaftlicher Grundgesetze und vernünftigen Austausches von Leistungen starker Völker untereinander sich naturnotwendig so auswirken müssen, daß eine unanständige Gesinnung, d. h. das typisch jüdische Geschäft, für die Zukunft unmöglich sein wird. Da der von Deutschland beschrittene Weg trotz aller Boykottversuche zur offensichtlichen Gesundung der deutschen Wirtschaft führt und diese Gesundung bei der „Gesundung der Weltwirtschaft" zweifelsohne auch eine bestimmende Rolle spielt, fürchten die internationalen Kräfte eine derartige Weiterentwicklung der Dinge. Sie denken, der Vierjahresplan könnte vielleicht dadurch gestört werden, daß man die Widerstandskraft des deutschen Volkes durch innere Aushöhlung schwäche, wenn schon der Führer und die Regierung den Willen zum Fortschritt und zum Durchhalten zeigen.

Was soll der Propagandist tun, wenn er in seinem Kreis oder innerhalb seiner Ortsgruppe sinnlose Gerüchte hört? Ganz einfach, durch Aufklärungsarbeit, und zwar durch aktive Arbeit ihnen den Nährboden nehmen. Er liest die Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik, er befaßt sich in seinem Sturm, in seiner Ortsgruppe mit wirtschaftspolitischen Angelegenheiten und überläßt das Auslegen unserer Wirtschaftspolitik nicht Leuten, die parteipolitisch unzuverlässig, aus einfachen Erkenntnissen und Grundsätzen eine Magie zu machen versuchen! Aufklärung und nochmals Aufklärung ist die beste Gegenarbeit! Handelt dementsprechend und Ihr werdet staunen, wie schnell die Flüsterzeitungen an „Abonnentenschwund" leiden und eingehen werden.

Digitized by Google

Die Idee siegt weiter . . .

Der große Aufklärungsfeldzug der Partei gegen die „Miesmacher und Kritikaster" hat seine Wirkung nicht verfehlt. Um die „Putschabsichten", die „außenpolitischen Verwicklungen" usw. ist es im Inland ruhig geworden. Der nationalsozialistische Staat hat gezeigt, daß er durchaus nicht gewillt ist, sich in der Aufbauarbeit irgendwie stören zu lassen.

Die Erkenntnis, daß die politische Grundlage dieses Staates unerschütterlich ist, daß die politische Willensbildung durch die Bewegung das Volk in einer Richtung marschieren läßt, veranlaßte die „Wühlmäuse der öffentlichen Meinung" immer mehr in die Wirtschaft hinüberzuwechseln. Hier bemühen sie sich, einen Wirtschaftskleinkrieg zu führen, der vielleicht doch die politische Führung in manchem Entschluß wankend machen könnte.

Wir denken nur an die Bestrebung, die Abwertung „aktuell" zu machen, nachdem zahlreiche Staaten mit angeblich „bestem Erfolg" vorangegangen waren. Bernhard Köhler ist diesen unverantwortlichen Versuchen von vornherein scharf entgegengetreten. „Wer weiß, daß die Zerstörung aller Währungen zu der Vorbereitung der Weltbolschewisierung gehören muß, der wird endlich einmal verstehen, warum der Führer die Festigkeit seiner Währung schon aus einem politischen Grund verlangen mußte."

In dieser „Abwertungspropaganda", die sogar ziemlich weit vorgestoßen ist und manchem, der nicht sattelfest genug war, zu schaffen machte, sehen wir ein Beispiel der einen Methode: „Fachleute" gegen die „Laien" in der Politik auszuspielen, die sich anmaßen, „selbst etwas von Wirtschaft zu verstehen". Abgesehen davon, daß sich die sogenannten Fachleute schon zur Genüge in der vergangenen Zeit bloßgestellt haben, kann man es doch nicht unterlassen, hier und da, zur gegebenen Zeit Zitate solcher „Fachleute und Wirtschaftler", die einst einen so guten Ruf besaßen, in Zeitungen und Zeitschriften anzuführen.

Die andere Methode und vielleicht die gefährlichere besteht darin, den egoistischen Trieb im Menschen wachzurufen. Wir sehen z. B. das ständige Bestreben, den kleinen Einkommensträger zu bearbeiten, ihm zum Bewußtsein zu bringen, daß er noch nicht in den besten Verhältnissen lebt, ohne ihn dabei irgendwie daran zu erinnern, daß er bereits zu den aus der Arbeitsgemeinschaft des Volkes Ausgestoßenen gehört. So sind diese kleinen Stänkereien über den Ladentisch hinweg immer auf die alte marxistische Taktik eingestellt, den Neid zu wecken, den Menschen nie zur Ruhe kommen zu lassen, stete Unzufriedenheit zu erzeugen.

Es ist die Aufgabe der Propagandisten der wirtschaftspolitischen Truppe der Partei, diesen Saboteuren und den von ihnen aufgeworfenen „Problemen" entgegenzutreten. Es wäre jedoch verfehlt, auf all die kleinen Angriffe einzugehen. Die Propaganda darf nie ihre Kräfte verzetteln. Es gilt immer wieder, die Idee herauszustellen, die große Linie aufzuzeigen, denn sobald wir uns nur auf die kleinen und nebensächlichen Fragen und Unzulänglichkeiten einlassen, die hier und da auftreten, helfen wir selbst mit, dem Volksgenossen den Blick für die großen Zusammenhänge zu trüben.

Es muß immer klar gemacht werden, daß die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit eine organische Gestaltung der Wirtschaft mit sich bringt und die Voraussetzung für die weitere Hebung des Lebensniveaus schafft. Es ist geradezu das Verhängnis unserer Gegner, daß sie nicht ein festes Wirtschaftsdogma vorfinden, das uns verpflichtet, blindlings zu handeln, und daß sie uns deshalb vorwerfen können.

Wir haben gesehen, daß die Gerüchtemacher und Meckerer auf politischem Gebiet den Boden unter den Füßen schon längst verloren haben; je mehr es uns gelingt, die politische Anschauung unter allen Wirtschaftern durchzusetzen, um so eher werden sie auch hier verdrängt werden. Es ist die große Erziehungsaufgabe aller wirtschaftspoliti-

Digitized by Google

schen Propagandisten, auch von der Wirtschaft aus den Blick der Volksgenossen auf den bestimmenden Faktor unseres Lebens: die Politik zu lenken. Das ist das Endziel jeder Propaganda — gleich, auf welchem Gebiet. — Die Ausrichtung nach dem Willen der politischen Führung, die allein auch für das gesamte Leben des Volkes verantwortlich ist. Unt.

„Wirtschaftspolitik der NSDAP." im Berufswettkampf

Der Berufswettkampf der deutschen Jugend soll ihr Können sichtbar unter Beweis stellen und sie anspornen, mehr zu leisten. Er ist das Ergebnis vorberiger Arbeit, vorherigen Studiums, vorberiger praktischer Lernzeit. Im Berufswettkampf selbst soll der Teilnehmer antreten wie zum sportlichen Wettkampf, um vor aller Augen sichtbar den Beweis einer Leistungsfähigkeit zu vollbringen.

Auch die geistige Arbeit ist in den Berufswettkampf einbezogen worden. Der junge Student soll in eigener Ausarbeitung Proben seiner geistigen Fähigkeiten ablegen. Das muß sich natürlicherweise etwas anders abspielen als an der Drehbank; die geistige Leistung in Form einer eigenen Ausarbeitung z. B. wissenschaftlicher Art bedarf einer eigenen, stillen Vorbereitung.

Immerhin sind den Methoden solcher Vorbereitung gewisse Grenzen gezogen. Gewiß beruht auch die geistige Arbeit irgendwie auf vorgeleisteter Arbeit anderer. Aber die Anwendung dieser Tatsache für den Berufswettkampf geht zweifellos zu weit, wenn z. B. ganze Seiten der „Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP." in einer eingereichten Arbeit als eigene Leistungen „erwähnt" werden; wobei die kleine Unterlassung von zwei Anführungszeichen unterlaufen ist. Wissenschaftlich arbeiten heißt genau arbeiten.

Alle geistig Schaffenden, welche unsere Zeitschrift lesen, werden nur einen Wert von den gegebenen Richtlinien und dem gebotenen Material haben, wenn sie die Zeitschrift nicht als Spickzettel, sondern als Mittel ansehen, durch eigene Verarbeitung wieder selbst Träger unserer wirtschaftspolitischen Propaganda und Aufklärung zu werden. Nl.

Ein Blick in die Rüstkammern der katholischen Aktion

Die streitbare Kirche des Mittelalters hat mit Waffen gekämpft, die in der damaligen Zeit besonders wirksam waren, und die katholische Aktion unserer Zeit setzt an Stelle des Schwertes eben die modernen, ungeheuer wichtigen Kampfwaffen der Presse, des Rundfunks und des Films ein. So gab es „Störungsfeuer", als Reichsaußenminister von Neurath in Wien seinen Besuch abstattete und vor wenigen Tagen erst wieder ergoß sich eine Flutwelle von Lügenmeldungen, „Nadelstichen" und Flegeleien. Österreich ist nicht das einzige Land, in dem der katholischen Aktion eine starke Pressemacht zur Verfügung steht.

Die große Ausstellung der Römischen Weltpresse im Vorjahre hat die Stärke der katholischen Presse in der Welt gezeigt. In 45 Ländern, 35 Ordensgebieten und 53 Missionsregionen werden eine Unzahl von Tageszeitungen, Wochenzeitungen und Druckschriften unterhalten. In Österreich z. B. bestehen 12 Tageszeitungen, 44 Wochenzeitungen, 50 Druckschriften, in der Schweiz sind es 63 Tageszeitungen und Wochenzeitungen in deutscher Sprache und in Holland sind es sogar 32 katholische Tageszeitungen von insgesamt 85.

Der Papst hat seinerzeit dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß in Deutschland die katholische Presse nicht mehr gebührend vertreten ist. Und dieser deutsche Frontabschnitt ist es, der uns interessiert. Die deutsche katholische Presse hat an Bedeutung verloren, nicht durch Verbote, sondern vor allem, weil die Leser davongelaufen sind. In dem Impressum dieser Blätter steht nämlich eine einfache und nüchterne Ziffer: die Auflagenziffer, und diese spricht für sich. Weil dieses Machtmittel verloren ging, hat man für „vollwertigen Ersatz" zu sorgen versucht. So manche Verlautbarungen gewisser Stellen kommen in ihrer Tendenz einem direkten Angriff und in ihrer Form einer gesprochenen Zeitung vom Typ der Lügen-Flüsterzeitung gleich. Weiterhin wurde versucht, Kirchenblätter mit politischen und anderen Artikeln zu versehen, Sonntagsblätter zu Organen der „bischöf-

Digitized by Google

lichen katholischen Aktion" auszubauen, und so eine Armee von Kleinzeitungen emporwachsen zu lassen.

Im Inlande wurden klare Verhältnisse geschaffen. Mit dem Versuch von außen her Deutschland zu bestürmen muß immer gerechnet werden. Wir erinnern nur an die Versuche, illegales Pressematerial über die Grenze ins Reich zu schaffen. So wurde z. B. in einem Falle illegales kommunistisches Pressematerial, das in Deutschland verbreitet werden sollte, mit Erlaubnis eines katholischen Geistlichen als Druckleiter in einer christlich-sozialen Druckerei hergestellt.

Sowohl der Bolschewismus als auch die katholische Aktion würden es gerne sehen, wenn um Deutschland ein einheitlich ausgerichteter Ring deutschsprachiger Gebiete: Schweiz—Österreich—Sudetendeutsches Gebiet gelegt werden und damit von den verschiedensten Richtungen her über die Grenze vorgestoßen werden könnte. Man denke nur daran, mit welchem Nachdruck z. B. tschechische Politiker derartige Anschauungen vertreten. Der ehemalige Minister Mayer-Harting z. B. hat in einem Referat: „Unser Weg in die Zukunft" u. a. erklärt:

Keine Gleichschaltung, sondern im Gegenteil Herausarbeitung unseres weltanschaulichen Standpunktes, der uns religiös als positive Christen im Sinne des Katechismus und „Quadragesimo anno", politisch als überzeugte Demokraten mit dem Programm einer friedlichen Lösung der innen- und außenpolitischen Probleme, sozial als christliche Sozialisten vom deutschen Nationalsozialismus trennt.

Die Enzyklika Quadragesimo anno ist bekanntlich sozusagen das wirtschaftspolitische Manifest der Kirche und wir können uns jetzt ein Bild machen, von welcher Seite her ebenfalls Angriffe gegen den Vierjahresplan und den friedlichen Wirtschaftsaufbau des dritten Reiches vorgetragen werden könnten, wohlgemerkt könnten, wenn Deutschland nicht auf der Hut wäre.

Ein anderes Beispiel: Der deutsche Film ist gut — aber er hat zweifelsohne im Auslandsabsatz nicht das Geschäft verzeichnen können, wie z. B. der österreichische. Zufall? Vielleicht! Vielleicht ist es ein Zufall, daß in vielen Auslandsfilmen kirchliche Tendenzen vertreten werden und ein Film, wie z. B. der deutsche Film „Friesennot" auf Grund seiner weltanschaulichen Tendenz in einem uns befreundeten Lande einfach nicht zugelassen wurde. Vielleicht ist dies aber auch schon der sichtbare Erfolg der Film-Enzyklika des Papstes (Vigilanti cura), die zur Gründung einer Propagandaorganisation führte. Von jetzt ab können bestimmte Filme wirtschaftlich erledigt, andere gefördert werden, d. h. die Kirche betreibt eine ihr genehme Politik. Der Prager katholische Rundfunkkongreß und die Einladung an Marconi, den Papst „über das Wesen des Fernsehens aufzuklären", beweisen, daß das Oberhaupt der Kirche gewillt ist, alle neuzeitlichen Propagandamittel einzusetzen oder sie sich schrittweise zu erobern. Man beachte nur den Weg von der Errichtung der vatikanischen Sendestation bis zur Einweihung des Senders Anchieta in Sao Paulo, also in einem von Deutschen stark durchsetztem Gebietsteil Brasiliens. Rog.

Schönheit der Arbeit im Vierjahresplan

Wenn eine Maschine stets zuverlässig laufen soll, dann muß sie dauernd gepflegt werden. Der Aufwand für diese Pflege ist bestimmt nicht gering. Es ist nur eine Selbstverständlichkeit, daß der Nationalsozialismus die schlichte Forderung an den Betriebsführer stellt, daß die Aufwendung für das wichtigste Produktionsmittel, den Menschen, nicht in einem Mißverhältnis zu den anderen Aufwendungen stehen darf. Der Mensch ist aber nicht nur „Maschinenmensch", sondern Volksgenosse und Deutscher. Will sich der Betriebsführer einen Stamm von Männern halten, die mit der Entwicklung des Werkes mithalten, treu und zuverlässig jahrzehntelang ihren Dienst verrichten, dann wird er auch ohne die „nachdrückliche Zurede" für die ihm anvertraute Gefolgschaft sorgen. Urlaubsregelung, Gratifikationen und vor allem die schöne Gestaltung des Arbeitsplatzes geben ihm Möglichkeiten genug, seinen Charakter zu zeigen.

Abgesehen davon werden diese Aufwendungen nicht etwa nur als zu bu-

Digitized by Google

chende „Sonderbelastungen“ in der Bilanz des Werkes auftauchen, sondern sie tragen Zinsen, ohne daß der betreffende Betriebsführer das merkt.

Die Reichsbetriebsgemeinschaft Steine und Erden hat im Rahmen der Aktion „Schönheit der Arbeit“ verschiedene Werke besichtigt. In einem Betrieb, er gehörte Gott sei Dank zu den Ausnahmen, wurden geradezu unerhörte Mißstände aufgedeckt. Umkleideräume erstickten buchstäblich in Staub und Dreck, Duschräume waren unzureichend, die Beleuchtung mangelhaft und die verschiedenen Räume zu stark oder mangelhaft geheizt. Löcher und ungeschützte Transmissionen gefährdeten die Arbeitskräfte. Die sanitären Einrichtungen waren ebenfalls denkbar schlecht. Wenn unter solchen oder ähnlichen Umständen bis zu 40 v. H. der Arbeiterschaft erkranken, dann hat damit der Betriebsführer selbst brauchbare Fachkräfte lahmgelegt. Die Gesundheit des deutschen Arbeiters ist das wertvollste Gut, das unser Volk besitzt. Soll der Vierjahresplan mit Erfolg durchgeführt werden, dann müssen wir den deutschen Arbeiter besonders leistungsfähig machen.

Schönheit der Arbeit ist mehr als nur ein Schlagwort. Rog.

„Mission des Kapitalismus?“

Von Zeit zu Zeit flattern uns recht eigenartige Dokumente der Wissenschaft auf den Redaktionstisch. Wir hatten ja bereits verschiedentlich Gelegenheit, auf einige besonders erheiternde Erörterungen einzugehen. Da liegen vor uns gedruckte Schreie nach Brot mit den entsprechenden Rezepten, wie es zu beschaffen sei. Gebrauchsanweisung für die Benutzung der Volkswirtschaft, streng wissenschaftliche Erörterungen und noch manch anderer Unsinn. Jeder glaubt, den einzig richtigen und allein möglichen Weg zur Rettung Deutschlands gefunden zu haben. Nationalsozialismus, Liberalismus, Bolschewismus und sehr viel Phantasie in den verschiedensten Mischungsverhältnissen zusammengepanscht bilden „die Grundlagen des kommenden Wirtschaftsdenkens und Wirtschaftshandelns“.

Es scheint aber so, als wenn die Flut noch lange nicht aufhören würde. In den Doktordissertationen, die ja Gott sei Dank meist nur von wenigen, besonders schwer geschlagenen Leuten gelesen werden müssen, steht oft noch ein haarsträubender Unsinn. So verkündete kürzlich wieder einer dieser kommenden „Wissenschaftler“ die „historische Mission des Kapitalismus“. Wir können sicher sein, in wenigen Jahren hat auch er ein „universelles Wirtschaftssystem“ entdeckt und bis dahin betätigt er sich eben sonstwie als „Sachmann“.

Der Kampf gegen diese Wissenschaft alter Prägung ist eine der ermüdendsten unseres Wirtschaftskleinkrieges. Hlz.

Wer spekuliert mit Spekulationen?

Eine große westdeutsche Zeitung brachte kürzlich einen Artikel über die Entwicklung des Platin-, Gold- und Silbermarktes im Jahre 1936. Der Aufsatz schöpft stofflich aus verschiedenen ausländischen Quellen und ist sachlich einwandfrei.

Man reibt sich aber die Augen, wenn man folgende Einleitung liest:

„Die Metalle der Platingruppe haben im Jahre 1936 in preismäßiger Beziehung eine Entwicklung zu verzeichnen gehabt, die vielleicht noch günstiger verlaufen ist als die Entwicklung an den Nichteisen-Metallmärkten. In einem Zeitraum von neun Monaten konnte sich der Platinpreis als Folge spekulativer Eingriffe verdoppeln.“

Von welchem Standpunkte aus sind diese Sätze geschrieben? Für wen war diese Verdoppelung des Platinpreises als Folge spekulativer Eingriffe als ein günstiger Verlauf zu bezeichnen? Wenn ausländische Monopolinhaber und Börsenspekulanten diese Entwicklung der Metalle der Platingruppe im Jahre 1936 in preismäßiger Beziehung als günstig bezeichnen, so ist es doch erstaunlich, daß eine deutsche Zeitung eine solche Beurteilung der Preisentwicklung einfach übernimmt und ihren Lesern vorsetzt.

Das deutsche Volk hat nämlich infolge der ausländischen spekulativen Eingriffe einen doppelt so hohen Preis für Platin, das es nur aus dem Auslande beziehen kann, anzulegen, und das ist gewiß kein „günstiger Verlauf“. Gld.

Digitized by Google

Stundungsschrei aus Franken!

Kronach ist eine schöne und ruhige Stadt in Franken, der man das pulsende Leben in ihrem Innern gar nicht so ansieht. Daß dort Bürger sitzen, die in ihrem Gewerbe Tüchtiges leisten, ist gewiß. Und einer ist sogar darunter, der sich etwas besonderes leistet.

Die Vorgeschichte des „Falles" ist schnell erzählt: Dieser Bürger betreibt ein Geschäft und hat, wie alle Geschäfte, auch Verbindlichkeiten. Manchmal ist es eben schwer, Verbindlichkeiten nachzukommen — das wissen wir — und Gläubiger gehen nach dem dritten Schemamahnbrief meist dazu über, in „persönlichen" Schreiben gegen den säumigen und dickfelligen Schuldner Attacke zu reiten, das wissen wir auch. Unser Bürger aber ist gar kein dickfelliger und verstockter Schuldner — oh nein — er vergeht fast vor gutem Willen: „... Und wir tun ja auch alles, daß Umsatz und Kosten in Einklang mit den Verpflichtungen kommen." Aber er kann auch haarig werden, wenn man seinen Zahlungswillen anzweifelt: „Durch die Unmöglichkeit, einzelne Lieferanten zu bevorzugen, mußten (man achte auf die Unterstreichung!) wir — Gott sei Dank sehr selten — die gegen untragbare Härten gerichteten Gesetzmöglichkeiten ausschöpfen, obwohl wir das lieber vermieden hätten. Die Folge war, daß ohne Vorteile nur Kosten und Ärger entstanden sind. Sind wir doch alles andere als böswillige Schuldner." (Siehste woll!)

Um eventuelle Zweifel, daß der Bürger nichts von seinem Betrieb verstünde, (was nebenbei gar niemand behauptet) von vorneherein totzuschlagen, plustert er sich auch als Betriebswirtschafter auf: „Ein höherer Bedarf, der durch intensive Werbung bei unseren Kunden geweckt wird, erfordert Erhöhung des Einkaufsetats." Und vorsichtig tippt er gleich an; zuerst das Bonbon: „Falls wir uns in dieser Hinsicht auch an Sie wenden würden ...", dann die bittere Pille: „... bitten wir heute schon, im Kredit das bestmögliche Maß einzuräumen." Und schnell nochmals Zucker drauf: „Umsatzerhöhung bringt mehr Rohgewinn und damit bessere Flüssigkeit!"

Und jetzt appelliert unser Bürger unter Voranstellung von drei Rufzeichen auch an die „menschliche Seite": !!! Manchmal entsteht die Meinung, für uns sei ein kleiner Betrag doch eine Kleinigkeit und so und so leicht regulierbar. Aber viele kleine Beträge summieren sich zu einem großen Betrag! Das zeigt nebenstehende Additionsreihe beliebiger Zahlen, wie sie täglich vorzukommen pflegen. Danach müssen wir disponieren und nach festgelegten Verpflichtungen usw." Um die Richtigkeit dieser Selbstverständlichkeit noch ausdrücklich zu belegen, schrieb unser Bürger wahrscheinlich einige Sollseiten seines Kontokorrents ab, die mit dem ansehnlichen Betrag von 3 687,36 RM. abschließen. Diese Art von Stundungsschreiben kann übrigens nicht warm genug zur Nachahmung empfohlen werden, denn eine Zahlenreihe von etwa 50 Posten beeindruckt moralisch unbedingt. Nur darf man nicht ausfällig werden, wie unser Bürger, wenn er nämlich schreibt: „Das Warum des langsamen Zahlens erläuterten wir möglichst kurz bereits. Daß ganze Wirtschaftszweige und der Staat noch im Argen liegen, ist ein offenes Geheimnis. Wir wissen gut genug, wie notwendig gerade heute jedes Unternehmen sein Geld braucht."

Zu diesem furchtbaren Ausfall gegen unseren Staat sind wir allerdings nicht in der Lage, Stellung zu nehmen, denn der Bürger hat recht. Wir benebeln uns doch nur selbst, wenn wir an Statistiken glauben und uns auf die angeblich allgemein erkennbare Wirtschaftsgesundung stützen. Ist ja alles Schwindel! Man braucht doch nur das rührselig-freche Stundungsschreiben unseres lieben Volksgenossen zu lesen, um zu merken, wie es im Volke aussieht und wird verstehen, daß es beim besten Willen einfach unmöglich ist, „unter den derzeitigen Verhältnissen" Zahlungstermine überhaupt einzuhalten.

Das eindrucksvolle Schreiben schließt mit dem Satz: „Für Ihr verständnisvolles Eingehen im voraus vielen Dank, mit der Hoffnung, uns recht bald revanchieren zu können!" Das ganze ist unterzeichnet mit deutschem Gruß; und auch mit einer kleinen Fußnote versehen, die ein „raffiniert" ausgeklügeltes, gläubiger-

Digitized by Google

befriedigendes Zahlungssystem enthält. Man höre und staune: „Senden möglichst bestimmt ab ... wöchentlich je zirka RM. ... Zins, Spesen zuletzt.“ „Senden möglichst bestimmt ...“, ein ausgezeichnetes Hintertürchen, und gelinde gesagt, eine Frechheit.

Wenn es auch manchmal schwer ist, Geld flüssig zu machen, um Verpflichtungen nachzukommen, so braucht man doch nicht unverschämt zu werden, und das ist es, was uns hindert, dieser Art von Stundungsschreiben Verständnis entgegenzubringen.

Gerade das Zahlungswesen stellt noch einen sehr beachtlichen Frontabschnitt unseres „Wirtschaftskleinkrieges“ dar. Ni.

Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsordnung

Jüdische Auffassung von „sittenwidrigem“ Wettbewerb

Eine deutsche Firma hat die zuständige Handelskammer darauf hingewiesen, daß eine ihrer Hauptkonkurrenzfirmen sich zwar einer deutsch aufgezogenen Betriebsorganisation bedient, daß es sich dabei aber in Wirklichkeit um ein ausländisches, in jüdischen Händen befindliches Unternehmen handelt.

Durch die daraufhin eingeleiteten Maßnahmen behaupten diese ausländischen Juden einen Absatzrückgang erlitten zu haben. Sie hielten es nicht für aussichtslos, die betreffende deutsche Firma auf Schadenersatz zu verklagen mit der Begründung, die deutsche Firma habe durch diese Mitteilung sittenwidrig gehandelt.

Das Reichsgericht hat die Klage abgewiesen. Es sieht mit Rücksicht auf die augenblicklichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten des deutschen Volkes, die eine Folge der Abschließungstendenzen vieler Staaten darstellen, in einem derartigen Hinweis, soweit er nur gegenüber der Handelskammer erfolgt, keinen Wettbewerbsverstoß.

Darüber hinaus besteht im Gegensatz zu früheren gerichtlichen Stellungnahmen nach unserer Auffassung keine Veranlassung, ausländische Juden in ihrer geschäftlichen Betätigung in Deutschland soweit zu schützen, daß eine deutsche Firma, die auf diese wahren Tatsachen gelegentlich aufmerksam macht, Gefahr läuft, ausgerechnet auf Grund sittenwidrigen Wettbewerbs verurteilt zu werden. Die Sittenwidrigkeit ist hier auf der anderen Seite zu suchen.

Freilich darf die Werbung eines Unternehmers nicht von der Tatsache aus geleitet werden, daß sein Konkurrent Jude ist. Wir haben aber keine Lust, den ständigen Forderungsversuchen von Juden Vorschub zu leisten. An.

Ist Ihig unersetzlich?

Es ist eine betrübliche Tatsache, daß manche Unternehmer von den kaufmännischen Talenten ihrer jüdischen Vertreter so sehr überzeugt sind, daß sie sich gar nicht von ihnen trennen können, allerdings oft nur aus der Befürchtung heraus daß beim Abgang des Juden sofort Handelsbeziehungen zerrissen würden. Daß dem keineswegs so sein muß, beweisen unsere Erfahrungen der jüngsten Zeit.

Seit der Machtübernahme haben die Juden in der Politik und in der Wirtschaft nichts mehr zu reden. Ihre „guten Ratschläge“ wurden dankend zurückgewiesen und — nicht dennoch, sondern gerade deswegen — große Erfolge erzielt dank der Tüchtigkeit der Menschen aus unserem Blute.

Wir sehen keine Notwendigkeit, daß der Jude im Ausland als Vertreter deutscher Unternehmer auftritt. Er tut dies ja nicht, weil er Deutschland liebt, sondern doch nur deswegen, weil die deutschen Erzeugnisse gut zu verkaufen sind und weil ihr Verkauf ihm reichen Gewinn verspricht. Wäre dieser bei nichtdeutschen Vertretungen größer, wir könnten gewiß sein, der Jude würde uns sofort verlassen.

Es ist nicht einzusehen, warum die deutschen Unternehmer dann nicht deutsche Angestellte, ja ihre Söhne als berufene Vertreter ihrer Firmen ins Ausland schik-

Digitized by Google

ken, zumal es künftigen Leitern unserer Wirtschaft nur gut tun kann, sich einmal mit eigenen Augen im Ausland umzusehen.

Der deutsche Kaufmann muß wissen, daß die Sympathie für Deutschland im Ausland wächst. Der stete Kurs der deutschen Politik und die wirtschaftliche Pionierarbeit sind Tatsachen, die allgemeine Bewunderung und Anerkennung erregen. Er muß wissen, daß der Ausländer unsere Waren nicht kauft, weil der Jude damit handelt, sondern weil er von ihrer Qualität überzeugt ist. Sch.

Nicht Primitivität – sondern Wohlstand und Fortschritt

Es ist ein Verdienst der deutschen Kraftfahrindustrie, seit 1930 den Durchschnittspreis für Kraftfahrzeuge von 4800,— RM. auf 2900,— RM. gesenkt zu haben. Diese ständige Verbilligung, die bei den untersten Wagenklassen zu einem Verkaufspreis von 1500,— RM. bis 2000,— RM. führte, erweckte mancherorts den Anschein, als wolle man auf diesem Weg dem angekündigten Volkswagen näherkommen.

Diesen falschen Vorstellungen ist der Führer bei der Eröffnung der diesjährigen Internationalen Automobilausstellung entgegengetreten: es kann nur einen und nicht zehn Volkswagen geben.

Damit ist ein ungesunder Wettbewerb unterbunden worden, der die Leistungsfähigkeit der deutschen Autoindustrie gefährdet hätte. Der neue Volkswagen, für dessen Herstellung Kapitalanlagen von 150 bis 200 Millionen Mark als notwendig errechnet wurden, wird nur als Gemeinschaftsleistung geschaffen werden können, wenn er zu einem Preis geliefert werden kann, der ihm die Volksschichten mit geringerem Einkommen erschließt und dabei eine Qualität aufweisen muß, die den Erwartungen der Käufer entspricht. Nur so können auf die Dauer — wie beim Volksempfänger — Hersteller und Verbraucher befriedigt werden.

Der Führer hob in seiner Eröffnungsrede hervor, daß sich die Preise den Einkommensverhältnissen der einzelnen Volksschichten anzupassen haben. Es entspricht nicht dem Sinn einer Verbilligung, daß alle Preise einem gewissen Preisstand zustreben. Das wäre auf Kosten der Güte der Erzeugnisse möglich und müßte — trotz der Heranziehung neuer Käufer — zu einer Primitivität sondergleichen führen. Wir wollen aber keine Primitivität, sondern Leistung. Und wir haben den Ehrgeiz, den deutschen Arbeiter auf einen hohen Lebensstandard zu bringen. Es ist daher dem Käufer des Volkswagens die Aussicht und vor allem auch der Anreiz für den Erwerb eines noch leistungsfähigeren Wagens zu geben, wie das der Führer deutlich genug betonte. Unt.

Unerwünschter Hausierhandel

Juden, getarnte Kommunisten, Bibelforscher gehen von Tür zu Tür, und während sie ihren Ramsch anbieten, benutzen sie die Gelegenheit, politische Greuelmärchen zu verbreiten. Besonders die ländlichen Bezirke sind es, die am meisten unter ihnen zu leiden haben. Unter der Landbevölkerung finden sie noch am ehesten Zuhörer für ihre Märchen. Geradezu unheilvoll wird ihre Tätigkeit in den meist wirtschaftlich schwachen Grenzgebieten.

Aus einigen Gegenden wird bekannt, daß Hausierer es verstehen, durch geschickt eingestreute Bemerkungen über die Rohstofflage, wahre Hamsterpsychosen zu erzeugen. So hat ein Hausierer es verstanden, die Bevölkerung zu großen übereilten Stoff- und Kleiderkäufen zu veranlassen, indem er unwahre Gerüchte über die Lage am deutschen Textilmarkt verbreitete.

Diese Hausierer sind aber auch noch auf anderen Gebieten unheilvoll tätig. So mehren sich z. B. die Fälle, in denen vor allem jüdische Hausierer als Vermittler des Schleichhandels mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen festgestellt werden.

Neulich konnten wir schon (im 1. Heft dieses Jahrgangs, Seite 13) auf die Zunahme jüdischer Hausierer verweisen. Wir wissen, daß über den Hausierhandel allerhand unzuverlässige Elemente ihre dunklen Geschäfte machen. Diesen Elementen rechtzeitig das Handwerk zu legen, gehört ebenfalls zu einem Abschnitt unseres Wirtschaftskleinkrieges. Hlz.

Digitized by Google

Einige Worte an die kleinen Wirtschafter

Wirtschafter ist nicht etwa nur der, der über ein dickes Bankkonto verfügt und über ein Riesenunternehmen herrschen darf, der mit Zahlen und Bankausdrücken nur so um sich wirft, sondern jeder Deutsche, welcher den Willen hegt, mit den ehrlich verdienten Arbeitserträgen zu wirtschaften. Wirtschaften — in dem Sinne: planen, für bestimmte Zwecke Arbeitserträge zurücklegen, einteilen und sparen — tut auch die Hausfrau, welche versucht, trotz vielleicht geringer Mittel „etwas hinzustellen". Mit wenigen Mitteln etwas fertig bringen, ist eine Kunst und erst dann, wenn es nirgendwo einen Leerlauf, Abfall oder Verlust gibt, hat der Wirtschaftende die „Kunst des Wirtschaftens" wirklich beherrscht.

Die Hausfrau wird bestrebt sein, ein einfaches, aber schmackhaftes und kräftiges Essen auf den Tisch zu stellen, in Gedanken aber rechnet sie sich schon aus, ob sie nicht eine Kinokarte oder gar einen Stoff zur Bluse in dieser Woche „herauswirtschaften" könnte. An diese Millionen Wirtschafterinnen wenden wir uns. Die Arbeiterfrau wird genau so gut wie der Beamte am eigenen Geldbeutel spüren, ob der Nationalsozialismus mit seinen Maßnahmen und seiner Preispolitik das Richtige getroffen hat. Damit entsteht ein Urteil und daraus wieder eine klare Einstellung zu Reden oder Verlautbarungen der Regierung.

Wenn z. B. in Deutschland im Zusammenhang mit der Fettverknappung ein offenes Wort gesprochen und die Millionen kleiner Wirtschafter aufgeklärt wurden, dann haben diese auch wirklich nach diesen Weisungen gehandelt. Es gab keine „Revolten", auch keine Streiks, sondern es hieß ganz einfach: „Der Hermann hat recht!" Gehungert hat keiner.

Die Folge dieser Disziplin aber können wir jetzt klar erkennen. Betrachten wir einmal die Preisveränderungen für die wichtigsten Lebensmittel in einigen Ländern und bei uns und wir erhalten folgende Aufstellung:

Preisveränderung Ende 1936 gegenüber Ende 1935 in v. H.:

	Deutschland	Frankreich	England	Vereinigte Staaten
Brot	unverändert	+37,5!	+9	—4,6
Schweinefleisch	unverändert	+43,5!	+9,8	+3,2
Milch	unverändert	+21.6!	unverändert	+7
Kartoffeln	—2,5	+27,5!	+3,0	+20!

Obwohl die internationalen Preise mitunter geradezu sprunghaft emporschnellten, hat in Deutschland die Hausfrau für 100 Mark Wirtschaftsgeld im Jahre 1936 fast genau die gleichen Waren kaufen können wie im Vorjahre, denn die Steigerung betrug bei 100 RM. Wirtschaftsgeld genau 70 Pfennige. Zu der gleichen Zeit hätte die Hausfrau in Frankreich um 13 v. H. weniger für ihr Geld erhalten; und auch in England, den Vereinigten Staaten, in Ungarn, in der Tschechoslowakei, in Finnland, Holland und anderen Ländern hätte sie unter der starken Steigerung der Lebenshaltungskosten gelitten.

Einige Beispiele: Im holzreichen Finnland stiegen die Preise für Heizung und Beleuchtung um nahezu 18 v. H., in der Tschechoslowakei die Bekleidungskosten um 15 v. H., in den Vereinigten Staaten die Kosten für Wohnung um rund 10 v. H. Diese Zahlen mögen sich die deutschen Hausfrauen recht gut einprägen und sie werden dann die Leistung der nationalsozialistischen Regierung umso höher werten, zumal es ihnen bekannt sein wird, daß diese Arbeit dadurch erschwert wurde, daß internationale Spekulanten unsere Mangellage bei zwischenstaatlichen Verhandlungen auszunützen verstanden.

Rog.

Digitized by Google

Unlauterer Wettbewerb

Verschiedentlich kommt es vor, daß verantwortungslose Geschäftsleute unbestellte Waren an Privatleute übersenden. Sie verlassen sich darauf, daß die Empfänger aus Rechtsunkenntnis und geschäftlicher Unerfahrenheit heraus diese Waren behalten.

Diese Geschäftsmethoden verstoßen gegen das „Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb" und sind auch vom Werberat der deutschen Wirtschaft verboten. Sie widerstreben dem Anstand und sind mit den kaufmännischen Sitten nicht in Einklang zu bringen. Hlz.

Verträge gegen Anstand

Eine Papier- und Zellulosefabrik beschäftigte als Vertreter ihrer Erzeugnisse einen Juden.

Die Kunden der Firma nahmen an diesem Vertreter Anstoß und die Firma wurde gebeten, den jüdischen Vertreter durch einen Arier zu ersetzen.

Diese, weit davon entfernt, die sachliche und völkische Begründung dieses Ansuchens zu prüfen, berief sich darauf, daß mit dem Juden ein langdauernder Vertrag geschlossen sei, den sie nicht einseitig lösen könne. Aus dem Gegeneinander der Meinungen entwickelte sich ein Schriftwechsel von mehr als einjähriger Dauer. Die Firma war nicht zu bewegen, den Juden abzurufen.

Der Jude blieb angestellt. Die Firma nahm keine Rücksicht darauf, ob sie durch diesen Juden ihre Kunden verlor und ob sie durch die Einschränkung von Aufträgen deutschen Arbeitern kündigen mußte.

Wir haben uns daran gewöhnt, das formale Rechtsdenken nur soweit anzuwenden, wie es mit dem völkischen Anstand zu vereinbaren ist. Solche Fälle, wie der hier geschilderte, sind ein Zeichen dafür, in welch unverständlicher Weise manche Unternehmen immer wieder sich den Anforderungen unseres volkischen Lebens zu entziehen versuchen. Wenn sie dann in ein schiefes Licht geraten und im Zuge der allgemeinen Wirtschaftssteuerung einmal aus der Bahn geworfen werden, haben sie diesen „Erfolg" nur ihrer eigenen Halsstarrigkeit zuzuschreiben. Tz.

Beseitigung des Landarbeitermangels

Der Bedarf an Landarbeitern wird zur Durchführung der Erzeugungsschlacht im Rahmen des Vierjahresplanes immer größer. Es genügt nicht mehr allein, die Landflucht zu unterbinden, sondern es müssen immer mehr Volksgenossen in die Landwirtschaft zurückgeführt werden. Wir haben bereits an dieser Stelle auf die fruchtbare Tätigkeit des Landdienstes der HJ. hingewiesen.

Um aber die Menschen auf dem Lande festhalten zu können, ist eine Steigerung ihrer Lebenshaltung unbedingt notwendig. Hierzu gehört in erster Linie die Hebung des Landarbeiterstandes in der allgemeinen Achtung. Mit der steigenden Einsicht über die Bedeutung des Bauerntums und all der Kräfte, die um die Nahrungsfreiheit der Nation ringen, wird sich diese von selbst vollziehen. Dazu tritt die neu geregelte und gesetzlich vorgeschriebene Ausbildungszeit der Landarbeiter, die sie auch auf Grund ihres Könnens gleichgeachtet neben jeden anderen Stand der Volksgemeinschaft stellt.

Die oft übermäßig hohen Anforderungen an die körperliche Leistungsfähigkeit, welche ebenfalls viele abhielt, sich diesem Beruf zuzuwenden, wird durch den steigenden Einsatz von Maschinen- und Motorenkraft in Zukunft vermieden. Die Wiederherstellung der Rentabilität des Bauernhofes durch das Schließen der Preisschere auf Grund der Reichsnährstandpolitik sichert dem Bauern einen Erlös für seine Erzeugnisse, der auch eine erhöhte Aufwendung für seine Knechte und Mägde ermöglicht.

Das größte Hemmnis für eine Neueinstellung von landwirtschaftlichen Arbeitern ist der immer noch herrschende Wohnungsmangel. Wir denken hier in erster Linie an die schon oftmals gegeißelten Mißstände bei der Unterbringung von landwirtschaftlichen Arbeitern beim Großgrundbesitz. Der Bauer selbst konnte meist die nötigen Mittel nicht aufbringen, um die notwendigen Wohnungen zu erstellen.

Die neueste Verordnung von Ministerpräsident Göring zur beschleunigten Förderung des Baues von Werkwoh-

Digitized by Google

nungen und Eigenheimen für ländliche Arbeiter gibt den Bauern äußerst günstige Gelegenheiten, durch Inanspruchnahme von langfristigen Darleben an den dringend notwendigen Bau von Landarbeiterwohnungen heranzugehen.

Damit wird im Rahmen des Vierjahresplanes eine der wichtigsten Aufgaben in der Landwirtschaft einer Lösung entgegengeführt, um die man sich früher vergeblich bemühte und die immer wieder an der Unzulänglichkeit der zur Verfügung stehenden Mittel scheiterte.

Unt.

Durch Leistungssteigerung zur Verbilligung

Der Führer wies in seiner letzten Reichstagsrede am 30. Januar wiederum darauf hin, daß es die Aufgabe der Wirtschaft sei, eine stete Produktionssteigerung herbeizuführen; das heißt, größere Mengen an Erzeugnissen, vor allem der gewerblichen Wirtschaft, werden erarbeitet und der Volkswirtschaft zur Verfügung gestellt. Soll ein vermehrter Absatz der Produkte erfolgen, müssen sie verbilligt werden. Dementsprechend ist auch die Parole „Verbilligung" in den Vordergrund des propagandistischen Einsatzes des wirtschaftspolitischen Arbeitskörpers der Partei getreten.

Bei der Propaganda für die Notwendigkeit der Verbilligung sehen wir aber auch, inwieweit noch falsche Vorstellungen bestehen, die geeignet sind, diese unabdingbare Forderung abzuschwächen.

Daß die erwartete Preissenkung nichts mit dem Preisverfall in der Deflationszeit gemeinsam haben kann, geht doch daraus hervor, daß wir immer wieder auf die Rationalisierung als notwendige Voraussetzung hingewiesen haben. Diese vielerorts bereits erfolgreich durchgeführt, hat eine Betriebskostensenkung zur Folge, die sich dann erst auch in einer Preissenkung auswirken kann.

Wir vertreten den Standpunkt, daß nur eine Leistungssteigerung zu dem von uns erwünschten Erfolg führen kann. Diese wird nicht zu umgehen sein und wir setzen auch den Mut voraus, durchgreifende Umänderungen vorzunehmen. Nationalsozialistische Wirtschaftspolitiker haben nie behauptet, daß der gegenwärtige Organisationsstand in der Wirtschaft überall der wünschenswerte sei.

Ausführungen z. B. über die zukünftigen Aufgaben des deutschen Kohlenhandels haben letzthin gezeigt, welch zahlreiche Rationalisierungsmaßnahmen noch zu ergreifen sind, um eine Senkung der Kohlenpreise zu erreichen. Vor diesen darf niemand zurückscheuen, wenn auch manchmal liebgewordene Vorstellungen über Bord geworfen werden müssen.

Wenn in Bankkreisen geklagt wird, daß die Devisenzwangswirtschaft diesen Forderungen nach Kostensenkung entgegenstünde, so sind wir der Auffassung, daß gerade diese Umstände, die durch eine gewisse Notlage bestimmt sind, die verantwortlichen Leiter bewegen sollten, mit um so größerem Eifer eine Rationalisierung und damit Leistungssteigerung dort durchzuführen, wo sie eben möglich ist. Diese Leistungssteigerung durch zweckmäßigere Gestaltung des Betriebes wird auch die Kalkulationsgrundlage sicherstellen, auf die so gerne verwiesen wird und die manche für gefährdet ansehen.

Die Tätigkeit des Preisbildungskommissars wird mißverstanden, wenn man es als seine Aufgabe ansieht, den gegenwärtigen Preisstand der Wirtschaft vollkommen stabil zu halten, d. h. jede Veränderung der Preise, auch nach unten, zu unterbinden.

Gerade bei den Kartellen wird es angebracht sein, immer wieder auf die Leistungssteigerung hinzuweisen. War es doch bisher üblich, die Preise nach dem „schwächsten Glied der Kette" auszurichten. Bernhard Köhler hat stets betont, daß es gar nicht im Interesse der Volkswirtschaft liegt, unrentable Betriebe weiterhin künstlich aufrecht zu erhalten. Demgemäß kann auch von den Kartellen erwartet werden, daß sie sich diesen Grundsatz zu eigen machen, und die leistungsfähigen Betriebe als Kalkulationsgrundlage betrachten.

Es muß auch hier wieder auf das viel zitierte Beispiel der Zementindustrie hingewiesen werden, die auf Anordnung des Reichswirtschaftsministeriums ihre Preise stärker senken mußte als sie zuerst bereit war, und zweifellos keine Einbuße dabei erlitten hat. Der Umsatz ist 1936 gegenüber dem vorhergehenden Jahr um mehr als 3 Millionen

Digitized by Google

Tonnen gestiegen, so daß der angebliche Verlust bei weitem durch den hohen Umsatz wettgemacht wurde.

Der Forderung nach Rationalisierung und Verbilligung werden sich die verantwortlichen Wirtschaftskreise kaum entziehen können. Bernhard Köhler hat dies zu Beginn dieses Jahres ausdrücklich erklärt: „Jeder Unternehmer, kleiner oder großer, möge sich darüber klar sein, daß er alle Ursache hat, sich rechtzeitig aus freien Stücken und mit größter Gewissenhaftigkeit auf die Fortsetzung des volkswirtschaftlichen Verbilligungsvorganges einzurichten." Unt.

Der Jude stellt sich um

Der neueste Trick des Juden ist, in Qualität zu machen, da ihm kein Mensch mehr sein minderwertiges Zeug abkauft, versucht er eben den Eindruck zu erwecken, ein solider Geschäftsmann zu sein. Zu seinem Profit kommt er so oder so.

Als bedenklich muß man es bezeichnen, daß viele Juden, nachdem ihnen ein festes Geschäft doch zu unlohnend erschien, kurzerhand zum Wandergewerbe übergingen und jetzt als Hausierer von Tür zur Tür ziehen, ihren Ramsch anbieten und bei dieser Gelegenheit politische Greuelmärchen an den Mann zu bringen suchen.

Oft kaufen Juden größere Warenposten ein, vertreiben sie zu Schleuderpreisen und flüchten mit dem Erlös ins Ausland. Gewöhnlich wiegen diese Juden die Geschäftsleute dadurch in Sicherheit daß sie die erste Rechnung bar bezahlen, die Lieferanten für weitere Bestellungen als Referenz angeben und dann diese weiteren Bestellungen nicht mehr begleichen.

Von einer anderen Stelle wird bekannt, daß zwei jüdische Exportfirmen ihr Vermögen allmählich auf die Weise über die Grenze gebracht haben, daß sie im Ausland Filialbetriebe eröffneten. Vor allem sind es aber kleinere und mittlere Firmen, die Deutschland verlassen. Größere Firmen bleiben im Lande und arbeiten vielfach in getarnter Form weiter. Wenn es schon gar nicht anders geht, wird das Geschäft verpachtet.

Recht eigenartig mutet es auch an, daß einige größere Firmen sich nach vielem Hin und Her schließlich entschlossen haben, Juden aus leitenden Stellungen herauszunehmen, um sie darauf als Auslandsvertreter einzusetzen. Glauben diese Firmen wirklich, daß ihre Juden die würdigen Vertreter deutscher Waren auf dem Weltmarkt sein können? Hlz.

Wirtschaftspolitik und Ausland

Kapitalistische Verlustwirtschaft

Der Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika hat am 4. März 1937 in einer Rundfunkansprache mit schonungsloser Offenheit die Ergebnisse der bisherigen amerikanischen Wirtschaftspolitik aufgezeigt. Dieses Bekenntnis von berufener amerikanischer Seite wollen wir festhalten:

1. Ein Drittel der Nation ist unterernährt, schlecht gekleidet und verfügt nur über unzureichende Wohnungen.
2. Tausende von Bauern sind voller Sorgen, ob die Preise des nächsten Jahres ausreichen, daß sie ihre Hypothekenzinsen zahlen können.
3. Tausende von Frauen und Männern arbeiten für ungenügenden Lohn in den Fabriken.
4. Tausende von schulpflichtigen Kindern arbeiten in Bergwerken und Spinnereien.
5. Streiks kosten uns Millionen von Dollar.

So sieht es im „Lande der Freiheit" aus. Ja, Freiheit ist dort bisher gewährleistet gewesen für die Ausbeutung durch schrankenlosen Kapitalismus. Roosevelt hat mit dieser Bilanz des Kapitalismus nur das bestätigt, das Bernhard Köhler sagte: „Kapitalistische Wirtschaft ist Enteignungswirtschaft".

Man muß sich das vorstellen, im Lande der „unbegrenzten Möglichkeiten", das über die größten Rohstoffquellen verfügt; in dem Lande, das seine landwirtschaftliche Erzeugung einschränken muß, weil angeblich zu viel

Digitized by Google

erzeugt wird, ausgerechnet in diesem Lande ist ein Drittel der Nation unterernährt.

In demselben Lande, in dem die Regierung sieben Millionen Ballen Baumwolle aufkaufen mußte, weil die Baumwollfarmer sie nicht losbringen können, ist ein Drittel der Bevölkerung schlecht gekleidet.

Für die einen drückender Mangel, für die andern ein Überfluß, mit dem man nichts anzufangen weiß, das ist Kapitalismus. Im gelobten Lande der Milliardäre wird zu Hungerlöhnen gearbeitet. So sieht die Ausbeutung aus!

Ein Millionenheer von Arbeitslosen und gleichzeitig Arbeit von schulpflichtigen Kindern in Bergwerken und Spinnereien. So treibt der Kapitalismus Raubbau an der Arbeitskraft der Nation. Die Nation mag zugrunde gehen, was geht das die jüdischen Parasiten an? Ist es etwa ihr Volk?

Der Nationalsozialismus hat erklärt, daß es dem einzelnen auf die Dauer nur gut gehen kann, wenn es der Gesamtheit gut geht, daß die Lohnsumme höher wird, wenn der Arbeitsertrag steigt. In Amerika macht man es umgekehrt. Bolschewistische Agitatoren reden den Arbeitern ein, daß sie mehr Lohn bekommen werden, wenn sie streiken, d. h. also weniger arbeiten. Dieser Spaß kostet der amerikanischen Industrie jährlich Unsummen von Dollars.

Das reiche Amerika, das immer noch die meisten Goldbarren der Erde in seinen Notenbankkellern hortet, bringt die für Hochwasserschutzbauten notwendigen Summen nicht auf. Hunderttausenden von amerikanischen Staatsbürgern droht jährlich Gefahr für Leib und Gut, weil das kapitalistische Amerika sie nicht schützen kann.

Und schließlich der Boden, der die Ernährung des amerikanischen Volkes sicherstellen soll, auch er ist in Gefahr. Die endlos weite amerikanische Prärie ist unter den Pflug genommen worden. Man wollte aus dem Boden höhere Erträge herauspressen und verwandelte Weideland in Acker. Man hatte aber die Rechnung ohne die amerikanischen Wirbelstürme gemacht. Der Boden, seines natürlichen Haltes beraubt, wird nun ein leichtes Opfer der Stürme, die über diese endlose Ebene hinwegbrausen.

So also sieht der gepriesene Kapitalismus aus, das ist sein wahres Gesicht. „Kapitalistische Wirtschaft ist Verlustwirtschaft", wer will daran noch zweifeln!

Wir haben in Deutschland keinen Rohstoffüberfluß, unsere Landwirtschaft erzeugt uns nicht zu viel, in den Kellern der Reichsbank ist nur ein geringer Goldvorrat, verglichen mit dem amerikanischen Goldbesitz, — bei uns ist aber nicht ein Drittel der Nation unterernährt und schlecht gekleidet, bei uns stören nicht Streiks den Arbeitsfrieden und das Wirtschaftsgefüge.

Die Bilanz unserer Volkswirtschaft bessert sich von Jahr zu Jahr im gleichen Maße wie bei uns die kapitalistische Verlustwirtschaft abgelöst wird durch eine sozialistische Wirtschaft, deren oberstes Ziel es ist, dem deutschen Volk — und nicht den jüdisch-internationalen Parasiten — zu dienen.

Ge.

„Parolen zur Arbeitsfreiheit"

ist der Titel der in den nächsten Tagen herauskommenden Broschüre, die Auszüge aus allen während des

Großen Lehrganges der Kommission im Januar 1937

gehaltenen Reden und Vorträgen enthält. Der Preis der Schrift beträgt

60 Pfennig

Bestellungen auf diese neue Broschüre, die sich wegen der Vielgestaltigkeit ihres Inhalts auch für Schulungszwecke eignen dürfte, nehmen die Gau- und Kreiswirtschaftsberater der NSDAP. entgegen. Die Auslieferung der Schriften erfolgt nur durch die Gauwirtschaftsberater.

Digitized by Google

Deutschland torpediert „die englische Aufrüstung"

Der Führer hat am 30. Januar 1937 erklärt, über das Maß der deutschen Aufrüstung werde in Berlin und über das Maß der englischen Aufrüstung werde in London entschieden. Damit sollte sich das Ausland eigentlich zufrieden geben. Es gibt aber gewisse Kreise, die sich eifrigst bemühen, Zwietracht zu säen zwischen Deutschland und England. Daß man dabei den größten Unsinn verzapft, ist uns nichts neues.

„*La Journée Industrielle*", Paris 22. Februar 1937, schreibt: *Deutschland kaufe so viel schwedische Eisenerze, als es nur erhalten könne — einzig und allein in der Absicht der britischen Konkurrenz alles wegzuschnappen, um auf diese Weise die britische Aufrüstung durch Rohstoffmangel zu torpedieren, da ja England zur Zeit von Spanien nichts erhalten könne.*

Wir müssen gestehen, daß wir bisher übersehen haben, die deutsche Eisenerzeinfuhr auch unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Wir haben immer geglaubt, daß wir immer noch zu wenig Eisenerze einführen können, daß unsere sie verarbeitende Industrie viel größere Mengen Eisen brauchen würde. Das war unsere Ansicht, „*La Journée Industrielle*" weiß es offenbar besser. Sie wird uns sicher auch Aufschluß darüber geben können, warum wir denn in Deutschland Alteisen sammeln, wenn wir sowieso Eisenerze nur einführen, um sie den Engländern wegzuschnappen. Ganz bestimmt hat Deutschland hier auch wieder irgendeinen Hintergedanken, sicher will es auch damit der britischen Aufrüstung schaden.

Daß eine französische Wirtschaftszeitung so etwas ihren Lesern zu bieten wagt, ist erstaunlich. Man könnte immerhin annehmen, daß ihre Leser wirtschaftlich — auch außenwirtschaftlich — soweit unterrichtet sind, daß solcher Unsinn nicht bei ihnen verfängt, freilich wenn sie immer nur in dieser Weise unterrichtet werden, dann allerdings.

Übrigens sollte es der französischen Zeitschrift entgangen sein, daß Frankreich ein generelles Ausfuhrverbot für Kriegsrohstoffe (und darunter fallen ja auch die Eisenerze) erlassen hat? Dies geschah sicher, um die Aufrüstung der anderen Staaten zu unterstützen, wahrscheinlich zu dem Zweck, Deutschland die Eisenerzeinfuhr aus Frankreich zu erleichtern, damit es in Schweden der englischen Aufrüstung nichts wegzuschnappen braucht. — Oder war es anders gemeint? Ge.

Änderung von Fernsprechnummern:

Die Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. hat in München am 10. März ein neues Dienstgebäude in der Karlstraße 24 bezogen.

Wir haben bereits den Umzug bekanntgegeben. Es müssen jedoch die Fernsprechnummern geändert werden, sie lauten:

51734, 51735, 54010, 54070.

Bei dieser Gelegenheit wird darauf aufmerksam gemacht, daß Zuschriften nicht an die einzelnen Mitarbeiter, sondern an die Dienststelle zu richten sind.

Verantwortlicher Schriftleiter: Udo Pfriemer, München 43, Karlstraße 24, Fernruf: 54030 / Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, Thierschstraße 11 / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Nur durch die Dienststellen der NSDAP. / Erscheinen: Zweimal im Monat / Preis des Heftes: 15 Pfennig

Digitized by Google

Mitteilungen der Kommission für

Wirtschaftspolitik der NSDAP

Heft 9 Jahrgang 2

Nachdruck - auch auszugsweise - nicht gestattet!

HC
286-3
.A1
N28
v.2
no 9

Der Führer

in Unterhaching am 21. März 1934:

Das Vertrauen der deutschen Sparer wird auch in Zukunft durch keinerlei willkürliche Eingriffe und durch keinerlei leichtsinnige Finanzgebaren enttäuscht werden. Wir schützen den Ertrag jeder ehrlichen Arbeit, redliche Ersparnisse und redliches Eigentum.

Aus dem Inhalt:

Bernhard Köhler:
Sparen heißt reich werden

Justus Neumärker:
Verschwendung fremden Eigentums

Günter Holtz:
Sparen heißt richtig wirtschaften

Hans Barth:
Wir sparen mit Rohstoffen

Käthe Raumer:
Sparsame Frauen!

Mai 1937

Zentralverlag der NSDAP

UNIV. OF MICH. LIBRARY

Digitized by Google

Bernhard Köhler:

Sparen heißt reich werden

Einer der verhängnisvollsten, gefährlichsten und heimtückischsten Irrtümer ist der, daß das Sparen und Sparen-Müssen ein Zeichen der Not sei. Wenn es auch den natürlichen Anlagen des Menschen entgegenkommt, daß in Notzeiten der Zwang zur Sparsamkeit erst bewußt und richtig fühlbar wird, so entspricht es doch durchaus nicht dem Stolz und dem Selbstbewußtsein natürlicher Freiheitsliebe, einen Zwang der Not als Grundsatz anzuerkennen. Entweder ist der Mensch ein Glied der sinnvollen und schicksalhaften Natur, dann sind die Aufgaben, die ihm sein Daseinskampf stellt, gleichzeitig höchstes Selbstbewußtsein und höchste Freiheitsbestätigung des Menschen. Oder aber sie sind dies nicht, sondern ein ärgerlicher knechtischer Zwang — dann ist der Mensch kein Glied der Schöpfung, sondern steht außerhalb ihrer. Und nur die jüdische Gottlosigkeit konnte auf den Gedanken kommen, den Menschen so außerhalb der Schöpfung zu stellen.

Wer uns etwas rät, was wider unsere Natur, unser Pflichtbewußtsein, wider unseren Stolz und unsere Freiheit ist, der ist von vornherein unser Feind. Und wenn auch der größte Teil der Sünden und Unterlassungen gegen das Volk mehr aus Dummheit als aus Bosheit erfolgt, so gilt dies doch nicht für Ratschläge, die jüdischen Ursprungs sind. Denn wie die Dinge nun einmal liegen, ist dasjenige, was dem Juden nützt, dem Deutschen schädlich. Daß dasselbe auch umgekehrt gilt, ist ja der Grund für die hysterische und sich überschlagende Gehässigkeit des Juden gegen die Deutschen — genau wie gegen jedes andere heimatverwurzelte, fleißige, von seiner Arbeit treu und ehrlich lebende Volk.

Umsatzfimmel

Nur ein jüdisches Gehirn konnte auf die Lehre kommen, daß der Wohlstand eines Volkes seinen besten Ausdruck im möglichst beschleunigten Umsatz verkäuflicher Güter finde. Der Maßstab wirtschaftlicher Blüte lag für dieses Denken in der Höhe der Börsenumsätze, in der Höhe der Handelsumsätze, in der Schnelligkeit des Waren- und Geldumlaufs an sich. Kein Wunder bei einem Volk, dessen Beteiligung am volkswirtschaftlichen Leben sich im wesentlichen auf den Handel beschränkt. Denn der Handel verdient naturgemäß am besten, je öfter umzuschlagende Waren durch seine Hand gehen. Für den Juden war der Markt überhaupt gleichbedeutend mit Wirtschaft. (Daß aus dieser jüdischen Begriffsverfälschung ganze gelehrte Systeme entstanden sind, deren Nachwirkung insbesondere auf den Hochschulen wir heute noch nicht ausgemerzt haben, kann ein andermal behandelt werden.)

Wo aber der Jude in die Führung der Erzeugungsstätten eindrang, brachte er selbstverständlich seine Liebe zum schleunigen Umsatz mit. Er richtete ebenso selbstverständlich die gesamte Erzeugung auf sein gesteigertes Umschlagsbedürfnis ein. Nicht die Erzeugung brauchbarer und wertvoller

Digitized by Google

Gift
R. M. Myers
6-19-61

Güter interessierte ihn, sondern die Möglichkeit, möglichst oft Waren in den Verkehr zu bringen, deren Güte völlig gleichgültig war. „Großer Umsatz, kleiner Nutzen" — das hieß, dreimal mit zwei Pfennig Nutzen verkauft, ist immer noch besser als einmal mit fünf Pfennig Nutzen verkauft, auch wenn das Gut, das einmal fünf Pfennig Nutzen bringt, zehnmal besser ist, als die Ware mit dem Zwei-Pfennig-Nutzen.

Mit Hilfe dieses Umsatzfimmels leitete das jüdische Wirtschaftsdenken einen Ausräuberungsfeldzug gegen die deutsche Volkswirtschaft. Raubbau jeder Art erschien schließlich auch den deutschen Unternehmern, die in erschreckend großem Umfange dem jüdischen Denken verfallen waren, als die beste Grundlage des Geschäfts. Daß dabei nicht nur ein Raubzug in das ruhende Volksvermögen der Bodenschätze, sondern auch ein Raubzug in die Arbeitskraft und in den Wohlstand des Volksgenossen vollzogen wurde, kam ihnen gar nicht zum Bewußtsein.

Denn nicht nur muß es den Wohlstand eines Volkes gefährden, wenn seine Ur- und Rohstoffe nach kurzem Dienst in schlechten Gebrauchsgegenständen wieder aus der Volkswirtschaft ausscheiden und auf Müllhaufen, in Wassertümpeln oder in Wind und Wetter verkommen. Sondern auch die in sie hineingesteckte Arbeitskraft wird nutzlos verschleudert, wenn sie nicht in einer Form zum Gebrauchsgut geworden ist, die eine möglichst lange Benutzung gestattet. Nur damit läßt sich doch, ganz allgemein ausgedrückt, Vermögen und Wohlstand beim einzelnen wie im Volke bilden, daß der Nutzen der einmal geleisteten Arbeit so groß wie möglich und so lang wie möglich wirksam bleibt. *Schund jeder Art ist ein Dieb am Arbeitsertrag des Volkes.*

Und damit wurde gleichzeitig der Wohlstand der Käufer geplündert. Denn anstatt daß ein Kauf für eine lange Zeit das Bedürfnis der Hausfrau, des Hausvaters, des Arbeitsmannes deckt, wird der Käufer durch die geringe Haltbarkeit und schnell erschöpfte Brauchbarkeit oder auch Ansehnlichkeit des gekauften Gutes gezwungen, immer wieder neue Ausgaben zu machen. Umsatzfimmel, Schundwirtschaft sind die Feinde des Wohlstandes bei Volk und Volksgenossen.

Was aber hatte der Jude davon? Bei seiner Geschicklichkeit, sich zu tarnen, wohlansehnliche Eigenschaften und Charakterzüge vorzutäuschen, hätte er doch keine besondere Schwierigkeit finden können, sich grundsätzlich der Pflege wertvoller, solider und dem Kunden im besten Sinne dienlicher Güter zu widmen? Gewiß, es hat auch immer jüdische Geschäfte gegeben, deren Dreh in der Pflege einer zur Schau getragenen Solidität bestand. Aber dies waren die Reklame-Juden, und ihr Geschäftsgebaren war eben nichts anderes, als das Zugeständnis an die natürlichen Eigenschaften und Ansprüche des Wirtsvolkes, so daß man eben nicht sollte sagen dürfen, daß Juden *immer* nur Schund führten. Es mußte eben auch einige Juden geben, die keinen Schund feilhielten. Der großen jüdischen Politik entsprach jedoch sehr viel mehr die Pflege des Raubbaues und des Schundes. Denn Völker mit eigenem Reichtum sind schwere Hindernisse für die Ausbreitung der jüdischen Macht, arme Völker dagegen sind die vorbestimmten Knechte jüdischer Herrschaft.

Digitized by Google

Proletarische Knechtschaft

Nur dann läßt sich doch bei einem fleißigen und arbeitsamen Volk die proletarische Not erzeugen, in der die Arbeit immer nur atemlos hinter der Bedarfsdeckung herläuft und niemals absehen kann, ob sie jemals in Ruhe, in fröhlichem Selbstvertrauen und in gefaßter Erwartung auch einer dunklen Zukunft ihr Dasein führen kann. Nur dann läßt sich die Peitsche der Abhängigkeit vom „Arbeitgeber", der Knechtschaft unter dem allmächtigen Kapital, der Knechtssinn des Almosenempfängers, die Unzufriedenheit des nie Gesättigten und immer wieder Enteigneten erzielen, wenn der natürliche Reichtum eines Volkes, seine Arbeit und sein Wirtschaftssinn zerstört und verschleudert wird.

Wenn wir den tiefsten Sinn der uns aufgezwungenen Arbeitslosigkeit richtig verstehen, dann wird uns erst die weltgeschichtliche Bedeutung des Ausbeutungs- und Enteignungsfeldzuges gegen das deutsche Volk und seine Arbeit klar. Arme, enteignete Proletarier rings um die Erde als Sklaven des großen beherrschenden jüdischen Weltkapitals: dies war das Zukunftsbild, das unsere Feinde als ihre „Weltwirtschaft" zu verwirklichen trachteten.

Und ganz folgerichtig bekämpfte nun die marxistische Lehre auch das primitivste Sparen des einzelnen. Sie verstieg sich zu der Behauptung, daß Sparen unsozialistisch sei, weil nämlich derjenige, der spare, sich aus der Solidarität entferne. Er wolle damit etwas für sich allein haben und lasse es infolgedessen an dem nötigen Vertrauen zur zentralistischen marxistischen Bedarfsdeckungswirtschaft fehlen. Diese verlange, daß jeder das sowieso zugeteilt bekomme, was ihm gebühre, — wozu also dann sparen! Auch hier zeigt sich wieder unverwischbar das Gesicht des jüdischen Kommunismus mit seiner Lehre, daß Eigentum Diebstahl sei.

Sparen gehört zum Arbeiten

Wir wollen nun endlich diesem Schwindel den Garaus machen. Sparen gehört zum Arbeiten wie die Frau zum Mann. Erst zu zweit erfüllen sie ganz den Dienst, den sie der eigenen Zukunft, der Zukunft ihrer Familie und der Zukunft des Volkes schulden. Es ist ja gar nicht wahr, daß das Sparen des einzelnen sträflicher Eigennutz sei und höchstens noch eine gewisse Rechtfertigung dadurch erhalte, daß die Spargroschen über die Sparkasse oder Bank dem Umlauf des Kapitals und der „Gesamtwirtschaft" zur Verfügung gestellt werden. Zunächst und zuerst spart jeder deswegen, weil er für sich selbst etwas sparen und etwas haben will. Und dies ist recht so. Nur derjenige, dem (vielleicht unbewußt) eine marxistische Versorgungswirtschaft vorschwebt, kann glauben, an diesem grundlegenden Trieb zum Sparen vorbeigehen zu können.

Du sollst sparen, und nicht nur weil „der Staat dein Geld braucht". Der Staat ist nicht um wirksamste und korrekteste Lösungen verlegen, wenn du etwa auf den Gedanken kämest, ihm dein Geld nicht zur Verfügung zu stellen. Bilde dir doch nichts ein! Früher, als der Staat noch der gehorsame Diener des Kapitals war, da konnte eine solche Behauptung richtig sein. Damals war das Sparen des einzelnen gleichsam ein Geschäft zwischen Privatpersonen und Staat. Und selbstverständlich war dabei der Staat im Nachteil,

Digitized by Google

weil er auf den guten Willen kleiner oder großer Privatpersonen angewiesen war.

Der Staat hat längst nicht so sehr das Interesse an deinem Sparen wie das Volk. Denn dein Volk betrachtet ja — ob es dir paßt oder nicht, ob es hiefür eine juristische Formel ausspricht oder nicht — dein Eigentum immer nur als Volkseigentum. Es braucht zu diesem Zweck dich nicht zu enteignen, es braucht auch keine Verträge mit dir darüber zu schließen. Denn du kannst ja mit deinem Eigentum sowieso nichts anfangen, es sei denn im Rechts- und Arbeitsraum deines Volkes. Und daher ist auch die Bürgschaft, die die Politik deines Volkes und als ihr Diener die Regierung deines Staates für die Sicherheit deiner Spareinlagen leistet, kein Geschäft, zu dem du einen Vertrag nötig hättest. Sondern die wirtschaftspolitische Führung kann nur das allerhöchste Interesse daran haben, daß jeder ersparte Arbeitsertrag in seinem vollen Wert erhalten bleibt, weil ja sonst das Vermögen des Volkes geschmälert würde. Die Währungssicherheit, die Sicherheit, daß du nach zehn Jahren für die heute gesparten RM. 100,— mindestens ebenso viel, wenn nicht mehr einkaufen kannst, als heute, ist bei uns keine Frage der „Richtung" mehr, einer diskutablen volkswirtschaftlichen Lehre, sondern die selbstverständliche, überhaupt nicht mehr zu erörternde Selbsterhaltung des Volkes.

Du sollst sparen, du sollst Eigentum haben, du sollst Vermögen bilden, und um so besser, je früher du anfängst! Es kommt zunächst gar nicht darauf an, ob das viel oder wenig ist, es kommt nur darauf an, daß du anfängst. Und es ist dabei viel besser, daß du nicht volkswirtschaftliche Theorien wälzest und dir den Kopf darüber zerbrichst, was nun mit deinen Groschen und Fünf-Mark-Stücken und Hundertmark-Scheinen geschieht, solange sie auf der Sparkasse liegen. Dies laß Sorge deiner Sparkasse sein, die ja durch strenge Gesetze und Vorschriften, ebenso wie durch die strenge Auswahl der verantwortlichen Personen genügend Sicherheit gibt. Was du brauchst, ist, daß du dein Geld jederzeit im alten Wert wieder haben kannst. Dafür ist gesorgt. Viel besser ist es, wenn du dir vor Augen hältst, wozu du sparst, was du dir eines Tages von deinem Ersparten erwerben willst. Ein Fahrrad. Eine Nähmaschine. Einen Volkswagen. Einen Radioempfänger. Einen Photoapparat. Ein Faltboot. Ein neues Stück deines Hausrates. Ein neues Arbeitsgerät. Und am besten: ein eigenes Heim.

Bedenke einmal, wieviel billiger das alles wird, wenn du zu seinem Erwerb kein geliehenes Geld, sondern eigenes Geld aufwendest! Zu was willst du Zinsen bezahlen, wenn du es vermeiden kannst? Zinsen sind Arbeit, die du aufwendest, um das Geld anderer zu bezahlen. Das wird noch oft notwendig sein. Wir werden noch lange auf manchen Gebieten Leihgeld verwenden müssen, auf denen wir es in späterer Zukunft entbehren wollen. Wie viel billiger muß das Kapital für andere Aufgaben der Volkswirtschaft werden, wenn wir nur zuerst einmal gelernt haben, ganz grundsätzlich Verbrauch, Hausrat und Verbesserung der eigenen Lebensumstände aus eigenem Ersparten zu finanzieren! Deswegen braucht noch keiner Angst zu haben, daß sein Spargeld keine Anlage findet!

Sparen heißt nicht entbehren. Sparen heißt nur: wirtschaften! Es heißt nicht: Not leiden, nicht im Mangel sich notdürftig und unzureichend einrichten, sondern es heißt, Bewegungsfreiheit und Reichtum vorbereiten.

Digitized by Google

Niemals darf das deutsche Volk wieder auf den Gedanken kommen, daß Sparen nur für die kleinen Leute gut ist, während die Vornehmen daran erkannt werden, daß sie nicht zu sparen brauchen. Natürlich spart jeder auf seine Weise: Der eine spart Schuhsohlen und Arbeitskraft, indem er mit der Trambahn fährt, der andere spart das Trambahngeld, indem er sich ein Fahrrad anschafft. Der dritte spart Arbeitszeit und Leistungsfähigkeit, indem er mit seinem Kraftwagen jederzeit überall sein kann. Was beim einen Verschwendung wäre, kann beim anderen echte Sparsamkeit sein. Aber niemals mehr darf Sparsinn und Sparsamkeit das Kennzeichen kleiner Leute, Verschwendung und Vergeudung das Kennzeichen der „oberen" Schichten sein. Hier liegt eine unendlich wichtige, eine geradezu aufrüttelnde Aufgabe für alle diejenigen, die danach streben, führende Glieder des Volkes und seiner Gesellschaftsschichten zu sein. So wie seine Vorbilder leben, lebt immer das Volk. Es ist das sichere Zeichen der Volkszerspaltung und schließlich des Klassenkampfes, wenn das Vorbild der Bevorzugten zur Unzufriedenheit der anderen und zum tadelnden Vergleich führt.

Das deutsche Volk ist ein sparsames Volk

Das deutsche Volk wird in alle Zukunft ein sparsames Volk sein, denn es muß sparen, um immer wieder für ein nachwachsendes zahlreiches Geschlecht Arbeitsraum, Arbeitsmöglichkeit, Wohnraum, Kulturbesitz und Wehrfähigkeit zu schaffen. Unser Reichtum wird uns wirtschaftliche Freiheit, Unabhängigkeit, gesicherte Versorgung, frohe Arbeit und Raum für kinderreiche Familien schaffen. Eines wird und darf der Reichtum niemals wieder tun: uns im Wohlleben vergessen zu lassen, daß das Leben niemals sicherer Genuß, sondern stolzer Kampf um Freiheit und Ehre ist.

Die Interessen deines Volkes und dein eigenes Interesse laufen völlig gleich. Nur jüdische Widernatürlichkeit und von Juden geführte Dummheit konnte die Lehre aufstellen, daß deine wirtschaftliche Pflicht im Gegensatz zu den wirtschaftlichen Belangen des Volkes stände. Was dir selber schadet, schadet auch deinem Volk, genau so wie dasjenige, was dem Volke schadet, dich eines Tages mit unwiderstehlicher und verderblicher Gewalt trifft. Nur aus der Sparsamkeit des Volkes kann sein Wohlstand erstehen, die Ergiebigkeit seiner Felder und seiner Gruben, die Wohnlichkeit und Geräumigkeit seiner Häuser, die Zweckmäßigkeit und Leistungsfähigkeit seiner gewerblichen Anlagen, die Schönheit und Würde seiner Gemeinschaftsbauten, die Kraft und Zuverlässigkeit seiner Rüstung zur Abwehr aller Feinde seiner Ehre, seiner Freiheit und seines Wohlstandes.

Jeder kann daran mithelfen und jeder muß daran mithelfen. Und wenn es nichts anderes wäre als die größte Vorsicht beim Einkauf, die Ablehnung des Schundes, die Ablehnung einer zu teuren Ware, die Prüfung auf Wert, Dauerhaftigkeit und Billigkeit und die Ablehnung des Leihkaufes. Denn mit einem solchen Streik der Vernunft, der Sparsamkeit, der Wirtschaftlichkeit gegen den Raubbau und die Übervorteilung jeder Art setzen wir auch die Daumschrauben denen an, die heute noch den starken Bedarf des Volkes als Rechtfertigung dafür ansehen, daß sie nicht planmäßig nach Verbilligung ihrer Erzeugnisse streben. Wer glaubt, daß er es nicht nötig hat, Preise zu senken, weil ihm seine Waren ja doch aus der Hand gerissen werden, wird

Digitized by Google

bald eines besseren belehrt werden. Jeder Käufer aber kann diese Entwicklung beschleunigen helfen. Das Geld, das er nicht vorzeitig ausgibt, dient ihm dann zum Erwerb des erstrebten Gutes, wenn dies billiger geworden ist.

Wir haben es nicht mehr nötig, einen möglichst starken Verbrauch in die Wirtschaft hineinzupumpen. Denn wir sind seit langem schon nicht mehr in Verlegenheit, was wir mit unseren Arbeitskräften anfangen sollen. Wir haben es viel nötiger, zu sparen, wo immer es nur geht. Und diejenigen, deren Einkünfte auch nur ein wenig über das Notwendige hinausgehen, haben alle die Pflicht zu helfen, daß durch ihre Zurückhaltung in der Erweiterung ihrer Lebenshaltung die Kaufkraft der kleinen Einkommen gestärkt wird.

Von welcher Seite man also auch die Aufgabe des Sparens ansieht: ob von der Seite der Volkswirtschaft oder von der Seite einer sorgfältigen Finanzgebarung des Staates, ob von der Seite des persönlichen Wohlstandes und der Steigerung der Lebenshaltung der Tüchtigeren oder von der Seite der uns allen so wichtigen Stärkung der Kaufkraft kleinerer Einkünfte — in jedem Sinne ist Sparsamkeit das Gebot der Stunde und die Lehre, die wir aus der überstandenen Not für alle Zeit uns gegenwärtig halten wollen.

Justus Neumärker:

Verschwendung fremden Eigentums

Die Grundforderungen, die der Vierjahresplan an die deutsche Volkswirtschaft und an das wirtschaftliche Denken und Handeln jedes einzelnen Volksgenossen stellt, können nicht nur für eine begrenzte Zeit von vier Jahren gelten, sondern müssen unser ganzes Leben erfüllen, weil sie die Grundlagen für jegliche wirtschaftliche Existenz und Entwicklung, ja der Sinn der Wirtschaft überhaupt sind.

Wirtschaftliche Unabhängigkeit ist die Voraussetzung wirtschaftlichen Handelns

Mit der Erzeugung neuer, oder der besseren Verwendung vorhandener Rohstoffe machen wir uns unabhängig vom Ausland, nicht nur weil wir uns gegen eine gegenwärtige Boykottbewegung wehren müssen oder weil wir im Ernstfalle einer Blockade entgehen wollen. Wirtschaftliche Unabhängigkeit ist vielmehr die Grundvoraussetzung für selbständiges wirtschaftliches Handeln. Jeder vernünftige Hausvater versucht, die ihm zur Verfügung stehenden Quellen so zu nutzen, daß er in seinem Verbrauch, aber auch in der Erzeugung seiner Tauschgüter möglichst frei von fremden Ansprüchen und Einwirkungen bleibt.

Jeder vernünftige Hausvater versucht deshalb auch die Verschwendung seiner Mittel zu verhindern, d. h. er versucht zu sparen. Die Parole „Kampf dem Verderb" ist deshalb am allerwenigsten eine irgendwie zeitbedingte, und es war ein grundlegender Fehler der Kriegs- und Nachkriegs-

Digitized by Google

jahre, daß man den Kampf gegen Vergeudung als eine Sache der Not und des Elends hinstellte, und die Amerikaner bewunderte und beneidete, die so unglaublich verschwenderisch mit ihren Rohstoffen umgehen konnten.

Zwei Formen des Sparens

Es gibt ja zwei Formen des Sparens. Einmal handelt es sich darum, nichts zu verschwenden und alles Verfügbare weitgehend zu nutzen. Zum anderen aber handelt es sich um die Bereitstellung von Vorräten, die man zum gegebenen Zeitpunkt verbrauchen oder wirtschaftlich einsetzen will. Dabei greift eins ins andere. Verminderung des Verschleißes erleichtert die Stapelung neuer Vorräte.

Der Marxismus sah in der Bereitstellung von Vorräten eine Anhäufung von Kapital, das auf Kosten des Verbrauches der arbeitenden Klasse geschaffen werde und damit nur durch Entbehrungen im Leben zu erringen sei. Weite Kreise des bürgerlichen Mittelstandes sparten, um möglichst bald als Rentier sich dem Arbeitsprozeß entziehen zu können, unter dem Eindruck jüdischer, kapitalistischer Vorstellungen, daß das Leben erst nach der Arbeit beginne.

Sparen ist Vorbereitung kommender Leistungen

Beide Auffassungen haben das Sparen vielfach in einen schlechten Ruf gebracht. In Wirklichkeit handelt es sich jedoch um etwas ganz anderes. Sparen im wirtschaftlichen Sinne, d. h. sparen nicht für einen späteren Verbrauch, sondern für einen späteren wirtschaftlichen Einsatz bedeutet die Bildung von Vermögen. Die deutsche Sprache sagt uns aber, daß Vermögen das ist, was ein Mensch vermag, d. h. was er leisten kann. Durch Sparen kann ich meine wirtschaftlichen und technischen Voraussetzungen so stark vervollkommnen, daß ich später nicht nur nicht zu entbehren, sondern vielmehr wesentlich besser produzieren und damit auch mehr verbrauchen kann. Denn der Verbrauch ist in jedem Falle abhängig von der vorausgegangenen Produktion. Kein Volk kann mehr verbrauchen, als es vorher produziert hat und kein einzelner kann mehr verzehren, als er vorher durch seine Leistung erworben hat. Gelingt es mir also, einen Teil des Erworbenen nicht zu verzehren, sondern als Ersparnis, als Vermögen zur Steigerung meiner Leistung zu verwenden, so werde ich mit Sicherheit später einen um so größeren Verbrauch haben können.

> Wir sparen nicht in der Zeit, um in der Not zu haben, sondern wir sparen zur rechten Zeit, um wiederum zur rechten Zeit zu haben.

Das gilt für die einzelne Wirtschaft ebenso sehr wie für die gesamte Volkswirtschaft, denn der einzelne verbraucht oder setzt wirtschaftlich nur Kräfte ein, die aus der Gesamtwirtschaft kommen. Der Gesamtverschleiß, die Verschwendung gemeineigener Güter wirkt auf die Einzelwirtschaft ein.

Der einzelne ist durchaus bereit, in seinem Privathaushalt oder in seiner Privatwirtschaft zu sparen, weil die Erkenntnis des späteren wirtschaftlichen Nutzens ihm durchaus einleuchtet. Selten aber überlegt man sich, daß jeder einzelne von uns fast täglich mit Dingen und Gütern in Berührung kommt, die niemanden persönlich, sondern der Allgemeinheit gehören. Wir erwarten

Digitized by Google

selbstverständlich, daß die Stadtverwaltung, deren Straßenbahn wir benutzen, ihre Wagen pfleglich und umsichtig behandeln läßt, damit sie möglichst lange benutzt werden können und unsere Steuerkraft nicht unnötig beansprucht wird. Aber selten denken wir daran, daß wir selber bei der pfleglichen Behandlung beteiligt sind und durch Kleinigkeiten diese Sparsamkeit unterstützen oder erschweren können. Wie wenige Menschen sind sich wohl auch darüber im klaren, daß die Verunreinigung des Waldes oder sonstiger Gemeinschaftsplätze nicht nur eine ästhetische, sondern auch eine wirtschaftliche Ungezogenheit ist.

Sparsame Verwendung deutscher Rohstoffe

Wieviel mehr gilt die Forderung nach sparsamer Verwendung von Gütern, die der Allgemeinheit gehören, d. h. nach sparsamer Verwendung deutscher Rohstoffe und der daraus erzeugten Waren, die in ihrem Verbrauch oder Nichtverbrauch auf die Gesamtlage der deutschen Volkswirtschaft einwirken. Es ist nicht die ausschließliche Angelegenheit meines Geldbeutels, ob ich z. B. mit dem Treibstoff in meinem Kraftwagen leichtfertig umgehe. Mein Verbrauch an Kohle, Öl, Lebensmitteln usw. hängt nicht allein davon ab, ob ich es bezahlen kann, sondern ist abhängig von den Vorräten, die uns hier überhaupt zur Verfügung stehen.

Eigentum ist anvertrautes Gut

Eine grundlegende wirtschaftliche Erkenntnis des Nationalsozialismus ist es ja, daß wir uns wieder gewöhnen, unser Eigentum als anvertrautes Gut zu betrachten und die dem deutschen Menschen eigentümliche Auffassung vom übergeordneten Eigentum der Gemeinschaft nicht nur theoretisch anzuerkennen, sondern auch praktisch zum Maßstab unseres wirtschaftlichen Handelns zu machen. Der Grundsatz „Gemeinnutz geht vor Eigennutz" bedeutet wirtschaftlich ja nichts anderes, als die Anerkennung der Tatsache, daß wir auch unser privatestes Privateigentum im letzten doch der Gemeinschaft des Volkes verdanken und dieser Gemeinschaft für unser Eigentum und mit unserem Eigentum unentrinnbar verantwortlich sind.

Der Begriff des unverpflichteten persönlichen Eigentums ist ein so typisch jüdisch-römischer Begriff, daß darüber heute wohl kaum noch gesprochen zu werden braucht. Der deutschen Auffassung entspricht es, zu betonen, daß jedes Eigentum irgendwie Teil des Gesamtvermögens ist und daß die Nutzung des Eigentums immer diesem übergeordneten Gesamteigentum entsprechen muß.

Wenn wir hier also von der sparsamen Verwendung von Gütern sprechen, die der Allgemeinheit gehören, so ist im Grunde auch jedes persönliche Eigentum in den Bereich dieser Allgemeinheit einbezogen. Die Verschwendung zum Beispiel kostbarer Rohstoffe, selbst dann, wenn ich „es mir leisten kann", bedeutet eine Schwächung der gesamtwirtschaftlichen Lage des Volkes und hat damit wieder Rückwirkungen auf meine persönliche Leistungs- und Einkommenslage.

Was irgendwie leichtfertig oder unachtsam vergeudet wird an Werten, die der Gesamtheit gehören, das muß ja schließlich im Rahmen der Volks-

Digitized by Google

wirtschaft neu erzeugt und direkt oder indirekt bezahlt werden. Die Steuerschraube oder Preissteigerung oder irgendein sonstiges wirtschaftliches Ausgleichsmoment wird jeden persönlich dafür verantwortlich machen, allerdings nicht nur den Verschwender, sondern auch den, der aus der Verantwortung heraus vorsichtig gehandelt hat. Damit wird der Verschwender zum asozialen Menschen; er verstößt gegen den obersten nationalsozialistischen Grundsatz, den wir ja nicht nur in der Theorie und in der politischen Massenversammlung anerkennen wollen, sondern den wir in der wirtschaftlichen Praxis täglich beweisen wollen und müssen, den Grundsatz, daß das deutsche Volk auf dieser Erde der höchste Wert ist.

Ob Deutschland sich behaupten, ob Deutschland unseren Kindern ein gesundes, starkes und freies Leben ermöglichen kann, das hängt ja entscheidend davon ab, ob es uns gelingt, seine wirtschaftliche Unabhängigkeit herzustellen.

Sparen heißt vernünftig einteilen

Wenn wir uns also bemühen, mit unseren Rohstoffen durchzukommen, so soll das nicht in der Form einer befristeten „Kriegswirtschaft" geschehen, sondern in der Form einer neuen Verteilung und Nutzung unserer Rohstoffe, die von Dauer sein und eine neue Lebensart überhaupt heraufführen soll.

Es handelt sich zum Beispiel bei der Kohle nicht darum, zu knausern, sondern sie wirtschaftlich vernünftiger, vielleicht nach völlig neuen und anderen technischen Gedanken zu nutzen. Sparen heißt ja überhaupt nicht knausern und sich etwas abzuzwacken, sondern sparen heißt vernünftig organisieren und einteilen. Es ist kein Zweifel darüber, daß heute noch an sehr vielen Stellen wirtschaftlich unvernünftig mit den Rohstoffen umgegangen wird. Nicht nur in großen industriellen Betrieben, sondern erst recht im Kleinbetrieb und im Haushalt müssen noch viele Vorurteile überwunden und technische Erkenntnisse durchgesetzt werden.

Jeder soll sich darüber klar sein, daß wir bei der Nutzung unserer Rohstoffe, beim Verbrauch von Gütern also, die der Allgemeinheit gehören, vor grundsätzlichen Neuerungen und Sparmaßnahmen stehen. Sie vor allem werden uns am Ende entbinden von jeder kleinlichen Knauserei und werden echtes Sparen, d. h. die Bildung von Vermögen, und damit neue Möglichkeiten bewirken.

Günter Holk:

Sparen heißt richtig wirtschaften

Wir sind der Überzeugung, daß die Wirtschaft eines aufstrebenden Volkes, eines Volkes, das noch Ziele vor sich sieht, immer sparen muß. Jede Verschwendung von Kräften und Material erschwert die Erreichung der Ziele oder macht sie sogar unmöglich. Nur wer sparsam wirtschaftet, hat die Kräfte zur Verfügung, die es ihm erlauben, sich stets neue, größere Ziele zu stecken. Das ist ja überhaupt der Punkt, an dem sich Sein oder Nichtsein, Aufstieg oder Verfall eines Volkes entscheiden: seine überschüssige Kraft. Wenn sie nicht mehr ausreicht, neue große Aufgaben zu lösen, ist das Volk zum Tode verdammt.

Digitized by Google

Vermögen bilden!

Das deutsche Volk ist ein aufstrebendes Volk. Wir sehen Ziele vor uns, zu deren Erreichung höchste Anspannung aller Kräfte notwendig ist, und hinter diesen Zielen sehen wir schon neue noch höhere winken. Wir sind stolz darauf und wissen, daß wir auch niemals ohne Aufgaben sein werden. Solange unser Volk lebt, wird es nie von der Verschwendung, sondern immer nur von der Sparsamkeit regiert werden.

Ein Volk hat noch niemals ewig gelebt, weil jeder Volksgenosse Tag für Tag Braten essen konnte, und so kann es auch nicht das letzte Ziel der Wirtschaft sein, einen möglichst großen Umlauf der Gegenstände des täglichen Bedarfs zu erreichen, sondern der Zweck der Wirtschaft muß sein, Vermögen zu bilden, Dauerwerte zu schaffen. Dauerwerte an möglichst vielen Stellen und in allen Kreisen des Volkes. Bernhard Köhler sagt: die Bildung neuen Vermögens muß ununterbrochen fortschreiten. Die Vermögensbildung geschieht nicht nur an wenigen Stellen, sondern bei jedem, der arbeitet und zu sparen gewillt ist.

Es ist natürlich selbstverständlich, daß Vermögensbildung nicht auf Kosten der Bedarfsdeckung vor sich gehen kann. Denn die primitive Forderung, die man an eine Wirtschaft stellen muß, ist ja die, es zu ermöglichen, daß das Volk seinen täglichen Bedarf in einer Weise decken kann, die seiner Arbeit würdig ist.

Sparen heißt nicht entbehren,
sondern richtig wirtschaften.

Sparen heißt also, die Überschüsse der Wirtschaft richtig verwerten.

Wie können wir Vermögen bilden?

Wenn es der Zweck der Wirtschaft ist, Vermögen zu bilden, so muß es doch ihr Ziel sein, möglichst viel Vermögen zu bilden, oder mit anderen Worten, möglichst viel Kräfte aufzustapeln, möglichst viel Dauerwerte zu schaffen. Aber wie können wir denn viel Vermögen bilden? Indem wir versuchen, möglichst große Überschüsse zu erzielen und diese Überschüsse richtig zu verwerten. Überschüssig ist aber alles, was wir nicht zur Bedarfsdeckung brauchen. Überschüssig ist auch all das, was Aufwand erfordert, uns aber keinen Nutzen bietet. Nur ist hier der Überschuß schlecht verwertet. Wenn wir Vermögen bilden und Dauerwerte schaffen wollen, so ist hierzu zweierlei notwendig:

1. Den täglichen Bedarf mit geringstem Aufwand bestmöglichst befriedigen.
2. Unsere Arbeit möglichst hundertprozentig unter Ausschaltung aller Verluste zur Bedarfsdeckung und Vermögensbildung ansetzen.

Wir müssen mit unseren Kräften sparsam umgehen und jede Arbeit mit dem minimalsten Aufwand erledigen. Nur so ist es möglich, mehr zu leisten. Bernhard Köhler sagt: „Zur Beseitigung der Armut unseres Volkes ist notwendig der Wille zur richtigen Bewirtschaftung unserer Arbeitskraft."

Digitized by Google

Wir müssen weiter mit unseren Rohstoffen und überhaupt mit unseren Arbeitsmitteln sparsam umgehen, denn in jedem Stück steckt nicht nur Materialwert, sondern auch die Arbeitskraft deutscher Menschen. Und wenn es gar ein Rohstoff ist, den wir einführen müssen, so steckt sie doppelt und dreifach darin.

Wir müssen Verluste suchen. Sie sind die Räuber an unserem Reichtum. Verluste an Arbeitskraft, Verluste an Material, Verluste an Energie. Hier ist das Gebiet, wo sich jeder uneingeschränkt betätigen kann. Hier sind der persönlichen schöpferischen Initiative keine Grenzen gesetzt. Hier kann der Wissenschaftler neben der Hausfrau, der Ingenieur neben dem Handarbeiter kämpfen. Kampf dem veralteten Arbeitsmittel, Kampf dem schlechten Handwerkszeug, Kampf dem Verderb, Kampf dem Verschleiß, Kampf dem Energieverlust. Die Reihe ließe sich fortsetzen, man würde doch nie ein Ende finden.

Die wirtschaftspolitische Truppe trägt diesen Gedanken des Sparens ins Volk. Es ist gar nicht zu schwer, den Menschen von seinem eigenen Vorteil zu überzeugen, denn hinter jedem Ersparnis steht ja in der Ferne irgendwo ein neuer Wert. Sei es die Vergrößerung seines Werkes für den Unternehmer, ein eigenes Haus, ein Fahrrad, ein Auto für jeden. Oder sei es auch eine neue Kulturstätte, ein Theater, ein Thingplatz für eine Stadt, für ein ganzes Land.

Unser Volk wird reicher werden, wenn es seine Arbeitskraft richtig bewirtschaftet.

Hans Barth:

Wir sparen mit Rohstoffen

Unsere Maßnahmen auf dem Gebiete der sparsamen Verwendung von Rohstoffen sind nur oberflächlich aus dem Zwang äußerer, vor allem wirtschaftspolitischer Verhältnisse zu erklären, vielmehr aus einer prinzipiellen Einstellung zum Begriff und zum Wesen des Sparens der Rohstoffe.

Auch früher sprach man im Rahmen der Rohstoffwirtschaft von der Wichtigkeit der sparsamen Verwendung der teuren Materialien. Das Problem an sich ist also nicht neu. Indessen hatte es früher einen verhältnismäßig engen Rahmen. Es erschöpfte sich früher in rein betrieblichem Denken und Handeln.

Um einige konkrete Beispiele zu bringen, erinnern wir an die sparsame Verwendung von Autoreifen. Das Problem des wirtschaftlichen Fahrens, das u. a. gleichbedeutend mit einem schonenden Verschleiß der Autoreifen ist, ist fast ebenso alt wie das Automobil selbst. Die Ölschmierung der Maschinen ist eine wichtige Sparsamkeitsmaßnahme, denn eine zu reichliche Ölschmierung ist ebenso unwirtschaftlich wie eine zu geringe. Ein weiteres typisches Beispiel des alten Begriffs des Sparens an Materialien ist die Kesselfeuerung in den Betrieben; es war von jeher das Bestreben eines ordentlichen Werks, den rationellsten Feuerungskessel zu besitzen und ihn mit der zweckentsprechenden Kohlensorte zu beschicken.

Unter dem Einfluß der nationalsozialistischen Weltanschauung hat auch der Begriff des Sparens mit Rohstoffen (sowie überhaupt mit jedem Material

Digitized by Google

in der Wirtschaft) eine gewaltige Ausweitung und Vertiefung erfahren. Man kann die verschiedenen Ansatzpunkte einer sparsamen Verwendung von Rohstoffen wie folgt kennzeichnen:

a) sparsame Erzeugung,
b) sparsame Verarbeitung,
c) Materialersparnis durch Austausch,
d) sparsamer Verbrauch,
e) sparsame Abfall- und Altmaterialverwertung,
f) Sparen durch Verwendungsverbote.

Sparsame Erzeugung

Daß man selbst bei der Erzeugung der Rohstoffe sparsam vorgehen kann und soll, erscheint auf den ersten Augenblick etwas überspitzt. Dennoch liegt hier das Schwergewicht der Sparsamkeitsmaßnahmen der Rohstoffwirtschaft. Wir meinen die Verhüttung, die Veredlung und die synthetische Herstellung von Rohstoffen.

Was die Verhüttung anbetrifft, so erinnern wir nur an die restlose Ausnutzung hochwertiger Erze und an die Verhüttung ärmerer Erze, so daß in der Schlacke auch nicht ein Tropfen Metall zurückbleibt und damit der Volkswirtschaft verloren geht.

Bei dem Begriff der Veredlung nennen wir z. B. das Leder, das aus Häuten hergestellt wird und eine wirtschaftlichere Verwertung des Urmaterials darstellt. Ganz besonders von Bedeutung ist die Veredlung des Holzes. Es leuchtet ein, daß es volkswirtschaftlich sparsamer ist, das Holz nicht als Brennmaterial zu benutzen, sondern als Bauholz, Nutzholz und als Ausgangsprodukt verschiedener chemischer Erzeugnisse (Holzgeist, Holzzucker und noch vieles andere). Vor allem gehört die Verkokung der Kohle hierher, weil der Koks ein hochwertigeres Brennmaterial als die Förderkohle darstellt.

Den Schlußstein dieser Entwicklungsreihe bilden die synthetischen Nutzstoffe, von denen Benzin aus Kohle, Kohgummi aus Kalk und Kohle und Zellwolle aus Holz die bekanntesten sind.

Sparsame Verarbeitung

In der Sphäre der Verarbeitung der Rohstoffe spielen Konstruktion und Normung die wichtigste Rolle. Es bedeutet eine Rohstoffersparnis, wenn Konstruktionsänderungen einen Übergang von dickwandigem zu dünnwandigem Material zulassen, z. B. bei Gußgehäusen oder auch bei Blechteilen. Eine der Voraussetzungen dabei ist in der Regel die Verbesserung der Güte des Materials. Bessere technische Eigenschaften ermöglichen sehr oft Ersparnisse an Material, wenn z. B. ein Konstruktionsteil trotz leichterer Ausführung dieselbe Festigkeit und Gebrauchssicherheit aufweist.

Die Normung gewinnt unter dem Gesichtswinkel der sparsamen Verwendung von Material eine erhöhte Bedeutung. Wie viele Halbmaterialien gingen doch früher infolge einer übergroßen Typenzahl als Restposten einer normalen Verwendung verloren.

Digitized by Google

Materialersparnis durch Austausch

Wir kennen heute in der Wirtschaft den Begriff der Austauschstoffe, d. h. wir überlegen uns vor der Verwendung eines uns knapp zur Verfügung stehenden Rohstoffes, ob wir diesen nicht — unter Umständen mit Hilfe einer kleinen Konstruktionsänderung — durch einen anderen Rohstoff, in dem unsere Versorgungslage günstiger ist, austauschen können. Alte Beispiele dieses Vorganges sind in der Bauwirtschaft die Rivalität zwischen Holzbau, Steinbau und Eisenbau. Heute spielen diejenigen Austauschstoffe eine hervorragende Rolle, die uns die teuren Nicht-Eisen-Metalle ersetzen helfen. Das sind die sogenannten Kunststoffe, die in der Regel Kunstharze sind, z. B. Bakelit, ein Produkt der Kohle, Harnstoffharze, Produkte des Stickstoffes, und schließlich Kunstharze aus Kalk und Kohle.

Es hat sich eine Art Rangordnung in der Verwendung der Rohstoffe herausgebildet, die einerseits von der Austauschmöglichkeit und andererseits von der Knappheit bestimmt wird.

Sparsamer Verbrauch

Die Sparsamkeit beim Verbrauch der Rohstoffe erschöpft sich im wesentlichen in der möglichst langen Erhaltung der vorhandenen Materialien und in der Verhütung von Schädigungen, die auf einen plötzlichen Verlust hinauslaufen.

Hier sind in erster Linie alle jene Maßnahmen zu nennen, die die Korrosion bei den Metallen und insbesondere das Rosten beim Eisen möglichst verhindern, ferner die Bekämpfung des Fäulnisprozesses und des Insektenfraßes beim Holz und bei den Faserstoffen.

Schließlich ist hier noch die Verhütung der Unfälle zu nennen, bei denen neben der Schädigung von Menschen in der Regel auch hohe Materialverluste eintreten — gleichviel, ob es sich um Brandunfälle, Verkehrsunfälle oder um Betriebsunfälle handelt.

Abfall- und Altmaterialverwertung

Ein besonders wichtiges Gebiet stellt die Abfall- und Altmaterialverwertung dar. Hier tritt die sparsame Verwendung am eindringlichsten zutage. Es muß das Bestreben sein, nicht nur alle Abfälle und Altmaterialien zu sammeln und einer erneuten Verwendung zuzuführen, sondern vor allem auch die Zahl der anfallenden Mengen durch sachgemäße Behandlung bei der Erzeugung, der Verarbeitung und dem Verbrauch zu vermindern.

Wir sind zur Zeit dabei, alle Abfälle und Altmaterialien restlos zu erfassen und zu verwerten. Altgummi und gebrauchte Öle werden regeneriert, d. h. wieder verwendungsfähig gemacht. Eisen und Nicht-Eisen-Metalle werden wieder eingeschmolzen. Wollene Lumpen und baumwollene Lumpen finden als Reißwolle und Reißbaumwolle erneut Verwendung.

Digitized by Google

Sparen durch Verwendungsverbote

Schließlich versucht man auf verwaltungsmäßigem Wege die sparsame Verwendung von Rohstoffen sicherzustellen. Es sind dies Verordnungen und Anordnungen über Verbote, sei es nun, daß es sich um Einfuhr- oder um Ausfuhrverbote handelt, daß es sich um Errichtungsverbote oder um Produktionsdrosselung handelt, sei es, daß es sich um Verwendungs- oder Verbrauchseinschränkungsverbote handelt.

Bei all diesen Verwaltungsmaßnahmen handelt es sich darum, eine sparsame Bewirtschaftung knapper Rohstoffe zu erzielen. Wir haben Ausfuhrverbote in Schrott und Altmetallen, Errichtungsverbote in Zement, Produktionsdrosselungen in der Papiererzeugung und die vielseitigsten Verwendungsverbote auf dem Gebiete der Nicht-Eisen-Metalle. Diese Beispiele sollen genügen.

Sparen — eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit

In den Augen eines Nationalsozialisten ist die Rohstoffverschwendung ein Raubbau an den Naturschätzen unserer Heimat, und sie ist zugleich eine Vergeudung von getaner Arbeit, also nicht lediglich von „Kapital", wie der Liberalist sagen würde. Jeder Rohstoff der Natur gewinnt erst dann Bedeutung für die Wirtschaft des Volkes, wenn er durch Arbeitseinsatz verwendungsfähig gemacht worden ist. Die Vermeidung von Raubbau an Naturmaterialien und die Vermeidung von Vergeudung an Arbeitskraft sind aber nichts anderes als wichtige Teilgebiete der Rationalisierung unserer Volkswirtschaft. So dient die sparsame Verwendung von Rohstoffen einem doppelten Zweck: einem politischen, der wirtschaftlichen Freiheit, und einem wirtschaftlich-sozialen, der Steigerung der Leistung der Volkswirtschaft und damit der Lebenshaltung; denn jede nichtsparsame Verwendung von Rohstoffen bedeutet nicht nur eine Verschwendung von Material, sondern auch eine Vergeudung von Arbeit, die erneut eingesetzt werden muß, um neues Material an die Stelle des verschwendeten Materials zu setzen. Dies aber muß auf die Dauer die Lebenshaltung beeinträchtigen, weil wir nur das verteilen und verbrauchen können, was wir erarbeitet haben.

Käthe Raumer:

Sparsame Frauen!

Zu allen Zeiten hat es Menschen gegeben, die sparten, und solche, die es nicht taten, und ewig gleichbleibend wie die Argumente für eine sparsame Lebensführung und die Bildung angemessener Reserven sind die Ausreden derjenigen, die aus einer anderen seelischen Grundhaltung heraus nicht in der Lage sind oder zu sein glauben, anders als dauernd über ihre Verhältnisse zu leben. Es entspricht nicht dem Charakter des deutschen Volkes, bedenkenlos darauflos zu leben, und wenn in früheren Jahren derartige Erscheinungen überhand zu nehmen drohten, so war es fremder Geist, der hier seinen Ein-

Digitized by Google

fluß geltend zu machen versuchte unter Ausnutzung der traurigen Erfahrungen, die gerade die kleinen Sparer in der Inflationszeit hatten machen müssen.

Der Staat schützt das Volksvermögen

Heute gehören diese Zustände schon lange der Vergangenheit an, und eine starke Staatsführung schützt das Volksvermögen, das aus tausenden kleiner und kleinster Kanäle zusammenströmt. Der Wille, aus eigener Kraft sein Vermögen zu schaffen, sei es auch noch so klein, und den Kampf um den wirtschaftlichen Aufstieg *selbst* aufzunehmen, ist stark und selbstsicher geworden.

Die Frau muß richtig wirtschaften

Der Hausfrau und Mutter fällt hier eine wichtige Aufgabe zu, denn in ihrer Hand liegt die Gestaltung der Lebenshaltung der Familie. Wenn auch das Einkommen oder Vermögen des Mannes die Grenzen der äußeren Lebenshaltung bestimmt, so besteht doch für die Frau die Möglichkeit, innerhalb eines gewissen Spielraums Reserven zu bilden oder andererseits, wenn sie schlecht wirtschaftet, die vorhandenen Mittel restlos zu verbrauchen und womöglich noch Schulden zu machen.

Angesichts der Tatsache, daß in breiten Schichten unseres Volkes Einkommen und Auskommen auch heute noch schwer in Einklang zu bringen ist, scheint auf den ersten Blick eine Sparmöglichkeit nur in einer Senkung der Lebenshaltung zu liegen. Diese Auffassung ist aber durchaus irrig, denn *sparen heißt*, wie Bernhard Köhler sagt, *nichts anderes als gut wirtschaften*, und das sollte man von jeder Hausfrau verlangen können, ganz gleich, ob das Einkommen groß oder klein ist.

Wer richtig rechnet, kann sich mehr leisten

Schon beim Einkauf der Lebensmittel und sonstigen Verbrauchsgüter fängt es an. Eine Frau, die ohne Kenntnis der Preise und der Qualität der Ware kauft, was ihr gerade einfällt, womöglich ohne sich einen genauen Plan für die Ernährung der nächsten Tage gemacht zu haben, wird immer schlechter abschneiden als die genau rechnende Hausfrau, die weiß, wieviel sie in einem bestimmten Zeitraum für die einzelnen Bedarfsgüter ausgeben darf und sich aus diesem Grunde um die besten und billigsten Bezugsquellen bemüht. Die richtig, d. h. planmäßig wirtschaftende Frau wird immer noch eine Möglichkeit finden, kleine Beträge einzusparen, ohne daß die Ernährung ihrer Angehörigen darunter leidet, und sich damit Reserven schaffen für gelegentliche besondere Ausgaben, Geburtstagsgeschenke, einen Theaterbesuch, ein gutes Buch usw. Denn die dem Einkommen entsprechende Befriedigung kultureller Bedürfnisse bedeutet eine Hebung der Lebenshaltung, die in den Nachkriegsjahren ein bedrohliches Übergewicht nach der rein materiellen Seite erhalten hatte.

Digitized by Google

Mit Überlegung kaufen

Aber nicht nur beim Einkauf, sondern auch bei der zweckmäßigen Verwendung der Lebensmittel kann sich der Sparsinn der Hausfrau erfolgreich betätigen. Kochkunst und Wissen um die Behandlung, Auswertung und richtige Aufbewahrung der Nahrungsmittel schützt vor Verlusten, die über den einzelnen Haushalt hinaus die gesamte Volkswirtschaft treffen. Die Hausfrau soll auch wissen, welche Werkzeuge, Maschinen oder sonstigen Einrichtungen ihr die Arbeit und ihren Kampf gegen den Verderb erleichtern, und sie darf auch bei geringem Einkommen ruhig ein paar Mark für solche Dinge ausgeben, aber sie sollte nicht, wie es leider auch noch vorkommt, wahllos alle möglichen Gegenstände zusammenkaufen, die sie einmal auf einer Ausstellung gesehen hat und die vielleicht scheinbar billig sind, aber in der Praxis nachher gar nicht oder viel schlechter arbeiten als es bei der Vorführung den Anschein hatte.

Überlegte Wirtschaftsführung macht solche Mißgriffe unmöglich, die in gleicher Weise auch bei der Innenausstattung der Wohnräume, bei Erwerb von Kleidung und Wäsche vorkommen können. Wirkliche Ersparnisse, die hier durch richtigen Einkauf wie durch Erhaltung und sorgfältige Pflege dieser Gebrauchsgegenstände erzielt werden können sind ein großer Faktor in der Wirtschaftsrechnung und ermöglichen oft bei Neuanschaffungen den Übergang zu einer besseren Qualität.

Schon das Kind soll sparen lernen!

Noch von einem anderen Punkte aus kann die Hausfrau die Spartätigkeit der Familie fördern, nämlich, indem sie die Kinder zum Sparen anhält. Das erfordert natürlich eine stetige, niemals nachlassende Energie, denn nichts wird leichter unbequem, als ein mit noch so großer Begeisterung gefaßter guter Vorsatz, der eine dauernde Umstellung gewisser Gewohnheiten voraussetzt.

Eine Rationalisierung der Wünsche, d. h. Aufschiebung einer vielleicht möglichen Erfüllung, um sie nach einiger Zeit auf ihren wirklichen Wert prüfen zu können, ist auch für jeden Erwachsenen eine gute Übung zur Sparsamkeit, und viele Enttäuschungen können vermieden werden, wenn man kleine Wünsche zurückstellt, die vielleicht schon nach wenigen Tagen nebensächlich geworden sind, um dann lieber einmal eine schöne Reise zu machen oder einen größeren Gegenstand von dauerndem Wert zu erwerben, *ohne die Abzahlungsgeschäfte* in Anspruch nehmen zu müssen. Denn ein Ratenkauf bedeutet in jedem Falle eine Schuldverpflichtung und eine Vorbelastung des Einkommens, die der Anfang zu einer weitergehenden Verschuldung und zu erheblichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden kann. Größere Ersparnisse können dagegen solche Unannehmlichkeiten verhindern, und wenn sonst alle Wünsche befriedigt sind, kann man das Sparguthaben als Grundstock für einen noch weiter entfernt liegenden Zweck, etwa Berufsausbildung des Kindes, Erwerb eines Kleinautos oder gar eines Eigenheims weiter anwachsen lassen. Denn die Freude am Sparen wächst je bekanntlich mit der Höhe des Betrages und gerade in der Familie kann die Mutter durch ihr Beispiel einen großen *Sparwettkampf* entfesseln, dessen Erfolge überraschend sein können.

Digitized by Google

Vertrauen als Spargrundlage

Vorsicht, Voraussicht, Berechnung, Verbesserungsdrang, Unabhängigkeitswille, Unternehmungslust, Stolz und Geiz sind Beweggründe des Sparens, denen Genuß, Kurzsichtigkeit, Prahlerei und Verschwendung als Motive eines übermäßigen Verbrauches gegenüberstehen.

Diese persönlichen Neigungen werden, abgesehen von rein egoistischen Trieben, im wesentlichen durch die Einstellung zur politischen Führung durch das Vertrauen oder Mißtrauen bestimmt. Wenn unmittelbar nach der Inflation die fatalistische Anschauung um sich griff: Es ist besser, in der Gegenwart in Fülle zu leben, als gespartes Gut vernichtet zu sehen, so entsprang dies der Mutlosigkeit wie dem Fehlen jeglichen Vertrauens in einen zukünftigen Aufstieg. Wer sich trotzdem die Erfüllung notwendiger Bedürfnisse versagte, tat es aus der berechtigten Angst, plötzlich dem Nichts gegenüberzustehen und der Volksgemeinschaft zur Last zu fallen. Die Furcht vor Existenzlosigkeit fördert wohl den Spartrieb, bringt aber das Spargut, da es nicht aus Überschüssen gesammelt werden kann, nur zum Einsatz um den nackten Existenzkampf und nicht für die Erhöhung der Lebenshaltung.

Wir erwarten ein zielstrebiges Sparen, ein weises Zurücklegen von erarbeiteten Überschüssen, zur Erfüllung eines Wunsches, der den einzelnen bereichert. Die Möglichkeit dazu ist erst gegeben, wenn der Volksgenosse der Sorge um sein nacktes Dasein enthoben ist. Die grundlegende Forderung des Rechtes auf Arbeit und ihre Verwirklichung schafft die nötigen Voraussetzungen, die heute bereits gegeben sind. Das sichere Bewußtsein, zumindest ausreichend Nahrung, Kleidung und genügend Wohnraum zur Verfügung zu haben, ermöglicht erst richtig zu wirtschaften, d. h. Vorsorge zu treffen für eine Vergrößerung der Arbeitsmöglichkeiten, für die Gründung einer Familie usw.

Eine sozialistische Wirtschaft, in der das Recht auf Arbeit wirksam ist, schützt dabei den überschüssigen Ertrag redlicher Arbeit. Eine andauernde Vollbeschäftigung mit größter Produktionskraft schafft genügend Güter, um jeden Volksgenossen hinreichend zu versorgen und verhindert kapitalistische Krisen, die immer in der Organisierung des Mangels durch „Finanzhyänen" ihre tiefste Ursache haben. Die gefürchteten Konjunkturabschwünge mit ihrer „Gesetzmäßigkeit" sind bereits seit vier Jahren in Deutschland nicht mehr zum Zug gekommen. Die Erfüllung großer Kulturaufgaben, der Städteumbau von München, Berlin, Nürnberg und Hamburg als wirtschaftspolitischer Befehl des Führers, sind nur ein Beweis für die unerschöpflichen Arbeitsaufgaben in unserem Volke. Der Vierjahresplan des Führers macht alle Versuche des Auslandes, den wirtschaftlichen Aufstieg zu hemmen, zunichte. Konzentrierte Angriffe auf unsere Währung werden in Zukunft ebenso sicher abgeschlagen werden, wie es zu Ende letzten Jahres, als uns die Devalvation als Allheilmittel empfohlen wurde, geschah.

Ein gesundes Verhältnis zwischen Löhnen und Preisen verhindert, daß steigende Löhne und Preise um die Wette laufen, wobei Unternehmer wie Arbeiter die Leidtragenden sind und damit die gesamte Volkswirtschaft zerrüttet wird. Eine dauernde Vollbeschäftigung sichert eine gleichbleibende Kaufkraft und wirkt damit selbst allen einseitigen Preiserhöhungen entgegen. Wenn in anderen Ländern Menschen um ihr Spargut bangen, gehen wir einer Aufwertung der Sparguthaben entgegen. Die Tendenz der Verbilligung, die durch die sinnvolle Rationalisierung gegeben ist, wird insbesondere nach der Erfüllung der wesentlichsten Aufgaben des Vierjahresplanes immer mehr um sich greifen. Eine beständige Aufklärungs- und Erziehungsarbeit wird dabei verstehen, wie Bernhard Köhler sagt, „die Erwerbslust der Verdienenden zu ihrem eigenen Besten auf Güter zu

Digitized by Google

lenken, die in der Zeit des jüdischen Umsatzfimmels zum Schaden des volkswirtschaftlichen Wohlstandes vernachlässigt worden sind". Das Vertrauen in die politische Führung wird die Volksgenossen veranlassen, den Sparsinn nach den großen volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten auszurichten. Eine sicher geführte Propaganda wird hier unterstützend eingreifen und so neben dem persönlichen Vorteil auch der Gemeinschaft den größten Nutzen garantieren. Die Motorisierung Deutschlands und der Bau des Volksempfängers sind Beispiele.

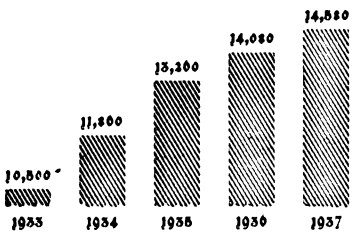
Die steigenden Spareinlagen, besonders der kleinen Einkommensträger, zeugen von dem ständig wachsenden Vertrauen, von dem wachsenden Lebensmut und der erhöhten Zielstrebigkeit des Volkes. Von einer gesicherten Lebensgrundlage, wie sie das Recht auf Arbeit garantiert, zu immer größerem Wohlstand und Fortschritt führt stete Arbeit und vorausschauendes, zielbewußtes Sparen. Unt.

Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsordnung

Denksportaufgabe für Sparer

Die Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen sind seit dem Umbruch um etwa 4 Milliarden RM. auf annähernd 18 Milliarden RM. angewachsen.

Entwicklung der Sparkassen-Einlagen in Millionen RM.



Jahresdurchschnitt (Jan.)

Außerdem sind die Guthaben auf den Depositen-, Giro- und Kontokorrentkonten bei den Sparkassen, Girokassen und Kommunalbanken auf 2½ Milliarden RM. gestiegen. Das macht zusammen über 17 Milliarden RM. an Spareinlagen. Guthaben auf Bank-, Postscheck- und Reichsbankgirokonten sind hier nicht eingeschlossen. Vom Versicherungssparen und anderen Spararten findet sich auch kein Niederschlag in der genannten Summe.

Der gesamte Geldumlauf in Deutschland aber umfaßt derzeitig wenig mehr als 6½ Milliarden RM.; er hat in den vier Jahren seit dem Umbruch — trotz der gewaltigen Belebung der Arbeit, der Beseitigung der Arbeitslosigkeit und einer in unserer Geschichte vorher unerreichten Steigerung des Volkseinkommens — um nicht einmal eine Milliarde RM. zugenommen.

Durchschnittlich entfallen also zur Zeit auf den Kopf der deutschen Bevölkerung knapp 100 RM. an Bargeldmitteln und 260 RM. an Sparkasseneinlagen, und die Sparguthaben steigen weiter von Monat zu Monat. Das deutsche Volk hat bislang gut 2½ mal mehr erspart, als es überhaupt an barem Gelde besitzt...

Wer über diese Zahlen nachdenkt, kann bei sich selber feststellen, ob er auch in wirtschaftlichen Angelegenheiten über einen gesunden Menschenverstand verfügt oder nicht. Wer sich über diese Entwicklung aus klarer Einsicht so recht von Herzen zu freuen vermag, gehört zur ersten Gruppe; wer angesichts dieser Zahlen ängstlich wird, Hamstergelüste verspürt oder gar anfängt zu tuscheln und zu meckern, gehört zu denen, die trotz des auch in diesen Entwicklungsziffern zutagetretenden gewaltigen Aufschwungs deutscher Kraft leider noch nicht alle werden. Gld.

Ein guter Tip

Meine Herren Werbungtreibende! Was würden Sie sagen, wenn Ihnen einer Ihrer Lieferanten sein neuestes Angebot an einem Tag gleich in drei oder vier Ausfertigungen zuschicken würde? Was würden Sie z. B. sagen, wenn Sie bei Ihrem Posteinlauf gleich drei Briefe vorfinden würden, die alle ein und denselben Prospekt der Fa. Meier & Sohn enthielten? Sie würden sicher sagen: dieser Meier & Sohn ist total verrückt geworden, derart zu verschwenden. Und

Digitized by Google

Sie würden wahrscheinlich eine leichte Abneigung gegen diese Verschwenderfirma bekommen.

Glauben Sie mir, genau so geht es Ihren Kunden, wenn sie eines schönen Tages Ihren neuesten Prospekt gleich in drei oder vier Ausfertigungen im Briefkasten finden. Aber abgesehen davon, daß Ihr Kunde ein schiefes Bild von dem Geschäftsgebaren Ihrer Firma erhält, wie können Sie es mit Ihrer kaufmännischen Ehre vereinbaren, mit dem kostbaren Papier so verschwenderisch umzugehen?

Sagen Sie nicht, es sei aus technischen Gründen unmöglich, die Verteilung der Prospekte so genau zu überwachen. Es sind noch ganz andere Dinge möglich. Nur muß man eben ein wenig nachdenken.

Es ist ja durchaus nichts dagegen einzuwenden, daß Sie Werbung treiben und dabei auch Papier verbrauchen. Im Gegenteil: die Werbung ist eine Lebensnotwendigkeit der modernen Wirtschaft, und es ist nur erfreulich, wenn Sie recht tüchtig dabei sind.

Aber überlegen Sie einmal, wie Sie Ihre Werbung noch intensivieren und steigern könnten, wenn Sie die Summen, die Sie jetzt nutzlos ausgeben, produktiv verwerten. Und wenn Sie sich darüber klar sind, dann setzen Sie sich hin und überlegen, wie man das technisch durchführen könnte. Glauben Sie mir, Sie finden bestimmt etwas, und Sie erweisen sich und der gesamten deutschen Volkswirtschaft einen großen Dienst.

Ein zweites großes Gebiet, wo erhebliche Papiereinsparungen möglich sind, ist die Verpackung. Wir haben es ja alle schon erlebt, wenn man ein Paket auspackt, daß man voller Verzweiflung Wellpappe, Seidenpapier, Zeitungspapier und noch einmal Wellpape Lage für Lage abwickelt, daß sich das Papier neben einem in großen Bergen stapelt und immer noch kein Ende abzusehen ist, bis man zum Schluß einen Gegenstand in der Hand hat, bei dem man sich wirklich nicht klar ist, warum eine Verpackung nicht auch genügt hätte.

Etwas mehr Rücksicht auf sich selbst und etwas mehr Rücksicht auf alle, und unsere Rohstofflage wird sich bei einer Reihe von Stoffen schnell bessern. Hlz.

Sparsinn als Kreditsicherheit

Wie allgemein bekannt, ist es unserem zwar organisatorisch reich gegliederten Kreditwesen in Groß-, Klein-, öffentlichen- und privaten Banken, Genossenschaften, Spar- oder Darlehenskassen bisher nicht gelungen, die Kreditwürdigkeit des einzelnen in Einklang mit seiner Kreditfähigkeit, die er in den Augen aller dieser Institute erst durch die sogenannten bankmäßigen Sicherheiten erlangen kann, zu bringen. Zwar sind eine ganze Reihe erfreulicher Entschließungen und Resolutionen zugunsten des Personalkredites erfolgt, was in der Praxis aber unter Personalkredit verstanden wird, hat mit dem, was ursprünglich gemeint war, herzlich wenig noch zu tun.

Hier hat das Deutsche Handwerk in der DAF. mit seinem System des „Meistersparens" zum ersten Mal einen Vorstoß des bisher ängstlich gemiedenen Territoriums des Kredites ohne Sicherheiten unternommen. Derjenige junge Meister, der in den Berufs- und Leistungswettkämpfen der Lehrlinge und Gesellen, sowie in den berufserzieherischen Kursen der Arbeitsfront bewiesen hat, daß er sein Fach versteht, und *der vor allem durch regelmäßiges Sparen während seiner Ausbildungs- und Gesellenjahre bewiesen hat, daß er ein zuverlässiger Rechner und wirtschaftlich veranlagt ist*, erhält einen Kredit zur Verselbständigung bis zu RM. 6000,— ohne jede Sicherheit durch die Bank der deutschen Arbeit gestellt. Es wird also weder eine Verpfändung von Vermögensteilen oder Abtretung von Forderungen, noch eine Bürgschaft Dritter verlangt, sondern einzig und allein die in der Vergangenheit bewiesene Leistung ist der Maßstab für die Zuteilung des Kredites.

Daß die Rückzahlung des Darlehens in entsprechend niedrigen Raten erfolgt, ist selbstverständlich, ebenso wie die Voraussetzung, daß die Verselbständigung nicht ausgerechnet an einem absolut ungeeigneten, weil übersetzten oder aussichtslosen Platz stattfindet.

Wir begrüßen diesen Schritt des Deutschen Handwerks in der DAF., weil er geeignet ist, endlich einmal die ideellen und charakterlichen Sicherheiten, die in

Digitized by Google

der Person des Kreditnehmers liegen, tatsächlich zu bewerten, und nicht wie bisher diese eigentlichen Sicherheiten der Persönlichkeit mißachtet bzw. überhaupt ablehnt. Der Erfolg dieser Kreditgewährung auf Grund beruflicher Fähigkeit und bewiesenen Sparsinnes wird vielleicht geeignet sein, die Watte in einigen Ohren etwas aufzulockern. Biff.

Wer spart?

Eine Aufteilung der Spareinlagen nach den Berufen der Einleger vermittelt uns einen aufschlußreichen Einblick der wirtschaftlichen Schichtung jener, denen wir es verdanken, daß ein so gewaltiger wirtschaftlicher Faktor, wie das deutsche Sparvermögen von 13,5 Milliarden RM. zusammengetragen wurde. Eine Untersuchung dieser Art in Süd- oder Norddeutschland, in Landwirtschafts- oder Industriegebieten wird hierbei natürlich völlig verschiedene Bilder zeigen. Die Berufsstatistik einer kleinen ländlichen Sparkasse z. B. hat folgende Zahlen ergeben:

	v. H. der Gesamtsparseinlagen	v. H. der Gesamtzahl der Sparkonten
1. Beamte, Militär, Akademiker und deren Kinder	26	23
2. Landwirte und Kinder von solchen	19	18
3. Vereine Stiftungen, Nachlaßmassen, Behörden usw.	16	6
4. Werkarbeiter, Taglöhner, Zimmerleute usw. und Kinder von solchen	13	32
5. Gewerbetreibende, selbständige Kaufleute, Handwerker usw. und Kinder von solchen	13	11
6. Rentner und andere Personen ohne Beruf	10	6
7. kaufmännische und gewerbliche Handlungsgehilfen, Gesellen, Lehrlinge usw.	3	4

Die Zahlen zeigen eine ziemlich weitgehende Gleichheit von Gesamtsumme und Gesamtzahl, somit scheinen Sparwille und Sparvermögen sich die Waage zu halten. Eine starke Abweichung ergibt sich nur bei den Werkarbeitern, die ein Drittel der Gesamtkontenzahl bestreiten!

Die großen Klassen der einzelnen Sparguthaben zeigen folgendes Bild:

	v. H. der gesamten Sparseinlagen	v. H. der Gesamtzahl der Sparkonten
Guthaben bis RM. 20,—	1	39
„ „ „ 100,—	2	17
„ „ „ 300,—	7	16
„ „ „ 1 000,—	16	17
„ „ „ 3 000,—	29	8
„ „ „ 10 000,—	10	1
„ darüber	25	1

Mehr als ein Drittel aller Guthaben bewegen sich unter der Grenze von RM. 20,— und machen dabei nur 1 v. H. der Gesamtsumme der Spareinlagen aus. 39 v. H. der Sparkonten entfallen auf die Guthaben bis zur Grenze von RM. 1000,— und nur 3 v. H. übersteigen die Guthabengrenze von RM. 3000,—.

So zeigt auch das gegebene Beispiel den Sparsinn gerade des kleinen Wirtschafters. Dgl.

Achtung!

Von vorliegender Nummer der Zeitschrift Wirtschaftspolitik der NSDAP. erscheint ein 16seitiger, jedermann zugänglicher Auszug als Flugschrift unter dem Titel:

Sparen heißt nicht Not leiden.

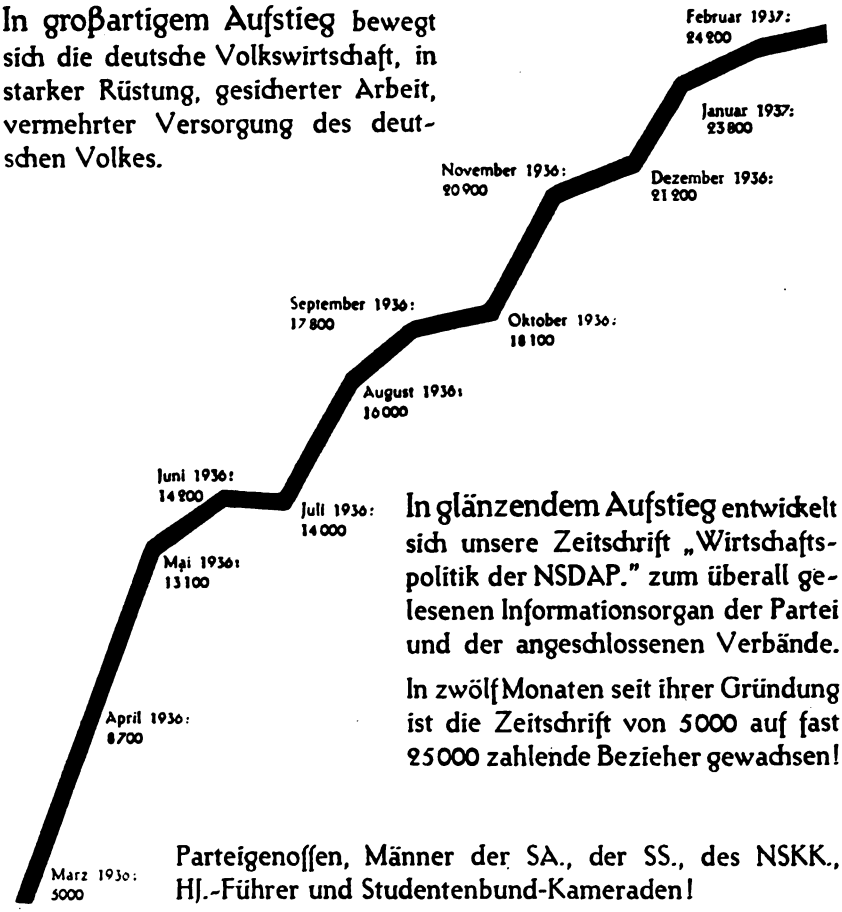
Einzelpreis 10 Pfennig. Näheres über Staffelpreise, Bezug usw. finden Sie in Heft 8 der Zeitschrift ebenso Bestellschein. Bestellungen über die Kreis- bzw. Gauwirtschaftsberater an den Zentralverlag der NSDAP.

Verbreiten Sie diese Flugschrift!

Sie leitet eine neuartige Sparpropaganda ein, die für unsere wirtschaftliche Aufbauarbeit von großer Wichtigkeit ist.

Digitized by Google

In großartigem Aufstieg bewegt sich die deutsche Volkswirtschaft, in starker Rüstung, gesicherter Arbeit, vermehrter Versorgung des deutschen Volkes.



In glänzendem Aufstieg entwickelt sich unsere Zeitschrift „Wirtschaftspolitik der NSDAP." zum überall gelesenen Informationsorgan der Partei und der angeschlossenen Verbände.

In zwölf Monaten seit ihrer Gründung ist die Zeitschrift von 5000 auf fast 25000 zahlende Bezieher gewachsen!

Parteigenossen, Männer der SA., der SS., des NSKK., HJ.-Führer und Studentenbund-Kameraden!

Bestellt noch heute die Zeitschrift:

Wirtschaftspolitik der NSDAP.

das einzige parteiamtliche Organ, das sich ausschließlich mit wirtschaftspolitischen Fragen befaßt. Die Zeitschrift erscheint monatlich zweimal im Umfang von 24 Seiten. Bezugspreis halbjährlich RM. 1,80 einschließlich Zustellgebühr. Bestellungen an den Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, Thierschstraße 11. Bestellkarte liegt diesem Heft bei.

Verantwortlicher Schriftleiter: Udo Pfriemer, München 43, Karlstraße 24, Fernruf: 54030 / Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, Thierschstraße 11 / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Nur durch die Dienststellen der NSDAP. / Erscheinen: Zweimal im Monat / Preis des Heftes: 15 Pfennig

Digitized by Google

Mitteilungen der Kommission für

Wirtschaftspolitik der NSDAP

Heft 10 Jahrgang 2

Nachdruck – auch auszugsweise – nicht gestattet!

HC
286.3
.A1
N28
v. 2
no. 10

Der Führer am 1. Mai 1937:

Ich bin der Überzeugung, daß unser Volk selbst immer mehr gesunden wird bei dieser nüchternen, klaren und anständigen politischen und wirtschaftlichen Führung. Ich sage politischen Führung, denn diese Erfolge sind primär nicht der Wirtschaft zuzuschreiben, sondern der politischen Führung.

Aus dem Inhalt:

Bernhard Köhler: Sie tragen die Armut ins eigene Haus!

Karl Erich Kohlen: Zweierlei Sozialismus

Gustav Bergschmidt: Börsenspekulation fürchtet Kohlenpreisermäßigung

Hans Unterberger: Wirtschaftspolitische Führung

Curt Belling: Der Film im Dienst der Wirtschaftspolitik

Mai 1937

Zentralverlag der NSDAP

UNIV. OF MICH. LIBRARY

Digitized by Google

Bernhard Köhler:

Sie tragen die Armut ins eigene Haus!

Wenn man die geifernde Wut der Bolschewiken und ihrer Schleppenträger in allen Ländern gegen den Nationalsozialismus richtig einschätzen will, muß man sich vor Augen halten, daß zu den wichtigsten Mitteln der jüdischen Weltherrschaftsplanung die wirtschaftliche Lähmung und Verarmung der Völker gehört. In diesem Punkte sind sich Marxismus und Kapitalismus völlig einig: der Aufstieg und der Aufbau Deutschlands aus eigener Kraft ist eine geradezu strafwürdige Verletzung der internationalen Pläne zur Proletarisierung und Beherrschung aller Völker. Daher auch das beliebte Spiel mit dem Vorwurf gegen Deutschland, es wolle sich „aus der Gemeinschaft der Völker absondern" und begehe damit eben schon ein Verbrechen gegen den heiligen Geist des Friedens und der Völkerversöhnung. Auf deutsch heißt dies eben nichts anderes als: Deutschland ist nicht gewillt, mit den noch von Juden verführten und beherrschten Völkern gemeinsam in den Abgrund zu rutschen, und dies ist selbstverständlich ein schweres Verbrechen gegen das gemeinsame Schicksal, das das Weltjudentum den Völkern zugedacht hatte.

Der Mensch ist der Herr seiner Arbeit

So erklärt sich auch das oft bis zu wahrhaft kindischem Jubel gesteigerte Vergnügen unserer internationalen Kritiker an jeder Feststellung, die sich auf mangelnden Reichtum an Bodenschätzen oder natürlicher Produktionsfähigkeit unseres Landes bezieht. Da in den Augen des Kapitalismus und des Marxismus der Mensch nichts anderes als der Sklave der Arbeitsmittel ist, insbesondere der ihm zur Verfügung stehenden Bodenschätze, werden sie nie begreifen, daß das nationalsozialistische deutsche Volk sich als der Herr seines Vaterlandes, nicht aber als der Knecht zufälligen Reichtums, sei er größer oder geringer, empfindet. Und sie hoffen noch immer oder reden es sich wenigstens ein, daß schwere Aufgaben, die wir zu lösen haben, uns den Hals brechen würden. Ihr Ideal ist noch immer das Paradies, in dem die Natur den Menschen ohne Arbeit ernährt, nicht die fromme Verehrung des göttlichen Gedankens, der den Menschen auf ewig in den Kampf um die Beherrschung seiner Umwelt, also auch in den Kampf um die Überwindung der Mängel seiner Umwelt hineingestellt hat.

Politische Schwindelgeschäfte

Und so glauben sie immer noch politische Geschäfte mit dem Schwindel zu machen, der auch so viele Deutsche noch lange nach der Machtergreifung be-

Digitized by Google

Gift
R. M. Myers
6-19-61

herrscht hat: daß nämlich sozialistische Gestaltung und sozialistische Wirtschaft in der Aufopferung wirtschaftlicher Vernunft zugunsten sogenannter sozialer Aufgaben bestünde. Manchmal scheint es sogar, als ob auch heute noch mancher gute Deutsche und Nationalsozialist glaubte, der Nationalsozialismus erstrebe ein Kompromiß, eine gegenseitige Rücksichtnahme zwischen Wirtschaftspolitik und Sozialpolitik derart, daß gegebenenfalls wirtschaftliche Erwägungen zugunsten sozialer Forderungen zurückgestellt werden müßten, oder umgekehrt soziale Forderungen eine Einschränkung durch wirtschaftliche Überlegungen erfahren müßten. Ein Blick nach Frankreich zeigt, wie sehr eine solche Auffassung noch die marxistischen und kapitalistischen Eierschalen hinter den Ohren trägt.

Das französische „Sozial"-Programm wurde nicht nur in Frankreich und Sowjet-Rußland als ein besonderer Sieg sozialistischer Forderungen über kapitalistische Rückständigkeit gefeiert.

> Gewisse Neigungen der öffentlichen Meinung in Deutschland zeigten, daß auch bei uns mancher ahnungslose Engel sich fragte, ob denn nicht Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen soziale Taten seien, von denen man sich eine Scheibe abschneiden solle.

Und es gab Leute, die sichtlich der Meinung waren: vorläufig könne man ja wohl nun mit Rücksicht auf die vordringlichen Aufgaben der nationalsozialistischen Politik solche Forderungen nicht erheben, aber man müsse sie eben nur zurückstellen, um sie zu günstigerer Zeit der Verwirklichung näher zu bringen. Diese Leute, die mangelnde sozialistische Erkenntnis und unzulänglichen volkswirtschaftlichen Verstand durch eine unbestreitbare gute Meinung ersetzen zu können glaubten, haben manchen Schaden angerichtet. Denn der Marxismus merkt doch sofort, wo er auf verwandtes Denken stößt und benützt mit Wonne die Gelegenheit, um wieder einmal den Nachweis zu führen, daß Deutschland eben „noch nicht sozialistisch" sei. Daß ein Volk durch weniger Arbeit und mehr Lohn nicht reicher werden kann, hat ja nun der Führer in letzter Zeit mehrfach mit einer solchen Entschiedenheit und schlagender Logik betont, daß es selbst denjenigen die Rede verschlagen hat, die uns bisher diese einfache Wahrheit nicht recht glauben wollten. Frankreich aber zeigt uns sozusagen unterm Vergrößerungsglas den Irrsinn marxistischer „Sozialexperimente".

Der Marxismus hat sich wieder einmal verrechnet

Die französische Arbeiterschaft hat die 40-Stunden-Woche und eine scheinbare Lohnerhöhung „errungen". Der Lohnerhöhung sind die Preise der Lebenshaltung mit Windeseile nachgelaufen und haben sie bereits überholt. Die 40-Stunden-Woche, unter Mitwirkung einer fortschreitenden Verminderung der Stundenleistung in den Werken selbst, führt zu einer Verminderung der Gesamtleistung und zu einer Verteuerung der Erzeugnisse, die sich nicht zuletzt in der verringerten Wettbewerbsfähigkeit der französischen Industrie auf dem Weltmarkt bemerkbar macht. Der Erfolg ist, daß die französischen

Digitized by Google

Werke nicht einmal die günstigen Möglichkeiten ausnützen können, die in der verstärkten Aufnahmebereitschaft und in dem gesteigerten Preisniveau des Weltmarktes liegen. Frankreich kann also nicht einmal sich für das Opfer entschädigen, das es durch die Abwertung seiner Währung, das heißt also durch die bewußte Verschleuderung seiner Arbeitsleistung gegenüber dem Weltmarkt, auf sich genommen hat. Mit anderen Worten: Frankreichs Versorgung mit Gütern des Außenhandels wird wesentlich geringer, es macht immer schlechtere Geschäfte und erleidet empfindliche Einbußen.

Marxistische Narren finden das unerheblich, weil sie meinen, daß dies ja nur die Unternehmer treffe, während der politische Druck des Proletariats schon dafür sorgen werde, daß dem Arbeiter nichts abgehe.

Der Marxismus hat noch nie richtig rechnen können, obwohl er seine ganze verlogene Propaganda auf der Unterstellung aufgebaut hatte, daß die politischen Bewegungen letzten Endes auf wirtschaftlichen Berechnungen beruhten.

Man kann es drehen und wenden wie man will: dasjenige, was die französische Industrie am Ausland nicht zu verdienen vermag, fehlt eben dem französischen Volk in seiner Versorgung, im Ertrag seiner Arbeit. Die französische Arbeiterschaft fördert durch Arbeitsverminderung die Armut ihres Volkes und damit ihre eigene!

Kein Wunder, daß die französische Regierung schon recht erheblich in die Klemme geraten ist. Das parlamentarische Gezänk, die Chance günstiger oder ungünstiger Abstimmungen, das ganze Getriebe der Wandelgänge und Hintertreppen interessiert uns dabei nicht. Viel interessanter ist die von Herrn Blum angekündigte „Pause" in der Durchführung seines Volksfrontprogramms. Denn diese Pause bedeutet ja nichts weiter als das Eingeständnis, daß sich die marxistische Effekthascherei der Arbeitszeitverkürzung und Lohnerhöhung mit einer vernünftigen Wirtschaftspolitik zugunsten von Volk und Staat nicht verträgt. Die Volkswirtschaft, die Finanzen und die Währung verlangen, daß er sein „Sozialexperiment" für einige Zeit abbremst!

Sozialismus ohne „Pausen"

Es gibt allerdings Leute, denen daran gar nichts auffällt und die es für ganz selbstverständlich halten, daß eben von Zeit zu Zeit dem Sozialismus einige Zügel angelegt werden müßten, damit er von der Wirtschaft besser ertragen wird. Das sind eben diejenigen, für die der Kapitalismus eine „natürliche" Wirtschaftsordnung, der Sozialismus nur ein widerwilliges Zugeständnis ist. Solchen geht natürlich im Sozialismus der Atem aus. In Deutschland brauchen wir keine Pause der sozialistischen Entwicklung, weil es sich bei uns wirklich um Sozialismus und nicht um einen mehr oder weniger vollblütigen Marxismus handelt.

Digitized by Google

Der deutschen Volkswirtschaft ist der Sozialismus ausgezeichnet bekommen, so gut, daß der Kapitalismus immer wehmütiger sein Haupt sinken läßt, weil er nicht einmal mehr auf mangelnde wirtschaftliche Erfolge des Sozialismus hinweisen und seine eigene Unentbehrlichkeit predigen kann.

Es wird ja wohl auch nicht mehr allzuviele Narren geben, die sich der marxistischen Frage nach baldiger Lohnerhöhung verschrieben haben, anstatt zu sehen, daß die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik ganz andere, dafür aber auch absolut zuverlässige Wege zur Steigerung des äußeren Aufwands für die kleinen Einkommen schon längst beschritten hat und unaufhaltsam zu Ende geht. Gewissen Leuten wäre allerdings eine „Pause" hierin sehr erwünscht: denen nämlich, die noch immer in der radikalen und unnachsichtig betriebenen Verbilligung der Güter des allgemeinen Bedarfs eine Gefahr für ihre eigene wirtschaftliche oder gesellschaftliche Machtposition sehen. Über solche Pausenwünsche können wir nur mitleidig lächeln. Sie sind es nicht einmal wert, daß man sie ernst nimmt. Was wollen die Leute denn machen? Sie werden sich noch wundern, wie wirtschaftlich zwangsläufig die Anwendung sittlichen Pflichtbewußtseins und gesunden Menschenverstandes wirkt!

Wenn wir aber aus Frankreich immer wieder von einer „Pause" reden hören, so denken wir auch einmal einige Jahre zurück, in denen auch bei uns das Wort „Pause" eine große Rolle in der öffentlichen Erörterung spielte. Und wir erinnern uns dabei gleichzeitig, daß die jüdische Weltpropaganda es liebt, sich selbst immer wieder an gewissen Wortspielen auszurichten und den Doppelsinn ihrer Schlagworte hohnvoll auf die ahnungslosen Völker wirken zu lassen.

Die „Atempause", die uns zu Stresemanns und Brünings Zeiten immer wieder vorgehalten wurde, bedeutete ein kleines Nachlassen in der Ausbeutung und Enteignung. Bedeutete, daß das Opfer wieder Atem holen durfte, so ungefähr wie die Tscheka-Henker nach boshaften Martern ihr Schlachtopfer immer noch einmal am Leben ließen, um es von neuem quälen zu können. Sie bedeutete das bequeme Mittel für die innerpolitische Verführung, um dem Volke vorzutäuschen, es sei doch gar nicht so schlimm, „man" werde schon die nötige Rücksicht walten lassen, und die gepeinigten und gehetzten Massen brauchten noch längst nicht das Vertrauen zu denen zu verlieren, die sie in das Elend hineingeführt hatten — es werde schon einmal, sei es über die Dollarsonne, sei es über den Silberstreifen, sei es über die Konjunkturwelle und sonstigen Zauber wieder gut werden.

Wir wollen den französischen Arbeitern wünschen, daß sie den verfluchten Doppelsinn der „Pause" bald erkennen, und wollen ihnen von Herzen gönnen, daß sie ihn auszumerzen verstehen, ehe das französische Volk so tief durch Ausbeutung und Elend geschleppt worden ist, wie es dem deutschen einmal widerfuhr!

Digitized by Google

Karl Erich Kohlen:

Zweierlei Sozialismus

Bernhard Köhler hat einmal gesagt: „Sozialismus ist nicht die Lehre von den Geschenken und der Fürsorge des Volkes für den einzelnen. Sozialistisch ist das Volk, das am meisten von seinen Volksgenossen verlangt. Nur dann kann es ihnen auch am meisten geben."

Kein Begriff ist so oft erörtert, so oft „definiert" und „festgestellt" worden wie der des Sozialismus. Ein Blick in das Fachschrifttum und die einschlägigen Nachschlagewerke aus der Zeit um die Machtübernahme offenbart einen Begriffswirrwarr, der geradezu beispiellos ist.

Auch nicht wenige Aufsätze und manche Reden über das Thema Sozialismus, die nach der Machtübernahme bekannt geworden sind, waren verfehlt, — deswegen verfehlt, weil sie aufbauten auf den alten Begriffen des internationalen „Sozialismus". Diese Begriffe entstammen restlos jüdischem Denken, dessen ausschließliche Domäne die Theoriegebilde von Wirtschaft und Sozialismus in den letzten hundert Jahren gewesen sind.

Was wir heute Marxismus nennen, nannte sich damals bekanntlich Sozialismus. Der Marxismus kämpfte angeblich einen erbitterten Kampf gegen den Kapitalismus. Er behauptete, den Kapitalismus zerschlagen und so den Sozialismus verwirklichen zu wollen und zu können.

Dem Marxismus und dem Kapitalismus gemeinsam ist die materialistische Ausgangs- und Grundauffassung:

Der Kapitalismus herrschte über die Arbeit

Die Geburtsstunde des Kapitalismus hatte geschlagen, als jüdische Dialektiker begannen, die Grundlagen der Gütererzeugung seien nicht nur Arbeit und Boden, sondern auch das Kapital; als das Geldkapital des einzelnen den Anspruch erhob, eine schicksalhafte, überpersönliche Gewalt zu sein. In der Bildung von Kapital sah man in der Folge den letzten Sinn der gewerblichen Tätigkeit, in der Häufung von Kapital den innersten „Lebenszweck" und die volle Lebenserfüllung des Menschen. Schließlich schien sowohl das eigene Leben wie das Leben des Volkes von der Sicherung des Kapitals, das heißt also von der Sicherung einer zinstragenden Geldsumme, als höchster Lebenspflicht unentrinnbar abhängig zu sein.

Gegenüber dieser kapitalistischen Geistes- und Willenshaltung hat der Marxismus nichts anderes getan, als sie anzuerkennen. Er hat sich in keiner Weise empört gegen die Herrschaft des Kapitals über die Menschen und ihre Arbeit. Der Marxismus hat diese Herrschaft im Gegenteil unterstrichen und gefördert, indem er sich darauf beschränkte, eine andere Inhaberschaft für die Diktatur des Kapitals zu verlangen: nichts anderes bedeutete es, wenn er „die Expropriation der Expropriateure" forderte. Er begnügte sich damit, eine Vertauschung der Rollen anzustreben, die den zu enteignenden Ausbeuter an die Stelle des bisher Ausgebeuteten bringen sollte und umgekehrt.

Der Marxismus als Schrittmacher des Kapitalismus

Hatte der Kapitalismus zunächst die Aufspaltung der Nation in die kapitalistischen Klassen und damit zwangsläufig die gegensätzliche Front- und Kampfstellung dieser Klassen erreicht, so beeilte sich auch hier der Marxismus, den Ball aufzunehmen und weiterzuspielen, den der Kapitalismus ihm zu-

Digitized by Google

gespielt hatte. Er lehrte in seiner „weltanschaulichen Schulung" das Klassenbewußtsein und steigerte und vertiefte so den Klassengeist und Klassenkampf und Klassenhaß, jene Wunde, von der Bebel gesagt hat, sie müsse immer offen gehalten werden. Es ist klar, daß über Länder- und Volksgrenzen hinweg die Expropriierten, die Männer der Schattenseite des Lebens, die „Proleten", — daß diese Entrechteten angesichts dieses Evangeliums sich mehr zueinandergehörig fühlen mußten, als die im Klassenkampf gegeneinander stürmenden Entrechteten und Privilegierten einer Nation.

Dadurch, daß der Marxismus den Klassenkampf predigte, gab er sein Ziel bekannt: er wollte die Ausgebeuteten Rache nehmen lassen an der Klasse der Bevorrechtigten. Es ist mit Bernhard Köhlers Wort in der Tat echt jüdisch, dadurch Gerechtigkeit schaffen zu wollen, daß man den Knecht Rache nehmen läßt an seinem Herrn und so das Unrecht verdoppelt. Hier liegt der fundamentale Irrtum oder vielmehr: die furchtbare Lüge des Marxismus und seiner jüdischen Regisseure: der Marxismus hat die Abhängigkeit vom Kapital als Unrechtszustand im Prinzip anerkannt und lediglich versucht, die Verfügungsbefugnis in andere Hände zu legen. Er hat die Herrschaft des Kapitals über die Arbeit, kaum vom Kapitalismus errichtet, zum Naturgesetz von unabänderlicher Geltung erklärt und sich so zum grundsätzlichen Vasallen des Kapitalismus gemacht. Damit hat der Marxismus, der Sozialismus versprochen hatte und zu erkämpfen vorgab, die deutsche Arbeiterbewegung, die in ihren Anfängen nichts anderes gewollt hat, als die Ausbeutung durch Solidarität zu überwinden, an den Kapitalismus verraten: er hat sich bereitgefunden zur Mitwirkung an der Verewigung des kapitalistischen Unrechtszustandes, indem er das kapitalistische Denken auf den Thron hob, um sodann um diesen Thron die Kultgemeinde der kommunistisch-marxistischen Götzenanbeter tanzen zu lassen.

Das Recht auf Arbeit beseitigt den Kapitalismus

Mit Recht versteht das deutsche Volk unter Kapitalismus weder ein wirtschaftliches noch ein technisches System. Es versteht unter Kapitalismus vielmehr ein System des Unrechts und der Ausbeutung. Selbstverständlich ist eine Wirtschaft nicht deswegen kapitalistisch, weil sie — ganz natürlich — Kapital verwendet und bildet. Kapital kann praktisch nur durch Arbeit geschaffen werden; schon deswegen ist nicht einzusehen, warum das Geschöpf geringerwertig sein sollte als der Schöpfer.

Bernhard Köhler hat schlechterdings Endgültiges gesagt, als er das Wesen des proletarischen Arbeitnehmertums dahin kennzeichnete, daß insbesondere der Besitzlose, der nur von seiner Arbeit leben kann, gezwungen war, seine Arbeitskraft auf einem Markte auszubieten, mit Tausenden und Hunderttausenden von Schicksalsgenossen im Wettbewerb um jeden freien Arbeitsplatz zu stehen unter der Gewißheit, daß immer ein Überschuß an Arbeitskräften einem zu geringen Raum an Arbeitskräften gegenüberstehen würde.

Das hat den Arbeiter zum Proletarier gemacht, daß er sich mit seinem ganzen Dasein nicht etwa auf Fleiß und Tüchtigkeit, auf Lebenskraft und Lebenswillen angewiesen, sondern durchaus in Frage gestellt sah, je nachdem, ob er das Glück hatte, einen Arbeitsplatz zu besetzen oder nicht.

Das war Kapitalismus. Kapitalismus ist also in der Tat nichts anderes als die Herrschaft des Kapitals über die Arbeit. Demnach ist der Kapitalis-

Digitized by Google

mus beseitigt und dadurch ein erster praktischer Ansatz zum Sozialismus geschaffen, wenn die Abhängigkeit der Arbeit und damit die Abhängigkeit des Menschen vom Kapital ausgeräumt ist. Denn das Kapital kann die Arbeit nur solange beherrschen, wie die Arbeitskraft auf das Kapital angewiesen ist, um sich entfalten zu können. Sie kann sich unabhängig vom Kapital entfalten, sobald das Recht auf Arbeit besteht. Recht auf Arbeit ist somit Liquidierung des Kapitalismus und Begründung des Sozialismus; denn begrifflich ist die antikapitalistische Aufgabe der wichtigste Teil der sozialistischen.

Das Recht auf Arbeit schafft den Sozialismus

Deutschland konnte nur solange ausgebeutet werden, wie es waffenlos und ehrlos war. Ganz genau so kann es in Deutschland zur gleichen Stunde keine Ausbeutung mehr geben, wo jeder aufrechte und freie Mann sich selbst gegen Ausbeutung zu wehren vermag. Solange aber auch nur ein Volksgenosse noch gezwungen ist, seine Arbeitskraft auf dem Arbeitsmarkte auszubieten um jeden Preis, nur damit er nicht verhungert, solange unterbietet er das Lohnniveau und die Lebenshaltung aller seiner Kameraden. Wenn das Kapital sagen kann: „Ich genehmige die Arbeit!“ — dann herrscht das Kapital, dann leiden wir an Kapitalismus. Wenn aber die Arbeit frei ihr Haupt erhebt in dem stolzen Bewußtsein, daß *sie* die Wirtschaft beherrscht, wenn der Arbeit der Ehrenrang des teuersten Volksguts überhaupt einschränkungslos und für alle Zeiten garantiert ist, — dann haben wir Sozialismus geschaffen.

Bedeutet Kapitalismus die Herrschaft des toten Kapitals über das Leben eines Volkes, so ist Kapitalismus eine Herrschaft des Unrechts und damit der Ausbeutung: der Ausbeutung der Arbeit durch das Kapital und des Arbeiters durch den Kapitalisten.

Bedeutet aber Sozialismus die Verwirklichung des Grundrechts auch des letzten aller Volksgenossen zunächst auf Arbeit, und zwar unabhängig von sämtlichen Voraussetzungen außerhalb seiner Person, unabhängig insbesondere von Kapital und Arbeitsmarkt, so ist Sozialismus die Herrschaft des Rechts und damit die Vernichtung der Ausbeutung bis hinein in die Wurzel des Übels, die technische Möglichkeit zu solcher Ausbeutung.

Nicht mehr Arbeitsmarkt, sondern Leistungsmarkt!

Damit ist der Arbeitsmarkt ersetzt durch den Leistungsmarkt. Denn sobald das Recht auf Arbeit verwirklicht ist, sobald also das Kapital nicht mehr darüber verfügen kann, ob der einzelne Volksgenosse arbeiten *darf* oder nicht, hat der Satz, „Arbeit ist keine Ware“, aufgehört, ein Schlagwort zu sein, ja ist er zum Angelpunkt der sozialistischen Volkswirtschaft geworden. Braucht kein Volksgenosse mehr bettelnd vor den Fabriktoren zu stehen und vergebens nach Arbeit zu fragen, denkt auch der letzte Arbeitslose nicht mehr daran, seine Arbeitskraft auf dem — im gleichen Augenblick endgültig zertrümmerten — Arbeitsmarkt um jeden Preis auszubieten; kann daher nicht mehr die minderwertige Arbeitskraft bevorzugt werden, weil sie billiger ist: ist die Arbeit aus dem Markt genommen, braucht mit anderen Worten die Arbeitskraft sich nicht mehr auszubieten, — so bestimmt die Arbeits*leistung* den Preis, nämlich den Lohn. Damit hat das Recht auf Arbeit die *Leistung* frei gemacht und den zerschlagenen *Arbeitsmarkt ersetzt* durch den *Leistungsmarkt*.

Digitized by Google

Gustav Bergschmidt:

Börsenspekulation fürchtet Kohlenpreisermäßigung

Für einen Nationalsozialisten ist es längst zur Binsenwahrheit geworden, daß eine Steigerung der Lebenshaltung der Volksgenossen unter dem Schutze unserer festen Währung nur durch Verbilligung der Produktion herbeigeführt werden kann. Zu einer Zeit, als noch in manchem Unternehmerherzen der Wunsch nach einer Preiskonjunktur laut wurde, gab der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik, Bernhard Köhler, die Parole aus: Verbilligung der Produktion. Daß diese Preisermäßigung nicht auf Kosten der Wirtschaftlichkeit der Unternehmungen vor sich gehen kann, sondern durch den zweckentsprechenden Einsatz der verfügbaren Arbeitskräfte und Produktionsmittel, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Darum stellte Anfang 1936 Bernhard Köhler bereits die Forderung auf: Rationalisierung der Wirtschaft.

Verbilligung der Produktion!

Diese Forderung nach Verbilligung der Produktion wird in wachsendem Umfange in der Wirtschaft verstanden. Wir wiesen bereits in Heft 7 des zweiten Jahrganges unserer Zeitschrift auf den Geschäftsbericht eines großen südwestdeutschen Unternehmens hin, in dem offen und klar zu der vorgenommenen Preisherabsetzung der eigenen Erzeugnisse die Berechtigung unserer wirtschaftspolitischen Forderung nach Verbilligung der Produktion unterstrichen wird. So erfreulich diese wachsende Erkenntnis dank der unermüdlichen Arbeit der wirtschaftspolitischen Truppe der NSDAP. unter Bernhard Köhler ist, so darf uns das nicht täuschen, daß es noch genug Menschen in Deutschland gibt, welche die Notwendigkeit einer Verbilligung der Produktion nicht einsehen wollen, die vielmehr für sich noch immer von einer Preiskonjunktur träumen und daher in einer Preisermäßigung eine Schmälerung ihres Profits befürchten.

Seltsame Börsenlaunen

Heute wollen wir uns einmal mit gewissen Börsenberichten beschäftigen, die den stolzen Titel „Fachblatt" tragen. Diese Blätter machen bei der täglichen Besprechung des Börsenverlaufs auf der ersten Seite bemerkenswerte Ausführungen, die wir nachstehend auszugsweise wörtlich bringen:

„Die Eröffnung (der Börse) vollzog sich zu meist gut gehaltenen, z. T. weiter gebesserten Kursen, die sich zunächst noch behaupten konnten, bis in der zweiten Börsenstunde die schwächere Stimmung um sich griff. Sie wurde durch Realisierungen der Kulisse

Digitized by Google

verursacht, und den Anstoß dazu geben unklare Gerüchte, wonach im Kohlenbergbau Preisermäßigungen angeordnet worden seien oder in Aussicht stehen."

Dann folgt die Feststellung, daß von der Börsenschwäche merkwürdigerweise nicht die Aktien der Kohlenzechen, sondern die anderen Aktiengebiete betroffen wurden. Daran knüpfen diese Börsenberichte folgende tiefsinnige Betrachtung:

„Man kann im Zweifel darüber sein, ob eine Preisermäßigung für Kohlen ein Baissemotiv darstellt, denn die kohlenverbrauchende Industrie würde ja davon eher profitieren, als daß sie dadurch belastet würde."

Am nächsten Tage konnten dieselben Börsenberichte ihre durch eine „drohende" Kohlenpreisermäßigung beunruhigten Leser wieder beruhigen:

„Nachdem sich herausgestellt hat, daß die gestern verbreiteten Gerüchte über eine Kohlenpreissenkung sich nicht bewahrheitet und nachdem ferner die gestrigen starken Börsenglattstellungen marktmäßig eine Bereinigung herbeigeführt haben, konnte die Börse ihre feste Haltung zurückgewinnen, zumal wieder Käufe des Publikums vorlagen."

Fünf Jahre zurückversetzt

Wir glaubten uns fünf Jahre zurückversetzt, als wir das in einem „führenden" Börsenblatt gelesen hatten. Aber nein, es ist kein Irrtum, die Blätter tragen deutlich das Datum dieses Jahres. Wir wollen uns nicht hier auseinandersetzen, ob jetzt eine Kohlenpreissenkung über den üblichen Sommerbezugsrabatt hinaus möglich ist. Das kann das deutsche Volk getrost in vollem Vertrauen der nationalsozialistischen Regierung überlassen, die erst kürzlich bei der Herabsetzung der Kali- und Stickstoffpreise bewiesen hat, daß sie zum Besten unseres Volkes in der Preispolitik wie auf allen anderen Gebieten aktiv handeln wird.

Ebenso wäre es müßig und daher unnötig, ausführlich auseinanderzusetzen, welche ungeheuren Vorteile im Zeichen des Vierjahresplanes eine Kohlenpreisermäßigung für unser Volk nach sich ziehen würde. Verbilligung der Produktion im weitesten Umfange, nicht allein beim unmittelbaren Verbrauch der Kohle, sondern darüber hinaus beim Verkehr, Frachtverbilligung, Ermäßigung der Strom- und Gaspreise, verbilligte Herstellung von synthetischem Benzin u. a. wäre die Folge und aus dieser Senkung der Produktionskosten die Kaufkraftsteigerung unserer Volksgenossen.

Die Ausführungen der zitierten Börsenberichte sind für uns kein Anlaß zum Wehklagen darüber, wieweit sich der jüdische Geist auch heute noch in aller Öffentlichkeit in einem Wirtschaftsblatt breit macht; im Gegenteil, sie zeigen uns deutlich die Aufgabe der wirtschaftspolitischen Truppe der NSDAP., „dafür zu sorgen, daß die Wirtschaft immer das gleiche will wie der Führer" (Bernhard Köhler auf dem Januar-Lehrgang der Kommission für Wirtschaftspolitik in München am 26. Januar 1937).

Digitized by Google

Hans Unterberger:

Wirtschaftspolitische Führung

Der Führer hat in seiner Rede am Tag der nationalen Arbeit eindeutig festgestellt, daß der unvergleichliche Wirtschaftsaufstieg in den vergangenen vier Jahren primär der politischen Führung und nicht der Wirtschaft zuzuschreiben ist. Der Vollzug des wirtschaftspolitischen Befehles von 1933: in vier Jahren muß der deutsche Bauer der Verelendung entrissen sein, in vier Jahren muß die Arbeitslosigkeit überwunden sein, findet damit von oberster Stelle seine Bestätigung.

Die Widersacher haben sich verrechnet!

Als der Nationalsozialismus nach der Machtübernahme die politische Führung immer straffer zusammenfaßte und die Partei als Führungskörper ihren berechtigten Anspruch auf allen Gebieten des Volkslebens erhob, wurde die Wirtschaft zum Rückzugsgebiet aller Widersacher des Regimes und zu ihrem letzten Bollwerk. Das Ziel war, den politischen Machtkampf in die Wirtschaft zu verschieben, das Chaos heraufzubeschwören. Damit hätte sich der Nationalsozialismus in der Wirtschaft totgelaufen. Der jüdische Boykott wies bereits den Weg. Alle, die diese Hoffnung nährten, verkannten die politische Führungskraft der Bewegung, glaubten nicht, daß die tiefinnere Erneuerung des Volkes eine organische Gestaltung und Umgestaltung der Wirtschaft nach sich zieht. Der Nationalsozialismus arbeitet nicht nach fertigen Wirtschaftsprogrammen, die ihn vielleicht zwingen, zu experimentieren. Die Ergebnisse einer solchen Wirtschaftspolitik sehen wir außerhalb unserer Grenzen,

> „denn Zerfall und Wiedergeburt eines Volkes hängen nicht ab von schlechten oder guten Wirtschaftsprogrammen, sondern von der Schwäche oder Stärke einer Weltanschauung" (Adolf Hitler).

Das Schicksal all derer, die in der Wirtschaft nur noch auf den Augenblick warteten, um von diesem Sprungbrett wieder in den politischen Sattel zu gelangen, war besiegelt, als der Führer am 23. März 1933 nochmals eindeutig seine Anschauung klarlegte und den Primat der Politik betonte:

> „Das Volk lebt nicht für die Wirtschaft, und die Wirtschaft existiert nicht für das Kapital, sondern das Kapital dient der Wirtschaft und die Wirtschaft dem Volk." — „Wir wollen wieder herstellen den Primat der Politik, die berufen ist, den Lebenskampf der Nation zu organisieren und zu leiten."

Wer materialistischen Gedankengängen verhaftet war, sah darin eine unberechtigte Minderung der Bedeutung der Wirtschaft, ohne zu bedenken, daß sie in den vergangenen Jahren, als sie sich das Recht anmaßte, über das Leben zu herrschen, völlig versagte, da sie die Politik selbst entmachtet hatte.

Digitized by Google

Die politische Führung autoritär über der Wirtschaft

Eine unabhängige politische Führung, die durch eigene Kraft die Macht erkämpfte, steht autoritär über der Wirtschaft und entscheidet allein nach Volksinteressen. Dies bedeutet keine Gefährdung der wirtschaftlichen Vernunft, denn alles, was dem Volke dient, muß auch der Wirtschaft dienen. Ein Kennzeichen der vergangenen Epoche war, daß sich der Gesichtskreis der Menschen mit der steigenden Not völlig verengte, daß sie an einen Vorteil und Nutzen nur glaubten, wenn er unmittelbar in Erscheinung trat. Damit ging die vorausschauende Sicht verloren, die auch für die wirtschaftspolitische Führung unentbehrlich ist. Um den Augenblickserfolg wurde in der Politik wie in der Wirtschaft gekämpft. So wurden aus großen Plänen „Eintagsfliegen". Statt Arbeitsbeschaffung Arbeitslosenversicherung oder höchstens Notstandsarbeiten!

Zielklarheit ist die Voraussetzung einer innerlich gefestigten, sicheren Führung. Je umfassender diese Zielvorstellung, um so klarer der Weg, um so größer die Einsatzbereitschaft! Wenn einer Idee, wie dem Recht auf Arbeit, selbst die zahlenmäßigen Unterlagen für seinen Erfolg zugrunde liegen, so muß seine Verwirklichung schon allein deswegen für eine verantwortliche politische Führung zwingend sein.

Der Nationalsozialismus sieht in dem Einsatz der Arbeitskraft das wichtigste wirtschaftspolitische Führungsmittel. Die Manipulation der Arbeitsspitze ist von ausschlaggebender Bedeutung, und mit ihr wahrt er den sozialistischen Charakter der Wirtschaft, da keine Arbeitskraft brach liegen bleibt.

Der Führungsanspruch der Politik bedeutet nicht Bevormundung der Wirtschaft, sondern Aufbereitung des Bodens für ihr nutzbares volkspolitisches Wirken. Indem der Wirtschaft große Gemeinschaftsaufgaben gestellt werden, kommt erst ihr volkswirtschaftlicher Charakter zum Durchbruch. Ihre Aufgabenstellung erschöpft sich daher nicht in der Bedarfsdeckung, sondern dient der Vermögensbildung und dem kulturellen Wirken schöpferischer Kräfte. Wehrhaftmachung, Autobahnbau, Parteibauten und der kommende Städteumbau sind die Zeugen einer umfassenden wirtschaftlichen Leistung, die aber nur durch die Konzentration aller verfügbaren Kräfte unter einer autoritären Führung möglich wurde.

Die Partei führt

Diese Führung ist heute in der Partei verkörpert, und der Führer hat diesen Führungsanspruch auf dem Reichsparteitag der Ehre 1936 nicht nur auf politischem, sondern auch auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiet proklamiert. Nicht jeder, der in der Wirtschaft an leitender Stelle wirkt, ist befugt, sich wirtschaftspolitische Rechte anzumaßen, die allein der politischen Führung und der von ihr betrauten Organe zustehen. Der neueste Sieg über die Arbeitslosigkeit, die seit 1925 zum ersten Male die Millionengrenze unterschritten hat, zeigt, daß nur eine politisch geführte Wirtschaft den Sozialismus und damit das Recht auf Arbeit zu verwirklichen vermag.

Digitized by Google

Curt Belling:

Der Film im Dienst der Wirtschaftspolitik

Alle Mittel der Propaganda zu erkennen und im richtigen Augenblick einzusetzen, um jedem Volksgenossen zu zeigen, worauf es ankommt, das ist die Kunst, die der Nationalsozialismus meisterhaft beherrscht.

Seit Beginn des nationalsozialistischen Umbruchs im deutschen Filmwesen, also in der Zeit ab Mitte 1933, wurde auch der Film immer wieder mit Aufgaben politischer Art betraut. Dabei soll von den reinen politischen Propagandafilmen abgesehen werden, die bereits mit der Schaffung der Parteifilmstelle einige Jahre vor der Machtübernahme in Erscheinung traten und das ihre zur Aufklärung des deutschen Volkes beizutragen vermochten. Daneben aber waren es Groß-Spielfilme, die entweder politische Themen zum Inhalt hatten, zumindest jedoch im Rahmen der Handlung politische Fragen in der nationalsozialistischen Kampfrichtung aufwarfen und beantworteten.

Wirtschaft und Kunst

Kam so die große Politik zu ihrem Recht, dann wurden auch wichtige Einzelfragen filmisch behandelt. Was lag darum näher, als auch wirtschaftspolitische Probleme allgemeinverständlich in einzelnen Filmwerken zu behandeln, noch dazu, als gerade der Film wie keine andere Kunstform doch in starkem Maße wirtschaftliche Voraussetzungen hat, also ohnehin schon innerhalb des eigenen Werdens Kunst und Wirtschaft zusammenführt und gemeinsam wirken läßt.

Mittler zwischen Führung und Gefolgschaft

Es steht unzweifelhaft fest, daß aus dem Massenunterhaltungsmittel Film in den letzten vier Jahren die Kunstform Film geworden ist, zu deren Wirkungsmöglichkeiten akustischer und optischer Art sich die Einwirkung auf die Seele und den Verstand des Zuschauers gesellen kann.

Gerade aus diesem Grunde ist der Film geeignet, Mittler zwischen Führung und Gefolgschaft zu sein. Er vermag am augenfälligsten die Gedankengänge weniger Menschen auf die breite Masse zu übertragen und dadurch jene Beeinflussung und Aufklärung zu erreichen, die das Verstehen politischer Fragen im Volke selbst gewährleisten.

Der Film im Dienst der Politik

Bereits während der Durchführung des ersten Vierjahresplanes 1933—1937 wurde der Film immer aufs neue in den Dienst der Aufklärung über die geplanten und in der Durchführung begriffenen Aktionen der Staatsführung gestellt. Filmwerke mit Spielfilmcharakter wie „Ich für dich — du für mich" und „Verräter", Kulturfilmdokumente wie „Sieg des Glaubens", „Triumph des Willens", „Hände am Werk", „Blut und Boden", „Die Saat geht auf"

Digitized by Google

und eine große Anzahl weiterer politischer Filme haben dem deutschen Volke die lebensnotwendigen und vielleicht unklaren Probleme des politischen und wirtschaftlichen Seins unseres Landes eindeutig und unmißverständlich erklärt.

Filme im Vierjahresplan

Auch bei der Durchführung des zweiten Vierjahresplans wird der Film als wertvolles Volksaufklärungsmittel wieder in Aktion treten. Die Aufklärung des deutschen Volkes über diesen zweiten Vierjahresplan vermittels des lebenden und sprechenden Bildes wird zunächst zum Ziele haben müssen, in allen Schichten und Kreisen der Volksgemeinschaft im Reich die Erkenntnis zu vertiefen, wie lebensnotwendig die Maßnahmen der Führung sind, welche Früchte sie in der Gegenwart und für die Zukunft tragen, in welchem Maße jeder Volksgenosse, seine Kinder und Enkel an den Erfolgen beteiligt sein werden und endlich, daß nur ein Volk ein so lebenswichtiges Werk in Angriff nehmen kann, welches innerlich und nach außen gefestigt der Welt gegenübersteht.

Darüber hinaus aber — und hier ist ganz systematisch vorzugehen — muß jedem einzelnen stets aufs neue vor Augen gehalten werden, was er selbst zur erfolgreichen Durchführung des neuen Planes tun muß, in welcher Weise er sich am Gelingen zum Wohle des Volksganzen zu beteiligen vermag, und was die Staatsführung auch von ihm als einem unter Millionen verlangen kann.

Die Einsatzmöglichkeiten

Durch den Einsatz von Kurzfilmen und — auf die genannten Punkte hinweisende — Wochenschau-Szenen, die die Zuschauer in die Gedankengänge und Notwendigkeiten einzuführen haben und in Art und Gestalt von starker Wirkung sein müssen, kann erreicht werden, daß jeder Kinobesucher auch tatsächlich erfaßt wird. Zur Aufklärungsarbeit von Presse und Rundfunk tritt der Film und er packt den Städter in seinem Lichtspieltheater oder aber in Sonderveranstaltungen der Partei, den Landbewohner in den Filmfeierstunden und Dorffilmabenden der Gaufilmstellen, die mit Hilfe ambulanter Tonfilmapparaturen durchgeführt werden und endlich die deutsche Jugend in den „Jugendfilmstunden der NSDAP. und HJ." und in den staatspolitischen Filmveranstaltungen für die Schulen.

Wirtschaftspolitische Spielfilme

Wenn zur Unterstützung der Aufklärung über die Erfordernisse bei der Durchführung des Vierjahresplanes flüssige und interessante Kurzszenen und Wochenschauteile gute, propagandistische Wirkung zeigen werden, so wird auch die große wirtschaftspolitische Linie in den Spielfilmen erkennbar sein müssen. Das soll nicht heißen, daß nun erst eine Reihe „tendenziös" wirtschaftspolitischer Filmwerke geschaffen werden müssen, die unter diesem Zeichen bereits dem Publikum angeboten werden. Eine Aufklärung wird um so stärker und nachhaltiger sein, je weniger man sie merkt und je schwächer sie nach außen in Erscheinung tritt. Was jedoch in der letzten Zeit stärker bemerk-

Digitized by Google

bar wurde, ist der Versuch, die Themen unserer Großfilme auch nach nationalsozialistisch-wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten und Forderungen auszurichten.

Der neue Film im neuen Staat

So reiht sich der Film und das Filmschaffen ein in die Front der maßgebenden Aufklärungsfaktoren unserer Staatsführung und versucht, als anerkanntes Kulturgut, als lebendigste, volkstümlichste Kunstform der Gegenwart den politischen Fragen und Problemen gerecht zu werden. Immer wieder wird der Film seine erzieherische und propagandistische Stärke unter Beweis stellen müssen, sowohl für die Politik selbst, als auch für die damit zusammenhängenden wirtschaftlichen und kulturellen Richtlinien. Der deutsche Film, bei der Umwälzung 1933 selbst noch haltlos und durch eine jahrelange wirtschaftliche und moralische Ausbeutung seitens land- und rassefremder Geschäftemacher am Zusammenbrechen, dankt der Führung des neuen Reiches für seine Rettung, indem er sich für die Durchführung ihrer Pläne und Anordnungen einsetzt. In vorderster Front steht hierbei selbstverständlich wieder die Parteifilmorganisation mit ihren 25 000 Helfern in Stadt und Land, die immer bereit ist, den Film für alle Fragen der Politik einzusetzen und ihn bis in die entlegensten Winkel unseres Vaterlandes zu tragen, getreu jener Aufgaben, die ihr gestellt sind.

Kampfrichtung und Propaganda

„Der Herrscher" und die Wirtschaftspolitik

Der Film „Der Herrscher" hat Erörterungen ausgelöst, die sich mit seiner Bedeutung für wirtschaftspolitische Grundfragen beschäftigen. Insbesondere wurde behauptet, der Film sei eine antikapitalistische Predigt, was wiederum andere Kritiker abzuschwächen suchten.

Der Film ist schon deshalb keine antikapitalistische Predigt, weil in ihm auch nicht ein einziger Kapitalist als Gegenspieler des „Herrschers" vorkommt. Die Figuren, die der selbstverständlichen Haltung eines fortschrittlichen und verantwortungsbewußten Betriebsführers entgegentreten, sind keine Kapitalisten, sondern minderwertige kleine Profiteure, so ungefähr, wie der kleine Moritz sich den Kapitalisten vorstellt. Wenn der Sozialismus nur solche Gehirnzwerge und Seelenkrüppel zu überwinden hätte, wie diese Sorte von Gewinnmachern, dann hätten wir keine nationalsozialistische Revolution gebraucht, dann hätte auch marxistische Pfuscherei genügt.

Die eindringliche Predigt des Films, der tragisch erschütternde Ablauf eines Menschenschicksals in ihm, liegt in der fürchterlichen Auswirkung einer falschen Gattenwahl. Sei vorsichtig, sei aufs äußerste gewissenhaft, verantwortungs- und anspruchsvoll in der Wahl deiner Frau!, dies ist die Warnung des Films. Mit wirtschaftspolitischen Fragen und einer bestimmten Tendenz ihrer Lösung hat er gar nichts zu tun. Würde er nämlich den Versuch bedeuten, wirtschaftspolitische Fragen in einer bestimmten Richtung zu beantworten, so wäre diese Antwort so unzulänglich, daß er niemals das Prädikat „staatspolitisch und künstlerisch wertvoll" bekommen hätte. Man gefährdet Wert und Wirkung dieser Auszeichnung, wenn man ihn wirtschaftspolitisch — pro oder contra Kapitalismus — auszuschlachten versucht.

Dr.

Digitized by Google

Sieg über die Arbeitslosigkeit

Die Ideale des Nationalsozialismus sind nur deshalb zum Gemeingut des Volkes geworden, weil sie aus dem Volke heraus geboren wurden und fern allen Utopien stehen, „denn was nicht den realen Notwendigkeiten des Volkslebens entspricht, ist fast nie ein Ideal und wird auch fast nie vom Volke als wirkliches Ideal empfunden". (Adolf Hitler.)

Mit der fortschreitenden Überwindung des Fremdgeistes und dem Durchbruch lebensnaher, natürlicher Gedankengänge hat sich auch das Recht auf Arbeit als sittliche Forderung immer mehr durchgesetzt. Wenn noch nicht jeder gerne von ihm spricht, weil er damit zu sehr dem Sozialismus das Wort redet, so dürfte ihn doch die neueste Arbeitslosenstatistik recht eindringlich darauf hinweisen.

Seit 1925 hat die Arbeitslosenzahl nach der amtlichen Statistik zum ersten Male die Millionengrenze unterschritten. Wir sehen in diesem Ergebnis den Sieg einer willensstarken politischen Führung, deren Maßnahmen auf einer klaren, zahlenmäßig belegten Rechnung fußen, die Bernhard Köhler bereits 1932 aufstellte, und damit bewies, daß die Forderung des Rechtes auf Arbeit nur vernunftgemäß sein kann.

Den wahren Erfolg der ersten Arbeitsschlacht ersehen wir aus der aufgegliederten Statistik. Die Zahl der Arbeitslosen gibt heute nicht mehr Aufschluß, wieviel Arbeitskräfte noch zum Einsatz bereitstehen, denn in ihr ist auch der „Bewegungsstand" mitinbegriffen, also die kurzfristige Arbeitslosigkeit infolge Arbeitsplatzwechsel, sie beträgt allein schon 300 000—500 000. Ungefähr 26 v. H. aller Arbeitslosen sind nur mehr beschränkt einsatzfähig. Es ergibt sich somit eine „echte" Arbeitslosenzahl von nur wenigen Hunderttausend. Somit löst sich der Frontalangriff gegen die Arbeitslosigkeit bereits nach vier Jahren in einzelne Gefechte um den letzten Arbeitslosen auf. Der vollständige Sieg über die Arbeitslosigkeit bedeutet nicht ein endgültiges Ziel, sondern nur eine Etappe.

Das verwirklichte Recht auf Arbeit ist erst die Basis für eine wahrhaft nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, die vorerst den größten Verlustfaktor, die brachliegende Arbeitskraft, als Ergebnis einer marxistisch-kapitalistischen Mißwirtschaft ausschalten mußte. Unt.

Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsordnung

Götterdämmerung in der Betriebswirtschaft

Der materialistische Begriff der Bedarfsdeckung stellte den Bedarf als eine gottähnliche, über den Wolken thronende Größe dar. Aus ihm resultierte der Marktumfang, und um diesen für die Betriebswirtschaft zu ermitteln, schuf man Marktanalysen. Diese zeigten dann ganz deutlich, wann der nun ja einmal bestehende Markt eben gefüllt war, und man hatte nicht die geringste Veranlassung, etwa mehr zu produzieren oder sein Werk auf größere Leistungen zu bringen, denn nach der damaligen Theorie konnte man diese ja doch nicht absetzen, weil die imaginäre Größe Bedarf eben gedeckt war.

Daß dies für die vornationalsozialistische Wirtschaft in gewissem Grad zutraf, soll nicht bestritten werden. Nur ist es manchen führenden Persönlichkeiten in der Wirtschaft scheinbar entgangen, daß die politische Führung jetzt eine Volks-Wirtschaft gestaltet. Die erste Arbeitsschlacht hat in der Praxis deutlich genug bewiesen, daß der politisch geführte Arbeitseinsatz sowohl Kapital bildet, als auch einen ganz anderen Markt und auch ganz anderen Bedarf schafft. Die weiteren Arbeiten auf dem Gebiete der Rohstoffherstellung, des in-der-Hand-haltens weltmarkt-unabhängiger Rohstoffpreise, der Preisbildung, Rationalisierung, Erhöhung

Digitized by Google

der Kaufkraft, der festen Arbeitswährung und der daraus resultierenden Steigerung des Lebensstandards und der Kultur werden ebenso wie die politisch geführte Entwicklung von Chemie, Technik und wirtschaftlichen Arbeitsweisen wiederum andere Fundamente schaffen. So haben die tönernen Füße eines Götzen, der heute noch von vielen angebetet wird, schon einen bedenklichen Sprung erhalten.

Es wird für die in der Wirtschaft Tätigen langsam Zeit, mit dem alten Kram aufzuräumen und sich darauf einzustellen, daß die Ziele der Wirtschaftspolitik etwas ganz anderes und viel Größeres und vor allem sich dauernd positiv Entwickelndes auch als „Markt" bringen werden. Ganz abgesehen von der betriebswirtschaftlichen Wissenschaft werden die, die es in der Praxis angeht, ihre betriebswirtschaftlichen Grundsätze und Maßnahmen möglichst bald einer Revision unterziehen müssen, wenn sie sich nicht zum mindesten die Finger verbrennen wollen.

Wenn man Marktanalysen macht, wird man nicht mit der statischen Momentaufnahme der Marktstruktur auskommen. Man wird erkennen, daß auch diese bei politischer Führung „dynamisch" ist, und wenn man innerlich das Ziel der Wirtschaftspolitik erfaßt hat, wird man wissen, daß man von vornherein bei der Gestaltung seines Produktions- und seines Vertriebsapparates Möglichkeiten einbauen muß, die die Entwicklung und den Ausbau nicht nur zulassen, sondern vorsehen. Man wird eine Geschäftspolitik betreiben, die nicht darauf ausgerichtet ist, einen bestehenden Markt zu füllen, sondern die von vornherein Jahr für Jahr größere betriebliche Aufgaben stellt.

Man wird sich von all diesem nicht überraschen lassen dürfen, sondern es von vornherein planen und in Erwägung ziehen, welche Maßnahmen und organisatorischen Änderungen zwangsläufig einmal notwendig werden. Man wird arbeitsparende Maschinen ansetzen, auch wenn sie heute noch nicht zu hundert Prozent benutzt werden, und damit eine Leistungsreserve schaffen. Man wird selber durch den Kampf gegen Materialvergeudung, Zeitvergeudung und gegen Reibungsverluste dazu kommen, niedrigere Preise zu bilden und damit den Absatz und letzten Endes auch wiederum die Preisgestaltung weiter zu beeinflussen.

Der Betriebsführer, der nicht nach entthronten Götzen schielt, der die wirtschaftspolitischen Ziele des Sozialismus sieht und als Aufgaben fühlt, wird denen, die aus Dummheit oder aus Böswilligkeit die Augen zuhalten, überlegen sein. Die, die bei dieser Entwicklung zurückbleiben, werden immer mehr absterben, und ihr sicher einmal erfolgender Schrei nach der „Stützung notleidender Gewerbe" wird dann ungehört verhallen.

Schl.

20 Mark - Miete

In der Forderung des Rechtes auf Arbeit liegt die Forderung nach einem würdigen Leben für jeden Volksgenossen, der zu arbeiten gewillt ist. Zu einem würdigen Leben gehört aber auch ein würdiges Heim. Selbst der schlichteste Arbeiter muß die Möglichkeit haben, sich eine Wohnung zu schaffen, die ihm und seiner Familie eine gesunde und ausreichende Unterkunft gewährt. Bernhard Köhler faßt das in der politischen Forderung zusammen:

> „Es muß möglich sein und es ist eine gebieterische Aufgabe, die die politische Führung dem Bauwesen stellt, Wohnungen zu erstellen, die für eine monatliche Miete von RM. 20,— einer kleinen Familie eine ordentliche und gesunde Unterkunft gewähren.
>
> Und ebenso muß es möglich sein, und dies steht ja sicherlich der Verwirklichung schon näher, Heimstätten zu bauen, bei denen eine ebenso niedrige Tilgung den Besitzer in absehbarer Zeit zum Eigentümer macht."

Während die Wirtschaft noch Rentabilitätsberechnungen anstellte und sich endlose Sitzungen am grünen Tisch abspielten, während tantiemeschwere Direktoren verständnislos den Kopf schüttelten, während Millionen von Arbeitskameraden kaum von einem eigenen Heim zu träumen wagten, griff die SA. den großen sozialistischen und politischen Gedanken auf und schuf voll nationalsozialistischen Tatwillens das Dankopfer der Nation. Aus dem Opfer

Digitized by Google

von Millionen von Volksgenossen, aus all den kleinen und großen Beträgen wurden Arbeiterwohnungen geschaffen. Die 20-Mark-Miete war plötzlich kein irgendwo in weiter Ferne liegendes Ziel mehr, sondern eine Tatsache.

Es erübrigt sich hier, noch auf weitere Einzelheiten des Dankopfers der Nation einzugehen. Die Tagespresse hat die einzelnen Punkte immer wieder mit aller Klarheit herausgestellt. Wir verweisen im übrigen auch auf unseren Kurzbericht „Deutsche Arbeiter auf eigener Scholle" in Heft 7.

Eine Tatsache aber, die von fundamentaler und einzigartiger Bedeutung ist, wollen wir doch festhalten. Die Darlehen für die Spitzenfinanzierung sind gänzlich zinsfrei. Die Tilgungssumme kann dadurch so niedrig gehalten werden, daß sie 25 bis 30 Mark im Monat nicht übersteigt. Die SA. hat den Beweis erbracht, daß es ohne weiteres möglich ist, die politische Forderung der 20-Mark-Miete zu verwirklichen.

Mögen die Wirtschafter die Zeichen verstehen und durch das Vorgehen der SA. angespornt werden. Mögen sie erkennen, daß es etwas wichtigeres gibt als das persönliche Profitstreben, und mögen sie schließlich zum handeln kommen und auf Grund nüchtern-wirtschaftlicher Rechnung in ganz Deutschland die Möglichkeit schaffen, Wohnungen für 20 Mark zu erstellen! In diesem Sinne erkennen wir die Pionierleistung des Dankopfers der Nation. Hlz.

Der Bauer modernisiert sich!

Man redet im Rahmen der Erzeugungsschlacht und des Vierjahresplanes außerordentlich viel von Intensivierung der Landwirtschaft und Modernisierung der bäuerlichen Betriebe. Wie aber steht es mit der Modernisierung des bäuerlichen Menschen selbst? Ist solche Forderung nicht ein Widerspruch zu der vom Reichsnährstand herausgegebenen Losung nach Traditionspflege, nach Erhaltung des Althergebrachten?

Der Widerspruch ist nur scheinbar. Zwar ist der deutsche Bauer konservativ in allen Äußerungen seines Lebens, und solch ein maßvoller Konservativismus ist bestimmt keine schlechte Eigenschaft. Aber der Hang zum Althergebrachten muß dort ein Ende finden, wo hierdurch lebenswichtige Forderungen der Gesamtheit gefährdet werden. So ist sinngemäß auch die Forderung des Reichsnährstandes an das Bauerntum: „Bleibt der Sitte der Väter treu, haltet wert, was ihnen teuer war!" zu verstehen.

Daß diese Mahnung oft falsch verstanden und in ihrer Auswirkung geradezu ins Gegenteil verkehrt wurde, liegt in der menschlichen Schwäche begründet, von einem Extrem ins andere zu fallen, und dabei hält es oft schwer, den richtigen Weg zu finden. Aus einer wahren Filzsockenbegeisterung haben wir es erlebt, daß Trachten aus Urvätertagen, die seit Generationen in der Mottenkiste schlummerten, hervorgeholt, daß Bräuche, die längst museumsreif waren und nur noch eine Form ohne Inhalt darstellen, zu künstlichem Leben erweckt wurden. So entstand dann auch das mitleidig-spöttische Wort von der Spinnstuben- und Butzenscheibenromantik. Dagegen muß Front gemacht werden.

Jede Zeit hat ihre eigene Ausdrucksform, ihr eigenes Leben und ihren eigenen Stil. Was innerlich tot ist, soll man ruhen lassen, und was alt ist, braucht keineswegs immer gut zu sein.

Das Wort: „Der Bauer modernisiert sich" darf jedoch kein Freibrief für Bilderstürmer sein. Vielmehr bedeutet es: der Bauer wird Vergangenheit und Gegenwart harmonisch miteinander verbinden und in dieser Harmonie den Forderungen der Zukunft Rechnung tragen.

Wer das 20. Jahrhundert beherrschen will, hat seine Augen nach vorwärts zu richten. Er darf sich nicht in eine rückwärts gerichtete, zwar schöne, aber unfruchtbare Romantik verlieren. Das um so weniger, als die Romantik immer stärker im Gefühl als in der Gestaltung war.

Zu einem modernen bäuerlichen Betrieb gehört auch ein im wohlverstandenen Sinne moderner Bauer. Eins ist ohne das andere nicht denkbar.

Ein zeitgemäßer Bauernhof hat zwangsläufig einen modernen Betriebs-

Digitized by Google

leiter zur Voraussetzung, denn der Geist ist es, der die Werte schafft, nicht aber umgekehrt. Ein moderner Betrieb kann durch einen unmodernen Betriebsleiter zugrunde gerichtet werden, während ein auf der Höhe der Zeitforderung stehender Bauer imstande ist, einen heruntergewirtschafteten Betrieb wieder hochzubringen.

So muß also die Forderung lauten, die das unter dem harten Gesetz der Not stehende deutsche Volk an das Bauerntum zu richten hat:

„Modernisiert Euch selbst, dann folgt auch der Betrieb nach als Spiegelbild Eures modernen Geistes!" Kü.

Wirtschaftspolitik und Ausland

Kolonien! - aber nur zu wirtschaftlichen Zwecken -

Deutschland besaß vor dem Kriege ein Kolonialreich, das fünfeinhalbmal so groß wie das Mutterland war. Dieser Kolonialbesitz nahm sich sehr bescheiden neben dem anderer Völker aus, denn der Kolonialbesitz

Englands nahm die	105-fache,
Belgiens die	80-fache,
Hollands die	60-fache,
Portugals die	23-fache,
Frankreichs die	22-fache

Größe des Mutterlandes ein. Das Gebiet war aber dennoch groß genug, den Neid und die Mißgunst der Gegner auf Deutschland zu lenken. Entgegen Wortlaut und Sinn der Kongoakte wurde im Jahre 1914 der Krieg nach Afrika hinübergetragen und den Farbigen der beschämende Anblick eines Kampfes Weißer gegen Weiße geboten. Nicht genug damit — führte man farbige Truppen gegen Weiße ins Feld. Genau so wenig wie Deutschland seine Kolonie mit „Kattun, Schnaps und der Bibel" durchdrungen hat, genau so wenig hat es sich mit dem Gedanken vertraut gemacht, farbige Söldner gegen Europäer in den Krieg zu führen.

Die gesamte Truppenstärke aller deutschen Kolonien in Afrika zusammengenommen betrug:

340 Offiziere, Stabsärzte, Veterinäre,
2199 Dienstgrade und Mannschaften,
4050 Farbige.
Das sind zusammen 6589 Mann!

(Dabei ist zu berücksichtigen, daß z. B. Südwest erst dann 2000 Mann Militär erhielt, als der Hereroaufstand, über dessen Drahtzieher reichlich viel ausgesagt werden kann, dies erforderlich machte.) Bis zum Hereroaufstand hatte Deutschland in ganz Südwestafrika lediglich eine Schutztruppe in Stärke von 750 Mann, die 10 Jahre lang nicht nur Ruhe und Ordnung aufrecht erhielten, sondern auch den Zoll-, Polizei- und teilweise sogar noch den Postdienst versahen. Auch solche Zahlen und Angaben bilden eine Bestätigung unserer kolonialpolitischen Fähigkeiten.

Wenn die Engländer die Erklärung dafür suchen, warum es einem Lettow-Vorbeck gelang, mit einer Handvoll Deutschen und einer verschwindend kleinen Truppe von Askaris den Zehntausenden seiner Gegner standzuhalten, dann müssen sie den unsichtbaren Bundesgenossen in Betracht ziehen, „das deutsche Wesen". Der Deutsche bekämpfte Tropenkrankheiten bei Mensch und Vieh, der Deutsche legte Bahnen und Fabriken an, der Deutsche arbeitete streng, aber gerecht, hart, unbestechlich, und es kann keine größere Anerkennung der deutschen Leistung geben als die Tatsache, daß der alte Widersacher und unruhigste Gegner Deutschlands, der Häuptling Mahahero, kurz vor seinem Tode anordnete, daß sein Sarg in eine deutsche Fahne gehüllt werde, und daß ihn ein Ehrengeleit von Negern in Uniform der alten deutschen Schutztruppe zu Grabe tragen möge. Hatte schon das Vorkriegsdeutschland in seinen Kolonien nicht „militärische Kraftreservoire" gesehen, so ist diese Anschauung heute noch stärker vertieft und herausgestellt worden.

Digitized by Google

Adolf Hitler hat klipp und klar erklärt: „Wir brauchen Kolonien nicht zu militärischen, sondern zu wirtschaftlichen Zwecken."

Rog.

Was macht England mit unseren Kolonien?

Von allen Mächten erörtert England die deutsche Kolonialfrage am eingehendsten. Es ist zwar für unseren Rechtsanspruch und unsere Anschauung zu der Frage gänzlich unwichtig, was die andern dazu sagen. Aber wir nehmen es dennoch mit Genugtuung zur Kenntnis, daß man auch in England schon etwas gemerkt hat, und daß es nicht an Stimmen bedeutender Männer fehlt, die sich offen für eine Bereinigung der Kolonialfrage im Sinne Deutschlands aussprechen.

So sprach Sir Arnold Wilson, Mitglied des Parlaments, Mitte Februar in London über die „deutsche Expansion". Er betonte, daß es nicht möglich sei, Deutschland auf die Dauer aus den Reihen der Kolonialmächte auszuschließen. Der Vorwurf, Deutschland sei kolonialunfähig, sei unbegründet, Änderungen in Hoheitsrechten über Gebiete, die heute in der Hand anderer Mächte sind, sollten allerdings nicht nur auf Kosten des britischen Weltreiches gehen. Wenn gebietliche Änderungen mit Einbeziehung Englands vorgenommen werden würden, könnten diese, soweit sie Deutschland betreffen, nur Teil einer allgemeinen Regelung sein. Die heutige Lage könne jedenfalls nicht auf unbestimmte Zeit beibehalten werden. England hätte nur dann das Recht, beim status quo zu bleiben, wenn erwiesen sei, daß durch Änderungen, die auf Grund von Verhandlungen und freiwillig vorgenommen würden, britische Untertanen jetzt oder später mehr zu leiden hätten als durch die militärischen und wirtschaftlichen Konsequenzen der Aufrechterhaltung des status quo.

Von einem weiteren Gesichtspunkt aus betrachtet, hätten die anderen Mächte keinen stichhaltigen Grund, den status quo von Versailles für heilig und unabänderlich zu halten, besonders, soweit es unerschlossene Gebiete betrifft.

Deutschland habe durch freundschaftliche Verhandlungen eine Änderung zu erreichen versucht. Aber England habe sich zu einem „Kompromiß" noch nie anders als durch Gewalt bewegen lassen. Die Frage sei, ob die Engländer bereit wären, auf Deutschlands Anfrage durch freundschaftliche Verhandlungen das zu tun, was sie für andere unter Druck getan haben. Die Mehrzahl der englischen Staatsmänner sagt: „Um keinen Preis." Aber die große Masse des Volkes in England, besonders diejenigen, die in den Krieg zu ziehen hätten, haben andere Ansichten.

Dgl.

Zellwolle im Vormarsch

Wir haben schon berichtet, daß die Zellwolle, die in Deutschland entstanden ist, heute bereits in fast allen Ländern erzeugt wird. Wir haben auch schon ausländische Stimmen über die Erfolge der deutschen Zellwolleerzeugung gebracht. Die Messen und Ausstellungen der jüngsten Zeit sind wieder eine stolze Schau deutscher Leistungen, vor allem auf dem Gebiete der Neustoffproduktion. Diese Leistungen ringen auch den Besuchern vom Auslande Worte der Anerkennung ab. Wir wollen unseren Lesern einige dieser Stimmen zur Kenntnis geben:

Die *Reichspost*. Wien, vom 4. April 1937, berichtet über die in Deutschland gezeigten Stoffe aus Zellwolle, die von reinen Baumwoll- und Wollstoffen kaum mehr zu unterscheiden seien. Zellwolle werde immer mehr verwendet werden, und ihr Preis könne deshalb noch mehr gesenkt werden. Die Zellwolle sei im Begriff, sich den Weltmarkt zu erobern.

Der Generalagent für Neu-Süd-Wales in London, A. E. Heath, der in Berlin Verhandlungen über eine Erhöhung der deutschen Wolleinfuhr aus Australien führte, muß ebenfalls die Erfolge der deutschen Zellwolle anerkennen. Man kann hier gewiß nicht einwenden, daß es sich um eine voreingenommene Stimme handelt. Er schreibt in *The Sydney Morning Herald* vom 8. März 1937: *Die neuen Stoffe werden im Volke immer beliebter. Durch ihre Vervollkommnung*

Digitized by Google

werden diese Stoffe jetzt auch von Ausländern gekauft. Die neuen Stoffe leiden nicht durch schlechtes Wetter.

Schließlich noch eine schwedische Stimme. *Affärsvärlden* vom 8. April 1937 schreibt, daß die neuen deutschen Rohstoffe und die daraus hergestellten Fabrikate selbst von ausländischen Käufern günstig aufgenommen worden seien.

Es wird immer deutlicher — auch im Ausland —, daß die deutsche Rohstofferzeugung im Zeichen des Vierjahresplanes keine bloße Behelfsmaßnahme darstellt. Was jetzt geschaffen wird, um uns unabhängig zu machen, mag seine Entstehung den Erfordernissen der Zeit verdanken; es wird aber auch bleiben, weil deutscher Erfindergeist hier etwas Besseres geschaffen hat, als wir zuvor vom Auslande beziehen konnten. Der Vierjahresplan wird so unseren Wohlstand vermehren und befestigen. Ge.

Unerwünschtes Russengold

Seit der Heraufsetzung des Goldankaufspreises um etwa 60 v. H., die in England und in den Vereinigten Staaten mit der Währungsabwertung im September 1931 bzw. im April 1933 erfolgte, haben diese beiden angelsächsischen Länder fast das gesamte Angebot an bergbaulich gefördertem neuen Gold erworben und gehortet, nachdem Frankreich bereits im Anschluß an die Frankenstabilisierung nach dem Weltkriege einen großen Goldvorrat angesammelt hatte. Im allgemeinen wanderte so ein dauernder Goldstrom von Südafrika (und Indien) über London, das ebenfalls einen Teil aufnahm, nach den Vereinigten Staaten, wo das Gold schließlich in den Panzergewölben des neuerrichteten Fort Knox eine vorerst endgültige Ruhestätte fand.

Diese Aufnahmebereitschaft der angelsächsischen Länder erstreckte sich, wie sich jetzt herausstellt, aber nur auf das Gold solcher Gebiete, die zum politischen Einflußbereich Englands gehören. Als nämlich Sowjet-Rußland nun auch seinerseits damit beginnen wollte, den durch die Abwertung von Dollar und Pfund künstlich emporgetriebenen Goldpreis für sich auszunutzen und seine Golderzeugung auf den Markt zu werfen, wurde dies in den Vereinigten Staaten offensichtlich als eine unliebsame Störung empfunden. Londoner Makler, die vorsichtshalber sich bei dem Schatzamt der Vereinigten Staaten erkundigten, ob dieses die Gewähr dafür übernehmen könne, daß der Goldankaufspreis während der nächsten vier Wochen unverändert bleiben würde, erhielten von offizieller amerikanischer Seite zur Antwort, daß der Goldankaufspreis in den Vereinigten Staaten jeweils nur für 24 Stunden festgelegt werde. Hinzu kommt, daß letzthin in der amerikanischen Presse Meldungen aufgetaucht sind, die besagen, daß eine Kontingentierung der Goldeinfuhr nach den Vereinigten Staaten erwogen werde. Amtlich wurde diese Nachricht dementiert, es steht aber fest, daß die Amerikaner das angebotene Gold nicht mehr, wie es bisher der Fall war, in London, sondern erst nach der Ankunft in den Vereinigten Staaten selbst übernehmen.

Deutschland kann es gleichgültig sein, ob und in welchem Umfange Sowjet-Rußland sein Gold im Auslande los wird oder nicht. Wir wissen, daß die Grundlage der deutschen Währung durch die laufende Produktion repräsentiert wird. Daß eine metallene Deckung der Währung nicht für ihren inneren Wert entscheidend ist, hat Deutschland durch die Praxis bewiesen. Auch im Ausland bricht sich diese Erkenntnis mehr und mehr Bahn. So hat sich auch bemerkenswerterweise das Internationale Arbeitsamt in seinem soeben erschienenen Jahresbericht zu dem Eingeständnis veranlaßt gesehen, daß der Goldstandard allein nicht mehr als Grundlage der wirtschaftlichen Stabilität betrachtet werden könne. Nachdem so die mangelnde Eignung des Goldes, als internationaler Wertmesser zu dienen, gewissermaßen vom Völkerbund amtlich bescheinigt wurde, dürften sich die Absatzchancen für Russen-Gold noch weiter verschlechtert haben. Hil.

Digitized by Google

Querschnitt durch das Schrifttum

Wir fordern Kolonien!

Dr. H. W. Bauer, Kolonien im Dritten Reich; Gauverlag Westdeutscher Beobachter, Köln 1936. 2 Bände, 275 u. 263 Seiten, geb. Leinen Reichsmark 28,50; Halbleder RM. 34,50.

In unserem politischen Schrifttum klaffte bisher eine große Lücke. Es fehlte das Werk, das unser koloniales Denken und unsere koloniale Forderung einmal in seiner ganzen Größe umriß. Das zweibändige Prachtwerk „Kolonien im Dritten Reich" schließt diese Lücke ab. Schon durch die äußere Aufmachung versucht es zu zeigen, daß es ein Standardwerk sein will.

Im ersten Hauptteil wird der Kolonialkampf von Versailles bis heute aufgezeichnet. Die Kolonialschuldlüge wird in ihrer ganzen Dummheit und Frechheit entlarvt, und ihre wahren Gründe an den Pranger gestellt. Eine unbarmherzige Kritik wird an der Mandatspolitik des Völkerbundes und unserer ehemaligen Gegner geübt.

Im zweiten Teil wird der Zusammenhang zwischen unserer allgemeinen Forderung nach Lebensraum und unserer Forderung nach Kolonien aufgedeckt. Wir können es uns nicht auf ewig gefallen lassen, ein Volk ohne Raum zu bleiben.

Der zweite Band, der mit der Proklamation des Führers auf dem Reichsparteitag der Ehre 1936 beginnt, bringt als erstes die kolonialen Wirtschaftsfragen der Gegenwart.

Es ist unmöglich, hier auf Einzelheiten einzugehen. Es seien aus der Fülle des Materials nur wenige Punkte herausgegriffen: die Bedeutung der kolonialen Rohstoffversorgung, Fragen des Kolonialhandels und der Schiffahrt, eigene Kolonien als Devisenausgleich, die wirtschaftlichen Bestrebungen der Kolonialreiche der Gegenwart, und noch manches andere. Die Forderung nach kolonialer Gleichberechtigung wird wieder in einem eigenen Abschnitt behandelt. Wir haben ein moralisches und sachliches Recht auf Kolonien. Wir denken nicht daran, uns auf ewig durch eine Kolonialschuldlüge von diesem Recht fernhalten zu lassen.

Ein Abschnitt über die Sinngebung des Kolonialgedankens bildet den Abschluß und Höhepunkt des Buches. Hlz.

Wie lese ich den Wirtschaftsteil?

Otto Hoffmann, Wie liest man den Wirtschaftsteil einer Tageszeitung; Societäts-Verlag, Frankfurt 1936. 400 Seiten, geb. RM. 5,40; brosch. Reichsmark 4,50.

Das ist die Frage, die Tausende von Zeitungslesern immer wieder bewegte und auf die sie selbst meist keine Antwort fanden. Wie mache ich den Wirtschaftsteil leserlich? Das ist die Frage, die alle Wirtschaftsschriftleiter immer wieder zu neuen Versuchen anregte. Das mag auch der Anlaß gewesen sein, daß sich einige Wirtschaftsschriftleiter der „Frankfurter Zeitung" zusammengetan haben und das Buch des Juden Kahn in einer neuen Bearbeitung herausgegeben haben. Auf 400 Seiten wird jetzt dem ahnungslosen Leser erklärt, wie er die Zeitung zu lesen habe. Wohl dem, der es erfaßt. Wer ohne Vorkenntnisse an dieses Buch herangeht, der würde ein mindestens ebenso dickes Buch benötigen, um es zu erfassen.

Gegen den rein sachlichen Teil ist wenig einzuwenden. Wenn aber von wirtschaftspolitischen Dingen und Anschauungen die Rede ist, dann muß man immer wieder feststellen, daß die Herren von der „Frankfurter Zeitung" nichts vergessen und nichts dazugelernt haben. Der sanft entschlafenen Konjunktur wird noch ein ganzes Kapitel gewidmet. Sozialismus und Bolschewismus werden in einen Topf geworfen. Auch in bezug auf die Darstellung haben sie nichts gelernt. Die einfachsten Dinge so kompliziert wie nur möglich darzustellen, das war stets die große Kunst, die diese Kreise meisterhaft beherrschten. Zusammenfassend läßt sich sagen, daß dieses Buch sein Ziel, eine Einführung in die Wirtschaft zu sein, nicht erreicht. Hlz.

Digitized by Google

Sparen heißt: nicht knausern!

sondern „Vorräte bereitstellen, die man zum gegebenen Zeitpunkt verbrauchen oder ***wirtschaftlich einsetzen will".*** *Das sind Erkenntnisse, die uns seit unserer Sparnummer (Heft 9 der Zeitschrift „Wirtschaftspolitik der NSDAP.") geläufig sind. Das sind Wahrheiten, die heute jedem von uns vertraut sind. Nur Herr Haase „weiß von nichts". Herr Haase - wer kennt ihn nicht - hat nichts gelernt und nichts vernommen, wie sollte er auch:*

Er liest ja nichts.

In manch treffendem Vers und witzigem Bild haben wir in der Tagespresse gesehen, wie es Herrn Haase teuer zu stehen kommt, daß er am Zeitungsgeld „spart". Er spart eben nicht, sondern er knausert. Das ist doch sonnenklar: eine Tageszeitung braucht man, sonst „kommt man nicht mehr mit". Man muß wissen, was „los" ist. Anzeigenteil, Wirtschaftsteil, kultureller Teil, je nach Beruf und Interesse, sind unentbehrlich. Man spart Ärger und Verdruß und manchen Schaden, wenn man orientiert ist und man braucht keine Sorge haben, etwas zu versäumen. Das ist gut und nützlich und das Zeitungsgeld macht sich bezahlt. Bei Fachzeitschriften zu „sparen", wird auch nur wenigen in den Sinn kommen. Fachzeitschriften braucht man eben, um auf dem laufenden zu bleiben.

Aber wie steht es nun etwa mit der Zeitschrift „Wirtschaftspolitik der NSDAP."

Glaubt nicht noch mancher, den es eigentlich angehen sollte, er könne sich den Bezug der Zeitschrift „Wirtschaftspolitik der NSDAP." ***sparen,*** *da ja sein Bedarf an wirtschaftlichen Informationen durch den Wirtschaftsteil seiner Tageszeitungen und durch seine Fachzeitschrift völlig gedeckt ist? Nun, wer sich damit begnügt, einmal etwas aufzuschnappen, oder so genügsam ist, sich mit Informationen aus zweiter Hand zufrieden zu geben, wer eine Abneigung dagegen hat, aus frischer Quelle zu schöpfen und nur verdauen kann, was inzwischen zwei und dreimal vorgekaut ist, der mag immerhin in seiner Anschauung verharren — Aktivist wird er sowieso niemals werden. Aber er lebt doch nur von der Hand in den Mund, er glaubt zu sparen und er knausert. Und was schlimmer ist, er knausert an seiner Einsatzbereitschaft für die Bewegung! Anders der einsatzbereite Aktivist.*

Digitized by Google

Er hat Kraftreserven, er hat Wissensreserven und

er weiß sie einzusetzen

zum gegebenen Zeitpunkt. So hat er den Vorsprung, die unbedingte Überlegenheit, die Sicherheit des Wortes und der Tat! Und er setzt sie ein für die großen Ziele der Bewegung. ***Er hat gespart,*** *denn er hat Wissen gesammelt, er hat sich gerüstet, er hat Reserven bereitgestellt, die er einsetzen will,* ***wirtschaftspolitisch einsetzen will.*** *Wer so denkt und handelt, der spart nicht am verkehrten Ende, er „knausert" nicht, sondern er bestellt noch heute die Zeitschrift „Wirtschaftspolitik der NSDAP." Benützen Sie die beiliegende Bestellkarte!*

Bekenntnisse zur nationalsozialistischen Weltanschauung

wie zum gesunden Menschenverstand der Wirtschaftsführung sind die **10- und 20-Pfennig-Schriften zur Wirtschaftspolitik.** Sie geben jedem wirtschaftspolitisch Denkenden und wirtschaftspolitisch Tätigen das unentbehrliche Rüstzeug für die wirtschaftspolitische Aufbauarbeit.

10-Pfennig-Schriften zur Wirtschaftspolitik:

„Sklavenarbeit oder Welthandel?" von Bernhard Köhler. 61. bis 70. Tausend im Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München 2 NO.

„Sparen heißt nicht Not leiden", Auszug aus Heft 9 der Zeitschrift „Wirtschaftspolitik der NSDAP.", 101. bis 200. Tausend im Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München 2 NO.

Zu beziehen durch die Kreis- und Gauwirtschaftsberater oder durch den Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München 2 NO, Thierschstr. 11.

20-Pfennig-Schriften zur Wirtschaftspolitik:

„Wille zum Welthandel" von Bernhard Köhler, dem Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., im Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München 2 NO.

„Pjatiljetka und Vierjahresplan" von Alf Noll. Ein Querschnitt durch die bolschewistische Mißwirtschaft. Im Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München 2 NO (in Vorbereitung).

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder durch den Zentralverlag der NSDAP, Franz Eher Nachf., München 2 NO, Thierschstraße 11.

Verbreiten Sie diese Schriften, Sie leisten damit aktive Aufbauarbeit!

Verantwortlicher Schriftleiter: Udo Pfriemer, München 45, Karlstraße 24, Fernruf: 54030 / Nachdruck auch auszugsweise nicht gestattet, es sei denn, daß eine ausdrückliche vorherige Genehmigung der Schriftleitung erteilt ist. / Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, Thierschstraße 11 / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Nur durch die Dienststellen der NSDAP. / Erscheinen: Zweimal im Monat / Preis des Heftes: 15 Pfennig

Digitized by Google

JAHRBUCH
DER NATIONAL-SOZIALISTISCHEN WIRTSCHAFT

HERAUSGEBER:
DR. OTTO MÖNCKMEIER, REICHSGRUPPENWALTER
WIRTSCHAFTSRECHTLER
DES NS.-RECHTSWAHRERBUNDES

Digitized by Google

Ein Querschnitt durch die wir

Aufgabe dieses Buches ist, unter mög-
lichst klarer Durchleuchtung der wirtschaft-
lichen Entwicklung in den vergangenen
vier Jahren die geistigen und materiellen
Kräfte der nationalen Wirtschaft Deutsch-
lands aufzuzeigen. Ganz bewußt ist sowohl
bei der Auswahl der Mitarbeiter wie auch
bei dem Aufbau des Inhaltes die Absicht
verfolgt worden, eine zu große Abstrakt-
heit in der Darstellung zu vermeiden. Das
Jahrbuch soll das lebendige, pulsierende
Wirtschaftsleben aufzeigen, wie es in der
Wirklichkeit ist.

Umfang 6

Preis in Lein

Digitized by Google

tschaftliche Lage Deutschlands

Aus dem Inhalt: 1. Teil: Die nationalsozialistische Wirtschaftsordnung / Recht und Gemeinschaft in der Wirtschaft / Die Arbeit / Die Ordnung des deutschen Raums / Deutschlands Finanzwirtschaft / Geld-, Bank- und Börsenpolitik / Land- und Forstwirtschaft / Die gewerbliche Wirtschaft / Deutschlands Außenwirtschaft / Deutsche Verkehrswirtschaft / 2. Teil: Das nationalsozialistische Wirtschaftsrecht / Die Arbeit / Die Reichskulturkammer / Reichsnährstand / Gewerbliche Wirtschaft / Verkehrswesen / Vierjahresplan / Außenwirtschaft

643 Seiten

ien RM. 11.80

Digitized by Google

Ein getreues Spiegelbild der in den letzten Jahren auf dem Gebiete der Wirtschaft geleisteten Aufbauarbeit. Eine lückenlose Darstellung des gesamten Wirtschaftsrechts, das seit der Machtübernahme im Jahre 1933 bis zum 30. Januar 1937 vom Nationalsozialismus geschaffen wurde.

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen

Zentralverlag der NSDAP., Frz. Eher Nachf., München

Digitized by Google

Mitteilungen der Kommission für

Wirtschaftspolitik der NSDAP

Heft 11 Jahrgang 2

Nachdruck - auch auszugsweise - nicht gestattet!

HC
286.3
.A1
N28
v. 2
no 11

Der Führer am 1. Mai 1937:

— an der Spitze unserer nationalsozialistischen Wirtschaftsführung steht nicht das Wort „Theorie", nicht das Wort „Geld" oder „Kapital", sondern das Wort „Produktion".

Aus dem Inhalt:

Bernhard Köhler:
Demagogie

Carl Fluhme:
„Das will ja die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik"

Hanns Czekalla:
Warum Überschußwirtschaft?

Ferdinand Frauenknecht:
Wirtschaftswerbung im Leistungswettbewerb

Zwei Nachrufe

Sozialismus mit „Startlinie"

Um die Autarkie

780 Millionen RM. an Nahrungsgütern verderben

Der technische Fortschritt räumt im Bauernhof auf

Wenn zwei dasselbe tun

Juni 1937

Zentralverlag der NSDAP

UNIV. OF MICH. LIBRARY

Digitized by Google

Bernhard Köhler:

Demagogie

„Und mag auch dieser oder jener dagegen miesmachen: das deutsche Volk ist stolz auf seine Leistungen, und die deutschen Roh- und Werkstoffe werden sich durchsetzen, so oder so!" Hermann Göring am 30. Mai 1937 in Weimar.

Demagogie heißt Volksverführung. Verführung heißt Meinungs- und Willenslenkung mit unlauteren Mitteln zu unlauteren Zwecken. Verführung gilt daher mit Recht als eines der schmählichsten Verbrechen. Der Vorwurf der Demagogie gegen einen Politiker ist dem des Verrats an Schwere gleich.

Unser Ziel: Begründung des Volks-Reichtums

Es ist bekannt, daß wir die Beseitigung der Armut des deutschen Volkes, die Begründung seines Reichtums als den weithinaus zielenden wirtschaftspolitischen Sinn des Vierjahresplans bezeichnet haben. Die Beseitigung der Armut, das heißt die Beseitigung des Zustandes, in dem wir bei der Erzeugung unserer Güter auf die Hilfsquellen anderer und auf deren Zustimmung zu ihrer Benutzung angewiesen sind. Beseitigung der Armut, das heißt Ausdehnung der wirtschaftlichen Selbstbestimmung nicht nur auf den Entschluß zur Arbeit selbst, sondern auch auf alle Mittel, die zur Arbeit gehören, insbesondere also die zu verarbeitenden und zu verwendenden Stoffe. Es heißt also Ausdehnung des Selbstbestimmungsrechtes auch auf die Preisgestaltung unserer Erzeugnisse, da diese solange dem Willen anderer unterworfen ist, solange wir nicht selbst über jeden Teilvorgang der Erzeugung Herr sind. Das heißt also, daß wir die Schranken zu beseitigen entschlossen sind, die nicht nur der mengenmäßigen Versorgung, sondern auch der qualitativen Verbesserung und der Leistungssteigerung mit dem Ziele fortschreitender Verbilligung gezogen sind, solange andere uns Qualitäten und Preise unentbehrlicher Stoffe vorschreiben können. Jeder weiß, daß Verbilligung der Erzeugung und damit Erhöhung der äußeren Lebenshaltung nicht dekretiert und nicht durch Lohn- und Preisexperimente erzielt werden kann, sondern in hingebender Bemühung eines ganzen Volkes und aller seiner Glieder erarbeitet werden muß. Und die Begeisterung, die die Verkündung des Vierjahresplanes durch den Führer erweckt hat, war ja nichts anderes als der Schwur aller, die große Aufgabe auf sich zu nehmen und ungeachtet aller Schwierigkeiten durchzuführen.

Leichtfertige Besserwisser nennen das „Demagogie"

Wenn sich nun aber einer hinstellt und erklärt: die Behauptung, daß der Vierjahresplan den Sinn habe, Reichtum des deutschen Volkes zu schaffen, sei Demagogie, weil ja die in seinem Rahmen erzeugten Roh- und Werkstoffe zu höheren Kosten als die der entsprechenden Einfuhrgüter erzeugt werden — so enthält diese Äußerung einen doppelt heimtückischen Angriff gegen den Befehl des Führers und gegen die bewußt und verantwortlich vorgetragene Auffassung der Partei. In der gleichen Proklamation, in der der Führer den Vierjahresplan verkündete, erklärte er:

„Die nationalsozialistische Idee und die sie tragende und fördernde Bewegung wird nicht nur politisch, sondern auch

Digitized by Google

Gift
R. H. Myers
6-19-61

wirtschaftlich und kulturell die Führung der Nation übernehmen. Sie stellt die Aufgaben und sie bestimmt die Tendenz ihrer Erfüllung. Niemand verfügt über mehr Berechtigung als sie, niemand aber auch über eine größere innere Voraussetzung."

Das heißt, daß niemand berechtigt ist, die Deutung, die die Partei dem Willen des Führers gibt, leichtfertig zu kritisieren, und daß die Partei nicht oberflächlichen Besserwissern, sondern einzig und allein dem Führer für die Richtigkeit ihrer Deutung verantwortlich ist.

Es gehört zu den beliebtesten, weil billigsten Mitteln unserer Neider und Gegner, daß sie Selbstverständlichkeiten, die wir in der politischen Ausrichtung gar nicht erst erwähnen, weil sie nichts als technisch zu bewältigende Voraussetzungen sind, als Einwände gegen die politische Zielsetzung vorbringen. Sie rechnen damit, daß ein großer Teil ihrer Hörer und Leser ebensowenig weiß wie sie selbst, was eigentlich Politik ist: die Kraft, noch nicht Vorhandenes zu verwirklichen. Sie unterstellen uns ausdrücklich oder stillschweigend, daß wir die technischen Voraussetzungen und die Schwere der Aufgaben, die zwischen dem Jetzt und der kommenden Wirklichkeit stehen, nicht sehen, nicht kennen oder in hoffnungsseligem Überschwang vergessen. Sie schildern uns damit als weltfremde Phantasten und warnen gleichsam davor, uns Gefolgschaft zu leisten. Sie arbeiten also unter der Maske des gewissenhaften und bedächtigen Sachkenners gegen die Willenseinheit und Tatkraft des deutschen Volkes. Sie wiegeln diejenigen, von denen wir äußerste Leistung fordern müssen, gegen den Willen des Führers auf. Sie treiben politische Sabotage und führen den Dolch verräterischer Hinterlist. Denn sie verleugnen und verleumden so auch das, was längst Wirklichkeit geworden ist, obwohl — nein: gerade weil es in ihren Augen nichts als „Demagogie" war.

Vier Jahre wirtschaftspolitische „Demagogie" und ihr Erfolg

Ihnen war es „Demagogie", als wir die Beseitigung der Arbeitslosigkeit bis zum letzten Mann forderten. Es war ja wohl „Demagogie", als wir verkündeten, nicht Kapital schaffe Arbeit, sondern Arbeit schaffe Kapital. „Demagogie" war es, wenn wir die Einheit des Volkes und den Willen zum Führer als die unerläßliche, aber auch wirkungsvollste Voraussetzung zum wirtschaftlichen Aufstieg bezeichneten. Es war ja auch „Demagogie", als wir die Volksgemeinschaft zur Grundlage des sozialen Friedens machten. Es war „Demagogie", als wir die Achtung vor der Arbeit als erste Bedingung für den wirtschaftlichen Erfolg der Arbeit forderten. Es war „Demagogie", als wir voraussagten, daß in kurzer Zeit dem Arbeitsmangel Arbeitermangel folgen würde. Als wir voraussagten, daß nicht der Arbeiter mehr hoffnungslos nach Arbeit suchen, sondern das Volk immer nur nach mehr Arbeitern rufen werde. Es war „Demagogie", als wir voraussagten, daß die Herrschaft des Kapitals dadurch gebrochen werde, daß das Kapital in der Suche nach Anlage sich werde anbieten müssen. Es war „Demagogie", als wir ankündigten, daß daraus auch auf dem natürlichsten Wege die Senkung des Zinses ermöglicht werden würde. Es war „Dema-

Digitized by Google

gogie", als wir erklärten, daß nicht der Kredit, sondern die Arbeit die Wirtschaft beleben werde, und daß die festgefrorene Verschuldung durch gesteigerte Arbeitsleistung des Volkes aufgetaut und in einen Zustand verwandelt werde, in dem reichlich Geld für die Bedürfnisse der Arbeit vorhanden ist: daß wir immer soviel Geld haben würden, wie wir Arbeit leisten.

Dies und vieles andere war alles „Demagogie"? In den Augen derer allerdings, die die Herrschaft des Kapitals zu erhalten wünschten, die das deutsche Volk tatenlos in der Erwartung eines Wunders von außen zugrundegehen lassen wollten, die alles dem deutschen Volk wünschten, nur nicht seine nationalsozialistische Auferstehung. Und doch ist alles, was wir verkündet haben, Wirklichkeit geworden. Seine Verkündung war die Ausrichtung des Volkswillens auf ein Ziel, das es mit Sicherheit erreichte, wenn es nur wollte und seinem Führer vertraute. Und das weitere Ziel, die Beseitigung der Armut, soll demagogische Verführung sein?

Und die Anfangserfolge des Vierjahresplanes?

Schon die kurze Zeit, die seit der planmäßigen Heranziehung und Entwicklung neuer Stoffe vergangen ist, beweist, welche großen Möglichkeiten der Arbeitsverbesserung, also immer günstigerer und billigerer Erzeugung, bestehen. Selbstverständlich braucht ein neues Verfahren immer erst eine gewisse Zeit, bis es so günstig angewendet werden kann, daß sein Erzeugnis den wirtschaftlichen Wettbewerb mit früheren Erzeugnissen aufnehmen kann. Es gab eine Zeit, in der eine Automobilreise mit einer solchen auf der Eisenbahn überhaupt nicht in Vergleich gesetzt werden konnte. Heute reist mancher bei entsprechender Ausnützung seines Wagens schon ebenso billig mit diesem wie bei der billigsten Eisenbahnfahrt. Vielleicht ist es auch „Demagogie", wenn man diese Tatsache feststellt!

Ganz abgesehen aber davon, daß unsere eigenen Werkstoffe eines Tages noch viel billiger sein werden, als sie heute sein können, brauchen ja die Vorteile wirtschaftlicher Selbstbestimmung noch gar nicht immer im billigeren Preis des Ausgangsstoffes zu liegen. Schon heute ist jedem klar, der die Dinge überhaupt kennt und sachlich zu beurteilen bereit ist, daß selbst ein teurerer Ausgangsstoff zu billigeren Enderzeugnissen führen kann, wenn zwischen ihm und dem Endprodukt Arbeitsgänge, also Hand- oder Maschineneinsatz oder beides zugleich, gespart werden können. Eine Erscheinung dieser Art hat sich bereits in der Zellwolleverarbeitung gezeigt, die eine Anzahl der zur Wolleverarbeitung gebrauchten Maschinen überflüssig macht. Natürlich ist diese Entwicklung weder schon allgemein gültig noch abgeschlossen. Aber sie zeigt, wohin die Reise geht.

Es ist wahrscheinlich auch „Demagogie", wenn wir darauf hinweisen, daß die Verfügung der internationalen Spekulation über die Weltmarktwaren die verbrauchenden Völker, in unserem Falle also das deutsche Volk, stets in Gefahr bringt, mühelose und ungerechtfertigte Gewinne an Personen abzuführen, die niemals daran denken, auch nur eine ihrer Handlungen auf den Wohlstand des deutschen Volkes auszurichten, sondern die nur um so reicher und mächtiger werden, je abhängiger das deutsche Volk ist, und je mehr sie seinem Wohlstand abzuzapfen vermögen. In der Kündigung dieser Hörig-

Digitized by Google

keit liegt wiederum ein wirtschaftlicher Gewinn, also eine Wohlstandsmehrung des deutschen Volkes durch den Vierjahresplan, die schon an verschiedenen Tatsachen der Gegenwart aufzuzeigen wäre.

Der Angriff gegen die Beseitigung der Armut, gegen die Reichtumsbegründung für das deutsche Volk ist also nicht einmal sachlich richtig. Er geht von Voraussetzungen aus, die jeder Sachkenner, ja, jeder gesunde Menschenverstand als unzulänglich und kurzsichtig bezeichnen muß. Er ist außerdem unmittelbar gegen den Aufstiegswillen des deutschen Volkes gerichtet und versucht der öffentlichen Meinung die gottgewollte Abhängigkeit von Weltwirtschaft und weltwirtschaftlicher Diktatur wieder vorzutäuschen.

Die Methode „haltet den Dieb" und ihre Gründe

Ist also nicht vielmehr gerade die Behauptung echte Demagogie, die sich gegen die Schaffung des deutschen Reichtums wendet? Wird nicht gerade in ihr mit unlauteren Mitteln und zu unlauteren Zwecken die Meinung des Volkes zu lenken versucht? Verdient also nicht vielmehr derjenige den Namen des Demagogen, der an dem Entschluß des Führers und an seiner Deutung durch den nationalsozialistischen Willen herummäkelt?

Warum aber wird er solches tun? Als echter Demagoge doch wohl, um bei seinen Hörern, soweit sie verwandte Naturen sind, Beifall, Zustimmung und Gefolgschaft zu finden. Denn erstens macht das ja manchen Spießergemütern mächtig Spaß, wenn in einer „internen Sitzung" der Partei eins ausgewischt wird. Wir haben für die Stimmung in solchen Konventikeln die mitleidige und lächelnd erledigende Bezeichnung: „Reaktion". Denn wir wissen es besser, wohin wir gehen, und wie die Ziele aussehen, die wir erreichen. Wir wissen es schon deshalb besser, weil wir auch in den letzten vier Jahren nicht geschlafen, sondern die Augen offengehalten haben und daher in der Lage sind, aus den Ereignissen zutreffende Schlüsse zu ziehen. Die Reaktion ist hiezu nicht in der Lage, weil sie sich ja verschworen hat, im Schlafe zu verharren.

Und zweitens mag es manchem Hörer lieblich eingehen, wenn seine Angst vor Einsatz, seine zitternde Feigheit vor den Anforderungen, die an seine Fähigkeiten und an sein Kapital gestellt werden, etwas getröstet wird. Da er seinen Fähigkeiten zu mißtrauen alle Ursache hat, möchte er sich wenigstens auf „sein" Kapital verlassen können.

Und „sein" Kapital soll er einsetzen, um dem Führer zu helfen, um das deutsche Volk auf einem ihm unverständlichen Wege reich machen zu helfen? Welch ein Trost in Trübsal ist es, dann zu hören, daß die nationalsozialistische Richtungsweisung „Demogagie" sei! Wie freudig lauscht man dann dem wirklichen Demagogen, der einem vormacht, es sei ja gar nicht so schlimm, und insbesondere habe es mit der so energisch gewollten Verbilligung noch gute Wege. Denn wohin soll man kommen mit all seinen Anschauungen, mit seinem Kapital, mit seinen Ansprüchen auf „gottgewollte" Unterschiede in der Lebenshaltung, wenn die Spannung zwischen Versorgungswünschen und Erzeugerpreisen nicht größtmöglichst aufrechterhalten bleibt?

Digitized by Google

„Ruhe sanft"

Für diese Art Leute sprach jener Demagoge, der der nationalsozialistischen Führung „Demagogie" vorwarf. Diese Art Leute sind seiner würdig, wie er selbst ihrer würdig ist. Sie mögen sich miteinander trösten und weiter krampfhaft die Augen zuhalten. Es wird nicht das erste- und auch nicht das letztemal sein, daß sie nach kurzer Zeit aufgeschreckt werden durch die Erkenntnis, daß sie wieder einmal die Zeit verschlafen haben. Und wenn sie dann wiederum am lautesten schreien, sobald es geschafft ist, daß sie „schon immer soo national" waren, daß sie „es schon immer gesagt" haben und sich natürlich auf den Boden der Tatsachen und somit „hinter den Führer stellen", dann werden wir wieder nichts anderes tun, als wie sie das letztemal gelaufen kamen: stillvergnügt lächeln.

Carl Fluhme:

„Das will ja die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik!"

Seit der Übernahme der wirtschaftspolitischen Führung durch den Nationalsozialismus hat es sich eingebürgert, daß Kreise, die — nach ihren eigenen Worten — praktische Wirtschaft betreiben, ihr Tun und Lassen dem Willen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik „anpassen". Diese „Anpassung", die von vornherein den Willen zum Vorbehalt bis zum völligen „passen" beinhaltet, ist aber etwas ganz anderes, als die gewollte und erforderliche Ausrichtung.

Die „Anpassungspolitiker"

Die Ausrichtung, deren Objekt, richtig verstanden, die Wirtschaft ist, während sie sich als „Anpassung" in völliger Verkennung ihrer tatsächlichen Aufgaben auch hier als Subjekt fühlt und damit Wirtschaftspolitik auf eigene Faust zu machen versucht, besteht praktisch nur allzu oft darin, daß diese „Wirtschaftspolitiker" — immer nach den Methoden der Vergangenheit — irgendwelche in ihrer Phantasie bestehenden Grenzen des Erlaubten zu ermitteln trachten. „In diesem Rahmen" schaffen sie dann sogenannte bürokratische, paragraphenmäßige und formal-juristische „Sicherungen" und kleistern nach der Devise „Reden ist Macht" das in der Überschrift erwähnte Etikett als Ausweis über das Ganze. Nichts geht nach ihrer Meinung über ein dergestalt hervorgezaubertes Alibi, mit dem man alles machen zu können meint — auch Wirtschaftspolitik.

Wer bestimmt die Wirtschaftspolitik?

Nur eins wird dabei vergessen: der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., Bernhard Köhler, hat immer wieder ausgesprochen, daß Wirtschaftspolitik nicht Aufgabe eines Ressorts oder einer

Digitized by Google

Körperschaft oder gar eines Zweckverbandes von wirtschaftlichen Interessenten ist, sondern daß Wirtschaftspolitik der macht, der Politik macht. Demnach ist Wirtschaftspolitik schlechthin Politik, das heißt ausschließlich Sache des politischen Führers.

Folgerichtig sagt Bernhard Köhler deshalb weiter: „Sowie also Wirtschaftsfragen politischer Natur werden, sowie sie volkswirtschaftliche Bedeutung haben, werden sie von der politischen Führung entschieden, nicht aber von den Wirtschaftsinteressenten auf beiden Seiten des ehemaligen Klassenkampfes."

Diese Entscheidungen, daran könnten sich die wirtschaftenden Männer allmählich gewöhnt haben, pflegen absolut eindeutig und zielklar zu sein. Anscheinend sind sie den „Interessenten" aber zu klar und auch zu einfach. Man kann sein wahres Gesicht so schwer dabei verstecken. Daher trifft man in der Wirtschaft ganze „Vereine der Sachverständigkeit" an, sozusagen wilde Genossenschaften „auf Gegenseitigkeit", mit Riesenhonoraren, die die Dinge mit vermeintlich fachlichem Rat auf ein „höheres Niveau" bringen und derart verkomplizieren, daß ein gewollt heilloses Durcheinander entsteht, damit außer den daran Beteiligten niemand hindurchfinde. Man kann heute mit tödlicher Sicherheit folgendes feststellen: wo derartige „Sachverständigen"-vereine zusammenhocken, z. B. gewisse Aufsichtsräte, gewisse Vorstandsmitglieder, gewisse Rechtswahrer usw., stößt man auf eine besonders merkwürdige Tatsache: es tauchen immer wieder dieselben Personen in gleichartigen Vorgängen gewisser Art auf.. Ihre „Eignung" für wirtschaftspolitische Seiltänzerkunststücke, die natürlich als rein „wirtschaftliche und soziale" Notwendigkeiten oder Gegebenheiten hingestellt werden, spricht sich herum, wenn sich diese Leute nicht ohnehin schon als „gleiche Kappen" erkannt und zusammengefunden haben. Man glaube nicht, daß es sich hier etwa nur um Juden handelt. Vielmehr ist der Gelegenheits-Arier in erster Linie daran schuld, daß der Jude und auch der „weiße" Jude, in der Wirtschaft noch eine Rolle spielt, die in jeder Beziehung unerwünscht ist.

Nicht umsonst erklärte Julius Streicher am 12. Mai 1937 in einer Kundgebung des NS.-Rechtswahrerbundes in München: „Wie arm wären wir in der Zukunft, meine lieben Volksgenossen, wenn wir uns auf eine gewisse seelenlose Brut verlassen müßten. Durch Schulen können Sie keine Rechtswahrer der Zukunft machen. Wer nicht mit dem Gefühl von einer großen Idee erfaßt wird, den kann man nicht durch Schulung dressieren. Man muß auch im Dritten Reich berufen sein, zu denen stoßen zu dürfen, die dieses Reich geschaffen haben. Seid recht wachsam, wenn jetzt die Bewegung wieder aufgemacht wird, seid besonders bei den Rechtswahrern vorsichtig!"

Nicht umsonst aber auch schrieb Bernhard Köhler einmal:

> „Wenn man uns fragt, wo denn eigentlich unsere praktische Wirkungsmöglichkeit und unser tatsächlicher Einfluß sei, nachdem wir ja weder wirtschaftliche Unternehmungen machen, noch wirtschaftliche Regierungshandlungen ausführen, so antworten wir: es ist immer das Kennzeichen der unpolitischen Naturen gewesen, daß sie das nicht sehen konnten, was ihren gewohnten Vorstellungen nicht entsprach."

Digitized by Google

Zwischen diesen beiden Polen, dem der „unpolitischen" Naturen und dem der Seelen- und Ideenlosen, liegt das Rekrutendepot der gekennzeichneten „Vereine der Sachverständigkeit".

Wirtschaftspolitische Saboteure mit „Etikett"

Ihre Kalkulation ist klar!

Dank den in vierjähriger nationalsozialistischer Aufbauarbeit getroffenen politischen und wirtschaftspolitischen Maßnahmen interessieren sich für die Wirtschaftsvorgänge auch der einzelnen Unternehmungen eine ganze Anzahl von Behörden, Parteistellen usw. Damit ist eine wirksame Barriere gegen volkswirtschaftlich schädigende, eigennützige Interessenverfolgung geschaffen. Dagegen setzt nun der Interessent den „Sachverständigenverein" in Bewegung:

Drei Beispiele:

1. Zum Beispiel fühlen sich die Inhaber einer Firma im Dritten Reich plötzlich nicht mehr wohl: mit dem Über-den-Daumen-Kalkulieren ist es aus, mit den maßlosen Profiten auf Kosten der Kundschaft ist es Essig und die besonders im AOG. verankerte Fürsorgepflicht ist manchem unbequem. Die Inhaber beschließen also, einen neuen Laden im Auslande aufzumachen. Der Devisenstelle schreiben sie in ihrem Antrag von einem neuen, mit der Firma nicht zusammenhängenden Unternehmen. Bei der Handelskammer stellen sie Anträge auf Devisenbewilligung im Namen der deutschen Firma für Reisen zur Vorbereitung einer Filiale im Auslande. Anderen Behörden erzählen sie von der unendlichen Wichtigkeit ihrer Absicht — ob neues Unternehmen oder Filiale verschweigen sie hier schamhaft — für die Exportförderung und dem Treuhänder der Arbeit, der von irgendwelchen unklaren Vorgängen bei der Firma Wind bekommen hat (praktische Liquidierung des deutschen Betriebes), singen sie das hohe Lied vom „Interesse" der Gefolgschaft.

Derweil verlangen sie von der Buchhaltung der Firma, daß diese die schon in der Vorbereitung entstehenden Kosten (Reisen, Honorare des „Sachverständigenvereins" usw.) für diese private und persönliche Gründung der deutschen Firma belastet. Von ihr auch soll das ausländische Unternehmen die Ware beziehen — man höre und staune — zum Lieferantenpreis (und zwar Einkaufspreis minus Exportprämienvergütung). Das heißt rundheraus: sämtliche Kosten, von einem Nutzen überhaupt nicht zu reden, für die neue ausländische Firma trägt die deutsche Firma, vielleicht auch die Warenschulden, also ein von vornherein bewußtes Verlustgeschäft. Hier liegt der offenbare Versuch einer nicht schlecht getarnten Vermögensschiebung vor. Außerdem wird der deutsche Betrieb finanziell ausgehöhlt und die Arbeitsplätze einer großen Gefolgschaft erscheinen gefährdet. Dagegen haltet man die oben erwähnte „Begründung" mit dem Etikett „Das will ja die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik".

2. Oder: eine Firma soll verkauft werden. Einem der Inhaber, der auswandern will, dauert die Geschichte zu lange. Ehe er auswandert, verlangt das Finanzamt die Sicherstellung der Kapitalfluchtsteuer. Der „Sachverständigenverein" weist nach, daß der Mann mit der Auslandssehnsucht ein

Digitized by Google

Minusvermögen sein eigen nennt. Ein halbes Jahr später aber, als die Firma umgewandelt und Lager und Inventar nun wirklich verkauft werden sollen, ergibt die Vermögensbilanz bei seit Jahren rückläufigem Geschäft ein erhebliches Vermögen des Ausgewanderten. Bewertungsmanöver, die je nach dem eigennützigen Zweck zum Schaden der Allgemeinheit gemacht werden.

3. Noch ein weiteres Beispiel:

Die nationalsozialistische Regierung hat seinerzeit das sogenannte Umwandlungsgesetz verkündet. Sein Zweck ist, eine möglichst große Anzahl anonymer Kapitalgesellschaften (AG., G.m.b.H., usw.) aus der Anonymität in die persönliche Verantwortung der Inhaber zu überführen.

Wozu wird das Gesetz aber benutzt? Die drei alleinigen, jüdischen Aktionäre einer AG. — zwei im Vorstand, einer im Aufsichtsrat — haben an die AG. eine Schuld von rund zwei Millionen RM. Das Aktienkapital beträgt fünf Millionen RM. (nom.). Die Aktien werden an der Börse nicht notiert, der errechnete Kurswert liegt bei etwa 30 v. H., d. h. bei etwa 1 500 000,— RM. (eine höhere finanzamtliche Kurserrechnung aus steuerlichen Gründen darf mit den wirtschaftlichen nicht verwechselt werden).

Folgendes Manöver wird gemacht: bei Gründung der AG. hatte der im Aufsichtsrat befindliche Aktionär ein Geschäftshaus an die AG. verkauft gegen Aktien. Dieses Haus und noch andere Anlagegegenstände der AG. wurden von dieser mehrere Jahre später verkauft, um Schulden dieses Aktionärs an Dritte zu bezahlen. An sich widerspricht das schon dem Handelsgesetzbuch. Die Buchforderung der AG. an die Aktionäre stieg damit auf die vorerwähnten zwei Millionen RM. Jetzt beschloß die Generalversammlung — bestehend aus den drei Schuldnern — die Umwandlung der AG. in eine Personalgesellschaft, um diese ungemütlichen Zustände nicht im Geschäftsbericht der Öffentlichkeit vorlegen zu müssen. Praktisch wurden so mit fünf Millionen RM., die nicht mehr vorhanden waren, zwei Millionen Aktionärschulden verrechnet, nachdem der Aktionär im Aufsichtsrat auf diese Weise gleichzeitig den Kaufpreis für das Geschäftshaus zum zweiten Male erhalten hatte. So wurde das Unternehmen im eigennützigen Interesse der Aktionäre finanziell ausgehöhlt unter dem Schutze des Umwandlungsgesetzes. Kurz darauf kündigte der Rechtsanwalt der Firma in einem Arbeitsgerichtsprozeß die bevorstehende Entlassung von zunächst 100 Gefolgschaftsmitgliedern an, da die Firma die Kosten für diese nicht mehr tragen könne. Gebilligt wurden diese Vorgänge von einem arischen Aufsichtsratsvorsitzenden und zwei arischen Rechtswahrern, deren einer auf Einwendungen erklärte: „Das will ja die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik".

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik will das Gegenteil

Die Beispiele zeigen, wie in der Praxis die Dinge gedreht werden und praktisch auf eine glatte Sabotage der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik hinauslaufen.

Jeder Behörde oder amtlichen Stelle erzählt ein anderer „Sachverständiger" etwas anderes:

„Exportförderung — Interesse der Gefolgschaft — Arbeitseinsatz — Hinein in die persönliche Verantwortung — Nationalsozialistische Wirt-

Digitized by Google

schaftspolitik." Die richtige Beurteilung und Abstellung derartiger im Interesse einzelner, zum Schaden ganzer Gefolgschaften und durch den zwangsläufigen Ruin solcher Betriebe zum Schaden der deutschen Volkswirtschaft sich abspielender Vorgänge ist nur möglich mit Sachkenntnis und Instinkt für „wirtschaftliche" Manipulationen, wie sie vor 1933 an der Tagesordnung waren.

Hier wird nicht dem „geborenen Verdachtschöpfer" das Wort geredet, noch weniger dem Denunzianten. Aber es ist erforderlich, die Wirtschaftspraxis fortgesetzt auf ihre ihr politisch gestellte Aufgabenerfüllung zu beobachten und mehr denn je zu lernen. Es wird noch viel zu sehr übersehen, daß die „neunmal verfluchte trockene" fachliche Schulung unter solchen Gesichtspunkten unmittelbar politische Schulung ist.

Die praktische Wirtschaft ist noch ein weites Feld einer Staatsfeindlichkeit, die sich nicht in Vokabeln, Gesten und allen handgreiflich erkennbaren Verstößen austobt, sondern in negativen und verschleiernden Handlungen, die — auf weite Sicht geplant — oft über lange Zeiträume laufen. Mit diesen Handlungen kämpfen diese „Vereine der Sachverständigkeit", die „nationalsozialistische Wirtschaftspolitik" im Munde, für die Freiheit, die sie meinen. Wir aber vergessen Bernhard Köhlers Worte nicht:

„Wucherfreiheit, Raubfreiheit, Ausbeutungsfreiheit sind bei uns nicht Freiheit, sondern Verbrechen."

Hanns Czekalla:

Warum Überschußwirtschaft?

„Die Überwindung des Mangels, die Beseitigung der Armut, die Steigerung der äußeren Lebenshaltung ist nicht eine Frage der Verteilung, sondern der Leistung." Bernhard Köhler.

Der Nationalsozialismus stellt die Überschußwirtschaft bewußt in den Vordergrund seiner wirtschaftspolitischen Arbeit.

Nicht der Mangel ist Naturgesetz

Der Mangel kann aber niemals ein Grundelement unseres wirtschaftlichen oder gar völkischen Daseins sein. Wir Nationalsozialisten lehnen das ab. Das Leben erhält sich nach seinen urewigen Gesetzen immer nur dadurch, daß es mehr schafft und bereithält, als gebraucht wird. In diesem Sinne gehen wir auch unseren wirtschaftspolitischen Weg. Wenn wir nicht von der Hand in den Mund leben wollen, wenn wir Besitz und Eigentum schaffen wollen, dann müssen wir über unseren augenblicklichen Unterhalt hinaus mehr erarbeiten. Erst das, was wir über unseren Verbrauch hinaus erarbeitet haben, ist Wohlstand und steigende Lebenshaltung. Das erst ist unser „Vermögen". Das gilt genau so für den einzelnen, wie für die gesamte Volkswirtschaft.

Kapitalistische „Vermögensbildung"

Der Gesamtwirtschaft ist aber die Aufgabe gestellt, die techn[illegible]en und allgemein-wirtschaftlichen Voraussetzungen für die Überschuß[illegible]zu

Digitized by Google

schaffen. Bernhard Köhler hat alles das, was dazu gehört, unter „Rationalisierung der Volkswirtschaft" zusammengefaßt.

Einst rationalisierte man um des „Profits" einzelner willen und setzte damit, wie schon an anderer Stelle gesagt, arbeitswillige Volksgenossen auf die Straße. Die Folge war ein Rückgang der Kaufkraft, d. h. des Verbrauchs; es dauerte nicht lange, dann wirkte er sich bei der Erzeugung aus. Die Voraussetzungen des erhofften Profits und damit die eigene Existenz waren vernichtet.

Naturgesetz ist für uns: Erarbeitung des Überschusses

Heute fordert der Nationalsozialismus unter dem Leitsatz des „Rechtes auf Arbeit" Rationalisierung,

1. um Arbeitskräfte frei zu bekommen für die großen, die Zukunft unseres Volkes sichernden und verschönenden Aufgaben und
2. um deshalb mit möglichst geringer menschlicher Arbeitskraft immer mehr Verbrauchsgüter dem schaffenden und wachsenden deutschen Volke zur Verfügung stellen zu können.

Der deutsche Unternehmer hat die nationale Pflicht, die Erzeugung mit Hilfe einer in diesem Sinne weitgehenden Rationalisierung zu erweitern.

Wird bei diesem Vorgang der Steigerung der Produktivität darauf geachtet, daß sie sich auf solche Erzeugnisse legt, die auch angemessener Nachfrage seitens der Verbraucher begegnen, so wird auch das gesamte Lohnniveau steigen können.

Die Absatzbürgschaft

Für die angemessene Nachfrage nach Erzeugnissen sorgt die nationalsozialistische Wirtschaftsführung; sie gewährleistet die Absatzmöglichkeit durch ein gesichertes Nominaleinkommen* der Hauptmasse der Verbraucher. Bernhard Köhler sagt, daß die keinen Erschütterungen mehr ausgesetzte Einkommenshöhe des Volkes volkswirtschaftlich eine Absatzbürgschaft bilde, wie sie die raffinierteste Kulturpflege nicht besser herstellen könne.

Bei der Steigerung des gesamten Lohnniveaus kommt es in erster Linie auf die Gestaltung des Reallohnes an, weniger auf die des Geldlohnes, des Nominallohnes. Ziel aller Lohnpolitik muß die Erhöhung des Reallohnes sein, weil nur ein Steigen der Gütermengen eine restlose Bedürfnisbefriedigung der breiten Masse des Volkes erlaubt.

Es ist praktisch doch so, daß die Hebung der Produktivität eines Betriebes dem Unternehmer einen Mehrgewinn bringt. Dieser über die eigene Kapitalbildung hinausgehende zusätzliche Gewinn schafft dem Unternehmer Summen, die die Möglichkeit einer Preissenkung bieten. Die Preissenkung veranlaßt den Unternehmer, seinen Absatz zu erhöhen. Daraus ergibt sich, daß auch eine Veränderung des Reallohns eintritt, wenn die Preise der Erzeugung sinken.

*) Nominaleinkommen, Nominallohn ist der im Gelde ausgedrückte Lohn, der Reallohn ist die wirkliche Kaufkraft des Arbeitslohnes. Die Scheidung ist wichtig: Es kann der Arbeitslohn steigen ohne dabei die Lage des Arbeiters zu verbessern (Frankreich!).

Digitized by Google

Wenn nun in ständigem Kämpfen um technischen und wirtschaftlichen Fortschritt der nach Mehrgewinn strebende Unternehmer immer weitere Kostensenkung erzielt, die sich in Preissenkung auswirkt, so wird schrittweise von Gewerbezweig zu Gewerbezweig, wenn auch in verschiedenem Ausmaß, der Reallohn gehoben.

Preissenkung erhöht den Reallohn!

Die Hebung des Reallohnes wird um so kräftiger, je weitgehender die Erzeugung ausgedehnt wird. Der Unternehmer wird schon aus eigenstem Interesse dazu gebracht, über die zur Zeit vorliegende Nachfrage, also über den Bedarf hinaus, zu erzeugen. Denn das Risiko, das er im nationalsozialistischen Staate eingeht, ist durch die gesicherte Absatzmöglichkeit gering. Auf der anderen Seite wird derjenige Betrieb den größten Erfolg buchen dürfen, dem es durch fortgesetzte Kostensenkung und Preisermäßigungen sowie durch entsprechende Erweiterung seiner Erzeugungsbasis gelingt, einen immer größeren Verbraucherkreis zu befriedigen.

Je weitgehender der Unternehmer die Produktivität seines Betriebes erhöht, und je billiger er gute Waren an den Verbraucher bringt, um so rascher und umfassender kann auch die Lebenshaltung des gesamten Volkes gebessert werden.

Die Wirtschaftspolitik des Führers weist den klaren und gangbaren Weg, die nationale Erzeugung zu vergrößern und durch Preissenkung das Realeinkommen des Volkes zu erhöhen. Dieser Weg führt über die Überschußwirtschaft.

Ferdinand Frauenknecht:

Wirtschaftswerbung im Leistungswettbewerb

Anläßlich des 4. Bayern-Gautreffens der Reichsfachschaft Deutscher Werbefachleute (NSRDW.) in Bayreuth am 19. und 20. Juni 1937 stellt uns der Gaufachschaftsleiter Franken der Reichsfachschaft, Pg. Frauenknecht, die nachstehenden Ausführungen zur Verfügung.

Früher jüdische Reklame

Der Leitsatz des Internationalen Reklame-Kongresses 1929 in Berlin lautete: „Reklame ist der Schlüssel zum Wohlstand der Welt". Bei näherer Betrachtung dieses für den ganzen Kongreß und sein ungeistiges Gesicht bezeichnenden Schlagwortes erinnern wir uns sofort an eine ähnliche Fassung: „Die Wirtschaft ist unser Schicksal". Die Wesensverwandtheit beider Phrasen ist offenkundig. Sie können ihren gemeinsamen Vater, den Kapitalismus, nicht verleugnen. Unter „Wohlstand der Welt" verstand man selbstverständlich nur den Wohlstand der Juden und Judenhelfer. Die Zusammenballung der Kapitalmacht in die Hand internationaler „Finanzgenies" und damit die Ausbeutung der Völker ist das Endziel. Ein wirksames Mittel hierzu erkannte der Jude in einer hemmungslosen Reklame. Mit ihrer Hilfe wurde über alle anständigen Mitbewerber hinweg rücksichtslos [illegible] den Verbrauchern aufgedrängt, um so einen oft un[illegible] zu können.

Digitized by Google

Das Wort „Reklame" kommt von reclamare, d. h. „ich schreie". Der also, der am besten — und zwar immer wieder — schreien und übertreiben konnte, machte das Geschäft. Wer erinnert sich da nicht an die jüdische Warenhaus-Reklame? Die Übertreibungen und Versprechungen überschlugen sich geradezu. Auf die Dauer konnte einer solchen Reklame nicht Glauben geschenkt werden. Um den Hellsichtigen Sand in die Augen zu streuen, fand man bald einen neuen jüdischen Dreh: „Wahrheit in der Reklame". In Begriffsverfälschungen war ja der Jude von jeher groß. Sein profitgieriges Wirtschaftsgebaren trieb er mit Hilfe eben der gleichen Reklame nach wie vor weiter.

Jetzt deutsche Wirtschaftswerbung

Welche Bedeutung die nationalsozialistische Wirtschaftsführung dem Leistungswettbewerb beimißt, ergibt sich aus der Tatsache, daß bereits 1933 das Gesetz über Wirtschaftswerbung verkündet wurde. Die Aufsicht wird nunmehr über die gesamte Wirtschaftswerbung vom Werberat der deutschen Wirtschaft ausgeübt. In den bisher veröffentlichten 22 Bekanntmachungen wurde die deutsche Wirtschaftswerbung geregelt. Damit hat sich die nationalsozialistische Wirtschaftsführung zur Wirtschaftswerbung als notwendigem und erwünschtem Mittel des Leistungswettbewerbs bekannt.

Die Wirtschaftswerbung wurde durch diese Maßnahme frei, wirklich frei — aber nicht hemmungslos. Jeder Hinderungswettbewerb wurde ausgeschlossen. Lediglich der Leistungswettbewerb ist zulässig, ja erwünscht. Gerade er soll und kann sich frei entfalten.

Leistungswettbewerb

Im Leistungswettbewerb in der Wirtschaftswerbung findet das Erfolgsstreben seinen sinnfälligen Ausdruck. Deshalb soll nicht nur, sondern muß dem Werbungtreibenden seine eigene Wirtschaftswerbung Nutzen bringen. Ja, er ist sogar verpflichtet eine wirksame Werbung zu treiben, sofern er dem Verbraucher nützliche Leistungen zu bieten hat; dies, um den wirtschaftlichen Bestand seines Unternehmens zu sichern, und aus der Verantwortung gegenüber seiner Gefolgschaft. Werbe-Erfolg ist das Ergebnis eines freien persönlichen Einsatzwillens, gepaart mit werbefachlichen Kenntnissen und Fähigkeiten. Worauf es heute auch im Wettbewerb und in der Wirtschaftswerbung ankommt, ist: Charakter, Fähigkeiten und Leistungen.

Wirtschaftswerbung nützt auch dem Verbraucher

Werbung muß wahr sein! Damit meinen wir nicht jene abgeWahrheit, die sich immer hart an den Buchstaben-Grenzen
Wahrheit in der Reklame", die eine selbstverständliche
ner Leistung in übertriebener Weise heraus-
nn nicht darunter verstanden werden. Der
dem Falle den höchstmöglichen Gegen-
wirkung einer Wirtschaftswerbung
vor allen Dingen erhalten wird.
ist im Sinne der Volkswirt-

Digitized by Google

schaft eine unabdingbare Notwendigkeit. Die beste überzeugende Aufklärung wird immer die sein, die dem Verbraucher beweisen kann, welchen Nutzen eine Ware oder eine Leistung ihm bietet. Dieser Nutzen darf nicht in der Einbildung des Werbungtreibenden ein Scheindasein führen.

Ausrichtung der deutschen Wirtschaftswerbung

Bernhard Köhler sagt: „Die Überwindung des Mangels, die Beseitigung der Armut, die Steigerung der äußeren Lebenshaltung ist nicht eine Frage der Verteilung, sondern der Leistung". In der Zeit einer sich überschlagenden Reklame konnte sich der Umsatzfimmel hemmungslos austoben. Ramsch und Schund wurden den Käufern als lebensnotwendig aufgeschwätzt. Künstliche „Bedürfnisse" wurden mit einer raffiniert aufgezogenen Reklame geschaffen. Dieser wirtschaftliche Irrsinn war verbrecherische Ausbeutung des Volkes. So haben Juden und Judenhelfer den „Wohlstand der Welt" mit Reklame als Schlüssel dazu an sich reißen wollen.

Die Wirtschaftswerbung steht im Umbruch. Manche mögen es nicht wahr haben. Sie sehen die neuen Aufgaben der deutschen Wirtschaftswerbung nicht, oder sehen die Aufgaben der Wirtschaftswerbung von einem falschen Standpunkt, weil sie zumeist ein Mittel einzelwirtschaftlicher Betätigung ist. Wieder andere wollen ihr wirtschaftspolitische Aufgaben übertragen sehen.

Wirtschaftswerbung selbst soll und darf nicht Wirtschaftspolitik treiben

Wirtschaftswerbung muß sich als Instrument einzelwirtschaftlicher Betätigung aber gleichwohl auch ihrer volkswirtschaftlichen Pflicht bewußt werden. Wirtschaftspolitische Maßnahmen geben dem deutschen Werbungtreibenden und dem deutschen Werbefachmann besondere Aufgaben in der Richtung der Nachfragelenkung. Neue Werkstoffe, alte Rohstoffe in neuer Gebrauchsform kommen auf den Markt. Anerzogene Verbrauchergewohnheiten, die nicht immer zweckmäßig und für den Verbraucher nützlich sind, müssen in andere Bahnen gelenkt werden. Die jahreszeitliche Steuerung einer erhöhten Marktzufuhr von deutschen landwirtschaftlichen Erzeugnissen mit Hilfe der Wirtschaftswerbung ist eine umfassende Aufgabe.

Auf Schritt und Tritt unterliegen wir, meist unbewußt, einer Beeinflussung der Wirtschaftswerbung. Mit dieser Tatsache rechnet auch die wirtschaftspolitische Propaganda. Der Werbefachmann oder der Werbungtreibende aber ist nicht wirtschaftspolitischer Propagandist, d. h. er ist kein Organ der wirtschaftspolitischen Führung. Er soll und muß aber eine deutsche Wirtschaftswerbung gestalten, die den wirtschaftspolitischen Maßnahmen gerecht wird.

Das ist die neue Ausrichtung der deutschen Wirtschaftswerbung.

Das Heft 12 der Zeitschrift „Wirtschaftspolitik der NSDAP." erscheint als

Schiffahrts-Sondernummer

aus Anlaß der wirtschaftspolitischen Kundgebung und der Tagung der Gauwirtschaftsberater vom 24. — 26. Juni 1937 in Hamburg.

Digitized by Google

Zwei Nachrufe

1. Edgar Landauer.

Vier Jahre nach der Machtergreifung ist Herr Dr. Edgar Landauer aus dem Vorstand der „Viag" ausgeschieden.

Der Verwaltungsbericht meldet hiezu, daß das Ausscheiden in freundschaftlichem Einvernehmen geschehen ist. Diese an sich selbstverständliche Tatsache wollen wir uns merken für den Fall, daß uns wieder nachgesagt wird, wir wären nicht rücksichtsvoll und freundlich gegen die armen Juden.

2. Rockefeller.

John D. Rockefeller ist gestorben. Er ist trotz seiner chronischen Herzmuskelverhärtung fast 98 Jahre alt geworden und hat einen leichten Tod gehabt.

Die letzten vier Jahrzehnte seines Lebens sowie 95½% seines hinterlassenen Riesenvermögens widmete er der Wohltätigkeit und guten Werken nach dem Bibelwort: „Schaffet euch Freunde mit dem ungerechten Mammon".

Sein handfester Glaube, daß der liebe Gott sich auf ein derartiges Geschäft einlassen werde, hat diesem vielleicht ein wohlwollendes Lächeln entlockt. Wir sind in dieser Sache nicht Richter. Dr.

Sozialismus mit „Startlinie"

Man lernt nie aus: kaum sind die sogenannten Leistungsabzeichen der wirtschaftlichen Betriebe eingeführt, da hört man schon die Forderung nach der „gleichen Startlinie". Dabei ist es beiläufig auch hier wieder interessant, festzustellen, wie geschickt das auch von uns gebrauchte Wort „Start" verwirrungstaktisch benutzt wird, um völlig abwegige Dinge, die nichts mit der nationalsozialistischen Auffassung zu tun haben, auf diese Ebene zu schieben. So ist es z. B. etwas ganz anderes, wenn wir vom gleichen Start sprechen, den jeder hinsichtlich des Rechtes auf Arbeit hat.

Der dergestalt verbalhornte und durch einen Dreh um einige Silben bereicherte Begriff der „gleichen Startlinie" wird als Forderung — auf einen kurzen Nenner gebracht — damit begründet, daß es großen Betrieben und vor allem solchen, die „von Staatsaufträgen leben", viel leichter falle, „in den großen Topf zu greifen" als kleinen und mittleren Betrieben, die keinen „Vorsprung" genießen.

Woran man sehen kann, daß diese aufgeregten Wirtschaftskinder, die hier nach dem Herrn Lehrer schreien, noch immer an der Scheinwelt der Systemzeit und ihrer Vorgänger kleben wie die Fliegen an der gezuckerten Leimtüte.

Die Meinung, sich durch den „Griff in den großen Topf" die Ehrung mit dem Leistungsabzeichen wtterwerben zu können, liegt auf demselben Brett wie der Wunderglaube gewisser reaktionärer Betriebsführer, die ihre sozialistische Gesinnung durch reichliche Biermarkenopfer für Kameradschaftsabende unter Beweis stellen zu müssen meinen. Inzwischen ist ja manchem darob Begeisterten klar geworden, daß solche lieblich in die Nase duftenden „Beweise" nur darauf berechnet sind, andere, weniger schöne Gerüchte zu verbergen.

Grundsätzlich aber: wir denken, deutsch sein heißt, eine Sache um ihrer selbst willen tun? Das heißt also das gerade Gegenteil von „in Sozialismus machen" mittels des großen Topfes, um das Leistungszeichen zu „ergattern".

Wir können uns durchaus vorstellen, daß gerade auch die häufigsten Griffe in noch so große Töpfe nicht des Leistungsabzeichens für würdig empfunden werden, während beispielsweise eine zielbewußte gemeinschaftliche Arbeit von Betriebsführer und Gefolgschaft für die Gemeinschaft, wobei der Betrieb überhaupt keine Mittel freizugeben braucht, als grundsätzlich musterhafte und beispielgebende sozialistische Leistung angesehen werden kann.

Wir reden hier durchaus nicht in Theorien, sondern wollen hier an einem Beispiel aus der Praxis zeigen, daß Sozialismus nichts mit möglichst häufigen

Digitized by Google

gymnastischen Übungen der „Rechten" eines einzelnen, materiell Bevorzugten zwecks Geldbewegung aus dem „großen Topf" zu tun hat, sondern Gesinnungs- und Charakterausdruck einer Gemeinschaft ist, die auch besondere gemeinsame Taten — aus dieser sozialistischen Gesinnung heraus — hervorbringt:

In einem Betriebe besprechen der Betriebsführer und die Gefolgschaft z. B., daß sie jeden Monat zwei oder drei Gefolgschaftsmitglieder, die kränklich oder erholungsbedürftig sind, für etwa vierzehn Tage mit „Kraft durch Freude" in Urlaub schicken wollen. Betriebsführer und Gefolgschaft sind sich darüber einig, daß aus bestimmten Gründen keine Betriebsmittel dazu beansprucht werden sollen, sondern sie alle wollen das zusammen aus ihrer eigenen Tasche bezahlen.

Es wird errechnet, daß, wenn der Betriebsführer monatlich RM. 5,— und jedes Gefolgschaftsmitglied monatlich RM. 0,10 zahlen, das Ziel nicht nur erreicht wird, sondern von den jeweils bleibenden Spitzen später bis zu sechs Gefolgschaftsmitglieder verschickt werden können. Gesagt, getan. Alle sind begeistert dabei, und dieser Weg hat sich auch sonst glänzend bewährt, weil jeder die eigene Leistung liebt und nicht „das gemachte Bett".

Es kommt hier also nicht auf den „großen Topf" an, nicht auf den sattsam bekannten „Biermarken-Sozialismus", nicht auf eine Beweissammlung von betrieblichen Ausgaben-Belegen, sondern auf die sozialistische Tat. Der einzige Wert liegt hier in der gemeinschaftlichen Tat aus gemeinschaftlicher Gesinnung zum gemeinschaftlichen Zweck. Bekanntlich gibt der Lump mehr, als er hat und „schmeißt mit der Wurst nach der Speckseite". Selbstverständlich ist, daß, wer viel hat, auch viel gibt, und das ist nicht im geringsten eine Leistung. Der Ausgangspunkt für die Beurteilung der sozialistischen Tat unterliegt also keiner Norm. Er darf nicht normiert und als „Startlinie" festgelegt werden. Sonst ist der ganze Sozialismus keinen Schuß Pulver wert. Die „gleiche Startlinie" ist ein Produkt kapitalistisch-jüdischer Denkweise, aus dem das Pharisäertum und das Bonzentum des Marxismus entstand.

Das Leistungsabzeichen aber ist keine auf Grund „gleicher Startlinie" abgestempelte Kassenquittung, sondern ein Ehrenzeichen für besonders überzeugenden Gesinnungsausdruck gemeinschaftlichen Handelns im Sinne und zum Wohle der Gemeinschaft. Fl.

Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsordnung

Um die Autarkie

„Wer Gefahr lief, durch den Streik des Wirtschaftskrieges erwürgt zu werden, weiß, was er zu denken, wie er zu handeln hat." Diese Worte Mussolinis liegen seinem entschlossenen Willen zugrunde, die wirtschaftliche Autarkie Italiens durchzuführen, den er auf der 5. Jahresversammlung der Korporationen verkündete. Der Duce hat die Folgerungen aus dem Verhalten der Völkerbundsmächte gezogen und kämpft nunmehr um die wirtschaftliche Unabhängigkeit, denn ohne diese wäre die politische Selbständigkeit ein gefährlicher Trugschluß. Jedes Volk ist bestrebt, die politische Sicherung vollständig durchzuführen. Welche Maßnahmen es dabei trifft, liegt in den Möglichkeiten des Landes und dem Charakter der Nationen begründet.

Wir kämpfen um die Freiheit der deutschen Arbeit, Mussolini um die Sicherung seines Imperiums. In beiden Fällen geht es um die nationale Selbstbehauptung. Es wundert uns durchaus nicht mehr, wenn Staaten, denen die wirtschaftliche Unabhängigkeit von der Natur in den Schoß gelegt wurde, darin Angriffsabsichten sehen. Aber wer sollte das Recht beanspruchen, den Entwicklungsstand der Staaten zu einem gegebenen Augenblick, der manchen Mächten eben als günstig erscheint, als unabänderlich zu erklären und jeden Fortschritt zur Selbständigkeit als „Solidaritätsbruch" zu brandmarken?

Digitized by Google

In sich geeinte und unabhängige Völker sind die Voraussetzung für einwandfreie gegenseitige Beziehungen. Wenn Mussolini der Auffassung widersprach, daß die wirtschaftliche Autarkie den internationalen Handelsverkehr störe, so bestätigt er nur eine Anschauung, die wir immer schon vertraten und die Bernhard Köhler auf den Frühjahrskundgebungen der Kommission für Wirtschaftspolitik in Leipzig wiederholt zum Ausdruck brachte. Wir kämpfen um die Sicherstellung der lebensnotwendigen Güter, aber stehen ganz der Auffassung fern, uns abzuschließen, denn dies ließe sich mit unserem hohen wirtschaftlichen wie kulturellen Stand durchaus nicht vereinbaren. Die alte Weltwirtschaft ist wohl zum Schaden der nationalen Profiteure und nicht zuletzt zum Nutzen der Völker zusammengebrochen. Der Mangel als Erpressungs- und Ausbeutungsmittel jener Staaten, die an Rohstoffen Überfluß haben, wird immer mehr unwirksam werden, da wir den Mangel selbst beseitigen. Der neue Welthandel sieht in Zukunft gleichberechtigte Partner auf dem Weltmarkt. Darin liegt gleichzeitig auch die Friedensgarantie, von der Mussolini sprach, denn gesicherte Staaten werden nur geringe Angriffsmöglichkeiten bieten.

Gleichzeitig wird aber auch mit der bewußt unterstellten Tendenz aufgeräumt werden müssen, die allzu gerne in dem Bestreben nach Wohlstand und dem Bekenntnis zu industriellem Fortschritt einen Angriff auf die Weltwirtschaft oder gar den Weltfrieden sieht. Unt.

750 Millionen RM. an Nahrungsgütern verderben!

Die freundlichen Gegner der nationalsozialistischen Politik geben immer wieder mit der Behauptung hausieren, sie setze das, was jene „wirtschaftliche Überlegungen" nennen, gelegentlich — und nicht nur gelegentlich — außer Kraft.

Nun, sie hatten bekanntlich länger, als es für das deutsche Volk und die deutsche Volkswirtschaft gut war, genügend Zeit und Gelegenheit, unter Beweis zu stellen, daß ihre „wirtschaftlichen Überlegungen" die Volkswirtschaft wieder auf die Beine stellten. Mit welchem Mißerfolg werden wir nie vergessen, zumal es für sie besonders leicht gewesen wäre, da sie ein durch die Hungerblockade des Weltkrieges völlig zermürbtes, ausgehungertes und infolge seiner weltberüchtigten Verarmung doch wahrhaftig nicht anspruchsvolles Volk, dessen primitivster Bedarf außerordentlich groß war, vorfanden. Sie haben mit „Schönheit und Würde" nicht nur den Frieden, der sich in der Wirtschaftslage eines jeden Volkes widerspiegelt, verloren, sondern mit dem wenigen, was dem Volke wirtschaftlich noch verblieben war, darauf losgeludert wie jene noblen Amerikaner, die ihren Überfluß verbrennen oder ins Meer werfen. Die „Außerkraftsetzung wirtschaftlicher Überlegungen" durch den Nationalsozialismus hat es demgegenüber unter anderem im Rahmen des Vierjahresplanes dazu gebracht, in einem nach genauen Anweisungen durchzuführenden Ernährungshilfswerk dem bis dahin unbeachtet gelassenen Verderb von Nahrungsgütern endlich ein Ziel zu setzen.

Welche Ausmaße dieser Verderb hatte, zeigt die Darstellung auf Seite 18 und 19.

Was ergibt sich daraus? daß der Verderb und vermeidbare Schwund der Nahrungsgüter in privaten, gewerblichen und öffentlichen Küchen und den dazu gehörigen Vorratsräumen rund 750 Millionen Reichsmark beträgt.

Halten Sie einmal die Tatsache daneben, daß unsere Einfuhr an Lebens- und Futtermitteln, die uns ja Devisen an das Ausland kostet, im Jahre 1936 etwa 1 Million RM., also nur rund 25 v. H. mehr als der Nahrungsgüter-Verderb im Lande selbst, ausmachte.

Das ist ein Beweis dafür, daß die „wirtschaftlichen Überlegungen" der Vergangenheit doch wohl etwas zu wünschen übrig ließen. Und wenn man dazu weiß, daß von den 750 Millionen RM. auf die privaten Küchen ein Verderb und vermeidbarer Schwund von etwa 5—8 v. H. entfällt, dann ist das immerhin eine wirtschaftliche Überlegung, mit der man gewissen Butter-, Eier- und Brötchen-Meckerern das Mäulchen wirkungsvoll zu stopfen vermag. Übrigens sind die gewerblichen Küchen an der Verderbwirtschaft auch mit 0,5—1 v. H. beteiligt.

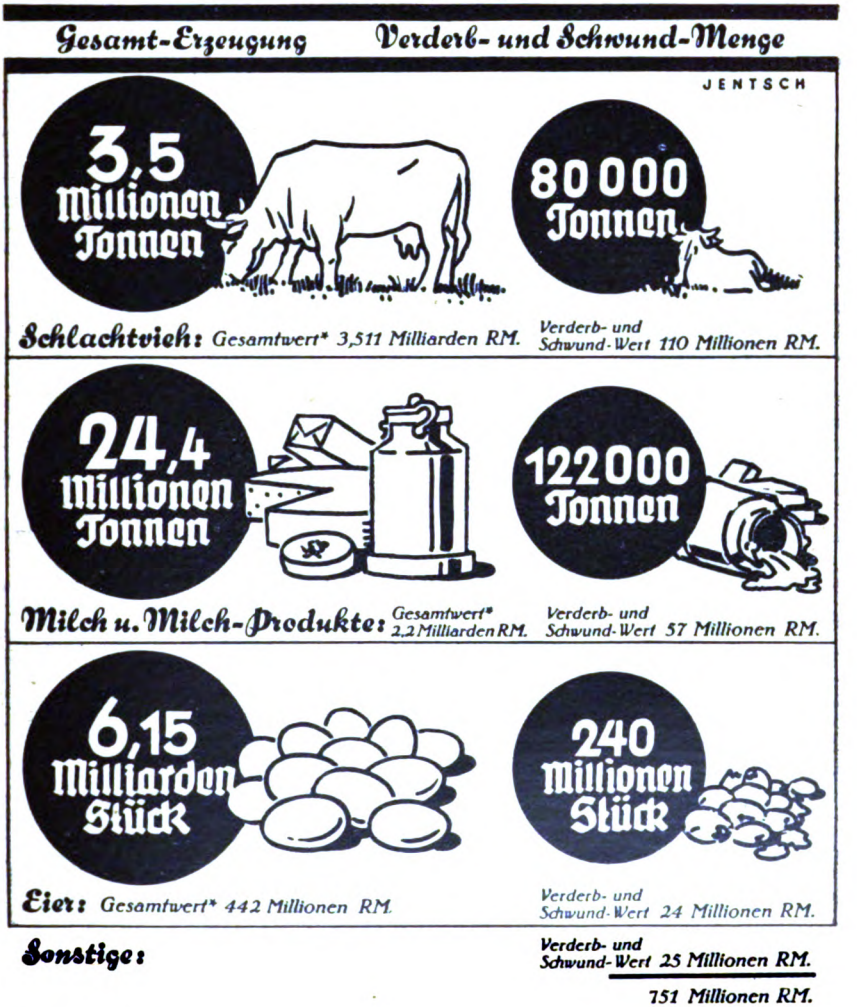
Digitized by Google

Verderb und Schwund

Gesamt-Erzeugung	Verderb- und Schwund-Menge
40-44 Millionen Tonnen	4,102000 Millionen Tonnen
Kartoffeln: Gesamtwert* 622 Millionen RM.	Verderb- und Schwund-Wert 185 Millionen RM.
2,4-2,7 Millionen Tonnen	466000 Tonnen
Gemüse: Gesamtwert* 248 Millionen RM.	Verderb- und Schwund-Wert 79 Millionen RM.
3 Millionen Tonnen	607000 Tonnen
Obst: Gesamtwert* 420 Millionen RM.	Verderb- und Schwund-Wert 136 Millionen RM.
20-24 Millionen Tonnen	750000 Tonnen
Getreide: Gesamtwert* 1,936 Milliarden RM.	Verderb- und Schwund-Wert 135 Millionen RM.

Digitized by Google

der Nahrungsgüter



** Durchschnitt 1932/33 – 1935/36. – Gesamtwert: Wert der landwirtschaftlichen Erzeugung einschließlich des Selbstverbrauches nach den amtlichen Berechnungen.*

Der einzelne denkt zu leicht, das seien Kleinigkeiten. Aber denen, die durch die angegebenen Tatsachen und Zahlen noch nicht überzeugt sind oder sie nicht verstehen, vielleicht aber trotzdem gern Schweinebraten essen (die Liebe geht durch den Magen), ist zu verraten, daß beispielsweise das Ernährungshilfswerk in der Stadt der Reichsparteitage Nürnberg in jedem Hause Sammeleimer aufstellt, in

Digitized by Google

denen von den Hausbewohnern die Küchenabfälle frei von Schmutz und Fremdkörpern gesammelt werden. Die daraus gewonnenen nutzbaren Abfälle reichen allein in einer Stadt wie Nürnberg aus, um jährlich rund 4000 Schweine zu füttern. Also, hier kann man die Fett-Nörgler nur auffordern: Ran an den Speck!

Welches Ausmaß möglicher Verwertung sich danach sogar nur für Abfallprodukte ergibt, zeigt weiter die Tatsache, daß man mit dem in Berlin bisher unausgenützt verlorengegangenen Müll einen Güterzug in einer Länge von etwa 300 Kilometer (etwa die Strecke von Berlin nach Prag) beladen könnte. Allein die in diesem Berliner Müll enthaltenen Metallabfälle ergeben das gleiche Gewicht wie fünf Torpedoboote zusammen.

So sieht es aus, wenn der Nationalsozialismus „wirtschaftliche Überlegungen außer Kraft setzt", die die heute nörgelnden „Sachverständigen" des Weimarer Systems überhaupt nicht anstellten. Sie haben noch immer nichts hinzugelernt. Sie reden und reden auch heute noch. Wir aber handeln! Fl.

Der technische Fortschritt räumt im Bauernhof auf

Die Technik hat auf dem Gebiete der gewerblichen Wirtschaft in den letzten 150 Jahren außerordentliche Fortschritte gemacht. In der Landwirtschaft ist die Entwicklung sehr viel langsamer gegangen. Auf vielen bäuerlichen und landwirtschaftlichen Betrieben finden zum Teil noch technische Methoden Anwendung, die bereits vor 150 Jahren und mehr in Übung waren.

Es geht nicht an, daß man zu einer Zeit, da in der gewerblichen Wirtschaft die Arbeitsmethoden von Tag zu Tag verfeinert werden, und dadurch nicht nur eine Arbeitserleichterung, sondern vor allen Dingen auch eine Steigerung des wirtschaftlichen Arbeitserfolges erzielt wird, daß zu dieser Zeit das Landvolk noch nach der Art längst vergangener Zeiten seine Arbeit verrichtet. Die Folge dieser Tatsache drückt sich in der überall zu beobachtenden Landflucht aus. Landflucht ist nicht die Ablehnung der harten Bauernarbeit als solcher, sondern die Verneinung überholter Arbeitsmethoden.

Amerika hat zuerst im großen Stil die landwirtschaftliche Technik vorangebracht, indem es für seine Riesenflächen, die in ganz gewerblicher Art bewirtschaftet wurden, landwirtschaftliche Maschinen für Saat und Ernte entwickelte. Es ist verständlich, daß die Art dieser Landmaschinen für den bäuerlichen Betrieb — wie er in Deutschland vorhanden ist — nur von beschränkter Bedeutung war, weil die Voraussetzungen hier ganz anders lagen. Die landwirtschaftlichen Großbetriebe Deutschlands haben daher im Anschluß an diese internationale Entwicklung der Landmaschinen größere Fortschritte erzielt, als dies bei den bäuerlichen Betrieben der Fall ist. Der Bauernhof liegt infolgedessen stark in der Entwicklung zurück. Und doch ist es gerade notwendig bei der agrarpolitischen Entwicklung, in der wir stehen, diese Betriebsform auf das stärkste technisch zu fördern. Auf dem Bauernhof muß die Technik aufräumen mit den überholten Arbeitsformen. Es geht nicht an, daß die Maschinen der Großbetriebe einfach schematisch durch entsprechende Verkleinerung auf den bäuerlichen Betrieb übertragen werden, sondern es werden, entsprechend der Eigenart des bäuerlichen Betriebes, oft ganz andere Wege zu gehen sein: Geräte und Motoren müssen den besonderen Verhältnissen angepaßt werden.

Wir haben in der Pommritzer landwirtschaftlichen Geräte-Entwicklung schon manches Nützliche entstehen sehen. Eine große Schwierigkeit für den bäuerlichen Betrieb bedeutet die Kostenfrage besonders bei größeren Geräten und Motoren. Der Bauer ist nicht in der Lage, für eine Maschine, die er nur wenige Tage benutzt, eine im Verhältnis zu dem Gesamtwert seines Betriebes große Summe aufzuwenden, sondern der Preis muß soweit wie möglich heruntergedrückt werden.

Es fehlt dem überlasteten Bauern, und vor allen Dingen der Bäuerin, noch an den mannigfaltigsten Maschinen und Geräten. Ich denke nur daran, daß wir noch keine einwandfreie Melkmaschine haben, daß auch das Aufnehmen der Kartoffeln noch

Digitized by Google

nicht in einem technisch einwandfreien Arbeitsgang erfolgt, vor allem aber fehlt uns der preiswerte Bauerntrecker. Dieser darf den Preis von zwei Pferden nicht übersteigen. Auch der Höhenförderer für den bäuerlichen Betrieb ist noch nicht entwickelt.

Es genügt aber nicht, wenn die offiziellen Stellen für die Entwicklung der Technik in der Landwirtschaft sich mit diesen Fragen beschäftigen, sondern es ist notwendig, daß auf diesem Gebiet Industrie und Landwirtschaft in engster Verbindung an einer möglichst beschleunigten Entwicklung der Technik arbeiten. Es ist das aus oben gesagten Gründen nicht nur eine dringende völkische Aufgabe, sondern auch eine Aufgabe, die wirtschaftlich von größter Bedeutung zu werden verspricht, wenn man bedenkt, daß wir an landwirtschaftlichen Betrieben in Erbhofgröße allein etwa 800 000 in Deutschland haben. Pl.

Wirtschaftspolitik und Ausland

Wenn zwei dasselbe tun

Auf einer Sitzung des Nationalrates des französischen Gewerkschaftsbundes erklärte Jouhaux, daß es nötig sei, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen zu ergreifen, und daß hier die Hauptfrage sei, wie das Geld dafür aufgebracht werden könnte. Nach Ansicht der Gewerkschaften wäre dafür eine Summe von 10 Milliarden nötig. Aber wie soll dieses Geld beschafft werden in einem Land, das — wie sich der französische Gewerkschaftler ausdrückte — auf jene Methode verzichten will, die sich ein Schacht leisten kann. Jouhaux hielt eine große Anleihe nicht für möglich, solange sich nicht jenes Vertrauen eingestellt hat, *das man nicht verlangt, sondern schafft.* (Das klingt nicht gerade sehr anerkennend für die Erfolge der französischen Volksfrontregierung!)

Wenn man diese Äußerungen liest, könnte man meinen, daß die französischen Gewerkschaften jede aktive Kreditpolitik grundsätzlich ablehnen, da so etwas zu den Methoden einer *faschistischen Diktatur* gehören würde. Diese Schlußfolgerung deckt sich aber nicht mit den Tatsachen; denn in dem von den Gewerkschaften entworfenen *Plan der Arbeit* spielt die Kreditlenkung eine außerordentlich wichtige Rolle, und es heißt dort, daß jede rationale Bemühung um die Wirtschaft usw. *an der Basis eine Leitung und Kontrolle des Kredits voraussetzt.* Jouhaux unterstrich die Wichtigkeit *der auschlaggebenden Reform der Nationalisierung des Kredits.*

Wir wollen hier nicht näher darauf eingehen, wie sehr die französischen Gewerkschaftler noch von der jüdischen Suggestion „Kapital schafft Arbeit" befangen sind, wir wollen nur feststellen, daß die französischen Gewerkschaftler uns eine demokratische Kreditpolitik vorwerfen — und daß sie selber in ihr Programm eine „undemokratische" Kreditlenkung aufgenommen haben.

Ja, wenn zwei dasselbe tun, dann ist es noch lange nicht dasselbe. Man hat sich bemüht, die nationalsozialistischen Maßnahmen, auf welchen Gebieten sie auch immer ergriffen wurden, als Ausfluß einer verhaßten faschistischen Diktatur darzustellen, so daß man es nun seiner Ehre für schuldig hält, diese Maßnahme als schlecht und bösartig hinzustellen, auch dann, wenn man eigentlich sachlich dasselbe fordert — wobei es noch dahingestellt sein mag, ob die von den französischen Gewerkschaften geforderten Einzelmaßnahmen nicht — um in ihrer Sprache zu reden — undemokratischer sind. Gr.

Zweifelhafter Sieg

Die Weltausstellung zu Paris hat nunmehr ihre Tore — — dem französischen Staatspräsidenten und allen denen, die ihn bei der Einweihungsfeier begleiten durften, geöffnet und sich als „Meisterwerk der modernen Tarnung" dargeboten, die dem Staat ½ Million frcs zusätzlich an rasch herbeigeschafften Fahnentuchern, spanischen Wänden und Wie-

Digitized by Google

senflächen kostete. Über den Einlaß der breiten Öffentlichkeit wird wohl der Gewerkschaftsdirektor Jouhaux erst entscheiden, wenn die Anweisung von „höherer Stelle" erfolgt. Wir erinnern uns doch des französisch-sowjetrussischen Bündnisses!

Es wäre dem französischen Ministerpräsidenten während seiner Fahrt durch das halbfertige Ausstellungsgelände höchst peinlich gewesen, wenn ihn jemand an seinen Ausspruch erinnert hätte, — *Le Journal* hat das übrigens nachgeholt —, der wohl seinem unverwüstlichen Optimismus entsprungen ist: *Die Eröffnung der Ausstellung am 1. Mai wird ein Sieg der Demokratie über den Faschismus sein.* Es erübrigt sich, hier noch festzustellen, daß das deutsche Haus auf den Empfang der Besucher sehnsüchtig wartet.

Der demokratische Sieg ist höchst eigenartig ausgefallen, und die Welt wird darüber nicht baß erstaunt sein — wohl aber Herr Blum. Da ist es doch besser, man nimmt sich des Vorschlages des Abgeordneten Jonas an, der meinte man solle die Ausstellung bis Oktober 1938 verlängern, in den Wintermonaten jedoch schließen, und sie am 1. Mai 1938 wieder eröffnen: *Das wäre dann der Sieg mit einem Jahr Verspätung.*

Unt.

Sie können es nicht lassen!

Wir haben schon früher einmal (Heft 4: Eine Besänftigungsanleihe) geschrieben, wie gewisse Kreise im Ausland hartnäckig das Gerücht von deutschen Auslandsanleihewünschen verbreiten. Die Moskauer *Iswestija* greift nun diese Gerüchte wieder einmal auf, um sie in veränderter Form ihren Lesern vorzusetzen. Fest steht — nach der Ansicht der *Iswestija* —, daß Deutschland nicht unmittelbar eine solche Anleihe auflegt, daß es sich vielmehr der Vermittlung anderer Staaten dafür bedient, und diese Staaten seien nun tatsächlich bestrebt, uns eine Auslandsanleihe zu verschaffen. (Ja, die internationale Nächstenliebe ist größer als man glaubt!) Aber sie hätten Schwierigkeiten diese Anleihe offen unterzubringen und wollten dies nun unter der Maske einer Weltwirtschaftskonferenz tun.

Nach dieser „Ansicht" würde also die Weltwirtschaftskonferenz nur der Befriedigung der deutschen Anleihewünsche dienen. Der Zweck dieser „Ansicht" ist klar. Man will von vornherein Mißtrauen gegen eine Weltwirtschaftskonferenz säen, da man selbstverständlich an einem positiven Ausgang einer solchen Konferenz kein Interesse hat. Internationale Wirtschaftsverständigung ist nach Sowjetansicht eine unnötige Erschwerung der bolschewistischen Wühlarbeit.

Ge.

Deutsche Altmaterialsammlung als Vorbild für Frankreich

Die französische Zeitung *L'Usine* vom 6. 5. 1937 schreibt über die deutsche Altmaterialsammlung:

Viele finden die Altmaterialsammlung in Deutschland lächerlich und amüsieren sich darüber. Können wir denn wirklich nichts daraus lernen? Kann man nicht, ohne in den Verdacht politischer Anhängerschaft zu kommen, sich die Erfahrungen anderer Völker zunutze machen? ... Müssen wir nicht auch Zink, Kupfer, Blei usw. teilweise im Ausland kaufen und in englischen Pfunden bezahlen? Der Franzose gilt in der ganzen Welt als ein Muster von Sparsamkeit. Nun haben wir da eine gute Gelegenheit, ohne besondere Propaganda unsere sagenhafte Tugend vollendeter Wirtschaftlichkeit unter Beweis zu stellen.

Wir sehen, wie vernünftig denkende Ausländer allmählich die deutschen Maßnahmen im Rahmen des Vierjahresplanes von einer anderen Seite betrachten.

L'Usine betrachtet die deutsche Altmaterialsammlung nicht mehr unter dem Gesichtspunkt, wie kann man diese Maßnahme zu einer neuen Hetze gegen Deutschland benützen, wie kann man die deutsche Wirtschaft in Mißkredit bringen. *L'Usine* betrachtet die deutschen Maßnahmen vielmehr sachlich und stellt dabei sachlich fest, daß die deutschen Maßnahmen zweck-

Digitized by Google

mäßigerweise auch anderswo nachgeahmt werden könnten, als Maßnahmen *vollendeter Wirtschaftlichkeit*, Maßnahmen, die zwar ihre Einführung einer augenblicklichen Rohstoffschwierigkeit verdanken, die aber unabhängig davon wirtschaftlich begründet sind, da sie aus dem Nichts etwas hervorzaubern. Ge.

Querschnitt durch das Schrifttum

Forderung der Jugend

Mit der Ankündigung eines umfassenden Gesetzes über die fachliche und berufliche Ausbildung in Handel und Gewerbe ist nunmehr ein Weg beschritten, der immer näher zu dem Ziel, einem einheitlichen Berufserziehungsgesetz für die gesamte schaffende Jugend, führt. Dies entspricht erst der Forderung des Rechtes auf Ausbildung, die sich aus dem Recht auf Arbeit ableitet und besonders von der Jugend selbst erhoben wurde.

Die Hitlerjugend hat in engster Zusammenarbeit mit der DAF. bereits wertvollste Arbeit geleistet, und das neu erschienene Buch von Arnold Rocholl „Deutsche Jugend im Beruf" kann geradezu als Rechenschaftsbericht zur rechten Zeit angesehen werden. Es gibt eine umfassende Darstellung der wichtigsten Probleme der Berufserziehung, begnügt sich jedoch nicht mit dem Tatsachenbestand, sondern schöpft aus den Erfahrungen der bisherigen Arbeit und bringt zahlreiche praktische Vorschläge, wie auch Anregungen, die Bausteine für eine „Ordnung der nationalen Arbeitserziehung" bilden.

Dieses Buch weist durch Behandlung aller wichtigen Probleme der schaffenden Jugend auf die Notwendigkeit des Rechtes auf Ausbildung hin und will ihm dadurch zum Durchbruch verhelfen. (Wir kommen in einer der nächsten Nummer in längeren Ausführungen auf diese erfreuliche Neuerscheinung nochmals zurück.) Unt.

Eine wirtschaftspolitische Fachbücherei

ist undenkbar ohne die

20-Pfennig-Schriften zur Wirtschaftspolitik:

„Wille zum Welthandel" von Bernhard Köhler, dem Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., im Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München 2 NO.

„Pjatiljetka und Vierjahresplan" von Alf Noll. Ein Querschnitt durch die bolschewistische Mißwirtschaft, im Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München 2 NO (in Vorbereitung)

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen oder durch den Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München 2 NO, Thierschstraße 11

10-Pfennig-Schriften zur Wirtschaftspolitik:

„Sklavenarbeit oder Welthandel" von Bernhard Köhler. 61. bis 70. Tausend im Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München 2 NO.

„Sparen heißt nicht Not leiden", Auszug aus Heft 9 der Zeitschrift „Wirtschaftspolitik der NSDAP." 101 bis 200. Tausend, im Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München 2 NO.

Zu beziehen durch die Kreis- und Gauwirtschaftsberater oder durch den Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München 2 NO, Thierschstraße 11.

Digitized by Google

Wir erhöhen unsere Leistung.

Unsere Zeitschrift „Wirtschaftspolitik der NSDAP." erscheint ab Heft 13 (erstes Juli-Heft) im

Umfang von 32 Seiten!

Damit erfüllt sich der Wunsch der Schriftleitung, durch größeren Umfang der Zeitschrift den Inhalt zu erweitern. Auch unsere Leser werden sich freuen über diesen neuen Schritt vorwärts. Und sie haben ein Recht darauf, denn sie haben durch treuen Bezug und eifrige Werbung die Voraussetzung zur Erhöhung der Auflage und damit zur Erweiterung des Umfanges mit geschaffen.

Ist es notwendig, auf die Einsatzfreudigkeit des Verlages hinzuweisen, dessen unbedingter Leistungswille es ermöglichte, die Zeitschrift immer umfassender zu gestalten? Freude am Erreichten, Stolz auf Leistung verpflichten zu noch größeren Anstrengungen, sind Ansporn zu noch höherer Leistung. Wir wissen, daß unsere Leser den gleichen Ehrgeiz haben, die Zeitschrift zum

Forum nationalsozialistischer Willensbekundung in allen Fragen der Wirtschaftspolitik

auszubauen, zum Forum für alle Nationalsozialisten, denen es ernst ist um die Anwendung der unbeirrbaren Grundsätze der nationalsozialistischen Kampfrichtung auf die wirtschaftspolitischen Tagesfragen. Darauf kommt es an und jeder, ob ihm nun diese Hefte längst unentbehrliche Begleiter geworden sind, oder ob er die Zeitschrift zum erstenmal in Händen hält, wird dies erkannt haben. Er wird sich einsetzen für die Zeitschrift und sich an manchen Parteigenossen, an manchen Kameraden der SA., SS, des NSKK., der HJ., des NSDStB. werbend wenden.

Wir erhöhen unsere Leistung.
Wir rechnen mit Ihrer Werbung.

Bestellungen an den Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München 2 NO, Thierschstraße 11.

Der Bezugspreis bleibt der gleiche: halbjährlich 1,80 RM. einschließlich Zustellgebühr.

Sie erhalten also unsere Zeitschrift im Umfang von 64 Seiten monatlich, statt bisher 48 Seiten, und zwar zum unveränderten Bezugspreis!

Verantwortlicher Schriftleiter: Udo Pfriemer, München 43, Karlstraße 24, Fernruf: 84030 / Nachdruck auch auszugsweise nicht gestattet, es sei denn, daß eine ausdrückliche vorherige Genehmigung der Schriftleitung erteilt ist. / Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, Thierschstraße 11 / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Nur durch die Dienststellen der NSDAP. / Erscheinen: Zweimal im Monat / Preis des Heftes: 15 Pfennig

Digitized by Google

Mitteilungen der Kommission für

Wirtschaftspolitik der NSDAP

Heft 12 Jahrgang 2

Nachdruck – auch auszugsweise – nicht gestattet!

HC 286.3 .A1 N25 v. 2 no. 12

Der Führer

am 17. August 1934 in Hamburg

Es ist ein Trugschluß, zu glauben, daß man auf die Dauer Wirtschaft in Binnen- und Exportwirtschaft teilen könnte. Das wirtschaftliche Leben ist eine Funktion des gesamten Volkskörpers. Im Großen gesehen wird diese Funktion entweder einen gesunden und normalen Verlauf nehmen und dann allen zugute kommen, oder sie wird versagen und dann ebenso alle in Mitleidenschaft ziehen.

Aus dem Inhalt:

Leonhard Oberascher:
Welche Bedeutung hat die deutsche Seeschiffahrt für den deutschen Außenhandel?

O. H. Bernhard:
Die deutschen Seehäfen seit der Machtübernahme

Hans Brinkmann:
Die Werften und die Erneuerung der Handelsflotte

Carl Fluhme:
Schiffahrt — Sozialismus — Leistungssteigerung

Hans Brinkmann:
Binnenschiffahrtswege unter der Lupe der Volkswirtschaft

Juni 1937

Zentralverlag der NSDAP

UNIV. OF MICH. LIBRARY

Digitized by Google

Der Ausbau unserer Zeitschrift

Im zweiten Heft unserer Zeitschrift schrieben wir „Wir haben mit diesem Blatt viel vor". Inzwischen wurde unsere Zeitschrift Schritt um Schritt ausgebaut.

Wir haben die Qualität und Aktualität unserer Beiträge gesteigert.

Wir haben eine Reihe von Sondernummern herausgebracht:

Im August 1936 eine Juden-Nummer.

Im Januar 1937 eine Rohstoffnummer.

Im März 1937 eine Sonder-Nummer „Streiflichter zum Wirtschaftskleinkrieg".

Im Mai 1937 eine Sondernummer „Sparen heißt nicht Not leiden".

und jetzt eine Sondernummer „Wille zur Schiffahrt".

Wir sind seit dem Januar 1937 bei gleichzeitiger Verbilligung der Zeitschrift zum zweimaligen Erscheinen im Monat übergegangen. Der Erfolg dieser Arbeit zeigte sich in der Auflage unserer Zeitschrift, die von 5000 auf nahezu 30 000 Stück gestiegen ist. Heute stehen wir nun am Anfang einer neuen Etappe unserer Zeitschrift.

1. Verbilligung der Zeitschrift

Wir erweitern den Umfang unserer Zeitschrift auf 32 Seiten. Dank dem Entgegenkommen des Zentralverlages der NSDAP. können wir bereits die vorliegende Sondernummer in diesem Umfang herausbringen. Die Zeitschrift wird damit um ein Drittel ihres Umfanges erweitert (32 statt bisher 24 Seiten) und trotzdem zum gleichen Bezugspreis abgegeben. (RM. 1,80 halbjährlich einschließlich Zustellgebühr bei zwei Heften monatlich!)

2. Weitere Steigerung der Qualität und Aktualität

Mit der Vergrößerung des Umfanges können wir unseren Lesern mehr Informationen bieten. Wir werden dabei nach wie vor nur eigenes Material bringen. Als Organ der wirtschaftspolitischen Truppe des Führers gibt Ihnen die Zeitschrift viele Parolen und Informationen aus erster Hand. Sie werden somit in Ihrer wirtschaftspolitischen Arbeit durch unsere Zeitschrift zuerst und am aktuellsten unterrichtet.

3. Regelmäßiger Bilderdienst

Wir bemühen uns gleichzeitig um eine anschauliche Darstellung der gebotenen Beiträge. Ein wichtiges Mittel hierzu ist die bildliche Darstellung. Wir haben uns daher entschlossen, einen regelmäßigen Bilderdienst einzurichten und dazu eigene Zeichner gewonnen.

4. Ausbau der Schriftleitung selbst

Um die Redaktionsarbeit noch einheitlicher und zielbewußter zu gestalten, um mit der Vergrößerung des Umfanges gleichzeitig die Aktualität und Qualität steigern zu können und um ein auf den Tag festgelegtes Erscheinen der Zeitschrift zu ermöglichen, wurde der Ausbau der Schriftleitung durch den Einsatz eines eigenen Schriftleiters beschlossen.

Für die Arbeit wurde der Parteigenosse Carl Fluhme, ein bewährter Parteigenosse, Wirtschafter und Schriftleiter gewonnen. Carl Fluhme wird mit dem nächsten Heft die verantwortliche Schriftleitung übernehmen.

◆

Unsere Zeitschrift ist als Kampforgan geschaffen worden. Sie wird auch weiterhin als Kampforgan der nationalsozialistischen Bewegung, als Kampforgan um das Recht auf Arbeit ausgestaltet werden. Der Propagandist der Bewegung wird unser Leser und unser Leser wird unser Werber sein.

Udo Pfriemer.

Digitized by Google

Gift
R. M. Myers
6-19-61

Leonhard Oberascher:

Welche Bedeutung hat die deutsche Seeschiffahrt für den deutschen Außenhandel?

Wir wissen, daß das deutsche Volk seine stärkere Teilnahme am Welthandel vor der Machtergreifung im Jahre 1933 aus seiner Substanz bezahlt hat. Wir wissen weiter, daß „die Zeiten des größten Ausfuhrüberschusses damals auch die Zeiten stärksten Wachstums der Arbeitslosigkeit waren". Diese Zeiten des Raubbaus hat der Nationalsozialismus beendet und mit Hilfe des Rechtes auf Arbeit auch im Außenhandel die Richtigkeit seiner Wirtschaftspolitik nachgewiesen. Die nachfolgenden Ausführungen geben hier einen überzeugenden Überblick.

Der Außenhandel nimmt in der Beschäftigung der deutschen Seeschiffahrt eine so hervorragende Stellung ein, daß das Schicksal der Seeschiffahrt auf Gedeih und Verderb mit dem deutschen Außenhandel verknüpft ist. Man kann also schon aus den Umsatzziffern des deutschen Spezialhandels gewisse Schlüsse auf die Lage der Seeschiffahrt ziehen*.

Deutsche Leistung im Welthandelswettbewerb

In den ersten vier Jahren der Herrschaft des Nationalsozialismus (1933 bis 1936) sind die Einfuhrmengen im deutschen Außenhandel von 334 auf 512 Millionen Doppelzentner gestiegen, die Ausfuhrmengen von 418 auf 528 Millionen Doppelzentner. Für die Seeschiffahrt fällt besonders die Wareneinfuhr ins Gewicht, da sie in weit größerem Maße den Schiffsverkehr in Anspruch nimmt als die Warenausfuhr; nach den letzten Berechnungen des Statistischen Reichsamtes, die das Jahr 1934 betreffen, war die Seeschiffahrt — mengenmäßig — mit 42 v. H. an der Einfuhr, mit 18 v. H. an der deutschen Ausfuhr beteiligt. Schon diese Zahlen beweisen, daß die Leistungshöhe der Seeschiffahrt für die Wettbewerbsfähigkeit des deutschen Handels von ausschlaggebender Bedeutung ist. Die Krisenjahre waren der Aufrechterhaltung der Leistungshöhe nicht gerade günstig; der Anteil der mehr als 10 Jahre alten Tonnage betrug zu Anfang des Jahres 1930 nur 39,5 v. H., anfangs 1936 aber bereits 68 v. H. Neubauten waren in diesen Krisenjahren zeitweilig überhaupt unterblieben. Erst in den letzten Jahren läßt das Bauprogramm der deutschen Reedereien eine Verjüngung der deutschen Tonnage erwarten.

Die einschneidenden Verlagerungen, die in unserem Außenhandel während der letzten sieben Jahre eingetreten sind, haben die vorwiegend westeuropäische Orientierung unseres Außenhandels etwas abgeschwächt, also auch den Anteil des westwärts gerichteten Eisenbahnverkehrs am Außenhandel vermin-

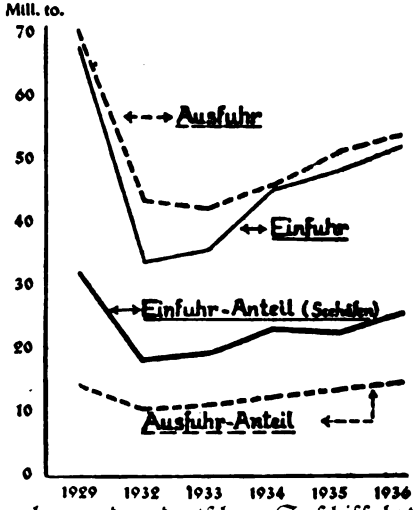
*) Zugrunde gelegt sind diesem Aufsatz die in „Wirtschaft und Statistik" veröffentlichten Zahlen. Diese bezwecken die Herstellung der Vergleichbarkeit zwischen Außenhandelsstatistik und Verkehrsstatistik. Es handelt sich also um hierfür korrigierte Zahlen. Die absoluten Zahlen sind aus der beigegebenen Kurvendarstellung auf Seite 4 zu ersehen.

Digitized by Google

dert. Dies ist einer unter mehreren Gründen für die Tatsache, daß der Leistungsanteil der Seeschiffahrt am deutschen Außenhandel seit 1930 zugenommen hat: in der Einfuhr von 35 v. H. (1930) auf 42 v. H. (1934), in der Ausfuhr von 13 v. H. auf 18 v. H. Die Seeschiffahrt hat aber trotzdem bedeutend mehr unter der Außenhandelskrise gelitten als Eisenbahn und Binnenschiffahrt, weil diese beiden Verkehrszweige eben nicht so ausschließlich auf den Außenhandel angewiesen waren wie die Seeschiffahrt. — Die stärkere Bearbeitung z. B. des südosteuropäischen Marktes durch den deutschen Außenhandel hat der Seeschiffahrt — ungeachtet der Nähe dieser Märkte — keinen Abbruch getan.

Gesteigerter Schiffahrtanteil am Außenhandel

Die deutsche Seeschiffahrt hat in den Jahren des Wiederaufbaues der deutschen Wirtschaft zugleich den Anteil der deutschen Flagge am deutschen Außenhandel wesentlich erhöhen können. Im Jahre 1929 war die deutsche Flagge unter den ankommenden und ausgehenden Seeschiffen mit 54 v. H. (berechnet nach dem Schiffsraum) vertreten, 1936 aber mit 62,3 v. H. Diese Anteilssteigerung bildet allerdings nur einen Ausgleich für einen anderweitigen Verlust: für den Verlust an Durchfuhrverkehr und verschiedenen anderen deviseneinbringenden Diensten. Der Durchgangsverkehr mit dem Seeschiff ist 1930 bis 1934 von 8,3 auf 5,5 Millionen Tonnen zurückgegangen — bei einem gesamten Güterumschlag in der über deutsche Häfen gehenden Seeschiffahrt (jeder Flagge) von 33,7 Millionen Tonnen im Jahre 1934.



Ungeachtet der im Außenhandel auch heute noch fühlbaren Einschränkungen bildet die Seeschiffahrt einen wichtigen Posten in unserer Zahlungsbilanz. Die Abnahme des Güterumschlages und das Sinken der Frachtraten hat diesen wertvollen Posten unserer Zahlungsbilanz allerdings arg beschnitten. Die Gesamteinnahmen der deutschen Seeschiffahrt ergaben nach Abzug der Ausgaben im Ausland 1929 einen Überschuß von 545 Millionen RM., 1933 einen Überschuß von 193 Millionen RM. Auch hier haben aber die letzten drei Jahre bereits einen Wandel geschaffen. Die Einnahmen steigen wieder, damit zugleich der Betriebsüberschuß. Im Jahre 1935 wurde der Überschuß auf 210 Millionen RM. beziffert, die Zahlen für das Jahr 1936 werden erst demnächst veröffentlicht, die Entwicklungsrichtung steht außer Zweifel.

Aus dem Gesamtbild ergibt sich, daß die deutsche Seeschiffahrt einen ständig wachsenden Anteil am Güterumschlag im deutschen Außenhandel nimmt; damit hat die Seeschiffahrt seit 1933 ihre betriebliche Lage verbessern können,

Digitized by Google

und zwar in einem etwas stärkeren Maße, als es der Gesamtentwicklung im deutschen Außenhandel entspricht.

Für beide aber, die Seeschiffahrt und den Außenhandel gilt im Hinblick auf die anderen Völker und unsere Zielsetzung, daß wir bereit sind, „im freien, gleichberechtigten Austausch mit allen Völkern der Erde das anzunehmen, was sie uns zu unserem Vorteil bieten können, und daß wir bestrebt sind, den Erwerb dieser Dinge dadurch zu ermöglichen, daß wir den Völkern das bieten, was sie zu ihrem Vorteil von uns nehmen können" (Bernhard Köhler, „Sklavenarbeit oder Welthandel", Seite 27).

Otto H. Bernhard:

Die deutschen Seehäfen seit der Machtübernahme

Ein Rückblick, eine Feststellung der Gegenwart und ein Ausblick in die Entwicklung der deutschen Seehäfen. Der Verfasser, der Senator für die Wirtschaft der Freien und Hansestadt Bremen ist, zeigt hier den Erfolg nationalsozialistischer, wirtschaftspolitischer Arbeit an den deutschen Seehäfen.

Die Seehäfen eines Landes werden mit Recht die Fenster einer Volkswirtschaft nach dem Ozean genannt. Jede große Wirtschaft mit ausgedehnten Küsten muß das Gesicht dem Meere zuwenden. Diese Zugewandtheit gibt erst dem ganzen nationalwirtschaftlichen Planen die notwendige Ergänzung. Selbst ein reiner Binnenstaat trachtet nach einem Zugang zum Meer. Gewiß ein Beweis, daß ohne seewärtiges Wollen ein groß angelegtes Wirtschaften, eine nationale Ökonomie gar nicht denkbar ist.

Verbesserung der Lebenshaltung durch den Schritt über die nasse Grenze

Würde ein seegelegenes Land den Blick nach innen kehren und in dem Drang und Willen, die Meere zu befahren, erlahmen, so würde es auf ein hervorragendes Mittel verzichten, die Lebenshaltung der Volksgemeinschaft zu verbessern. Es gab eine Zeit, da in Deutschland der Sinn der See nicht erkannt wurde. Im Dritten Reich hat sich erneut die Erkenntnis durchgesetzt und vertieft, daß gerade der Güteraustausch mit den Wirtschaften jenseits der Meere dazu beiträgt, den Wohlstand eines Volkes zu heben. Weil es so ist, muß man sich die Seehafenwirtschaft, den Handelsverkehr über die nasse Grenze, tief eingegliedert denken in alle Teile der deutschen Volkswirtschaft. Diese Verkettung ist im Laufe des letzten Jahrhunderts immer enger geworden, so daß Blüte und Verfall der deutschen Wirtschaft als Ganzes auch das Schicksal der Seehäfen sein muß.

Der 1933 vorgefundene Tiefstand

Im Jahre 1933 waren die deutschen Häfen auf einen Tiefstand angelangt, der seit dem Kriege, und damals waren dafür andere Gründe und Tatsachen maßgebend, nicht mehr zu verzeichnen war. Alle Häfen waren Notstandsgebiete, deren Wirtschaft unter den Durchschnitt anderer großer deut-

Digitized by Google

scher Wirtschaftsplätze gesunken waren. Die Zahl der Gefolgschaftsmitglieder betrug vielfach nur mehr die Hälfte und weniger der vorhandenen Arbeitsplätze. Die Handelsflotte war zu einem großen Teil angebunden, der Schiffsfriedhof fast ebenso groß wie die in Fahrt befindliche Tonnage. Auf manchen Kajen wuchs das Gras. Die kostspielige Maschinerie des Hafens konnte nur mit Mühe vor dem Verderb gerettet werden. Gegenüber dem besten Jahr nach dem Kriege, 1929, belief sich der Seegüterverkehr der deutschen Nord- und Ostseehäfen bei der Machtübernahme nur auf 36,3 gegen 50 Millionen Tonnen. Dem Werte nach war der Verkehr noch tiefer gesunken. Diese Entwicklung hatte die Grundlage der Seehafenwirtschaft erschüttert. Der Verkehr des größten deutschen Hafens Hamburg war von 28,6 Millionen Tonnen auf 19,6 Millionen Tonnen gefallen, der Verkehr in den bremischen Häfen von 6,5 auf 4,7 Millionen Tonnen.

Adolf Hitlers Hilfe in letzter Stunde

Wenn die deutschen Seehäfen, diese lebenswichtigen Elemente der deutschen Volkswirtschaft, vor dem Ruin bewahrt werden sollten, dann mußte von starker Hand Hilfe gegeben werden. Die Reichsregierung hat sie nicht versagt. Im Rahmen der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde den Seehäfen eine außerordentliche Unterstützung zuteil. Die Neuordnung der großen deutschen Überseeschiffahrt lieferte die Voraussetzung zu einem neuen Start. Umfangreiche Kredite der öffentlichen Hand wurden den Hansestädten und den übrigen Seehäfen zur Überholung der Umschlagseinrichtungen, zum Abstoßen alter Schiffe und zum Bau neuer Tonnage gegeben.

Das alles hätte noch nicht vermocht, den Seehäfen zum Aufschwung zu verhelfen, wenn nicht die gesamte nationale Wirtschaft vom Führer und Kanzler mit neuem unbändigen Lebenswillen erfüllt worden wäre, wenn nicht alles deutsche Wirtschaften aus dem Sumpf der Verfallszeit, aus Abgestumpftheit und Ermüdung herausgerissen worden wäre zu einem neuen Dasein überhaupt.

Seit 1936 voller Aufstieg

Die Seehäfen folgten dem Wirtschaftsanstieg im Binnenland zunächst nur langsam, aber im Jahre 1936 und seit den ersten Monaten des Jahres 1937 mit der vollen Wucht ihrer Wirtschaftskraft, die ihnen der Führer erhalten hat.

Im letzten Jahr war der Seegüterumschlag auf rund 57 Millionen Tonnen gestiegen, das sind 7 Millionen mehr als im Jahre 1929. Die Ostseehäfen haben an diesem Aufschwung einen größeren Anteil gehabt, weil sie überwiegend im Küstenverkehr für die heimische Wirtschaft arbeiten, und weil die inländische Wirtschaft sich stärker entfaltete als die Außenwirtschaft.

Der Führer will, daß die Gesamtheit aller schöpferischen Kräfte des deutschen Menschen und des deutschen Bodens zur letzten Kraftentfaltung freigemacht werden sollen. Erst wenn wir diesem Ziel nähergekommen sind, kann sich an das Erreichte die Außenwirtschaft anschließen. Selbstverständlich brauchen die beiden großen deutschen Überseehäfen, die die Masse unseres Überseehandels kontrollieren, nicht so lange zu warten, bis nun im Innern ganz reiner Tisch gemacht ist. Sie haben ihren Anteil am Wohlstand der

Digitized by Google

deutschen Wirtschaft; ihr Anteil wird aber größer sein, wenn erst die von Grund auf erneuerte innere Wirtschaft stark genug ist, ihre volle Stoßkraft auch nach außen zu richten.

Nordseehäfen — Ostseehäfen

Im Jahre 1929 hatten die Nordseehäfen am gesamten Güterumschlag der deutschen Häfen 80 v. H., die Ostseehäfen 20 v. H. Im Jahre 1936 wurden in der Ostsee 31,5 v. H. und in der Nordsee 68,5 v. H. umgeschlagen. Diese Verschiebung zugunsten des Ostseeverkehrs (vgl. auch die Darstellung auf Seite 19) ist auch daraus erklärlich, daß der Schienenverkehr durch den Korridor nach Ostpreußen eingeschränkt und das Küstenschiff, hauptsächlich zwischen den Häfen Stettin und Königsberg, stärker eingesetzt wurde als bisher. So hat Stettin seinen Güterverkehr vom Jahre 1933 bis 1936 steigern können von 4,9 auf 8,4 Millionen Tonnen. Diese Steigerung entfällt vor allen Dingen auf Kohle, Steine, Erden und Erze. Der Güterumschlag von Königsberg erhöhte sich von 1,7 Millionen Tonnen im Jahre 1929 auf 4,6 Millionen Tonnen. Hamburg ist von seinem Spitzenverkehr im Jahre 1929 immer noch um rund 6,6 Millionen Tonnen zurückgeblieben. Emden dagegen erhöhte seinen Umschlag von 3,9 in 1929 auf 7,9 Millionen Tonnen in 1936.

Emden konnte sich einen Löwenanteil von der starken Kohlenausfuhr und Erzeinfuhr des Ruhrgebiets sichern. Es ist ein ausgesprochener Massenguthafen, dessen Güter, Kohle und Erze, besonders ins Gewicht fallen. In den ersten Monaten des laufenden Jahres ging der Verkehr über Emden etwas zurück, weil ein Teil des Dortmund-Ems-Kanals, der ausgebaut wird, zeitweilig gesperrt war. Auch Stettin und Königsberg haben in diesem Jahr einige Verluste, weil der Korridorverkehr wieder stärker geworden ist als im Vorjahr. Bremen hat in seinem seewärtigen Verkehr 1936 das Jahr 1929 allerdings um 300 000 Tonnen überschritten. In den ersten vier Monaten des Jahres 1937 machte sein Gewinn weitere 20 v. H. aus, so daß, wenn die Entwicklung stetig bleibt, der Verkehr des bisher besten Jahres 1913 mit 7,1 Millionen Tonnen erreicht, vielleicht übertroffen werden dürfte.

Seeschiffsverkehr und deutsche Seehäfen

Im Seeschiffsverkehr sind Hamburg und Bremen entsprechend der im Überseeverkehr eingesetzten weit stärkeren Tonnage vor allen übrigen deutschen Seehäfen führend. In Bremen betrug er im vergangenen Jahr 8,4 Millionen Nettoregistertonnen gegen 9 Millionen im Jahre 1929. In Hamburg 19,2 gegen 21,97 Millionen Nettoregistertonnen. Aber Hamburg hat, zusammen mit Bremen, im stärksten Wettbewerb gegen Antwerpen und Rotterdam, die Spitzenstellung unter den großen Nordseehäfen an den holländischen Hafen abgeben müssen. Der Schiffsverkehr in Rotterdam betrug im Jahre 1936 20,5 Millionen Nettoregistertonnen.

Wie liegt der Seegüterverkehr?

Auch im Seegüterverkehr führt Rotterdam mit 31,5 Millionen Tonnen, Antwerpen steht an zweiter Stelle mit 23,2, Hamburg an dritter Stelle mit 22 und Bremen an vierter Stelle mit 6,8 Millionen Tonnen. Die beiden aus-

Digitized by Google

ländischen Westhäfen haben ihren Seegüterverkehr des letzten Friedensjahres bei weitem übertreffen können, während Hamburg und Bremen zum Teil noch erheblich darunter liegen.

Seegüterverkehr von 1936 (1913 = 100):

Antwerpen 134 v. H.	*Bremen etwa 97 v. H.*
Rotterdam 118 v. H.	*Hamburg etwa 86 v. H.*

Wird 1937 die Waage zu 1929 erstmalig wiederbringen?

Die bedauerlichen starken Verluste deutscher Güter an die ausländischen Häfen haben es mit sich gebracht, daß die gesamten deutschen Nordseehäfen das Jahr 1929 noch nicht haben erreichen können. Sie blieben im Jahre 1936 um 1,2 Millionen Tonnen Güter darunter. Dieser Verlust der Nordseehäfen als Ganzes wird im Jahre 1937 sehr wahrscheinlich wettgemacht werden können, aber sie kommen damit an den Verkehrsaufstieg der Ostseehäfen (8 Millionen Tonnen) nicht heran, und sie werden auch weit zurückbleiben hinter den außerordentlichen Gewinnen von Rotterdam und Antwerpen seit 1913.

Es ist immer wieder nötig, die deutsche Seehandelsentwicklung, vor allen Dingen der beiden deutschen Überseehäfen Hamburg und Bremen, die nicht nur Massengüter befördern, sondern in der Hauptsache hochwertige überseeische Rohstoffe und deutsche Fertigwaren, in Vergleich zu setzen zu den Auslandshäfen. Ein solcher Vergleich gibt allein den richtigen Maßstab für die Entwicklung der deutschen Seehafenwirtschaft.

Und dann Vorsorge für die zukünftige Entwicklung

In wenige Worte gefaßt, kann sie so angesprochen werden, daß innerhalb des deutschen Seehafenverkehrs die Ostseehäfen eine steigende Bedeutung haben, daß die Nordseehäfen Einbußen haben, daß die beiden deutschen Welthäfen in schärfster Konkurrenz mit Rotterdam und Antwerpen Verluste haben, die einzuholen das Ziel der deutschen Seehafenpolitik, der deutschen Devisenpolitik, der deutschen Verkehrspolitik überhaupt sein muß. Antwerpen und Rotterdam hatten im vergangenen Jahr zusammen einen Güterumschlag von 54,7 Millionen Tonnen. Davon gingen in Rotterdam 75 v. H. und in Antwerpen 25 v. H. für deutsche Rechnung! Beide Häfen haben rund 30 Millionen Tonnen deutsche Güter bewegt, während Hamburg und Bremen nur eine Umschlagsziffer von 28,8 Millionen Tonnen hatten. Diese Zahlen geben zu denken!

Vor dem Kriege war ein solcher Vergleich für die beiden Nordseehäfen bei weitem günstiger. Selbstverständlich bleibt trotzdem die Stellung Hamburgs und Bremens für den deutschen Weltverkehr überragend. Der Wert ihres Auslandsverkehrs in Einfuhr und Ausfuhr betrug im Jahre 1936 rund 5 Milliarden RM., das ist mehr als die Hälfte des Wertes des gesamten deutschen Außenhandels. Eine Ziffer, in der die volkswirtschaftliche Aufgabe der Hansestädte und ihre untrennbare Verbundenheit mit der gesamten deutschen Wirtschaft zum stärksten Ausdruck kommt.

Digitized by Google

Hans Brinkmann:

Die Werften und die Erneuerung der Handelsflotte

Auch Seefahrt ist eine Frage der Weltanschauung! Der Beweis dafür liegt vor unser aller Augen. Die Schiffahrt erlebt wieder eine neue Blütezeit, die Zahl der aufgelegten Fahrzeuge in deutschen Häfen ist schnell und sehr erheblich gesunken (vgl. das Bild auf Seite 10), die Erwerbslosigkeit unter den Seeleuten — 12000 Mann legten die Hände 1933 in den Schoß — hat einem starken, allgemeinen Mangel an geeigneten Kräften Platz gemacht. Das Recht auf Arbeit ist in der Seeschiffahrt, diesem wichtigen Zweig der deutschen Volkswirtschaft, schon verwirklicht!

Damit zugleich setzte es sich auch in der Werftindustrie durch, deren Helgen vor nicht allzu langer Zeit — wie schnell fließt sie im Bewußtsein des Oberflächlichen dahin — dem Fraße des zerstörenden Rostes ausgesetzt waren. Vier Jahre sind eine kurze Spanne, sie sind nichts im Leben eines Volkes, und dennoch bedeuten sie Großes in der Wirtschaftspolitik der NSDAP., ja, Entscheidendes im Werk des Führers. Und die Folgen? Auch auf den Werften klingt wieder das Lied der Arbeit. Fleißige Hände, die nicht arbeiten durften, rühren sich in den Seestädten wieder zum Nutzen der Gesamtheit. In vier Jahren haben sich die Lohn- und Gehaltszahlungen einer Werft, die wir willkürlich herausgreifen, mehr als verneunfacht, von 3,464 Millionen Reichsmark im Jahre 1932 auf 31,708 Millionen RM. im Jahre 1936! Das sind Zahlen, die für den Erfolg nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik sprechen und ihr Recht geben. Am Anfang allen Wirtschaftens steht die Arbeit!

Wie sah es denn 1933 im deutschen Schiffbau aus?

Ganze 43 Schiffe mit 42195 Bruttoregistertonnen wurden damals vom Stapel gelassen, 38604 Bruttoregistertonnen weniger als im Jahre 1932. Unaufhörlich hatte sich der Rückgang im deutschen Schiffbau seit 1928 fortgesetzt, bis 1933 der verheerende Tiefpunkt erreicht war, die niedrigste Tonnage seit der Jahrhundertwende! Gleichwohl erkannte niemand vor lauter Rechenhaftigkeit, dem Kennzeichen des kapitalistischen Systems, in diesem doch eindeutigen Gradmesser das Ende einer sogenannten Weltwirtschaft, auch nicht an der Wasserkante, deren Männer mit jenem System zu enge Tuchfühlung hatten. Die Verantwortung der NSDAP. für die Wirtschaftspolitik brachte auch hier den Umschwung.

Dagegen seit 1933 Tonnage mehr als verneunfacht!

In den vier Jahren seit der Machtübernahme hat sich die auf deutschen Werften zu Wasser gelassene Tonnage — im gleichen Verhältnis wie das der Lohn- und Gehaltszahlungen — mehr als verneunfacht: im Jahre 1936 liefen 371981 Bruttoregistertonnen vom Stapel, das höchste Ergebnis seit 1925!

Digitized by Google

Schon im Jahre 1934 war die Zahl der abgelaufenen Handelsschiffe gegenüber 1933 um 14 auf 57 gestiegen; die Tonnage hatte sich um 31 538 Bruttoregistertonnen auf 73 733 Bruttoregistertonnen erhöht.

21 Schiffe mehr als 1934 sind es schon im Jahre 1935 und 152 610 Bruttoregistertonnen mehr als 1934.

101 Schiffe im Jahr 1936 gegen 43 im Jahre 1933, nur vier Jahre und doch welche gewaltige Leistung und welcher Fortschritt!

Bedarf es noch weiterer Worte, um den Willen der NSDAP. zum Außenhandel zu betonen? Denn Deutschland exportiert nicht nur Güter und Waren, sondern auch Schiffe, die Zeugnis ablegen von seiner guten Werkmannsarbeit, Können und Fleiß. Zwanzig Schiffe mit zusammen 96 511 Bruttoregistertonnen waren 1935 für ausländische Rechnung im Bau, 60 Schiffe mit 199 742 Bruttoregistertonnen im Jahre 1936, mehr als die Hälfte der auf deutschen Werften insgesamt in Arbeit befindlichen Tonnage, ein Verhältnis, das sich bei einer besonders stark um Auslandsaufträge bemühenden Werft bis auf 67,5 v. H. steigert!

Auftragsbestand wie seit 15 Jahren nicht

Mit der vom Stapel gelassenen, also noch nicht ablieferungsreifen Tonnage ist der Auftragsbestand der deutschen Werften jedoch keineswegs erschöpft. Er reicht vielmehr auf längere Zeit zur Ausnutzung der deutschen Werften bis an die Grenze ihrer Leistungsfähigkeit. Ende 1936 hatten die Werften Aufträge für rund 250 Handelsschiffe mit insgesamt 977 000 Bruttoregistertonnen in ihren Auftragsbüchern, 447 000 Bruttoregistertonnen mehr als Ende 1933. Eine Zahl, die in den letzten 15 Jahren nicht mehr zu verzeichnen war!

Die Tonnage der deutschen Handelsflotte eine Aufgabe

In diesem Zusammenhange interessieren auch einige Zahlen über die Gesamttonnage der Handelsflotte. Diese hat sich 1936 um 164 000 Bruttoregistertonnen auf 3,88 Millionen Bruttoregistertonnen erhöht. Gegenüber dem Stande von 1914 ist die Handelsflotte infolge des Versailler Diktates zwar noch um 1,255 Millionen Bruttoregistertonnen geringer; doch will diese Zahl an sich nicht alles besagen. Denn die heute in Fahrt befindlichen Schiffe sind an Schnelligkeit und Auslastungsmöglichkeit denen der Vorkriegszeit weit überlegen. Die Dauer der einzelnen Reisen ist so wesentlich kürzer geworden; zugleich ist damit aber auch neben der größeren Ladefähigkeit der Schiffe deren Umschlagshäufigkeit gewachsen.

Hinsichtlich der weiteren Erneuerung der Handelsflotte sehen die deutschen Reedereien ihre vordringlichste Aufgabe darin, das Durchschnittsalter ihrer Schiffe, zumal bei dem überaus schnellen technischen Fortschritt der Schiffbaukunst, durch Neubauten herabzudrücken, sind doch von der gesamten deutschen Handelsflotte noch nicht 10 v. H. weniger als fünf Jahre alt.

Schiffbau und Wille zum Welthandel

Schiffahrt und Schiffbau blicken heute voll Vertrauen in die Zukunft. Es gibt nach vier Jahren nationalsozialistischer Staatsführung kein Fahrzeug

Digitized by Google

mehr, das auf den Schiffsfriedhöfen der Systemzeit verkäme, und keinen Helgen, auf dem trotz Rohstoffzuteilungen nicht nach dem Ablaufen eines Schiffes sofort wieder ein Kiel gestreckt würde. In eine neue Epoche ist Deutschland unter dem Nationalsozialismus eingetreten, eine Epoche, die auch dem Welthandel ihr Gepräge, das des gleichberechtigten Partners, aufzwingen und damit die dauernden Voraussetzungen schaffen wird, daß Schiffahrt und Schiffbau einem anhaltenden Aufstieg im Dienste des Rechtes auf Arbeit und damit im Dienst an der Gesamtheit entgegengehen.

Am Anfang aller Dinge aber steht nach unserer Losung die Arbeit an uns selbst und in selbstloser Aufopferung für das Werk des Führers, der uns auch den Weg zur freien, offenen See wieder gebahnt hat.

Arbeitslosigkeit wird durch Arbeitseinsatz beseitigt

Die folgende Darstellung gibt ein Bild des Rückganges der Arbeitslosigkeit von Mensch und Schiff in den Jahren 1933—1936. Nebeneinandergestellt ist die Abnahme der Arbeitslosigkeit in Deutschland und in Hamburg für sich allein, sowie die Zahlen des Rückganges der Tonnage der aufgelegten Schiffe in 1000 BRT. als Beweis für die Richtigkeit unserer unter dem Gesetz des Rechtes auf Arbeit aufgestellten These, daß Arbeitslosigkeit Vermögenszerstörung bedeutet, Arbeit aber Vermögensbildung. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit im Jahre 1937 ist hier nicht berücksichtigt, weil die Angaben sich auf die Jahresergebnisse beziehen. Die Zahl der Arbeitslosen im ganzen Reich betrug nach den letzten Angaben der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung überhaupt nur noch 776 000. Ein eindeutiger Beweis für die Verwirklichung des vom Nationalsozialismus proklamierten Rechtes auf Arbeit. Gr.

Jahr	Deutschland	Hamburg	Jahr	Deutschland	in 1000 Tonnen Handelsflotte
1933	4 804 428	144 233	Ende 1932	1170	30
1934	2 718 309	106 020	Anfang 1934	523	15
1935	2 151 039	82 463	Anfang 1935	312	9
1936	1 549 777	61 739	Anfang 1937	42	1

Digitized by Google

Carl Fluhme:

Schiffahrt — Sozialismus — Leiſtungs-ſteigerung

In ſeiner Unterredung mit dem Mitglied der franzöſiſchen Akademie Abel Bonnard, Ende Mai dieſes Jahres, hat der Führer erneut ausgeſprochen, wie wichtig es ſei, der breiteſten Volksſchicht zu einer anderen Einſtellung zum Leben zu verhelfen.

Der Führer ſagt: man muß nur wollen!

Was Adolf Hitler damit meint, hat er bei dieſer Gelegenheit mit den Worten geſagt: „Die Menſchen müſſen in ihrer Seele ein inneres Glück haben, das ihnen das Leben erträglich macht", und er hat die praktiſche Seite dieſes Problems und den von ihm beſchrittenen Weg an dem Beiſpiel der Schiffahrt klargemacht:

> „Bis in die letzte Zeit hinein", ſo ſagte er, „beſtand auf den Schiffen der großen Reedereien ein erſchütternder Gegenſatz zwiſchen dem Luxus, der den Paſſagieren vorbehalten war, und dem Leben der Beſatzung. Auf der einen Seite jede Raffineſſe und alles nur Begehrenswerte, und auf der anderen Seite keine Annehmlichkeit oder Bequemlichkeit, ſondern ſchwierige Daſeinsbedingungen und ungeſunde Verhältniſſe. Vergebens beſtanden wir darauf, daß dies geändert werden möge. Als wir verlangten, daß die Beſatzungsmitglieder beſſer untergebracht werden ſollten, erhielten wir zur Antwort, daß der Platz auf den großen Dampfern zu teuer ſei, als daß unſerem Wunſche entſprochen werden könnte. Als wir verlangten, daß den Beſatzungsmitgliedern ein beſonderes Deck vorbehalten werden ſollte, um friſche Luft zu ſchöpfen, ſagte man uns, das biete techniſche Schwierigkeiten, deren Löſung den Ingenieuren noch nicht gelungen ſei. Heute hat die Beſatzung auf den neuen Schiffen anſtändige Kajüten, ſie hat ein Deck zu ihrer Verfügung, wo ſie ſich in guten Liegeſtühlen erholen kann, ſie hat Radioapparate, um ſich zu zerſtreuen, ſie hat einen Speiſeſaal, wo ſie zuſammen mit einem Deckoffizier ihre Mahlzeiten einnimmt, und all dieſe Verbeſſerungen waren nicht ſo ſehr teuer; man mußte nur wollen."

Die „Rauſchebärte" reden nur von — — Koſten

Der Unterſchied in der grundſätzlichen Auffaſſung gegenüber allem, was in der Vergangenheit war, iſt in die Augen ſpringend, und es tut uns nicht weh, wenn das „klaſſiſche Altertum" des kapitaliſtiſchen Materialismus heute noch mit erhobenem Zeigefinger herumläuft und unſeren „uferloſen Idealismus" belächelt oder mit dem Hinweis abzutun verſucht, daß, weil er eben einzelnen Gewinne und Tantiemen koſtet, die Koſten alles zuſammenbrechen laſſen würden, zumal wir ja auch ſonſt von Wirtſchaft nichts oder wenig

Digitized by Google

genug verstünden und deshalb natürlich auch von der sogenannten Wirtschaftlichkeit keinen blassen Dunst hätten.

Wir lassen die langen und weißen Bärte ruhig weiter wackeln und wachsen, da wir heute unsere Füße nicht mehr in ihnen zu verwickeln in Verlegenheit geraten. Für uns steht am Anfang aller der großen und oft unmöglich scheinenden Aufgaben das Wort: man muß nur wollen!

Damit haben wir die erste Arbeitsschlacht geschlagen und — gewonnen. Nur, weil wir Tag für Tag und Schritt für Schritt diese Entwicklung sehen, erleben wir sie im allgemeinen nicht so, wie sie für den ein Erlebnis ist und immer neu wird und bleibt, der um ihre Planung, Reichweite und ihre Schwierigkeiten weiß. Weil wir zu nahe daran stehen, halten wir heute schon für eine Selbstverständlichkeit, was gestern als Unmöglichkeit und vorgestern als Utopie ausgeschrieen wurde im Kampf gegen unser Wollen und unsere Ziele.

Vier Jahre „Herr Braun"

Weil es zu schnell vergessen wird, erinnern wir uns, daß es einmal, und zwar noch vor fast genau fünf Jahren, einen marxistischen Ministerpräsidenten gab, der in einer Rede vor den preußischen Abgeordneten am 21. April 1932 einen „Rechenschaftsbericht" ablegte über das, „was besonders in diesen vier Jahren geleistet worden ist". Und dann führte er an, wieviele Millionen Reichsmark à fonds perdu er in sein Unternehmen hineingesteckt habe, und sprach die gewichtigen Sätze: „In allen Werken, Gruben und Gewerbebetrieben der Landwirtschaft und dem Mittelstande ist die Volksbildung vorangegangen ... Wir können im Hinblick auf die junge Regierung (damals war sie „erst" 14 Jahre im Amt) sagen, daß wir in den letzten vier Jahren uns bemüht haben, unsere Pflicht zu tun." (Und nun zieht er die Bilanz der „erfolgreichen Pflichterfüllung" gegenüber dem Volk und sagt): „Es wird so oft übersehen und öffentlich finanziell bestätigt, daß die Wirtschaft zurückgeht und die Beschäftigungslosigkeit gleichzeitig steigt ..." Hier wird also — zur Rechtfertigung des furchtbaren Mißerfolgs, der darin bestand, daß das Weimarer System des Marxismus nach bald einundeinhalb Jahrzehnte währender Regiererei, die es „Pflichterfüllung" betitelte, im Februar 1932 die höchste Zahl von Arbeitslosen „siegreich" zustande gebracht hatte, die Deutschland je sah, das Problem glatt auf den Kopf gestellt und in frivolster Weise oder abgrundtiefer Dummheit — die Pflicht als Entschuldigung — als faule Ausrede benutzt.

Dagegen der deutsche Sozialismus

Nun — Adolf Hitler hat ohne einen Anlauf von zehn Jahren, die die Herren Marxisten vor ihren vier Jahren ohnehin voraus hatten, vier Jahre gearbeitet, und die Arbeitslosigkeit ist so gut wie beseitigt, die Wirtschaft dient immer mehr den Zwecken der Gemeinschaft, und wir stehen bereits mitten in der zweiten Arbeitsschlacht, deren Aufgabe Bernhard Köhler wiederholt dahin festgestellt hat, daß sie „die vermehrte Erzeugung von Umlaufgütern, das heißt die Beseitigung der Armut des deutschen Volkes" bezweckt.

Allein diese Gegenüberstellung des Grundsätzlichen — der Marxismus sieht ein Problem und entschuldigt sich mit der klassischen Definition: Probleme

Digitized by Google

sind unlösbar (These des Mißerfolges), der Nationalsozialismus dagegen sagt: man muß nur wollen (These des nachweislichen Erfolges) — zeigt, wo die „Utopie" liegt, allerdings sind die inneren Voraussetzungen vorerst zu schaffen. Der Nationalsozialismus hat diese geschaffen mit der von ihm zur Wirklichkeit gemachten Überzeugung: nicht Kapital schafft Arbeit, sondern Arbeit schafft Kapital. Damit hat er die Leistung allen seinen Zielen zugrunde gelegt.

Der Nationalsozialismus will aber diese Leistung nicht nach den amerikanischen Ausbeutungsgesetzen der Vergangenheit wecken, denen sowohl der Kapitalismus wie auch der Marxismus in ihrem Tanz um das goldene Kalb mit Recht zum Opfer gefallen sind, sondern, wie der Führer sagt, durch „ein inneres Glück, das ihnen das Leben erträglich macht".

Der sozialpolitische Weg in der Schiffahrt als Hilfsmittel des Sozialismus

Das Wie zeigt der Weg, den der deutsche Sozialismus seit 1933 gegangen ist, ungeachtet aller Schwierigkeiten und aller offenen und feindlichen Böswilligkeit zum Trotz. Als eines der Beispiele, wodurch dieser Sozialismus sozialpolitisch die Freude an der Arbeit weckt, und wie wiederum diese Arbeitsfreude die Leistung befruchtet und steigert, kann besonders auf Maßnahmen in der Schiffahrt hingewiesen werden, zumal der Nationalsozialismus hier ein besonders dankbares Feld zur Betätigung seiner wirtschaftspolitischen Zielsetzung gefunden hat.

Die Tarifordnungen der Seeschiffahrt sind einer gründlichen Revision unterzogen worden, der Arbeitsschutz wurde aus der Sphäre papierener Gesetze in die nüchterne, aber heilsame Zone ihrer wirksamen Beachtung heruntergeholt, und besonders nachdrücklich nahm und nimmt er sich der Unterbringung, Verpflegung, der gesundheitlichen und kulturellen Bedürfnisse der Schiffsmannschaften an.

Allem Geschrei und allen Stoßseufzern über die „Kosten" entgegen, die noch den Schwanengesang des Kapitalismus „die Kuh muß Milch geben" im Ohre hatten, wurde das menschliche Element und das Prinzip der Menschlichkeit in den Vordergrund gestellt.

Ob es sich hier um die Linienfahrt, die Frachtfahrt, die Tankschiffahrt oder die Fischerei handelt, überall wurde nach den gegebenen Möglichkeiten zielbewußte Arbeit geleistet:

Wir haben Gemeinschaftsmessen mit Kühl- und Wärmeschränken, sowie mit fließendem warmen und kalten Wasser. Wir finden als Mannschaftsmessen praktisch, geschmackvoll und wohnlich eingerichtete Zwei- oder Drei-Mann-Kabinen, und bei den älteren und kleineren Fahrzeugen ist man dabei, den sogenannten „Salon" einer besseren Ausnutzung zuzuführen, indem man ihn als Eß- und Aufenthaltsraum für alle Offiziere benutzt, während die bisherige Offiziermesse zur Unterbringung der Besatzung verwendet wird.

Wenn auch den Küchen und Proviantträumen hinsichtlich zweckmäßiger und moderner Einrichtung, den Waschräumen bezüglich Kachelung, fließendem Kalt- und Warmwasser, Frischwasserbrausen, ausreichenden Waschtrögen usw. und unter anderem auch den Lüftungsanlagen besondere Aufmerksamkeit geschenkt wird, so erstreckt sich die Wirkung dieser Arbeit nicht nur auf die Steigerung des Wohlbefindens der Besatzungen und ihrer Leistungsfähigkeit, sondern ist gleichzeitig — so paradox es klingen mag, — eine Spar-

Digitized by Google

maßnahme. Denn alle Gebrauchsgegenstände des täglichen Lebens und insbesondere die auf Schiffen in besonderen Mengen zusammengetragenen Nahrungsgüter werden am besten auf diesem Wege zweckmäßiger und hygienischer Einrichtung erhalten und ihren tatsächlichen Zwecken zugeführt, anstatt eines Tages „über Bord zu gehen". Demgegenüber erinnert man sich sehr ungern früherer Zeiten, in denen oft aus rein bürokratischen Gründen, oft auch aus Klassengeist, Lebensmittel in ungeahnten Mengen ins Meer versenkt wurden.

Im übrigen spielt unter allen Maßnahmen, die dem Schutz, der Erhaltung und Steigerung der körperlichen und seelischen Kraft in der Reihe Arbeit — Arbeitsfreude — Leistung — Leistungssteigerung — in der Schiffahrt dienen, beispielsweise auch die grundsätzliche Frage der Mannschaftsunterbringung im Vor- und Achterschiff oder mittschiffs, sowie die immer wieder mit Recht erhobene Forderung nach Ruderhäusern an Stelle der jeder Unbill der Witterung ausgesetzten offenen Ruderstände, eine wesentliche Rolle.

Warum nur dieser Weg?

Es gibt immer noch „Praktiker", die weit von Bord „auf dem Trockenen sitzen" und von „Verweichlichung", „Gefühlsduselei" usw. bei solchen Bemühungen reden, wenn sie sie nicht schlankweg als „Äußerlichkeiten" und „Wirtschaftsfremdheit" bezeichnen, nachdem sie mit dem Kostengejammer nicht durchgedrungen sind. Wie entsetzt mögen sie wohl gewesen sein, als man nun auch durch Gemeinschaftsanlagen dem Rundfunk weitestgehend Eingang bei den Schiffsbesatzungen verschaffte, sich beispielsweise mit besonderem Interesse auch der Bordbüchereien annahm, sowie durch Wandsprüche nationalsozialistisches Gedankengut dem Seemann fortlaufend nahebrachte. Die hier dargelegten Tatsachen und Wandlungen sind für den Nationalsozialismus nicht nur menschliche Selbstverständlichkeit, sondern, auch materiell gesehen, ganz einfach und nur erst die Grundvoraussetzungen, auf denen er die Beseitigung der Armut durch Leistung aufbaut.

Der Nationalsozialismus hat deshalb nicht umsonst sehr bewußt den Gedanken und die Forderung der Antike nach dem gesunden Geist im gesunden Körper wieder zu Ehren gebracht. Die Marschlinie ist völlig eindeutig und klar, wenn wir uns im Zusammenhang damit die von Bernhard Köhler festgelegten

Gedanken der nationalsozialistischen Grundauffassung zur Wirtschaftsgestaltung des deutschen Volkes

immer wieder vergegenwärtigen.

„Erstens: Nicht der Mangel ist Naturgesetz, sondern der Kampf. Wo also Mangel herrscht, kann und muß er überwunden werden.

Zweitens: Die Überwindung des Mangels, die Beseitigung der Armut, die Steigerung der äußeren Lebenshaltung ist nicht eine Frage der Verteilung, sondern der Leistung.

Drittens: Die Armut des deutschen Volkes und die Armut fleißiger deutscher Volksgenossen ist nicht die Folge von Naturgesetzen der Wirt-

Digitized by Google

schaft, sondern die Folge einer Ausbeutung, die ebensosehr der Unfähigkeit wie dem Verbrechen zu verdanken ist."

Je weiter der Neubau in der Schiffahrt voranschreitet, desto vollkommener werden diese Grundgedanken auch in ihr durch die Erfüllung der besprochenen Grundvoraussetzungen sichtbar zum Ausdruck kommen. Sozialismus ist kein Ruhekissen, sondern unermüdliche Leistung; und gerade hier und auch für die Schiffahrt gilt Bernhard Köhlers Wort vom „neuen Sinn des Eigentums", der für uns nicht in dem Verfügungsrecht gegeben ist, sondern in der Verantwortung.

Hans Brinkmann:

Binnenschiffahrtswege unter der Lupe der Volkswirtschaft

„Das Recht auf Arbeit liegt den jetzt vordringlichen Arbeitsplänen des Nationalsozialismus zugrunde."

Bernhard Köhler.

Die deutschen Binnenschiffahrtswege umfassen zur Zeit eine befahrbare Länge von annähernd 11 000 km. Hiervon kommen jedoch nur Strecken in einer Länge von rund 7700 km für den eigentlichen Binnenschiffahrtsverkehr in Betracht. Bei den restlichen 3300 km handelt es sich größtenteils um nicht kanalisierte Wasserstrecken an Oberläufen von Flüssen, die vorwiegend dem örtlichen Verkehr dienen. Die hauptsächlichen Binnenschiffahrtswege verteilen sich zu 53 v. H. auf die ostdeutschen Wasserstraßen einschließlich der im Elbegebiet vorhandenen Schiffahrtswege und zu 47 v. H. auf die west- und süddeutschen Wasserstraßen.

Mit dem Recht auf Arbeit Rationalisierung der Binnenschiffahrtswege

Der zur Zeit im vollen Ausbau befindliche Mittellandkanal wird nach seiner Heranführung an die Elbe im nächsten Jahr eine Querverbindung zwischen den beiden Wasserstraßennetzen herstellen. Sobald auch der Rhein-Main-Donau-Kanal in Betrieb genommen sein wird, ist ein großes, über ganz Deutschland einheitlich ausgebreitetes Binnenwasserstraßensystem geschaffen.

Auf der hiermit erreichten Grundlage wird dann die notwendige dauernde Ergänzung und Vervollkommnung unserer Binenschiffahrtswege vorgenommen werden können. Es fehlt in dieser Beziehung nicht an Planungen und Projekten:

An erster Stelle ist hier die Schaffung einer Binnenwasserstraße zu nennen, die über die kanalisierte Oberweser und Werra und einen Kanal bis an den Main bei Bamberg die Verbindung zwischen den deutschen Nordseehäfen und dem für uns so bedeutungsvollen südosteuropäischen Wirtschaftsraum herstellt. Als weitere Pläne seien u. a. die Niedrigwasserregulierung der Elbe, deren Fehlen sich in den letzten Jahren sehr fühl-

Digitized by Google

bar ausgewirkt hat, und der Bau des Hansakanals, der Verbindungsstraße zwischen dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet und den deutschen Nordseehäfen, erwähnt.

Billigste Verkehrswege für an sich geringwertige Massengüter

Von den leitenden Stellen der nationalsozialistischen Verkehrswirtschaft ist die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Binnenwasserstraßen immer wieder betont worden. Sie besteht zunächst darin, daß die Binnenwasserstraßen als billigster Beförderungsweg für an sich geringe Massengüter, die eine teuere Fracht nicht tragen können, wesentlich zur Erleichterung der Rohstoffversorgung für den Verbrauch und die Weiterverarbeitung beitragen und auf diese Weise den Güteraustausch im Inland fördern helfen. Den mit der Wasserfracht verbundenen Zeitverlust können die Massengüter und Rohstoffe leicht in Kauf nehmen, denn je geringwertiger ein Erzeugnis ist, desto eher kann es den verzögerten Umlauf von der Erzeugung zum Verbrauch tragen, desto geringer ist also der Kapitaldienstverlust während der toten Transportzeit. Fast drei Viertel des gesamten Binnenwasserstraßenverkehrs entfallen dementsprechend auf die Beförderung von mineralischen Rohstoffen, die bei der Eisenbahn nur etwa 60 v. H. der gesamten Beförderungsleistungen ausmachen. Neben Erzen, Kohlen, Mineralölen, Steinen, Erden, Salzen usw. sind ferner noch Getreide, Mehl, Holz usw. wichtige Transportgüter für die Binnenschiffahrt.

Binnenschiffahrtswege — Seehäfen — Außenhandel

Im Hinblick auf die verkehrsmäßige Lösung der Probleme des Vierjahresplans kommt der Binnenschiffahrt weiter eine erhebliche Bedeutung für den deutschen Außenhandel zu. Das Statistische Reichsamt hat im Zusammenhang mit einer Untersuchung über die Beteiligung der Verkehrszweige am Außenhandel festgestellt, daß die Binnenschiffahrt an der Beförderung von Einfuhrwaren mit rund einem Drittel der gesamten Einfuhrmenge und an der Beförderung von Ausfuhrwaren mit fast der Hälfte der gesamten Ausfuhrmenge beteiligt ist. Welche Bedeutung die Beförderung von Außenhandelsgütern für die Binnenschiffahrt hat, geht weiter aus der Tatsache hervor, daß der Anteil der Außenhandelsgüter an dem Gesamtverkehr der Binnenschiffahrt rund 60 v. H. ausmacht, bei der Eisenbahn dagegen nur rund 20 v. H. beträgt.

Angesichts dieser großen Bedeutung des Außenhandels bzw. der Seehäfen als wichtigster wirtschaftlicher Grundlage für die Binnenschiffahrt hat die Reichsregierung den Leitgedanken aufgestellt, daß die deutsche Wasserstraßenbaupolitik ihrem Wesen nach in erster Linie Seehafenpolitik sein müsse, daß also durch ein leistungsfähiges Wasserstraßennetz das Einflußgebiet der deutschen Seehäfen bis tief ins Hinterland hinein erweitert werden müsse. Dieser Grundsatz erhält eine besondere Berechtigung, weil das gegenwärtige deutsche Wasserstraßennetz einstweilen noch vielfach lückenhaft und daher einseitig orientiert ist und es erforderlich scheint, zu der starken Anziehungskraft, welche die holländischen und belgischen Häfen auf die Frachten aus dem exportbetonten rheinisch-westfälischen Industriegebiet ausüben, in gewissem Umfang ein Gegengewicht zu schaffen.

Digitized by Google

Wirtschaftliche Stärkung bestehender, Erweckung neuer Kräfte

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Binnenschiffahrtswege erschöpft sich nicht allein in der Befriedigung vorhandener Verkehrsbedürfnisse. Die Binnenschiffahrtsstraßen tragen auch in erheblichem Umfang dazu bei, daß bestehende Wirtschaftseinrichtungen gestärkt und neue wirtschaftliche Kräfte erweckt werden. Diese indirekte Verkehrswirkung der Binnenwasserstraßen, die in der Verbesserung der Standortverhältnisse und der Standortverteilung der einheimischen Industrie zum Ausdruck kommt, ist volkswirtschaftlich nicht minder wichtig als ihre unmittelbare Bedeutung als Verkehrsweg.

Binnenschiffahrtswege und Standortfrage

Gerade die Industrien, die auf der Verarbeitung und Erzeugung großer Mengen beruhen, haben sich mit Vorliebe an Wasserstraßen angesiedelt. Die Entfaltung der westdeutschen Roheisen-, Rohstahl- und Walzeisenerzeugung und des Kohlenbergbaues, ferner das Entstehen mannigfacher Industrien in Süddeutschland, Sachsen, Oberschlesien usw. sind lebendige Zeugen für die wirtschafterschließende Funktion der Binnenwirtschaft. Eine ähnliche Entwicklung zeigt sich schon jetzt am Mittellandkanal, wo trotz der noch nicht vollendeten Kanalisierungsarbeiten die neuentstandenen Binnenumschlagsplätze durch die Errichtung vielseitiger Verkehrs- und Industrieanlagen einen starken wirtschaftlichen Aufschwung nehmen, und die Bildung eines neuen Industriegürtels um Magdeburg im Gange ist. Die Wasserstraßen tragen wegen ihrer weiten Verzweigung und der vielen Anlage- und Ansiedlungsmöglichkeiten für wirtschaftliche Betriebe also wesentlich zu einer Auflockerung unserer Industriezentren bei, wie sie andererseits durch die Verbesserung der Standortverhältnisse der anliegenden Industriewerke auch die Exportkraft unserer Wirtschaft stärken helfen. Gerade der letzte Gesichtspunkt bedarf dringender Beachtung. Ebenso wie die Exportfähigkeit der sächsischen Industrie in hohem Maße durch die bestehende Binnenschiffahrtsverbindung mit dem Ausfuhrhafen Hamburg beeinflußt wird, würde beispielsweise auch die thüringische Exportindustrie durch den weiteren Ausbau der Oberweser und Werra zu einer leistungsfähigen Wasserverbindung mit dem Seehafen Bremen in ihrer Bedeutung für die Gesamtwirtschaft noch wesentlich gesteigert werden können.

Ein weiterer, volkswirtschaftlich nicht unbedeutender mittelbarer Wert der Binnenschiffahrtswege besteht ferner noch in der Nutzbarmachung der in den Staustufen und Talsperren als Nebenprodukte anfallenden Wasserkraftleistungen. Die auf diese Weise gewonnene „weiße Kohle" stellt eine wichtige Ergänzung zu den übrigen Energieleistungen der deutschen Wirtschaft dar.

Binnenschiffahrt verkehrspolitisch

Die volkswirtschaftliche Beurteilung der Binnenschiffahrtswege im Rahmen der deutschen Verkehrspolitik ist nicht immer einheitlich gewesen. Insbesondere ist es hier die Frage des Wettbewerbs mit der Eisenbahn, die oft zu starken Meinungsverschiedenheiten geführt hat. Das Verhältnis von

Digitized by Google

Binnenschiffahrt zur Reichsbahn beträgt hinsichtlich der beförderten Gütermengen 1 : 4 und in bezug auf die tonnenkilometrischen Leistungen der beiden Verkehrswege etwa 1 : 3. Die Regierungen der Systemzeit haben sich vergebens bemüht, die aus der Wettbewerbslage der beiden Verkehrsmittel sich ergebenden Gegensätzlichkeiten zu beheben oder auszugleichen. Erst durch die Machtergreifung des Nationalsozialismus und die hiermit erreichte Ausrichtung des staatlichen Handelns nach dem Grundsatz des größtmöglichen Nutzens für die Gesamtwirtschaft konnten die Voraussetzungen geschaffen werden, um eine einheitliche Wasserstraßenpolitik zu ermöglichen und eine zielbewußte deutsche Verkehrspolitik erst treiben zu können.

Deutscher Wille zum Außenhandel

Hier wird die Schiffsbewegung in einigen wichtigen Seehäfen, und zwar der Seeschiffsverkehr (Ankunft) in 1000 Nettoregistertonnen, vorgeführt.

Während die Ankunft von Seeschiffen (in NRT.) von 1932 bis 1936 in Hamburg um 5,3 v.H., in den Bremer Häfen um 13,6 v.H. stieg, betrug die Zunahme in den 16 wichtigsten deutschen Häfen 23,7 v.H.

	1928	1932	1933	1934	1935	1936
Hamburg+	23428	18253	17822	18484	18418	19216
Bremen	8846	7399	7357	8035	8139	8406
Amsterdam	5503	4738	4635	4638	4234	5128
Rotterdam	20667	14938	15315	17932	17871	20564
Antwerpen	20064	16915	17706	17286	18948	18643
Le Havre	6429	8543	8648	8284	8674	9195**
London	21367	20143	21073	21714	21829	22386
New York	29067	26768	24587	25181	26554	24449

+) *einschl. Altona und Harburg-Wilhelmsburg*

**) *Geschätzt auf Grund der Ergebnisse von 11 Monaten*

Wo.

Digitized by Google

Auch die Wasserkante geht's an!

Es gibt neuerdings besonders tüchtige Volkswirtschaftler, die nach der Berühmtheit des Columbus streben. Nicht, weil sie ein anderes Amerika entdeckt haben, was bekanntlich vorbei ist, seit die Amerikaner in grauer Vorzeit den Seufzer ausstießen: „Tja, Kinnings, denn helpt dat nich, wi sind entdeckt", sondern weil ihnen das Ei des Columbus den Schlaf raubt.

Sie haben nämlich entdeckt, daß dies oder jenes zwar privatwirtschaftlich **nicht**, aber volkswirtschaftlich rentabel sei. Daraus entwickeln sie unter angeblich „höheren" Gesichtspunkten die aus den Kriegsjahren her hinreichend bekannte

„Um-jeden-Preis-Theorie".

So ist z. B. empfohlen worden, man solle dem für die Herbeischaffung von Altmaterial zugelassenen „Lumpensammler" höhere Preise zahlen, damit, was volkswirtschaftlich so wesentlich sei, möglichst viel Altmaterial herbeigeschafft werde. Die „Konjunkturmacher" nehmen natürlich diesen Ball mit Begeisterung auf, und siehe, husch, husch, die Waldfee, ist dieses oder jenes „vom Markt verschwunden". Ob das Altmaterial dann außerdem schließlich eine derartige **Investition** der höheren Preise rechtfertigt — denn darum handelt es sich ja, wenn man die eigenen Roh- und Werkstoffe bis zur letzten Konsequenz ausnutzen will und muß, um sich von ausländischer Wirtschaftsherrschaft frei zu machen — das ist solchen volkswirtschaftelnden Quantitätsinsulanern gleichgültig.

Das erinnert lebhaft an die anscheinend schon vergessenen Zeiten, in denen Steuern nur eingetrieben wurden, um möglichst hohe Steuersummen als Ausdruck einer „soliden" Finanzwirtschaft des Staates nachzuweisen; ob dabei die Verwaltung der Steueraufbringung und des Steueraufkommens nicht noch höher war, ob dabei die Lebenshaltung des Volkes ohne jeden Sinn immer tiefer sank, spielte nicht die geringste Rolle. Wie sich damals die nach Deutschland einwandernden Menschen-„Arten" vermehrten, genau so schossen neue Steuerarten wie Pilze aus der Erde.

Der richtige volkswirtschaftliche Gedanke des Nationalsozialismus

ist ein völlig anderer:

Wir sagen: In jedem Gegenstand — ob es eine Kaffeemühle, eine Schraube oder ein Haus ist — stecken bestimmte Werte an Material und Arbeit — von kulturellen Werten usw. einmal ganz abgesehen. Wenn wir vom Preisdiktat des Auslandes unabhängig werden wollen, wenn wir die Preise im Binnenlande **verbilligen**, **damit** im Wege der Kaufkraftsteigerung unsere Löhne real (nicht nominal) **erhöhen** und so die **Lebenshaltung** des einzelnen verbessern wollen, und wenn wir schließlich mit Hilfe einer einzigartigen und dennoch möglichen Leistungssteigerung zur Überschußwirtschaft, d. h. zur Beseitigung der Armut kommen wollen, dann keinesfalls dadurch, daß sich ein volksunwirtschaftliches Prinzip durch Ausschaltung privatwirtschaftlichen **Denkens** austobt, das an sich nichts mit der jüdischen **und** kapitalistischen Profitgier und „anreizenden" Preissteigerungen zu tun hat.

Sondern so:

Ein von **Bernhard Köhler** gebrauchtes Beispiel ist dies, daß der Deutsche einmal — etwa vor 500 Jahren — Häuser gebaut hat, in denen wir heute noch wohnen. Der Deutsche hat aber, insbesondere auch nach 1918, sogenannte Häuser gebaut, die nach beispielsweise 20 Jahren schon wieder abbruchreif sind. Das Material und die Arbeit, insbesondere aber auch die inzwischen angefallenen Material- und Schönheitsreparaturen, die darauf bezahlten Warenpreise, die Arbeitszeit, die Löhne und Gehälter, das investierte Vermögen — das alles ist damit praktisch aus dem Fenster geworfen.

Die Idee, daß es zwar privatwirtschaftlich natürlich nicht rentabel gewesen sei, so zu verfahren, daß aber die Dinge volkswirtschaftlich genau umgekehrt lägen und deshalb ... — ist bei

Digitized by Google

einem derart durchschlagenden Beispiel so widerlegt, daß darüber kein Wort weiter zu verlieren ist.

Immerhin: Aus der gleichen Richtung kamen ja seinerzeit

die „Ankurbelungsfanatiker",

denen der hinlänglich ausgekostete Rattenschwanz der kapitalistischen Konjunkturhyänen folgte. Die lebten von der Bedarfsdeckungstheorie und entwickelten daraus die Vernichtungstheorie. Sie sagten: Produktionssteigerung kommt nur in Frage bei Umsatzsteigerung. Diese ist nicht möglich; der Markt ist gesättigt. Also, liebe Leute, zerschlagt die Gegenstände, die ihr mit dem Entgelt für eure Arbeit, mit euren daraus erübrigten Spargroschen (also dem Vermögen) gekauft habt, also vernichtet etwa eure Möbel, eure Häuser, eure Kraftwagen; letztere z. B. hat der „anständige" Mensch nicht länger als 2 Jahre. Wir haben bereits das unserige getan und euch Schund geliefert, damit die Wirtschaftskurve steigt, damit Arbeit und Brot, Schönheit und Würde überall herrschen, und wir Geld in Hülle und Fülle haben — denn ihr bezahlt ja diese famose, diese wahrhaft ausgewalzte Idee der Massenverelendung frei nach Marx, durch die ihr zwar immer ärmer werdet, wir aber im Reichtum schwimmen. Wie?, das sei ja in Wahrheit Kapitalismus? Nein, meine Herren, das versteht ihr nur nicht, das ist die höchste Potenz der — Bedarfsdeckungswirtschaft, — Sela!

Damit war man am Ziel und gleichzeitig — am Ende. Alles war in diesem Sinne „privatwirtschaftlich rentabel" und deshalb volkswirtschaftlich gerechtfertigt, wenn man nur den Gaul immer wieder gründlichst von hinten aufzäumte.

Aus den vorher entwickelten wirtschaftspolitischen Erkenntnissen sagt

dagegen die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik:

Die Privatwirtschaft ist ein Funktionsteil der Volkswirtschaft. Infolgedessen muß, „was" volkswirtschaftlich rentabel ist, auch privatwirtschaftlich rentabel sein. Das ist ganz etwas anderes als: „weil" es volkswirtschaftlich rentabel ist — und „deshalb komme es auf alles andere nicht an".

In diesem Sinne ist auch u. a. der Kampf gegen Vergeudung und Verderb aufzufassen. Es handelt sich dabei um einen schweren Kampf gegen alle Arten (un-)wirtschaftlicher Gedankenlosigkeit, Gedankenfehlleitung und die daraus fließenden Fehlhandlungen und um die Erkenntnis der absoluten Notwendigkeit der Erhaltung jeder Art von Substanz und aufgewendeter Leistung. Es handelt sich hier, wie beim Blutkreislauf des Menschen, um den gesunden, erhaltenden Kreislauf wirtschaftlicher Werte (Roh- und Werkstoffe, Wirtschaftsgüter auch im weitesten Sinne, geleistete Arbeit), der nur eines kennt: den natürlichen Verschleiß. Indem er diesen Gedanken zum Wirtschaftsgrundsatz erhebt, sagt der Nationalsozialismus zugleich, daß er die so befreite Arbeitskraft den so freigewordenen Rohstoff, das so freigelegte Wirtschaftsgut zur Beseitigung der Armut, zur Begründung des Reichtums verwenden will und wird.

Sl.

Wir merken's doch!

Wirtschaften ist ein Handwerk, hinter dem Gesinnung stehen muß. Wir erinnern hier nur an den Begriff des „königlichen Kaufmanns". Das darin enthaltene Wort „königlich" betont ja an sich nicht nur eine ethische, sondern auch — geschichtlich gesehen — eine politische Eigenschaft, wobei die Ewig-Gestrigen bekanntlich am allerwenigsten an ihre negativen Erscheinungsformen zu denken gewillt sind, zumal sich in ihren zahlreichen Gehirnwindungen alsogleich „die gute, alte Zeit" in beachtlicher Großaufnahme vorstellt.

In erheblichem Gegensatz dazu scheint es uns zu stehen, wenn in dem vielleicht größten deutschen Wirtschaftsringen aller Zeiten, in dem der Nationalsozialismus bekanntlich unmittelbar nach der Machtergreifung dem königlichen Kaufmann einen besonderen Ehrenplatz zugewiesen hat, festgestellt werden muß, daß die Eierschalen der marxistischen Vergangenheit den wiedererstandenen kaufmännischen Phönix doch noch recht erheblich verzieren. Diese erblicken wir darin, daß man immer wieder auf Kaufleute stößt, die, da ihnen die

Digitized by Google

Preispolitik der Regierung nicht gefällt, diese dadurch umgehen,

daß sie etwa für mindere Qualität die Preise der höheren fordern,

daß sie z. B. Kürzungen an Rabatten vornehmen zwecks Preiserhöhung,

daß sie — ein Beispiel unter vielen — in der Stahlproduktion in Röhren, Blechen und Profileisen zum Schaden des deutschen Aufbauplanes und deutscher Maschinenexportaufträge ausführen, weil ihnen dies höhere Preise bringt,

daß sie zu den alten Preisen schlechtere Ware liefern,

daß sie Roh- und Werkstoffe hamstern,

daß sie gewisse notwendige Materialien und Waren plötzlich ganz verschwinden lassen,

daß sie die Lieferbedingungen verschlechtern, oder

daß sie — andeutungsweise ein weiteres Gebiet — anstatt nun endlich ältere Angestellte in Lohn und Brot zu bringen, nicht nur junge Angestellte suchen, sondern — das ist „der letzte Schrei der Frühjahrssaison" — sogar junge „militärfreie" Arbeitskräfte verlangen.

Früher konnte man sich vielleicht ob solchen Befundes mit dem Zitat des Schlusses aus „Hedda Gabler" begnügen und sagen: „Aber so etwas tut man doch nicht."

Heute hat die Sache ein anderes Gesicht. Denn diese negativen Erscheinungsformen des „königlichen" Kaufmannes erklären mit ihrem Verhalten und ihren Machenschaften rundheraus, daß sie die Stabilhaltung der Währung und der Löhne nichts angeht, um deretwillen ihre königlichen „Vasallen" Stunde für Stunde ihrer Arbeit und auch ihrer Freizeit Opfer über Opfer bringen. Sie sagen damit, daß ihnen die Beseitigung der Armut — in ihrer Sprache gesprochen — tabu ist, weil sie sich mit diesem wichtigsten Problem nicht nur nicht beschäftigt haben, sondern es überhaupt nicht verstehen wollen. Sie überlassen weiter damit die Initiative, die sie — ständig wehklagend — für sich gepachtet zu haben behaupten, immer wieder dem Volk und seinem Staat und geben schließlich damit zu, daß sie wahrhaftig nicht an dem Erfolg der ersten Arbeitsschlacht, an der Beseitigung der Arbeitslosigkeit, teilhaben.

Alles zusammengenommen sagen sie rundheraus, daß ihnen die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik und ihr Erfolg nicht paßt; und der königliche Kaufmann beherbergt sie in seinem Stande! Oder — — —?

Wir wenden uns dabei nicht gegen natürliche Reaktionen auf naturgesetzliche Wirtschaftssituationen und sind ebensowenig der Meinung, daß die Probleme der unnatürlichen und damit ungesunden und unsauberen Reaktion, d. h. der Umgehung aus eigennütziger und politischer Opposition nur durch Erziehung gelöst und beseitigt werden können. Diese hinreichend klare Unterscheidung mag eine Warnung sein! Fl.

Reichstagung der Gauwirtschaftsberater in Hamburg 24. — 26. Juni 1937

Unter der Parole

„Wille zum Außenhandel, Wille zur Seeschiffahrt" ist diese Tagung von der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. nach Hamburg einberufen worden. Sie wird bekunden, daß das internationale Märchen vom deutschen Abschließungswillen so unwahr ist, wie es wahr ist, daß wir ein Interesse am Welthandel um unseres Vorteils willen haben.

Pg. Bernhard Köhler, der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik, und Pg. Dr. Gustav Schlotterer sprechen auf der internen Teilnehmertagung am 24. Juni 1937 gegen 15 Uhr in der Halle des M. S. „Iberia".

Anläßlich der großen Kundgebung am 25. Juni 1937 um 20 Uhr in der Musikhalle werden Pg. Bernhard Köhler und der Reichsstatthalter und Gauleiter Pg. Karl Kaufmann das Wort ergreifen.

Digitized by Google

Hamburg: Visitenkarte des nationalsozialistischen Deutschland

Niederschmetternd war die Auswirkung der deutschen Wirtschaftsnot für Hamburg. Bis Ende 1932 war der Schiffsverkehr innerhalb von zwei Jahren um vier Millionen Registertonnen vermindert worden. Der Güterverkehr war gegenüber seinem Höchststand im Jahre 1928/29 auf zwei Drittel zusammengeschrumpft. 180 große, moderne Schiffe mit einem Rauminhalt von 770 000 BRT. hatte man aus dem Verkehr gezogen. Der Güterverkehr in den Kaianlagen hatte um die Hälfte abgenommen. Ein Drittel der größten, modernsten Kaianlagen waren stillgelegt. 144 000 Arbeiter waren brotlos. Bauten, die zu Beginn der Wirtschaftskrise begonnen wurden, mußten eingestellt werden — Hamburg war das Abbild des niedergebrochenen Deutschland.

Heute ist diese Hansestadt wieder im steten Aufstieg begriffen. Nachdem nun durch das Großhamburg-Gesetz die Voraussetzungen geschaffen wurden, wird der wirtschaftspolitische Befehl des Führers über den Städteumbau auch hier in die Tat umgesetzt. Hamburg wird zur Visitenkarte des neuen Deutschland:

Eine gewaltige Hängebrücke wird sich über den Hafen spannen, neue Wohnungsbauten werden für die erwerbstätige Bevölkerung in der Nähe des Hafens geschaffen, eine gewaltige Fahrgastanlage, die eine Kaimauer von rund tausend Meter Länge vorsieht und vier 20 000-Tonnen-Dampfern gleichzeitig das Anlegen ermöglicht, ist in Aussicht genommen, eine Uferstraße wird errichtet, ein Hochhaus mit 60 Stockwerken und 250 Metern Höhe wird am Elbufer emporragen, und an der gesamten Uferstraße werden repräsentative Gebäude erstehen. All dies wird innerhalb von 15 Jahren seine Vollendung finden.

Eine ungeheure Arbeit wird hier geleistet werden, und es muß auch hier darauf hingewiesen werden, wie unerschöpflich die Aufgabenfülle für das deutsche Volk ist, und daß es daher nie verlegen sein kann, jedem Volksgenossen neue Arbeitsmöglichkeiten zu schaffen, um sein Recht auf Arbeit zu verwirklichen. Hamburg wird in Zukunft das Gesicht Deutschlands tragen und in seiner Ausgestaltung diesen neuen Geist der Ordnung, Klarheit und überwältigenden Kraft zum Ausdruck bringen. Unt.

Überkapazität der Welthandelsflotte?

Es ist oft behauptet worden, die rege Schiffsbautätigkeit, die die meisten Länder entfalten, führe einmal wieder zu einer ähnlichen Krise der Weltschiffahrt, wie wir sie in den Jahren 1930—1933 erlebten. Besonders weite Kreise der britischen Schiffahrt sehen einen großen Gefahrenfaktor in dem zunehmenden Ausbau der nationalen Handelsflotten, der bei einem neuen Verfall der Frachtenmärkte katastrophale Folgen haben würde. Nur die „geographische Lage" des britischen Imperiums bedinge einen weiteren Ausbau der Handelsflotte Großbritanniens.

In Erörterung der ungünstigen Auswirkungen des Tonnageüberflusses wird häufig auf folgende Zahlenentwicklung verwiesen:

Jahr	Raumgehalt der Welthandelsflotte (nach Lloyd's Register)	Welthandelsvolumen*)
1913	100,0	100,0
1929	144,9	130,0
1932	148,5	96,0
1933	144,0	97,0
1934	139,0	98,0
1935	138,1	103,0
1936	139,0	107,6**

*) Berechnung des Völkerbundes.
**) Geschätzt auf Grund der Ergebnisse von 75 Ländern.

Ursprünglich war ja gewiß dieses ungesunde Verhältnis zwischen Schiffs-

Digitized by Google

tonnage und Welthandelsvolumen der Hauptgrund für die Notlage der internationalen Schiffahrt während der Krisenjahre.

Es ist aber heute verfehlt, in der durch die Schiffsbaupolitik der Länder hervorgerufenen Vergrößerung der Welthandelsflotte eine Gefahrenquelle zu sehen, denn trotz des hohen Bestandes von über 65 Millionen Brutto-Register-Tonnen ist ein beträchtlicher Anteil der Handelsflotten nur mehr beschränkt wettbewerbsfähig und kommt für die Aufrechterhaltung eines rentablen Verkehrs nicht mehr in Frage.

Gerade in den letzten Jahren haben große umgestaltende Erfindungen eine gewaltige Steigerung der Leistungsfähigkeit der Schiffe gebracht. Spezialisierung, Erhöhung der Geschwindigkeit, Verbesserung der Motoren, größere Ladegeschwindigkeit und die Erhöhung der Nutzlast haben die Rentabilität der Neubauten gegenüber älteren Schiffen beträchtlich erhöht.

Deutschland ist auf dem besten Wege, durch seine Neubaupolitik, durch das Abwraken veralteter Schiffe und durch die technische Vervollkommnung die gesunde Aufwärtsbewegung der deutschen Schiffahrt fortzusetzen. Wo.

Worin liegt der Wert von Fischfangflotten für die Volksgemeinschaft?

Wohl immer schon hat der Fischfang und Seefischverzehr im Ernährungswesen des deutschen Volkes eine Rolle gespielt. Hatte man schon zu Zeiten der Hanse den hohen Nährwert und die Bekömmlichkeit des eiweiß- und jodhaltigen Fischfleisches erkannt und dem Absatz von Seefischen weite Gebiete des Binnenlandes erschlossen, so wird doch erst neuerdings dem Fang und Verbrauch von Seefischen, nicht zuletzt im Rahmen des Vierjahresplans und der Erringung der Nahrungsfreiheit ganz besondere Beachtung und weitestgehende Förderung zuteil. Damit erschließt das neue Deutschland eine wertvolle, unversiegbare Nahrungsquelle, die unbedingt dazu befähigt ist, die Einfuhr von sonstigen Lebensmitteln bemerkenswert herabzudrücken.

Der Ruf an alle deutschen Hausfrauen, zweimal wöchentlich ein Seefischgericht in ihren Haushaltsplan aufzunehmen, sowie die Verteilung von Seefischen durch das WHW. an noch bedürftige Volksgenossen, und nicht zu vergessen die großzügig aufgebaute Zusammenarbeit der Hochseefischerei mit der Reichsbahn, die dafür Sorge trägt, daß der sachgemäß verpackte Fisch so schnell wie möglich dem Einzelhandel und somit dem Verbraucher in einwandfrei frischem Zustande zugeführt wird, haben seit 1933 eine stete und bedeutsame Steigerung des Verbrauchs von Seefischen bewirkt. Was abgesehen hiervon nicht in den Brat- oder Kochtopf der Hausfrau gelangt, was an Abfällen und Nebenprodukten nicht dem menschlichen Organismus zugeführt werden kann, wird in entsprechenden Fabriken zu Fischmehl verarbeitet, das, im Viehmagen umgewandelt, als Fleisch am Ende der menschlichen Ernährung doch noch wieder zugute kommt.

Statistisch belief sich der Verbrauch an Seefischen pro Kopf der Bevölkerung 1936 auf insgesamt etwa 12 kg gegen 10,1 kg im Vorjahr bzw. 8,9 kg im Jahre 1934 und 8,9 kg im Jahre 1933. Der Gesamtfang der deutschen Seefischerei belief sich in der gleichen Zeit auf 5,993 Millionen Doppelzentner Fische gegen 4,780 Millionen Doppelzentner bzw. 4,011 Millionen Doppelzentner bzw. 3,873 Millionen Doppelzentner. Der Gesamtwert jener Fangmengen betrug 105,3 Millionen RM. gegen 83,8 Millionen RM. bzw. 71,6 Millionen RM. bzw. 60,4 Mill. RM.

Diese Zahlen liefern den schlagenden Beweis dafür, daß Fischfang und Fischverzehr immer mehr miteinander Schritt halten. In Anbetracht dessen wurden Bauaufträge für 40 neue, schnelle und geräumige Fischdampfer in diesem Jahre an deutsche Werften vergeben (die deutsche Hochseefischerei zählt heute über 350 Dampfer). Ähnliche Bauvorhaben sind für die Jahre 1938 bis 1940 bereits in Aussicht genommen. Zieht man überdies in Betracht, daß allein im Jahre 1936 bereits 19 neue Fischdampfer und sieben Heringslogger, die sich nach den beachtenswerten Erfolgen unserer Walfangflotte während der ersten Fangsaison zur Zeit wieder auf Fang nach dem überaus

Digitized by Google

volkstümlich und preiswert gewordenen „König der Fische" befinden, in Dienst gestellt wurden, so darf man sagen, daß Deutschland durch die von der NSDAP. nachdrücklichst geförderten Maßnahmen im Begriff ist, sich in dem Bedarf an Seefischen von Zufuhren aus dem Ausland mehr und mehr unabhängig zu machen.

Gie.

Reedereien gesunden

Es ist kein Geheimnis, daß die Lage der Reedereien nur eine langsame Besserung erfährt. Die schweren Verlustjahre der Systemzeit haben gerade die größten Überseereedereien ihrer finanziellen Selbständigkeit beraubt. Außerdem mußte sich bei ihnen infolge ihres Geschäftsbereichs mit nahezu völliger Auslandsabhängigkeit die notwendige Beschränkung durch die staatliche Devisenwirtschaft auswirken. Der Staat hat jedoch nicht versäumt, der besonderen Lage der Reedereien durch Zuschüsse für den Valutaausgleich Rechnung zu tragen, um ihre Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Ausland zu verstärken. Es darf dabei jedoch nicht unerwähnt bleiben, daß auch der englischen Trampschiffahrt ein jährlicher Zuschuß von zwei Millionen Pfund gewährt wird.

Die für das Jahr 1936 vorliegenden Abschlüsse der deutschen Großreedereien zeigen, daß die durch den Reprivatisierungsprozeß wieder selbständig gewordenen Gesellschaften die Verluste der vergangenen Jahre stark vermindern konnten und bereits wieder beginnen, Überschüsse herauszuwirtschaften.

Das besondere Augenmerk kann nunmehr wieder in gesteigertem Maße dem Bauprogramm zugewendet werden. Die Ergänzung und Verjüngung der Flotte, um sie leistungsfähiger und betriebswirtschaftlicher zu machen, sind notwendig, um den erhöhten Anforderungen gerecht zu werden. Es hat sich z. B. herausgestellt, daß die deutsche Trampflotte, die aus der Frachtenhausse den Hauptnutzen gezogen hat, um annähernd zwei Millionen Tonnen zu klein ist. Dem Schiffsbauprogramm stehen leider zeitgebundene Schwierigkeiten entgegen, da die deutschen Werften sehr stark durch Auslandsaufträge in Anspruch genommen sind. Es wird in diesem Zusammenhange auf die Spannungen hingewiesen, die sich daraus ergeben, daß der deutsche Überseehandel gezwungen ist, um die nötigen Rohstoffe hereinzubringen, sich in starkem Maße ausländischer Tonnage zu bedienen.

Abgesehen von diesen aus devisentechnischen Gründen notwendigen Einschränkungen stellen wir jedoch eine gesunde Aufwärtsentwicklung fest und sind der Überzeugung, daß auch diese Spannungen durch fortgesetzte, intensivste Arbeit beseitigt werden, nachdem keine Arbeitskraft unausgenutzt bleibt. Die Gewähr dafür bietet die sichere Gewißheit, daß Erschütterungen durch Streiks und Lohnkämpfe, wie sie bei unserem westlichen Nachbarn an der Tagesordnung sind, durch den nationalsozialistischen Arbeitswillen unmöglich werden, und daß jedes Volk, das beharrlich seiner Arbeit nachgeht, auch seine Aufgaben bewältigen kann. Unt.

Auch der Reiseverkehr über deutsche Seehäfen gesteigert

Im Jahre 1933 hatte der von und nach Übersee gehende Reiseverkehr über die Häfen Hamburg und Bremen seinen tiefsten Stand erreicht. Seitdem ist er wieder langsam angestiegen und hat im Jahre 1936 eine weitere Zunahme erfahren. Die Zahl der über die beiden Häfen Aus- und Einreisenden war mit rund 225 000 Personen um 10 v. H. höher als im Jahre 1935. Wie sich der überseeische Reiseverkehr über Hamburg und Bremen entwickelt hat, zeigt folgende Aufstellung:

1933 . . .	160 379
1934 . . .	172 058
1935 . . .	205 471
1936 . . .	225 349

Im vergangenen Jahre betrug die Zahl der Ausreisenden insgesamt 117 803 gegen 101 494 im Jahre 1935. Reichsdeutsche waren hieran im Jahre 1936 mit 54 610 oder 46,4 v. H. der Gesamtzahl (1935: 48 300 bzw. 47,6 v. H.) beteiligt; die Zahl der über Hamburg und Bremen ausreisenden Ausländer erreichte 63 193 oder 53,6 v. H. (53 194 bzw. 52,4 v. H.

Digitized by Google

im Vorjahr). Auswanderer waren an der Gesamtzahl der über die beiden Häfen zugereisten Personen mit 21 542 beteiligt, bei den übrigen 96 261 handelte es sich um andere Ausreisende.

Die Zahl der Einreisenden betrug im Jahre 1936 107 546 gegen 103 977 im vorausgegangenen Jahre; hiervon waren im letzten Jahre 47 525 oder 44,2 v. H. (51 954 bzw. 50 v. H. im Jahre 1935) Reichsdeutsche und 60 021 oder 55,8 v. H. (52 023 bzw. 50 v. H.) Ausländer. Die starke Zunahme der ausländischen Reisenden, deren Zahl sich in Ein- und Ausreise von 105 217 im Jahre 1935 auf 128 214 oder um 17 v. H. erhöhte, ist auf den Zustrom von Fremden zu den olympischen Spielen zurückzuführen.

Auf Hamburg und Bremen verteilte sich der überseeische Reiseverkehr Deutschlands in den letzten beiden Jahren wie folgt:

	über Hamburg	über Bremen
	1935	
Einreisende	73 986	29 991
Ausreisende	67 754	33 740
	1936	
Einreisende	68 449	39 097
Ausreisende	76 865	40 938

Nicht enthalten in den obigen Zahlen sind der überseeische Touristenreiseverkehr und die „Kraft-durch-Freude"-Fahrten. Mit Touristen-Sonderfahrten sind im vergangenen Jahre von Hamburg und Bremen aus 42 264 Fahrgäste befördert worden gegenüber 49 043 im Jahre 1935. Die Zahl der „Kraft-durch-Freude"-Reisenden belief sich 1936 auf 122 483 Personen.

Beu.

Deutscher Wille zur Schiffahrt

Dieses Bild zeigt den deutschen Anteil an den Baubeständen auf allen Werften der Welt; es enthält nur diejenigen Schiffe, die bereits auf Stapel gelegt wurden.

Ende des Jahres	Anzahl der Schiffe	Anteil Deutschlands v. H.	1000 BRT.	Anteil Deutschlands v. H.
1929	741	10,0	2 817,3	9,0
1932	192	16,7	901,1	8,9
1933	216	7,9	756,8	3,0
1934	271	11,4	1 251,7	11,2
1935	393	16,0	1 543,1	16,5
1936	618	18,6	2 251,2	18,1

Digitized by Google

Steigerung des Außenhandels durch das Recht auf Arbeit

Der zweite Vierjahresplan bringt keine Einschränkung sondern lediglich

eine Umschichtung der Gesamteinfuhr,

die ihrerseits wieder nicht ohne Einfluß auf die Zusammensetzung der Ausfuhr sein wird. Es ist dabei von großer Bedeutung, daß der Exportkaufmann alle neuen Entwicklungsmöglichkeiten sofort erkennt und daß er innerhalb der politisch geschaffenen Tatsachen alle Möglichkeiten im weitesten Maße ausnützt.

Von deutscher Seite findet

keine Beeinträchtigung des Welthandels

statt, da an Stelle der nicht mehr eingeführten und im Inlande hergestellten Waren andere Güter eingeführt werden. Das ist aber nur dadurch möglich, weil durch die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit, das heißt durch die Vollbeschäftigung der deutschen Arbeitskraft ein Bedarf entstanden ist, der sofort neue Einfuhrmöglichkeiten an die Stelle treten läßt. Erst durch das Recht auf Arbeit ergeben sich die Voraussetzungen dafür, daß Rohstoffreiheit und Wille zum Welthandel keinen Gegensatz bilden.

Das Recht auf Arbeit leitet eine neue Epoche des Welthandels ein.

Dadurch, daß wir zu arbeiten begonnen haben, sind wir in der Lage, in großem Ausmaß Einfuhr gegen Ausfuhr zu bieten. Bereits durch die großen Einfuhrsteigerungen der ersten vier Jahre hatte Deutschland die Hand zu einem verstärkten zwischenstaatlichen Güteraustausch gereicht. Deutschland hat zur Einleitung eines neuen Welthandels, der in dem Austausch von Spitzenleistungen zu sehen ist, die Initiative übernommen. Die Welt nur einmal in Bewegung zu bringen, das ist das Entscheidende, denn die Welt folgt erfahrungsgemäß mit Anpassungsmaßnahmen.

Erst dann wird der Handelsverkehr mit anderen Ländern steigen und gesichert sein, wenn er nicht zu einer Vernichtung lebenswichtiger Wirtschaftszweige führt. Wenn das Leben des Volkes nicht mehr auf dem Spiele steht, wird sich

auf Grund eines stetigen Inlandsbedarfs und stetiger Leistungssteigerung der Güteraustausch

erst voll entwickeln können und nicht mehr wie bisher in Hemmungen stecken bleiben. Wie Bernhard Köhler unlängst ausführte, „wird am Ende dieser Entwicklung ein zwischen freien Völkern stattfindender Welthandel stehen, der viel reger, viel lebhafter und umfangreicher ist als jener aus der Zeit der kapitalistischen Mangel- und Wucherwirtschaft". Bei der Beurteilung der zukünftigen Welthandelsentwicklung darf nicht von bestimmten, gleichbleibenden Wirtschaftsverhältnissen ausgegangen werden. Deutschland hat nicht nur soviel Bedürfnisse als es gerade durch den Welthandel verdient.

Für die Steigerung des deutschen Außenhandels im Rahmen der Rohstoffreiheit ist es wichtig, daß durch

ständige Leistungssteigerungen und Verbilligungen

immer weniger Arbeitskräfte für die augenblickliche Erzeugung notwendig werden, um diese Arbeitskräfte dann für neue Erzeugung und für die Erzeugung weiterer Ausfuhrwaren einsetzen zu können. Das Ausmaß des Verbrauches, der Vermögensbildung und des zwischenstaatlichen Güteraustausches hängt schließlich davon ab, wieviel die vorhandenen Menschen tagtäglich zu erzeugen und zu leisten vermögen. Ma.

Bedeutungsvolle Schiffahrtsdaten in den Jahren 1936 und 1937

1. Deutschland kündigte am 14. November 1936 die Versailler Bestimmungen über die deutschen Ströme. Damit wurde die deutsche Oberhoheit über die Wasserwege auf deutschem Gebiet wieder hergestellt. Die deutschen Ströme wurden aus den Fesseln von Versailles befreit.
2. Am 16. Februar 1937 konnte der Norddeutsche Lloyd in Bremen auf eine 80jährige Tätigkeit zurückblicken.
3. Die im Jahre 1847 gegründete Hamburg-Amerika-Linie konnte am 27. Mai 1937 ihr 90jähriges Jubiläum begehen.
4. Am 3. Juni 1937 waren es 50 Jahre, daß durch Kaiser Wilhelm I. die Grundsteinlegung zum Kaiser-Wilhelm-Kanal erfolgte. Gr.

Digitized by Google

Wasserstraßen als Instrument der Wirtschaftspolitik

Eine wohlverstandene Wirtschaftslenkung betrachtet es als ihre Aufgabe, auf allen Gebieten die Dinge dafür und dort einzusetzen, wo sie die größte Leistung hervorbringen und am ertragreichsten wirken können. Die Bedeutung dieser Wirtschaftslenkung zeigt folgendes Beispiel:

Aus einem Kubikmeter Holz lassen sich folgende Werte erzielen:

11,— RM., wenn das Holz in gefälltem Zustand verwendet wird, 70,— RM., wenn daraus Papier hergestellt wird, 5000,— RM., wenn daraus Kunstseide hergestellt wird.

Gerade z. B. die Forderung nach wirtschaftlicher Verwendung des Holzrohstoffes, dem im Rahmen des 2. Vierjahresplanes außerordentlich große Bedeutung zukommt, wird schließlich dadurch auf natürliche Weise zu lösen sein, daß durch den Ausbau der Wasserstraßen die Verkehrsferne überwunden wird. Besonders bei solchen Massengütern, die sonst einen sehr hohen Frachtanteil haben und deren Vorkommen an bestimmte Standorte gebunden sind, ist die Möglichkeit, sie auch aus entlegenen Gebieten stets dem jeweils besten Verwendungszweck zuzuführen, in besonderem Maße von der Größe der Frachtkosten abhängig.

Nachdem bei der Schiffahrt die Länge der Entfernung eine untergeordnete Rolle spielt, erhöht deshalb ein gut ausgebautes Wasserstraßennetz die Wettbewerbsfähigkeit solcher Unternehmer, die bisher einen beschränkten Absatzkreis hatten, obwohl sie zu den Leistungsfähigen zu rechnen sind. Je weniger die Entfernung in Preisunterschieden zum Ausdruck kommt, um so mehr ergeben sich die im Interesse des Leistungswettbewerbes gewünschten gleichen Startbedingungen.

Wenn eine notwendige Vergrößerung in der Güterversorgung nur dadurch möglich ist, daß Anbieter berücksichtigt werden, die mit höheren Frachtkosten zu rechnen haben, dann muß sich in der Regel der Marktpreis erhöhen. Diese für den Ausbau unserer heimischen Produktivkräfte ungünstige Wirkung wird durch ein gut ausgebautes Wasserstraßennetz aufgehoben.

Wir sehen auch hier wieder, wie sehr es erste Aufgabe einer Wirtschaftspolitik ist, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß das im Interesse des Volksganzen gewünschte Ziel eintreten kann, ohne daß sich Begleiterscheinungen zeigen müssen, die auf eine vergangene Epoche lähmend gewirkt haben.

Durch Wasserstraßen zur besten Rohstoffverwendung und zur Annäherung an gleiche Wettbewerbs- und Startbedingungen! Ma.

Gesteigerte Leistungsfähigkeit der Schiffahrt und der Wasserstraßen

Je billiger und besser die Raumübertragung von Gütern geschieht, um so größer der Umsatz. Erst die Vervollkommnung des Verkehrs und der Verkehrsmittel hat den gesteigerten Güteraustausch ermöglicht. Jeder Fortschritt im Verkehrswesen vergrößert den Raum, innerhalb dessen wirtschaftliche Beziehungen möglich sind; daraus ergeben sich auch für die Wirtschaft neue und stärkere Beschäftigungsmöglichkeiten.

Für die Schiffahrt ergibt sich daraus die Notwendigkeit, ständig eine Erneuerung der überalterten Tonnage vorzunehmen. Früher hat ein Zuviel an Schiffsraum jede Initiative unterbunden und direkt lähmend gewirkt. Anstatt durch Verbesserungen einen Beitrag zur Bekämpfung der Krise zu leisten hat man ängstlich darauf gesehen, daß nicht durch Neubau das sogenannte Überangebot vergrößert wurde. In einer nationalsozialistischen Leistungswirtschaft jedoch ist etwas, was nicht mehr leistungsfähig ist, nicht als Überangebot anzusehen.

Der Ausbau der heimischen Produktivkräfte im Rahmen der Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit und des zweiten Vierjahresplanes weist im besonderen Maße auch der Binnenschiffahrt neue Aufgaben zu, weil sie das bei weitem billigste Transportmittel ist. Die Binnenwasserstraßen sollen nicht nur die Verbindung zwischen den Wirtschaftsgebieten herstellen, sondern auch die Erzeugung anregen und steigern. In einem Fall wirken die Verkehrsmittel als „Mittler" für die durch den zweiten Vierjahresplan in Bewegung gesetzten Wirtschafts-

Digitized by Google

kräfte und im anderen Fall als „Neugestalter" für die Vermehrung des Güteraustausches.

Der verkehrswirtschaftliche Wert einer Binnenwasserstraße hängt von der Bedeutung und Entwicklungsfähigkeit der durch ihn zu verbindenden Wirtschaftsgebiete ab. Andererseits hängt die Verkehrsdichte einer Wasserstraße auch von ihrer Brauchbarkeit und Zuverlässigkeit ab, denn von dieser wird die Steigerung der Fahrgeschwindigkeit, die Größe der Schiffe und die Ausnutzung der Ladefähigkeit beeinflußt. Die Ladefähigkeit kann unter Umständen bis auf weniger als die halbe Ladung zurückgehen. Deshalb hat auch z. B. für Hamburg die Niedrigwasserregulierung der Elbe und die Möglichkeit der Zuschußwasserabgabe (Sammelbecken) größte Bedeutung.

Die Steigerung der Leistungsfähigkeit der Binnenschiffahrt und der Binnenwasserstraßen stärkt den deutschen Außenhandel und bedeutet somit wiederum Belebung der deutschen Seehäfen sowie der deutschen Seeschiffahrt. Ma.

Wirtschaftspolitik und Ausland

Auslandsstimmen über die Erfolge . . . der deutschen Schiffahrt

Die englische Schiffahrtszeitung *Lloyds List and Shipping Gazette* schreibt in einer Jahresübersicht über 1936:

Jetzt, nachdem das Jahr 1936 vergangen ist, kann man sagen, daß die Maßnahmen, die man zur Belebung und Reorganisierung der deutschen Schiffsindustrie getroffen hat, in einem sehr zufriedenstellenden Maße von Erfolg begleitet gewesen sind, und daß sie die deutschen Schiffahrtsgesellschaften wieder auf gesunde Grundlagen gestellt haben. Das Ziel der Reorganisierung ist das gewesen, den einzelnen Schiffahrtsgesellschaften ein höheres Maß von Aktionsfreiheit zu garantieren, so daß die Tätigkeit der gesamten deutschen Schiffahrt gesteigert werden konnte. Die getroffenen Maßnahmen haben bereits Ergebnisse hervorgebracht, die erkennen lassen, daß man den richtigen Kurs verfolgt hat.

So urteilt ein englisches Fachblatt über die Erfolge der deutschen Schiffahrt im nationalsozialistischen Staat. Ein Urteil von Leuten, die fachlich auch etwas verstehen, — und weiter Leute, die bestimmt keinen Anlaß haben, der deutschen Schiffahrt ein unberechtigtes Lob zukommen zu lassen, da ja die englische Schiffahrt sich in scharfem Wettbewerb mit der deutschen Schiffahrt befindet.

. . . der deutschen Fischerei

Die französische Fischereizeitschrift *La Pêche Maritime, La Pêche Fluviale et La Pisciculture* (Paris, März 1937) schreibt:

Die von der Fischindustrie während der letzten Jahre erreichten Resultate haben im deutschen Volk die große Bedeutung aller Zweige dieser Industrie im Hinblick auf die Ernährung und das Wohlergehen der deutschen Nation gezeigt. Die Hochseefischerei hat einen bedeutenden Aufschwung genommen und die verschiedenen Fischreedereien können bestätigen, daß die jahrelange Krise jetzt als beendigt angesehen werden kann. Der deutsche Wirtschaftsaufstieg hat eine ständige Produktions- und Absatzsteigerung ermöglicht

Die während der letzten beiden Jahre erzielten Resultate haben alle früheren Rekorde geschlagen und können nicht nur als befriedigend, sondern vielfach sogar als wirklich erstaunlich bezeichnet werden.

Ebenso wie die französische Fachzeitschrift erkennt auch das schottische Fachblatt *The Fishing News* (Aberdeen, 22. Mai 1937) die Erfolge der deutschen Fischerei in einer längeren Abhandlung rückhaltlos an. In einer früheren Nummer (20. Februar 1937) schon hatte *The Fishing News* ihre Leser über den Stand der

Digitized by Google

deutschen Hochseefischerei unterrichtet. Das Blatt stellte dabei sachlich fest, daß in den vergangenen vier Jahren seit 1932 allein die Dampfschleppnetzfischerei um 30 Fischdampfer und 53 Logger vermehrt worden ist, und daß sie im Rahmen des Vierjahresplans um weitere 35 Fischdampfer und 60 bis 70 Logger vergrößert werden soll. Den Bedarf an Matjes- und Salzheringen habe Deutschland im Vorjahre bereits in einer Höhe von 800 000 Tonnen selbst decken können.

Abgesehen von einer Vermehrung der Fahrzeuge sorgt der Vierjahresplan für eine berufliche und soziale Förderung der in der Fischerei Beschäftigten.

Diese Zitate sprechen für sich selbst. Die deutschen Erfolge auf dem Gebiete der Schiffahrt und Fischerei sind so eindeutig, daß auch das Ausland — soweit es sachlich darüber urteilt (und die Urteilsfähigkeit nicht durch Mißgunst getrübt ist) diese Erfolge voll anerkennen muß. Ge.

Deutschland führt im Motorschiffbau vor England

Die norwegische Zeitung *Norges Handels- og Sjöfarts-Tidende v. 5. 5. 1937* untersucht den Stand des deutschen Schiffbaues. Sie kommt dabei zu dem Ergebnis, daß der wirkliche Auftragsbestand der deutschen Werften am 1. April schon über eine Millionen BRT. betragen hat.

„Deutschland baut heute mehr Motorschiffe als irgend ein anderes Land, Großbritannien mit inbegriffen"

Diese Entwicklung ist natürlich auch in England nicht unbemerkt geblieben. Im *Fairplay (London 1. 4. 37)* sagt ein Vertreter britischer Werften bei einer Besprechung der Schwierigkeiten des englischen Schiffbaues wörtlich: *Besonders ärgerlich ist es für die britischen Schiffbauer zu sehen, wie Kunden Kontrakte in Deutschland unterbringen.* Daß der Grund dafür nicht in der besseren Leistungsfähigkeit der deutschen Werften, sondern anderswo gesucht wird, ist bei einem Vertreter britischer Werften nur zu natürlich, kann uns aber hier nicht weiter berühren.

Wir wollen hier allerdings auch nicht übersehen, daß es die britische Wirtschaft nicht bei ihren Unmutsäußerungen über die deutsche Konkurrenz bewenden läßt, daß sie vielmehr versucht, mit Mitteln gegen die deutsche Konkurrenz anzugehen, die zwar nicht mehr zu einem fair play gehören, dafür aber um so wirksamer sind. Es ist kein Geheimnis mehr, daß die Engländer mit allen Mitteln versuchen, uns Eisenerze vor der Nase wegzuschnappen, wo immer nur es ihnen möglich ist. Schließlich aber stellt die Eisenerzversorgung die Grundlage für die Eisenindustrie und im weiteren Verlauf auch für den Schiffbau dar. Es erweist sich hier wieder einmal die unbedingte Notwendigkeit des Vierjahresplans, dessen Durchführung uns dazu verhelfen soll, alle „friedlichen" und unfriedlichen Angriffe auf die deutsche Wirtschaft abzuwehren. Ge.

Sieht das Ausland unsere Exportnotwendigkeit ein?

Ein Teil der Auslandspresse sieht in der nationalsozialistischen Außenhandelspolitik immer noch nichts anderes als unser Bestreben, koste es was es wolle, die Wirtschaft der Nachbarländer zu schädigen. Dabei wird die Selbstverständlichkeit unterdrückt, daß Deutschland Waren nur insoweit einzuführen imstande ist, als das Ausland seine Erzeugnisse abnimmt. Das Ausland, das zwar die prompte Bezahlung unserer Schulden fordert, aber unserer Ausfuhr die größten Schwierigkeiten bereitet, ist an dem gegenwärtigen Zustand der Handelsbeziehungen selbst schuld. Die deutsche Ausfuhr begegnete in den letzten Jahren in steigendem Maße Hemmnissen, die bedingt sind durch die Devisenbewirtschaftung der Einfuhrländer, durch steigende Schutzzölle, durch Kündigung von Handelsverträgen und durch Boykott.

Unter diesen Umständen kann man es uns schließlich auch nicht verdenken, daß wir zunächst die Güter einführen, die für uns lebenswichtig sind, und nicht jene, an deren Absatz die Hersteller besonders interessiert sind.

Verantwortlich für diese Entwicklung ist jene starre Politik, die die Vereinigung

Digitized by Google

des politischen und wirtschaftlichen Widersinns der Nachkriegszeit hinauszuzögern sucht, weil sie sich aus der Aufrechterhaltung der durch den Versailler Friedensvertrag herbeigeführten Unordnung Vorteile erhofft. Schuldig an der Lage ist schließlich auch die ungerechte Rohstoffverteilung, die die Schwierigkeiten bei allen Ländern wesentlich erhöhen muß.

Nicht zuletzt aber ist in diesem Zusammenhang auch die Währungspolitik einer Reihe unserer Konkurrenten am Weltmarkt zu nennen. Die Wirkung dieser Valutaentwertungen ist die, daß für die Ausfuhr der betreffenden Länder gewissermaßen Prämien bestehen, daß andererseits für die Einfuhr deutscher Waren in diese Länder eine erhöhte Schutzzollmauer errichtet wird. Wie sehr unser Export erschwert werden muß, ist u. a. aus folgenden Zahlen ersichtlich:

Die Entwertung der Währung

Englands beträgt etwa	40 v. H.,
der der Vereinigten Staaten	41 v. H.,
der Japans	65 v. H.,
der Dänemarks	51 v. H.
	Kr.

Querschnitt durch das Schrifttum

Kurzweilige Wirtschaftskunde

Oesterheld, Geld und Gut, Eine kurzweilige Wirtschaftskunde, Felix-Meiner-Verlag, Leipzig 1936. 245 Seiten, gebunden RM. 4,80.

Gleichfalls eine Einführung in die Wirtschaft will das im Felix-Meiner-Verlag erschienene Buch „Geld und Gut" sein. Es nennt sich eine kurzweilige Wirtschaftskunde und ist denn auch so kurzweilig, daß man es in einem Zuge herunterlesen kann, und sich manchmal ein Lächeln kaum unterdrücken läßt. Wenn man es aber gelesen hat, dann merkt man plötzlich, daß man wohl einige schemenhafte Vorstellungen von wirtschaftlichen Dingen hat, daß aber von einem konkret verwertbaren Wissen nicht die Rede sein kann. Und darin zeigt sich auch die Gefahr, die diesem und ähnlichen Büchern anhaftet. Der Leser glaubt, daß er etwas weiß, und tatsächlich ahnt er nur etwas. Einige Fragen, die sich nicht so in wenigen schön klingenden Worten darstellen lassen, werden einfach vergessen. Der jedem Abschnitt anhängende Teil, in dem in kurzen Worten wichtige Fachausdrücke und ähnliches erklärt werden, gibt dem Buch für den Laien einigen Wert als Nachschlagewerk.

Die erfreulichen Ansätze in wirtschaftspolitischer Anschauung werden durch andere Seitensprünge wieder beseitigt. Eine Ideallösung stellt also auch dieses Buch nicht dar. Hlz.

Aktuelle Probleme

Dr. Bruno Riesewetter, „Die neuen Aufgaben der deutschen Volkswirtschaft"; Paul Schnoeckel, „Das deutsche Kolonialproblem", Schriften der Deutschen Hochschule für Politik, Junker- und Dünnhaupt-Verlag, Berlin, 1937, Preis je Heft 0,80 RM.

Durch den fortlaufenden Einsatz aller zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte zur Lösung der volkswirtschaftlich notwendigen Aufgaben, die in der Vergangenheit zum Teil versäumt wurden, erhielten wir erst einen klaren Überblick über die tatsächliche Ernährungs- und Rohstoffgrundlage des deutschen Volkes.

Die Schrift von Dr. Riesewetter „Die neuen Aufgaben der deutschen Volkswirtschaft", erschienen in der Schriftenreihe der Deutschen Hochschule für Politik, bringt hierüber reiches Zahlenmaterial und behandelt alle wichtigen Fragen des Vierjahresplanes. Der Verfasser geht in seinen Ausführungen von den Begriffen Wirtschaft und Volkswirtschaft aus, wie sie den Gedankengängen Bernhard Köhlers entsprechen, und weist vor allem auch auf den bedrohlichen Mangel an Arbeitskräften hin, der sich später noch verstärken wird.

Das Kolonialproblem, das hier unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten betrachtet wird, erfährt eine eingehende Behandlung in einer weiteren Schrift derselben Schriftenreihe: Paul Schnoeckel „Das deutsche Kolonialproblem", die

Digitized by Google

vor allem seine politische Bedeutung hervorhebt und drei Probleme herausstellt, an deren Lösung nicht nur unsere, sondern auch spätere Generationen zu arbeiten haben: das Fern-Ost, das Farbigen- und das bolschewistische Problem. Die Schrift zeigt die bedeutungsvollen Veränderungen, die sich nach dem Weltkriege selbst zu Ungunsten der Siegermächte vollzogen haben, unter besonderer Berücksichtigung der neugeschaffenen Lage im Mittelmeer durch die italienische Eroberung Abessiniens.

Die größte Gefahr für die europäischen Kulturstaaten droht von seiten des Bolschewismus. „Es muß die Aufgabe aller Staaten sein, die nicht dem Elend und nicht der Vernichtung anheimfallen wollen, sich an der deutschen Kraft aufzurichten und diese unbesiegbar zu gestalten. Dies kann geschehen, indem man Deutschland die notwendige Bewegungsfreiheit, Rohstoffquellen, damit wirtschaftliche Existenz verschafft, d. h. indem man Deutschland seine überseeischen Provinzen in Afrika und in der Südsee zurückgibt." Unt.

Buch-Übersichten

Dr. H. Merkel und Dr. H. Buwert, Allgemeine Volkswirtschaftspolitik; Verlag W. Kohlhammer, Leipzig 1937; 78 Seiten. Kart. 1,80 RM.

Die Schaeffer-Grundrisse sind außerordentlich klar und übersichtlich gegliedert, sie geben dem Fachmann wie dem Nichtfachmann einen leichten Überblick über die verschiedensten Gebiete des Rechtes und der Wirtschaft.

Das Vertrauen zu diesen Grundrissen ist allerdings schnell erschüttert, wenn man feststellt, daß bei all den vielen gebotenen Übersichten wichtigste Tatsachen übersehen wurden. Es mutet uns sonderbar an, wenn bei dem Grundriß „Allgemeine Volkswirtschaftspolitik" von den nationalsozialistischen Grundsätzen der Wirtschaftspolitik so gut wie gar keine Rede ist. Politik ist außerdem eine Angelegenheit der politischen Führung, also der Partei. Wenn man demnach Organisationsfragen der Wirtschaftspolitik behandelt, wird man zuerst die Parteistellen nennen müssen. Es geht aber nicht an, diese einfach außer acht zu lassen, dafür aber Selbstverwaltungskörperschaften mit allen ihren Gliederungen umständlichst aufzuzählen. Sch.

Welchen Weg nimmt unser Außenhandel?

Die Bewegung unseres Außenhandels ist bestimmt durch die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik und die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit. Die Stellungnahme unserer Wirtschaftspolitik zum Welthandel gibt **Bernhard Köhler** *in den Schriften*

Neue Weltwirtschaft
Deutschland in der Weltwirtschaft

im Deutschen Verlag für Politik und Wirtschaft, Berlin W 50.

Wille zum Welthandel

(Erschienen in den 20-Pfennig-Schriften zur Wirtschaftspolitik),

Sklavenarbeit oder Welthandel?

(Erschienen in den 10-Pfennig-Schriften zur Wirtschaftspolitik)

Grundlegend sind die beiden letztgenannten Schriften, die beide im Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München 2 NO, erschienen sind.

Heft 11: Seite 15 Spalte 2, Abs. 3, Zeile 13: Gerüche anstatt „Gerüchte"; Seite 17 Spalte 2, Abs. 4, Zeile 8: 1 Milliarde anstatt „1 Million"

Verantwortlicher Schriftleiter: Udo Pfriemer, München 43, Karlstraße 24, Fernruf: 54050 / Nachdruck auch auszugsweise nicht gestattet, es sei denn, daß eine ausdrückliche vorherige Genehmigung der Schriftleitung erteilt ist / Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, Thierschstraße 11 / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Nur durch die Dienststellen der NSDAP. / Erscheinen: Zweimal im Monat / Preis des Heftes: 15 Pfennig

Digitized by Google

Mitteilungen der Kommission für

Wirtschaftspolitik der NSDAP

Heft 13 Jahrgang 2

Nachdruck - auch auszugsweise - nicht gestattet!

HC
286.3
.A1
N28
v. 2
no. 13

Der Führer

am 30. Januar 1937

Seit 18 Jahren können wir das köstliche Schauspiel erleben, daß unsere wirtschaftlichen Dogmatiker in der Praxis auf fast allen Gebieten des Lebens widerlegt worden sind, allein nichtsdestoweniger die praktischen Überwinder des wirtschaftlichen Zusammenbruchs als Vertreter ihnen fremder und daher falscher Theorien ablehnen und verdammen.

Aus dem Inhalt:

Der Führer sprach

Carl Fluhme: Amokläufer Gold

Oskar Krüger: Die „Kreditfunktion" des Großhandels als Hindernis der Verbilligung

Hans Unterberger: Das Recht auf Ausbildung

Erwin Rogalski: Das bolschewistische Plagiat des Rechtes auf Arbeit und die Frau

Welche Währung ist stabil?

Der gestiegene Reallohn

Die Verbilligung marschiert

5. Juli 1937

Zentralverlag der NSDAP

UNIV. OF MICH. LIBRARY

Digitized by Google

Der Führer sprach:

„Die Arbeit ist allein die Grundlage des Geldes"

Die Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. hat zum Ausgangspunkt ihrer wirtschaftspolitischen Arbeit von Anbeginn das Recht auf Arbeit gemacht, in welchem der Nationalsozialismus die Grundlage aller Kultur erblickt.

Diese Grundlage ist vom Führer in seiner großen Regensburger Rede vom 6. Juni 1937 anläßlich des Gautreffens des Grenzgaues Bayerische Ostmark erneut eindeutig unterstrichen worden, indem er

vier Aufgaben des Nationalsozialismus

aufzeigte, die dieser zu bewältigen habe:

1. Ein Volk zu schaffen,
2. diesem Volk das tägliche Brot durch Arbeit zu sichern,
3. dieses Volk und seine Arbeit zu beschützen, ihm wieder die Freiheit und Ehre und damit die Macht zu geben und
4. in ihm wieder eine neue höhere soziale Gemeinschaft zu errichten.

Diese Aufgabenstellung, die nun seit über vier Jahren in die Praxis umgesetzt wird, ist politisch und damit wirtschaftspolitisch nur dadurch ermöglicht worden, daß der Nationalsozialismus die Unsittlichkeit der früheren Anschauungen und Zustände beseitigte, indem er die Bürgschaft und den Schutz des Rechtes auf Arbeit übernahm. Dieses Recht beinhaltet, wie es Bernhard Köhler in seiner grundlegenden Schrift „Recht auf Arbeit" (Sonderdruck des Zentralverlages der NSDAP., München 1932) vor Jahren schon festgestellt hat:

> Das Recht auf Unterhaltserwerb und das Recht auf Leistung, welches das Entgeltrecht, das Recht der Persönlichkeit, das Recht des Wirkens auf die Umwelt und das Recht zur Schaffung persönlichen Lebensraumes in sich trägt.

Es bedeutet aber weiter

> die Herstellung der Sicherheit und Unabhängigkeit der Leistung,
> die Forderung des gemeinen Nutzens, die Sicherheit vor Entrechtung und Ausbeutung,
> es bedeutet schlechthin: Gerechtigkeit.

Diese Gesichtspunkte müssen immer wieder herausgestellt werden, um die Vorstellung vom Recht auf Arbeit kristallklar greifbar zu machen und nicht durch den ausschließlichen Gebrauch des Begriffes zur Phrase herabzuwürdigen.

Genau dieselben Gesichtspunkte sagte der Führer mit anderen Worten in seiner Regensburger Rede, wenn er sich so an den einzelnen Volksgenossen wandte:

> „Deutscher Mann, du brauchst deinen Kopf nicht mehr zu senken, du bist jetzt wieder gleichberechtigt und kannst stolz erhobenen Hauptes durch die Welt gehen! Denn du weißt: Niemand rührt dich an, ohne daß dich nicht das ganze Volk

Digitized by Google

R. Th. Myers
6-19-61

in Schutz nimmt! Diese Gleichberechtigung ist aber auch die einzige Voraussetzung für das Wirksamwerden unserer unermeßlichen wirtschaftlichen Arbeit, denn wer soll überhaupt wirtschaftlich tätig sein, wenn er sich nicht dessen bewußt sein kann, daß der Ertrag seiner Arbeit ihm weder geraubt noch verkürzt werden kann? Wer will für die Zukunft wirtschaftliche Projekte ersinnen, wenn er nicht die Sicherheit besitzt, die allein die Freiheit einem Volk geben kann? Es gäbe keine wirtschaftliche Unternehmung, wenn nicht der stählerne Schild der nationalen Wehr darübergehalten würde!"

Die praktischen Folgen und Erfolge dieser wirtschaftspolitischen Grundauffassung

aber stellte der Führer unter Beweis, indem er folgendes erklärte:

„Wir haben keine Politik billiger volkstümlicher Phrasen betrieben. Wir haben das Geld seines phantomhaften Charakters entkleidet und es in die Rolle gebracht, die ihm zukommt: nicht Gold und nicht Devisenbestände, sondern die Arbeit allein ist die Grundlage des Geldes! Es gibt keine Steigerung des Lohns, wenn nicht eine Steigerung der Produktion Hand in Hand damit geht. Mit dieser Wirtschaftserkenntnis haben wir sieben Millionen Arbeitslose auf rund 300 000 dezimiert und dabei für alle wesentlichen Lebensgüter die Preise fast vollständig stabil erhalten. Überall wird heute gearbeitet. Der Bauer bestellt seine Felder, der Arbeiter liefert für ihn die Fabrikprodukte, eine ganze Nation ist tätig. Es geht aufwärts!

Wir erinnern uns hierbei an die Kampfzeit, in der der Führer immer wieder gegenüber der Flickpolitik des Weimarer Systems, insbesondere auch gegenüber Brüning, der heute als Professor Dr. Jan Anderson amerikanische Studenten mit seiner Weisheit beglückt, auf die unabdingbare innere Verflechtung und Verkettung der wirtschaftlichen Gegebenheiten und Erfordernisse hinwies. Diese damalige Erkenntnis ist konsequent beibehalten und in die Tat umgesetzt worden. Ja, sie ist in ihrer Wirklichkeitswucht nie so stark jedem einzelnen Volksgenossen sichtbar geworden wie

im zweiten Vierjahresplan.

Hierauf kam der Führer in seiner Würzburger Rede am 27. Juni 1937 gelegentlich des Gautages des Gaues Main-Franken zu sprechen. Auch hier betonte er, daß für die nationalsozialistische Wirtschaftsauffassung nicht entscheidend sei, was an Geld gedruckt und ausgegeben werde, sondern das, was an Arbeitswerten hinter dem Gelde steht. Allein die Steigerung der Produktion komme dem ganzen Volke zugute, und der Nationalsozialismus sei auf Grund seiner Überzeugung und Gesinnung entschlossen, das ganze Volk immer mehr und mehr steigend an den Ergebnissen der ungeheuren Arbeitsintensität teilnehmen zu lassen. Hierin liege auch eines der Ziele des zweiten Vierjahresplanes, wenn er die Unabhängigmachung, nicht aber den Rückzug aus der Umwelt verfolge:

Digitized by Google

„Der Vierjahresplan soll Deutschland nur davor bewahren, von jedem Dritten nach Belieben erpreßt werden zu können. Wir wollen mit ihm gewisse Grundlagen unserer Nationalwirtschaft sicherstellen, und keine Macht der Welt oder gar die Reden fremder Staatsmänner können uns auch nur einen Zentimeter davon abbringen."

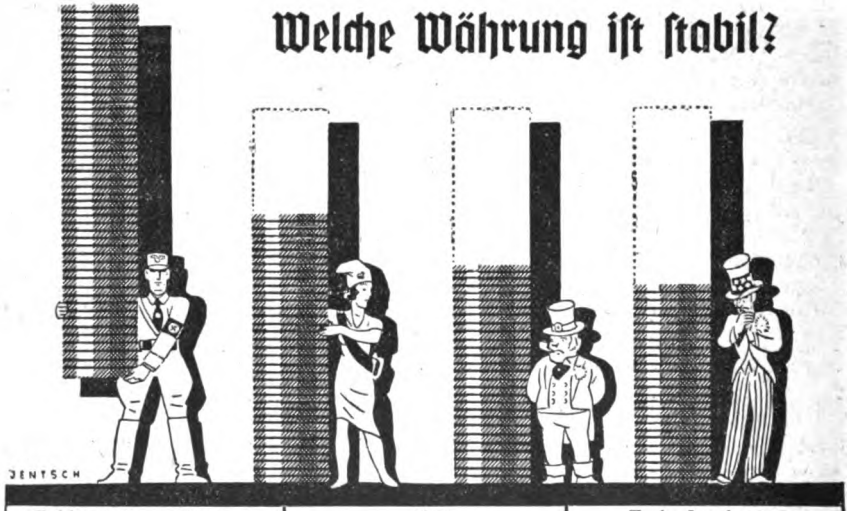
Damit ist erneut

der unbeirrbar gerade Weg der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik

festgestellt und bewiesen. Er umfaßt nicht nur die deutsche Binnenwirtschaft, sondern auch die Außenwirtschaft bis in die kleinsten Verästelungen.

Es kommt darauf an, nicht über Kleinigkeiten zu stolpern, sondern sich immer die große wirtschaftspolitische Linie und die auf ihr schon erreichten Stationen zu vergegenwärtigen, wie sie der Führer in seiner Regensburger und Würzburger Rede in ihrer ganzen Monumentalität vor uns erstehen ließ, um die Überzeugung in jeden Volksgenossen unerschütterlich tief und fest einzurammen: Das Recht auf Arbeit ist der Sozialismus.

Fl.



Goldparität = 100 +	1929	Ende April 1937
Deutschland	99,97	100,60
Frankreich	99,93	72,60++
Großbritannien	99,80	60,56
Ver. Staaten von Amerika	100,00	59,58

+) Die Angaben für 1929 wurden dem Statistischen Jahrbuch 1936, die für 1937 den Währungsübersichten der Deutschen Bank und Diskontogesellschaft entnommen.

++) Errechnet auf Grund der Berliner Notierung.

Wo.

Digitized by Google

Carl Fluhme:

Amokläufer Gold!

Ein Richtigkeitsbeweis nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik

Deutschland erlebt bei einem Blick über die Grenzen seiner seit 1933 zielbewußt auf die Festigung der Binnenwirtschaft gerichteten Wirtschaftspolitik ein Schauspiel von seltsamem Reiz: das goldene Kalb hat sich von seinem „klassischen" Pflock losgerissen, an den es die internationale Hochfinanz angebunden hatte, — nachdem sie im übrigen dem Kälbchen einen Weideplatzwechsel nur dann gestattete, wenn es ihren politischen und wirtschaftlichen Spekulationsträumen paßte.

Die Weltfinanz schlägt sich mit ihren eigenen Waffen

Wir haben schweigend zusehen müssen, wie ein verblendeter Siegerwahn seit 1919 die deutsche Auspowerung und Verknechtung politisch und damit wirtschaftspolitisch betrieb, um die deutsche Volkswirtschaft immer tiefer in die Arme des internationalen Leihkapitals hineinzutreiben, dessen erdrosselnde Umarmung der deutschen Wirtschaft nur immer so viel Luft ließ, daß sie unter Aufbringung aller und auch ihrer letzten Kraft nur die Geschäfte des internationalen Finanz- und Leihkapitals besorgen konnte und selber am Hungertuch nagte.

Wir haben auch später nicht übermäßig viel von dem geredet, was wir über diese Methoden dachten, aber nie vergessen, daß es in Adolf Hitlers „Mein Kampf" S. 233 heißt: „Der Kampf gegen das internationale Finanz- und Leihkapital ist zum wichtigsten Programmpunkt des Kampfes der deutschen Nation um ihre wirtschaftliche Unabhängigkeit und Freiheit geworden." Dieser Satz an sich schon war ein Programm, und allein die Tatsache des zweiten Vierjahresplanes beweist, daß, wenn der Nationalsozialismus etwas Grundsätzliches sagt, die entsprechende Tat nicht ausbleibt.

Im Bewußtsein hiervon haben wir schließlich wiederum geschwiegen und mit einiger bescheidener Schadenfreude schamhaft gelächelt, als sich vor einiger Zeit in den Augen der Weltfinanz das angebetete goldene Kalb in einen „Goldschreck", in das „goldene Gespenst", verwandelte und seinen Amoklauf durch die seligen Gefilde einiger ausländischer Goldwährungen zum Entsetzen der auf sie eingeschworenen Völker begann.

Der grundsätzliche wirtschaftspolitische Denkfehler

Man hat zunächst versucht, ihm mit dem herzstärkenden Bromural der Abwertung seine Bocksprünge zu versalzen, um es wieder an dem bewährten Pflock der klassischen Goldtheorien festzulegen. Das hat nicht allzuviel geholfen. Denn man hatte übersehen, daß der Irrsinn von 1919 die strukturellen Voraussetzungen eines Gelingens völlig verändert hat; und man kann schließ-

Digitized by Google

lich nicht von einer durch einen katastrophalen Bergsturz in eine Schutthalde verwandelten Wiese verlangen, daß sie sich auf Kommando in erstklassiges Weideland zurückverzaubert. Aber ebensowenig Verständnis haben die Eigener des goldenen Kalbes dafür, daß man ihm vormachen wollte, Steine seien saftiges, grünes Gras.

Nach deutscher Auffassung liegt hier bei den anderen ein ganz kleiner Denkfehler vor, den man (mit Bernhard Köhler) hinsichtlich seines Ursprunges so umschreiben kann:

> „Wirtschaftspolitik geht auch gedanklich nicht von der Wirtschaft, sondern von der Politik aus, ist also gar nichts anderes als Politik selbst. Daher wird Wirtschaftspolitik nicht von Wirtschaftsmächten ... getrieben."

Und dann haben gerade diese letzteren immer noch nicht begriffen, daß es etwas gibt, was wir Volks-Wirtschaft nennen, obgleich gerade sie unsere unübertrefflichen Lehrmeister auf dem Wege zu dieser Erkenntnis waren. Ihren Inhalt hat wiederum Bernhard Köhler so ausgedrückt: „Die nationalsozialistische Wirtschaftsführung erkennt keine übergeordnete Macht an, die in die Arbeitsführung und Arbeitsleistung des deutschen Volkes einzugreifen hätte. Wenn es eine stumpfsinnige ältere Generation nicht wahrhaben will, so soll jeder junge Deutsche es eingehämmert erhalten, daß die Zeit der Entrechtung und Ausbeutung Deutschlands uns eine Leistungsminderung gekostet hat, die dem Werte von zwei vollen Arbeitsjahren des ganzen deutschen Volkes gleichkommt. Nach dem heutigen Geldwert berechnet, bedeutet dies ein Mindereinkommen des deutschen Volkes von 120 Milliarden Mark und eine Vermögensminderung von mehr als 30 Milliarden Mark."

„Es gibt keinen Reichtum, der von Natur erhalten bleibt"

Das weithin sichtbare Beispiel des Gegenteils der erwähnten grundsätzlichen Auffassung liefert die Goldpanik in England. Die dortigen privaten „Goldhorter" konnten plötzlich ihr Gold gar nicht schnell genug loswerden. Aber was waren die Gründe? Die Möglichkeit der Aufwertung des Dollars gegenüber dem Pfundkurs und dem Goldpreis, verbunden mit einer überstürzten Flucht in den Dollar; andere wieder fürchten die daraus sich ergebende weitere Abwertung des Pfundes und wollen nun noch schnell ihre früheren Abwertungsgewinne realisieren. Welche Wirkung die Verwirklichung dieser Beweggründe volkswirtschaftlich hat, wissen wir am besten aus der eigenen Vergangenheit, nur daß man in England den Grundsatz des Gemeinnutzens auch heute noch nicht anerkennt. Das führt dann zur Vorherrschaft eigennütziger und nur rein spekulativer Momente. Für uns ist diese Entwicklung immerhin auch noch aus einem anderen Grunde bemerkenswert, nämlich hinsichtlich der Richtigkeit des von der Kommission für Wirtschaftspolitik stets und seit Jahren in den Vordergrund der wirtschaftspolitischen Betrachtung gestellten Satzes:

Digitized by Google

„Es gibt keinen Reichtum, der von Natur erhalten bleibt. Er kann nur durch Arbeit erhalten werden." (Bernhard Köhler, Recht auf Arbeit, Seite 8.)

„Wirtschaftspolitik" unter dem Wahn des Primates der Wirtschaft

Nun ist es aber darüber hinaus außerordentlich interessant, immer wieder zu sehen, wie die seit Jahren ins Schwanken geratene Ware Gold die Beziehungen zwischen den an ihr hängengebliebenen Ländern deshalb fortwährend beunruhigt, weil deren binnenwirtschaftliche Interessen naturgemäß durchaus nicht immer parallel laufen und außerdem auch den innenpolitischen Weg diktieren. Dadurch wird eine Einigung der Partner des goldenen Dreierpaktes des Jahres 1936 nicht eben erleichtert. Dies um so weniger, als in dieser Verbindung die ganze Skala der uns aus der Zeit vor der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus bekannten Begriffe wie Inflation, Deflation, Abwertung, Preissteigerungen, Lohnprobleme, neue Steuern usw. in England, Frankreich und Amerika ganz verschiedene wirtschaftliche Rollen spielen, da die herrschenden „Wirtschaftsmächte" naturgemäß nicht in einem ausgewogenen Kräfteverhältnis zueinander stehen. Daraus ergibt sich dann zwangsläufig eine besondere Chance für den internationalen Individualismus, zumal bekanntlich Gelegenheit Diebe macht. Natürlich wird dabei auch weidlich auf dem politischen Schachbrett herumgeschoben unter dem alten Wahn des Primates der Wirtschaft.

Charakteristisch für diese Lage ist aber schließlich, wie in den ganzen langen Jahren seit dem Weltkriege, daß die beteiligten Länder sich offenbar wieder nicht zu einer grundsätzlichen Bereinigung aus einer reinen ideegebundenen Quelle aufzuraffen vermögen, sondern erneut an den als solche ohne weiteres erkennbaren Symptomen herumzudoktern sich bemühen.

Symptomkuren und Organisationsfimmel

Da ist plötzlich und angeblich die Goldproduktion zu groß. Also soll die Goldgewinnung eingeschränkt werden. Revolution im Ozean der Inkonsequenzen: 1918 gingen sie von der Theorie aus, daß, wer alles Gold an sich ziehe (Frankreich!), der wahre Herrscher der Welt sei. Inzwischen ist Amerika das Eldorado des Goldes geworden. Mit der Manipulierung der Ware Gold hat man es nun, in noch nicht zwanzig Jahren, so weit gebracht, daß infolge dieser prächtigen „Verteilung" fast nur noch die internationale Spekulation ein Interesse an ihr hat und demzufolge eine Kapitalflucht die andere jagt. Hatte man bis dahin die Bedarfsdeckungstheorie also nicht auf die Ware Gold angewandt (die einzige bezeichnende Ausnahme), jetzt plötzlich herrscht sie auch hier. Schlagender kann man ja wohl weder, wie der Nationalsozialismus übrigens von jeher behauptet hat, die Bedeutung der Ware Gold, noch die Theorie der Bedarfsdeckungswirtschaft ad absurdum führen.

Da ist weiter mit einem Male der Goldpreis zu hoch. Also soll er gesenkt werden. Das ist endlich das eindeutige Bekenntnis, daß „am Golde doch nicht alles hängt", daß das Märchen von der Goldprinzessin, die eine Blechprinzessin war, nicht nur eine „Träumerei an französischen Kaminen" ist, sondern daß es, wie gleichfalls der Nationalsozialismus nicht nur von jeher

Digitized by Google

Oskar Krüger:

Die „Kreditfunktion" des Großhandels als Hindernis der Verbilligung

Wenn in den nachstehenden Ausführungen eines dem Reichskommissar für die Preisbildung nahestehenden Mitarbeiters die Kreditfunktion des Großhandels im Sinne eines durchschlagenden Existenzberechtigungsnachweises bestritten wird, so geschieht dies nicht, um — wie man sagt — „das Kind mit dem Bade auszuschütten". Auf dem im Rahmen des Rechtes auf Arbeit beschrittenen Wege der Verbilligung unter großen wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten erscheint dagegen die Reinigung des Wirtschaftsfaktors Großhandel von kapitalistischen Resten oder kapitalistischen Auferstehungsversuchen unter dem Schutze der „Kreditfunktions-Kutte" geboten. Dies gerade im wohlverstandenen Interesse des Großhandels.

In Schriften und Reden aus den Kreisen des Großhandels kehrt neu mit einer gewissen Beharrlichkeit der Hinweis auf die volkswirtsch Bedeutung wieder, die die Kreditfunktion des Großhandels haben soll stellt es als eine der wichtigsten Aufgaben der Großverteiler hin, den V verkehr bis zum Verbraucher und die Lagerhaltung auch beim Einze zu finanzieren. Durch den ständigen Hinweis schafft man eine neue schablone.

Propagandistische Denkschablonen

Der Sinn solcher Denkschablonen ist der, gewisse Ideen zu geistigen S verständlichkeiten für jedermann werden zu lassen, um sie mehr und einer gesunden öffentlichen Kritik zu entziehen. Wenn solche Denkschabl geprägt sind und nun mit einer unverkennbar systematischen Beharrlic in Umlauf gebracht werden, liegt der Verdacht nahe, daß bestimmte, in rem Fall wirtschaftspolitische Absichten dahinterstecken, die einer sorgfält Untersuchung bedürfen.

Der Großhandel war und ist als Zwischenglied zwischen Erzeuger Einzelhändler immer in Gefahr, von diesen beiden ausgeschaltet zu wer Volkswirtschaftlich ist da gegen seine Ausschaltung nichts einzuwenden, der unmittelbare Verkehr zwischen Erzeuger und Einzelhändler für den V braucher billiger und eine richtige Verteilung der Ware auch oh Großhändler gewährleistet ist.

Die Strukturwandlungen der Wirtschaft vollzogen sich weder bisher noa vollziehen sie sich auch heute noch, jedenfalls nicht von allein, nach volks wirtschaftlichen Gesichtspunkten. Das meinen nur noch einige zu spät geborene Theoretiker, oder es wollen uns gewisse Interessenten einreden. Der Nationalsozialismus hat es ja daher auch übernommen, durch energische Politiker und staatliche Maßnahmen eine volkswirtschaftlich vernünftige Entwicklung der deutschen Wirtschaft zu erzwingen.

Digitized by Google

(z. B. Lohnfrage mit allen ihren Folgerungen) eingebüßt. Die Stellung des Nationalsozialismus zur dergestalt festgestellten Ware Gold geht eindeutig aus folgenden Worten Bernhard Köhlers hervor:

„Selbstverständlich werden auch wir eines Tages gar keinen Anlaß mehr haben, einer Verhandlung darüber auszuweichen, zu welchem Preis wir bereit sind, ein Kilo Gold anzukaufen. Wenn wir den Dingen auf den Grund gehen, handelt es sich nur darum: um wieviel Mark oder deutsche Arbeitsstunden kaufen wir ein Kilo Gold? England, Amerika, Frankreich und alle anderen Länder haben sich längst damit abgefunden, daß sie nunmehr mehr für das Kilo Gold zahlen müssen als früher.

Wir werden, das sage ich nun seit Jahren immer wieder, eines Tages über einen neuen Goldpreis mit den Interessenten, mit den Goldproduzenten verhandeln. Soweit wir Gold gebrauchen können, müssen wir es uns kaufen, weil wir selbst keines besitzen.

Daß wir grundsätzlich gezwungen wären, wegen des Lebens unserer Volkswirtschaft Gold zu kaufen, wird uns nur eingeredet, damit wir bereit sind, jeden Preis zu bewilligen."

5. Die internationale kapitalistische Spekulation und Manipulierung des Goldes und der Goldwährungen hat es fertig gebracht, dem Kapitalismus zum Selbstmord zu verhelfen.

6. Der Nationalsozialismus hat diese Entwicklung vorausgesehen und den Primat der Politik über die Wirtschaft gestellt. Er hat damit das Bestimmungsrecht des Kapitalismus aufgehoben. Er hat es ersetzt durch das Recht auf Arbeit, nach dem die Arbeit bestimmt. Damit ist in Deutschland die Unabhängigkeit vom Finanz- und Leihkapital proklamiert und durchgeführt worden. Die Möglichkeit der Ausbeutung auf Grund eigennützigen, selbstherrlichen Eigentumsbegriffes ist ausgeschaltet.

Vergleich zu wessen Gunsten?

Der Vergleich der „Goldkrise" in anderen Ländern mit der deutschen Volkswirtschaft zeigt, daß die kapitalistische Auffassung von der Selbsterhaltung und Selbstvermehrung des Reichtums auf Grund der automatischen und ewigen Rententheorie eine Irrlehre ist gegenüber der nationalsozialistischen wirtschaftspolitischen Feststellung, daß nur die immer neu sich erzeugende Arbeitskraft Reichtum bedeutet, und daß der Wohlstand des Volkes ausschließlich abhängt von den im lebendigen Zusammenwirken und darum wachsenden Aufbau erfolgenden Leistungen des Volkes.

Der Amoklauf des Goldes, Panik der Währungen, politische Unruhen, Streiks, Regierungswechsel, drohende oder sich austobende Bürgerkriege, Hunger und Elend — das ist das Bild der vom Goldwahn beherrschten Länder der Welt. Deutschland aber arbeitet. Es arbeitet in Ruhe und Frieden — auch ohne Gold.

Digitized by Google

Oskar Krüger:

Die „Kreditfunktion" des Großhandels als Hindernis der Verbilligung

Wenn in den nachstehenden Ausführungen eines dem Reichskommissar für die Preisbildung nahestehenden Mitarbeiters die Kreditfunktion des Großhandels im Sinne eines durchschlagenden Existenzberechtigungsnachweises bestritten wird, so geschieht dies nicht, um — wie man sagt — „das Kind mit dem Bade auszuschütten". Auf dem im Rahmen des Rechtes auf Arbeit beschrittenen Wege der Verbilligung unter großen wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten erscheint dagegen die Reinigung des Wirtschaftsfaktors Großhandel von kapitalistischen Resten oder kapitalistischen Auferstehungsversuchen unter dem Schutze der „Kreditfunktions-Kutte" geboten. Dies gerade im wohlverstandenen Interesse des Großhandels.

In Schriften und Reden aus den Kreisen des Großhandels kehrt neuerdings mit einer gewissen Beharrlichkeit der Hinweis auf die volkswirtschaftliche Bedeutung wieder, die die Kreditfunktion des Großhandels haben soll. Man stellt es als eine der wichtigsten Aufgaben der Großverteiler hin, den Warenverkehr bis zum Verbraucher und die Lagerhaltung auch beim Einzelhandel zu finanzieren. Durch den ständigen Hinweis schafft man eine neue Denkschablone.

Propagandistische Denkschablonen

Der Sinn solcher Denkschablonen ist der, gewisse Ideen zu geistigen Selbstverständlichkeiten für jedermann werden zu lassen, um sie mehr und mehr einer gesunden öffentlichen Kritik zu entziehen. Wenn solche Denkschablonen geprägt sind und nun mit einer unverkennbar systematischen Beharrlichkeit in Umlauf gebracht werden, liegt der Verdacht nahe, daß bestimmte, in unserem Fall wirtschaftspolitische Absichten dahinterstecken, die einer sorgfältigen Untersuchung bedürfen.

Der Großhandel war und ist als Zwischenglied zwischen Erzeuger und Einzelhändler immer in Gefahr, von diesen beiden ausgeschaltet zu werden. Volkswirtschaftlich ist da gegen seine Ausschaltung nichts einzuwenden, wo der unmittelbare Verkehr zwischen Erzeuger und Einzelhändler für den Verbraucher billiger und eine richtige Verteilung der Ware auch ohne Großhändler gewährleistet ist.

Die Strukturwandlungen der Wirtschaft vollzogen sich weder bisher noch vollziehen sie sich auch heute noch, jedenfalls nicht von allein, nach volkswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Das meinen nur noch einige zu spät geborene Theoretiker, oder es wollen uns gewisse Interessenten einreden. Der Nationalsozialismus hat es ja daher auch übernommen, durch energische Politiker und staatliche Maßnahmen eine volkswirtschaftlich vernünftige Entwicklung der deutschen Wirtschaft zu erzwingen.

Digitized by Google

Die Gefahren für den Großhandel

Bedroht ist der Großhandel von den kapitalkräftigen Erzeugerbetrieben, die mit einer eigenen Verkaufsabteilung oder Absatzorganisation den Einzelhandel oder gar den Verbraucher unmittelbar beliefern. Insbesondere gehört hierher ein großer Teil der Markenartikellieferanten. Der mit meist erheblichem Kapitalaufwand „gut eingeführte" Artikel verträgt Standardpreise, die ohne weiteres die erhöhten Unkosten eines zentral organisierten Absatzes auch in kleinsten Mengen an die frachtungünstigsten, weit entfernt liegenden Orte gestattet, auch wenn sie höher sind als Verteilung durch den Großhandel. Der Fabrikant entzieht sich so dem Preisdruck der Großabnehmer, die ja in der Regel von Konkurrenzangeboten das günstigste wählen können und dem Druck der durch Reklame ferngesteuerten Nachfrage des Publikums nicht so unmittelbar ausgesetzt sind. Es kommt hinzu, daß der Großhandel vielfach noch finanziell unabhängiger und daher nicht so leicht durch Kreditgewährung zu binden ist. Weiter ist der Großhandel von den Einkaufsorganisationen des Einzelhandels, den Genossenschaften und den Filialunternehmen des Einzelhandels gefährdet, die von sich aus die unmittelbare Beziehung zum Fabrikanten suchen, dort als Großabnehmer auftreten und den Großhandelsverdienst entweder an ihre Mitglieder ausschütten oder für sich in Anspruch nehmen.

Die wirtschaftspolitische Forderung der Verbilligung und die Argumente des Großhandels

Gegen diese Tendenz setzt sich der Großhandel zur Wehr. Er beruft sich nicht nur auf seine Funktion als volkswirtschaftlich notwendiges Glied in der Verteilung. Dies Argument schlägt nicht immer durch, denn zuweilen führt seine Ausschaltung tatsächlich zu einer Verbilligung der Ware für den Verbraucher. Wenn der Großhandel also für sich in Anspruch nimmt, in seiner Existenz gesichert und gestützt zu werden, was besonders bei den staatlichen Eingriffen in die Preisbildung immer wieder Problem ist, dann muß er sich nach weiteren Argumenten umsehen. Wenn er auch in den Fällen eine Spanne gesichert haben will, wo er entbehrlich ist, dann sucht er nach Beweisgründen, die seine an sich gar nicht zweifelhafte volkswirtschaftliche Notwendigkeit noch unterstreichen sollen. Er verschiebt dann die Diskussion über die Sicherung der notwendigen Funktion der einzelnen Betriebe auf eine solche über die Sicherung des Bestandes und der Existenz der ganzen Wirtschaftsgruppe. Praktisch gesprochen: der Großhandel will nicht nur als notwendiger Verteiler, sondern auch als eine wirtschaftliche Machtgruppe gewertet werden, von der unzählige Einzelhändler vollständig abhängig sind.

Die „Kreditfunktion" als preisediktierende Fesselungskunst

Denn eins kann man dem Großhandel nicht vorwerfen, nämlich, daß er sich auf den Staat im Kampf ums Dasein verlassen habe. Er hat genau so wie viele Fabrikanten seine „Kreditfunktion" dazu benutzt, besonders wirtschaftlich schwächere Einzelhändler in möglichst weitem Umfang an sich zu

Digitized by Google

fesseln. Er sicherte sich auf diese Weise Absatz und Preise. Der verschuldete Kunde konnte sich weder gegen Preisforderungen zur Wehr setzen, noch seinen Lieferanten wechseln, wenn er nicht riskieren wollte, durch Forderung auf Abdeckung seines Schuldenkontos ruiniert zu werden. Aus einer süddeutschen Stadt wird gemeldet, daß die dortigen Lebensmittelgroßhändler in der Lage seien, 50 Prozent des Lebensmitteleinzelhandels von heute auf morgen zu erledigen. Es ist nicht anzunehmen, daß es woanders viel anders aussieht. Das ist eine Erbschaft aus der Zeit des Liberalismus der Wirtschaftsfreiheit sagte und Kapitalmachttyrannei meinte. Um der Gerechtigkeit willen sei erwähnt, daß nicht nur der Einzelhändler am Großhändler, sondern auch öfter einmal, besonders in der Zeit der Wirtschaftskrise, der Großhändler gegen seinen Willen auf einem Kleinhändler hängen blieb, wenn der unerwartet zahlungsunfähig wurde. Teilweise hat der Großhandel auch wirtschaftlich schwache Lieferanten finanziert, selten wohl ohne den Hintergedanken, auch da das Preisgesetz des Handels vorzuschreiben.

Was ist die „Kreditfunktion" in der Praxis geworden?

Praktisch ist also die „Kreditfunktion" des Großhandels eine Ausbeutermethode übelster Art geworden. Zweifellos gehört es mit zu seinen Aufgaben, Zahlungsziele, eventuell Wechselkredit einzuräumen, um einem finanzschwachen Abnehmer Gelegenheit zu geben, den Umsatz der Ware erst zu bewirken, also selbst erst das Geld hereinzuholen, ehe er zahlt. Was aber ist aus dieser Praxis, die nur in engstem Rahmen volkswirtschaftlich gerechtfertigt ist, geworden?

Es ist kein Wunder, daß der Einzelhandel sich fast durchweg in gedrückter Stimmung befindet. Seine Sorge, daß der heute notwendige Druck auf die Verbraucherpreise hauptsächlich auf seine Kosten geht, wird auch dann nur wenig zu beheben sein, wenn ihm gewisse Spannen garantiert werden. Selten können diese Spannen einem erheblichen Kundendienst gerecht werden. Die Aussicht, aus den finanziellen Bindungen herauszukommen, schwindet jedenfalls im Lebensmitteleinzelhandel immer mehr. Insoweit hat der Großhandel die Forderungen in der Regel längst abgeschrieben. Für ihn waren sie ja von vornherein nur der Preis, den er für eine gewisse Absatzgarantie bezahlt hat. Als Bindung des Kunden haben sie, solange er sie dem Kunden nicht erlassen hat, noch immer ihren hohen Wert für ihn, auch wenn sie schon längst nicht mehr in der Bilanz erscheinen. Er wird daher stets bedauern müssen, kein Entgegenkommen zeigen zu können.

Hindernisse der Verbilligung

Die Verschuldung nachgeordneter Wirtschaftsstufen, insbesondere des Einzelhandels, an die voraufgehenden ist ein Preisproblem. Der Weg der Ware vom Erzeuger zum Verbraucher und der Preis, den dieser zahlt, wird ja heute noch längst nicht von der volkswirtschaftlichen Zweckmäßigkeit, sondern von einer Fülle wirtschaftlicher Abhängigkeitsverhältnisse bestimmt. Wo die Markenware teure Verpackungs- und Versandspesen trägt, bezahlt das der Verbraucher. Wo der Handel hoch verschuldet ist, bezahlt dafür der Verbraucher. Wo die Großbetriebe überorganisiert sind, bezahlt auch hier die

Digitized by Google

Kosten der Verbraucher. Auch dann, wenn Warenhäuser und Filialbetriebe scheinbar die billigsten Verkäufer sind. Was diese bei ihren Lieferanten zuviel im Preise herausholen, das muß die schwächere Konkurrenz durch höhere Einkaufspreise ausgleichen. Frei sind die Kapitalstarken. Sie bekommen Ware, auch wenn sie knapp ist, sie bekommen günstige Preise, sie bekommen Rabatte. Sie können ohne Schaden mit größeren Unkosten arbeiten, sie finden ihren Ausgleich immer noch. „Das Geschäft liegt im Einkauf".

Vernebelungspolitik auch ein Rest des Kapitalismus

Mit der Verknappung einzelner Waren, mit Preisstopp und Höchstpreisfestsetzungen hat sich diese Lage wesentlich verschärft. Besonders da, wo eine feste Preisspanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreis nicht aufgeteilt ist, und wo wegen der vielfältig unterschiedlichen Verhältnisse die Aufteilung der Spanne nur örtlich verschieden festzusetzen wäre, geht erfahrungsgemäß die Preisbindung stets zu Lasten des kleinen Einzelhandels, dem vom Großhandel seine Handelsspanne manchmal unerträglich eingedrückt wird.

Wir werden vor diesen Dingen weder die Augen verschließen, noch auf eine Besserung der kaufmännischen Moral bei den Beteiligten allzu große Hoffnungen setzen. Wir müssen uns aber jetzt schon verbitten, daß man durch ein geschicktes Lancieren zweifelhafter Denkschablonen den Versuch macht, den klaren Sachverhalt zu vernebeln, um weiterhin ungestört nach kapitalistischen Methoden im trüben fischen zu können.

Der gestiegene Reallohn!

Beschäftigte (in Millionen)	Nominallohn (in Mrd. RM.)	Reallohn in Kaufkraft von 1929 (in Mrd. RM.)	Beschäftigte (in Millionen)	Nominallohn (in Mrd. RM.)	Reallohn in Kaufkraft von 1929 (in Mrd. RM.)
12,58	25,71	32,84	17,13	35,00	43,32

Wo.

Digitized by Google

Hans Unterberger:

Das Recht auf Ausbildung

„Das Streben nach der Verantwortung ist dasjenige, das zu den wichtigsten Rechten eines Menschen gehört, der in ein freies Volk hineingeboren ist. Wir alle wissen, daß die politische Führung dieses Streben nach Ausbildung und diese Forderung nach Ausbildung nicht nur duldet, sondern ausdrücklich anerkennt und fordert."

Bernhard Köhler.

Der erste Vierjahresplan, der ein völlig zerrüttetes Arbeitsleben neu aufbaute und gleichzeitig damit die Grundfesten für die nationalsozialistische Wirtschaftsgestaltung schuf, zeigte eindringlich alle Wunden, die dem deutschen Volk durch den Raubbau an seinen Arbeitskräften geschlagen wurden. Schon in den nächsten Jahren wird uns der Menschenmangel mehr zu schaffen machen als der Rohstoffmangel.

Mehr Arbeit — weniger Jugend

Infolge des ungesunden Altersaufbaues unseres Volkes ist in den Jahren 1937 bis 1947 mit einem Rückgang der Schulentlassenen um 40 v. H. zu rechnen, während andererseits für die Jahre 1940—45 ein Sterbeüberschuß erwartet wird. Zudem werden durch die Arbeitsdienstpflicht laufend zwei Berufsjahrgänge aus dem Arbeitsprozeß gezogen. Einem zahlenmäßig verminderten Nachwuchs steht somit eine ungeheure Fülle von Arbeitsaufgaben gegenüber, die nur durch eine potenzierte Arbeitsleistung bewältigt werden kann.

Die Pflicht der Betriebe

Diese Leistung ist jedoch unmöglich, solange durch mangelnde Ausbildung die vorhandenen Kräfte nicht voll ausgenutzt werden. Die Überwindung des ungelernten Arbeiters steht deshalb im Vordergrund aller Bemühungen. Die erhöhten Einstellungszahlen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß noch lange nicht die Voraussetzungen für die Beseitigung des drohenden Nachwuchsmangels geschaffen sind, denn die erhöhten Einstellungszahlen für Lehrlinge sind nur eine notwendige Folge der allgemeinen Wirtschaftsbelebung. 1933 wurde festgestellt, daß 70 v. H. aller Lehrlinge in Betrieben mit ein bis zehn Beschäftigten standen, während die Großunternehmen nur 9 v. H. aufnahmen. Daraus war klar ersichtlich, daß die Großbetriebe zumindest bis 1933 nur geringe Neigung zeigten, ihren Nachwuchs selbst heranzubilden. In ähnlichem Verhältnis stand auch die Beschäftigung der Facharbeiter. Allein 85 v. H. trafen auf die Betriebe mit ein bis drei Beschäftigten, während nur 34 v. H. in Betrieben mit 200—1000 Arbeitern angestellt waren. Die Aufforderung des Beauftragten für den Vierjahresplan, sich in höherem Maße wie bisher an der Ausbildung des Nachwuchses zu beteiligen, war hier unbedingt notwendig, um auch diese Betriebe an ihre Pflichten zu erinnern.

Wenn wir hier von der Nachwuchszahl für die Industrie sprechen, so dürfen wir auf keinen Fall die Landarbeiterfrage außer acht lassen, denn die intensivste Bewirtschaftung des deutschen Bodens erfordert, daß man sich nicht allein mit der Beseitigung der Landflucht, die immer noch anhält, be-

Digitized by Google

gnügt, sondern daß eine systematische Rückführung von geeigneten Jugendlichen aus den Städten erfolgt. Ein Mangel von annähernd 350 000 Landarbeitern kann auf keinen Fall als Dauerzustand geduldet werden. Die entsprechenden Maßnahmen zur Bekämpfung der drohenden Gefahr der ländlichen Entvölkerung sind in engster Zusammenarbeit der zuständigen Stellen bereits eingeleitet worden. Die Nachwuchsfrage der Landwirtschaft erfährt durch das neuerschienene Buch von Rocholl „Deutsche Jugend im Beruf" (Hanseatische Verlagsbuchhandlung) eine eingehende Behandlung. Die brennenden Fragen der Berufserziehung werden in diesem Buche dargelegt und zahlreiche wertvolle Vorschläge gebracht.

Recht auf Arbeit — Recht auf Ausbildung

Die notwendige Regelung und Verbesserung der Ausbildungseinrichtungen ergibt sich aber nicht nur aus rein wirtschaftlichen Erwägungen, die hier nur kurz gestreift werden konnten, sondern findet seine Begründung in unserer weltanschaulichen Haltung. Der wahre Sozialismus, der durch das Recht auf Arbeit verwirklicht ist, bildet nur die Grundlage für einen gerechten aber harten Kampf um die Auslese, indem Ausbeutung und Entrechtung beseitigt wurden. „Das Recht auf Ausbildung ist aber nichts anderes als das Recht auf Arbeit im Bereich der Jugend, denn was für den Gereiften Arbeit ist, muß für die Jugend Arbeitserziehung und Ausbildung sein" (Rocholl). Diese Forderung der Jugend schafft erst eine gerechte Auslese, indem sie jedem die Möglichkeit des Befähigungsnachweises gibt. Wie das Recht auf Arbeit grundsätzlich keine Arbeitskraft brach liegen läßt, so bringt das Recht auf Ausbildung jede Begabung zum Einsatz.

Eine sozialistische Forderung

Der Führer hat wiederholt betont, daß er die Verwirklichung des Sozialismus darin sieht, daß auch dem Jungen aus den einfachsten Verhältnissen die Möglichkeit des Aufstiegs bis zur höchsten Spitze gegeben wird. Die Bedeutung für die Gegenwart erkennen wir, wenn wir wissen, daß der höchste Prozentsatz der „Ungelernten" aus kinderreichen Familien stammt, wo die Not zum frühen Geldverdienen zwang und daher die Aussichtslosigkeit eines Aufstieges in den Eltern den Willen zum Kinde in der Folge ertöten mußte.

Wenn die Forderung nach dem Recht auf Ausbildung von der Jugend selbst erhoben wird, so ist dies durchaus keine Anmaßung, sondern findet seine Berechtigung durch die Ausführungen im Parteiprogramm, in dem die Möglichkeit der Ausbildung für jede Begabung verlangt wird. „Man soll nicht glauben, daß man die höheren Leistungen nur erzielen könne durch Antreiben und höhere Forderungen, sondern die Voraussetzung ist, daß sie zu ermöglichen sind, wie ja schließlich auch derjenige, der seine Verantwortung in der Wirtschaftsleistung sieht, die Ermöglichung dazu in seinem Vermögen als die wichtigste Voraussetzung ansieht", wie Bernhard Köhler sagt. Nur auf diese Weise wird eine sozialistische Gerechtigkeit verwirklicht, die bereits jedem Jugendlichen beim Eintritt in das Arbeitsleben eine Grundlage bietet, auf der weiter gebaut werden kann. Damit ergibt sich eine natürliche, gesunde Entwicklung, die dauernde lindernde Eingriffe erübrigt, wie sie die Vergangenheit kannte, und die immer nur Stückwerk blieben.

Digitized by Google

Keine gesellschaftliche Rangstellung nach der Arbeitsleistung!

Das Recht auf Arbeit wird hier jedem einzelnen nach seiner Ausbildung immer wieder ermöglichen, sich bei einem Rückschlag neuerdings empor zu arbeiten. Man darf natürlich bei der Begründung des Rechts auf Ausbildung mit dem Drang nach Leistung nicht in den Fehler verfallen, eine hochqualifizierte Arbeit gesellschaftlich höher zu werten als die schlichteste. Bernhard Köhler hat daher mit Recht darauf hingewiesen: „Wenn das einmal angefangen hat, daß der gelernte Schlosser oder der Spitzenarbeiter in der Feinmechanik sich vornehmer dünkt als der schlichte Erdarbeiter, dann soll sich der gelernte Schlosser oder Spitzenarbeiter in der Feinmechanik nicht wundern, wenn dann schließlich auch ein Dritter mit einem weißen Kragen sich auch schon wieder vornehmer dünkt." Grundsätzlich bleibt die Achtung vor Arbeit an sich bestehen. Wenn wir jetzt schon sehen, daß der Volksgenosse nach der Treue bewertet wird, so zeigt dies, daß eben eine andere Wertung für die gesellschaftliche Stellung entscheidend ist.

Eine notwendige Folgerung

Wenn auch der Mangel an Facharbeitern schon zahlreiche Betriebe veranlaßt hat, dem Nachwuchs seine besondere Aufmerksamkeit zu widmen, und damit die Auswirkungen des Rechtes auf Arbeit den Boden für die Verwirklichung des Rechtes auf Ausbildung aufbereitet hat, so muß gerade angesichts seiner Bedeutung ein einheitliches Berufserziehungsgesetz gefordert werden, das jede Kräftezersplitterung vermeidet.

Hier wird vor allem die Ausbildungsbefugnis und die Lehrbetriebseignung eine ganz besondere Beachtung finden. Wie notwendig eine derartige gesetzliche Regelung ist, zeigen allein die Erfahrungen aus dem Reichsberufswettkampf, die z. B. zwangen, mehr als 100 Betrieben im Jahre 1935 das Ausbildungsrecht abzusprechen. Die Ordnung der nationalen Arbeitserziehung fordert noch die Klärung einer Reihe von Fragen, wie sie Rocholl in umfangreichen und kritischen Ausführungen darlegt, aber die Erfahrungen der letzten Jahre und das ständige Ringen um die endgültige Form lassen jedoch eine baldige gesetzgeberische Lösung möglich erscheinen.

Um die deutsche Wertarbeit

Die Überlegenheit deutschen Könnens, die stets den Mangel an natürlichen Voraussetzungen unseres Volkes ausglich, wird in dem Recht auf Ausbildung die Festigung erhalten, die uns diese Vormachtstellung auch weiterhin sichert. Diesen gewaltigen materiellen Auswirkungen steht aber die große ideelle Bedeutung voran, wie sie Rocholl am Schlusse seines Werkes betont.

„Es ist eine der entscheidenden Aufgaben auf dem Wege der deutschen Jugend zum Beruf, daß alle ihre Kameraden die gleichen Möglichkeiten der Erziehung und Ausbildung geboten bekommen. Mit der Erreichung dieses Zieles würde nicht nur ein glänzendes Beispiel gegeben sein, wie die Industriestaaten den sozialen Zustand der Ungelernten als einen der größten Unruheherde der Welt zum Nutzen ihres Volkes überwinden könnten, sondern die heutige Generation würde der deutschen Nation von morgen so den Sieg des Adels, der Leistung und damit den deutschen Sozialismus verbürgen."

Digitized by Google

Erwin Rogalski:

Das bolschewistische Plagiat des Rechtes auf Arbeit und die Frau

Wie die gesamte Sowjetpresse, so behauptete auch die DZZ. Moskau neuerdings, daß das „Recht auf Arbeit für die Frau" nur in der Sowjetunion verwirklicht sei. Nachdem jetzt — Rußland sogar das „Hilfswerk Mutter und Kind" entlehnt und eingeführt hat, soll nun anscheinend das „Recht auf Arbeit für die Frau" zum wirksamen Propagandamittel gegen die „Demokratien" gemacht werden.

Der sowjetrussische Pavillon auf der Pariser Weltausstellung zeigt unter anderem Bilder vom „glücklichen Alltag" der Sowjetbürger, Gemälde, die die sonnige Jugend „der Sowjetkinder" veranschaulichen, eigene Abteilungen: „Die Frau in Sowjetrußland", „Gesundheitsschutz der UdSSR.", den „Verfassungssaal", Darstellungen, welche dem „Recht auf Arbeit" gewidmet sind u. a. m. Wer nicht durch die 20 qm große Landkarte der Sowjetunion — aus Edelsteinen und Halbedelsteinen — geblendet ist, der wird es — so hoffen die Bolschewiken — durch die Montagen und Beschreibungen der „sozialen Errungenschaften der UdSSR." sein. Denn wie sollte der harmlose Durchschnittseuropäer wissen, daß die Begriffe „Recht auf Arbeit", „Hilfswerk Mutter und Kind", „Freizeitgestaltung" usw. aus dem Leben und Wortschatz der Nazis „entlehnt" sind, und daß die recht junge „Sowjetverfassung" aus propagandistischen Gründen diese Begriffe fein säuberlich registriert und verarbeitet hat.

Die bolschewistische „Verwirklichung" des Rechtes auf Arbeit für die Frau

Die Russen sind besonders stolz darauf, das Recht der Frau auf Arbeit bis zur letzten Konsequenz verwirklicht zu haben. Oft genug wurden in den Propagandaheften und Werbezeitschriften der Sowjets Photos gebracht, welche russische Frauen als Traktorführerinnen, Stachanow-Arbeiterinnen als Helferinnen in Schwerindustrie und Landwirtschaft darstellten. Und tatsächlich darf die Frau in der Sowjetunion Schwerarbeit aller Art leisten.

In der Ausgabe 121 vom 29. Mai dieses Jahres glaubt die DZZ. Moskau diese Tatsache „der Verwirklichung des Rechtes der Arbeit für die Frau" besonders herausstellen und die andersartige Rechts- und Gesellschaftsordnung der Schweiz einer besonders scharfen Kritik unterziehen zu müssen. Anlaß zu diesem Aufsatz bot eine Zuschrift aus dem Leserkreis in der „Baseler Nationalzeitung" Nr. 219 zur Frage „Erwerbsarbeit der Frau".

Wir haben keinen Anlaß, uns etwa mit dem Schreiber zu identifizieren oder die „Baseler Nationalzeitung" herauszuhauen, aber die Betrachtungen des Moskauer Organs sind so bezeichnend für die bolschewistische Denkweise, daß sie es wert sind, aufgezeigt zu werden. Der Schweizer hat in seiner Zuschrift gesagt, daß kein vernünftiger Mensch der Frau das Recht, einen Beruf auszuüben, abspräche, daß es aber zur Zeit in der Schweiz nicht genug Arbeit für alle gäbe, und somit die Frage zu beantworten sei: „Wem gebührt das Vorrecht auf Arbeit, dem Mann oder der Frau?" Und unter Heranziehung der Schweizer Zivilgesetze wird betont, daß zweifelsohne dieses Vorrecht dem Manne zukäme.

Digitized by Google

Das Moskauer Blatt macht sich unter anderem über die Artikel 160 und 161 des Schweizer Zivilgesetzes lustig, welche lauten: „Der Ehemann ist das Haupt der Gemeinschaft . . . und hat für den Unterhalt von Weib und Kind in gebührender Weise Sorge zu tragen. — Die Frau steht dem Manne mit Rat und Tat zur Seite und hat ihn in seiner Sorge für die Gemeinschaft nach Kräften zu unterstützen." In diesen Sätzen sieht die DZZ. die Versklavung der Frau in allen „kapitalistischen" Ländern festgelegt.

Der Nationalsozialismus und das Recht auf Arbeit für die Frau

Deutschland kämpft mit allen Kräften für die Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit. Es ist in keiner Weise der Versuch gemacht worden, Frauen aus ihrem bereits eingenommenen Beruf mit Gewalt zu verdrängen. Es gibt eben Berufe, in denen die feine Hand der Frau unbedingt benötigt wird. Rein zahlenmäßig gesehen, hat der Anteil der arbeitenden Frau seit der Machtübernahme in der Industrie sogar zugenommen, dennoch sehen wir keinen Idealzustand darin, daß unsere Frauen das Recht verbrieft erhalten, etwa Steine tragen oder Kohlen hauen zu dürfen. Die deutsche Frau soll in erster Linie gute Mutter sein, die sich der Erziehung und Pflege ihrer Kinder widmet und damit den Bestand des Staates sichern hilft. Der Mann soll ihr Schutz und Ernährer sein, und damit nehmen wir also „den Standpunkt" der „Kapitalisten" ein, die in der Frau mehr sehen als nur Gebärmaschine und numeriertes Mitglied einer Kommune. Der Nationalsozialismus hat nicht umsonst beispielsweise der NS.-Frauenschaft und dem weiblichen Arbeitsdienst die Betreuung jener Kinder übertragen, deren Eltern, d. h. auch deren Mütter zur Arbeit und damit zum Fernbleiben vom Haushalt gezwungen sind. Wenn eine Mutter Zeitungen austragen muß, um die schmale Lohntüte ihres Mannes mehr zu füllen, dann bleiben die Kinder ohne Aufsicht, Pflege und Hilfe sich selbst überlassen. Dieser Zustand ist nicht wünschenswert, vielmehr soll auch die Frau jenes Mannes, der die schlichteste Arbeit leistet, in die Lage versetzt werden, in erster Linie Frau und Mutter zu sein.

Das bedeutet aber nichts anderes als: „Das Recht auf Arbeit" gilt in seiner letzten Konsequenz nur für den Mann. Bei seiner Verwirklichung ist es ein Leichtes, Frauen den Zugang zu ausgesprochenen Frauenberufen nach wie vor, wenn nicht sogar in verstärktem Maße zu sichern.

Auch hier die unüberbrückbare Kluft zwischen nationalsozialistischem und bolschewistischem Denken und Handeln

Hier haben wir die Trennung zwischen unserm Denken und dem der Bolschewisten. Wir freuen uns nicht darüber, möglichst viel „Stachanow-Arbeiterinnen" melden zu können. Der Körper der schwächeren Frau soll nicht durch Schwerarbeit ruiniert werden, und die deutsche Jugend soll nicht in irgendeinem Kinderheim oder einer Kommune aufwachsen. Sowjetrußland machte die Frau „frei", gab ihr das Recht auf ihren Körper und machte sie zum Freiwild, zur Prostituierten, Sowjetrußland schenkte ihr das Recht, sich bei Schwerarbeit aufzuarbeiten, und entzog sie damit ihrer natürlichen Bestimmung, Mutter zu sein.

Digitized by Google

Bereits 1930, nach Aufhebung der Arbeitslosenunterstützung, wurde ein Dekret erlassen, das die Werktätigen in fünf Klassen einteilt, die sich für die Industriearbeit zur Verfügung zu stellen haben. Dieses Dekret erfaßt u. a. auch „Frauen und Witwen von Arbeitern und Angestellten ohne Rücksicht auf ihre Fachausbildung" und bedeutet damit Ausdehnung der Zwangsarbeit auf die gesamte Bevölkerung. Unwürdigste Arbeitsverhältnisse, die selbst die russischen Zeitungen wiederholt öffentlich anprangern müssen, tragen auf keinen Fall bei, das Los dieser Werktätigen zu verbessern.

Eine stetig sinkende Geburtenziffer in den Industriestädten ist eine Folge der Verwirklichung dieses sogenannten „Rechtes auf Arbeit" für die Frau.

Wir sind nun nicht einmal so ehrgeizig, all diese „Errungenschaften" bei uns durchzusetzen, denn bei uns steht die Frau als Lebensgefährtin des Mannes und als Mutter zu hoch, als daß wir sie zu einem Ausbeutungsobjekt systematischer Zwangsarbeit erniedrigen.

Kampfrichtung und Propaganda

Eine Notwendigkeit für die wirtschaftspolitische Propaganda

Die nationalsozialistischen Parolen waren während der Kampfzeit vor allem deshalb so durchschlagend, weil sie sich nicht mit Utopien befaßten und daher nur klare Begriffe kannten. So undurchsichtig und verworren die politische Zielrichtung der Gegner, so unklar und wenig hieb- und stichfest auch ihre Begriffe. Es war daher nur selbstverständlich, wenn ihre Künder mehrmals über die eigenen Stricke fielen oder in eine Sackgasse gerieten.

Wirtschaftspolitische Propaganda bedarf klarer Begriffe

Auch die wirtschaftspolitische Propaganda kann der klaren Begriffe nicht entbehren.

Welch ein Übel war es, daß Kapitalismus von den einen als unbedingt notwendige Wirtschaftsform angesehen wurde, die andern in ihm nur wieder eine Abwandlung vom Kapital sahen, während nur ein verhältnismäßig geringer Teil mit diesem Wort die Herrschaftsform des Kapitals über die Arbeit, die Grundlage der Ausbeutung und Entrechtung zum Ausdruck brachte. Die Folge war, daß man sich nie einig wurde, ob der Kapitalismus anzuerkennen sei, ob man seine Schäden lindern müsse, oder ob er überhaupt ausgerottet werden muß, bis endlich der Nationalsozialismus und vor allem die wirtschaftspolitische Truppe ihn als Antipoden des Sozialismus entlarvte und ihn bekämpfte.

Einheitliche Willens- und Meinungsbildung

Wer sich nicht um die Durchsetzung eindeutiger, klarer Begriffe bemüht, gefährdet die einheitliche Willens- und Meinungsbildung als Voraussetzung jeder fruchtbaren Aufbauarbeit.

Da jede Geisteswende naturgesetzlich eine Umwertung von Begriffen vornimmt, ist es notwendig, einzusehen, daß Begriffe, die aus dem Zeitgeist der Vergangenheit geboren wurden, beseitigt werden müssen, wenn sie nicht eine neue Sinngebung erfahren. Heute noch können wir aus vielen Veröffentlichungen die Bemühungen erkennen, für Begriffe, die in der Vergangenheit ihre Voraussetzung hatten, neue Aufgabengebiete zu finden, weil man nicht den Mut hat, sich von ihnen loszusagen, oder weil man nicht erkennen will, daß eine Verschmelzung von Aufgabengebieten stattgefunden hat.

Begriffe und Wissenschaft

Die Notwendigkeit der Begriffsumgrenzung und -klärung wurde schon lange

Digitized by Google

in der Wissenschaft erkannt, ohne daß sie immer zu fruchtbaren Ergebnissen gekommen ist, weil oft die einheitliche Ausrichtung fehlte.

Wenn es in der Vergangenheit üblich war, die wissenschaftlichen Begriffe in Gegensatz zur Auffassung des Volkes zu bringen, um der Wissenschaft ein Mäntelchen der Unnahbarkeit und Unfehlbarkeit umzuhängen, so sehen wir darin keine Berechtigung mehr, denn die Wissenschaft arbeitet für das Volk und nicht um ihrer selbst willen, zumal sie der Bezogenheit auf eine Weltanschauung nicht entbehren kann. Wenn diese Auffassung durchgedrungen ist, kann auch die Forderung, die der Reichspressechef am 28. Januar 1936 in einer Rede in Essen erhob, verwirklicht werden: „Die nationalsozialistische Volkswirtschaftslehre muß zu einem festen Bestandteil unserer Volksbildung werden, mit der sich nicht nur der Gelehrte, der Betriebsführer usw. befaßt, sondern die auch dem Arbeiter in Fleisch und Blut übergegangen ist."

Es ist somit

eine ganz vordringliche Aufgabe der wirtschaftspolitischen Propagandisten,

jeder Begriffsunklarheit oder Verfälschung entgegenzutreten, denn das Goethewort: „Wo Gedanken fehlen, stellt zur rechten Zeit ein Wort sich ein" bezeichnet nur zu gut einen Zustand der Vergangenheit, den wir endgültig überwunden wissen wollen.

Unt.

Gegenpropaganda „1937 neuerer Art"

„Was waren das doch für herrliche Zeiten!" Beispielsweise im Dezember 1918, als der Verfasser dieser Zeilen mit seinen Batterien auf dem Rückmarsch aus Frankreich durch ein Schwarzwalddorf marschierte, und eine Bäuerin für jeden ihrer zahlreichen Hausgenossen je eine große Satte Schlagsahne auffuhr und nach einem erstaunten Hinweis auf die magere Verpflegung der Front und die Hunderttausenden von Verhungerten in Berlin und Hamburg und anderen Großstädten strahlend antwortete: „Das haben wir jeden Nachmittag während des ganzen Krieges gehabt."

Jawohl, und das deutsche Volk hat diese „Verteilungs"-Fettlebe einzelner mit dem Hungertode von Unzähligen und — einem verlorenen Kriege bezahlt.

Die Methode hat sich jetzt „etwas" geändert, da die nationalsozialistische Wirtschaftsführung die Erfahrungen des Krieges bei ihren Planungen und Maßnahmen durchaus nicht übersehen hat. Infolgedessen ist es nicht ganz so leicht, zwischen gewissen Maßnahmen hindurchzuschlüpfen. Das ärgert gewisse Leute, sie wollen aus diesem persönlichen und beileibe nicht sachlichen Grunde vom Nationalsozialismus nichts wissen und machen in „Opposition". So etwas könnte man sie bei ihrer geistigen Bedeutungslosigkeit ruhig treiben lassen, wenn sie ihr Mütchen in ihren vier Pfählen kühlten.

Das ist aber nicht der Fall, sondern sie gehen mit ihrer Nadelspitzen-Propaganda an die breite Öffentlichkeit und pochen darauf, daß an dem, *was* sie tun, doch nichts dran sei, in der Hoffnung, daß, *wie* sie es tun, schon wirken wird.

Damit ist zur „Flüsterzeitung" die „stumme Zeitung" hinzugekommen:

1. Beispiel: „Schlagsahne verboten"

Dicht bei München liegt ein berühmtes Schloß mit einem noch berühmteren Park. Beide werden ununterbrochen von deutschen und ausländischen Reisenden besucht. Unweit des Eingangs zum Schloßpark prangt ein gelb leuchtendes Schild mit schwarzen Buchstaben: Milchhalle. Drei Schritte in den Seitenweg hinein ein großes, eisernes Flügeltor. Am linken Flügel noch ein Schild: Milchhalle, am rechten eine große, weißgestrichene, hölzerne Preistafel, die, fein säuberlich und in großen Buchstaben gemalt, die Preise für Milch, Kakao usw. enthält. Was sofort auffällt, ist, daß bei dem Wort *Schlagsahne* an Stelle des Preises ein großes, graues Pappschild aufgenagelt ist. Darauf steht blau geschrieben „verboten". Die Wirkung ist fabelhaft. Jeder, der dort vorbeigeht — und jeder muß dort vorbei —, sieht dies „Schlagsahne verboten". Jeder stutzt — und ganz selten, daß einer mal nicht eine Bemerkung über dieses angebliche Verbot macht. „Angeblich", — weil zu gleicher

Digitized by Google

Zeit in den außerhalb des Parks liegenden Cafés überall Schlagsahne zu haben ist. Aber, selbst wenn es einmal keine gäbe, — ist das so weltbewegend, daß es dann plakatiert werden muß? Ein einfacher Strich an Stelle des ausfallenden Preises täte es bei weitem. Aber „verboten"! Die verflixten Nazis „verbieten" die Schlagsahne. Jetzt macht mir der ganze Nationalsozialismus keinen Spaß mehr, und ich hoffe, euch auch nicht. Das ist die Absicht. Solch einem Milchhallenmöbel würde es gut tun, wenn es einmal erführe, daß man sogar bei Wasser und Brot leben kann.

2. Beispiel: „In dieser schweren Zeit"

Unweit der Zugspitze liegt ein Kurpark, in dem Kaffee getrunken wird — vorwiegend von Ausländern und sogenannten „reichen Leuten". Von Zeit zu Zeit geht dort ein grauhaariger Mann von Tisch zu Tisch und legt einen Prospekt hin, mit dem er sich zur Schriftdeutung an Ort und Stelle zum „Reklamepreis von RM. 1,—" anbietet. Der Anfang des Prospektes aber lautet: „Mehr denn je in dieser schweren Zeit, die von jedem einzelnen Menschen ein Höchstmaß an Nervenkraft beansprucht, ist es dringend nötig, über sich und seine Nebenmenschen auf das genaueste unterrichtet zu sein, um sich vor unangenehmen Überraschungen zu sichern."

Der Mann hat auch bemerkt, daß Deutschland schöner geworden ist; er weiß nur das Glück nicht zu würdigen, daß er noch immer im Kurpark von G. kaffeetrinkenderweise Propaganda gegen diese natürlich von den Nazis heraufbeschworene „schwere Zeit" und seine von ihnen verleiteten niederträchtigen Volksgenossen (im Sinne der Volksgemeinschaft) machen kann. Aber er ist schlau genug, selber kein Wort dem Gehege seiner Zähne entschlüpfen zu lassen.

Beide Beispiele zeigen „Wirtschafter" in ihrer Art. Sie machen eifrig für ihre Tasche Gebrauch von dem Recht auf Arbeit, das ihnen der Nationalsozialismus gebracht und gesichert hat. Das aber hindert sie nicht an einer Gegenpropaganda, „an der doch wirklich nichts zu finden ist". Sl.

Recht auf Arbeit auch für Kriegsgefangene!

Aus Salamanca wurde gemeldet, daß General Franco den von seiner Armee gemachten Gefangenen das Recht auf Arbeit zuerkannt habe; es solle ihnen Arbeit zugewiesen und vergütet werden entsprechend der Zahl der von ihnen abhängigen Familienmitglieder. Weiterhin sollen sie bei der Verrichtung ihrer Tätigkeit als Arbeiter behandelt werden.

Die Forderung des Rechtes auf Arbeit hat eine starke Werbekraft.

Im vorliegenden Falle handelt es sich zwar um einen Sonderfall; aber wem das Schicksal das Los zugedacht hatte, einen Teil des Krieges hinter der feindlichen Front verbringen zu müssen, der vermag die grundsätzliche Bedeutung des Rechts auf Arbeit auch bei den Kriegsgefangenen zu ermessen.

„Arbeit" wird im Kriegsgefangenenleben von zwei Seiten her angesehen: sie wird ersehnt von denen, die nicht arbeiten dürfen, und nur zu oft verwünscht von denen, die Zwangsarbeit verrichten müssen. Recht auf Arbeit würde somit einmal bedeuten, daß der Kriegsgefangene arbeiten *darf*, daß er nicht in einer langen, seelisch und körperlich zermürbenden Untätigkeit gehalten wird. Wird aber Arbeit gewährt bzw. gefordert, so ist der arbeitende Kriegsgefangene als *Arbeiter* zu behandeln, nicht aber als Sträfling trotz aller „Konventionen".

Die während des Krieges in den verschiedenen Ländern gemachten Erfahrungen

hinsichtlich der Gefangenenarbeit zeigen eine außerordentlich unterschiedliche Auffassung von der Beschäftigung Kriegsgefangener. Anfänglich herrschte die Vorstellung vor, sie als gefangene Soldaten zu betrachten. Sehr bald aber entwickelte sich ein System schraubenmäßiger Repressalien, die in nur allzuvielen Fällen aus dem gefangenen Soldaten praktisch einen Sträfling machten: schwere Zwangsarbeit bei schlechter Ernährung, geringfügige Entlohnung, ohne die übrigen „Schikanen". Es ist unbestreitbar, daß Deutschland bei seiner verhältnismäßig größten Zahl fremder Gefangener einem weitaus größeren Teil eine in arbeitsmäßiger Hin-

Digitized by Google

sicht billige Behandlung hat angedeihen lassen, als dies in irgendeinem anderen kriegführenden Land der Fall war.

Gefangenschaft ist natürlich nicht Freiheit, und so setzt eine Behandlung des arbeitenden Kriegsgefangenen als Arbeiter voraus, daß sie unter ganz besonderen Umständen zu erfolgen hätte.

Die ärgste Mißachtung eines natürlichen Kriegsgefangenenrechtes auf Arbeit war wohl

die Ansetzung der deutschen Kriegsgefangenen zum sog. Wiederaufbau

Nordfrankreichs nach dem Waffenstillstand und Friedensschluß. Es war brutale Ausbeutung im Grundsätzlichen wie in den Formen. Diese Zwangsarbeit der 300 000 wurde weder auf Reparationskonto gutgeschrieben, noch arbeitsmäßig entlohnt. Das mit nackter Gewalt begangene Unrecht erwies sich um so krasser dadurch, daß Zehntausende von Arbeitern aus aller Welt, von Polen bis China, mit hohen Löhnen angeworben wurden („les boches paieront"), ihre Arbeitsleistung aber zugegebenermaßen nicht an die der deutschen Gefangenen herankam.

Hier war das Unrecht sonnenklar, es ließ sich auch durch keinen Hinweis auf „Repressalien" mehr verschleiern. Mit welcher geradezu sadistischen Gesinnung diese Zwangsarbeit angesetzt wurde, zeigt die Maßnahme, daß als Bewachung ausschließlich in Deutschland gefangen gewesene französische Soldaten verwandt wurden, in der Annahme, daß diese Wachmannschaften auf Grund ihrer Erfahrungen besonders geeignet seien, „discipline" (das Wort hat im Französischen einen etwas anderen Sinn als im Deutschen) zu erzwingen. Es ist ein Lichtpunkt in diesem trüben Kapitel, daß das gemeinsame Schicksal diese Wachmannschaft menschlicher sein ließ, als behördlich unterstellt worden war.

Wer vom Schicksal dazu verurteilt war, die verschiedensten Phasen von Gefangenenarbeit zu erleben, wird

die Tragweite des Rechtes auf Arbeit für Kriegsgefangene

ermessen können; freilich auch den starken Zweifel haben, ob es — von günstigeren Sonderfällen abgesehen — Wirklichkeit wird. In jedem Falle aber erweist sich die zwingende Kraft der Forderung des Rechtes auf Arbeit selbst für Verhältnisse, die nur als Ausnahme gelten können, was unterstreicht, daß diese Forderung eben eine totale, allgültige ist. Ml.

Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsordnung

Gegen die Preisstopp-Torpedierer

Es gibt Menschen, welche meinen, daß mit einer fast rührenden Achtsamkeit auf das, „was die Leute sagen", ihr Beitrag zur Erringung der Rohstoff- und Nahrungsfreiheit, ihre Leistung zur Beseitigung der Armut durch Verbilligung und ihre Hilfe bei der Stabilhaltung der deutschen Währung reichlich in Anspruch genommen sei. Im übrigen ist es ja geradezu „schrecklich", was das kostet: Überlegung und Nerven und solch Zeugs, das ginge noch an. Aber Geld? Ja, was denkt man sich nur? Wovon soll denn der Schornstein, der bei diesen stets Wägenden und nie Wagenden die komischsten Formen hat, rauchen? Nein, also da muß unbedingt etwas geschehen. Die „Verluste" müssen wieder eingebracht werden, denn man will ja nicht wirtschaften — das kann Lehmanns Kutscher angeblich auch —, sondern man will „Geschäfte machen".

Rezept: Man nehme z. B. die Rohstoffknappheit, die zeitweiligen Lieferungsschwierigkeiten und noch so einige Dinge, die aus den Sünden der Vergangenheit und dem Willen zu ihrer restlosen Beseitigung stammen, schüttele sie alle kräftig durcheinander und streiche den daraus sich ergebenden Brei auf die Grammophonplatte des natürlich vorhandenen Gehirns und dann, lieber Kunde, erscheine, wir sind gerüstet: Ja, sieh mal, wir haben doch eine sogenannte Preisstopp-Verordnung. Die ist natürlich nur dazu da, den Kaufmann zu schikanieren. Ist das etwa „sittlich"? Nein, das ist unsittlich; also wird sie umgangen.

Digitized by Google

Wie bitte, Ware wollen Sie haben? Ja, aber nur, wenn Sie mir höhere Preise bewilligen als die Preisstopp-Verordnung zuläßt. Sonst — bei mir nicht! (Das „Geschäft" wird abgeschlossen. Verbraucher und Kunde haben sich beiläufig strafbar gemacht.)

Kunde Nr. 2 hört sich dieselbe Grammophonplatte an und beruft sich auf die Preisstopp-Verordnung. Bedauere sehr andere Kunden bewilligen mir höhere Preise. Die bevorzuge ich. In meinem Geschäft kann ich machen, was ich will! Auf Wiedersehen, der Herr. (Das „Geschäft" wird nicht gemacht. Der Verkäufer ist gleichwohl beiläufig straffällig geworden.)

Kunde Nr. 3 ist ein „neuer Kunde". Mit Ihnen mache ich „mit dem größten Frachtwagen" Geschäfte. Am 17. Oktober 1936 standen wir noch nicht in Geschäftsverbindung, Preisstopp-Verordnung gilt nicht. Macht soundsoviel. Danke sehr, der Herr, beehren Sie mich bald wieder. (Der Verkäufer hat sich auch hier strafbar gemacht, da die Preisstopp-Verordnung selbstverständlich auch für neue Geschäftsverbindungen gilt.)

Nur drei Beispiele! Sie zeigen, wie Eigennutz, Leichtsinn und Gedankenlosigkeit — auch als „Kleinigkeiten" die großen Ziele einer auf die Herstellung der völligen Souveränität des deutschen Volkes gerichteten Wirtschaftspolitik sabotieren oder ihre Erreichung zum mindesten zu verzögern sich bemühen. Augen auf, die geschilderten Methoden sind unerschöpflich nicht nur bei den — Preisen! Jl.

15 Milliarden Spareinlagen!

Die Spareinlagen bei den deutschen Sparkassen haben kürzlich die 15-Milliardengrenze überschritten, sie beliefen sich Ende Mai auf 15,03 Milliarden Reichsmark.

Das Ansteigen der deutschen Spareinlagen von 10,5 Milliarden im Jahre 1933 auf über 15 Milliarden im Mai 1937 zeigt uns einmal, wie rege im deutschen Volk der Wille zur volkswirtschaftlichen Vermögensbildung ist, und zum andern sehen wir in ihm einen erneuten Beweis dafür, welch großes Vertrauen das deutsche Volk der nationalsozialistischen Wirtschaftsführung entgegenbringt und wie wenig ihm die „wirtschaftlich bestens unterrichteten" Abwertungspropheten mit ihren Weisfagungen imponieren können.

Aber wir wollen es nicht damit genug sein lassen, sondern wir sind nun einmal so boshaft, eine solche Gelegenheit aufzugreifen und diese nüchterne, harmlose Zahl zu der Feststellung zu „mißbrauchen", daß wir wieder einmal recht behalten haben.

Wir haben behauptet, daß Sparen nicht Not leiden, sondern nur richtig wirtschaften und damit reich werden heißt.

Wenn Sparen Not leiden hieße, dann würden wir heute diesen erfreulichen Anstieg nicht feststellen können. Denn freiwillig unterwirft sich niemand gern einer Notlage. Und daß der kleine Einkommensträger in Deutschland gezwungen wird, sich Entbehrungen aufzuerlegen, um sein Geld auf die Sparkasse tragen zu können, das wird nicht einmal die sonst so rührend um unser Wohlergehen besorgte Auslandspresse behaupten wollen. Das Ansteigen der deutschen Spareinlagen bis auf den heutigen hohen Stand ist nichts anderes als die logische Folge der vernünftigen und richtigen nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik.

Daß das deutsche Volk als solches durch das richtige Wirtschaften tatsächlich reicher geworden ist, daß es Vermögen gebildet und dadurch seinen Leistungsraum vergrößert hat, diese Feststellung können wir heute auf fast allen Gebieten unseres wirtschaftlichen und kulturellen Lebens machen. Hlz.

Aufgaben und Wege der Technik bei der Leistungssteigerung

Zwischen dem augenblicklichen Leistenkönnen und dem Leistenwollen besteht immer eine Kluft. Diese zu überbrücken und das Gewollte beschleunigt herbeizuführen ist — im weitesten Sinne — Aufgabe der Technik. Diese Aufgabe ist also die Summe von Grundsätzen über Mittel und Wege, das Ziel zu erreichen, das ihr von der wirtschaftspolitischen Führung gesteckt wird.

Das Ziel heißt Leistungssteigerung; es bedeutet also verstärkten Einsatz von Arbeitskraft und Vermeidung von Verlust.

Digitized by Google

Bernhard Köhler nennt die Verlustvermeidung den Grundgedanken jeder Rationalisierung. Darüber hinaus bedeutet Rationalisierung ein durch wirtschaftliche Vernunft gefordertes, planmäßiges Auffinden volkswirtschaftlich günstigerer Verfahrensweise.

Ziel einer nationalsozialistischen Rationalisierung ist, im Gegensatz zu jener der kapitalistischen Wirtschaft, nicht erhöhter Kapitalprofit, sondern Steigerung der Menge und der Qualität der gesamten Produktion bei gleichzeitiger Verbilligung.

In diesem Rahmen kommen der Technik folgende wesentliche Aufgaben zu:

1. Ersetzung von anderswo notwendigerer Menschenkraft durch Mechanisierung.
2. Zeitersparnis durch neue Arbeitsmaschinen.
3. Erhöhung des Wirkungsgrades der Kraftmaschinen.
4. Stoffeinsparung.
5. Verlängerung der Lebensdauer von Stoffen.
6. Altmaterialverwertung.
7. Produktion billigerer und besserer Neustoffe.
8. Ausnützung aller vorhandenen Naturkräfte.
9. Verlustverringerung bei Kraftübertragung.
10. Zeit- und Raumersparnis durch Verkehrsverbesserung.

Maßgebend bei der Durchführung ist die nationalsozialistische Wirtschaftsgesinnung. In einer sozialistischen Wirtschaft, in der das Recht auf Arbeit Wirklichkeit wurde, fordert der Wille zur Leistungssteigerung eine durchgreifende Rationalisierung der gesamten Volkswirtschaft.

Wo.

Das Handwerk bildet Facharbeiter aus

Während 1933 auf 100 Handwerksbetriebe nur 27 Lehrlinge entfielen, sind das heute bereits 35. Die Gesamtzahl der Handwerkslehrlinge stieg von rund 420 000 Ende 1933 auf fast 590 000 Ende 1936.

Wir dürfen uns aber von diesen an sich recht erfreulichen Zahlen nicht täuschen lassen. Der bisherige Anstieg ist im wesentlichen nichts anderes als die Folge des Wirtschaftsaufschwunges, der eben auch das deutsche Handwerk zu neuem Schaffen anregte und dadurch die Lehrlingsausbildung förderte. Wir erkennen das zum Beispiel ganz klar, wenn wir die Zunahme der Lehrlinge in den verschiedenen Handwerken verfolgen. Bei den Gruppen, die durch die allgemeine Wirtschaftsentwicklung stärker gefördert sind, ist die Zunahme besonders groß. So bildete z. B. das Bauhandwerk bereits 1935 um 37,6 v. H. mehr Lehrlinge aus als 1933. Beim metallverarbeitenden Handwerk betrug die Steigerung 28,9 v. H., beim holzverarbeitenden Handwerk 23,9 v. H. und beim Nahrungs- und Genußmittelhandwerk 14,3 v. H. Über die Güte und den Erfolg der Ausbildung können uns diese Zahlen allerdings nichts sagen.

Immerhin läßt sich in diesem Zusammenhange feststellen, daß die Zahl der abgelegten Meisterprüfungen von 27 000 im Jahre 1932 auf 67 000 im Jahre 1936 anstieg. Die Masse der deutschen Jugend ist heute nicht mehr damit zufrieden, mit einer halb abgeschlossenen Ausbildung in den Beruf zu gehen, sondern sie strebt danach, das höchst Erreichbare auch zu erreichen.

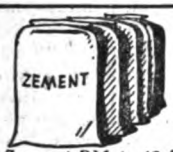
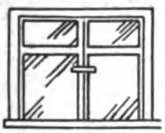
Wenn wir heute alle nur möglichen Maßnahmen zur Schaffung und Förderung unseres Facharbeiternachwuchses in Angriff nehmen, so können wir das aus dem Bewußtsein tun, daß unser Bedarf an Facharbeitern niemals ein plötzliches Ende durch das Absinken der „Rüstungskonjunktur", „Vierjahresplankonjunktur" und was sonst für einer „Konjunktur" finden wird, wie es uns die Auslandspresse immer wieder freundlichst vorausagt. Konjunkturen und Krisen überlassen wir gerne den anderen Staaten. Die deutsche Wirtschaft wird unter dem Richtpunkt des Rechtes auf Arbeit immer einen großen Bedarf an Höchstleistungen haben. Darum müssen wir auch vom deutschen Handwerk fordern, daß es sich nicht nur auf die Ausnützung einer günstigen Wirtschaftsentwicklung beschränkt, sondern auch von sich aus alles nur irgend mögliche zur Sicherung des deutschen Facharbeiternachwuchses tut.

Hlz.

Digitized by Google

Die Verbilligung marschiert

Einige Beispiele für Preissenkungen seit 1933 (inlandbestimmte Preise). Die angegebenen Zahlen drücken nicht die indirekten Preissenkungen aus, die darüber hinaus durch Verbesserung der Qualität erfolgt sind. **Wo.**

	1933: 369,50 RM. 1936: 326,30 RM.	1937		1933: 2,24 RM. 1936: 1,65 RM.	1937
Zement RM. je 10 Tonnen			*Zellwolle RM. je kg.*		
	1933: 1,35 RM. 1936: 1,21 RM.			1935: 30,00 RM. 1936: 28,12 RM.	
Fensterglas RM. je qm.			*Kartoffel-Stärkemehl RM. je 100 kg.*		
	1933: 70,08 RM. 1936: 66,33 RM.	+)		1935: 51,67 RM. 1936: 38,11 RM.	
Ammoniak RM je 100 kg.			*Erbsen RM. je 100 kg.*		
	1933: 491,68 RM. 1936: 485,67 RM.			1935: 5,72 RM. 1936: 3,94 RM.	
Hopfen RM. je 100 kg.			*Heu RM je 100 kg.*		
	1935: 6,67 RM. 1936: 6,67 RM.	+)		1933: 1,41 RM. 1936: 1,35 RM.	
Kali Düngesalz RM je 100 kg. Ware			*Beil (Verkaufspreis) RM.*		
	1933: 5,06 RM. 1936: 4,85 RM.			1933: 123,0 RM. 1936: 119,8 RM.	
Kunst-Seide RM. je kg.		JENTSCH	*Uhren (Verkaufspreis) 1913 = 100*		

+ *Stickstoffdüngemittel ab 1. Jan. 1937 um 30 v. H., Kalidüngemittel ab 16. Mai 1937 um 25 v. H. gesenkt.*

Digitized by Google

Bitte nachmachen!

Zu einem Menschen, der uns erzählt, wir sollten uns nur mit der Rasierklinge A rasieren, denn sie wäre die beste, sich selbst aber mit der Rasierklinge B rasieren würde, hätten wir wahrscheinlich nicht allzu großes Vertrauen. Und daß eine Reklame für die Rasierklinge A sehr erfolgreich wird, ist auch nicht zu erwarten. Genau dasselbe ist es im Großen. Es nützt in der Wirtschaft durchaus nichts, wenn irgendeine Staatsführung Ratschläge erteilt und nichts unternimmt, um die Richtigkeit ihrer Ratschläge unter Beweis zu stellen. Was würden z. B. die herrlichsten Lobpreisungen über die neuen deutschen Rohstoffe für einen Wert haben, wenn der Staat nicht selbst in seinen Betrieben ihre Güte unter Beweis stellen würde.

Aus diesem Grunde haben sich die zwei großen Staatsbetriebe Reichsbahn und Reichspost von Anfang an in besonderem Maße für die neuen Rohstoffe eingesetzt. Wenn bei diesen Großbetrieben, deren Betriebssicherheit geradezu sprichwörtlich ist, die Versuche mit den neuen Rohstoffen solch hervorragende Ergebnisse zeigten, so ist das ein unmittelbarer Beweis für ihre Güte, der auch sicherlich bei denjenigen, die es angeht, seine Wirkung nicht verfehlen wird.

Von der Arbeit der Reichsbahn auf diesem Gebiet zeugt der auf der Ausstellung „Schaffendes Volk" gezeigte Vierjahresplan-D-Zug-Wagen. Dieser Wagen ist unter restloser Wahrung der Verkehrssicherheit ganz mit neuen deutschen Rohstoffen ausgestattet. Nach langwierigen Untersuchungen und Belastungsproben sind für die Ausstattung Materialien gefunden, die den alten mindestens ebenbürtig sind.

Aus den sonstigen Entdeckungen der Reichsbahn wäre noch die Verwendung von Zellwolle für die Achslager-Schmierpolster, die Verwendung von Buna zur Herstellung von Bremsschläuchen und Dichtungen und der bisher aus Kernrindleder gefertigten Manschetten für die Bremskolben und der Ersatz des Linoleumbodenbelags und der verschiedenen Lackierungen durch Kunstharz zu nennen.

Auch die Reichspost steht nicht zurück. So wurden und werden z. B. Versuche für den Ersatz der Kupferkabel durch Aluminiumkabel gemacht. Die Stärke des Bleimantels wird bei den bleibewehrten Kabeln so weit wie möglich verringert, und im Apparatebau sucht man ständig nach neuen Möglichkeiten für den Einsatz der neuen deutschen Werkstoffe.

Wir können nur hoffen, daß dieses gute Beispiel, das die Staatsbetriebe geben, auch auf die Privatwirtschaft anspornend wirkt, und daß diejenigen in Industrie und Handwerk, die es immer noch nicht begreifen wollen, endlich einmal zu der Erkenntnis gelangen, welche Bedeutung auch für sie die neuen deutschen Rohstoffe haben. Hlz.

Wirtschaftspolitik und Ausland

Der Facharbeitermangel als internationale Erscheinung

Ein Teil der ausländischen Presse versucht die Entwicklung des deutschen Arbeitseinsatzes während der letzten Monate mit ihrem stärker hervortretenden Mangel an genügendem Berufsnachwuchs und vor allem an genügenden Facharbeiterkräften immer wieder als ein „offensichtliches Versagen" der nationalsozialistischen Lenkung unseres Arbeitslebens hinzustellen.

Gewiß kann von niemanden, am wenigsten von uns geleugnet werden, daß eine ganze Reihe von deutschen Industriezweigen, wie beispielsweise die Bau- und die Metallindustrie, augenblicklich an einem empfindlichen Mangel an Facharbeitskräften leiden, und daß wir in nahezu allen Sparten unseres Wirtschaftslebens, nicht zuletzt in der Landwirtschaft, einen auf die Dauer unzureichenden Nachwuchs an jugendlichen Arbeitskräften aufzuweisen haben.

Der Mangel an Facharbeitskräften ist die notwendige Folge der beispiellosen Steigerung aller Zweige unseres Wirtschaftslebens zur Sicherung unserer elementarsten Lebensgrundlage, wie der Man-

Digitized by Google

gel an jugendlichem Berufsnachwuchs die Folge unserer früheren rückläufigen Bevölkerungsentwicklung bildet.

Gerade das Beispiel anderer Staaten aber zeigt, daß auch andere Länder keineswegs von den Sorgen befreit sind, die uns augenblicklich erfüllen. So kennt beispielsweise das von so schweren Bestandsproben, wie sie unsere Wirtschaft während der Krisenjahre aufzuweisen hatte, bis vor einiger Zeit bewahrt gebliebene englische Wirtschaftsleben schon seit langem einen gleich empfindlichen Mangel an Facharbeitskräften. Besonders fühlbar wurde dieser zusätzliche Bedarf durch die starke Steigerung der englischen Rüstungsindustrie, so daß heute trotz einer Arbeitslosenziffer von über anderthalb Millionen ganze Zweige der englischen Industriewirtschaft, wie die Bau-, die Eisen- und sonstige Metallindustrie, einen spürbaren Mangel an Facharbeitskräften aufweisen.

Deshalb wurden auf Veranlassung des englischen Arbeitsministeriums in verschiedenen Teilen des Landes Schulungszentren gebildet, in denen namentlich die jugendlichen Arbeitslosen innerhalb einer beschränkten Zeit für die vom Facharbeitermangel besonders betroffenen Arbeitszweige geschult werden. Es wurde bereits statistisch nachgewiesen, daß diese Maßnahmen einen vollen Erfolg haben. Eine Feststellung im Schulungslager Leicester ergab, daß z. B. von 100 Teilnehmern je 96 sofort und weitere 3 nach kurzer Zeit Arbeit fanden. Da trotz dieser sehr beachtlichen Erfolge der Umfang dieser „Umschulungsbewegung" jedoch den Anforderungen noch nicht entspricht, hat das englische Arbeitsministerium in Verbindung mit verschiedenen Stellen der englischen Privatwirtschaft neue Maßnahmen getroffen, beziehungsweise in Aussicht gestellt, durch die die Werbung erhöht werden soll. Jetzt veranstaltet das Arbeitsministerium Sonderfahrten für Arbeitslose zu den einzelnen Schulungslagern, wobei die Teilnahme völlig unverbindlich ist.

Das englische Beispiel zeigt am besten, daß den unseren gleichlaufende Erscheinungen dem Ausland durchaus nicht unbekannt sind. Wie steht es in diesen Fällen mit dem „offensichtlichen Versagen" — — ? Ha.

Finanzierung der Arbeitsbeschaffung nach deutschem Muster

Wir erinnern uns, wie sehr die deutsche Methode bei der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung Gegenstand gehässiger Angriffe des Auslandes gewesen ist. Man warf uns vor, — und tut dies auch heute noch — wir hätten eine inflationistische Politik damit eingeschlagen. Nun, der bisherige Erfolg hat die Richtigkeit unseres Weges bewiesen — aber nicht nur für uns, sondern auch für andere. Auch Frankreich hat aus den deutschen Erfolgen gelernt und will nun die deutsche Methode nachmachen. Nach einer Meldung der amerikanischen Finanzzeitung *The Wall Street Journal* (22. Mai 1937) hat Frankreich eine *Caisse National des Marchès de l'Etat* gegründet, deren Aufgabe es sein soll, Arbeitsbeschaffungswechsel zu akzeptieren, zu indossieren oder auch zu bevorschussen. Diese Wechsel sollen dann bei der Banque de France rediskontfähig sein.

Wieder ein Beispiel dafür, wie die so arg geschmähten deutschen Maßnahmen schließlich nachgeahmt werden. Ge.

Noch interessanter

ist die Zeitschrift „Wirtschaftspolitik der NSDAP." durch Erweiterung des Umfanges von 24 auf 32 Seiten geworden, sie ist reichhaltiger geworden

und billiger,

denn sie kostet nicht mehr als bisher: halbjährlich RM. 1,80 einschließlich Zustellgebühr bei zweimal monatlichem Erscheinen. Überdies bringt jedes Heft

nun auch noch Bilder!

Jeder Leser wirbt für die Zeitschrift „Wirtschaftspolitik der NSDAP."

Bestellungen durch die Kreis- und Gauwirtschaftsberater an den Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München 2 NO.

Digitized by Google

Ein Emigrant „zitiert" Bernhard Köhler

Die deutsche Arbeitslosigkeit hat zum ersten Male seit langen Jahren die Millionengrenze unterschritten. Dem nationalsozialistischen Deutschland ist es gelungen, das wieder gutzumachen, was die Herren des Weimarer Systems uns eingebrockt hatten. Denselben Herren, die nun irgendwo im Auslande sitzen und gegen das neue Deutschland hetzen, erscheint es ganz bestimmt als eine besondere Gemeinheit des nationalsozialistischen Deutschland, daß dieses das Recht auf Arbeit für alle Deutschen verwirklicht und die Arbeitslosigkeit überwunden hat; und dies ohne sie zu fragen, ohne ihre Mithilfe, ja ersichtlich sogar deswegen, weil sie, die sich so unentbehrlich dünkten, ausgeschaltet wurden. Da scheint es dann gar nicht verwunderlich, wenn die nationalsozialistischen Erfolge in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit einfach schlechtweg abgeleugnet werden. Auf Grund besonderer Kenntnis der deutschen Verhältnisse schreibt da ein H. Conrad im Marxistenblatt *„Izquierdas"* (Mexiko-Stadt, 3. Mai 1937), die deutsche Arbeitslosigkeit habe Ende 1936 3,9 Millionen betragen. Er gliedert dann diese 3,9 Millionen: etwa 2,5 Millionen wären anerkannte Erwerbslose, 722 000 unsichtbare Erwerbslose, 600 000 Arbeitsdienstpflichtige (!) — und jetzt kommt, was ihm wahrscheinlich besonders am Herzen liegt — 100 000 (!) politische Gefangene; die gewöhnlichen Zuchthäusler und Gefängnisinsassen hat er also anscheinend großzügigerweise nicht mit berücksichtigt; das ist immerhin anerkennenswert.

Dieser phantasievolle Literat begnügt sich aber nicht damit, in Statistik zu machen (selbstverständlich ist er in Mexiko viel besser in der Lage, deutsche Verhältnisse zu überblicken als etwa die amtliche deutsche Statistik, der konkrete Unterlagen zur Verfügung stehen, während er unbeschwert von solchen Dingen ganz seine intuitiven Fähigkeiten zeigen kann), er schwingt sich vielmehr zu hochtrabenden Phrasen auf und schreibt:

Was antwortet der Nationalsozialismus auf diese Anklage der Zahlen? „In bestimmten Teilen Deutschlands besteht nicht nur ein Mangel an fachlich geschulten Arbeitskräften, sondern auch an ungelernten Arbeitern." Das ist das, was sich ein gewisser Bernhard Köhler zu sagen erlaubt.

Nun, dazu wollen wir wirklich nichts mehr sagen, dennoch glauben wir, unseren Lesern diesen merikanischen Kraterausbruch nicht vorenthalten zu können.

Ge.

Die Balkanreise des deutschen Außenministers

Der Besuch des deutschen Außenministers in Jugoslawien, Bulgarien und Ungarn mag Anlaß bieten, auf die außerordentlich guten Wirtschaftsbeziehungen Deutschlands zu diesen Ländern hinzuweisen. Bei der Neuorientierung der deutschen Handelspolitik hat gerade der Donauraum stärkste Berücksichtigung gefunden. Ist doch der Donauraum ein Gebiet, das verkehrsgeographisch außerordentlich günstig liegt (noch günstiger, wenn die Rhein-Donau-Verbindung fertiggestellt sein wird!) und dessen Wirtschaft in hervorragender Weise geeignet ist, mit der deutschen in Austausch zu treten.

Der Donauraum bietet uns Rohstoffe in reicher Fülle, und wir können dafür in Tausch geben die Erzeugnisse unserer hochentwickelten Industrie. Deutschland ist daher im Außenhandel des Donauraumes in den letzten Jahren auf die erste Stelle vorgerückt. Bei dieser Sachlage kann es natürlich nicht verwundern, wenn eine neidische Konkurrenz entsprechende Randbemerkungen macht. Man sucht die Balkanstaaten gegen Deutschland einzunehmen und redet ihnen ein, daß sie allmählich in eine völlige Abhängigkeit gegenüber Deutschland kämen.

Diesen Äußerungen gegenüber erklärte der südslawische Handelsminister: „Man darf nicht aus dem Auge lassen, daß wir tatsächlich nach der Natur der Dinge in erster Linie auf Deutschland angewiesen sind, das unsere für die Ausfuhr bestimmten Erzeugnisse in ungeheuren Mengen kauft."

Man erkennt eben im Donauraum wirtschaftliche Gegebenheiten an und trägt ihnen Rechnung (zum Teil richtet sich

Digitized by Google

auch die dortige Landwirtschaft schon bei ihrem Anbau nach der Nachfrage des deutschen Marktes!). Die südslawische Zeitung *Vreme* unterstreicht die Worte ihres Handelsministers, wenn sie schreibt:

Jugoslawien, Bulgarien und Ungarn haben sich in den letzten Jahren in immer steigendem Maße an dasjenige mitteleuropäische Reich angeschlossen, das politisch am stärksten in der Reihe der europäischen Nationen erscheint und das wirtschaftlich so kraftvoll und zielstrebig und so folgerichtig geführt wird, daß die nationale Wirtschaft eines jeden der drei genannten Staaten von einer starken Bindung an das Deutsche Reich nur Vorteile haben kann.

Ge.

Die Weltbedeutung des deutschen Vierjahresplanes

Das Ausland, das den Vierjahresplan einst verlacht und verspottet hat, hat allmählich seine Ansicht darüber geändert. Die Stimmen, die noch von einer Undurchführbarkeit des Planes sprachen, sind immer mehr in den Hintergrund gedrängt worden. Man hat allmählich eingesehen, daß Deutschland seinen Plan doch mit Erfolg durchführen wird, trotz aller Einschränkungen und hämischen Randbemerkungen. Dies ist die Ansicht der meisten Blätter geworden. Sie haben sich mit einem Erfolg des Vierjahresplanes abgefunden — und einige wenige Blätter sind auch weitergegangen und haben die Bedeutung des Vierjahresplanes für die Weltwirtschaft untersucht und dabei festgestellt, daß Deutschland mit seinem Vierjahresplan Pioniertätigkeit für alle anderen rohstoffarmen Länder leistet.

So schreibt die schwedische Zeitung *Aftonbladet*, Stockholm, 13. Mai 1937, in ihrem Bericht über die Düsseldorfer Ausstellung:

Die Anstrengungen, die heute in Deutschland gemacht werden, um auf neue und teilweise künstliche Weise das zu schaffen, was die Natur uns selbst mit mehr oder weniger mildtätiger Hand bietet, ist nicht nur als eine Kraftleistung auf dem wirtschaftlichem Gebiet zu betrachten, sondern in ebenso hohem Grade eine Pioniertätigkeit zum Besten der Menschheit und im Dienste der Wissenschaft. Was heute in Deutschland aktuell ist, kann es in Zukunft leicht auch bei anderen Völkern sein, und die deutschen Experimente erhalten dadurch Weltcharakter.

Die französische Zeitung *Le Nord Industriel*, Lille, 12. Juni 1937, befaßt sich ausführlich mit den Erfolgen des Vierjahresplanes und spricht davon, daß die Franzosen auf der Leipziger Frühjahrsmesse die wichtigsten Käufer von Spezialmaschinen zur Herstellung wie zur Verwendung synthetischer Produkte gewesen seien. (Es ist überhaupt festzustellen, daß die französischen Zeitungen sich sehr für die synthetische Rohstoffgewinnung interessieren.) Das französische Blatt schreibt dann wörtlich:

Wir erleben eine neue Blüte der synthetischen Produktion, die nicht an den Grenzen des Reiches haltmacht und die imstande ist, die Wirtschaftspolitik der Nationen umzustürzen.

Der *Temps*, 5. Juni 1937, stellt die rohstoffarmen europäischen Länder den Rohstoffgebieten Amerikas und Asiens gegenüber und weist darauf hin, daß es keineswegs sicher ist, ob Europa die übrigen Erdteile dauernd wirtschaftlich wird ergänzen können. Europa müsse daher seinen Lebenswillen und seine Unabhängigkeit in einer seinen besonderen Fähigkeiten entsprechenden Weise nachdrücklichst zur Geltung bringen.

So betrachtet arbeiten jene Länder, die um die Lösung des Problems der synthetischen Rohstoffproduktion bemüht sind, nicht nur für sich, sondern ebensosehr für Europa, das sein Weltproduktionsmonopol verloren hat, und sie zu entmutigen, wäre ein kapitaler Fehler. Wer auch immer Europa mit Rohstoffen versieht, die sein Boden ihm verweigert, ist ein wahrhafter Wohltäter Europas.

Ja, Deutschland erfüllt wieder einmal — wie schon so oft in der Geschichte — europäische Aufgaben: die Arbeit, die Deutschland heute mit seinem Vierjahresplan leistet, kommt nicht nur Deutschland, sondern auch den anderen zugute, auch den anderen, die diesen Plan bespöttelt haben.

Ge.

Digitized by Google

England und die baskischen Erze

Bilbao ist nun nach langem Kampfe gefallen. Der Fall der größten Stadt des Baskenlandes kann aber die Erinnerung an das Verhalten Englands beim Kampfe um diese Stadt nicht auslöschen. Je lauter England seine angebliche Neutralität betonte, desto stärker ergriff es einseitig Partei für die Roten (und nicht nur mit Worten!). Warum denn dies? Will England etwa die Herrschaft der Roten in Spanien? Es denkt natürlich nicht daran.

England hat nur den einen Wunsch, daß, wenn schon dieser spanische Bürgerkrieg nicht ewig dauern kann, daß dann wenigstens die Fronten dieses Bürgerkrieges als ewige Grenzen erhalten bleiben. Die Politik des Gleichgewichts der Mächte, das heißt die Politik des lachenden Dritten, wenn zwei sich streiten; diese Politik ist den Engländern zu sehr in Fleisch und Blut übergegangen, als daß sie sich anders verhalten könnten. Neben allgemeinen politischen Erwägungen sind es nicht zuletzt auch sehr reale wirtschaftliche Gründe, die Englands Verhalten in diesem Falle bestimmen.

England will seine Eisenerzversorgung, (von anderen Erzen abgesehen) die nun durch die englische Flottenaufrüstung erst recht brennend wird, sicherstellen. Und Englands größter Eisenerzlieferant ist Spanien und hier wieder das Baskenland, das ja an sich über die Hälfte der spanischen Eisenerzförderung aufbringt, und noch dazu Eisenerze, die mit zu den besten der Welt gehören (über 50 v. H. Eisengehalt!). Die Eisenausfuhr Bilbaos betrug 1935 (für 1936 sind naturgemäß keine genauen Angaben zu erhalten) 1,02 Millionen Tonnen, davon gingen 0,52 Millionen Tonnen, also mehr als die Hälfte nach England. Diese Zahl redet eine eindeutige Sprache und erklärt manches, was sonst unbegreiflich erscheint. England befürchtet, daß die baskischen Eisenerzgebiete seiner Einflußnahme entzogen werden (bei einer selbständigen baskischen Republik wären natürlich die Einflußmöglichkeiten am größten!). Der *Economist*, das führende Finanzblatt Englands, drückt das so aus:

> *Wenn General Franco siegt, werden Italien und Deutschland augenscheinlich Zugang zu strategischen Rohstoffquellen erhalten, die sie auf ihrem Wege zur Selbstgenügsamkeit und mit Rücksicht auf ihre Devisenschwierigkeiten stark benötigen . . . Für Großbritannien auf der anderen Seite wäre ein solcher Ausgang entschieden ungünstig, da es zur Ergänzung seiner verhältnismäßig niedrigprozentigen eigenen Fundstelle normalerweise jährlich 1 Million Tonnen spanische Eisenerze einführt.*

Unter diesen Umständen ist es nicht verwunderlich, daß ein ausländischer Sender eine Meldung bringt, wonach England vor dem Fall Bilbaos baskische Eisenerzgruben in größtem Umfange aufgekauft hat. Ob — wenn diese Meldung wahr ist — mit dieser Schiebung allerdings viel erreicht wird, mag dahingestellt sein. Das nationale Spanien wird sich an solche Verträge kaum gebunden fühlen. Ge.

Querschnitt durch das Schrifttum

Rückblick und Ausblick

Alfred-Ingemar Berndt: „Gebt mir vier Jahre Zeit". Zentralverlag der NSDAP., München 2 NO. München 1937. 256 S. Geb. RM. 3,00.

Die Schnellebigkeit unserer Tage verleitet zu leicht, die Größe der Gegenwart, den Fortschritt immer nur an der unmittelbar vorhergehenden Leistung zu messen, anstatt einmal ruhig zurückzublicken und eine umfassende Überschau vorzunehmen. Dann erst wird jeder verstehen, daß die vergangenen vier Jahre einst als „das deutsche Wunder" in die Geschichte eingehen werden.

Man kann es ein kühnes Unterfangen nennen, die Fülle dieser Zeit in einem Buch von 256 Seiten festzuhalten. Ministerialrat Alfred-Ingemar Berndt verstand jedoch unter Mitarbeit von Dr. Schrötter in seinem Buch „Gebt mir

Digitized by Google

vier Jahre Zeit!" eine ausgezeichnete, lebendige Darstellung des nationalsozialistischen Aufbauwerkes zu geben, die alle wesentlichen Gesichtspunkte umfaßt. Wie Tag und Nacht treten sich hier das Dritte Reich und das Deutschland der Systemzeit gegenüber. Aus dem entwaffneten Volk ist eine wehrhafte Nation geworden. Eine absinkende Geburtenziffer wird von einem neuen Lebenswillen abgelöst. Anstatt jüdischer Korruption blüht eine neue Wirtschaft. An die Stelle jüdischer Kulturschande tritt wieder deutsches Kunst- und Geistesleben. Arbeitslosigkeit wandelt sich in Arbeitermangel. — Ein einzigartiges Spiegelbild nationalsozialistischer Leistung!

Reiches Zahlenmaterial und die wichtigsten Gesetze unterstreichen diese Entwicklung, ohne jedoch den Fluß der Darstellung irgendwie zu hemmen. Immer wieder müßte man dieses Buch lesen, um die Größe der Gegenwart zu erfassen. Wir sehen in dem Buch die beste Unterlage zu dem Rechenschaftsbericht, den der Führer in seiner Rede am 30. Januar über die von ihm geleistete Arbeit brachte, die auch dieses Werk abschließt, und uns mit unerschütterlicher Zuversicht auch die restlose Erfüllung des zweiten Vierjahresplanes erwarten läßt. Unt.

Mehr Brot

Will Kraft, „Brot, Volksgesundheit — Nahrungsfreiheit", NL.-Schriftenreihe, Heft 1, Müllersche Verlagsbuchhandlung, Dresden 1936, Preis 0,50 RM.

In dieser kleinen Schrift ist aus dem großen Problem der Sicherung der Nahrungsfreiheit der eine Punkt der Sicherung der Brotversorgung herausgegriffen und erschöpfend behandelt. Will Kraft beweist in seiner Schrift, daß unsere heutige Getreideausnutzung im höchsten Maße unrationell ist. Unser heutiges Bäckerbrot ist vollkommen ungenügend. Die Vorbedingungen für gutes Brot ist ein restlos ausgemahlenes Korn. In der Kleie gehen gewaltige Werte an Vitamin, Eiweiß, Mineralstoffen, Geschmacksstoffen usw. verloren. Will Kraft stellt fest, daß man mit der gleichen Menge Korn, zu Vollkornbrot verarbeitet, mehr als die doppelte Anzahl Menschen viel besser und vollwertiger ernähren kann, als wenn man es, wie heute, zu Feinkornbrot verarbeitet.

Die Untersuchungen sind gerade für den Laien sehr anregend, da sie ihm Einblick in ein Gebiet geben, das noch viel zu wenig bekannt ist.

Interessant sind weiter die Hinweise auf die Großmühlenindustrie, die in den Fragen der Volksernährung vielfach noch eine Haltung einnimmt, die an Liberalismus übelster Sorte erinnert.

Hlz.

250000

beträgt allein die Auflage einer einzigen Veröffentlichung unserer Schriftenreihen.

Es erschienen

die 20-Pfennig-Schriften zur Wirtschaftspolitik:

„Wille zum Welthandel" von Bernhard Köhler.

„Pjatiljetka und Vierjahresplan" von Alf Noll. (erscheint demnächst)

die 10-Pfennig-Schriften zur Wirtschaftspolitik:

„Sklavenarbeit oder Welthandel?" von Bernhard Köhler.

„Sparen heißt nicht Not leiden" mit Beiträgen von Bernhard Köhler u. a.

Zu beziehen durch den Buchhandel, durch die Gauwirtschaftsberater oder direkt durch den Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München 2 NO.

Digitized by Google

Aus der wirtschaftspolitischen Arbeit der Partei

NACHRUF

Parteigenosse

ALBERT BRÄSEL

Hauptbearbeiter beim Gauwirtschaftsberater, erlag am 22. 6. 1937 in einem Sanatorium in Zittau einem Herzschlag.

Wir verlieren in ihm einen aufrechten, treuen Mitkämpfer, der sich mit seiner ganzen Persönlichkeit und mit seinen reichen Erfahrungen stets in aufopferungsvoller Weise seit Beginn der Arbeit des Gauwirtschaftsberaters den großen Aufgaben der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik uneigennützig zur Verfügung stellte.

Er war zunächst Kreiswirtschaftsberater des Kreises Merseburg und außerdem seit einem Jahr Hauptbearbeiter des Gauwirtschaftsberaters.

Halle a. d. S., den 23. 6. 1937

Dr. Möllney,
Gauwirtschaftsberater

Meldungen aus der Organisation

Der Führer
ernannte in letzter Zeit folgende Gauwirtschaftsberater zu Gauamtsleitern:
am 20. April 1937: Pg. Julius Maier, Südhannover;
am 1. Mai 1937: Pg. Waldemar Magunia, M.d.R., Ostpreußen;
am 11. Juni 1937: Pg. Dr. Rudolf Braun, Kurhessen.

Bernhard Köhler spricht

am 22. Juli 1937 anläßlich der Schulungswoche für Kreis- Übungsfirmen-Leiter auf der Gauschulungsburg Lobeda (Thüringen) über „Des Führers Wirtschaftspolitik";

am 22. Juli 1937 vor den Kreisobmännern, Gaubetriebsgemeinschaftswaltern und Gauabteilungsleitern der Gauwaltung Thüringen der DAF. in der Gauschule in Georgenthal (Thür.);

am 31. Juli 1937 anläßlich des Redner-Lehrganges der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. (vgl. auch unten) auf der Plassenburg bei Kulmbach.

Unsere Redner sprechen

Vom 25. bis 31. Juli 1937 findet auf der Plassenburg bei Kulmbach ein Redner-Lehrgang der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. statt, anläßlich dessen folgende Parteigenossen sprechen:

am 26. Juli 1937: Pg. Achim Holtz („Auswirkungen der idealistischen und materialistischen Weltauffassung im Sozialismus und Bolschewismus"); Pg. Friedrich Schmidt („Die Wesenszüge des deutschen Menschen in seiner Geschichte"); Pg. Dr. Ludwig Linhardt („Jüdischer Marxismus und deutscher Sozialismus");

am 27. Juli 1937: Pg. Udo Pfriemer („Die Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung zum Sozialismus");

am 29. Juli 1937: Pg. Dr. Alf Roll („Arbeitspolitik lenkt die Volkswirtschaft"); Pg. Max Beust („Ziel der Volkswirtschaft: Bedarfsdeckung oder Vermögensbildung?");

am 30. Juli 1937: Pg. Hans Vollmann („Gibt es eine Lohnfrage?"); Pg. Achim Holtz („Ausbeutung und gerechter Lohn");

am 31. Juli 1937: Pg. Wilhelm Böfing („Politische, wirtschaftliche und sozialistische Bedeutung des Vierjahresplans").

Hauptschriftleiter: Udo Pfriemer / Verantwortlich für den Inhalt: Carl Flubme / Beide: München 43, Karlstraße 24, Fernruf: 54030 / Nachdruck auch auszugsweise nicht gestattet, es sei denn, daß eine ausdrückliche vorherige Genehmigung der Schriftleitung erteilt ist. / Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, Thierschstraße 11 / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Nur durch die Dienststellen der NSDAP. / Erscheinen: Zweimal im Monat / Preis des Heftes: 15 Pfennig

Digitized by Google

Mitteilungen der Kommission für

Wirtschaftspolitik der NSDAP

Heft 14 Jahrgang 2

Nachdruck - auch auszugsweise - nicht gestattet!

HC
286.3
.A1
N28
v. 2
no. 14

Der Führer in „Mein Kampf"

Auch dies ist eine Aufgabe unserer Bewegung, daß sie schon heute von einer Zeit künde, die dem einzelnen das geben wird, was er zum Leben braucht, aber dabei den Grundsatz hochhält, daß der Mensch nicht ausschließlich um materieller Genüsse willen lebt.

Aus dem Inhalt:

Im Juli 1932 . . .

Alf Roll:
„Keynes leicht gemacht"?

Hanns Mayr:
Verbilligung

Carl Fluhme:
Leistungsgedanke und Leistungsfreude

Carl Fluhme:
Weltwirtschaftliches Finale

Anlegen heißt reicher werden

Jahwe und der Primat der Politik

Wie soll das Kind heißen?

Raus aus dem Kapitalismus!
Rin in den Kapitalismus!

Motorisierung ein Motor der Verbilligung

Kleine Illustration zum „wirtschaftlichen Nationalsozialismus"

20. Juli 1937

Zentralverlag der NSDAP

UNIV. OF MICH. LIBRARY

Digitized by Google

Im Juli 1932 ....

Im Juli 1937 sind fünf Jahre vergangen, daß in den NS.-Monatsheften grundlegende Ausführungen Bernhard Köhlers über das Recht auf Arbeit erschienen sind. Wir nehmen diese Tatsache zum Anlaß, im folgenden eine Übersicht über den Inhalt dieser für unsere wirtschaftspolitische Arbeit so wichtigen Schrift zu geben.

In welchem Maße der Fundamentalsatz der Schrift Bernhard Köhlers „Recht auf Arbeit"

„Jedem Deutschen, der Arbeit sucht, muß Arbeitsgelegenheit geboten sein",

Wirklichkeit geworden ist, weiß heute jeder Deutsche. Wer diesen Kampf nicht als abwartender und skeptischer Zuschauer mitgemacht hat, weiß aber darüber hinaus, daß es sich hierbei nicht um eine politische Parole gewöhnlicher Art handelt, die von den immer noch allzuvielen als etwas behandelt wird, das sich schließlich in phrasenhaftem Gebrauch totläuft. Schon, daß Bernhard Köhler damals vor fünf Jahren hier einen scharfen Trennungsstrich zwischen Forderungen der Wirtschaftsgestaltung, Wirtschaftsweisen und Wirtschaftssysteme und dem Recht auf Arbeit zog, und es über alles andere als eine sittliche Forderung setzte, sagt, daß viel mehr darin liegt, als auch heute noch die kompakte Majorität der mit Wirtschaft Befaßten weiß. Das Gesetz des Rechtes auf Arbeit ist damit zugleich

das Gesetz der Arbeitsfreiheit

geworden, ein Begriff, mit dem Bernhard Köhler den programmatischen ersten Abschnitt seiner Schrift überschrieb.

Bewußt stellte er darin dem bisherigen unsittlichen Zustand der vergeblichen Arbeitssuche, als dem Zustand der Entrechtung, und dem Zustand der ungerechten Verteilung des Arbeitsertrages, als dem Zustand der Ausbeutung, deren Beseitigung durch Verbürgung und Schutz des Rechtes auf Arbeit gegenüber. Damit setzte er den sittlichen Generalangriff an gegen das unnatürliche und unsittliche Vorrecht eines auf Ausbeutung fußenden Eigentumbegriffes.

Ist so die Gerechtigkeit der typische Gehalt des Rechtes auf Arbeit, so ist seine Folge und Auswirkung der Sozialismus.

Bernhard Köhler hat sich damals im Jahre 1932 nicht auf diese programmatische Entwicklungsreihe beschränkt, sondern in den vier weiteren Abschnitten der erwähnten Schrift auch den Weg zur Verwirklichung aufgezeigt. Der zweite,

Rechtszustand,

überschriebene Abschnitt bezeichnet den Staat als Bürgen des Rechtes auf Arbeit, während sich als Rechtsträger jeder Volksgenosse darstellt. Diese Bürgschaft erstreckt sich auf Arbeit und Leistungsmöglichkeit schlechthin, nicht aber ist sie gegeben für bestimmte Arbeit und ebenso nicht für die Lohnhöhe. Sie soll also ausdrücklich nicht als Versorgungsgesetz wir-

Digitized by Google

Gift
R. M. Myers
6-19-61

ken, sondern als Recht auf freie Führung des Lebenskampfes. Der Staat als Rechtsbürge ist danach ausschließlicher Träger der Arbeitsgabepflicht. Er bedient sich der ständischen Wirtschaftsorganisationen als der Zuständigkeitsträger für die Überwachung und Beobachtung des Ortes und des Umfanges des Leistungsbedarfs mit der Zielsetzung des Ausgleichs des Ausfalles von Arbeitsmöglichkeiten (Projektbereitschaft) durch Einsatz im Leistungs- und Aufgabenraum der Gemeinschaft.

Das Problem dieses Leistungsraumes

ist im dritten Abschnitt erörtert. Ausgehend von der Erkenntnis des Nachwuchses immer neuer Arbeitskräfte, der den Raumzuwachs und Raumerwerb schicksalhaft vorschreibt, stellte Bernhard Köhler in einer eindeutigen und wuchtigen Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus die These auf: Die Arbeit bestimmt, nicht das Kapital. Mit anderen Worten: das Recht auf Arbeit beseitigt die kapitalistische Gesellschaftsordnung und gipfelt in der Feststellung:

„Arbeitslose sind ungenutzter Reichtum des Volkes."

Die seit 1932 abgelaufene Entwicklung hat den Beweis für die Richtigkeit nicht nur dieses Satzes erbracht, sie hat auch den weiteren bewiesen:

> „Niemals kann doch der Fall eintreten, daß das Gemeinwesen die Arbeitskraft seines Volkes nicht brauchen könnte. Ein Volk, das zu Wohlstand kommen will, hat stets genug und übergenug Aufgaben, einen Mangel auszugleichen oder Neues zu schaffen. Eine richtig geleitete Wirtschaft wird stets Mangel an Arbeitskräften haben und nie zu viel."

Deshalb ist im Gegensatz zu der früheren Auffassung von der Bedarfsdeckungswirtschaft Wirtschaft bei uns Vorratswirtschaft, so daß grundsätzlich und fortgesetzt jede Arbeitskraft voll angesetzt werden kann, und durch die Arbeit über den Bedarf erst die Begründung von Wohlstand und Reichtum anhebt. Die für die Verbrauchsdeckung überflüssige Arbeitskraft wird bei der Schaffung von Dauergütern verwendet, die das Volksvermögen vermehren (Speicherung der Arbeitskraft).

Auf die in dieser Verbindung immer wieder gestellte

Frage nach dem Betriebskapital

gibt der vierte Abschnitt (Volkshaushalt) dahin Antwort, daß das Betriebskapital zur Lebenserhaltung der Dauergüter herstellenden Arbeitskraft Technik, Maschine und Rationalisierung schaffen, welch letztere allein Kapital bedeutende Arbeitskraft zu anderweitiger Verwendung und damit zur Verwandlung in Dauergüter freisetzt, die ihrerseits Wohlstandsmehrung darstellen. Damit ist der Rationalisierungsbegriff durch das Recht auf Arbeit der kapitalistischen Ausbeutungsideologie entrissen. Seine völlige Verwandlung zeigen diese Gesichtspunkte:

a) Kein Kampf mehr zwischen Mensch und Maschine um den Arbeitsplatz;
b) keine Verkürzung der Arbeitszeit;
c) aber weniger Arbeitszeit für notwendigen Bedarf und stets mehr Ertrag.

Digitized by Google

Etwas anderes ist die Finanzierung der vordringlichen Arbeitspläne, die durch ersparte Mittel zu geschehen hat.

„Soviel aber Arbeitskraft vorhanden ist, soviel ist auch Geld da, wenn ihm nicht gestattet wird, sich in Form privaten Leihkapitals dieser Pflicht zu entziehen."

Arbeitertum

Diese gesamten Gedankengänge und ihre so gezeichnete praktische Durchführung verwirklicht auch den letzten Sinn des Rechtes auf Arbeit als Gesetz, den Sozialismus. Die in ihm begründete Wirkung der Rechtsgleichheit legte Bernhard Köhler schon 1932 im fünften Abschnitt (Arbeitertum) seiner Schrift dar: Sie äußert sich in der Ermöglichung freier Führung des Lebenskampfes, im Prinzip der Höchstentwicklung von Leistungsfähigkeit und Leistung, im Prinzip der fördernden Persönlichkeitsauslese an Stelle der kapitalistischen Gegenauslese der Ausbeutung und entsittlichenden Abhängigkeit. Sie zeigt sich in der gleichberechtigt gegründeten Nachwuchsausbildung wie in der Vertragsfreiheit, in dem Verschwinden der „industriellen Reservearmee" wie in der Stärkung des Selbstbewußtseins. Die Maschinenfurcht ist ersetzt durch die Verbesserung der Lebensbedingungen durch die Maschine. Die kapitalgelenkte ist durch die arbeitbestimmte Wirtschaft und der Klassenkampf von freien, unabhängigen, gleichberechtigten Ständen abgelöst. 1932 erschien Bernhard Köhlers Schrift „Recht auf Arbeit". 1937 ist ihr überwiegender Teil Wirklichkeit geworden. „Das Recht auf Arbeit ist Sozialismus." Sl.

Alf Noll:

„Keynes leicht gemacht"?

In einer volkswirtschaftlichen Zeitschrift wird im Anschluß an eine Behandlung der neueren Theorien des Cambridger Nationalökonomen Keynes der Wunsch nach einem Buche „Keynes leicht gemacht" ausgesprochen. Die Einzelwünsche, wie das Buch auszusehen habe, verdienen solche Beachtung, daß sie hier wörtlich angeführt werden mögen:

„Es muß schulmeisterlich sein und darf nicht davor scheuen, Herrn Keynes genau so zu banalisieren wie Jean Baptiste Say es einst mit Herrn Smith vollführte;

es muß die Voraussetzungen betonen, unter denen die einzelnen Gedanken entwickelt werden, insbesondere immer angeben, ob die betreffende Erkenntnis nur für das „geschlossene System" gilt (für eine Volkswirtschaft, die gegenüber dem Ausland völlig abgeschlossen ist) oder auch für ein „offenes System";

es muß manchen überspitzten Gedanken auf seinen wahren Gehalt zurückführen und z. B. darlegen, daß und warum Sparen zwar meist, aber nicht immer Unfug ist (nicht z. B. in der gegenwärtigen Lage Deutschlands);

es muß untersuchen, zu welchen Forderungen in bezug auf die Organisation der Staatsleitung die Erkenntnis führt, daß die Regierungen heute die volle Verantwortung für das wirtschaftliche Wohl ihres Landes tragen;

es muß Keynes gegen den ungerechten Vorwurf, die ganze Wirtschaft durch die Brille des Bankiers zu sehen, in Schutz nehmen;

Digitized by Google

es muß das Wesentliche vom Zufälligen trennen und z. B. ausführen, ob Keynes' ebenso witzige wie krasse Kritik an den Börsen ein notwendiger Bestandteil seiner Wirtschaftsauffassung ist oder nicht;

es muß den Zweck der unterschiedlichen Fassung der Begriffe Einkommen, Sparen usw. in den einzelnen Büchern von Keynes auseinanderklauben und verständlich machen;

es muß die Konsequenzen darlegen, die sich auf allen Wirtschaftsgebieten aus dem neuen Weltbild ergeben, muß dartun, welche eingewurzelten Anschauungen als Schlacken zu beseitigen sind und welche auch jetzt noch Gültigkeit beanspruchen können;

vor allem muß es die Darstellung auf deutsche Verhältnisse abheben, muß in dogmengeschichtlichen Bemerkungen auf die übereinstimmenden und abweichenden Gedanken deutscher Gelehrter hinweisen, muß sich in der Ausführung der Gedanken und in der Anführung von Beispielen auf das deutsche Kreditsystem und die deutsche Wirtschaftspolitik beziehen und auf diese Weise Keynes' berechtigte Hoffnung verwirklichen, in Deutschland werde seine Lehre auf weniger Widerstand stoßen als in England."

So etwas ist heute in Deutschland noch möglich.

Mister Keynes als - - „Theoretiker der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik".

Man muß diese Ausführungen und Wünsche mehrmals lesen, um ganz zu begreifen, was hier vertreten und verlangt wird: Keynes als Theoretiker der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik populär zu machen. Wird doch ausdrücklich „das Mittel der staatlichen Investitionen" als der Punkt bezeichnet, „der Keynes gelegentlich den Vorwurf, „Marxist" zu sein, eingetragen hat, der aber in Wirklichkeit die theoretische Erklärung und Rechtfertigung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik darstellt".

So steht es schwarz auf weiß.

Diese Bemühung um Keynes ist rührend und erschütternd zugleich. Wir werden uns dabei bewußt, daß die gewaltige und wirtschaftliche Leistung des Nationalsozialismus in den letzten vier Jahren so geistig arm war, daß erst ein Engländer, der zudem in seinem letzten Buche die „autoritären" Wirtschaftssysteme ablehnt, als Theoretiker der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik importiert werden muß. Der Nationalsozialismus hat angeblich bisher mit keinen eigenen Gedanken aufwarten können, um den „deutschen Gelehrten" und den Studierenden der Nationalökonomie sowie volkswirtschaftlichen Journalisten die Grundzusammenhänge seines angeblich revolutionären Wirtschaftsdenkens klar zu machen. Es wird Herr Keynes benötigt, um mit den „übereinstimmenden und abweichenden Gedanken deutscher Gelehrter" erst die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik zu rechtfertigen.

Klare Grenze trennt Nationalsozialismus von Keynes

Auch der Nationalsozialismus hat von den theoretischen Ansichten des Cambridger Professors mit Interesse Kenntnis genommen insoweit, als sich ergab, daß man zu manchen nationalsozialistischen Grundsätzlichkeiten wirt-

Digitized by Google

schaftspolitischer Art auch von ganz anderen Ausgangspunkten gelangen kann. Es gibt ja viele Menschen gerade im „Volk der Denker", die sich über einen Gedanken erst dann beruhigen, wenn sie seine wissenschaftliche Beweisbarkeit sehen. Zu ihrer Gemüts- und Nervenstärkung mögen sie immerhin die eigene geistige Armut mit Gedankenimporten ergänzen.

Die nationalsozialistische Auffassung von den wirtschaftlich-politischen Zusammenhängen hat jedoch auch den klaren Grenzstrich gezogen, der sie von Keynes trennt:

Der Ausgangspunkt unserer nationalsozialistischen wirtschaftspolitischen Anschauung ist ein gänzlich anderer. Wir gehen vom Volke aus, vom Recht, von der Politik, von einem unbegrenzten Arbeitsvorrat, von der Arbeitskraft des Menschen und des Volkes, kurz von all dem, was wir unter dem Begriff des Rechtes auf Arbeit zusammenfassen. Keynes dagegen hat die Wirtschaftstechnik als Ausgangspunkt, Kreditpolitik, Zins, er fußt auf den materiellen Wirtschaftsbegebenheiten.

Wenn sich dabei Berührungspunkte ergeben, so in Einzelheiten. Die Gesamtschau dagegen ist eine völlig verschiedene. Diesbezüglich bedarf es keiner langen Ausführungen, denn es muß erwartet werden, daß volkswirtschaftliche und wirtschaftspolitische Publizistik, die im nationalsozialistischen Deutschland beachtet sein will, den Ideengehalt des Nationalsozialismus auch in wirtschaftlicher Hinsicht kennt. Fälle, wie der vorliegende, zeigen, wie es diesbezüglich bestellt ist.

Der Keynes-Rummel und eine Warnung!

Wenn wir uns geradezu einem Keynes-Rummel gegenübersehen, so ist es an der Zeit, sehr deutlich und nachdrücklich zu erklären, daß uns das von deutschen Kreisen an ausländischen Wirtschaftstheorien gezeigte Interesse zu groß, das Interesse der gleichen an den Grundlagen nationalsozialistischer Wirtschaftsauffassung aber zu klein erscheint. Dem Wunsche nach einer Keynes-Fibel zur theoretischen Rechtfertigung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik sei mit einer unzweideutigen Warnung begegnet, damit keine „Fehlinvestition" von Autorengeist und Verlegergeld erfolgt. Es rückt aber auch die Zeit heran, in der die volkswirtschaftliche Publizistik laufend kritisch auf ihr Verständnis für nationalsozialistische Wirtschaftsauffassung und Wirtschaftspolitik schärfer beobachtet werden muß.

Nationalsozialistische Wirtschaftspolitik hat mit blassen Gedankengebäuden nichts zu tun

Denn die Anzeichen mehren sich, daß mit einem Gefühl der Sicherheit eine Art öffentliche Meinungsbildung zu treiben versucht wird, der gegenüber die dazu befugteren Autoritäten nicht mehr die seitherige Zurückhaltung wahren können. Bereits macht sich, sogar in der Bewegung nahestehenden publizistischen Kreisen, der Einfluß einer nicht genügend kritischen Verwendung Keynesscher „Begrifflichkeiten" bemerkbar. Was ist z. B. erreicht, wenn man theoretisch das Vorhandensein einer „Verbrauchsneigung" im Sinne von Keynes als wesentlich für die Beschäftigungsmöglichkeiten unterstellt, aber zu klären

Digitized by Google

unterläßt, wie sich diese „Verbrauchsneigung" bestimmt, vor allem, wie sie gerade im Rahmen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik so deutlich durch die Politik bestimmt wird? Mit solchen beziehungslosen „Begrifflichkeiten" wird lediglich ein blasses Gedankengebäude errichtet, das im Grunde ähnlichen Gefahren erliegt wie das sog. „klassische", das es bekämpfen und ersetzen will.

Die Schlafmittel-Literaten in Wirtschaft und Wissenschaft reden an der Zeit vorbei

Die Erklärung wirklicher nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik hat Bausteine genug auch für eine systematische wissenschaftliche Befassung mit den Zusammenhängen zwischen Politik und Wirtschaft und den daraus folgernden Gesetzmäßigkeiten geliefert. Ihre Beachtung durch die „deutschen Gelehrten" ist spärlich. Dafür kann man noch heute die Behauptung eines solchen lesen, alle Wirtschaftspolitik sei im Grunde Währungspolitik. Es wäre nicht im geringsten gekünstelter, zu behaupten, alle Wirtschaftspolitik sei im Grunde Schlafmittelpolitik, d. h. sie gehe darauf aus, daß alle braven Bürger gesund und ungestört schlafen können.

Daß ein Teil unserer Wirtschaftswissenschaft wie Wirtschaftspublizistik endgültig an der Zeit vorbeiredet, wird immer deutlicher. Anlässe wie der Ausgangspunkt dieser Bemerkungen bestätigen das in überzeugendster Form. Die Notwendigkeit, solche Erscheinungen und Bestrebungen aufmerksamer zu verfolgen, ist damit erwiesen.

Hanns Mayr:

Verbilligung

Dieser Aufsatz erscheint im Zusammenhang mit der im letzten Heft 15 unter dem Titel „Die Verbilligung marschiert" gebrachten Übersicht, die einen Teil der seit 1933 stattgefundenen Preissenkungen zur Darstellung bringt. Weitere Übersichten folgen.

Erst mit der Verkündung des zweiten Vierjahresplanes ist es vielen klar geworden, warum der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik, Bernhard Köhler, schon lange vorher der Wirtschaft die Rationalisierung als politische Aufgabe gestellt hatte. Es ging zunächst nicht nur um die Steigerung des Einzelverbrauches durch Verbilligung, sondern es ging gleichzeitig um die Freisetzung von Arbeitskräften für die Durchführung bevorstehender neuer Aufgaben. Die seither stattgefundenen Preisverbilligungen zeigen, daß viele Unternehmer diesen Ruf nach Leistungserhöhung verstanden und befolgt haben.

Keine Verfälschung des Begriffes Verbilligung

Von Verbilligung kann nur dann gesprochen werden, wenn sie das Ergebnis einer tatsächlichen Leistungserhöhung ist. Es ist klar, daß die Preissenkung nicht dadurch erreicht ist, daß z. B. gleichzeitig die Qualität der Erzeugnisse verschlechtert wird, denn dann ist eben weiter nichts als eine neue Qualitäts- und damit Preisstufe geschaffen worden, womit sicherlich manch-

Digitized by Google

mal einem Bedürfnis der kaufenden Bevölkerung entgegengekommen wird; nicht zu verwechseln mit den jüdischen Geschäftspraktiken, die darauf beruhten, zum „allerbilligsten" Preis einen immer noch zu teuren Schund zu liefern, um auf diese Weise gerade die Volkskreise auszubeuten, die am wenigsten hatten.

In einer nationalsozialistischen Leistungswirtschaft ist jeder einzelne Volksgenosse mit der Zeit so sehr auf Leistung ausgerichtet, daß er auch die Leistungsfähigkeit des Unternehmers, von dem er Waren kauft, genau unter die Lupe nimmt, d. h. den Kauf nur von dem besten Verhältnis zwischen Preis und Güte abhängig macht. Warum soll nicht jeder Volksgenosse die gleichen Grundsätze, die für ihn und sein Vorwärtskommen gelten, auch dann anwenden, wenn er Waren kauft? Auf diese Weise wird dann schließlich der Preis über die tatsächliche Leistungsfähigkeit des betreffenden Unternehmers Aufschluß geben. Dafür, daß die Leistungsfähigkeit am Markte allein ausschlaggebend ist, wird auch eine in diesem Sinne bestehende Marktordnung sorgen.

Verbilligung ein Naturgesetz

Wenn keine Verbilligungen mehr stattfinden würden, dann würde das nichts anderes heißen, als daß es nichts mehr zu verbessern gibt. Es gibt immer etwas zu verbessern, es gibt immer neue Erfindungen, neue Verfahren usw., die man in der Wirtschaft nutzbringend verwenden kann. Aus den bisherigen Erfahrungen werden sich neue Ideen formen und entwickeln. Außerdem gibt es gerade in Deutschland auch immer Menschen, die von einem reinen Leistungswillen getrieben werden, und die nicht von vornherein die geldlichen Erfolge zum Bestimmungsgrund ihres Handelns machen, weil eben für den deutschen Menschen die Arbeit Lebensinhalt ist und bleibt. Auf allen Gebieten wird die Leistung steigen, wenn nur die Leistungsfähigen die Freiheit der Leistung besitzen. Immer neue Leistungen werden auf diese Weise aus einer freien Leistungswirtschaft hervorgehen. Der Staat braucht weiter gar nicht einzugreifen. Es müssen nur Zustände geschaffen werden, in denen die Leistungsfähigkeit allein ausschlaggebend ist.

Sozialistische Wirtschaft ist die natürliche Lebensordnung eines Volkes. Die Natur hat nun die Menschen in diesem Volk nicht gleich geschaffen; ihre Leistungsfähigkeit ist nicht gleich. Es wäre deshalb unnatürlich, wenn die Leistungsfähigen nicht entsprechend ihrer Leistungsfähigkeit tätig sein dürften und durch größere Umsätze mehr Eigentum bilden könnten. In der Wirtschaft muß eine Auslese der Besten, welche mit ihrer Leistung die Führung übernehmen, stattfinden können. Die daraus sich ergebende Verbilligung und Verbesserung der Güterversorgung nicht fördern oder gar verhüten, würde Schutz der Schwächeren und damit Unterdrückung der Starken bedeuten. Wer würde das für natürlich halten, und wer würde das wollen? Derjenige, der einer besseren Leistung weichen muß nur dann, wenn er nicht einsieht, daß es zum Nutzen der Gesamtheit ist, zu der er auch gehört, und von deren Wohlergehen er schließlich auch gewinnt. Deshalb ist es auch so wichtig, daß die Partei immer wieder das Volk und die Wirtschaft im Sinne des Leistungsgedankens durchdringt und erzieht. Jeder muß aus einem inneren Antrieb heraus seine Kräfte anspannen und verstehen, warum er das tun soll; jeder soll aber auch

Digitized by Google

mit dem Gefühl für das Ganze die Pflichten übernehmen und die Folgerungen tragen, wenn er einer besseren Leistung nicht gewachsen ist.

Richtiger Einsatz der Arbeitskraft

Der Nationalsozialismus hat die von den früheren Regierungen geduldete Arbeitslosigkeit, d. h. die Nichtausnutzung der Arbeitskräfte und den leistungslosen Verzehr als den größten Verlust für das Volksvermögen bezeichnet. Mit der Verwirklichung des Rechts auf Arbeit ist den Betriebsführern die Möglichkeit gegeben, den Einsatz der Arbeitskräfte nach der Leistung vorzunehmen, so daß auf diese Weise jeder auch zu *seinem* Arbeitsplatz kommen kann. Aus dem Recht auf Arbeit ergibt sich das Recht, Leistungen zu vollbringen. Es ist ein Naturgesetz, daß immer dann der weniger Lebensfähige abtreten muß, wenn eine stärkere Leistung an seine Stelle gesetzt werden kann. Der Betreffende ist aber vielleicht nur fehl am Platze und bewährt sich an einer anderen Stelle viel besser und wesentlich erfolgreicher.

Wenn die Güter dorthin gebracht werden sollen, wo sie am ertragreichsten wirken können und aus staats- und wirtschaftspolitischen Gründen am vordringlichsten gebraucht werden, dann ist es selbstverständlich, daß der richtige Einsatz der menschlichen Arbeitskraft und die Vollausnützung ihrer Leistungsfähigkeit zu den allerwichtigsten Aufgaben einer Arbeitspolitik gehört, die den schaffenden Menschen in den Mittelpunkt stellt. Wenn die Erhaltung einzelner, bestimmter Unternehmer das Ziel sein würde, dann würde das nichts anderes heißen, als daß das Schicksal und das Leben des Volkes von reinen Zufälligkeiten abhängig gemacht wird. Erst das Recht auf Arbeit ist aber die Grundvoraussetzung für die Freiheit der Leistung, weil eben niemand mehr arbeitslos sein wird, auch wenn ihn eine bessere Leistung verdrängt hat. Jeder soll zu seinem eigenen Vorteil dort arbeiten, wo er am meisten zu leisten vermag. Die sich hieraus ergebende Leistungssteigerung und Verbilligung kann zunächst sowohl in einer Rohstoffersparnis wie auch in einer Ersparnis von Arbeitskräften bestehen. Wenn weniger inländische Rohstoffe gebraucht werden, wird sich das auch wieder in anderen Erzeugungsstufen in einer Freisetzung von Arbeitskräften auswirken.

Warum Verbilligung?

Die gesamte Arbeitsleistung des Volkes steigt, je mehr die Einzelarbeitsleistung zunimmt und je mehr die Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Das Ausmaß des Verbrauches sowie der Vermögens- und Besitzbildung hängt schließlich immer davon ab, wieviel die vorhandenen Menschen tagtäglich erzeugen und leisten können. Nur dann haben wir mehr zu verteilen, wenn wir uns mehr erarbeitet haben. Der wirkliche Reichtum eines Volkes hängt deshalb nicht davon ab, was es von vornherein besitzt, sondern davon, was es mit seinen Arbeitskräften zu leisten und zu schaffen vermag.

Gerade die gestellte Aufgabe der Verbilligung läßt auch die dienende Rolle erkennen, welche die Wirtschaft gegenüber dem Volke einzunehmen hat. Wir verbilligen und verbessern mit dem Ziele

> der Ausdehnung und Sicherung des Arbeits- und Lebensraumes unseres Volkes,

Digitized by Google

der Verbesserung der Lebenshaltung der breiten Bevölkerung und der Steigerung der Leistungsfähigkeit im zwischenstaatlichen Güteraustausch.

Die Forderung nach Verbilligung ist eine politische Aufgabe, denn Politik bedeutet Sicherung, Verbesserung und Erhaltung des Lebens unseres Volkes. Wir verzichten nicht vielleicht deshalb auf die Verbilligung, weil gegenwärtig knappe Güter verstärkt nachgefragt werden könnten. Je billiger die Verbrauchsgüter, um so mehr Besitz und Vermögen kann gebildet werden.

Verbilligung als Aufgabe

Früher war die zukünftige Entwicklung der Preis- und Absatzverhältnisse für den Unternehmer in ein ziemliches Dunkel gehüllt. Heute weiß er, daß mit dem Recht auf Arbeit die Vollbeschäftigung der deutschen Arbeitskräfte und damit auch ein ganz bestimmter Bedarf gesichert ist. Die Wirtschaft ist gerüstet, um nunmehr die Aufgaben erfüllen zu können, welche die politische Führung stellt. Die Arbeitslosigkeit ist nicht deshalb beseitigt worden, damit die Unternehmer erhalten bleiben; diese müssen jetzt durch Leistungen beweisen, daß sie Volksvermögen verwalten können. Die Unternehmungen müssen ferner von solchen Betriebsführern geleitet werden, die den Leistungswillen der Gefolgschaft nicht — wie es so oft vorkommt — durch falsche Behandlung und falsche Einschätzung ersticken, sondern verständnisvoll fördern, anspornen und damit entfalten.

Diejenigen Unternehmer, welche sich bereits auf die lange vorher angesagte Notwendigkeit der Verbilligung eingerichtet haben, werden die mit Beseitigung des Mangels kommende Leistungswirtschaft mit Ruhe erwarten können. Die anderen Unternehmer jedoch werden sich plötzlich Wettbewerbern gegenübersehen, deren Vorsprung sie sehr unangenehm zu fühlen bekommen könnten. Es muß sich natürlich nicht immer gerade um Wettbewerber aus dem gleichen Wirtschaftszweig handeln, sondern es können ebensogut solche aus anderen Wirtschaftszweigen sein, nämlich dann, wenn sich die Käufer z. B. für ein anderes Austauschgut entscheiden. Aus diesem Gesichtspunkte heraus kann auch das Interesse an einer Kartellbindung gar nicht so groß sein, denn eine unterbrochene Verbindung mit dem Wettbewerb wirkt sich schließlich nur zum eigenen Schaden aus. Nur Kampf macht stark und steigert die Leistungsfähigkeit des Unternehmers und des Betriebes, die notwendig ist, um den Leistungslohn und besondere Leistungszulagen an die Arbeiter zahlen und um zu dem Preis, der für die Erzeugnisse erzielt wird, bestehen zu können.

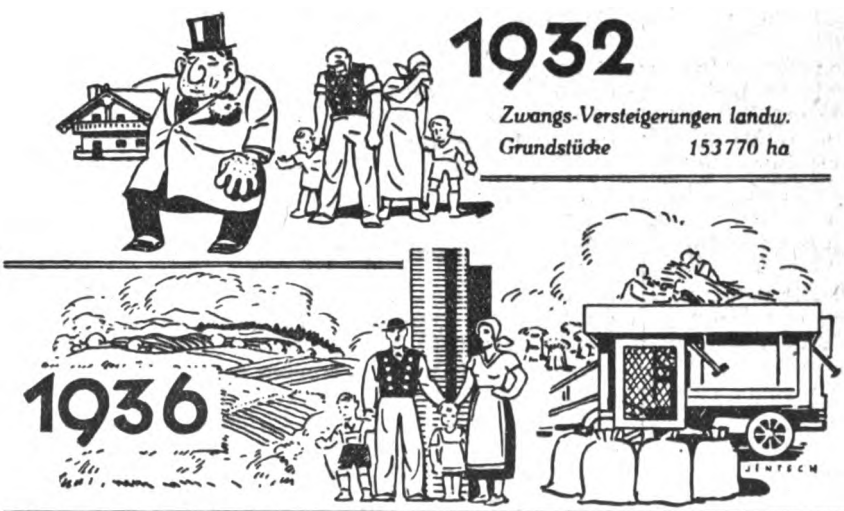
Der Grad der Leistungsfähigkeit und Beweglichkeit kann besonders dann Bedeutung haben, wenn volkspolitische Gründe die Verbilligung einer Ware dringend notwendig erscheinen lassen und der betreffende Wirtschaftszweig sich auf eine festgesetzte Preissenkung schnellstens einzustellen hat. Bernhard Köhler bezeichnet deshalb

> „die unablässige Bemühung um die Verbilligung der Erzeugnisse als eine der allerwichtigsten Aufgaben des verantwortlichen Betriebsführers; sein Vermögen, seine Anlagen, seine Maschinen und seine persönliche Begabung und Tüchtigkeit haben für das Volk jeden Sinn verloren, wenn er nicht dieser Pflicht genügt!"

Digitized by Google

Die Ausrichtung auf den Leiſtungsgedanken wird die Wirtſchaft in einen Zuſtand der verſtärkten Bewegung bringen, denn immer wieder wird der Leiſtungswille einzelne Veränderungen, Neuerungen und Verbeſſerungen hervorbringen. Nur der Unternehmer wird ſich erhalten können, der ſich in dieſe Bewegung einſchließt, und der ſich täglich das Vorrecht der Leiſtung neu erarbeitet, das ihn auszeichnet. Wir können keine Unternehmer brauchen, die ſich nur von den Tagesereigniſſen und von Zufälligkeiten treiben laſſen, ſondern wir brauchen ſolche, die ſich auf die politiſchen Aufgaben ſofort ausrichten, und die uns deshalb auch ſpäter nicht mit „Schutzmaßnahmen“ in den Ohren liegen werden.

Vom Wege zur Leiſtungsfreiheit



Bereitstellung von Siedlungsland 138000 ha — *Einnahme-Überschuß der Landwirtschaft 2,83 Mrd. RM.* — *Maschinenkäufe der Landwirtschaft 240 Mill. RM.*

1932: Verknechtung, Ausbeutung, Ruin des Bauern.

1936: Auf dem Wege zur Leiſtungsfreiheit: Neues Land, mehr Land; — der Einnahmeüberſchuß beträgt 1932 nur 0,80 Milliarden RM., 1936 aber 2,83 Milliarden RM.; — 1932 konnte die Landwirtſchaft nur Maſchinen im Werte von 84 Millionen RM., 1936 dagegen im Werte von 240 Millionen RM. kaufen.

Das Wort des Führers: „Binnen vier Jahren muß der Bauer der Verelendung entriſſen ſein,“ iſt Wirklichkeit geworden. Sl./Wo.

Digitized by Google

Carl Fluhme:

Leistungsgedanke und Leistungsfreude
— auch ein Weg zur Verbilligung

Verbilligung ist nicht nur ein materielles, sondern auch ein seelisches Problem; sie ist dies selbst da, wo es sich um rein materielle Fragen wie die der Kostengestaltung handelt, die ihrerseits den gewichtigsten Teil der Preisfrage ausmacht.

Keine Verfälschung des Rechtes auf Arbeit!

Es ist nicht damit getan, daß etwa rationalisiert wird, um nur auf einfacherem, billigerem und leistunggesteigertem Wege zu produzieren und so wertvolle menschliche Arbeitskraft für neue wichtige Aufgaben frei zu bekommen und einsetzen zu können. Zumeist wird in dieser nur technischen und materiellen Gedankenreihe vom Recht auf Arbeit gesprochen; es wird in einer aufzählenden Linie etwa mit dem Anspruch auf Urlaub genannt; es wird durch seine häufige Beschränkung auf die eigentliche Wort-Bedeutung, — von denen, die sich stets als Meister der Verfälschung erwiesen haben, langsam und möglichst unauffällig seines weit größeren Gehaltes einer sittlichen und dabei seelischen Forderung von viel weittragenderer Bedeutung entkleidet.

Kein „Leipziger Allerlei" von „Gesinnung!"

Der Nationalsozialismus als Weltanschauung des Idealismus hat oft genug unter Beweis gestellt, daß es ihm mit der Verwirklichung gerade seiner sittlichen Forderungen besonders ernst ist. Die nationalsozialistische Revolution gelang in erster Linie gerade deshalb, weil sie erhoben wurden. Weil sie die Gesinnung schlechthin zum Ausgangspunkt ihres Handelns machte, weil sie wegen der einfach nationalsozialistischen Gesinnung die unendlich vielen Töpfe, in denen z. B. akademische Gesinnung, kirchliche Gesinnung, Wirtschaftsgesinnung und sonstige die innerliche Einheit des Volkes immer wieder zerreißende, „Gesinnunga"süppchen gekocht wurden, nicht anerkannte und nie wieder züchten lassen will. Der Nationalsozialismus traf all diese Zweckgesinnungen an der Wurzel, als er dem Volk zeigte, daß dieses „Leipziger Allerlei" von Doktrinen und Dogmen nur den einen Zweck hat, die hohe Schule des Individualismus zu erhalten, um ihre Zöglinge zu willigen Gefolgen einiger weniger jüdisch-kapitalistischer „Welteroberer" zu machen. Das begriff das Volk sofort, wie es damit gleichzeitig verstand, daß nun der Ausbeutung — und nicht nur etwa der materiellen — ein Ende bereitet würde.

Weder materielle noch ideelle Ausbeutung

Es ist deshalb ein absoluter Irrtum, diese Ausbeutung nur auf materiellem Gebiet zu sehen und zu suchen, wie es eine mindestens ebenso große Fehlmeinung ist, ihre Urheber nur unter den oberen Zehntausend einer kapita-

Digitized by Google

listischen Wirtschaftsordnung finden zu können. Denn, wenn auf der einen Seite beispielsweise „der Herr Generaldirektor" stand und sich an der immer größer werdenden Flamme des goldenen Kalbes wärmte, so stand auf der anderen die nicht minder mächtige Fleischwerdung der Devise: willst du nicht mein Bruder sein, so schlag ich dir den Schädel ein.

Man sage nicht, daß die katastrophalen Auswirkungen der Herrschaft dieser im Kapitalismus selig vereinten, angeblichen Antipoden auf sozialpolitischem Gebiet liegen. Auch — gewiß. Aber erst als Folge einer wirtschaftspolitischen Irrlehre, die Jahrhunderte hindurch den kapitalistischen Absolutismus und als dessen schnurgerade Folge und Ergebnis den Marxismus und Bolschewismus umfaßt.

Keine Wirtschaftssysteme! — Aber sittliche Forderung

Folgerichtig denkt daher die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik nicht in Wirtschaftssystemen, sondern in sittlichen Forderungen. Folgerichtig ist das Recht auf Arbeit von ihr als sittliche Forderung erhoben. Als solche aber ist es zugleich jeder der eingangs erwähnten Beschränkungen überhoben.

> „Denn das Recht auf Arbeit bedeutet nicht nur das Recht, durch Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben. Es enthält auch das noch höhere Recht, zu leisten." (Bernhard Köhler.)

Dieses Recht umfaßt nicht nur, wie sich so viele, noch an den Gedankengängen der Vergangenheit klebende Europäer einbilden, die Pflicht zur Leistung.

Das höhere Recht der Leistung

Bernhard Köhler sagt klar und eindeutig:

> „In der Leistung ist wiederum nicht nur das Entgelt für den Unterhalt beschlossen, den der einzelne aus dem Ertrag der Gesamtarbeit bezieht, sondern vor allem das Recht der Persönlichkeit, das Recht, durch die eigentümlichen Fähigkeiten und Gaben auf die Umwelt zu wirken und sich den eigenen persönlichen Lebensraum zu schaffen."

Das Unrecht der „Radfahrer"

Das ist eine glatte Absage an das früher nahezu mit sadistischer Wonne gepflegte Gefühl gewisser Leute, aus der materiellen Abhängigkeit jeden Arbeiters im weitesten Sinne Kapital schlagen zu können, und sei es nur, um die eigene Person und ihre angebliche Tüchtigkeit im vollsten Glanze erstrahlen zu lassen auf Kosten der Leistungen anderer, die das Schicksal nun mal nicht auf die gleich „hohe" Stufe der Funktionen gestellt hat. Niemand, der sich in der praktischen Wirtschaft gründlich umgesehen hat, ist verschont geblieben von der unseligen Rolle, die die Berechnung solcher kaltschnäuzigen Individualisten gespielt hat, und fast jeder hat sich — besonders in jüngeren Jahren, wo noch der Himmel voller Geigen zu hängen pflegt — verzweifelt vor den Kopf geschlagen, daß etwas derartiges möglich sein sollte.

Digitized by Google

In fast allen wirtschaftlichen und behördlichen Betrieben haben sich anno dazumal ganze „Radfahrer"-Vereine gebildet, die ihre charakterliche und sachliche Unzulänglichkeit und Unfähigkeit durch Katzbuckeln nach oben und Treten nach unten nicht nur verdeckten, sondern sich gegenseitig auch noch auf die sogenannten „Höhen des Lebens" hinaufschleusten. Menschen, denen der Begriff der Verantwortung nur dann gegenwärtig war, wenn es eine mit den entsprechenden Posen besonders wirkungsvoll zu gestaltende Kritik „nach unten" galt, um die eigene Faulheit und Nachlässigkeit zu verstecken.

Wir kennen ja zur Genüge jene „Großkopfeten",

auch jene, die bei aller äußerlichen Unscheinbarkeit und Bescheidenheit für alles „ihre Leute" haben und Pflichterfüllung, Leistung und Verantwortung zum Rangierbahnhof machen, den sie hinsichtlich der tatsächlichen Arbeit und Arbeitsleistung nur vom Stellwerk ihrer persönlichsten Zugverbindungen aus kennen.

Folge: Leistungsschwund mangels Leistungsfreude

In der Zeit der amerikanischen Rationalisierungswelle hat man sich dann die Mühe gemacht, zu ergründen, warum die Leistungen immer weiter zurückgingen. Man kam dabei durchaus nicht auf den nächstliegenden und erprobten Gedanken der alten Felddienstordnung, daß es, wo etwas nicht klappt, an der Führung (und zwar jeder Kategorie) liegt. Folglich stampfte man die unglaublichsten Apparaturen aus der gepflegten flachen Hand, mit denen man — auf den Knopf drückend — jede mögliche und unmögliche Leistung (der anderen selbstverständlich) zu messen in der Lage war.

Nur an eines dachte man nicht: daß dergestalt infernalische Methoden, gleichgültig ob sie vom Menschen oder der Maschine ausgehen, die Voraussetzung jeder Leistung, nämlich die Leistungsfreude, abtöten. Die raffiniert ausgeklügelte Verbeamtung und Verbürokratisierung auch der Wirtschaft tat dann das übrige, um die tatsächlich Verantwortlichen nicht fassen zu lassen; der bewußte Rangierbahnhof sorgte dafür, daß „die Schuld immer beim Personal" lag. Die Bilanzen wurden von Jahr zu Jahr schlechter, die Kostensummen der Verlust- und Gewinnrechnungen stiegen ins Unermeßliche und die Preise kletterten ins Uferlose, die letzten Glieder dieser Kette der Rechtlosigkeit und Ausbeutung haben die Namen: Entlassung, Arbeitslosigkeit, Pleite.

Das Recht auf Leistung aber ist Anspruch auf Leistungsfreude

Indem die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik das Recht auf Arbeit proklamierte und ausdrücklich das Recht auf Leistung in sie als Voraussetzung ihres Zieles der Arbeitsfreiheit aufnahm, bekundete sie nachdrücklich den Willen, dieses Recht auch unter allen Umständen in die Wirklichkeit umzusetzen und zu schützen.

Bernhard Köhler erklärte:

„Weder kann dem Arbeiter Geradheit und Offenheit gegenüber dem Vorgesetzten schaden, noch muß er fürchten, daß er,

Digitized by Google

wenn er nur etwas höflich ist, sich bei den Kollegen schon den Verdacht der Speichelleckerei zuzieht. Das persönliche Verhältnis zwischen Unternehmer und Arbeiter wird auf die natürliche Grundlage gegenseitiger Achtung und persönlicher Freiheit bei aller dienstlichen Gewissenhaftigkeit zurückgeführt. Und wo unwürdige Behandlung versucht werden würde, blieben bald die Arbeiter fort. Denn niemand muß sie sich, nur wegen der nackten Existenz, gefallen lassen."

Falsch verstandenes Führerprinzip kein Schutzschild für Rückfälle

Nur unter diesem Gesichtswinkel ist auch die Berufung auf das Führerprinzip und die Notwendigkeit der Disziplin berechtigt, die in Verkennung des Rechtes auf Leistung nicht selten als Schutzschild für heute nicht mehr zu rechtfertigende Rückfälle in Gewohnheiten der Vergangenheit mißbraucht werden. Die Leistung wird immer die beste und ergiebigste sein, die sieht, daß sie im so verstandenen Recht auf Leistung ihren Nährboden hat, auf dem sie bauen und sich entwickeln kann, weil nur aus ihm die Leistungsfreude entspringt. Bestleistung aber ist auch ein Schritt auf dem Wege zur Verbilligung, die den Weg in die bessere Zukunft öffnet.

Carl Fluhme:

Weltwirtschaftliches Finale

Der Berliner Kongreß der Internationalen Handelskammer hat — entsprechend der Eröffnungsrede ihres Präsidenten, in der erklärt wurde, es werde höchste Zeit, daß wir „Taten statt bloßer Worte" sähen — mit elf Entschließungen geendet. Acht davon sind technisch-wirtschaftlicher, drei wirtschaftspolitischer Natur.

Diese wirtschaftspolitischen Kundgebungen, die verschiedentlich reichlich übertrieben als „Entscheidungen" bezeichnet worden sind, betreffen die Meinung des Kongresses zur Frage des Wiederaufbaues der Weltwirtschaft, zur Notwendigkeit einer Stabilisierung der Devisenkurse auf Goldbasis und zur Herabminderung der handelspolitischen Hemmnisse des internationalen Austausches von Gütern, Dienstleistungen und Arbeitskräften. Die Gedankengänge des Kongresses bewegen sich dabei im wesentlichen in den uns seit vielen Jahren bekannten Bahnen. Regelung der politischen Streitfragen zwischen den Völkern, Gemeinschaftsarbeit zwecks rationellerer Verteilung der Güter, allseitiger Zugang zu den landwirtschaftlichen und industriellen Rohstoffen „im Rahmen des Möglichen", Stabilisierung der Währung auf Goldbasis, Herabminderung der handelspolitischen Hemmnisse des Güteraustausches — das sind in der großen Linie die zum Ausdruck gebrachten Vorschläge, denen der größere gesellschaftliche Rahmen, in dem sich die Tagung abspielte, den größten Reiz verlieh.

Digitized by Google

„Wirtschaftlicher Nationalismus"?

Zu der erwähnten ersten Frage ist ein Begriff immer wieder in den Vordergrund der Kritik gerückt worden, der als „wirtschaftlicher Nationalismus" gekennzeichnet wurde. Mit dieser Wortzusammenstellung ist u. a. auch die deutsche Auffassung von der Bedeutung der Wirtschaft gemeint. Da diese Wortzusammenstellung aber von der alten tausendmal widerlegten These vom Primat der Wirtschaft als Schicksal ausgeht, trifft weder sie noch die aus ihr gezogene Schlußfolgerung die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik oder die Politik des Nationalsozialismus, deren Bestandteil sie ist.

Es genügt, hier auf zweierlei hinzuweisen: in seiner Eröffnungsrede am 28. Juni hat der Ministerpräsident Göring erklärt, daß unsere Einstellung zur Weltwirtschaft auf eine vernünftige und erfolgversprechende Verbindung der Interessen des deutschen inneren Marktes mit denjenigen der Weltmärkte abziele.

„Dabei sehen wir eine gedeihliche Entwicklung der Weltwirtschaft zwar nur auf der Grundlage hinreichend tragfähiger Nationalwirtschaften als auf die Dauer möglich an; insoweit halten wir eine Förderung der Weltwirtschaft aber auch für durchaus notwendig."

Beinahe gleichzeitig, am 25. Juni, erklärte Bernhard Köhler auf der Reichstagung der Gauwirtschaftsberater in Hamburg:

„Es gibt nur eine Sicherung der Konjunktur, nur eine Sicherung der Wirtschaft, nur eine Sicherung für dauernden Wohlstand: das ist der politisch verbürgte Wille zur Arbeit. Dieser muß nebenbei auch denjenigen klar werden, die in theoretischen Verrechnungsmanipulationen des Goldes, des Kredits, des Zinses, der Erzeugung und des Verbrauches nicht die alleinseligmachende Garantie für volle Beschäftigung suchen. Es gibt nur eine Bürgschaft für die Vollbeschäftigung einer Wirtschaft, das ist das Recht auf Arbeit. Wir haben uns mit unserer Arbeitsschlacht auf unsere eigene Kraft, auf das unabänderliche Hoheitsrecht des Volkes über seine Arbeit und damit zugleich auch auf die eigenen Naturgesetze der Wirtschaft gestützt, und wir haben mit ihm gesiegt. Eine lebendige und starke Volkswirtschaft muß auch ihren Außenhandel erobern."

Und an einer späteren Stelle:

„Unserer Meinung nach heißt es, das Pferd beim Schwanz aufzäumen, wenn man die Weltwirtschaft zu beleben versucht, um dann den Volkswirtschaften aufzuhelfen, denn der Welthandel lebt von der Kraft der Handel treibenden Volkswirtschaften, und diese leben von der Arbeit und dem Leistungswillen ihrer Völker. Und demnach mußte der erste Schritt zum neuen Welthandel die Wiederaufnahme der Arbeit im eigenen Volke sein."

Und schließlich:

„Diese sogenannte Weltwirtschaft aber beschränkte sich darauf, zu erklären, daß es ihr selbst außerordentlich schlecht gehe, und daß sie daher nicht in der Lage sei, den bedrängten Völkern zu helfen. Man kann dann von einem Volk nicht verlangen, daß es sich auf eine Allmacht verläßt, die keine Allmacht ist. Die Rettung der Völker aus Not ist die eigene Kraft, und über dieser können wir keine alleinseligmachende Weltwirtschaft anerkennen."

Digitized by Google

Anschluß an die Weltmarktpreise?

Zu der zweiten Frage der Währungspolitik ging gelegentlich des Kongresses der Internationalen Handelskammer der Staatssekretär a. D. Dr. Trendelenburg auf eine von australischer Seite kommende Anregung ein, Deutschland solle sich zwecks Exporterleichterung dem Weltmarktpreisniveau anschließen, und stellte dazu folgende, im Hinblick auf die Politik des Goldblocks interessante Fragen:

„Wir kennen alle die Weltmarktpreise von heute. Wie aber werden die Weltmarktpreise von morgen sein? Nach welchem Wertmaßstab werden sie sich bemessen? In welcher Weise gedenken die Manager des Goldes die ungeheuren Goldvorräte, die an einzelnen Stellen der Welt wohlverwahrt zusammengehäuft sind, währungstechnisch zu verwenden? Vielleicht ist ein Oedipus unter uns, der Sphinx dieses Geheimnis zu entlocken?"

Wir fügen aus der Hamburger Rede Bernhard Köhlers hinsichtlich der helfen wollenden Anregung des Australiers hinzu:

„Hilfe ist für den, dem geholfen wird, eine kostspielige Sache. Wenn jemand kommt, er will uns helfen, so heißt dies erfahrungsgemäß, daß er das Recht haben will, in dieses Geschäft mit uns eine vielfache Risikoprämie hineinzukalkulieren. Das ist uns zu teuer."

Bernhard Köhler betonte dann besonders, daß beide Teile nur ein Interesse am Welthandel haben könnten: zu verdienen, und fuhr dann fort:

„Jedenfalls wird durch dieses Verfahren der Welthandel besser aufgebaut als durch noch so laute und vielstimmende Versicherungen, es sei höchste Zeit, die Weltwirtschaft von ihren Hemmungen zu befreien."

Kollektiver Weltwirtschaftsvertrag?

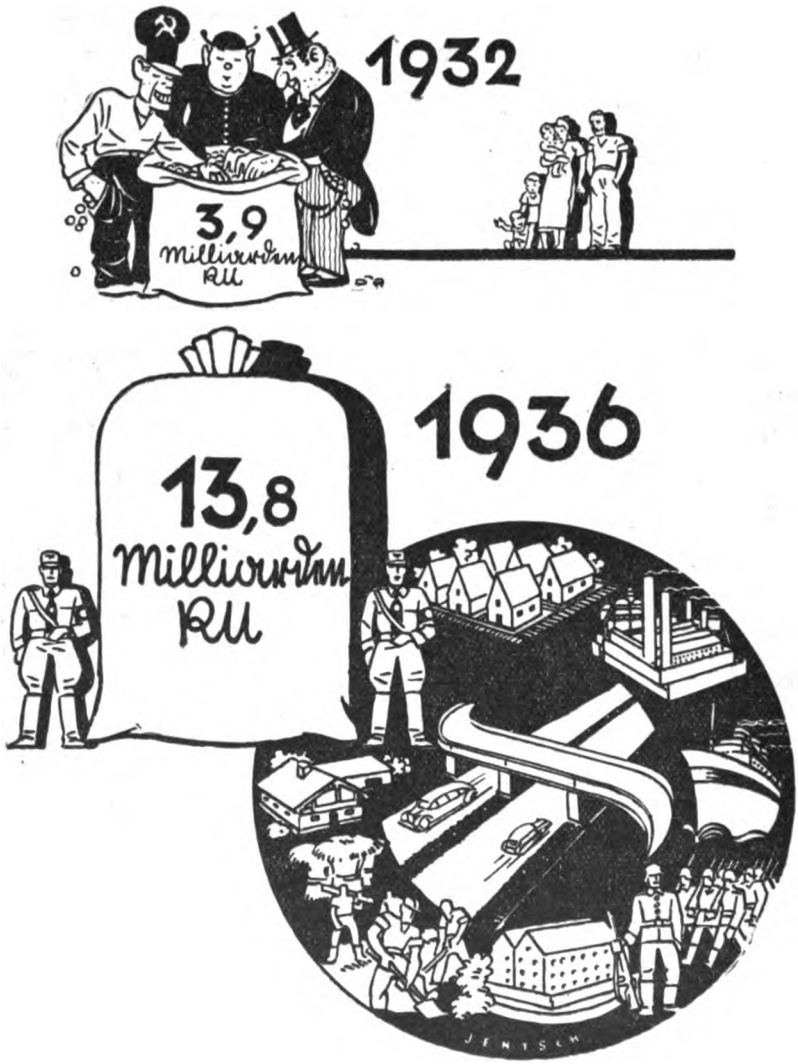
Bleibt Punkt 3. (Die Handelspolitik): In dieser Entschließung wird der Wunsch nach der Herabminderung der „derzeitigen Hemmnisse des internationalen Austausches" zum Ausdruck gebracht. Die Haupthemmnisse seien die quantitative Regulierung des Handels und das Streben nach genauer Zweiseitigkeit usw.

Der Standpunkt der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik zu diesem Problem geht aus folgenden Sätzen der Rede Bernhard Köhlers anläßlich der Reichstagung der Gauwirtschaftsberater in Hamburg hervor:

„Ein Rückblick auf die Vorgänge der gegenwärtigen Weltwirtschaft läßt sehr persönliche, sehr bewußte, sehr willensmäßige Kämpfe erkennen, die zu berechnen und zu bekämpfen vielleicht leichter möglich ist als jene geheimnisvolle, angeblich einsetzende Bewegung der Produktion, des Absatzes, der Preise, der Kapitalien usw. Hier wäre allerdings eine Möglichkeit, daß sich die Vertreter standfester Völker an den runden Tisch der Verständigung über solche Fragen setzen. Handelsgeschäfte soll man nur von Mann zu Mann, von Volk zu Volk abschließen. Internationale Handelserweiterungen müssen immer aus Geschäften entstehen, die zuerst zweiseitig abgeschlossen worden sind, und wir betrachten es geradezu als eine bewußte Irreführung der öffentlichen Meinung in der Welt, wenn man diesem natürlichen Grundsatz das Phantom eines kollektiven Weltwirtschaftsvertrages gegenüberstellt."

Digitized by Google

Anlegen heißt reicher werden!



Hier sind dem Wert der halbfertigen und fertigen Anlagegüter z. B. Erze, Eisen, Walzwerkerzeugnisse, NE-Metalle usw. von 3,9 Mrd. RM. 1932, der der Koalition der Juden, Schwarzen und Marxisten zur Ausbeutung des beiseitestehenden deutschen Volkes diente, die durch die gemeinsame Arbeit des Volkes ermöglichten Aufwendungen für Neu- und Ersatzinvestitionen im Jahre 1936 von 13,8 Mrd. RM. gegenübergestellt. An den daraus erstellten Dauergütern (rechts unten) hat jeder Volksgenosse teil. Fl./Wo.

Digitized by Google

Jahwe und der Primat der Politik

Es hat zu unserer nicht geringen Freude mal leise gebumst — im Bereich zwischen Palästina und der Wasserkante. Jahwe sei Dank, es ist keinem in Zellwollwatte gepackten Juden etwas dabei passiert. Es sind lediglich die Beziehungen von Ariern zur Volksgemeinschaft ein klein wenig ins rechte Licht gerückt und geklärt worden.

Ein Jude hatte einen Volksgenossen auf Zahlung einer Warenschuld verklagt, die dessen

Ehefrau gegen seinen Willen bei dem Juden

gemacht hatte. Dazu hat das Amtsgericht Remscheid folgendes festgestellt:

„Ende 1934 und Anfang 1935 hatte sich allgemein bereits die Erkenntnis durchgesetzt, daß es sich für einen deutschen Volksgenossen nicht geziemt, bei Juden einzukaufen. Derartige Käufe waren damals schon durchaus Ausnahme geworden. Eine Bindung des deutschen Ehemannes an einen solchen Vertrag muß auch regelmäßig für ihn als unzumutbar angesehen werden. Diese Umstände ergeben, daß die von der Ehefrau mit einem Juden getätigten Kaufverträge gegenüber dem deutschblütigen Ehemann keine Rechtswirkung im Rahmen des § 1357 BGB. haben sollen. Vielmehr schließt die Person des Vertragsgegners hier im Regelfalle diese weitgehende Bindung aus."

Das klingt außerordentlich nüchtern und trocken, und stellt durchaus nicht etwa eine Verurteilung des Juden dar, da die nicht bezahlte Ware selbstverständlich zurückgegeben werden muß.

Verurteilt — und dies mit Recht und einer gewaltigen moralischen Backpfeife — ist hier „Madame", der man ihre spießbürgerliche Schlafhaube auf diese Weise etwas nachdrücklich von ihrem wasserwellen-gekräuselten Gehirn entfernt hat. Da sie nur hebräisch zu verstehen scheint, ist zu hoffen, daß Vati seiner Mutti so kräftig die Leviten gelesen hat, daß sie fortan den Juden nicht mehr ihre Sehnsucht, nach Palästina oder Südafrika zu reisen, erschwert.

Der zweite hochsommerliche Donnerschlag

ging über einen Bürgermeister nieder, der dem Märchen vom anständigen Juden dadurch huldigte, daß er als vorbildliches Eintreten für den nationalsozialistischen Staat, zu dem ihn allein schon sein Amtseid verpflichtet, Geschäfte mit einem jüdischen Viehhändler machte. Arische deutsche Viehhändler gibt es bekanntlich „überhaupt nicht", und besonders erhebend dabei ist die Vorstellung, wie der Bürgermeister einer Gemeinde seinen deutschen Volksgenossen hier als siebenarmiger Leuchter des Vorbildes deutscher Volksgemeinschaft voranzieht. Daß Wirtschaft entgegen seiner Meinung sehr viel mit Politik zu tun hat, ist ihm inzwischen durch einen deutschen Disziplinarhof dadurch klar gemacht worden, daß man seine Dienstentlassung aussprach. Und jetzt werden die ewig „mit dem Dummbüdel gekloppten" wieder besonders hitzig über den Primat der Politik schimpfen. Bei aller Hitze: uns freut, daß gelegentlich doch wieder — die Sonne scheint.

Sl.

Wie soll das Kind heißen?

Nationalsozialismus ist keine Wissenschaft und kein wissenschaftliches System. Das ist vom Führer selbst zur Genüge und mit aller Deutlichkeit klargestellt worden. Damit ist aber nicht gesagt, daß nicht innerhalb der Weltanschauung des Nationalsozialismus die Erscheinungen des Volkslebens in ihren Vielfältigkeiten auch einer systematischen Erfassung, Gliederung und Ordnung, kurz einer wissenschaftlichen Betrachtungsweise zugänglich wären.

Das Gleiche gilt von der Wirtschaftspolitik des Nationalsozialismus. Sie wird nicht von Professoren auf Grund wissenschaftlicher Lehrmeinungen den Organen des politischen Willens zur gefälligen Beachtung überreicht, sondern ist in ihren Voraussetzungen und wesentlichen Teilen als Grundtatsache durch den politischen

Digitized by Google

Willen und durch die Umstände und Bedürfnisse des Volkslebens gegeben. Aber sie wird sich selbstverständlich auch einer wissenschaftlichen Systematik zugänglich erweisen. Dabei ist allerdings Voraussetzung, daß nicht einfach versucht wird, sie in ein abgebrauchtes Schema zu zwingen,

Nationalsozialismus auf dem Prokrustusbett privater Lehrmeinungen

oder als „klassisch" angesehener wissenschaftlicher Systeme zurechtzuhauen. Das aber wird tatsächlich, wie ein Blick auf die wissenschaftliche Literatur zeigt, noch versucht. Noch heute werden wirtschaftswissenschaftliche Bücher geschrieben, die das überkommene Schema beibehalten und den alten Stoff mit einigen aktuellen Ergänzungen verbrämen.

Dabei macht es besondere Schwierigkeiten, wie die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik „wissenschaftlich" zu benennen und einzugliedern sei. Ein gewisser Wortschatz steht hier zur Verfügung, in dem die Begriffe „gebunden", „geordnet", „Marktordnung", „Wirtschaftssteuerung" usw. eine bevorzugte Rolle spielen, ohne aber über gewisse äußere Erscheinungen hinaus zum Kern nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik vorzudringen.

Verunglückte Gedankenleistungen.

Wie leicht und bequem man es sich mit der sogenannten wissenschaftlichen Erkenntnis manchmal macht, zeigt eine in einem neuen wirtschaftswissenschaftlichen Werk anzutreffende Bezeichnung der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik als „staatliche Führungswirtschaft" wie auch „politische Führungswirtschaft". Man braucht diesen Ausdruck nur einmal von der sprachlichen Seite her näher anzusehen, um die verunglückte Gedankenleistung zu erkennen. Nach dem deutschen Sprachgeist und unserer Sprachordnung bedeutet „staatliche Führungswirtschaft" eine staatliche Wirtschaft, deren Wesen „Führung" ist. Die Sinnlosigkeit springt in die Augen. Ähnlich ist es mit „politischer Führungswirtschaft", wobei der schwere Fehler gemacht wird, „staatlich" und „politisch" gleichzustellen. In Wirklichkeit wollte der Verfasser offenbar sagen: „Wirtschaft unter staatlicher (bzw. politischer) Führung." Daß auch diese Erklärung dem Wesen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik noch nicht gerecht wird, nur nebenbei.

Etwas mehr Anstrengung!

Jedenfalls wird sich die Wissenschaft etwas mehr anstrengen müssen, passende „Etiketten" statt unpassender Begriffsschablonen zu finden, wenn die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik (als Grundsätzlichkeit, nicht als Reihe von wirtschaftlichen Maßnahmen) in eine geistige Gesamtschau großer Zusammenhänge einbezogen wird. Nl.

Raus aus dem Kapitalismus! Rin in den Kapitalismus!

Eine Zeitung veröffentlicht die Zuschrift eines Betriebsführers, die zusammenfassend folgendes besagt:

Auf Grund technischer Verbesserungen im Betriebe wäre es möglich, den Wochenverdienst des Arbeiters zu steigern. Durch den zusätzlichen Verbrauch des Arbeiters würden aber, wie er sich ausdrückt, die übrigen Volksgenossen über Gebühr in der Möglichkeit beschränkt, Güter zu verzehren. Da ihm nun auf diese Weise die Möglichkeit der Gewinnausschüttung versperrt ist, kommt er auf den Gedanken, das Kulturniveau seiner Belegschaft zu heben. Auf dem Fabrikgelände wird in freiwill[illegible] Arbeitsleistung von etwa 4000 [illegible]

ein Schwimmbad ge[illegible]

Die Materialkosten erspart [illegible] einen Prämiennachlaß de[illegible] rung, „weil durch [illegible] dene Bereitschaft [illegible] menge das Brandris[illegible] und weiterhin verz[illegible] schaft auf den Jahres[illegible] sten von etwa 1000 [illegible] und Betoneisen verbrau[illegible] tere Verschönerungen w[illegible] tig durch freiwillige Arbe[illegible]

„Mit diesem Gemeins[illegible] haben wir hier einmal pr[illegible] pitalistische Denken auf den [illegible] Alles in allem also: Dadur[illegible] Löhne stabil bleiben, ist der Bet[illegible] weitgehend entlastet. Diese Entl[illegible] der einen Seite aber soll er au[illegible] sich zu überlegen, was er zusätzl[illegible] seine Gefolgschaft tun kann, und da[illegible] er dann ins Werk setzen."

Digitized by Google

Diesen Zeilen entnehmen wir wieder einmal zu deutlich, wie manche meinen, über dem kapitalistischen Denken zu stehen, während sie selbst nicht merken, wie sehr sie

von den Fallstricken des Kapitalismus

umgeben sind. Wir können verstehen, daß die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik, so verstanden, dem Herrn Betriebsführer sehr gelegen sein mußte, denn erst weist sie, indem sie zur Rationalisierung auffordert, den Weg, wie die steigende Kaufkraft infolge der siegreich fortschreitenden Arbeitsschlacht befriedigt werden kann, und dann „verbietet" sie, nachdem die Kaufkraft wieder konstant geworden ist, allgemeine Lohnerhöhungen — daß auch Preiserhöhungen verboten wurden, war ja schließlich notwendig— und erhält damit die Gewinne.

Das Bedauern, daß keine allgemeinen Lohnerhöhungen durchgeführt werden, und damit die „Gewinnausschüttung" eingeschränkt ist, haben wir aus dem Briefe entnommen. Es ist aber höchst eigenartig, daß dem Betriebsführer nicht der Gedanke gekommen ist, seine Erzeugnisse zu verbilligen und damit die Kaufkraft zu stärken, denn eine Verordnung des Preisbildungskommissars, daß Preise nicht sinken dürfen [illegible] uns unbekannt.

Wir n[illegible] nur an die Worte [illegible] erinnern, [illegible] Wirt- [illegible] nur [illegible]

[illegible] die Hebung des Kulturniveaus „läßt sich mit außerordentlich geringen Mitteln und hin und wieder sogar ohne Kapital tun", wie der Betriebsführer selbst sagt. Wir erinnern uns nur, daß im Zuge der Verwirklichung der Schönheit der Arbeit Schwimmbäder geschaffen wurden ohne freiwillige Arbeitsleistung und trotz der Gefolgschaftsausflüge. Wir können höchstens ersehen, was durch eine kluge Manipulation (siehe Prämiennachlaß) alles erreicht werden kann, und wie man das Schöne mit dem Nützlichen verbindet.

Diese Methode, das „kapitalistische Denken auf den Kopf zu stellen", ist sehr einfach: freiwillige Arbeitsleistung schafft Kapital. Das hatten die Kapitalisten auch erkannt und hatten versucht, die Löhne immer mehr zu drücken. Wir aber sagen: auch jede Arbeit, die ihrer Leistung gemäß bezahlt wird, schafft Kapital. Und wir sind der Auffassung, daß es mehr gibt, „Was der Betriebsführer tun kann", wie es in der Überschrift einer Zeitung zu diesem Artikel zu lesen war. Dieser Umgehungsversuch einer wirtschaftspolitischen Forderung ist reichlich plump!

Unt.

Jene Sorte Wirtschafter,

die unseren Weg zum Sozialismus im Arbeitsstaub des 2. Vierjahresplanes aufzuhalten versucht, und die wir als

„Kapitalisten 1937 neuerer Art"

kennenlernten, beleuchten wir im nächsten Heft der „Mitteilungen der Kommission [illegible] Wirtschaftspolitik der NSDAP." mit [illegible] wirtschaftspolitischen Schein-

[illegible]nossen! Setzt der „Flü-[illegible]g" aktive wirtschafts-[illegible] Propaganda entgegen! [illegible]ie „Mitteilungen der [illegible] für Wirtschaftspoli-[illegible]P."!

[illegible]15 Pfennige!

Digitized by Google

Erkenntnisse —, die uns sanft eingehen

Wir lesen: „Dieses Übergewicht der staatlichen Investitionen ist um so beachtlicher, als es zu den allgemeinen konjunkturpolitischen Voraussetzungen nicht ganz zu passen scheint. Staatsaufträge, heißt es im allgemeinen mit Recht, sollten nach Möglichkeit auf Zeiten der Depression verschoben werden, wenn es wegen der „Baisse-Stimmung" der Unternehmer an privaten Investitionen mangelt; in Zeiten des allgemeinen Aufschwungs hingegen sollte der Staat seine Investitionsaufgaben zurückstellen. Für uns jedoch ist jede Sorge, es könne einmal an einer wirklichen Konjunkturreserve fehlen, auf absehbare Zeit unbegründet; denn noch stehen die ungeheuren Aufgaben, zu deren Inangriffnahme der Vierjahresplan aufgestellt worden ist, zum überwiegenden Teile ungelöst vor uns."

Wir verzeichnen diese Feststellung an einem Ort, wo sonst viel von dem Auf und Ab der Konjunktur gesprochen wurde, mit besonderer Genugtuung und haben dem nur noch hinzuzufügen, daß auch nach dem zweiten Vierjahresplan noch eine unerschöpfliche „Arbeitsreserve" vorhanden ist. Wir erinnern u. a. an den Städteumbau, der 20 Jahre in Anspruch nimmt, an den Wohnungsbau und an die immerwährende Aufgabe, unsere Lebenshaltung zu verbessern. Unt.

Ein Bundestag hat beschlossen

Wenn wir bisher der Ansicht waren, daß der Vierjahresplan eine ganz einzigartige und großartige Zusammenfassung aller wirtschaftlichen Kräfte des deutschen Volkes zur Sicherung seines Lebens sei, so mußten wir uns kürzlich eines besseren belehren lassen:

In dem Organ eines Vereins teilt ein hoher Bundesschatzmeister mit, daß vom Bundestag ein „Vierjahresplan zur Aufbringung usw." beschlossen sei. Welch' erhebendes Gefühl muß es doch für ein Mitglied des Bundestages sein, einen Vierjahresplan beschließen zu dürfen. Und wie wäre es, meine Herren Delegierten, wenn man den Herrn Bundesschatzmeister zum Beauftragten für den Vierjahresplan ernennen würde? Man möchte da wirklich zitieren: „Wie er räuspert und wie er spuckt, das habt ihr ihm glücklich abgeguckt."

Wir wollen dieses Malheurchen der Einrichtung eines Bundestages zugute halten. Was von einem Bundestag mit parlamentarischen Abstimmungen und allem, was drum und dran hängt, kommen kann, sieht man an diesem Beispiel. Auf solch eine — Verzeihung — Schnapsidee, einen „Vierjahresplan en miniature" loszulassen, kann nur ein Phantasiereichtum kommen, der den an uns von gewisser Seite gerügten mindestens um ein paar Pferdelängen nachwiehernder Originalität schlägt.

So erfreulich sonst die Tätigkeit des betreffenden Vereins, und so gut gemeint sicherlich auch dieser „Vierjahresplan" ist — warum, lieber Bundestag, schießt du über das Ziel hinaus? Es heißt doch: Hinein!

Uns ist so, als ob irgendwo stände:

„Und kannst Du kein Ganzes werden,
schließ an ein Ganzes Dich an."

Womit wir uns ganz bescheiden als geschworene Feinde bombastischer Nachahmung empfehlen. Hlz.

Der Schrei nach Verantwortung

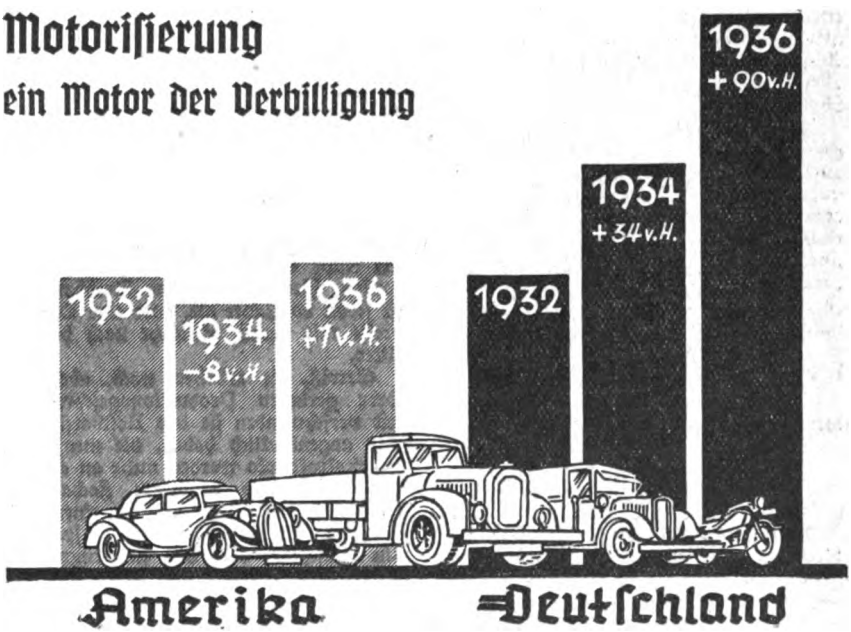
Die nationalsozialistische Bewegung wünscht, daß jeder Volksgenosse um die großen politischen Fragen unseres Volkes weiß, und es ist die Aufgabe der Propaganda, das Verständnis für die politische Marschrichtung zu wecken, damit jeder seinen Teil zur Erreichung des aufgesteckten Zieles beitragen kann.

Es ist nun leider so, daß mancher glaubt, das Ei des Kolumbus gefunden zu haben, und es als ein Verschulden gegen sich selbst bezeichnet, wenn er mit seinen Erkenntnissen „hinter dem Berg" hält und sie nicht autoritärer Stelle darlegt. Die Partei- und Staatsstellen können gerade aus dem Jahre 1933 ein Lied singen von der endlosen Zahl von Vorschlägen, die ihnen zur Behebung der Krise unterbreitet wurden. Auch heute noch sind vor allem die Währungs- und Außenhandelsfragen ein viel „beackertes" Gebiet.

Digitized by Google

So flatterte uns vor nicht allzulanger Zeit ein gewichtiges Schreiben auf den Tisch: „Deutschland besitzt das Mittel zur Erhaltung des Friedens in meinem Buch . . .“ „und wir tun gut, mit dieser größten Demonstration des Friedens herauszukommen.“ Und da wir dieses Buch gelesen haben, müssen wir uns jetzt doch den stillen Vorwurf machen, daß wir es versäumt haben, die höchsten Spitzen von diesem neuen umwälzenden Plane zu unterrichten, und dem Verfasser nicht den Weg geebnet haben, den er nunmehr selbst gegangen ist. Zur Entschuldigung können wir nur sagen, daß wir leider nicht gewußt haben, daß diese Gedanken nur darauf warten, in die Tat umgesetzt zu werden, und daß die „Pläne für den Aufbau des Ministeriums“ fertig sind. Wir freuen uns, daß der Verfasser nach Verantwortung und nach „Vermählung der jungen mit der alten Idee“ drängt — aber die Wirtschaftspolitik ist leider doch kein Turngerät für abstrakte Theorien, die uns Menschen des 20. Jahrhunderts in die Eiszeit zurückversetzen wollen.

Unt.



Der erste große Schritt zur Verbilligung war die Inangriffnahme der Motorisierung durch den Nationalsozialismus.

Im Bilde sind gegenübergestellt:
Die vom gleichen Ausgangspunkt 1932 gesehen (siehe die gleich hohen Säulen 1932) verhältnismäßig nicht gesteigerte Motorisierung Amerikas und die gewaltige verhältnismäßige Steigerung der Motorisierung Deutschlands.

Sl.

Digitized by Google

Keine Maschinenromantik!

Wer je die Kruppwerke besichtigt hat, ist mit Bewunderung für den Gründer der Werke an der sorgfältig erhaltenen alten Schmiede, in welcher Krupp zu arbeiten begann, vorübergegangen und hat mit dem gleichen Gefühl den Hammer „Fritz" betrachtet, den der alte Krupp, prominente Besucher durch sein Werk führend, herunterfausen ließ und knapp über einer auf den Amboß gelegten Uhr, die der Besucher dann mit einer eingravierten Widmung mitnahm, zum Anhalten brachte, so die Präzision seiner Maschine demonstrierend.

Andere Maschinenveteranen haben in unseren deutschen Maschinenfabriken einen wohlverdienten Ehrenplatz gefunden, so, um nur einige Beispiele zu nennen, die Lokomotive „Beuth" am Eingang des Borsigwerks, mit welcher Deutschland erstmalig auf der Gewerbeausstellung 1844 seine Leistungsfähigkeit im Lokomotivbau bewies, der erste Schnellläufermotor im Daimler-Museum zu Cannstatt, der erste Automotor bei Deutz und die zahlreichen „Veteranen", welche im Deutschen Museum stolzes und beredtes Zeugnis von den Anfängen der deutschen Maschinentechnik, den grundlegenden in unserem Vaterlande gemachten Erfindungen und den Leistungen Deutschlands für den technischen Fortschritt ablegen.

Maschinenmuseen als Kostenverschwender.

Aber bitte, bei aller Ehrfurcht vor diesen Zeugen unserer technischen Vergangenheit, keine falsche Maschinenromantik! Maschinen laufen in hunderttausenden deutscher Betriebe der verschiedensten Wirtschaftszweige; wieviel tausende dieser Betriebe mögen darunter sein, welche vor Jahrzehnten konstruierte und schon viele Male überholte Maschinen immer noch arbeiten lassen, statt solche Veteranen nur den Besuchern als Zeichen der Entwicklung vorzuführen. Sicherlich entstehen dadurch keine direkt sichtbaren Unkosten, weil diese Maschinen seit langem abgeschrieben sind. Aber welche nicht sofort in die Augen fallenden Kosten werden dabei vergeudet, denn die laufenden Fabrikationskosten einer Fabrik oder Werkstätte werden unverantwortlich verteuert, wenn man überholte Konstruktionen immer noch laufen läßt. Leider — so möchte man hier fast sagen — sind die deutschen Maschinenkonstruktionen so dauerhaft, daß sie nicht in dem gleichen Tempo verschleißen, in dem die Erfindungsgabe unserer Techniker neue rationeller arbeitende Maschinentypen ihren Abnehmern zur Verfügung stellt.

Wenn wir an der Materie kleben bleiben,

an der einmal angeschafften Maschine, geben wir des eigentlichen Vorteils der Maschinentechnik verlustig, der eben nicht auf materiellem, sondern auf geistigem Gebiet liegt. Wir verzichten auf die vorwärts treibende Kraft der technischen Entwicklung, die fortgesetzt das Alte, einst Gute, verbessert und überholt. Einen solchen Verzicht können wir uns heute weniger denn je leisten. Wir dürfen nicht mehr mit Stolz darauf hinweisen, hier arbeitet eine Drehbank, sie ist schon 30 Jahre alt, oder eine Druckerpresse mit einem vielleicht noch höheren Alter.

Gewiß, sie arbeiten noch, aber mit ihrer geringen Produktionsgeschwindigkeit verschwenden sie das Kostbarste, das wir augenblicklich haben, die menschliche Arbeitskraft. Es werden mehr an anderer Stelle dringend benötigte Facharbeiter an ihnen beschäftigt als an einer dem heutigen Stand der Technik entsprechenden Maschine; oder das Ausbringen der betreffenden Arbeiter und damit ihre Leistung für die Volksgemeinschaft sowohl, wie ihr eigenes Einkommen sind weit geringer als möglich.

Derartige Museumsstücke sind sehr viel zahlreicher in der deutschen Wirtschaft vorhanden, als man im allgemeinen annimmt. Nur wenige sind darunter, die aus historischem Interesse einen Museumsplatz verdienen. Die Gewerbeinspektoren, welche die Betriebe der Industrie kennen, werden dies bestätigen.

Digitized by Google

Todesurteil wegen Arbeitskraft- und Kostenverschwendung.

Alles übrige muß zum Tode verurteilt werden wegen produktionsschädigender, kostenverursachender Arbeitsverschwendung — zum Tode unter dem Schrotthammer. Nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Kosten- und Preisgestaltung der deutschen Industrie; sondern auch angesichts des heute dringenden Problems der Sicherung der laufenden innerdeutschen Schrottversorgung unserer Stahlwerke und Gießereien sind wir aufs allerdringlichste an einer solchen Entrümpelung aller mit Maschinen arbeitenden Betriebe interessiert. Sollte sich hier nicht eine Entrümpelungsaktion empfehlen? Die Gewerbeaufsicht könnte einmal feststellen, welche deutschen Betriebe von altersschwachen Maschinen entrümpelt werden müssen. Auf diese Weise würde die Gewerbeinspektion eine nutzlos daliegende Schrottreserve für unsere heute dringenden Aufgaben flüssig machen und außerdem eine äußerst wichtige Vorarbeit zur Förderung des technischen Fortschritts leisten.

Lge.

Leistungsgemeinschaft oder „Stehkragenproletarier"?

Bernhard Köbler hat einmal erklärt: „Wenn man versucht, das Recht darauf, ausgebildet zu werden, damit zu begründen, daß man mehr lernen will als nur die schlichteste Arbeit, so soll man allerdings einen Fehler nicht machen, der meiner Ansicht nach in der Gegenwart etwas gefährlich ist: wir sollen uns davor hüten, eine höherqualifizierte Arbeit gesellschaftlich höher zu werten als die schlichteste."

Dazu ein Beispiel aus der Praxis:

In einer großen Textileinzelhandelsfirma werden vor jeder „Saison" Musterbücher hergestellt, die zur Kundenwerbung dienen. Eine gewisse Schwierigkeit für die rechtzeitige Fertigstellung liegt immer darin, daß die Stückanlieferungen, denen die Stoffe für die Musterschneiderei entnommen werden müssen, oft so spät eintreffen, daß dann „mit Hochdruck" gearbeitet werden muß.

Deshalb ordnet ein Betriebsführer an: alle verfügbaren Mann an Bord. Das heißt nicht nur Musterschneider und Musterkleber, sondern auch sonstige Handelshilfsarbeiter, Lehrlinge und auch Verkäufer. Bei den beiden letzteren Gruppen geht der Betriebsführer davon aus, daß sie nicht nur bei dem bekannten „Stoßgeschäft" zeitweise länger unbeschäftigt sind, sondern vor allem, daß die Beschäftigung mit den Stoffen und „Dessins" vor der Saison eine vorbereitende Kenntnis der Stoffzusammensetzung, Qualität, Mode usw. vermittelt, an der jedem liegen muß.

Unter anderem bestimmt daraufhin der Verkaufsleiter drei Verkäufer, sich an der Fertigstellung des Musterbuches für einen halben Tag zu beteiligen.

Sturm im Wasserglas!

Der Verkaufsleiter meldet, daß das verkäuferliche Triumvirat erklärt habe, daß es seiner unwürdig sei, mit „Arbeitern", Packern und Lehrlingen zusammen zu sitzen und Musterkarten fertigzustellen. Das geschieht an einem Sonnabend kurz vor Geschäftsschluß.

Am Montag bei Geschäftsbeginn erscheint der Betriebsführer mit dem Betriebsobmann in dem großen Musterraum, in dem etwa vierzig Handlungshilfsarbeiter und Lehrlinge an langen Tischen gerade mit der Arbeit anfangen. Betriebsführer und Betriebsobmann setzen sich zwischen die Lehrlinge und Handlungshilfsarbeiter, verlangen Musterkarten, Musterstoffe und Kleistertopf und „wienern", wie man so schön sagt, der Gefolgschaft nun stillschweigend anderthalb Stunden Musterbuch-Herstellung vor. Das spricht sich — man kennt ja Betriebe — genau so im Fluge im Hauptgeschäft und den Filialen herum, wie etwa der Nachrichtendienst, wenn der Betriebsführer im Geschäft erscheint oder es verläßt.

Nach den anderthalb Stunden läßt der Betriebsführer

die drei „höherqualifizierten",

„gesellschaftlich" selbstverständlich noch höher stehenden Verkäufer in den Musterraum kommen, erzählt ihnen beiläufig, daß er und der Betriebsobmann, falls sie es noch nicht wissen sollten — hm, hm, — sich des Musterbuches ange-

Digitized by Google

nommen hätten, aber wegen „anderweitiger Nebenbeschäftigung“ die drei Verkäufer bitten, jetzt ihrerseits diese Arbeit fortzusetzen.

Erfolg? Die „drei“ arbeiteten — — auch stillschweigend und mit sauersüßen Gesichtern, aber fortan meldeten sich aus der übrigen großen Verkäuferzahl fortgesetzt Freiwillige, die sich nicht zu fein fühlten, „zwischen Arbeitern und Lehrlingen zu sitzen“.

Verfügungen, Anordnungen und ähnliche Dinge müssen auch sein. Für die Leistung, Leistungssteigerung und Leistungsfreude ausschlaggebend ist aber immer das schlichte Beispiel. Fl.

Schluß mit der Kurzarbeit!

Dem unbestreitbaren Arbeitermangel im größten Teil der Wirtschaft stehen in einigen Zweigen, besonders in der Textilindustrie, noch rund 111 000 Kurzarbeiter gegenüber.

Dieser Zustand, der seinerzeit durch unnatürliche Wirtschaftsvorgänge entstand, kann und soll kein Dauerzustand bleiben.

Wenn ein Mensch nicht die Möglichkeit hat, seine Kräfte voll einzusetzen und durch seine Arbeit größten Nutzen zu bieten, so bedeutet das eine Entrechtung der Arbeit, wie sie die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik nicht duldet. Und zum andern ist Kurzarbeit eine wirtschaftliche Dummheit. Denn jede Leistung, die wir auf einem Gebiet unterlassen, jede Arbeitskraft, die nicht voll eingesetzt wird, bedeutet Leistungsminderung. Und jede Leistungsminderung ist schließlich, wie Bernhard Köhler sagt, ein Verzicht auf ein Stück Größe und Zukunft.

Um diesen unhaltbaren Zustand, daß an einigen Stellen der deutschen Volkswirtschaft Arbeitskräfte brachliegen, während in den meisten anderen Zweigen ein erheblicher Mangel herrscht, zu beseitigen, hat der Präsident der Reichsanstalt für Arbeitslosenvermittlung und Arbeitslosenversicherung angeordnet, daß Kurzarbeiter, die noch nicht das 30. Lebensjahr vollendet haben, Kurzarbeiterunterstützung nur erhalten, wenn sie mindestens einen zuschlagsberechtigten Angehörigen haben.

Die jungen Arbeitskräfte, die heute noch als Kurzarbeiter tätig sind, werden so veranlaßt, in den Beruf hinüberzuwechseln, in dem ihre Arbeitskraft nicht mehr brachliegt, sondern, auch zu ihrem eigenen Nutzen, tatsächlich höchsten volkswirtschaftlichen Wert gewinnt.

Das Recht auf Arbeit bedeutet nicht nur, daß jeder das Recht hat, irgendwie und irgendwo zu arbeiten, sondern es legt uns die Verpflichtung auf, dafür zu sorgen, daß jeder Volksgenosse so vollbeschäftigt ist, daß seine Arbeit von höchstem Nutzen für die Gemeinschaft ist.

Hlz.

Leistungssteigerung des bäuerlichen Betriebes durch Maschineneinsatz

Unter dem Titel „Eine ganz vordringliche Aufgabe“ hat der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP., Bernhard Köhler, zur Frage des Maschineneinsatzes in der Landwirtschaft Stellung genommen, wobei er unter Hervorhebung der entscheidenden Gesichtspunkte — Mehrerzeugung und Erhaltung der Würde und Gesundheit des deutschen Bauern durch Arbeitserleichterung — mit dem Hinweis schließt, es sei nun Aufgabe des deutschen Landmaschinenbauers, diejenigen Hilfsmittel heranzubringen, die der Bauer zur Steigerung der Erzeugung und zur Erleichterung seiner schweren Arbeit braucht.

Die große Landmaschinenschau während der 4. Reichsnährstands-Ausstellung in München hat in einer Weise, wie sie umfassender nicht gedacht werden kann, diese berechtigte Forderung beantwortet und den Nachweis geführt, daß die deutsche Landmaschinenindustrie sich der hohen Verantwortung gegenüber dem deutschen Bauern, die erforderlichen technischen Hilfsmittel zu liefern, durchaus bewußt ist. In jahrelanger, sorgfältigster Vorarbeit wurden neue Konstruktionen geschaffen und in München zum ersten Male gezeigt, die ausschließlich bestimmt sind

für die kleinen und mittelbäuerlichen Betriebe.

Aus der Vielheit dieser Maschinen sind besonders hervorzuheben diejenigen Geräte, die der Erzeugungssteigerung und der Erntebergung dienen, z. B. der Bauern-

Digitized by Google

schlepper, die Geräte für die Bodenbearbeitung und Saatpflege, ferner Erntebergungsmaschinen, wie Grasmäher, Bindemäher, Dreschmaschinen, Strohpressen, und vor allen Dingen auch die hauswirtschaftlichen Geräte, die die schwere Arbeit der Landfrau erleichtern sollen.

Der Bauernschlepper nimmt hierbei eine Sonderstellung ein, weshalb es zweckmäßig erscheint, seine Bedeutung hervorzuheben. Für die bäuerlichen Betriebsgrößen von 100 bis 400 Morgen aufwärts ist der luftbereifte Bauernschlepper das unerläßliche technische Hilfsmittel auf das schlechthin nicht verzichtet werden kann. Fast 80 v. H. aller im bäuerlichen Betriebe anfallenden Arbeiten sind Transporte oder Zugleistungen, sei es auf dem Acker oder auf der Straße. Der luftbereifte Schlepper ermöglicht nicht nur, diese Arbeiten in kürzester Zeit und wesentlich billiger als tierische Zugkräfte durchzuführen, sondern mit der Leistungssteigerung, die mit seinem Einsatz und der Anwendbarkeit leistungsfähiger Zusatzgeräte verbunden ist, geht Hand in Hand eine wesentliche Arbeitserleichterung, ein Umstand, dem aus verschiedenen Gesichtspunkten entscheidende Bedeutung zukommt.

Leistungssteigerung - Arbeitserleichterung - Intensivierung.

Der luftbereifte Schlepper gibt dem bäuerlichen Betriebe die Möglichkeit eines intensivierten betriebswirtschaftlichen Neuaufbaues, wie er bisher ohne den Einsatz motorischer Zugkräfte nicht möglich war. Erst der luftbereifte Schlepper gibt den Weg frei zum wirksamen wirtschaftlichen Einsatz aller übrigen Folgemaschinen und zu einer Leistungsstufe, die bisher nur den mit größeren Mitteln arbeitenden Großbetrieben vorbehalten war. Für die Motorisierung allein kommen in der Betriebsgröße zwischen 100 bis 400 Morgen etwa 300 000 Betriebe in Frage.

Daß der deutsche Bauer die betriebswirtschaftliche Bedeutung des luftbereiften Schleppers voll erkannt hat, geht aus der außerordentlichen Nachfrage hervor.

Sicherung der Nahrungsfreiheit auch durch Maschineneinsatz.

Ein verantwortungsbewußter Einsatz würde zunächst die Versorgung derjenigen Betriebe ins Auge fassen, die die Gewähr für einen richtigen betriebswirtschaftlichen Einsatz bieten. Sorgfältige Berechnungen kommen dabei auf einen jährlichen Bedarf von etwa 20 000—25 000 Schleppern. Die deutsche Landmaschinenindustrie ist in der Lage, unter der Voraussetzung, daß ihr die erforderlichen Rohstoffe rechtzeitig und in genügenden Mengen zur Verfügung stehen, diese Zahl von Schleppern zu liefern.

Mit Recht wird volkswirtschaftlich gesehen dem Volksauto eine große Bedeutung beigelegt; mindestens ebenso groß aber ist die Bedeutung des Bauernschleppers und der übrigen bäuerlichen Maschinen und Geräte für die Volkswirtschaft; denn ihre Lieferung in genügend großer Stückzahl bedeutet nicht mehr und nicht weniger als die Sicherstellung unserer Eigenernährung und die Erhaltung der Lebenskraft des deutschen Bauern.

Hof.

Jeder Parteigenosse, nicht nur Sie,

interessiert sich für Themen wie

Die 1000-Mark-Grenze
Der gestiegene Reallohn
Anlegen heißt: reicher werden
Jahwe und der Primat der Politik
Keine Maschinenromantik

Machen Sie alle Ihnen bekannten Parteigenossen immer aufmerksam auf

die neuesten wirtschaftspolitischen Parolen

der „Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP." Jedes Heft nur 15 Pfennige! Halbjährlich RM. 1,80 einschließlich Zustellgebühr; beim Zentralverlag der NSDAP., München 22

Lesen ist auch leisten!

Digitized by Google

Immer weitere Neustoffe

Die politische Führung hat auch der Technik und Chemie für den zweiten Vierjahresplan Aufgaben gestellt, die alle ihre Kräfte einheitlich zusammenfaßt und auf ein Ziel ausrichtet. Die Erfolge dieser Befruchtung durch die politische Führung zeigen sich bereits allenthalben in recht deutlichem Maße, wie wir dies z. B. in der Benzin- und Buna-Gewinnung sowie Herstellung zahlreicher Neustoffe sehen.

Die letzte Tagung der deutschen Chemiker in Frankfurt a. M. gewährte einen tiefen Einblick in den Fortschritt der deutschen Chemie, gerade auf dem Gebiet der Harzstoffe. Es wurde hier wiederholt die Feststellung gemacht, daß bereits andere Länder „ohne Voreingenommenheit" an die Verwendung neuer Stoffe herangehen. Einer der letzten Erfolge unserer Chemie ist die Herstellung von luftdurchlässigem, synthetischen Leder, das jedoch nicht mit Kunstleder oder Lederersatz zu verwechseln ist. Unter Verwendung von Kunstharzstoffen als Bindemittel wurde ein Stoff hergestellt, der die Vorzüge der Unbrennbarkeit, Wärme- und Wasserbeständigkeit, Elastizität und Reißfestigkeit besitzt und sich außerdem in der Herstellung verhältnismäßig billig gestaltet. Der besondere Vorteil des ausgearbeiteten Verfahrens besteht darin, daß dieses neue Produkt zu 65—75 v. H. aus billigem Fasermaterial wie z. B. Holzspänen oder zerkleinerten Lederabfällen hergestellt wird. Es wird vor allem zu Galanteriewaren, Toilettegegenständen, Ausrüstungsgegenständen, Tisch- und Wand-Belagen usw. verarbeitet werden. Auch hier eröffnen sich gerade für den Export neue Möglichkeiten. Unt.

Kleine Illustration zum „wirtschaftlichen Nationalismus"

Es gibt in Deutschland Firmen, von denen man nicht behaupten kann, daß sie inländische Firmen seien, dieweil ihr Kapital aus dem Auslande stammt. Man braucht dabei auch nicht erst die Frage zu untersuchen, ob dieses ausländische Kapital in arischen oder jüdischen Händen ist.

In jedem Falle steht fest, daß eine solche Firma bei uns das genießt, was man Gastrecht zu nennen pflegt. Wenn jetzt schon wieder besonders der Meckerei obliegende Zeitgenossen diese Gäste damit verteidigen zu müssen meinen, daß sie erklären, solche Gastfirmen gäben „aber auch" soundso vielen unserer Volksgenossen Arbeit und Brot, dann läßt sich — neben der Tatsache, daß wir das wissen und höfliche Gastgeber sind — darauf eine ganze Broschüre antworten, die besser ungedruckt bleibt. Jedenfalls tut dies die ausländische Firma nur, solange sie — und das nicht zu knapp — ihr „Geschäft", und zwar wieder aus den Mitteln deutscher Volksgenossen macht, und sie denkt nicht daran, dies auch nur einen einzigen Tag fortzusetzen, wenn ihre Gewinnspanne nicht mehr den Erwartungen entspricht. Dabei ist das Problem der angemessenen Kalkulation noch ein besonderes Kapitel für sich, übrigens ebenso wie die weitere Frage der grundsätzlichen Voraussetzungen, unter denen deutsche Firmen im eigenen Lande mit Gastfirmen in Wettbewerb treten müssen. Die Devisenfachleute wissen davon ein Lied zu singen, und dieses Lied gilt nicht nur für die Rohstoffrage, sondern auch in bezug auf Fertigware. Das alles sei hier einmal beiseite gelassen oder nur gestreift.

Aber sehen wir uns einmal eine solche Gastfirma als Exportfirma, also als ein Unternehmen an, welches deutsche Ausfuhr betreiben sollte oder könnte.

Beispielsweise ist da eine Gastfirma, die eine gewisse Art von Maschinen in Deutschland herstellt. Sie vertreibt aber gleichzeitig auch jene Maschinen, die ihre im Ausland sitzende Stammfirma im Ausland herstellt.

Eines Tages erscheint bei der Gastfirma ein Ausländer, sagen wir ein Finne, und läßt sich Modelle von Maschinen vorführen. Wenn nun jemand denkt, die freundliche Gastfirma zeigt in Deutschland die Modelle, die sie in Deutschland mit deutschen Arbeitern herstellt, — „so irrt sich der". Diese Modelle sind unsichtbar wie weiland der König Gunter, als ihm Siegfried die auch heute noch so beliebte Tarnkappe überstülpte. Gezeigt werden nur die aus-

Digitized by Google

ländischen Fabrikate des im Auslande sitzenden Stammhauses.

So geschehen im Mai 1937. Es ist klar, was damit bezweckt ist. Deutschland hat eine Devisengesetzgebung. Liefere ich nun vom ausländischen Stammhaus an einen ausländischen Kunden Maschinen, dann komme ich um die Devisenbestimmungen herum und fördere die Ausfuhr des ausländischen Stammhauses. Jetzt möchte man nur noch gern wissen, ob und wo der Geschäftsführer der Gastfirma seine Provisionen bezieht, oder ob auch da die Tarnkappe Wunder wirkt. Praktisch heißt das, daß wir die Gastfirma unter gar keinen Umständen brauchen, denn die in dem deutschen Werke arbeitenden deutschen Volksgenossen werden ja von der deutschen Kundschaft erhalten. Das einzige, worin sich die Gastfirma übt, ist, auf diese Weise Gewinne zugunsten des ausländischen Stammhauses einzustreichen, den deutschen Firmen Konkurrenz im alten übelsten Sinne des Wortes zu machen und die deutsche Ausfuhr jedenfalls — — nicht zu fördern.

Und dann sagen sie noch: Ihr niederträchtigen Deutschen wollt ja keinen Außenhandel — Ihr — — Ihr „wirtschaftlichen Nationalisten"! Fl.

Wirtschaftspolitik und Ausland

Der unsterbliche Glaube an die „Konjunktur"

Wir haben uns schon früher mit den „unsterblichen" Konjunkturgläubigen im Ausland beschäftigt. Und wirklich, die Konjunkturmacher haben diesen Glauben gut in die Gehirne der Menschheit eingeimpft. Konjunkturen, das heißt Blüte und Verfall der Wirtschaft in zwangsläufigen Perioden, das ist unabänderlich nach der vorherrschenden Meinung des Auslandes (und bei uns sollen diese Konjunkturgläubigen ja auch noch nicht ausgestorben sein!).

Wirtschaftspolitik erscheint so diesen Leuten gleichbedeutend mit Konjunkturpolitik. Erfinderische Gehirne des „Internationalen Gewerkschaftsbundes" sind auf den Gedanken gekommen, Konjunkturpolitik durch Budgetpolitik zu machen. Praktisch ausgedrückt heißt das (wir folgen hier den Angaben des *Bulletin* des Internationalen Gewerkschaftsbundes!): wenn gute wirtschaftliche Zeiten sind (das heißt beim *Höchststand der Konjunktur)* sollen die Steuern erhöht und nicht gesenkt werden, damit die „Konjunktur" abgebremst wird. Denn wenn sich die Wirtschaft zu gut entwickelt, dann überschlägt sich diese Entwicklung — nach dem Konjunkturglauben — in ihr Gegenteil, und die blühende Wirtschaft verfällt wieder.

Wir wollen hier diesmal nur einen leisen Einwand vorbringen. Wenn man schon an die Naturgesetzlichkeit der Konjunkturen glaubt (und das tun die Gewerkschaftler), dann darf man doch nicht annehmen, daß aus solchen Mitteln etwas erreicht wird. Entweder sind die Konjunkturen naturgesetzlich und damit unabänderlich — oder sie sind es nicht; das ganze ist nur — wie wir behaupten — jüdische Geschäftsmache. Entweder das eine — oder das andere; beides gibt es nicht! Ge.

Sozialismus

Der deutsche Sozialismus ist manchen zum schier unlösbaren Rätsel geworden. Entweder Marxismus oder Kapitalismus; etwas anderes können sich auch manche Gelehrte des Auslandes schlecht vorstellen.

Ein *Professor Fredrik Böök* hat im *Svenska Dagbladet* (2. Juni 1937) seine Ansicht über den deutschen Sozialismus niedergelegt. Dadurch soll folgende — von ihm selbst als unsicher und rätselhaft bezeichnete — Zukunftsperspektive vertretbar sein: entweder wird das *sozialistische Pathos* Produktionsverhältnisse in Formen überführen, die von denen des bürgerlichen Kapitalismus völlig abweichen (damit meint er aber marxistische Produktionsform!), oder aber, wenn die

Digitized by Google

Grundlage des bürgerlichen Kapitalismus trotz aller Belastungen standhält — die sozialistischen Tendenzen, *die in schwebender und undefinierbarer Form ihr Wesen im Weichbild des Dritten Reiches treiben* — neutralisiert und aufgelöst werden.

Was dieser gelehrte Professor unter Sozialismus und Kapitalismus versteht, ist klar. Sozialismus ist für ihn keine Sache der Weltanschauung, sondern ein bestimmtes Produktionssystem nach marxistischem Muster, bei dem das Privateigentum *sozialisiert* ist. Ein Sozialismus, wie ihn Bernhard Köhler kennzeichnet als etwas, das „nichts anderes sein kann als die ewige politische Aufgabe eines Volkes, das nach seinen eigenen Gesetzen leben will". Das geht vielen Ausländern zunächst noch über den Horizont.

Ge.

Rüstzeug zur wirtschaftspolitischen Aufbauarbeit

sind die 10- und 20-Pfennigschriften zur Wirtschaftspolitik. *Herausgegeben von der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.*

Die 20-Pfennig-Schriften zur Wirtschaftspolitik:

„Wille zum Welthandel" von Bernhard Köhler.

„Pjatiljetka und Vierjahresplan" von Alf Noll *(erscheint demnächst)*

Die 10-Pfennig-Schriften zur Wirtschaftspolitik:

„Sklavenarbeit oder Welthandel?" von Bernhard Köhler.

„Sparen heißt nicht Not leiden" *mit Beiträgen* ***von Bernhard Köhler*** *u. a.*

Zu beziehen durch den Buchhandel, durch die Gauwirtschaftsberater oder direkt durch den Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München 22.

Klassenkampf — nicht bei uns

Die *Revue de Paris* (Nr. 1, 1937) schreibt über die marxistisch verhetzten Arbeitermassen:

Seit der Regierung der Volksfront sind sich die Massen ihrer Macht im öffentlichen und sozialen Leben bewußt geworden. Sie bilden sich ein, die Unternehmer beherrschen zu können. Gesetzt den Fall, daß sich diese Machtbestrebungen weiter entwickeln, so ist für das Unternehmertum und auch für die ganze Nation das Schlimmste zu befürchten. Die Arbeitermassen haben bereits Gelegenheit gehabt zu beweisen, daß sie nicht imstande sind, einen Betrieb zu führen. Man mußte unbrauchbare, unverkäufliche Waren im Werte von mehreren Millionen vernichten. Die sozialen Verwirrungen sind hauptsächlich auf die marxistische Propaganda zurückzuführen. Das marxistische Gift hat sich mit ungeahnter Schnelligkeit verbreitet.

Diese Feststellungen sind allerdings betrüblich. Wir wissen ja aus unseren Tageszeitungen, daß dies nicht übertrieben ist. Die Schlußfolgerung, daß dem Zerstörungsinstinkt der Massen Widerstand zu leisten sei, erscheint daher durchaus berechtigt. Allerdings, der vorgeschlagene Weg bewegt sich schließlich in ähnlichen Bahnen wie das Arbeiten der Marxisten.

Es wird vorgeschlagen, für ganz Frankreich ein allgemeines Unternehmersyndikat zu errichten, das dann mächtig genug wäre, den Gewerkschaften gegenüberzutreten. Mit anderen Worten: Klassenkampf!

Der Ausgleich der einzelnen Interessen soll im Machtkampf entschieden werden. Wer stärker ist, der streikende Arbeiter oder die aussperrenden Unternehmer, der soll siegen. So war es auch einst im Mittelalter. Wer sein Recht — angebliches oder tatsächliches — durchsetzen wollte, der mußte zur Waffe greifen. Der Stärkere hatte recht. Für einen Rechtsstaat des 20. Jahrhunderts sollte man meinen, daß dieser Zustand überwunden wäre. Man sieht jedoch, daß dies noch nicht der Fall ist. Das Arbeitsrecht, das bei uns in Deutschland im „Gesetz zur Ordnung der nationalen Arbeit" eine Regelung gefunden hat, die dem Staate die Regelung der Arbeitsstreitigkeiten

Digitized by Google

überträgt — und nicht den streitenden Parteien — hat sich eben anderwärts noch nicht genügend entwickelt. Für dieses Gebiet gilt in dem größten Teil der Welt außerhalb Deutschlands noch das mittelalterliche Faustrecht. Für dunkle Elemente der gegebene Boden für ihre Tätigkeit. Ge.

Planwirtschaft - planlose Wirtschaft

In Sowjetrußland wurde der dritte Fünfjahresplan aus der Taufe gehoben. Galt der erste Fünfjahresplan der Beseitigung der Kapitalisten aller Klassen (indem man ihre Vertreter ausrottete), der zweite dem Aufbau einer sowjetrussischen Planwirtschaft, so soll der dritte einer Vertiefung der bisher erreichten „Errungenschaften" und einer Erhöhung des Lebensstandards dienen. Wie überwältigend diese „Errungenschaften" sind, ersehen wir aus dem Selbstbekenntnis der *DZZ. Moskau*, vom 7. Juni 1937, die anläßlich des Taufaktes des dritten Fünfjahresplanes die Bilanz der vergangenen Jahre zieht:

Unter den Schädlingsmethoden der trotzkistisch-bucharinschen Volksfeinde hat die unrichtige Planung eine wesentliche Rolle gespielt; nicht selten arbeiteten die Schädlinge solche Pläne aus, die auf den ersten Blick einwandfrei erscheinen. Die Werke, die nach diesen Plänen gebaut wurden, konnten entweder überhaupt nicht oder nur zum geringen Teil in Betrieb genommen werden, weil im Plan der Bau anderer Werke, die die notwendigen Halbfabrikate liefern sollten, nicht vorgesehen war. In anderen Fällen wurden Betriebe ohne Kraftwerke gebaut oder umgekehrt. Durch derartige Planungsfehler ist dem Staat erheblicher Schaden zugefügt worden.

Es scheint sich doch allmählich das Fehlen geeigneter, fachmännisch durchgebildeter Kräfte aus dem Westen bemerkbar zu machen, die infolge ihrer „liebevollen Behandlung", die all ihren Kollegen zuteil wurde, ihre Dienste für eine so zweifelhafte Belohnung nicht mehr anzubieten geneigt sind. So lesen wir tagtäglich in der sowjetrussischen Zeitung von ungeheurem Materialverschleiß, Fehlanlagen, Eisenbahnunglücken usw.

Das oben angeführte Zugeständnis kann uns daher nur ein mitleidvolles Lächeln entlocken, und wir müssen immer wieder feststellen, daß selbst Planwirtschaft für die sowjetrussischen Verhältnisse nicht das richtige Wort ist, und sie uns selbst immer wieder Beweise liefern, daß sie eben über die Mißwirtschaft nicht hinauskommen. Unt.

Querschnitt durch das Schrifttum

Rechte sind Eroberungen

Heinrich Härtle: „Nietzsche und der Nationalsozialismus". Zentralverlag der NSDAP., München 1937, 172 S., kart. RM. 2,80.

Klar gruppiert sind in dieser Schrift die Anschauungen Nietzsches zu aktuellen Fragen. Wir lesen, was er zum Eigentum, zum Judentum, zur Rasse und über Politik sagt.

Aus den vielen Merkworten Nietzsches, die in dieser Schrift in Erinnerung gebracht werden, wollen wir eines herausgreifen: „Wir glauben nicht an ein Recht, das nicht auf der Macht ruht, sich durchzusetzen: wir empfinden alle Rechte als Eroberungen . . ." Sch.

Ein Beitrag zur Geschichte der Volkswirtschaftslehren

Erwin Wiskemann und Heinz Lütke: „Der Weg der deutschen Volkswirtschaftslehre". Verlag Junker und Dünnhaupt, Berlin 1937, 194 S., kart. RM. 4,80, geb. RM. 6,—.

Wirtschaft, Volkswirtschaft und Wirtschaftspolitik, jedes hat seine Geschichte und auch seine Wissenschaft. Das Buch von Wiskemann und Lütke skizziert und beurteilt die Grundgedanken deutscher Gelehrter und Wissenschafter, welche sich im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert mit der Volkswirtschaftslehre befaßt ha-

Digitized by Google

ben: Fichte, Adam Müller, Friedrich List, von Thünen, Schäffle, Möser, Arndt, Lorenz von Stein, Adolph Wagner, Rubland, von Gottl-Ottlilienfeld, Sombart u. a. Zwischenhinein sind auch die jüdischen Einflüsse auf das Denken jener Zeit untersucht.

Für unsere Stellung zu diesen Männern trägt das Buch viel bei. Sch.

Aus der wirtschaftspolitischen Arbeit der Partei

Bernhard Köhler spricht

am 3. August vormittags vor den Mitarbeitern der Fachgruppe Handelsvertreter und Handelsmakler in Haus Mellensee in Mellensee bei Zossen (Berlin);

am 10. und 13. August mittags 12 Uhr anläßlich der Sommerkurse für Ausländer in der Universität München;

am 26. und am 31. Juli anläßlich des Rednerlehrganges der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. auf der Plassenburg bei Kulmbach.

Unsere Redner sprechen

Rednerlehrgang der Kommission für Wirtschaftspolitik auf der Plassenburg bei Kulmbach vom 26. bis 31. Juli 1937. (Siehe Heft 13 S. 32.)

Es treten folgende Änderungen ein:

Pg. Dr. Ludwig Linhardt spricht am 27. (statt 26.) Juli über „Gemeinnutz fordert freie Bahn dem Tüchtigen". Am gleichen Tag hält Pg. Hans Scheller eine Arbeitsgemeinschaft über „Die Beseitigung der Klassen".

Am 28. Juli sprechen Pg. Dr. Heinrich Hunke über „Leistungswirtschaft ist freie Wirtschaft", und Pg. Fritz Winderl über „Die Steigerung der Lebenshaltung". Pg. Wilhelm Oppenländer hält an diesem Tage eine Arbeitsgemeinschaft: „Kapitalistische Entwicklungshemmung und sozialistischer Fortschritt".

Am 29. Juli spricht Pg. Karl Albach über „Feste Währung". Der für den 29. Juli angesetzte Vortrag von Pg. Max Beust findet am 30. Juli statt.

Zum Reichsparteitag 1937

veranstaltet die Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.

eine Sondertagung

am Montag, den 13. September, 9 Uhr vormittags, im Saal des Kulturvereinshauses in Nürnberg.

Es spricht der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. Bernhard Köhler.

Merken Sie diese Tagung jetzt schon in Ihrem Terminkalender vor!

Hauptschriftleiter: Udo Pfriemer / Verantwortlich für den Inhalt: Carl Fiehme / Beide: München 43, Karlstraße 24, Fernruf: 54050 / Nachdruck auch auszugsweise nicht gestattet, es sei denn, daß eine ausdrückliche vorherige Genehmigung der Schriftleitung erteilt ist. / Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München, Thierschstraße 11 / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Nur durch die Dienststellen der NSDAP. / Erscheinen: Zweimal im Monat / Preis des Heftes: 15 Pfennig

Digitized by Google

Mitteilungen der Kommission für

Wirtschaftspolitik der NSDAP

Heft 15 Jahrgang 2

Nachdruck - auch auszugsweise - nicht gestattet!

HC
286.3
.A1
N28
v. 2
no. 15

Der Führer

auf dem Reichsparteitag der Ehre

Weder die Wirtschaft noch das Kapital sind selbstherrliche Erscheinungen und damit einer eigenen Gesetzmäßigkeit unterworfen, sondern an der Spitze, und damit ausschließlich und allein die Lebensgesetze aufstellend, steht das Volk.

Nicht das Volk ist für die Wirtschaft da, sondern die Wirtschaft ist eine Dienerin am Volke. Und Volk und Wirtschaft sind nicht Sklaven des Kapitals, sondern das Kapital ist nur ein wirtschaftliches Behelfsmittel und damit den größeren Notwendigkeiten der Erhaltung eines Volkes untergeordnet.

Aus dem Inhalt:

Welt des Kapitalismus — Welt des Nationalsozialismus

Carl Fluhme: „Kapitalisten 1937 neuerer Art"

Hans Unterberger: Die Parole des Neides

Alf Noll: Börse der Volkswirtschaft — eine verpaßte Gelegenheit

Wehrsteuer — Verwirklichung der Gerechtigkeit

Hohe Gewinne ohne Arbeit

Wie Arbeit Kapital schafft

Eisen bricht Not

Man mischt sich ein

„Was mich amüsiert . . ."

5. August 1937

Zentralverlag der NSDAP

UNIV. OF MICH. LIBRARY

Digitized by Google

Die Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik

sind keine Zeitschrift im üblichen Sinne, sie gehören nicht zu dem Wust von Fachschriften, die nur einen bestimmten Kreis interessieren, sie wenden sich an jeden Parteigenossen, sie wahren das Hoheitsrecht der Wirtschaftspolitik des Führers, sie wachen über jede Verwässerung des nationalsozialistischen Gedankengutes und sind daher

das Kampfblatt,

das die maßgebende Auffassung der NSDAP. von Wirtschaftspolitik, Wirtschaft und Wirtschaften vermittelt.
Aktualität, Anregung, Kritik, Zielklarheit und Forderung des Wesentlichen kommt hier in knapp und phrasenlos geprägten Leitgedanken zum Ausdruck. Diesem Charakter als wirtschaftspolitisches Handwerkszeug und als propagandistische Waffe in der Hand jedes Parteigenossen entsprechend erhalten die „Mitteilungen" vom September 1937 an den Titel

Die wirtschaftspolitische Parole.

Parteigenossen, das heißt: Alle herhören!
das heißt: Tritt gefaßt!
das heißt: Im Gleichschritt — Marsch!
das bedeutet nicht: Abwarten,
das bedeutet: Trommeln,
das bedeutet: Angriff!

Im Kampf um ein Ziel darf es nur eine Parole, nur eine Stoßrichtung und nur eine Führung geben.
Denkt an die Kampfzeit und den Sieg unserer Propaganda und tragt

Die wirtschaftspolitische Parole

in die Wirtschaft und in die Betriebe, wo noch so oft der Wind der Vergangenheit weht! Jeder Parteigenosse bezieht und wirbt für

Die wirtschaftspolitische Parole.

„Die Eroberung der Wirtschaft"

hierüber spricht

Parteigenosse Bernhard Köhler

auf der Sondertagung der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. auf dem

Reichsparteitag 1937

am Montag, den 13. September, 9 Uhr vormittags im Saal des Kulturvereinshauses in Nürnberg.

Haben Sie diese Tagung in Ihrem Terminkalender vorgemerkt?

Digitized by Google

Lt
R. M. Myers
6-19-61

Welt des Kapitalismus — Welt des Nationalsozialismus

Worte des Führers, die die Kluft dartun, die den Nationalsozialismus von der Vergangenheit trennt. Worte des Führers, die zeigen, daß Wirtschaft und Idealismus nicht Gegensätze sind, sondern daß die erste nur leben kann durch den zweiten.

In seiner großen Rede bei der Weihe des Hauses der Deutschen Kunst in München sagte der Führer:

„Das schönste Gesetz, das ich mir für mein Volk auf dieser Welt als Aufgabe seines Lebens vorzustellen vermag, hat schon ein großer Deutscher einmal ausgesprochen:

Deutsch sein heißt klar sein!

Das aber würde besagen, daß deutsch sein damit logisch und vor allem auch wahr sein heißt."

Unter diesem schönsten Gesetz stand und steht der Kampf des Führers — für wen, hat er selbst einmal ganz eindeutig ausgesprochen:

„Nicht für den Kapitalismus bin ich eingetreten, eingetreten bin ich für das deutsche Volk, für den deutschen Arbeiter, für den deutschen Bauern",

und seine Absage und Gegnerschaft richtet sich bewußt und vor allem

gegen das zerstörende Element des Kapitalismus,

wenn er in seiner großen Kulturrede auf dem Reichsparteitag der Ehre am 9. September 1936 erklärte:

„Im Kapitalismus versucht sich das dienend untergeordnete Mittel zum Zweck zu erheben und hilft durch diese neue Störung einer bisher organischen Entwicklung mit, die Ursachen weiterer Zerstörungen zu schaffen. Eine scheinbar unversöhnliche Weltmacht greift damit ein in die persönlichen Schicksale der Völker. Einem greisen Moltke schien in böser Ahnung die Zeit zu nahen, in der die Soldaten für Börseninteressen zum Schwerte greifen müßten. Ein amerikanischer Untersuchungsausschuß lüftet über einem Ausschnitt des Weltkriegsgeschehens die verhüllenden Schleier des Mitwissens vor den Augen der Regierten und bestätigt des großen Feldmarschalls Weissagungen."

Diese Absage begründet der Führer kurz und vernichtend mit der Feststellung einer geschichtlich unbestreitbaren Tatsache:

„Das Ende des „Sozialismus" in Deutschland ist, daß ein 60-Millionen-Volk zu Sklaven des Kapitalismus ge-

Digitized by Google

worden ist, und zwar eines internationalen Weltkapitalismus."

Die Kluft,

die das zusammengebrochene kapitalistische Zeitalter von dem des Nationalsozialismus trennt, geht hervor aus der grundsätzlich verschiedenen Aufgabenstellung, wie sie der Kapitalismus sah und der Alternative, die die Erfahrung des Führers sieht:

„Wenn es in einem Staate nicht möglich wird, einem Volk die Lebensgrundlagen und damit Lebensvoraussetzungen zu sichern, ist er vollständig zwecklos und damit wertlos. — Zu diesen Lebensgrundlagen gehört allerdings im allgemeinen nicht der Bezug von Almosen, dafür aber um so mehr die Möglichkeit einer allgemeinen Betätigung zur Lebenshaltung der einzelnen und damit der Gesamtheit. — Unter keinen Umständen kann der Staat seine Uninteressiertheit an der Lebenshaltung, ja Lebenserhaltung von Millionen seiner Bürger aussprechen oder gar vertreten, ohne daß er sich nicht selbst auf die Dauer in Anarchie auflöst. — Es ist eine Frage seines allgemeinen inneren sittlichen Wertes sowohl als seiner vernunftgemäßen Organisation, ob er dieser Verpflichtung den einzelnen Bürgern gegenüber durch das Verteilen von Almosen oder durch die Schaffung von Arbeit gerecht werden will. Das eine oder das andere muß er tun. Er kann sich nicht beiden Verpflichtungen zugleich entziehen."

Die zweite,

sittliche Verpflichtung

— gegenüber der abzulehnenden ersten eines auf dem schlechten Gewissen des Kapitalismus beruhenden „sozialen" Getues greift der Führer auf mit diesen Worten aus dem September 1933:

„Wir haben den Entschluß, aufzubauen auf dem Gedanken der Achtung vor der Arbeit."

Und er weist hier zugleich den erzieherischen Weg:

„Wir wollen unser Volk erziehen, daß es sich entfernt von dem Irrsinn der ständischen Überheblichkeit, des Standesdünkels, der Einbildung, daß nur die geistige Arbeit zu schätzen wäre, daß das Volk begreife, daß jede Arbeit, die notwendig ist, ihren Träger adelt, und daß nur etwas schändet, nämlich nichts beizutragen zur Erhaltung der Volksgemeinschaft, nichts beizutragen zur Erhaltung des Volkes."

Dieser erzieherischen Aufgabe aber schließt er die Mahnung an:

„Ich bitte euch daher, stets zu bedenken, daß es heute nicht in unserem Ermessen steht, welche Arbeit wir zu wählen haben. Ich bitte euch zu bedenken, daß wir in einer Zeit leben, die das Wesentliche in der Arbeit an sich sieht, daß wir einen

Digitized by Google

Staat aufbauen wollen, der die Arbeit schätzt um ihrer selbst willen und der den Arbeiter achtet, weil er eine Pflicht an der Nation erfüllt, einen Staat, der durch seinen Arbeitsdienst jeden erziehen will, jedes Söhnchen auch hochgeborener Eltern zur Achtung der Arbeit, zum Respekt vor der körperlichen Tätigkeit im Dienste der Volksgemeinschaft."

Zwei Welten ziehen so an unseren Augen vorüber: die des kapitalistischen Materialismus, die der Marxismus ausdrücklich anerkannte, und

die Welt des nationalen Idealismus,

die der Führer mit dem Nationalsozialismus dem deutschen Volke schenkte:

„Grundsätzlich ist der Wert jeder Arbeit ein doppelter: ein rein materieller und ein ideeller. Der materielle Wert beruht in der Bedeutung, und zwar der materiellen Bedeutung einer Arbeit für das Leben der Gesamtheit. Je mehr Volksgenossen aus einer bestimmten vollbrachten Leistung Nutzen ziehen, und zwar direkten und indirekten, um so größer ist der materielle Wert einzuschätzen. Diese Einschätzung findet ihrerseits ihren plastischen Ausdruck im materiellen Lohn, welchen der einzelne für seine Arbeit erhält.

Diesem rein materiellen Wert steht nun gegenüber der ideelle. Er beruht nicht auf der Bedeutung der geleisteten Arbeit materiell gemessen, sondern auf ihrer Notwendigkeit an sich. So sicher der materielle Nutzen einer Erfindung größer sein kann als der eines alltäglichen Handlangerdienstes, so sicher ist die Gesamtheit doch auf diesen kleinsten Dienst genau so angewiesen wie auf jenen größten. Sie mag materiell einen Unterschied treffen in der Bewertung des Nutzens der einzelnen Arbeit für die Gesamtheit und kann dem durch die jeweilige Entlohnung Ausdruck verleihen; sie muß aber ideell die Gleichheit aller feststellen in dem Augenblick, in dem jeder einzelne sich bemüht, auf seinem Gebiete — welches immer es auch sein mag — sein Bestes zu tun. Darauf aber hat die Wertschätzung eines Menschen zu beruhen und nicht auf der Entlohnung." Fl.

Carl Fluhme:

„Kapitalisten 1937 neuerer Art"

Reichtum und Kapitalismus stehen ursächlich in überhaupt keinem irgendwie gearteten Zusammenhang. Wenn die sogenannte Wissenschaft der Vergangenheit und die interessenpolitische Spaltpilzzüchterei ungezählter Parteipropheten ihrer Definitionssucht fröhnten, indem sie sich der Vokabel „Kapital" bemächtigten und sie im Laufe der Jahrzehnte in der volksfremden Arena ihrer machtlüsternen Spitzfindigkeiten zu Tode ritten, so interessiert uns das heute nicht mehr.

Digitized by Google

Wir wissen, daß es ihnen allen

für ihre eigenen Taschen

um den Popokatepetl von Geld ging, auf dem sie allein saßen oder allein zu sitzen trachteten. Sie bildeten zu diesem Zweck Autokratien und Oligarchien, Demokratien und Konzerne, Spielhöllen und Spekulationsgenossenschaften. Wer nicht mitmachte oder den Anschluß verpaßte, war ein Idiot, der aber immerhin ein taugliches Objekt abgab, um Mißstimmung, Enttäuschung, Sorge und Hunger, die sein ureigenstes unbestrittenes Eigentum blieben, doch „produktiv" für sie zu verwerten, gleichgültig ob sie Rothschild oder Marx, Strousberg oder Singer hießen, und es ist völlig irrig, zu glauben, daß auch nur ein Winkel der sogenannten Zivilisation und der vermeintlichen Kultur von jenem Bazillus verschont geblieben wäre, der Kapitalismus genannt wird und dennoch nichts war als — Methode. Gesetzt den Fall, der Marxismus hätte sein angebliches Ziel der

Beseitigung des Kapitals

erreicht — sagen wir am 9. November 1918 Schlag 12 Uhr mitternachts: am 10. November um eine Sekunde nach Mitternacht wäre der Kapitalismus genau so frisch und munter an der Arbeit gewesen wie vorher — weil niemand da war, der an die Stelle der Methode die größere Idee zu setzen den wahren Geist und den echten Mut hatte.

> „Erst der vollkommene Bruch mit dem materialistischen Aberglauben und die Besinnung auf die sittlichen Untergründe des menschlichen und völkischen Lebens hat die Entthronung des Kapitals und die Beseitigung des Kapitalismus eingeleitet." (Bernhard Köhler).

Dies zu erkennen und einzusehen ist dem arbeitenden Volk nicht schwer gefallen, selbst denen nicht, die schon jenen Volksgenossen als „Kapitalisten" ansahen, der den bewußten „Morgen Sonnenschein im Blumentopf" sein eigen nannte, den sie gerade wegen ihrer Theorie und Utopie der „Vernichtung des Kapitals" nicht besaßen. Gerade das schaffende Volk, diese unendlichen Massen ohne arbeitsloses Einkommen, wußten zuerst, daß

fortan der Kampf gegen diese Methode

ging, die sich Generationen hindurch das Recht angemaßt hatte, allein über die Arbeitsmöglichkeit zu bestimmen, die sich erfrecht hatte, den deutschen Menschen, den sie in ihren Kirchen als Geschöpf Gottes bezeichnete, auf Grund ihres selbstherrlichen Eigentumsbegriffes auszubeuten und menschenunwürdig zu knechten, und schließlich die vom Volk erschlichene Abhängigkeit fast jeden arbeitenden Volksgenossen vom Leihkapital ausschlachtete, um nach ihrem eigennützigen Gutdünken Arbeit leutseligst zu gestatten oder kurzerhand zu verbieten.

Der tatsächlich zwei Jahrhunderte hindurch Deutschland beherrschende

Primat der Wirtschaft

hatte nun die Folge, daß das jüdisch-kapitalistische Denken die Wirtschaft derart verseucht hat, daß man auch heute noch durchaus nicht von einer all-

Digitized by Google

seitigen Abkehr vom Kapitalismus als Methode sprechen kann. Das bedauerliche dabei ist, daß noch unendlich viele Zeitgenossen in der Wirtschaft herumregieren und herumlaufen, die bei ihren Handlungen überzeugt davon sind, der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik keinen Abbruch zu tun und ihr trotzdem entgegengesetzt handeln. Ganz abgesehen von jenen, die ihre Fach- und Sachkenntnisse ganz bewußt dazu benutzen, sie zu durchkreuzen; und man tut gut daran, sich nicht dem Wahn hinzugeben, diese hochmögenden Herren der Wirtschaft, deren drittes Wort ist „haben Sie schon gehört" oder „natürlich von Wirtschaft keine Ahnung", liefen als Einzelwesen herum. Sie haben auch hier nicht von ihrer „heroischen" oder volkbeglückenden parlamentarischen Gewohnheit gelassen, Herden zu bilden; nur daß heute, wo sie Vorsicht für die Mutter der Porzellankiste halten, der jeweilige Leitbulle nicht mehr sichtbar die Vorsitzendenglocke schwingt.

Heute betreibt man die Dinge nicht mehr so ungeniert und offenkundig, wie vor der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus.

Man ist vorsichtig geworden

damit es einem nicht so ohne weiteres und offen „in die Bude regnet". Man geht schrittweise vor. Man „stellt" sich immer wieder „unter". Der schließlich ausreichende Regenschirm wird sich schon finden, „die Zeit arbeitet für uns" und je langsamer und vorsichtiger man „arbeitet", desto weniger werden es die „Nazis" merken.

Dafür, daß wir's merken, einige praktische Beispiele, die uns gar nicht gefallen wollen:

1. „Geschäftspolitische" Rabatte und Kundenbetrug

Da ist eine gewisse Industrie, die seit 1933 einen geradezu einzigartigen Aufschwung genommen hat. Im Rahmen der Verbilligungsbestrebungen, die sich in Preissenkungen praktisch zu zeigen pflegen, geht sie dazu über, diese auf den Handel abzuwälzen, indem sie die Lieferbedingungen ändert, die Zahlungsziele kürzt, den Skonto kürzt usw., alles Dinge, die sie vor der „Konjunktur" in der gerade die führenden Wirtschaftskreise auch heute noch denken, ohne mit der Wimper zu zucken, auf sich nahm, um den „Umsatz zu erhöhen". Er hat sich nachweislich hierdurch zwar nicht erhöht, sondern durch die Maßnahmen des „ahnungslosen" Nationalsozialismus; aber man muß doch irgendwie opponieren. Dabei fällt besonders eines auf: diese seither verdienende Industrie gibt auch Rabatte. Dabei unterscheidet sie zwischen Werkstätten ihrer Vertretungen, die von ihr gebunden sind, Zubehör- und Ersatzteile ausschließlich bei dem vertretenen Fabrikanten zu kaufen, und freien selbständigen Handwerksmeistern, bei denen dies nicht der Fall ist. Die ersteren beliefert sie mit z. T. bis 40 v. H. Rabatt, die letzteren nur mit z. T. 10—20 v. H. Der volkswirtschaftliche und auch der rein wirtschaftliche Grund, wenn da nicht ganz etwas anderes dahinter steckt, ist nicht einzusehen. Denn der höhere Rabatt von 40 v. H. ist natürlich auch so bemessen, daß die Fabrik mit ihrer „Kalkulation" auskommt. Und umgekehrt hält sie den niedrigeren Rabatt von 10—20 v. H. als Spanne ja für so auskömmlich, daß der Handwerker existieren kann. Wirtschaftlich (von Wirtschaftlichkeit oder, wie es so schön heißt, „Rentabilität" abgeleitet) und darüber hinaus

Digitized by Google

volkswirtschaftlich liefert diese famose Industrie damit den Beweis, daß die Spanne zwischen 10 bzw. 20 v. H. und 40 v. H. glatt zu einer weiteren Preissenkung verwendet werden kann — und muß!

Warum sie es nicht tut, fällt unter die Milliarde von „Politiken", die der kapitalistische Geschäftsgeist erfunden hat. In diesem Falle heißt sie „Geschäftspolitik", auf die wir noch zurückkommen.

2. Kampfpreise auf wessen Kosten?

Ein industrielles Unternehmen verkauft bestimmte Waren zu folgenden Preisen, wobei wir so freundlich sind, auch den Fabrikationspreis zu berücksichtigen und voranzustellen:

Ware	Fabrikationspreis 1929	Verkaufspreis 1929	Verkaufspreis 1930	Verkaufspreis 1933
1	20,— RM.	43,50 RM.	100,— RM.	60,— RM.
2	3,20 „	10,50 „	17,— „	12,— „
3	15,— „	36,— „	75,— „	45,— „
4	1,30 „	4,— „	10,— „	5,— „
5	8,— „	19,25 „	30,— „	18,— „

Was ist hier los?

Das ist die Frage, die sich ohne weiteres bei einem Vergleich erhebt. Mit „wirtschaftlicher" Notwendigkeit läßt sich dies nämlich nicht rechtfertigen. Und die Sache liegt denn auch völlig anders: die Fabrik hat eine „Konkurrenz", die sie erschlagen will. Sie setzt deshalb alle Fabrikate, die das Konkurrenzunternehmen auch herstellt, auf „Kampfpreise" herunter, die volkswirtschaftlich tatsächlich unverantwortliche Schleuderpreise sind, und sucht ihren so entstandenen Verlustausgleich (man vergleiche die Verkaufspreise 1929 und 1930) in einer willkürlichen Heraufsetzung der Preise für die Waren, die die „Konkurrenz" nicht herstellt. Sie betrügt also glattweg ihre Kunden, redet in ihrer Werbung aber um so lauter von „service". Und das schönste: als sie mit ihrer „Kampfpreispolitik" (Nr. 1999085 in der Warenliste der kapitalistischen „Politiken") nicht durchkommt, preispolitisiert sie wieder herunter; aber beileibe nicht auf den Preis von 1929. Und dazu vergleiche man den Fabrikationspreis.

3. „Markenartikel" sind ein Kapitel für sich

Wenn sich zwei zanken, hat man Gelegenheit, hinter die Kulissen zu gucken.

Eine Fabrik liefert an ein großes Industrieunternehmen ganz bestimmte Ersatzteile. Diese Ersatzteile verkauft das Unternehmen weiter als „original". Eine andere Fabrik kauft von der erstgenannten Fabrik genau dieselben Ersatzteile. Weil es „die Konkurrenz" ist, schreit das Industrieunternehmen in die Welt: „minderwertig nachgemacht".

Digitized by Google

Diese Mätzchen wirken sich dann in der „Preispolitik" und der „Geschäftspolitik" aus. Beispielsweise kostet ein gewisser Zubehörteil als „Markenartikel" 3,40 RM. Stammt er aber von einem sogenannten freien Hersteller, dann kostet er 1,80 RM. Das ist schon ein kleiner Unterschied.

Jetzt aber kommen wir zurück auf das Rabattbeispiel (oben Ziffer 1). Der Vertreter mit Werkstatt erhält den Rabatt von 40 v. H., weil er an den Markenartikel gebunden, dafür sorgt, daß nur dieser und zu hohem Preis abgesetzt wird (Ausschaltung der freien Hersteller), und der Handwerksmeister wird trotz des niedrigeren Rabattes von 10—20 v. H. um des höheren Verdienstes willen (20 v. H. von 3,40 RM. = 0,68 RM., statt 20 v. H. von 1,80 RM. = 0,36 RM.) gezwungen, auch nur den Markenartikel anzubieten. So denkt sich der „krause" Moritz in der Wirtschaft auch heute noch die Verwirklichung des Leistungsprinzips, was sowohl den Reichskommissar für die Preisbildung, als auch die DAF. interessieren dürfte, letztere hinsichtlich der Voraussetzungen, unter denen Musterbetriebe ernannt werden.

4. Die kleinen Gauner versuchen's auch mal

Zu diesen unerfreulichen Erscheinungen gehört beispielsweise auch

wenn Preisüberschreitungen durch Buchfälschungen verschleiert und der reguläre Preis durch Scheck, der Überpreis als Privatentnahme bar gezahlt wird; oder wenn plötzlich so ungefähr sämtliche Unkostenkonten, die es überhaupt gibt, aus solchem Anlaß „anschwellen", oder z. B. zwischen Berlin und München „Gewichtsverluste" eintreten, die „die dickste Dame der Welt" mit ihrem tonnenweisen Kräuterteeverbrauch vor Neid erbleichen lassen könnte.

In dieses Gebiet fällt weiter, daß ganz bestimmte billigere Produkte einfach nicht mehr hergestellt werden, aber nicht etwa wegen angeblichen Rohstoffmangels, mit dem gelegentlich ein durchaus böswilliger Unfug getrieben wird, sondern um den Abnehmer zum Kauf teurer Ware zu zwingen;

wie ferner aus „Marlene" plötzlich „Anette" wird oder umgekehrt, ist dann kein Scherz mehr, wenn es sich dabei um genau das gleiche Möbelstück handelt, nur daß der Preis einer „kosmetischen" Verwandlung unterzogen worden ist;

oder ist es nicht ein mindestens ebenso hanebüchener Fall, daß Lieferungen von Eisen von der Industrie etwa deshalb glatt verweigert werden, weil eine Fabrik „zu kleine Mengen" verbraucht, und damit die Gefahr der Stillegung heraufbeschworen wird, aus Gewinnsucht und nicht etwa wegen des sonst doch immer in den Vordergrund geschobenen „Rohstoffmangels"! Der Rohstoffmangel wird den Herrschaften ja nun wohl durch das Eingreifen des Parteigenossen Hermann Göring in der Frage der Eisenerze langsam vergehen.

5. Und der ewige Jude ist auch wieder da

Es ist klar, daß bei all diesen Methoden, die seit zwei Jahrhunderten zum Wesen des Kapitalismus gehören, die Juden nicht fehlen. Der neueste Trick ist, daß sie selbständige arische Vertreter auf die Kundschaft loslassen, so daß der Volksgenosse in gutem Glauben beim deutschen Volksgenossen jüdische Ware kauft. Hier heißt es, ebenso aufräumen wie in jenen Fällen, in denen

Digitized by Google

in der Mühlenindustrie die Juden ihre Betriebe, die mit hohen Kontingenten arbeiten, an Arier verkaufen, worüber wir die tiefste freudige Genugtuung empfinden würden, wenn sie diesen Verkauf nicht mit einem schwunghaften Kontingenthandel verbinden würden.

Kampf heißt die Parole, nicht „Objektivität"!

Der Kapitalismus hat sich von jeher auf die Seite des Formalismus geschlagen und die Beispiele zeigen jene kapitalistische Taktik, wie sie auch jetzt wieder den alten erprobten Weg versucht.

Mit dem Schein des Rechtes, mit dem Schein der Gerechtigkeit und mit dem Beweismittel sozialen Handelns als Vorhut geht er heute mehr zu Werk als zuvor. Die Schwäche des Deutschen, sein Hang zur sogenannten „Objektivität" ist ihm dabei willkommene Hilfe. Laßt euch nicht wieder einfangen von ihm. Denn „Kapitalismus ist Enteignungswirtschaft". Er ist der Todfeind des Nationalsozialismus.

Jede Mehrarbeit hilft verbilligen!

Jeder Arbeiter der Kraftfahrzeugindustrie stellte insgesamt her:

	Im Jahre 1932	Im Jahre 1936	Folge: Preisverbilligung
Personenkraftwagen	1,3 Stück	2,1 Stück	10,7 v. H.
und Lastkraftwagen	0,25 „	0,50 „	9,9 v. H.
und Krafträder	1,1 „	1,2 „	9,8 v. H.

Digitized by Google

Hans Unterberger:

Die Parole des Neides

Wer sich mit den marxistischen Gedankengängen und den marxistischen Parolen befaßt, muß immer wieder das Ziel des Marxismus, die Revolution, vor Augen haben. Um der Revolution willen befürwortete Marx den Freihandel, obwohl er darunter „Die Freiheit des Kapitals ... Die Freiheit, welche das Kapital genießt, den Arbeiter zu erdrücken", versteht. „Mit einem Wort, das System des Freihandels beschleunigt die soziale Revolution. Und nur in diesem revolutionären Sinn, meine Herren, stimme ich für den Freihandel." Nur um der Revolution willen unterstützte er zeitweise die Bourgeoisie im Kampf mit den „mittelalterlichen Resten einer feudalen Aristokratie und dem modernen Königtum von Gottes Gnaden", wie Engels schrieb, um dann „zum entscheidenden Kampf, dem Kampf zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen, dem Kampf der Bourgeoisie und dem Proletariat" zu rüsten.

Da es aber der Marxismus verstand, seine wahren Absichten durch eine kluge Taktik immer wieder zu verbergen, hat er eine gewaltige Anhängerschaft gewonnen, und viele sind seinen Parolen erlegen, die durchaus nicht zu den zerstörenden Elementen zählen. Eine dieser Parolen war die Forderung der Tausend-Mark-Grenze. Keiner in Deutschland sollte ein Monatseinkommen von mehr als tausend Mark haben. Abgesehen von der Tatsache, daß die SPD.-Bonzen ein vielfach höheres Gehalt bezogen und ein Jakob Goldschmidt die „Entschädigungen" von mehr als 100 Aufsichtsratsposten einstrich, erscheint es notwendig, neben der gefährlichen Dialektik, die in dieser Forderung liegt, auch ihren wirtschaftlichen Widersinn näher zu beleuchten.

„Kampf der schöpferischen Leistung"

Vermassung, Verelendung, also Proletarisierung um der Revolution willen war die praktische Auswirkung der marxistischen Lehre. So diente man der „Gerechtigkeit" und — dem Neid. Aus diesem Grunde hat sie den Sozialismus zu einer Lohn- und Magenfrage herabgewürdigt und zur Lebensform der Unzufriedenen und Enteigneten gestempelt, während wir in ihm die organische Lebensgestaltung eines Volkes erkennen und daher verwirklichen. Das Ziel der Forderung nach der Tausend-Mark-Grenze ist im Grundsatz nichts anderes als der Kampf gegen eine geistige Schicht, die sich auf Grund ihrer Fähigkeiten emporgearbeitet hatte. Es ist der Kampf gegen jede schöpferische Leistung, indem man ihr die äußere Anerkennung und die materiellen Voraussetzungen versagt.

Unser Standpunkt ist,

daß jede außerordentliche Leistung auch außerordentlich bezahlt werden muß, denn im Grunde genommen kann kein Volk die großen Fähigkeiten hoch genug bewerten. Wenn auch einzelne Nationalsozialisten in der Kampfzeit die Tausend-Mark-Grenze im Munde führten, so aus der Erkenntnis, daß

Digitized by Google

zu dieser Zeit tausend Mark für diejenigen, die Arbeitergelder vergeudeten, viel zu hoch waren. Und wir erinnern uns hier einer wiederholten Äußerung Willi Börgers:

„Wenn einer in Deutschland gegen Deutsche arbeitet, so ist er überhaupt zu viel bezahlt, und er muß ins Zuchthaus."

Wenn nun tatsächlich die Gehälter auf die geforderte Höhe beschnitten würden, wer sollte dann z. B. noch die Künstler unterstützen können? Diese Kulturschicht wäre, da man ihr die materiellen Voraussetzungen entzieht, dem Untergang anheimgegeben, und es würde eine Entwicklung beschleunigt werden, wie wir sie bereits in der Vergangenheit kennenlernten. Wenn nun der Einwand erhoben wird, ja, die Künstler, die soll der Staat unterstützen, so ist hierbei nur zu bedenken, daß dieser dann gezwungen ist, um so höhere Steuern zu erheben, um auch die notwendigen Mittel zu einer Förderung aufbringen zu können.

„Arbeiterbefreiung" durch Primitivitätskult?

Es ist der größte Widersinn des Marxismus, daß er vorgibt, den Arbeiter zu befreien, aber nun andererseits den Primitivitätskult predigt, dessen Ziel nur die Vermassung sein kann, wie der Führer einst klarlegte, und damit gleichzeitig die Verantwortungslosigkeit all derer, die sich hinter diese Forderung stellten, auf das schärfste geißelte.

„Es gilt vor allem, die Ideologie der Bedürfnislosigkeit, der systematischen Einschränkung des Bedarfs, also den vom Kommunismus ausgehenden Primitivitätskult zu bekämpfen. Dieses bolschewistische Ideal der allmählichen Rückentwicklung der Zivilisationsansprüche muß unweigerlich zur Zerstörung der Wirtschaft und des ganzen Lebens führen.

Diese Ideologie beruht auf der Angst vor dem Nächsten, auf der Furcht, irgendwie hervorzutreten, und basiert auf einer niederträchtigen neidischen Gesinnung. Diese Lehre von der Zurückentwicklung zur Primitivität führt zu einem feigen, ängstlichen Nachgeben und stellt darum eine ungeheure Gefahr für die Menschheit dar."

Erhöhung der Lebenshaltung durch Produktionssteigerung

Die so durch den Führer aufgezeigte Gefahr hat eine tiefere Wurzel in der Auffassung, daß der Verteilung in der Wirtschaft die entscheidende Bedeutung zufalle, im Gegensatz zur Produktion, die der Nationalsozialismus an die Spitze der Wirtschaftspolitik stellt. Eine Folge ist die Meinung: was der eine mehr besitzt, fehlt dem andern.

Der Nationalsozialismus sorgt dafür, daß jeder Volksgenosse durch die Sicherung eines Arbeitsplatzes sich in steter Arbeit eine ausreichende Lebensmöglichkeit schaffen kann. Der Arbeiter sieht ja das höchste Ziel nicht in materiellen Genüssen — denn schließlich kann sich der „Kapitalist" auch nicht mehr als satt essen —, sondern in einer inneren Zufriedenheit. Nur wenn dieses Gefühl gewaltsam ertötet wird, können Neidparolen von nachhaltiger Wirkung sein. Wir stellen dem Arbeiter Ziele, die seinem Höherstreben entgegenkommen und die sich auch verwirklichen lassen. Wir denken hier ins-

Digitized by Google

besondere an die Forderung nach einem eigenen Heim, die im nationalsozialistischen Staat ihre Erfüllung finden wird.

Kapitalismus muß unschädlich gemacht werden!

Wenn sich der Nationalsozialismus gegen die marxistische Forderung der Tausend-Mark-Grenze aus den oben angeführten Gründen stellt, so geschieht das vor allem aus dem sicheren Bewußtsein heraus, daß es in seinem Staate unmöglich ist, daß das Kapital je wieder zur Macht gelangt, und daß ihm die Möglichkeit, sich als Eigentum im liberalen Sinn auszutoben, genommen ist. Wenn ein Unternehmer hohe Gewinne erzielt, so wird eine unermüdliche Erziehungsarbeit und, wenn notwendig, der Druck der öffentlichen Meinung oder staatlicher Organe dafür sorgen, daß er vorerst seinen wirtschaftlichen und sozialen Pflichten nachgekommen ist.

Wenn der Marxismus aus dem Unvermögen und einer bewußten Absicht heraus den Arbeiter nicht emporführen will, und daher fordert, daß ihm das gesamte Volk in das Elend folgt, so sichert der Nationalsozialismus dem schaffenden Deutschen nicht durch Versprechen, sondern durch die stete Arbeit eine Lebenshöhe und Aufstiegsmöglichkeiten, die seinen Leistungen entsprechen und beseitigt damit jedes Neidgefühl, da er der sozialen Gerechtigkeit zum Durchbruch verhilft.

Alf Noll:

Börse der Volkswirtschaft — eine verpaßte Gelegenheit

Die Börse sieht sich auch im Rahmen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik im Kreuzfeuer der Meinungen; immer wieder glauben Persönlichkeiten der Börsenorganisation Anlaß zu haben, sich gegen angeblich „unberechtigte" Angriffe wehren zu müssen. Noch vor kurzem war in einer derartigen Stellungnahme zu lesen:

> „Bei der Neuorganisation der deutschen Börsen sind den Börsenpräsidenten die nötigen Vollmachten in die Hand gegeben worden, um den Interessen der Allgemeinheit schnell und wirksam Geltung zu verschaffen. Befürchtungen über eine volkswirtschaftlich schädliche Betätigung der Börse sind daher nicht mehr begründet. Wenn solche Vorwürfe auch heute noch erhoben werden, so können sie nur darauf beruhen, daß die wirtschaftlichen Zusammenhänge nicht richtig erkannt werden."

Loblied auf die Börse?

Ein solches Loblied auf die Börse wäre doch wohl in leiseren Tönen zu singen, denn so ganz erhaben über die Kritik ist das, was sich ab und zu an der Börse tut, doch nicht. Die Erinnerung an die Vorgänge in den ausländischen Wertpapieren möge genügen; damals hat jedenfalls die

Digitized by Google

Börse einschließlich ihrer leitenden Organisation jene Ausschreitung der Spekulation nicht verhindert.

Ein neuer Fall hat sich kürzlich zugetragen, der nicht ohne weiteres der Vergessenheit anheimfallen sollte: in den letzten Monaten erfreuten sich plötzlich die noch verbliebenen Neubesitzanleihen (Reste der Aufwertungsgesetzgebung mit schwer feststellbarem tatsächlichem Wert) eines so starken Interesses, daß sich die Kurse außerordentlich erhöhten, in einem Falle fast eine Verdoppelung eintrat. Greifbare Unterlagen dieser Bewegung waren nicht zu erkennen, angeblich sollte ein Rückkauf im Bereiche der Möglichkeit stehen (tatsächlich hatte Berlin in sehr beschränktem Umfange einen solchen vorgenommen); aber dieses Gerücht begegnete sehr ernsthaften Zweifeln und wurde auch in der Presse entsprechend als Spekulation gewertet. Trotzdem erhielt es sich mit einer bemerkenswerten Zähigkeit, bis dann auf einmal die hochgetriebenen Kurse zusammenbrachen.

Wer die Börse in langen Jahren aus der Nähe beobachtet hat, weiß, daß solche Bewegungen niemals ohne einen gewissen Hintergrund eintreten. Es ist nicht ein beliebiger Schulze oder Müller, der, weil es ihm gerade einmal einfällt, unbekümmert Neubesitzanleihen kauft. Sondern diese Käufer, die sich auch zunächst nicht irre machen lassen, sind Personen, die irgendeinen Anhaltspunkt haben oder zu haben glauben. Diese Personen aber interessieren das kritische Interesse der Öffentlichkeit an der Börse sehr. Denn da sie irgendeinen Anhaltspunkt haben oder zu haben glauben, besitzen sie eine Kenntnis, die sie sozusagen monopolistisch zu ihrem materiellen Vorteil ausnützen. Der Deutsche Gemeindetag hat schließlich erklärt: die Kurssteigerung der Neubesitzanleihen in den letzten Monaten entbehre der inneren Berechtigung, die Gemeinden und Gemeindeverbände hätten keine Veranlassung, die Spekulation noch dadurch zu unterstützen, daß sie zur Zeit ihre Neubesitzanleihen zurückkauften. Damit waren die Dinge geklärt.

Wäre das aber nicht gerade eine Aufgabe der Börsenvorstände gewesen?

Gewiß nicht im Stile der alten Spekulationsbörse. Aber wohl doch in einer Börse, die gerade ihre volkswirtschaftliche Bedeutung im Rahmen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik betont.

Vor einiger Zeit wurde von einem Börsenvorstand ausgeführt:

> „Natürlich können sie (nämlich die Börsenvorstände) die Kursbewegung selbst auf die Dauer nicht verhindern, und sie müssen es nachdrücklich ablehnen, wenn für derartige Kurssprünge, die durch die Börsenaufträge des Publikums entstehen, die Börse verantwortlich gemacht wird."

Selbstverständlich kann von den Börsenvorständen nicht einfach verlangt werden, daß sie Kurssprünge verhindern. Aber es wäre doch eine aktivere Mitwirkung an der ausdrücklich festgelegten Aufgabe, die Interessen der deutschen Volkswirtschaft zu beachten, denkbar. Im vorliegenden Falle z. B. wäre es denkbar gewesen, daß sich die Börsenvorstände von sich aus um eine klare Stellungnahme in Betracht kommender Stellen bemüht hätten, ob tatsächlich an eine Einlösung von Neubesitzanleihen gedacht werde. Es wäre dann innerhalb sehr kurzer Zeit die ganze Spekulation verflogen.

War es nun aber vielleicht so — diese Möglichkeit sei einmal unterstellt —, daß doch irgendwelche Erwägungen über die Zweckmäßigkeit eines Rück-

Digitized by Google

kaufs von Neubesitzanleihen irgendwo angestellt worden sind, die dann aber vor dem Gewicht anderer schwerwiegenderer Umstände zurücktreten mußten? Dann wäre der Fall besonders interessant. Denn dann wären tatsächlich Kenntnisse, die nur in einem engeren Kreise vorhanden sein konnten, zur Erlangung materieller Vorteile ausgenutzt worden.

Börsenmaßstab — Spekulation — Volkswirtschaft

Gesetzt den Fall, die Dinge wären so gewesen, dann hätten die Börsenvorstände ebenfalls eine sehr nützliche volkswirtschaftliche Aufgabe gehabt, nämlich diese Spekulanten festzustellen. Dann hätte wirklich ein erhebliches öffentliches Interesse vorgelegen, auch wenn — nach Börsenmaßstäben — die auf diesem Marktgebiet erfolgten tatsächlichen Umsätze verhältnismäßig klein gewesen sein sollten. Ob klein oder groß: hier hätte es sich darum gehandelt, einmal festzustellen, ob irgendwo eine Pflichtverletzung durch Ausnutzung vertraulich oder dienstlich erworbener Kenntnisse zum persönlichen materiellen Vorteil erfolgt wäre. Wie gesagt, wir unterstellen eine solche Möglichkeit nur, um einmal zu zeigen, von welcher gewichtigen Seite her die volkswirtschaftliche Aufgabe der Börse und der Börsenvorstände im besonderen gesehen werden kann.

Ist das heutige Börsensystem bereits als endgültig anzusehen?

Wenn dies in einer befriedigenden Weise noch nicht geschieht, so mag dies hauptsächlich an Umständen und Verhältnissen liegen, die in der Struktur des Börsenwesens begründet sind, und daher die Frage nahelegen, ob das heutige Börsensystem bereits als die endgültige Form angesehen werden kann, die ein zentraler Kapitalmarkt im Rahmen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik haben müßte.

Hier sei nur darauf verwiesen, daß das ganze Gebiet der Börse in statistischer Hinsicht sehr große Lücken läßt. Die Börsenstatistik ist so ungenügend, daß sie nicht den Anforderungen entspricht, die an die heutige Börse als Einrichtung im Namen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik gestellt werden müssen.

Gewiß gibt es mancherlei statistische Daten hinsichtlich der Börse: die Börsenzulassungen, die Börsenumsatzsteuer, vor allem das Kursblatt. Aber es fehlt die sehr bedeutungsvolle Börsenumsatzstatistik. Zwar werden Tag für Tag Kurse und „Stimmungsbilder" veröffentlicht, aber was an tatsächlichen Vorgängen hinter den Kursen wie hinter den „Stimmungen" steht, darüber herrscht unbedingtes Schweigen. Ob große Kursbewegungen bei kleinen oder großen Umsätzen stattfinden, wird zwar allgemein in der Börsenberichterstattung gesagt, aber amtliche genaue Unterlagen darüber gibt es nicht.

Wirtschaftspolitik und „Geheimnis" der Börsenumsätze

Es ist hier nicht der Ort, das im einzelnen natürlich nicht ganz einfache Problem der Umsatzveröffentlichung an der Börse näher zu erörtern. Aber es bedarf keines besonderen Hinweises, welche Bedeutung es haben würde, wenn die Geheimniskrämerei um die Börsenumsätze verschwinden würde. Gegenüber den Gesichtspunkten, die sich aus der Stellung einer volkswirtschaftlichen Börse im Rahmen nationalsozialistischer Wirtschaftspolitik ergeben, gibt es

Digitized by Google

keine durchschlagende Verteidigung des „Geheimnisses" der Börsenumsätze mehr. Dies erst recht, wenn man sich erinnert, daß eine zum Teil recht weitgehende Veröffentlichung von Börsenumsätzen bereits seit langem in einer Reihe ausländischer Staaten erfolgt. Die vorgebrachten Gegengründe und Einwände sind vorwiegend technischer und privatinteressierter Art.

Der Kapitalmarkt gehört mehr unter den Scheinwerfer der Öffentlichkeit

Daß einzelne Börsen oder einzelne Börsenfirmen aus einer laufenden Veröffentlichung der Börsenumsätze einen Prestigeverlust befürchten, kann nicht als grundsätzlicher Einwand angenommen werden. Wenn von einer solchen Veröffentlichung eine weitere Abwanderung von Kapitalumsätzen von der Börse befürchtet wird, so kann gerade gesagt werden, daß das Lieblingsthema der Börse, die Heranholung der börsenfremden Umsätze, überhaupt erst ernstlich erörtert werden könnte, wenn damit nicht lediglich einige Börsenfirmen und Börsenmakler eine erhöhte Verdienstmöglichkeit (auf Kosten anderer Vermittlungsstellen) erhalten sollten, sondern wenn der ganz Kapitalmarkt mehr in den Scheinwerfer der Öffentlichkeit gerückt würde. Wie ungeheuer wichtig gerade das letztere für eine Kapitalsteuerung ist, braucht gar nicht erst unterstrichen zu werden. Wir tasten auf diesem Gebiete noch so sehr, daß die tatsächlich erzielten Erfolge eigentlich um so höher zu werten sind. Dabei bedeutet größere Kapitalpublizität nicht auch ohne weiteres Veröffentlichung aller Daten im Kapitalverkehr. Es gibt auch da Notwendigkeiten und Möglichkeiten der Diskretion. Aber es ist doch so, daß nicht einmal die nächstinteressierten Stellen Kenntnis von wichtigen Vorgängen haben, also auch auf dem Gebiete der Börsenumsätze (als ein anderer Fall mag der Umfang der Privathypotheken angedeutet werden).

Die volkswirtschaftliche Aufgabe der Börsen und Börsenvorstände

läßt sich jedenfalls noch etwas weitreichender denken, als sie heute praktisch aufgefaßt wird. Sie ist vielfach noch ausschließlich technisch gemeint, wenn z. B. von der Börse darauf verwiesen wird, daß die Kursfestsetzung sorgfältig überwacht werde. Auch bei den Neubesitzanleihen war die Kursfestsetzung technisch sicherlich auf Grund der Überwachung in Ordnung, volkswirtschaftlich aber war sie völlig falsch. Wird nun die Börse gegen „unberechtigte Angriffe" als volkswirtschaftliche Einrichtung in Schutz genommen, so kann sie sich in gegebenen Umständen nicht einfach auf eine technische Verteidigungslinie zurückziehen. Sie kann nicht etwa sagen: alles was an volkswirtschaftlich richtigem Kapitalumsatz durch die Börse läuft, ist ihre volkswirtschaftliche Leistung — alles, was an irgendwelchen Ausschreitungen passiert, geht zu Lasten einzelner Personen, für die die Börse nicht verantwortlich ist. Eine solche Trennung von Gut und Böse ist heute weder praktisch noch grundsätzlich zulässig und möglich. Die Börse als Ganzes ist heute gewiß noch als die Einrichtung von Menschen anzusehen, die in erster Linie privatgeschäftlich am Kapitalumsatz interessiert sind. Die Möglichkeit von Interessenkonflikten ist damit natürlich gegeben, und man sollte davor nicht den Kopf in den Sand stecken. Der Interessenkonflikt allein ist nicht ohne weiteres etwas Schlimmes und Böses, sondern je nachdem, wie er gelöst wird, wird eine volkswirtschaftliche Aufgabe richtig oder falsch verstanden und durchgeführt.

Digitized by Google

Es gibt keinen Reichtum, der von Natur erhalten bleibt, —

Gesamtes Einkommen aus Arbeitsleistung

Einkommen der Bauern, Arbeiter, Angestellten, Beamten, Gewerbetreibenden und der freien Berufe.

Einkommen ohne Arbeitsleistung

Einkommen aus Dividenden, Zinsen, Vermietung und Verpachtung

8,2
Milliarden RM.

Einkommen ohne Arbeitsleistung

Einkommen aus Dividenden, Zinsen, Vermietung und Verpachtung

3,5
Milliarden RM.

er kann nur durch Arbeit erhalten werden!

Digitized by Google

Wehrsteuer — Verwirklichung der Gerechtigkeit

Im Gegensatz zu seinen jüdisch-kapitalistischen Vorgängern, die als „Kapitalisten" die Ausbeutung nach allen „Richtungen der Windrose betrieben und als Marxisten den Kapitalismus anerkannten und nur insofern das beliebte parteipolitische „Bäumchen-Bäumchen-verwechselt-euch"-Spiel spielten, als sie danach trachteten, „daß an Stelle einzelner Priester dieses Aberglaubens eine unpersönliche Kultgemeinde, die kommunistischen Götzenanbeter des Kapitalismus träten", hat der Nationalsozialismus als

grundsätzliche Forderung des Sozialismus

die Gerechtigkeit

aufgestellt. Damit hat er, wirtschaftlich gesehen, der Enteignungswirtschaft des Kapitalismus den Todesstoß versetzt. Dies auch dann, wenn seine Erscheinungen durchaus noch nicht aufgehört haben und in unsere Arbeit hineinfunken.

Als jetzt an einem schönen Sommerabend sämtliche Zeitungen auf der vordersten Seite in großen Schlagzeilen ankündigten „Einführung einer Wehrsteuer", „Wehrsteuer ab 1. September", da gab es auf der Straße teils blasse, teils krebsrote Gesichter, die zu sagen schienen: „Natürlich wieder neue Steuern", obgleich diese Opponenten um jeden Preis leider auch hier wieder — wie Anno 1914 bis 1918 — der sozialistischen Gerechtigkeit entwischt sind; und dann waren da die unendlich vielen anderen, die dachten: Recht so. Das sind die, die ihre Erfahrung bei der Heimkehr im Dezember 1918 nie vergessen werden.

Wie vielen ist es damals geschehen, daß sie ihren Arbeitsplatz und ihren Beruf besetzt fanden von denen, die mit mehr Pfiffigkeit als Charakterstärke „reklamiert" oder noch nicht „gezogen" waren oder sich als besseren Teil der Tapferkeit einem „Heimatschuß" an den Hals geworfen hatten. Wie vielen wurde damals

auf den von Sozen und Kozen besetzten

Arbeitsämtern

deshalb, weil sie an der Front vier Jahre lang eine Charge bekleidet hatten, kurzerhand erklärt: „Geht doch dahin, woher ihr gekommen seid." Wieviele haben es erlebt, daß sie heimkamen — verlaust und verdreckt, zerrissen und verhungert, die „ein Dreck" waren in den Augen jener, die inzwischen vom Abitur bis zum Assessor ihre sämtlichen Prüfungen als „Notexamina" gemacht hatten, den allergrößten Wert auf die Anrede „Herr Doktor" legten und herablassend lächelten über die „Idioten", die sich in ihren Augen an der Front „herumgetrieben" hatten und nun arbeits- und existenzlos in der Heimat herumliefen.

Das war die Gerechtigkeit des Marxismus und der Dank der schwarz-rot-senfenen Schiebergenossenschaft, die sich erfrechte, diese ihre Metzgden als Ideal der Freiheit über die Plätze und Straßen deutscher Städte auszuschreien.

Demgegenüber stehen wir auf dem Standpunkt, den Bernhard Köhler so umschreibt:

> „Wenn wir der Ehre, der Treue, dem Pflichtbewußtsein, dem Glauben, der Anständigkeit, der Wahrhaftigkeit untreu werden sollen, dann sind wir unfrei.
>
> Frei sind wir, wenn wir unserer Pflicht gehorchen dürfen."

Der Nationalsozialismus hat daher auch hier den einzig möglichen

Schritt des gerechten Ausgleiches

getan. Zunächst einen, den der Erhebung der Wehrsteuer. Wer deshalb, weil er nicht mit der Waffe in der Hand dient, seine Berufsausbildung nicht zu unterbrechen oder seine Berufsausübung nicht für zwei Jahre aufzugeben braucht — soll zahlen.

Die, bei denen das Fronterlebnis nicht mit dem Kriegsende aufhörte, sondern bis zum Tode lebendig bleiben wird als Folge der marxistischen Pest, ihre mitkämpfenden und mitleidenden Frauen und

Digitized by Google

Freunde, ihre Kinder und insbesondere ihre Söhne sehen, daß der zähe Kampf all die vielen Jahre hindurch nicht vergeblich war. Sie sehen es jetzt erneut an dem Wehrsteuergesetz.

Nicht nur der Begriff der allgemeinen Wehrpflicht gebietet die Erhebung der Wehrsteuer. Die im Recht auf Arbeit verankerte Forderung des Sozialismus nach Gerechtigkeit gebietet diese Verwirklichung. Fl.

Hohe Gewinne ohne Arbeit

Im Anzeigenteil einer großen deutschen Tageszeitung war kürzlich zu lesen: „Hohe Gewinne können auch Sie aus sicherer Kapitalanlage ohne eigene aktive Tätigkeit erzielen. Besondere Bankrücklagen sichern Kapital und Zinsen und schließen jeden Verlust aus."

Hohe Gewinne ohne eigene aktive Tätigkeit — wir nennen das kurz arbeitsloses Einkommen, dem ja bekanntlich der Nationalsozialismus keine besondere Förderung angedeihen lassen will. Aber man sieht, im Bereiche jüdischen Geistes kann man immer noch als das Höchste anpreisen, nichts zu tun und doch hohe Gewinne aus der Tätigkeit anderer abzuschöpfen; man braucht nur sein Geld mit unbedingter Risikosicherung gewissen geschäftstüchtigen (aber wohl mehr spekulativen als arbeitsamen) Leuten zu überlassen, so kann man mitleidig auf alle herabsehen, die sich abplagen, und durch Spazierengehen gute Geschäfte machen.

Es wäre vielleicht interessant, zu erfahren, woher diese hohen Gewinne stammen sollen, und wie hoch sie in Wirklichkeit sein müssen, zumal ja die eigentlichen Gewinnzauberer ganz gewiß auch nicht aus bloßer Nächstenliebe für fremde Kapitalrechnung hohe Gewinne erzielen — erfahrungsgemäß schöpfen diejenigen, die den vollen Topf zuerst erhalten, auch den Rahm ab.

Die Besitzer von Geldmitteln, die sich die Augen ausgucken müssen, um Anlagen mit wesentlich über 4½ v. H. Rendite zu finden, werden sich mit Wonne auf diese Goldgrube stürzen. Wenn sie nur nicht hineinstürzen!

Es ist noch nicht lange her, da hat ein mit seiner Lebensarbeit sehr erfolgreich gewesener Träger eines bekannten Namens auch einmal auf ähnliche Lockungen hin Gewinne ohne eigene aktive Tätigkeit bei angeblich voller Risikosicherung machen wollen; die genaue Höhe der Millionen, die ihm dieser Versuch gekostet hat, ist der Öffentlichkeit schamhaft verschwiegen worden. Nl.

Schon im Jahre 1932
griff ***Bernhard Köhler***

die „verpönte" Rationalisierung

auf und verkündete sie in seiner Schrift „Recht auf Arbeit" als

volkswirtschaftliches Erfordernis ersten Ranges.

Die Durchführung des zweiten Vierjahresplans hat ihm — wie in so vielen Fällen — auch hier wieder Recht gegeben. Heft 16 der „Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP." steht unter dem Leitgedanken

Rationalisierungsfimmel und echte Rationalisierung

Auch dieses Heft kostet nur 15 Pfg. *(halbjährl. Bezugspreis RM. 1,80 einschl. Zustellgebühr). Bestellungen durch den Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf. München 22.*

Parteigenossen! Lest nicht nur für Euren „Hausgebrauch"! Verbreitet die maßgebenden wirtschaftspolitischen Gedankengänge der Partei und werbt für die

Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.

Digitized by Google

Die kapitalistische Palavermaschine

In der Vergangenheit — so um die Zeit der berüchtigten Rationalisierungswelle, in der geschäftstüchtige Amerikanisten den Deutschen einflüsterten, sie brauchten nicht mehr zu arbeiten, wenn sie einen gefederten, der „individuellen Körperform angepaßten", nach allen Dimensionen wippenden und sich drehenden, mithin sozusagen „demokratischen" Chefstuhl mit Armlehnen und eine „bilanzsichere" Rechenmaschine ihr eigen nannten, — die gebratenen Tauben würden ihnen freiwillig in die staunend geöffneten Mäuler fliegen, — in dieser Schlaraffenzeit gab es auch schon Aufsichtsratvorsitzende.

Die hielten zwar von dem sichtbaren Maschinenrummel nichts, aber sie erfanden etwas anderes: die Palavermaschine. Wenn der Arbeiter stolz sagt: Schwierigkeiten sind dazu da, überwunden zu werden, so sagt die Palavermaschine, die so gut rechnen kann: die kürzeste Verbindung zwischen zwei Punkten ist nicht die Gerade. Das ist so: man eile von „Konferenz" zu „Konferenz", man „spanne, wo es etwas zu verdienen gibt", man ziehe die Beziehungsstrippe, man lasse sich immer feste „wählen und ernennen", man sei „der Mann, der zu (ge)brauchen ist", man wisse nur, „wie man's macht" und man wird staunen: dies „Wissen ist Macht".

Der Herr Aufsichtsratvorsitzende arbeitet mit diesem Wissen: ein sechzigjähriger leitender Angestellter, der wohl kaum mehr eine neue Stellung findet, wird „in beiderseitigem Einvernehmen" entlassen. Seine Abfindungsansprüche werden teils bar bezahlt, teils in Form eines Verkaufsauftrages eines der schiefliegenden Firma gehörenden Aktienpaketes „befriedigt". Das Aktienpaket ist zwar „zur Zeit nicht greifbar", weil ein kleines Prozeßchen mit der ausgebenden Aktiengesellschaft schwebt, aber, sagt der Aufsichtsratvorsitzende, das kommt in Ordnung und dann — —.

Ja dann begibt sich der Aufsichtsratvorsitzende zu seiner schiefliegenden Firma und eröffnet dem Vorstande, daß er persönlich die Aktien verkaufen werde; niemand anderer dürfe sich um den Verkauf kümmern.

Der Prozeß zwischen der die Aktien ausgebenden und der schiefliegenden Aktiengesellschaft wird eines Tages zugunsten der letzteren entschieden. Der frühere leitende Angestellte begibt sich zu dem Aufsichtsratvorsitzenden und bittet um nunmehr schriftlichen Auftrag zum Verkauf der Aktien durch ihn persönlich, wie vereinbart. Jawohl, morgen.

Inzwischen hat der Herr Aufsichtsratvorsitzende schon längst mit seinem Freunde, dem Rechtsanwalt Sowieso, den Verkauf in die Wege geleitet. Und als „morgen" der frühere Angestellte kommt, um sich den Auftragbrief abzuholen, sagt der Herr Aufsichtsratvorsitzende: hier — aber meine Unterschrift ist so schlecht geraten, ich schreib ihn noch mal. Mein lieber R., komme doch morgen wieder und hol' ihn dir ab.

An diesem Tage verkauft der Herr Vorsitzende mit seinem Freunde, dem Rechtsanwalt, das Aktienpaket und läßt an sich persönlich — nach „freundschaftlichen" Verhandlungen mit seiner schiefliegenden Aktiengesellschaft — bare RM. 25 000,— (etwa 5 v. H. des Verkaufspreises) als — — Provision zahlen.

Als „mein lieber R." am nächsten „morgen" erscheint, sagt der Herr Aufsichtsratvorsitzende: die Aktien sind „leider" schon verkauft.

Aber — — das hat natürlich, weil erst im Jahre 1936 geschehen, mit den typisch kapitalistischen Methoden „gar nichts" zu tun. Es ist frei nach einem englischen Kriminalroman — nur die Methode der „Männer, die im Keller husten"; und es scheint ziemlich viele — — Keller zu geben. Sl.

Miniaturpolitiker

Wenn man heute verschiedene Wirtschaftszeitungen und Zeitschriften durchblättert, könnte man fast auf den Gedanken kommen, in Deutschland herrsche die Parole: jeder sein eigener Politiker. Da wimmelt es von Ausdrücken, wie Einzelhandelspolitik, Großhandelspolitik, Wohnungspolitik, Mietpreispolitik, Mieterschutzpolitik, Produktionspolitik, Verbrauchspolitik, Konjunkturpolitik und weiß Gott was sonst noch für Politik. Es kommt sogar vor, daß man, nachdem man eine ganze Musterſammlung dieſer Worte

Digitized by Google

gebracht hat, zum Schluß noch liebenswürdigerweise an die Wirtschaftspolitik denkt, und sie ans Ende hinsetzt.

Man weiß wirklich nicht, ob man diese Miniaturpolitiker als traurige Überbleibsel einer längst vergangenen Zeit oder als arme zu spät Geborene bedauern soll.

Wenn jemand mit derartigen Vokabeln um sich wirft, so beweist er damit nur, daß er sich nicht im mindesten darüber klar ist, was Politik überhaupt bedeutet. Politik wird in Deutschland heute nicht mehr von einer Mittelstandspartei, Grundbesitzerpartei, Mieterpartei, Wirtschaftspartei usw. betrieben, sondern einzig und allein vom Führer. Und darum gibt es auch heute keine Mittelstandspolitik, keine Grundbesitzerpolitik, keine Einzelhandelspolitik mehr, sondern nur eine Wirtschaftspolitik des Führers.

Wenn in den verschiedenen Wirtschaftsgebieten und Wirtschaftszweigen der Nationalsozialismus entscheidenden Einfluß genommen hat, so ist das nichts anderes als die logische Folge der Wirtschaftspolitik des Führers und hat nicht das mindeste mit irgendwelcher sonstigen „Politik" zu tun. Es handelt sich bei dieser „Gattung" meist um rein wirtschaftstechnische Maßnahmen mit mehr oder weniger sauberem Hintergrund, die mit dem Wort Politik getarnt, die ohnehin schon herrschende Begriffsverwirrung in wirtschaftlichen Dingen noch weiter fördern, und bei den „Gatterichen" häufig um die geliebte Reaktion, die sich auf dieses „ungefährliche" Gebiet zurückgezogen hat. Man lege ihr das Handwerk. Hlz.

Auch ein — Verbilligungsrezept

Es gibt noch deutsche Angestellte, die in jüdischen Geschäften arbeiten müssen, um ihre Frauen und Kinder zu ernähren. Es soll dort auch Angestellte geben, die noch lange nicht alles mitmachen, was die Juden verlangen, ja, die solchermaßen sogar, wie der Jude zu behaupten die Stirne hat, „die deutsche Volkswirtschaft schädigen" und „die Gefolgschaft gefährden", beispielsweise dadurch, daß sie, wenn der Jude das dringende Bedürfnis fühlt, ein Geschäft im Ausland zu eröffnen, durchaus nicht ohne weiteres ihre Unterschrift dazu hergeben.

Solche Angestellten sind unbequem und sie sind — „zu teuer", weil sie nicht einsehen, daß die kapitalistische These der Abhängigkeit der Arbeit vom Wunsch und Willen des Kapitalisten „natürlich fälschlicherweise" vom Nationalsozialismus umgestoßen worden ist. Solche nationalsozialistische — Gott, wie schrecklich — Fanatiker, die nicht bei theoretischen Erörterungen hängen bleiben und nicht in Anbetracht des beliebten, mit Rekordschnelligkeit höher gehängten Brotkorbes kapitulieren, sondern das nationalsozialistische Wollen in die Tat umsetzen, schmeißt der Jude kurzerhand raus.

Folge natürlich Klage des Betroffenen. Dieser „Frechheit" begegnet man mit tausend Winkelzügen der Verschleppung der Termine, mit erlogenen und verstümmelten Schriftsätzen, wobei nicht selten auch arische Rechtswahrer einen geradezu orientalischen Phantasiereichtum an den Tag legen. Der Angestellte muß mürbe gemacht werden, und das nicht nur materiell.

Der Angestellte sucht und findet infolge des Mangels an Arbeitskräften inzwischen eine andere Stellung, sagen wir eine Stellung, in der er auf den Pfennig genau so bezahlt wird wie bei dem Juden. In diesem Augenblick wird die Szene zum Tribunal der Überraschungen.

Der Anwalt des Angestellten „belehrt" ihn, daß er sich im Falle des Obsiegens den Verdienst aus seiner neuen Stellung während der Dauer des Vertrages mit dem Juden auf die Ansprüche, die er an den Juden hat, anrechnen lassen muß. Das heißt z. B. RM. 500,— weniger RM. 500,— = RM. 0,—, womit dem auch heute noch bestehenden römischen Recht zu Nutz und Frommen des Juden mal wieder zum Siege verholfen wäre. Billiger gehts nimmer, einfacher kann man sich keinem Vertrage entziehen, und hat den Vorzug, daß man mit dieser Methode alles machen kann.

Jetzt möchten wir nur noch eins wissen: wenn der Angestellte in seiner neuen Stellung nun RM. 1000,— verdienen würde — wir würden uns nicht wundern, wenn er an den Juden noch RM. 500,— monatlich herauszahlen müßte; das wäre wenigstens konsequent und

Digitized by Google

logisch. Es hat den Anschein, als ob doch noch einiges zu tun übrig geblieben ist — auch im Rechtsleben. Fl.

Die antikapitalistische Propaganda

Die Tatsache, daß der Gegner, vorne rausgeworfen, versucht, durch die Hintertüre wieder hineinzuschlüpfen, wird bei einer Neuordnung eine sich stets wiederholende Gefahr bleiben. Es hätte wirklich nicht des Einsatzes der wirtschaftspolitischen Truppe bedurft, um den Kapitalismus zu beseitigen, wenn er auf den ersten Anhieb mit der Machtergreifung bereits erledigt gewesen wäre, und wir hätten uns die Revolution zur Durchsetzung des deutschen Sozialismus ersparen können.

Wer trifft nicht Volksgenossen, die noch immer der Finanzierung der Arbeitsbeschaffung argwöhnisch gegenüberstehen. Und es ist tatsächlich notwendig, um ihnen den

Grundsatz „Arbeit schafft Kapital"

klarzumachen, bei Adam und Eva anzufangen, denen auch keine Hypothekenbank zur Verfügung stand. Es gilt, den Menschen herauszureißen aus einer Atmosphäre, in der der Profit immer noch groß geschrieben steht. Die Menschen müssen lernen, das wirtschaftliche Leben unter dem Blickwinkel Arbeit zu sehen.

Wenn auch allgemein die gröbsten kapitalistischen Vorstellungen auf Grund einer unermüdlichen einheitlich gelenkten Propaganda vor allem von seiten der wirtschaftspolitischen Truppe beseitigt sind, so dürfen wir auf keinen Fall die Schlacken übersehen, die immer wieder die Ansatzpunkte für eine neue Infektion bilden.

Kapitalistische Parolen kommen nunmehr auf Zehen geschlichen,

denn man hat eben erfahren, daß die einzelnen Volksgenossen durch eine erfolgreiche Aufklärung hellhörig geworden sind. Zahlreich sind die Kanäle, durch die die alten Auffassungen im neuen Mäntelchen und mit neuen Namen wieder eingeschmuggelt werden.

Wenn erst das allgemeine Gerede von der Konjunktur, das auf einen baldigen Abschwung hinweisen sollte, dazu diente, um sich zugunsten der Rücklagen von sozialen Forderungen zu drücken, so finden wir jetzt ähnliche Argumente bezüglich des Vierjahresplans, dessen beträchtlicher Kapitalaufwand vorgeschoben wird. Man verschweigt dabei natürlich geflissentlich, daß die Steigerung der Leistung durch Arbeitsfreude einen wesentlichen Faktor für den Erfolg darstellt, auch im neuen Vierjahresplan. Diese Nummer der Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. bringt ja noch eine Reihe ähnlicher Beispiele, die zeigen,

wie nationalsozialistische Forderungen nur allzu gerne für kapitalistische Zwecke mißbraucht werden.

Wir haben in Heft 13 gezeigt, wie groß die Gefahr der Begriffsverfälschung ist, und welche erstaunliche Fülle der „Ausdeutungen" sich da ergeben. Jüdische Taktik versucht immer wieder, falsche Vorstellungen zu erwecken, und wir müssen eifersüchtig darüber wachen, daß all diese Versuche bereits im Keim erstickt werden.

Unt.

Übersehen Sie nicht

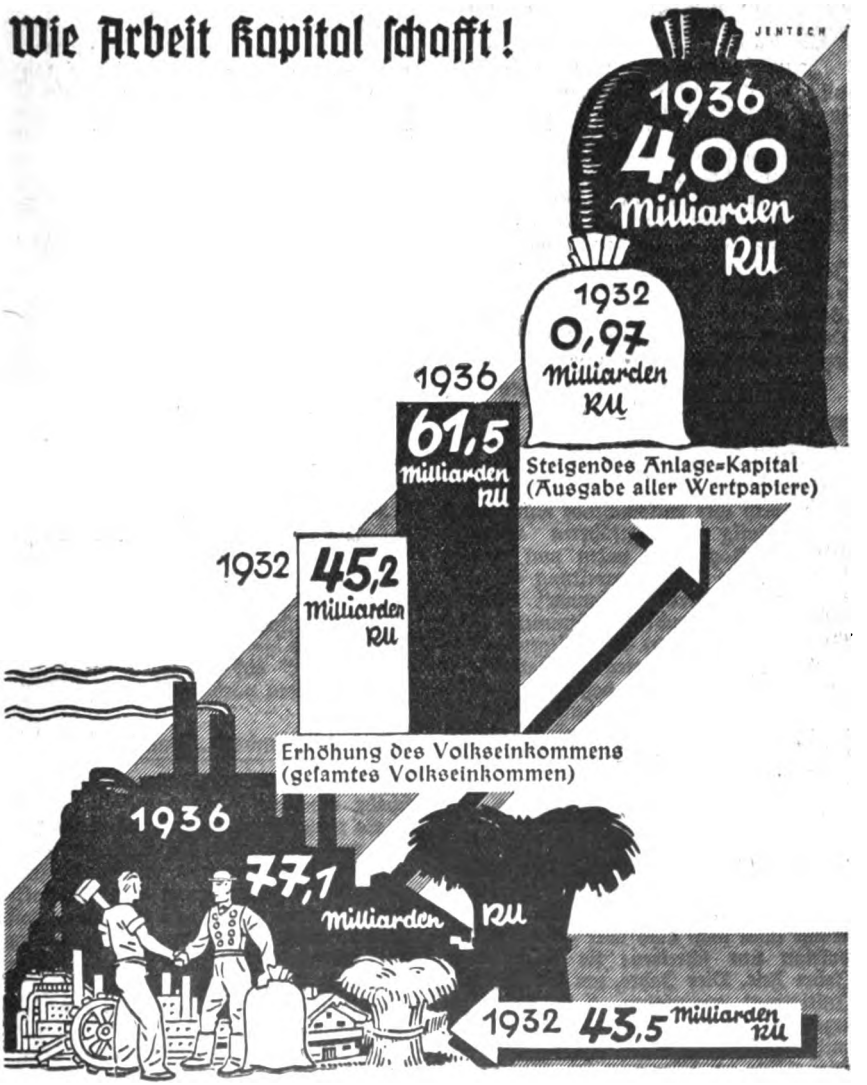
die Drucksache, die diesem Heft beiliegt! Wir wollen es Ihnen leicht machen, für unsere Zeitschrift zu werben.

Schreiben Sie uns auf beiliegende Karte die Namen und Anschriften einiger Parteigenossen oder sonst bezugsberechtigten Kameraden auf, denen wir Probehefte der „Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP." zusenden sollen. Bestellungen, die auf Grund Ihrer Empfehlung dann bei uns eingehen, schreiben wir Ihnen bei der kommenden großen Werbeprämienaktion gut!

Wer die „Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP." verbreiten hilft, leistet wirksame wirtschaftspolitische Propaganda.

Einzelpreis nur 15 Pfennige!

Digitized by Google



Produktionssteigerung (Wert der industriellen u. landwirtschaftlichen Erzeugnisse)

Digitized by Google

Eisen bricht Not!

„Alles, was uns fehlt, und alles, was wir besitzen, kann nicht nur, sondern muß erarbeitet werden, sowie Arbeitskräfte frei geworden sind. Hier, in der Verkennung dieses Tatbestandes, liegt die schlimmste wirtschaftliche Unvernunft, die durch Rationalisierung der Volkswirtschaft zu überwinden war und sein wird."

Es ist, als wenn dieser, zweieinhalb Jahre zurückliegende Ausspruch Bernhard Köhlers bei der durch den Beauftragten für den Vierjahresplan, Parteigenossen Hermann Göring, jetzt vorgenommenen Lösung

der deutschen Eisenfrage Pate

gestanden hätte.

Mögen die sich in „—ismen" ergehenden wirtschaftspolitischen Gegenfüßler der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik in ihrer durch ihre entsprechende Einstellung zwangsläufig herbeigeführten Haltung mit dem Kopf nach unten nun wieder laut über die neue Ausweitung des angeblichen „Interventionismus" klagen, wir lassen sie auch noch jammern über die (ebenso angeblich) darin liegende „Beschränkung der privaten Initiative".

Es ist nämlich so, daß diese „weise Beschränkung" durchaus dem entspricht, was sie uns in der Kampfzeit immer wieder vorhielten gegenüber unserer „Maßlosigkeit", dies

„In der Beschränkung zeigt sich der Meister".

Der Unterschied liegt nur in der praktischen Nutzanwendung. Wie bei dem jüngsten Handstreich gegen die entartete Kunst kann man auch über die Eisenproduktion nur schreiben: sie hakten vier Jahre Zeit. Vier Jahre, um die „private Initiative" auszutoben, d. h. Eisen zu erzeugen und — zu liefern. Statt dessen mehrten sich ungemessen die Klagen, daß kein Eisen zu bekommen sei. Sie ließen das Eisenerz ungefördert, obwohl es im Boden lag. Und wir meinen, in der Tatsache, daß sie das besonders benötigte Rundeisen nicht erzeugten zugunsten des Stabeisens, einen Parallelvorgang kapitalistischer Art mit dem gleichen Hintergrunde zu erblicken, wie in der an anderer Stelle dieses Heftes geschilderten der Lieferungsverweigerung wegen „zu kleiner" Auftragsmengen. Hier steht die „eiserne" privatwirtschaftliche Auffassung der eisern volkswirtschaftlichen des Nationalsozialismus einigermaßen unangebracht gegenüber.

Kann man es der Führung des Volkes verdenken, wenn sie unter solchen Umständen auf das von Bernhard Köhler schon im Juli 1932 im „Recht auf Arbeit" klar und eindeutig auseinandergesetzte Obereigentum des Volkes zurückgreift?

Die „Anti-Interventionisten"

sollen die wirtschaftspolitischen Gedankengänge des Nationalsozialismus eifriger studieren. Sie glauben anscheinend, daß das Recht auf Arbeit mit der Beseitigung der Arbeitslosigkeit erschöpft sei. Ein Blick in Bernhard Köhlers erwähnte Schrift, die nur einen Druckbogen umfaßt und sage und schreibe 20 Pfennige kostet, würde sie eines Besseren belehren und — vielleicht? — der „Privatinitiative" auf die Strümpfe helfen. Eine bescheiden vorbeugende Empfehlung, damit sich

auch andere „Branchen"

beizeiten auf die hochsommerlichen Badeschuhe machen.

Es muß einmal ausgesprochen werden, daß uns nicht nur die Tatsache freut, daß mit der nunmehr staatlichen Führung der Eisenerzeugung das Rohstoffproblem Eisen gelöst ist; denn man soll wirklich nicht immer und zuerst nur an das materiell Greifbare denken. Mindestens ebenso wichtig, und zwar von der ideellen Seite her, erscheint uns die weitere Tatsache, daß mit diesem einen einzigen Fall — neben einem zarten Wink in Richtung Leistungswettbewerb — der verdammten hintergründigen Methode, die niemand zu sehen schien, endlich einmal wieder der Standpunkt handgreiflich klar gemacht worden ist. Gerade das wird

Digitized by Google

seine ideelle wirtschaftspolitische Wirkung nicht verfehlen und damit der materiellen auf noch ganz anderen Gebieten dienlich sein — — bis zum nächstenmal. Fl.

Alle helfen mit

Das ganze deutsche Volk nimmt in höchst erfreulicher Weise an dem großen Werk des Vierjahresplans Anteil. Allenthalben kommen aus den Gauen Mitteilungen, wie groß das allgemeine Interesse und darüber hinaus auch die aktive Mitarbeit ist.

Auch die geistige Mitarbeit aller Teile des Volkes ist rege. So konnte z. B. kürzlich beim Vortragsabend des Amtes für deutsche Roh- und Werkstoffe der Chef des Amtes, Oberst Loeb, die Mitteilung machen, daß z. B. von den bisher 2000 beim Amt für deutsche Roh- und Werkstoffe eingegangenen und bearbeiteten Vorschlägen gut 30 v. H. als anregend und 10 v. H. als ausgesprochen wertvoll anerkannt seien.

Groß ist auch das allgemeine Interesse für die Altmaterialsammlung. Es ist z. B. vorgekommen, daß Angehörige der Gliederungen der Bewegung systematisch durch die Gegend gezogen sind und jedes Stückchen Eisen, das irgendwo herumlag, mitnahmen. Die Ergebnisse waren so hervorragend, daß man nur auf möglichst vielfältige Nachahmung hoffen kann.

Andrerseits tauchen aber auch hier und da alle möglichen kleinen und großen Lumpen auf, die sich auf Kosten der Gemeinschaft bereichern oder das große Werk sabotieren. So machen sich z. B. wilde Händler bemerkbar, die sich bei großen Gemeinschaftssammlungen die besten Brocken herausſuchen und dem zugelassenen Altwarenhandel das weniger wertvolle zurücklassen. Aber es kommt auch vor, daß zugelassene Altwarenhändler nur die wertvolleren Materialien mitnehmen, und derjenige, der mit vieler Mühe die Sachen aufgehoben hat, schließlich damit sitzen bleibt, was dann besonders zur Steigerung der Sammelfreudigkeit beitragen soll.

Es dürfte angebracht sein, hier besonders aufzupassen und einigen Zeitgenossen gelegentlich auf etwas nachdrückliche Weise ihre Pflicht vor Augen zu führen. Dies um so mehr, als das deutsche Volk in seiner Gesamtheit erfaßt hat, worum es geht und jeder einzelne die Aufgabe erkannt hat, die für ihn in dem Befehl des Führers liegt:

„In vier Jahren muß Deutschland in all jenen Stoffen vom Ausland gänzlich unabhängig sein, die irgendwie durch die deutschen Fähigkeiten, durch unsere Chemie und Maschinenindustrie sowie durch unseren Bergbau selbst beschafft werden können."

Hlz.

Aktivist sein heißt

keine Phrasen dreschen,

sondern die Dinge klar und sachlich sehen, ohne Zimperlichkeit beim rechten Namen nennen und kämpfen.

Das tun die

Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.

gleichgültig, ob Sie sich mit

den
„Kapitalisten 1937 neuerer Art"
der „Rationalisierung des Spießbürgers"
der „Rationalisierungspropaganda und Maschinenproduktion"
oder mit der Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit befassen.

Jeder Parteigenosse, nicht nur Sie,

will wissen, was die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik will, wie sie handelt und wie sie sich durchsetzt. Geben Sie Ihren Bekannten und Arbeitskameraden das neue Heft der

Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.

in die Hand. Es kostet für jeden neuen Bezieher auch nur 15 Pfennige.

Werben ist auch leisten!

Digitized by Google

Weiter auf diesem Weg!

Wenn wir heute von der Verbilligung der Radio-Apparate und insbesondere der Röhren-Preissenkung hören, erinnern wir uns unwillkürlich all der Widerstände, die der Forderung nach dem volkstümlichen Rundfunkempfänger entgegenstanden, Widerstände, die sich alle aus einem falschen Wirtschaftsdenken ableiteten. Nunmehr ist der Volksempfänger zu einer rein zusätzlichen Produktion geworden und bei vielen Klein-, Mittel- und Großfirmen überhaupt der gesundeste Zweig der Apparateerzeugung.

Die nunmehr durchgeführte Verbilligung

zeigt,

daß die Entwicklung am Rundfunkmarkt in dieser Hinsicht durchaus noch nicht am Ende ist, und daß eine echte Rationalisierung immer eine bedeutende Ausweitung zugunsten der Käufer wie auch der Verkäufer zur Folge haben wird. Die Senkung der Röhrenpreise um durchschnittlich 20 bis 25 v. H., die sich bei den Apparaten in einer Ermäßigung von 5 v. H. auswirkt, wurde ohne Schmälerung der Handelsspanne vorgenommen und stellt daher eine echte Selbstkostenminderung dar, zumal die Röhrenpreise durchaus nicht überhöht waren.

Das Geheimnis liegt in der Beseitigung eines Mißstandes, den der Führer z. B. bei der Automobilindustrie wiederholt gegeißelt hat: der Unzahl von Typen. Durch

ein „Röhrenkeilerjahr"

wird verhindert, daß neue Fabrikate auf den Markt kommen. Man kann also fabrikationstechnisch voll durchgebildete Typen ohne irgendwelche Fabrikationsausfälle erzeugen. Neue Röhrentypen werden künftighin nur dann hergestellt werden, wenn sie tatsächlich einen technischen Fortschritt darstellen. Da nur Röhren, die bereits allgemein Anklang gefunden haben, eine Verbilligung erfahren, ist somit auch eine Lenkung, die der Gesamtentwicklung zugute kommt, eingeleitet worden. Es ist besonders erfreulich, daß diese Rationalisierung noch nicht abgeschlossen ist, wie von zuständiger Stelle versichert wird.

Wir sehen

wie die Verbilligung fortschreitet

und hoffen, daß unsere unermüdliche Propaganda auch weiterhin dafür sorgt, daß die übrigen Wirtschaftsgruppen und Unternehmer diesem obigen Beispiel folgen. Unt.

Die Verpflichtung des Bauern

Für die Sicherung unserer Volksernährung wird es von entscheidender Bedeutung sein, ob es uns auf die Dauer gelingt, einen brauchbaren und einsatzfähigen Landarbeiternachwuchs zu schaffen.

Bis jetzt sind die Aussichten gerade nicht sehr rosig. Von den rund 41 600 zur Verfügung stehenden landwirtschaftlichen Lehrstellen sind noch nicht einmal 6800 besetzt. Der große Teil der deutschen Jugend hat heute keine Lust mehr, seiner Arbeit unter ungünstigen Lebensbedingungen nachzugehen, wie sie bisher für den Landarbeiter herrschten.

Auch im Bauerntum hatte sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten vielfach eine Art kapitalistischer Denkweise durchgesetzt. Der Bauer sah in seinen Hilfskräften oft nicht mehr ihm menschlich gleichberechtigte Mitarbeiter, sondern Lohnsklaven, die gerade gut genug waren, von ihm ausgebeutet zu werden.

Aber nicht genug damit. Es schien in den vergangenen Jahren manchmal so, als wenn es viele Kreise der deutschen Landwirtschaft geradezu darauf abgesehen hätten, ihre Hilfskräfte für immer los zu werden. Wie oft ist es z. B. vorgekommen, daß Bauern ihre Söhne in die Industrie schickten und sie dort so lange arbeiten ließen, bis sie arbeitslosenunterstützungsberechtigt waren, sie dann wieder zu sich auf den Hof nahmen und das „Stempelgeld" einsteckten. Gewiß, es waren nicht alle Bauern so. Aber diejenigen, die sich stets so verhalten haben, wie es sich gehört, haben auch heute im allgemeinen nicht über einen Mangel an Arbeitskräften zu klagen.

Digitized by Google

Unsere gegenwärtigen Schwierigkeiten der Beschaffung der notwendigen Landarbeiter sind mit die Folgen jenes kapitalistischen Denkens, das, wie wir leider feststellen müssen, auch heute noch nicht ganz tot ist. Erst mit der restlosen Überwindung dieses Denkens, und darüber helfen uns auch die schönsten Phrasen und Lobpreisungen über die Landwirtschaft nicht hinweg, werden diese Schwierigkeiten endgültig verschwinden. Erst wenn der deutsche Arbeitsmensch und vor allem die deutsche Jugend wieder das Gefühl haben wird, als Landarbeiter genau so geachtet und genau so berechtigt wie jeder andere schaffende deutsche Mensch zu sein, und wenn vor allen Dingen die notwendigen äußeren Voraussetzungen der Lebenshaltung für diese Gefühle vorhanden sind, wird dieses Problem für uns kein Problem mehr sein. Hlz.

Das Kapital dient der Arbeit

Zur Zeit der Ankündigung der 1. Arbeitsschlacht wie des Vierjahresplans war einer der Haupteinwände die Frage: Wie wollt ihr das alles finanzieren?

Nach dem „Wunder" der reibungslosen Finanzierung der 1. Arbeitsschlacht dürften diejenigen, die unsere Behauptung, „man braucht nur anzufangen zu arbeiten, alles andere findet sich dann", immer noch für „nationalsozialistischen Humbug" hielten, eine zweite Spritze bekommen haben, als der Chef des Amtes für deutsche Roh- und Werkstoffe, Oberst Loeb, kürzlich mitteilte, daß 99 v. H. der bisherigen Unternehmungen im Vierjahresplan privatwirtschaftlich finanziert wurden.

Es ist wirklich so, werte „Fachleute", dieses „allmächtige, gefürchtete und unbeeinflußbare" Kapital, das einst einer der übelsten Faktoren des deutschen Verfalls war, hat sich unter dem politischen Befehl der Staatsführung an die Wirtschaft in den Dienst der Arbeit gestellt und setzt sich für die Finanzierung des Lebenskampfes des deutschen Volkes ein.

Dieses Beispiel zeigt uns wieder, daß sich heute die deutsche Wirtschaft nicht mehr hemmungs- und richtungslos austobt, sondern daß durch politische Aufgabenstellung, wie den Vierjahresplan, privatwirtschaftliches Denken und Handeln seinen Platz und seine Aufgabe innerhalb der Gemeinschaft gefunden hat.

Daß sich aber die deutsche Wirtschaftslage dadurch verschlechtert habe, das werden ja wohl nur Leute behaupten wollen, die sich über die deutsche Wirtschaftspolitik an Hand gewisser Auslandszeitungen zu unterrichten pflegen. Hlz.

Wirtschaftspolitik und Ausland

„Das Ende des Kapitalismus"

Es gehört mit zu den bewährtesten Mitteln der internationalen jüdischen Propaganda, einen neuerstehenden Gegner in der Öffentlichkeit „vorzubelasten" und damit all denen, die sich mit ihm objektiv auseinandersetzen wollen, den Blick zu trüben. Nur so wird es z. B. verständlich, daß jede Maßnahme, die Deutschlands Geschlossenheit dient, und die man bei einem anderen Staat als Selbstverständlichkeit empfindet, als ein Beweis für die

„Kriegslüsternheit des Nationalsozialismus"

ausgewertet wird.

Auf dem Gebiet der Wirtschaft, wo sich nur allzu leicht verschiedene Meinungen gegenüberstehen, erfahren diese „Mißverständnisse" eine besondere Förderung. Die ausländische Presse hat uns gelehrt, wie vielseitig die Auslegungsmöglichkeit des nationalsozialistischen Gedankengutes und seiner Parolen ist. Der Kapitalismus erfreut sich ebenso wie der Sozialismus eines besonderen Interesses und eines besonderen — Mißverstehens. So schreibt *Pertinax* im *Echo de Paris* vom Ende des Kapitalismus in Deutschland, mit der Begründung, daß

Privateigentum nur noch ein theoretischer Begriff sei, denn die tatsächliche Verfügungsgewalt hat der Staat,

Digitized by Google

und weiterhin mit den „Beweisen",

daß der Preisautomatismus ausgeschaltet sei und daß Kapitalinvestitionen nicht nach Maßgabe der zu erwartenden Rentabilität, sondern nach Anweisung von oben erfolgen.

Wir finden hier wieder

die bewußte Gleichstellung von Privateigentum und Kapitalismus,

die gewissen Kreisen sehr gelegen sein muß, denn damit wird der Enteigner, als den wir den Kapitalismus entlarvt haben, zum Verteidiger des Besitzrechtes gestempelt. Daß wir dem Besitzer von Eigentum wieder seine Volksbindung in das Gedächtnis gerufen haben und gewillt sind, den Mißbrauch seines Gutes schärfstens zu ahnden, weil er sich als Glied dieses Volkes auch an dessen Vermögen vergriffen hat, ist nur die Wiederherstellung natürlicher, gesunder Tatsachen. Es klingt nahezu paradox, wenn ein Franzose nach dem Preisautomatismus ruft, während im eigenen Lande die „Schraube" mit allen ihren „erfreulichen" Begleiterscheinungen noch immer nicht ihr Ende gefunden hat.

Kann man sich nun durchaus nicht bequemen, unsere Begriffswelt zu erfassen und sich von der Vorstellung der Identität von Privateigentum und Kapitalismus trennen, so muß man es sich auch gefallen lassen, wenn wir, den Kapitalismus so verstanden, die Vermutung aussprechen, daß Frankreich gemäß seiner jetzigen politischen Entwicklung schneller zu dem verwünschten *Ende des Kapitalismus* führt, als es bei uns der Fall ist, wo eine ständige Vermögensbildung jedem Volksgenossen steigendes Besitzrecht verschafft, und eine autoritäre Volksführung dieses Besitzrecht schützt. Unt.

Man mischt sich ein

Wie weit wir noch von einem neuen Welthandel entfernt sind, und wie gewisse Kreise immer wieder versuchen, teilweise brauchbare Ansätze zu vernichten, konnten wir kürzlich wieder einmal feststellen, als versucht wurde, die guten deutsch-brasilianischen Handelsbeziehungen zu stören.

Es gibt eben Menschen, die mischen sich mit Vorliebe in Dinge ein, die sie nicht das mindeste angehen. Sie leben davon, daß sie einen gegen den andern aufhetzen und ausspielen.

Auch in diesem neuen Störungsmanöver gegen Deutschland sehen wir nichts anderes als

eine Aktion dieser überstaatlichen Macht.

Das Interesse der Vereinigten Staaten von Nordamerika ist durch den deutschen Handel mit Brasilien kaum wesentlich getroffen. Die Situation war 1934 einfach die, daß Brasilien nicht wußte, wohin es mit seinem Kaffee und seiner Baumwolle sollte, daß Deutschland neue Absatzquellen für seine Maschinenproduktion suchte, und daß eben auf dieser Basis beiderseitigen Interesses ein Verrechnungsabkommen erwuchs, das bis heute sehr erfreuliche Ergebnisse zeigte.

In den bewußten amerikanischen Kreisen aber stieg langsam der Haß hoch über dieses Nazi-Deutschland, welches es wagen konnte, ohne gütige Erlaubnis der internationalen Spekulation Welthandel auf einer Grundlage zu treiben, die obendrein allen bisherigen Anschauungen widersprach.

Die amerikanischen Baumwolljuden

wurden neidisch, daß ihnen das schöne Geschäft entgangen war, und daß Deutschland seinen Baumwollbedarf nicht mehr in den Vereinigten Staaten, sondern in Brasilien deckte. Und so fing man denn an, Gift zu spritzen, bis es zu jener amerikanisch-brasilianischen Wirtschaftskonferenz kam, auf der sich Brasilien schließlich verpflichtete, gewisse Grundsätze der brasilianisch-amerikanischen Meistbegünstigung gegen einen Wettbewerb von außen her zu schützen, der unmittelbar durch Regierungen subventioniert wird, d. h. für Brasilien: ihr dürft keine Geschäfte mit Staaten machen, bei denen die Staatsführung und nicht die Wirtschaft kommandiert.

Mit eine der Hauptursachen dieses Kampfes gegen den deutschen Außenhandel dürfte das Bestreben sein, Deutschland in seiner Baumwollversorgung wieder in Abhängigkeit zu diesen „gewissen" amerikanischen Kreisen zu bringen.

Außerordentlich vielsagend ist auch der Vorwurf, der Brasilien im Zusammenhang mit diesen Differenzen gemacht wurde, daß

Digitized by Google

in der Handelsbilanz mit Deutschland kein Saldo für Überweisungen der Emigranten

vorhanden sei. Also daher pfeift der Wind! Die jüdische Solidarität schreckt nicht davor zurück, die Verhältnisse zwischen den Völkern in übelster Weise zu trüben.

Aber auch in Brasilien scheint man schon zu erkennen, was die „Amerikaner" tatsächlich wollen. Einer der führenden brasilianischen Wirtschafter *Souza Dantas* nahm in einem Zeitungsartikel zu den Fragen in sehr erfreulicher Weise Stellung und äußerte unter anderem die Ansicht, der wir uns ganz bescheiden anschließen, daß der gegen die Verrechnung geführte Feldzug nicht auf brasilianischem, sondern auf fremdem Interesse beruht.

Nach neueren Neuyorker Zeitungsmeldungen sieht es so aus, als ob diese „fremden Interessenten" sich in ihren Störungsversuchen überhaupt nicht mehr beruhigen können, und sie jetzt sogar versuchen, ihre wahrscheinlich nichtarischen Riechkolben auch noch in die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Salvador hineinzustecken.

Vielleicht tragen diese Beispiele etwas dazu bei, daß endlich auch einmal die übrige Welt erkennt, wo

die wahren Feinde einer gesunden Weltwirtschaft

sitzen. Nicht das nationalsozialistische Deutschland, nicht die deutsche Wirtschaftspolitik stört den Leistungsaustausch der Völker, sondern einzig und allein die unermüdliche Zerstörungswut und ständige Wühlarbeit jener internationalen Finanzhyänen. Hlz.

Es blüht der „Weizen"

Der Verwaltungsbericht der Suezkanalgesellschaft für das Jahr 1936 weiß uns von der Ausschüttung einer Dividende von 240 v. H. zu erzählen. Dies darf uns jedoch gar nicht überraschen, brachte doch das Jahr 1929 267 v. H. Die Tarife für eine Brutto-Registertonne waren zeitweise so unverschämt, daß namentlich die Schiffe der Australienroute den weiteren Weg um das Kap vorzogen. Daraufhin ließ sich nun die Gesellschaft wieder herbei, eine Gebührensenkung vorzunehmen, um auch diesen Verkehr wieder an sich zu reißen, was ihr tatsächlich gelang.

Es ist eine plumpe Täuschung, wenn man sich anmaßt, bei einer Senkung der Tarifgebühr um 25 Centimes pro Brutto-Registertonne den Verkehr zu fördern, und von einer *„traditionellen Politik"* zu sprechen. Die Beharrlichkeit, mit der die Geldsäcke der Aktionäre gefüllt werden, erkennen wir. Und da wird keine Besserung eintreten bis nicht im Jahre 1909, nach Ablauf der Konzession Ägypten zum Besitzer dieses Kanals wird, nachdem es vorher der Gesellschaft den vollen Kostenpreis im Betrag von 95½ Millionen Franken vergütet hat.

Unt.

Das Werk vierjähriger Arbeit von über 50000 russischen Zwangsarbeitern

ist der Wolga-Don-Kanal. Aber er ist ein Versager. Über sowjetrussische Arbeitsmethoden und Arbeitsergebnisse berichtet das soeben erschienene Heft 2 der

20-Pfennig-Schriften zur Wirtschaftspolitik:

„Pjatiljetka und Vierjahresplan" *von* ***Alf Noll.***

Als Heft 1 ist erschienen:

„Wille zum Welthandel" *von* ***Bernhard Köhler.***

Zu beziehen durch alle Buchhandlungen.

10-Pfennig-Schriften zur Wirtschaftspolitik:

„Sklavenarbeit oder Welthandel?" *von* ***Bernhard Köhler u. a.***

„Sparen heißt nicht Not leiden" *mit Beiträgen von* ***Bernhard Köhler.***

Zu beziehen durch die Gauwirtschaftsberater oder direkt durch den Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München 22.

Digitized by Google

Man studiert die Weltwirtschaft

Der belgische König regt jetzt die Schaffung eines internationalen wirtschaftlichen Studienorgans an, das

universellen, ständigen und unabhängigen Charakter hat, und dessen Aufgaben darin bestehen sollen, die Elemente einer Weltwirtschaftsorganisation und die ständige Anpassung dieser Organisation an den dauernden Wechsel der wirtschaftlichen Faktoren zu studieren. Diese Organisation soll möglichst unabhängig von nationalen Einflüssen sein.

Daß eine solche Institution wohl ein klares Bild von der weltwirtschaftlichen Lage zu entwerfen vermag, wollen wir gar nicht bezweifeln — aber die Entscheidung für das Handeln liegt bei den Politikern. Und hier wird sich zeigen, daß es manchmal vielleicht besser ist, doch von nationalen Einflüssen abhängig zu sein, um auch die vorhandenen Schwierigkeiten zu kennen. Kein Staat wird sich zur Erfüllung empfohlener Lösungen hergeben, wenn er dadurch seine nationalen Interessen gefährdet sieht.

Daher glauben wir, daß auch auf wirtschaftlichem, ebenso wie auf politischem Gebiet, derartige Versuche beim Beginn einer praktischen Arbeit, wenn es gilt, die Erkenntnisse in die Tat umzusetzen, erfolglos bleiben müssen. Der natürliche Weg, alle diese Fragen im Zusammenhang mit den politischen Gegebenheiten von Nation zu Nation zu regeln, dürfte immer der erfolgversprechendste sein. Gerade hier, wo sich Absichten nicht hinter einem internationalen Forum verstecken können, ist der gute Wille am besten zu beurteilen.

Wenn sich das vom belgischen König befürwortete weltwirtschaftliche Studienorgan mit den Fragen der Verteilung der Zahlungsmittel, der internationalen Verteilung der Arbeit im Gleichgewicht zu Industrie und Handel usw. befassen will, so sind die Voraussetzungen wohl günstiger als bei der umfangreichen Wirtschaftsabteilung des Völkerbundes. Wir haben daher nur den Wunsch, daß es nicht derselben Bedeutungslosigkeit verfällt. Unt.

Man lernt, uns einzuschätzen

Den Vorschlag des englischen Bankiers *Arthur Quiness*, der Reichsbank einen größeren Goldkredit privater britischer Kreise zu gewähren unter der Bedingung, daß Deutschland die Devisenkontrolle fallen lasse und an einen Abbau der Handelsschranken gehe, hat auch in ausländischen Kreisen Aufsehen erregt und — Widerspruch gefunden. So schreibt der *Economist:*

Neue Auslandskredite würde Deutschland nur ohne politische und Wirtschaftsbedingungen akzeptieren. Die vom Ausland gestellten Bedingungen sind für Deutschland unannehmbar.

Die unter jüdischem Einfluß stehende *Wiener Wirtschaftswoche* äußert ähnliche Gedankengänge.

In der *Codzienna Gazeta Handlowa*, Warschau, lesen wir:

Kredite, die Deutschland in machtpolitischer Hinsicht schwächen könnten, finden kein Interesse.

Diesen wenigen Zitaten entnehmen wir mit Genugtuung, wie gut man unsere wirtschaftspolitische Haltung schon kennt, wenn man auch zur rechten Zeit immer wieder die notwendigen „Mißverständnisse" auftischt. Der Wille Deutschlands, nie wieder in politische oder wirtschaftliche Abhängigkeit zu geraten, und gar auf Kosten geringer Augenblickserfolge, hat sich allenthalben durchgesetzt.

Wir knüpfen daran die Hoffnung, daß unsere Handelspartner auch werden begreifen lernen, daß sich ein neuer Welthandel zu entwickeln hat, und daß wir selbstverständlicherweise Kaufmann genug sind, um nur an einer Weltwirtschaft teilzunehmen, „wenn sie zu einer Gesundung führt"; denn ebenso, wie wir nicht gewillt sind, uns zum Kulturdünger der Welt herzugeben, haben wir auch nicht die Absicht, das Opfer zu sein, aus dem ein neuer gesunder Welthandel erblühen soll. Unt.

„Was mich amüsiert . . ."

Daß eine verlogene Auslandspropaganda über Deutschland nicht immer ihr Ziel erreicht, wenn sie sich an Leute wendet, die über eigenes Urteilsvermögen verfügen, liegt auf der Hand. Daß unter

Digitized by Google

Umständen sogar das Gegenteil des Erstrebten erreicht werden kann, zeigt eine Glosse eines *Außenseiters* in der *New-Yorker Staatszeitung* vom 28. Juni 1937:

Was mich amüsiert? ...

Wenn die hiesige Presse sich über „Kraft durch Freude"-Fahrten lustig macht und vor einem Filmtheater am Broadway 25 junge Mädels im Kreise herumziehen und im Chorus schreien: „Wir kriegen keine Ferien!" ... Wenn ich in der Zeitung von angeblichem Nahrungsmittelmangel in Deutschland lese, als ob drüben Hungersnot ausgebrochen sei... und dann auf dem Wege von der Redaktion nach Hause siebenmal angebettelt werde... Was mich aber täglich aufs neue verwundert, ist, daß sie in Deutschland nicht längst schon alle betteln gehen.

Eine erfrischende Gegenüberstellung. Ob allerdings diejenigen, die es angeht, davon Kenntnis nehmen wollen, müssen wir sehr bezweifeln. Ge.

Querschnitt durch das Schrifttum

Marxismus und Kapitalismus in einer Front

Ottokar Lorenz: „Karl Marx und der Kapitalismus". Schriften des Reichsinstituts für Geschichte des neuen Deutschland. Hanseatische Verlagsanstalt, Hamburg 1937, 138 S., Reichsmark 4,80.

An Hand eines eingehenden Quellenstudiums deckt der Verfasser hier das Gemeinsame auf, was den Marxismus und den Kapitalismus verbindet: die Frontstellung gegen die Mächte der Tradition und einer arteigenen Kultur, für die Ehre, Freiheit und soldatische Tugenden noch hohe Werte waren.

Es wird zunächst auf Grund der Schriften von Marx und Engels gezeigt, daß diese Väter des Klassenkampfgedankens selbst keine klare Begriffsbestimmung der gesellschaftlichen Klasse geben können. Schon daraus ergibt sich, daß diese Lehre, die nur aus dem volksfremden Geiste eines Juden geboren werden konnte, eine künstliche Konstruktion ist, die der lebensvollen Wirklichkeit und der biologischen Einheit des Volkes Gewalt antut.

Sehr aufschlußreich sind die angeführten Zitate, aus denen hervorgeht, daß der Marxismus sogar offen den Kapitalismus gefördert hat, wenn es seinem Ziele, der Revolution an sich, förderlich war. Es ging den Hintermännern des Klassenkampfes nicht darum, das Los des deutschen Arbeiters zu verbessern, sondern auf den Trümmern der Nationen die jüdische Weltherrschaft zu errichten. Ue.

Judentum und Wettbewerb

Dr. Otto Rilk: „Judentum und Wettbewerb". Deutscher Rechtsverlag, Berlin 1937, 28 S. (Heft 9 von: „Das Judentum in der Rechtswissenschaft"), RM. 1,50.

Der Verfasser zeigt in sehr anschaulicher Weise, wie die Juden es verstanden haben, den Begriff des Wettbewerbs völlig umzufälschen. Während nach unserer Auffassung der Wettbewerb nur ein Mittel dazu ist, die Leistungen zu steigern, dient die jüdische Reklame ausschließlich dazu, den eigenen Geldbeutel zu füllen.

Wie die Juden es verstanden haben, ihre Auffassung im Rechtsleben durchzusetzen, dafür folgende Beispiele: Der Entwurf des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb wurde von einer Kommission des Reichstags beraten, die zu ein Viertel aus Juden bestand (!). Die Juden begnügten sich aber nicht damit, maßgebenden Einfluß auf die Formulierung dieses wichtigen Gesetzes gewonnen zu haben, ihre Anstrengungen richteten sich in der Folgezeit darauf, daß dieses Gesetz auch so ausgelegt wurde, wie es den jüdischen Zwecken dienlich erschien. Die Juden sorgten daher dafür, daß nur jüdische Kommentare zu diesem Gesetz benutzt wurden, und sie erreichten es auch, daß ihre Kommentare zu den herrschenden wurden. Daß dies auch wieder mit Mitteln des jüdischen „Wettbewerbs" geschah, versteht sich von selbst. Ge.

Digitized by Google

Wie war es doch vor 1933 . . .

Alfred Rosenberg: „Kampf um die Macht". Zentralverlag der NSDAP., München 1937, 795 S., geb. RM. 6,00.

Einer der ältesten und engsten Mitarbeiter von Reichsleiter Alfred Rosenberg, der Parteigenosse Thilo von Trotha, hat eine Zusammenstellung von annähernd 200 Aufsätzen des Reichsleiters aus der Zeit von 1921 bis 1932 vorgenommen. Jeder dieser Aufsätze ist ein Kapitel zur deutschen Geschichte jener Zeit. Da tauchen, genannt und ungenannt, alle Gegner der deutschen Erneuerungsbewegung auf.

Dieses Werk wird dem wirtschaftspolitisch Tätigen auch viel Anschauungsmaterial für seinen Kampf gegen das jüdisch-kapitalistisch-marxistische Denken in wirtschaftlichen Angelegenheiten geben.

Insbesondere sehen wir auch Alfred Rosenberg die ganzen Jahre hindurch als unermüdlichen Kämpfer gegen den Bolschewismus und gegen das Judentum.

Das Buch wird allen, die jene Zeit mit wachen Augen miterlebt haben, viele Erinnerungen, aber auch viele nicht so bekannte Aufschlüsse vermitteln. Sch.

Ein Buch über den Reichsnährstand

Dr. Hermann Reischle und Dr. Wilhelm Saure: „Der Reichsnährstand. Aufbau, Aufgaben und Bedeutung." Reichsnährstands-Verlags Ges. m. b. H., Berlin SW. 11, 2. Auflage, 1936, 373 S., RM. 8,—.

In der 2. Auflage des Buches sind die organisatorischen Änderungen berücksichtigt, die seit dem Erscheinen der 1. Auflage durchgeführt worden sind. Das Buch hat insbesondere durch die neue Darstellung der Aufgaben der Reichshauptabteilungen I und II eine Erweiterung erfahren. In einem Geleitwort stellt Reichsbauernführer und Reichsminister Darré die Bedeutung des Reichsnährstandsgesetzes für den deutschen Bauern, der dadurch von der Herrschaft des jüdischen Kapitals befreit wird, heraus und würdigt die Verdienste des Nationalökonomen Ruhland, auf dessen Ideen das neue Gesetz aufbaut.

Im Teil I des Buches gibt Ministerialdirektor Dr. Wilhelm Saure eine eingehende Darstellung des organisatorischen Aufbaues des Reichsnährstandes, während seine Aufgaben im II. Teil von Dr. Hermann Reischle behandelt werden.

Das klar und flüssig geschriebene Buch, dessen Text durch anschauliche bildliche Darstellungen ergänzt wird, ist in besonderem Maße geeignet, über Aufbau und Aufgaben des Reichsnährstandes zu unterrichten. Ue.

NACHRUF

Parteigenosse

HANNS CZEKALLA

Diplom-Kaufmann, Kreiswirtschaftsberater im Gau Schlesien der NSDAP., ist am 23. Juli 1937 in seinen geliebten Bergen einem Herzschlag erlegen.

Pflichtbewußtsein und Kameradschaft zeichneten diesen eifrigen Kämpfer der nationalsozialistischen Idee aus, der nun von uns so unerwartet im Alter von 46 Jahren abberufen wurde.

Mit ihm verlieren wir einen geschätzten Mitarbeiter unserer Zeitschrift und des Zentrallektorates für das wirtschaftspolitische Schrifttum.

München, im Juli 1937

Udo Pfriemer

Verantwortlich für die Gesamtgestaltung der Zeitschrift: Udo Pfriemer / Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Carl Klubme / Verantwortlich für die Werbung: Rudolf Schmidt / Sämtlich: München 43, Karlstraße 24 / Nachdruck auch auszugsweise nicht gestattet, es sei denn, daß eine ausdrückliche vorherige Genehmigung der Schriftleitung erteilt ist. / Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Nur durch die Dienststellen der NSDAP. / Erscheinen: Zweimal im Monat / Halbjährlicher Bezugspreis RM. 3.80 einschl. Zustellgebühr / Preis des einzelnen Heftes: 35 Pfennig.

Digitized by Google

Mitteilungen der Kommission für

Wirtschaftspolitik der NSDAP

Heft 16 Jahrgang 2

Nachdruck - auch auszugsweise - nicht gestattet!

HC
286.3
.A1
N28

v. 2
no. 16

Der Führer im Jahre 1932

Die Rationalisierung der Wirtschaft führt, vom Beginn der Rationalisierung der Grundwirtschaft angefangen, zu einer Einsparung der menschlichen Arbeitskraft, eine Einsparung, die nur dann nützlich ist, wenn die eingesparten Kräfte ohne weiteres wieder in neue Wirtschaftszweige überführt werden können.

Aus dem Inhalt:

Karl Lange:
Rationalisierungspropaganda und Maschinenproduktion

Hans-Otto Karl
Vernünftige Gestaltung der Arbeit

Carl Fluhme:
Rationalisierungsfimmel und echte Rationalisierung

Hans Unterberger:
Magenfrage oder Leistungsproblem?

Verlustvermeidung - ein Grundgedanke der Rationalisierung

20. August 1937

Zentralverlag der NSDAP.

UNIV. OF MICH. LIBRARY

Digitized by Google

Karl Lange:

Rationalisierungspropaganda und Maschinenproduktion

Bernhard Köhler, der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik, hat die deutsche Wirtschaft an dieser Stelle, in der Parteipresse sowie in zahlreichen Reden seit langem auf die Notwendigkeit der Rationalisierung und dabei auf einen der wichtigsten Faktoren der Rationalisierung, den Einsatz modernster und leistungsfähigster Maschinen, hingewiesen. Dies geschah weniger, um dadurch die Rentabilität der Unternehmungen zu steigern, als vielmehr, weil es sozialistisch ist, die Leistung der Betriebe und der Gewerbe so zu steigern und zu entwickeln, daß mit Naturnotwendigkeit der Überschuß aus größerem Arbeitsertrag dem Ganzen und damit jedem einzelnen zugutekommt. Bernhard Köhler fordert den Einsatz der Maschine überall da, wo sie vorteilhaft verwandt werden kann, als Voraussetzung für die Steigerung der Lebenshaltung, die wir gerade für diejenigen Volksgenossen erstreben, für die eine solche Steigerung überhaupt erst die Teilnahme an der Kulturhöhe des deutschen Volkes bedeutet.

Notwendigkeit des Maschineneinsatzes

Mehrere Jahre sind jetzt verflossen, seit Bernhard Köhler diese Rationalisierungs- und Maschinenpropaganda begann. Sie wurde seitdem von zahlreichen anderen Stellen, insbesondere der Parteipresse, bereitwilligst aufgenommen und auf breiter Front ins Volk getragen. Die Forderung der Rationalisierung hat Bernhard Köhler immer weit gefaßt, nie auf den Maschineneinsatz beschränkt sehen wollen. Im Gegenteil, er hat immer wieder betont, daß Rationalisierung eine Aktivierung aller Kräfte bedeutet und daher sich nicht auf den Maschineneinsatz beschränken darf.

Aber die Maschine bleibt doch stets ein Kernstück und einer der wichtigsten Faktoren der technischen Rationalisierung der Industrie. Von diesem Gesichtspunkt aus wird es vielleicht interessieren, wenn im folgenden nur diese Seite der Rationalisierung beleuchtet wird. Es ist daher an der Zeit, jetzt einmal zu fragen: welchen Erfolg hat diese Propaganda gehabt? Ist der deutsche Erzeugungsapparat modernisiert worden und bis zu welchem Grade?

Steigerung des Maschineneinsatzes

Eine allgemeine Antwort auf diese Fragen gibt die Entwicklung des Inlandsabsatzes der Maschinenindustrie. Setzt man diesen im Jahre 1933 gleich 100, so hat er in den drei folgenden Jahren 133%, 175%, 204% erreicht. Mit jeder neuen Maschine, die aufgestellt wird, erfolgt aber auch eine Modernisierung des Produktionsapparates, denn jede Maschinenfabrik setzt ihren Ehrgeiz darein, ihre Maschinen fortgesetzt zu vervollkommnen und gerade durch diese Verbesserungen ihre Abnehmer zum Bezug der neuen Typen zu veranlassen. Eine Verdoppelung des Inlandsabsatzes bedeutet eine viel größere Steigerung

Digitized by Google

Gift
R. M. Myers
6-19-61

des Wirkungsgrades der maschinenverbrauchenden Industrie. Denn da alle neuen Maschinen besser und leistungsfähiger sind als diejenigen, an deren Stelle sie treten, ist die deutsche Industrie noch vielfach leistungsfähiger geworden, arbeitet viel „rationeller" als die obigen Zahlen angeben. Auf welche Weise aber diese technische Überholung vorgenommen wurde, davon kann sich der technische Nichtfachmann schwer eine Vorstellung machen. An Hand einiger Beispiele soll dieser die ganze Gütererzeugung aufs stärkste beeinflussende Prozeß anschaulich gemacht werden.

1. Einfachere Maschinenbedienung

Da ist zunächst die von Bernhard Köhler oftmals betonte Notwendigkeit, die Kraft des arbeitenden Menschen so sparsam und wirkungsvoll als möglich einzusetzen. Der Mangel an Facharbeitern zwingt in vielen Industriezweigen dazu, angelernte oder umgeschulte Arbeiter auch dort zu verwenden, wo man früher fast ausschließlich Facharbeiter gebrauchte. Die Knappheit an solchen Facharbeitern hat die Industrie jetzt veranlaßt, die Arbeit z. B. an den komplizierten Werkzeugmaschinen soweit als nur irgend möglich zu vereinfachen.

Die Maschinen werden, wie besonders auf der letzten Leipziger Technischen Messe im Vergleich zum Vorjahre zu erkennen war, in ihren Bedienungsgriffen so übersichtlich und handlich wie möglich gebaut. Der Arbeiter kann, ohne seinen Standort zu verlassen, von dem Bedienungsstand aus, bei dem möglichst alle Bedienungsgriffe zusammengezogen sind, die ganze Arbeit der Maschine genau überwachen. Die Bedienungsgriffe werden ihm sozusagen in die Hand hineingebaut. Nur die Auslösung und Überwachung der ganzen Bewegung erfolgt durch den Arbeiter. Hierdurch wird die Ermüdung verringert, der Arbeiter bleibt frisch, was wiederum zu kleineren Ausschußziffern führt.

Das gleiche läßt sich auf einem anderen Gebiet, bei den Sägewerksmaschinen, beobachten. Früher konnte ein Sägewerksgatter nur am Gatter selbst bedient werden. Heute ist eine regelrechte Fernsteuerung von jedem Punkt des Zuführungsgleises aus für die Stämme möglich. Die den auf einem Wagen liegenden Stamm vorwärtsdrückenden Oberwalzen mußten früher mit Handrädern über den Stamm heruntergelassen werden. Heute senken sich, einmal eingeschaltet, die beiden Oberwalzen automatisch auf den Stamm, der notwendige Druck stellt sich automatisch ein und nach Vollendung ihrer Arbeit heben sich die Walzen automatisch.

2. Besserer Unfallschutz

Neuartige Sicherungen gegen falsche Bedienung schützen Mensch, Maschine und Werkzeug vor Schaden. Weitgehende Anwendung zwangsläufigen Unfallschutzes verhindert Verletzungen. Der Arbeiter kann, wie bei Exzenterpressen, an die Gefahrenzone gar nicht herankommen, weil er etwa während des Laufens der Maschine mit beiden Händen zwei Kontaktknöpfe drücken muß, bei deren Loslassen der Pressenstößel mit dem Schnittstempel sofort stillsteht. Die Maschinen und Werkzeuge werden durch Ausschaltung fehlerhafter Bedienung naturgemäß ebenfalls geschont, so daß sich auf diese Weise auch die durch Reparaturen bedingten Totzeiten verringern ließen.

Digitized by Google

3. Verkürzte Rüstzeiten

In den Arbeitsgängen jeder Maschine gibt es produktive Zeiten — in denen die Werkstücke bearbeitet werden — und unproduktive, in denen die Maschine vorgerichtet, gesäubert, repariert und in denen das Werkstück eingespannt wird. Bei den hohen Arbeitsgeschwindigkeiten unserer modernen, schnellaufenden Werkzeugmaschinen steigt der prozentuale Verlust durch unproduktive Zeiten und damit das Interesse, diese Zeiten soweit als möglich abzukürzen. Bei der Revolverdrehbank hat man die unproduktiven Zeiten dadurch sehr stark verkürzt, daß auch die Einspannung der Werkstücke durch besondere Vorkehrungen, sogenannte Schnellspannfutter (Druckluftspannfutter), zeitlich stark verringert wurde, um sie mit den kurzen Bearbeitungszeiten in Einklang zu bringen.

4. Automatisierung

Sehr wichtig für die Rationalisierung ist die bei zahlreichen Maschinentypen erfolgreich durchgeführte Zusammenziehung mehrerer Arbeitsprozesse in einen. Früher brauchte man zur Herstellung großer Blechteile bis zu zehn Maschinen; das Einrichten dieser Maschinen, der Transport der Arbeitsstücke von einer zur anderen, erforderte sehr viel Zeit. Heute werden z. B. Blechteile in Breitziehpressen in einem Stück und in einem Arbeitsgang gepreßt, wobei allerdings besondere Anforderungen an die Güte des Bleches gestellt werden. Hier ergibt sich eine erhebliche Ersparnis an Arbeitskräften zur Verwendung an anderer Stelle. Für kleinere Blechteile werden schnellaufende Pressen mit über 200 Hüben in der Stunde verwandt. Sie gehören mit den Breitziehpressen zu den wichtigsten Voraussetzungen für billige und rationelle Fertigung in der gesamten blechverarbeitenden Industrie.

5. Quantitative und qualitative Leistungssteigerungen

Auf dem gesamten Maschinengebiet sind in letzter Zeit erhebliche Fortschritte hinsichtlich einer Steigerung des Ausbringens nach Quantität und Qualität festzustellen. Selbstverständlich handelt es sich hier vielfach um die Fortsetzung früherer Arbeiten, so insbesondere bei den zum Teil phantastisch anmutenden Steigerungen der Schnittgeschwindigkeiten der Werkzeugmaschine. Die von gewöhnlichem Werkzeugstahl auf dem rotierenden Werkstück zurückgelegte Strecke beträgt in einer Minute 9 Meter, von Schnellstahl 25 Meter, von Hartmetall jedoch 100—300 Meter pro Minute bei der Bearbeitung von Stählen mittlerer Festigkeit. Entsprechend haben sich die Bearbeitungszeiten für die betreffenden Werkstücke verkürzt. Die Steigerung der Schnittgeschwindigkeit ist in mehrfacher Hinsicht bedeutungsvoll. Die zunehmende Verwendung von Leichtmetallen und auch von nichtmetallischen Werkstoffen z. B. verlangt von den Werkzeugmaschinen sehr hohe Schnittgeschwindigkeiten; davon ist auch die Oberflächengüte abhängig. Es gibt z. B. Holzfräsen, die mit 18 000 Umdrehungen in der Minute laufen und selbst bei minderwertigen Hölzern eine ausgezeichnete Oberflächenbeschaffenheit erzielen. Je größer die Schnittgeschwindigkeit, um so besser kann die Maschine auf den Charakter des Werkstoffes eingestellt werden. Schließlich müssen Maschinen mit hohen Schnittgeschwindigkeiten besonders erschütterungsfrei arbeiten. Das führt zu einer Reihe konstruk-

Digitized by Google

tiver Maßnahmen, die sich besonders auf Anordnung des Antriebsmotors, Ausbildung des Getriebes, erschütterungsfreie Aufstellung der Maschine u. ä. erstrecken. Hohe Schnittgeschwindigkeiten ergeben bei fast allen Werkstoffen bessere Oberflächen, so daß z. B. bei Zylindern für Pumpen, Automobile und andere Verbrennungsmotore die Zeiten für das Einlaufen erheblich verringert werden. Vielfach ist mit der sauberen Oberfläche auch eine größere Haltbarkeit verbunden.

6. Einige Beispiele für Leistungssteigerung aus einem ganz anderen Geschäftszweig

Neue Kakaoveredlermaschinen haben die Verarbeitungszeit von 30 auf 20 Stunden verkürzt und gleichzeitig durch Verbesserung des Arbeitsverfahrens eine bessere Mischung, eine bessere Qualität des Endprodukts und auch eine sparsamere Ausnutzung des Rohkakaos bewirkt. Durch eine Leistungssteigerung von Bonbon-Einwickelmaschinen von etwa 300 Stück auf 650 Stück je Minute können auch billige Bonbons entsprechend den Forderungen der Hygiene und Ästhetik eingewickelt werden. Die neuen Einwickelmaschinen für Schokoladetafeln sparen ein Viertel des früheren Silberpapierbedarfs. Dreihundert fix und fertige Konservendosen werden von einer modernen Konservendosenmaschine pro Minute hergestellt. Zusammen mit Reinigungs- und Zerkleinerungsmaschinen für die Bearbeitung der Lebensmittel haben diese Konservendosenmaschinen die Konserve von der Delikatesse zum Volksnahrungsmittel gemacht.

Rationalisierung, ein dynamischer Prozeß

Die Beispiele ließen sich noch verhundertfachen. Aber wir wollen hier haltmachen. Jedes einzelne Beispiel veranschaulicht den unausgesetzten Vormarsch der Rationalisierung. Denn es handelt sich in jedem einzelnen Falle nicht um einmalige technische Fortschritte, die nun ein für allemal so und nicht anders verwandt werden, sondern um einen fortlaufenden, im besten Sinne dynamischen, Kräfte entfaltenden und auslösenden Entwicklungsprozeß. Seine einzelnen Stufen sind oftmals nur kleinen Ausmaßes, wie etwa die allmählich erfolgende Steigerung der Schnittgeschwindigkeiten der Werkzeugmaschinen. Mit vielen solchen Stufen ist dann aber ebenso wie bei dem ruckartigen Einsatz einer entscheidend großen technischen Neuerung ein Zustand erreicht, der gegen früher vollständig neue Produktionsmöglichkeiten schafft.

Vom nächsten Heft an

erscheinen die Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. unter dem bereits angekündigten Titel

„Die wirtschaftspolitische Parole"

Digitized by Google

Hans-Otto Karl:

Vernünftige Gestaltung der Arbeit

Wir Nationalsozialisten verstehen unter Rationalisierung ganz allgemein „vernünftig gestalten", und wenn wir von Rationalisierung der Wirtschaft sprechen, so wollen wir diese vernünftig gestalten und dabei die unter den jeweils gegebenen Verhältnissen besten Arbeitsmethoden für den Menschen anwenden. Die Nation besitzt in den Hirnen und Händen der Volksgenossen ihr wertvollstes Gut. Deshalb müssen alle Bestrebungen Raum gewinnen, die menschliche Arbeit zu beobachten, ihre Bedingungen und Anforderungen zu untersuchen, die Arbeit an den Menschen und die Menschen an die Arbeit anzupassen. Wir stellen bewußt den Menschen in den Mittelpunkt der Arbeit, fordern Leistungssteigerung und kämpfen gegen Leerlauf und Verschwendung. Wir müssen ihm die Hilfsmittel zur Verfügung stellen, deren er für den rationellen Einsatz seiner Arbeitskraft bedarf. Wie dies geschieht, zeigen wir hier:

Beispiel: Arbeitsdienst

Der deutsche Arbeitsdienst, diese ureigenste Schöpfung des Dritten Reiches, ist auch auf dem Gebiete des planmäßigen Einsatzes der menschlichen Arbeitskraft führend. Für alle Arbeiten des Arbeitsdienstes, die unserem Volke schon einen nicht mehr abzuschätzenden Gewinn eingetragen haben, gilt der Grundsatz, die besten Erfahrungen in der Arbeitsmethode zu verwenden und die Arbeitstechnik ständig zu verbessern. Es kommt hierbei ebenso auf

die richtige Arbeitsausführung

wie auf die richtige Verwendung der jeweils erforderlichen Geräte an. Dieser Leitgedanke steht über der Arbeit des Arbeitsdienstes. In einer breiten Schulungsarbeit wird er allen Führern, die durch die Truppführer- und Feldmeisterschulen gehen (bisher etwa 30 000 Köpfe), durch ein von der Reichsleitung des Reichsarbeitsdienstes mit dem Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit herausgegebenes „Handbuch der Arbeitstechnik" nähergebracht.

In einer Reihe von Bänden, die das Instruktionsmaterial aller Führer für die Arbeit ist, die unserem Arbeitsdienst den Namen gibt, werden kurz, klar und verständlich alle im Arbeitsdienst vorkommenden Arbeiten dargestellt.

Mit den Heften „Arbeits- und Gerätekunde", „Vermessungsarbeiten im Erd- und Kulturbau" und „Erdarbeiten" ist im Verlauf von zwei Jahren

die arbeitstechnische Schulung eines Führerkorps von 30 000 Köpfen

gefördert worden. In ihrer Ausstrahlung auf die Männer im Arbeitsdienst legt diese Schulung den Leistungsgedanken und die richtige Arbeitstechnik im Arbeitsdienst so auf lange Sicht fest.

Digitized by Google

Der Einsatz des Arbeitsdienstes in der Landwirtschaft wird von der Seite der richtigen Arbeitstechnik durch den weiteren Band „Landwirtschaftliche Arbeitstechnik" in vielen Gegenden Deutschlands befruchtend einwirken. Denn in ihm sind

die besten Erfahrungen der mit diesem Gebiet vertrauten Fachleute zusammengetragen.

Sofort kann dort das Richtige getan und dem Falschen gewehrt werden. Immer wird auf diese Weise der Arbeitsdienstführer veranlaßt, im Streben nach Verbesserung den arbeitstechnischen Vorgang bei der Arbeit zu durchdenken und dabei in der ihm anvertrauten deutschen Jugend das Gefühl für den Willen zur Leistung und damit der Ehre in der Arbeit zu wecken.

Der Arbeitsdienst ist hier einer

der Hauptschrittmacher der vernünftigen Gestaltung der Arbeit

und gleichzeitig Vorbild für das Streben nach Verbesserung.

Das Lebensgesetz unseres Volkes zeigt, daß Stillstand Rückgang bedeutet, daß daher in immer besserer Gestaltung der Arbeit und Technik Fortschritt und Aufstieg liegen. Rationalisierung und Arbeitstechnik sind durch den Arbeitsdienst vorbildlich in Gleichschritt gebracht worden.

Carl Fluhme:

Rationalisierungsfimmel und echte Rationalisierung

Schon ein Dutzend Jahre Wirtschaftsgeschehen kann den Charakter zweier Welten enthüllen, kann unmittelbar Beweis für die ihnen zugrunde liegenden Anschauungen werden und zu unausweichlicher Entscheidung für die eine gegen die andere oder für die zweite gegen die erste zwingen.

Herbst 1923. Die Goldmark entsteht aus einem nie zuvor gekannten Billionenwahnsinn. Mit einem Schlage zerplatzen Reichtümer wie Seifenblasen. Der reichste Billionär wird beispielsweise in Hamburg, wo es eine „Hamburger Goldmark" eher gab als die Reichs-Goldmark, in den Läden als armer Schlucker, der Besitzer dagegen von nur fünf Goldmark wie irgendein sagenhafter indischer Maharadscha behandelt. Die Geldmacher aber sehen, daß der Volksbetrug der Inflation nun ausgewirtschaftet hat; man kann sich nicht mehr reich spekulieren in „Sachwerten", die den Eigentümer mit der Tourenzahl des leistungsfähigsten Motors wechseln, wobei man mit jedem Wechsel — auch mit dem quergeschriebenen — Unsummen, und diese eben nicht nur zahlenmäßig gemessen, am wertlosesten Kram „verdiente". Ein neuer „Wurf" ist erforderlich.

Digitized by Google

Amerika — abermals entdeckt

Die Manichäer halten Ausschau und entdecken — Amerika. Die Pflattfußindianer rühren die Reklametrommel. Gewisse Großindustrielle fahren rudelweise über den Ozean, und dieses Dreigespann „startet" die — Rationalisierung, besser gesagt, das, was sie so nannten.

Ford war auf einmal mehr als der Gott der Kaufleute; Rockefeller und Morgan hörten auf den Namen des achten und neunten Weltwunders. Dreiviertel Jahrhundert deutscher Entwicklung zum Industriestaat war mit einem Schlage zum kindischen Gestammel von Nichtskönnern geworden. Arbeiten? Wozu „arbeiten"?

„Erfolg hat nur die Maschine", „Erfolg hat nur der gutgekleidete Herr", „Erfolg hat nur, wer mein Organisationsinstitut benutzt", „10 Gebote für erfolgreiche Kaufleute", — die Erfolgsparolen überschlugen sich wie Hasen bei einer Treibjagd, eine Erfolgsliteratur wuchs in wenigen Monaten zu Himalaja-Höhe, jedes dritte Wort in Zeitungen und Zeitschriften schrie „Erfolg", und in ihren teuer bezahlten Inseratspalten wurde einem millionenmal — irgendwo mußten sie doch geblieben sein — unter diesem Schlagwort entgegengeschrieen:

„Mühelos werden Sie vom Schreibtisch aus reich, wenn Sie - -"

Wenn sie, ja, wenn sie gewußt hätten, daß in Amerika die strukturellen Voraussetzungen jeder Art vollkommen anders lagen als in Deutschland, wenn sie geahnt hätten, daß auch der Erfolg eines Ford in Amerika, dem Wunderlande, dem „Lande Gottes", womit sie wahrscheinlich ihren Jahwe meinten, nur deshalb möglich war, weil er als *erster* von der wirtschaftstechnischen Seite her die ungeheuerlichen Fehler traditionsgebundener kapitalistischer Gewohnheitswirtschaft erkannt hatte und — als *einziger* sofort handelte.

Gelegentlich hört man heute, die „verpönte" Rationalisierung im Deutschland der zwanziger Jahre habe für uns nun doch noch ihr Gutes gehabt aus irgendwelchen sehr sonderbaren Gründen; dem muß mit aller Entschiedenheit widersprochen werden. Denn wenn der *geistige Ausgangspunkt* einer Maßnahme der primitiven Sittlichkeit widerspricht, wenn *die Methode der Verwirklichung* geradezu niederträchtige und zerstörende Folgen zeitigt, und wenn schließlich das Ziel ausschließlich selbstsüchtiger Natur ist zum Schaden des Ganzen, dann gibt es schlechthin keinerlei nachträgliche Rechtfertigung. Das Ziel aber war Bereicherung einiger Weniger auf Kosten des deutschen Arbeiters, wie wir ihn endlich heute gemeinhin verstehen.

Die Methode hieß rücksichtslose Kosten - und Lohneinsparung in die eigene Tasche

Und der geistige Ausgangspunkt war der Ersatz der Kriegs- und Revoltengewinne und der Inflationsräuberei durch ein neues Manöver. Das arbeitende Volk war durchdrungen davon, bettelarm zu sein. Was hielt man ihm hin? Aus genau der gleichen Quelle einmal das politische Würstchen einer sogenannten „sozialen Gerechtigkeit": Weniger Arbeit, mehr Lohn, und dann das andere „wirtschaftliche", das in das Gleichmacher-Versprechen mündete: *Mühelos* könnt ihr reich werden, wenn ihr maschinisiert.

Digitized by Google

Natürlich sah die rauhe Wirklichkeit dann völlig anders aus. Als die Versprechen eingelöst werden mußten, da spannte die „freie Wirtschaft" die Gewerkschaften vor ihren Wagen. Die nationalsozialistische These: „Marxismus und Kapitalismus als Brüder" hat nie einen schlagenderen Beweis gefunden. Als erstes gaben sie ihre Zustimmung zu einem allgemeinen Gehalts- und Lohnabbau, als zweites klebten sie überall Plakate an, daß Wissen Macht sei, daß nur, wer ihre Kurse besuche, die Beiträge und Lehrgeld kosteten, „Anwartschaft" habe, auch mal mehr zu verdienen.

Nur zwei Beispiele,

wie sie aus Armut und Verzweiflung Geld schnitten:

Innerhalb der ersten zwei Jahre der „Rationalisierungswelle" schossen nicht weniger als etwa 70 sogenannte Buchführungs„systeme" aus der Erde, und es dauerte nicht lange, dann erschienen in den Zeitungen und Fachzeitschriften Inserate, in denen Buchhalter gesucht wurden, die ganz bestimmte dieser „Systeme" beherrschen mußten, um Aussicht auf Anstellung zu haben. Dabei handelte es sich überhaupt nicht um Systeme, meistens noch nicht einmal um wesentlich voneinander abweichende Methoden. — Oder:

Es existierte ein bestimmtes Organisationsinstitut,

das „organisierte" Betriebe nach „amerikanischer" Methode, obgleich die Inhaber Amerika nur aus dem Erdkundeunterricht kannten, es veranstaltete gleichzeitig „Lehrkurse" für Unternehmer, für leitende Angestellte, für Buchhalter, für Vertreter, für Sekretärinnen usw. stets des gleichen Inhalts. Es verband damit eine Ausstellung von Büromaschinen, wofür die Fabrikanten hohe Platzmieten und die Kursusteilnehmer Kursusbeiträge zahlen mußten. Die Fabrikanten durften dann in diesen von den Teilnehmern bezahlten Kursen ihre Maschinen vorführen und ihre Konkurrenz schlechtmachen, wenn sie gleichzeitig in der Fachzeitschrift des Instituts inserierten. Der Inserent hatte dazu „eine ganz große Chance". Man gab eine wissenschaftlich aufgemachte Buchserie über „Musterbetriebe" heraus. 10 000 Exemplare mußte das musterbetriebliche Unternehmen für sich selbst im vorhinein abnehmen und — bezahlen. Den Inhalt schrieb es selbst, im Titel aber erschien gelegentlich als Verfasser einer der Institutinhaber. Die so mühe- und kostenlos hergestellten Bücher wurden dann für mehrere Mark im Buchhandel vertrieben. Man vergegenwärtige sich einmal, wieviele Male dieselbe schlechte Sache gut bezahlt wurde!

Diese Art „Kosteneinsparung" wurde überall getrieben.

Rationalisierung war ein einziges großes kapitalistisch-marxistisches Reklameunternehmen,

das unter den erwähnten „psychologischen" Gesichtspunkten die Volksgenossen ausbeutete und aussaugte. Auch die technische „Rationalisierung" erfolgte unter diesem Gesichtswinkel. Man technisierte und mechanisierte nicht, um menschliche Arbeitskraft frei zu bekommen für wertvolleren Arbeitseinsatz, sondern um sie loszuwerden. Wer in jener Zeit mit öffentlichen, halbamtlichen oder privaten „Wirtschaftlichkeits"instituten zu tun gehabt hat, kann ein Lied

Digitized by Google

davon singen, daß jeder Vorschlag, der dem Wahnwitz Einhalt gebot, in Schreibtischschüben und Papierkörben sein Grab fand.

Es ist darüber hinaus durchaus kein Märchen, daß bei den sogenannten Selbstkosten-Analysen das Lohn- und Gehaltskonto die erste Geige spielte. Zu Beginn der „Rationalisierungswelle" war nicht angeblicher Umsatzmangel die Triebfeder der Entlassungen, sondern die Ersparnis an Löhnen und Gehältern, d. h. das „Verdienen" und die Absicht, noch mehr zu

„verdienen" auf Kosten der Existenz unzähliger Arbeiter.

Schon damals konnte einem niemand weismachen, daß es an Bedarf mangele für die erzeugte Ware. Vier Jahre Krieg und seine unmittelbaren Nachwirkungen hatten einen Bedarf hervorgerufen, wie er seit Jahrhunderten keiner Wirtschaft so mühelos in den Schoß fiel. Aber wer damals gegen diese infernalischen Methoden öffentlich auftrat, wurde verlacht, als Laie gebrandmarkt und totgeschwiegen, wenn er der „freien Wirtschaft" zeigte, daß sie den Ast absägte, auf dem sie saß, indem sie die Kaufkraft des Volkes durch die von ihr betriebene kapitalistische „Arbeitsmarktpolitik" untergrub.

In der Zeit von 1926 bis 1929 folgte

dann der Umsatzsimmel.

Man begann zu erwachen, obgleich die angebliche „Konjunktur" noch auf der Höhe stand. Hier feierte die Bedarfsdeckungswirtschaft wahrhafte Orgien von „Logik", „mathematischer" Berechnung und, als alles nichts half, maßlosester Anreißerei „auf psychologischer Grundlage". Aber das „Geschäft" blieb aus.

Man hielt nach einem neuen Manöver Ausschau und, siehe da, die lautesten Rationalisierungsschreier, die mit dem großen Volksbetrug selbst den Rahm abgeschöpft hatten, verkündeten plötzlich: „Das war ja alles Unsinn. Ihr, (das behielten sie für sich — die wir ausgebeutet haben), habt natürlich alles falsch gemacht.

Wir haben es ja schon immer gesagt."

Nie gab es in der deutschen Wirtschaftsgeschichte einen verbrecherischeren Zynismus, und diese sogenannte Wirtschaft war es, die sich nun der Politik als Ablenkungsmanöver in die Arme warf, um ihre Entlarvung durch den Nationalsozialismus mit allen Mitteln zu verhindern. So manchem Unternehmer, der sich heute in Ergebenheit nicht genug tun kann, mögen die Ohren klingen.

Jetzt plötzlich, nachdem man zehn volle Jahre Zeit gehabt hatte, begann man „in Sozialismus zu machen". Man gab mit einemmal vor, den Menschen entdeckt zu haben und klügelte um das Problem „Mensch und Rationalisierung", „Rationalisierung und Arbeitsfreude" usw. herum.

Das Ergebnis war die Gründung von Ausschüssen über Ausschüssen, die so tanzten, wie ihre marxistischen und kapitalistischen Brötchengeber pfiffen, und

das „Rationalisierungsresultat" endete in der Weisheit,

daß die Besetzung eines Arbeitsplatzes so und soviele tausend Mark „verschlinge", während die durchschnittliche Unterstützung eines Erwerbslosen „nur" 500,— RM. koste. Infolgedessen sei es „billiger", nicht arbeiten zu lassen.

Digitized by Google

Wir Nationalsozialisten werden nie vergessen, daß der Führer stets darauf hingewiesen hat, daß hier Flickarbeit à la Brüning nichts tauge, sondern etwas grundsätzlich Neues organisch geschaffen werden müsse.

Wenn die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik von Rationalisierung spricht,

dann macht sie einen Begriff wieder ehrlich, wie es die nationalsozialistische Weltanschauung mit dem Begriff Sozialismus getan hat, dem auch die Rationalisierung zur Verwirklichung zu helfen bestimmt ist.

Die Wirtschaft führt heute kein Eigenleben mehr, sondern sie dient dem ganzen Volk. Diese Tat geistiger Rationalisierung ist ebenso Grundlage wie der Strich durch eine „freie" Wirtschaft, die sich dem Leihkapital versklavt hatte und die Arbeit abhängig machte von der Gnade des Kapitals, in Aktion zu treten oder es zu lassen.

Rationalisierung im Dritten Reich ist deshalb auch keine Angelegenheit eines Luftgebildes Wirtschaft, sondern der Volkswirtschaft, die die Betriebsrationalisierung mit umfaßt.

Darunter verstehen wir aber unter gar keinen Umständen jene

> „Reste kapitalistischer, als auch marxistischer Vorstellungen, die am liebsten aus dem ganzen Volk und seiner Arbeit einen zentralisierten Betrieb machen würden" (Bernhard Köhler).

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik ist durchaus nicht der Ansicht, daß die Volkswirtschaft wie ein Betrieb zu organisieren sei: wohl aber vertritt sie die Meinung, daß sie als ein Betrieb betrachtet werden kann, und daß das, was der Volkswirtschaft frommt, auch dem Einzelbetriebe nützlich ist!

Die Rationalisierung im Dritten Reich ist deshalb

Dienerin der die wirtschaftspolitischen Aufgaben ausführenden Volkswirtschaft;

wie alles andere hat auch die Rationalisierung an ihrem Teil „die materiellen Voraussetzungen" zu schaffen:

> Für die gesunde Lebensführung und die würdige und gesunde Behausung des Volkes, für die Erhaltung und Pflege körperlicher und geistiger Frische, für die Erweiterung des Lebensraumes, für die rassisch Besten, für die Wehrhaftigkeit, für Unterricht, für Bildung, für die Entfaltung der freien Künste, für die äußerliche Kundgebung von Würde und Macht, und vor allem für das ungebrochene Wachstum des Volkes in gesundem, lebensfrohem, stolzem Nachwuchs" (Bernhard Köhler).

Arbeitseinsatz, Maschineneinsatz, Raumordnung, Standortregelung, Nährgutbewirtschaftung, Auflockerung der Städte, Besiedlung, Landeskultur, Verkehrsentwicklung, „Kampf dem Verderb", „Schönheit der Arbeit", „Kraft durch Freude" und alle die vielen anderen Aufgaben, die mit Wirtschaft und richtigem Wirtschaften zusammenhängen, sind gleicherweise und zugleich auch Aufgaben der Rationalisierung. Die Methode des eigennützigen, kapitalistischen und marxistischen Rationalisierungsfimmels ist tot.

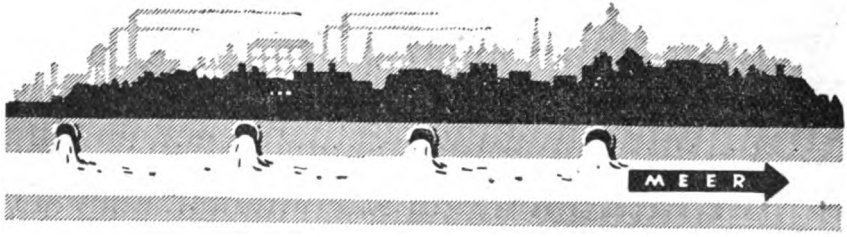
Digitized by Google

Die Tatsache der echten Rationalisierung

als einer Dienerin am großen Werk des Rechtes auf Arbeit, d. h. des Sozialismus, lebt:

„Die Aufgabe der Volkswirtschaft und die Aufgabe ihrer Rationalisierung ist also nicht allein damit umrissen, daß das Volk in einer rationalisierten Wirtschaft besser lebt, sondern daß vor allem immer mehr Arbeitsraum für kommende Geschlechter und ein immer höherer, durch stete Kraftanspannung immer neu erworbener Wohlstand für die Zukunft des Volkes geschaffen wird" (Bernhard Köhler).

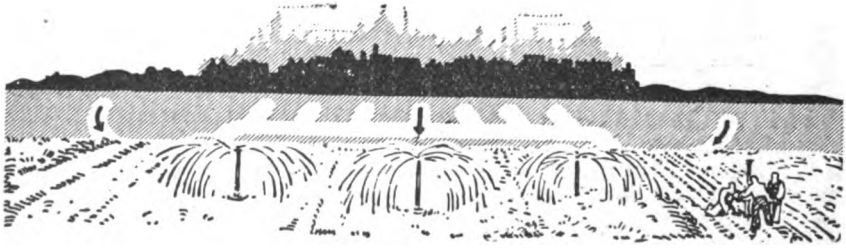
Verlustvermeidung — ein Grundgedanke der Rationalisierung



Wir leisteten uns den Luxus, die wertvollen Abwässer mit hohen Kosten zu klären und dem Meere zuzuführen. Allein in den Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern gehen jährlich auf diese Weise verloren:

57 000 Tonnen Stickstoff = 14,8 v. H.;
93 000 Tonnen Kali = 13,0 v. H.;
35 000 Tonnen Phosphorsäure = 7,6 v. H. des verbrauchten Handelsdüngers 1933/34.

Der Kreislauf der organischen Stoffe, die der Bauer in die Stadt liefert, muß dadurch geschlossen werden, daß wir die wertvollen Abwässer auf einen breiten Gürtel rings um die großen Städte verregnen. Damit schaffen wir ein Land, so ertragreich, wie die fruchtbarsten Böden der Marsch. Wo.



Digitized by Google

Hans Unterberger:

Magenfrage oder Leistungsproblem?

Seit dem Reichsparteitag der Ehre berührt der Führer in seinen Reden wiederholt die Lohnfrage und weist dabei immer wieder auf die entscheidende Bedeutung hin, die der Gütererzeugung in der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik zukommt. Dies war um so notwendiger, als gerade in der Einstellung zur Lohnfrage — wenn auch unbewußt — noch Schlacken marxistischer Gedankengänge sichtbar wurden.

Marxistische Lohnpolitik an einem Beispiel

Der Führer erfährt in seinen Beweisführungen durch die wirtschaftspolitischen und wirtschaftlichen Vorgänge in Frankreich die wirksamste Unterstützung.

Man kam der Forderung der Massen, die Kaufkrafterhöhung durch eine Lohnerhöhung vorzunehmen, nach. Nachdem diesem Mehr eine entsprechende Güterproduktion nicht gegenüberstand, trat eine weitere Geldentwertung ein, mit der man einst aus „technischen Gründen" begonnen hatte und das Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage wurde durch eine 17%ige Preissteigerung gewaltsam hergestellt. Damit wurde die 14%ige Lohnerhöhung übertroffen und eine Verringerung des Realeinkommens „erzielt". Mangelndes Vertrauen, Angriffe auf die Währung, sowie die notwendige Einfuhrsteigerung infolge verminderter Arbeitsleistung führten zu den stärksten Goldabflüssen. Die bekannte Arbeitszeitgestaltung hat das Verhältnis zwischen Produktion und Kaufkraft wiederum einseitig verschoben, da ja die Gütererzeugung eingeschränkt wird; sie wird daher der Ausgangspunkt einer neuen Preissteigerung, die die Regierung Chautemps vor die schwersten Aufgaben stellt. Der französische Arbeiter, der vielleicht glaubte, durch die Volksfront eine erhöhte Lebenshaltung zu erringen, ist einer plumpen Täuschung erlegen, und es ist daher die folgerichtige Entwicklung eingetreten, wie sie der Führer auf dem Bückeberg voraussagte für den Fall, daß je der marxistische Wahnsinn auch bei uns Platz gegriffen hätte.

> „Es würden Millionen von Arbeitern es begrüßen, wenn wir ihnen sagen wollten, wir erhöhen jetzt die Löhne, und es würden Millionen von Bauern vielleicht jubeln, wenn wir ihnen mitteilen würden, wir erhöhen die landwirtschaftlichen Preise. Aber schon nach wenigen Monaten würden uns beide gemeinsam verdammen, denn beide würden erkennen, daß das nur die endlose Schraube war, die Deutschland schon einmal durchmachen mußte. Der höhere Lohn führt zu höheren Preisen; der höhere Preis führt zu höheren Löhnen. Beide führen zur Entwertung unserer Mark, beide wiederum zur Entwertung unserer Sparguthaben, beide zur Erschütterung unserer Wirtschaft, beide führen damit zur Vernichtung unseres Daseins und unserer Existenz."

Digitized by Google

Wir sehen, daß die endlose Schraube in Frankreich noch nicht ihr Ende gefunden hat. Die marxistische Wirtschaftspolitik, die in Geld denkt (und Geld als Wertträger, nicht als Tauschmittel betrachtet), ist über ihre eigenen Stricke gefallen.

Der Sozialismus ist aber keine Lohnfrage

Der deutsche Arbeiter denkt sich im Gegensatz zu der französischen Einstellung die Erhöhung seines Lebensstandards als Verbesserung seines Einkommens, Gewinnung eines festen Arbeitsplatzes, Besserung seiner Wohnverhältnisse und erhöhte Ausbildungsmöglichkeit für seine Kinder. Zug um Zug wird diese natürliche Forderung durch die steigende Arbeitsleistung erfüllt. Das stabile Lohnpreissystem ist dabei der beste Garant unserer Währung und gegen die Gefahr der Selbsttäuschung, wie sie in Frankreich Orgien feiert.

Ohne die Bedeutung der Lohnfrage für unser sozialistisches Wollen zu schmälern, ist es doch das große Verdienst des Nationalsozialismus, daß er schon frühzeitig das Verständnis dafür erweckt hat, daß der Sozialismus keine Lohn- und Magenfrage ist, sondern vielmehr die Lebensform darstellt, die dem schicksalsmäßigen Zusammenleben und Angewiesensein der Volksgenossen die höchsten Werte zum Nutzen der Gesamtheit erschließt. Und zu diesem Sozialismus gehört es auch, daß wir nicht mehr in Lohntheorien, sondern in Gütern denken, wie es der Führer letzthin in seiner Würzburger Rede nochmals klarlegte, und wie wir bereits in Heft 13 Seite 3 unserer Zeitschrift aufgezeigt haben.

> „Daß es uns gelingen möge, diese allgemeine Produktion immer mehr zu steigern, um unser gesamtes Volk daran Anteil nehmen zu lassen, ist das höchste Ziel unserer Wirtschaftspolitik."

Steigerung der Lebenshaltung durch Verbilligung

Wir sehen immer wieder, daß Arbeit und Brot durch die Festpreise einen festen Verhältniswert erhalten. Wie sich dann die Erhöhung der Lebenshaltung ergibt, zeigte bereits Bernhard Köhler zu Beginn dieses Jahres: „indem gegenüber den gleichbleibenden Werten von Arbeit und Brot die Erzeugnisse im Preis sinken müssen, indem also gegenüber der festen Währung die gewerblichen Erzeugnisse billiger werden".

Um Einwände gegen diese neue wirtschaftspolitische Parole ist man nicht verlegen; demgegenüber ist es tatsächlich so, daß eine unermüdliche Propaganda immer wieder jeden einzelnen Unternehmer aufrütteln und seinen Willen anfachen muß, damit er das Gebot der Stunde erkennt und danach handelt. Es wird manchmal noch gerne den Parolen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik entgegengehalten, daß sie überspitzte Forderungen darstellen. Nun, alle die, die dies behaupten, haben sich auch mit dem Recht auf Arbeit, seinen praktischen Auswirkungen, sowie der Rationalisierung vertraut machen müssen und haben dessen Realität erkannt. Wie würden sich die Wirtschafter gebärden, wenn die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik nun auch die einzelnen Maßnahmen vorschreiben würde, nach denen sich z. B. die Verbilligung zu vollziehen hätte. Der Ruf

Digitized by Google

nach Unternehmerfreiheit, die darin zum Ausdruck kommt, daß der Unternehmer selbst auf Grund seiner Fähigkeiten die Mittel und Wege findet, um den gestellten Anforderungen zu entsprechen, würde uns von überall entgegentönen.

Verbilligung kommt trotz aller Einwände

Wenn behauptet wird, daß die Verbilligung der gewerblichen Erzeugnisse Kaufkraft freisetzt, die auf den Lebensmittelmarkt geht und dort Spannungen hervorruft, so ist nur darauf hinzuweisen, daß durch die Verbilligung erst viele Volksgenossen in die Lage versetzt werden, sich diese Güter zu kaufen, und daß dadurch allein schon wieder Kaufkraftbindung eintritt. Andere wieder sprechen von der Verbilligung durch Qualitätsverbesserung und meinen damit ihrer Aufgabe genügt zu haben. Wer aber die Reden Bernhard Köhlers in letzter Zeit auch nur flüchtig gelesen hat, wird gemerkt haben, daß in ihnen von Verbilligung und Leistungssteigerung gesprochen wurde. Denn was hilft dem Volksgenossen mit einem Monatseinkommen von RM. 150,— z. B. die Verbesserung der Stoffqualität eines Anzuges, wenn er schon allein wegen der Preishöhe nicht daran denken kann, ihn zu erwerben. Es ist ja gerade das Wesentliche der Verbilligung, daß die Kaufkraft der niedrigen Löhne gehoben wird. Die durch das Recht auf Arbeit verbürgte gleichbleibende Kaufkraft, sowie die schon lange eingeleitete Rationalisierung, schafft die realen Unterlagen für eine Verbilligung, die auf keinen Fall die Rentabilität des Unternehmens gefährden kann.

Güter sind die Grundlage des Geldes

Daß der Nationalsozialismus in Gütern denkt und dadurch dem Lohn eine reale Unterlage gibt, „das ist das ganze Geheimnis der deutschen Wirtschaftsführung und der deutschen Wirtschaftserfolge", wie der Führer am 1. Mai erklärte. Der zweite Vierjahresplan wird durch die gewaltige Produktionssteigerung auf Grund eigener Rohstoffquellen endgültig zeigen, daß die Bedarfsdeckungswirtschaft für ein Volk, das ständig seinen Lebensstandard erhöhen will, unzulässig ist. Die Kraufkraft unseres Geldes wird gleichzeitig mit der einsetzenden Verbilligung immer mehr steigen. Auf die Bedeutung für unsere Ausfuhr braucht angesichts des Wettbewerbs auf dem Weltmarkt nicht näher hingewiesen zu werden.

Aufgaben für die Unternehmerinitiative

Der Unternehmer aber wird immer Mittel und Wege finden müssen, um die Verbilligung vorwärtszutreiben und damit dazu beizutragen, daß das Recht auf Arbeit dem einzelnen Volksgenossen, der die schlichteste Arbeit erfüllt, einen Lohn garantiert, der ihm und seiner Familie ein auskömmliches Leben ermöglicht, das ihm neben ausreichender Nahrung und Wohnung auch eine Teilnahme an den kulturellen Leistungen seines Volkes gewährt. Dies wird immer das höchste Ziel der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik bleiben. Die politische Führung hat den Weg gewiesen. Es ist nun Sache der Wirtschafter, mit Hilfe der geeigneten Maßnahmen diesen Weg zu beschreiten.

Digitized by Google

Kein Mißbrauch der Freiheit!

Der Ruf nach Arbeitern, der in manchen Wirtschaftszweigen besonders laut wird, hat bereits dem Arbeiter wieder die Freiheit zur Leistung zurückgegeben. Es ist heute zum Teil im Bergbau, wo der Mangel an Arbeitskräften sehr groß ist, so, daß die ausgesprochene Kündigung für den Volksgenossen durchaus keine sorgenvolle Angelegenheit mehr bedeutet, denn er hat die Möglichkeit, in Bälde wieder einen neuen Arbeitsplatz zu finden. Aus dieser neu geborenen Freiheit nunmehr Kapital zu schlagen und unberechtigte Forderungen aufzustellen, entspricht jedoch nicht diesem Sinn der Freiheit, den wir überall verwirklicht sehen wollen. Gerade die Durchführung des Vierjahresplanes verlangt auch von dem Gefolgschaftsmitglied eine möglichst störungslose Abwicklung des Arbeitsprozesses. Bernhard Köhler hat nun in einem der Presse übergebenen Artikel zu dieser Frage Stellung genommen und erklärt:

„Vor allem ist es Sache des Unternehmers, dafür zu sorgen, daß seine Mitarbeiter für Betriebstreue nicht durch schlechtere Arbeitsbedingungen bestraft werden. Fordern wir dies vom Unternehmer, so fordern wir allerdings auch gleichzeitig, daß Arbeiter und Werber nicht gemeinsame Sache machen in der gewissenlosen Entblößung wohlgeordneter Betriebe von Mitarbeitern, nur weil für eine kurze Zeit die Chance besteht, daß an einer anderen Stelle größere Verdienste eingesteckt werden.

Der Angestellte oder Arbeiter, der dieser Versuchung verfällt, ist genau so Konjunkturgewinnler wie der Unternehmer, der die überhöhten Gewinne zur Schädigung seiner Wettbewerber verwendet. Der Mitarbeiter, der solcher Lockung folgt, bekennt damit nur, daß er niemals ein Recht hatte, sich über Einnahmen und Gewinn anderer aufzuhalten. Denn er wartet ja nur auf die Gelegenheit, um auch seinerseits sich auf Kosten der Volksgemeinschaft zu bereichern.

Nur ist von der politischen Führung nicht zu verlangen, daß sie, weil solcher Mißbrauch der Freiheit möglich ist, jeden Wechsel des Arbeitsplatzes und jeden Aufstieg unter Verbot setzt. Die nationalsozialistische Regierung hat dies folgerichtig auch nicht getan, sondern lediglich Maßnahmen getroffen, um erkennbarem Mißbrauch der Freiheit entgegenzutreten. Den besten Schutz aber für die Unternehmer sowohl gegen das Ausspannen wichtiger Mitarbeiter wie auch für den Arbeiter gegen eine Beschränkung seiner Freizügigkeit, die seinem Aufstieg schädlich ist, bildet eine echte gegenseitige Treue, die sich nicht auf Ansprachen und tönende Zusicherung beschränkt, sondern sich täglich im Betrieb und in der gesamten Betriebsgestaltung bewährt." Unt.

Entwicklungsabschnitte der Rationalisierung

Über die Entwicklung der Arbeiterbewegung und Rationalisierung hielt Pg. Udo Pfriemer gelegentlich des Rednerlehrganges auf der Plassenburg einen Vortrag, dem wir den folgenden Abschnitt entnehmen:

Bis in die jüngste Zeit sind jene entscheidenden Wendepunkte in der deutschen Wirtschaftsgeschichte nicht erkannt worden, in denen das Wirtschaftsleben durch die Rationalisierung der Arbeit neue Entwicklungstriebe und -zweige erhielt. Der Wunsch nach Leistungssteigerung und der Wille zur Leistungssteigerung hat mehrfach in der Geschichte die menschliche Erfindungsgabe angeregt, Mittel zu entdecken, mit denen es möglich wurde, den Menschen von bisher notwendigen Arbeiten zu entlasten und für neue Arbeitsaufgaben und

Digitized by Google

neue Leistungen, insbesondere auch kultureller Art, freizumachen.

Die Entdeckung besserer Methoden und große Erfindungen erscheinen uns im Laufe der Geschichte wie Signallichter für einen Umbruch in der Zeit.

Es ist leider so, daß diese Wendepunkte in keinem Lehrbuch der deutschen Wirtschaftsgeschichte bis jetzt mit der notwendigen Deutlichkeit herausgestellt werden.

Der erste Wendepunkt

liegt schon vor unserer Zeitrechnung.

Es ist der Übergang zur systematischen Tier- und Pflanzenzucht. Es ist die Zeit der Bildung des deutschen Bauerntums und der Dorfbildung.

Ein ungeheurer Rationalisierungsvorgang ist es gewesen, als die Menschen begannen, nicht mehr bloß in der freien Natur das Wild zu erlegen, sondern anfingen, Tiere zu züchten und zu halten. Als die Menschen nicht mehr bloß Beeren, Körner, Wurzeln und Früchte der Wildnis pflückten, sondern als sie anfingen, systematisch Körner- und Gartenbau zu treiben.

Wir wissen nicht, ob sich diese Entwicklung in ein oder zwei oder mehr Stufen vollzog; wir wissen aber, daß damit eine gewaltige Umwälzung menschlichen Lebens in unserem Raum eingeleitet wurde.

Und wir wissen, daß vor dieser Zeit auf dem Raum unseres Reiches kaum einige hunderttausend Menschen leben konnten, daß es aber möglich war, durch Ackerbau und Viehzucht im Reiche mehrere Millionen Menschen zu ernähren.

Nach Abschluß dieses Rationalisierungsvorganges stellen wir für das erste Jahrtausend unserer Zeitrechnung in Deutschland eine kaum veränderte Bevölkerungszahl fest. Jeder größere Bevölkerungsüberschuß reibt sich in Kriegen auf oder wandert aus.

Ob um das Jahr 100, ob um das Jahr 500, ob um das Jahr 800 oder 900, stets wird die Zahl der Bevölkerung in unserem Raum auf einige wenige Millionen Menschen geschätzt. Mehr Menschen konnten auch nicht nach der Entwicklung der Viehzucht und des Ackerbaus ernährt werden.

Der zweite Wendepunkt liegt um das 10. Jahrhundert.

Es ist die Zeit, in der sich die handwerkliche Tätigkeit in starkem Maße von der bäuerlichen zu trennen beginnt.

Zur bäuerlichen Wirtschaft tritt die handwerkliche und die Verkehrswirtschaft. Mit dem Handwerker, dem Verkehr und dem Handelsmann entsteht der Bürger, entstehen die Städte.

Dieser Rationalisierungsvorgang ermöglicht es, daß durch eine neue Arbeitsteilung, in der auch der Bauer entlastet wird, bald im Raume unseres Reiches nicht mehr bloß zwei oder drei Millionen Menschen leben können, sondern gleich 10, 15 und 20 Millionen.

Und als dann dieser Rationalisierungsvorgang etwa im 13. Jahrhundert seinen Abschluß gefunden hat, sind auch die Entwicklungsmöglichkeiten im Reiche zunächst wieder erschöpft.

Es wundert uns deshalb auch nicht, wenn wir von der Wissenschaft bestätigt erhalten, daß seit dem 13. Jahrhundert bis um das Jahr 1800, also über 500 Jahre lang, die Bevölkerungszahl im großen ganzen nur unbedeutend, nicht einmal um das Doppelte zugenommen hat. Dabei spielt der Dreißigjährige Krieg keine ausschlaggebende Rolle, denn die Entwicklungsmöglichkeiten wären trotzdem beschränkt geblieben.

Um 1200 hatten wir in Deutschland etwa 10 Millionen Menschen, um 1800 beträgt diese Zahl etwa 20 Millionen.

Dann kommt der dritte Wendepunkt.

Zum Handwerker tritt die Maschine und die praktische Ausnutzung chemischer Prozesse. Es ist die Zeit, in der sich das Arbeitertum bildet und gleichzeitig die modernen Großstädte entstehen.

Dieser dritte Rationalisierungsvorgang bringt eine neue Arbeitsteilung, ermöglicht eine neue, intensivere Wirtschaft in der Erzeugung menschlicher Bedarfsgüter.

Die Bevölkerungszahl, die sich jahrhundertelang kaum merklich geändert hat, schnellt plötzlich empor. Auf demselben

Digitized by Google

Raum, auf dem um das Jahr 1800 knapp 20 Millionen Menschen leben konnten, leben 100 Jahre später bereits 60 Millionen, also dreimal so viel.

„Der neue Chef" oder der alte Rationalisierungsbetrug

Werbefilm 1937 in einer süddeutschen Großstadt. Titel: „Der neue Chef". Blick in einen Büroraum. An zwei ältlichen Schreibtischen zwei ältere Angestellte, die mit der Hand Papiere beschreiben und mit dem Kopf Zahlen errechnen. Die Tür geht auf. Jackig, im Stechschritt, wilhelminischen Blicks, eine reichliche Stupsnase in die Zimmerdecke stoßend, stellt sich „der neue Chef" vor. Die beiden Angestellten ersterben in unentwegten Kotaus.

»Der neue Chef«

reicht über rechte Schulter mit rechter Hand seinen Hut, über linke Schulter mit linker Hand seinen Mantel den als Kulis dargestellten „Arbeitskameraden" herablassend zu, reibt sich verbindlichst hochnäselnd die fettigen Pfötchen und spricht — Wiedergabe des Eindruckes — etwa so:

„Also — äh — das wird sofort anders. Betrieb — äh — kann ja nich sehn. Alte Möbel, keen Wippstuhl, keene Stahlrohrregale, keene Diktier-, keene Rechenmaschine. Schweineställ das. Wirtschaften, meine Herren, heißt — —." Abblendung.

»Schwupp die wupp nun Nummer zwei«:

Dasselbe Büro leer. In zwei Sekunden fliegen hinein: neue Schreibtische, Wippstühle, Stahlrohrregale, Buchungs- und Rechenmaschinen, (bei zwei Angestellten!), Karteien, Glasschreibunterlagen, versenkbare „geräuschlos" schreibende Schreibmaschinen — kurz ein büroindustrielles Warenlager. Blende.

„Schwupp die wupp nun Nummer drei": „Der neue Chef" dreht als höflicher Mann dem zu werbenden Publiko seinen Spreckrücken zu. Zitternd sitzen die beiden Angestellten an ihren neuen, leeren Schreibtischen. „Der neue Chef" spricht:

„Meine Herren, jetzt flutscht das Geschäft. Ja, so sieht ein durchorganisierter, rationeller Betrieb aus. Sachel" Und wer vollbrachte das Wunder? Merken Sie sich genau:

Blender und Co., Olle Kamellenstraße

Genau so blödsinnig „rationalisierte" man anderthalb Jahrzehnte vorher auch. Nicht die Vernunft war maßgebend, sondern die Geschäftemacherei einer sogenannten Büroindustrie und ihrer „Vertreter", die als vermeintliche „Organisatoren", „Geschäfts- und Wirtschaftsberater" gegen „Prozente" für „Umsatzbelebung", wohlverstanden bei sich, und „Ankurbelung der Wirtschaft" sorgten.

Man raunt sich zu, daß heute noch — entrümpelte Böden von Banken und Betrieben Kunde geben von den damals „getätigten" Fehlinvestitionen.

Der „Werbefachmann", der den Film „Der neue Chef" im Jahre 1937 gedreht, hat in mehr als einer Beziehung offensichtlich die Zeit verschlafen. Nichts gegen den Werbefilm, aber

alles gegen den »Dreh« von anno Toback.

Auch die Werbung unterliegt den sittlichen Forderungen des Nationalsozialismus.

Wir wünschen nicht immer wieder das Märchen von verkalkten älteren Angestellten in einer Zeit aufgetischt zu bekommen, in der wir es als Pflicht jedes Betriebsführers ansehen, gerade den Arbeitseinsatz auch des alten Angestellten zu verwirklichen.

Wir verzichten — nicht nur auf die „neuen", sondern auf jede Art von „Chefs", die ihre Angestellten als Kulis behandeln, große Bogen spucken und, wo sie erscheinen, in der üblen Rolle des emigrierten und, Gott sei Dank, aus der deutschen Volksgemeinschaft ausgestoßenen „Untertanen" Heinrich Mann auftreten.

Und wir bedanken uns für

die fröhliche Urständ des amerikanistischen Nepps

der zwanziger Jahre, der unter dem Namen „Rationalisierung" dem deutschen Kaufmann ein Land vorgaukelte, in dem angeblich „Milch und Honig" fließt, in dem der Mensch mit seiner Arbeitskraft zum Kosteneinsparungsobjekt herabgewürdigt und der Betrug in Permanenz als Motor der Wirtschaft kultiviert wurde. Wir regen an, endlich einmal einen Werbefilm zu machen mit dem Titel: Schlafmützen gefällig? SL.

Digitized by Google

Verbilligung als Folge der Rationalisierung

In München ereignete sich kürzlich folgende Moritat:

Wenn nun der temperamentvolle Gatte Ersatz schaffen muß — Strafe muß sein — ergibt sich folgendes: Durch die während des Krankenhausaufenthaltes eingetretene Verbilligung des Volksempfängers von RM. 76,— auf RM. 59,— stieg die Kaufkraft des Mannes so, daß er seiner Frau anläßlich der hoffentlich bevorstehenden Versöhnung außer dem neuen Volksempfänger noch folgende verbilligte Gegenstände zu bieten vermag:

Die schon lange gewünschte Fleischmaschine	zu RM.	3,50
1 Paar Damenhalbschuhe	„ „	3,50
1 Paar kunstseidene Damenstrümpfe	„ „	1,20
1 Flasche „Liebfrauenmilch"	„ „	1,20
2 Theaterkarten durch KdF.	„ „	1,80
2 Tassen Bohnenkaffee	„ „	0,80
zusammen:	RM.	17,—

Sl/Wo.

Digitized by Google

Politische Ausrichtung des Wirtschaftsschrifttums

Wir haben mehrmals zur Gefahr der Begriffsverfälschung und -aushöhlung Stellung genommen und vor allem auf die „Größen" aufmerksam gemacht, die glauben, daß ihre Namen nunmehr soweit der Vergessenheit anheimgefallen sind, daß sie es sich erlauben können, in neuem Gewand als die Prediger der neuen Zeit wieder aufzutauchen. Die Versuche mittels der wissenschaftlichen „Objektivität" der politischen Willens- und Meinungsbildung eine gewisse Dialektik nachzuweisen, um sie in Mißkredit zu bringen, werden von diesen Elementen nebenbei unternommen.

Bernhard Köhler ist gerade auf wirtschaftspolitischem Gebiet diesem Unterfangen schärfstens entgegengetreten und hat immer wieder darauf hingewirkt, daß

die nationalsozialistischen Begriffe stets klar

ausgesprochen werden. Er hat auch nicht verhehlt, daß gerade die Wissenschaft der politischen Arbeit wertvolle Dienste hätte leisten können, wenn sie beigetragen hätte, die Tatbestände, die durch die Umgestaltung seit den letzten vier Jahren vor ihr ausgebreitet liegen, zu erforschen. Gerade die Politik kann nicht der genauesten Erkenntnisse entbehren, für deren Gewinnung gerade die besten wissenschaftlichen Methoden gut genug sind.

Der Parlamentarismus hat die Meinung allgemein verbreiten helfen, Politik sei nicht mehr als Handwerk und bedürfe keiner besonderen Grundlegung. Wenn die Wissenschaft diese Tatsache als Rechtfertigung für ihre Einstellung gegenüber der Politik betrachtete, so wußte sie genau, daß mit der Machtübernahme des Nationalsozialismus diese hinfällig war, denn sie mußte erkennen, daß nur der Weitblick und die Erkenntnis und Entschlußfähigkeit des Führers allein den Namen Politik verdient. Wenn die Wissenschaft einwendet, daß der Nationalsozialismus eine politische Wissenschaft „heranzüchtet", durch die die „Objektivität" eingeschränkt werde, so müssen wir darauf antworten:

die Objektivität hat ihre Grenzen dort,

wo sie dem Volke schadet. Und im übrigen hat die Wissenschaft in der Vergangenheit eine bewußt politische, und zwar jüdische Tendenz: die Interessen der Gemeinschaft zu leugnen.

Wir wollen eine Wissenschaft, die mitten im Volke steht. Eine unerläßliche Forderung ist daher, daß sie sich auch einer klaren Sprache bedient, die uns der Führer in seinen Reden immer wieder lehrt.

Diese Forderung ist auf dem Gebiet des Wirtschaftsschrifttums von ausschlaggebender Bedeutung, denn dort wimmelt es geradezu von Terminologien, die oft nur um ihrer selbst willen oder aus mangelnder, klarer Sicht aufgestellt wurden.

In Zukunft wird die politische Sprache auch in der Wissenschaft verstanden werden, und dann wird auch die Wirtschaftspolitik durch die Wirtschaftswissenschaft eine wertvolle Unterstützung erfahren und damit die enge Beziehung von Ergründen, Erkennen und Handeln festigen.

Unt.

Ungünstige Folgen der Rationalisierung?

Wenn man heute noch von ungünstigen Folgen einer technischen Rationalisierung hört oder liest, dann ist dies ein Zeichen dafür, daß die nationalsozialistische Auffassung von der Rationalisierung noch nicht Allgemeingut geworden ist.

Die wichtigsten Gründe

die gegen die technische Rationalisierung ins Feld geführt werden, seien im folgenden kurz erwähnt:

1. Drohende Freisetzung von Arbeitskräften, damit neue Arbeitslosigkeit.
2. Einseitige körperliche Inanspruchnahme.
3. Seelisch ungünstige Wirkung (Monotonie).
4. Erschwerung beim Arbeitsplatzwechsel durch überspitzte Fachausbildung.

Aus der Aufzählung dieser Punkte erkennt man schon,

wie sehr sich die echte Rationalisierung unterscheidet

von dem, was bis 1933 Rationalisierung genannt wurde und heute noch vielfach darunter verstanden wird.

Digitized by Google

Für uns gibt es keine Gefahr der erneuten Arbeitslosigkeit; es erfüllt uns vielmehr mit Genugtuung, wenn es uns gelingt, Arbeitskräfte für dringende volkswirtschaftliche Aufgaben frei zu bekommen.

Auch die Erwähnung einer ungünstigen Einwirkung auf Geist und Körper zeigt, daß sich früher die technische Rationalisierung mit der Einrichtung von Fließbändern und sonstigen arbeitsparenden Maschinen erschöpfte. Man dachte eben nur daran, den Anteil der Lohnkosten am fertigen Produkt

zugunsten des Gewinnanteils

zu verringern und schuf mit meist fremden Mitteln „rationelle" Arbeitsmaschinen, deren Investitionskosten in vielen Fällen die eingesparten Löhne wieder kompensierten. Man sparte also Löhne, zahlte um so mehr Zinsen und hatte damit „rationalisiert".

Die Unternehmer glaubten zu rationalisieren,

indem sie alles denkbar Mögliche mechanisierten. Sie versuchten den Produktionsvorgang systematisch zu zerlegen, d. h. in immer kleiner werdende Einzel-Arbeitsgebiete aufzulösen und erreichten damit, daß der Arbeiter jeglichen Zusammenhang mit dem Endprodukt verlor und selbst zum Automaten herabgewürdigt wurde. Der schaffende Mensch war damit nicht mehr Herrscher über die Maschine, er wurde vielmehr von ihr beherrscht, indem er selbst als nicht mechanisierbarer Teil einer Maschine betrachtet wurde.

Es ist natürlich, daß diese Auswirkungen mit einer echten Rationalisierung, d. h.

mit vernünftigem Wirtschaften nichts zu tun

haben. Der Grundgedanke der technischen Rationalisierung ist, wie Bernhard Köhler sagt, die Vermeidung von Verlust und Schund in der gesamten Volkswirtschaft; das Ziel ist, durch Verbilligung, durch Schaffung neuer Dauergüter und durch vermehrte Erzeugung von Verbrauchsgütern das ganze Volk zu bereichern.

Dafür, daß im Rahmen dieser großen Aufgaben die Tätigkeit des Arbeiters erleichtert und verschönt, daß eine einseitige körperliche oder geistige Beanspruchung vermieden und daß der Facharbeiternachwuchs zum bestmöglichen Einsatz herangebildet wird, dafür bürgt die Deutsche Arbeitsfront mit ihren Ämtern.

Wo.

Die jüdische „Branche"

Es gibt Worte, die als Ausdruck einer überwundenen Geisteshaltung heute im deutschen Sprachschatz nichts mehr zu suchen haben. Besonders in der Wirtschaft sind diese Worte noch sehr zahlreich. Mit der restlosen Verjudung der deutschen Wirtschaft entstand auch eine Reihe von Worten als

Ausdruck des jüdischen Wesens der Wirtschaft.

Immer noch spuken die Worte jener Zeit umher. Sie entbehren aber heute jeder Existenzberechtigung, weil es das, was sie einst bezeichneten, nicht mehr gibt.

Viele dieser Worte, wie z. B. „Konfektion", das uns früher von jedem nichtarischen Warenhaus entgegenschrie, sind schon auf Grund systematischer Propaganda fast ganz verschwunden, während andere immer noch dank der Gedankenlosigkeit gewisser Kreise munter weiterleben.

Da ist z. B. das Wort »Branche«.

Niemand wird behaupten wollen, daß das Wort gerade schön oder unentbehrlich ist. Man könnte bestimmt ebenso gut oder sogar viel besser Wirtschaftszweig oder Fachzweig und entsprechend fachgemäß, fachlich und fachweise sagen. Aber man ist ja soo bequem. Warum denn nachdenken, nicht wahr, werter Spießer? Lieber bewegt man sich in Gedankenlosigkeit und träumt ein bißchen von der „guten alten Zeit".

Gewiß, der grundsätzlich andere Geist des Nationalsozialismus beschränkt sich nicht auf Worte, aber die fürchterliche Oberflächlichkeit der Masse wird durch das neue Wort und die radikale Ausmerzung des alten

mit der Nase auf den inneren Wandel der hinter Worten liegenden Dinge

gestoßen. Sie muß immer wieder mit Nachdruck darauf gestoßen werden.

Digitized by Google

Deutschtum ist heute keine „Filiale" der jüdischen Branche der Unsittlichkeit, der Zersetzung und Gaunerei mehr. Das deutsche berechtigte Selbstbewußtsein findet seinen Ausdruck auch im Sprachgebrauch, der insofern in das Kapitel der Rationalisierung des Geistes gehört.

Hlz.

Arbeitsloses Einkommen

Wenn zum „Einkommen ohne Arbeitsleistung" kritisch Stellung genommen wird, dann ist darunter nicht beispielsweise jener Fall zu verstehen, in dem ein Volksgenosse sein Leben lang — wie man so sagt — „wie ein Pferd gearbeitet" hat, um seinen Lebensabend im Rahmen seines bisherigen Lebensstandards verbringen zu können. Dieses Einkommen ist von ihm — gleichgültig, ob es in Dividenden oder Zinsen oder Miet- und Pachteinnahmen besteht, genau so erarbeitet wie etwa die Pension eines Beamten.

Die kritische Stellungnahme betrifft jenes arbeitslose Einkommen aus Dividenden, Zinsen oder Miet- und Pachteinnahmen, dessen Kapital-Grundlage etwa erspekuliert oder zusammengekommen ist, ohne daß der Bezieher des daraus fließenden Einkommens je einen Handschlag getan hat, um das Kapital selbst im Schweiße seines Angesichts erst einmal zu erarbeiten, oder, ohne daß er es, falls er es ererbte, — um mit Schiller zu sprechen — erworben hat, um es zu besitzen.

Diese Kategorie betätigt sich nur in dem, was sie „leben" nennt. Für sie können wir nicht das geringste Verständnis aufbringen in einer Zeit, in der jeder arbeitende Volksgenosse im Existenzkampf der deutschen Volksgemeinschaft steht.

Sl.

Wirtschaftslenkung und Wirtschaftsordnung

Mehr Leistung durch gemeinsame Lehrwerkstätten!

Alle Leistungssteigerung im Arbeitsleben ist in erster Linie eine Sache der Erziehung, und die Erziehung und Ausbildung hat es am leichtesten bei der Jugend. Diesen Wahrheiten versuchen für die Industrieberufe die betrieblichen Lehr- und Anlernwerkstätten gerecht zu werden, die sich wegen der starken Spezialisierung der industriellen Fabrikationsmethoden zum Zwecke der Grundschulung als notwendig erwiesen. Sie sind aber bisher fast ausschließlich von Großbetrieben geschaffen worden, — ohne daß etwa schon alle großen Betriebe so weit sind, wie kürzlich wieder die Aktion der Deutschen Arbeitsfront zur Errichtung von Lehrwerkstätten zeigte.

Erheblichen Schwierigkeiten begegnet seit langem

die Ausbildungswerkstatt in der Klein- und Mittelindustrie,

die zahlenmäßig den weitaus größten Anteil an der industriellen Lehrlingshaltung hat, und die Ausbildungswerkstatt in dem gesamten Wirtschaftszweig des Baugewerbes. Hier liegen die Mängel der Ausbildung in der Unstetigkeit der Baustellenarbeit und in dem Saisoncharakter des Gewerbes, der leider noch immer in weitem Maße zur Vernachlässigung der Ausbildungspflichten während des Winters führt.

Einigen guten Vorbildern in Westdeutschland folgend, hat nun die Wirtschaftsgruppe Bauindustrie Vorbereitungen für die Schaffung weiterer „Lehrbaustellen" im ganzen Reich getroffen, so daß demnächst 17 solcher Ausbildungsplätze zur Verfügung stehen. Die laufende Finanzierung erfolgt durch Sonderumlagen. Auf diesen Lehrbaustellen werden die Lehrlinge der beteiligten Betriebe zunächst jährlich zu sechswöchigen Kursen zusammengezogen.

Wenn wir für die Klein- und Mittelindustrie aller Zweige nicht ähnliche

Wege der Ausbildung in betriebsnahen Übungsstätten

beschreiten, wird nicht nur vom Facharbeiter und seiner Leistung her die Ratio-

Digitized by Google

nalisierung in diesem Teil der Wirtschaft zurückbleiben, sondern der Nachwuchsmangel der nächsten Zukunft, das heißt, der immer größer werdende Facharbeitermangel wird sich für diese Betriebe zur Existenzgefahr auswirken.

Ein praktisches Beispiel: ein Junge lernt in seinem kleinen Lehrbetrieb drei Jahre lang nur das Elektro-Schweißen; ein Großbetrieb bietet ihm ein 4. Ausbildungsjahr an, in dem er sich in der dortigen Lehrwerkstatt zu vervollkommnen und das Autogen-Schweißen hinzuzulernen Gelegenheit findet. Der Kleinbetrieb kann gegen die Abwanderung nichts machen.

So kann der Klein- und Mittelindustrie nur eine Vertiefung der Ausbildung durch Werkstätten helfen, die eine systematische Grundschulung während des ersten Teils der Lehre gewährleisten und den Nachwuchs dann in den weiteren Ausbildungsgang an die Betriebsabteilungen abgeben. Auch hier hat sich schon in gemeinschaftlichen Lehrwerkstätten mehrerer Betriebe mancher Erfolg gezeigt. Es kommt darauf an, daß

»ein starker Mann« am Orte

die Betriebe für diese Aufgabe zusammenführt, und daß sich auch diese Betriebe den ersten Teil der Ausbildung etwas kosten lassen; denn eine Lehrwerkstatt fordert Opfer, mag sie sich auch teilweise bis zu einem gewissen Grade selbst finanzieren können.

Hier liegen bedeutsame Gemeinschaftsaufgaben der Deutschen Arbeitsfront und der Organisation der gewerblichen Wirtschaft, die anzupacken ein dringendes Erfordernis der Leistungssteigerung darstellt. Entsprechend wird auch das Berufserziehungsgesetz zu einer besonderen Regelung der sachlichen Lehrbetriebseignung kommen müssen. Roh.

Wirtschaftlicher fertigen!

Früher dienten Verbesserungsmaßnahmen im wesentlichen dazu, Arbeitskräfte einzusparen, um die sich dann nur noch die Zahlstellen der Arbeitslosenversicherung und die Wohlfahrtsämter kümmerten. Mit dem Sieg der nationalsozialistischen Weltanschauung hat sich auch hier ein grundlegender Wandel vollzogen. Auch heute kann

die Rationalisierung in der Fertigung

— und sie soll es sogar — Arbeitskräfte freisetzen. Aber diese freigesetzten Arbeitskräfte werden, weil heute wirklich Wirtschafts- und Arbeitspolitik getrieben wird, sofort wieder von den Betrieben — den gleichen oder anderen — aufgesogen und an neue Arbeitsplätze gestellt.

Die Gemeinschaftsarbeit auf dem Gebiet der technischen Rationalisierung ist heute eine der stärksten Waffen im Kampf um die Leistungssteigerung und um die Unabhängigkeit Deutschlands in der Rohstoffversorgung. Wenn der Ausschuß für wirtschaftliche Fertigung beim Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit (AWF.) heute z. B.

die wirtschaftlichen Anwendungsmöglichkeiten der sogenannten Hartmetalle

als Werkzeuge beim Drehen, Bohren, Hobeln usw. eingehend untersucht, so geschieht dies nicht zuletzt im Hinblick darauf, daß 1 kg Hartmetall dieselbe Lebensdauer und Arbeitsfähigkeit hat, wie 50 bis 100 kg Schnellstahl, der vielfach bisher noch an Stelle von Hartmetallen verwendet wird.

Der Werkzeugbau erfordert bekanntlich besonders wertvolle und teure Stahlsorten, so daß sich hier schon geringe Ersparnisse am einzelnen Stück zu bedeutenden Beträgen summieren können.

Wie sorglos man in früheren Jahren mit dem teuren Werkzeugstahl umgegangen ist, beweist die Tatsache, daß heute nach Richtlinien der genannten Stelle Stanzereiwerkzeuge gebaut werden, bei denen sich

Stahlersparnisse bis zu 90 v. H.

gegenüber früheren Konstruktionen erzielen lassen, obwohl die Werkzeuge den gleichen Zweck erfüllen und ihre Leistungsfähigkeit und Lebensdauer den früheren Konstruktionen in keiner Weise nachsteht.

Auch auf dem Gebiet der planmäßigen Holzverwendung sind Wege zu bedeutsamen Ersparnissen gezeigt worden; z. B. wurde nachgewiesen,

Digitized by Google

daß durch zweckmäßige Konstruktion von Überseekisten

40 v. H. und mehr Holz eingespart

werden kann gegenüber den althergebrachten Bauarten. Dies ist um so wichtiger, als das Holz der Seekisten schon nach einmaligem Gebrauch restlos verloren ist.

Auf vielen anderen Gebieten lassen sich durch zweckmäßige Anwendung der Arbeitsergebnisse des AWF. Ersparnisse erzielen, deren Endsumme für die gesamte Volkswirtschaft einen erheblichen Vorteil bedeutet. Rae.

Wirtschaftlichkeits-Förderung

Eine der vielen Erkenntnisse aus der Zeit des wirtschaftlichen Zusammenbruchs der Nachkriegsjahre ist die, daß ein zügelloser Kampf um den Kunden die Warenmärkte in einem Meer unkontrollierbarer Güteverwässerung versinken läßt. Verschleiernde Angaben über die wirkliche Warenbeschaffenheit, hochtrabende Phantasiebezeichnungen und Bezeichnungswirrwarr führen dazu, daß der Verbraucher, der meist nicht kritisch genug eingestellt sein kann, um Preis und Warengüte zu vergleichen, minderwertige Erzeugnisse und Schundwaren erwirbt. Dies führt, vom Standpunkt des Verbrauchers aus gesehen, zu Fehlkäufen und Enttäuschungen, vom Standpunkt der Gesamtwirtschaft aus betrachtet, zur Verschwendung von Werkstoff und Arbeitskraft, zur Fehlleitung von Kaufkraft, und damit zur Unwirtschaftlichkeit. Das Interesse der Gesamtwirtschaft erforderte hier die Herbeiführung einer sinnvollen Ordnung.

Die Arbeiten und Ziele des Reichsausschusses für Lieferbedingungen (RAL.) beim RAW. liegen in dieser Richtung. Die von ihr entwickelten

Mittel zur Wirtschaftlichkeits-Förderung

sind die RAL.-Vereinbarungen (Bezeichnungsvorschriften, Gütebedingungen) und die Gütezeichen. Sie werden geschaffen auf der Grundlage breitester Gemeinschaftsarbeit. Denn, wie die Praxis zeigt, sind einzelne Kreise der Wirtschaft von sich aus sehr selten in der Lage zu einer einwandfreien Beurteilung dessen, was auf diesem Gebiet im gesamt wirtschaftlichen Interesse erforderlich ist. Eines der bemerkenswertesten Beispiele der Arbeitsergebnisse des RAL. in der letzten Zeit ist die Aufstellung von Lieferbedingungen für Siedlermöbel:

Die zunehmende Bedeutung des deutschen Siedlerwerkes

hatte eine Frage auftauchen lassen, die in allen Fachkreisen lebhaft erörtert wurde. Es handelt sich hier um die Einrichtung des Siedlerhauses. Die Lebensbedingungen des Siedlers sind nun einmal andere als diejenigen des Stadtbewohners. Es ist natürlich, daß, wenn alles auf die gänzlich veränderten Bedingungen abgestellt ist, auch der Hausrat des Siedlers von ganz bestimmter, einwandfreier Beschaffenheit sein muß. Hier waren Gesichtspunkte zu berücksichtigen, die beispielsweise bei den bisher bestehenden Möbeln nur wenig beachtet sind. Nicht allein die

Geldfrage,

sondern auch die Raumfrage,
die Frage der Zweckmäßigkeit,
die Frage der Schönheit und vor allem auch
die Frage der Güte solcher Möbel forderten eine einwandfreie Lösung.

Das Reichsheimstättenamt der Deutschen Arbeitsfront hatte zusammen mit dem Reichs- und Preußischen Arbeitsministerium diese Fragen schon seit längerem erörtert. Nunmehr sind die Arbeiten, die dem Reichsausschuß für Lieferbedingungen (RAL.) übertragen wurden, zum Abschluß gekommen.

Zweierlei wurde erreicht:

einmal die Aufstellung von eindeutigen Beschaffenheitsvorschriften für einwandfreie Siedlermöbel (Tische, Stühle, Bänke, Schemel, Schränke, Bettladen usw.), ferner die Einführung eines Gütezeichens für Siedlermöbel.

Diesem Gütezeichen liegen Gütebedingungen zugrunde. In der Arbeitermustersiedlung (Wilhelm-Gustloff-Siedlung) der Reichsausstellung „Schaffendes Volk" in Düsseldorf wurden zum erstenmal solche Siedlermöbel, die den aufgestellten Gütebedingungen entsprechen, im großen Stile der Öffentlichkeit vorgeführt. Hu.

Digitized by Google

Rationalisierung durch Steigerung der Beförderungsgeschwindigkeit

(Das Beispiel der Deutschen Reichsbahn.)

Zeitersparnis durch Steigerung der Geschwindigkeit.

Fahrtdauer auf der Strecke München — Berlin: mit FD-Zug

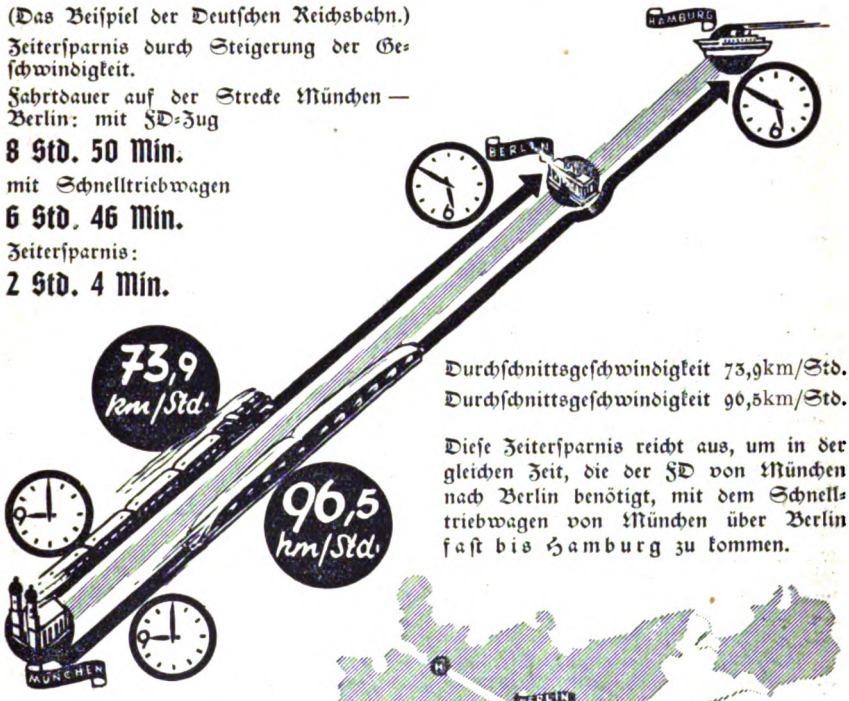
8 Std. 50 Min.

mit Schnelltriebwagen

6 Std. 46 Min.

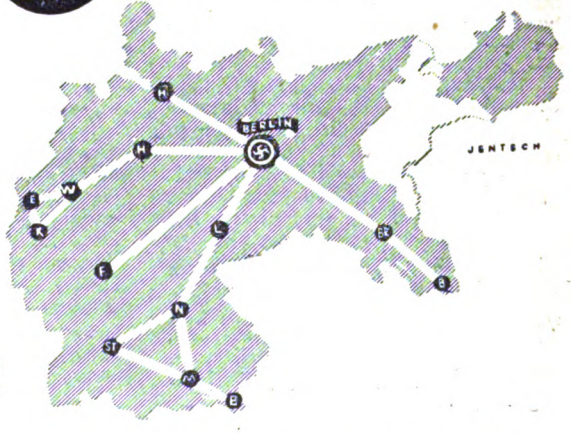
Zeitersparnis:

2 Std. 4 Min.



Durchschnittsgeschwindigkeit 73,9km/Std.
Durchschnittsgeschwindigkeit 96,5km/Std.

Diese Zeitersparnis reicht aus, um in der gleichen Zeit, die der FD von München nach Berlin benötigt, mit dem Schnelltriebwagen von München über Berlin fast bis Hamburg zu kommen.



Ähnliche günstige Ergebnisse zeigen alle Linien des Schnelltriebwagennetzes 1930:

Berlin—Leipzig—Nürnberg—München
Berlin—Leipzig—Nürnberg—Stuttgart
Berlin—Hamburg
Berlin—Hamm—Essen—Köln
Berlin—Hamm—Wuppertal—Köln
Berlin—Frankfurt am Main
Berlin—Breslau—Beuthen
Stuttgart—München—Berchtesgaden

Digitized by Google

Klareres Rechnungswesen — bessere Wirtschaft

Das heute vom Staat der Wirtschaft gesetzte Ziel, nämlich die Wehrhaftmachung des deutschen Volkes und die Erreichung des Vierjahresplans erfordert höchste Wirtschaftlichkeit in den Betrieben. Die Wirtschaftlichkeitssteigerung in den Betrieben kann erfolgen sowohl auf technischem wie auf betriebswirtschaftlichem Gebiet. Während vor 1933 die Förderung der betriebswirtschaftlichen Aufgaben im wesentlichen dem einzelnen Betriebsführer überlassen blieb, erfordert heute die straffe Zielsetzung die Zusammenfassung aller Kräfte und den gegenseitigen Erfahrungsaustausch, die Gemeinschaftsarbeit, um das Ziel schneller zu erreichen.

Im Laufe der letzten Jahre wurden von dem auch an anderer Stelle dieses Heftes schon genannten RAW. durch seinen Ausschuß für wirtschaftliche Verwaltung und seine Abteilung für Betriebsuntersuchungen

über 80 Betriebsuntersuchungen in den verschiedensten Wirtschaftszweigen durchgeführt.

Diese Betriebsuntersuchungen gaben den einzelnen Wirtschaftszweigen wertvolle Hinweise für eine einheitliche Ordnung ihrer Betriebe. Sie sichern die Voraussetzungen, um das Rechnungswesen in den wesentlichsten Punkten zu vereinheitlichen und damit die Grundlage zu einem ständigen Erfahrungsaustausch — sowohl auf technischem, wie auf betriebswirtschaftlichem Gebiet. Nur so kann fernerhin ein ständiger Betriebsvergleich durchgeführt werden.

Durch die Betriebsuntersuchungen konnte festgestellt werden, daß die Kostenarten, wie z. B. Personalkosten, soziale Aufwendungen, Hilfs- und Betriebsstoffe, Strom, Gas, Wasser, Abschreibungen, Steuern, Gebühren, Beiträge, Versicherungen usw.

allen Betrieben gemeinsam

sind. Unterschiedlich gelagert sind die Betriebe nur in ihrer Fertigung, technisch und rechnungsmäßig gesehen, und in ihren Erzeugnissen.

Unter Auswertung dieser Erkenntnisse war es möglich, einen Einheitskontenplan für die Reichsgruppe Industrie, Wirtschaftsgruppe Großhandel, Wirtschaftsgruppe Einzelhandel und für das Handwerk zu erstellen. Durch diesen Einheitskontenplan ist die große Ausrichtung und die Grundlage für weitere betriebswirtschaftliche Arbeiten,

insbesondere die Kalkulation,

gegeben.

Der Einheitskontenplan führt die dringend gewünschte Vereinheitlichung des Rechnungswesens herbei, indem auf seiner Grundlage in Zukunft Betriebsvergleiche in den einzelnen Wirtschaftsgruppen in wesentlich vereinfachter Form durchgeführt werden können. Der Einheitskontenplan fördert auch das gegenseitige Verständnis zwischen Betriebsführung und allen Betriebsprüfern der Wirtschaft, indem eine einheitliche und klare Linie in die Kontenführung hineinkommt, welche die Prüfung aller Staats- und Wirtschaftsstellen vereinfacht und erleichtert.

Bo.

Rationalisieren ist auch - investieren

In Heft 9 der „Mitteilungen" wurde in mehreren Aufsätzen die Notwendigkeit des Sparens sowohl für den einzelnen Volksgenossen wie auch für die Gesamtheit dargetan. Hierbei wurde der Begriff des Sparens im umfassendsten Sinn verstanden, d. h., es wurde damit ebenso die Vermögensbildung wie auch die Aufdeckung und Beseitigung von Verlustquellen gemeint. Leuchtet

die Zweckmäßigkeit der Vermeidung von wirtschaftlichen Verlusten

jedermann ein, so kann man andererseits über die Vermögensbildung durch Nichtverbrauch von Einkommen und ihre Wirkung auf den Beschäftigungsstand der Wirtschaft die widersprechendsten Urteile hören.

Übermäßiges Sparen, so heißt es häufig, bedeutet eine so starke Einschränkung des Verbrauchs, daß dadurch der Beschäftigungsstand der Wirtschaft zwangsläufig zurückgehen muß. Volkswirtschaftlich sei daher ein Sparen nur bis zu einem gewissen Grade erwünscht und hier

Digitized by Google

hänge das richtige Maß von der jeweiligen Beschäftigungslage der Wirtschaft ab. Wie verhält es sich hiermit in Wirklichkeit?

Um diese Frage beantworten zu können, muß man sich die wirtschaftlichen Vorgänge einmal klar machen.

Wenn jemand einen Teil seines Einkommens nicht verbraucht,

sondern zurücklegt, so ist das „sparen". Dieses ersparte Geld wird aber, wenn man von dem Ausnahmefall des „Hortens im Sparstrumpf" absieht, normalerweise zur Sparkasse oder zur Bank gebracht, die es der Wirtschaft als Kredit zu Investitionen wieder zur Verfügung stellt... Solange ein Volk seine Arbeitskraft nicht brach liegen läßt, sondern sie restlos ausnutzt und sich immer neue Aufgaben stellt, wird auch immer ein Bedürfnis nach Investitionen vorhanden sein. Durch diese Erstellung von Neuanlagen wird ein großer Teil der Volksgenossen beschäftigt, die nicht für die unmittelbare Bedarfsbefriedigung des Volkes arbeiten. Sie erhalten so neuen Arbeits- und Lebensraum, werden Einkommensträger und treten als Verbraucher auf dem Markte in Erscheinung. Wenn so zwischen der Verbrauchsgüterproduktion und der Anlagenerstellung ein harmonisches Verhältnis hergestellt wird, wofür die Voraussetzungen freilich nur in einer sinnvollen Wirtschaftsordnung gegeben sind, kann durch Sparen kein wirtschaftlicher Leerlauf entstehen.

Was während der Wirtschaftsdepression der Systemzeit eine Gesundung der Wirtschaft verhindert hat, ist nicht ein zu starkes Sparen gewesen, sondern

eine ungenügende und falsche Investierung.

Nach dem Vierteljahresbericht einer schwedischen Großbank wird die Knappheit der Sparmittel durch die Tatsache bewiesen, daß stets für das Recht, über sie zu verfügen, Zinsen bezahlt werden. Es bestehe noch immer ein unbegrenzter und teilweise sehr dringender Bedarf zur Erhöhung des Lebensstandards.

Aber wir wissen aus Erfahrung, daß das Kapital, bzw. die hinter ihm stehenden Menschen aus eigensüchtigen Interessen sich häufig diesen Aufgaben versagen, weil ihnen entweder das Risiko zu groß oder die Verdienstmöglichkeit zu gering ist.

Hier hat der Nationalsozialismus gründlich Wandel geschaffen und die Machtstellung des Kapitals gebrochen. Indem der Staat selbst als Auftraggeber großen Stiles auftritt oder aber der Wirtschaft immer wieder neue Aufgaben stellt, sorgt er für

genügend Möglichkeiten zur Investierung,

wenn der an sich schon stets vorhandene Bedarf nicht genügend Anreiz bietet, die anlagesuchenden Kapitalien vom Markt abzuschöpfen. Die Aufgaben, die sich der Nationalsozialismus für die Zukunft gestellt hat, sind so groß, daß hierfür Kapital in größtem Umfange angesetzt werden kann.

Der Sparer erfüllt also eine sehr wichtige nationalpolitische Aufgabe. Darum kann gar nicht genug gespart werden. Und noch

eine weitere erwünschte, soziale Folge

ergibt sich, wenn diejenigen sparen, deren Einkommenshöhe dies gestattet. Bernhard Köhler sagt hierüber: „Diejenigen, deren Einkünfte auch nur ein wenig über das Notwendige hinausgehen, haben alle die Pflicht zu helfen, daß durch ihre Zurückhaltung in der Erweiterung ihrer Lebenshaltung die Kaufkraft der kleinen Einkommen gestärkt wird." Ueb.

Eine Rationalisierungsaufgabe in Zahlen

Welch' gewaltige Werte allein durch Verminderung von Unfallverlusten in der deutschen Volkswirtschaft nutzbringend eingesetzt werden könnten, davon mögen nachfolgende Zahlen ein Bild geben:

Durch Betriebsunfälle kommen jährlich 8000 Arbeiter ums Leben und von den jährlich 1,2 Millionen Arbeitsverletzten bleiben 1500 ständig arbeitsunfähig. Der jährliche Gesamtschaden der Betriebsunfälle beläuft sich auf rund 2,5 Milliarden.

Die Bilanz der Verkehrsunfälle zeigt in Deutschland jährlich 8000 Tote und 250 000 Verletzte. Der wirtschaftliche Schaden beläuft sich hiermit auf 2,5 Milliarden jährlich. 75 v. H. aller Verkehrs-

Digitized by Google

unfälle beruhen auf Selbstverschulden, ließen sich also bei größerer Aufmerksamkeit vermeiden, d. h. der Verlust von tausenden Menschenleben, ein noch größerer Verlust an Arbeitskraft ließe sich vermeiden und nahezu 1,9 Milliarden ließen sich bei größerer Aufmerksamkeit einsparen.

Durch Sportunfälle kommen jährlich ungefähr 3500 Menschen ums Leben.

Welche Werte durch häusliche Unfälle verloren gehen, läßt sich nicht genau sagen. Fest steht jedenfalls, daß die Zahl der häuslichen Unfälle alle anderen Unfallgebiete weit in den Schatten stellt. Da es hier hauptsächlich um die deutsche Hausfrau und Mutter geht, sind die Rückwirkungen auf das Familienleben und damit auf die Entwicklung des gesamten Volkes besonders schwerwiegend.

Hlz.

Wirtschaftspolitik und Ausland

Ballspiel mit - Pferdefleisch

Vor 40 Jahren hielt der Jude Max Nordau vor dem ersten Zionistenkongreß eine Rede, in der folgende bezeichnende Sätze vorkamen:

„Die Geschichte der Judenemanzipation ist eine der merkwürdigsten Hauptstücke der Geschichte des europäischen Denkens. Die Judenemanzipation ist nicht die Folge der Einsicht, daß man sich an einem Stamme schwer vergangen, daß man ihm Entsetzliches zugefügt habe, und daß es Zeit sei, tausendjähriges Unrecht zu sühnen (!); sie ist einzig die Folge der gradlinig geometrischen Denkweise des französischen Rationalismus im 18. Jahrhundert.

Dieser Rationalismus konstruierte sich mit der bloßen Logik, ohne Rücksicht auf das lebendige Gefühl, Grundsätze von der Bestimmtheit eines mathematischen Axioms und bestand darauf, diese Gebilde der reinen Vernunft in der Welt der Wirklichkeiten zur Geltung zu bringen... Die Judenemanzipation stellt eine gleichsam automatische Anwendung der rationalistischen Methode dar...

Man verzeihe mir den Ausdruck, der keine Undankbarkeit in sich schließt: die Männer von 1792 emanzipierten uns aus Prinzipienreiterei."

Inzwischen hat sich auch das geändert. Die Logik ist den Juden und ihren rationalistischen Nachläufern abhanden gekommen, nur die Prinzipienreiterei ist ihnen geblieben:

Ein Roßschlächter-Innungsmeister hat kürzlich freundlichst dazu aufgefordert, mehr Pferdefleisch zu essen. Auch hat er mal etwas von den ollen Germanen gehört und, darob begeistert, angebliche kultische Gebräuche mit seinem prima Pferdefleisch durch dieselbe Fleischmaschine gedreht. Na, den richtigen Fleischsalat machten erst — andere daraus.

Die *Times* nahm sich zunächst einen ordentlichen Löffel davon und zeigte einen durch gute Verdauung geförderten Pferdeverstand, indem sie einige höhnisch wiehernde Frikandellen zusammenlog.

Nun ist es eine alte „Pferdeerfahrung", daß, wenn man Pferde in der Reitbahn gehen läßt, sie die Kommandoreihenfolge auswendig kennen und brav und bieder eines am anderen „kleben". Folglich klebte der in der Tschechei seine journalistischen Volten vorführende *Deutsche Sozialdemokrat* noch heftiger. Er nahm die von der *Times* noch dampfend gelieferten Pferdefleisch-Frikandellen zwischen die Ganaschen und spuckte sie, mit Knoblauch gewürzt, seinen Lesern vor die marxistischen Plattfüße; dergestalt, daß er meinte, man hätte den 6000 sudetendeutschen Kindern, die das nationalsozialistische Deutschland zu einer Erholungsfahrt eingeladen hatte, diese Erholung schon deshalb nicht erlauben können, weil man in Deutschland den sudetendeutschen Kindern zur Wiederbelebung germanischer Sitten Pferdefleisch vorsetzen wollte. So — jetzt wollen wir die beiden Pressemähren mal einzeln an die Longe nehmen: in England hat man auf die Nachricht der *Times* sofort die unzähligen

Digitized by Google

Roßschlächtereien, die insbesondere in den seit unendlichen Zeiten berüchtigten Londoner Elendsvierteln ihre Geschäfte machen, kurzerhand geschlossen. Man wünscht sich als Angelsachse germanischen Ursprunges hinfort nicht mehr an die ollen ehrlichen Germanen zu erinnern, da vielleicht diese schon Nationalsozialisten waren. Daß John Bull damit Zeiten, Gebräuche und noch so einiges andere durcheinander schmeißt, spielt — eben auch aus Prinzipienreiterei — keine Rolle.

Ferner hat die *Times* es, großmütig, wie sie als „Vorkämpfer des Sozialismus" nun einmal ist, freundlichst übernommen, von nun an die sämtlichen englischen Arbeitslosen und mangels Leistungslöhnen Minderbemittelten auf ihre Kosten täglich zum Dinner mit Schweine-, Kalb-, Rind- und Wildfleisch zu beliefern. Dafür verzichten ihre Inhaber auf jegliche Gewinne, sowie ihre Redaktion auf ihre Gehälter, beide selbstverständlich auf Lebenszeit.

Der tschechische *Deutsche Sozialdemokrat* als *Times*-Kleber faßte natürlich denselben Beschluß, übertrumpfte ihn aber noch dadurch, daß er vom Inhaber bis zum letzten Zeitungsträger schwor, nie mehr Fleisch, sondern statt dessen nur noch Mazzen zu essen und die alten Tschechengäule mit je zehn Pfund goldgelbem Hafer als „Existenzminimum" zu füttern, um auf diesen die tschechische besonders zahlreich assortierte und verhungernde „industrielle Reservearmee" einmal im Leben wenigstens in den jüdisch-marxistischen Himmel reiten zu lassen. Die noch nicht verhungerte Nachwuchsgattung erhält dann den Ehrentitel: Prinzipienreiterei.

Was der Rationalismus nicht für Erfolge zeitigt; er bringt's noch zur Rationalisierung des — „Pferdeverstandes"!

Sl.

Wenn man es selbst verspürt . . .

Es ist zweifellos auffallend, daß, abgesehen von wenigen Ausnahmen, die Verordnung zur Sicherstellung des Getreides, in England auf volles Verständnis gestoßen ist. Die *Times* schreibt:

Die Verordnung darf nicht so sehr als Notmaßnahme angesehen werden, sondern sie gehört in den Rahmen einer auf lange Sicht arbeitenden Politik der Getreideversorgung, deren Ziel ist, schlechte und gute Jahre miteinander auszugleichen.

Daily Telegraph spricht von einer *Maßnahme nationaler Vorsicht*, und *Daily Express* bringt eine besonders gute Formulierung, indem sie bemerkt, die Verordnung Darrés stelle *die Vorsorge für den Krieg, aber den Krieg gegen den Winter* dar.

Es wird hier ersichtlich, daß England kein besonderes Interesse hat, dieses Thema weiter „auszuschlachten", denn es wird dann doch zu deutlich auf die eigenen Wunden hingewiesen. Es wäre nur wünschenswert, wenn die englische Presse auch in anderen Fällen unsere Lage in demselben Maße nachfühlen könnte, denn dann würden unseren Bemühungen auch mehr Verständnis entgegengebracht werden.

Unt.

Haben Sie schon

unsere Bitte erfüllt und in die dem Heft 15 beiliegende Karte

Namen und Anschriften Ihrer Kameraden, Mitarbeiter und Bekannten

eingetragen?

Vergaßen Sie auch nicht

diese Karte an uns in den Briefkasten zu stecken? Wir wissen Ihr Zeitopfer - es sind übrigens

nur 2 Minuten -

zu schätzen und halten bestimmt unser Versprechen, Bestellungen, die auf Grund Ihrer Empfehlung bei uns eingehen, Ihnen

bei der kommenden Werbeprämienaktion gutzuschreiben.

Wenn Sie die Ausfüllung und Absendung doch übersehen haben, bitten wir, dies alsbald nachzuholen.

Wir danken auch schön!

Digitized by Google

Mißdeutungen um die Reichswerke AG. „Hermann Göring"

Ereignisse, die aus dem allgemeinen Rahmen fallen, geben uns immer wieder die Gelegenheit festzustellen, inwieweit das Ausland fähig und gewillt ist — abgesehen von den bewußten Unterstellungen der jüdischen Presse — das Geschehen unserer Tage richtig zu beurteilen.

Die Gründung der Reichswerke AG. „Hermann Göring", die zweifellos eine Maßnahme darstellt, die im nationalsozialistischen Deutschland in dieser Art noch nicht durchgeführt wurde, gab selbstverständlicherweise einer rührigen Auslandspresse den Anlaß zu vielseitigen und umfangreichen Kommentaren. *News Chronicle* sprach davon, daß Deutschland nun versuche, auch von den Eisenbezügen General Francos unabhängig zu werden. Also ein kleiner Querschuß gegen unser neues Wirtschaftsabkommen mit dem nationalspanischen Regierungschef.

Ein schwedisches Blatt schreibt von der *Propagandanummer zur Erbauung des breiten inländischen Publikums*, will jedoch nicht verzichten, Deutschland darauf aufmerksam zu machen, daß diese geplanten Maßnahmen dem Reiche teuer zu stehen kommen. Nun, das Blatt kann sich beruhigen, da von offizieller Seite erklärt wurde, daß Deutschland nicht die Absicht habe, Autarkie in der Eisenversorgung anzustreben, und somit Deutschland auch weiterhin ein Abnehmer für schwedische, französische u. a. Eisenerze bleiben wird.

Alle diese Äußerungen, aus denen nur zu leicht die Tendenz zu erraten ist, scheinen uns weniger gefährlich als manche Kommentare, die oft, wenn auch nicht immer aus schlechten Absichten heraus, dazu führen, unsere Maßnahmen als das typische Beispiel für eine angeblich bestimmte, grundsätzliche Haltung hinzustellen, die sich allein in dieser Richtung auswirkt. So schreibt die *Morning Post* in Bezugnahme auf die Eisenbeschaffung:

> *Der Vierjahresplan hat die nationalsozialistische Regierung in die Lage versetzt, schneller und in umfassenderer Weise, als wahrscheinlich anfangs beabsichtigt, sozialistische Maßnahmen einzuführen.*

Hier z. B. ist der deutliche Versuch unternommen, eine notwendige Maßnahme tendenziös umzudeuten. In der Gründung der „Hermann-Göring"-Reichswerke-AG. die sozialistische Maßnahme zu sehen, ist weit verfehlt, zumal wenn hiermit, wie auch geschehen, die Gleichstellung von Verstaatlichung, Sozialisierung und Sozialismus verbunden ist.

Wir wissen, daß außergewöhnliche Zeiten auch außergewöhnliche Maßnahmen erfordern und daß es gilt, die Durchführung des Vierjahresplans, der einen wichtigen Abschnitt in dem Kampf um unsere wirtschaftliche Freiheit einnimmt, sicherzustellen,

> „denn es handelt sich für uns um die Freiheit unserer Arbeit und für unsere Gegner um die Wiedergewinnung ihrer Herrschaft über unsere Arbeit, die wir für alle Ewigkeit zerstören müssen, wenn wir das Leben unseres Volkes nicht aufgeben wollen. Hieraus sind aber auch diejenigen mehr äußerlichen Ausrichtungen unserer Wirtschaftspolitik zu begreifen, die Unverständigen und Böswilligen teils zur kindlichen Verkennung, teils aber auch zur Sinnfälschung unserer Haltung dienen",

wie Bernhard Köhler auf dem großen Schulungslehrgang der Kommission für Wirtschaftspolitik erklärte.

Es gilt, darauf zu achten, daß zweck- und zeitgebundene Maßnahmen nicht als Grundsätze festgenagelt werden, die dann nur zu leicht dazu benützt würden, um uns eine schwankende Haltung vorzuwerfen. Die Gegner dürfen nie erreichen, daß die weltanschaulichen Grundlagen unseres Kampfes um die Freiheit der Arbeit durch die Betonung und das Herausstellen wirtschaftstechnischer Maßnahmen überwuchert werden. Wir können daher voll und ganz die Auffassung des *Bulletin Quotidien* unterstreichen, das in der Verordnung Görings

Deutschlands absoluten Willen, den Vierjahresplan durchzuführen,

sieht. Das war das Entscheidende und nicht etwa der Wille, die Eisenindustrie dem „Sozialismus" gefügig zu machen.

Unt.

Digitized by Google

Querschnitt durch das Schrifttum

Eisenwirtschaft und Presse

Dr. Erich Just: „Die deutsche Eisenwirtschaft im Handelsteil der Tageszeitung im vornationalsozialistischen Deutschland", Verlag G. H. Nolte, Düsseldorf 1936, 95 S., RM. 2,80.

Der Verfasser untersucht alle Faktoren, die bei der Wechselbeziehung von Wirtschaft und wirtschaftlicher Berichterstattung eine Rolle spielen. Er geht dabei von den Anfängen der wirtschaftlichen Berichterstattung der Eisenwirtschaft aus und verfolgt ihre Entwicklung bis zur Machtübernahme. Den bis in die kleinsten Einzelheiten gehenden Untersuchungen entnehmen wir auch die Bestätigung von den ständigen Bemühungen der verantwortlichen Stellen der Eisenwirtschaft, Wirtschaftspolitik zu treiben.

Von Interesse ist, daß die sogenannte Pressepolitik der Eisenerzeugungsindustrie im Kampfe gegen die Gewerkschaften und die eisenverarbeitende Industrie stand. Es ist jedoch erwähnenswert, daß die Gewerkschaften hierbei die Bedeutung der Presse und ihre Einwirkungsmöglichkeiten schneller erkannt haben als die eisenerzeugende Industrie, die sich erst später entschließen konnte, u. a. selbst Pressestellen einzurichten, die sich vornehmlich auf die Abwehr von Angriffen konzentrierten.

Unt.

Gegen den Bolschewismus

Rudolf Lengauer, „Wir rufen Europa", Verlag F. Bruckmann A.-G., München 1937, 205 S., Preis kart. RM. 2,50.

In einem Streifzug von Gedanken und Beurteilungen entwickelt Lengauer die Forderung einer antibolschewistischen europäischen Allianz. „Die Funktion dieser Allianz richtet sich weder gegen Frankreich, noch gegen die Tschechoslowakei, noch gegen Rußland, sondern gegen den Bolschewismus als internationale Erscheinung."

Der Verfasser verweist auch auf die Machtstellung des Bolschewismus in den kleinen Staaten, insbesondere in der Tschechoslowakei, die den Deutschen planmäßig das Recht auf Arbeit entzieht.

Sch.

„Die Eroberung der Wirtschaft"

hierüber spricht

Parteigenosse **Bernhard Köhler**

auf der Sondertagung der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. auf dem

Reichsparteitag 1937

am Montag, den 13. September, 9 Uhr vormittags im Saal des Kulturvereinshauses in Nürnberg, Frauentorgraben 49.

Bestellen Sie rechtzeitig Karten für diese Sonderveranstaltung bei Ihrem zuständigen Gauwirtschaftsberater!

Digitized by Google

Borgen heißt arm werden

Wer borgt, lebt auf Kosten seiner Volksgenossen!
Wer borgt, betrügt sich selbst!
Wer borgt, schwächt die Leistungskraft seiner Arbeitskameraden!
Wer borgt, bestiehlt daher die Volksgemeinschaft!
Wer borgt, stellt also dem Sozialismus ein Bein!

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik kämpft deshalb gegen das Armwerden durch Borgen, für das Reichwerden durch Arbeit.

Der Kampf gegen das Borgunwesen muß zur Ehrensache jedes einzelnen Volksgenossen werden, er ist eine Propagandapflicht jedes Parteigenossen.

Als Waffe für diesen Kampf geben wir Ihnen Heft 17 der Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.: „Die wirtschaftspolitische Parole" als

Sondernummer

Borgen heißt arm werden

in die Hand.

Diese Sondernummer erscheint für die ständigen Bezieher im üblichen Umfang. Der allen Volksgenossen zugängliche Teil der Ausgabe erscheint als

Flugschrift:

Borgen heißt arm werden

in einem Auszug von 16 Seiten und wird zum Preise von RM. —,10 verbreitet. Bei Massenbestellungen kosten 30 Stück RM. 2,70, 50 Stück RM. 4,50, 100 Stück RM. 8,—, 1000 Stück RM. 70,—

Eine Bestellkarte für diese Flugschrift liegt bei!

Jeder wirtschaftspolitische Propagandist wirbt mit seiner so oft bewiesenen Tatkraft für die Flugschrift

Borgen heißt arm werden

Bestellungen sind baldigst über die Kreis- bzw. Gauwirtschaftsberater an die Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. München, Karlstr. 24, zu richten.

Verantwortlich für die Gesamtgestaltung der Zeitschrift: Udo Pfriemer / Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt: Carl Flubme / Verantwortlich für die Werbung: Rudolf Schmidt / Sämtlich: München 43, Karlstraße 24 / Nachdruck auch auszugsweise nicht gestattet, es sei denn, daß eine ausdrückliche vorherige Genehmigung der Schriftleitung erteilt ist. / Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Nur durch die Dienststellen der NSDAP. / Erscheinen: Zweimal im Monat / Halbjährlicher Bezugspreis RM. 3,60 einschl. Zustellgebühr / Preis des einzelnen Heftes: 35 Pfennig.

Digitized by Google

JAHRGANG
4
ZENTRALVERLAG DER NSDAP. MÜNCHEN

Einfolo
HC
286.3
.A1
N28
v. 4
no. 7

Die wirtschaftspolitische Parole

Der Führer

am 29. April 1928 in Bamberg:

„Wir brauchen Macht, um Lebensraum zu erwerben. Machterringung ist nicht so sehr eine Frage des Waffenbesitzes als des Geistes, der ein Volk beseelt."

HEFT

Digitized by Google

MITTEILUNGEN DER KOMMISSION FÜR WIRTSCHAFTSPOLITIK DER NSDAP

Die wirtschaftspolitische Parole
Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.

4. Jahrgang
Heft 7
5. April 1939

Inhalt:

	Seite
Bernhard Köhler: Oster-Angsthasen-Eier	193
Max Beust: Und jetzt: der Einzelhandel —	196
Ein großer Wirtschaftsraum ist entstanden!	197
Rudolf Rigler: Achtung: Feind hört mit!	199
Sparsamkeit bedeutet Reichtum!	201
Wilhelm Mührdel: Das Reichsprotektorat landwirtschaftlich gesehen	203
Krisenfeste Wirtschaft!	205
Wirtschaftspolitischer Appell	208
Größerer Wirtschaftsraum — neue Aufgaben und Methoden!	209
1 290 000 Aussteuern verpafft!	210
200 = 2 Millionen	211
Diskreditierung des Handels durch Bestrafung von Preisüberschreitungen?	212
Zahlen zum Nachdenken für den NS.-Propagandisten	213
1. Engländer 9 v. H.	213
2. Die Industrie des Memelgebietes	213
3. Großdeutschland im Südwesteuropahandel	213
Zeichen der Lebenshaltungssteigerung	214
Hilfe für Memels Bauern	215
Pumplogik	215
Akkordschere beschneidet Leistung	216
Fester Arbeitsplatz erhöht die Leistung	217
„Zusätzliche Altersversorgung stärkt die Betriebstreue“	217
Kampf dem Verderb lohnt sich doch!	218
Arbeitskraft zu vermieten?	219
Ohne Ordnung des Betriebes keine Ordnung des Marktes	220
Der Zuwachs an Juden im großdeutschen Raum	220
Verspekuliert!	222
Die deutsch-englischen Wirtschaftsverhandlungen	222
Stören wir das Geschäft anderer?	223
Warum denn ins eigene Fleisch schneiden?	224

Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München 22, Thierschstr. 11

„Rassenkampf der Wirtschaft“

Die hochaktuelle Kampfschrift Bernhard Köhlers gegen jüdischen Geist und jüdische Methode (Heft 5 der 20-Pfennig-Schriften zur Wirtschaftspolitik), ist im Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München

in 2. Auflage soeben erschienen!

Die erste Auflage war innerhalb von 6 Wochen vergriffen!

Digitized by Google

Gift
R. M. Myers
6-15-61

Die wirtschaftspolitische Parole

Mitteilungen der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.

Jahrgang 4 — 5. April 1939 — Heft 7

WIR ABER, WIR WACHEN!

Der Führer am 29. April 1928 in Bamberg:

„Wir brauchen Macht, um Lebensraum zu erwerben. Machterringung ist nicht so sehr eine Frage des Waffenbesitzes als des Geistes, der ein Volk beseelt."

Bernhard Köhler:

Oster-Angsthasen-Eier

Osterhasen legen Eier. Angsthasen legen faule Eier.

Es kommt heute kaum mehr vor, daß sich ein angeblicher Wirtschaftssachverständiger hinstellt und erklärt, die Wirtschaft sei ein äußerst feiner Mechanismus oder Motor oder etwas Ähnliches. Auch diejenigen, die früher mit gespreizter Selbstgefälligkeit sich so ausgedrückt haben, möchten es heute gern vergessen sein lassen, daß dies einmal ihre Meinung war.

> Die Vorstellung von dem richtigen und notwendigen Ablauf der Volkswirtschaft ist aber fast überall noch die gleiche wie damals, als unter jüdischer Propaganda diese Volkswirtschaft eine Maschine (oder ein Rädchen in der Weltwirtschaft) sein sollte.

Hier zeigt sich die gewaltige Wirkungskraft lügnerischer Propaganda und die Notwendigkeit, ihren Nachwirkungen auch dann noch entgegenzutreten, wenn die Propaganda selbst die ehemals gebrauchte Form längst aufgegeben hat.

Jüdische und spießbürgerliche Vorstellung von Volkswirtschaft

Die Vorstellung nämlich, die sich der brave Spießbürger noch heute von Wirtschaft und Volkswirtschaft macht, läuft darauf hinaus, daß die Wirtschaft normalerweise wie ein gutgehendes Uhrwerk laufen müsse. Jede Unregelmäßigkeit, jede Notwendigkeit, neue Entschlüsse zu fassen, neue Dis-

Der Nachdruck aus der „Wirtschaftspolitischen Parole" ist verboten. Ausnahmen sind zulässig, wenn die schriftliche Genehmigung der Schriftleitung vorher eingeholt worden ist.

Digitized by Google

positionen zu treffen, sei eigentlich eine Störung des normalen Ablaufs. Aus dieser Vorstellung eines eigentlich notwendigen störungsfreien, maschinenmäßigen Ablaufs einer normalen Wirtschaft kommt nun zweierlei:

Erstens jene nachrevolutionäre Wiederauferstehung der spießig-wirtschaftsparteilichen Auffassung von Wirtschaftspolitik, die ihren völlig entsprechenden Ausdruck in der Meinung erhalten hat, die Wirtschaftspolitik bestünde in der Kunst, Störungen des normalen Wirtschaftsablaufs möglichst vollständig aufzufangen.

Und zweitens in dem angstvollen Zittern und Gezeter, das bei allen denjenigen ausbricht, denen „normale Wirtschaft" als der Inbegriff des aufregungslosen, zwischenfall-losen, spießbürgerlichen Seligkeitszustands vollkommener Ruhe erscheint. (Zu welchem Zwecke dieser selbe Spießbürger dann auch nach „Wirtschaftslenkung" ruft; denn wieso dürfte denn der Staat überhaupt beanspruchen, die Wirtschaft zu lenken, wenn nicht, um dem Spießbürger seine Ruhe und Ordnung zu garantieren?)

Mein lieber Zeitgenosse, die Zeiten sind vorbei und kommen nie wieder, in denen „die Wirtschaft" ein wohlbehüteter Weideplatz friedlichen Rindviehs war. Das deutsche Volk ist nämlich dahintergekommen, daß der Wert an Milch, Butter, Fleisch, Leder, Talg, Knochen, Hörnern usw., den eine solche Weide gibt, bei weitem den Aufwand nicht lohnt, den es kosten würde, sie zu erhalten und zu pflegen!

> Das deutsche Volk hat mehr davon, wenn seine Volksgenossen entschlußkräftig, wagemutig und ausdauernd sind, als wenn sie verweichlicht sind und angstvoll bei jedem Anspruch an ihren Mut nach dem Schutzmann oder dem Vater Staat schreien.

Ordnung richtig verstanden

Man darf die Ordnung auch nicht mißverstehen, und man darf sie vor allem nicht vom Standpunkt des Spießbürgers aus verstehen.

> Die Ordnung, von der der Führer gelegentlich spricht, ist etwas ganz anderes als diejenige Ordnung, der in jeder wirtschaftsparteilichen Versammlung begeistert Beifall gezollt wurde.

Es mag zugegeben werden, daß die Ordnung, die der Führer meint, aus verschiedenen Gründen nicht bis ins einzelne geschildert werden kann, solange sie nicht in Wirklichkeit hergestellt worden ist. Das ist aber kein Grund so zu tun, als ob dasjenige, was sich der Spießbürger darunter vorstellt, das Ziel der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik wäre!

Die Parteigenossen haben eine ganz besonders ehrenvolle und vordringliche Pflicht, jenen spießbürgerlichen Angstzuständen entgegenzutreten.

> Es ist ganz selbstverständlich, daß die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik immer wieder neue Nüsse zu knacken und neue Schwierigkeiten zu überwinden hat. Hätte sie das nicht, so wäre sie keine Politik, würde nicht zu immer neuen Zielen ringend vorwärtsschreiten, sondern in der Erhaltung und Verwaltung des Gewonnenen ihr Genüge finden.

Digitized by Google

Gott sei Dank, daß der Führer immer neue Aufgaben zu stellen versteht!

Der „Blitz aus heiterm Himmel" und der Wirtschaftsbürger

Dem richtigen Wirtschaftsbürger ist es natürlich ein Greuel, daß alle Augenblicke, wie der „Blitz aus heiterm Himmel", ein politisches Ereignis eintritt, auf das er sich einzurichten gezwungen wird. Dem deutschen Volk ist dies aber nützlicher, als etwa auf Blitz und Donner zu verzichten! Und da sich die Herren Spießbürger, Angstmeier & Comp. niemals daran gewöhnen werden, haben sie eben nicht mitzureden.

Es ist auch ganz selbstverständlich, daß die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik gezwungen ist, immer wieder neue Leistungen, ja sogar immer wieder neue Ordnungen und Einrichtungen für ihren Dienst zu verlangen, daß also das von manchem so herzlich ersehnte Organisationssystem wirtschaftlicher Lenkung in der Art gar nicht gefunden werden kann, wie sie sich's vorstellen. Und also ist es auch eine lächerliche und unerfüllbare Hoffnung, sich einzubilden, daß jemals ein solches System in völliger Ruhe und Ordnung funktionieren könne. Es gibt gewisse wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Möglichkeiten, die das Funktionieren einer gewissen Ordnung erleichtern und es gibt auch eine Anzahl staatlicher, organisatorischer und verwaltungsmäßiger Hilfen dafür. Aber daß uns irgend etwas zu schaffen macht, das wird immer wieder vorkommen.

Gegenwärtig sind es die Begleiterscheinungen des Arbeitermangels, die Spannungen in der Werkstoffversorgung, der Kapitalmangel und andere damit zusammenhängende Erscheinungen. Keine davon hat uns überrascht, und diejenigen, die behaupten, das wäre überraschend gekommen, haben nie etwas von Wirtschaftspolitik und Volkswirtschaft verstanden. Es ist auch nicht so, daß bei besserer Beachtung der vorauszusehenden Erscheinungen sie hätten vermieden werden können.

> Zum Teil stammen sie noch aus dem Verschulden der vornationalsozialistischen Zeit, zum Teil gehört es gerade zur richtigen Führung, den Punkt abzutasten, an dem dann eine autoritäre Gegenwirkung einzutreten hat. Und dies ist nicht immer dann, wenn der Zeitgenosse Soundso das für notwendig hält, weil er selbst davon betroffen ist!

Leistungsfähige, abgehärtete Volkswirtschaft!

Unsere nationalsozialistische Volkswirtschaft ist kein Treibhaus und ist kein Amtszimmer, in dem kein frisches Lüftchen wehen darf, damit sich niemand erkältet. Es ist nun schon Jahre her, daß wir in einem Atem auf die notwendige Krisenfestigkeit der Betriebe aufmerksam machten und zugleich feststellten, daß kapitalistische Krisen überhaupt nicht mehr vorkommen könnten.

> Ein nationalsozialistischer Unternehmer muß in der Lage sein, aus solchen Hinweisen die nötigen Schlüsse zu ziehen. Kann er das nicht, so taugt er nicht zum Unternehmer.

Es ist nicht Sache der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik, für den Bestand oder gar das Wohlbefinden des einzelnen Unternehmens zu sorgen. Wir brauchen eine leistungsfähige, d. h. auch eine abgehärtete Volkswirtschaft. Keine, die ein Lüftchen schon umbläst und die ins Zittern gerät,

Digitized by Google

wenn einmal Kapitalmangel und Menschenmangel in Erscheinung treten. Uns ist nicht nur gedient, wenn wir fabelhaft durchgebildete, durchorganisierte, durchrationalisierte Unternehmungen haben, sondern erst dann, wenn diese Unternehmungen von Unternehmern geleitet werden, die fähig sind, Vorsorge zu treffen und jederzeit selbständige, trefffichere und großzügige Entschlüsse zu fassen.

Solche Unternehmer brauchen wir. Aber keine Angsthasen.

Max Beust:

Und jetzt: der Einzelhandel —

Rationell handeln heißt doch wohl: vernünftig handeln!? Und ein Ergebnis solchen Handelns wird ein günstiges Verhältnis zwischen Aufwand und Erfolg sein. Das sind Gemeinplätze, die auch im Rationalisierungsschrifttum der Systemzeit breitgetreten worden sind. Mit welchem Erfolg?

1925 wurden 1 727 400 Personen in 785 206 Betriebseinheiten im Einzelhandel angesetzt, 1933 dagegen 1 910 988 in 839 390 Einheiten. Wenn wir alle nun nicht die „Erfolge" jener Epoche des deutschen Verfalls so am eigenen Leibe verspürt hätten, daß wir sie Zeit unseres Lebens nicht vergessen werden, wenn wir also „reine Toren" wären, so würden wir annehmen, daß der Umsatz, mindestens im Verhältnis des Kräfteeinsatzes, also um rund 11 v. H., oder vielleicht des Betriebseinsatzes, also um rund 7 v. H. gestiegen ist.

Das Gegenteil ist „natürlich" der Fall: der Umsatz war um rund 30 v. H. gesunken. Kein Wunder, daß die Einzelhandelskosten — bezogen auf den Umsatz — von 20,5 v. H. (1929) auf 26,3 v. H. (1932) stiegen, kein Wunder, daß z. B. selbst jeder im Lebensmitteleinzelhandel (also bei der Deckung des starren Bedarfs) Tätige — die arbeitslosen Einzelhändler, die, wenn in die Berechnung einbezogen, den Stand noch weiter hinunterdrücken würden, bleiben außer Betracht —, der das Jahr 1925 über noch Ware im Werte von 16 400 RM. über den Ladentisch gegeben hatte, 1933 nur noch für 15 600 RM. verkaufte und jeder im Schuheinzelhandel Tätige statt 21 100 RM. (1925) gar nur noch 16 200 RM. (1932) umsetzte.

Die Schuld an dieser Entwicklung trug selbstverständlich nicht der Einzelhandel. Sie fiel einer ohnmächtigen Regierung zu, die, weil sie weder imstande war, den Lebenskampf des Volkes zu führen, noch wirtschaftlich zu rechnen, Arbeitslosigkeit und damit Kaufkraftschwund duldete.

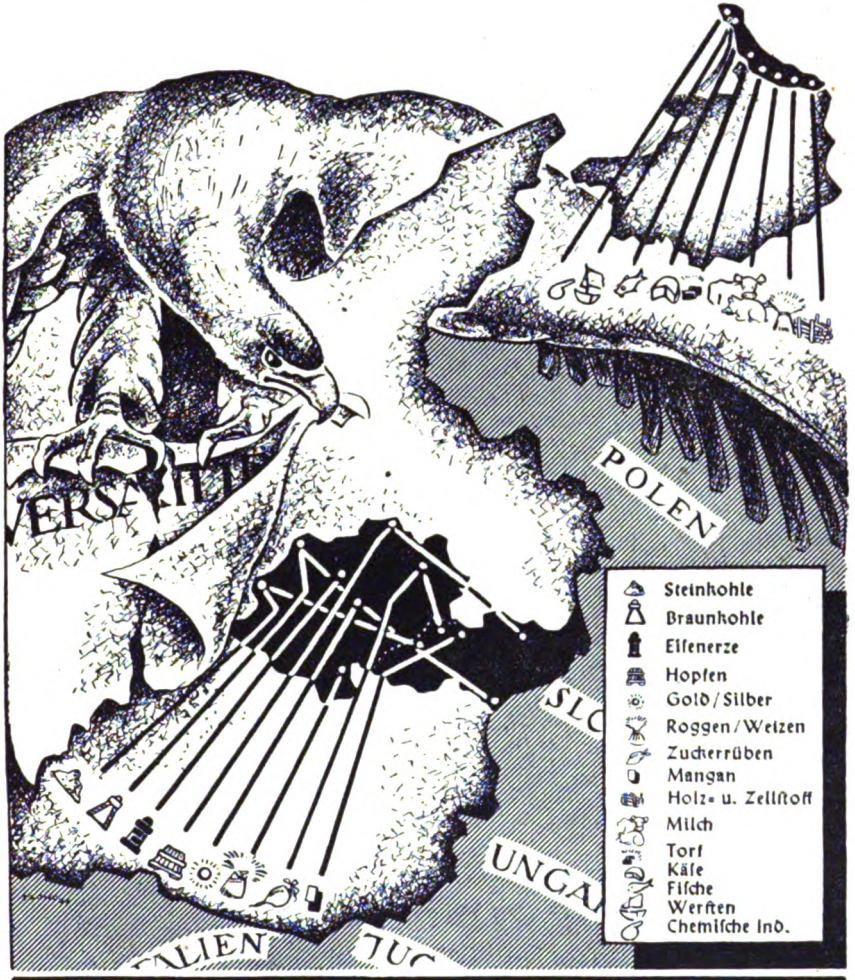
Jeder Wirtschaftsvorgang ist nun einmal von der Stärke des Arbeitseinsatzes abhängig.

Doch nicht nur durch Zerstörung der Kaufkraft brachte diese Regierung auch den Einzelhandel an den Rand seiner Kräfte, sondern besonders noch durch die Duldung, ja Förderung (z. B. Beamtenabbau verbunden mit Abfindung) zahlloser Neugründungen von Einzelhandelsgeschäften, deren Leitern entweder die notwendige Sachkenntnis oder das betriebsnotwendige Kapital oder beides zusammen fehlte.

Während von 1925 auf 1933 die Zahl der beschäftigten Personen in Industrie und Handwerk insgesamt um 30,3 v. H., ja im Bergbau z. B. so-

Digitized by Google

Ein großer Wirtschaftsraum ist entstanden!



„Je besser die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik zur Auswirkung kommt, desto besser ist es für das Schicksal der europäischen Länder. Daraus ergibt sich, daß die Gegner der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik auch Gegner der wirtschaftlichen Blüte Europas sind."

Bernhard Köhler am 23. Januar 1939 gelegentlich des Großen Lehrganges der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP.

FL.

Digitized by Google

gar um 44,3 v. H. zurückging, zweigte sich in dieser Zeit von dem Hauptstrom, der die Arbeitslosen in die Arbeitsämter führte, ein starker Flußarm ab, der mit dazu half, in den Einzelhandel rund 200 000 Menschen *mehr* zu pumpen, mit dazu Anlaß gab, daß rund 50 000 *neue* Betriebe errichtet wurden.

Der Einzelhandel als „unproduktive Erwerbslosenfürsorge"

— das war ein Zeichen für die Bankerotterklärung eines Systems, das Nationalsozialisten der „Unvernunft" anklagen, selbst aber weder eine vernünftige Politik noch eine vernünftige Wirtschaft betreiben konnte.

Die Folgen dieses irrsinnigen Verfahrens zeigen sich noch heute. Nicht alle Schäden hat die Tatsache heilen können, daß der Einzelhandelsumsatz 1938 wertmäßig rund 56 v. H. *über* dem des Jahres 1933 und damit mengenmäßig rund 13,5 v. H. *über* dem des Jahres 1929, das den Höchststand aufwies, steigen konnte.

Wenn sich nach der Betriebszählung 1933 die Ziffern nicht wesentlich verändert haben, sind heute noch in den meisten Städten mit 20 000 Einwohnern 140 Nahrungs- und Genußmitteleinzelhandelsgeschäfte und 40 für Bekleidung und Textil vorhanden, obwohl nach Meinung der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel 67 bzw. 22 — nach den Ziffern, die der Planung Salzgitter — Volkswagenstadt Fallersleben zugrundegelegt werden, sogar nur 20 bzw. 5 (vgl. „Die wirtschaftspolitische Parole", 4. Jahrg. S. 35) — ausreichen würden. Diese Geschäfte finden 280 Schaffende im Nahrungs- und Genußmitteleinzelhandel und 150 im Bekleidungs- und Textileinzelhandel, obwohl — wieder nach Meinung der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel — 187 bzw. 80 genügen würden.

> Strukturfehler, begangen in der kapitalistischen Vorkriegsepoche, zur Leitlinie der ungesunden Entwicklung der Systemzeit gemacht, deren Beseitigung bereits im Zusammenhang mit der Durchführung der Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben vom 12. November 1938 derart radikal in Angriff genommen wurde, daß vielerorts zwei Drittel der jüdischen Einzelhandelsbetriebe liquidiert wurden*, müssen mit entschiedenen Maßnahmen *endgültig behoben* werden, zumal wichtigere Aufgaben nach Arbeitskräften rufen.

Diesen Zweck verfolgt die *Verordnung* des Reichswirtschaftsministers

zur Beseitigung der Übersetzung im Einzelhandel

(RGBl. 1939 I S. 498). Einzelhändler, die wirtschaftlich nicht auf eigenen Füßen stehen können, müssen verschwinden, besonders wenn sie für anderweitigen Einsatz geeignet sind. Oberster Gesichtspunkt bei der Durchführung der Maßnahmen bleibt aber: die gesicherte Verbraucherversorgung. Erschwerungen darin dürfen besonders nicht in einer Zeit eintreten, in der, durch die der Wirtschaft gestellten Aufgaben erzwungen, die *verheiratete* Frau, die außer ihren Berufspflichten noch die der *Hausfrau* und Mutter zu erfüllen hat, wieder stärker in das Erwerbsleben einbezogen ist. Ihr Anteil an

* Vergl. „Die wirtschaftspolitische Parole" 4. Jahrgang S. 138.

Digitized by Google

der Zahl der in Industrie, Handel und Gewerbe insgesamt beschäftigten Frauen von rund 36 v. H. liegt noch weit über dem rund 27 v. H. betragenden Anteil der verheirateten Frauen an der Gesamtzahl der arbeitsbuchpflichtigen Landarbeiterinnen.

> Bei allen über die Forderungen des Reichswirtschaftsministers hinausgehenden „Durchkämmungs"-Maßnahmen darf ebenfalls nicht schematisch — etwa allein nach Umsatzgrößenklassen — vorgegangen werden. Manche Betriebe, besonders auch ländliche, mit verhältnismäßig geringer Einzelhandelsumsatzgröße sind darum durchaus lebensfähig, weil ihre Leiter und deren Angehörige, nur mit einem Fuß im Einzelhandel stehend, verstehen, verschiedene Erwerbsquellen zu einer gesunden wirtschaftlichen Plattform zu vereinigen. Solche Gebilde sollen nicht durch schematische Funktionen-, Geschäftszweig- und berufsständische Trennungsstriche zu Tode geschnitten werden.

Um auch schwierigere Fälle zweckmäßig lösen zu können, sind mit den örtlichen Verhältnissen vertraute Stellen, insbesondere auch der Kreisleiter der NSDAP., eingeschaltet. Die Verordnung wird ihren

Zweck erreicht

haben, nicht etwa wenn es gelungen ist, die in einer Schätzung aufgetauchte, von der Wirtschaftsgruppe Einzelhandel als „phantastisch" bezeichnete Zahl von 150 000 bis 250 000 einsatzfähiger Arbeitskräfte — sie entspricht in ihrem höchsten Wert etwa dem Verhältnis, in dem im letzten Jahr Betriebe des Funkeinzelhandels ausgeschieden werden konnten, nämlich rund 13 v. H.; nach der Schätzung einer „zuständigen Stelle" soll die Zahl der zu schließenden Einzelhandelsbetriebe nur 8000 bis 10 000 betragen — freizusetzen, sondern wenn alle ungesunden Existenzen aus dem Einzelhandel verschwunden, die verbleibenden Betriebe in Bestform und die freigesetzten Einzelhändler auf Arbeitsplätzen sein werden, an denen sie für ihr Volk und für sich mehr leisten können.

Rudolf Rigler:

Achtung: Feind hört mit!

Das Frontgeschlecht kennt die Warnung! Es hat oft genug auf Grund leichthin geführter Feldtelephongespräche, die der Gegner mit Hilfe besonderer Abhöreinrichtungen mitgehört hat, bluten müssen.

Heute ist es der ausländische Nachrichtendienst, der ungeheuere Summen zur Verfügung stellt, um durch Spione und Landesverräter oder selbst auf dem Wege über die gewerbsmäßige Auskunfterteilung die staatlichen, politischen, militärischen, wirtschaftlichen und technischen Besonderheiten auszukundschaften, die die „geheimnisvolle" Stärke des Großdeutschen Reiches ausmachen.

Digitized by Google

Mißstände im Auskunftsgewerbe

Gerade das Auskunftsgewerbe bot früher in seinen haupt- und nebenberuflichen Übersetzungserscheinungen, seiner Hintertreppendetektivromantik, seinem Auskunftskalenderunwesen und seiner Verjudung willkommene Möglichkeiten, unter dem Deckmantel der Kreditauskunft in vorsätzlich unlauterer, oft auch nur fahrlässiger (unüberlegter), immer aber gemeinschädlicher Weise Nachrichten in das Ausland gelangen zu lassen, deren Geheimhaltung im Interesse der Landesverteidigung oder aus anderen Gründen unbedingt geboten war.

Wehrwirtschaftlicher Landesverrat

So kann beispielsweise eine Gefährdung wehrpolitischer und wehrwirtschaftlicher Belange schon eintreten durch Angaben über

1. Vorräte und Läger,
2. Bezug und Verbrauch von Roh- und Halbstoffen,
3. Schaffung neuer Werkstoffe,
4. Vorgänge in der Energiewirtschaft (Gas, Wasser und Elektrizität),
5. Erzeugung, Förderung und Absatz,
6. Leistungsfähigkeit der Betriebseinrichtungen,
7. Beschäftigungsgrad und Leistungsausnutzung,
8. Herstellungsverfahren,
9. Standortzusammenstellungen von Industrien,
10. Werklagepläne und Neuanlagen.

Der Jude als gewerblicher Landesverräter

Der in dieser Hinsicht skrupelloseste gewerbliche Auskunftserteiler war bisher der Jude, weil er sich nie an die Gesetze seines Gastlandes hält, sondern nur seine jüdischen Gesetze anerkennt, d. h. den Talmud und den Schulchan aruch, die eine Treueverpflichtung gegenüber dem Gastvolk ablehnen, und es ist fast unglaublich, daß das nationalsozialistische Deutschland mit geradezu bewundernswerter Geduld das landesverräterische Treiben dieser Pestbeule am deutschen Volkskörper bis in die letzte Zeit geduldet hat, da das Gesetz zur Änderung der RGewO. für das Deutsche Reich vom 6. Juli 1938 (RGBl. I S. 823) den Juden die Ausübung des Auskunftsgewerbes erst mit Wirkung vom 9. Oktober 1938 untersagt.

Schaffung eines gesunden Auskunftsgewerbes.

Die bisher vorhandenen gesetzlichen Bestimmungen boten darüber hinaus keine Möglichkeit, unzuverlässige Personen von der Ausübung des Auskunftsgewerbes schnell und erfolgreich auszuschließen. Die Untersagung des Gewerbes gemäß § 35, Abs. 3, RGewO. war an den schwierigen und zeitraubenden Nachweis der Unzuverlässigkeit in der Auskunftserteilung gebunden und hinkte damit stets hinterher.

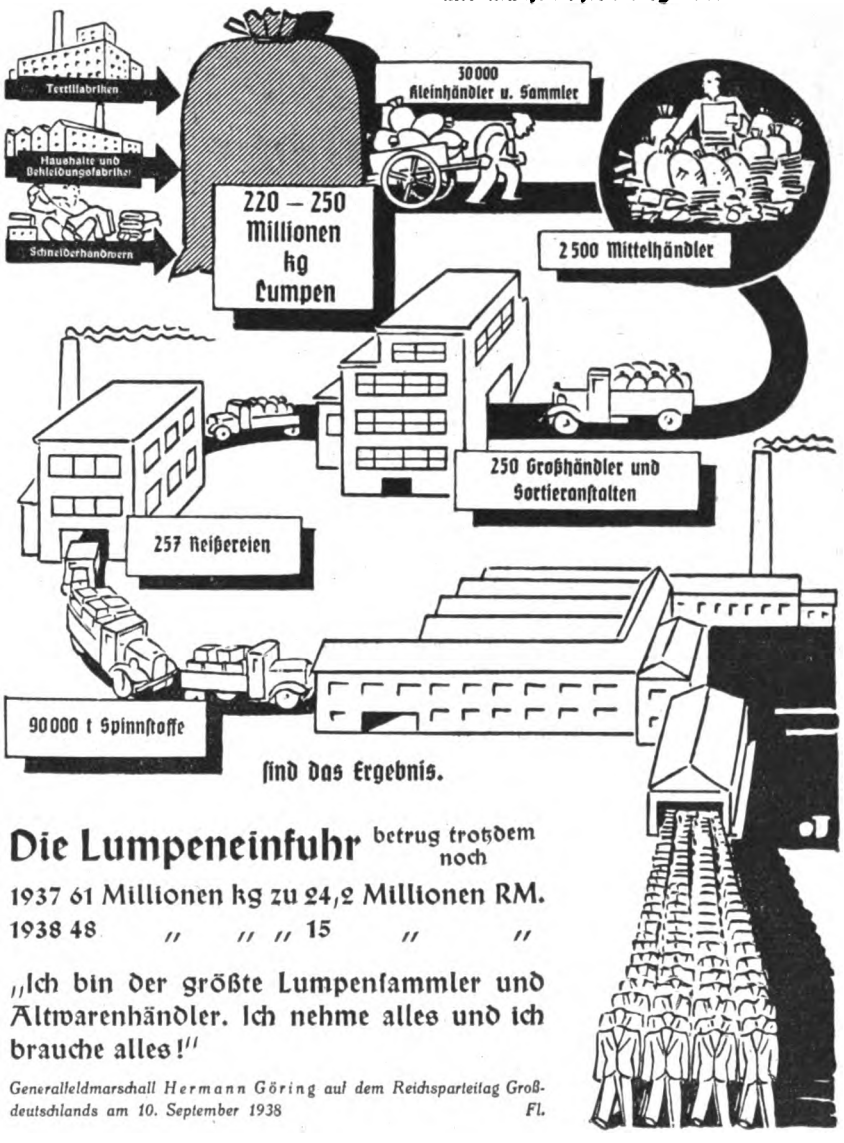
Erst das in diesen Tagen ergangene Gesetz zur Beseitigung von Mißständen im Auskunfts- und Detektivgewerbe vom 1. Februar 1939 (RGBl. I S. 266) und die dazu ergangene Erste DVO. vom 20. Februar 1939 (RGBl. I S. 277) brachte hier den notwendigen Fort-

Digitized by Google

Sparsamkeit bedeutet Reichtum!

Hier fallen Lumpen an

und machen ihren Weg über



Die Lumpeneinfuhr betrug trotzdem noch

1937 61 Millionen kg zu 24,2 Millionen RM.
1938 48 „ „ „ 15 „ „

„Ich bin der größte Lumpensammler und Altwarenhändler. Ich nehme alles und ich brauche alles!"

Generalfeldmarschall Hermann Göring auf dem Reichsparteitag Großdeutschlands am 10. September 1938 *Fl.*

Digitized by Google

schritt. Sie bestimmen nämlich, daß die staatliche Polizeibehörde, der Oberbürgermeister oder der Landrat die „gewerbsmäßige Erteilung von Auskünften über Vermögensverhältnisse oder persönliche Angelegenheiten" bereits untersagen oder vorläufig (befristet) verbieten können, wenn der Gewerbetreibende für die ordnungsmäßige Ausübung des Gewerbes keine Gewähr bietet.

Damit ist eine schnelle und höchst einfache Bereinigung des Auskunfts- und Detektivgewerbes in den Bereich der Möglichkeit gerückt, die nicht erst den Eintritt von Mißständen abwartet, sondern schon vorher durchgreift.

„Gewähr ordnungsmäßiger Ausübung des Gewerbes"

Die neue Vorschrift setzt sich dabei allerdings entschlossen über die bisherige Begriffsunterscheidung freies Gewerbe oder erlaubnispflichtiges Gewerbe hinweg und verlangt, obgleich es sich nur um ein anzeigepflichtiges Gewerbe handelt, daß der Ausübende die erforderliche Gewähr bietet. Bietet er sie nicht, so hat er bei einer flott arbeitenden Verwaltung auf seine vorgeschriebene „Anzeige der Eröffnung des Gewerbebetriebs" den postwendenden Bescheid in Händen, daß ihm die Ausübung des Gewerbes untersagt ist.

Gewerbepolizeiliche Zuverlässigkeit

Das mit dem Gesetz gestellte wirtschaftspolitische Ziel wird jedoch nur erreicht, wenn die Verwaltungspraxis sich bei der Handhabung der Bestimmungen von dem in langjähriger Besprechung gebildeten bisherigen Begriff der „gewerbepolizeilichen Zuverlässigkeit", der die politische Zuverlässigkeit nicht mit einschließt, loslöst und künftig im Auskunftswesen außer dem Befähigungsnachweis (der die Sachkunde, die fachliche Eignung und die finanziellen Voraussetzungen umfaßt), und der persönlichen (charakterlichen) Zuverlässigkeit auch die im Auskunftswesen unerläßliche

politische Zuverlässigkeit

fordert, d. h. verlangt, daß der Auskunftsgewerbetreibende Gewähr dafür bietet, jederzeit rückhaltlos für den nationalsozialistischen Staat einzutreten.

Ein Verzicht auf diese Forderung würde nicht nur die notwendige gründliche Säuberung des Auskunftswesens vereiteln, sondern auch die gesteigerte Bedeutung, welche das Auskunftsgewerbe im Zuge der wirtschaftlichen Entwicklung gewonnen hat, wie die damit in gleichem Umfang vergrößerte, vom ausländischen Nachrichtendienst her drohende Gefahr übersehen.

Die zuständigen Verwaltungsbeamten und Richter, die schon ihre besondere Dienst- und Treueverpflichtung zu Führer und Reich zwingt, für des Reiches Größe und Stärke einzustehen, werden sich daher zweifellos für die politische Zuverlässigkeit im Auskunftsgewerbe einsetzen müssen, auch ohne daß sie im Gesetz ausdrücklich hervorgehoben ist, weil sie sich nämlich aus dem Sinn und Zweck des Gesetzes von selbst ergibt.

Digitized by Google

Wilhelm Mährdel:

Das Reichsprotektorat landwirtschaftlich gesehen

Nach der Unabhängigkeitserklärung der Slowakei stellte sich die Tschechei unter den Schutz des Reiches, um so die Ruhe und Ordnung im Lande aufrechterhalten zu können. Das vom Führer über die Länder Böhmen und Mähren errichtete Reichsprotektorat erweckt das Interesse für die in diesen Landesteilen unter Anlehnung an die deutschen Verhältnisse neu zu gliedernde Wirtschaft.

Der Rumpfstaat der Tschecho-Slowakei, der nach dem Oktober 1938 übrig blieb, war in seiner volkswirtschaftlichen Struktur vorwiegend landwirtschaftlich bestimmt. Das böhmische und mährische Gebiet ist mit Ausnahme des industriellen Teiles im Pilsener Becken und in den Gegenden um Prag und Mährisch-Ostrau landwirtschaftliches Gebiet. Von den 9,9 Millionen Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche der aufgelösten Tschecho-Slowakei entfallen 4,9 Millionen Hektar, also rund die Hälfte, auf das Reichsprotektorat. Zwei Drittel der Gesamtfläche sind damit landwirtschaftlich genutzt.

Der landwirtschaftliche Charakter

kommt auch in dem Anteil der Bevölkerung an den Berufsgruppen zum Ausdruck. So waren 38,3 v. H. der Bevölkerung in der Land- und Forstwirtschaft tätig und nur 37,4 v. H. in Industrie und Bergbau. Da in Deutschland 28,9 v. H. der Bevölkerung der Landwirtschaft und 40,4 der Industrie zuzuzählen sind, ergibt sich ein stärker auf die Landwirtschaft gestütztes Wirtschaftsleben. Auf der landwirtschaftlich genutzten Fläche bestehen etwa 700 000 landwirtschaftliche Betriebe, die annähernd 1,9 Millionen Menschen Arbeit und Brot geben.

Das west-östliche Wirtschaftsgefälle drückt sich gleichsam in der Bevölkerungsdichte aus. Während in Böhmen auf den Quadratkilometer 136 Menschen kommen, nimmt die Bevölkerungsdichte nach Osten zu ab. In der ehemals zur Tschecho-Slowakei gehörenden Ukraine betrug sie nur noch 57 Menschen.

Die Beschaffenheit des Bodens ist besser als im Sudetenland und läßt daher durch eine intensive Bewirtschaftung eine Steigerung der Ertragsfähigkeit zu. Vorherrschend ist der Anbau von Roggen, dem flächenmäßig der Hafer und an dritter Stelle der Weizen folgt. Während in Mähren der Gerstenanbau stärker hervortritt, ist der Anbau in Böhmen gering. Zur Deckung ihres Bedarfes sind die Länder zur Einfuhr gezwungen, die jedoch durch geordnete Anbauregelung auf ein Minimum herabgedrückt werden kann. Der Weizenanbau hatte in den letzten Jahren einen sehr starken Auftrieb erhalten, so daß sich die Regierung 1935 veranlaßt sah, eine Flächenanbauregelung einzuführen. Der bis dahin gesteigerte Weizenlandanteil trug zum wesentlichen die Schuld am Verlust des Auslandsabsatzes in Malz, Zucker, Hafer, Hopfen, Holz usw. Durch die Abtrennung der Slowakei blieb das

Digitized by Google

hauptsächliche Weizenanbaugebiet bei dieser, so daß der Weizenanbau in Böhmen und Mähren auf den dritten Platz verwiesen ist. Trotzdem wird

das Reichsprotektorat ein Getreideüberschußgebiet werden.

Der Anteil des Ackerbodens an der landwirtschaftlichen Nutzfläche beträgt in Böhmen 50 v. H., in Mähren sogar 54,1 v. H. Im bisherigen Deutschen Reich beträgt der Anteil kaum 40 v. H. Einen guten Aufschluß über die Flächenverhältnisse in den neuen Landesteilen des Reiches gibt die vom Statistischen Staatsamt der ehemaligen tschecho-slowakischen Republik herausgegebene Tabelle, die das jetzige Gebiet Böhmen und Mähren umfaßt.

	Hektar
Weizen	302 000
Roggen	495 000
Gerste	257 000
Hafer	361 000
Mais	8 000
Klee	383 000

Der Getreideanbau ist vor allem im westlichen Teil Böhmens zu Hause, an den sich dann östlich das Rübenbaugebiet anschließt. Das Futteranbaugebiet ist durch die Abtrennung des Sudetenlandes bereits im Oktober 1938 zum Reich gekommen. Böhmen mit seinem Boden bietet sehr gute Möglichkeiten für den Weizenanbau und kann als Ersatz für die an die Slowakei abgetretenen und als Weizengebiete bekannten Gegenden dienen. Die unbedingt erforderliche

Anpassung der landwirtschaftlichen Verhältnisse

des Reichsprotektorates an die des Reiches stellen jedoch eine Forcierung des Weizenanbaues in Frage. Dagegen wird große Aufmerksamkeit dem Roggenanbau zuzuwenden sein, der heute im Pilsener Becken und in der südböhmischen Teichplatte besonders vorherrscht. Letztere weist teilweise einen Roggenanbau bis zu 25 v. H. des Ackerbodens auf.

Nicht unbedeutend ist heute noch der Hopfenanbau. Auf den hierfür verwendeten 4027 Hektar wurde im letzten Jahre ein Ertrag von 93 325 Zentnern erzielt, wovon etwa 40—50 000 Zentner als Exportware Verwendung finden. Der Wert des Hopfenexports wird mit 70—80 Millionen Kronen angegeben. Der deutsche Hopfenanbau erhielt durch das tschechische Hopfenanbaugebiet eine weitere Stärkung auf dem Weltmarkt, so daß Deutschland nunmehr unbestritten in der Hopfenerzeugung führend ist. Nachdem Deutschland bereits in der letzten Zeit zu einer Hopfenanbaueindämmung übergegangen ist, wird das neue Gebiet ebenfalls eine Eindämmung erfahren müssen, wenn man nicht zugunsten des guten tschechischen Hopfens innerhalb des Reiches eine weitere Einschränkung vornimmt.

Mit dem Gewinn des Rübenanbaugebietes hat die deutsche Zuckerwirtschaft ihren Platz auf dem Weltmarkt verstärken können. Außer in der Hopfenerzeugung hat Deutschland nunmehr auch in der Zuckererzeugung die führende Stellung inne. Es darf als bekannt vorausgesetzt werden, daß die ehemalige Tschecho-Slowakei zu den größten Zuckerproduzenten gehörte.

Digitized by Google

Krisenfeste Wirtschaft!

„Während der Deutsche sich im Ergebnis seiner Arbeit den ruhenden und gesicherten Besitz vorstellt, strebt der Jude danach, jeden Besitz zu mobilisieren und damit in den seiner Ausbeutung zugänglichen Strom wieder hineinzuführen. Wir kennen dies vom bäuerlichen Grundbesitz, vom Hausbesitz, vom **Kunstbesitz, vom Hausrat, vom Familienbesitz an wertvollen Erbtümern und Kleinodien.**"

Bernhard Köhler auf dem Reichsparteitag Großdeutschlands in Nürnberg am 10. September 1938 Fl.

Digitized by Google

Als ausreichend wird die Versorgung mit Obst aus eigener Erzeugung angesehen, wenn auch das Sudetenland mehr als 28 v. H. des Obstbaugebietes mit ins Reich gebracht hatte.

Große Bedeutung kommt in letzter Zeit der Förderung des Ölfrüchteanbaues zu (z. B. Winterraps, Leinsamen, Soja, Sonnenblumen, Mohn, ferner Textilpflanzen wie Flachs und Hanf), und in nächster Zeit wird die Intensivierung des Ölfruchtanbaues im Vordergrund stehen.

Wenig befriedigend ist die Lage auf dem Maismarkt. Die geringe Erzeugung macht sehr große Einfuhren erforderlich. Die Anbauvermehrung dieses Futtermittels wird ein dringendes Gebot sein.

Die Viehwirtschaft ist als durchaus gesund zu bezeichnen. Nicht weniger als 75 v. H. des Gesamtbestandes an Rindvieh der früheren Tschecho-Slowakei entfallen auf Böhmen und Mähren. Nach einer Ende des vorigen Jahres herausgegebenen Veröffentlichung beläuft sich der Viehbestand in den genannten Gebieten u. a. auf 320 000 Pferde, 1 250 000 Schweine und 2 400 000 Rinder. Dabei ist es wertvoll, feststellen zu können, daß gerade die Schweinezucht im Aufstieg begriffen ist. In Anbetracht der rückläufigen Bewegung im Reich schafft die im Steigen begriffene Zahl gesunde Ausgleichsmöglichkeiten.

Ausgesprochen als Waldland sind die Slowakei und die Karpatho-Ukraine anzusehen. Bedeutend ist jedoch auch

der Waldreichtum des jetzigen Reichsprotektorats.

Allein in Mähren entfallen vom Gesamtbodensitz auf den Waldbesitz 31,0 v. H. und in Böhmen sind es sogar 31,3 v. H.

Einer Leistungssteigerung bedürfen die landwirtschaftlichen Industriebetriebe, deren Arbeitskapazität nur zur Hälfte ausgenutzt ist. Die vorhandene Arbeitskapazität der Mühlen, Zuckerfabriken, Brauereien, der Betriebe für Flachs- und Stärkebereitung, der Kartoffelbrennereien usw. lassen eine Steigerung bis zu 71 v. H. zu. Hier liegen noch gewaltige Aufgaben, die ganz außerordentlich zur Stärkung der deutschen Wirtschaft beitragen werden.

Wenn man bedenkt, daß die bisherige Tschecho-Slowakei eine Arbeitsschlacht in unserem Sinne nicht gekannt hat, so kann man ermessen, welche Leistungssteigerung auch auf landwirtschaftlichem Gebiet noch möglich ist. Hierzu einige Zahlen, die in Form eines Vergleiches der Hektar-Erträge des ehemaligen Staates und denen des Reiches einen Überblick geben. Der Erzeugungsstand für das Jahr 1936 war in

	Deutschland je ha	Tschecho-Slowakei je ha
bei Roggen	16,4 dz	14,2 dz
Weizen	21,2 dz	16,3 dz
Gerste	20,8 dz	16,1 dz
Hafer	20,2 dz	15,9 dz
Kartoffeln	165,9 dz	141,3 dz

Digitized by Google

Die richtige Anleitung,

der planmäßige Einsatz und die ordnungsgemäße Durchführung

jahrelang bewährter Methoden werden den böhmischen und mährischen Landesteilen einen ungeheueren Auftrieb verschaffen. Die Erhaltung des landwirtschaftlichen Charakters des Landes ist eine naturgegebene Voraussetzung. Die auch in diesem Gebiet sich bemerkbar machende Landarbeiterabwanderung muß im eigenen Interesse des Landes normalisiert werden. Jedenfalls haben entsprechende Maßnahmen dafür zu sorgen, daß nicht nur der Stand der Erzeugung gehalten wird, sondern daß diese Gebiete

eine weitere Stütze der deutschen Ernährungssicherung

werden. Mittel und Wege, dieses Ziel zu erreichen, kennt die deutsche Agrarpolitik. Bisher hat das Fehlen verständnisvoller Maßnahmen den landwirtschaftlichen Erzeuger von einer Hebung der Erzeugung abgehalten, woran nicht zuletzt auch eine falsche Außenhandelspolitik der früheren Machthaber die Schuld trägt. Die deutsche Agrarpolitik wird daher den unter dem Reichsprotektorat stehenden Ländern Vorbild sein, dem nachzueifern die erste Voraussetzung für eine hochentwickelte Landwirtschaft ist. Die bisherigen Versuche, die ehemals tschecho-slowakische Landwirtschaft durch vielerlei, aber wirkungslos verpuffende Maßnahmen auf einen hohen Stand zu bringen, haben der klaren Aufgabenstellung durch das Reich zu weichen. Die einzuleitende Intensivierung wird zur Steigerung der eigenen Selbstversorgung beitragen und im Rahmen der wirtschaftlichen Einheit mit dem Reich den Ländern die Gewähr eines reibungslosen Absatzes innerhalb des Reiches geben.

Die Anpassung an die landwirtschaftlichen Verhältnisse des Reiches heißt, daß Böhmen und Mähren mehr noch als bisher Bauernland werden und eine weittragende Verpflichtung übernehmen.

„Juda entdeckt Amerika"

Die erste Auflage des Buches „Juda entdeckt Amerika" (Deutscher Hort-Verlag, Bad Furth), über das wir in den Heften 2 und 5 der „Wirtschaftspolitischen Parole" berichteten, ist bereits nahezu vergriffen, so daß schon jetzt, drei Monate nach Erscheinen des Buches, eine zweite, größere Auflage in Vorbereitung ist.

Es war zu erwarten, daß dieses Buch das Interesse der breitesten Öffentlichkeit finden würde. Die Einmaligkeit der darin veröffentlichten Tatsachen macht dieses Buch lesenswert und öffnet jenen die Augen, die immer noch nicht den Weltfeind — Alljuda — erkannt haben. In Deutschland haben wir längst seine Bedeutung und Gefahr erkannt und das Übel gebannt. Wieweit aber Amerika von den Juden versklavt und ausgesaugt wird, das zeigt in erschreckender Deutlichkeit diese Sammlung authentischer Tatsachen.

Digitized by Google

Wirtschaftspolitischer Appell

Was deutsche Arbeit und deutscher Geist einst geschaffen, ist wieder deutsch

„Jetzt seid ihr zurückgekehrt in ein gewaltiges neues Deutschland, das wieder unerschütterliche Ehrbegriffe kennt, das sein Schicksal nicht Fremden anvertrauen will und wird, sondern das bereit und entschlossen ist, sein Schicksal selbst zu meistern und zu gestalten, auch wenn dies einer anderen Welt nicht gefällt. Für dieses neue Deutschland treten heute über achtzig Millionen Deutsche ein."

Der Führer vom Balkon des Stadttheaters in Memel am 23. März 1939.

„Das begangene Unrecht und der blinde Haß mußten eines Tages Gegenkräfte auslösen, denn niemals in der Geschichte sind einseitige Demütigungen und Bedrückungen dauernde Grundlagen für das Zusammenleben der Völker gewesen. Und solcher Gegendruck wird so lange wirksam sein, bis jenes Unrecht in vollem Umfange beglichen ist."

Generaladmiral Raeder zum Heldengedenktag und zum Tag der Wehrfreiheit am 12. März 1939.

„Solange die anderen Völker die deutschen Lebensinteressen respektieren, wird auch das deutsche Volk bereit sein, diese Interessen der anderen Nationen anzuerkennen."

„Der Deutsche hat nur kein Verständnis für eine Politik, wie sie bei den Demokratien beliebt ist, die ganze Welt bloß als ein Objekt wirtschaftlicher Ausbeutung zu betrachten und Völker und Räume nur nach Diamanten, Gold und Petroleum zu bewerten."

Reichsleiter Rosenberg, „Deutschland, Europa und—England" im „Völkischen Beobachter" am 23. März 1939.

„Wenn nun einige Kreise des Auslandes etwa glauben sollten, uns mit wirtschaftlichen Druckmaßnahmen treffen zu können, so steht fest, daß man die gesamte wirtschaftliche und politische Kraft eines 90-Millionenvolkes im Herzen Europas niemals auf die Dauer wird ausschalten können, ohne im eigenen Lande selbst Rückschläge zu erhalten."

Reichswirtschaftsminister Funk auf der Ordensburg der NSDAP. in Sonthofen am 22. März 1939.

„So redet man in London und Paris von Gott, und meint nach dem bekannten Wort über die Engländer Kattun."

Dr. Joseph Goebbels „Aussprache unter vier Augen mit der Demokratie" im „Völkischen Beobachter" am 21. März 1939.

„Wir können es uns einfach nicht vorstellen, daß es Menschen gibt, die sich in dieser berauschend großen Zeit wegen einer zeitweilig knapper werdenden Kaffeeration, wegen Mangels an Freiheit der Kritik oder wegen dogmatischer oder religiöser Haarspaltereien auch nur aufregen."

Dr. Joseph Goebbels „Die große Zeit" im „Völkischen Beobachter" am 18. März 1939.

„So wie die Führung ist das Volk. Sie, mein Führer, haben dieses Volk frei und wieder ehrlich gemacht, tapfer und groß. Und das zu halten und zu bewahren, ist in dieser Stunde der Schwur aller Deutschen."

Hermann Göring beim Empfang des Führers auf dem Görlitzer Bahnhof am 19. März 1939.

Digitized by Google

Größerer Wirtschaftsraum – neue Aufgaben und Methoden!

Wir wiesen schon auf dem unter dem Leitgedanken „Europäisches Wirtschaftszentrum" durchgeführten Großen Lehrgang der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. im Januar dieses Jahres darauf hin, daß sich durch die veränderte politische Machtstellung des Deutschen Reiches auch eine neue Aufgabenstellung für die Wirtschaftspolitik ergibt. Inzwischen ist

der politische und wirtschaftliche Machtraum

durch Eingliederung von Böhmen und Mähren und die Rückgewinnung des Memelgebiets in das Reichsgebiet sowie durch den Abschluß des Wirtschaftsvertrages mit Rumänien noch erweitert worden. Über die organisatorischen und wirtschaftstechnischen Maßnahmen, die sich aus dieser neuen Aufgabenstellung ergeben, sprach am 30. März Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsident Funk anläßlich der 1. Sitzung des Zentralausschusses der Reichsbank. Im Vordergrund seiner Ausführungen stand naturgemäß die Neuorganisation der Reichsbank.

Als wichtigste Neuerung enthält

das kommende Bankgesetz

ein Aufsichts- und Weisungsrecht des Führers für die Deutsche Reichsbank, wie überhaupt ganz allgemein das Führerprinzip nach den nationalsozialistischen Grundsätzen durchgeführt werden soll. Als zweiter wichtiger Punkt ist die Neuregelung der Kapitalbeteiligung an der Reichsbank zu nennen. Es ist für einen souveränen Staat mit der Machtstellung, wie sie heute das Deutsche Reich in der Welt einnimmt, auf die Dauer untragbar, daß Teile des Kapitals ihres Notenbank-Instituts in ausländischen Händen sind. Die heute noch im Ausland befindlichen Reichsbankanteile sollen daher repartiert und die ausländischen Besitzer loyal entschädigt werden. Ferner wird die Dividendenfrage der Reichsbank geregelt und den Reichsbankanteilen jeglicher Charakter eines Börsenpapiers genommen. Die Aufgaben der Reichsbank, die sich auch auf die Regelung des internationalen Zahlungsverkehrs erstrecken, machen es erforderlich, daß ihr die nötige Wendigkeit und Handlungsfreiheit gegeben wird. Ihr Geschäftsgang soll daher so unbürokratisch und so einfach wie möglich gestaltet werden. Andererseits müssen die Bankpolitik und der Geist, der in der Bank herrscht, den Auffassungen der Staatsführung und den Grundsätzen der Partei voll entsprechen.

Zu den Aufgaben der Reichsbank als Währungsinstitut führte Reichswirtschaftsminister Funk grundsätzlich aus, daß, je stärker der Staat, um so stärker auch die Reichsbank sei. Nicht umgekehrt. Die Währung sei niemals das Primäre, sondern sie sei stets abhängig von der Kraft und Klugheit der Staatsführung und von der Gestaltung des Wirtschaftslebens.

In diesem Zusammenhange wies Reichswirtschaftsminister Funk nochmals auf die große Bedeutung der

Stabilerhaltung der Löhne und Preise

für die Stabilität der Währung hin. Er betonte, daß diese Stabilität weder von der Forderungsseite noch von der Auftragsseite gestört werden dürfe. Gegen eine ungesunde Entwicklung der Löhne und Preise müsse von zwei Seiten her vorgegangen werden:

1. von der Seite der Auftraggeber, insbesondere von dem größten Auftraggeber, der öffentlichen Hand, und

2. von der Seite der Auftragsempfänger, d. h. von den Unternehmern.

Es kann nicht geleugnet werden, daß sich gerade in dieser Hinsicht unter dem Druck der Dringlichkeit der Bestellungen einerseits und des Arbeitskraftmangels andererseits in letzter Zeit hier Mißstände ergeben haben. Die Mahnung des Reichs-

Digitized by Google

1290000 Aussteuern verpafft!

„Ich habe gar nichts gegen eine Zigarette oder eine Zigarre, ich habe bloß etwas gegen die 2½ Milliarden, die das deutsche Volk in einem einzigen Jahre verpafft hat! Und dabei stöhnt es noch, Hermann Göring verlange zu viel von ihm! Das geht nicht, meine Parteigenossen!"

Bernhard Köhler am 27. Januar 1939 anläßlich des Großen Lehrgangs der Kommission für Wirtschaftspolitik der NSDAP. Fl.

Digitized by Google

wirtschaftsministers verdient daher ganz besonders unterstrichen zu werden.

Auch in der Finanzierungspolitik ist eine neue Periode gekommen. Der im Mai 1938 unternommene Versuch einer Neuordnung der Finanzierung durch den Ersatz der Mefowechsel mit Lieferschatzanweisungen hat sich als nicht ausreichend erwiesen. Als ein Fehler der bisherigen Finanzierungsmethode bezeichnet der Reichswirtschaftsminister, daß die Gegenwart für die Finanzierung der gewaltigen staatlichen Aufgaben belastet wurde, deren Nutzen erst in der Zukunft voll zur Auswirkung kommen kann. Als

Absicht der neuen Finanzierungspolitik

bezeichnete er:

1. die Lasten so weit als irgendmöglich auf die Zukunft zu verschieben,
2. das Reich mit unerträglichen Zinslasten zu verschonen,
3. den Kapitalmarkt wieder für die Privatwirtschaft zur Verfügung zu stellen.

Der erste Grundsatz läßt sich rechtfertigen durch einen unerschütterlichen Glauben an die Zukunft der Nation. Mit der wachsenden politischen Macht wird auch der wirtschaftliche Machtbereich größer werden. Es läßt sich daher heute jede Ausgabe rechtfertigen, die in Zukunft sich einmal in einer größeren Arbeitskapazität auswirkt.

Der zweite Grundsatz ist nur ein Gebot einer sparsamen und geordneten Haushaltführung. Die Mittelbeschaffung des Reiches durch Anleihen auf dem Kapitalmarkt in dem bisherigen Umfange ließ sich auch nur durch die außergewöhnlichen Aufgaben der vergangenen Jahre rechtfertigen.

Die dritte Forderung, den Kapitalmarkt wieder für die private Wirtschaft zur Verfügung zu stellen, hat sich als notwendig erwiesen, nachdem jahrelang der Kapitalmarkt für den öffentlichen Bedarf abgeschöpft worden ist und sich dadurch dringliche Investitionsbedürfnisse innerhalb der privaten Wirtschaft angestaut haben.

Eine der praktischen Maßnahmen, die dazu dienen sollen, den Kapitalmarkt wieder stärker der Privatwirtschaft zur Verfügung zu stellen, ist die

Aufhebung des Hypothekensperrerlasses,

durch die die so dringend notwendige Förderung des Wohnungsbaues erreicht werden soll.

Der Reichswirtschaftsminister kündigte dann noch an, daß man, wenn sich die Methode der Steuergutscheine bewähre, weiter Steuererleichterungen schaffen könne, die sich auch auf breitere Volkskreise erstrecken und insbesondere die Mehrgewinnsteuer in gewissem Maße werde abmildern können. Ferner sei eine Verlängerung des Anleihestockgesetzes nicht mehr beabsichtigt.

„Die Welt rings um uns herum", so sagte der Reichswirtschaftsminister zum Schlusse seiner Rede, „hat ihre Wirtschafts- und Finanzsorgen. Sie ist

am Scheidewege.

Entweder ergibt man sich der amerikanischen Goldmacht oder man akzeptiert die neuen Methoden der jungen, starken, aufwärtsstrebenden Nationen, die genügend Möglichkeiten für eine erfolgreiche Gemeinschaftsarbeit auf den Weltmärkten zur Erschließung neuer Absatzgebiete, zur Erhöhung der Produktion und zur Hebung des Wohlstandes der Völker bieten."

Werner Ueberfeldt

200 = 2 Millionen

So geht es nun einmal in der Welt zu! Manche Völker sitzen z. B. in den Rohstoffen wie die Made im Speck, und andere — darunter das deutsche Volk — konnten die Fähigkeit entwickeln, den fehlenden Speck durch Gehirn- und Armschmalz weitgehend zu ersetzen. Es gibt ferner Völker, die

Parlamente und Arbeitslosigkeit

haben, und andere — voran das deutsche Volk —, die beides nicht haben.

England hebt mit einem gewissen Stolz hervor, daß sein Arbeitsminister neulich im Parlament hintereinander 200 Anfragen beantwortet hat. Die zweihundertunderste ließ er aber durch den mit Recht berühmten „Bobby" beantworten, der die ungebetenen Frager „ergriff und hinauswarf".

Die Frager waren nämlich *some of the more ingenious unemployed*, gewissermaßen die „parlamentarischen" Vertreter, des zwei-Millionen-Arbeitslosen-

Digitized by Google

heeres, die zwar pfiffig genug waren, in das parlamentarische Allerheiligste einzudringen, aber doch nicht klug genug, um zu wissen, daß ihre Frage:

„Wann bekommen wir Arbeit?",

schwerlich von einem parlamentarischen Minister beantwortet werden kann.

Wir haben kein Parlament, sondern den Führer. Weder er noch seine Mitarbeiter haben Zeit, auf 200 unfruchtbare Anfragen 200 unfruchtbare Antworten zu geben. Sie mußten alle Kraft einsetzen, um die allein wichtige, zweihunderterste Anfrage durch die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu beantworten, ehe sie ihnen mit Recht überhaupt gestellt werden konnte.

Es gibt Völker, die an ihre leitenden Männer 200 unnütze Anfragen richten wollen und zwei Millionen Arbeitslose haben, und es gibt Völker, deren Vertrauen in ihren Führer mit der Verwirklichung des Rechtes auf Arbeit belohnt wird. Max Beust

Diskreditierung des Handels durch Bestrafung von Preisüberschreitungen?

In einer Fachzeitschrift des Einzelhandels wurde vor einiger Zeit darauf hingewiesen, daß die Verhängung von Ordnungsstrafen bei Vergehen gegen die Preisstoppverordnung nicht immer gerechtfertigt sei. Unter der Überschrift „Vierhunderttausend tun ihre Pflicht — Schluß mit der Diskreditierung" wird darauf hingewiesen, daß der Kaufmann die ihm zugewiesene

Aufgabe der richtigen Verteilung von Mangelware

und damit der richtigen Verbrauchslenkung nur dann erfüllen kann, wenn man ihn in den Augen der Verbraucher nicht diskreditiert. Wenn einem Kaufmann etwa in Gegenwart der Kundschaft ein Strafbefehl auferlegt werde, so zweifle der Kunde an der Zuverlässigkeit dieses Kaufmanns überhaupt, ja er zweifle schließlich an der Uneigennützigkeit der verbrauchslenkenden Empfehlungen seines Kaufmanns und könne nur sehr schwer für die Notwendigkeit der Bedarfslenkung gewonnen werden. Zudem handle es sich vielfach nur um eine geringfügige Überschreitung der Preisstoppverordnung, die keine „Bestrafung" erforderlich mache. Es wird nicht verkannt, daß die Vielzahl der Preisvorschriften besonders im Lebensmitteleinzelhandel so groß ist, daß tatsächlich hier und da einmal aus Unkenntnis eine Preisüberschreitung begangen wird. In diesen Fällen wird aber auch von den Polizeibehörden in Erkenntnis dessen, daß durch Ermahnungen bei gutem Willen häufig mehr erreicht wird als durch Strafmaßnahmen, die Geldstrafe durch mündliche bzw. schriftliche Verwarnungen ersetzt.

Daß jedoch

die Preisverstöße des Einzelhandels

nicht ganz so belanglos sind, wie es manchmal hingestellt wird, zeigen die Erhebungen einer westdeutschen Wirtschaftskammer, nach denen bis zum 1. Oktober 4937 Ordnungsstrafen in Höhe von insgesamt 941 350 RM. verhängt wurden, von denen auf den Lebensmitteleinzelhandel 2080 Strafen von insgesamt 42 055 Reichsmark entfallen. Allein im Monat November 1938 sind im Bereich dieser Wirtschaftskammer insgesamt 423 Ordnungsstrafen erteilt worden. Unter den 423 Ordnungsstrafen erstreckten sich 362 auf den Verkauf von Lebensmitteln hauptsächlich im Einzelhandel, Handwerk und Großhandel. Daraus ist wohl eindeutig zu ersehen, daß es sich bei den Preisüberschreitungen durch den Einzelhandel kaum um belanglose Bestrafungen handeln kann.

Die für die Aufrechterhaltung des Preisniveaus strenge Verfolgung von Preisverstößen ist, wenn überhaupt, im Vergleich zu den Auswirkungen einer ungehinderten Preissteigerung bestimmt das kleinere Übel. Hans Kröner

Unerfüllte materielle Forderungen bedeuten nur Arbeit

Digitized by Google

Zahlen zum Nachdenken für den NS.-Propagandisten

1. Engländer 9 v. H.!

Dem Humanitäts-, Moral- und Gewaltgeschrei gewisser Demo-(pluto)kratien gegenüber ist festzustellen, daß z. B. nur 9 v. H. von der gesamten Bevölkerung des britischen Weltreichs in England wohnen, daß die übrigen 91 v. H., teilweise unter Anwendung von brutalstem Blutterror, unter

das britische Joch

gezwungen wurden, und daß auch heute noch ähnliche Mittel zur Unterdrückung des Freiheitswillens der unterjochten Völker angewendet werden.

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei Frankreich. Hier beträgt die Bevölkerung des Mutterlandes nur 38 v. H. der Gesamtbevölkerung. Aber auch das Niederländische Kolonialreich hat eine Bevölkerung von 75 Millionen, von denen nur 11 v. H. im Mutterland leben. Von der Gesamtbevölkerung des belgischen Anteiles an der Welt beträgt die Einwohnerzahl des Mutterlandes auch nur 35 v. H.

Nur bei den autoritären Staaten

überwiegt die heimische Bevölkerung.

Dabei wollen diese Staaten, vor allem Deutschland, nichts anderes als nur das Leben ihrer Völker sichern, und für diese einfachsten Grundsätze hat die französische und englische Politik kein Verständnis.

2. Die Industrie des Memelgebietes

Die Hauptindustriezweige

sind die holzverarbeitende Industrie mit 30 Betrieben und 2870 Arbeitern, das sind 28,7 v. H. der Gesamtbeschäftigten in der Industrie.

Der Anteil der Beschäftigten in der Textilindustrie beträgt 28,5 v. H.

Im Papier- und Verfielfältigungsgewerbe sind 11,6 v. H. beschäftigt,

in der Nahrungs- und Genußmittelindustrie 10,5 v. H. Die übrigen Industriezweige haben nur untergeordnete Bedeutung.

Von den gesamten Erwerbspersonen des Memelgebietes waren laut Volkszählung 1925 16,7 v. H. in der Industrie beschäftigt. Ende 1938 hatte dieses Land

rund 2000 Arbeitslose

aufzuweisen, die zum großen Teil aus der Industrie kommen.

Durch den Anschluß an das Reich wird sich diese kleine Industrie weiter aufwärts entwickeln können und auch ihren Teil an den großen Aufgaben der Nation leisten.

3. Großdeutschland im Südosteuropahandel

Rechnet man den Anteil der ehemaligen Tschecho-Slowakei am südosteuropäischen Handel im Jahre 1938 zum großdeutschen Anteil, so kommt man zu dem Ergebnis, daß das jetzige Großdeutsche Reich mit dem Balkan genau so viel Handel treibt

wie die ganze übrige Welt zusammen.

In einzelnen Ländern übersteigt der deutsche Anteil sogar die Hälfte des Gesamthandels.

Der Anteil Großdeutschlands an der bulgarischen Einfuhr betrug im Jahre 1928 einschließlich Tschecho-Slowakei 55,8 v. H., an der Ausfuhr 61,4 v. H.

Der Anteil an der jugoslawischen Einfuhr betrug 50,1, an der Ausfuhr 49,9 v. H.

Am ungarischen Außenhandel betrug der Anteil an der Einfuhr 50,2 v. H. und an der Ausfuhr 52,8 v. H.

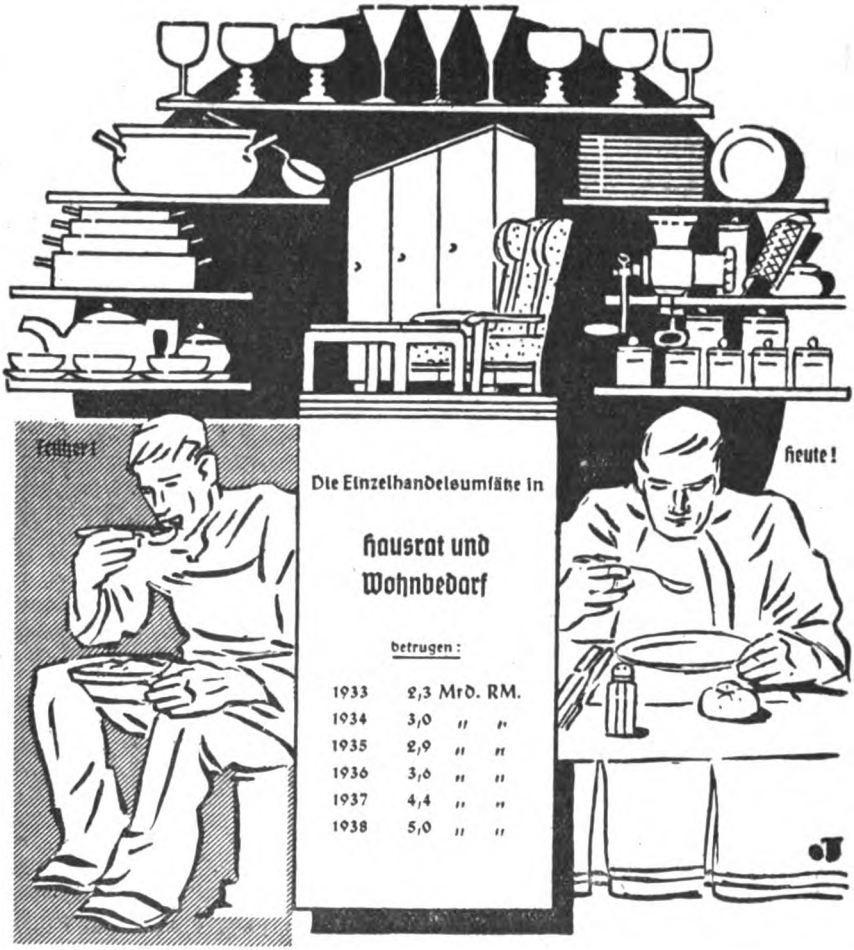
An der rumänischen Einfuhr war Großdeutschland mit 49,4 v. H. beteiligt, an der Ausfuhr aber mit 35,8 v. H.

Die türkische Einfuhr wurde zu 50,8 v. H. aus Deutschland bezogen und andererseits gingen 47,4 v. H. der Ausfuhr nach Deutschland

An der griechischen Einfuhr betrug der deutsche Anteil 31,7 v. H., während 45,1 der Ausfuhr von Deutschland abgenommen wurden. Franz Grob

Digitized by Google

Zeichen der Lebenshaltungssteigerung



„Eine verantwortungsbewußte Volksführung muß den Lebensstandard des Arbeiters so gestalten, wie dieser es auf Grund seiner Kraft, seines Könnens und auch seiner Rasse verlangen kann."

Generalfeldmarschall Hermann Göring in Hamburg am 6. Dezember 1935

FL

Digitized by Google

Hilfe für Memels Bauern

Als das Memelland 1919 von Deutschland abgetrennt und 1923 an Litauen angeschlossen wurde, waren über 12 000 deutsche Bauernhöfe gezwungen, sich in die großlitauische Wirtschaft einzugliedern. Dieser Versuch einer Vereinigung von intensiver mit extensiver Bewirtschaftung, von Bauern mit hoher mit solchen mit niedriger Lebenshaltung führte von Anfang an

zur schwersten Schädigung

nicht nur der memeldeutschen Landwirtschaft, sondern des gesamten Memeldeutschtums; denn über 48 v. H., also fast die Hälfte aller Erwerbspersonen des Memelgebiets, sind in der Land- und Forstwirtschaft tätig.

Da den memeldeutschen Bauern der natürliche Absatzmarkt, das nahe Ostpreußen, verschlossen war, mußten sie ihre Preise den Verhältnissen der litauischen Landwirtschaft anpassen, um mit den billigeren Erzeugnissen der Litauer konkurrieren zu können.

Das entstandene Mißverhältnis

zwischen den erzielten Preisen und den Aufwendungen für die Produktionsmittel führte zu einer weitgehenden Verschuldung. Die Schuldenlast des memelländischen Bauerntums erreichte zuletzt eine Höhe von über 50 Millionen Lit., die jährliche Zinsbelastung betrug 6—7 v. H. Je Bauernhof ergab sich somit eine Verschuldung von 4000 Lit., das sind rund 1080 RM.

Die Rückgliederung des Memelgebiets in das Reich hat dieser zwanzigjährigen Not ein Ende gesetzt und damit die verzweifelte Lage der Memeler Bauern beseitigt. Erbhofrecht, Marktordnung und gesicherte höhere Verkaufspreise werden in kurzer Zeit Memels Landwirtschaft mit ihren hochwertigen Erzeugnissen zu einem vollwertigen Glied des deutschen Nährstandes machen.

Max Wolfrum

Pumplogik!

Aus dem Bericht eines DAF.-Kreisobmannes: „Gelegentlich meines Verweilens bei der X-Hütte in Ah., wo ich zusammen mit dem Vertreter des Arbeitsamtes versuchte, Arbeitskameraden, die gekündigt hatten, zu bewegen, ihre Kündigungen zurückzunehmen, hörten wir von an und für sich tüchtigen Arbeitern, es habe ja doch keinen Zweck, eine feste Arbeit aufzunehmen,

man sei einmal verschuldet

und das, was man mehr verdiene über einen bestimmten Betrag hinaus, verfalle ja ohne weiteres der Pfändung. Es habe keinen Zweck für sie, mehr zu arbeiten, da der Mehrerlös sofort wieder verschwinde. Diese Einstellung ist nicht vereinzelt, sondern vielfach anzutreffen."

Wenn man uns nun vorhält, das Einkommen breiter Schichten unseres Volkes sei noch zu gering, das Volk sei gewissermaßen zwangsläufig noch auf das Pumpen angewiesen, so sagen wir umgekehrt:

Je kleiner ein Einkommen, desto unsinniger

ist es, gleichgültig aus welchem Grunde, für eine Sache mehr Geld auszugeben als unbedingt nötig ist. Niemand bestreitet, daß das Borgen und Abzahlen ganz ungeheuer teuer ist gerade für die kleinen Einkommensträger. Trotzdem aber weicht man der zwingenden Logik, nun schleunigst diese Quelle unnützer Kosten zu verstopfen, mit allen möglichen Argumenten aus. Was im übrigen die durchschnittliche Einkommenshöhe anlangt, so verweisen wir auf die Steigerung des Tabakkonsums, des Bierumsatzes, die Steigerung der Einzelhandelsumsätze oder das Anwachsen der Sparguthaben bei den deutschen Sparkassen hin. Sind das nicht auch Tatbestände, an die man in diesem Zusammenhang einmal denken könnte?

Wenn man aber sagt, die Verschuldung durch Pump mache doch nur die Hälfte etwa der Gesamtverschuldung aus,

Digitized by Google

die Verschuldung durch Alimente, Rückzahlungsverpflichtungen für erhaltene Unterstützungen und ähnliches sei doch genau so groß,

es sei daher „nicht ungefährlich"

einmal die Verhältnisse aufzuhellen und Zahlen zu nennen, so kommt uns die „Logik" dieser uns herablassend auf die Schulter klopfenden Feststellungen ungefähr so vor, als wenn man die Feuerwehr für absolut blödsinnig halten würde, wenn sie ein an zwei Seiten brennendes Haus wenigstens zunächst an der einen Seite zu löschen sich bemüht.

Bernhard Schnoepf

Akkordschere beschneidet Leistung

Jede Leistung ist ihres Lohnes wert und wer am besten arbeitet, soll auch am meisten verdienen. Dieser schon banal klingende Grundsatz wird in der Praxis umgekehrt wie folgt angewandt:

In einem industriellen Großunternehmen mit verschiedenen Betrieben müssen die Lohnlisten regelmäßig einer Kontrollstelle vorgelegt werden. Diese Stelle interessiert sich einzig und allein dafür, welcher Betrieb die höchsten Lohnaufwendungen hat und welcher Betrieb im Vergleich zu einer vorhergehenden Periode Steigerungen zu verzeichnen hat. Da nach Akkorden gearbeitet wird, würde also eine derartige Steigerung bedeuten, daß erhöhte Leistungen vollbracht worden sind und demnach ein Schritt vorwärts auf dem Wege allgemeiner Leistungssteigerung getan worden ist.

Die Kontrollstelle empfindet

jedoch alles andere als Freude. Sie sieht nur die nackte Zahl, der Rotstift wird gezückt und der für den Betrieb verantwortliche Mann gebolt. Er bekommt Vorhaltungen und ihm wird erklärt, daß er doch wohl kaum die „richtigen" Akkordsätze habe. Die Folge ist, da man die Schwierigkeiten einer Neufestsetzung scheut, daß nun in diesem Betriebe von Mund zu Mund die Flüsterpropaganda einsetzt: langsamer arbeiten, Kräfte drosseln, nicht das Letzte herausholen, sonst stehen wir in der nächsten Woche wieder auf der roten Liste und eines schönen Tages setzt man die Akkordlöhne herunter und wir müssen für das gleiche Geld mehr arbeiten als bisher.

Den „gerechten" Lohn zu ermitteln, ist in vielen Betrieben allerdings unendlich schwer. Es geht aber nicht an, bloß von der Einkommensseite her die Richtigkeit eines Akkordsatzes zu beurteilen und zu erklären, daß, wenn das Einkommen eines Facharbeiters eine bestimmte Höhe überschreite, der Akkordsatz „falsch" sein müsse. Wir wissen, daß der deutsche Arbeiter Spitzenleistungen erzielen kann und diese Spitzenleistungen müßten daher auch in den Löhnen zum Ausdruck kommen. Es wäre sehr interessant, wenn einzelne Werke ihre Lohnaufwendungen nicht nur summarisch angeben, sondern einmal gliedern würden, so daß ersichtlich wird, ob

der Vorwurf oder die Vermutung der Nivellierung der Leistungen

zu Recht besteht oder nicht. Es kann nicht richtig sein, bei einem Vergleich der Löhne für Fräser oder Dreher in dem einen Betrieb auf die gerechte Lohnhöhe der Fräser und Dreher im anderen Betrieb zu schließen, lediglich von der Höhe der Endsumme der gezahlten Löhne auszugehen und nicht die Verschiedenartigkeit der Leistungen jedes einzelnen Arbeiters, die Unterschiedlichkeit der Arbeitsbedingungen und der gestellten Anforderungen zu berücksichtigen.

Wenn die — gewiß doch sehr sorgfältig — vorher auskalkulierten Akkordsätze zuerst stimmen, dann aber

bei Erreichung einer gewissen Lohnsummenhöhe „falsch"

werden und beschnitten werden müssen, dann drosselt das Leistung und Stimmung und verhindert Spitzenleistungen. Man braucht diese Dinge, die hier nur angedeutet werden können, nur im Zusammenhang mit der erforderlichen Leistungssteigerung zu nennen, um ihre Wichtigkeit darzutun und daran zu erinnern, daß gewisse kapitalistische Reminiszenzen zu verschwinden haben. Über den Weg mögen sich die Praktiker den Kopf zerbrechen. Mit dem Rotstift allein ist es jedenfalls nicht getan.

Bernhard Schnoepf

Digitized by Google

Fester Arbeitsplatz erhöht die Leistung

Die gewaltigen aus den politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten unserer Zeit herauswachsenden Aufgaben sind nur dann lösbar, wenn die ohnehin schon knappen Arbeitskräfte auch ein Optimum an Arbeit zu leisten in der Lage sind. Jede Störung, die den Arbeitsertrag zu schmälern droht, läuft daher einer rationellen Wirtschaftsführung entgegen und muß abgestoppt werden.

Eine solche

Störungsquelle

bildete auch die immer mehr anschwellende Fluktuation der Arbeitskräfte, die nunmehr durch die Verordnung zur Sicherstellung des Kräftebedarfes eingedämmt wird. Hiernach ist die Lösung von Arbeitsverhältnissen sowie die Einstellung und die Beschäftigung von Arbeitern und Angestellten künftig von der Zustimmung des Arbeitsamtes abhängig. Dieser Verordnung unterliegen die Betriebe der Land- und Forstwirtschaft, des Bergbaues mit Ausnahme des Steinkohlenbergbaus, der chemischen Industrie, der Baustoffherstellung und der Eisen- und Metallwirtschaft.

Die hierdurch geschaffene Einschränkung der Freizügigkeit der Arbeit darf aber keineswegs als ein absolutes Freizügigkeitsverbot aufgefaßt werden, denn es wird nur dort zur Anwendung gelangen, wo es gilt,

das Gesamtinteresse der Nation vor volkswirtschaftlich schädlichen Einzelinteressen

zu schützen. Eine etwaige Hemmung der sozialen Fortentwicklung oder der besseren Entfaltung der Arbeitskraft ist niemals der Sinn einer Arbeitslenkungsmaßnahme.

Darüber hinaus verlangt aber die gegenwärtige Zeit eine ganz besondere Haltung jedes einzelnen. Er muß beweisen, daß er dort zu dienen versteht, wo es um etwas Höheres geht, als um geringe materielle Vorteile. Er darf nicht um einen Gewinn seinen Platz verlassen und damit die Betriebsgemeinschaft schwächen, die zur Erfüllung ihrer Pflicht möglichst vollständig in ihrer Zusammensetzung bleiben muß. So dient er dem Volke, wie den Hunderttausenden seiner Arbeitskameraden am besten.

Fritz Götz

„Zusätzliche Altersversorgung stärkt die Betriebstreue"

Gewiß ist ein gerechter Lohn bzw. Gehalt eine der Voraussetzungen, die zur Betriebstreue führen. Gerechter Lohn muß aber hier dieselbe Bedeutung haben wie

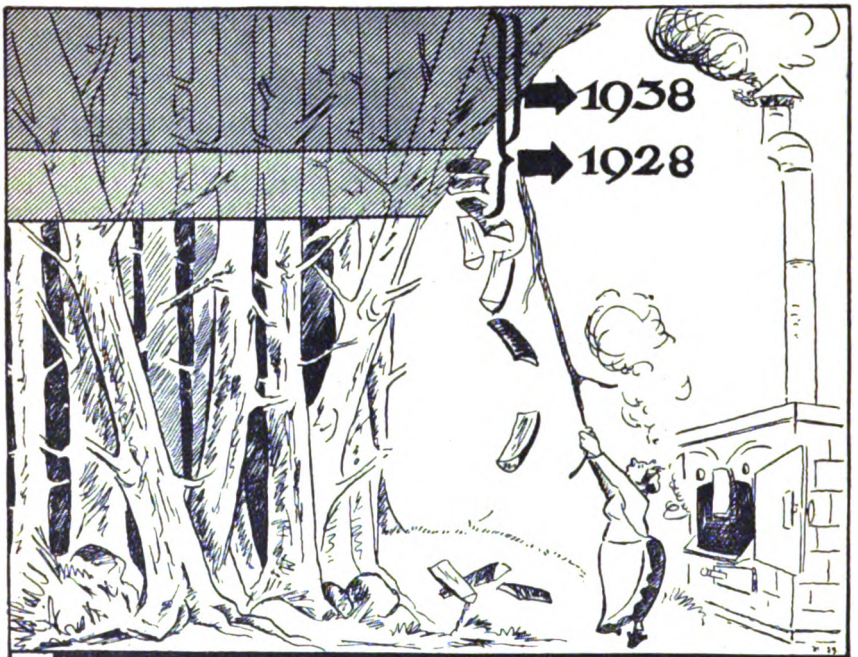
der Begriff „belohnte Leistung".

Wo also ein Unternehmen versucht, Arbeitskräfte unter allen Umständen, d. h. durch Überbelohnung der Leistung, für den Betrieb zu gewinnen, wird eine derartige Handhabung im ersten Engpaß innerbetrieblicher Schwierigkeiten scheitern. Beispielsweise kann der Staat niemals einem auf Staats- und kommunale Aufträge arbeitenden Betrieb Lieferverträge „für die Ewigkeit" zubilligen. Dieses würde einmal dem Begriff Unternehmertum widersprechen, und andererseits will auch der Staat immer wieder als Kunde gewonnen werden. Ähnliche Schwierigkeiten können aber auch für jeden anderen Betrieb von heute auf morgen auftreten. Wir haben z. B. schon davon erfahren, daß gute Unternehmen plötzlich zu straffer Bewirtschaftung angehalten wurden, wenn sie unvorhergesehene Abfindungen an Erbberechtigte aufbringen mußten. Auch in diesem Falle muß die Betriebsführung in der Lage sein, zum mindesten die tatsächliche Leistung zu belohnen. Die planlose Überbelohnung der Leistungen in der „Blüte" ist als genau so verwerflich anzusehen, wie die ungenügend bezahlte Arbeit bei vorübergehenden Schwierigkeiten. Zum anderen hat der Schaffende, und in erster Linie der Qualitätsarbeiter, ein natürliches Gefühl dafür, ob die Entlohnung seiner tatsächlichen Leistung oder dem augenblicklichen Personalmangel entspricht.

Der Betrieb mit dem gerechten Lohn wird auch hier die Qualitätsarbeiter, ganz gleich, ob es sich um gewerbliche oder kaufmännische Kräfte handelt, viel

Digitized by Google

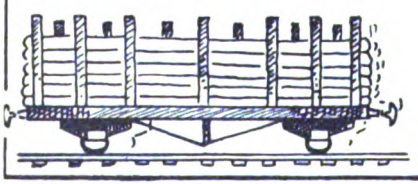
Kampf dem Verderb lohnt sich doch!



Früher wurde ein Drittel des Holzeinschlages als Brennholz verbraucht,
heute nur noch ein knappes Viertel.
1928 wurden 9,08 Millionen t Nutzholz eingeführt,
1938 nur noch 4,42 Millionen t.

Wer Brennholz spart, spart Rohstoffe und Devisen!

1928



1938

FL

Digitized by Google

eher gewinnen als das Stoßgeschäft mit den „bezahlten Posten".

Den wirklich betriebstreuen Gefolgschaftsmitgliedern nicht nur die Arbeitskraft zu bezahlen, sondern ihren

langjährigen Einsatz für den Betrieb belohnen,

ist der schönste Beweis der von einem Unternehmen richtig verstandenen Menschenführung. Den betriebstreuen Gefolgschaftsstamm zu belohnen, heißt deshalb, ihn weitestgehend zu unterstützen gegen die nun einmal möglichen Wechselfälle des Arbeitslebens.

Eine vernünftige zusätzliche Altersversorgung, in der eine

gleichmäßige Erfassung der Gefolgschaftsmitglieder,

Aufbringung und Sicherstellung der Mittel, Abstufung der Aufwendungen auf der Grundlage des Leistungslohnes gewährleistet ist, wird in erheblichem Maße dazu beitragen, das Unsicherheitsgefühl der Gefolgschaft zu beseitigen.

Eine Beschränkung auf Großbetriebe darf hier aber niemals in Erwägung gezogen werden, denn sie würde sich unbedingt nachteilig auswirken, d. h. eine Abwanderung von Kräften von den Klein- und Mittelbetrieben zur Folge haben. Aus diesem naheliegenden Grunde muß eine zusätzliche Altersversorgung auf den Betrieb zugeschnitten und somit auch in Kleinbetrieben durchführbar sein.

Als sich die DAF. vor einigen Jahren für die Schaffung von Gefolgschaftsräumen einsetzte, verstanden wenige Unternehmen die Notwendigkeit. Auf dem vorjährigen Gautag im Gau Süd-Hannover-Braunschweig konnte aber der Leiter der Kommission für Wirtschaftspolitik, Bernhard Köbler, nachweisen, daß diejenigen Betriebe, die dem Ruf der DAF. nach würdigen Gefolgschaftsräumen rechtzeitig nachgekommen waren, am wenigsten unter Personalwechsel zu leiden hatten.

Heute sollte sich kein verantwortungsbewußter und auf lange Sicht arbeitender Betriebsführer der Notwendigkeit zur Schaffung einer zusätzlichen Altersversorgung verschließen, denn nur ein langjähriger Gefolgschaftsstamm verbürgt eine gleichmäßige hervorragende Leistung.

Robert Schwiegershausen

Arbeitskraft zu vermieten?

Man hat zuweilen den Eindruck, daß der eine oder andere Leser der „Wirtschaftspolitischen Parole" sich fragt, wozu eigentlich vierzehntägig 32 Seiten über Dinge geschrieben werden, die doch eigentlich „selbstverständlich" und „nichts Neues" mehr sind. Die deutsche Wirtschaft sei doch nun „judenfrei", im übrigen vollkommen nationalsozialistisch ausgerichtet, und wenn wirklich einmal einer aus der Reihe tanzen wollte oder bei sich (bzw. am Stammtisch und ähnlichen Gelegenheiten, wo man „unter sich" ist) vielleicht anderer Meinung sei: er werde sich hüten, nicht nach außen hin „korrekt" und den Anforderungen entsprechend zu handeln oder sich etwas zuschulden kommen lassen.

Solche Leser mögen gute Volksgenossen sein: das Wesen des Nationalsozialismus haben sie noch nicht erkannt, sonst würden sie nicht so ahnungslos gegenüber den ungeheuren Aufgaben stehen, die noch vor uns liegen. Das Wesen der Partei haben sie ebensowenig erfaßt wie die Aufgabe der „Wirtschaftspolitischen Parole", für die wir ja, um deutlich genug zu sein, ein Wort des Führers gewählt und unseren Heften vorangestellt haben: „Wir aber, wir wachen!"

Mit einem kleinen „Beispiel aus der Praxis" wollen wir jenen überlegenen Lesern einmal auf den Zahn fühlen:

Halten Sie es für möglich, daß es heute noch Betriebe gibt, in denen ein Arbeiter, der einen Stundenlohn von 80 Pfennig bekommt, an einen anderen Betrieb weitervermietet wird für 1,80 Reichsmark die Stunde? Und daß der aus der Arbeitsstunde dieses Mannes erzielte Mehrerlös von 200 v. H. nicht etwa diesem Arbeiter, sondern dem „Unternehmer" zugute kommt? Mehr noch: daß man etwa für einen Praktikanten, dem man 10 Mark in der Woche gibt, pro Tag 10 Mark dem in Rechnung stellt, dem die Arbeitskraft dieses Praktikanten zur Verfügung gestellt wird?

Sehen Sie, lieber Leser, wenn Sie wissen, daß es das noch gibt im siebenten Jahre der nationalsozialistischen Revolution, dann können Sie beurteilen, ob es noch Arbeit gibt für uns Nationalsoziali-

Digitized by Google

sten. Dann können Sie feststellen, ob nicht etwa nur der Jude erledigt, aber sein „geistiges Erbe" noch quietschlebendig ist! Dann können Sie schon aus diesem kleinen, unscheinbaren Beispiel ermessen, ob „Die wirtschaftspolitische Parole" nicht doch wertvoller und wichtiger ist, als Sie das in einer Anwandlung mehreinkommensteuerpflichtigen Wohlergehens anzunehmen geneigt waren. Rudol Schmidt

Ohne Ordnung des Betriebes keine Ordnung des Marktes

Ein besonders augenfälliges Kennzeichen der heutigen Wirtschaftslenkung ist die weitgehende Einwirkung auf die Preisbildung, auf die Höhe der Preise und ihr Verhältnis zueinander. Während aber früher die privaten Preiskartellabreden nur zu leicht zum Selbstzweck und dem Unternehmer zur Handhabe im Kampf um wirtschaftliche Machtstellung wurden, hat der nationalsozialistische Staat in voller Erkenntnis der weittragenden Bedeutung jeder Preisfestsetzung

die letzte Entscheidung

über die Preise aus den Händen privater Interessentengruppen herausgenommen und sich selbst vorbehalten. Dabei darf nicht irreführen, daß zunächst an die gerade bestehenden Preise angeknüpft und zum Teil auch auf kartellmäßige Bindungen zurückgegriffen wurde, was aber nötig war, um überhaupt erst einmal die Verwirklichung der Marktordnungsbestrebungen in Gang zu bringen.

Aber selbst der staatliche Einfluß bei der Preisfestsetzung würde nicht die gewünschte nachhaltige Wirkung auf die Ordnung des Marktes haben, wenn die preispolitischen Maßnahmen nicht in der Ordnung jedes einzelnen Betriebes die notwendige Ergänzung gefunden hätten. War die Preisfestsetzung nicht mehr Privatsache, so konnte es die Gestaltung des Rechnungswesens erst recht nicht mehr sein. Mit den kürzlich erlassenen Kostenrechnungsgrundsätzen und den früheren Buchhaltungsrichtlinien, die der Organisation der gewerblichen Wirtschaft Grundlage zur weiteren geschäftszweigmäßigen Ausgestaltung sein sollen, wurde daher ein weiterer

wichtiger Schritt zur Vervollkommnung der Marktordnung

getan. Nicht nur in dem Sinne, daß nunmehr der Staatsführung das notwendige genaue Zahlenmaterial an die Hand gegeben werden kann, sondern auch insofern, als mit Hilfe der genauen Kenntnis der Kosten

die Voraussetzungen zu einem gesunden Wettbewerb

und zu der besonders im Vierjahresplan dringlichen Leistungssteigerung geschaffen wurden, zwei Tatsachen, die gerade durch die Preisfeststsetzungen der Systemzeit verloren gingen.

Damit führt die Ordnung des Betriebes zu einer wirklichen Ordnung des Marktes und damit zu höchstmöglicher Wirtschaftlichkeit, die früher ohne Ordnung des Betriebes nicht erreicht worden ist. Martin Gersdorf

Der Zuwachs an Juden im großdeutschen Raum

Durch den Anschluß der Ostmark, die Eingliederung der sudetendeutschen Gebiete, die Rückgliederung des Memellandes und die Zurückgewinnung Böhmens und Mährens hat Deutschland nicht nur wesentliche Teile der außerhalb der Reichsgrenzen lebenden Volksdeutschen zurückgewonnen. Die neuen Grenzen haben dem Reich zunächst auch einen höchst unerwünschten Zuwachs an Juden gebracht. Das gilt auch hinsichtlich der selbständig gewordenen Slowakei, die sich mit ihrem gesamten Volksbestand, also auch einschließlich des beträchtlichen jüdischen Teiles desselben, unter den Schutz des Reiches gestellt hat.

Die Ostmark war schon in den Vorkriegsjahren den Juden vollkommen ausgeliefert. Den Gipfelpunkt ihrer Macht haben sie dort aber erst im „Dritten (Schuschnigg) Österreich" erreicht.

Die amtliche Statistik weist das allerdings nicht aus. Selbst das Matrikelamt der israelitischen Kultusgemeinde Wien

Digitized by Google

zählte unter den 6,8 Millionen Einwohnern Österreichs nur knapp 192000 Juden. Es hat dabei aber wohlweislich nur die Glaubensjuden, das sind die konfessionell erfaßbaren Juden, gezählt. Das jüdische „Philo-Lexikon" (1935) schätzt

die Zahl der österreichischen Rassejuden

auf 300000, das Londoner „Jewish Year Book" (1929) auf 350000, Dr. Oberlies im „Handbuch der Judenfrage" (Theodor Fritsch, 1935) sogar auf 900000.

Richtig ist, daß es den Juden in Österreich nur besonders gut gelungen war, ihre starke Zunahme jeweils durch (beliebigen) Religionswechsel zu tarnen, so daß ihr Aufkommen in der Vor-, wie insbesondere in der Nachkriegszeit in der dortigen amtlichen Statistik nicht oder kaum in Erscheinung trat.

Dabei hatte sich die Hauptmasse des jüdischen Einfalls in auffallendster und geradezu unerträglicher Weise in Wien breit gemacht, das in der Inneren Stadt 30 Juden, in der Leopoldstadt sogar 40 Juden auf je 100 Einwohner aufwies.

Die übrigen Bundesländer, insbesondere die Alpenländer, wie Kärnten und Tirol, traten gegenüber diesem starken jüdischen Mittelpunkt völlig zurück.

In den sudetendeutschen Gebieten und in den Ländern Böhmen und Mähren, die in der vormaligen Tschecho-Slowakei den Sammelnamen Sudetenländer geführt haben, leben nach der tschecho-slowakischen Volkszählung von 1930 unter rund 3200000 Deutschen, 7300000 Tschechen und 44000 Slowaken insgesamt 118000 Glaubensjuden, von denen sich nach ihrem nationalen Bekenntnis, d. h. ihrer behaupteten Volkszugehörigkeit, rund 30000 als Deutsche, 42000 als Tschecho-Slowaken und 37000 zur jüdischen Nation bekannt haben. Ein geringer Rest bekannte sich als Ungarn, Rumänen, Jugoslawen, Polen und Russen.

In Prag (Böhmen) leben rund 40000, in Brünn (Mähren) rund 12000 Glaubensjuden.

Die Zahl der Juden in Böhmen

(rund 75000) ist dabei fast doppelt so groß wie die Zahl der Juden in Mähren (40000). Ähnlich weisen die ostsudetendeutschen Gebiete nur etwa die Hälfte der Juden der westsudetendeutschen Gebiete aus.

In Böhmen und Prag leben mehr deutsche Juden als Nationaljuden. Während jedoch in Böhmen die Zahl der tschecho-slowakischen Juden überwiegt (42000), leben in Mähren 12000 deutsche Juden gegenüber nur 7000 tschecho-slowakischen Juden, aber 22000 Nationaljuden.

In der Slowakei leben unter rund 2300000 Slowaken, 150000 Deutschen und 120000 Tschechen insgesamt 137000 Glaubensjuden. Die Zahl der Rassejuden ist hier, wie in Böhmen und Mähren, natürlich wesentlich höher. Auf Preßburg treffen davon rund 15000 Glaubensjuden. Der Judenanteil an der slowakischen Gesamtbevölkerung beträgt dabei ein Vielfaches (mehr als das Vierfache) des jüdischen Anteils an der Gesamtbevölkerung Böhmens und Mährens. Die Slowakei wird darin nur noch von der Karpato-Ukraine übertroffen.

Im Memelland

haben bisher unter rund 150000 Einwohnern 2500 Glaubensjuden, das sind 1,7 v. H. der Gesamtbevölkerung, gelebt, während Litauen unter 2,4 Millionen Einwohnern 165000 Juden, das sind 7 v. H. der Gesamtbevölkerung, zählt.

In den Deutschland zurückgewonnenen Gebieten ist die Lösung der Judenfrage im Vormarsch. In den Ländern Böhmen und Mähren hat der „Ausschuß der Nationalen Volksgemeinschaft" sie soeben als wichtigste und dringendste Aufgabe erklärt. In der Slowakei wird bereits die Einführung der deutschen Judengesetze beraten.

Rudolf Rigler

Nicht das Geld herrscht, sondern die Arbeit

Digitized by Google

Verspekuliert!

Gedächtnisschwund ist nicht nur eine Erscheinung des Alterns, sondern für sehr viele leitende „Demokraten", insbesondere englische, geradezu ein wichtiger Faktor ihrer Politik.

Sie spekulieren nun einmal sehr gerne auf die Vergeßlichkeit der Völker und haben es darin zu einer bisher unerreichten Meisterschaft gebracht.

Gemein werden System und Methode solcher Meisterschaft aber besonders dann, wenn diese politischen Brandstifter andere der Brandlegung bezichtigen, die kühn entschlossen, nur um den Frieden zu sichern, die züngelnden Flammen in Europa austreten. In Wahrheit ein lügenhaft widerliches Schauspiel der Entrüstung und Wut über fehlgeschlagene Pläne, sich in der seit München freilich zwar zurechtgestutzten Tschecho-Slowakei doch noch ein Störungs- und Blockade-Instrument zu erhalten, das der deutschen Entwicklung hinderlich im Wege liegen sollte und das man sich recht nette Summen Geldes kosten ließ.

Wir werden ja bald sehen,

wie die Rechnung aussieht,

die die Väter der ehemaligen CSR. nun der deutschen Regierung vorlegen werden, um darzutun, was sie eigentlich für die Aufzucht, Erziehung und Erhaltung ihrer politischen Mißgeburt ausgegeben haben.

Tatsächlich betrug der Stand dieser Ausgaben, die somit die gesamten Auslandsschulden der ehemaligen Tschecho-Slowakei seit der Machtübernahme darstellen:

1933	6978	Mill.	Ko	od.	872,4	Mill.	RM.
1934	7230	„	„	„	759,9	„	„
1935	7275	„	„	„	752,3	„	„
1936	7495	„	„	„	742,7	„	„
1937	8252	„	„	„	716,3	„	„
1938 (Voranschlag)	8251	„	„	„	712,9	„	„

Allerdings ist es dabei sehr peinlich und schmerzlich für die Geldgeber, daß in dieser Summe

recht ansehnliche Posten für Propaganda und militärische Pläne gegen Deutschland

enthalten sind, die man unmöglich unter dieser Bezeichnung in die Rechnung aufnehmen darf, ohne sich damit bloßzustellen und einzugestehen, daß man als „anständige" Demokratie nur mit dem Munde für die Erhaltung des Friedens „arbeitet", in Wirklichkeit aber mit schmierigen Geldern Brandherde gegen Deutschland unterhalten will. Josef Wimmer

Die deutsch-englischen Wirtschaftsverhandlungen

Die kürzlich zwischen der deutschen Industrie und vernünftigen Engländern erfolgten Industriebesprechungen hatten den Wettbewerb beider Länder im eigenen Wirtschaftsraum sowie Marktabreden für die in Betracht kommenden dritten Länder zum Gegenstand. Die hier getroffenen Regelungen und geleisteten Arbeiten werden nach Äußerungen der englischen Regierung nicht fortgeführt, sondern von ihr als Vorarbeiten betrachtet. Sie sollen zu einem gegebenen Zeitpunkt von den einzelnen Industrien weitergeführt werden können.

England geht in seiner Außenhandelspolitik damit wieder den

Schritt zurück,

den seine vernünftigen Industriellen nach Deutschland getan haben. Abmachungen mit dem Ziel einer Zusammenarbeit zwischen den Industrien Englands und Deutschlands sind nicht nur durch die Wirtschaftsvernunft geboten, sondern liegen auch im wohlverstandenen Interesse Englands und der internationalen Wirtschaftsordnung. Die englischen Industrien hatten aber erkannt, bei wem die Wirtschaftsvernunft liegt.

Die Bereitwilligkeit Deutschlands, an diesen Verhandlungen teilzunehmen, ent-

Digitized by Google

sprang dieser einfachen Wirtschaftsvernunft und der Überlegung, daß das Schwergewicht der englischen Wirtschaftsinteressen auf dem durch die Ottawa-Abmachungen geschützten Empiremarkt liegt, während Deutschland neben dem Handel mit den übrigen europäischen Industrie- und Handelsländern vor allem an der Erschließung des südosteuropäischen Raumes interessiert ist, eine Tatsache, die durch die letzten Ereignisse unterstrichen wird.

An dieser Entwicklung konnten auch die englischen Versuche, mit der Lüge vom deutschen Ultimatum in letzter Stunde die deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen zu stören, nichts ändern. Wenn

die Enttäuschung Englands

über die außenpolitische Entwicklung verklungen sein wird, wird es sich auch den Erwägungen der Wirtschaftsvernunft, die die englischen Industriellen bei ihrem Besuch in Deutschland geleitet hat, nicht verschließen, zumal das Interesse Englands an einer Eingliederung seiner durch die Arbeitslosigkeit belasteten Wirtschaft in den durch die neuen Verhältnisse geschaffenen weltwirtschaftlichen Rahmen ebenso groß sein dürfte, wie das Interesse Deutschlands, das auch auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik gegenüber anderen Ländern einen Vorsprung hat.

Hans Kröner

Stören wir das Geschäft anderer?

Worum geht es den Engländern bei ihrem Lügenfeldzug, den sie nach der Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren gegen Deutschland in Szene setzten? Ganz gewiß nicht um die Aufrechterhaltung der internationalen Moral, zu sehr verraten das die Beweggründe, mit denen man die europäischen Staaten gegen Deutschland aufzustacheln versuchte.

Seitdem Deutschland, insbesondere seit der Eingliederung der Ostmark, seine wirtschaftlichen Beziehungen zu Südosteuropa immer mehr ausbaut, wie es den naturgegebenen Voraussetzungen entspricht, versucht man die Südoststaaten vor dem

„Expansions- und Eroberungsplan Deutschlands"

zu warnen. Man konnte sich nicht mit dem Gedanken abfinden, daß überkommene, aus rein kapitalistischem Interesse entstandene weltwirtschaftliche Bindungen sich auch einmal ändern könnten. Man mußte befürchten, daß sich in dem Netz, das man über die ganze Welt gespannt hält, einige Maschen öffnen könnten.

Die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren schien nun der Propaganda das Schulbeispiel dafür zu liefern, daß Deutschland tatsächlich imperialistische Eroberungspläne hege. Wie es sich aber hier um eine gesunde politische Neuordnung handelt, so nicht minder auf wirtschaftlichem Gebiet. Genau so wie man in den demokratischen Staaten mit der politischen Neuordnung und Entwicklung in Deutschland unzufrieden war, ebensowenig sympathisch ist ihnen auch die wirtschaftliche Aufbauarbeit, die durch die nationalsozialistische Staatsführung geleistet wird. Die Errichtung des Protektorats Böhmen und Mähren schuf auch

der wirtschaftlichen Neuordnung einen breiteren Raum

und unsere „demokratischen Freunde" mußten befürchten, daß jene noch weiter ausstrahlen und um sich greifen könnte.

Darum posaunt man „wohlmeinende" Warnungen an andere Länder in die Welt. Dänemark, Schweden und Norwegen würden durch Androhung einer U-Bootblockade gezwungen, so v. H. ihrer Ausfuhr Deutschland und Italien zur Verfügung zu stellen. Litauen würde den wirtschaftlichen Druck durch Deutschland erst recht nach der Eingliederung des Memellandes zu fühlen bekommen. Die Slowakei diene nur als höriges Ausbeutungsobjekt. Deutschland habe an Rumänien ein Ultimatum gerichtet, dem Reich ein Handelsmonopol zuzugestehen.

Man wollte nur verhindern, was nun trotz aller Verdächtigungen Tatsache geworden ist, das deutsch-rumänische Abkommen. Dieses sieht eine so enge wirtschaftliche Zusammenarbeit vor, wie sie vorher noch nicht zwischen zwei Staaten bestanden hat. Es stellt etwas vollkommen Neuartiges unter den wirtschaftlichen Beziehungen zwischen zwei Staaten dar. Wenn Rumänien als gleichbe-

Digitized by Google

rechtigter Partner Deutschlands ein solches Abkommen unterzeichnet, dann hat es damit Deutschland als seinen naturgegebenen Handelspartner und zugleich als

Kraftzentrum für die wirtschaftliche Neuordnung Europas

anerkannt.

Wir stören also nicht die Geschäfte der anderen, sondern die Politik des Führers sorgt dafür, daß andere uns unsere Geschäfte nicht stören können.

Hans Zitzelsberger

Warum denn ins eigene Fleisch schneiden?

Mr. Hudson, Sekretär der Außenhandelsabteilung des englischen Handelsministeriums, ist „vorläufig" nicht nach Berlin gekommen, sondern nach Moskau abgereist. Die *Times* deuten an, daß eine Verstärkung der britisch-sowjetrussischen Wirtschaftsbeziehungen auch die politische Intimität steigern könnte.

Wir machen das ja umgekehrt: des Führers Politik gibt der wirtschaftlichen Entwicklung Richtung und Rahmen. Doch davon soll hier nicht die Rede sein.

Federation of British Industries und Reichsgruppe Industrie haben sich kürzlich in Düsseldorf auf die Formel geeinigt, daß „sowohl für das Wirtschaftsleben Deutschlands als auch Großbritanniens

ein starker und gewinnbringender Ausfuhrhandel

unbedingt erforderlich ist", „daß der Zweck dieses Exporthandels sein muß, ihren Völkern Arbeit zu geben, den Lebensstandard zu heben und einen für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten ausreichenden Betrag in Devisen sicherzustellen" und daß es darauf ankomme, „konkrete Schritte zur Steigerung des Weltkonsums in den Produkten zu unternehmen, an denen die deutsche und die britische Industrie interessiert sind". (Vgl. Seite 221.)

Wir haben nach den guten Erfahrungen, die wir mit britischen Kaufleuten bisher gemacht haben, nichts anderes erwartet. Die Beständigkeit ihres Urteils beruht vor allem auch darauf, daß sie zu rechnen verstehen.

Ihre Rechnung sieht so aus:

von jedem englischen Pfund, das wir als Entgelt für deutsche Ware ausgeben, gibt — ohne Reexport — Deutschland für den Kauf englischer Ware 13½ Schilling zurück, Sowjetrußland dagegen nur 6½ und die Vereinigten Staaten von Amerika gar nur 3½.

Was Deutschland dazu tun konnte: England „Verbraucher zu schaffen", hat es lange getan. Schon am 4. März 1935 konnte Bernhard Köhler auf der Leipziger Messe auf die englischen Wünsche erwidern:

> „Wir haben es unternommen, Verbraucher zu schaffen, indem wir uns auf die alte Wahrheit besonnen haben, daß
>
> **aller Wohlstand nur von der Arbeit**
>
> kommen kann. Wir haben in tiefster Vereinsamung und wirtschaftlicher Not den Spaten und den Hammer in die Hand genommen und haben zu arbeiten begonnen. Wir bieten damit allen Völkern der Welt einen aufnahmefähigen und aufnahmewilligen Markt dar, den sie nur nach den Gesetzen kaufmännischer Überlegungen und kaufmännischer Rechtlichkeit zu beschicken brauchen, um auch ihren eigenen Arbeitslosen und notleidenden Wirtschaftszweigen Aufträge zu geben."

Max Beust

Verantwortlicher Schriftleiter: Carl Fluhme / Verantwortlich für die Werbung: Rudolf Schmidt / Beide: München 33, Karlstraße 24 / Fernruf: 5798 (Ortsverkehr) und 51931 (Fernverkehr) / Nachdruck auch auszugsweise nicht gestattet, es sei denn, daß eine ausdrückliche vorherige Genehmigung der Schriftleitung erteilt ist / Verlag: Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München / Druck: J. G. Weiß'sche Buchdruckerei, München / Bezug: Durch die Dienststellen der NSDAP oder durch den Zentralverlag der NSDAP., Franz Eher Nachf., München 22, Thierschstraße 11 / Erscheinen: Zweimal im Monat / Halbjährlicher Bezugspreis RM. 1,80 einschl. Zustellgebühr / Preis des einzelnen Heftes: 18 Pfennig

Digitized by Google

„Für mich ist ‚Die wirtschaftspolitische Parole' das elementare Lehrwerk über alle Wirtschaftstheorien hinweg"

schreibt Parteigenosse Hubert Birken in Aachen, der seit 1937 „interessierter Leser und Studierer der ‚Wirtschaftspolitischen Parole' ist" und erklärt, daß „dieses Interesse bald zur Begeisterung" wurde. Selbstverständlich wirbt Parteigenosse Hubert Birken immer wieder neue Bezieher der „Wirtschaftspolitischen Parole", denn er möchte, wie alle unsere Leser, mit dazu beitragen, daß jeder in der Partei Tätige in lebendiger Verbindung mit dem wirtschaftspolitischen Wollen der Partei steht.

Digitized by Google

Wenn dich einer fragt:

„Haben Sie sich das Rauchen abgewöhnt? Warum denn? Huldigen Sie auch dem Primitivitätskult, den doch der Führer gar nicht haben will? Rauchen ist doch ein so unschuldiges Vergnügen!"

dann antworte:

Das deutsche Volk verbraucht mehr, als es verantworten kann. Da will ich nicht auch noch dazu beitragen!

Digitized by Google

UNIVERSITY OF MICHIGAN
3 9015 06379 4005

Digitized by Google